Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 79. Dienstag den 1. Oktober 1907. Jahrgang XVI.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokale im Rathause.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling,** I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.,** I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Gemeinderat.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **27. September 1907** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger und des Vize-Bürgermeisters Dr. Josef Porzer.

Bürgermeister Dr. Lueger (mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen begrüßt): Die Versammlung ist beschlußfähig, die Sitzung eröffnet.

Ich bitte, die Entschuldigungen zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

1. Ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigen die Herren Gem.-Räte Laubek, verreist, Rissaweg, verreist, Dr. Krenn, Grundler, Fuchsik und Hraba, krank, weshalb auch das Referat Post Nr. 2 heute entfällt.

2. Um einen Urlaub ersucht Herr Gem.-Rat Grundler, und zwar in der Dauer von vier Wochen.

Bürgermeister: Den bewillige ich.

Ich ersuche nunmehr den Herrn Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer, den Einlauf zur Verlesung zu bringen.

3. Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Es ist folgende Zuschrift an das Präsidium des Stadt- und Gemeinderates der Stadt Wien gelangt (liest):

„Am 4. Oktober 1907, als dem hohen Namensfeste Seiner kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät, wird für Allerhöchst Derselben ewiges und zeitliches Wohl um 11 Uhr vormittags in der Metropolitankirche zu St. Stephan in Wien ein feierliches Hochamt mit Te Deum abgehalten werden.

Indem ich höflichst ersuche, hievon Kenntnis zu nehmen, beehre ich mich zugleich, zur Teilnahme an dieser Feier ergebenst einzuladen und geharre mit dem Ausdrucke der vollkommensten

Hochachtung

Anton Josef Kardinal Gruscha,
Fürsterzbischof."

Bürgermeister: Wird zur Kenntnis genommen.

4. Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer (liest):

„Eine ungenannt sein wollende Dame hat dem Herrn Bürgermeister 10.000 K mit dem Ersuchen übermittelt, den Betrag nach seinem Gutdünken zu verwenden. (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister: Mir ist die Dame, welche diese außerordentliche Spende der Gemeinde Wien, beziehungsweise mir gemacht hat, bekannt. Es ist eine der wohltätigsten Frauen Wiens, die ich kenne, und ich lade Sie ein, durch Erheben von den Sitzen den Dank für diese Spende auszusprechen. (Die Versammlung erhebt sich.)

Was nun die Verwendung dieser Spende betrifft, so behalte ich mir vor, hierüber zu verfügen und ich werde selbstverständlich diesbezüglich dem Gemeinderate schließlich genauen Bericht erstatten.

5. Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer (liest):

„P. Konrad Köllner, Archivar und Stiftshofmeister des Stiftes Schotten, hat anläßlich der Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille, der Dr. Karl Lueger-Stiftung den Betrag von 200 K gespendet."

Bürgermeister: Die Versammlung spricht hiefür ihren Dank aus.

6. Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Seitens der Bezirksvorstehung des XVII. Bezirkes ist folgendes Schreiben an den Herrn Bürgermeister gelangt (liest):

„Mit Gegenwärtigem erlaubt sich der Gefertigte mitzuteilen, daß ihm durch den k. k. Notar J.-Dr. Heinrich Habna als Testamentsvollstrecker der am 6. August 1907 verstorbenen Frau Karoline Pecha, XVII., Urbangasse 15, wohnhaft gewesen, heute der Betrag von 400 K mit dem Ersuchen übergeben wurde, denselben an Arme des Bezirksteiles Dornbach zur Verteilung durch den Bezirksvorstand zu bringen.

Dieser Betrag wurde am heutigen Tage sub J.-A. 624 des hierämtlichen Stiftungsjournales unter der Bezeichnung: „Spende der Karoline Pecha" gebucht.

Der Gefertigte ersucht Euer Hochwohlgeboren, hochgeehrter Herr Bürgermeister, um gefällige Kenntnisnahme dieses Wohltätigkeitsaktes mit der Bitte um Genehmigung der Verwendung des gestifteten Betrages im Sinne der Widmung, sowie um Erteilung des Auftrages zur Bekanntgabe der Spende in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates."

Bürgermeister: Die Versammlung spricht hiefür ihren Dank aus.

7. Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Über die Interpellation des Herrn Gem.-Rates Drößler wird folgendes berichtet (liest):

„Bei sporadisch auftretenden Blatternfällen wurden in den letzten Jahren die Wohnungsgenossen des Erkrankten entweder für die Dauer der Desinfektion der Wohnung und Effekten oder für die Dauer der Inkubationszeit in einem der der Gemeinde für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Notspitäler der ehemaligen Vorortegemeinden untergebracht.

In erster Linie wurde hiezu stets das Notspital im XII. Bezirke, Wienerbergstraße, das für derartige Zwecke am besten eingerichtet ist, herangezogen und nur, wenn dort kein Platz vorhanden oder das Gebäude nach Entlassung der dort isolierten Personen noch nicht desinfiziert war, wurde bei eintretendem Bedarf auch auf andere Notspitäler gegriffen, und zwar auf jenes in der Krottenbachstraße oder im XI. Bezirke und in letzter Zeit auch auf einige Notspitäler im XXI. Bezirke, die sich wegen ihrer isolierten Lage besonders für diesen Zweck eignen.

Auch im abgelaufenen Sommer, als im X. und XII. Bezirke Blatternfälle, allerdings vereinzelt, in rascher Aufeinanderfolge auftraten, genügte das Notspital im XII. Bezirke nicht mehr und es wurde zeitweise auch jenes in der Krottenbachstraße zur Isolierung herangezogen.

Es haben sich aber hiebei manche Unzukömmlichkeiten ergeben, und darum hat der Magistrat dieses Gebäude für die Zukunft bereits ausgeschaltet, weil er sich selbst den Bedenken nicht verschließen konnte, welche sich daraus ergeben, daß in den letzten Jahren die Verbauung bis hart an dieses Notspital herangerückt ist.

Anders verhält es sich aber mit dem Notspitale der ehemaligen Gemeinde Nußdorf. Dieses liegt in der Eroikagasse nächst dem Nußdorfer Friedhofe vollkommen isoliert und ist für den gedachten Zweck ganz besonders geeignet.

Der Magistrat hält die Auflassung auch dieser Isolierlokalität für unzweckmäßig, weil es Schwierigkeiten begegnen würde, im Bedarfsfalle Personen aus den peripher gelegenen Teilen dieses Bezirkes oder des angrenzenden XVIII. Bezirkes rechtzeitig anderweitig unterzubringen. Es besteht gegen die Belassung dieses Isolierlokales umsoweniger ein Bedenken, als, wie oben erwähnt, keine Wohnhäuser in der Nähe bestehen und nicht einmal frequentierte Wege in der Nähe vorbeiführen."

Bürgermeister: Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie alle bitten, die beinahe wahnsinnige Angst, die gegenüber angeblich ansteckenden Krankheiten in der Bevölkerung herrscht, nicht zu fördern, sondern so viel wie möglich zu bekämpfen (Beifall), damit nicht diese Angst in ähnlicher Weise, ich könnte sagen, benützt werden kann, wie es jetzt gelegentlich der Blatternepidemie, die nie existiert hat und nicht existiert (Sehr richtig!) geschehen ist.

Ich werde übrigens Gelegenheit haben, über diesen Gegenstand noch einige Worte zu sprechen.

Ich bitte, fortzufahren.

Es ist wieder eine Interpellations-Beantwortung.

8. Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Über die Anfrage des Herrn Gem.-Rates Laux, betreffend Einführung der Hornsignale bei den Straßenbahnen, berichtet die Direktion der städtischen Straßenbahnen (liest):

„Derzeit geben die Kondukteure der Beiwagen denen der Motorwagen die Signale regelmäßig mit einem Pfeifchen, nur bei Dreiwagenzügen wird das Signal vom zweiten Beiwagen mit einem Horn vom ersten mit dem Pfeifchen gegeben. Die Direktion der Straßenbahnen beabsichtigt nun, den wiederholten Klagen des Publikums über die schrillen Pfeifensignale Rechnung zu tragen und die Hornsignale zu verallgemeinern. Die diesbezügliche Vorschrift wird von der Betriebsleitung ausgearbeitet und bedarf der Genehmigung der Eisenbahnbehörde. Sobald diese Genehmigung erteilt ist, wird die neue Signalgebung ohne Verzug eingeführt werden. Da einige Kondukteure von den bereits verteilten Signalhörnern Gebrauch machten, ohne daß die behördliche Genehmigung der neuen Signalordnung vorlag, mußte es ihnen untersagt werden. Strafen sind jedoch dieserhalb bisher nicht verhängt worden."

9. Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: In Beantwortung der vom Gem.-Rate Skaret in der letzten Gemeinderats-Sitzung gestellten Interpellation über die Kündigung von 22 Straßenbahnbediensteten berichtet die Direktion der städtischen Straßenbahnen folgendes (liest):

„Ad 1. Mit dem Beschlusse vom 12. Juli 1907, Pr.-Z. 9925, hat der Stadtrat die Kündigung einer Anzahl von Bediensteten der städtischen Straßenbahnen und von sonstigen bei diesem Unternehmen beschäftigten Personen beschlossen.

Da dieser Stadtrats-Beschluß keine Begründung enthält und bei den Sitzungen des Stadtrates überdies gemäß § 81 des Wiener Gemeindestatutes die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist, hat die gefertigte Direktion weder die Möglichkeit, noch das Recht, sich über die Gründe, welche den Stadtrat zum oberwähnten Beschlusse bewogen haben, zu äußern.

Ad 2. Insoweit sich diese Anfrage auf die Angestellten und Arbeiter der Straßenbahnen bezieht, ist der gefertigten Direktion nichts darüber bekannt, daß auf diese Personen ein Gewissens-

zwang ausgeübt worden sei oder daß sie in ihrer politischen Betätigung, wenn sie ohne Beeinträchtigung der in ihrem Dienstverhältnisse liegenden Pflichten erfolgte, gehindert worden seien.

Insbesondere wurde dem Personale der Straßenbahnen immer die Gelegenheit gegeben, sein Wahlrecht frei und ohne Verdienstentgang auszuüben."

Bürgermeister: Ich erlaube mir hiezu folgendes zu bemerken: Es ist unter dem Dienstpersonale der Tramway zu ganz unerhörten Zuständen gekommen. Es ist eine solche Verhetzung einzelner Bediensteter eingetreten (Sehr richtig!), daß doch endlich daran gedacht werden muß, Ordnung zu schaffen. Die Herren werden sich vielleicht erinnern, daß gelegentlich einer Versammlung — ich weiß nicht, war es eine sozialdemokratische oder eine andere — aber Tatsache ist, daß bei dieser Versammlung mehrere christlichsozial gesinnte Mitglieder des Dienstpersonales von anderen blutig geschlagen wurden. (Hört! Hört! — Gem.-Rat Skaret: Die haben die Rauferei angefangen! — Unruhe.) Aber Herr Gem.-Rat Skaret, Sie werden mir doch zugeben, daß ein Bürgermeister oder überhaupt einer, der auf Ordnung sieht, solche Zustände unter gar keinen Umständen dulden darf. (Lebhafte Zustimmung. — Gem.-Rat Skaret: Warum entlassen Sie die Leute?) Weil sie Hetzer waren! (Gem.-Rat Skaret: Die haben zehn bis zwölf Jahre ganz straffrei gedient!) Das mag ja sein, das bestreite ich nicht, es fehlen mir die Daten darüber. Das eine werden Sie mir aber zugeben, daß wir die Tramway nicht deswegen verstadtlicht haben, damit sie ein freies Feld für die unglaublichsten Verhetzungen sei, sondern sie ist verstadtlicht worden, damit sie der Öffentlichkeit diene und nicht einzelnen Hetzern der sozialdemokratischen Partei. (Lebhafte Zustimmung.)

Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen.

Ich habe keinen Menschen in der Ausübung seiner Rechte und Pflichten gehindert, keinen einzigen Menschen, aber Ruhe will ich endlich haben und Ruhe muß auch die Bevölkerung haben. Das, meine Herren, ist meine Aufgabe und ich werde jeden Hetzer entlassen. (Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

10. Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Es hat Herr Gem.-Rat Schlinger auftragsgemäß eine Resolution, welche in der am 22. September 1907 im XXI. Bezirke (Stadlau) abgehaltenen Versammlung beschlossen wurde, vorgelegt, und ich erlaube mir, dieselbe zur Verlesung zu bringen.

Bürgermeister: Ich bin nicht verpflichtet, das zur Verlesung zu bringen, aber es berührt eine Frage, die von allgemeinem Interesse ist, und ich habe daher nichts dagegen. Ich bitte, meine Herren, hören Sie zu, das ist sehr interessant.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer (liest):

„Die am 22. September 1907 in Stadlau tagende allgemein zugängliche Versammlung der Bevölkerung dieses Bezirksteiles stellt fest, daß die schon seit Jahren bestehende Gefahr von Wechselfiebererkrankungen in weiten Kreisen der Bevölkerung zunimmt und daß gerade in der letzten Zeit wieder häufige Fälle von Malariaerkrankungen vorgekommen sind.

Die Versammlung erhebt Protest dagegen, daß die Gemeindeverwaltung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, trotzdem es allgemein bekannt ist, daß in Stadlau alljährlich Hunderte solcher Erkrankungen vorkommen, nicht das geringste gegen diese die Gesundheit, das Leben und die Arbeitskraft des Volkes auf das Schwerste schädigende Krankheit vorkehrt, ja im Gegenteil durch Duldung des Raubbaues des Bodens, durch die schlechte Pflege der Kanäle und durch Duldung der offenen Mistablagerungsplätze, insbesondere aber durch die Verweigerung des notwendigen Trinkwassers sich in erster Linie schuldig macht an der immer größeren Ausbreitung dieser Krankheit.

Die Versammlung spricht ihre Überzeugung dahin aus, daß der XXI. Bezirk der Stadt Wien, der zur Aufbringung der Mittel für die Gemeindeverwaltung ebenso herangezogen wird, wie die übrigen Bezirke, mit Recht dieselben Ansprüche auf die Gesundheitspflege stellen darf, wie jeder andere Bezirk, und fordert die Gemeindevertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien auf, das Nötige zu veranlassen, daß für den XXI. Bezirk ungesäumt das nötige Trinkwasser beschafft, die Kanäle entsprechend umgebaut und die zahlreichen Seuchenherde, die Tümpel und Kehrichtlagerplätze beseitigt werden."

Bürgermeister: Meine Herren! Sie sehen in dieser Resolution wieder ein Beispiel, wie daran gegangen wird, den guten Ruf der Stadt Wien zu schädigen. (Rufe: Sehr richtig!)

Auch der Überreicher dieser Resolution wird zugeben, daß wir für den XXI. Bezirk bisher die größten Opfer gebracht haben und daß wir — ich sage es offen — auch fernerhin solche Opfer bringen werden; aber Wunder können wir nicht wirken. (So ist es!)

Nun soll im XXI. Bezirke auf einmal die Malaria herrschen, bisher hat sie dort nicht geherrscht. Der Mist war also früher unschädlich, jetzt ist er schädlich und auf einmal ist dort die Malaria. Ich weiß nicht, ob der geehrte Herr Antragsteller weiß, wie die Malaria entsteht. Die Malaria entsteht durch den Biß einer Mücke, die nur in gewissen Pfützen von einer gewissen Höhe — ich könnte sagen — ihre Pflege findet. Nun gehören alle Stellen, wo diese Pfützen sind, nicht uns, aber ich werde doch Auftrag geben, daß so viel als möglich darauf gesehen wird, daß, wenn solche Pfützen sich vorfinden und wenn der Beweis erbracht ist, daß dort Malariamücken — ich weiß den eigentlichen Namen nicht mehr — vorkommen, alles mögliche angewendet wird, um dem Übel zu steuern. Aber da gleich von weiß Gott wie vielen Opfern zu reden, das meine Herren, sollte sich doch ein Wiener überlegen (Sehr richtig!) und ich glaube, auch die Herren Sozialdemokraten sind verpflichtet, den Ruf der Stadt Wien nach außen hin zu wahren. (Lebhafter Beifall.)

11. Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Der Herr Bürgermeister macht folgende Mitteilung (liest):

„Nachdem die Militärtaxgesetznovelle vom 10. Februar 1907, R.-G.-Bl. Nr. 30, am 1. Jänner 1908 in Kraft tritt und von diesem Tag an eine Bemessung nach dem alten Militärtaxgesetze nicht mehr zulässig erscheint, so ist im Sinne des Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 14. Juni 1907, Z. II-1240, die Bemessung der Militärtaxe für das Jahr 1907 noch im laufenden Jahre nach dem alten Gesetze durchzuführen und die Zustellung der Bemessungserkenntnisse noch vor Jahresschluß zu veranlassen. Es hat demnach am Sitze eines jeden magistratischen Bezirksamtes eine Kommission zusammenzutreten, deren Aufgabe es ist, die Militärtaxe den für das Jahr 1907 taxpflichtigen, in Wien heimatsberechtigten Personen zu bemessen.

Jede dieser Kommissionen hat aus dem Leiter des betreffenden Bezirksamtes als Vorsitzenden und aus vier Mitgliedern zu

bestehen, von denen zwei durch den Vorsitzenden und zwei durch den Gemeinderat auf ein Jahr zu wählen sind. Außerdem ist für jede der beiden Gruppen von gewählten Kommissionsmitgliedern ein Ersatzmann zu wählen. Die Wahl der vom Gemeinderate zu entsendenden Kommissionsmitglieder und Ersatzmänner steht auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung."

12. Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Ich bitte auch, eine weitere Mitteilung des Herrn Bürgermeisters entgegenzunehmen (liest):

„Das Referat Post 9, Pr.-Z. 12167, betreffend die Ausdehnung der Bierauflage in einzelnen Teilen des XXI. Bezirkes auf das ganze außerhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergebietes gelegene Gebiet und Bestimmung der Auflage mit 2 K per Hektoliter, wird von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abgesetzt."

Bürgermeister: Ich ersuche nunmehr den Herrn Schriftführer, die eingelangten Interpellationen zur Verlesung zu bringen.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

13. Interpellation des **Gem.-Rates Dr. v. Baechlé:**

Mit Rücksicht auf den Umstand, als die Reform des bestehenden Systems der Kehrichtabfuhr allseits als dringlich erkannt wird, wird von dem Gefertigten an den Herrn Bürgermeister die Anfrage gerichtet:

In welchem Stadium befindet sich diese Frage?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dieselbe baldigst einer Lösung zuzuführen?

Bürgermeister: Ich bitte, die Antwort zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Über die Reform des bestehenden Systems der Kehrichtabfuhr hat der Magistrat dem Stadtrate am 6. Februar 1905 unter Mag.-Abt. VI, Z. 876/03 eine Vorlage unterbreitet. Vor einiger Zeit hat der Zentralverband der Hausbesitzer Wiens in einer Eingabe das Ersuchen gestellt, die Beschlußfassung in dieser Angelegenheit bis zu dem Zeitpunkte zu verschieben, in welchem der Verband seine diesbezüglichen Vorschläge und Anträge vorgelegt haben wird. Dem Vernehmen nach soll dies schon binnen kurzem geschehen."

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

14. Interpellation des **Gem.-Rates Wippel:**

Bereits im Jahre 1903 stellte der Gefertigte in der Bezirksvertretung des X. Gemeindebezirkes den Antrag auf Errichtung einer Haltestelle der Verbindungsbahn in der Nähe des Matzleinsdorfer Viaduktes. Dieser Antrag war durch Anführung einer Reihe von Gründen bestens motiviert. Es schien auch, als ob dieser Wunsch der Bevölkerung des V. und X. Bezirkes in Erfüllung gehen sollte, denn in der Plenar-Sitzung der Bezirksvertretung X am 28. März 1906 konnte der Bezirksvorsteher die Mitteilung machen, daß in dieser Angelegenheit ein Lokalaugenschein stattgefunden habe. Dieser Kommission gehörte außer dem Bezirksvorsteher Schwarz des V. Bezirkes und Hruza des X. Bezirkes auch der Gefertigte an, über dessen Befragen der Delegierte des Eisenbahnministeriums die Antwort gab, es könne immerhin ein Jahr dauern, bis die Sache perfekt würde. Dieser Zeitraum wäre längst vorüber und da endlich vom 1. Oktober 1907 an die Verbindungsbahn sozusagen in die Stadtbahn eingebunden wird, erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Wie steht die Angelegenheit bezüglich der Errichtung einer Haltestelle der Verbindungsbahn beim Matzleinsdorfer Viadukte?

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Bei der am 2. März 1906 stattgefundenen politischen Begehung, betreffend die Errichtung einer Haltestelle der Verbindungsbahn beim Matzleinsdorfer Viadukte wurde der Baukonsens ex commissione erteilt. Über eine hierämtliche Anfrage hat die k. k. Staatsbahn-Direktion im Mai 1907 mitgeteilt, daß infolge der von der Südbahn geplanten Umgestaltung der Südbahnanlagen auch das Projekt für die erwähnte Haltestelle umgearbeitet werden müßte; das neue Projekt wurde im April 1907 dem k. k. Eisenbahnministerium vorgelegt. Mit dem Berichte vom 29. Mai 1907 hat sodann der Magistrat das k. k. Eisenbahnministerium um die ehestunliche Erledigung der Angelegenheit ersucht. Da eine Antwort seitens des Ministeriums noch nicht erflossen ist, so richtet der Magistrat ein neuerliches Ersuchen an das Ministerium."

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

15. Interpellation des **Gem.-Rates Klebinder:**

Ich erlaube mir an den Herrn Bürgermeister folgende Anfrage zu richten:

Sind dem Herrn Bürgermeister die Vorgänge auf dem jüngst in Krems stattgehabten Verbandstage der niederösterreichischen Fleischhauer und Fleischselcher bekannt, ist besonders der Bürgermeister in Kenntnis des übermütigen Beschlusses der Fleischhauer und Fleischselcher auf diesem Verbandstage, mit welchem der Boykott über die Wiener Aktien-Großschlächterei verhängt wurde, eines Institutes, das unter Mitwirkung der Gemeinde geschaffen wurde, um die Fleischhauer von der hohen Regie, über die sie stets geklagt haben, zu entlasten und sie in die Lage zu setzen, das Fleisch der Bevölkerung billiger abzugeben.

Was gedenkt der Herr Bürgermeister vorzukehren, um die Gemeinde vor einem schweren Schaden zu bewahren, den Boykott der Fleischhauer und Fleischselcher gegen die Wiener Aktien-Großschlächterei unwirksam zu machen und den Bestand derselben im Interesse des Publikums auf einer neuen festen Grundlage zu sichern? (Gem.-Rat Schuhmeier: Wie denkt der Herr Bürgermeister über die Vermehrung der Fleischstände? — Gem.-Rat Skaret: Die Fleischhauer sind ja Wähler!)

Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Der Magistrat berichtet hierüber folgendes (liest):

„Dem Magistrate liegen über den am 19. September 1907 in Krems stattgefundenen VI. niederösterreichischen Fleischhauer- und Fleischselcherverbandstag nur Zeitungsnachrichten vor.

Die „Österreichische Fleischhauer- und Fleischselcher-Zeitung" — das Organ des niederösterreichischen Fleischhauer- und Fleischselcherverbandes — hat über den Verlauf dieses Verbandstages bisher nur bis zu Punkt 5 der Tagesordnung berichtet, während der in der Interpellation bezogene Vorfall sich bei Punkt 15 der Tagesordnung: „Aktien-Großschlächterei und ihr Einfluß auf die Fleischapprovisionierung Wiens (Referent Hütter Wien)" zugetragen haben soll.

Aus den verschiedenen Tagesblättern greife ich das „Neue Wiener Tagblatt", das in der Nummer vom 21. September 1907 über diesen Verbandstag von allen Blättern den ausführlichsten Bericht bringt, heraus.

In dieser Nummer heißt es auf Seite 7, letzte Spalte unten: „Weiters forderte Hütter die Fleischhauer auf, die Großschlächterei zu boykottieren, damit deren Auflösungsprozeß beschleunigt werde."

Die Richtigkeit dieser Mitteilung angenommen, ist diese Aufforderung zum Boykott seitens eines Mitgliedes des Gemeinderates der Stadt Wien nur zu bedauern (Rufe: Gewiß!), da sie einen Kampf gegen eine von der Gemeinde Wien im

allgemeinen Interesse der Bevölkerung geschaffene Einrichtung bedeutet. Zur Besorgnis, daß diese Aufforderung von irgend einem nachteiligen Einflusse auf den Betrieb dieser Einrichtung sein werde, ist kein Grund vorhanden, wenn jene Appprovisionierungs-Gewerbetreibenden, die in den Fleischverkehr einschlagen, bei der Beschaffung ihres Fleischbedarfes sich von kaufmännischen Erwägungen und von der Pflicht, auf das Interesse der Gemeinde Rücksicht zu nehmen, leiten lassen.

Im übrigen wird diese Angelegenheit nach Erscheinen des Verbandsberichtes in der „Österreichischen Fleischhauer- und Fleischselcher-Zeitung" weiter behandelt werden."

Bürgermeister: Ich füge dem folgendes bei. Der Herr Gem.-Rat Hütter benützt natürlich jede Gelegenheit, um seinem Grolle gegen die Großschlächterei Ausdruck zu geben. Wie stimmt aber dieser Groll damit überein, daß er alles mögliche daran gesetzt hat, um mit der Großschlächterei in Verbindung zu treten, freilich zu dem Zwecke, um das vorhandene Kapital ausschließlich für die Interessen der Fleischhauer zu verwenden?

Ich ersuche den Herrn Gem.-Rat Hütter, wenn er schon über uns schimpfen will, soll er nicht in allen möglichen kleinen Städten rund um Wien herumgehen, sondern er soll in Wien schimpfen. Das ist viel näher für ihn, viel bequemer und schadet viel weniger als alles andere.

Es ist auch über den Nutzen der Fleischstände gesprochen worden. Die Herren werden sich zur rechten Zeit davon überzeugen, daß ich ein Anhänger der Fleischstände bin. Nun ist mir nahegelegt worden, das nicht in Form wirklicher Fleischstände durchzuführen, weil sich manche scheuen, ihren Bedarf dort zu decken, sondern die Großschlächterei zu bewegen, kleine Gewölbe zu mieten, um auf diese Weise den Nutzen der städtischen Großschlächterei der gesamten Bevölkerung zuzuwenden. Ich glaube, die Herren werden von dieser Antwort befriedigt sein. (Gem.-Rat Schuhmeier: Wann ist denn das, Herr Bürgermeister?) Alles erfordert eben Zeit. (Gem.-Rat Schuhmeier: Wenn man das nur im Kalender finden täte, wann das ist!) Sie haben halt einen schlechten Kalender; kaufen Sie sich einen besseren. (Lebhafte Heiterkeit.)

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

16. Interpellation des **Gem.-Rates Klebinder:**

Der Export von Kleie aus der österreichisch-ungarischen Monarchie nach Deutschland nimmt höchst bedrohliche Dimensionen an. Während im Jahre 1905 580.111 q ausgeführt wurden, ist der Export von Kleie im Jahre 1906 auf 1,325.453 q gestiegen und vom 1. Jänner bis 31. Juli 1907 wurden 1,095.007 q in das Ausland verschickt. Sicherem Vernehmen nach sind noch über 800.000 q Kleie zur Ausfuhr, hauptsächlich nach Deutschland, für heuer verschlossen.

Dementsprechend ist Kleie jetzt um 4 K 60 h oder 57·5 Prozent, Futtermehl um 7 K oder 63·5 Prozent teuerer als im Vorjahre.

Wenn dem Kleieexport nicht Einhalt getan wird, stehen wir infolge der Futtermittelteuerung vor der Gefahr, daß eine empfindliche Milchteuerung platzgreift, und weiters müssen wir, da die Landwirtschaft infolge der Futternot gezwungen wird, den Viehstand zu reduzieren, im nächsten Jahre einer starken Erhöhung der Vieh- und Fleischpreise gewärtig sein.

Hier gilt es im Interesse der heimischen Landwirtschaft, und um die Bevölkerung Wiens vor der Kalamität einer Milchteuerung und einer Steigerung der ohnehin unerschwinglichen Fleischpreise zu schützen, eine rasche Abwehraktion in das Werk zu setzen.

Ich frage den geehrten Herrn Bürgermeister:

Ob er geneigt ist, sich unverzüglich mit dem Herrn Ackerbauminister wegen eines schleunig zu erlassenden Kleieausfuhrverbotes ins Einvernehmen zu setzen und mit seinem ganzen Einflusse für dasselbe einzutreten?

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Der Magistrat berichtet hierüber folgendes (liest):

„Es ist Tatsache, daß die Ausfuhr von Viehfutterartikeln nach Deutschland in den Jahren 1906 und 1907 bedeutend gestiegen ist und dürfte dies dem Umstande zuzuschreiben sein, daß dem deutschen Landwirte infolge der Erhöhung der Vieheinfuhrszölle die Viehzucht so rentabel erschien, daß er sich derselben mehr als früher zuwandte.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wäre gegen diese Exportsteigerung nichts einzuwenden, da sich als Folge der Hebung der Viehzucht in Deutschland der Bedarf Deutschlands an österreichischem Vieh verringern und der Export dieses Viehes nach Deutschland, dessen Verbot ohnehin von vielen Seiten verlangt wird, von selbst aufhören würde.

Eine andere Frage ist es, ob durch den Export von Futterartikeln in einem solchen Quantum die österreichische Viehzucht eine Beeinträchtigung erleidet und ob in weiterer Folge eine Vieh- und Fleischpreis- und Milchteuerung für die einheimische konsumierende Bevölkerung zu besorgen ist.

Wird noch in Rücksicht gezogen, daß die Futtermehlpreise von 5 K 55 h bis 7 K 10 h per 50 kg im Jahre 1906 auf 7 K 30 h bis 10 K 60 h im Jahre 1907 also um 31 bis 50 Prozent gestiegen sind und daß ebenso die Preise für Kleie von 4 K 50 h bis 5 K 20 h per 50 kg im Jahre 1906 auf 6 K 25 h bis 6 K 95 h im Jahre 1907 also um 34 bis 47 Prozent gestiegen sind, so dürfte es immerhin angezeigt erscheinen, die Frage aufzuwerfen, ob der österreichischen Viehzucht Futtermittel in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, eventuell ob und welche Abhilfe einzuleiten wäre.

Es muß wohl angenommen werden, daß die organisierte österreichische Landwirtschaft, die ja alle ihre vitalen Interessen berührenden Angelegenheiten aufmerksam und energisch verfolgt, auch dieser Angelegenheit bereits ihr Augenmerk zugewendet hat.

Dessenungeachtet kann es empfehlenswert erscheinen — und die in letzter Zeit auf eine Erhöhung der Milchpreise abzielende Bewegung rechtfertigt dies — das k. k. Ackerbauministerium zu ersuchen, diese Frage, soferne es noch nicht geschehen ist, aufzugreifen und nach Maßgabe des Ergebnisses der Untersuchung entweder die aufgetauchten Besorgnisse zu zerstreuen oder die erforderliche Abhilfe zu treffen."

Bürgermeister: Ich füge diesem Berichte noch folgendes bei: Ich werde es gewiß als meine Aufgabe betrachten, Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister auf die in der Interpellation angeregte wichtige Angelegenheit aufmerksam zu machen.

Ich bedauere nur, daß der Herr Interpellant von der Milchverteuerung gesprochen hat und muß beinahe annehmen, daß er diese Milchverteuerung infolge der Verteuerung der Kleie als gerechtfertigt erkennt. Das hätte er nicht tun sollen, denn es ist immer sehr gefährlich, ein solches Schlagwort auszugeben.

Ich bitte fortzufahren.

Gem.-Rat Klebinder: Das habe ich ja nicht getan, Herr Bürgermeister; ich habe nur gesagt: „es könnte eintreten."

Bürgermeister: Leider haben Sie das gesagt.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

17. Interpellation des **Gem.-Rat Hütter.**

Seit Auflassung des Schlachthauses in Gumpendorf häufen sich die Klagen der Fleischhauer über ungenügenden Platz zur Vornahme der Schlachtungen in den Schlachthäusern. Insbesondere über das Schlachthaus St. Marx wird Klage geführt, daß viel zu wenig Schlachtstellen vorhanden sind, infolgedessen die Fleischhauer mit ihrer kostbaren Ware auf absolut nicht zulangenden Plätzen zusammengedrängt werden, was schon in hygienischer Beziehung beanständet

werden muß, aber auch eine saubere Bearbeitung des Fleisches ausschließt, und der ohnehin schweren Arbeit des Fleischhauers alles menschenwürdige benimmt.

Vorstellungen bei der Schlachthausverwaltung und Bitten um Vermehrung der Schlachtstellen durch Adaptierung einiger, jetzt Stallzwecken dienenden Lokale, blieben ohne Erfolg. Gegenteilig hat man erst in neuester Zeit und trotz dieses krassen Platzmangels der Ersten Wiener Aktiengroßschlächterei im Rinderschlachthause Lokale zur Aufstellung von Kesseln und zur Errichtung einer fast kompletten Selcherei zugewiesen.

Das muß zur Anschauung drängen, als ob jene Steuerbeträge, welche die Großschlächterei leistet, und die bestimmt nicht höher sind, als jeder andere Fleischhauerbetrieb zu entrichten hat, einen eigentlichen Zauber ausüben würden, weil man ohneweiters bewilligt, was weit über ihre Befugnisse geht, währenddem andere Gewerbetreibende nicht einmal ihr gutes Recht finden können.

Obendrein beweist dieser Vorgang ganz unzweideutig, daß man beabsichtigt, den Gewerbestand, dem seinerzeit so viel versprochen wurde, mit allen möglichen Mitteln todtzuschlagen selbst auf die Gefahr hin Gesetzwidrigkeiten zu begehen.

In der Gemeinderats-Sitzung vom 12. Juli 1907 hat der Herr Bürgermeister auf meine Interpellation, die gewiß berechtigt und in jeder Weise einwandfrei war, mit Pathos gerufen:

„Spielen Sie sich nicht Herr Gemeinderat Hütter! Ich erkläre, daß Sie für Ihre Kollegen geradezu ein Unglück sind!" (Rufe: Sehr richtig!)

Ob ich für das Gewerbe und meine Kollegen ein Unglück bin, das richtig zu beurteilen, wird der Herr Bürgermeister schon dem Gewerbe überlassen müssen. Was ich meinem Gewerbe versprochen, das habe ich ehrlich gehalten. Ich habe zum Wohle des Gewerbes Einrichtungen geschaffen, wie sie ein anderes Gewerbe in ganz Europa nicht besitzt. (Gelächter und Rufe: Das ist Größenwahn!)

Dagegen hat der Herr Bürgermeister, allerdings zu Zeiten, wo er es noch nicht war, dem Gewerbe Versprechungen gemacht (siehe stenographisches Protokoll des I. österreichischen Fleischerkongresses 1895), die diametral zu seinen späteren und heutigen Handlungen stehen. Aus dem seinerzeitig versprochenen Schutz des Gewerbes hat sich eine ohne Beispiel dastehende Bevorzugung des Großkapitals entwickelt und kein Bürgermeister vorher hätte es gewagt, derartig großkapitalistische Unternehmungen mit Millionen von Steuergeldern zu ermöglichen und tatkräftig zu unterstützen. Wie man eine Politik bezeichnet, welche auf der einen Seite den Gewerbetreibenden höchste Steuern abnimmt und auf der anderen Seite denselben Gewerbetreibenden mit ihrem eigenen Gelde schärfste Konkurrenz bereitet, das zu sagen will ich unterlassen, aber meiner Meinung nach ist das ein Unglück für das Gewerbe!

Der Herr Bürgermeister findet es heute nicht einmal für notwendig, Angriffe unerhörtester Art, wie solche seitens des Gem.-Rates Klebinder fortgesetzt und konsequent auf das Gewerbe erfolgen, und wie ein solcher insbesondere in der Gemeinderats-Sitzung vom 13. September 1907 vom Gem.-Rate Klebinder inszeniert wurde, in gebührender Weise zu rügen. Würde der Herr Bürgermeister von der so oft betonten Objektivität stets und immer geleitet sein, dann hätte er dem Gem.-Rate Klebinder auf diese beispiellose Verdächtigung des Gewerbes antworten müssen: „Herr, ich bin heute selbst Fleischhauer und weiß, was das Kilo Fleisch kostet, sollten Sie es nicht wissen, dann gehen Sie zur Großschlächterei, erheben Sie die Preise bei derselben und sehen Sie sich die Bilanz derselben an. Lassen Sie das Fleischhauergewerbe in Ruhe, denn wenn wo billiges Fleisch zu haben sein müßte, so könnte es nur bei der Großschlächterei sein, weil sie billiges Geld und viel Protektion hat, außerdem modern eingerichtet ist, und wir ihr anstandslos bewilligen, was wir noch keinem Fleischhauer erlaubt haben."

Ich gestatte mir nun, an den Herrn Bürgermeister die höflichen Anfragen zu stellen:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dahin zu wirken, daß alle Steuerträger der Stadt Wien gleichmäßig behandelt werden, und daß die abermals in meiner Interpellation geschilderte Protektion der Großschlächterei zum Nachteile und auf Kosten des Fleischhauergewerbes endlich einmal fallen gelassen wird?

2. Ist der Herr Bürgermeister auf Grund des Obengesagten gewillt, die von ihm getane Äußerung in der Gemeinderats-Sitzung vom 12. Juli 1907: „Ich sei ein Unglück für das Fleischhauergewerbe" zurückzuziehen? (Bürgermeister: Nein! — Lebhafte Heiterkeit.)

3. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, auf Grund seiner Erfahrungen in der Fleischapprovisionierung Wiens alle Angriffe, welche in diesem Saale auf das Fleischhauergewerbe erfolgen, mit der an ihm gewohnten Energie zurückzuweisen?

Bürgermeister: Meine sehr geehrten Herren! Ich muß bevor die Antwort verlesen wird, einige ganz kurze Bemerkungen machen.

Ich bin es ja gewohnt, daß Herr Gem.-Rat Hütter meine Person fortwährend in den Kreis seiner Betrachtungen zieht. Nun, es liegt mir nicht viel daran, das sage ich aufrichtig, aber etwas muß ich zurückweisen, nämlich daß ich jemals Versprechungen gemacht habe, die ich nicht erfüllt habe oder daß ich das Gewerbe bedrücke. Ich bin mir nicht einer einzigen Handlung bewußt, durch welche das Gewerbe bedrückt worden ist. Herr Hütter ist Mitglied des Fleischhauergewerbestandes, aber er ist nicht der Fleischhauergewerbestand selber, es gibt außer Herrn Hütter noch sehr viele Fleischhauer in Wien, die nicht bedrückt und geschädigt werden, auch den Herrn Hütter bedrücke ich nicht, ich bin sogar, wenn ich nicht irre, noch heute seine Kundschaft. (Heiterkeit.)

Also ich bedrücke ihn gewiß nicht und ich habe sogar hier öffentlich erklärt, daß er ein gutes Fleisch führt, was ich gerne wiederhole. Wie man mir etwas in die Schuhe schieben kann, bei einer Gelegenheit, wo ich gar nicht anwesend war — es betrifft dies die Zurückweisung einer Äußerung des Gem.-Rates Klebinder — ist mir ganz unverständlich. Ich war an dem Tage gar nicht in der Gemeinderats-Sitzung und weiß von dem Vorfalle nichts. Nur das eine weiß ich, daß Herr Gem.-Rat Hütter dem Herrn Gem.-Rat Klebinder vor Gericht feierlich Abbitte getan hat. (Beifall und Heiterkeit.)

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Der Magistrat berichtet hierüber (liest):

„Im Rahmen der Statutarvereinbarungen, die zwischen der Gemeinde Wien und der Aktien-Großschlächterei getroffen wurden, hat der Wiener Stadtrat mit Beschluß vom 28. August 1907, Z. 11651, der Ersten Wiener Großschlächterei-Aktiengesellschaft die Bewilligung zum Einbaue eines Selchofens und zweier heizbarer Wasserkessel in der Schlachtkammer Nr. 34 der zweiten Abteilung des Schlachthauses St. Marx erteilt.

Diese Schlachtkammer wurde der Großschlächterei nicht erst jetzt, sondern schon im Jahre 1905 vermietet und befindet sich in dem der Großschlächterei zur ausschließlichen Benützung überlassenen Schlachthausteile.

Von einer Protektion der Großschlächterei gar noch zum Nachteile und auf Kosten des Fleischhauergewerbes ist daher keine Rede und ist dieser Ausdruck umsoweniger am Platze, als der Herr Interpellant, wenn er in Vertretung der verschiedenen Fleischhauer-Wirtschafts-Genossenschaften sich um die Überlassung von Räumlichkeiten in diesem Schlachthause bewirbt, immer eine besondere Berücksichtigung bei der Bemessung des Mietzinses beansprucht. (Bürgermeister: Hört!)

Was im übrigen die Klagen der Fleischhauer über ungenügenden Platz zur Vornahme der Schlachtungen in den Schlachthäusern, insbesondere im Schlachthause St. Marx betrifft, so sind dieselben unbegründet.

Bei der Zuweisung der im Gumpendorfer Schlachthause schlachtenden Fleischhauer an die anderen Schlachthäuser mußte wohl mit der alten Gemütlichkeit in der Benützung der Schlachtkammern gebrochen werden, allein es ist noch lange nicht jene Benützungsintensität eingetreten, die sich als volle Ausnützung des Schlachthauses darstellt.

Zu den Fragen 2 und 3 ist der Magistrat nicht in der Lage, einen Tatsachen-Bericht zu erstatten."

Bürgermeister: Ich bitte den Herrn Schriftführer, fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

18. Interpellation des Gem.-Rates Wippel:

Den Bewohnern des X. Bezirkes entstand durch die Erklärung, daß selber als „verseucht" zu gelten habe, enormer Schaden. Leuten, welche mit ihren Waren die Provinzmärkte besuchen, wurde dies von den betreffenden Ortsvorständen untersagt. Zahlreiche im X. Bezirke wohnende Wäscher erhielten wegen angeblicher Blatterngefahr keine Wäsche für die Stadthotels und Privatkunden, Näherinnen und Kleidermacherinnen erhalten in der Stadt und auch in anderen Bezirken keine Arbeit, damit sie nicht die Blattern einschleppen u. s. f. Außer dieser großen Schädigung der Geschäftswelt entsteht aber nunmehr neuerlich ein Druck auf die Bewohnerschaft des X. Bezirkes, der ins Familienleben tief einschneidet. Alle Eltern, deren Kinder ein Gymnasium oder eine sonstige Lehranstalt „außerhalb des Bezirkes" besuchen, müssen ihre Kinder auch außerhalb des Bezirkes einquartieren. (Bürgermeister: Das ist weitaus das Geringste, Herr Wippel!) Niemand von solchen Schülern oder Schülerinnen darf in dem verseuchten Bezirk wohnen, obwohl seit 11. d. M. in dem von 148.000 Menschen bewohnten Bezirke bloß ein Blatternfall vorgekommen ist. (Gem.-Rat Sturm: Das ist ein Skandal! Das ist noch nie dagewesen!) Derartige Vorsicht scheint denn doch übertrieben und glaube ich, wäre der Bevölkerung schon genug Schaden erwachsen.

Ich erlaube mir daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Wann wird der X. Bezirk als „seuchenfrei" erklärt werden?

Bürgermeister: Das weiß ich nicht.

Sie erlauben aber, meine Herren, daß ich hier einige Erklärungen abgebe. Ich bedauere nur, daß ich nicht früher in der Lage gewesen bin, dies zu tun.

Nach meiner Anschauung ist es Aufgabe der Ärzte, Kranke zu heilen und dafür zu sorgen, daß eventuell ausgebrochene ansteckende Krankheiten möglichst eingeschränkt werden, das glaube ich, wird von niemanden von Ihnen bestritten werden.

Es ist aber nicht Aufgabe von Sanitätsbehörden, eine weitgehende Beunruhigung in die Bevölkerung zu tragen (Rufe: Sehr richtig!) und dadurch die Stadt Wien und deren Einwohner auf das Empfindlichste zu schädigen. (Rufe: Sehr richtig!)

Ganz unglaublich ist aber die Geschichte mit dem Impfen. (Rufe: Ein Skandal!) Wie viel von der Impferei zu halten ist, hat gerade der letzte Fall, den ich aus den Zeitungen entnommen habe, bewiesen. Ein Arzt, der bereits geimpft war und sich wieder impfen ließ, hat die Blattern bekommen. (Heiterkeit und Rufe: Hört! Hört!) Freilich war es ein sogenannter Epidemiearzt. Man sollte aber glauben, wenn das Impfen immun macht, müsse es doch auch einen Doktor der Medizin immun machen.

Ich aber erkläre, daß infolge des Impfens und der förmlichen Impfpanik, die in Wien platzgegriffen hat, viel mehr Krankheiten entstanden und viel mehr Todesfälle eingetreten sind, als durch die Blattern überhaupt in Wien während der ganzen Zeit verursacht wurden. (Hört! Hört!)

In früheren Jahren, in welchen bei viel geringerem Umfang der Stadt Wien viel mehr Blatternfälle vorgekommen sind, ist nicht ein solches Aufsehen gemacht worden und nicht eine solche Beunruhigung in die Bevölkerung getragen worden, wie es gerade jetzt der Fall ist. (Sehr richtig!) Dagegen muß mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Lesen Sie die auswärtigen Blätter, insbesondere die uns „freundlich" gesinnten ungarischen Blätter, so werden Sie darauf kommen, wie die Sache entstellt wird. Weil niemand glauben kann, daß solche weitgehende Maßregeln — ich hätte eigentlich einen anderen Ausdruck gebrauchen können — getroffen werden, wenn nicht wirklich Grund zur Besorgnis vorhanden wäre, haben sie die Anzahl der Erkrankungen und Todesfälle in das Unglaublichste gesteigert und dadurch alle Leute abgehalten, überhaupt nach Wien zu reisen. Das ist ein Vorgang, der entschieden mißbilligt werden muß und eine öffentliche Rüge verdient. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Das Ärgste ist aber das, was mit der Schule getrieben wird. Der Herr Interpellant hat Recht. Gerade in der arbeitenden Bevölkerung und im Mittelstande wird der Ablauf der Ferien geradezu herbeigesehnt. Jetzt werden die Ferien unglaublich ausgedehnt. Schauen Sie an, wie die Kinder auf den Straßen herumirren, schauen Sie das an und dann beurteilen Sie, welch geistiger Schaden der Bevölkerung der Stadt Wien zugefügt wird. Ich schätze den Schaden der Bevölkerung der Stadt Wien nach Millionen. (Zustimmung.) Wer vergütet den Geschäftsleuten den durch diese Übertreibungen, durch dieses ganz ungerechtfertigte Hervordrängen, zugefügten Schaden? Ich hoffe, es wird endlich einmal da Ordnung geschaffen werden. Auch ein behördliches Sanitätsorgan hat nicht das Recht, die Bevölkerung in so empfindlicher Weise zu schädigen, wie dies in Wien geschehen ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Gem.-Rat Sturm: Knopflochschmerzen haben ein paar Herren gehabt!)

Noch etwas wäre zu erwähnen. Im Laufe der Sache ist soweit gegangen worden, daß — wie ich glaube — ein Statthalterei-Erlaß herabgelangt ist, in welchem gesagt wird, man solle die Kinder, die nicht geimpft sind, nicht in die Volksschule aufnehmen. (Hört! Hört!) Kennen denn die Herren, welche sich derartiges anmaßen, nicht die Gesetze? Wissen sie denn nicht, daß es keinen Impfzwang, wohl aber einen Schulzwang gibt? (Sehr richtig!) Wissen das die Herren nicht? Ich muß gestehen, wenn da nicht Ordnung geschaffen wird, dann weiß ich nicht, was man sich überhaupt in Wien mit der Bevölkerung noch erlauben darf. (Rufe: Da haben sich die Sozialdemokraten nicht gerührt! — Lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Ich bitte, keine Zwiegespräche zu halten! Ich ersuche, nun den Bericht zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„In Beantwortung der Interpellation des Herrn Gem.-Rates Karl Wippel wird nachstehendes berichtet:

In Anbetracht der tatsächlich mit der Handhabung des Epidemieverfahrens für die Bevölkerung von Wien eingetretenen Nachteile hat der Magistrat mit einem Berichte vom 26. September 1907, A. A. Mag.-Abt. X, Z. 7341, an die k. k. n.-ö. Statthalterei das Ersuchen um unverzügliche Aufhebung des Epidemieverfahrens für ganz Wien gerichtet, da mit Rücksicht auf den erfreulichen Rückgang der Blatternerkrankungen in den letzten Wochen die Gefahr des Ausbruches einer wirklichen Blatternepidemie geschwunden ist.

Auf eine telephonische Anfrage bei der k. k. n.-ö. Statthalterei wurde die Zusicherung erteilt, daß seitens der Statthalterei die Absicht besteht, diesem Ersuchen des Magistrates im Laufe der kommenden Woche stattzugeben, falls nicht eine wesentliche Verschlechterung der Lage eintreten sollte."

Bürgermeister: Ich bitte, in der Verlesung fortzufahren! (Unruhe und Zwischenrufe.)

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

19. Antrag des Gem.-Rates Knoll und Genossen:

Der Verkehr zwischen Stadlau, Neu-Hirschstetten und Floridsdorf und den alten Bezirken einerseits, und Jedlesee und Floridsdorf I anderseits, ist durch die aufblühende Industrie und Gewerbe ein so großer geworden, daß die bestehenden Verkehrsmittel in keiner Weise mehr entsprechen. Da nun die Um-

gestaltung der Dampftramway in eine Elektrische mit Rücksicht auf die zu schwache Konstruktion der Franz Josefsbrücke noch geraume Zeit erfordern dürfte, ein Verkehrsmittel aber zwischen den obgenannten Ortsteilen des XXI. Bezirkes eine unbedingte Notwendigkeit ist, stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, die städtische Straßenbahn wird beauftragt, ehestens ein Projekt wegen Anlage einer Straßenbahn oder eines Automobilverkehres für die obbezeichneten Bezirksteile vorzulegen. (Andauernde lebhafte Zwischenrufe.)

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat. (Das Glockenzeichen gebend.) Ich bitte um Ruhe, meine Herren! (Zwischenrufe der Sozialdemokraten. — Gem.-Rat Laux: Müssen wir uns das gefallen lassen?) Ich weiß nicht, ich habe das nicht gehört. Wenn die Herren meiner Partei einen solchen Lärm machen, daß ich Beschimpfungen nicht höre, kann ich sie nicht zurückweisen.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

20. Antrag der **Gem.-Räte Brauneiß** und **Oppenberger:**

Wenn man von der Ferdinandsbrücke auf die Stadtseite kommt, so befindet sich links von der Laurenzergasse am Kai ein Kaffeehaus und eine Restauration, vor derselben eine Bedürfnisanstalt und ein Wagenstandplatz und die Tramwayhaltestelle; wenn man bedenkt, daß die Kaistraße eine der schönsten Straßen von Wien ist, wäre es sehr am Platze, daselbst eine Regulierung zur Verschönerung eintreten zu lassen.

Auf der anderen Seite, in der Verlängerung der Laurenzergasse zwischen der Adlergasse und Kai befindet sich ein freier gepflasteter Platz, welcher ganz unbenützt ist, es wäre möglich, an dieser Stelle eine unterirdische Bedürfnisanstalt zu errichten und oberhalb eine kleine Anlage.

Wir erlauben uns den Antrag zu stellen:

Auf der Stadtseite am Kai vis-a-vis der Ferdinandsbrücke eine unterirdische Bedürfnisanstalt und eine kleine Gartenanlage herzustellen. (Andauernde Unruhe.)

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Meine Herren, ich bitte doch endlich um Ruhe. Ich will doch auch hören, was die geehrten Herren von der sozialdemokratischen Partei sagen. Wenn Sie aber immer dazwischen reden, ist es mir nicht möglich, sie zu verstehen. Ich bitte nochmals um Ruhe, damit ich imstande bin, das alles zu hören, was die Herren Sozialdemokraten sagen. (Zwischenrufe des Gem.-Rates Skaret.) Ich habe Ihnen keine Veranlassung gegeben, so aufzutreten.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

21. Antrag des **Gem.-Rates Bichler:**

Der kleine, der Reitallee abgewonnene Platz vor dem Portale des k. k. österr. Museums für Kunst und Industrie am Stubenring befindet sich namentlich rücksichtlich seiner Ausschmückung in einem Zustande, der leider nur zu geeignet ist, den bei uns herrschenden Sinn für Schönheit und guten Geschmack in einem recht ungünstigen Lichte erscheinen zu lassen. Eine dicke und grellfärbige Ankündigungssäule, ein außerordentlich hoher Lichtmast und ein klobiger Leitungsträger bilden das sonderbare Requisit einer hiemit allerdings nicht beabsichtigten Ausschmückung desselben.

Diese genannten Objekte sind auf ziemlich engem Raume gerade gegenüber dem schönen Portale des Museums zusammengedrängt und beeinträchtigen durch ihre widersprechenden Formen aufs allerunglücklichste den Eindruck der nach Linienführung und Farbengebung so harmonisch abgewogenen Fassade dieses berühmten Bauwerkes.

Daß ein solcher Verstoß gegen den guten Geschmack gerade an so frequenter Stelle zur Schau gestellt werden muß, fällt dabei besonders ins Gewicht.

Es wird deshalb der Antrag gestellt:

1. Der in Rede stehende Platz ist, insoweit es die dortigen Verkehrsverhältnisse gestatten, entsprechend zu regulieren.

2. Die dermalen dort aufgestellten Objekte sind gänzlich zu entfernen, beziehungsweise zu versetzen,

3. Um den unabweislichen Forderungen nach einer ausgiebigen Straßenbeleuchtung zu entsprechen, sind dortselbst ein paar monumentale oder dem Charakter der Fassade entsprechend dekorativ gestaltete Kandelaber aufzustellen und dem Portale entsprechend zu postieren.

Bürgermeister: Geht auch an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

22. Antrag des **Gem.-Rates Körber:**

Ich lege ein mir überreichtes Memorandum der Etablissementsbesitzer und Inwohner im k. k. Prater, betreffs Durchführung einer Rohrkanalisierung daselbst im Einvernehmen mit dem k. k. Hofärar, vor.

Es ist richtig und in hygienischer Hinsicht nicht auf der Höhe der Zeit, daß in einem von einer so großen Anzahl von Leuten frequentierten Teile des II. Bezirkes, wie es eben die Prateretablissements sind, hinsichtlich der Ableitung und Entfernung der Fäkalien und Abfallsstoffe noch das veraltete Senkgrubensystem in Anwendung ist.

Ich habe aus eigener Wahrnehmung die Überzeugung gewonnen, daß die in dem mir überreichten Memorandum, angeführten Übelstände nur der Wahrheit und den Tatsachen entsprechen und wirklich vorhanden sind, eine Belästigung der Anrainer bei Vornahme einer jeden Senkgrubenräumung jedesmal zutage tritt, so daß eine Abhilfe hier dringend geboten erscheint.

Berücksichtigt muß noch werden, daß die Klageführenden als Besitzer von Vergnügungsetablissements, wenigstens zum größten Teile, als Gastwirte ꝛc. große Steuern und Abgaben zu entrichten haben, welcher Umstand es nur recht und billig erscheinen läßt, ihren Wünschen in der ausgesprochenen Richtung entgegenzukommen.

Indem ich mich nach jeder Richtung den Ausführungen in dem beigeschlossenen Memorandum anschließe, stelle ich den Antrag:

Der Gemeinderat wolle dem Magistrate beziehungsweise dem Stadtbauamte den Auftrag erteilen, genaue Erhebungen zu pflegen und ein Kanalisierungsprojekt auszuarbeiten und mit dem hohen k. k. Hofärar als Grundeigentümerin Unterhandlungen einzuleiten.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

23. Antrag des **Gem.-Rates Ritter v. Zindenigg** und Genossen:

Über den Radetzkyplatz ist ein sehr reger Verkehr.

Zwei Straßenbahnlinien und viel Fuhrwerk gefährden die Passanten, besonders die Schulkinder der nahen Doppel-Volksschule, weshalb auf diesem Platze eine Rettungsinsel höchst notwendig wäre.

Da jetzt in allernächster Nähe gepflastert und asphaltiert wird, stelle ich den Antrag:

Es sei im Winkel der Straßenkreuzung auf dem Radetzkyplatze eine Rettungsinsel mit elektrischem Bogenlampenmast in der Mitte herzustellen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

24. Antrag des **Gem.-Rates Oppenberger** und Genossen:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 5. Oktober 1906 die Einsetzung eines Approvisionierungs-Ausschusses beschlossen, welcher sich mit der Fleischfrage und den anderen einschlägigen Fragen der städtischen Approvisionierung zu befassen und an den Wiener Gemeinderat Bericht und Vorschläge zu erstatten hat.

Dieser Beschluß ist dadurch zustande gekommen, daß der Gemeinderat das Bedürfnis gefühlt hat, die großen und wichtigen Fragen der städtischen Approvisionierung einem Ausschusse zur Vorberatung zu überweisen; keineswegs aber ist die Absicht des Gemeinderates dahin gegangen, eine neue Instanz zu schaffen, durch welche laufende Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung ohne Bericht an den Gemeinderat und ohne Beschlußfassung des Gemeinderates einer Erledigung zugeführt werden sollen.

Gleichwohl wurde der Versuch gemacht, für den Approvisionierungs-Ausschuß eine solche ihm nicht zukommende Kompetenz in Anspruch zu nehmen. So hat Regine Bandler, welche mit Beschluß des Stadtrates vom 29. August 1906, Z. 6594, mit ihrem Ansuchen um Bewilligung zur Aufstellung eines Verkaufsstandes auf dem Markte „Im Werd" abgewiesen wurde, am 14. Dezember 1906 ein neuerliches Gesuch unmittelbar an den Approvisionierungs-Ausschuß gerichtet und dieser hat, obwohl die Aufstellung dieses Standes gewiß keine Frage der städtischen Approvisionierung war, und ohne an den Gemeinderat hierüber Bericht zu erstatten, die Aufstellung des Standes bewilligt.

Es erscheint nun dringend notwendig, wenn nicht der regelmäßige Gang der Verwaltung gestört werden soll, den Umfang der Zuständigkeit des Approvisionierungs-Ausschusses zu regeln und dürfte es der Tendenz, von welcher sich der Gemeinderat bei seinem Beschlusse vom 5. Oktober 1906 leiten ließ,

„Der Gemeinderat spricht den Wunsch aus, daß alle Gründe, die durch den Ankauf des Kobenzl erworben werden, der Bevölkerung angrenzenden Bezirke als Luftreservoir und Erholungsort gesichert bleiben sollen und verwahrt sich insbesondere gegen den Plan, einen Teil dieser Gründe zu Baugründen zu parzellieren."

Ich glaube, Sie können diese Resolution ruhig annehmen, denn Sie müssen ja selbst die Absicht haben, auf diese Weise der Gesamtheit der Bevölkerung zu dienen. Ein Verlust kann für die Gemeinde auch auf diese Weise nicht entstehen, denn es ist die Bewertung der Gründe mit 1,900.000 K vornehmlich dadurch herbeigeführt worden, daß statt 11.000 m² 120.000 m² Baugrund eingesetzt worden sind, wodurch der Quadratmeter Baugrund um beiläufig 3 K höher bewertet wurde als der Quadratmeter gewöhnlichen Landes. Wenn Sie aber auch für diese 120.000 m², die mehr veranschlagt worden sind, 3 K für den Quadratmeter in Anschlag bringen, so würde noch immer der Wert des Grundes, der tatsächlich erhoben worden ist, nach der Berechnung des Stadtbauamtes selbst über dem Preise bleiben, den jetzt die Gemeinde für den Ankauf des Gutes Kobenzl zahlt. Es würde also auch nach dieser Richtung hin noch immer kein Verlust für die Gemeinde erwachsen, aber der gesamten Bevölkerung eine unschätzbare Wohltat erwiesen werden.

Vom sozialpolitischen Gesichtspunkte ausgehend, möchte ich Sie ersuchen, dieser Resolution Ihre Zustimmung zu geben.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung Herr Gem.-Rat Nettrich.

Gem.-Rat Nettrich: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Bürgermeister: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Ich bitte die Herren, welche für Schluß der Debatte stimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zum Worte sind noch gemeldet die Herren Gem.-Räte Sebastian Grünbeck und Klebinder pro.

Herr Gem.-Rat Sebastian Grünbeck hat das Wort.

Gem.-Rat Sebastian Grünbeck: Ich will nur kurz auf das zurückkommen, was der sehr geehrte Herr Vorredner gesprochen hat. Es freut uns, daß wir auch einmal von dieser Seite eine Zustimmung erhalten, denn gewöhnlich machen wir den Herren nichts recht. Alles, was wir bisher geschaffen haben, wurde von der geehrten Opposition stets benörgelt und kritisiert. Nun mag sich aber der geehrte Herr Vorredner nicht recht klar darüber sein, um was es sich handelt. Es steht in der Vorlage, daß nur ein Zehntel der Verbauung zugeführt werden kann, aber auch dieser Teil liegt außerhalb des Wald- und Wiesengürtels. Aber auch dieses Zehntel muß nicht verbaut werden, sondern es soll nur heißen, wenn ein Privater diese Gründe gekauft hätte, so hätte er ein Zehntel verbauen können, während er neun Zehntel als unverbaubar dem Wald- und Wiesengürtel hätte zuweisen müssen.

So ist eigentlich die Sache und ich glaube, daß es nötig war, daß ich das richtigstellt habe. Die Erwerbung des Gutes Kobenzl ist gewiß ein Bedürfnis und eine Notwendigkeit für die Gemeinde Wien und ich glaube, sie findet überall Anerkennung.

Der Stadtrat hat sich bemüht, sein Möglichstes zu tun. Die Herren wissen das ja; ich kann Ihnen diesen Antrag nur bestens empfehlen.

Bürgermeister: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Klebinder.

Gem.-Rat Klebinder: Ich bitte, mir nur einige Worte zu dieser Frage zu gestatten. Der Ankauf des Kobenzl hat in der ganzen Bevölkerung die größte Befriedigung hervorgerufen, wie ja auch die Idee des Wald- und Wiesengürtels mit außerordentlichem Beifall von Freund und Feind aufgenommen worden ist.

Ich möchte auch vom sozialpolitischen Gesichtspunkte, aber in einer anderen Richtung als der geehrte Herr Vorredner, mich bezüglich der Verwendung jener Grundflächen aussprechen, welche auf dem Kobenzl für Bauzwecke in Aussicht genommen sind. Ich glaube, es bleibt genug Luft übrig, wenn diese Baugründe nicht vollständig brach liegen. Ich bin der Anschauung, daß sich die Gemeinde Wien förmlich ein Denkmal setzen kann, wenn sie diese Baugründe in entsprechender Weise für den Mittelstand verwendet. Die Gemeinde Wien ist in der Lage, mittels Gewährung von Annuitäten, eine große Anzahl von kleinen Leuten, nicht solche aus den obersten Zehntausend, sondern Lehrer, Beamte, kleine Geschäftsleute ꝛc. in die Lage zu versetzen, sich um ein verhältnismäßig bescheidenes Geld auf jenen gesunden Höhen, in dieser ausgezeichneten ozonreichen Luft, nach dem Cottage-System ein Heim zu gründen. Man kann nicht sagen, daß auf diese Weise zuviel verbaut wird, denn bei der cottageartigen Verbauung bleibt Luft genug übrig, und eine solche Anlage wird nicht nur dem Kobenzl zur Zier, sondern auch einem großen Teil von Leuten aus der Bevölkerung zum Nutzen gereichen.

Ich bin ganz ebenso dafür, daß die Gemeinde zum Beispiel ihre Gründe im XXI. Bezirke dazu verwendet, um nach demselben System die Arbeiter in die Lage zu versetzen, sich dort gesunde, billige Wohnungen und Häuschen zu verschaffen. Ich bin der Anschauung, daß auch künftig der Wald- und Wiesengürtel nicht vollkommen leer bleiben soll. Denn wenn er vollkommen leer bleibt und dort nichts als Wiesen und Bäume sind, so wird sich Gesindel einfinden und so wird das eine Einöde sein und bleiben.

Da bin ich viel eher dafür, daß dort — allerdings in entsprechenden Entfernungen — kleine Villen oder sagen wir Häuschen mit entsprechenden Gärten für Angehörige des kleinen Beamten- und des Arbeiterstandes geschaffen werden. Das wird dann ein lebendiger Wald- und Wiesengürtel werden. Wenn Sie das aber nicht tun, so schaffen Sie rings um Wien eine ungeheuere Einöde.

Bürgermeister: Es wird dort schon etwas zu essen und zu trinken geben. (Heiterkeit.)

Gem.-Rat Klebinger (fortfahrend): Das ist jedenfalls ein großer Trost für die Bevölkerung. Von diesem Gesichtspunkte ausgehen, würde ich die Herren bitten, auf die Resolution, daß dort oben absolut nichts gebaut werden soll, nicht einzugehen. Wir wollen vielmehr der Hoffnung Ausdruck geben und den Wunsch aussprechen, daß auf dieser Fläche, die zu verbauen ist, eine Villenanlage nach dem Cottagesystem, und zwar von der Gemeinde in eigener Regie errichtet werde.

Die Gemeinde Wien wird dabei nichts verlieren. Sie wird dabei noch immer ein Geschäft machen und die Sicherheit ist eine absolute, weil, so lange diese Häuschen im Cottage nicht ausgezahlt sind, sie nicht in das Eigentum der Betreffenden voll und ganz übergehen. Ich möchte daher dem Wunsche Ausdruck geben und den Herrn Bürgermeister bitten, wenn es sich um eine praktische Verwendung des zur Verbauung bestimmten

Grundes auf dem Kobenzl handeln wird, diese von mir entwickelte Idee zum mindesten in ernste Erwägung zu ziehen und dem Gemeinderate Gelegenheit zu bieten, darüber Beschluß zu fassen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Die Anregung des Herrn Gem.-Rates Dr. v. Fürth, welche dahin geht, daß eine Preisausschreibung veranstaltet werden soll, ist ein recht gute. Aber die Erfahrungen, welche wir bisher bei Ausschreibungen, wo es sich um künstlerische Ausgestaltung oder Schaffung von Kunstobjekten gehandelt hat, gemacht haben, waren nicht solche, daß wir davon einen besonderen Nutzen gehabt hätten. Ich glaube, der Herr Gemeinderat könnte sich vollständig darüber beruhigt halten, der Wiener Gemeinderat wird den Kobenzl vor einer nicht rationellen Verbauung schon schützen.

Eine Cottageanlage dorthin zu machen, sowie z. B. die Cottageanlage in Währing und Döbling sind, würden wir nicht wünschen, denn solche Anlagen sind bisher nicht in sehr rationeller Weise gemacht worden. Denken Sie an die kleinen Gärtchen, welche den Häuschen im Währinger Cottagebiete zur Zierde gereichen sollen; sie laden gewiß nicht zur Nachahmung ein.

Der Kobenzl soll im allgemeinen in seiner natürlichen Anlage bleiben, ganz so wie er ist. Es sollen nur an den bestehenden Straßenzügen Villenbauten errichtet werden, welche den Anforderungen auf Schönheit entsprechen, aber nicht in einer derartigen Weise, daß dadurch das ganze Waldgebiet verunstaltet wird oder daß etwa gar Waldbestände gefährdet werden sollen.

Die geehrten Herren werden sich an die Haltung des Wiener Gemeinderates anläßlich des Projektes, welches die holländisch-österreichische Baugesellschaft im Jahre 1898 vorgelegt hat, erinnern. Die Erwägungen, welche uns damals bei der Stellungnahme zu diesem Bauprojekte geleitet haben, werden uns auch hier wieder leiten und auch beim letzten Offert der Firma Liebig ist uns vorgeschwebt, daß wir den Wald- und Wiesengürtel voll, ganz und gar untangiert lassen.

Was Herr Gem.-Rat Winarsky gemeint hat, daß ein Komplex von 120.000 m² zur Verbauung bestimmt und dadurch der eigentliche Zweck vereitelt wird, so beruht diese Bemerkung auf einem Irrtum und der Herr Gemeinderat hätte sich durch Besichtigung der ihm vorgelegten Skizze überzeugen können, daß nicht weniger als fünf Parzellenbestände außerhalb dieses Komplexes sind. Es ist dies zum Beispiel die nordwestlich gelegene Schwabenwiese und dann noch weitere vier isolierte Acker- und Wiesenbestände, welche sich deshalb zur Verbauung eignen, weil sie an bestehenden Straßenzügen liegen. Selbst wenn sie ganz verbaut würden, was aber gewiß nicht der Fall sein wird, tangiert das das Projekt des Wald- und Wiesengürtels nicht, es tangiert auch unsere Absicht nicht, den Kobenzl als Schutz zur Assanierung von Wien zu erhalten.

Ich bitte deshalb um Annahme der Anträge, wie sie vorliegen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bringe zuerst den Antrag des Stadtrates zur Abstimmung.

Bezüglich der Anträge des Herrn Gem.-Rates Dr. Ritter v. Fürth und des Herrn Gem.-Rates Winarsky will ich den Vorgang einschlagen, daß ich zu denselben die Unterstützungsfrage stelle. Die Herren sind damit einverstanden? (Zustimmung.)

Diejenigen Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere die Einstimmigkeit der Annahme. (Lebhafter Beifall.)

Diejenigen Herren, welche den Antrag des Herrn Gem.-Rates Dr. Ritter v. Fürth unterstützen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist genügend unterstützt und geht an den Stadtrat.

Nun bitte ich diejenigen Herren, welche den Antrag des Herrn Gem.-Rates Winarsky unterstützen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist genügend unterstützt und geht an den Stadtrat.

Sie erlauben nun, daß ich persönlich Ihnen meinen wärmsten Dank für den heutigen Beschluß ausspreche. (Beifall.) Das Wort „Wald- und Wiesengürtel" ist vielfach schon ausgesprochen worden, aber heute ist der erste wirkliche Schritt zur Realisierung gemacht worden (Lebhafter Beifall und Händeklatschen), und ich hoffe, dem ersten Schritte werden auch die weiteren folgen und so Gott will, werde ich es sogar noch erleben, daß wenigstens ein Teil des Wald- und Wiesengürtels zur Wirklichkeit wird. (Lebhafter Beifall.)

Beschluß: A. Mit Rücksicht auf das Projekt des Wald- und Wiesengürtels erwirbt die Gemeinde Wien die sämtlichen zum Gute Kobenzl gehörigen, in den Einlagen Z. 363 Ober-Sievering und 403 bis einschließlich 409 Grinzing inneliegenden Liegenschaften, welche im bauämtlichen Plane Z. 281/XIII ex 1906 mit blauer Umrandung dargestellt sind, im Gesamt-Katastralausmaß von 1,345.704·54 m² samt allem, was erd-, mauer-, niet- und nagelfest ist, sowie mit allem lebenden und toten Fundus instructus nach dem am 13. und 30. August 1907 aufgenommenen Inventar um den Pauschalpreis von 1,500.000 K (Eine Million fünfhundert Tausend Kronen) und unter folgenden Bedingungen:

1. Die Käuferin übernimmt auf Abrechnung vom Kaufschillinge die auf den oberwähnten Einlagen zugunsten der n.-ö. Landes-Hypothekenanstalt simultan einverleibte Satzpost im noch aushaftenden Betrage von 146.858 K.

2. Bei Unterfertigung des schriftlichen Vertrages ist der nach Abrechnung der sub 1 erwähnten Hypothekarforderung verbleibende Rest des Kaufschillings bar zu bezahlen.

3. Die Übergabe, beziehungsweise die Übernahme des Kaufobjektes in den physischen Besitz der Gemeinde Wien erfolgt im Zeitpunkte der Vertragsunterfertigung, spätestens jedoch im Laufe des Monates Oktober 1907. Dieser Zeitpunkt wird die Grundlage für die Abrechnung bezüglich der Zinsen, Steuern u. s. w. bilden, so daß von diesem Zeitpunkte ab Genuß und Lasten auf die Gemeinde übergehen.

4. Das oberwähnte Inventar bildet die Grundlage für die Übergabe und Übernahme der Kaufobjekte in den physischen Besitz der Gemeinde Wien

Die Verkäuferin übernimmt die volle Gewähr für die richtige Übergabe des gesamten in dem Inventar verzeichneten Fundus instructus an die Gemeinde und ist verpflichtet, für allfällige bei der Übergabe fehlende Gegenstände nach Wahl der Gemeinde entweder den Ersatz derselben in natura zu leisten oder ihr den gemeinen Wert derselben zu ersetzen.

Diese Gewährleistung ist jedoch hinsichtlich des lebenden Fundus instructus für den Fall ausgeschlossen, daß durch einen Unfall oder durch ein Elementarereignis die Zahl der Tiere eine Verringerung erfährt; in einem solchen Falle wird sofort die Anzeige an den Magistrat (Abteilung III) erstattet werden.

Sämtliche am Tage der Übergabe vorhandenen Vorräte an Wiesen- und Kleeheu, an Stroh, Dünger, Hafer, Saatgut und sonstigen Körnerfrüchten gehen in das Eigentum der Käuferin über.

5. Die Verkäuferin übernimmt die Gewähr, daß der ordentliche Wirtschaftsbetrieb bis zum Tage der Übergabe der Kaufobjekte in den physischen Besitz der Gemeinde weitergeführt wird.

6. Die Gemeinde tritt in sämtliche bezüglich der zu kaufenden Liegenschaften bestehenden Miet- und Pachtverträge sowie in den Dienstvertrag mit dem Gutsverwalter ein. Seine Bezüge sind folgende: Ein Jahresgehalt von 2000 K, freie Wohnung, Beleuchtung und Beheizung, der Bezug von 3 Liter Milch pro Tag, die Nutznießung des Gemüsegartens und von 1/3 Joch Kartoffelfeld. Der Verwalter ist berechtigt, Geflügel zu halten; das Futter hat er jedoch auf seine Kosten beizustellen.

Die Verkäuferin leistet Gewähr dafür, daß andere Dienstverträge, welche höhere Dienstleistungen betreffen, nicht bestehen.

7. Die Verkäuferin wird binnen 5 Tagen nach Aufforderung die Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung auf sämtlichen den Gegenstand des Kaufgeschäftes bildenden Grundbuchseinlagen auf ihre Kosten erwirken.

8. Die Verkäuferin übernimmt keinerlei Gewährleistung für eine bestimmte Beschaffenheit, ein bestimmtes Ausmaß oder Erträgnis der Kaufobjekte.

9. Die Verkäuferin verpflichtet sich, die ihr aus dem zufolge Erlasses des k. k. Eisenbahnministeriums vom 26. Juni 1899, Z. 17741/3 ex 1899, erteilten Baukonsense für eine mit elektrischer Kraft zu betreibende Kleinbahn innerhalb des Gutsgebietes Kobenzl und aus der mit Erlaß des k. k. Eisenbahnministeriums vom 13. März 1907, Z. 9328/2, verlängerten Bewilligung zur Vornahme technischer Arbeiten zustehenden Rechte nicht geltend zu machen.

10. Sämtliche mit diesem Rechtsgeschäfte verbundenen Kosten und Gebühren, sowie die Bezahlung der Kosten der grundbücherlichen Löschung der von der Gemeinde zur Berichtigung übernommenen Satzpost trägt die Gemeinde Wien.

B. Die mit dem Ankaufe des Gutes Kobenzl verbundenen Kosten sind gegen seinerzeitige Refundierung aus den Geldern des Investitionsanlehens zu bestreiten.

29. Referent Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zahl 13982, Post 31, betrifft die Überreichung einer Petition, welche an den Landtag zu dem Zwecke gerichtet werden soll, daß der vorliegende Gesetzentwurf über eine Automobilsteuer nicht zum Nachteile der Gemeinde Wien oder solcher Gemeinden, die Automobile in ihrem Betriebe führen, zum Gesetze wird.

Es ist zwar in einem Paragraphen schon gesagt, daß die Automobile von Gemeinden oder solchen Anstalten, welche humanen Zwecken dienen, von der Automobilsteuer befreit sein sollen.

Es ist aber unbedingt notwendig, daß das auch auf andere nicht bloß auf humanitäre Anstalten ausgedehnt wird. Es würde nämlich speziell in Wien leicht der Fall eintreten, daß die Automobille, welche unsere Straßenbahnen u. s. w. führen, besteuert würden. Bei den Straßenbahnen zum Beispiel würde die Automobilsteuer von 100 K, vorausgesetzt, daß der Entwurf Gesetz wird, nicht weniger als 1500 K jährlich betragen.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Es ist eine Petition an den hohen niederösterreichischen Landtag zu richten, des Inhaltes, daß im § 1 des Gesetzentwurfes über die Automobilsteuer am Schlusse folgender Satz eingeschaltet werde: „Kraftfahrzeuge, die einer zur Einhebung von Umlagen berechtigten öffentlichen Körperschaft des Erzherzogtums Österreich unter der Enns gehören, sind von der Entrichtung der Abgabe befreit."

Bürgermeister: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Dr. Ritter v. Dorn pro.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Dorn: Ich bin mit dem Antrage, welcher hier gestellt wird, vollkommen einverstanden, sofern es sich darum handelt, daß bei eventueller Einführung einer Automobilsteuer, die der Gemeinde Wien oder Gemeinden überhaupt gehörigen Kraftwerkzeuge von der Steuer befreit werden. Ich möchte mir nur ein paar Abänderungen vorzuschlagen erlauben, eine in formaler Beziehung und einen Zusatz-Antrag.

Bekanntlich ist gegenwärtig der Gesetzentwurf der Automobilsteuer im niederösterreichischen Landtage in Verhandlung. So wie er eingebracht worden ist, ist er von vornherein als unmöglich zu erklären gewesen und die Folge davon war, daß eine Enquette über diese Frage veranlaßt wird. Es werden gewiß daran große Änderungen vorgenommen und wir wollen hoffen, daß dieser Gesetzentwurf eine bessere und annehmbarere Form bekommt. Eine wichtige Frage aber ist, ob eine solche Steuer eine Landessteuer sein soll. In dem Augenblicke, wo im niederösterreichischen Landtage dieser Antrag eingebracht wurde, haben mehrere andere Landtage, ich glaube in Böhmen und auch in Steiermark, sich gleichfalls mit dieser Frage befaßt. Es scheint nun in der Tat eine Schwierigkeit zu sein, daß für solche Vehikel, die für den Fernverkehr bestimmt sind, in anderen Ländern andere Steuergesetze bestehen. Man kann das nicht gut überwachen. Es wird auch im Entwurfe des niederösterreichischen Landtages gesagt, die Automobile von anderen Ländern sollen frei sein. Da ist das Gesetz leicht zu umgehen, indem der Automobilbesitzer seinen Standort an die Grenze verlegt und von

draußen hereinfährt. Es ist also wenigstens möglich, daß die Frage eine andere Richtung bekommt und die Automobilsteuer, welche im mäßigen Ausmaße gewiß gerechtfertigt ist, vom Reich in die Hand genommen wird, damit eine einheitliche Besteuerung eintritt. Was dann mit dieser Steuer zu geschehen hat, ist eine zweite Frage.

Allerdings wäre es wünschenswert, daß die Einkünfte, wie es im Entwurfe des niederösterreichischen Landtages bestimmt ist, für die Verbesserung der Straßen verwendet werden.

Nun glaube ich, wir sollen bei dem vorliegenden Antrage noch weiter schauen und über die Eventualität eines Landesgesetzes hinausgehen und das Verlangen auch für den Fall stellen, daß ein Reichsgesetz erlassen wird. Ich werde daher beantragen, daß es im Eingange der vorgeschlagenen Petition heißen soll, daß im Falle der Einführung einer Reichs- oder Landes-Automobilsteuer bestimmt werde, die Kraftfahrzeuge ꝛc.

Zweitens möchte ich bitten, daß die Meinung des Gemeinderates auch in einer anderen Richtung ausgesprochen werde, welche mir von Wichtigkeit zu sein scheint.

Sie wissen, daß der hauptsächliche Einwand gegen die Automobilsteuer darin liegt, daß dadurch die Entwicklung des Automobilwesens gehindert werden und die Industrie zu Schaden kommen könnte. Ich glaube für die Stadt Wien wäre es von großem Interesse, daß diese Industrie nicht zu Schaden kommt, man sollte also verlangen, daß bei Schaffung eines solchen Gesetzes über die Automobilsteuer die Durchführung so geschieht, daß die betreffende Industrie in ihrer Blüte und in ihrem Aufschwung nicht geschädigt wird. Daß jetzt plötzlich die Automobilsteuerfrage aufgerollt wird, hat seinen Grund darin, daß wie bei so vielen Dingen auch bei der Entwicklung des Automobilwesens eine außerordentlich schöne und nützliche Sache durch Mißbräuche in Mißkredit gebracht wird. Der große Haß, der mit einer gewissen Berechtigung im Lande sich geltend macht, liegt nicht darin, daß wir gute und nützliche Automobilfahrzeuge haben, die im mäßigen Tempo fahren und infolgedessen auch eine gute Entwicklung des Verkehres darstellen, sondern er liegt in der Schnelligkeitsraserei, in der Rücksichtslosigkeit, in der geradezu wilden Raubritterfahrweise, welche die großen Herren mit ihren Automobilen vor sich bringen. Das ist der Krebsschaden. Das sind aber nur Auswüchse und die haben natürlich dazu geführt, daß nicht nur die Leute, die in den Dörfern wohnen, sondern auch jeder Fußgänger, der auf der Straße in der Stadt geht, eine gerechte Entrüstung fühlt, wenn zwei oder drei Automobile daherrasen und mächtige Staubwolken hinter sich lassen. Diese natürliche Entrüstung macht sich nicht nur auf dem Lande, sondern auch in der Stadt geltend.

Neulich bin ich von Mariahilf gegen die Stadt zu gegangen, da kam ein Automobil gerast, welches aus dem Auspuff solchen Dampf ausstieß, daß die ganze Babenbergerstraße mit Rauchwolken gefüllt war. Das muß allerdings nicht sein.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit anregen, ob es nicht möglich wäre vom Standpunkte der Verkehrspolizei die Automobile, welche so daherrasen, und einen solchen Gestank entwickeln, einfach zu verbieten.

Das ist nur eine Abschweifung gewesen. Ich will aber folgendes sagen: Man soll das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Diese Mißbräuche beim Fahren sind Auswüchse und die werden sich wahrscheinlich ebenso verlieren, wie sie bei den Radfahrern verloren gegangen sind, die auch seinerzeit mit der größten Schnelligkeit und Rücksichtslosigkeit gefahren sind.

Daß die Entwicklung des Automobilismus im Sportwesen liegt, hat wieder sein Gutes, denn dadurch, daß der Sport die Sache ergriffen hat, werden die Maschinen verbessert und es wird die ganze Technik dieses Industriezweiges gehoben. Aber darunter brauchen die Leute nicht zu leiden, welche jetzt durch die Raserei der Automobile gefährdet und geschädigt werden.

Zumindest müßte gesagt werden, daß, wenn man eine Besteuerung vornimmt, sie so vorgenommen werden muß, daß nicht die ganze Entwicklung des Automobilwesens gehemmt und nicht ein Industriezweig, welcher unzählige Arbeiter sowohl in den Haupt- als auch in den Nebenzweigen beschäftigt, in seinem Aufschwunge gehindert wird.

Aus diesem Grunde erlaube ich mir folgenden Zusatz-Antrag zu stellen (liest):

„Bei Einführung der Automobilsteuer soll in einer solchen Weise vorgegangen werden, daß eine Schädigung der aufstrebenden Automobilindustrie Österreichs vermieden wird."

Ich glaube, als Gemeinderat der Stadt Wien können Sie das ohne weiteres annehmen und ich empfehle Ihnen auch diesen Zusatz-Antrag zur Annahme. (Beifall.)

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung Herr Gem.-Rat Dürbeck.

Gem.-Rat Dürbeck: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Bürgermeister: Es ist Schluß der Debatte beantragt.

Die Herren, welche mit Schluß der Debatte einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zum Worte sind noch gemeldet die Herren Gem.-Rat Bielohlawek und Silberer pro, kontra ist niemand gemeldet.

Ich erteile dem Herrn Gem.-Rat Bielohlawek das Wort pro.

Gem.-Rat Bielohlawek: Ich habe mich deshalb zum Worte gemeldet, um zu erklären, daß diese Angelegenheit schon im Landes-Ausschusse, beziehungsweise in der Landtagsberatung Gegenstand der Erörterung geworden ist und daß am Montag schon über Anregung eines Landtagsmitgliedes eine Enquete stattfinden wird, in welcher die Angelegenheit, die Herr Gem.-Rat Dr. v. Dorn vorgebracht hat, eingehend erörtert werden wird. Auch wir haben uns der Ansicht nicht verschlossen, daß eine hohe Steuer der Sache schaden könnte.

Bürgermeister (unterbrechend): Aber Wien nicht vergessen, Herr Landes-Ausschuß!

Gem.-Rat Bielohlawek (fortfahrend): Es wird, Herr Bürgermeister, alles genau in Erörterung gezogen werden. Ich war einer derjenigen, die von Haus aus dagegen gesprochen und erklärt haben, daß der Automobilismus, diese große Industrie nicht gehindert werden darf. Es wird also eine Enquete stattfinden, in der die Sache genauestens erörtert werden wird. Etwas muß geschehen. Auch Herr Gem.-Rat Dr. v. Dorn hat erwähnt, daß diese Automobilraserei doch auf irgend einer Seite gepackt werden müsse.

Bürgermeister (unterbrechend): Wenn man sie gleich eingesperrt hätte, wäre es gut gewesen. (Ruf: Das wäre viel besser gewesen, als eine Steuer!)

Gem.-Rat Bielohlawek (fortfahrend): Die Vorlage ist aus den übermäßigen Beschwerden sämtlicher Gemeindevorstehungen, durch deren Straßenzüge die Automobilisten hauptsächlich verkehren,

am besten entsprechen, wenn der Wirkungskreis des Approvisionierungs-Ausschusses auf die großen Fragen der Approvisionierung Wiens und auf jene Fragen beschränkt wird, welche ihm vom Herrn Bürgermeister oder vom Gemeinderate speziell zur Erledigung zugewiesen, dagegen alle Angelegenheiten der laufenden Verwaltung dem Stadtrate vorbehalten werden.

Wir stellen daher den Antrag:

Der mit Gemeinderats-Beschluß vom 5. Oktober 1906 eingesetzte Approvisionierungs-Ausschuß hat sich auf die prinzipiellen Fragen der städtischen Approvisionierung und auf jene Angelegenheiten zu beschränken, welche ihm vom Herrn Bürgermeister oder vom Gemeinderate speziell zugewiesen werden, dagegen bleiben die das Approvisionierungswesen betreffenden laufenden Verwaltungsangelegenheiten nach wie vor dem Stadtrate, beziehungsweise dem Magistrate zugewiesen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Jetzt weiß ich nicht, soll ich den Antrag an den Stadtrat oder an den Approvisionierungs-Ausschuß weisen. (Heiterkeit.) Ich werde gerecht sein und werde den Antrag sowohl an den Approvisionierungs-Ausschuß als auch an den Stadtrat verweisen und werde beide Körperschaften auffordern, sie sollen jede aus ihrer Mitte ein oder zwei Mitglieder bestimmen, welche die Kompetenz feststellen, um dadurch zukünftige Streitigkeiten zu vermeiden.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

25. Antrag des **Gem.-Rates Dr. Mittler:**

„Verzeihen vielmals, daß ich mich mit einigen Zeilen in einer mich betreffenden Angelegenheit vertrauensvoll an Euer Wohlgeboren wende, denn der Herr Bürgermeister Dr. Karl Lueger, der mich persönlich sehr gut kennt und von dieser Sache, die mir durch den Stadtrat passierte, keine Ahnung hat, konnte ich, trotzdem ich denselben seit April d. J. wiederholt sprechen wollte, nicht sprechen, da man mich nicht vorgelassen, und als ich dann im Mai d. J. von Karlsbad ein Schreiben mit der gleichen Bitte an denselben richtete, jedoch bis heute keine Nachricht erhielt, faßte ich den Entschluß und mit festem Vertrauen, mich an Euer Wohlgeboren zu wenden mit der Bitte, diesen meinen Fall gütigst untersuchen und mir meine Rehabilitierung zuteil werden zu lassen.

Ich offerierte am 11. Dezember 1906 das erstemal für die Vergebung der kurrenten Pflasterungsarbeiten, und nach stadträtlicher Annullierung dieser Offertverhandlung das zweitemal am 4. Februar 1907 wieder für die gleichen Arbeiten und erstand nach dem zweiten Offertverhandlungs-Ergebnisse den I. Bezirk, 2. Sektion, mit 16½ Prozent Nachlaß, dann den II. Bezirk, 2. Sektion, mit 18 Prozent Nachlaß, doch wurden mir auf Grund des Stadtrat-Beschlusses die wirklich erstandenen Arbeiten nicht gegeben, sondern dem Franz Böck mit 12 Prozent und dem Hausbesorger Riesenberger mit 10 Prozent Nachlaß übertragen.

Als ich dies erfahren, sprach ich mit Herrn Hans Schneider, den ich persönlich durch 12—15 Jahre kenne, und fragte denselben, weshalb ich mit meinen der Gemeinde Wien gestellten günstigen Offertangebote durchgefallen bin? Derselbe erwiderte mir darauf in Gegenwart meines Sohnes Karl Kaufmann und dessen zweier Zeichner, welche im Zimmer anwesend waren, daß wieder diese verleumderische Affaire, wie selbe am 30. Mai 1905 anläßlich der Vergebung der Regulierungsarbeiten der Währingerstraße im XVIII. Bezirke vom Viadukt der Stadtbahn bis zur Martinstraße von Seite des Stadtrates Tomola als Referent dieser Arbeiten vorgebracht wurde, weshalb man mir diese Arbeiten nicht übertrug, auch bemerkte er nebstdem noch: „Sie haben viele Feinde im Stadtrate, die Sie nicht leiden können." (Anmerkung: Die ich aber die wenigsten kenne, noch überhaupt beleidigt habe.) „Dies ist auch noch ein Grund, weshalb Sie keine Arbeiten erhielten."

Auch sagte Herr Hans Schneider noch: „Ich habe mich für Sie persönlich eingesetzt und den Herren erklärt, daß an der ganzen Sache kein wahres Wort ist, sondern derzeit schon als Verleumdung aufgebracht wurde, der Mann unschuldig sei, trotzdem aber für Sie nichts machen konnte, sondern mußte nur sehen und trachten, daß ich meinen Kontrahenten Kolač für die kurrenten Pflasterungsarbeiten, da es der Bezirksvorsteher haben will, weil er bei demselben im XX. Bezirke wohnt, durchbringe, denn derselbe wäre durchgefallen, da wieder ein anderer Stadtrat gekommen ist und sagte: „Der Pflasterer Firnstein hat keinen Bezirk bekommen, meine Herren, dem müssen wir einen geben, es hängt seine Existenz davon ab." (Anmerkung: Ob ein anderer Nichtprotegierter zugrunde gerichtet wird, um das wird nicht gefragt.)

Daraufhin wurden die schon drei Tage gepflogenen stadträtlich gepflogenen Vergebungsverhandlungen zum dritten Mal umgemodelt, um damit auch dieser einen Bezirk erhielt, mußte ein anderer hinausexpediert werden. (Anmerkung. Dies ein Teil des Vorganges bei der Vergebung der kurrenten Pflasterungsarbeiten.)

Als ich nun dies aus dem Munde des St.-Rates Hans Schneider erfahren, erklärte ich demselben, daß an mir eine große Ungerechtigkeit begangen wurde, indem man sich solcher Mittel bediente, die nur von einem Schuften der Konkurrenz in den Stadtrat getragen worden sein konnte, den will man nicht bekanntgeben, und so sehe ich mich verpflichtet, die Staatsanwaltschaft um Schutz anzurufen, denn ich bin in Ehren grau geworden, mein ganzes Vorleben ist rein und makellos, habe nie jemanden, weder einen Stadtrat, noch einen Gemeinderat beleidigt, bin 25 Jahre Kontrahent der Gemeinde Wien wohl nur für Terminsarbeiten, bin Armenrat des IX. Gemeindebezirkes nebstdem Mitglied und Vertrauensmann des christlichen Wählervereines desselben Bezirkes, bin noch jederzeit für die wirkliche christliche Sache im Bezirke eingetreten, weiß daher wirklich nicht, wie ich dazukomme, von dem Stadtrat auf diese Weise nicht nur in der Ehre gekränkt, sondern nebstdem um meine Existenz gebracht zu werden.

Als Wiener Bürger und 25jähriger Steuerträger habe ich gerechten Anspruch auch auf die kurrenten Pflasterungsarbeiten, umsomehr, als ich Ersteher solcher war (Anmerkung, die mir aber schon durch 18 Jahre auf Grund anonymer Schreiben und verläumderischer Gerüchte vorenthalten und entzogen wurden, und noch viel früher als die gegenwärtig Bevorzugten und Protegierten, welche heute dreifache Arbeiten haben und 20 bis 30 Gehilfen beschäftigen, und ich, um diese Arbeiten gebracht, kann nicht einmal zwei Gehilfen beschäftigen.

Terminsarbeiten kann ich keine nehmen, da mein Geld schon durch drei, vier, fünf, sieben Jahre nicht abgerechnet — festgerannt ist. Kurrente Arbeiten erhalte ich keine, weil der Stadtrat den Konkurrenten freundlich gesinnt ist, so frage ich: „Wovon soll ich meine hochtaxierten Steuern zahlen, wenn so an mir gehandelt wird?"

Es bleibt mir daher nichts anderes übrig, als obbenannten Weg zu betreten, um denjenigen Schuft zu erfahren, der dieses, für mich, meinem Sohn, meiner ganzen Familie schädigende Gerücht beim Stadtrat im Umlauf setzte, respektive um Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen und mir meine Existenz zu erhalten, die dadurch untergraben wurde.

Nach dieser Rücksprache mit Herrn Hans Schneider sagte derselbe zu mir, „unternehmen Sie noch nichts, und warten Sie noch die Vergebung der Erhaltungsarbeiten der städtischen Straßenbahnen ab, vielleicht läßt sich hier noch etwas machen". Nun dachte ich mir: „Gut, wartest das Resultatsergebnis ab. Ich war nämlich auch Ersteher von 4 Sektionen dieser Arbeiten. Als nun dies bekannt wurde, sind jedenfalls wieder die Protektionskinder von Stadtrat zu Stadtrat gelaufen und haben alles wieder hintertrieben, das Offertverhandlungsergebnis wurde annulliert, sämmtliche Offerte zurückgewiesen und eine neuerliche Offertverhandlung für diese Arbeiten ausgeschrieben, wo nun diese Sektionen wieder geteilt wurden, um alle Günstlinge der Stadträte unterzubringen. Daraufhin offerierte ich gar nicht mehr mit. Da es auf der Hand gelegen, mir keine Arbeit zu geben, offerierte mein Sohn Karl Kaufmann, welcher aber auch vom Stadtrate abgelehnt und erst im Laufe des Monates August verständigt wurde, daß diese Arbeiten nur alle jene wieder erhielten, welche ohnehin schon mit Bezirke, Gas, Wasserleitung, und sonstigen Gemeindearbeiten beteilt sind.

Man sieht aus dem ganzen Vorgang, daß nur die Konkurrenz schuldtragend ist, und hauptsächlich solche, die nicht einmal gelernte Pflasterermeister sind, und nur an der Hand des freien Gewerbes noch vorher Meister geworden sind, ohne eine Genossenschaft dazu gebraucht zu haben, den Befähigungsnachweis zu erbringen wie z. B. ein Herr Mentschik, ehemaliger Brotausführer, ein Herr Brendl, ehemaliger Goldarbeiter-Gehilfe, ehemaliger Kommis Stribl und Krasteck, Hausbesorger Riesenberger, Klinkermaurer Kolač, die ehemaligen Sozialdemokraten Kreitner, Dehmel, mehrere Wittfrauen, ferner das Pflastererkonsortium aller jüngster Meister, welches in zwei Gasthäusern in Hernals und Ottakring tagen und die bei diesen beiden Stadträten alles durchsetzen was sie nur wollen.

Ferner, wenn man die Offertverhandlungen verfolgt, welche die städtischen Straßenbahnen betreffen, die zum erstenmal am 29. Dezember 1906 begonnen und jetzt erst im August 1907 zur Austragung gelangten, unterdessen aber die Bezirks-Kontrahenten außer ihren Bezirksarbeiten auch diese ausführen durften, ja noch mehr, wenn ein Franz Böck und ein Franz Kraft das Monopol für sämtliche elektrische Kabellegungen, Erd- und Pflasterungsarbeiten haben, welche gleiche Preise machen und sich diese Arbeiten zur Hälfte teilen, Alexander und Leopold Wolf, die ganzen städtischen Gasarbeiten bekommen, trotzdem andere Ersteher waren, außerdem noch Bezirke erhielten, so sieht man die Protektion, und wenn man den ganzen Vorgang bei allen Offertverhandlungen verfolgt und das eigentümliche Vergebungssystem des Stadtrates ins Auge faßt, so findet man, daß Dr. Lueger am 18. September 1890, nach dem Berichte Nr. 64, Seite 1218 und 1219 in der Gemeinderats-Sitzung recht gesprochen hat, wie sich derselbe den Stadtrat vorstellt.

Ferner sprach derselbe am 19. September 1890, Seite 1251 und führte an, wie er sich die Arbeitseinteilung der ständigen Referenten vorstelle. Weiters sagt Dr. Lueger Seite 1252 des weiteren ... und in der Sitzung im niederösterreichischen Landtage vom 1. Dezember 1890 sagte Dr. Lueger Seite 544, 546 und 547 das Gleiche. Nur hat sich derselbe im Jahre 1890, als er dies Alles ausführte, nicht gedacht, daß der heutige Stadtrat, seine eigene Partei, dies so vollbringt; der seinerzeitige St.-Rat Hipp hat über Drängen der damaligen Opposition, weil er sich ein Kaffeehaus kaufte, seine Stadtratstelle niederlegen müssen, damit er nicht mit Kontrahenten der Gemeinde Wien verkehren kann.

Die heutigen Stadträte und Gastwirte Grünbeck und Gräf dürfen die Stadtratstellen behalten, wo die Pflasterermeister und heutigen Kontrahenten der Gemeinde Wien täglich verkehren, da sie daselbst ihre Klublokale aufgeschlagen haben und dort ihr Geld verzehren, mithin täglich mit diesen Herren Stadträten verkehren.

Euer Wohlgeboren, wie Sie aus alldem hier Vorgebrachten — und worüber ich jederzeit Wahrheitsbeweise vorbringen kann — entnehmen, werden Sie finden, daß mir großes Unrecht getan wurde, und da ich mich eben nicht anders verteidigen kann, weil ich es mit unbekannten Tätern zu tun habe, so wende ich mich deshalb an Sie, mir in der öffentlichen Gemeinderats-Sitzung zu meinem guten Rechte zu verhelfen.

Genehmigen Sie die Versicherung meiner besonderen Hochachtung ergebenst

Josef Kaufmann,
Bürger, Armenrat und Stadtpflasterermeister,
Wien, IX., Augasse 13."

Da die in diesem Schreiben des Stadtpflasterermeisters Josef Kaufmann ausgesprochenen Beschuldigungen solche sind, daß, deren tatsächliche Berechtigung vorausgesetzt, Vorgänge ganz unzulässiger Art vorliegen, wird der Antrag gestellt:

Es sei eine aus zwölf Mitgliedern des Wiener Gemeinderates mit Ausschluß von Stadträten bestehende Kommission, in welcher alle Parteien vertreten sind, einzusetzen, mit der Aufgabe, die von Herrn Josef Kaufmann erhobene Beschuldigung zu untersuchen und hierüber dem Gemeinderate zu berichten.

Bürgermeister: Diesbezüglich bemerke ich, daß ich mir über die in dem Schreiben des Herrn Kaufmann vorgebrachten Beschuldigungen Bericht erstatten ließ und daß ich gar nichts dagegen hätte, wenn eine solche Kommission eingesetzt wird, damit endlich einmal klar dargetan wird, was an den vorgebrachten Beschuldigungen wahr ist oder nicht.

Ich habe das selbst im Stadtrat vorgebracht und ich sage ganz aufrichtig: ich habe nichts gefunden, was dem Stadtrat zur Unehre gereichen würde. Ich wiederhole aber nochmals, daß ich nichts dagegen habe, daß da eine vollständig genaue Prüfung stattfinde.

Den Antrag muß ich aber jetzt an den Stadtrat weisen. (Heiterkeit.)

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

26. Antrag des **Gem.-Rates Herold:**

Alljährlich halten die Eisenbahn-Direktionen Konferenzen ab, um gemeinschaftlich die Fahrordnungen der internationalen Züge und der Anschlüsse zu vereinbaren.

Diese Konferenz gibt nicht nur den Eisenbahnverwaltungen Anlaß, die Interessen der eigenen Bahnen wahrzunehmen, sondern auch auf die wirtschaftlichen Interessen der Länder und Städte, in denen sie ihren Sitz haben, Rücksicht zu nehmen. Diese Konferenzen geben aber auch anderen Korporationen, Handels- und Gewerbekammern, Städtevertretungen u. s. w. Gelegenheit, ihre Wünsche bezüglich der Verkehrseinteilung, welche für das wirtschaftliche Leben der Länder und Städte von weittragender Bedeutung sind, kundzugeben und nicht bloß an die Eisenbahnverwaltungen, sondern auch an die Regierungen, deren Einfluß auf die Eisenbahnverwaltungen heutzutage größer ist als je zuvor, mit der Bitte heranzutreten, daß sie das Interesse der Länder und Städte gebührend wahrnehmen und dahin wirken, daß die Verbindungen derart eingerichtet werden, wie es einerseits der Verkehr und die Rücksicht auf das reisende Publikum, anderseits das Interesse namentlich der Hauptstädte erheischt.

Es sei auf das Beispiel der Schweiz hingewiesen, woselbst für die internen Verbindungen — von den großen internationalen Zügen abgesehen — kein Nachtverkehr früher bestanden hat, damit das reisende Publikum die Ruhe in den Städten genieße und sich daselbst wenigstens einige Stunden aufhalte, wobei man von der richtigen Ansicht ausging, daß der Reisende, der die Nacht in einer Stadt verbringt, wohl auch einige Stunden des Tages daselbst sich aufhalten und vielleicht auch einige Einkäufe besorgen werde, so daß die verschiedensten Gewerbe an den Vorteilen der Eisenbahnverkehrseinteilung partizipieren können.

Es ist deshalb auch für Wien von größter Wichtigkeit, daß bei dem nächsten Fahrordnungs-Kongresse oder der Fahrordnungs-Konferenz die Vertreter der österreichischen Eisenbahnen auf das Interesse der Reichshauptstadt Rücksicht nehmen und einerseits die Zahl der über Wien ihren Weg nehmenden Züge vermehrt, anderseits die Ankunftszeiten für Wien günstiger gestaltet und der Aufenthalt in Wien so eingerichtet werde, daß die Stadt davon profitieren könne.

Ohne uns vorerst in Details einzulassen, glauben wir darauf hinweisen zu dürfen, daß gerade jetzt in München von der dortigen Handelskammer Wünsche ausgesprochen wurden, welche sich auf die Hebung des Verkehres in und für München beziehen. In ähnlicher Weise wünschen wir eine Einflußnahme der Wiener Stadtverwaltung auf die österreichische Regierung und die österreichischen Eisenbahnverwaltungen, um dieselben zu veranlassen, bei den nächsten internationalen Fahrordnungs-Konferenzen das Interesse der Stadt Wien zu berücksichtigen, und damit die in dem Interesse der Stadt gelegenen Zugseinteilungen vorher fachmännisch erörtert werden, glauben wir den Antrag stellen zu sollen:

Der Stadrat lade die Vereine zur Hebung des Fremdenverkehres (Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr, Landesverband für Fremdenverkehr), das Gremium der Hoteliers und die Inhaber der Fahrkarten- und Reisebureaux zu einer Besprechung ein, damit sie alle auf den Verkehr von und nach Wien bezughabenden Wünsche bekanntgeben, und auf dieser Grundlage soll dann eine Eingabe sowohl an das Eisenbahnministerium als an die Direktionen der in Wien residierenden Bahnen gerichtet werden, damit das Interesse der Stadt Wien bei Feststellung der Eisenbahnfahrordnungen gewahrt werde.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Ich erkläre, daß ich die Anregung für sehr gut finde, weil im Monate Dezember eine Eisenbahnkonferenz in Wien stattfindet und es zweckmäßig ist, bis dahin alle Wünsche der Stadt Wien feststellen zu können. (Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

27. Antrag des **Gem.-Rates Angeli:**

Fast hundert Jahre sind im Strome der Zeit dahingerollt seit der Erhebung und dem heldenmütigen Kampfe, welchem das Tiroler Volk gegen den korsischen Eroberer für Kaiser und Vaterland gekämpft hat. Epheuartig überwuchert Dichtung und Sage die Ereignisse und Gestalten des Jahres 1809. Die Begebenheiten sinken immer tiefer in die Vergangenheit zurück. Manches klingt uns bereits wie ein Märchen fremd und traumhaft, kaum daß wir es zu glauben vermögen. So ist es auch bereits in Vergessenheit geraten, daß der einzige Sohn Andreas Hofer's, Johann Edler v. Hofer, welcher die Flucht auf die Pfandleralpe mit seinen Eltern mitmachte und auch mit denselben dort im Jänner 1810 durch die Franzosen gefangen genommen wurde — welcher Moment durch ein herrliches Bild des verstorbenen Akademie-Direktors R. v. Blaas verewigt wurde — am Schmelzer Friedhofe begraben liegt. Johann Edler v. Hofer kam nach seiner Freilassung nach Wien, wo ihm Kaiser Franz eine Trafik verlieh, welche er in der Neubaugasse neben der Zoller'schen Schule betrieb. Er starb im April 1855 und wurde auf dem Schmelzer Friedhofe begraben.

Nachdem sich nun das Tiroler Volk anschickt, die Erinnerung an jene große Zeit durch die Veranstaltung einer großartigen Jahrhundertfeier würdig zu begehen und anderseits die Absicht besteht, den Schmelzer Friedhof gänzlich aufzulassen und aus demselben eine Parkanlage zu schaffen, so gestatte ich mir den Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderat wolle beschließen: Die Gebeine des einzigen Sohnes Andreas Hofer's sind auf Kosten der Gemeinde Wien zu exhumieren und in einem von der Gemeinde Wien zu widmenden Grabe auf dem Zentral-Friedhofe wieder zu bestatten.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Wir schreiten zur Erledigung der Tagesordnung.

Zum Referate gelangt Herr Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer.

28. Referent Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Das Referat, das ich zur Zahl 12164, Post 1, zu erstatten die Ehre habe, betrifft das Offert der Firma Schmitt auf Verkauf des Gutes Kobenzl. Das Gut Kobenzl ist ein Realitätenkomplex, der den Gemeinderat der Stadt Wien schon wiederholt beschäftigt hat. Zuletzt war es das Ansuchen dieser Firma um Bewilligung der Parzellierung. Es hätten nämlich damals, es war im Jahre 1904, 72 Parzellen geschaffen werden sollen, um eine Verbauung in der von der Firma vorgeschlagenen Weise vornehmen zu können. Damals war es schon der Gedanke des Herrn Bürgermeisters auf Schaffung einer Sicherheit für alle Zeiten, daß dieser schöne Waldkomplex, dieser schöne Bestand von Wiesen, der an der nördlichen Peripherie unserer Vaterstadt sich befindet, der Stadt erhalten werden soll, der Gedanke auf Schaffung eines Gürtels, des sogenannten Wald- und Wiesengürtels. Mit Rücksicht darauf wurde das damalige Ansuchen der Firma zurück-

gewiesen; dieser Grundkomplex fällt nämlich in die Zone des Wald- und Wiesengürtels und es würde dann, wenn diese Parzellierung bewilligt worden wäre, gewiß die Ausführung dieses Gedankens vereitelt worden sein. Dem Antrage, den Ihnen der Stadtrat vorlegt, müssen gewiß große und gewichtige Erwägungen zugrunde liegen, angesichts des Umstandes, daß ein so bedeutender Preis von 1,500.000 K für diesen großen Komplex gezahlt werden soll. Daß diese Erwägungen richtig sind, das, meine Herren, glaube ich, werden Sie bestätigen, wenn Sie nach dem Ihnen vorliegenden Berichte hören, daß von diesem Ankaufe die Schaffung des Wald- und Wiesengürtels unbedingt abhängt und nur davon abhängt, daß die Gemeinde Wien in den vollen Besitz dieser Realität gelangt. Für unsere Stadt ist es ja überhaupt von größter Wichtigkeit, daß unser Wienerwald und insbesondere die nächste Nachbarschaft des Wienerwaldes erhalten bleibt im Interesse der Assanierung Wiens und im Interesse der Erhaltung jener Naturschönheiten, welche unserer Vaterstadt zum Wohle und zur Zierde gereichen. Deshalb ist es wohl vollständig gerechtfertigt, daß das neuerliche Offert der Firma auf Ankauf dieses Gutes in ernste Erwägung gezogen wurde; es hat lange Zeit gedauert, es haben alle Organe, alle städtischen Ämter unserer Stadt hiebei alle Momente in Erwägung gezogen, welche zur Rechtfertigung dieses Rechtsgeschäftes, sowie eines so hohen Preises dienen konnten.

Es ist dieser Grundkomplex, der uns schon so oft beschäftigt hat, außerordentlich groß; er enthält nicht weniger als 1,345.704 m², also ein Areal, welches nach unserem früheren landesüblichen Flächenmaße etwa 233 Joch umfaßt, ein Grundkomplex, welcher ebenso wie die Lobau ein bedeutendes Luftreservoir bildet, das so viel wie möglich vor schädlicher Verbauung geschützt werden muß. Es mußte daher schon deshalb die Verwaltung der Gemeinde Wien dafür sorgen, daß dieser Grundkomplex vollständig in ihre Hand kommt und nicht der Gefahr der privaten Bauspekulation ausgesetzt bleibt. Es wurde nun das Kaufoffert in nähere Erwägung gezogen. Schon vor geraumer Zeit ist der erste Antrag gekommen, welchem ein Preis von 2,200.000 K zugrunde gelegt war. Wiederholt wurden die Verhandlungen fortgesetzt und unterbrochen. Das letzte Offert mit dem Preise per 1,500.000 K entspricht genau jenem Kalkül, welches zwar nicht unsere Ämter, sondern welches der Herr Bürgermeister als das einzig annehmbare festgesetzt hat. Er war es, der ausgesprochen hat, mehr als 1,500.000 K dürfen nicht bezahlt werden und so ist es auch gekommen.

Die Firma F. Schmitt hat endlich im Juli dieses Jahres das Offert und den Kaufpreis auf diesen Betrag restringiert. Was nun die Angemessenheit dieses Betrages betrifft, so müssen wir bei dessen Beurteilung das Kalkül ins Auge fassen, welches die Ämter, insbesondere das Stadtbauamt bei der Bewertung dieser Realität angenommen haben. Es hat nämlich das Bauamt ein vollständig spezialisiertes Schätzungsoparat vorgelegt, welches auch berücksichtigt hat, daß in diesem Grundkomplexe eine große Zahl von Baustellen vorhanden sind und es wurde demgemäß ein Schätzwert mit 1,934.191 K 20 h festgesetzt. Die beiden Hauptbestandteile dieses Komplexes bilden natürlich die verschiedenen Kulturgattungen einerseits und die als Baugrund geeigneten Parzellen andererseits. Die Kulturgattungen sind in einer vollständig klaren und nach den bestehenden Ortsverhältnissen bestimmten Weise taxiert worden. Das gilt aber auch vom Baugrund und insbesondere von den vorhandenen und sehr bedeutenden Gebäuden. Es ist natürlich dabei auch zu bedenken, daß einerseits die seinerzeitige Herstellung dieser Baulichkeiten bedeutend mehr gekostet haben mag, daß andererseits noch für die Herstellung der Straßen und für die Kanalisierung bedeutende Auslagen künftig erwachsen werden. Meine sehr geehrten Herren, es ist wohl aus den von mir schon berührten allgemeinen Erwägungen unbedingt notwendig und gewiß nur ratsam, daß die Gemeinde Wien baldmöglichst in die Lage kommt, selbst über die Möglichkeit und über die Art und Weise der zukünftigen Verbauung nach eigenem Ermessen zu disponieren und ich glaube daher, daß der Antrag, den Betrag von 1,500.000 K als Kaufpreis zuzugestehen, ein vollständig gerechtfertigter ist.

Die vorliegenden Anträge entsprechen durchaus allen jenen Kautelen, welche für den Abschluß des Vertrages notwendig sind. Ich bemerke schließlich noch, daß die Verwendung der einzelnen Bestandteile, die Verwendung der vorhandenen Baulichkeiten einer späteren Beratung und Beschlußfassung vorbehalten werden soll, daß es sich jetzt nur um die Bedingungen handelt, um welche dieses Gut erstanden werden soll. Im VI. Absatze der Bedingungen ist ein Druckfehler, den ich bei dieser Gelegenheit richtigzustellen bitte. Es heißt hier: „Die Verkäuferin leistet Gewähr dafür, daß andere Dienstverträge, welche frühere Dienstleistungen betreffen, nicht bestehen". Es soll heißen: „höhere Dienstleistungen". Im Interesse der Durchführung des Projektes unseres hochverehrten Herrn Bürgermeisters und im Interesse der Stadt Wien empfehle ich Ihnen, meine Herren, die Anträge, die der Stadtrat Ihnen vorgelegt hat, anzunehmen. (Beifall.)

Bürgermeister: Zum Worte gelangt, und zwar pro Herr Gem.-Rat Dr. Ritter v. Fürth.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Fürth: Ich erkläre mich mit der Vorlage vollkommen einverstanden. Ich begrüße den Ankauf des Gutes nicht nur darum, weil ich jede Vergrößerung des Besitzstandes der Gemeinde Wien willkommen heiße, sondern auch darum, weil ich den Ankauf für sehr günstig halte und weil ich glaube, daß dadurch die Durchführung des Wald- und Wiesengürtels wesentlich gefördert wird. Ich begrüße die Vorlage auch darum, weil ich glaube, daß uns dadurch die Möglichkeit geschaffen wird, einem Bedürfnisse abzuhelfen, welches in Wien schon lange Zeit hindurch empfunden wird.

Sie wissen, wir haben in Wien zahlreiche Sommerfrischen; wenn aber heute ein Wiener, der in einem inneren Bezirke wohnt, auf ein paar Wochen ins Grüne will, findet er dazu keine Gelegenheit, weil in den Sommerfrischen kein Hotel und kein Gasthof vorhanden ist. Der, welcher in der Lage ist, eine Sommerwohnung zu mieten, findet ja dazu Gelegenheit, aber nicht jener, der die Neigung hat, auf ein paar Wochen hinauszugehen.

Es hat der Statthalter schon vor ein paar Jahren darauf hingewiesen, wie dringend notwendig es wäre, in der Nähe von Wien solche Gasthöfe oder Unterkunftshäuser zu schaffen, aber es ist in der Richtung bisher nichts geschehen. Wir haben nun jetzt dazu eine gute Gelegenheit, denn wir kaufen ein vollständig eingerichtetes Hotel, welches nur aufgemacht zu werden braucht, wir haben jetzt die Möglichkeit, im Anschlusse an das Hotel für die mittleren Stände, die nicht in der Lage sind, die teueren Hotelpreise zu zahlen, ein einfacheres Unterkunfts- oder Touristenhaus zu schaffen, und ich hoffe, daß sich mit der Zeit im An-

schlusse daran auch eine kleine Villenvorstadt entwickeln kann, eine Kolonie von größeren und kleineren Villen und Wohnhäusern, die nicht nur für die Wiener einen angenehmen Aufenthalt, sondern auch für die Fremden einen Anziehungspunkt zu bilden in der Lage sind.

Man hat in letzter Zeit auch davon gehört, daß der Plan besteht, dort ein Sanatorium zu errichten. Ich hoffe, daß das nicht ausgeführt wird, wenigstens dermalen nicht, weil ja die Erfahrung lehrt, daß die Bevölkerung nicht gerne in die Nähe von Sanatorien zieht und dadurch die ganze Entwicklung des Kobenzl unterbunden würde. Vielleicht wird sich ja später die Möglichkeit geben, irgendeinen Platz dafür zu finden. Ich will nicht untersuchen, ob es die Aufgabe der Gemeinde Wien ist, ein Sanatorium zu bauen, weil diese Frage heute nicht zur Diskussion steht. Dagegen glaube ich, daß die Frage ins Auge zu fassen ist, auf welche Weise der Kobenzl ausgestaltet werden soll.

Wir haben aus dem Berichte gehört, daß alle Voraussetzungen gegeben sind, um dort eine schöne Anlage zu schaffen, denn wir haben dort eine Wasserleitung, es wird auch, wenn die zweite Hochquellenleitung ausgebaut ist, möglich sein, Hochquellenwasser hinauf zu bringen; eine Kanalisation ist vorhanden. Die elektrische Beleuchtung einzuführen, wird nicht schwer sein, es wird der Straßenbahn- oder Automobilverkehr hinaufgeführt werden können. — Es wäre aber nur zu wünschen, daß bei dieser Schaffung planmäßig vorgegangen wird, und künstlerische Gesichtspunkte beobachtet werden. Ich habe in England Gelegenheit gehabt, zu sehen, wie es mit geringen Mitteln möglich ist, Wunderschönes zu schaffen, wenn man nach einem bestimmten Plane vorgeht und künstlerische Rücksichten beobachtet werden. Wir haben zahlreiche Architekten und Künstler, welche in der Lage sind, wenn sie herangezogen werden, ein gutes Projekt vorzulegen und ich möchte mir daher, die Anregung erlauben, daß eine Preis-Ausschreibung zur Erlangung künstlerischer und den praktischen Anforderungen entsprechender Entwürfe veranstaltet werden. Auf diese Weise würden wir eine Anzahl von Projekten bekommen, aus denen wir das beste aussuchen können. Ich bin überzeugt, daß sich daran die besten Künstler beteiligen würden, denn die Aufgabe, welche ihnen gestellt wird, ist eine sehr schöne. Die Kosten, welche daraus der Gemeinde Wien erwachsen, sind sehr geringe und wir werden in der Lage sein, am Kobenzl, der einer der schönsten Punkte von Wien ist, etwas wirklich Schönes und Gutes zu schaffen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Winarsky pro.

Gem.-Rat. Winarsky: Ich kann erklären, daß wir gegen den Plan, das Gut Kobenzl zu erwerben, keine prinzipielle Einwendung erheben, sondern im Gegenteil konstatieren, daß das, was von seiten der Gemeinde durchgeführt werden soll, zum Teile den Anschauungen entspricht, welche wir selbst bezüglich der Erwerbung von Grundeigentum durch die Gemeinde haben. Ich bedauere nur, daß nicht bei allen Gelegenheiten so vorgegangen wird, das Grundeigentum der Gemeinde zu erhalten und planmäßig zu erweitern, sondern daß bei anderen Gelegenheiten vielmehr Grundstücke in private Hände übergegangen und auf diese Weise der durch die gemeinsame Arbeit der arbeitenden Bevölkerung geschaffene Gewinn der Privatspekulation zugute kommt.

Wenn auf diese Weise ein so großer Komplex, wie es das Gut Kobenzl ist, dem Privatbesitze entzogen wird, so können wir das von unserem Gesichtspunkte aus nur mit Genugtuung begrüßen; wir können aber nicht mit allem einverstanden sein, was in der Begründung des Antrages, sowohl als in dieser Vorlage enthalten ist, als was der Herr Vize-Bürgermeister in seinem Referate gesagt hat. Der Herr Vize-Bürgermeister hat in seinem Referate auseinandergesetzt, wie notwendig es ist, den Wienerwald der Bevölkerung zu erhalten und daß der Beweggrund für den Ankauf des Gutes Kobenzl insbesondere der gewesen ist, dieses Gebiet vor einer übermäßigen Verbauung zu schützen.

Im Widerspruch zu dem, was Herr Vize-Bürgermeister gesagt hat, steht aber die Bewertung des Grundes durch das Stadtbauamt, in welcher außer dem 11770 m², die jetzt schon in die Bauarea einbezogen werden, noch eine Fläche von 120.000 m² zur Verbauung in Aussicht genommen wird, nachdem diese Fläche als Baugrund bewertet ist. Das steht auch mit dem in Widerspruch, was der Herr Vize-Bürgermeister gesagt hat.

Mit Genugtuung hebt er hervor, daß eine Menge von Baugründen in der Area enthalten sind und der Wert des Grundes daher ein bedeutend größerer sei, woraus sich für die Gemeinde ein Vorteil herausschlagen lasse. Wenn Sie in diesem Sinne vorgehen wollen und einen größeren Teil des Gutes, wie in Aussicht genommen ist 120.000 m², gleich als Baugrund parzellieren und verwerten wollen, dann heißt das wieder nur, daß Sie in irgend einer anderen Form der Privatspekulation in die Hände arbeiten, und es ist selbstverständlich, daß dadurch ein Teil der Absicht, den Wienerwald zu schützen und ihn der Bevölkerung zu erhalten, zunichte gemacht wird. Aus diesem Grunde kann ich auch nicht der Meinung des sehr geschätzten Herrn Kollegen Dr. v. Fürth beipflichten, der hier eine förmliche Preisausschreibung für die beste Art der Verbauung dieser Gründe in Anregung gebracht hat. Ich glaube, wir sollen diese Gründe nicht erwerben, um sie zu verbauen, sondern um den Wald- und Wiesengürtel, dessen Plan schon vorbereitet war, bevor ihn der Herr Bürgermeister in die Öffentlichkeit getragen hat, vor der Verbauung zu schützen und ihn der Bevölkerung zu erhalten. Deshalb glaube ich, daß man von einer derartigen Idee Abstand nehmen sollte. Wenn diese Gründe wirklich der Verbauung zugeführt werden sollen, so müßte ich mich auch in Widerspruch setzen zu dem, was mein geehrter Herr Kollege Dr. v. Fürth auseinandergesetzt hat, denn es könnte sich dann nicht um die Schaffung einer Villegiatur für reiche Leute handeln, die da draußen in angenehmer Weise vom Walde umgeben zu leben imstande sein sollen, denn viel wichtiger als die Schaffung derartiger Wohnplätze, die in und um Wien noch aufzutreiben sind, ist es, Vorsorge gegenüber der Wohnungsnot, unter der die breiten Massen der Bevölkerung leiden, zu schaffen.

Wenn also schon eine Verbauung stattfinden würde, so würde es sozialpolitisch wichtiger und der Bevölkerung nützlicher sein, wenn die Gründe von der Gemeinde Wien in eigener Regie verbaut werden, um Wohnplätze für die arme Bevölkerung zu schaffen. Aber sowohl das eine wie das andere kann nur als Eventualität in Betracht gezogen werden; das Wichtigste ist, den größten Teil, womöglich den gesamten Grund der Wiener Bevölkerung als Wald oder Park zu erhalten, und um diese Absicht sicherzustellen, erlaube ich mir dem Gemeinderate folgende Resolution in Vorschlag zu bringen (liest):

hervorgegangen. Es ist Tatsache, daß die Gemeinden, welche Sommerwohnungen zu vermieten gehabt haben, welche an Straßen gelegen sind, die Automobile durchfahren, absolut keine Wohnung mehr anbringen. Das ist auch am Semmering der Fall, die Leute können ihre Villen dort nicht mehr vermieten, weil die Leute dort wie wahnsinnig fahren. Ich glaube, daß die Leute, wenigstens wenn sie durch eine Gemeinde fahren, etwas langsamer fahren könnten, aber sie nehmen keine Rücksicht. Dieser fortwährenden Belästigung der Gemeinden ist diese Vorlage entsprungen, die aber, wenn sie Gesetz geworden wäre, gewiß über das Ziel geschossen hätte. Ich kann mir erklären, daß der Landes-Ausschuß absolut nicht die Absicht hat, die Automobilindustrie — den Wagen der Zukunft, wie ich ihn nennen möchte — zu unterbinden, sondern daß nur Mittel und Wege gefunden werden sollen, um den Schäden, die unverkennbar zutage treten, beizukommen. Ich will bemerken, daß wir dabei nicht allein stehen. Gegenwärtig ist in der Schweiz in sechs Kantonen der Automobilverkehr überhaupt verboten.

Bürgermeister (unterbrechend): Man muß nicht jede Dummheit nachmachen!

Gem.-Rat Bielohlawek (fortfahrend): Die Schweiz hat dies getan, um das Geschäft mit den Hotelwagen nicht zu stören. Diese Ursache besteht bei uns nicht. Ich kann erklären, daß bei der Enquete alles mögliche aufgewendet werden wird, daß die Vorlage eine sanftere wird, wenn sie überhaupt aufrecht erhalten werden kann. Allerdings besteht in der bäuerlichen Bevölkerung eine große Animosität, die Leute drängen den Landes-Ausschuß, in dieser Angelegenheit etwas zu tun. Wir werden uns aber bemühen, allen Anforderungen gerecht zu werden.

Bürgermeister: Ich bitte aber, auf Wien nicht zu vergessen. Das Wort hat Herr Gem.-Rat Silberer pro.

Gem.-Rat Silberer: Meine sehr geehrten Herren! Ich bin weit entfernt, dazu beizutragen, daß eine förmliche Automobil-Debatte sich entwickelt. Ich kann nur mitteilen, daß in der letzten Sitzung — was schon Herr Landes-Ausschuß Bielohlawek berührt, aber einigermaßen unrichtig dargestellt hat — dem Gemeinde-Verfassungs-Ausschuß eine Scheicher'sche Vorlage bezüglich der Besteuerung der Kraftfahrzeuge zur Behandluug übergeben worden ist, daß ich damals zum Berichterstatter gewählt wurde und daß über meinen Vorschlag die montägige Enquete stattfindet, aber nicht in dem Sinne, wie Herr Landes-Ausschuß Bielohlawek gesagt hat, der nicht im Ausschusse ist und es daher nicht so genau weiß.

In dieser Enquête wird nicht die ganze Geschichte aufgerollt und den Herren nicht Gelegenheit gegeben werden die Vorlage einfach kurzweg umzubringen. Im Gegenteile, es wird gleich von Haus aus erklärt werden, es ist im Ausschusse beschlossen worden und ich als Leiter der Enquête bin bevollmächtigt, das ebenfalls zu erklären, daß die Enquête einberufen worden ist, um eine korrekte Basis für die Abstufung der Steuer zu finden, weil das, was in der gegenwärtigen Vorlage enthalten ist, technisch unrichtig ist und dazu führen würde, daß die größten Ungerechtigkeiten entstehen würden. Dazu ist die Enquête einberufen. Dazu, um zu erfahren, daß die Automobilfabrikanten und Automobilbesitzer keine Steuer zahlen wollen, brauchen wir keine Enquête. Das lesen wir in den Organen dieser Herren das ganze Jahr. Eines steht aber fest, daß wir im Landtage nicht dazu da sind, einfach gar nichts zu machen und die Vorlage ganz fallen zu lassen. Wir werden die Vorlage vielleicht restringieren und auf eine korrektere Basis stellen, und so wird sie auch herauskommen.

Was die Reichssteuer betrifft, so gestehe ich ein, es wäre gewiß richtiger gewesen, wenn von Haus aus der Staat das in die Hand genommen hätte. Nun aber eines: Sie hören, daß unser Herr Bürgermeister schon dreimal gesagt hat: Ich will aber auch etwas davon. Das werden Sie mir zugeben, hochgeschätzter Herr Bürgermeister, daß wenn eine Reichs-Automobilsteuer kommt, die Stadt Wien ebensowenig wie das Land davon einen Kreuzer zu sehen bekommt. Was der Finanzminister einmal in der Hand hat, das läßt er nimmer aus. Insofern müssen wir froh sein, wenn uns die Möglichkeit bleibt, das, was durch diese Steuer einkommen soll, für das Land zu verwenden, weil wir zum Teil wenigstens etwas davon den Gemeinden abgeben können. Mit der Reichssteuer hapert es ohnehin schon, denn es besteht ja die Salzburger Provinzialsteuer. Die ist der Kummer des jetzigen Herrn Finanzministers. Eine Reichssteuer neben der Landessteuer kann er nicht einführen und den Salzburgern ihre Steuer wegnehmen, das kann er auch nicht. So kann er nur bei jenen Landtagen, wo eine solche Steuer vorbereitet wird, retardieren und zurückhalten. Sie werden sich aber nicht zurückhalten lassen und schließlich werden alle das gleiche machen. Auf dieses Gesetz können wir also keinen Einfluß nehmen.

Kehren wir daher zur Sache zurück.

Der Antrag lautet, es sei eine Petition an dem Landtag zu richten, daß bei der Besteuerung solcher Fahrzeuge jene Vehikel ausgenommen werden, welche Körperschaften gehören, die selber Umlagen ausschreiben können, also zum Beispiel Feuerwehrfahrzeuge und dergleichen.

Das ist selbstverständlich, und ich habe die Ehre, als Referent im Landtage Ihnen zu sagen, daß ich wärmstens in diesem Sinne und auf den Gesetzentwurf Einfluß nehmen werde. (Beifall.)

Bürgermeister: Ein bisserl Kleingeld braucht auch der Bürgermeister von Wien. Immer alles nur für das Land, die Landesausschüsse denken eben nicht daran, daß sie auch von den Vertretern der Gemeinde Wien gewählt sind.

Der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Die Stellungnahme der einzelnen Herren berührt die Vorlage gar nicht. Es hat auch niemand gegen dieselbe gesprochen.

Ich bitte daher um Ihre Zustimmung zu dem Stadtrats-Antrage.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung.

Von Seite des Herrn Dr. v. Dorn ist folgender Antrag gestellt worden (liest):

„A. Im Eingange der Petition soll es heißen: daß im Falle der Einführung einer Reichs- oder Landes-Automobilsteuer bestimmt werde: Kraftwagen ꝛc. ꝛc.

B. Bei Einführung einer Automobilsteuer soll in solcher Weise vorgegangen werden, daß eine Schädigung der aufstrebenden Automobil-Industrie Österreichs vermieden werde."

Ich glaube, der Punkt bezüglich der Reichssteuer kann in einer Petition an den Landtag keine Aufnahme finden. Da müßte anders vorgegangen werden.

Ich möchte Ihnen den Vorschlag machen, daß wir das trennen und zwei Eingaben machen, eine an den Landtag und eine an das Finanzministerium. In der einen wird von der

Reichssteuer, in der anderen von der Landessteuer gesprochen. Sind die Herren mit diesem Vorgang einverstanden? (Zustimmung.)

Dann bringe ich beide Anträge unter einem zur Abstimmung, nämlich sowohl den Stadtrats-Antrag wie auch den Dr. Ritter v. Dorn'schen Antrag.

Ich bitte die Herren, welche mit diesen Anträgen einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die beiden Anträge sind angenommen.

Beschluß: 1. Es ist eine Petiton an den hohen niederösterreichischen Landtag zu richten, des Inhaltes, daß bei Einführung einer Automobilsteuer in solcher Weise vorgegangen werden solle, daß eine Schädigung der anfstrebenden Automobilindustrie Österreichs vermieden werde und im § 1 des Gesetzentwurfes über die Automobilsteuer am Schlusse folgender Satz eingeschaltet werde: „Kraftfahrzeuge, die einer zur Einhebung von Umlagen berechtigten öffentlichen Körperschaft des Erzherzogtums Österreich unter der Enns gehören, sind von der Entrichtung der Abgabe befreit."

2. Es ist eine Petition an das hohe k. k. Finanzministerium zu richten, des Inhaltes, daß im Falle der Einführung einer Reichs-Automobilsteuer in solcher Weise vorgegangen werden solle, daß eine Schädigung der aufstrebenden Automobilindustrie Österreichs vermieden werde und daß Kraftfahrzeuge einer zur Einhebung von Umlagen berechtigten öffentlichen Körperschaft von der Entrichtung der Abgabe befreit sind.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Tomola zum Referate.

30. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 12811, Post 23 betrifft den Voranschlag über die Bedürfnisse im Schuljahre 1907/08 und Subventionsansuchen der Diehl'schen Stiftungsschule.

Der Gemeinderat von Wien hat mit Beschluß vom Jahre 1880 die Erhaltung der Karl Diehl'schen Fortbildungsschule übernommen. Für die Bedeckung ist ein Stiftungskapital vorhanden, das jedoch seit einer Reihe von Jahren für diesen Zweck nicht vollständig ausreicht; so auch im vorliegenden Budget, welches sich im ganzen auf rund 15.000 K beziffert. Um dieses Budget zu decken, wird eine Subvention von 2100 K beansprucht.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: 1. Der von der Leitung der Karl Diehl'schen Stiftungsschule vorgelegte, von der Stadtbuchhaltung überprüfte Voranschlag über die Bedürfnisse dieser Schule im Verwaltungsjahre 1907 mit dem Gesamterfordernisse von 14.765 K 10 h, wird im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 1. Oktober 1880, Z. 4986, genehmigt.

2. Es wird der genannten Stiftung zur Deckung der für das Verwaltungsjahr 1907/08 voraussichtlichen Abgänge eine Subvention im Betrage von 2100 K gewährt.

31. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 12932, Post 32. Es soll ein Zuschußkredit für die Schlußrechnung über die Erweiterungsarbeiten am Pötzleinsdorfer Friedhofe erwirkt werden. Ich bemerke, daß dieser Zuschußkredit nicht deshalb notwendig geworden ist, weil Überschreitungen vorgekommen sind; im Gegenteile, der Zuschußkredit ist darin begründet, daß einige Rechnungen, welche schon im Jahre 1906 fällig gewesen sind, erst im Jahre 1907 von verschiedenen Geschäftsleuten zur Zahlung präsentiert wurden. Was wir im Jahre 1907 als Zuschußkredit bewilligen, wird sich von selbst als Ersparung im Hauptrechnungsabschlusse pro 1906 zeigen.

Ich bitte um die Genehmigung des beanspruchten Zuschußkredites per 3131 K 1 h.

Bürgermeister: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Für die restlichen Zahlungen für die Arbeiten anläßlich der Erweiterung des Pötzleinsorfer Friedhofes, des Baues der Leichenhalle, der Einfriedungsmauer und der Herstellung des Planums der Zufahrtstraße im Betrage von 9631 K 1 h wird zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 12 ein Zuschußkredit von 3131 K 1 h genehmigt, welcher auf den Reservefond zu überweisen ist.

Bürgermeister: Ich bitte den Herrn Gem.-Rat Hoß zum Referate.

32. Referent Gem.-Rat Hoß: Zahl 2957, Post 8, betrifft das Ansuchen des Leopold Böhm um Abänderung der Baulinie in der Leopoldauerstraße im XXI. Bezirke. Die Angelegenheit war schon vor ungefähr eineinhalb Jahren im Gemeinderate. Sie wurde vom Stadtrate vorgelegt und es wurde beantragt, es mögen vom Mittelhaus und vom nächsten Eckhaus bis zur Kantgasse die Vorgärten aufgehoben werden, weil mit Rücksicht auf das Eckhaus in der Brünnerstraße, die ganzen Jahre hindurch die Feuermauer sichtbar wäre. Der Gemeinderat hat sich dagegen ausgesprochen. Vom Magistrate wird nun der Akt neuerlich vorgelegt und auch die Bezirksvorstehung hat sich abermals dafür ausgesprochen, es möge mit Rücksicht darauf, daß das Eckhaus erst vier Jahre besteht, der Beschluß dahin gefaßt werden, daß vor diesen zwei Häusern die Vorgärten aufgelassen werden. Es wäre dies schon deshalb gerechtfertigt, weil auch bei den vis-a-vis gelegenen Häusern keine Vorgärten sind.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Schlinger kontra.

Gem.-Rat Schlinger: An die letzten Worte des Herrn Referenten anknüpfend, bemerke ich, daß es mir sehr merkwürdig erscheint, daß die Auflassung der Vorgärten damit begründet wird, daß auf der anderen Seite der Straße auch keine Vorgärten sind.

Referent Gem.-Rat Hoß (unterbrechend): Ich habe gesagt bei den vis-a-vis gelegenen Häusern.

Gem.-Rat Schlinger (fortfahrend): Ich meine nur, daß solche Dinge im Gemeinderate nicht so gemütlich behandelt werden sollen und ich verweise ausdrücklich darauf, daß die Auflassung dieser Vorgärten dort — es ist nur ein kurzes Stück — schon vor zwei Jahren Gegenstand einer sehr eingehenden Debatte im

Gemeinderate gewesen ist und daß der Gemeinderat damals, wie ich glaube, einstimmig, den Vorschlag des Stadtrates zurückgewiesen hat.

Ich möchte Sie dringend bitten, daß Sie auch heute wieder den Standpunkt, den Sie vor zwei Jahren eingenommen haben, festhalten. Es hat damals von Seite der Majorität der Herr Gem.-Rat Silberer in sehr guter Weise für die Beibehaltung der Vorgärten gesprochen. Vergegenwärtigen Sie sich nur die Situation. Es ist das die Verbindungsstraße zwischen Jedlersdorf und Leopoldau, also keine kleine, gewöhnliche Nebengasse. Deshalb, weil seinerzeit der Fehler geschehen ist, daß das Haus dorthin gestellt wurde, soll nun der Eingang von der Brünnerstraße, dort, wo die Leopoldauerstraße beginnt, für immerwährende Zeiten schmäler werden und sollen gerade beim Eingange die Vorgärten verschwinden. Wenn hier angeführt wird, daß die Feuermauer nicht sichtbar bleiben soll, so glaube ich, daß wir froh sein könnten, wenn wir in unserem Bezirke keine andere Schönheitsfehlern zu verzeichnen hätten, als das die Bewohner irgend eines neugebauten Hauses auf die Feuermauer sehen. Wie schwach die Begründung des Stadtrats-Antrages ist, das beweist gerade der Umstand, das Sie sich darauf ausreden, daß die Feuermauer dort zu sehen ist und mit Rücksicht darauf die Vorgärten aufgelassen werden sollen. Ich bitte Sie dringend, lehnen Sie die Stadtratsvorlage ab. Sie werden damit für unseren Bezirk etwas Vernünftigeres tun, als wenn Sie dieselbe annehmen.

Ich will hier absolut nicht darauf eingehen, daß hier steht, die Vorlage sei über Ansuchen des Herrn Böhm gebracht worden, aber ich glaube, wir sind nicht dazu da, dem Herrn Böhm in Jedlersdorf zuliebe diese Straße für alle Zukunft zu verschandeln.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer (den Vorsitz übernehmend): Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet; der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent Gem.-Rat Hoß: Ich hätte keine Veranlassung mehr, den Antrag weiter zu begründen. Es ist aber gesagt worden, daß das dem Herrn Böhm zuliebe geschehen ist. Darauf will ich nur sagen: Böhm ist Bezirksrat, und weil er das ist, muß der Herr Gem.-Rat Schlinger dagegen sprechen. (Gem.-Rat Winarsky: Dann kann es eben um so weniger bewilligt werden!) Ich kann Sie aber versichern, daß wir alle so wie Sie bemüht sind, im XXI. Bezirke Gärten und Vorgärten zu schaffen. Wenn wir aber sehen, daß 40, 50 Jahre lang eine 7 m tiefe Feuermauer bei einer Straße von 20 oder 21 m sichtbar sein soll, so ist ein solcher Antrag wohl gerechtfertigt. Ich bitte Sie daher, den Antrag des Stadtrates anzunehmen. (Gem.-Rat Winarsky: Ist eine Zinskasernenfront schöner?)

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich bitte die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Punkt 1 des Gemeinderats-Beschlusses vom 3. November 1905, Z. 14406, wird in folgender Weise abgeändert:

„In dem Teile der Leopoldauerstraße in Groß-Jedlersdorf im XXI. Bezirke zwischen der Brünner Reichsstraße und der verlängerten Kantnergasse ist, um das dauernde Sichtbarbleiben der Feuermauer des aus jüngster Zeit stammenden Gebäudes Nr. 360 Brünner Reichsstraße zu vermeiden, die nördliche Baulinie unter Festsetzung einer Straßenbreite von 18·96 m nach der im Originalplane Z. 1847/XIII ex 1905 rot schraffierten Linie a b b' abzuändern und von der Anordnung von Vorgärten hinter dieser Linie abzusehen."

33. Referent Gem.-Rat Hoß: Zahl 12237, Post 19, betrifft die Errichtung eines Depots für die Freiwillige Feuerwehr Aspern an der Donau.

Das gegenwärtige Depot entspricht nicht mehr den Verhältnissen. Es ist ziemlich baufällig und der Grund auf welchem es steht, fällt infolge der Regulierung in die seinerzeit neu zu eröffnende Straße. Es ist auch ein Käufer da, der den Grund des alten Depots kaufen will und 16.000 K bietet. Es soll nun ein neues Depot erbaut werden, da das alte nicht mehr den Anforderungen entspricht; die oberen Räume desselben sollen in der Zukunft für Kanzleizwecke verwendet werden. Mit Rücksicht darauf, daß das Depot also auch anderen Zwecken dient, stellt sich natürlich auch das Erfordernis höher.

Ich bitte Sie um die Genehmigung der in Ihren Händen befindlichen Stadtrats-Anträge.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Der Bau eines Depot- und Wachgebäudes für die Freiwillige Feuerwehr Aspern mit einem veranschlagten Kostenerfordernisse von 42.600 K wird genehmigt und als Bauplatz der an der Feldgasse in Aspern gelegene Teil der Realität Nr. 77 Hauptstraße bestimmt; die Ausfahrtsfront in der Feldgasse wird nach dem Vorschlage des Stadtbauamtes in die Linie A B des vorgelegten Planes gestellt.

2. Zur Deckung des Kostenerfordernisses wird zur Ausgabs-Rubrik XX 14 ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt.

3. Für diesen Bau wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung der Baukonsens erteilt.

34. Referent Gem.-Rat Hoß: Zahl 9730, Post 20, betrifft die Abänderung einiger Bestimmungen des Übereinkommens zwischen der Gemeinde Wien und der Internationalen Elektrizitäts-Gesellschaft.

Die Herren werden sich noch erinnern, daß im Artikel II, Post 6, dieses Übereinkommens vorgesehen ist, in welcher Weise das Spezial- und Generalkonto von der Gemeinde übernommen und verwaltet werden soll.

Für die Pensionen waren nämlich von den Beamten und Arbeitern gewisse Fonds gegründet worden, und zwar beträgt derselbe für beide — Beamte und Arbeiter — zusammen 840.000 K, von welchen ungefähr 70 Prozent der Gemeinde zur Verwaltung zufallen würden, weil wir auch in diesem Verhältnis die Beamten und Arbeiter von der Internationalen Elektrizitäts-Gesellschaft übernehmen müssen.

Nun haben sich die Arbeiter dagegen ausgesprochen und sind bittlich geworden, es möge der Spezialkonto-Anteil ausbezahlt werden und der Generalkonto überhaupt in eine solche Form gebracht werden, daß sie seinerzeit einmal auf denselben Anspruch erheben können.

Es wird auch vorgeschlagen, daß der Spezialkonto-Anteil dem Arbeiter sofort ausbezahlt werde, und daß der Generalfond, der seinerzeit separat angelegt worden war, in Sparkassabüchern deponiert und die Zinsen dazugeschlagen werden, und daß jeder, der unsere Firma, die Elektrizitätswerke verläßt, den ganzen Anteil ausbezahlt bekommt. Wenn der Arbeiter pensioniert wird, so wird der Betrag eingezogen, und zwar mit Recht, weil ihm dann die ganzen Jahre in seine Pension eingerechnet werden und weil auch für die Frau und seine Kinder gesorgt werden soll.

Die Abänderung ist gewiß günstig für die Arbeiterschaft, ich habe auch gehört, daß die Arbeiterschaft damit sehr zufrieden ist.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Die Bestimmungen des Artikels II, Punkt 6 des Übereinkommens vom 31. März 1906 zwischen der Gemeinde Wien und der Internationalen Elektrizitäts-Gesellschaft, betreffend die den Bediensteten dieser Gesellschaft bei dem Sparvereine für die Beamten und Diener, beziehungsweise bei der Spar- und Unterstützungskassa für die Lohnarbeiter dieser Gesellschaft zustehenden Anteile und deren Übergabe an die Gemeinde werden wie folgt abgeändert:

„Die zu übernehmenden Beamten, Diener und Lohnarbeiter erhalten ihre auf den Spezial-Konti gebuchten Anteile bei dem Sparvereine für die Beamten und Diener, beziehungsweise bei der Spar- und Unterstützungskassa für die Lohnarbeiter dieser Gesellschaft am 1. Mai 1908 durch die Gemeinde ausbezahlt und haben sich damit einverstanden zu erklären, daß die ihnen bei dem erwähnten Sparvereine, beziehungsweise bei der Spar- und Unterstützungskassa weiters zustehenden, auf den General-Konti gebuchten Guthaben der Gemeinde Wien ausgefolgt werden, welche dieselben in auf den Namen der Anteilbesitzer lautende Sparkassabücher der Zentral-Sparkassa der Stadt Wien einlegen wird. Die alljährlich auflaufenden Zinsen werden jedem Anteile gutgeschrieben.

Im Falle einer dieser Anteilbesitzer den städtischen Dienst verläßt, ohne in einen Versorgungsgenuß durch die Gemeinde zu treten, oder stirbt, ohne daß seine Angehörigen (Witwe und Kinder) einen Versorgungsgenuß erhalten, so wird ihm, beziehungsweise seinen Erben sein Sparkassabuch ausgefolgt; tritt er jedoch in einen solchen Versorgungsgenuß ein, so geht sein bei der Zentral-Sparkassa der Stadt Wien angelegter General-Kontoanteil in das Eigentum des Pensionsfondes für die Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke über."

35. Referent Gem.-Rat Hoß: Zahl 8836, Post 33. Erhöhung des Wagenpauschales für die Verwalter der Gemeinde-Friedhöfe.

Herr Frank hat bis jetzt 600 K Entfernungsgebühren bekommen. Damals war der Friedhof im XXI. Bezirke noch nicht inbegriffen und auch zwei Friedhöfe im XVII. und XIII. Bezirke wurden nicht in eigener Regie geführt.

Mit Rücksicht auf diese Friedhöfe, die jetzt dazu gekommen sind, ist es notwendig geworden, seine Bezüge zu regeln. Für die Gemeinde ist es wünschenswert, das in Form eines Pauschalbetrages zu tun, weil, wenn die Entfernungsgebühren einzeln aufgerechnet würden, der Betrag ein höherer sein dürfte, als es der Pauschalbetrag ist.

Es wird demnach beantragt (liest):

„1. Das für den Verwalter der Wiener Gemeinde-Friedhöfe systemisierte Wagenpauschale wird ab 1. Oktober 1907 auf jährlich 1200 K erhöht und ist in monatlichen Dekursivraten auszubezahlen, dagegen steht dem Verwalter der Wiener Gemeinde-Friedhöfe ein Anspruch auf irgend welche andere im Gebührennormale vorgesehene Entschädigungen für Amtshandlungen innerhalb des Gemeindegebietes oder auf den Friedhöfen der Gemeinde Wien nicht zu.

2. Für die Dauer einer 14 Tage überschreitenden Abwesenheit vom Dienste — der normalmäßigen Urlaub ausgenommen — ist der Bezug des Pauschales einzustellen.

3. Zur Deckung des Mehrerfordnisses für das laufende Jahr wird zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 1 a in der Höhe des Erfordernisses bewilligt."

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Das für den Verwalter der Wiener Gemeindefriedhöfe systemisierte Wagenpauschale wird ab 1. Oktober 1907 auf jährlich 1200 K erhöht und ist in monatlichen Dekursivraten auszubezahlen, dagegen steht dem Verwalter der Wiener Gemeindefriedhöfe ein Anspruch auf irgendwelche andere, im Gebührennormale vorgesehene Entschädigungen für Amtshandlungen innerhalb des Gemeindegebietes oder auf den Friedhöfen der Gemeinde Wien nicht zu.

2. Für die Dauer einer 14 Tage überschreitenden Abwesenheit vom Dienste — den normalmäßigen Urlaub ausgenommen — ist der Bezug des Pauschales einzustellen.

3. Zur Deckung des Mehrerfordernisses für das laufende Jahr wird zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 1 a ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Herr Gem.-Rat Hoß wird auch für Herrn Gem.-Rat Dr. Kreun das nächste Referat erstatten.

36. Referent Gem.-Rat Hoß: Zahl 12535, Post 13. Ansuchen von humanitären Vereinen um Bewilligung von Subventionen für sanitäre Zwecke pro 1907.

Wie alljährlich, sind auch heuer von einer Anzahl Vereinen Ansuchen um Subventionen eingelangt. Der Magistrat hat die Ansuchen geprüft, der Stadtrat hat sie nochmals überprüft und ist zu dem Resultate gekommen, welches Ihnen in der Vorlage vorliegt. Ich ersuche die Herren, den Anträgen ihre Zustimmung zu geben. Abänderungen gegen das Vorjahr wurden keine vorgenommen, nur bei Post 11 und 15 sind kleine Erhöhungen, und zwar weil das Wirken dieser Vereine ein erhöhtes sein soll als im Vorjahre.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zu Post 1 bis einschließlich 9 ist niemand zum Worte gemeldet. Ich ersuche die Herren, welche mit Post 1 bis 9 einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu Post 10 erteile ich das Wort Herrn Gem.-Rat Dr. v. Dorn.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Dorn: Es ist beantragt, bezüglich des Rudolfinerhauses eine Subvention von 2000 K zu geben. Dieser Gegenstand hat die Versammlung bereits im vorigen Jahre beschäftigt und ist auch im vorigen Jahre eine Erhöhung der Subvention auf 2000 K vorgenommen worden. Damals hat Herr Gem.-Rat Dr. Reisch, der heute leider verhindert ist, darauf hingewiesen, daß infolge der Erweiterung des Rudolfinerhauses die Wassergebühren für den außerordentlichen Wasserbezug so groß geworden sind, daß dadurch eine Erhöhung der Subvention gerechtfertigt ist.

Herr Gem.-Rat Tomola, der damals Referent war, hat ausgeführt, daß die Erhöhung der Wassergebühren nur 1640 K ausmacht. Das war aber seinerseits ein Irrtum und gleich darauf hat in einer tatsächlichen Berichtigung Herr Gem.-Rat Dr. Reisch darauf hingewiesen, daß laut Bezirksamts-Erlasses diese Summe 2340 K ausmacht. Es ist nämlich die Anlage des ganzen Unternehmens erweitert worden und infolgedessen haben sich die Kosten des Wasserbezuges auf 2340 K erhöht.

Es liegt auch hier ein Erlaß des magistratischen Bezirksamtes für den XIX. Bezirk vom 14. November 1906 vor, welcher 3240 K für den außerordentlichen Wasserbezug verlangt.

Es ist also, wenn man die Subvention auf diese Summe erhöht, nur eigentlich das Wasser gratis gegeben, es ist nicht eine eigentliche Zuschußleistung der Gemeinde und es kommt das, was auf der einen Seite hinausgegeben wird, bei einer anderen Kassa wieder ein.

Der Rudolfinerverein ist eine außerordentlich wohltätige Institution, welche im Laufe eines Jahres viele Kranke behandelt und dabei Auslagen von 127.000 K hat. Es ist nicht notwendig, hier noch für das Rudolfinerheim Reklame zu machen, und ich will auch nur darauf hinweisen, daß das Ansuchen um Erhöhung der vorgeschlagenen Subvention durch den außerordentlich großen Wasserbedarf, der 3240 K ausmacht, hervorgerufen wird, der dieses humanitäre Unternehmen sehr bedrückt.

Ich möchte daher den Antrag stellen, den vorgeschlagenen Betrag von 2000 K auf die Höhe des außerordentlichen Wasserbezuges, also auf den Betrag von 3240 K zu erhöhen, so daß dem Rudolfinerheim statt 2000 K eine Subvention von 3240 K gegeben wird. Ich glaube, Sie werden nichts dagegen haben, diesen meinen Antrag anzunehmen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Hoß: Ich bestreite nicht, daß der Verein das Geld wohl brauchen könnte, wir haben aber die Sache genau geprüft und dabei gefunden, daß für die Gemeinde Wien der Betrag per 2000 K diesem Institute gegenüber ein entsprechender ist. Ich bitte daher um Annahme des Stadtrats-Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich bringe den weitergehenden Antrag des Gem.-Rates Dr. Ritter v. Dorn zuerst zur Abstimmung, der dahin geht, dem Vereine eine Subvention von 3240 K anweisen zu lassen.

Die Herren, welche mit dem Antrage des Herrn Gem.-Rates Dr. Ritter v. Dorn einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Nun bitte ich die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, welcher eine Subvention von 2000 K beinhaltet, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu Punkt 11 ist niemand zum Worte gemeldet.

Die Herren, welche mit Punkt 11 einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu Punkt 12 hat Herr Gem.-Rat Angeli das Wort.

Gem.-Rat Angeli: Es handelt sich hier um die allgemeine Poliklinik. Die Subvention gehört speziell zur Erhaltung des Kinderspitales. Es waren dort im vorigen Jahre 652 arme Kinder, welche zumeist der arbeitenden Bevölkerung angehören, untergebracht. Ich muß aber auch sagen, daß die Poliklinik nicht nur für die Kinder, sondern auch im allgemeinen wohltätig wirkt.

Als Vertreter des IX. Bezirkes und mit Rücksicht darauf, daß die Bezirksvertretung die Erhöhung der Subvention von 2000 K auf 3000 K beantragt hat, möchte ich Sie sehr darum bitten, mit Rücksicht auf die wohltätige Wirksamkeit, welche die Poliklinik entfaltet und welche speziell der armen Bevölkerung zugute kommt, die Subvention von 2000 K auf 3000 K zu erhöhen.

Ich bitte recht sehr, diesen meinen Antrag anzunehmen.

Referent Gem.-Rat Hoß: Ich kann bestätigen, daß die Ausführungen des Herrn Vorredners den Tatsachen entsprechen und ich überlasse es daher der geehrten Versammlung, ob sie den Antrag annehmen will oder nicht.

Ich muß den Antrag des Stadtrates vertreten.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich bringe zuerst den Antrag des Herrn Gem.-Rates Angeli, welcher dahin geht, der Poliklinik 3000 K zu geben, zur Abstimmung.

Die Herren, welche mit dem Antrage des Gem.-Rates Angeli einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu Punkt 13 bis einschließlich 19 ist niemand zum Worte gemeldet.

Die Herren, welche mit den Punkten 13 bis 19 einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Den angeführten Vereinen werden die nachstehend angegebenen Beträge als Subventionen pro 1907 gewährt und wird zur Ausgabs-Rubrik XXXVI 4 b ein Zuschußkredit von 400 K bewilligt.

Die Erhöhung der Subvention der Unter-St. Veiter freiwilligen Rettungs-Gesellschaft von 1400 K auf 1800 K erfolgt mit Rücksicht auf ihre sehr er-

sprießliche, für sie mit großen Auslagen verbundene Tätigkeit auf dem Gebiete der Hilfeleistung bei Unglücksfällen.

2. Die Bewilligung erfolgt bei den unter Post 3 und 19 genannten Feuerwehrvereinen unter der Bedingung, daß der Subventionsbetrag ausschließlich für den Krankentransport und Rettungsdienst verwendet und verrechnet wird.

Die Gesamtsumme der gewährten Subventionen beträgt 43.450 K.

1. Kongregation der Schwestern vom Orden des heil. Franz von Assisi, V., Hartmanngasse 7, 2000 K.

2. Erstes öffentliches Kinder-Krankeninstitut in Wien 600 K.

3. Freiwillige Turnerfeuerwehr und Rettungsabteilung Unter-Meidling, XII., Vierthalergasse 19, 1400 K.

4. Wiener Freiwilliger Rettungsbund, V., Fockygasse 1, Abweisung.

5. Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, II., Große Mohrengasse 9, 2000 K.

6. Maria Theresien-Frauen-Hospital, 2000 K.

7. Kaiser Franz Josef-Ambulatorium, VI., Sandwirtgasse 3, 800 K.

8. Direktion des Ersten allgemeinen St. Anna-Kinderspitales, IX., Kinderspitalgasse 6, 10.000 K.

9. Wiener medizinisches Doktoren-Kollegium, IX., Schubertgasse 23, 5000 K.

10. Rudolfiner-Verein, XIX., Billrothstraße 78, 2000 K.

11. Verein zur Erhaltung des unentgeltlichen St. Josef-Kinderspitales, IV., Kolschitzkygasse 9, 4500 K.

12. Allgemeine Poliklinik, IX., Mariannengasse 10, 3000 K.

13. Ausschuß des Leopoldstädter Kinderspital-Vereines, II., Obere Augartenstraße 26/28, 3000 K.

14. Kronprinz Rudolf-Kinderspital, III., Schlachthausgasse, 2500 K.

15. Unter-St. Veiter freiwillige Rettungsgesellschaft, XIII., Auhofstraße 74, 1800 K.

16. Österreichische Gesellschaft für Gesundheitspflege, I., Börsegasse 1, 400 K.

17. Verein zur Pflege der körperlichen Erziehung in Wien, XII., Rosaliengasse 16, 250 K.

18. Konvent der Elisabethinerinnen, III., Landstraße 4, 2000 K.

19. Freiwillige Feuerwehr und Rettungsabteilung, Wien, X., Rudolfshügel, 1200 K.

37. Referent: Gem.-Rat Hoß: Zahl 12631, Post 14, betrifft die Erhöhung der Position der Rubrik XXII/23 k_5 des Investitionsanlehens um rund 14.200 K für die Neupflasterung der Schlechtagasse zwischen dem Gräßlplatze und dem neuen Pferdeschlachthause im X. Bezirke.

Es ist notwendig, eine entsprechende Verkehrsstraße zu errichten und zu diesem Zwecke ist schon im vorigen Jahre eine Kommission abgehalten worden, welche die Pflasterung als notwendig anerkannt hat. 47.210 K sind im vorigen Jahre präliminiert gewesen. Das Erfordernis beträgt 61.000 K.

Es ist daher ein Zuschußkredit zur Rubrik XVII/23 k_5 mit rund 14.200 K notwendig, welchen ich bitte, zu bewilligen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Die Erhöhung der Position der Rubrik XXII 23 k_5 des Investitionsanlehens um rund 14.200 K für die Neupflasterung der Schlechtagasse zwischen dem Gräßlplatze und dem neuen Pferdeschlachthause im X. Bezirke wird bewilligt.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Dr. Deutschmann.

38. Referent Gem.-Rat Dr. Deutschmann: Zahl 12239, Post 11, Vertrag zwischen der Nordwestbahn und der Gemeinde Wien hinsichtlich der Herstellung und Erhaltung der Durchfahrt in km $4 \cdot {}^2/_3$ in der Strecke Donaubrücke-Floridsdorf.

Anläßlich der Legung von Geleisen muß diese Durchfahrt auch vergrößert werden und die Gemeinde hat sich bereits, wie in anderen ähnlichen Fällen, bereit erklärt, nach dem Verhältnisse der Benützung die bezüglichen Kosten zu tragen.

Ich bitte, die Anträge, wie Sie Ihnen vorliegen, zu genehmigen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Der nachstehende Entwurf des Vertrages zwischen der Nordwestbahn und der Gemeinde hinsichtlich der Herstellung und Erhaltung der Durchfahrt in km $4 \cdot {}^2/_3$ wird genehmigt.

2. Die die Gemeinde treffenden und im laufenden Jahre noch zur Auszahlung gelangenden Kosten per 49.830 K sind auf den Reservefond zu überweisen.

Entwurf.

Vertrag,

abgeschlossen am untenangesetzten Tage und Jahre zwischen der k. k. priv. österr. Nordwestbahn einerseits und der Gemeinde Wien auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom ..... anderseits, über die Herstellung und künftige Erhaltung einer offenen Durchfahrt von 16·0 m Lichtweite in km $4 \cdot {}^2/_3$ in der Strecke Donaubrücke—Floridsdorf vorbehaltlich der Genehmigung des hohen k. k. Eisenbahnministeriums.

Artikel 1.

Anlage und Ausführung der Brücke.

Nach den Bestimmungen des Protokolles vom 4. Mai 1907 über die politische Begehung des Projektes für die Erbauung des zweiten Geleises in den Teilstrecken km $4 \cdot {}^1/_3$ und $7 \cdot {}^9/_8$ der Linie Wien—Stockerau wird in km $4 \cdot {}^2/_3$ der Strecke Donaubrücke—Floridsdorf eine Durchfahrt von 16 m Lichtweite hergestellt.

Die Bauausführung erfolgt nach den von der k. k. priv. österr. Nordwestbahn im Einvernehmen mit der Gemeinde Wien ausgearbeiteten und vom hohen k. k. Eisenbahnministerium mit dem Erlasse vom 12. April 1907, Z. 17224/19 a, genehmigten Plänen und entsprechend den Bestimmungen des Protokolles über die politische Begehung vom 4. Mai 1907 durch die k. k. priv. österr. Nordwestbahn.

Über die Art und Weise der Durchführung des Baues, ebenso auch über die Wahl der Baumaterialien und über die Tiefe der Fundierung entscheidet die k. k. priv. österr. Nordwestbahn nach eigenem Ermessen.

Die k. k. priv. österr. Nordwestbahn gestattet, daß sich die zur Prüfung der Bauabrechnung bestimmten Beamten der Gemeinde Wien bei der bahnämtlichen Bauleitung an Ort und Stelle über die Bauausmaße und den Baufortschritt informieren.

Artikel 2.

Kostentragung und Zahlungsbedürfnisse.

Nach den Bestimmungen des Protokolles über die politische Begehung am 4. Mai 1907 hat die Gemeinde Wien die Kosten der Herstellung der 16 m weiten Durchfahrt unter dem bestehenden Geleise die k. k. priv. österr. Nordwestbahn aber die Kosten der Herstellung dieser Durchfahrt unter dem zweiten Geleise zu tragen.

Die k. k. priv. österr. Nordwestbahn ist berechtigt, der Gemeinde Wien zu den auf die entfallenden Kosten noch zusammen zehn von Hundert für die Projektsverfassung, für Bauaufsicht und Regie anzurechnen.

Die auf die Gemeinde Wien entfallenden Baukosten ohne die Zuschläge für Projektsverfassung, Bauaufsicht und Regie, sind mit 45.300 K, die auf die k. k. priv. österr. Nordwestbahn entfallenden Kosten mit 39.200 K veranschlagt; die gesamten Baukosten betragen somit nach dem Voranschlage 84.500 K.

Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, zur Bestreitung der auf sie entfallenden Kosten den veranschlagten Betrag von 45.300 K, zuzüglich des Zuschlages von zehn von Hundert für Projektsverfassung, Bauaufsicht und Regie, das sind 4530 K, im ganzen also den Betrag von 49.830 K als Bauvorschuß vor Inangriffnahme der Bauarbeiten über Aufforderung der k. k. priv. österr. Nordwestbahn binnen drei Wochen vom Tage der Zustellung dieser Aufforderung bei deren Hauptkassa in Wien zu erlegen.

Der erlegte Bauvorschuß wird von der k. k. priv. österr. Nordwestbahn nicht verzinst.

Die tatsächlich erwachsenden Baukosten, einschließlich der Beiträge zur Krankenkassa und zur Unfallversicherung der Arbeiter, sowie der tarifmäßigen Bahnfrachtkosten für die zum Baue verwendeten Materialien, werden im Verhältnisse der nach dem Kostenvoranschlage auf die Gemeinde Wien und auf die k. k. priv. österr. Nordwestbahn entfallenden Beträge, d. i. also im Verhältnisse von 45300 : 39200 aufgeteilt.

Es ergeben sich somit zu Lasten der Gemeinde Wien 53·61 von Hundert, zu Lasten der k. k. priv. österr. Nordwestbahn 46·39 von Hundert der erwachsenen Kosten.

Zu dem hienach auf die Gemeinde Wien entfallenden Kostenanteile werden von letzteren noch zehn von Hundert für Projektsverfassung, Bauaufsicht und Regie zugerechnet.

Nach Beendigung des Baues wird die k. k. priv. österr. Nordwestbahn über die erwachsenen Kosten die Rechnung aufstellen und der Gemeinde zur Prüfung übersenden.

Die Prüfung der Abrechnung ist innerhalb dreier Monate nach erfolgter Zustellung durchzuführen, nach Verlauf von weiteren 14 Tagen hat die Bezahlung des nach durchgeführter Prüfung von der Gemeinde Wien als richtig anerkannten Ausgleichsbetrages seitens des schuldnerischen, vertragschließenden Teiles zu erfolgen.

Bei Überschreitung der genannten Frist ist der schuldnerische Teil verpflichtet, von dem Ausgleichsbetrage fünf von Hundert als Verzugszinsen zu bezahlen.

Artikel 3.

Eigentumsverhältnisse.

Die neu erbaute Brücke geht in allen ihren Teilen in das ausschließliche, unbeschränkte und unbestrittene Eigentum der k. k. priv. österr. Nordwestbahn über, ohne daß diese hiefür irgend eine Entschädigung an die Gemeinde Wien zu leisten hat.

Artikel 4.

Erhaltung der Brücke.

Die Erhaltung der Brücke, d. i. des Mauerwerkes, der Eisenkonstruktion und der Fahrbahn, besorgt die k. k. priv. österr. Nordwestbahn auf ihre Kosten.

Artikel 5.

Dieser Vertrag ist unkündbar. Seine Wirksamkeit beginnt mit dem Tage der nach Unterzeichnung desselben durch die k. k. priv. österr. Nordwestbahn und die Gemeinde Wien erfolgten Genehmigung seitens des hohen k. k. Eisenbahnministeriums.

Sämtliche Rechte und Verbindlichkeiten aus diesem Vertrage gehen auch auf die jeweiligen Rechtsnachfolger der beiden vertragschließenden Teile über.

Artikel 6.

Vertragsgebühren.

Alle mit der Ausfertigung dieses Vertrages und etwaiger beglaubigter Abschriften desselben, mit der Erwirkung der Vertragsgenehmigung des hohen k. k. Eisenbahnministeriums verbundenen, sowie alle übrigen aus dem Vertrage erwachsenden Kosten, Stempel

und sonstigen Gebühren hat die Gemeinde Wien allein zu tragen.

Artikel 7.

Verletzung über die Hälfte.

Die beiden vertragschließenden Teile verzichten auf das Recht, diesen Vertrag wegen Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes anzufechten.

Artikel 8.

Austragung von Streitigkeiten.

Für alle aus diesem Vertrage entspringenden Rechtsstreitigkeiten, welche nicht Kraft des Gesetzes vor einen ausschließlichen, besonderen Gerichtsstand gehören, sind in erster Instanz die sachlich zuständigen Gerichte am Sitze der k. k. priv. österr. Nordwestbahn ausschließlich berufen.

Artikel 9.

Dieser Vertrag wird als gemeinschaftliche Urkunde nur in einem Originale ausgefertigt, daß die k. k. priv. Nordwestbahn in Wien aufbewahrt.

Die Gemeinde Wien erhält auf Verlangen und auf ihre Kosten eine notariell beglaubigte Abschrift.

Urkund dessen der beiden vertragschließenden Teile beglaubigte Unterschriften.

Wien, am

Für die Gemeinde Wien:
Der Bürgermeister:

K. k. priv. österr. Nordwestbahn:

39. Referent Gem.-Rat Dr. Deutschmann: Zahl 11659, Post Nr. 10 auf der gedruckten Tagesordnung. Ansuchen des Kirchenbau-Vereines St. Anna in Baumgarten, XIII. Bezirk. um Flüssigmachung des Betrages von 100.000 K aus den beim Baue der Kirche zu St. Josef ob der Laimgrube gemachten Ersparungen.

Die Gemeinde Wien hat seinerzeit, wie das Übereinkommen getroffen wurde, bezüglich der Überlassung des alten katholischen Friedhofes und der Kirche St. Josef ob der Laimgrube die Verpflichtung übernommen, den Betrag von mindestens 100.000 K dem Kirchenbauvereine St. Anna zuzumitteln. Nachdem der Bau der Kirche St. Josef ob der Laimgrube vollendet ist und voraussichtlich noch mehr Ersparungen gemacht werden als 100.000 K, so muß mindestens dieser Betrag dem Kirchenbauvereine zur Verfügung gestellt werden.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Im Sinne des mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 27. Juni 1905, Pr.-Z. 8819, genehmigten Übereinkommens vom 21. Juni 1905, betreffend die Durchführung des Vertrages wegen Überlassung der sogenannten alten katholischen Friedhöfe an die Gemeinde Wien, die Regelung der Laimgruben-Kirchenfrage und die Angelegenheit der Notkirchen wird auf Grund des Erlasses des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 20. August 1906, Z. 31002, die Flüssigmachung des im Abschnitte II dieses Übereinkommens stipulierten Mindestbetrages per 100.000 K an den Kirchenbauverein St. Anna in Baumgarten bewilligt.

2. Behufs Bedeckung dieser Auslage im laufenden Jahre wird die Erhöhung der Position der hiefür bestimmten Rubrik XXII 22 des Investitionsanlehens von 206.500 K auf 306.500 K genehmigt.

40. Referent Gem.-Rat Dr. Deutschmann: Zahl 12643, Post 25 auf der gedruckten Nachtrags-Tagesordnung. Es handelt sich um Entscheidungen der k. k. Finanz-Landes-Direktion vom 9. Juli 1907, Z. IX, 1670 und vom 26. Juli 1907, Z. IX, 176 7 und vom 26. Juli 1907, Z. IX 1768, mit welchem die Urteilsgebühr in mehreren gegen die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" angestrengten Schadenersatzprozessen ohne Rücksicht auf den urteilsgemäßen Ausspruch über die Teilung der Urteilsgebühr in einem der Gemeinde Wien weit über den gerichtlichen Ausspruch belastenden Prozentverhältnisse zwischen den Prozeßparteien aufgeteilt wird.

Es wird beantragt, gegen diese Entscheidungen die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

Ich bitte um die Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Gegen die Entscheidungen der k. k. Finanz-Landes-Direktion Wien vom 9. Juli 1907, Z. IX-1670, vom 26. Juli 1907, Z. IV-1767, und vom 26. Juli 1907, Z. IX-1768, mit welchen in Bestätigung der erstinstanzlichen Vorschreibung die Urteilsgebühr in den gegen die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" als Beklagte angestrengten Schadenersatzprozessen der Kläger Franziska Oliva, Charlotte Fantl und Arnold Grünhut ohne Rücksicht auf den urteilsgemäßen Ausspruch über die Teilung der Urteilsgebühr in einem die Gemeinde Wien weit über den gerichtlichen Ausspruch belastenden Prozentverhältnisse zwischen den Prozeßparteien aufgeteilt wird, wird die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ergriffen.

41. Referent Gem.-Rat Dr. Deutschmann: Zahl 10609, Post 26, auf der zweiten Nachtrags-Tagesordnung. Ablösung des Hausgeldes und des Kooperatorenbeitrages der Pfarre Penzing. Wie aus der Vorlage ersichtlich, handelt es sich um eine Leistung, welche nur auf kirchenrechtlichem Gebiete basiert. Nachdem sich aber der Verwaltungsgerichtshof dahin ausgesprochen hat, daß solche kirchenrechtliche Leistungen von den Ortsgemeinden als solche nicht zu leisten sind, wird die Ablehnung dieser Leistung beantragt.

Ich bitte um die Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Die Gemeinde Wien lehnt das Ansuchen des Pfarrers und des Mesners von Penzing, in eine Ablösung des von der ehemaligen Gemeinde Penzing an den jeweiligen Pfarrer beziehungsweise Mesner von Penzing geleisteten Hausgeldes und Kooperatorenbeitrages, sowie des von der ehemaligen Gemeinde Breitensee an diese Funktionäre entrichteten Hausgeldpauschales einzugehen und diese Leistungen bis zum Abschlusse des Vergleiches seit dem Jahre 1898 nachzuzahlen, mit der Begründung ab, daß sie in den fraglichen Leistungen nur in dem Pfarrverbande ruhende und dessen Zwecken dienende, nicht aber die Ortsgemeinde als solche treffende Verpflichtungen erblickt. Solche Verpflichtungen zu erfüllen, ist aber die Gemeinde Wien nach dem heutigen Stande der Gesetzgebung und der Judikatur des k. k. Verwaltungsgerichtshofes ohne speziellen Rechtstitel weder berechtigt noch verpflichtet.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Hölzl.

42. Referent Gem.-Rat Hölzl: Zahl 11951, Post 18, auf der ersten Nachtrags-Tagesordnung. Offert des Franz Schwach auf Verkauf der Liegenschaft XIX., Sievringerstraße 249 und der Katastral-Parzelle 24 und 184 Grundbuch Ober-Sievering, an die Gemeinde.

Mit diesem Eigentümer hat die Gemeinde mehrere Verhandlungen gepflogen und wurden von demselben für die Realität zuerst 16.000 K verlangt und für die Grundparzelle 2 K 60 h per Quadratmeter. Er hat diesen Preis dann selbst reduziert, und zwar bei der Realität auf 15.000 K bei den Gründen auf 2 K 20 h und 1 K 20 h per Quadratmeter.

Ich bitte um die Annahme des Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: I. Die Gemeinde Wien erwirbt von Franz Schwach:

a) Zu Straßenregulierungszwecken die Liegenschaft XIX., Sieveringerstraße 249, Einl.-Z. 220 Grundbuch Ober-Sivering, im Katastralausmaße von 507 m², wie sie liegt und steht, mit allen darauf befindlichen Baulichkeiten um den Kaufschilling von 15.000 K.

b) Für Zwecke des Wald- und Wiesengürtels die Kat.-Parz. 24, Einl.-Z. 220 Grundbuch Ober-Sievering, per 1841 m² und die Kat.-Parz. 184, Einl.-Z. 9 Grundbuch Ober-Sievering, per 2528 m², wie sie liegen und stehen, und zwar das ersterwähnte Grundstück um den Einheitspreis von 1 K 20 h per Quadratmeter, das zweiterwähnte Grundstück um den Einheitspreis von 2 K 20 h per Quadratmeter.

Dieses Rechtsgeschäft wird unter folgenden Bedingungen abgeschlossen:

1. Sämtliche Kaufobjekte sind lastenfrei in den physischen Besitz der Gemeinde zu übergeben, mithin hat der Verkäufer auf seine Kosten die grundbücherliche Löschung der auf den beiden oberwähnten Einlagen haftenden Satzposten im Betrage von 1476 K 40 h, beziehungsweise 2000 K zu erwirken.

Ferner hat der Verkäufer bei sonstiger Rechtsunwirksamkeit dieses Kaufgeschäftes binnen drei Monaten nach Verständigung von der Genehmigung desselben die grundbücherliche Löschung der auf der Einl.-Z. 220 Grundbuch Ober-Sievering einverleibten Servitut des Fahrweges auf seine Kosten zu veranlassen.

2. Die Fechsung des Jahres 1907 aus dem auf der Kat.-Parz. 184 Ober-Sievering befindlichen Weingarten verbleibt dem Verkäufer.

3. Letzterer hat binnen acht Tagen nach Aufforderung die grundbücherliche Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung auf den oberwähnten Einlagen auf seine Kosten zu erwirken.

4. Der Kaufschilling ist bei Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde fällig.

5. Dieselbe trägt die Vertragskosten und Übertragungsgebühren.

II. Zur Deckung der aus dem Ankaufe der sub I a angeführten Liegenschaft sich ergebenden Kosten wird ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses zur Ausgabs-Rubrik XXII 4 b bewilligt.

Die Erwerbungskosten der sub I b angeführten Gründe sind vorschußweise aus dem Investitionsanlehen, und zwar aus dem für die Einlösung von Liegenschaften zu Straßenzwecken bestimmten Teilbetrage desselben zu bestreiten.

43. Referent Gem.-Rat Hölzl: Zahl 12762, Post 27, Ansuchen mehrerer Weinbauvereine, des Österreichischen Kleintierzuchtvereines, des Österreichischen Tierschutz- und Tierasylvereines und des Zentralvereines für Bienenzucht in Österreich um Bewilligung von Subventionen pro 1907.

In der Vorlage finden Sie, meine Herren, die Vereine zum Schutze des Österreichischen Weinbaues in Krems mit 200 K, der Österreichische Kleintierzuchtverein in Krems mit 200 K, der Weinbauverein in Ober- und Unter-Sievering wie im Vorjahre mit 600 K, bei dem Österreichischen Tierzucht- und Tierasylverein wird die Abweisung beantragt, der Weinbauverein in Grinzing soll 1600 K, der Zentralverein für Bienenzucht in Österreich 500 K, der Weinbauverein im XVII. Bezirke 800 K bekommen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: I. Den angeführten Vereinen werden nachstehende Subventionen gewährt, welche den Vereinen ad 1, 2 und 6 bar auszufolgen sind.

II. Bezüglich der übrigen Beträge werden die betreffenden Bezirksvorsteher ermächtigt, die von den Obmännern dieser Vereine vorgewiesenen Rechnungen, wenn sie Auslagen betreffen, welche nur für Zwecke der Weinkultur gemacht erscheinen, durch die Haupt-

kassen-Abteilung des magistratischen Bezirksamtes auszahlen zu lassen.

1. Verein zum Schutze des österreichischen Weinbaues in Krems 200 K.

2. Österreichischer Kleintierzuchtverein 200 K.

3. Weinbauverein Ober- und Unter-Sievering 600 K.

4. Österreichischer Tierschutz und Tierasylverein, Abweisung.

5. Weinbauverein Grinzing 1600 K.

6. Zentralverein für Bienenzucht in Österreich 500 K.

7. Weinbauverein im XVII. Bezirke 800 K.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Braun.

44. Referent Gem.-Rat Braun: Zahl 12094, Post 4, Präliminare der städtischen Patronatskirche St. Othmar unter den Weißgärbern pro 1908.

Die Herren haben die Rechnungslegung in Händen. Daraus ergibt sich, daß ein Abgang von 758 K 39 h vorhanden ist, den die Gemeinde zu decken hat. Ich bitte um die Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Das Präliminare der städtischen Patronats-Pfarrkirche St. Othmar unter den Weißgärbern im III. Bezirke für das Verwaltungsjahr 1908 wird genehmigt und die Deckung des präliminierten Abganges per 758 K 39 h aus Gemeindemitteln bewilligt.

45. Referent Gem.-Rat Braun: Zahl 12896, Post 28, Bewilligung eines Zuschußkredites von 6500 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 4 b für die im Wege der Zwangsversteigerung erfolgte Erwerbung von $^5/_{24}$-Anteilen des Hauses III., Rabengasse 14.

Es ist nötig, daß endlich einmal die Rüdengasse in die Rabengasse durchgeführt wird.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 6500 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 4 b für die im Wege der Zwangsversteigerung erfolgte Erwerbung von $^5/_{24}$-Anteilen des Hauses III., Rabengasse 14.

46. Referent Gem.-Rat Braun: Zahl 12890, Post 29, Bewilligung eines Zuschußkredites von 4500 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 4 b zur Deckung der durch die Einlösung eines Teiles des Hauses XI., Braunhubergasse 2, erwachsenden Kosten.

Es ist dieses Haus ein altes Verkehrshindernis, das dringend die Beseitigung erheischt.

Ich bitte um die Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 4500 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 4 b zur Deckung der durch die Einlösung eines Teiles des Hauses XI., Braunhubergasse 2 erwachsenden Kosten.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Herr Gem.-Rat Schwer!

47. Referent Gem.-Rat Schwer: Zahl 12920, Post 30, betreffend das Ansuchen des Komitees für die Errichtung eines Denkmales für den Tiroler Freiheitskämpfer Josef Speckbacher in Hall, Tirol, um Bewilligung einer Subvention.

Der Stadtrat beantragt, im Hinblicke auf den patriotischen Zweck 400 K zu bewilligen.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Diejenigen Herren, welche für den Stadtrats-Antrag sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Er ist angenommen.

Beschluß: Dem Komitee für die Errichtung eines Denkmales für den Tiroler Freiheitskämpfer Josef Speckbacher in Hall, Tirol, wird eine Subvention von 400 K bewilligt und wird diese Auslage auf den Reservefond verwiesen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate Herr Gem.-Rat Dr. Klotzberg.

48. Referent Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Ich habe die Ehre, zu Post 16 der ersten Nachtrags-Tagesordnung zu referieren.

Im Laufe des Frühjahres hat der löbliche Gemeinderat beschlossen, dem Preisgericht zur Ausschmückung der Fenster und Balkone eine Subvention von 2000 K zu bewilligen. Man hatte damals keine Ahnung, wie groß die Anmeldungen sein werden. Im vergangenen Jahre waren im Ganzen 90 Anmeldungen, in diesem Jahre aber 346.

Die Stadt München gibt für solche Zwecke über 10.000 Mk., die Stadt Nürnberg 5000 Mk. aus.

Die Herren werden die Überzeugung gewonnen haben, daß viele Fenster und Balkone sehr schön geschmückt waren und daß überhaupt dieser Blumenschmuck der Blumenstadt Wien zur Zierde gereicht.

Das Preisgericht hat sich konstituiert und die Preise nach den einzelnen Bezirken verteilt. Mit dem bewilligten Betrag ist das Komitee nicht ausgekommen und daher stellt es folgenden Antrag (liest):

„Der vorgelegte Bericht des Preisgerichtes, wonach bei 346 Anmeldungen 12 erste, 20 zweite, 46 dritte und 58 vierte Preise samt Diplomen und außerdem 90 Anerkennungsdiplome verliehen wurden, wird zur Kenntnis genommen. Für die Beschaffung der erforderlichen Preise und Diplome wird ein weiterer Betrag von 4500 K genehmigt und zur Ausgabs-Rubrik XXIV 4 ein Zuschußkredit in dieser Höhe bewilligt."

Ich bitte um die Annahme der Anträge. (Unruhe.)

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Herr Gem.-Rat Schuhmeier kontra.

Gem.-Rat Schuhmeier: Ich möchte zunächst eines konstatieren. Die Behauptung nämlich, die Herr Dr. Klotzberg soeben aufgestellt hat und die lautet, daß wir keine Ahnung haben, wie groß die Anmeldungen der dekorierten Fenster und Balkone ist, ist leider unrichtig.

Wir haben nicht nur eine Ahnung, sondern es steht im Antrage, den Herr Dr. Klotzberg vertreten hat, deutlich geschrieben, daß 346 Anmeldungen erfolgt sind. Wenn also 346 Anmeldungen erfolgt sind, hat man mehr als eine Ahnung davon, was eigentlich in Wien an dekorierten Fenstern vorhanden ist.

Nachdem ich also diese Dr. Klotzberg'sche Übertreibung auf die richtige Zahl, die im Antrage steht, zurückgeführt habe, möchte ich auf ein Zweites zu sprechen kommen; das ist die Sache an sich selbst. 346 Anmeldungen sind vorgelegen. Es sind 12 erste, 20 zweite, 46 dritte und 58 diverse Preise verteilt und dann sind 90 Anerkennungs-Diplome ausgestellt worden. An und für sich ist diese Preiskonkurrenz etwas, was sicherlich einzig dasteht. Beim Wettrennen, wo es sich auch um Preise handelt, weiß man, daß einer der Erste ist, und der bekommt auch den ersten Preis. Daß 3 oder 4 erste Preise gegeben werden, ist etwas Neues. (Unruhe.) Immer, wo es sich um Preise handelt, muß doch einer den Vogel abschießen. Diese Preiskonkurrenz ist halt eine andere: 12 erste, 20 zweite und 46 dritte Preise. (Zwischenrufe.)

Aber ganz interessant ist folgendes: Wenn Sie mir auch sagen, daß das bezirksweise verteilt wurde und daß jeder Bezirk einen ersten Preis hat, so ist da doch ein Unterschied zu machen. Der eine bekommt einen ersten Preis für ein wunderbar und der andere für ein weniger schön dekoriertes Fenster, aber doch immer einen ersten Preis. Wie komme ich dazu, wenn ich mehr ausgebe, daß nicht nur ich, sondern auch ein anderer, der weniger ausgibt, einen ersten Preis bekommt. (Unruhe und Unterbrechungen.)

Ja, meine Herren, wenn ich das, von Ihrem Standpunkte aus beurteilt, begreife — und da muß man schon viel begreifen, wenn man von Ihrem Standpunkte diese 58 diversen Preise gibt . . . (Neuerliche Unterbrechungen und Rufe: Vierte Preise!)

Ja so, das soll „vierte Preise" heißen, das ist etwas schlecht geschrieben. Nun, wenn auch. Die Art der Preiskonkurrenz ist jedenfalls einzig dastehend. 346 Anmeldungen und 236 Preise! Es haben also so ziemlich mehr als zwei Drittel, wenn ich richtig gerechnet habe, Preise bekommen. Wenn man eine solche Preiskonkurrenz macht, wird für uns nie der Zweck herauskommen, der eigentlich herauskommen soll.

Ich denke, meine Herren, man sollte mehr den Ehrgeiz der Bevölkerung zu wecken suchen, aber nicht mit Preisen, sondern dadurch, daß man diejenigen, welche in der Lage sind, für die Dekorationen Geld auszugeben, dies einfach im Interesse der Stadt tun läßt. Mit Preisen wird man das nicht herbeiführen, was Sie herbeiführen wollen, denn bedenken Sie, daß wir in Wien über 38.000 Häuser und mehr als 444.000 Wohnungen haben — wie viel Fenster wir haben, weiß ich nicht. Wenn aber von diesen 38.000 Häusern mit 444.000 Wohnungen nur 346 Anmeldungen erfolgen und man beurteilen soll, ob die Dekorationen hübsch sind, so ist das ungeheuer wenig für Wien. Der Hinweis auf München führt mich dahin, sagen zu müssen, daß sich aus diesem Vergleiche ergibt, daß man die Sache anders anpacken, daß man sie ändern soll, damit etwas besseres herauskommt. 2000 K sind zu wenig und jetzt sollen wir noch 4500 K dazu geben, dann haben wir 6500 K. München gibt 10.000 Mark, das dürften ungefähr 12.000 K sein. Schauen Sie aber in München die Fensterdekoration und den Blumenschmuck an, da ist wirklich etwas vorhanden, im Gegensatze zu uns. (Widerspruch.)

Also, meine geehrten Herren, diese Art, wie die Stadt Wien mit Blumen ausgeschmückt wird, ist etwas kostspielig und deshalb wende ich mich dagegen. Ich weiß schon, daß Wien die Blumenstadt par excellence sein muß, und es ist wahr, Blumen gibt es in Wien, insbesondere in der Stadt, in Hülle und Fülle. Die Masten sind ja wunderschön dekoriert, aber das ist zu teuer, wie ich glaube, um 6000 K.

Was haben Sie davon? Glauben Sie, daß jetzt mehr Anmeldungen kommen werden? Da müssen Sie gleich sagen, überall, wo jemand ein Blumenstöckel am Fenster stehen hat, geben wir ihm ein Ehrendiplom dafür. Ich finde, daß das nicht die richtige Art ist. (Zwischenruf: Machen Sie es besser!)

Um darüber nachzudenken, wie man das anders machen könnte, dazu haben wir ja den Stadtrat. Das eine glaube ich, hat sich schon ergeben, daß das System verfehlt und daher zu ändern ist. Ich bin mit dem Erfolge der 346 Anmeldungen nicht zufrieden. Es sind natürlich eine Menge Leute, die ihre Fenster schon früher dekoriert hatten, bevor die Stadt Wien gekommen ist, die haben halt nicht angemeldet und bekommen auch nichts.

Ich bin dafür, daß hier eine Änderung eintritt und ich denke, man sollte mehr auf die Weckung des Ehrgeizes der Bevölkerung bedacht sein, ohne Preise zu geben, denn wenn das nächstemal 500 Anmeldungen kommen, so müssen wir wieder etwas darauf geben. (Rufe: Es sind nur bronzene und silberne Medaillen!)

Wie Sie das Geld verklopfen, ist mir ganz egal und ebenso, ob sie silberne oder bronzene Medaillen ausprägen, für mich ist nur maßgebend die Summe von 6500 K. (Ruf: Das nächste Jahr ist es ja weniger!) Das glaube ich nicht. Der Stadtrat sollte also nachdenken, ob man das nicht anders machen könnte. (Ruf: Schlagen Sie etwas vor!)

Ich bin ja nicht im Stadtrate. Verpflichten Sie mich nicht zu einer Arbeit, die zu leisten ich nicht verhalten bin. Das ist doch Ihre Sache, das zu machen. Mir steht jedenfalls die freie Kritik darüber zu, und je mehr ich mir die Sache ansehe, desto öfter muß ich sagen, daß ich mich schon sehr dagegen verwahren muß, wenn man — wie dies Herr Gem.-Rat Dr. Klotzberg getan hat — etwas sagt, was nicht so ist; da möchte ich schon sehr bitten! (Ruf: Wir wollen ja nichts davon haben!) Sie wollen doch etwas haben, nämlich, daß die Leute bei den Fenstern Blumen hinausstecken. (Heiterkeit.)

Ich möchte also wünschen, daß der verehrte Stadtrat darüber spekuliert, wie man die Preisausschreibungsbedingungen zweckmäßig abändern könnte.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Bielohlawek pro.

Gem.-Rat Bielohlawek: Meine Herren! Ich weiß eigentlich nicht, wie man darauf antworten soll; wenn zum Beispiel in einer Schule zu der Zeit, wo der Herr Gem.-Rat Schuhmeier noch selbst in die Schule gegangen ist, einer einen Einser gehabt hat und noch zehn andere da waren, die auch so gescheit

waren wie er, so hat man denen deshalb doch nicht einen Dreier geben können, weil er schon einen Einser gehabt hat. (Heiterkeit.) Ebenso ist es auch hier beim Blumenschmuck. Wenn verschiedene Ausschmückungen ganz gleich sind, so kann man doch nicht dem einen den ersten, dem anderen den zehnten Preis geben. Nach der Anschauung des Herrn Gem.-Rates Schuhmeier gäbe es überhaupt nur einen 1., 2., 3., 4. und 5. Preis und die anderen bekämen nichts. Das wäre doch wider die Natur, und die Menschheit ist halt schon so. Es macht einem gewiß eine Freude, wenn einer dafür, daß er sein Fenster ausgeschmückt hat, die bronzene Medaille bekommt.

Aber ich wollte eigentlich über etwas anderes sprechen, nämlich über die Art und Weise, wie Herr Schuhmeier hier und auch kürzlich in einer Versammlung vom „Verklopfen" zu sprechen beliebt hat. Wir verklopfen hier nichts; hier ist eine gute Idee im Gemeinderate und Stadtrate angeregt und unter öffentlicher Kontrolle durchgeführt worden; da gibt es kein „Verklopfen", ich verwahre mich also entschieden gegen diesen Ausdruck. (Beifall.)

Herr Gem.-Rat Schuhmeier hat auch in einer Versammlung — und ich werde ihm morgen darauf die Antwort geben — gesagt, wir verdienen nur, wir tun alles nur für uns und kein Mensch kriegt eine Lieferung, und das in einer Weise, die ich nicht bezeichnen will, obwohl ich unter doppelter Immunität stehe.

Ich will sie nicht ausnützen, aber es gehört eine große Portion Kaltblütigkeit dazu, ruhig zuzuhören, wenn Herr Gem.-Rat Schuhmeier, weil ihm jetzt der Witz ausgeht, mit Verleumdungen arbeitet. Hier wurde nichts „verklopft", hier wurde im Interesse des Fremdenverkehres eine Institution geschaffen, die von allen begrüßt wird, und darum möge der Herr Gem.-Rat Schuhmeier in Hinkunft etwas vorsichtiger sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Gem.-Rat Schuhmeier: Ich bitte ums Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Das Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung hat Herr Gem.-Rat Schuhmeier.

Gem.-Rat Schuhmeier: Wenn Worte das System ändern könnten, dann hätte die Stadt Wien längst ein anderes System. Der Herr Gemeinderat, Landes-Ausschuß, Reichsrats-Abgeordnete und Landtags-Abgeordnete Bielohlawek möge daher Worte verwenden soviel er immer will, an dem System ändert er nichts und wenn ihm das Wort „verklopfen" nicht paßt, so muß ich schon sagen, daß mir an dem, was er sagt, manches auch nicht paßt; aber mir fällt es deshalb nicht ein, ihn zensurieren zu wollen.

Herr Gem.-Rat Bielohlawek, der sich darum bekümmert, wie der Schuhmeier mit dem Zylinder bei der Thronrede in der Hofburg ausgeschaut hat, hat am wenigsten Ursache, sich darüber aufzuhalten, wenn jemand über das System redet. Wie der Herr Bielohlawek mit dem Zylinder aussieht, das habe ich schon öfter gesehen; man sieht ihn sogar in den „Glühlichtern". (Heiterkeit.)

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Herr Gem.-Rat Schuhmeier, das überschreitet den Rahmen einer tatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rat Schuhmeier: Wenn sich der Herr Gem.-Rat Bielohlawek gegen Worte verwahrt, die ich hier spreche, so verwahre ich mich gegen die Zensur, die er mir gegenüber ausüben zu dürfen glaubt. Er möge reden, was er will, ich werde immer das sagen, was ich zu sagen für notwendig finde.

Ich bedaure, daß ich das, was ich gesagt habe, aufrechthalten muß. (Lärm und Zwischenrufe.) Weil aber Herr Gem.-Rat Bielohlawek auch vom „Verklopfen" gesprochen hat — er ist ja immer Ihr ex offo-Vertreter — so wollen hier die Herren bestätigen, wie wir auf das „Verklopfen" gekommen sind, und wenn die Herren so liebenswürdig sein wollen, so informieren Sie den Herrn Bielohlawek, wie das „Verklopfen" hier zur Sprache gekommen ist. (Gem.-Rat Bielohlawek: Das ist eine Hinterlistigkeit! Wer verklopft denn? Sagen Sie es! Hier ist die Kontrolle des Stadtrates! — Gem.-Rat Winarsky: Nein, dort ist gar keine Kontrolle! — Lärm und Rufe: Zur Ordnung rufen!)

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich habe Herrn Gem.-Ra Schuhmeier deswegen nicht zur Ordnung gerufen, weil ich gehofft habe, daß dieser Ausdruck aus der Mitte der Versammlung gerügt werde.

Das ist auch von Herrn Gem.-Rat Bielohlawek geschehen. (Gem.-Rat Schuhmeier: Herr Bielohlawek hat gar nichts zu rügen!)

Nachdem Herr Gem.-Rat Schuhmeier nun erklärt hat, daß er diesen Ausdruck aufrecht hält, rufe ich ihn jetzt zur Ordnung.

Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Ich hätte nicht geglaubt, daß dieses Referat in diesem Saale auf Opposition stoßen werde und daß namentlich ein Wiener Gemeinderat, der auch ein Wiener ist, gegen das Referat opponiert; er müßte denn nur von dem Standpunkte, seine Stellung in der Opposition zum Ausdrucke zu bringen, um jeden Preis Opposition machen. Er hat mich nicht verstanden; ich habe nicht gesagt, wir wußten nicht, wie viel Anmeldungen da sind, sondern ich sagte, als wir im Frühjahre von Ihnen einen Kredit von 2000 K verlangten, wußten wir nicht, wie groß die Anmeldungen sein werden. (Gem.-Rat Schuhmeier: Ich habe nur gewollt, daß der Kredit nicht überschritten werde!)

Im vorigen Jahre hat Herr Vize-Bürgermeister Dr. Porzer einen Antrag gestellt, auf die Ausschmückung der Fenster und Balkone einen Preis zu setzen. Wir haben uns diesbezüglich genau an Dresden, München und Nürnberg gehalten; auch dort hat man nicht einen, sondern mehrere erste Preise. Und weil es schwer ist, den I. Bezirk mit dem XXI. Bezirke zu vergleichen, so haben wir es so gemacht, daß wir jedem Bezirke mehrere erste Preise gegeben haben.

Wenn Herr Gem.-Rat Schuhmeier glaubt, daß das keinen Erfolg hat, so kann ich ihm mitteilen, daß wir heuer 346 Anmeldungen haben, während im vorigen Jahre nur 90 waren. (Gem.-Rat Schuhmeier: Es ist das wahrscheinlich so wie mit der Steigerung des Bierkonsums des Wiener Brauhauses!) Es gereicht der Stadt Wien zur Ehre und Zierde, wenn die Besitzer ihre Fenster schmücken, und jeder Wiener muß sich darüber freuen, und der sich nicht freut, ist eben kein Wiener. (Stürmischer Beifall. — Schuhmeier: Na, jetzt bin ich auch kein Wiener mehr!)

49. Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Der vorgelegte Bericht des Preisgerichtes zur Beurteilung der geschmackvollen Ausschmückung der Fenster und Balkone mit Blumen über die erfolgte Preiszuerkennung für das Jahr 1907, wonach bei 346 Anmeldungen 12 erste, 20 zweite, 46 dritte und 58 vierte Preise samt Diplomen und außerdem 90 Anerkennungsdiplome verliehen wurden, wird zur Kenntnis genommen. Für die Beschaffung der erforderlichen Preise und Diplome wird ein weiterer Betrag von 4500 K genehmigt und zur Ausgabs-Rubrik XXIV 4 ein Zuschußkredit in dieser Höhe bewilligt.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wir kommen nun zur Vornahme der auf der Tagesordnung stehenden Wahl von 42 Mitgliedern und 21 Ersatzmännern in die Kommission zur Bemessung der Militärtaxe pro 1907.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, mit dem Namensaufrufe zu beginnen.

(Über Namensaufruf des Schriftführers Gem.-Rates Dr. Klotzberg geben die Gemeinderäte die Stimmzettel ab. — Nach Abgabe der Stimmzettel:)

Ich bitte den Herrn Vize-Bürgermeister Hierhammer, gemeinsam mit einem Herrn Schriftführer das Skrutinium vorzunehmen.

Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Sebastian Grünbeck.

50. Referent Gem.-Rat Sebastian Grünbeck: Zahl 12133, Post 6, betrifft die Bewilligung von Unterstützungen an die durch die Wetterkatastrophe vom 17. Juli 1907 besonders geschädigten Personen.

Es wurden von Seite des Magistrates die Schäden erhoben, und zwar unter Beiziehung der Herren Bezirksvorsteher. Nachdem die Privatwohltätigkeit 17.000 Gulden aufgebracht hat, wurde dieser Betrag bei der Unterstützung in Kalkulation gezogen, und zwar so, daß die Dienstboten und die Arbeiter derart unterstützt wurden, daß der Verlust gedeckt wurde und daß den Gewerbsleuten und den Hausbesitzern, welche nicht in der Lage waren, den Schaden aus Eigenem zu ersetzen, die Hälfte unter Zuziehung der von der Privatwohltätigkeit gesammelten Beträge ersetzt wurde.

Verteilt wurden im XVI. Bezirke 1970 K, im XVII. Bezirke 27.497 K und im XVIII. Bezirke 1310 K. Dieser letztere Betrag betrifft vornehmlich Neustift.

Von der Gemeinde Wien wurden im ganzen 136 Personen beteilt. Die Summe von 27.977 K wurden zufolge Stadtrats-Beschlusses von heute um 2000 K erhöht, so daß nicht 27.977 K, sondern 29.977 K zur Verteilung gelangt sind.

Weiters wird beantragt, daß sowohl der städtischen Feuerwehr als auch den freiwilligen Feuerwehren, die sich bei dieser Katastrophe hervorragend beteiligt haben, der Dank ausgesprochen werde.

Selbstverständlich sind wir zur Unterstützung nicht verpflichtet, weil ja die Gemeinde für derartige Schäden aufzukommen nicht verpflichtet ist, sie findet sich aber trotzdem veranlaßt, die Leute mit Rücksicht auf ihre Bedürftigkeit zu unterstützen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung und bemerke nochmals, daß die Sache von Seite der Bezirksvorstehung geprüft worden ist und daß alles, was möglich war, in dieser Angelegenheit getan worden ist.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: 1. Unter ausdrücklicher Ablehnung irgend einer Verpflichtung werden von der Gemeinde Wien den vom Magistrate in Vorschlag gebrachten, durch die Unwetterkatastrophe vom 17. Juli 1907 besonders Betroffenen Unterstützungen in der Gesamthöhe von 29.977 K erteilt.

2. Der städtischen Feuerwehr, sowie den freiwilligen Feuerwehren Neulerchenfeld, Ottakring, Hernals, Dornbach, Neuwaldegg, Gersthof, Pötzleinsdorf, Ober-Sievering, Unter-Sievering, Ober-Döbling, Unter-Döbling und Nußdorf wird für ihre opferwillige Hilfeleistung anläßlich dieser Katastrophe der Dank und die Anerkennung des Gemeinderates ausgesprochen.

3. Der städtischen Feuerwehrmannschaft wird eine Gratifikation von 428 K zugesprochen, welche in der vom Magistrate vorgeschlagenen Weise zu verteilen ist.

51. Referent Gem.-Rat Sebastian Grünbeck: Zahl 12161, Post 17, betrifft die Baulinien- und Vorgärtenbestimmung für den westlichen Teil der Galitzinstraße und die Hertlgasse und Vorgärtenbestimmung für die Vogeltenngasse im XVII. Bezirke. Dort sollen die Vorgärten mit einer Tiefe von 18, 16, 10 und 6 m bestimmt werden. Die Straße selbst ist teilweise 10 und 12 bis 19 m breit bis auf die Galitzinstraße. Dort ist es nicht notwendig, so tiefe Vorgärten zu machen, weil die Straße ohnehin eine große Breite hat. Diesem Projekte wurde auch von Seite der Bezirksvorstehung für den XVI. Bezirk zugestimmt.

Ich ersuche um Ihre gütige Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wünscht einer der Herren hiezu das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: 1. Für die südliche Seite der Galitzinstraße im XVI. Bezirke von der Kat.-Parz. 351 nach Westen bis zur Hertlgasse wird unter Zugrundelegung einer Straßenbreite von 19 m die im Originalplane Z. 1427/XIII ex 1907 blau gezogene, mit den Buchstaben a b c bezeichnete Linie als Baulinie neu bestimmt.

2. Für die östliche Seite der Hertlgasse hat bei einer Straßenbreite von 12 m die im Originalplane Z. 1427/XIII ex 1907 blau gezogene, mit den Buchstaben c d e bezeichnete Linie als Baulinie zu gelten.

3. Hinter diesen neu genehmigten Baulinien, dann hinter der alt genehmigten südlichen Baulinie der Galitzinstraße zwischen der Hertlgasse und Vogeltenngasse sind mindestens 6 m tiefe Vorgärten anzulegen und dauernd zu erhalten.

Ferner sind hinter der alt genehmigten westlichen Baulinie der Hertlgasse zwischen der Galitzinstraße und der Rädtnergasse mindestens 16 m tiefe, hinter der alt genehmigten Baulinie der Vogeltenngasse in der zwischen der Galitzinstraße und Rädtnergasse gelegenen Strecke mindestens 10 m tiefe und in der Strecke zwischen der Rädtner- und Haydlergasse mindestens 18 m tiefe Vorgärten anzulegen und dauernd zu erhalten.

Der Abschluß dieser Vorgärten gegen die Straße zu und untereinander hat durch eiserne, die Durchsicht freilassende Gitter auf nicht mehr als 1 m hohen Stein- oder Ziegelsockeln zu erfolgen.

4. Die Verbauung hinter den im Absatze 3 genannten Vorgärten hat mit freistehenden, villenartigen Wohnhäusern zu erfolgen, die an der Vogeltenngasse außer einem Parterre oder Tiefparterre nur ein Obergeschoß, im übrigen zwei Obergeschosse enthalten dürfen; höher ragende Türme, Giebel 2c. sind gestattet.

5. Die Rädtnergasse und die Haydlergasse sind wegen ihrer großen Steigung nur als Fußwege zu betrachten und haben demnach die Linien f g — h i — k l, sowie die Linie e m nicht als Baulinie im Sinne des § 2 der Bauordnung zu gelten. Hinsichtlich der Verbauung der anliegenden Baustellen sind diese Linien wie Grundgrenzen gegen einen Privatgrund zu betrachten und es sind von ihnen daher ebenso wie von den übrigen Nachbargrenzen die mit Gemeinderats-Beschluß vom 11. Juni 1901, Z. 10604 ex 1899, vorgeschriebenen Seitenabstände einzuhalten.

Bezüglich der Herstellung der Einfassung sind jedoch diese Linien den Baulinien gleich zu halten.

6. Die Fläche A ist nach den Linien e m n als öffentlicher Gartenplatz auszugestalten.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Rain.

52. Referent Gem.-Rat Rain: Zahl 12236, Post 3, betrifft das Offert des Leopold Schlögl und Konsorten auf Verkauf der Liegenschaften VIII., Lerchenfelderstraße 112 und 114 an die Gemeinde.

Diese Angelegenheit hat den Stadtrat seit dem Jahre 1898 wiederholt beschäftigt. Die Forderungen der Eigentümer waren aber so bedeutend, daß auf den Ankauf dieser Liegenschaften nicht eingeraten werden konnte. Erst jetzt, nachdem der Nachbar mit der Demolierung seiner Realität vorgegangen ist, war es möglich, mit den Besitzer derselben ein Übereinkommen zu treffen. Ich empfehle Ihnen im Sinne des Magistrats-Antrages, diese Realitäten zu erwerben, damit endlich die Durchführung der Albertgasse in die Schottenfeldgasse und die Entlastung der Blindengasse erfolgen kann.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Zum Zwecke der vollständigen Durchführung der Albertgasse erwirbt die Gemeinde die dem Leopold Schlögl und Konsorten gehörigen Liegenschaften VIII., Lerchenfelderstraße 112 und 114, Einl.-Z. 552 und 553 Grundbuch Josefstadt, wie sie liegen und stehen, mit dem Katastralausmaße von 813 m², beziehungsweise von 768 m² um den Kaufschilling von 152.000 K und unter folgenden Bedingungen:

a) Die Gemeinde Wien übernimmt die auf den je $^1/_{15}$-Anteilen des Karl und Johann Schlögl einverleibten Satzposten im Betrage von zusammen 15.000 K auf Abrechnung vom Kaufschillinge zur Zahlung. Die Verkäufer leisten Gewähr dafür, daß bezüglich der auf dem $^1/_{15}$-Anteile des Johann Schlögl lastenden Satzpost keine Rückstände bestehen, beziehungsweise dieser Anteil nicht überlastet ist.

Die sonach verbleibende Kaufsumme ist bei Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde fällig.

b) Die Verkäufer haben auf ihre Kosten die Löschungserklärung hinsichtlich der auf der Einlage 552 Grundbuch Josefstadt zugunsten der Liegenschaft Einl.-Z. 547 Grundbuch Neubau, einverleibten Verbindlichkeit in Betreff der gemeinschaftlichen Erhaltung und Benützung eines Brunnens beizubringen.

c) Die Übergabe und Übernahme der Kaufobjekte in den physischen Besitz der Gemeinde hat in der ersten Hälfte des Monates Oktober 1907 stattzufinden.

Der Übergabstag ist der Abrechnung der Steuern, Mietzinse 2c. zu Grunde zu legen.

d) Die Verkäufer haben binnen 8 Tagen nach Aufforderung die grundbücherliche Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung auf den Einlagen 552 und 553 Grundbuch Josefstadt, auf ihre Kosten zu erwirken.

e) Die Vertragskosten tragen beide Teile je zur Hälfte, die Übertragungsgebühren die Gemeinde; die Kosten der grundbücherlichen Löschung der Satzposten und der im Punkte b) erwähnten Servitut haben die Käufer zu bezahlen.

2. Die durch die Einlösung der erwähnten Liegenschaften erwachsenden Kosten sind auf das Investitionsanlehen zu verweisen.

53. Referent Gem.-Rat Rain: Zahl 12142, Post 22. Bewilligung eines Zuschußkredites von 53.800 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 c für die Regulierung der Liechtensteinstraße zwischen Or.-Nr. 37 und 53 im IX. Bezirke.

Am 12. Juli hat die Gemeinde diesbezüglich mit dem Bauunternehmer Wohlschläger wegen Entfernung dieses Engpasses verhandelt. Die Verhandlungen haben die Notwendigkeit ergeben, diesen Zuschußkredit zu verlangen, weil die nötigen

Arbeiten noch im heurigen Jahre durchgeführt werden müssen. Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 53.800 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 c für die Regulierung der Liechtensteinstraße zwischen Or.-Nr. 37 und 53 im IX. Bezirke.

54. Referent Gem.-Rat Rain: Zahl 12550, Post 21. Bewilligung eines Zuschußkredites von 3000 K zur Ausgabs-Rubrik XXIV 17 für die gärtnerische Ausgestaltung des für eine öffentliche Gartenanlage bestimmten Platzes zwischen Elisabethpromenade und Trödlerhalle im IX. Bezirke.

Es ist das jene Fläche, welche heute eigentlich ein Staubmeer bildet. Es wird um die Bewilligung dieses Zuschußkredites von 3000 K gebeten, damit noch im heurigen Jahre mit der gärtnerischen Ausschmückung dieses Platzes begonnen werden kann.

Vize-Bürgermeister Dr Porzer: Herr Gem.-Rat Seiler kontra.

Gem.-Rat Seiler: Ich möchte mir nur eine Bemerkung erlauben. Wie ich gehört habe, soll die Trödlerhalle von dort wegkommen. Mit Rücksicht darauf wäre es zweckmäßiger, zu warten oder anzufragen, was mit der Trödlerhalle geschieht. Denn die ist dort nicht mehr am Platze.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent Gem.-Rat Rain: Jetzt handelt es sich nicht um die Entfernung der Trödlerhalle. Die Gemeinde hat vorläufig nicht die Möglichkeit, die Trödlerhalle zu entfernen, da sie den Trödlern gehört und erst abgelöst werden müßte.

Was die Ausschmückung des Platzes vor der Trödlerhalle anbelangt, so ist es unbedingt notwendig, daß die Elisabethpromenade in diesem Teile nicht so arg vernachlässigt wird. Über kurz oder lang wird man der Entfernung der Halle näher treten müssen, aber jetzt hat dies mit der Ausgestaltung dieses Platzes nichts zu tun.

Ich bitte um Annahme des Stadtrats-Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 3000 K zur Ausgabs-Rubrik XXIV 17 für die gärtnerische Ausgestaltung des für eine öffentliche Gartenanlage bestimmten Platzes zwischen Elisabethpromenade und Trödlerhalle im IX. Bezirke.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Schneider.

55. Referent Gem.Rat Schneider: Zahl 11313, Post 15. Es wird bezüglich der Vergebung der Lieferung der neuen Motor-, Dynamo- und Apparateanlage im Neuen Rathause ein Zuschußkredit, beziehungsweise Nachtragskredit von 19.850 K beantragt.

Es wurde eine Offertverhandlung ausgeschrieben. Drei Offerenten wurden eingeladen und das billigste Offert wurde selbstverständlich angenommen. Trotzdem hat sich ein Mehrerfordernis herausgestellt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Herren, welche dafür sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist angenommen.

Beschluß: Für die Erweiterung der elektrischen Anlage im Neuen Rathause wird das gegenüber dem amtlichen Kostenvoranschlage sich ergebende Mehrerfordernis von 19.850 K nachträglich bewilligt und das für diese Arbeiten zufolge Gemeinderats-Beschlusses vom 25. Juni 1907, Z. 6610, genehmigte Gesamterfordernis von 103.000 K somit auf 122.850 K erhöht.

56. Referent Gem.-Rat Schneider: Zahl 12717, Post 24. Der Verband für die Materialprüfungen der Technik ersucht um eine Subvention. Es wird beantragt, für das Jahr 1907 eine Subvention im Betrage von 100 K zu votieren. Es ist wichtig, diesen Verband zu subventionieren, da er auch unserem Stadtbauamt zum Vorteil gereicht.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Diejenigen Herren, welche dafür sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Dem Verband für die Materialprüfungen der Technik wird eine Subvention von 100 K pro 1907 bewilligt.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate Herr Gem.-Rat Knoll.

57. Referent Gem.-Rat Knoll: Zahl 12172, Post 5, betrifft die Bewilligung eines Zuschußkredites von 4365 K zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 12 für die Erweiterung des Kagraner Ortsfriedhofes.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Herren, welche dafür sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 4365 K zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 12 für die Erweiterung des Kagraner Ortsfriedhofes.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate Herr Gem.-Rat Büsch.

58. Referent Gem.-Rat Büsch: Zahl 12444, Post 7, betrifft die Niveauherstellung in der sogenannten Wasserleitungsstraße im XII. Bezirke. Das ist die Straße von der Philadelphiabrücke gegen die Kaserne hinüber.

Von Seite der Gemeinde hat im Jahre 1905 eine Abgrabung bis zur Hälfte der Straße stattgefunden. Mit der Südbahn wurde ein Übereinkommen getroffen, wonach die Gemeinde einen Grund von 3340·88 m² à 7 K seinerzeit käuflich erwerben soll. Nun soll die ganze Straße abgegraben werden, daher wird dieser Grund eingelöst. Infolgedessen wird ein Zuschußkredit von rund 23.400 K erforderlich.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Herren, welche dafür sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Behufs Bedeckung des Kostenbetrages für die Grunderwerbung zur Niveauherstellung in der sogenannten Wasserleitungsstraße im XII. Bezirke (3340·88 m² der Kat.-Parz. 174 und 142/1 à 7 K) wird zur Ausgabs-Rubrik XXII 4 ein Zuschußkredit von rund 23.400 K bewilligt.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate Herr Gem.-Rat Straßer.

59. Referent Gem.-Rat Straßer: Zahl 12624, Post 12, betrifft die Entscheidung des k. k. Handelsministeriums vom 4. September 1907, Z. 25934, mit welcher dem Rekurse der Gemeinde Wien gegen die Erteilung einer Gast- und Schankgewerbe-Konzession an Karl Glaser jun. keine Folge gegeben wurde.

Es wird beantragt, gegen diese Entscheidung die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof nicht zu ergreifen.

Ich bitte um die Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Gegen die Entscheidung des k. k. Handelsministeriums vom 4. September 1907, Z. 25934, mit welcher dem Rekurse der Gemeinde Wien gegen die Erteilung einer Gast- und Schankgewerbe-Konzession an Karl Glaser jun. keine Folge gegeben wurde, wird die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof nicht ergriffen.

60. Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Das Resultat der vorgenommenen Wahlen ist folgendes (liest):

„Abgegebene Stimmzettel 67, davon leer keiner.

Gewählt wurden mit je 67 Stimmen:

Für den I. Bezirk.

Zu Mitgliedern:

Sigmund Ketskemeti, Bezirksrat, I., Seilerstätte 2.

Adolf Stark, Bezirksrat, I., Riemergasse 11.

Als Ersatzmann:

Karl M. Nowotny, Xylograph, I., Wipplingerstraße 20.

Für den II. Bezirk.

Zu Mitgliedern:

Franz Benda, Gemeinderat, II., Zirkusgasse 33.

Josef Weidlich, Bezirksrat, II., Sterneckplatz 18.

Als Ersatzmann:

Franz Junghofer, Obmann des Armeninstitutes für den II. Bezirk, II., Weintraubengasse 19.

Für den III. Bezirk.

Zu Mitgliedern:

Anton Schack, Bezirksrat, III., Klimschgasse 17.

Johann Goldeband, Bezirksrat, III., Lustgasse 3.

Als Ersatzmann:

Franz Kutschera, Bezirksrat, III., Landstraßer Hauptstraße 7.

Für den IV. Bezirk.

Zu Mitgliedern:

Johann Eichinger, Bezirksrat, IV., Paniglgasse 24.

Franz Rienößl, Reichsrats- und Landtags-Abgeordneter, Bezirksvorsteher, IV., Favoritenstraße 14.

Als Ersatzmann:

Georg Philp, Gemeinderat, IV., Phorusgasse 10.

Für den V. Bezirk.

Zu Mitgliedern:

Franz Butulla, Bezirksrat, V., Ramperstorffergasse 38.

Josef Kalous, Bezirksrat, V., Kettenbrückengasse 19.

Als Ersatzmann:

Heinrich Schottenhaml, Bezirksrat, V., Kriehubergasse 31.

Für den VI. Bezirk.

Zu Mitgliedern:

Johann Fraunberger, Bezirksrat, VI., Eggerthgasse 11.

Peter Reimer, Bezirksrat, VI., Kaunitzgasse 33.

Als Ersatzmann:

Wolfgang Dirnbacher, Bezirksvorsteher-Stellvertreter, VI., Hirschengasse 1.

Für den VII. Bezirk.

Zu Mitgliedern:

Alois Völkl, Bezirksrat, VII., Neubaugasse 66.

Michael Hold, Bezirksrat, VII., Faßziehergasse 3.

Als Ersatzmann:

Andreas Schöner, Bezirksrat, VII., Siebensterngasse 19.

Für den VIII. Bezirk.

Zu Mitgliedern:

Leopold Jell, Bezirksrat, VIII., Strozzigasse 39.

Otto Kellner, Zuckerbäcker, VIII., Tigergasse 22.

Als Ersatzmann:

Thomas Podiwinsky, Optiker, VIII., Strozzigasse 4.

Für den IX. Bezirk.

Zu Mitgliedern:

Heinrich Ellenberger, Uhrmacher, IX., Alserbachstraße 31.

Adolf Steinfelder, Tapezierer, IX., Porzellangasse 43.

Als Ersatzmann:

Josef Einböck, Gastwirt, IX., Harmoniegasse 10.

Für den X. Bezirk.

Zu Mitgliedern:

Johann Cymbal, Bezirksvorsteher-Stellvertreter, X., Triesterstraße 3.

Michael Koller, Bezirksrat, X., Buchengasse 40.

Als Ersatzmann:

Josef Nejeschleba, Bezirksrat, X., Laxenburgerstraße 35.

Für den XI. Bezirk.

Zu Mitgliedern:
Josef Mayerhofer, Bezirksrat, XI., Dorfgasse 9.
Leopold Hahn, Armenrat, XI., Kaiser-Ebersdorferstraße 320.

Als Ersatzmann:
Peter Bottoli, Armenrat, XI., Sedlitzkygasse 47.

Für den XII. Bezirk.

Zu Mitgliedern:
Karl Donner, Bezirksvorsteher, XII., Hetzendorferstraße 153.
Ignaz Peyfuß, Kaufmann, XII., Steinhagegasse 14.

Als Ersatzmann:
Matthias Adlersflügel, Bezirksvorsteher-Stellvertreter, XII., Wilhelmstraße 41.

Für den XIII. Bezirk.

Zu Mitgliedern:
Leopold Karlinger, Bezirksrat, XIII., Cumberlandstraße 42.
Karl Wagner, Bezirksrat, XIII., Reichgasse 10.

Als Ersatzmann:
Georg Gusenleithner, Bezirksvorsteher, XIII., Penzingerstraße 79.

Für den XIV. Bezirk.

Zu Mitgliedern:
Anton Buchinger, Bezirkrat, XIV., Lehnergasse 6.
Johann Döll, Bezirksrat, XIV., Pereiragasse 25.

Als Ersatzmann:
Johann Dallinger, Bezirksrat, XIV., Holochergasse 3.

Für den XV. Bezirk.

Zu Mitgliedern:
Franz Neuner, Bezirksrat, XV., Hütteldorferstraße 31.
Josef Weinheimer, XV., Sechshauserstraße 14.

Als Ersatzmann:
Hermann Holzwarth, Bezirksrat, XV., Mariahilferstraße 156/8.

Für den XVI. Bezirk.

Zu Mitgliedern:
Josef Ramharter, Bezirksrat, XVI., Arnethgasse 38.
Leopold Schmid, Bezirksrat, XVI., Payergasse 2.

Als Ersatzmann:
Josef Pristinger, Bezirksrat, XVI., Schinaglgasse 8.

Für den XVII. Bezirk.

Zu Mitgliedern:
Josef Militky, Bezirksrat, XVII., Klopstockgasse 49.
Ferdinand Bittermann, Bezirksrat, XVII., Jörgerstraße 47.

Als Ersatzmann:
Jakob Zwicker, Bezirksrat, XVII., Baldrichgasse 4.

Für den XVIII. Bezirk.

Zu Mitgliedern:
Josef Cerwenka, Hausbesitzer, XVIII., Staudgasse 33.
Ludwig Willersdorfer, XVIII., Mitterberggasse 16.

Als Ersatzmann:
Franz Reymund, Hafnermeister, XVIII., Gentzgasse 72.

Für den XIX. Bezirk.

Zu Mitgliedern:
August Dröß ler, Gemeinderat, XIX., Hutweidengasse 8.
Josef Schwinner, Dr., Privatier, XIX., Hasenauerstraße 6.

Als Ersatzmann:
Josef Weiß, Bezirksrat, XIX., Friedlgasse 23.

Für den XX. Bezirk.

Zu Mitgliedern:
Robert Behnert, Bezirksrat, XX., Treustraße 74.
Karl Lang, Bezirksrat, XX., Brigittagasse 12.

Als Ersatzmann:
Franz Sadilek, Bezirksrat, XX., Streffleurgasse 15.

Für den XXI. Bezirk.

Zu Mitgliedern:
Alois Brandstetter, Hausbesitzer, XXI., Floridsdorf, Schloßhoferstraße 30.
Johann Berger, Wirtschaftsbesitzer, XXI., Groß-Jedlersdorf, Amtsstraße 1.

Als Ersatzmann:
Ernst Gärtner, Hausbesitzer, XXI., Floridsdorf, Floridusgasse 43.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen. Es findet noch eine kurze vertrauliche Sitzung statt.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 8 Uhr 31 Minuten abends.)

Beschluß-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **vom 27. September 1907.**

Vorsitz: **Vize-Bürgermeister Heinrich Kierhammer.**

1. Gem.-Rat Angeli stellt einen Initiativ-Antrag, betreffend eine Personalangelegenheit.

(Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.)

2. (10397.) **Gem.-Rat Oppenberger** beantragt die Genehmigung des Kostenerfordernisses von 55.400 K für den Ankauf von 20 Waggons Malz und Deckung aus den Betriebseinnahmen.

(Angenommen.)

3. (12511.) **Gem.-Rat Brauneiß** beantragt, dem Vorsteher des XIV. Bezirkes, Eduard Kunz, als Ersatz der Barauslagen während der Dauer der alleinigen Führung der Geschäfte der Bezirksvertretung des XIV. Bezirkes die Funktionsgebühren, wie sie derselbe als Bezirksvorsteher erhalten hat, für die Zeit von $3^1/_2$ Monaten anzuweisen. (Angenommen.)

4. (2497.) **Gem.-Rat Hölzl** beantragt, dem Armenrate des XIX. Bezirkes Josef Konopatsch in Anerkennung seiner langjährigen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen.)

5. (7924.) **Gem.-Rat Braun** beantragt, den Armenräten des XI. Bezirkes Georg Gey und Eduard Trexler Edlen v. Lindenau in Anerkennung ihrer Verdienste um die öffentliche Armenpflege, und zwar dem Eduard Trexler Edlen v. Lindenau die große goldene Salvator-Medaille und dem Georg Gey die goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen.)

6. (12898.) **Gem.-Rat Rain** beantragt, dem Bezirks- und Armenrate des VIII. Bezirkes Josef Kuntschik in Anerkennung seiner langjährigen Tätigkeit in der Ausübung öffentlicher Funktionen die goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen.)

7. (12560.) **Derselbe** beantragt, der Barbara Blumauer, Ober-Feuerwehrmannswitwe, die Gnadengabe von jährlich 336 K auf jährlich 400 K vom 1. Oktober 1907 an auf die Dauer des Witwenstandes, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu erhöhen. (Angenommen.)

8. (12902.) **Gem.-Rat Weitmann** beantragt, den Armenräten des VII. Bezirkes Leopold Nowak und Alois Anderle in Anerkennung ihrer langjährigen Wirksamkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen.)

9. (12900.) **Gem.-Rat Wessely** beantragt, den Armenräten des VI. Bezirkes August Kerling und Karl Mölter in Anerkennung ihrer langjährigen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen.)

10. (10494.) **Gem.-Rat Tomola** beantragt, dem Bürgerschul-Direktor Karl Lang in Würdigung seiner vielfachen im Schuldienste erworbenen Verdienste die goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen.)

11. (10496.) **Derselbe** beantragt, dem Oberlehrer Peter Fellner in Würdigung seiner im Lehramte und als Armenrat erworbenen Verdienste das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen zu verleihen. (Angenommen.)

12. (10495.) **Derselbe** beantragt, dem Oberlehrer i. P. Franz Fenzl in Würdigung seiner im Lehramte erworbenen Verdienste die goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Dienstag den 1. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr.
Mittwoch den 2. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr.
Donnerstag den 3. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr.

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom **20. September 1907.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende:

Braun,	Oppenberger,
Brauneiß.	Rain,
Brzezowsky,	Rissaweg,
Dr. Deutschmann,	Schneider,
Grünbeck Sebastian,	Schreiner,
Hallmann,	Schwer,
Hölzl,	Straßer,
Hoß,	Tomola,
Knoll,	Weitmann,
Dr. Krenn,	Wessely.

Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer.

Entschuldigt: St.-R. Hraba.
Beurlaubt: St.-R. Büsch, Gräf Ferdinand, Gsottbauer, Hörmann, Rauer, Zatzka.
Schriftführer: Magistrats-Sekretär Formanek.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

St.-R. Hallmann und Genossen bringen einen Antrag ein auf Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung am Margaretenplatz, Pilgramgasse und vor den städtischen Patronatskirchen zu St. Florian und St. Josef.

(Wird dem Magistrate zur Amtshandlung und Berichterstattung überwiesen.)

(12202.) **St.-R. Brauneiß** referiert über Protokolle der öffentlichen und vertraulichen Sitzungen der Bezirksvertretungen des I. bis XX. Bezirkes und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(12626, B. A. XIV, 27805.) St.-R. Brauneiß referiert über den Rekurs des J. Weiner gegen die Platzzinsvorschreibung für eine Plakatierungstafel an der Einfriedungsplanke der Realität XIV., Avedikstraße 33/35, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(12511, M. A. XXII, 2415.) St.-R. Brauneiß referiert über das Ansuchen des Bezirksvorstehers Eduard Kunz um Ersatz von Barauslagen anläßlich der Führung der Geschäfte der Bezirksvertretung XIV, und beantragt, dem Genannten die Funktionsgebühren, wie sie derselbe als Bezirksvorsteher erhalten hat, für die Zeit von $3^1/_2$ Monaten anzuweisen. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

(12600, St. E. W. 14262.) **St.-R. Schreiner** referiert über die Jahres-Versammlung der Vereinigung österr.-ungar. Elektrizitätswerke in Prag 1907 und beantragt, die Teilnahme der Gemeinde Wien an der in der Zeit vom 29. September 1907 bis 3. Oktober 1907 in Prag stattfindenden vierten Jahres-Versammlung

der Vereinigung österr.-ungar. Elektrizitätswerke zu genehmigen und den Herrn I. Vize-Bürgermeister zu ersuchen, als Vertreter zu dieser Versammlung wie bisher den Direktor und den Direktor-Stellvertreter der städtischen Elektrizitätswerke zu entsenden. (Angenommen.)

(12555, M. A. III, 4809.) St.-R. Schreiner referiert über das Ansuchen des Anton Payer um Weiterverpachtung der Abteilung V des Amtshausgartens der Forstverwaltung Mannswörth und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, die Bedingungen dieses Pachtverhältnisses vorzulegen. (Angenommen.)

(12641, St. Str. B. 693.) St.-R. Schreiner referiert über das Ansuchen des Reichsvereines der Post- und Telegraphen-Bediensteten Österreichs um die Gewährung ermäßigter Fahrpreise auf den städtischen Straßenbahnen für die Post-Bediensteten des Dienerstandes und beantragt, das Ansuchen mit Rücksicht auf den seinerzeit diesbezüglich gefaßten prinzipiellen Gemeinderats-Beschluß abzulehnen. (Angenommen.)

(12632, M. A. VI, 3822.) **St.-R. Rissaweg** referiert über den Nachtragskostenanschlag für die Neupflasterung der Arsenalstraße im X. Bezirke und beantragt, den vorliegenden Nachtragskostenanschlag für die Neupflasterung der Arsenalstraße zwischen der Arsenalschmiede und dem städtischen Asyl- und Werkhause im X. Bezirke mit dem Betrage von 3617 K 25 h zu genehmigen.

Das Erfordernis ist bedeckt, beziehungsweise wird, so weit es erst im kommenden Jahre zur Auszahlung gelangt, hiefür im Budget pro 1908 vorgesorgt werden. (Angenommen.)

(12631, M. A. VI, 72.) St.-R. Rissaweg referiert über das Projekt für die Neupflasterung der Schlechtagasse im X. Bezirke und beantragt:

1. Das Projekt für die Neupflasterung der Schlechtagasse, zwischen dem Gräßlplatze und dem neuen Pferdeschlachthause im X. Bezirk, wird mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 61.557 K 30 h genehmigt.

2. Die erforderlichen Erd- und Pflasterungsarbeiten werden dem einzigen Offerenten Johann Schußmann mit 0·7 Prozent Nachlaß übertragen.

3. Für das nur bis zum Betrage von 47.227 K 55 h bedeckte Erfordernis ist eine Positionserhöhung der Ausgabs-Rubrik XXII 23 k_3 des Investitionsanlehens um rund 14.200 K beim Gemeinderate zu erwirken.

(Angenommen; Punkt 3 an den Gemeinderat.)

(12520, M. A. XIV, 5071.) St.-R. Rissaweg referiert über das Ansuchen der k. k. priv. Südbahngesellschaft um Bewilligung zur Abteilung der Realität Einl.-Z. 680 Meidling und beantragt:

1. Die Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 680 Grundbuch Unter-Meidling auf sieben Baustellen, ein mit der Einl.-Z. 1286 desselben Grundbuches zu vereinigendes Fragment 8 und das in der Stammeinlage verbleibende Fragment, Figur c (schwarz), m (grün), edfge (schwarz) nach Maßgabe der vorgelegten Pläne und Tabellen als Parzellierung wird im Sinne des § 3 lit. a der Wiener Bauordnung unter den vom Bauamte aufgestellten und hinsichtlich der Punkte 2 und 4 kommissionell richtiggestellten Bedingungen bewilligt.

2. Die Ausstellung einer Löschungserklärung über die auf den Einl.-Z. 680 und 1286 Unter-Meidling, auf Grund der Erklärung vom 25. Mai 1869 haftenden und derzeit gegenstandslos gewordenen Verpflichtung der Duldung eines Wasserleitungsrohres, sowie der ebenda auf Grund des Vertrages vom 6. August 1870 haftenden und gleichfalls gegenstandslosen Verpflichtung die Durchführung einer Straße zu gestatten, wird gegen Kostenersatz genehmigt.

(Angenommen.)

(12607, M. A. XV, 8469.) St.-R. Rissaweg referiert über die Vergebung der Ziegeldeckerarbeiten und der Turnsaaleinrichtung beim Schulbaue X., Thavonatgasse und beantragt:

Für den Schulbau X., Thavonatgasse, werden

1. die Ziegeldeckerarbeiten bei Ausführung des Patentes „Sturmfest von Heigl und Dorn" gegen einen Nachlaß von 1 Prozent an Hubert Schaefer, V., Zentagasse 32;

2. die Lieferung von Turnmatratzen gegen einen Nachlaß von 10 Prozent an Leopold Hergl (Bestbieter), VIII., Stadtbahnviadukt 25;

3. die Turnsaaleinrichtung, mit Ausnahme der Turnmatratzenlieferung, gegen einen Nachlaß von 9 Prozent an J. Plaschkowitz, III., Hauptstraße 64, vergeben. (Angenommen.)

(12567, M. A. IV, 1748.) St.-R. Rissaweg referiert über die Beistellung eines dritten Pferdepaares für das Versorgungsheim Lainz und beantragt:

Für das Versorgungsheim Lainz ist vom 1. Jänner 1908 an von der städtischen Feuerwehr ein drittes Pferdepaar beizustellen.

Die einmaligen Auslagen per 1000 K und die jährlich wiederkehrenden Auslagen von 1300 K sind im Budget pro 1908 sicherzustellen. (Angenommen.)

(12688, M. A. X, 5721.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen der Anna Aßmayr um Übernahme der Erhaltung eines Grabdenkmales im Zentral-Friedhofe durch die Gemeinde und beantragt, die Übernahme der vorgeschlagenen Leistungen zur Erhaltung des Grabdenkmales bei dem eigenen Grabe, Gruppe XV H, Reihe 2, Nummer 17 im Wiener Zentral-Friedhofe gegen Erlag eines Widmungskapitales von 400 K im Sinne der prinzipiellen Bestimmungen zu genehmigen. (Angenommen.)

(12702, M. A. X, 6477.) St.-R. Braun referiert über die Aufstellung eines Wagenschupfens am Wiener Zentral-Friedhofe und beantragt, die Herstellung eines Wagenschupfens aus Riegelwänden mit Holzschalung auf dem Territorium der Ersatzgärtnerei des Wiener Zentral-Friedhofes mit dem Erfordernisse von 1600 K zu genehmigen. (Angenommen.)

(10546, B. A. XI, 11608.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Firma Brüder Wetzler um Baubewilligung für Einl.-Z. 497, 1579 und 2021 im XI. Bezirke und beantragt, die vom Bezirksamte beabsichtigte Bewilligung zur Herstellung zweier Heu- und Strohmagazine und eines Haferdepots nebst eines Beamtenwohnhauses, drei Kehrichtbehältern und einer Abortanlage auf den vorbenannten Realitäten zwischen der Leber- und Brehmstraße nicht zu bestätigen. (Angenommen.)

(12701, M. A. X, 6971.) St.-R. Braun referiert über den Blumenmarkt zu Allerheiligen auf dem Zentral-Friedhofe und beantragt:

1. Der Allerheiligenmarkt beim Wiener Zentral-Friedhofe beginnt am 26. Oktober und dauert bis 2. November, wobei es

jedoch der Verwaltung des Zentral-Friedhofes mit Rücksicht auf den Anfall der Kalendertage freisteht, den Markt eventuell um ein bis zwei Tage zu verlängern.

2. Als Platzzins für die Blumen- und Kranzverkaufsstände wird ein Pauschalbetrag in der Höhe von 6 K bestimmt, welcher im vorhinein für die ganze Dauer des Allerheiligen-Blumenmarktes bei der Kassa des Zentral-Friedhofes zu erlegen ist, ohne daß der betreffende Standbesitzer im Falle der Nichtbenützung des Standes während der ganzen Zeit oder während einiger Tage des Blumenmarktes irgend einen Anspruch auf Rückvergütung eines Teiles des erlegten Pauschalbetrages besitzt. (Angenommen.)

(12538, M. A. XV, 7071.) St.-R. Braun referiert über die Vergebung der Arbeiten für den Neubau der Mädchen-Volksschule und des Kindergartens XI., Pachmayergasse, Rinnböckstraße.

Es werden die Arbeiten in folgender Weise vergeben:

1. Die Stukkaturerarbeiten an die Firma Josef Osusky und Anton Finda XX., Wallensteinstraße 60, als Bestbieter gegen einen Nachlaß von 8 Prozent, für Regiearbeiten Aufzahlung von 15 Prozent.

2. Die Steinmetzarbeiten (Benützung von feinkörnigen Granit) an Leopold Schäftner, X., beim Matzleinsdorfer Friedhof, gegen einen Nachlaß von 29 Prozent, da der Genannte mit Rücksicht auf die Notwendigkeit eines Tragfalzes Bestbieter ist. Regie und Unvorhergesehenes zum städtischen Preistarif.

8. Die Zimmermannsarbeiten an Anton Tauber, III., Grasbergergasse als Bestbieter gegen einen Nachlaß von 13·5 Prozent.

4. Die Spenglerarbeiten an Friedrich Katlein, VI., Gumpendorferstraße 88, als Bestbieter gegen einen Nachlaß von 15 Prozent.

5. Die Ziegeldeckerarbeiten an Alois Heigl, XIV., Braunhirschengasse 35, gegen einen Nachlaß von 18 Prozent, da sich dieses Anbot, obwohl es das einzige ist, als günstig darstellt.

6. Die Bautischlerarbeiten an Johann Küttag, XX., Wallensteinstraße 57, als Bestbieter gegen einen Nachlaß von 14·5 Prozent.

7. Die Schlosserarbeiten an Franz Beran, XI., Simmeringer Hauptstraße 140, gegen einen Nachlaß von 16 Prozent.

8. Die Anstreicherarbeiten an Karl Weidl, III., Rennweg 57, als Bestbieter gegen einen Nachlaß von 21 Prozent.

9. Die Glaserarbeiten an die Firma Josef Rankl's Witwe & Sohn, VIII., Lerchenfelderstraße 8, gegen einen Nachlaß von 17 Prozent als Bestbieter.

10. Die Tapeziererarbeiten an Karl Lüttge, II., Schiffamtsgasse 10, als Bestbieter gegen einen Nachlaß von 18 Prozent.

11. Die Terrazzoarbeiten an Albert Hammer, II., Pfeffergasse 1, als Bestbieter gegen einen Nachlaß von 9 Prozent.

12. Die Möbeltischlerarbeiten an die Firma Karl Walter's Nachfolger Julius Zielenicki, III., Hafengasse 20, gegen einen Nachlaß von 13 Prozent.

13. Die Lieferung der Schulbänke an Johann Küttag, XX., Wallensteinstraße 57, als Bestbieter gegen einen Nachlaß von 7 Prozent.

14. Die Lieferung der Turnsaaleinrichtung an J. Plaschkowitz, III., Hauptstraße 64, gegen einen Nachlaß von 6 Prozent.

Die Lieferung der Tonwaren wird neuerlich ausgeschrieben.

Das Offert der Ersten österr. Linoleumfabrik, I., Riemergasse 8, an Stelle des vorgesehenen Holz- oder Terrazzofußbodens Linoleumfußboden zu verwenden, wird abgelehnt.

(7924, M. A. XXII, 810.) St.-R. Braun referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Kassier des Armeninstitutes Simmering Eduard Trexler Edlen v. Lindenau und den Armenrat Georg Gey und beantragt, dem Erstgenannten die große goldene Salvator-Medaille, dem letztgenannten die goldene Salvator-Medaille in Anerkennung ihrer Verdienste um die öffent. Armenpflege zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12652, M. A. X, St. L. B., 275.) **Vize-Bürgermeister Dr. Porzer** referiert über die Deckung des Bedarfes von Waren und Materialien für die städtische Leichenbestattungs-Unternehmung und beantragt, den Magistratsrat Dr. Rauscher zu ermächtigen, von Punkt 13 des Stadtrats-Beschlusses vom 21. Juni 1907, Z. 647, wonach der Bedarf von Waren und Materialien von den mit der Entreprise des pompes funèbres und Concordia bisher in ständiger Geschäftsverbindung gestandenen Lieferanten zu decken ist, insofern abweichen zu dürfen, als dies behufs Erzielung günstigerer Preise, wobei natürlich die Qualität nicht leiden darf, notwendig ist. (Angenommen.)

(12686, M. A. X, 267.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über die Kreierung eine neuen Kategorie der Leichenkostenversicherung und beantragt, den Bericht der städtischen Leichenbestattungs-Unternehmung, demzufolge mit der Direktion der städtischen Kaiser Franz Josef Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt ein Übereinkommen auf Einführung einer neuen Kategorie mit einer monatlichen Prämie von 70 h getroffen wurde, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(12689, M. A. X, 266 St. L. B.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über das Ansuchen des Aufnahmebeamten der städtischen Leichenbestattung Heinrich Angerer um Belassung der Bezüge für die Dauer der Waffenübung und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen.)

(12651, M. A. X, 269 St. L. B.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über den Transport der Aufbahrungen und Mannschaften der städtischen Leichenbestattungs-Unternehmung und beantragt, die probeweise Benützung eines Automobiles der Kraftfahrzeug-Gesellschaft m. b. H. durch die städtische Leichenbestattung während 14 Tagen zu genehmigen; hiebei wird das an die Gesellschaft zu bezahlende Taggeld von 14 K, ferner der bei Überschreitung von 20 km zu vergütende Regiebeitrag von 50 h per Kilometer bewilligt. (Angenommen.)

(12727, M. A. X, 277 L. B.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über die Übergabe sämtlicher Leichenbegängnisse des Mesners der Votivkirche Alois Schwermacher an die städtische Leichenbestattung und beantragt:

Das Anerbieten des Mesners der Votivkirche Alois Schwermacher, sein Konduktansagergewerbe in Nichtbetrieb zu setzen und sämtliche bei ihm angemeldete Leichenbegängnisse der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" zu übergeben, wogegen ihm die bisher vertragsmäßig festgestellte klassenmäßige Quote auszuzubezahlen ist, wird genehmigt. (Angenommen.)

(12660, B. A. I, 40745.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über den Rekurs der Internationalen Transportgesellschaft

wider das Bezirksamts-Dekret vom 30. Juli 1907, Z. 18449, betreffend feuerpolizeiliche Übelstände im Hause I., Franz Josefskai 5, und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben.

(Angenommen.)

(12659, B. A. I, 11618.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über den Rekurs der Firma Spitzer, Koritschoner & Komp. wider das Bezirksamts-Dekret vom 13. Februar 1907, Z. 6590, betreffend feuerpolizeiliche Übelstände im Hause I., Heinrichsgasse 2, und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben.

(Angenommen.)

(12658, B. A. I, 16934.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über den Rekurs der Adele Weiß wider das Bezirksamts-Dekret vom 18. März 1907, Z. 12431, betreffend feuerpolizeiliche Übelstände im Hause I., Wipplingerstraße 18, und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(12724, B. A. IX, 27826.) **St.-R. Rain** referiert über die Entscheidung der Statthalterei, betreffend Erweiterung der Gasthauskonzession der Amalia Handschuh auf dem Standorte IX., Währingergürtel 88, und beantragt, gegen die Statthalterei-Entscheidung, mit welcher die Konzessionserweiterung bewilligt wurde, den Rekurs nicht zu ergreifen. (Angenommen.)

(12676, B. A. VIII, 12772.) St.-R. Rain referiert über elf Gesuche von Parteien aus dem VIII. Bezirke um Herabsetzung beziehungsweise Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebühren und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge.

(Angenommen.)

(12703, M. A. XIV, 5584.) St.-R. Rain referiert über das Ansuchen des Isidor Wünsch um Bestimmung der Schadloshaltung für den von der Realität IX., Van Swietengasse 6, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 57·23 m² und beantragt, die Schadloshaltung im Sinne des Magistrats-Antrages mit 45 K per Quadratmeter zu bestimmen.

(Angenommen.)

(12548, M. A. III, 5166.) St.-R. Rain referiert über einen Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund um Herstellung von eingefriedeten Spielplätzen auf dem Währingergürtel und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(12191, B. A., 38730.) St.-R. Rain referiert über den Rekurs der Anna Ruckerbauer gegen die Abweisung ihres Ansuchens um Tischaufstellung vor IX., Grünetorgasse 19 b, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(12054, M. A. XXII, 2627.) St.-R. Rain referiert über Reparaturen des Aufzuges im städtischen Hause IX., Hahngasse 8, und beantragt, diese Ausbesserungen mit dem Kostenbetrage von 3200 K zu bewilligen und die Ausführung dieser Arbeiten der Firma F. Wertheim & Komp. nach Maßgabe ihres Offertes zu übertragen. (Angenommen.)

(12709, M. A. XIV, 5755.) St.-R. Rain referiert über das Ansuchen des Rudolf Marek um Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau eines Wohnhauses auf der Realität im IX. Bezirke, Hahngasse 15, behufs Vergrößerung der Erker und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Magistrats-Antrages unter der Bedingung zu bestätigen, daß der Gesuchsteller als Entschädigung für die Zustimmung zur Vergrößerung der Erkeranlage mit einer Ausladefläche von 0·63 m² den Betrag von 40 K per Quadratmeter, d. i. zusammen den Betrag von 25 K vor Ausfertigung der Baubewilligung erlegt. (Angenommen.)

(12146, M. A. VIII, 2165.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über Remunerationen anläßlich der Rohrlegungsarbeiten nächst der ehemaligen Nußdorferlinie und beantragt, den bei obigen Rohrlegungsarbeiten in Verwendung gestandenen Bauamtsorganen, welche durch diese umfangreichen und schwierigen Herstellungen in ungewöhnlicher Weise in Anspruch genommen worden sind, Remunerationen im bedeckten Gesamtbetrage von 920 K zu bewilligen, welche Summe im Sinne des Bauamts-Antrages in folgender Weise aufzuteilen wäre:

Ober-Ingenieur Alois Schneider 500 K,
Bauadjunkt Eduard Ducker 300 K,
Wasserleitungsaufseher Franz Fink 60 K,
Wasserleitungsaufsehergehilfe Johann Hofmann 30 K,
Wasserleitungsaufsehergehilfe Johann Reichl 30 K.

(Angenommen.)

(12708, M. A. XIV, 5918) **St.-R. Rain** referiert über das Ansuchen des Josef Wünsch um Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau eines Wohnhauses auf der Realität im IX. Bezirke, Rögergasse 23, behufs Erkeranlage und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Magistrats-Antrages unter der Bedingung zu bestätigen, daß der Gesuchsteller als Entschädigung für die Zustimmung zur Erkeranlage mit einer Ausladefläche von 1·02 m² den Betrag von 90 K per Quadratmeter, d. i. zusammen den Betrag von 91 K 80 h vor Ausfertigung der Baubewilligung erlegt.

(Angenommen.)

(11951, M. A. III, 4162.) **St.-R. Hölzl** referiert über das Offert des Franz Schwach auf Verkauf der Liegenschaft XIX., Sieveringerstraße 249 und der Kat.-Parz. 24 und 184 Grundbuch Ober-Sievering an die Gemeinde und beantragt:

I. Die Gemeinde Wien erwirbt von Franz Schwach:

a) zu Straßenregulierungszwecken die Liegenschaft XIX., Sieveringerstraße 249, Einl.-Z. 220 Grundbuch Ober-Sievering, im Katastralausmaße von 507 m², wie sie liegt und steht, mit allen darauf befindlichen Baulichkeiten um den Kaufschilling von 15.000 K;

b) für Zwecke des Wald- und Wiesengürtels die Kat.-Parz. 24, Einl.-Z. 220 Grundbuch Ober-Sievering, per 1841 m² und die Kat.-Parz. 184, Einl.-Z. 9 Grundbuch Ober-Sievering, per 2528 m², wie sie liegen und stehen, und zwar das ersterwähnte Grundstück um den Einheitspreis von 1 K 20 h per Quadratmeter, das zweiterwähnte Grundstück um den Einheitspreis von 2 K 20 h per Quadratmeter.

Dieses Rechtsgeschäft wird unter folgenden Bedingungen abgeschlossen:

1. Sämtliche Kaufobjekte sind lastenfrei in den physischen Besitz der Gemeinde zu übergeben, mithin hat der Verkäufer auf seine Kosten die grundbücherliche Löschung der auf den beiden oberwähnten Einlagen haftenden Satzposten im Betrage von 1476 K 40 h, beziehungsweise 2000 K zu erwirken.

Ferner hat der Verkäufer bei sonstiger Rechtsunwirksamkeit dieses Kaufgeschäftes binnen drei Monaten nach Verständigung von der Genehmigung desselben die grundbücherliche Löschung der auf der Einlage 220 Grundbuch Ober-Sievering einverleibten Servitut des Fahrweges auf seine Kosten zu veranlassen.

2. Die Fechsung des Jahres 1907 aus dem auf der Kat.-Parz. 184 Ober-Sievering befindlichen Weingarten verbleibt dem Verkäufer.

3. Letzterer hat binnen acht Tagen nach Aufforderung die grundbücherliche Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung auf den oberwähnten Einlagen auf seine Kosten zu erwirken.

4. Der Kaufschilling ist bei Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde fällig.

5. Dieselbe trägt die Vertragskosten und Übertragungsgebühren.

II. Zur Deckung der aus dem Ankaufe der sub a angeführten Liegenschaft sich ergebenden Kosten wird ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses zur Ausgabs-Rubrik XXII 4 b bewilligt.

Die Erwerbungskosten der sub b angeführten Gründe sind vorschußweise aus dem Investitionsanlehen, und zwar aus dem für die Einlösung von Liegenschaften zu Straßenzwecken bestimmten Teilbetrage desselben zu bestreiten.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12576, M. A. IX, 3296.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen der Therese Mazal um Entschädigung für Reinigungsarbeiten im Schlachthause Nußdorf und beantragt, der Genannten für die Reinigung der Amtsräume im Schlachthause Nußdorf im Jahre 1906 und in den neun Monaten des Jahres 1907 eine Remuneration von 80 K und ab 1. Oktober 1907 eine monatliche Entlohnung von 6 K zuzuerkennen, (Angenommen.)

(12634, M. A. VI, 4481.) St.-R. Hölzl referiert über die Erweiterung des Materialdepots im XXI. Bezirke, Floridusgasse, und beantragt, die Erweiterung des Materialdepotplatzes im XXI. Bezirke, Floridusgasse, Herstellung eines Schupfens für Schneepflüge ꝛc. und Errichtung eines Werkzeugdepots für das Stadtgarten-Inspektorat daselbst im kurrenten Wege nach dem vorliegenden Projekte mit dem Gesamtkostenbetrage von 4050 K zu genehmigen und vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der bezüglichen Bau-Kommission den Baukonsens zu erteilen. (Angenommen.)

(7671, 11922, M. A. III, 213.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen des A. Pürcher, E. Bejček und J. Chybna um Entschädigung anläßlich der Räumung ihrer Bestandgründe Ecke der Silber- und Pfarrwiesengasse im XIX. Bezirke und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(12551, M. A. III, 3866.) St.-R. Hölzl referiert über die Instandsetzung der Glashäuser im Wertheimsteinparke im XIX. Bezirke und beantragt:

1. Das Projekt für die Einrichtung einer Warmwasserheizung mit Koksfeuerung im großen Wintergartenhause und für die gründliche Instandsetzung der bestehenden Kanalheizung bei den übrigen fünf Glashäusern im Wertheimsteinpark im XIX. Bezirke, sowie die Herstellung von Wasserausläufen in allen diesen Glashäusern wird gemäß den Anträgen der Lokalaugenscheins-Kommission vom 13. September 1907 mit einem Kostenbetrage von 19.000 K, welcher zur Deckung auf den Reservefond verwiesen wird, genehmigt.

2. Die Herstellung der Warmwasserheizung wird der Firma J. L. Bacon, V., Schönbrunnerstraße 34, zu den im eigenen Kostenanschlage eingestellten Einheitspreisen übertragen. Die übrigen Arbeiten sind vom Stadtbauamte im kurrenten Wege sofort vorzunehmen. Für die Bewässerung der Glashäuser wird eine tägliche Wassermenge von 30 hl aus der Hochquellenleitung während des ganzen Jahres bewilligt. (Angenommen.)

(12647, M. A. X, 4615.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen des Raphael de Pone um Grabrenovation des eigenen Grabes Gruppe III, Reihe 4, Nr. 11 im Ober-Döblinger Friedhofe und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(12569, M. A. VI, 3865.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen des Peter und der Emma Leimer, XIX., Kobenzlgasse 35, um Schadenersatz anläßlich der Wetterkatastrophe vom 17. Juli 1907 und beantragt:

Der Stadtrat wolle die von den Eheleuten Peter und Emma Leimer erhobenen Ersatzansprüche als rechtlich nicht begründet abweisen und für den Fall, daß die Partei den Klagsweg betreten sollte, den Stadtanwalt Dr. Robert Swoboda mit der Vertretung der Gemeinde Wien in dieser Angelegenheit betrauen.

(Angenommen.)

(12517, B. A. XIX, 16506.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen des Karl Wöginger um Pachtung der Parzellen 203/1, 203/2 ꝛc. und beantragt, die der Gemeinde gehörigen Kat.-Parz. 203/1, 203/2, 190/1, 190/2, 198/1, 198/2, 197/1 und 197/2 im Grundbuche Ober-Sievering inneliegend dem Karl Wöginger, Fuhrwerksbesitzer, XIX., Sieveringerstraße 233, gegen einen jährlichen Pachtzins per 50 K und gegen beiderseitige halbjährige Kündigung ab 1. Oktober 1907 in Bestand zu geben.

Der Pachtzins ist ganzjährig im vorhinein zu entrichten.

(Angenommen.)

(2497, M. A. XXII, 3236.) St.-R. Hölzl referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Armenrat des XIX. Bezirkes Josef Konopatsch und beantragt, dem Genannten in Anerkennung seiner langjährigen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvatormedaille zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(Bürgermeister Dr. Lueger erscheint in der Sitzung und wird aufs lebhafteste begrüßt.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer gibt namens des Stadtrates der lebhaften Freude darüber Ausdruck, daß der Herr Bürgermeister wieder so frisch und gekräftigt in seiner Mitte erschienen ist.

(12554, M. A. III, 3831.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über die Aufstellung von Futterkrippen, Futterstadeln und Kastanienhütten für die Hochwildfütterung in der Lobau am Königshaufen und beantragt:

1. Die Aufstellung eines neuen Futterstadels in der Verlängerung des schon dort bestehenden im Mitterhaufen IV 22, sowie die Aufstellung einer Kastanienhütte neben dem Futterstadel im Muckirchen Grund III, Wiese 157 werden unter den für die Aufstellung dieser Futterstadeln bestehenden Bedingungen genehmigt.

2. Die Aufstellung je einer Doppelfutterkrippe mit angebauten Flugdächern im Königshaufen VII 7, Kat.-Parz. 137/1 und Zeinetwiese Kat.-Parz. 283 werden genehmigt gegen Zahlung eines jährlichen Anerkennungszinses von je 2 K und Abräumung innerhalb sechs Wochen, sollte der Grund zu anderen Zwecken verwendet werden, konform wie bei den bestehenden Futterstadeln.

(Angenommen.)

(12700, M. A. V, 2020.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Bau einer Desinfektionsanlage der Staatseisenbahngesellschaft in der Station Süßenbrunn und beantragt, gegen das vorliegende Projekt unter den in der Verhandlungsschrift vom 16. September 1907 niedergelegten Bedingungen keine Einwendung zu erheben.

(Angenommen.)

(12672, M. A. VIII, 2266.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Kreuzung der Wiener Hochquellenleitung durch das Wasserleitungsrohr der Papierfabrik Schlöglmühl und beantragt, diese Kreuzung unter folgenden Bedingungen zu gestatten:

1. Die Höhenlage der Konstruktion hat mindestens 40 cm über dem Kanalgewölbe zu betragen.

2. Je 3 m rechts and links von der Kanalachse ist ein Betonflöz von 35 cm Breite und 15 cm Dicke als Unterlage des Rohres herzustellen.

3. Das Wasserleitungsrohr ist in ein Schutzrohr (Gußeisen) einzuziehen und zur halben Höhe einzubetonieren.

4. Für die Gestattung dieser Herstellung ist von der k. k. priv. Papierfabrik Schlöglmühl ein Anerkennungszins per 1 K jährlich zu entrichten und hat die Gesuchstellerin ausdrücklich anzuerkennen, daß sie für jeden Schaden, welcher aus der Herstellung, dem Bestande und Betriebe ihrer Wasserleitung dem Hochquellenleitungskanale erwachsen sollten, haftbar ist, wogegen die Gemeinde Wien für etwaige Beschädigungen des Wasserleitungsrohres der Papierfabrik Schlöglmühl anläßlich von Herstellungen im Hochquellenleitungskanale keinen Ersatz leistet. (Angenommen.)

(12719, M. A. XVIII, 3929.) **St.-R. Hoß** referiert über das Ansuchen der Anna Krauß um Witwenrente nach dem städtischen Brückenwagmeister Karl Krauß und beantragt, der Witwe nach dem am 10. März 1907 verstorbenen städtischen Brückenwagmeister Karl Krauß, Namens Anna Krauß, geb. Skoda, für die Dauer des Witwenstandes eine 20prozentige Rente, d. i. jährlich 218 K 40 h und dem ehelichen Kinde Barbara Walpurga Krauß, geboren am 12. März 1901, bis zum zurückgelegten 15. Lebensjahre eine 15prozentige Rente, d. i. jährlich 163 K 80 h vom Todestage, d. i. vom 10. März 1907 angefangen, auszufolgen. (Angenommen.)

(12690, M. A. X, 5660.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Karl Patuschka um Altersnachsicht für die Stelle eines Sanitätskutschers und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(12685, M. A. IX, 2895.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen der Reinigungsfrau auf dem Zentral-Fischmarkte im I. Bezirke, Amalia Diwock, um Lohnaufbesserung und beantragt:

Amalia Diwock wird nebst der Aufsicht und Reinigung der Aborte auf dem Fischmarkte im I. Bezirke auch mit der Reinigung und Beheizung der Amtsräume daselbst betraut und ihr hiefür unter Einstellung der bisherigen Monatszulage von 20 K ein Taggeld von 2 K bewilligt. (Angenommen.)

(12667, M. A. VII, 1049.) St.-R. Hoß referiert über Kanalbauten in der Leopoldauerstraße, Kantnergasse und Brünnerstraße im XXI. Bezirke und beantragt:

1. Das vorliegende Projekt für den Neubau von Hauptunratskanälen in der Leopoldauerstraße von der Brünnerstraße bis Konstr.-Nr. 347 der Kantnergasse, von der Leopoldauer- bis zur Klagerstraße und der Brünnerstraße vor Or.-Nr. 33 im XXI. Bezirke mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenerfordernisse von 21.700 K wird genehmigt.

2. Das Anerbieten einer Anzahl von Realitätenbesitzern in der Leopoldauerstraße und Kantnergasse auf eine freiwillige Beitragsleistung von insgesamt 3350 K zu den Kosten dieser Kanalherstellungen, welche bis 31. Dezember 1907 vollendet sein müssen, wird angenommen.

3. Die Erd- und Baumeisterarbeiten für das gegenständliche Kanalisierungsprojekt werden der Betonbau-Unternehmung H. Rella & Komp., VIII., Buchfeldgasse 19, auf Grund ihres vorliegenden Offertes gegen einen Nachlaß von 20·7 Prozent von den Einheitspreisen des Kostenanschlages übertragen. (Angenommen.)

(12693, M. A. X, 4339.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Johann Steiner, Sanitätsdieners, um Einrechnung der Dienstzeit und beantragt:

Dem am 15. Juni 1907 zum Sanitätsdiener ernannten Sanitätskutscher Johann Steiner wird mit Rücksicht auf seine tadellose Qualifikation und den Umstand, daß er als Sanitätsdiener bereits vollkommen ausgebildet ist, unter Anrechnung der bisher vollstreckten Dienstzeit vom Tage der Bestellung an der höhere Monatslohn von 120 K angewiesen. Die weiteren Quinquennien sind so zu berechnen, als ob ihm dieser Lohn am 6. Februar 1904 zugefallen wäre. (Angenommen.)

(12510, M. A. XVIII, 2627.) St.-R. Hoß referiert über einen tötlichen Unfall des Filz Clemente beim Baue der II. Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung und beantragt, der Witwe des Filz Clemente eine 15·38prozentige Rente mit dem Betrage von monatlich 18 K 67 h und den drei Kindern monatlich je 14 K 1 h als 11·54prozentige Rente im Sinne der Bestimmungen über die Unfallsfürsorge für städtische Bedienstete vom Todestage des Verunglückten angefangen, d. i. vom 7. Mai 1907 an, zu erfolgen. (Angenommen.)

(12629, B. A. XX, 25401.) St.-R. Hoß referiert über den Rekurs des Franz Protiwa gegen die vom Bezirksamte erfolgte Abweisung des Ansuchens um Zins- und Schulhellerabschreibung und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(12587, St. E. W., 14307.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Praktikanten Leopold Schlarbaum um Urlaub zur Ableistung des Einjährig-Freiwilligenjahres und beantragt, den Urlaub vom 1. Oktober 1907 an gegen Einstellung seiner Bezüge auf die Dauer eines Jahres zu bewilligen. (Angenommen.)

(12189, M. A., 2250.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Maschinisten im Neuen Rathause Adalbert Philippi um Übersiedlungsbeitrag und Entschädigung für Beheizung und

Beleuchtung und beantragt, demselben anläßlich der Übersiedlung aus seiner Naturalwohnung im Neuen Rathause einen Übersiedlungsbeitrag von 52 K zu bewilligen.

Das Ansuchen um Gewährung einer Entschädigung für die mit seiner Naturalwohnung verbundenen Berechtigung zum freien Bezuge der Beleuchtung und Beheizung wird abgelehnt.

(Angenommen.)

(12237, M. A. IV, 5.) St.-R. Hoß referiert über die Erbauung eines Depots für die Freiwillige Feuerwehr Aspern an der Donau und beantragt:

1. Der Bau eines Depot- und Wachgebäudes für die Freiwillige Feuerwehr Aspern mit einem veranschlagten Kostenerfordernisse von 42.600 K wird genehmigt und als Bauplatz der an der Feldgasse in Aspern gelegene Teil der Realität Or.-Nr. 77 Hauptstraße bestimmt; die Ausfahrtsfront in der Feldgasse wird nach dem Vorschlage des Stadtbauamtes in die Linie A B des vorgelegten Planes gestellt.

2. Zur Deckung des Kostenerfordernisses wird zur Ausgabs-Rubrik XX 14 ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt.

3. Für diesen Bau wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung der Baukonsens erteilt.

4. Die Arbeiten unter dem Betrage von 2000 K sind durch die Ersteher der kurrenten Arbeiten für den XXI. Bezirk auszuführen, für die Vergebung aller übrigen Arbeiten ist eine öffentliche Offertverhandlung auszuschreiben.

(Angenommen; Punkte 1 bis 3 an den Gemeinderat.)

(12674, M. A. VIII, 29.) **St.-R. Weitmann** referiert über die Kassierung beziehungsweise Auswechslung des Auslaufbrunnens IV., Heumühlgasse und beantragt, die Entfernung des Auslaufbrunnens, IV., Heumühlgasse, Ecke der Margaretenstraße und die Aufstellung desselben im Rubensparke im IV. Bezirke an Stelle des derzeit dort befindlichen bereits schadhaften Brunnens mit dem bedeckten Erfordernisse von 120 K zu genehmigen.

(Angenommen.)

(12669, M. A. VIII, 2544.) St.-R. Weitmann referiert über das Ansuchen des Leopold Schwarzmann um Überlassung alter Bespritzungsschläuche und beantragt, dem Genannten 50 m ausgemusterter Bespritzungsschläuche zum Preise von 2 K 50 h per Meter zu überlassen. (Angenommen.)

(12670, M. A. VIII, 2593.) St.-R. Weitmann referiert über die Einbauung des Sturzklosetts „Rasant" der Firma Kutschera in die städtische Wasserleitung und beantragt, auf Grund der am 13. September 1907 mit günstigem Erfolge vorgenommenen Prüfung die Erbauung des von der Firma Franz Kutschera konstruierten Sturzklosetts „Rasant" im Anschlusse an die städtische Wasserleitung auf Widerruf unter den üblichen Bedingungen zu gestatten.

(Angenommen.)

(12705, M. A. XIV, 5654.) **St.-R. Brzezowsky** referiert über das Ansuchen des Ferdinand Erm und Rud. Egger v. Möllwald um Grundabtretung beziehungsweise Zuschreibung, betreffend Einl.-Z. 1309 Wieden, und beantragt:

Die Abtrennung des in den Plänen mit a n o p (rot) a umschriebenen Teiles von der Liegenschaft Einl.-Z. 1309 des Grundbuches Wieden behufs Vereinigung dieses Grundteiles mit der Liegenschaft Einl.-Z. 1310 desselben Grundbuches zu bewilligen, ferner zuzustimmen, daß diese Vereinigung ohne Mitübertragung der auf Einl.-Z. 1309 zugunsten der Gemeinde haftenden Reallast erfolge, und die Ausstellung der erforderlichen Freilassungserklärung auf Kosten der Partei zu genehmigen. (Angenommen.)

(12737, M. A. XIII, 2522.) **St.-R. Wessely** referiert über die Persolvierung der J. L. Meyer'schen Stiftung für drei bedürftige Gewerbsleute im Jahre 1907 und beantragt, je einen Betrag von 89 K zu bewilligen an Vinzenz Ondra, Wenzel Pokorny und Johann Tesar. (Angenommen.)

(12650, M. A. XIX, 1800.) **St.-R. Hoß** referiert über das Ansuchen des Johann Kratzel, städtischen Mahnboten II. Bezugsklasse, um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt:

Auf Grund des § 111, Absatz 1, beziehungsweise § 119, Punkt 2 der Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien: Versetzung in den bleibenden Ruhestand von Amtswegen, und

Bemessung des Ruhegehaltes mit zusammen 1246 K.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Mitgliedern angenommen.)

(10347, M. A. XIV, 2286.) **St.-R. Schneider** referiert über das Ansuchen der Firma C. M. Chwalla's Söhne um Parzellierung der Einl.-Z. 2183, 2184, und 2185 des II. Bezirkes und um Reallastlöschung und beantragt:

1. Die Abteilung der in eine Grundbuchs-Einlage zu vereinigenden Liegenschaften Einl.-Z. 2183, 2184 und 2185 Grundbuch Leopoldstadt nach Maßgabe der durch Auflassung der ursprünglich eingezeichneten Trennungslinie f g h i (rot) richtig gestellten Pläne auf einen Baublock Figur a (rot) K M L e a (rot) und auf Straßengrund als Parzellierung im Sinne des § 3 lit. u W.-B.-O. der in der Augenscheinsaufnahme 1. Juni 1907 festgesetzten Bedingungen 1 bis 2 wird bewilligt.

Von der in dieser Aufnahmeschrift vorgeschlagenen Bedingung 3 wird abgesehen, da der zur Ergänzung der 7450 m² messenden Baustelle nur ein Grundteil von 0·35 m² fehlt und wegen dieses Umstandes die Baustelle nicht als unverbaubar angesehen werden kann, vielmehr an dieser Stelle nur eine Vorrückung nach § 9 der Bauordnung zu erfolgen haben wird, bezüglich deren das übliche Verfahren einzuhalten sein wird.

2. Die Ausstellung einer Löschungs-Erklärung über die auf der Einl.-Z. 2183, 2184 und 2185 Leopoldstadt haftenden Enteignungs-Anmerkungen, ferner über die auf der Einl.-Z. 2184 auf Grund des Reverses von 21. September 1881 haftenden Verpflichtung zur Abtragung eines Schupfens, gegen Kostenersatz wird genehmigt.

Zur Löschung des auf der Einl.-Z. 2212 haftenden Eigentums-Anmerkung der Gemeinde Wien liegt kein Grund vor, da ein diesbezügliches Ansuchen seitens der Partei nicht gestellt wurde.

(Angenommen.)

(12741, St. E. W., 9417.) St.-R. Schneider referiert über das Ansuchen der Vereinigten Elektrizitäts-Aktiengesellschaft um tauschweise Überlassung von sieben Rohrmasten und beantragt, die angesuchten 7 Stück Rohrmaste samt Zierringen und Mastkappen unter folgenden Bedingungen aus dem Vorrate der städtischen Straßenbahnen abzugeben:

1. die Gesellschaft hat den städtischen Straßenbahnen als Gegenleistung binnen längstens zehn Wochen nach Erhalt der Maste sieben neue, tadellose Maste der gleichen Art und Größe samt Zierringen und Mastkappen zu liefern;

2. die Verladung und den Transport der alten und der neuen Maste, und zwar der letzteren zu dem von der Straßenbahn-Direktion zu bestimmenden Ablieferungsorte, sowie die Abladung und Lagerung der Maste an diesem Orte aus eigenem zu bestreiten, und

3. für jeden Tag, um welchen mit der Lieferung der neuen Maste der obige Termin überschritten wird, eine Vertragsstrafe von 1 K per Mast zu leisten. (Angenommen.)

(12681, M. A. III, 4035.) **St.-R. Brauneiß** referiert über die Abtragung des städtischen Hauses XIV., Mariahilferstraße 223, und beantragt die Demolierung dieses Hauses dem Franz Kieslinger XIII., Tuergasse 13, gegen eine Aufzahlung von 525 K an die Gemeinde und unter den Bedingungen der der Offertverhandlung zugrunde gelegenen Demolierungsvorschrift zu übertragen. (Angenommen.)

(12715, M. A. XV, 7392.) **St.-R. Straßer** referiert über die Vergebung der Arbeiten für die Wasserleitungs- und Kesseleinrichtung beim Schulhausbau XX., Allerheiligenplatz, und beantragt, diese Arbeiten an die Firma Maluschek & Komp. gegen den angebotenen Nachlaß von 19 Prozent von den Kostenanschlagspreisen zu übertragen. (Angenommen.)

(12728, B. A. XXI, 20530.) **St.-R. Knoll** referiert über das Ansuchen des Joh. Stumvoll um Baubewilligung XXI., Friedhofsstraße 10, Jedlesee, und beantragt:

Die vom Bezirksamte zu erteilende Baubewilligung unter der Bedingung zu bestätigen, daß der Bauwerber im Baukonsense verpflichtet wird, diese Baulichkeiten über jederzeitige Aufforderung der Gemeinde Wien ohne jedweden Anspruch auf Ersatz zu demolieren. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Rekrutenkontingentsabrechnung.

Vom Wiener Magistrate wird unterm 24. September 1907, M.-Abt. XVI, 8947/07, Nachstehendes verlautbart:

Auf Grund der durchgeführten Rekrutenkontingentsabrechnung beträgt für den politischen Bezirk Wien das Rekrutenkontingent des Heeres 1859 Mann, jenes der Landwehr 558 Mann.

Die Los-Nr. 6571 des Geburtsjahres 1886 bildet die definitive Abschlußnummer des Rekrutenkontingentes des Heeres, die Los-Nr. 3837 des Geburtsjahres 1885 bildet die definitive Abschlußnummer des Rekrutenkontingents der Landwehr.

Die nach Deckung der beiden Rekrutenkontingente noch verbleibenden mit Vorbehalt der Widmung und der Einteilung Assentierten gelangen als Überzählige in die Ersatzreserve und bildet die Los-Nr. 2662 des Geburtsjahrganges 1884 die Abschlußnummer der Ersatzreserve des Heeres.

In die Ersatzreserve des Heeres gelangen die Los-Nrn. 3850 bis 8447 des Geburtsjahrganges 1885 und die Los-Nrn. 18 bis 2662 des Geburtsjahrganges 1884.

In die Ersatzreserve der Landwehr gelangen die Los-Nrn. 2688 bis 7762 des Geburtsjahrganges 1884.

Hievon geschieht im Sinne der Bestimmungen des § 133 : 5 W. V. I. Teil, die Verlautbarung.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 22. bis 28. September 1907.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	331.464 kg	Und zwar aus:	
		Wien	242.872 kg
		dem sonst. Niederösterreich	14.843 „
		Oberösterreich	2.614 „
		Steiermark	146 „
		Mähren	9.797 „
		Galizien	59.620 „
		Ungarn	1.572 „
Kalbfleisch	7834 kg	Und zwar aus:	
		Wien	2.491 kg
		dem sonst. Niederösterreich	88 „
		Oberösterreich	16 „
		Mähren	64 „
		Galizien	5.077 „
		Ungarn	98 „
Schaffleisch	24.024 kg	Und zwar aus:	
		Wien	60 kg
		dem sonst. Niederösterreich	15 „
		Galizien	23.037 „
		Ungarn	912 „
Schweinfleisch	174.252 kg	Und zwar aus:	
		Wien	94.499 kg
		dem sonst. Niederösterreich	1.409 „
		Ober-Österreich	165 „
		Böhmen	1.086 „
		Mähren	2.288 „
		Galizien	42.833 „
		Ungarn	25.889 „
		Kroatien	6.083 „
Kälber	1.986 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	683 St.
		dem sonst. Niederösterreich	59 „
		Oberösterreich	2 „
		Steiermark	6 „
		Mähren	116 „
		Galizien	1.076 „
		Ungarn	44 „
Schafe	249 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	128 St.
		dem sonst. Niederösterreich	35 „
		Galizien	86 „
Schweine	585 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	390 St.
		dem sonst. Niederösterreich	10 „
		Mähren	15 „
		Galizien	151 „
		Ungarn	19 „

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch	von K	—·68	bis	1·84	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ „	1·40	„	2·20	„ „
Kalbfleisch		„ „	—·88	„	1·72	„ „
Schaffleisch		„ „	—·64	„	1·36	„ „
Schweinfleisch		„ „	1·24	„	1·76	„ „
Kälber		„ „	—·92	„	1·50	„ „
Schafe		„ „	—·92	„	1·20	„ „
Schweine		„ „	1·08	„	1·46	„ „

Die Zufuhr an Fleischwaren war stärker als in der Vorwoche und war die Kauflust wegen Monatsschlusses ziemlich flau; Rindfleisch wurde um 4 h per Kilogramm billiger gehandelt und konnten Kälber, Schafe, Kalbfleisch und Schweinfleisch nur schwer vorwöchentliche Preise behaupten. Schweine und Schweinfleisch ermäßigten sich gegen Wochenende um 4 bis 6 h unter dem Drucke der ungarischen Zufuhren. Galizische Ware war gegen Schluß der Berichtszeit weniger gefragt. Per Bahn langten 93 Waggons mit 212·2 Tonnen Fleischwaren, von der I. Wiener Großschlächterei-Aktiengesellschaft 13.892 kg Rindfleisch, 54 kg Selchfleisch und 12 Kälber ein.

* * *

Pferdemarkt vom 27. September 1907.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 328 Pferde.

119 Schlachtpferde und 209 Gebrauchspferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 160 bis 900 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 80 „ 150 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 30. September 1907

(einschließlich des Kontumazmarktes vom 28. September 1907).

1. Gesamtauftrieb: 5032 Stück, und zwar:

Mastvieh	3172 Stück
Weidevieh	790 „
Beinlvieh	1070 „
Darunter unverkaufter Rest von dem vorwöchentlichen Donnerstagmarkte	231 „

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	3624 Stück	Kühe	472 Stück
Stiere	871 „	Büffel	65 „

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	3932 Stück
„ Galizien und der Bukowina	369 „
„ dem sonstigen Österreich	731 „
„ dem Auslande (Italien)	— „

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht.

Aus und über Ungarn:

Ochsen	I. Qualität . .	von	74	bis	100 K	(extrem bis 106 K)
„	II. „ . .	„	63	„	91	„
„	III. „ . .	„	58	„	70	„

Aus und über Galizien:

Ochsen	I. Qualität . .	von	—	bis	— K	(extrem bis — K)
„	II. „ . .	„	75	„	82	„
„	III. „ . .	„	66	„	74	„

Aus anderen Ländern:

Ochsen	I. Qualität . .	von	91	bis	100 K	(extrem bis 103 K)
„	II. „ . .	„	76	„	89	„
„	III. „ . .	„	64	„	74	„
Stiere		„	63	„	78	„ („ „ 84 „)
Kühe		„	58	„	70	„ („ „ 89 „)

Aus und über Ungarn:

Weidevieh		von	46	bis	68 K	(extrem bis — K)

Aus und über Galizien:

Weidevieh		von	60	bis	64 K	(extrem bis — K)
Büffel		„	48	„	56	„ („ „ 64 „)
Beinlvieh		„	44	„	64	„

b) Preis per Stück.

Beinlvieh . . . . . von 91 bis 200 K.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts verkauft.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	3813 Stück
„ „ „ auswärts	877 „
Unverkauft blieben	342 „
Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden in der Woche vom 22. bis 28. September 1907 für Wien angekauft	505 „

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 116 Stück weniger aufgetrieben.

Auf dem heutigen Rindermarkte waren im Vergleiche zum Montagsmarkte um 116 Stück weniger aufgetrieben. Bei sehr flauem Geschäftsverkehre wurden Prima-Stallmastsorten im Vergleiche zur Vorwoche um 1 bis 2 K, mittlere und mindere Sorten um 3 bis 4 K per Meterzentner billiger gehandelt. Weidevieh wurde um 3 bis 4 K billiger abverkauft.

Stiere und Beinlvieh konnten die Preise der Vorwoche behaupten.

* * *

Heu- und Strohmarkt in Wien.

Vom 22. bis 28. September 1907.

Niederösterr. Bergheu	. .	von K	5·60	bis	10·—	per 100 kg
„ Wiesenheu	. .	„ „	5·60	„	8·60	„ „ „
Slovakisches Heu		„ „	6·80	„	8·20	„ „ „
Ungarisches Heu		„ „	6·—	„	7·20	„ „ „
Klee		„ „	6·80	„	10·—	„ „ „
Schaubstroh		„ „	5·20	„	6·40	„ „ „
„		„ „	16·—	„	24·—	per Schober
Rüttstroh		„ „	—·—	„	5·10	per 100 kg.

* * *

Detailpreise für Lebensmittel.

Ausweis über die Preise nachbenannter Artikel in der Woche vom 22. bis 28. September 1907.

Artikel	Menge	Preise von K	von h	bis K	bis h
Weizengrieß	1 kg		32		40
Auszugmehl	"		32		40
Mundmehl	"		28		36
Semmelmehl	"		24		32
Pohlmehl	"		20		28
Futtermehl	100 kg	14	60	21	20
Kaisersemmel à 4 h 1 St.	3·2 bis 6·2 dkg	—	—	—	—
Mundsemmel „ 4 „ „	5·0 bis 8·5 dkg	—	—	—	—
„ „ 2 „ „	2·4 bis 5·0 dkg	—	—	—	—
Weißes Brot	1 kg	—	—	—	—
Weißgemischtes Brot	"	21	3	39	8
Schwarzgemischtes Brot	"	19	5	34	5
Schwarzes Brot	"	21	6	29	5
Erbsen, ganz	1 kg		28		50
„ gespalten	"		36		72
Linsen	"		72	1	02
Bohnen	"		28		60
Hirse	"		32		48
Rollgerste	"		40		70
Reis	"		38		76
Kaffee, roh	"	2	32	5	
„ gebrannt	"	2	80	5	60
Kakao	"	5	80	10	
Schokolade	"	2	80	6	
Tee	"	6	20	20	
Zucker	"		68		82
Honig	"	1	20	3	20
Bohnen, grün	1 kg		20		80
Erbsen, grün, in Schoten	"		28		60
Paradiesäpfel	"		12		28
Kohl, grün	30 St.		60	1	60
„ „	1 „		4		10
Kohlrüben	30 „		40	1	
„	1 „		4		8
„	30 „				
„	1 „				
Kraut, weißes	30 „		60	3	
„	1 „		4		20
Salat, in Häupteln	30 „		60	1	20
„ „	1 „		4		20
Spinat	1 kg		50		80
Rüben, weiß	1 St.		2		8
„ gelb	"		2		8
„ rot	"		2		10
Sauerkraut	1 kg		20		24
Sauere Rüben	"				
Knoblauch	"		40		60
Zwiebel	"		14		28
Erdäpfel, vorjährige	100 kg				
„ „	1 „				
„ heurige	100 „	6		14	
„ „	1 „		7		18
„ Kipfel, vorjährige	100 „				
„ „ „	1 „				
„ „ heurige	100 „	12		16	
„ „ „	1 „		14		22
Rindsfilz	1 kg		70	1	30
Rindschmalz	"	2		3	20
Schweinfilz	1 kg	1	60	2	
Schweinschmalz	"	1	60	1	84
Schweinspeck	"	1	40	2	
Unschlitt, geschmolzen	"		94	1	28
Milch	1 l		24		32
Rahm	"		80	2	
Topfen	1 kg		30		80
Butter	"	2		3	20
Margarine	"	1	68	2	
Eier, frische um 2 K	28–32 St.	—	—	—	—
„ eingelegte um 2 K	—	—	—	—	—
Barben	1 kg	1	20	1	60
Brachsen	"	1		1	40
Forellen	"	6		11	
Hechte, lebend	"	2		3	20
„ tot	"	1		2	
Karpfen, lebend	"	2		2	40
„ tot	"		80	2	
Lachse	"				
Schaiden	"				
Schille	"	1	60	3	60
Sterlette	"				
Stockfische	"				
Schellfische	"		56	1	30
Weißfische	"		60	1	
Krebse	1 St.		8		80
Huhn, junges, geputzt	1 St.	1		1	60
Masthuhn, geputzt	"	1	80	2	40
Poulard	"	2	80	4	
„ steir.	1 kg	2	40	3	20
Kapaun	1 St.				
„ steir.	"				
Ente	"	2	40	4	
Gans	"	4		7	
Indian	"				
Taube	"		40		80
Fasan	1 St.	3		5	
Rebhuhn	"		80	2	
Wildente	"	2		3	
Wildgans	"				
Hase	"	2	20	4	
Hirschfleisch	1 kg		80	2	
Rehfleisch	"		60	2	
Schwarzwild	"				

Fleischpreise in Wien per Kilogramm in Hellern

Fleischgattungen	Detailpreise (mit Zuwage) Bei den Ständen mit Preisbeschränkung beim Ochsenfleische von	bis	In den Markthallen von	bis	In den Bänken der Fleischhauer und Fleischverschleißer von	bis
Rindfleisch, vorderes	100	160	120	170	100	180
Rindfleisch, hinteres	120	190	148	210	120	220
Kalbfleisch	96	240	120	250	100	280
Schaffleisch	64	180	80	176	80	200
Schweinfleisch	150	220	162	220	126	260
Pferdefleisch, vorderes					68	104
Pferdefleisch, hinteres					80	120

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 28. September 1907.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 76—82 kg)	von	10	K	80	h	bis	12 K	30 h
Roggen („ „ 1 „ 69—75 „)	„	9	„	65	„	„	10 „	10 „
Gerste	„	7	„	75	„	„	10 „	60 „
Mais	„	7	„	20	„	„	8 „	15 „
Hafer	„	8	„	—	„	„	8 „	70 „

(per 50 Kilogramm).

b) Mahlprodukte.

Grieß	von	17	K	40	h	bis	18 K	65 h
Weizenmehl, neue Type	„	13	„	—	„	„	18 „	30 „
Futtermehl	„	7	„	30	„	„	10 „	60 „
Roggenmehl	„	12	„	25	„	„	16 „	50 „
Weizenkleie	„	6	„	25	„	„	6 „	45 „
Roggenkleie	„	6	„	85	„	„	6 „	95 „

(per 50 Kilogramm).

* * *

Städtisches Lagerhaus.

Vom 19. bis 26. September 1907.

Waren eingelagert . . . . . 45.769 Meterzentner
„ ausgelagert . . . . . 46.354 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 15.354 Meterzentner.

Lagerstand vom 26. September 1907 277.035 Meterzentner, und zwar:

19.384	Meterzentner	Weizen,	15.482	Meterzentner	Roggen,
32.168	„	Gerste,	30.666	„	Hafer,
64.141	„	Mais,	832	„	Linsen,
57.104	„	Mehl und Kleie,	4.323	„	Ölsaaten,
107	„	Zucker,	1.293	„	Wein,

— Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Assekuranzwert dieser Waren stellte sich auf 5,437.900 K.

Baubewegung

vom 27. bis 30. September 1907.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

IX. Bezirk: Haus, Badgasse 23, von Karl Weißhaar, Bauführer Ad. Slaby (6958).
XVI. Bezirk: Magazin, Ottakringerstraße 171, von Robert Kantor, ebenda, Bauführer Franz Bock (58027).
„ „ Schupfen, Odoakergasse, Kat.-Parz. 773/15, 772/36, Einl.-Z. 2158, 3298, von Werner & Pfleiderer, ebenda, Bauführer Leopold Roth (59161).
„ „ Wohnhaus, Sandleitengasse, im Zuge der Effingergasse, von Laurenz Dobek, XVII., Taubergasse 37, Bauführer Josef Gibisch (59164).
XIX. Bezirk: Unter-Sievering, Einl.-Z. 43, Sieveringerstraße 107, von Severin Tesar, V., Laurenzgasse 11, Bauführer Ernst Epstein, Baumeister (21402).

Zubauten.

XI. Bezirk: Hoftrakt, Simmering, 6. Landengasse 52, von Karl und Anna Swatosch, 4. Landengasse 24, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (18980).
„ „ Wagenremise, Simmering, Dorfgasse 40, von Th. & G. Meichl, ebenda, Bauführer Anton Kurz, Baumeister (18982).
XV. Bezirk: Fünfhaus, Haidmannsgasse 4, von Heinrich Stagl (20926).
XIX. Bezirk: Unter-Sievering, Einl.-Z. 157, Sieveringerstraße 110, von Leopold Hölzl, ebenda, Bauführer Adolf Micheroli, Baumeister (21150).

Umbauten.

XIV. Bezirk: Magazinsgebäude, Diefenbachgasse 33, von Ernst Straßer, Handschuhlederfabrik, ebenda, Bauführer Wilhelm Junk (38740).

Adaptierungen.

II. Bezirk: Kleine Mohrengasse 3, von Ad. Kaufmann, Bauführer Barak & Czada (6964).
IX. Bezirk: Nußdorferstraße 73, von Josef Kell, Bauführer K. Marauschek (7032).
XIV. Bezirk: Dreihausgasse 31 b, von Karoline Wissing, Bauführer Edmund Schwarzer (38904).
XV. Bezirk: Fünfhaus, Pelzgasse 20, von Dr. Ludwig Feigl, Mariahilferstraße 142, als Zwangsverwalter des Hauses Pelzgasse 20 (21102).
XVI. Bezirk: Ottakringerstraße 186, von Lorenz Radl, Bauführer Franz Ferenda (55294).
„ „ Ottakringerstraße 158, von Alois Herda, Bauführer Karl Bittmann (56141).
„ „ Arnethgasse 78, von Josef und Marie Wolf, Bauführer Franz Bock (56143).
„ „ Neumayrgasse 26, von der Handels-Genossenschaft der Schuhmacher, Bauführer Julius Schneider (57163).
„ „ Kirchstetterngasse 42, von Franz v. Görtz (59196).
„ „ Kirchstetterngasse 46, von Franz v. Görtz (59197).
„ „ Enenkelgasse 42, von Joh. Müller (59198).
XIX. Bezirk: Nußdorf, Hackhofergasse 9, von der Nußdorfer Brauerei Bachofen & Medinger, Bauführer Eduard Ast & Komp., Baumeister (21300).
„ „ Unter-Döbling, Hohe Warte 15, von Dr. Theodor Edlen v. Rosmanit, ebenda, Bauführer Rudolf Brenner, Baumeister (21318).
XX. Bezirk: Marchfeldstraße 8, von Benjamin Zuckermann (6963).
„ „ Dammstraße 39, von F. Halban & J. Damask, Bauführer Kamenitzky (6966).
„ „ Wintergasse 11, von Jakob Kohn, Bauführer A. Simona (6993).

Diverse geringere Bauten.

XX. Bezirk: Schupfen, Universumstraße 64, von Stephan Schwab (6953).

Stockwerksaufsetzungen.

XI. Bezirk: Haus, Kaiser-Ebersdorf, Schmiedgunstgasse, von dem Konsumverein „Vorwärts", Bauführer Barak & Czado, Baumeister (18911).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

III. Bezirk: Hagenmüllergasse, Einl.-Z. 1931, 1933, von Don Mig. Rua (6971).
IV. Bezirk: Lambrechtsgasse 15, von Dr. Ritter v. Duniecki (6960).
IX. Bezirk: Clusiusgasse 6, von Robert Nemecek (7025).
X. Bezirk: Favoritenstraße Or.-Nr. 226, Einl.-Z. 728, von Franz Sumerauer (61266).
„ „ Arthaberplatz 7, von Leopold Filistein (61269).
„ „ Trostgasse, Einl.-Z. 847, von Ludwig Gussenbauer (61581).
XIX. Bezirk: Unter-Döbling, Einl.-Z. 220, von Anton v. Waldheim, Pokornygasse 21 (21372).

Renovierungen mittels Hängegerüsten, Leitern ꝛc.

XV. Bezirk: Robert Hamerlinggasse 24, von Franz Stagl (2197).
XVI. Bezirk: Hippgasse 32, von Josef Sejnel (56324).

Demolierungsanzeigen.

XIV. Bezirk: Haus, Mariahilferstraße 223, von der Gemeinde Wien (38906).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Abt. XV, Z. 7795.
26. September 1907.

Schulbau XIII. Bezirk, Steinlechnergasse.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 95.646 K 20 h.

Baxa Karl — Nachlaß 2·6%.
Aufzahlung 12% für Regiearbeiten.
Peydl Franz — Nachlaß 8%.
Roth Georg — Nachlaß 3·2%.
Aufzahlung 15% für Regiearbeiten.
Spiel Franz — Nachlaß 10%.
Bittner Josef — Nachlaß 10%.
Scheffel August — Nachlaß 6%.
Aufzahlung 15% für Regiearbeiten.
Kröpfl Gabriel — Nachlaß 6·5%.
Erhart Friedrich — Nachlaß 10·75%.
Aufzahlung 10% für Regiearbeiten.
Stagl & Schoderböck — Nachlaß 10%.
Bohdal Matthias — Nachlaß 13%.
Leopold M. — Nachlaß 10%.

Traversenlieferung im veranschlagten Kostenbetrage von 21.500 K.

Waagner, Biro & Kurz — 25 K 60 h per 100 kg.
Wahlberg Max — 25 K 90 h per 100 kg.

Stukkaturerarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 3100 K.

Wilfinger Johann — Nachlaß 5%.
Wicho Johann — Nachlaß 5%.
Osusky & Finda — Nachlaß 11%.
Zettner Anton — Nachlaß 7%.
Chwatal Franz — Nachlaß 10%.
Mögle Fritz — Patent-Böckel 2 K per Quadratmeter.

Zimmermannsarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 11.989 K 80 h.

Geiger Peter — Zu den Voranschlagspreisen.
Tröster Simon — Nachlaß 12·5%.
Chromy's Adalbert Witwe
— Nachlaß 12%.
Pissecker Johann — Nachlaß 12%.
Pollak Emil — Nachlaß 16%.

Bautischlerarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 17.051 K 34 h.

Fiebiger Josef — Nachlaß 10%.
Zielienicky Julius — Nachlaß 14%.
Miesicz Gustav — Nachlaß 10%.
Fellner Johann — Nachlaß 13%.

Schlosserarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 12.327 K 76 h.

Stach Ludwig — Nachlaß 10%.
Bidla Franz — Nachlaß 16·5%.
Krejci Franz — Nachlaß 10%.
Schönich Heinrich — Nachlaß 12%.
Kotsch Josef jun. — Ventilationsapparate und Türschließer zu eigenen Preisen.

Anstreicherarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 6117 K 30 h.

Zeiler Ludwig — Nachlaß 15%.
Trittenwein Anton — Nachlaß 22%.
Radda Josef — Nachlaß 22%.
Geißler Franz — Nachlaß 10%.
Bazant Rudolf — Nachlaß 22%.
Storch Johann — Nachlaß 18·5%.

Glaserarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 2401 K 90 h.

Kellner's Franz Witwe — Nachlaß 3%.
Fritsch Ernst — Nachlaß 14%.
Rankl's Josef Witwe & Sohn
— Nachlaß 22%.

Terazzopflasterung im veranschlagten Kostenbetrage von 2115 K.

Kriwanek Heinrich — Nachlaß 3·7%.
Nella H. & Komp. — Aufzahlung 6%.
Hammer Albert — Aufzahlung 5%.

Wasserleitung und Klosetteinrichtung im veranschlagten Kostenbetrage von 2988 K 31 h.

Horvat Johann — Nachlaß 12%.
Maluschek & Komp. — Nachlaß 16%.
Arocker Friedrich — Nachlaß 21%.

Elektrische Beleuchtungsanlage im veranschlagten Kostenbetrage von 5500 K.

Österr. Siemens-Schuckertwerke
— 4162 K 26 h.
Gruppe IV 1449 K.
Salzer & Thie — 35·7 K 88 h.
Gruppe IV 2227 K 80 h.
Union-Elektrizitäts-Gesellschaft
— Gruppe I und II 2058 K 40 h.
Kurmayer Karl — 3488 K 70 h.
Gruppe IV 1398 K.
Hofman Adolf — 3173 K.
Gruppe IV 1264 K.
Bergmann Robert — 3081 K 90 h.
Gruppe IV 1276 K.
Sturm & Komp. — 3250 K 50 h.
Gruppe IV 1308 K 40 h.
Bostelmann Nikola — 3081 K 40 h.
Gruppe IV 1319 K.
Arocker Friedrich — 3527 K 42 h.
Gruppe IV 1405 K 50 h.
Nur für Gruppe IV (Beleuchtungskörper).
„Danubia", Aktiengesellschaft
— 1565 K 25 h.
Mundt Nikolaus — 1297 K 20 h.
Ditmar & Brünner — 1312 K 65 h.
Genossenschaft der Gürtler ꝛc.
— 1316 K.

Blitzableiteranlage im veranschlagten Kostenbetrage von 350 K.

Bergmann Robert — 191 K 50 h.
Hofmann Adolf — 220 K 45 h.
Oesterr. Siemens-Schuckertwerke
— 178 K.
Kurmayer Karl — 195 K 80 h.
Salzer & Thie — 165 K 90 h.

Niederdruckdampfheizung im veranschlagten Kostenbetrage von 16.000 K.

Hable Hans — 14.913 K 18 h.
Zentralheizungswerke-Aktiengesellschaft
— 15.251 K 44 h.
Körting A.-G. — 14.340 K 33 h.
Haag Johannes — 20.235 K 63 h.
Unzeitig Franz — 14.465 K 94 h.
Kastl & Wentzke — 15.539 K 18 h.
Kurz, Ritschl & Henneberg
— 18.237 K 97 h.
Bacon J. L. — 15.180 K 98 h.

Kessellieferung im veranschlagten Kostenbetrage von 3600 K.

Kurz, Ritschel & Henneberg
— 3700 K.
Poppe' A. & Söhne — 3720 K.
Haag Johannes — 3780 K.
Bacon J. L. — 3100 K.

Möbeltischlerarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 9925 K 30 h.

Miesicz Gustav — Nachlaß 10%.
Oltmanns Andreas — Nachlaß 9%.
Baumgartner Franz — Nachlaß 3%.
Zielenieckі Julius — Nachlaß 13%.

Schulbanklieferung im veranschlagten Kostenbetrage von 7104 K.

Oltmanns Andreas — Nachlaß 5%.
Kurial Hans — Zu eigenen Preisen.

Romanzementlieferung im veranschlagten Kostenbetrage von 4125 K.

„Waldmühle" A.-G. — Zu den Kostenanschlagspreisen.
„Perlmoos" A.-G. — Aufzahlung 4%.

* * *

Mag.-Abt. VII, Z. 1048.
28. September 1907.

Neubau eines Hauptunratskanales in der Liechtensteinstraße von der Fürstengasse bis zur Liechtensteinstraße Or. Nr. 44 im IX. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 2189 K 35 h.

Rzehaczek E. — Aufzahlung 6·5%.

* * *

Mag.-Abt. VI, Z. 2134.
30. September 1907.

Lieferung von 14.970 q Heu, 8750 q Streustroh und 2220 q Häckerlingstroh für die Pferde der städtischen Betriebe während der Zeit vom 1. November 1907 bis 31. Oktober 1908.

Heulieferung.

Perl Johann, Laxenburg — 500 q à 9 K 80 h.
Reischer Franz, Altenmarkt a. T. — 5000 q à 11 K.
Wolf Josef — 5000 q à 12 K.
Eigner Ferdinand, Münchendorf — 800 q à 10 K.
Kögl Magdalena, Sommerein am Leithaberg — 1000 q 8 K
Perl Josef, Laxenburg — 1000 q à 9 K 60 h.

Strohlieferung.

Wolf Josef — 8600 q à 5 K 60 h.
Schmid Franz — 1220 q à 8 K.
Jäger Georg, Fischamend — 1000 q à 8 K.

* * *

II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Neubau eines Hauptunratskanales in der verlängerten Spengergasse zwischen der Wiedener Hauptstraße und dem Wiedenergürtel und in der Gassergasse zwischen der Spenger- und Geigergasse im V. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 5859 K 12 h.

Nella H. & Komp. — Aufzahlung 8·3%.

* * *

Neubau von Hauptunratskanälen 1. in der Raschgasse vom derzeitigen Vorkopfe zur Erzbischofgasse, in der Erzbischofgasse nördlich und südlich des projektierten Platzes von der Raschgasse bis zur unbenannten Gasse IV und in der unbenannten Gasse IV von der Erzbischofgasse bis zur Liegenschaft Grundb.-Einl.-Z. 1359 Ober-St. Veit im XIII. Bezirke. 2. in der Erzbischofgasse, zwischen der unbenannten Gasse IV und V, d. i. zwischen den Kat.-Parz. 520/40 und 520/71 Ober-St. Veit im XIII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von ad 1. 13.415 K 75 h, ad 2. 12.866 K 59 h.

Richter Josef — Aufzahlung 25·2%.

* * *

Bau einer Mädchen-Volksschule und eines Kindergartens XI., Pachmayergasse, Rinnböckstraße.

Stukkaturerarbeiten.

Osusky Josef & Anton Finda — Nachlaß 8%. Aufzahlung 15% für Regiearbeiten.

Steinmetzarbeiten.

Schäftner Leopold — Nachlaß 29%. Regie und Unvorhergesehenes zum städtischen Preistarife.

Zimmermannsarbeiten.

Tauber Anton — Nachlaß 13·5%.

Spenglerarbeiten.

Katlein Friedrich — Nachlaß 15%.

Ziegeldeckerarbeiten.

Heigl Alois — Nachlaß 18%.

Bautischlerarbeiten.

Küttag Johann — Nachlaß 14·5%.

Schlosserarbeiten.

Beran Johann — Nachlaß 16%.

Anstreicherarbeiten.

Weidl Karl — Nachlaß 21%.

Glaserarbeiten.

Rankl's Josef Witwe & Sohn — Nachlaß 17%.

Tapeziererarbeiten.

Lüttge Karl — Nachlaß 18%.

Terrazzoarbeiten.

Hammer Albert — Nachlaß 9%.

Möbeltischlerarbeiten.

Walter's Karl, Nachfolger Julius Zielenieck — Nachlaß 13%.

Schulbänklieferung.

Küttag Johann — Nachlaß 7%.

Turnsaaleinrichtung.

Plaschkowitz J. — Nachlaß 6%.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

23. September 1907.

a) Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Firma Brüder Schmetterling (öffentliche Gesellschafter: Leopold rekte Leib Schmetterling, Patik Schmetterling; verantwortlicher Geschäftsführer: Leopold Leib Schmetterling) — Erzeugung von Herren- und Knabenkleidern — II., Taborstraße 6.

Schnörch Josef — Faßbindergewerbe — XIX., Billrothstraße 5.

Schwarz Sandor — Besorgung und Kommissionsunternehmung für Industrie und landwirtschaftliche Artikel — II., Rotensterngasse 7.

Firma-Inhaber Ubald Simon — Handel mit Schnittwaren, fertigen Damen- und Kinderkleidern, Blusen, Röcken und Gürteln — II., Praterstraße 36.

Stadlmann Franziska — Milch-Verschleiß — XIV., Stiegengasse 18.

Stern Michael — Handel mit gebrauchten und außer Kurs gesetzten ungebrauchten, kursierenden Briefmarken und ungebrauchten, ausländischen, kursierenden Briefmarken — II., Kleine Schiffgasse 4.

Swoboda Johann — Schuhmachergewerbe (Filiale) — II., Handels-Kai 420.

Tandler Max — Leihanstalt für Türschließer und Türschlösser — II., Große Mohrengasse 37.

Trinter Josefine — Verschleiß von Kurz- und Galanteriewaren, Rauchrequisiten, Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — XV., Tabak-Trafikhütte Ecke Schweglerstraße und Felberstraße.

Bockenberger Hermann — Uhrmachergewerbe — VII., Kaiserstraße 90.

Wallaschek Karl — Kammachergewerbe — XIV., Beckmanngasse 68.

Wally Anna — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XI., Rinnböckstraße 19.

Wana Rosine — Pfaidlergewerbe — XIV., Diefenbachgasse 44.

Wiesbauer Marie — Handel mit Kürschnerwaren — XIV., Reindorfgasse 6.

Zinnetsberger Marie, geb. Thomas — Fragnergewerbe — XIV., Sueßgasse 7.

Zweigelt Marie — Verschleiß von Benzin, Spiritus und Maschinöl — VII., Burggasse 112.

Zwetkoff Bocso — Marktviktualienhandel — XIV., Zentralmarkt.

Theresienthaler Papierfabrik Ellissen, Roeder & Komp., Aktiengesellschaft (verantwortlicher Geschäftsführer: Eduard Ludwig Ellissen) — Papiermagazin der Theresienfelder Papierfabrik Elissen, Roeder & Komp. Aktiengesellschaft, beschränkt auf den Vertrieb der eigenen Erzeugnisse — I., Albrechtsgasse 2.

b) Nicht dem Gewerbegesetze unterliegende, erwerbsteuerpflichtige Unternehmungen.

Häubtner Karl — Realitäten- und Hypothekenvermittlung — I., Gonzagagasse 23.

* * *

24. September 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

Culek Ludmilla — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XV., Zinckgasse 16.

Grünhut Helene — Eisentrödlergewerbe — III., Obere Viadukgasse 29, Stadtbahnviadukt.

Hager Leopoldine — Fragnergewerbe — XII., Arndtstraße 98.

Hajnoczy Friedrich — Schlossergewerbe — XIX., Probusgasse 21.

Kajzar rekte Kaiser Ignaz — Tapezierergewerbe — IX., Säulengasse 15.

Lengenfelder Heinrich — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — XV., Geibelgasse 20.

Mandl Therese — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Johann Hofmannplatz 7.

Offene Handelsgesellschaft Nowak & Barsch (offene Gesellschafter: Malvine Nowak, Eduard Barsch) — Buchbindergewerbe — IX., Liechtensteinstraße 24.

Wagner Therese — Flaschenbier-Verschleiß — XII., Flurschützstraße 20.

Worell Franz Josef — Taschnergewerbe — IX., Nußdorferstraße 57.

Zehetner Antonia — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe-Lizenz Nr. 590 — IX., Sobieskigasse 21.

* * *

25. September 1907.

a) Gewerbe-Unternehmungen.

Bieler Saul — Herrenkleidermacher — XVI., Menzelgasse 4.

Cacinovic Friedrich — Handelsagentur — V., Siebenbrunnengasse 24.

Fischer Franz — Kürschner — XVI., Gablenzgasse 50.

Fleischer Gustav — Perlmutterdrechsler — XVI., Heigerleinstraße 18.

Frank Andreas — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Siebenbrunnengasse 73.

Frendschuh Josef — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — XVI., Kirchstetterngasse 13.

Hamböck Elisabeth — Fleisch-Verschleiß — V., Bräuhausgasse 67.

Heger Josef — Fragnergewerbe — XVI., Kirchstetterngasse 16.

Hlavac Johann — Kleidermachergewerbe — XIV., Märzstraße 71.

Hohenecker Michael — Tischlergewerbe — XIV., Weinberggasse 6.

Ivenz Rosa — Maschinstrickerei — V., Schönbrunnerstraße 31.

Jakesch Franz — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c und d G.-O.) — XV., Neubaugürtel 41.

Korecky Anna — Milchhandel — XV., Sperrgasse 7.

Lanc Therese — Fragnergewerbe — XII., Schallergasse 6.

Liebhart Marie — Kleinfuhrwerksgewerbe (ohne Standplatz) — XII., Malfattigasse 31.

Lippert Franz — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b c und g G.-O.) — XV., Grangasse 1.

Mantel Hermann — Herrenkleidermacher — XVI., Hasnerstraße 6.

Offene Handelsgesellschaft: Franz Melichar & Komp.; Stellvertreter: Franz Melichar — Wagnergewerbe — V., Gartengasse 6.

Modlik Josefa — Pfaidlergewerbe — XIV., Mariahilferstraße 207.

Nuc Jaroslav — Friseur- und Raseurgewerbe — XVI., Neulerchenfelderstraße 53.

Pudracek Josef — Verschleiß von Schulheften, Preislisten ꝛc. — V., Schönbrunnerstraße 41.

Pisarik Hermine — Kleinverschleiß mit Brennmaterialien — XVI., Kirchstetterngasse 45.

Popecka Peter — Korbflechtergewerbe — XVI., Kirchstetterngasse 5.

Pouhe Anton — Musikergewerbe — V., Margaretenstraße 151.

Prägler Gottfried — Bäckergewerbe — XVI., Thaliastraße 51.

Prattengeyer Lorenz — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c und g G.-O.) ohne Billard — XII., Rauchgasse 37.

Reinwart Ludwig — Bäckergewerbe — XVI., Thaliastraße 111.

Rupp Elise — Milch- und Milchprodukten-, Gebäck- und Kanditen-Verschleiß — XVI., Hettenkofergasse 19.

Schubert Josef — Tischlergewerbe — XVI., Rückertgasse 38.

Schuch Stephan — Fiaker-Lizenz Nr. 26 — XVIII., Lacknergasse 73.

Stermann Julius Josef — Mechanikergewerbe — XVI., Panikengasse 32.

Swoboda Adolf — Musikergewerbe — V., Diehlgasse 52.

Tasch Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Schönbrunnerstraße 50.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Gemeinderat:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 27. September 1907.

Inhalt:

Mitteilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung der Gem.-Räte Saubek, Rissaweg, Dr. Krenn, Grundler, Fuchsik und Hraba 2217
2. Beurlaubung des Gem.-Rates Grundler 2217
3. Einladung zu dem feierlichen Hochamte mit Te Deum in der Metropolitankirche zu St. Stephan am Namensfeste Seiner Majestät des Kaisers (4. Oktober 1907) 2217
4. Spende einer ungenannten Dame (10.000 K) 2217
5. Spende des Herrn P. Konrad Köllner, Archivars und Stiftshofmeisters des Stiftes Schotten, für die Dr. Karl Lueger-Stiftung (200 K) 2217
6. Legat der Frau Karoline Pecha für Arme von Dornbach (400 K) 2218
7. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rates Dr. Brößler, betreffend Auflassung der Notspitäler in der Krottenbachstraße und Eroikagasse im XIX. Bezirke und Umwandlung des ersteren in ein Armenhaus 2218
8. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rates Laur, betreffend den Gebrauch der Signaltrompete bei den städtischen Straßenbahnen 2218
9. Beantwortnng der Interpellation des Gem.-Rates Skaret, betreffend die Entlassung von 22 Straßenbahnbediensteten . . . 2218
10. Resolution einer am 22. September 1907 in Stadlau abgehaltenen Versammlung, betreffend Fälle von Malariaerkrankungen (vorgelegt von Gem.-Rat Schlinger) 2219
11. Festsetzung der Wahl von 42 Mitgliedern und 21 Ersatzmännern in die Kommission zur Bemessung der Militärtaxe pro 1907 . . 2219
12. Absetzung des Referates Post Nr. 9, Z. 12167 „Ausdehnung der Bierauflage in einzelnen Teilen des XXI. Bezirkes auf das ganze außerhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergebietes gelegene Gebiet und Bestimmung der Auflage mit 2 K per Hektoliter" von der Tagesordnung 2220

Interpellationen:

13. Gem.-Rat Dr. v. Baechlé, betreffend die Reform des bestehenden Systems der Kehrichtabfuhr 2220
14. Gem.-Rat Wippel, betreffend die Errichtung einer Haltestelle der Verbindungsbahn beim Matzleinsdorfer Viadukte 2220
15. Gem.-Rat Klebinder, wegen des Beschlusses des am 19. September 1907 in Krems abgehaltenen VI. n.-ö. Fleischhauer- und Fleischselcherverbandstages, betreffend die Aktien-Großschlächterei 2220
16. Derselbe, betreffend die Erwirkung eines Kleinausfuhrverbotes 2221
17. Gem.-Rat Hütter, betreffend Bevorzugungen der Großschlächterei-Aktiengesellschaft, eine Äußerung des Bürgermeisters über den Interpellanten und die Zurückweisung von Angriffen auf das Fleischhauergewerbe 2221
18. Gem.-Rat Wippel, betreffend die Aufhebung des Epidemieverfahrens rücksichtlich des X. Gemeindebezirkes 2223

Anträge:

19. Gem.-Rat Knoll, betreffend die Einführung eines Straßenbahn- oder Automobilomnibus-Verkehres zum XXI. Gemeindebezirke und innerhalb desselben 2223
20. Gem.-Räte Brauneiß und Oppenberger, wegen Errichtung einer unterirdischen Bedürfnisanstalt und einer kleinen Gartenanlage am Franz Josefs-Kai gegenüber der Ferdinandsbrücke 2224
21. Gem.-Rat Bichler, wegen Regulierung des Platzes vor dem Portale des k. k. österreichischen Museums für Kunst und Industrie am Stubenring und Aufstellung von monumentalen und dekorativen Kandelabern 2224
22. Gem.-Rat Körber, betreffend Durchführung einer Rohrkanalisierung im k. k. Pater an Stelle des Senkgrubensystems . . . 2224
23. Gem.-Rat Ritter v. Findenigg wegen Errichtung einer Rettungsinsel im Winkel der Straßenkreuzung auf dem Radetzkyplatze im III. Bezirke 2224
24. Gem.-Rat Oppenberger, betreffend den Wirkungskreis des städtischen Approvisionierungs-Ausschusses 2224
25. Gem.-Rat Dr. Mittler, betreffend Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der von dem Pflasterermeister Josef Kaufmann über die Vergebung von städtischen Pflastererarbeiten gemachten Angaben 2225
26. Gem.-Rat Herold, betreffend Wahrung des Interesses der Stadt Wien bei der Feststellung der Eisenbahn-Fahrordnungen 2226
27. Gem.-Rat Angeli, betreffend Übertragung der Gebeine des Sohnes Andreas Hofer's, Johann Edlen v. Hofer, vom Schmelzer Friedhofe auf den Zentral-Friedhof 2226

Referate:

28. Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer, betreffend den Ankauf des Gutes Kobenzl, Einl.-Z. 363 Ober-Sievering, und Einl.-Z. 403 bis 409 Grundbuch Grinzing 2226
29. Derselbe, betreffend Petition an den hohen n.-ö. Landtag wegen Ergänzung des § 1 des Gesetzentwurfes über die Automobilsteuer 2231
30. Gem.-Rat Tomola, betreffend Voranschlag über die Bedürfnisse im Schuljahre 1907/08 und Subventionsansuchen der Diehl'schen Stiftungsschule 2234
31. Derselbe, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von 3131 K 1 h zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 12 für die Restzahlungen anläßlich der Erweiterung des Pötzleinsdorfer Friedhofes 2234
32. Gem.-Rat Hoß, betreffend Ansuchen des Leopold Böhm um Abänderung der Baulinie in der Leopoldauerstraße im XXI. Bezirke 2234
33. Derselbe, betreffend die Errichtung eines Depots für die Freiwillige Feuerwehr Aspern a. d. Donau 2235

Seite

34. Derselbe, betreffend Abänderung einiger Bestimmungen des Übereinkommens zwischen der Gemeinde Wien und der Internationalen Elektrizitäts-Gesellschaft 2235
35. Derselbe, betreffend Erhöhung des Wagenpauschales für den Verwalter der Wiener Gemeinde-Friedhöfe 2236
36. Derselbe, betreffend Ansuchen von humanitären Vereinen um Bewilligung von Subventionen für sanitäre Zwecke pro 1907 2236
37. Derselbe, betreffend Erhöhung der Position der Rubrik XXII 23 ⅕ des Investitionsanlehens um rund 14.200 K für die Neupflasterung der Schlechtagasse zwischen dem Gräßlplatze und dem neuen Pferdeschlachthause im X. Bezirke 2238
38. Gem.-Rat Dr. Deutschmann, betreffend den Vertrag zwischen der Nordwestbahn und der Gemeinde Wien hinsichtlich der Herstellung und Erhaltung der Durchfahrt in km 4·⅔ in der Strecke Donaubrücke-Floridsdorf 2238
39. Derselbe, betreffend Ansuchen des Kirchenbauvereines St. Anna in Baumgarten, XIII. Bezirk, um Flüssigmachung des Betrages von 100.000 K aus den beim Baue der Kirche zu St. Josef ob der Laimgrube gemachten Ersparungen 2240
40. Derselbe, betreffend Entscheidungen der k. k. Finanz-Landes-Direktion Wien vom 9. Juli 1907, Z. IX, 1670, vom 26. Juli 1907, Z. IX, 1767, und vom 26. Juli 1907, Z. IX, 1768, mit welchen in Bestätigung der erstinstanzlichen Vorschreibung die Urteilsgebühr in den gegen die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" als Beklagte angestrengten Schadenersatzprozessen der Kläger Franziska Oliva, Charlotte Fantl und Arnold Grünhut ohne Rücksicht auf den urteilsgemäßen Ausspruch über die Teilung der Urteilsgebühr in einem die Gemeinde Wien weit über den gerichtlichen Ausspruch belastenden Prozentverhältnisse zwischen den Prozeßparteien aufgeteilt wird. (Ergreifung der Beschwerden an den k. k. Verwaltungsgerichtshof) 2240
41. Derselbe, betreffend Ablösung des Hausgeldes und des Kooperatorenbeitrages der Pfarre Penzing (Ablehnung) 2240
42. Gem.-Rat Hölzl, betreffend Offert des Franz Schwach auf Verkauf der Liegenschaft XIX., Sieveringerstraße 249 und der Kat.-Parz. 24 und 184 Grundbuch Ober-Sievering, an die Gemeinde 2241
43. Derselbe, betreffend Ansuchen mehrerer Weinbauvereine, des Österr. Kleintierzuchtvereines, des Österr. Tierschutz- und Tierasylvereines und des Zentral-Vereines für Bienenzucht in Österreich um Bewilligung von Subventionen pro 1907 2241
44. Gem.-Rat Braun, betreffend Präliminare der städtischen Patronatskirche St. Othmar unter den Weißgärbern pro 1908 2242
45. Derselbe, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von 6500 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 4 b für die im Wege der Zwangsversteigerung erfolgte Erwerbung von 5/24 Anteilen des Hauses III., Rabengasse 14 2242
46. Derselbe, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von 4500 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 4 b zur Deckung der durch die Einlösung eines Teiles des Hauses XI., Braunhubergasse 2, erwachsenden Kosten 2242
47. Gem.-Rat Schwer, betreffend Ansuchen des Komitees für die Errichtung eines Denkmales für den Tiroler Freiheitskämpfer Josef Speckbacher in Hall (Tirol) um Bewilligung einer Subvention 2242
48. Gem.-Rat Dr. Klotzberg, betreffend Bericht des Preisgerichtes für Beurteilung der geschmackvollen Ausschmückung der Fenster und Balkone mit Blumen über die erfolgte Preiszuerkennung für das Jahr 1907 2242
49. Siehe unter „Wahlen".
50. Gem.-Rat Sebastian Grünbeck, betreffend Bewilligung von Unterstützungen an die durch die Wetterkatastrophe vom 17. Juli 1907 besonders geschädigten Personen 2245
51. Derselbe, betreffend Baulinien- und Vorgärtenbestimmung für den westlichen Teil der Galitzinstraße und der Hertlgasse und Vorgartenbestimmung für die Vogeltenngasse im XVII. Bezirke 2245
52. Gem.-Rat Rain, betreffend Offert des Leopold Schlögl und Konsorten auf Verkauf der Liegenschaften VIII., Lerchenfelderstraße 112 und 114, an die Gemeinde Wien 2246
53. Derselbe, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von 53.800 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 c für die Regulierung der Liechtensteinstraße zwischen Or.-Nr. 37 und 53 im IX. Bezirke 2246
54. Derselbe, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von 3000 K zur Ausgabs-Rubrik XXIV 17 für die gärtnerische Ausgestaltung des für eine öffentliche Gartenanlage bestimmten Platzes zwischen Elisabethpromenade und Trödlerhalle im IX. Bezirke 2247
55. Gem.-Rat Schneider, betreffend Erweiterung der elektrischen Anlage im Neuen Rathause 2247

Seite

56. Derselbe, betreffend Ansuchen des „Verbandes für die Materialprüfungen der Technik" um eine Subvention 2247
57. Gem.-Rat Knoll, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von 4365 K zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 12 für die Erweiterung des Kagraner Ortsfriedhofes 2247
58. Gem.-Rat Büsch, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von rund 23.400 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 4 für die Erwerbung der Kat.-Parz. 174 und 142/1 im XII. Bezirke anläßlich der Niveauherstellung in der sogenannten Wasserleitungsstraße im XII. Bezirke 2247
59. Gem.-Rat Straßer, betreffend Entscheidung des k. k. Handelsministeriums vom 4. September 1907, Z. 25934, mit welcher dem Rekurse der Gemeinde Wien gegen die Erteilung einer Gast- und Schankgewerbekonzession an Karl Glaser jun. keine Folge gegeben wurde. (Umgangnahme von der Ergreifung der Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof.) 2248
60. Siehe unter „Wahlen".

Wahlen:

49. Wahl von 42 Mitgliedern und 21 Ersatzmännern in die Kommission zur Bemessung der Militärtaxe pro 1907 2245
60. Ergebnis dieser Wahl 2248

Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates vom 27. September 1907.

Inhalt:

1. Antrag des Gem.-Rates Angeli, betreffend eine Personalangelegenheit 2249
2. Gem.-Rat Oppenberger, betreffend die Genehmigung des Kostenerfordernisses von 55.400 K für den Ankauf von 20 Waggons Malz und Deckung aus den Betriebseinnahmen für das Brauhaus der Stadt Wien 2249
3. Gem.-Rat Brauneiß, betreffend den Ersatz der Barauslagen an den Bezirksvorsteher Ed. Kunz während der Dauer der alleinigen Führung der Geschäfte der Bezirksvertretung des XIV. Bezirkes 2249
4. Gem.-Rat Hölzl, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Armenrat des XIX. Bezirkes Josef Konopatsch 2250
5. Gem.-Rat Braun, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Armenräte des XI. Bezirkes Georg Hey und Eduard Trexler Edlen v. Lindenau 2250
6. Gem.-Rat Rain, betreffend die Verleihnng einer kommunalen Auszeichnung an den Bezirks- und Armenrat des VIII. Bezirkes Josef Kuntschik 2250
7. Derselbe, betreffend das Ansuchen der Barbara Blumauer, Ober-Feuerwehrmannswitwe, um Erhöhung ihrer Gnadengabe 2250
8. Gem.-Rat Weitmann, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Armenräte des VII. Bezirkes Leopold Nowak und Alois Anderle 2250
9. Gem.-Rat Wessely, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Armenräte des VI. Bezirkes August Kerling und Karl Mölter 2250
10. Gem.-Rat Tomola, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Bürgerschul-Direktor i. P. Karl Lang 2250
11. Derselbe, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Oberlehrer Peter Fellner 2250
12. Derselbe, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Oberlehrer i. P. Franz Fenzl 2250

Stadtrat:
Sitzungen des Stadtrates 2250
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 20. September 1907 2250

Allgemeine Nachrichten:
Rekrutenkontingentsabrechnung 2 57

Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 22. bis 28. September 1907 2257
Pferdemarkt vom 27. September 1907 2258
Schlachtviehmarkt vom 30. September 1907 2258
Heu- und Strohmarkt vom 22. bis 28. September 1907 2258
Detailpreise für Lebensmittel vom 22. bis 28. September 1907 . . . 2259
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 28. September 1907 2260
Städtisches Lagerhaus 2260

Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 27. bis 30. September 1907 . . 2260

Städtische Arbeiten und Lieferungen:
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse 2261
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen 2262

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 2262

Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat **August Stich.**
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — Buchdruckerei **E. Kainz** vorm. **J. B. Wallishausser.**

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Anbote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Vadium anzuschließen.

Der Anschluß der Vadien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Vadien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1907.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
2. Oktober 10 Uhr	Abteilung VI (Mag.-Rat **Schaufler**, Neues Rathaus, IV. Stiege, Hochparterre)	3217	Schöpfwerksbau in Stadlau im XXI. Bezirke.	**Herstellung der Pumpenanlage . Lieferung und Montage eines zweipferdekräftigen Gasmotors**	6025 K 50 h 2200 K Vorbemerkung: Pläne ꝛc. in der Bauamts-Abreilung VII b (Altes Rathaus). 3—3
5. Oktober 10 Uhr	detto	3746	Geländerherstellung auf der Stützmauer in der Augasse entlang des Franz Josef-Bahnhofes im IX. Bezirke.	**Geländerlieferung samt Montage**	1980 K 2—3
7. Oktober. 10 Uhr	detto	4029	Straßenherstellungen am Flötzersteige im XVI. und XIII. Bezirke.	**Erd- und Pflasterungsarbeiten .**	25.446 K 71 h und 3000 K Pauschale 2—3

*

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
7. Oktober ½11 Uhr	Abteilung VI (Mag.-Rat **Schaufler**, Neues Rathaus, IV. Stiege, Hochparterre)	3769	Herstellung der Gehwege und Einsteigeperrons auf dem Ghegaplatze und Gürtel im IV. Bezirke.	**Erd- und Pflasterungsarbeiten** **Asphaltiererarbeiten**	4190 K 95 h und 1500 K Pauschale 17.850 K und 1200 K Pauschale 2—3
7. Oktober 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Dr. Nüchtern**, Neues Rathaus, IV. Stiege, Mezzanin)	1005	Kanalneubau in der Schönbrunner Hofallee, Kanalumbau in der Penzingerstraße bis zur Beckmanngasse, in der Beckmanngasse bis Or.-Nr. 11, Verbindung des Kanales der Beckmanngasse mit jenem der Linzerstraße, sowie Umbau der Einmündung des Kanales in der Flachgasse in jenen der Linzerstraße im XIII. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** . . **Holzstöckelpflasterung**	43.158 K 17 h 3250 K 2—3
14. Oktober 10 Uhr	Abteilung X (Mag.-Sek. **Koniakowsky**, Neues Rathaus, III. Stiege, Hochparterre)	362	Sanitätsstation X., Arsenalstraße	**Lieferung von Dauerbrandöfen** .	3400 K Vorbemerkung: Kostenanschlag und Bedingnisse können im Stadtbauamte, Fach-Abteilung III, eingesehen werden. 1—3
15. Oktober 10 Uhr	Abteilung XV (Mag.-Rat **Narožny**, Neues Rathaus, VII. Stiege, 2. Stock)	8469	Schulbau X., Thavonatgasse. (Randhartingergasse — Quellenstraße.)	**Schlosserarbeiten (mit Ausschluß der Ventilationsarbeiten und Türschließer)** . . . . . . **Anstreicherarbeiten** . . . . . . **Tapeziererarbeiten**	40.988 K 68 h und 2000 K Vadium 16.261 K 80 h und 810 K Vadium 3370 K 70 h und 170 K Vadium 1—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
14. Oktober 10 Uhr	Abteilung XXII (Mag.-Rat Dr. Spaeth, Neues Rathaus, Parterre, Eingang v. der Lichtenfelsgasse)	2862	—	**Kurrente Zimmerputzarbeiten in den Bezirken III., V., XI. bis 31. Dezember 1909.**	— Vorbemerkung: Bedingnisse, Regulativ für Zimmerputzarbeiten und Preistarif können im Stadtbauamte, Fach-Abt. II/III oder in der Mag.-Abt. XXII eingesehen werden. 2—3

Baukautionen Vadien

bestellt zu kulanten Bedingungen

Allgemeine Kautionsbank-Aktiengesellschaft

Wien, IV., Technikerstraße Nr. 5.

Z. 9632/17, 0.

Kundmachung.

(Offertausschreibung. — Ausschreibung des nächstjährigen Bedarfes an Pelzsorten pro 1908.)

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" bringt ihren nächstjährigen Bedarf an Pelzsorten zur Ausschreibung und findet die bezügliche Offertverhandlung **am Montag den 14. Oktober 1907, um 10 Uhr vormittags,** im Sitzungssaale der Bezirksvertretung Wieden, IV., Schäffergasse 3, 1. Stock, statt.

Zur Vergebung gelangt die Lieferung von:

300 Stück Lammfellpelzen,
400 „ Pelzkragen,
700 „ Pelzkappen.

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen behält sich das Recht vor, das ausgeschriebene Quantum je nach Bedarf um 25 Prozent zu erhöhen oder zu erniedrigen,

Muster für die zur Ausschreibung gelangenden Sorten liegen in unserem Dienstkleider-Hauptlager, XIV., Schwendergasse 51, zur Ansicht auf.

Die Größengattungen der zu liefernden Sorten werden seitens der Lagerverwaltung bekanntgegeben werden.

Der Preis versteht sich frei unserem Dienstkleider-Hauptlager. Die Lieferung hat bis längstens 1. September 1908 vollendet zu sein und wird für nicht rechtzeitige Lieferung ein Pönale von 1 K pro Tag und Stück festgesetzt.

Die Offerte sind in geschlossener Briefhülle als „Anbot für die Lieferung von Pelzsorten" zu bezeichnen und in Form eines nach Tarifpost 44 aa und Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zu Handen der Direktion der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße 9, zu richten und können bis Samstag den 12. Oktober 1907 im Kanzlei-Sekretariate der städtischen Straßenbahn-Direktion oder am Offertverhandlungstage vor Eröffnung der Verhandlung der Kommission überreicht werden.

Die Offerte können auf das ganze ausgeschriebene Quantum oder auch bloß auf einen Teil desselben lauten und ist ein ausgearbeitetes Musterstück von jeder der offerierten Sorten beizugeben, welches für die Annahme oder Abweisung einer Lieferung maßgebend bleibt.

Jeder Anbieter hat vor Überreichung des Offertes, also längstens bis Samstag den 12. Oktober 1907 bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, Wien, VI., Rahlgasse 3 (ehemals Direktionsgebäude der städtischen Elektrizitätswerke) ein Vadium in der Höhe von 5 Prozent der Offertsumme zu erlegen und sich über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen.

Das Vadium kann außer in barem auch in inländischen pupillarsicheren Wertpapieren oder in Einlagebüchern einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Österreichischen Sparkassa oder der Wiener Zentral-Sparkassa erlegt werden.

Vadien in barem werden nicht verzinst.

Offerenten, deren Anbote nicht angenommen werden, erhalten das Vadium sofort nach Intimation der bezüglichen Ent-

**

scheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zurück; dagegen bleibt das Vadium des Erstehers als Pfand zur Sicherstellung für die rechtzeitige und tadellose Lieferung bei den städtischen Straßenbahnen erliegen.

Der Anbieter bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" so lange im Worte, bis er eine Verständigung über die Annahme oder Ablehnung seines Offertes erhalten hat.

Die Direktion behält sich die vollständig freie Wahl unter den einzelnen Offerenten, die Vergebung in beliebigen Teilmengen, wie auch die Ablehnung aller Anbote vor.

Im Anbote muß sich der Offerent auf Datum und Zahl dieser Kundmachung berufen und sich mit den gestellten Bedingungen einverstanden erklären.

Offerte, welche nach Eröffnung der Verhandlung einlangen, werden nicht berücksichtigt.

Nähere Auskünfte erteilt die Lagerverwaltung der städtischen Straßenbahnen XIII., Siebeneichengasse 7.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 24. September 1907. 1—3

D.-Z. 9634/17, 0.

Kundmachung.

(Offertverhandlung. — Ausschreibung des nächstjährigen Bedarfes an Filzstumpen.)

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" bringt ihren Bedarf an Filzstiefelstumpen zur Ausschreibung und findet die bezügliche Offertverhandlung **am Donnerstag den 17. Oktober 1907, um 10 Uhr vormittags** im Sitzungssaale der Bezirksvertretung, Wieden, IV., Schäffergasse 3, 1. Stock, statt.

Zur Vergebung gelangt die Lieferung von 1000 Paar Filzstiefelstumpen.

Die Direktion behält sich das Recht vor, das ausgeschriebene Quantum je nach Bedarf um 25 Prozent zu erhöhen oder zu erniedrigen. Die Filzstiefelstumpen müssen aus rein und gleichmäßig gewalztem Wollfilze hergestellt sein.

Die Größengattungen werden seitens der Lagerverwaltung der städtischen Straßenbahnen bekanntgegeben.

Der Preis versteht sich frei unserem Dienstkleiderhauptlager. Die Lieferung hat **bis längstens 15. Mai 1908** vollendet zu sein und wird für nicht rechtzeitige Lieferung ein Pönale von 1 K pro Tag und Paar festgesetzt.

Die Offerte sind in geschlossener Briefhülle als „Anbot für die Lieferung der Filzstumpen" zu bezeichnen und in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die Direktion der städtischen Straßenbahnen IV., Favoritenstraße 9, zu richten und können bis Mittwoch den 16. Oktober 1907 im Kanzlei-Sekretariate der städtischen Straßenbahn-Direktion oder am Donnerstag den 17. Oktober 1907 vor Eröffnung der Offertverhandlung der Kommission überreicht werden.

Die Offerte können auf das ganze ausgeschriebene Quantum oder auch bloß auf einen Teil desselben lauten und ist ein ausgearbeitetes Musterpaar beizugeben, welches für die Annahme oder Abweisung einer Lieferung maßgebend bleibt.

Jeder Anbieter hat vor Überreichung des Offertes, also bis längstens Mittwoch den 16. Oktober 1907 bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen Wien, VI., Rahlgasse 3 (ehemals Direktionsgebäude der städtischen Elektrizitätswerke) ein Vadium in der Höhe von 5 Prozent der Offertsumme zu erlegen und sich über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen.

Das Vadium kann außer in barem auch in inländischen pupillarsicheren Wertpapieren oder in Einlagsbüchern einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Österreichischen Sparkassa oder der Wiener Zentral-Sparkassa erlegt werden.

Vadien im barem werden nicht verzinst.

Offerenten, deren Anbote nicht angenommen werden, erhalten das Vadium sofort nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zurück, dagegen bleibt das Vadium des Erstehers als Pfand zur Sicherstellung für die rechtzeitige und tadellose Lieferung bei den städtischen Straßenbahnen erliegen.

Der Anbieter bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" solange im Worte, bis er eine Verständigung über die Annahme oder Ablehnung seines Offertes erhalten hat.

Die Direktion behält sich die vollständig freie Wahl unter den einzelnen Offerenten, die Vergebung in beliebigen Teilmengen, wie auch die Ablehnung aller Anbote vor.

Im Anbote muß sich der Offerent auf Datum und Zahl dieser Kundmachung berufen und sich mit den gestellten Bedingungen einverstanden erklären.

Offerte, welche nach Eröffnung der Verhandlung einlangen, werden nicht berücksichtigt.

Nähere Auskünfte erteilt die Lagerverwaltung der städtischen Straßenbahnen, XIII., Siebeneichengasse 7.

Direktion der städtischen Straßenbahnen,

Wien, am 25. September 1907. 1—3

M.-Abt. XIX, 1822/07.

Kurrende

(für die Herren Kanzleipraktikanten).

Mit Stadtrats-Beschluß vom 5. Juli 1007, Z. 9390, wurde angeordnet, es sei wegen Besetzung der vier mit den Kurrenden vom 5. April 1907, Magistrats-Abteilung XIX 736 und vom 16. Mai 1907, Magistrats-Abteilung 1086, ausgeschriebenen Akzessistenstellen, ein neuer Konkurs auszuschreiben.

Ferner sind infolge der Ernennung des Steueramts-Akzessisten Anton Reiß zum Kanzlei-Offizial und der Versetzung des durch Zeitbeförderung ernannten Offizials Johann Stichl in die Kanzlei zwei weitere Akzessistenstellen frei geworden.

Es gelangen somit im Stande des Steueramtes

6 Akzessistenstellen (VIII. Rangklasse)

zur Besetzung.

Bewerber um eine dieser Stellen haben ihre Gesuche im Dienstwege, d. i. durch den unmittelbaren Amtsvorstand **spätestens bis 5. Oktober 1907, 12 Uhr vormittags,** in der Magistrats-Abteilung XIX zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Die Bewerber haben nebst ihren Geburts- und Heimatsausweisen auch den Nachweis über die mit gutem Erfolge bestandene Prüfung aus der Staatsverrechnungswissenschaft beizuschließen.

Der Abteilungs-Vorstand:

Pawelka,
Magistrats-Sekretär. 1—1

M.-Abt. X, 5288/07.

Kundmachung

(für die Herren städtischen Bezirks-Ärzte, Physikats-Assistenten, städtischen Oberärzte und städtischen Ärzte).

Infolge Pensionierung der städtischen Ober-Bezirksärzte Dr. Karl Groß und Dr. Alois Grünberg, sowie der städtischen Bezirks-Ärzte Dr. Karl Kohn und Dr. Julius Stern und des Ablebens des städtischen Oberarztes Dr. Richard Bertola gelangen im Status des Stadtphysikates

2 Ober-Bezirks-Arztensstellen in der IV. Rangklasse,

2 Bezirks-Arztensstellen I. Klasse in der V. Rangklasse,

4 Bezirksarztensstellen II. Klasse in der VI. Rangklasse und eventuell vier Oberarztensstellen in der VI. Rangklasse, und zwar sämtliche Stellen mit den systemisierten Bezügen zur Besetzung.

Diejenigen Herren städtischen Amtsärzte, welche sich um eine dieser Stellen bewerben wollen, haben ihre Kompetenzgesuche im Dienstwege **längstens bis einschließlich Donnerstag den 10. Oktober 1907, mittags 12 Uhr,** bei der Magistrats-Abteilung X einzubringen.

Auf verspätet einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 20. September 1907.

Für den Abteilungs-Vorstand:

Koniakowsky,
Magistrats-Sekretär. 3—3

Z. 38556.

Kundmachung.

(Verpachtung der Gemeindejagd im XVII. Wiener Gemeindebezirke.)

Im Sinne des Jagdgesetzes für Wien (Landesgesetz vom 8. Dezember 1902, L.-G.-Bl. Nr. 22 ex 1903) und auf Grund der Verordnung des Wiener Magistrates vom 26. August 1907, M.-Abt. IX, Z. 1620/07, womit im XVII. Wiener Gemeindegebiete an Stelle der bis Ende des Jahres 1907 bestehenden zwei Gemeindejagdgebiete für die zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 1. Mai, Pr.-Z. 5977, vom 1. Jänner 1908 bis 31. Dezember 1913 währende Jagdperiode ein Gemeindejagdgebiet gebildet wurde, findet beim magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk, Wien, XVII., Elterleinplatz 14, 2. Stock, am **Montag den 30. Dezember 1907,** um 10 Uhr vormittags die Verpachtung dieser Gemeindejagd für die festgesetzte Pachtperiode an den Meistbietenden statt, wobei jedoch die Anbote solcher Personen, welche gemäß §§ 17 und 18 von der Pachtung ausgeschlossen sind, außer Betracht bleiben.

Die Pachtbedingnisse können an Wochentagen während der Amtsstunden beim magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk eingesehen werden.

Jeder Mitbieter hat vor Beginn der Pachtverhandlung 2·5 Prozent des mit 250 K festgesetzten Ausrufspreises als Vadium zu erlegen.

Das Vadium wird sofort nach Schluß der Pachtverhandlung an die Einleger zurückgestellt.

Wenn infolge der endgültigen Entscheidung über etwa noch anhängige Berufungen oder im Sinne der Bestimmungen des Jagdgesetzes ein Zuwachs oder Abfall an dem Gemeindejagdgebiete eintreten sollte, so erfährt der bei der Versteigerung erzielte Pachtschilling eine Erhöhung, beziehungsweise eine Herabminderung im Verhältnisse des Flächenmaßes, des Zuwachses oder Abfalles.

Vom magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk,

Wien, am 27. September 1907.

Der Bezirksamtsleiter:

Umbauer,
Magistratsrat. 1—3

Pr.-Z. 13066.

Kundmachung.

(Hauptrechnungsabschluß der Stadt Wien.)

Der Hauptrechnungsabschluß der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für das Jahr 1906, sowie die Rechnungsabschlüsse über die sämtlichen unter Gemeindeverwaltung stehenden Fonde und Anstalten liegen durch 14 Tage, und zwar **vom 2. bis inklusive 15. Oktober 1907, täglich von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags** im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderates, I., Lichtenfelsgasse 2, Stiege V, 1. Stock zur öffentlichen Einsicht auf.

Es wird dies hiemit in Gemäßheit des § 58 des Wiener Gemeindestatutes mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder im genannten Präsidialbureau zu Protokoll genommen werden.

Wien, am 28. September 1907.

Der Bürgermeister:

Dr. Karl Lueger. 1—1

Z. 6033 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Katharina Resch'sche Stiftung.)

Aus den verfügbaren Interessen der Katharina Resch'schen Stiftung kommt im Jahre 1908 der Betrag von 201 K 60 h an zwei schuldlos verarmte Wiener Bürger in Teilbeträgen von je 100 K 80 h, und zwar am 10. Februar 1908 und am 10. August 1908 in Teilbeträgen von je 50 K 40 h zur Verteilung.

Bewerber um dieselben haben ihren Gesuchen den Tauf-(Geburts)schein, den Taufschein, eventuell den Totenschein der Gattin, die Tauf(Geburts)scheine der Gattin und der Kinder, den Bürgerrechtsausweis und ein legales Armutszeugnis beizuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 4. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. September 1907. 2—3

Z. 6032 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Karoline Prugberger'sche Stiftung.)

Am 14. Februar 1908 gelangen die Interessen der Karoline Prugberger'schen Stiftung aus dem Jahre 1907 im Betrage von 800 K an zwei arme erwerbsunfähige Wiener Bürger in Teilbeträgen von je 400 K zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, dem Trauungsscheine, dem Bürgerrechtsdiplome, einem legalen Armutszeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über ihre Erwerbsunfähigkeit und den Tauf(Geburts)-scheinen der Kinder zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 23. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1907. 2—3

Z. 6015 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Bernhard'sche Armen- und Waisenstiftung.)

Am 23. Dezember 1907 gelangen aus den Interessen der Bernhard'schen Armen- und Waisenstiftung 336 K in 14 Teilbeträgen à 24 K an Waisenkinder zur Verteilung.

Anspruch auf einen solchen Stiftungsbetrag haben bedürftige Waisenkinder von im Gebiete der bestandenen Gemeinde Gaudenzdorf ansässig und nach Wien zuständig gewesenen armen Personen.

Diejenigen Waisenkinder, deren Vorfahren vor dem Jahre 1891 in der bestandenen Gemeinde Gaudenzdorf die Zuständigkeit besessen haben, haben den Vorzug.

In zweiter Linie können auch arme Waisenkinder von solchen Personen bedacht werden, welche im XII. Wiener Gemeindebezirke Meidling überhaupt ansässig und nach Wien zuständig waren.

Mütter, Vormünder und Pflegeparteien, welche für die in ihrer Obsorge befindlichen Waisen um eine Unterstützung aus dieser Stiftung ansuchen wollen, haben ihre Gesuche mit dem Totenscheine des einen oder beider Elternteile der Waisen, mit dem Tauf(Geburts)scheine, mit dem Heimatsausweise und mit den Schulfortgangszeugnissen der Waisen, eventuell mit dem Nachweise des geltend gemachten Vorzugsrechtes zu belegen und bis **längstens 9. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1907. 2—3

Z. 6043 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Theobald Uffenheimer'sche Studentenstiftung.)

Vom Beginne des Studienjahres 1907/08 an gelangen vier Theobald Uffenheimer'sche Stiftplätze mit dem Jahresbetrage von je 275 K, und zwar je einer an einen Hörer der medizinischen, der juridischen und der philosophischen Fakultät an der k. k. Universität in Wien und an einen Hörer der k. k. technischen Hochschule in Wien für die Dauer eines Jahres zur Verleihung.

Auf Grund der stifterischen Anordnung hat die Verleihung dieser Stiftplätze in diesem Studienjahre derart zu erfolgen, daß die Stipendien nur Studierenden christlicher Religion verliehen werden.

Bewerber, welche mit dem Stifter verwandt, in Wien zuständig oder im Bezirke Leopoldstadt in Wien oder in Wien überhaupt geboren sind, haben ein Vorrecht.

Gesuche um diese Stipendien sind **längstens bis 20. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen und sind denselben der Taufschein, der Heimatschein, ein Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, das Impfzeugnis, das Maturitätszeugnis, die Ausweise über die Studienerfolge (darunter auch eventuell das für Hörer der technischen Hochschule vorgeschriebene Einheitenverzeichnis) und allenfalls der Nachweis der Verwandtschaft mit dem Stifter beizuschließen.

Auf nicht gehörig belegte oder verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Nur die mit einem legalen Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1907. 2—3

Z. 6017 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Gustav Figdor'sche Stipendien.)

Für das Studienjahr 1907/08 gelangen drei Gustav Figdor'sche Stipendien im Betrage von je 1000 K zur Verleihung.

Laut Stiftbriefes wurden diese Stipendien gegründet für durch Fleiß, Sitten und Geistesgaben hervorragende arme Studierende, so zwar, daß alljährlich ein Stipendium für Mediziner, eines für Juristen und eines für Hörer der Naturwissenschaften an der philosophischen Fakultät dergestalt zur Vergebung gelangt, daß alljährlich ein Studierender der israelitischen, einer der protestantischen oder evangelischen und einer der katholischen Konfession mit einem solchen Stipendium beteilt wird.

Diese Stipendien werden je auf die Dauer eines Studienjahres verliehen, nach dessen Ablaufe sie den bisherigen Perzipienten über neuerliches Einschreiten eventuell abermals verliehen werden können.

Bewerber um diese Stipendien haben ihre mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Impfscheine, dem Heimatscheine, einem Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse und den Studiennachweisen belegten Gesuche bis **längstens 20. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Nur die mit einem legalen Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1907. 2—3

Z. 6026 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Adolf Ignaz und Julie Marzelline Mautner v. Markhof'sche Stiftungen.)

Am 6. Februar 1908 gelangen die Interessen der Adolf Ignaz Mautner Ritter v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenknaben und der Julie Marzelline Mautner v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenmädchen im Betrage von je 4800 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind arme Waisenknaben im Alter von 12 bis 16 Jahren, beziehungsweise arme Waisenmädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren berufen, welche in Wien heimatberechtigt sind, sie mögen sich in einer Waisenanstalt befinden oder nicht.

Die vorhandenen Stiftungsinteressen sind zu gleichen Teilen, somit mit je 600 K an je acht die stiftbriefliche Eignung besitzende Waisenknaben beziehungsweise Waisenmädchen zu verleihen; hievon haben vier Waisenknaben und vier Waisenmädchen der katholischen Religion, zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der evangelischen Religion A. K. oder H. K. und zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der israelitischen Religion anzugehören.

Die Bestimmung jener acht Waisenknaben und jener acht Waisenmädchen, welchen ein Stiftungsbetrag zuzuwenden ist, erfolgt durch das Los in der durch die Stiftbriefe für die Verlosung festgesetzten Weise.

Der zugefallene Stiftungsbetrag wird nicht sofort ausbezahlt, sondern fruktifiziert und nach Maßgabe der Bestimmungen der Stiftbriefe zum Beginne eines Gewerbes oder als Stipendium zur Fortsetzung der Studien, den Mädchen bei Verehelichung, jedoch erst nach zurückgelegtem 18., eventuell nach vollendetem 24. Lebensjahre ausgefolgt.

Mütter, Vormünder oder Pflegeparteien, welche um Verleihung eines solchen Stiftbetrages an die in ihrer Obsorge stehenden Waisen ansuchen wollen, haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, Impfungszeugnisse und dem Nachweise über die Wiener Heimatsangehörigkeit ihrer Pfleglinge, sowie dem Totenscheine der Eltern oder des Vaters der Waisen, endlich mit dem Zeugnisse über den Schulfortgang (Jahreszeugnis, Schulnachricht) oder dem Zeugnisse über den Fortgang einer Berufsbildung und mit dem legalen Armutszeugnisse zu belegen und **bis längstens 14. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. September 1907. 2—3

Z. 6016 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Marie Ernst v. Ernstenau'sche Stiftung.)

Am 1. März 1908 gelangt ein Drittel der Jahresinteressen des Marie Ernst v. Ernstenau'schen Stiftungskapitales im Betrage von 163 K zur Verteilung.

Zum Genusse dieser Stiftung sind sechs alte, bedürftige, krüppelhafte, in Wien wohnende, einer der christlichen Konfessionen angehörige Personen berufen.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen ein legales Armutszeugnis, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit, ihren Taufschein und ihre sonstigen Dokumente beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 20. Jänner 1908** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. September 1907. 1–3

Deutsche und österreichische

Pyrofugontwerke

GEBR. SCHLEICHER. WIEN—MÜNCHEN

Filialen: Paris, Genua, Helsingfors

Fugenlose, hygienische Asbest-Fußböden für alle Zwecke, poren- ::: und staubfrei, elastisch, fußwarm, schwamm- und feuersicher :::

Direktion des österreichischen Werkes

Wien, I. Dominikanerbastei, Industriepalast ::: Telephon 22.539

Lieferanten der Gemeinde Wien ::: Bisher über ::: 500.000 m² ver- ::: legt :::

Robert Kern,

Vertretung des Witkowitzer Röhrenwalzwerkes.

WIEN, I., Walfischgasse 12,

liefert **schmiedeeiserne Gasröhren** und Verbindungsstücke, Siede-, Locomotiv-, Locomobil-, Blech- und Flanschenröhren aller Art etc. etc. **Gusseiserne Röhren** nach deutschem Normale, nach Normale der Wiener Commune nebst dazugehörigen Verbindungsstücken, Abflussröhren, Messing- und Kupferröhren, gusseiserne Rippenröhren, Bleiröhren, Armaturen für alle Zwecke, Radiatoren etc.

Preis-Courante gratis und franco.

Centralheizung, Ventilation, Luftbefeuchtung.

Gegründet 1853. Telephon 590.
Staatsmedaille 1888 und 1901.

J. L. BACON
Arnold Adamy
Wien,
V., Schönbrunnerstrasse 34.

Projecte und Kostenanschläge gegen Beistellung cotierter Pläne unentgeltlich.

Zur kulanten Besorgung aller im **Kursblatte** notierten **Effekten und Valuten** bestens empfohlen

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 80. Freitag den 4. Oktober 1907. Jahrgang XVI.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokale im Rathause.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Stadtrat.

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom **25. September 1907.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Braun, Brauneiß, Brzezowsky, Büsch, Dr. Deutschmann, Gräf Ferdinand, Gsottbauer, Hallmann, Hölzl, Hoß, Hraba, Knoll, Dr. Krenn, Oppenberger, Rain, Rissaweg, Schneider, Schwer, Straßer, Tomola, Weitmann, Wessely.
Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer.

Entschuldigt: St.-R. Grünbeck Sebastian.
Beurlaubt: St.-R. Hörmann, Rauer, Schreiner, Zatzka.
Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär Künzl.

Vize-Bürgermeister Hierhammer eröffnet die Sitzung.

(P. Z. 9730, St. E. W. 6737.) **St.-R. Hoß** referiert über die Auswahl der mit 1. Mai 1908 zu übernehmenden Beamten der Internationalen Elektrizitäts-Gesellschaft.

Der Beratung wird Direktor-Stellvertreter Eugen Karel zugezogen.

Referent beantragt:

I. Die Direktion wird beauftragt, umgehend einen Vorschlag bezüglich der Einreihung der von der Internationalen Elektrizitäts-Gesellschaft im Sinne des Artikels II, Punkt 6 des Übereinkommens vom 31. März 1906, zu übernehmenden Beamten vorzulegen.

Jenen Beamten, welchen im Sinne des Übereinkommens vom 31. März 1906 ein Prozentsatz der von ihnen im Geschäftsjahre 1904/05 bezogenen Ersparungsprämie gebührt, ist derselbe in Form einer in die Pension nicht einrechenbaren Gehaltszulage zu gewähren.

Nach erfolgter Genehmigung dieses Einreihungsvorschlages hat die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke die zu übernehmenden Beamten zu verständigen, in welche Bezugsklasse, beziehungsweise Gehaltsstufe deren Einreihung ab 1. Mai 1908 beachsichtigt ist und ihnen mitzuteilen, daß die Übernahme derjenigen, welche die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, nur dann erfolgt, wenn sie dieselbe bis zum Übernahmstage erworben haben. Unter einem sind die zu übernehmenden Beamten aufzufordern, binnen drei Monaten bekanntzugeben, ob sie auf Grund der ihnen in Aussicht gestellten Einreihung in den Dienst der städtischen Elektrizitätswerke einzutreten beabsichtigen.

II. Dem Gemeinderate wird folgender Beschluß-Antrag unterbreitet:

Die Bestimmungen des Artikels II, Punkt 6 des Übereinkommens vom 31. März 1906 zwischen der Gemeinde Wien und der Internationalen Elektrizitäts-Gesellschaft, betreffend die den Bediensteten dieser Gesellschaft bei dem Sparvereine für die Beamten und Diener, beziehungsweise bei der Spar- und Unterstützungskassa für die Lohnarbeiter dieser Gesellschaft zustehenden Anteile und deren Übergabe an die Gemeinde, werden wie folgt abgeändert:

„Die zu übernehmenden Beamten, Diener und Lohnarbeiter erhalten ihre auf den Spezialkonti gebuchten Anteile bei dem Sparvereine für die Beamten und Diener, beziehungsweise bei der Spar- und Unterstützungskassa für die Lohnarbeiter dieser Gesellschaft am 1. Mai 1908 durch die Gemeinde ausbezahlt und haben sich damit einverstanden zu erklären, daß die ihnen bei dem erwähnten Sparvereine, beziehungsweise bei der Spar- und Unterstützungskassa weiters zustehenden, auf den Generalkonti gebuchten Guthaben der Gemeinde Wien ausgefolgt werden, welche dieselben in auf den Namen der Anteilbesitzer lautende Sparkassabücher der Zentral-Sparkassa der Stadt Wien einlegen wird. Die alljährlich auflaufenden Zinsen werden jedem Anteile gutgeschrieben.

Im Falle einer dieser Anteilbesitzer den städtischen Dienst verläßt, ohne in einen Versorgungsgenuß durch die Gemeinde zu treten oder stirbt, ohne daß seine Angehörigen (Witwe und Kinder) einen Versorgungsgenuß erhalten, so wird ihm, beziehungsweise seinen Erben sein Sparkassabuch ausgefolgt; tritt er jedoch in einen solchen Versorgungsgenuß ein, so geht sein bei der Zentral-Sparkassa der Stadt Wien angelegter General-Kontoanteil in das Eigentum des Pensionsfondes für die Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke über.

(Angenommen; Punkt II an den Gemeinderat.)

(P. Z. 12560, M. A. II, 6065.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über das Ansuchen der Barbara Blumauer, Ober-Feuerwehrmannswitwe, um Erhöhung ihrer Gnadengabe und beantragt, der Genannten die Gnadengabe von jährlich 336 K auf 400 K vom 1. Oktober 1907 an auf die Dauer des Witwenstandes, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu erhöhen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 12564, M. A. IV, 3131.) St.-R. Gsottbauer referiert über die Beheizung der Gerätehalle, des Schlafraumes der Monteure, des Akkumulatoren-Waschraumes sowie der Schaltkammer in der Feuerwehr-Zentrale und beantragt, die jährlichen Kosten des Gasmehrverbrauches per 450 K zu genehmigen.

(Angenommen.)

Der **Vorsitzende** konstatiert die Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten.

(P. Z. 12134, M. A. IV, 2421.) St.-R. Gsottbauer referiert über das Ansuchen des Löschmeisters I. Klasse der städtischen Feuerwehr Josef Zechmeister um Provisionierung und beantragt die Gesuchsgewährung sowie die Bemessung des Provisionsbezuges mit jährlich 930 K 2 h im Sinne des Magistrats-Antrages.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen.)

(Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer übernimmt den Vorsitz.)

(P. Z. 12687, M. A. X, 4017.) **St.-R. Büsch** referiert über die Herstellung von Mittelgrüften im Meidlinger Friedhofe und beantragt, die Herstellung von drei Mittelgrüften mit dem Erfordernisse von 1600 K zu genehmigen. (Angenommen.)

(P. Z. 12613, M. A. XXII, 3030.) St.-R. Büsch referiert über den Bericht der Stadtbuchhaltung, betreffend die durch den Bezirksvorsteher des XII. Bezirkes Karl Donner erfolgte Anschaffung von zwei Dienerkappen um 5 K und beantragt, die erfolgte Anschaffung der Dienerkappen gemäß dem Magistrats-Antrage nachträglich zu genehmigen. (Angenommen.)

(P. Z. 12618, B. A. XIII, 15428.) St.-R. Büsch referiert über den Bezirksamts-Antrag auf nachträgliche Erteilung der Baubewilligung für den auf der Unratstation in Baumgarten mit dem Kostenbetrage von 600 K erbauten Schupfen zur Aufbewahrung von Materialien und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(P. Z. 12516, B. A. XII, 17483.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Sebastian Gartner um Baubewilligung für eine Verkaufshütte auf der der Frau Josefine Zuber gehörigen Realität XII., Hervikusgasse 28, gegenüber dem Hetzendorfer Kirchenbau und beantragt, den Bezirksamts-Antrag auf Bestätigung der Baubewilligung zu verwerfen. (Angenommen.)

(P. Z. 12614, B. A. XII, 34792.) St.-R. Büsch referiert über den Rekurs der Rosa Laufer wider das Bezirksamts-Dekret vom 20. Juli 1907, betreffend feuerpolizeiliche Übelstände im Hause XII., Meidlinger Hauptstraße 17, und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(P. Z. 12803, M. A. XXII, 940.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Maximilian Wallisch um Erhöhung des Reinigungspauschales für die Reinigung der Lokalitäten des Armeninstitutes im XII. Bezirke und beantragt:

Für die Reinigung der Lokalitäten des Armeninstitutes im XII. Bezirke wird die Gebühr mit monatlich 15 K festgesetzt und die nachträgliche Auszahlung der Differenz gegenüber dem bisher bezahlten Betrage von 10 K monatlich vom 1. Juli 1905 als dem Zeitpunkte der Beziehung der neuen Lokalitäten genehmigt.

(Angenommen.)

(P. Z. 12699, M. A. VI, 3717.) **St.-R. Wessely** referiert über das Ansuchen der Purofak-Gesellschaft um leihweise Überlassung eines Straßenkehrwagens zur Erprobung ihres Staubsaugapparates „Purofak" und beantragt, der Purofak-Gesellschaft auf die Dauer von sechs Wochen eine Straßenkehrmaschine zur Vornahme von Versuchen zu überlassen, um zu erproben, ob eine gründliche Straßenstaubaufsaugung und Sterilisierung mit dem „Purofak" in Verbindung mit der Kehrmaschine durchzuführen ist. Die Überlassung hat kostenlos zu erfolgen, doch ist die Gesellschaft verpflichtet, die Maschine im gleichen Zustande, wie sie dieselbe erhalten hat, wieder zurückzustellen. (Angenommen.)

(P. Z. 12730, B. A. XIII, 39235.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen der Marianischen Männersodalität bei den P. P. Kalasantinern um Überlassung des Turnsaales der Knaben-Volksschule XIII., Spallartgasse 18, für die Fahnenweihe am 6. Oktober 1907, und beantragt, der Marianischen Männersodalität bei den P. P. Kalasantinern XIII., Reinlgasse 25, zur Abhaltung der für den 6. Oktober 1907 abends um 6 Uhr in Aussicht genommenen Festversammlung den Turnsaal der städtischen Knaben-Volksschule XIII., Spallartgasse 18, unentgeltlich gegen Einhaltung der üblichen Bedingungen zu überlassen. (Angenommen.)

(P. Z. 12732, B. A. XIII, 39234.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des Wohltätigkeits-Komitees, XIII., Reinlgasse 25, um Überlassung des Turnsaales der Knaben-Volksschule XIII., Spallartgasse, für eine Festversammlung und beantragt:

Dem Wohltätigkeits-Komitee, XIII., Reinlgasse 25, wird zur Abhaltung einer Festversammlung mit Deklamationen und musikalischen Vorträgen, deren Reinerträgnis dem Lehrlings-Oratorium der P. P. Kalasantiner zufließen soll, am 7. und 10. November 1907 der Turnsaal der städtischen Knaben-Volksschule in Wien, XIII., Spallartgasse 18, unentgeltlich gegen Einhaltung der üblichen Bedingungen überlassen. (Angenommen.)

(P. Z. 12697, M. A. VI, 2643.) St.-R. Wessely referiert über die Verwendung der Räumlichkeiten unter der Fillgraderstiege im VI. Bezirke und beantragt:

Die Räumlichkeiten unter der neuen Fillgraderstiege des VI. Bezirkes sind für die Zwecke der Straßenpflege (Depotraum für Geräte und Material und als Manipulationsraum für den Straßenaufseher) zu überlassen, wobei der Raum unter dem rechtsseitigen Stiegenabgange den städtischen Straßenbahnen als Notdepot für die Bahnerhaltung der Unterleitungsstrecken zur Verfügung zu stellen ist. — Von der Vermietung der Räume an Private werde abgesehen. (Angenommen.)

(P. Z. 12698, M. A. VI, 3527.) St.-R. Wessely referiert über den Rekurs des Hermann Reuther, städtischen Kontrahenten für die Straßenbespritzung im II. Bezirke, wider die mit dem Magistrats-Dekrete vom 29. Juli 1907 erfolgte Verhängung einer Konventionalstrafe von 200 K wegen mangelhafter Straßenbespritzung und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(P. Z. 12657, M. A. X, 7201.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Ansuchen des Dr. Albrecht Hiller um käufliche Überlassung einer Gruft im Hietzinger Friedhofe und beantragt:

Dem Herrn Dr. Albrecht Hiller, k. k. Regierungsrat, XIII., Rosentalgasse 14, wird ausnahmsweise die außer der Reihenfolge zur Vergebung gelangende einfache Gruft, Gruppe XVI, Nr. 19 B, im Hietzinger Friedhofe nach deren Fertigstellung um die tarifmäßige Gebühr für „Nichtzugewiesene" per 6000 K samt dem dazugehörigen Rasenstreifen von 35 cm Breite überlassen. (Angenommen.)

(P. Z. 12768, M. A. X, 1480.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Sicherstellung der Desinfektionsmittel pro 1908 und beantragt:

Die Lieferung der Desinfektionsmittel für das Jahr 1908 wird in folgender Weise vergeben:

Die Lieferung von zirka 40.000 kg roher flüssiger Karbolsäure, 15 bis 20 Prozent, von zirka 2000 kg reiner kristallisierter Karbolsäure und von zirka 2000 kg Amoniakflüssigkeit Handelsware mit zirka 25 Prozent Amoniakgeist der Firma Wilhelm Neuber in Wien, VI., Brückengasse 1.

Die Lieferung von zirka 3000 kg Formalin mit einem Gehalte von zirka 40 Prozent Formaldehyd der Firma Gebrüder Erber, V., Kettenbrückengasse 21.

Die Lieferung von 6500 kg reinem Lysol, geteilt, und zwar zirka 5000 kg an die Firma Schülke & Mayr's Nachfolger, Dr. Raupenstrauch, II., Dürnkrutplatz 15, und an die priv. österreichisch-ungarische Staatseisenbahngesellschaft mit zirka 1000 kg.

Die Sicherstellung der Brennspirituslieferung hat das Stadtphysikat im Handeinkaufe zu besorgen. (Angenommen.)

(P. Z. 12550, M. A. III, 3720.) **St.-R. Rain** referiert über das Detailprojekt für die Herstellung einer Gartenanlage auf dem Platze zwischen der Elisabethpromenade und der Trödlerhalle im IX. Bezirke und beantragt:

1. Das vorliegende Detailprojekt wird gemäß den Anträgen der Lokalaugenscheins-Kommission vom 20. Juli 1907 mit einem Kostenbetrage von 6140 K 77 h genehmigt.

2. Zur Deckung der in das Jahr 1907 fallenden Auslagen wird ein Zuschußkredit von 3000 K zur Rubrik XXIV 17 bewilligt.

3. Die gärtnerischen Arbeiten sind von der Stadtgarten-Direktion in eigener Regie, die technischen Herstellungen im kurrenten Wege im Herbste 1907 auszuführen. Rohre und Maschinenbestandteile sind dem Vorrate zu entnehmen. Der Spritzhydrant wird während der Sommermonate mit einer täglichen Wassermenge von 20 hl aus der Wientalwasserleitung dotiert.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderat.)

(P. Z. 12142, M. A. VI, 3583.) St.-R. Rain referiert über die Regulierung der Liechtensteinstraße zwischen Or.-Nr. 37 und 53 im IX. Bezirke und beantragt:

1. Der Stadtrat wolle das vorliegende Projekt für die Regulierung der Liechtensteinstraße zwischen Or.-Nr. 37 und 53 im IX. Bezirke mit dem veranschlagten Erfordernisse von 53.774 K 72 h genehmigen und die offertmäßige Vergebung der Erd- und Pflastererarbeiten sowie der Asphaltiererarbeiten anordnen.

2. Zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 c wird ein Zuschußkredit per 53.800 K bewilligt.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderat.)

(P. Z. 12747. M. A. V, 2097.) St.-R. Rain referiert über den Rekurs der Allgemeinen österr. Elektrizitäts-Gesellschaft wider die mit dem Magistrats-Dekrete vom 31. August 1907 erfolgte Untersagung der Herstellung eines Anschlusses in der noch unbenannten Gasse zwischen Or.-Nr. 45 und 47 Liechtensteinstraße und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(P. Z. 12812, B. A. VIII, 14049.) St.-R. Rain referiert über den Rekurs des Dr. Siegmund Fränkel wider das Bezirksamts-Dekret vom 22. Juni 1906, betreffend feuerpolizeiliche Übelstände im chemischen Laboratorium VIII., Alserstraße 53, und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(P. Z. 12749, M. A. VIII, 2100.) St.-R. Rain referiert über die Vergebung der Arbeiten für die Auswechslung der Heißwasserheizung im städtischen Volksbade im VIII. Bezirke und beantragt:

Der Stadtrat wolle den Einbau der Niederdruckdampfheizung im städtischen Volksbade VIII., Florianigasse 24 der Firma Johannes Haag-A.-G. um den angeforderten Preis von 12.968 K 9 h (d. i. ohne die irrtümlich um den Betrag von 1000 K mitofferierte Einrichtung des Reservebades), die Kessellieferung aber der Firma A. Poppek & Söhne als Bestbieterin zum Preise von 3890 K, wobei jeder Kessel mit einem Mannloch zu versehen ist, übertragen und den Zehrungsbeitrag von 3 K täglich für den mit der Überwachung der Adaptierungsarbeiten betrauten technischen Beamten bewilligen. (Angenommen.)

(P. Z. 12748, M. A. VI, 126.) **St.-R. Braun** referiert über die Anlage eines Fußweges auf der rechten Seite der Simmeringer Hauptstraße zwischen der Tramway-Remise 2 und dem Zentral-Friedhofe und beantragt:

Der Stadtrat wolle die aus Anlaß der Herstellung eines Gehweges zum Zentral-Friedhofe auf der rechten Seite der Simmeringer Hauptstraße im XI. Bezirke mit den Grundeigentümern gepflogenen Vereinbarungen, wie sie im Kommissions-Protokolle dargelegt sind, samt dem seit 1897 nachzuzahlenden Pachtzins von 719 K 62 h genehmigen. (Angenommen.)

(P. Z. 12178, M. A. XV, 4804.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Moritz Nikowitz um eine Aufzahlung für die Dachdeckerarbeiten zum Schulbau III., Dietrichgasse, und beantragt die Bewilligung einer Aufzahlung von 126 K 58 h, d. i. eines Tarifpreises von 2 K 40 h per Quadratmeter ohne Abzug des fünfprozentigen Nachlasses. (Angenommen.)

(P. Z. 12661, M. A. III, 3930.) St.-R. Braun referiert über den Antrag der Bezirksvertretung des XI. Bezirkes auf Einleitung von Verhandlungen behufs geradliniger Durchführung der Kaiser-Ebersdorferstraße zwischen den Häusern Or.-Nr. 304 und 314 und beantragt, den Magistrat zur Durchführung der bezüglichen Einlösungsverhandlungen zu ermächtigen. (Angenommen.)

(P. Z. 12227, 12617, B. A. XI, 16921, 17492.) St.-R. Braun referiert über Ansuchen um Ermäßigung der Hundesteuer pro 1907 und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(P. Z. 12767, M. A. X, 4637.) **St.-R. Brauneiß** referiert über die Herstellung von eigenen Gräbern im Baumgartener Friedhofe und beantragt, die Herstellung von 54 eigenen Gräbern im Baumgartener Friedhofe an der Mauer gegen die Friedhofstraße an Stelle der daselbst projektierten Grüfte zu genehmigen. (Angenommen.)

(P. Z. 12753, M. D., 1224.) **St.-R. Hoß** referiert über das Ansuchen des Ratsdieners Johann Löw um Anweisung des Quartiergeldes per 500 K an Stelle seiner Naturalwohnung XII., Schönbrunnerstraße 189, und beantragt, dem Gesuchsteller unter Widerruf der Naturalwohnung ab 1. November 1907 das systemisierte Quartiergeld von 500 K anzuweisen. (Angenommen.)

(P. Z. 12750, M. A. IX, 3482, 3492.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen der Tierärzte Otto Eberle und Gottfried Lutz um Zuweisung eines Beheizungspauschales von je 126 K und beantragt:

Dem städtischen Bezirks-Tierarzt Otto Eberle und dem städtischen Tierarzt Gottfried Lutz wird auf die Dauer der Benützung ihrer Naturalwohnungen im Schlachthause Meidling, beziehungsweise auf dem Zentral-Viehmarkte in St. Marx ein jährliches Beheizungspauschale von je 126 K bewilligt. (Angenommen.)

(P. Z. 12765, M. A. X, 6840.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen der Firma Echinger & Fernau um Ausfolgung der anläßlich der Lieferung von Traversen erlegten Kaution und beantragt:

Die vorzeitige Ausfolgung der von der Firma Echinger & Fernau aus Anlaß der ihr übertragenen Lieferung von Traversen für den Bau der bei der Leichenhalle im Zentral-Friedhofe und für den Bau der Doppel-Volksschule im XV. Bezirke, Sperrgasse 8/10, erlegten Kautionen im Gesamtbetrage von 7100 K wird gegen Rückstellung der Kautions-Erlagscheine genehmigt. (Angenommen.)

(P. Z. 12772, M. A. XIV, 6372.) St.-R. Hoß referiert über den Bauamtsbericht, betreffend die durch den Ober-Ingenieur Max Krone erfolgte Anfertigung eines Verzeichnisses der Höhenfixpunkte im XXI. Bezirke, und beantragt, dem Ober-Ingenieur Max Krone für die Ausmittlung und Zusammenstellung der Höhenfixpunkte im XXI. Bezirke die Anerkennung auszusprechen und eine Remuneration im Betrage von 300 K zu bewilligen. (Angenommen.)

(P. Z. 12667, M. A. VII, 1085.) St.-R. Hoß referiert über das Anerbieten des Dr. Rudolf Jenkner zur Leistung eines Beitrages von 50 K für die Kanalbauten in der Leopoldauerstraße, Kantnergasse und Brünnerstraße im XXI. Bezirke und beantragt, das Offert im Sinne des Magistrats-Antrages zu genehmigen. (Angenommen.)

(P. Z. 12844, M. A. II, 7036.) St.-R. Hoß referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Lieferung der Hundesteuermarken pro 1908 und beantragt, das Offert der Firma Wilhelm Pittner (Muster 21 in Messing und dreieckiger Form) zum Preise von 4·5 h per Stück zu genehmigen und zur Rubrik X_1 einen Zuschußkredit von 475 K zu bewilligen. (Angenommen.)

(P. Z. 12662, M. A. XI, 40993.) St.-R. Hoß referiert über die Verteilung von Brennmaterialien an die Armen und beantragt:

1. Die Aufteilung des für Armenbrennmaterialien im bevorstehenden Winter zu verwendenden Geldbetrages von 30.300 K an die einzelnen Armeninstitute wird im Sinne des Magistrats-Antrages genehmigt.

2. Für die Herren Gemeinderäte werden vom Präsidium 908 Anweisungen auf je einen halben Raummeter Brennholz zur Verteilung an Arme ausgegeben.

3. Das für die Anschaffung der Brennmaterialien sich ergebende Mehrerfordernis von rund 8000 K wird genehmigt und der hiefür notwendige erste Zuschußkredit zur Rubrik XXXVII 8 d bewilligt. (Angenommen.)

(P. Z. 12450, M. A. XV, 8280.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Karl Baminger, Maurers bei der Instandsetzung der Heizanlagen in städtischen Schulen und des Anton Folterbauer, Schlossers bei der Instandsetzung der Heizanlagen in städtischen Schulen, um Belassung ihres Taglohnes während der Zeit der Ableistung der vierwöchentlichen Waffenübung, das ist vom 9. August bis einschließlich 5. September 1907, und zwar bezüglich Karl Baminger um Belassung des Lohnes per 96 K 60 h und bezüglich des Anton Folterbauer um Belassung des Lohnes per 80 K 50 h und beantragt die gnadenweise Gesuchsgewährung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(P. Z. 11607, M. A. VIII, 1728.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen der k. u. k. Militär-Bauabteilung des 2. Korps um

Abschreibung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in militär-ärarischen Objekten und beantragt:

Die Abschreibung der Gebühren für den im Garnisonsspitale Nr. 1 und 2, sowie in der Reitschule III., Baumgasse im I. Quartal 1907 infolge von Rohrgebrechen erfolgten Wassermehrverbrauch von zusammen 26.776 hl wird mit Rücksicht auf den großen Minderverbrauch der im Revirement stehenden militär-ärarischen Objekte unter der Bedingung genehmigt, daß die Rohrleitung im Garnisonsspital Nr. 2 einer gründlichen Rekonstruktion unterzogen werde. (Angenommen.)

(P. Z. 12518, M. A. XI, 19368.) St.-R. Hoß referiert über den Magistrats-Antrag auf Abschreibung der nach dem gewesenen Börsensensal Friedrich Links aushaftenden Geldstrafe von 1550 K und beantragt, den Rückstand in Evidenz zu halten. (Angenommen.)

(P. Z. 12577, M. A. IX, 3405, 3468.) St.-R. Hoß referiert über die Bewilligung von Zehrungsbeiträgen für die permanente Beaufsichtigung von Arbeiten im Zentral-Viehmarkt St. Marx und beantragt:

Dem Hausinspektor für den Zentral-Viehmarkt und das Schlachthaus St. Marx Adolf Maier ist der mit Stadtrats-Beschluß vom 14. Juni 1907, Pr.-Z. 7989, genehmigte Zehrungsbeitrag von täglich 3 K vom 20. August 1907 an gegen Einstellung des bisher genossenen, dem Bauaufsichtsassistenten Gustav Kittel ist der mit Stadtrats-Beschluß vom 23. Juli 1907, P.-Z. 10306, genehmigte Zehrungsbeitrag von täglich 4 K vom 21. August 1907 an auszubezahlen. (Angenommen.)

(P. Z. 12578, M. A. XI, 42785 ex 1906.) St.-R. Hoß referiert über die Abschreibung der nach Genossenschaften aushaftenden Regiebeiträge zu den Kosten des städtischen Arbeitsvermittlungsamtes und beantragt:

1. Die Rückstände an Regiekostenbeiträgen, welche mit Stadtrats-Beschluß vom 14. Mai 1901, Z. 5131, für die dem städtischen Arbeitsvermittlungsamte beigetretenen Genossenschaften festgesetzt wurden, werden im Betrage von 45.162 K abgeschrieben.

2. In Hinkunft sind von jenen Genossenschaften, für welche das städtische Arbeitsvermittlungsamt die Arbeitsvermittlung besorgt, keine Regiekostenbeiträge mehr einzuheben, ausgenommen dann, wenn für die betreffenden Genossenschaften eigene Abteilungen errichtet und mit denselben besondere Vereinbarungen getroffen werden. (Angenommen.)

(P. Z. 12655, M. A. XXII, 3011.) St.-R. Hoß referiert über den Magistrats-Antrag auf Bewilligung eines Zuschußkredites von 15.000 K pro 1907 zur Ausgabs-Rubrik IV 2 i d „Kanzleirequisiten" und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(P. Z. 12653, M. A. XII, 19977.) St.-R. Hoß referiert über den Rekurs des Karl Dietz wider die Nichtgewährung der Verlängerung der Erziehungsbeiträge für seine Kinder Bruno, Berta und Karl und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(P. Z. 12644, M. A. III, 3489.) St.-R. Hoß referiert über die Bewilligung von Remunerationen anläßlich der Renovierung der Bürgerspitalfondshäuser I., Schottenring 22/24, Neutorgasse 18/20, Gonzagagasse 21/23 und Zelinkagasse 3/5, und beantragt:

Dem Bauoffizial Ferdinand Cerwinka und dem Rechnungsassistenten Robert Tschander wird für ihre Mühewaltung bei der Schlußkollaudierung über die Renovierung der Gruppe J der Bürgerspitalfondshäuser am Schottenring eine Remuneration von je 120 K zuerkannt. (Angenommen.)

(P. Z. 12764, M. A. X, 7090.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Floridsdorfer Männergesangvereines „Harmonie" um Ermäßigung der Gebühr per 9 K 72 h für die Fundierung des Grabsteines des Ehrenchormeisters Willibald Janauschek im Zentral-Friedhofe und beantragt die Übernahme der Fundierungskosten per 5 K auf das Friedhofskonto. (Angenommen.)

(P. Z. 12779, M. A. XV, 8468.) **St.-R. Tomola** referiert über die Note des Bezirksschulrates, betreffend die Zustimmung zur Zuerkennung einer Wegentschädigung an den provisorischen katholischen Religionslehrer P. Aquinas Bauer anläßlich der Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes an der allgemeinen Volksschule für Mädchen V., Diehlgasse 2 in der Zeit vom 19. September 1905 bis 10. Juli 1906 und vom 18. September 1906 bis 5. Juli 1907, und beantragt die Zustimmung. (Angenommen.)

(P. Z. 12811, B. A. V, 37210.) St.-R. Tomola referiert über den Voranschlag, betreffend die Bedürfnisse im Schuljahre 1907/08 und Subventionsansuchen der Diehl'schen Stiftungsschule, und beantragt:

1. Es sei der von der Leitung der Karl Diehl'schen Stiftungsschule vorgelegte, von der Stadtbuchhaltung überprüfte Voranschlag über die Bedürfnisse dieser Schule im Verwaltungsjahre 1907/08 mit dem Gesamterfordernisse von 14.765 K 10 h im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 1. Oktober 1880, Z. 4986, zu genehmigen.

2. Es wird der genannten Stiftung zur Deckung der für das Verwaltungsjahr 1907/08 voraussichtlichen Abgänge eine Subvention im Betrage von 2100 K gewährt. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 12807, B. A. II, 73798.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Vereines deutscher Turner um leihweise Überlassung von 30 Holzstäben und 3 Matratzen aus der Volksschule II., Vereinsgasse 29 für das am 19. Oktober 1907 stattfindende Schauturnen und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(P. Z. 12776, B. Sch. R., 7319/05.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Bezirksschulrates, betreffend die Zustimmung zur Versetzung der Lehrerin I. Klasse Elisabeth Pfeiffer von der Mädchen-Volksschule XIII., Diesterweggasse 30, an die Mädchen-Volksschule XIII., Am Platz 2, und beantragt, die Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

(P. Z. 12843, B. A. XVIII, 26037.) St.-R. Tomola referiert über den Rekurs des Josef Petersilka wider die mit dem Bezirksamts-Dekrete vom 2. Juli 1907 erfolgte Abweisung seines Ansuchens um Übernahme der Verpflegskosten per 19 K 20 h für das Dienstmädchen Anna Klaskova auf die Dienstbotenkrankenkassa und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(P. Z. 12780, M. A. XV, 8467.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Bezirksschulrates, betreffend die Zustimmung zur Zuerkennung einer Wegentschädigung an den provisorischen katholischen Religionslehrer P. Eucherius Pludra anläßlich der Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes an der allgemeinen Volksschule für Knaben V., Stolberggasse 53, in der Zeit vom 21. September 1906 bis 4. Juli 1907 und beantragt, die Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

(P. Z. 12817, B. A. XVIII, 21656.) St.-R. Tomola referiert über Gesuche um Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des XVIII. Bezirkes und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(P. Z. 12682, M. A. III, 3070.) St.-R. Tomola referiert über das Anerbieten der Wiener Baugesellschaft zur Entrichtung eines Pauschalbetrages von 3100 K für die Überlassung eines Teiles der Kat.-Parz. 782 (Gentzgasse) zur Arrondierung der Baustelle 1, sowie für die Übertragung der Kat.-Parz. 180/4 Einl.-Z. 2027 (verlängerte Karl Ludwigstraße) in das Verzeichnis für das öffentliche Gut und beantragt:

Behufs Arrondierung der durch die Parzellierung der Einlage 176 Grundbuch Währing entstehenden Baustelle 1 überläßt die Gemeinde Wien der Wiener Baugesellschaft einen Teil der in dem Verzeichnisse des öffentlichen Gutes inneliegenden Kat.-Parz. 782 Währing per 10·31 m²; ferner überträgt die Gemeinde Wien die Kat.-Parz. 180/4 und 180/5 Einl.-Z. 2027 Grundbuch Währing per 57·56 m², beziehungsweise 0·31 m² in das Verzeichnis für das öffentliche Gut.

Die Wiener Baugesellschaft bezahlt an die Gemeinde einen bei Vertragsunterfertigung fälligen Pauschalbetrag von 3100 K.

Sämtliche mit diesem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt die genannte Gesellschaft.

Durch dieses Rechtsgeschäft werden die gelegentlich der Parzellierung der Einlage 576 Grundbuch Währing zu stellenden Bedingungen nicht berührt. Jedoch sind sämtliche von der erwähnten Liegenschaft zu Straßenzwecken entfallenden Grundflächen unentgeltlich, lastenfrei und in der richtigen Höhenlage an die Gemeinde abzutreten. (Angenommen.)

(P. Z. 12710, M. A. XV, 6920.) St.-R. Tomola referiert über die Installierung eines Skioptikons in der Knaben-Volks- und Bürgerschule XVIII., Schopenhauerstraße 79, und beantragt:

Der Stadtrat wolle die Installation des Skioptikons in dem Lehrzimmer der III. Klasse Bürgerschule der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Knaben XVIII., Schopenhauerstraße 79, mit dem Gesamtkostenerfordernisse von 1200 K und die jährlichen Betriebskosten per 100 K genehmigen und die Installationsarbeiten der Firma Josef Englmann, VIII., Josefstädterstraße 87, nach ihrem Offerte übertragen. (Angenommen.)

(P. Z. 11916, M. A. XV, 8561.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Bürgerschullehrers I. Klasse Josef Feder um Urlaubsbewilligung für Studien im Freihandzeichnen an der k. k. Kunstgewerbeschule und beantragt:

Der Stadtrat wolle zustimmen, daß dem Bürgerschullehrer I. Klasse Josef Feder behufs Fortsetzung seiner Studien im Freihandzeichnen ein Urlaub vom 16. September 1907 bis 15. September 1908 gegen Karenz der Bezüge und Zahlung der Pensionsfonds- und Bibliotheksbeiträge während der Urlaubsdauer erteilt werde. (Angenommen.)

(P. Z. 12725, B. A. XVIII, 30899.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Benno und Albert Finkelstein um Baubewilligung für Zubauten auf den Realitäten Einl.-Z. 867 und 894 Grundbuch Gersthof, Ferrogasse, Ecke Witthauergasse im XVIII. Bezirke und beantragt:

Die vom magistratischen Bezirksamte für die in der Augenscheinsaufnahme näher bezeichneten Bauherstellungen zu erteilende Baubewilligung wird unter der Bedingung bestätigt, daß die Bauwerber im Baukonsense verpflichtet werden, für die Abteilung der Realität Einl.-Z. 894 Gersthof, von den Stammeinlagen vor Erteilung des Benützungskonsenses die Bewilligung der Baubehörde nachträglich einzuholen, sowie grundbücherlich durchzuführen und den Bedingungen dieser Bewilligung vollständig zu entsprechen, sowie ferner die grundbücherliche Abschreibung des von dieser Realität zur Ferrogasse entfallenden Straßengrundes und die satz- und lastenfreie Zuschreibung in das Verzeichnis über das öffentliche Gut und die Übergabe desselben über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien im richtigen Niveau in den physischen Besitz gleichfalls bis zur Erteilung des Benützungskonsenses, nachzuweisen. (Angenommen.)

St.-R. Tomola referiert über Noten des Bezirksschulrates, betreffend die Lehrstellensystemisierung an Volks- und Bürgerschulen, und beantragt:

(P. Z. 12716, M. A. XV, 8611.) Der Stadtrat wolle zustimmen, daß vom Beginne des Schuljahres 1907/08 an der Lehrstatus

1. an der allgemeinen Mädchen-Volksschule II., Leopoldsgasse 3, bei einem Stande von 10 Klassen-Abteilungen aus 1 Oberlehrerin, 7 Lehrerinnen I. Klasse, 2 Volksschullehrerinnen II. Klasse und der Schulaushilfslehrerin;

2. an der allgemeinen Volksschule II., Czerninplatz 3, bei einem Stande von zehn Klassen-Abteilungen aus 1 Oberlehrer, 7 Lehrern I. Klasse, 2 Volksschullehrern II. Klasse und dem Schulaushilfslehrer;

3. an der Knaben-Bürgerschule II., Sterneckplatz 1 bei einem Stande von fünf Klassen-Abteilungen aus 1 Direktor, 3 Bürgerschullehrern I. Klasse und 2 Bürgerschullehrern II. Klasse besteht.

(P. Z. 12713, M. A. XV, 9014.) Der Stadtrat wolle zustimmen daß von Lehrstatus der Knaben-Bürgerschule XVIII., Alseggerstraße 18 bei drei Klassen-Abteilungen aus 1 Direktor, 1 Bürgerschullehrer I. Klasse der zweiten Fachgruppe und je einem Bürgerschullehrer II. Klasse der ersten und dritten Fachgruppe zu bestehen hat.

(P. Z. 12775, M. A. XV, 9111.) Der Stadtrat wolle zustimmen zur Systemisierung von zwei weiteren Lehrstellen I. Klasse an der Mädchen-Volksschule XVIII., Leopold Ernstgasse 37.

(P. Z. 12801, M. A. XV, 5747.) Der Stadtrat wolle zustimmen zur Systemisierung einer weiteren Lehrstelle I. Klasse an der Mädchen-Bürgerschule I., Zedlitzgasse 9.

Die Referenten-Anträge werden angenommen.

(P. Z. 12714, M. A. XV, 8834.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Oberlehrers Fritz Tisch um Bewilligung zur Einrichtung der Gasbeleuchtung in seiner Naturalwohnung V.,

Diehlgasse 2, auf eigene Kosten und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(P. Z. 12711, M. A. XV, 9017.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Stadtgarten-Direktors um unentgeltliche Überlassung von alten Schulbänken, behufs Überdeckung der Putzschächte in der Straßenbahnremise Kagran, zur Unterbringung von Pflanzen für den Winter und beantragt die unentgeltliche Überlassung von 200 alten Schulbänken gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(P. Z. 12712, M. A. XV, 9050.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Bezirksschulrates, betreffend die Urlaubsverlängerung für den provisorischen Lehrer II. Klasse Josef Edlhauser, und beantragt:

Es sei zur Verlängerung des Urlaubes des provisorischen Lehrers II. Klasse Josef Edlhauser für die Zeit vom 16. September 1907 bis 15. September 1908 gegen Karenz der Bezüge, jedoch gegen termingemäße Einzahlung der Pensionsfonds- und Bibliotheksbeiträge behufs weiterer Versehung einer provisorischen Präfektenstelle am niederösterreichischen Landes-Lehrerseminare in St. Pölten die Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

(P. Z. 12729, M. A. XV, 8463.) St.-R. Tomola referiert über die Auflassung der Schulleiterwohnung an der Mädchen-Volksschule III., Paulusplatz 4 und beantragt:

1. Die Auflassung der Schulleiterwohnung an der Mädchen-Volksschule III., Paulusplatz 4 und die Adaptierung derselben zu Lehrzimmern wird genehmigt.

2. Dem Oberlehrer Heinrich Wurmbauer wird ab 1. August 1907 die Quartiergeldentschädigung per 1100 K jährlich angewiesen und ist der Bezirksschulrat zu ersuchen, dem Genannten diese Quartiergeldentschädigung von dem bezeichneten Tage an zuzuerkennen. (Angenommen.)

(P. Z. 12655, M. A. VI, 1388.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des k. und k. Hoflieferanten Karl v. Schmoll um Bewilligung zur Pflasterung des Trottoirs vor seinem Hause XVIII., Martinsstraße 28, mit Kunststeinen eigener Erzeugung und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(P. Z. 12717, M. A. XV, 9051.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Bezirksschulrates, betreffend die Zustimmung zum Diensttausche des Direktors der Bürgerschule für Knaben XVII., Kalvarienberggasse 33, Anton Püchl, sowie des Direktors der Mädchen-Volks- und Bürgerschule für Knaben XVII., Geblergasse 29, Oskar Goldbach und beantragt, die Zustimmung gemäß dem Magistrats-Antrage zu erteilen. (Angenommen.)

(P. Z. 12736, M. A. III, 4554.) St.-R. Tomola referiert über das Anerbieten der Wiener Baugesellschaft zur käuflichen Überlassung von zwei Baustellen der Währinger Brauhaus-Realität und beantragt, das Offert im Sinne des Magistrats-Antrages abzulehnen. (Angenommen.)

(P. Z. 12774, M. A. XV, 8895.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Bezirksschulrates, betreffend die Zustimmung zur Zuerkennung der vollen Pensionsbezüge an den Oberlehrer der Knaben-Volksschule V., Einsiedlergasse 1, Peter Fellner, und beantragt, dem Oberlehrer Peter Fellner den Ruhegehalt im Betrage seines letzten anrechenbaren Jahresbezuges zuzuerkennen. (Angenommen.)

(P. Z. 12777, M. A. XV, 8535.) St.-R. Tomola referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Mangel an Bewerbern um Bezirksaushilfslehrerstellen an Bürgerschulen, und beantragt:

Dem Bezirksschulrat ist über die Zuschrift vom 19. August 1907, Z. 7352, behufs Weiterleitung an den k. k. n.-ö. Landesschulrat, beziehungsweise an das k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht mitzuteilen, daß der Stadtrat nicht in der Lage ist, den Lehrer I. Klasse Josef Graf zum Bezirksaushilfslehrer mit dem Stande an einer Wiener Bürgerschule zu ernennen, weil derselbe bereits mehr als zehn definitive Dienstjahre zurückgelegt hat, somit gemäß § 40 des n.-ö. Landesgesetzes vom 25. Dezember 1904, L.-G.-Bl. Nr. 99, im Falle der Ernennung sofort zum Bürgerschullehrer I. Klasse vorrücken, der vom k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht mit dieser Ernennung verfolgte Zweck der endlichen Besetzung einer der Bezirksaushilfslehrerstellen somit nicht erreicht, vielmehr nur die Wiener Lehrerschaft und die Wiener städtische Lehrerpensionskassa ganz zwecklos geschädigt würde.

Weiters ist der Bezirksschulrat zu ersuchen, geeignete Maßnahmen vorzuschlagen, welche voraussichtlich eine regere Bewerbung um die Bezirksaushilfslehrer(innen)stellen mit dem Standorte an Bürgerschulen hervorrufen dürften. (Angenommen.)

(P. Z. 12802, M. A. XXII, 1515.) **St.-R. Schneider** referiert über das Anerbieten des Peter Rea zur Reinigung der Feuerzüge und Rauchkanäle der Dampfkessel im Neuen Rathause für die Zeit vom 1. Oktober 1907 bis 30. September 1910 um das Jahrespauschale von 390 K und beantragt, das Offert im Sinne des Magistrats-Antrages zu genehmigen. (Angenommen.)

(P. Z. 12773, M. A. XXII, 2259.) St.-R. Schneider referiert über die Zuschrift des Magistrates, betreffend die Verschiebung der für den 28. September 1907 angeordneten Lokal-Kommission hinsichtlich der Vornahme von Renovierungen im Alten Rathause auf den 1. Oktober 1907, 10 Uhr vormittags, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(P. Z. 12684, M. A. III, 4250.) St.-R. Schneider referiert über das Anerbieten der Josefine Sorger zur käuflichen Überlassung von $^{30}/_{48}$-Anteilen der Liegenschaft Einl.-Z. 2290 III. Bezirk, im Ausmaße von 17.425·44 m² an der Guglgasse nächst den städtischen Gaswerken um 185.145 K und beantragt, das Offert wegen zu hoher Forderung im Sinne des Magistrats-Antrages abzulehnen. (Angenommen.)

(P. Z. 9862, St. E. W., 7966.) St.-R. Schneider referiert über die Legung einer Drehstrom-Hochspannungsleitung über Südbahngrund zur Fabriksanlage der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft und beantragt, der Stadtrat wolle genehmigen, daß anläßlich der Legung einer Drehstrom-Hochspannungsleitung zur Fabriksanlage der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft wegen der hiebei erforderlichen Unterfahrung der Wien—Pottendorfer Bahn auf Bahngrund an die k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft der mit

Zuschrift der Bahnerhaltungssektion Pottendorf vom 20. Juni 1907, Z. 677, im Entwurfe übersandte Revers ausgestellt wird.

(Angenommen.)

(P. Z. 12707, M. A. XIV, 6528.) St.-R. Schneider referiert über das Ansuchen des Anton Hein um Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau eines Wohnhauses auf der Realität Einl.-Z. 1682 und 1669 Innere Stadt, Or.-Nr. 10 Dominikanerbastei im I. Bezirke und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Magistrats-Antrages zu bestätigen und von einer Entschädigung für die Balkonanlage, wie üblich, abzusehen.

(Angenommen.)

(P. Z. 12704, M. A. XIV, 6138.) St.-R. Schneider referiert über das Ansuchen des Eduard Egon Landgrafen zu Fürstenberg um Bewilligung zu baulichen Herstellungen im Hause I., Himmelpfortgasse 13, und beantragt, die Baubewilligung unter der Bedingung zu bestätigen, daß für die beiden im Trottoir herzustellenden Ausmündungsöffnungen der Ventilationsschachte ein Platzzins von zusammen 8 K vom Tage der Baubewilligung angefangen immer im vorhinein an die städtische Hauptkassa entrichtet werde und daß diese beiden Öffnungen über jedesmaliges Verlangen der Gemeinde Wien beseitigt werden und der ursprüngliche Zustand des Straßenkörpers wieder hergestellt werde. Von der Ausstellung und Einverleibung eines Reverses werde abgesehen.

(Angenommen.)

(P. Z. 12646, M. A. III, 4895, 4896.) St.-R. Schneider referiert über das Anerbieten der Gutsherrschaft Gaiceana (Rumänien) sowie der Frau Therese Plitzka zur käuflichen Überlassung des Schlosses St. Peter bei Perjamos in Ungarn, beziehungsweise von zwei Häusern nebst Garten nächst dem Markte Mühldorf im Waldviertel und beantragt, das Offert bezüglich des Schlosses in Ungarn im Sinne des Magistrats-Antrages abzulehnen, dagegen bezüglich der Häuser im Waldviertel vorerst eine Äußerung der Magistrats-Abteilung XII einzuholen. (Angenommen.)

(P. Z. 12718, M. A. XXII, 2204.) St.-R. Schneider referiert über das Ansuchen des „Verbandes für die Materialprüfungen der Technik" um eine Subvention und beantragt:

1. Die Bewilligung einer Subvention von 100 K pro 1907.

2. Das Stadtbauamt wird beauftragt, zu den in Wien stattfindenden Versammlungen des Verbandes einen Vertreter zu entsenden. (Angenommen; Punkt 1 an den Gemeinderat.)

(P. Z. 12761, M. A. IX, 3779.) St.-R. Schneider referiert über die Rekonstruktion der Wasserläufe aus den Schwemmen der Szallasengruppen II und III am Zentral-Viehmarkt St. Marx und beantragt:

1. Die Rekonstruktion der schadhaften Wasserläufe aus den Schwemmen der Szallasengruppen II und III auf dem Zentral-Viehmarkte in St. Marx wird mit einem Kostenaufwande von 3450 K genehmigt.

Die Erd- und Baumeisterarbeiten werden der Firma Pittel & Brausewetter auf Grund des Offertes vom 12. September 1907 übertragen. (Angenommen.)

(P. Z. 12814, B. A. XI, 17026.) St.-R. Schneider referiert über die Auswechslung der Pläne für den Bau der Arkaden und Kolumbarien im Zentral-Friedhofe hinsichtlich der Decken- und Dachkonstruktion, der Fassadierung und der Anlage eines Rohrkanales zur Entwässerung der Lichtgrabenschachte und beantragt die Erteilung der Bewilligung für die bezeichneten Planabweichungen gemäß dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(P. Z. 12809, B. A. IV, 24709.) **St.-R. Brzezowsky** referiert über den Rekurs des Dr. Viktor v. Hofstättner wider das Bezirksamts-Dekret vom 11. Juli 1907, betreffend sanitätspolizeiliche Übelstände im Hause IV., Resselgasse 5, und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(P. Z. 12818, B. A. IV, 2299.) St.-R. Brzezowsky referiert über Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des IV. Bezirkes und beantragt die Ermäßigung der Gebühren im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(P. Z. 12522, M. A. XIII, 1887.) **St.-R. Dr. Deutschmann** referiert über die Verleihung von vier Ausstattungsbeträgen von je 400 K aus der Anton und Josefine Kittenberger'schen Heiratsausstattungsstiftung und beantragt, je einen Stiftplatz zu verleihen den Bewerberinnen Pauline Pfisterer, Karoline Singer Ottilie Flament und Hermine Krali. (Angenommen.)

(P. Z. 12673, M. A. VIII, 2542.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen des k. k. Notars Franz Krischker um Zustimmung zur Löschung der auf den Realitäten Einl.-Z. 1160 und 1165 Grundbuch Döbling zugunsten der Gemeinde Wien haftenden Reallast, betreffend die Duldung der Hochquellenleitung in der projektierten Verlängerung der Cottagegasse (zwischen der Prinz Eugen- und Chimanistraße), XIX. Bezirk, und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages.

(Angenommen.)

(P. Z. 12664, M. A. VI, 3788.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Forderung der Firma A. E. Neumann & Komp., I., Hafnersteig 4, auf Ersatz von 190 K anläßlich des auf der Marienbrücke angeblich wegen der starken Bespritzung erfolgten Sturzes eines Pferdes und beantragt die Ablehnung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(P, Z. 12694, M. B. A. I, 43298.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Zuschrift der k. k. Bezirkshauptmannschaft Prerau, betreffend die Aufteilung der der Aktiengesellschaft der Dolloplasser Zuckerfabrik pro 1907 vorgeschriebenen Erwerbsteuer per 20.503 K 2 h, und beantragt, von einem Rekurse abzusehen.

(Angenommen.)

(P. Z. 10609, M. A. XXII, 1384.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Ablösung des Hausgeldes und des Kooperatorenbeitrages der Pfarre Penzing und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien lehnt das Ansuchen des Pfarrers und des Mesners von Penzing, in eine Ablösung des von der ehemaligen Gemeinde Penzing an den jeweiligen Pfarrer, beziehungsweise Mesner von Penzing geleisteten Hausgeldes und Kooperatorenbeitrages, sowie des von der ehemaligen Gemeinde Breitensee an diese Funktionäre entrichteten Hausgeldpauschales einzugehen und diese Leistungen bis zum Abschlusse des Vergleiches seit dem Jahre

1898 nachzuzahlen, mit der Begründung ab, daß sie in den fraglichen Leistungen nur in dem Pfarrverbande ruhende und dessen Zwecke dienenden, nicht aber die Ortsgemeinde als solche treffende Verpflichtungen erblickt. Solche Verpflichtungen zu erfüllen, ist aber die Gemeinde Wien nach dem heutigen Stande der Gesetzgebung und der Judikatur des k. k. Verwaltungsgerichtshofes ohne speziellen Rechtstitel weder berechtigt noch verpflichtet.

2. Die Gemeinde Wien verzichtet auf den Rückersatz des vom Mesner in den Jahren 1891 bis 1897 im guten Glauben bezogenen Mehrbetrages an Hausgeld per 404 K 25 h.

(Angenommen; Punkt 1 an den Gemeinderat.)

(P. Z. 12643, St. Str. B., 558, 565, 653 ex 1906 U.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Entscheidungen der k. k. Finanz-Landes-Direktion Wien vom 9. Juli 1907, Z. IX, 1670, vom 26. Juli 1907, Z. IX, 767 und vom 26. Juli 1907, Z. IX, 1768, betreffend die Aufteilung der Urteilsgebühr in den gegen die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" als Beklagte angestrengten Schadenersatzprozessen der Kläger Franziska Oliva, Charlotte Fantl und Arnold Grünhut, und beantragt:

Es wird gegen diese Entscheidungen die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ergriffen und die Straßenbahn-Direktion beauftragt, die bezüglichen Beschwerden einzubringen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 12726, Z. Sp. 596.) **Vize-Bürgermeister Dr. Porzer** referiert über das Ansuchen des Ausschusses der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien um Anbringung von Plakatstreifen an den Straßenbahnwagen anläßlich der Erhöhung des Zinsfußes für die Einlagen von $3^3/_4$ Prozent auf 4 Prozent und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(P. Z. 12757, M. A. III, 4552.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über das Ansuchen Ihrer Durchlaucht Franziska Prinzessin v. Metternich-Winneburg um Vornahme von Adaptierungen in ihrer Wohnung Nr. 19 im Bürgerspitalfondshause I., Freisingergasse 4 und beantragt, die verlangte Herstellung eines Baderaumes gegen Erhöhung des jährlichen Mietzinses um 344 K zu bewilligen. (Angenommen.)

(P. Z. 11702, M. A. III, 4953.) **St.-R. Hölzl** referiert über das Anerbieten des Anton Warmuth, Eigentümers der Realität XIX., Billrothstraße 86, zur käuflichen Erwerbung eines Teiles der angrenzenden städtischen Realität Kat.-Parz. 631/3, Einl.-Z. 1231 Grundbuch Ober-Döbling per zirka 151·51 m² um 5300 K und beantragt, das Offert im Sinne des Protokolles vom 21. September 1907 zu genehmigen. (Angenommen.)

(P. Z. 12663, M. A. III, 3626.) St.-R. Hölzl referiert über den Verkauf eines Teiles der Kat.-Parz. 1001/7, Einl.-Z. 563 Heiligenstadt (Kahlenbergerstraße), XIX. Bezirk, an die Eheleute Rudolf Friedrich und Charlotte v. Mollenbruck und beantragt:

Es wird genehmigend zur Kenntnis genommen, daß in den auf Grund des Stadtrats-Beschlusses vom 26. April 1907, Z. 5463, bezüglich des Verkaufes eines Teiles der Kat.-Parz. 1001/7, Einl.-Z. 563 Grundbuch Döbling, abzuschließenden Kaufvertrag an Stelle des Anton Muth Rudolf Friedrich Musil Edler v. Mollenbruck und Charlotte Musil Edle v. Mollenbruck eintreten, daß ferner die im Plane B mit den Buchstaben a d d, a' a umschriebene Teilfläche der oberwähnten Parzelle per 29·39 m² in das Verzeichnis für das öffentliche Gut übertragen wird und daß die Käufer die Verpflichtung übernommen haben, diese Grundfläche über jeweilige Aufforderung der Gemeinde auf ihre Kosten in die richtige Höhenlage zu bringen.

Zur Sicherstellung dieser Verpflichtung haben die Käufer eine Kaution in der Höhe von 100 K erlegt. (Angenommen.)

(P. Z. 12762, M. A. IX, 41.) St.-R. Hölzl referiert über Ansuchen von Weinbauvereinen, des Österreichischen Kleintierzuchtvereines, des Österreichischen Tierschutz- und Tierasylvereines und des Zentral-Vereines für Bienenzucht in Österreich um Bewilligung von Subventionen pro 1907.

Die Referenten-Anträge werden angenommen*); an den Gemeinderat.

(P. Z. 12805, M. A. XXII, 443.) St.-R. Hölzl referiert über die Installation der elektrischen Beleuchtung im Gebäude der Bezirksvertretung des XIX. Bezirkes, Gatterburggasse 14, und beantragt:

1. Die Installation der elektrischen Beleuchtung im Sitzungs-Saale und den Bureaux der Bezirksvorstehung für den XIX. Bezirk wird nach den Anträgen des Stadtbauamtes genehmigt.

2. Die Installationsarbeiten werden an die Firma Adolf Hofmann, die Lieferung der Beleuchtungskörper an die Firma R. Ditmar in Gemäßheit ihrer Offerte unter Festsetzung einer zweijährigen Haftzeit vergeben, die Glühlampen sind von den städtischen Elektrizitätswerken zu beziehen und die Professionisten- und sonstigen Arbeiten von den kurrenten Unternehmern auszuführen.

3. Für die Installationsarbeiten wird ein Kostenbetrag von 1800 K und für die jährlichen Mehrauslagen für den Betrieb bei der elektrischen Beleuchtung (Stromkosten) ein Betrag von 100 K genehmigt. (Angenommen.)

(P. Z. 12763, M. A. X, 2602.) St.-R. Hölzl referiert über die Renovierung des Leichenhauses im Ober-Döblinger Friedhofe und beantragt, die im Augenscheins-Protokolle vom 19. September ersichtlichen Renovierungen des linksseitigen Gebäudes des Ober-Döblinger Friedhofes zu genehmigen und zur Rubrik XXXIII 4 a einen Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses per 3800 K zu bewilligen. (Angenommen.)

(P. Z. 12842, B. A. XIX, 14995.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen des Julius Wohlmuth um Bestimmung der Schadloshaltung für den von der Realtät Einl.-Z. 408 Grundbuch Ober-Döbling, Dollinergasse 3, XIX. Bezirk, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 53·47 m² und beantragt, die Schadloshaltung im Sinne des Bezirksamts-Antrages mit zusammen 712 K 94 h zu bestimmen. (Angenommen.)

(P. Z. 12856, M. A. XV, 6678.) **St.-R. Tomola** referiert über die Parallelklassen-Eröffnung an der Abteilung für Schwachsinnige XVIII., Anastasius Grüngasse 10, und beantragt:

Zur Belassung einer Parallele zur II. Klasse und zur Eröffnung einer Parallele zur III. Klasse der genannten Schule wird für das Schuljahr 1907/08 die Zustimmung erteilt. Die Gemeinde

*) Siehe Amtsblatt Nr. 79 vom 1. Oktober 1907, Seite 2241.

behält sich jedoch den Regreßanspruch gegen den zur Tragung der Kosten für die Spielschule Verpflichteten vor. (Angenommen.)

(P. Z. 12810, B. A. V, 37858.) **St.-R. Hallmann** referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Tischler um Überlassung des Zeichensaales der Knaben-Bürgerschule V., Bachergasse 14, für Freitag jeder Woche des laufenden Schuljahres von 7 bis 9 Uhr abends zur Abhaltung eines Meisterkurses für Buchhaltung und Kalkulation und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(P. Z. 12731, 12813, B. A. X, 57166, 51128.) **St.-R. Rissaweg** referiert über das Ansuchen der Firma Hutter & Schrantz, sowie des Josef Schembera um Baubewilligung für einen Lager- beziehungsweise Arbeitsschupfen auf der nicht parzellierten Realität Einl.-Z. 536 Inzersdorf-Stadt, Trostgasse, beziehungsweise Einl.-Z. 220 Inzersdorf-Stadt, Windtenstraße im X. Bezirke und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bestätigen. (Angenommen.)

(P. Z. 12778, M. A. XV, 8909.) St.-R. Rissaweg referiert über den Antrag des Ortsschulrates des X. Bezirkes auf Streichung des bisherigen Lieferanten von Handarbeitsmaterial Jakob Bauer aus dem Verzeichnisse der Lieferanten des Handarbeitsmaterials für arme Schulkinder und beantragt, den Genannten aus dem Verzeichnisse zu streichen und dafür Karl Henkel, Kaufmann, X., Siccardsburggasse 60, aufzunehmen. (Angenommen.)

(P. Z. 12666, M. A. VI, 416.) St.-R. Rissaweg referiert über das Ansuchen der Viktualien-Verschleißerin Rosina Fahrbach um eine Entschädigung für den Geschäftsentgang anläßlich der Absperrung der Grasbergergasse, sowie des Viehtriebweges für den Kanalbau und beantragt, das Ansuchen abzulehnen. (Angenommen.)

(P. Z. 11910, B. A. X, 35010.) St.-R. Rissaweg referiert über Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des X. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(P. Z. 12020, M. A. XV, 6444.) **St.-R. Ferdinand Gräf** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für den Schulbau XVI., Herbststraße—Koppstraße und beantragt, zu vergeben:

Die Stukkaturerarbeiten gegen einen Nachlaß von 10 Prozent (Regiearbeiten 10 Prozent Aufzahlung) an Franz Chwatal, VII., Kaiserstraße 93.

Die Steinmetzarbeiten bei Verwendung von böhmischem Granit gegen einen Nachlaß von 29 Prozent an die Allgemeine österreichische Baugesellschaft, I., Dominikanerbastei 19.

Die Zimmermannsarbeiten gegen einen Nachlaß von 11 Prozent an Wenzel Tröster, XVI., Hasnerstraße 22.

Die Spenglerarbeiten gegen einen Nachlaß von 14 Prozent an Karl Holtschek, XVI., Speckbachergasse 33.

Die Schieferdeckerarbeiten gegen einen Nachlaß von 6·5 Prozent bei Verwendung von Eternit mit Pappenunterlage an Heigl & Dorn, XVI., Maroldingergasse 21.

Die Bautischlerarbeiten, und zwar für die Schule Herbststraße an Josef Zika, XV., Thaliastraße 110 und für die Schule Koppstraße an Franz Stipschitz, XVI., Sandleitengasse 32, gegen einen Nachlaß von je 13 Prozent.

Die Schlosserarbeiten gegen einen Nachlaß von 17 Prozent an Karl Heger, XVI., Yppenplatz 10.

Die Glaserarbeiten gegen einen Nachlaß von 15 Prozent an Emmerich Schulz, XVIII., Währingerstraße 147.

Die Asphaltiererarbeiten bei Verwendung von Prima Trinidad-Lake-Asphalt gegen einen Nachlaß von 34 Prozent an Otto Grafe's Nachfolger, II., Taborstraße 64.

Die Terrazzopflasterung gegen einen Nachlaß von 11 Prozent an Johann Reindl, II., Rembrandtstraße 2.

Die Granitsteinpflasterung an Karl Miksche, XVI., Koppstraße 46, gegen einen Nachlaß von 5 Prozent.

Die Zimmermalerarbeiten gegen einen Nachlaß von 15 Prozent an Rudolf Berlas, V., Johannagasse 11.

Die Tapeziererarbeiten gegen einen Nachlaß von 18 Prozent an Anton Sekera, II., Vorgartenstraße 199.

Die Tonwarenlieferung gegen einen Nachlaß von 1 Prozent an die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, I., Karlsplatz 1.

Die Wasserleitungseinrichtung, Klosettlieferung und Pissoirherstellung, sowie die Gasinstallation an Maluschek & Komp., IX., Glasergasse 11, gegen einen Nachlaß von 18·2 Prozent, beziehungsweise 18·6 Prozent; das Bauamt hat wegen Einführung der Kutschera'schen Selbstschlußhähne neuesten Systems in den Klosetts der Schulen mit der Firma zu verhandeln.

Weiters werden übertragen:

Die Möbeltischlerarbeiten gegen einen Nachlaß von 12 Prozent an Karl Stepanek, II., Mayergasse 5.

Die Schulbanklieferung gegen einen Nachlaß von 8 Prozent an Joh. Küttag, XX., Wallensteinstraße 57.

Die Turnsaaleinrichtung gegen einen Nachlaß von 11 Prozent an J. Plaschkowitz, III., Hauptstraße 64.

Die Schultafellieferung ist als kurrente Lieferung ausführen zu lassen.

Für die Anstreicherarbeiten ist eine neuerliche Offertverhandlung mit kurzem Termin auszuschreiben. (Angenommen.)

(P. Z. 12076, M. A. VII, 723.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über das Ansuchen der Firma H. Rella & Komp. um Nachsicht der Überschreitung des Termines für die Durchführung des Kanalbaues in der Koppstraße, XVI. Bezirk (4. Teilstrecke), um 12 Arbeitstage und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(P. Z. 12016, M. A. IV, 2373.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über das Ansuchen der Freiwilligen Feuerwehr Ottakring um Bewilligung einer Subvention von 400 K zur Beschaffung neuer Mannschaftshelme und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 12769, M. A. XI, 37901.) **St.-R. Knoll** referiert über die Verleihung von Diplomen an Armenräte des XXI. Bezirkes als Anerkennung ihrer verdienstvollen Wirksamkeit und beantragt, den nachfolgenden Personen ein Diplom zu verleihen, und zwar:

Johann Schöpfleuthner, Obmann des Armeninstitutes Floridsdorf, Fabrikant und Hausbesitzer;

Karl Brosch, Obmann-Stellvertreter des Armeninstitutes XXI., Bäcker und Hausbesitzer;

Karl Rohel, Schriftführer des Armeninstitutes XXI., Lehrer;

Laurenz Krammer, Schriftführer-Stellvertreter des Armeninstitutes XXI.;

Wenzel Kmonicek, Schlosser und Hausbesitzer;

Leopold Stoisl, Oberlehrer und Hausbesitzer;

Johann Jakob Wrbka, Oberlehrer und Hausbesitzer;

Wilhelm Steinleitner, Lehrer;

Ernst Gärtner, Hausbesitzer;

Viktor Feßl, Kaufmann;

Adalbert Sigl, Hausbesitzer;

Leopold Wagner, Gemischtwarenhändler und Hausbesitzer;

Heinrich Zika, Schuhmacher und Hausbesitzer;

Josef Ergler, Kohlenhändler;

Johann Perl, Friseur;

Anton Fleischl, Hausbesitzer;

Karl Judex, Privatier;

Josef Kummer, Hausbesitzer;

Franz Köhler, Dekorationsmaler und Hausbesitzer;

Moritz Wallesch, Kontrollor;

Johann Höberth, Kurzwaren-Verschleißer;

Johann Kormunda, Bäcker und Hausbesitzer;

Ferdinand Sendner, Schuhmacher und Hausbesitzer;

Karl Nägerl, Lehrer;

Johann Berger, Kaufmann;

Georg Huber, Wirtschaftsbesitzer;

Josef Baumann, Wirtschaftsbesitzer;

Johann Hackenberg, Wirtschaftsbesitzer;

Franz Jochlinger Wirtschaftsbesitzer;

Johann Poppinger sen.;

Richard Oehribauer, Bürstenbinder. (Angenommen.)

(P. Z. 12841, B. A. XXI, 28286.) St.-R. Knoll referiert über das Ansuchen der Marktviktualienhändlerin Anna Adolf um Bewilligung zur Aufstellung eines Grünwarenstandes auf Gemeindegrund gegenüber dem Eingangstore zur Fabrik Shuttleworth XXI., Shuttleworthstraße 8, und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(P. Z. 12857, B. A. XXI, 32023.) **St.-R. Hoß** referiert über das Ansuchen des Karl Siegmund um Verlängerung des Pachtvertrages, betreffend das Jagdgebiet Strebersdorf, XXI. Bezirk, und beantragt, im Sinne des § 10 des Wiener Jagdgesetzes zu beschließen, zu der Verlängerung des hinsichtlich des Gemeindejagdgebietes Strebersdorf im XXI. Bezirke abgeschlossenen Pachtvertrages für die nächste Jagdperiode, ohne Vornahme einer öffentlichen Versteigerung die Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

(P. Z. 12007, St. Str. B., 8816/54, 0.) **St.-R. Schwer** referiert über das Anerbieten der königlichen Eisenbahn-Direktion München zur unentgeltlichen Anbringung der Plakate der Wiener Straßenbahn-Rundfahrten in den ihr unterstehenden Stationen gegen unentgeltliche Anbringung von Plakaten an den Straßenbahnwagen anläßlich der Münchener Ausstellung 1908 und beantragt:

Der Stadtrat wolle genehmigen, daß der königlichen Eisenbahn-Direktion München als Gegenleistung für die kostenlose Anbringung der Plakate über Wiener Rundfahrten in den Warte- beziehungsweise Schaltervorräumen der ihr unterstehenden Stationen die kostenlose Auflegung von auf die Münchner Ausstellung 1908 bezughabenden Reklamekarten, wenn sie etwa die Größe von Postkarten haben, in den Salonwagen der städtischen Straßenbahn angeboten wird. (Angenommen.)

(P. Z. 12755, M. D., 3287.) St.-R. Schwer referiert über die Zuerkennung von Remunerationen an Beamte und Bedienstete für die Verfassung des statistischen Jahrbuches pro 1905 und beantragt die Bewilligung von Remunerationen im Gesamtbetrage von 2360 K im Sinne des Antrages der Magistrats-Direktion. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom **26. September 1907.**

Vorsitzender: Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende:

Braun,	Dr. Krenn,
Brauneiß,	Oppenberger,
Brzezowsky,	Rain,
Büsch,	Rissaweg,
Gräf Ferdinand,	Schneider,
Grünbeck Sebastian,	Schwer,
Gjottbauer,	Straßer,
Hallmann,	Tomola,
Hölzl,	Weitmann,
Hoß,	Wessely.
Knoll,	

Entschuldigt: St.-R. Dr. Deutschmann, Hraba.

Beurlaubt: St.-R. Hörmann, Rauer, Schreiner, Zatzka.

Experte: G.-R. Ritter v. Findenigg.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Formanek.

Vize-Bürgermeister Hierhammer eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß infolge Ablaufes der Mandatsdauer die Neuwahl von zwei Mitgliedern und drei Ersatzmännern in die Disziplinar-Kommission erforderlich ist.

Die Wahl wird vorgenommen.

(12912, B. A. XV, 17927.) **St.-R. Brauneiß** referiert über das Ansuchen des Robert Jadrniček um Baukonsens und Bestimmung der Schadloshaltung für den Neubau XV., Thalgasse 1, und beantragt:

Die Schadloshaltung für den in der Thalgasse 1 abzutretenden Grund im Ausmaße von 19 m² mit 35 K per Quadratmeter, das ist in Summa mit 665 K zu bestimmen und dem vom Magistrate zu erteilenden Baukonsense die Bestätigung unter der Voraussetzung zu erteilen, daß für die projektierte Erkeranlage im Gesamtausmaße von 9·60 m² bei Berechnung der Schadloshaltung die dreifache Erkerfläche, d. i. 28·80 m² von dem zur Straßenerweiterung ab-

zutretenden Grunde per 19 m² in Abzug gebracht, beziehungsweise unter Zugrundelegung einer allenfalls mit 35 K per Quadratmeter bestimmten Schadloshaltung für die projektierte Erkerherstellung eine Aufzahlung von (28·80 — 19) × 35, d. i. 343 K vor Erteilung des Baukonsenses bei der Hauptkassa-Abteilung für den XV. Bezirk erlegt werde.

Die grundbücherliche Durchführung hätte durch die Gemeinde auf Kosten des Gesuchstellers zu erfolgen und wäre die Gültigkeit der Schadloshaltung mit zwei Jahren festzusetzen.

(Angenommen.)

(12883, M. A. XI, 33297.) St.-R. Brauneiß referiert über Armenrats-Ergänzungswahlen im XV. Bezirke und beantragt, die Wahl des Josef Loder und Simon Schroffner zu Armenräten des XV. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1907 zu bestätigen. (Angenommen.)

(12867, M. A. VII, 1091.) St.-R. Brauneiß referiert über das Ansuchen des Karl Schmidt, Bauaufsichts-Assistent, um Zehrungsbeitrag anläßlich des Kanalbaues in der Sueßgasse, XIV. Bezirk, und beantragt, dem Genannten für die Dauer der permanenten Aufsicht über den Kanalbau in der Sueßgasse im XIV. Bezirke einen Zehrungsbeitrag von 2 K täglich zuzuerkennen.

(Angenommen.)

St.-R. Rain referiert über Ansuchen um Freikarten für die städtische Straßenbahn und beantragt, zu genehmigen:

(12793, St. Str. B., 740.) Die Ausfertigung einer Freikarte zur Benützung des gesamten Straßenbahnnetzes pro 1907 für den blinden Wilhelm Kreuzer;

(12743, St. Str. B., 742.) einer Freikarte auf die Dauer des Schuljahres 1907/08 zur Fahrt auf der Strecke Simmeringer Hauptstraße — Rennweg — Lastenstraße — Getreidemarkt, für die Tochter Marie des in den Diensten der städtischen Straßenbahnen stehenden Wagenführers I. Klasse Ferdinand Gantner;

(12821, St. Str. B., 764.) einer Freikarte auf die Dauer des Schuljahres 1907/08 zur Fahrt auf der Strecke Favoritenstraße — Getreidemarkt für die Tochter Anna des Beamten der städtischen Straßenbahnen Karl Lasar;

(12822, St. Str. B., 763.) einer Freikarte zur Benützung des gesamten Straßenbahnnetzes pro 1908 für den blinden Musiker, Heinrich Leidenfrost, mit der Gültigkeit auch für eine Begleitperson;

(12794, St. Str. B., 737.) endlich die Ausfertigung zweier Freikarten für das Schuljahr 1907/08 zur Fahrt auf der Strecke Bahnhof Brigittenau — Brigittenauerlände — Barawitzkagasse — Döblinger Hauptstraße für den Sohn Johann und die Tochter Marie des Expeditors II. Klasse der städtischen Straßenbahnen Georg Schatzl. (Angenommen.)

(12853, M. A. V, 1741.) St.-R. Rain referiert über die Straßenbahnlinie Flötzersteig und beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, beim k. k. Eisenbahnministerium um die Bewilligung anzusuchen, daß mit dem Bau der Straßenbahnlinie Flötzersteig vor Konzessionserteilung auf eigene Gefahr begonnen werden dürfe.

Von dieser Bewilligung ist sodann sofort Gebrauch zu machen.

(Angenommen.)

(12898, M. A. XXII, 2585.) St.-R. Rain referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Bezirks- und Armenrat Josef Kuntschik im VIII. Bezirke und beantragt, dem Genannten in Anerkennung seiner langjährigen Tätigkeit in der Ausübung öffentlicher Funktionen die goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12882, M. A. XI, 36491.) St.-R. Rain referiert über Armenrats-Ergänzungswahlen im VIII. Bezirke und beantragt, die Wahl des Karl Adler, Karl Nowak und Karl Pfeiffer zu Armenräten des VIII. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1907 zu bestätigen. (Angenommen.)

(11683, M. A. VIII, 1681.) **St.-R. Weitmann** referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Antrag des Gem.-Rates Ritter v. Findenigg wegen Herabsetzung des Preises für Permanenzkarten in den städtischen Strombädern, und beantragt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und von einer Änderung der gegenwärtigen Bestimmungen vorläufig abzusehen.

St.-R. Oppenberger beantragt, die Gebühr für die Besucher bis 7 Uhr früh mit 20 h festzusetzen, wobei die Beistellung eines Bademantels zu entfallen hätte.

Antrag des St.-R. Oppenberger angenommen.

Bei vorstehendem Referate ist Gem.-Rat Ritter v. Findenigg als Experte zugezogen.

(12917, M. A. XV, 7397.) St.-R. Weitmann referiert über das Offert des Franz B. Ribak auf Patentkleiderhaken und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, ein Zimmer in einem neu zu erbauenden Schulhause probeweise mit den offerierten Kleiderhaken auszustatten und über die Erprobung zu berichten.

(Angenommen.)

(12902, M. A. XXII, 829.) St.-R. Weitmann referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Armenräte des VII. Bezirkes Leopold Nowak und Alois Anderle und beantragt, den Genannten in Anerkennung ihrer langjährigen Wirksamkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12890, M. A. III, 3077/05.) **St.-R. Braun** referiert über die Durchführung der Einlösung eines Teiles der Liegenschaft XI., Braunhubergasse 2, und beantragt:

I. Die zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 12. September 1907, Z. 995/06, genehmigte Einlösung eines Teiles der Liegenschaft XI., Braunhubergasse 2, ist unter folgenden Bedingungen durchzuführen:

a) Der Kaufschilling per 4000 K ist bei Vertragsunterfertigung fällig;

b) das Kaufobjekt ist bei sonstiger Rechtsunwirksamkeit des Kaufgeschäftes lastenfrei an die Gemeinde zu übertragen und werden daher die Verkäufer auf ihre Kosten die Freilassungserklärung hinsichtlich der auf der Einl.-Z. 316 Simmering zugunsten der niederösterreichischen Landes-Hypothekenanstalt haftenden Satzpost erwirken;

c) die Gemeinde wird den auf der abzutretenden Grundfläche stehenden Gebäudeteil bis zur linksseitigen Gangmauer auf ihre Kosten abtragen lassen und für die Verlegung des Hauskanales samt Einlaufgitter, welche gleichfalls auf ihre Kosten vorzunehmen ist, Sorge tragen;

die Verputzung und Instandsetzung der oberwähnten Gangmauer obliegt den Verkäufern, welche ihren Besitz in der Baulinie mit einer soliden Planke abfrieden werden, für deren dauernde Erhaltung sie Sorge zu tragen haben;

die Vermauerung einer in der oberwähnten Gangmauer befindlichen Tür wird die Gemeinde vornehmen lassen;

d) die Vertragskosten und die Übertragungsgebühren trägt die Gemeinde;

e) die Verkäufer haben binnen 48 Tagen nach Aufforderung die grundbücherliche Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung auf ihre Kosten zu erwirken;

f) die Gemeinde wird die einzulösende Fläche in das Verzeichnis für das öffentliche Gut übertragen.

II. Zur Deckung der durch die Einlösung eines Teiles des Hauses XI., Braunhubergasse 2, erwachsenden Kosten wird zur Ausgabs-Rubrik XXII 4 b ein Zuschußkredit in der Höhe von 4500 K bewilligt.

III. Die Abtragung des in Frage stehenden Gebäudeteiles ist im Wege einer beschränkten Offertverhandlung, zu welcher Baumeister Anton Heindl, ferner Josef Zeinitzek, Josef Wiesgrill, Martin Träger, Rudolf Ammerein einzuladen sind, zu vergeben.

(Angenommen; Punkt II an den Gemeinderat.)

(12896, M. A. III, 4445.) St.-R. Braun referiert über die Zwangsversteigerung von $^5/_{24}$-Anteilen des Hauses III., Rabengasse 14, und beantragt:

1. Die im Wege der Zwangsversteigerung erfolgte Erwerbung von $^5/_{24}$-Anteilen des Hauses III., Rabengasse 14, für die Gemeinde Wien um den Betrag von 6301 K, beziehungsweise 6200 K wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

2. Zur Deckung der durch die Erwerbung obiger Liegenschaftsanteile der Gemeinde erwachsenden Kosten wird zur Ausgabs-Rubrik XXII 4 b ein Zuschußkredit in der Höhe von 6500 K bewilligt.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderat.)

(12874, M. A. X, 7158.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Hermine Jordan um Bewilligung einer Grabeinfassung im Wiener Zentral-Friedhofe und beantragt, der Genannten ausnahmsweise die Anbringung einer steinernen Grabeinfassung mit aufgesetztem Gitter bei dem eigenen Grabe Gruppe XVIII, Reihe 3, Nummer 7, im Wiener Zentral-Friedhofe zu gestatten.

(Angenommen.)

(12847, M. A. III, 2510.) St.-R. Braun referiert über die Herstellung einer Baumpflanzung in der Vorderen Zollamtsstraße, III. Bezirk, und beantragt:

1. Das Projekt für die Herstellung einer Baumpflanzung in der Vorderen Zollamtsstraße gegenüber der Großmarkthalle im III. Bezirke wird gemäß den Anträgen der Lokalaugenscheins-Kommission vom 28. August 1907 mit einem bedeckten Kostenbetrage von 2024 K, wovon 1524 K auf die gärtnerischen Herstellungen und 500 K auf die Aufstellung eines Spritzhydranten entfallen, genehmigt.

2. Die gärtnerischen Arbeiten sind von der Stadtgarten-Direktion in eigener Regie, die technischen Herstellungen vom Stadtbauamte im kurrenten Wege einheitlich mit der Straßenregulierung sofort vorzunehmen. Rohre und Maschinenbestandteile sind dem städtischen Vorrate zu entnehmen. Der Spritzhydrant wird während der Sommermonate mit einer täglichen Wassermenge von 6 hl aus der Hochquellenleitung dotiert. (Angenommen.)

(12895, M. A. III, 4866.) St.-R. Braun referiert über die Anbringung von eisernen Baumscheibendeckeln bei zwölf Ringstraßenbäumen und beantragt:

Zum Zwecke der Errichtung von Doppel-Haltestellen der städtischen Straßenbahnen auf der Ringstraße wird gemäß den Anträgen der Lokalaugenscheins-Kommission vom 23. September 1907 genehmigt, daß bei zwölf Bäumen bei den Haltestellen Schottentor, Bellaria und Babenbergerstraße beim Gleis I der Ringlinie eiserne Baumscheibendeckeln angebracht werden. Für die Vornahme der erforderlichen Arbeiten (Lieferung der Baumscheibendeckeln, Lieferung und Versetzung der Randsteine, Tiefersetzen der Bäume ꝛc.) wird ein Betrag von 4800 K bewilligt. Die tatsächlichen Auslagen sind seitens der städtischen Straßenbahnen zu bestreiten. Die Arbeiten sind seitens des Stadtbauamtes, Abteilung IV a und der Stadtgarten-Direktion Anfangs November 1907 nach Abwicklung des Allerheiligenverkehres vorzunehmen und mit der größten Beschleunigung durchzuführen. (Angenommen.)

(4119, M. A. V, 668.) **St.-R. Oppenberger** referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Antrag des Gem.-Rates Gussenbauer auf Abstellung von Verkehrsübelständen, sowie Einführung von Fahrpreis-Ermäßigungen auf der Nordbahn und beantragt, die Mitteilung der k. k. Nordbahn-Direktion, daß dem Antrage wegen Einführung ermäßigter Fahrpreise in den Relationen Wien—Floridsdorf und Wien—Leopoldau keine Folge gegeben werden kann, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(12808, B. A. II, 75753.) St.-R. Oppenberger referiert über den Rekurs des Samuel Baß gegen die Abweisung seines Ansuchens um Zuweisung eines Verkaufsstandes auf dem Markte Im Werd, II. Bezirk, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(12806, B. A. II, 68210.) St.-R. Oppenberger referiert über den Rekurs der Josefine Knopf gegen die Abweisung ihres Ansuchens, betreffend Aufstellung von Wagen vor ihrem Lokale II., Glockengasse 16, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(12913, 12820, 12819, B. A. II, 26751.) St.-R. Oppenberger referiert über 30 Gesuche von Parteien aus dem II. Bezirke um Herabsetzung, beziehungsweise Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebühren und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(12760, M. A. V, 2081,) St.-R. Oppenberger referiert über die Zuschrift des Stadtzimmermeisters Franz Erhart als Nachtrag zu seinem Offerte in Angelegenheit der Erneuerung des Gehwegbelages der Ferdinandsbrücke und beantragt, diese Zuschrift zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(12515, B. A. II, 41362.) St.-R. Oppenberger referiert über den Rekurs des Maxian Wendelin gegen die Verweigerung zur Warenausräumung vor II., Wolfgang Schmälzlgasse 9, und beantragt die Rekursabweisung. (Angenommen.)

(6004, B. A. II, 62195.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen der Firma H. Bauer um Belassung von fünf Schaukasten im Hause II., Glockengasse 1, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(9279, B. A. II, 32744.) St.-R. Oppenberger referiert über den Rekurs des Karl Grübl, Kaufmann, betreffend Errichtung einer Obststellage II., Praterstraße 48, und beantragt, dem Rekurse Folge zu geben. (Angenommen.)

(9864, St. Str. B., 6996.) St.-R. Oppenberger referiert über die zeitweilige Führung der Wagen der Straßenbahnlinie K zur Prater Hauptallee und beantragt, den Bericht der Direktion der städtischen Straßenbahnen zur Kenntnis zu nehmen, nach welchem es sich empfiehlt, die gegenwärtige Anordnung, daß zu verkehrsstarken Zeiten die Wagen der Linie K zur Hauptallee und nicht zur Friedengasse führen, beizubehalten. (Angenommen.)

(13977/06, M. A. XXII, 90/06.) St.-R. Oppenberger referiert über einen Magistratsbericht, betreffend das Verbot der Ausführung städtischer Arbeiten an Sonn- und Feiertagen, und beantragt, den Magistratsbericht, nach welchem die städtischen Ämter und Anstalten die Ausführung von städtischen Arbeiten an Sonn- und Feiertagen, dringende Fälle ausgenommen, untersagen, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(12850, M. A. III, 4238.) **St.-R. Hoß** referiert über die Vorlage des Summarverzeichnisses bezüglich des Trattnerwaldes in Hütteldorf und beantragt, das vorgelegte Summarverzeichnis, zugleich Hauerlohnverzeichnis und Verwendungs-Antrag zum Holzschlags-Reg.-Nr. II/06, betreffend die Abt. 2 a des Kommunal-Trattnerwaldes, zu genehmigen. (Angenommen.)

(12851, M. A. III, 4984.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen der Forstverwaltung Mannswörth um Ermächtigung zur Holzabgabe aus freier Hand und beantragt, wie im vergangenen Jahre auch heuer die Forstverwaltung Mannswörth zu ermächtigen, das im Schutzbezirke Albern in der Zwischennutzung pro 1907/08 zu erzeugende Brennholz im beiläufigen Quantum von 150 Raummeter Derbholz und 1000 Stück Bürtel aus freier Hand unter Zugrundelegung der bestehenden Taxpreise, jedoch zu den bestmöglichsten Verkaufspreisen abgeben zu dürfen. (Angenommen.)

(12858, B. A. XXI, 32960.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Joh. Genoch um Verlängerung des Pachtvertrages, betreffend das Jagdgebiet Stadlau und beantragt, im Sinne des § 16 des Wiener Jagdgesetzes einer Verlängerung des bezüglich der Gemeindejagd in Stadlau abgeschlossenen Pachtvertrages ohne Vornahme einer öffentlichen Versteigerung unter Voraussetzung der Bezahlung des erhöhten Jagdpachtschillings von 760 K die Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

(12830, St. E. W., 11353.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des technischen Beamten Rudolf Ftaznik und Rudolf Patzelt sowie des Hilfsarbeiters Wilhelm Kraus der städtischen Elekrizitätswerke um Fortbezug ihres Gehaltes beziehungsweise Lohnes während der Waffenübung und beantragt die Bewilligung. (Angenommen.)

(12887, M. A. XIX, 1544.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Viktor Adolph, Steueramts-Kontrollor, um Pensionierung und beantragt, die Bemessung des Ruhegehaltes mit zusammen 4684 K 80 h und Abweisung des Ansuchens um gnadenweise Anrechnung der mit einer Unterbrechung von 3¼ Jahre vorangegangenen Staats- und Militärdienstzeit.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen.)

(12756, M. A. II, 7825.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen der Klara Stricker, Zentral-Friedhofs-Obergehilfenswitwe, um Anweisung der Witwenpension und beantragt, die Witwenpension mit 1920 K vom 1. September 1907 an zu bemessen.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen.)

(12908, M. A. XXII, 2387.) St.-R. Hoß referiert über das Gesuch der Aloisia Kreidl, Reinigungsfrau im Neuen Rathause, um Provisionierung und beantragt, die normalmäßige Provision unter Zugrundelegung einer ununterbrochenen Dienstzeit von dreizehn Jahren und acht Monaten mit 46 Prozent ihres letzten Lohnbezuges von jährlich 730 K, d. i. mit 335 K 80 h vom 9. Juli 1907 an zuzuerkennen.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen.)

(12845, M. D., 3111.) St.-R. Hoß referiert über das Gesuch des Franz Popelka und Franz Weimann, städtische Amtsdiener II. Bezugsklasse, um Beförderung zum Ratsdiener und beantragt, die Genannten im Wege der Zeitbeförderung mit dem Range vom 12. beziehungsweise 13. September 1907 zu Ratsdienern zu ernennen.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen.)

(12846, M. D., 3156.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Heinrich Steinwender, Georg Eibl, Karl Birgowitsch und Franz Jansky, Amtsdiener II. Bezugsklasse, um Beförderung zu Ratsdienern und beantragt, die Genannten im Wege der Zeitbeförderung mit dem Range vom 11. September 1907 zu Ratsdienern zu ernennen.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen.)

(12907, M. A. XXII, 2512.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Franz Franke, provisorischer Maschinist bei der Heizanlage im Neuen Rathause, um Verleihung des Definitivums und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(12868, M. A. VII, 767.) **St.-R. Knoll** referiert über die Kanalisierung des Gebietes im sogenannten „Äugel", XXI. Bezirk, und beantragt:

Für die Kanalisierung des Gebietes im sogenannten „Äugel" im XXI. Bezirke (Schulz-, Äugel-, Bell- eventuell Rustongasse) ist im Kanalbautenpräliminare pro 1908 ein Kredit von 30.000 K vorzusehen und wird das Stadtbauamt beauftragt, das betreffende Detailprojekt ehetunlichst auszuarbeiten und vorzulegen.

(Angenommen.)

(12863, M. A. IV, 2984.) St.-R. Knoll referiert über die Aufstellung von Telephonsäulen in der Karl Ludwigstraße, XXI. Bezirk, und beantragt, der k. k. Post- und Telegraphen-Direktion die Bewilligung zu erteilen, an der Karl Ludwigstraße und Stadlauerstraße nach den vorgelegten Plänen Telephonsäulen unter den in der Aufnahmsschrift vom 31. August 1907 festgesetzten Bedingungen aufstellen zu dürfen. (Angenommen.)

(12928, M. A. XIV, 3774.) St.-R. Knoll referiert über die Auflassung eines Teiles der Voltagasse im XXI. Bezirke zum Zwecke der Errichtung eines Krankenhauses und beantragt:

Unter der Voraussetzung, daß der zwischen der Jedleseerstraße, der O'Briengasse, der Helmholzgasse und der Voltagasse gelegene Baublock zur Vergrößerung des projektierten Spitalbaues erworben wird, stimmt die Gemeinde der Auflassung der Voltagasse in der Strecke zwischen der Jedleseerstraße und der Helmholzgasse zu.

Die Baulinien der Jedleseerstraße und der Helmholzgasse werden unter Zugrundelegung des mit der St.-B.-Z. 1118/XIII ex 1907 bezeichneten Planes nach den rot schraffierten Linien a b und c d ergänzt. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12175, M. A. XIV, 9322.) **St.-R. Schneider** referiert über das Ansuchen der Wambacher's Erben um Parzellierung der Einl.-Z. 117 und 118 Lainz im XIII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(12921, M. A. V, 1992.) St.-R. Schneider referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung für die Vergebung der Arbeiten beim Baue der Regenauslaßkammer und des Kanales am linken Wienufer bei der Joanelligasse und beantragt, die Erd- und Baumeisterarbeiten für den Umbau der Regenauslaßkammer im linken Wienflußsammelkanale und Herstellung eines Regenauslaßkanales an der Einmündung der Joanelligasse in die Magdalenenstraße dem Baumeister E. Rzehaczek gegen die offerierte Aufzahlung von 18·5 Prozent, die Steinmetzarbeiten dem Steinmetzmeister Eduard Hauser gegen den offerierten Nachlaß von 12 Prozent zu übertragen. (Angenommen.)

(12922, M. A. V, 1947.) St.-R. Schneider referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Arbeiten für den Umbau der Regenauslaßkammer im linken Wienflußsammelkanal bei der Maria Theresiabrücke, XIII. Bezirk, und beantragt, die Erd- und Baumeisterarbeiten dem Baumeister Rzehaczek gegen die offerierte Aufzahlung von 29·8 Prozent, die Steinmetzarbeiten dem Steinmetzmeister Eduard Hauser gegen den offerierten Nachlaß von 1 Prozent zu übertragen. (Angenommen.)

(12935, B. A. XII, 26810.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des Karl und Albert Goebel um Baulinienbekanntgabe für Einl.-Z. 24 Tivoligasse, XII. Bezirk, und beantragt, die vom Stadtbauamte erfolgte Vorlage des Baulinienplanes samt Äußerung zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(12934, B. A. XII, 26810.) St.-R. Büsch referiert über das Gesuch der Franziska Goldstein um Baulinienbekanntgabe für Einl.-Z. 33 Tivoligasse, XII. Bezirk, und beantragt, dem von der Bauamtsabteilung für den XII. Bezirk vorgelegten Baulinienplane zuzustimmen. (Angenommen.)

(12125, B. A. XIII, 34484.) St.-R. Büsch referiert über den Rekurs der Aloisia Cerny gegen die Abweisung ihres Ansuchens um Warenausräumung vor XIII., Ameisgasse 29, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(12931, M. A. X, 7316.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen der Anna Wetzko um Erneuerung des Benützungsrechtes für das eigene Grab Gruppe VI d, Reihe 3, Nr. 15 im Meidlinger Friedhofe und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(12914, B. A. XII, 23719.) St.-R. Büsch referiert über neun Gesuche von Parteien aus dem XII. Bezirke um Herabsetzung beziehungsweise Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebühren und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(11838, B. A. XVI, 39645.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das Gesuch des Josef Heiß um Bewilligung zur Sandgewinnung auf Grundparzellen der Gemeinde Wien im XVI. und XVII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung unter Einhaltung der allgemeinen mit dem Stadtrats-Beschlusse vom 17. August 1898, Z. 7916, genehmigten Bestandbedingungen und der in dem Augenscheins-Protokolle vom 22. August 1907 festgesetzten speziellen Bedingungen und gegen Erlag einer Kaution von 600 K. (Angenommen.)

(12620, B. A. XVI, 38091.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Gesuch des Vereines zur Gründung einer Handelsschule in Wien um Lehrzimmerüberlassung XVI., Neulerchenfelderstraße 52/54, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(12881, M. A. XI, 33396.) **St.-R. Ferdinand Gräf** referiert über die Armenrats-Ergänzungswahlen im XVI. Bezirke und beantragt, die Wahl des Josef Beyer, der Helene Janisch, des Leopold Schuster und Josef Wenisch zu Armenräten, beziehungsweise Armenrätin des XVI. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1907 zu bestätigen. (Angenommen.)

(12920, M. A. III, 4901.) **St.-R. Schwer** referiert über das Ansuchen des Komitees für die Errichtung eines Denkmales für den Tiroler Freiheitskämpfer Josef Speckbacher in Hall in Tirol, und beantragt, dem Komitee eine Subvention von 400 K zu bewilligen und diesen Betrag zur Deckung auf den Reservefond zu verweisen. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12649, M. A. X, 7013.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das Ansuchen des Josef Piccardi um Grabstellengebührenbemessung für ein Grab im Hernalser Friedhofe und beantragt:

Dem Gesuchsteller wird die außer der Reihenfolge überlassene einfache Gartengruft Gruppe XV, Reihe 1, Nr. 9 im Hernalser Friedhofe ausnahmsweise um die tarifmäßige Grabstellgebühr per 3000 K überlassen und die städtische Hauptkassa-Abteilung für den XVIII. Bezirk angewiesen, dem Genannten das am 21. Juli 1907 als Sicherstellung für eine etwaige Preiserhöhung deponierte Ein-

lagsbuch der Ersten österr. Sparkassa Nr. 212132, mit einem Saldo von 5194 K 49 h über Verlangen zurückzustellen.

(Angenommen.)

(12648, M. A. X, 7099.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Ansuchen der Adele Schachel um nachträgliche Einzahlung der Renovationsgebühr für ein Grab Gruppe D, Nr. 52 im Hernalser Friedhofe und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(12929, M. A. XXII, 3178.) **St.-R. Wessely** referiert über die Einweihung der neuen Kirche St. Josef ob der Laimgrube und beantragt, den Betrag von 5000 K für die Dekorierung der Straßen und für die gärtnerische Ausschmückung anläßlich der Einweihung der neuen Laimgrubenkirche zu genehmigen und die bezügliche Auslage auf der Rubrik XXII 22 (Investitionsanlehen) zu verrechnen. (Angenommen.)

(12919, M. A. III, 5054.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen der Firma Th. Soini um Bewilligung zur Aufstellung einer Einfriedungsplanke an der Mariahilferstraße Theobaldgasse und Windmühlgasse, VI. Bezirk, für Ankündigungszwecke um den jährlichen Pauschalzins von 500 K und beantragt die Annahme dieses Offertes. (Angenommen.)

(12900, M. A. XXII, 1374.) St.-R. Wessely referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Armenräte des VI. Bezirkes August Kerling und Karl Mölter und beantragt, den Genannten in Anerkennung ihrer langjährigen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom **27. September 1907.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Karl Lueger.
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Braun, Knoll, Braunеiß, Dr. Krenn, Brzezowsky, Oppenberger, Büsch, Rain, Dr. Deutschmann, Schneider, Gräf Ferdinand, Schwer, Grünbeck Sebastian, Straßer, Gsottbauer, Tomola, Hallmann, Weitmann, Hölzl, Wessely. Hoß,
Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.
Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer.

Entschuldigt: St.-R. Rissaweg.
Beurlaubt: St.-R. Hörmann, Hraba, Rauer, Schreiner, Zatzka.
Schriftführer: Magistrats-Konzipist v. Radler.

Vize-Bürgermeister Hierhammer eröffnet die Sitzung.

(12897, M. A. III, 4103.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über die Revision des Wirtschaftsplanes des Wiener Bürgerspitalfonds-gutes Spitz an der Donau und beantragt:

1. Mit der Vornahme der Revision über alle in den abgelaufenen zwei Dezennien, einschließlich 1907/08, erfolgten Nutzungen aus den Forsten des Wiener Bürgerspitalfondsgutes Spitz an der Donau durch Vermessungen in der Natur, definitive Eintragung in die Karten und Abschluß der Wirtschaftsbücher für die nächste zehnjährige Periode wird Emanuel Weibel, Direktor der n.-ö. Waldbauschule zu Aggsbach an der Donau, gegen ein Honorar von 600 K betraut.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, dem Genannten zur Bestreitung seiner Auslagen 50 Prozent des Betrages, das sind 300 K, im vorhinein durch die Forstamtskassa des Fondsgutes Spitz anzuweisen.

Der gleiche Restbetrag per 300 K ist erst fällig nach Genehmigung des Revisionsoperates durch den Stadtrat.

(Angenommen.)

(12235, M. A. III, 2779.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das vom k. k. Forstmeister Emil Klier vorgelegte Summarverzeichnis, zugleich Holzhauerlohn-Verzeichnis und Verwendungs-Antrag zum Nummernbuche I/07, betreffend das im Gemeindeforste „Ottakringerwald" in der Schlägerungsperiode 1906/07 aufbereitete Holz und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(12740, M. A. XV, 9186.) **St.-R. Tomola** referiert über die entgeltliche Überlassung von 56 Schulbänken, 6 Tafeln samt Gestell und 3 Kathedern an den Katholischen Schulverein für Österreich zum Preise von 390 K und beantragt, zu derselben die nachträgliche Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

(12849, M. A. III, 1553.) St.-R. Tomola referiert über das Offert des Josef und der Marie Felsinger auf Ankauf eines Teiles der Kat.-Parz. 419, Einl.-Z. 250 Neustift am Walde, und beantragt, das vorliegende Offert mit Rücksicht auf das zu geringe Anbot abzulehnen und die Veräußerung des in Frage stehenden Grundes nur unter der Bedingung zu genehmigen, daß die Offerenten sich mit einem Kaufschillinge von 3400 K Pauschale einverstanden erklären.

Im übrigen gelten die Bedingungen der Verhandlungsschrift vom 22. August 1907. (Angenommen.)

(12884, M. A. XI, 30722.) St.-R. Tomola referiert über das Ergebnis der von der Bezirksvertretung des XVIII. Bezirkes vorgenommenen Ergänzungswahl eines Armenrates.

Gewählt wurde für die Funktionsperiode bis Ende 1907:

Ferdinand Amalio, Schuhmachermeister, XVIII., Währingerstraße 148.

Referent beantragt, die Wahl zu bestätigen.

(Angenommen.)

(12885, M. A. XV, 9104.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Direktorswitwe Josefine Wagner um Gewährung der Fortbenützung der Naturalwohnung in der allgemeinen Volksschule für Mädchen IX., Viriotgasse 8, und beantragt, zur Fortbenützung der Naturalwohnung bis Ende November 1907 die Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

(12886, M. A. XV, 9112.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des definitiven Volksschullehrers II. Klasse Karl Ehrenfest um Bewilligung eines Urlaubes für die Zeit vom 1. Oktober 1907 bis 15. September 1908 gegen Karenz der Bezüge, jedoch pünktliche Einzahlung der Bibliotheks- und Pensionsfondsbeiträge die Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

(12892, M. B. A. XVIII, 29075.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Vereines für die evangelische Diakonissensache in Wien um Bewilligung zur Vornahme von Adaptierungen in XVIII., Schopenhauerstraße 18, und beantragt, zur Kenntnis zu nehmen, daß das Bezirksamt die Baubewilligung für diese Adaptierungen unter den in der Verhandlungsschrift angegebenen Bedingungen erteilt, wobei im Sinne des Statthalterei-Erlasses vom 1. Februar 1894, Z. 37169 ex 1893, der Verein ausdrücklich noch schriftlich belehrt wird, daß diese Baubewilligung auf die Bestimmungen der Bauordnung für Wien beschränkt ist, und mit dem Vorbehalte erteilt wird, daß für die Widmung der adaptierten Räume zu Heilanstaltszwecken jene Bestimmungen maßgebend sein werden, die die Statthalterei anzuordnen finden sollte.

(Angenommen.)

(12932, M. A. X, 4485.) St.-R. Tomola referiert über die Schlußrechnung, betreffend die Erweiterungsarbeiten am Pötzleinsdorfer Friedhofe, und beantragt:

Für die restlichen Zahlungen für die Arbeiten anläßlich der Erweiterung des Pötzleinsdorfer Friedhofes, des Baues der Leichenhalle, der Einfriedungsmauer und der Herstellung des Planums der Zufahrtsstraße im Betrage von 9681 K 1 h wird zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 12 ein Zuschußkredit von 3131 K 1 h genehmigt, welcher auf den Reservefond zu überweisen ist.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(10496, M. A. XV, 2110.) St.-R. Tomola referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Oberlehrer Peter Fellner und beantragt:

Es wird dem Genannten in Würdigung seiner im Lehramte und als Armenrat erworbenen Verdienste das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen verliehen,

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(10494, M. A. XV, 149.) St.-R. Tomola referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Bürgerschul-Direktor i. P. Karl Lang und beantragt:

Es wird dem Genannten in Würdigung seiner vielfachen im Schuldienste erworbenen Verdienste die goldene Salvator-Medaille verliehen. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(10495, M. A. XV, 4665.) St.-R. Tomola referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Oberlehrer i. P. Franz Fenzl und beantragt:

Es wird dem Genannten in Würdigung seiner im Lehramte erworbenen Verdienste die goldene Salvator-Medaille verliehen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12910, M. B. A. XVII, 32703.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über die Auflassung einer Wohnung im städtischen Hause XVII., Bergsteiggasse 33, und beantragt, die im Souterrain des städtischen Hauses XVII., Bergsteiggasse 33, gelegene, derzeit an Josef Polansky gegen einen monatlichen Mietzins von 16 K 48 h in Bestand gegebene Wohnung Nr. 16, bestehend aus einem Zimmer und Küche aus sanitären Gründen als Wohnung aufzulassen, dem bisherigen Mieter zum nächsten Termin zu kündigen, von einer Adaptierung der Wohnung zu einer Waschküche jedoch abzusehen und das Bezirksamt für den XVII. Bezirk zu beauftragen, diese Räumlichkeiten eventuell als Magazin zu dem ortsüblichen Mietzins weiter zu vermieten. (Angenommen.)

(12766, M. A. X, 660.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über die Mehrkosten für den mit Stadtrats-Beschluß vom 14. Juni 1907, Pr.-Z. 6934, genehmigten Bau von zwei Treibhäusern in der Gärtnerei des Hernalser Friedhofes im Betrage von 1350 K und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(12926, M. A. X, 6934.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über die Ernennung der provisorischen städtischen Ärzte Dr. Johann Hübl, Dr. Rudolf Streit und Dr. Maximilian Anderle zu definitiven städtischen Ärzten und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen; mehr als 16 Anwesende.)

(13015, St. Arch., 523,) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Offert des Ladislaus Lábek, Buchhalter in Pilsen, auf Verkauf eines Konvolutes von Schriftstücken und Plänen aus dem XVIII. und XIX. Jahrhunderte und beantragt den Ankauf von 46 Schriftstücken und 2 Plänen um den Preis von 100 K.

Für die übrigen dem Archive gewidmeten Schriften ist dem Spender der Dank des Stadtarchives auszusprechen.

(Angenommen.)

(13014, M. A. IX, 1294.) **St.-R. Wessely** referiert über die Errichtung eines internen Vieh- und Fleischbeschaukurses für Marktamtsbeamte und beantragt:

1. Um den Marktamts-Praktikanten und Beamten die unter Punkt 7 a der Dienstpragmatik bezweckte fachliche Befähigung zu verschaffen, wird in der Großmarkthalle in den Lokalitäten top. Nr. 55, 56 und 57 ein Vieh- und Fleischbeschaukurs mit dem im Veterinäramtsberichte vom 11. September 1907 dargestellten Unterrichtsprogramme errichtet.

Die zur Beschaffung der Einrichtung, zur Beheizung und Beleuchtung erforderlichen Kosten per rund 940 K werden genehmigt.

3. Der Kurs ist von Tierärzten abzuhalten, welche von der Veterinäramts-Direktion vorzuschlagen und von der Magistrats-Direktion dazu zu bestimmen sind.

4. Am Schlusse des höchstens 40 Unterrichtsstunden umfassenden Kurses haben sich die Teilnehmer einer mündlichen Prüfung zu unterziehen, die vor einer aus dem Magistrats-Referenten für Markt- und Veterinär-Angelegenheiten als Vorsitzenden und zweien vom Veterinäramts-Direktor vorgeschlagenen und von der Magistrats-Direktion ernannten Prüfungs-Kommissären gebildeten Prüfungs-Kommission abzulegen ist. (Angenommen.)

(13030, M. A. V, 2177.) **Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer** referiert über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Automobilsteuer, und beantragt, es ist eine Petition an den hohen niederösterreichischen Landtag zu richten, des Inhaltes, daß im § 1 des Gesetz-Entwurfes über die Automobilsteuer am Schlusse folgender Satz eingeschaltet werde: „Kraftfahrzeuge, die einer zur Einhebung von Umlagen berechtigten öffentlichen Körperschaft des Erzherzogtums Österreich unter der Enns gehören, sind von der Entrichtung der Abgabe befreit." (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13011, M. A. XV, 9249.) **St.-R. Brauneiß** referiert über das Ansuchen der Direktorin der Privat-Volks- und Bürgerschule des St. Josefinum in Wien, XIII., Breitenseerstraße 31, Schwester M. Purissima, um Aufnahme in den II. Jahrgang des unentgeltlichen Fortbildungskurses für den Zeichen- und Kunstunterricht (Schuljahr 1907/08) und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(12975, M. B. A. XIII, 39320.) St.-R. Brauneiß referiert über das Ansuchen des Hugo und der Leopoldine Specht um Adaptierungsbewilligung für XIII., Eduard Kleingasse 11, und beantragt die Zugestehung einer Bauerleichterung (Herstellung von Wohnräumen auf dem Dachboden). (Angenommen.)

(12800, St. Str. B. 757/Rt.) **St.-R. Rain** referiert über die Ausfertigung einer Freikarte auf die Dauer des Schuljahres 1907/08 zur Fahrt auf der Strecke St. Marx—Ringstraße für den Sohn Ernst des Beamten der städtischen Straßenbahnen Josef Gierster und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(12792, St. Str. B., 781/Rt.) St.-R. Rain referiert über die Ausfertigung einer Freikarte auf die Dauer des Schuljahres 1907/08 zur Fahrt auf der Strecke Hernalser Hauptstraße—Jörgerstraße—Gürtel—Döblinger Hauptstraße für die Tochter Friederike des Magazins-Assistenten der städtischen Straßenbahnen Karl A. Rauscher und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(12799, St. Str. B., 755/Rt.) St.-R. Rain referiert über die Ausfertigung von sieben Stück Freikarten zur Fahrt auf allen Straßenbahnlinien mit der Gültigkeit vom 1. Jänner 1908 bis 31. Dezember 1908 für je eine Pflegeschwester des Vereines zur Erhaltung des Maria Josefinums, Wien, XVI., Hyrtlgasse 28, und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(12798, St. Str. B., 752/Rt.) St.-R. Rain referiert über die Ausfertigung einer Freikarte zur Benützung des gesamten Straßenbahnnetzes pro 1907 für den blinden Musiker Theodor Jächer und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(12797, St. Str. B., 751/Rt.) St.-R. Rain referiert über die Ausfertigung einer Freikarte auf die Dauer des Schuljahres 1907/08 zur Fahrt auf der Strecke Bahnhof Brigittenau—Sternwartestraße für die Tochter Marie des Verkehrsmeisters der städtischen Straßenbahnen Hermann Wegenstein und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(12796, St. Str. B., 739 Rt.) St.-R. Rain referiert über die Ausfertigung einer Freikarte auf die Dauer des Schuljahres 1907/08 zur Fahrt auf der Strecke Gudrunstraße—Südliche Transversallinie für den Sohn Karl des im Dienste der städtischen Straßenbahnen stehenden Kondukteurs Karl Salzer und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(12795, St. Str. B., 743/Rt.) St.-R. Rain referiert über die Ausfertigung einer Freikarte auf die Dauer des Schuljahres 1907/08 zur Fahrt auf der Strecke Vorgartenstraße—Franzensbrückenstraße—Getreidemarkt für die Tochter Mathilde der Beamtin der städtischen Straßenbahnen Carola Lehrner und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(12865, M. A. V, 2150.) St.-R. Rain referiert über den Erlaß des k. k. Eisenbahnministeriums, Z. 42164, mit welchem der Nordwestbahn die Vorlage eines neuen Projektes über die Bahnanlagen in km 7·5 und über die Herstellung einer geeigneten Ersatzkommunikation für die hiedurch gestörte Wegverbindung aufgetragen wurde, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(12840, St. Str. B., 3261/Ap.) St.-R. Rain referiert über die Ernennung der Hilfsbeamtin Auguste Ladengruber zur definitiven Beamtin der städtischen Straßenbahnen.

(Angenommen; mehr als 16 Anwesende.)

(12823, St. Str. B., 754/Rt.) St.-R. Rain referiert über die Ausfertigung von Freikarten für schwachsinnige, schulpflichtige Kinder für das Schuljahr 1907/08 und beantragt:

1. Die von der Unterrichts-Abteilung für schwachsinnige, schulpflichtige Kinder in Wien XVIII., Anastasius Grüngasse 10, mit der Zuschrift vom 4. Juli 1907 für die Schüler unter Post 1 bis 20 und 22 bis 28 namhaft gemachten Schüler und die unter Post 2 bis 16 angegebenen Schülerinnen, sowie für die unter Post 17 angegebene Begleitperson Marie Fischer pro Schuljahr 1907/08 angesprochenen Freikarten zu genehmigen.

2. Die Freikarte für die unter Post 1 genannte Schülerin Anna Weiß unter der Bedingung zu genehmigen, daß die noch nicht eingelangte Äußerung des Vorstehers ihres Wohnbezirkes befürwortend lautet.

3. Zu bewilligen, daß die für die Zöglinge Leopold Zahora, Rudolf Kovar, Franz Sowa, Josef Reeb, Theresia Pokorny, Adele Seidenspinner und Josefa Baldermann auszufertigenden Freikarten auch für eine Begleitperson Gültigkeit haben.

Die Ausfertigung einer Freikarte für den unter Post 21 namhaft gemachten Schüler Friedrich Schmidt abzulehnen.

(Angenommen.)

(8836, M. A. X, 6633.) **St.-R. Hoß** referiert über die Erhöhung des Wagenpauschales für den Verwalter der Wiener Gemeindefriedhöfe und beantragt:

1. Das für den Verwalter der Wiener Gemeindefriedhöfe systemisierte Wagenpauschale wird ab 1. Oktober 1907 auf jährlich 1200 K erhöht und ist in monatlichen Dekursivraten auszubezahlen, dagegen steht dem Verwalter der Wiener Gemeindefriedhöfe ein Anspruch auf irgendwelche andere, im Gebührennormale vorgesehene Entschädigungen für Amtshandlungen innerhalb des Gemeindegebietes oder auf den Friedhöfen der Gemeinde Wien nicht zu.

2. Für die Dauer einer 14 Tage überschreitenden Abwesenheit vom Dienste — den normalmäßigen Urlaub ausgenommen — ist der Bezug des Pauschales einzustellen.

3. Zur Deckung des Mehrerfordernisses für das laufende Jahr wird zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 1 a ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12167, M. A. II, 8590.) St.-R. Hoß referiert über Ausdehnung der Bierauflage in einzelnen Teilen des XXI. Bezirkes auf das ganze außerhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergebietes gelegene Gebiet und Bestimmung der Auflage mit 2 K per Hektoliter und beantragt die Reassumierung des Stadtrats-Beschlusses vom 18. September 1907. (Angenommen.)

Derselbe beantragt, den Akt der Bezirksvertretung des XXI. Bezirkes zur schleunigen Äußerung zu übermitteln. (Angenommen.)

(13000, M. A. V, 1953.) **St.-R. Oppenberger** referiert über das Anbot der Kommission für Verkehrsanlagen in Wien wegen Leistung eines Beitrages von 10.000 K zu den Kosten des Abbruches und Wiederaufbaues der St. Johannes-Kapelle und wegen Übernahme der Pflastererarbeiten für die Herstellung des Trottoirs längs des Schützenhauses gegen Beistellung des Pflastermateriales und beantragt, dasselbe durch die Gemrinde anzunehmen.

Das Eigentum an dem Pflastermateriale wird der Gemeinde vorbehalten.

Für die Hauskanalleitung des Schützenhauses wäre der Kommission für Verkehrsanlagen in Wien die Servitut der Benützung von Grundstücken der Gemeinde gemäß Punkt XIII des Programmes für die Verkehrsanlagen unentgeltlich einzuräumen.

Für die Einmündung der Kanalisation in den Hauptsammelkanal wäre die normalmäßige Kanaleinmündungsgebühr von 24 K für jeden Meter der Front des Schützenhauses gegen die Obere Donaustraße zu vergüten; die Höhe der Gesamtgebühr wird der Kommission für Verkehrsanlagen in Wien nach der Vorlage kotierter Baubewilligungspläne bekanntgegeben werden.

Dieser Ausgleich wird an die Bedingung geknüpft, daß die Kommission für Verkehrsanlagen in Wien die gegen die Ministerialentscheidung hinsichtlich der Kompetenz für die Bauverhandlung des Schützenhauses eingebrachte Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zurückzieht. (Angenommen.)

(9110, M. A. II, 5405.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über das Ansuchen der Feuerwehr-Telegraphistens-Witwe Leopoldine Gottschlich um Bewilligung einer Abfertigung und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(12880, M. A. 6000.) **St.-R. Hallmann** referiert über das Ansuchen des Oberlehrers Franz Hofer um Aufstellung eines automatischen Gasmessers und Herstellung der dazugehörigen Leitungen in seiner Naturalwohnung in der allgemeinen Volksschule für Knaben, V., Grüngasse 14, und beantragt, dem Ansuchen unter der Bedingung Folge zu geben, daß die Kosten der Zuleitung vom Hauptgasrohre von der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke" getragen werden und daß der Gemeinde Wien weder für die Herstellungen noch für die Benützung der Automatengaseinrichtung Auslagen erwachsen.

Gleichzeitig wolle der Magistrat ermächtigt werden, in Hinkunft derartige Ansuchen um Aufstellung eines automatischen Gasmessers und Herstellung der dazu gehörigen Leitungen selbständig zu bewilligen. (Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Lueger übernimmt den Vorsitz.)

(13183, M. A. X, 7140.) **Vize-Bürgermeister Hierhammer** referiert über den Verfall des Grabes des Schauspielers Josef Matras und beantragt, dem Genannten ein Ehrengrab im Wiener Zentral-Friedhofe an der Mauer für historisch denkwürdige Personen zu widmen. (Angenommen.)

(10463, St. S., 606.) **St.-R. Schwer** referiert über das Ansuchen des Ludwig Gutbier (Galerie Ernst Arnold) in Dresden um Überlassung von Bildern für eine Wiener Ausstellung und beantragt die Reassumierung des Stadtrats-Beschlusses vom 25. Juli 1907. (Angenommen.)

Derselbe beantragt, die in dem von der Direktion der städtischen Sammlung vorgelegten Verzeichnisse angeführten Gemälde, mit Ausnahme jener Waldmüller's, sind dem Gesuchsteller für die von ihm veranstaltete Bilderausstellung zu überlassen. Die Bilder sind durch städtische Bedienstete zu verpacken und durch einen Beamten der städtischen Sammlung in Dresden an Ort und Stelle zu übernehmen und ist unter seiner Überwachung die Aufstellung der Bilder vorzunehmen. Nach Schluß der Ausstellung sind die Bilder unter den gleichen Vorsichtsmaßregeln nach Wien zu bringen. (Angenommen.)

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

(12915, M. A. VIII a, 1107.) **Vize-Bürgermeister Dr. Porzer** referiert über die Entscheidung der Bezirkshauptmannschaft Hietzing Umgebung vom 18. August 1907, Z. 371/15 B, betreffend die Wasserverteilung im Wiener Stadtgebiete, und beantragt, die Entscheidung mit Ausnahme des Punktes IX/29 zur Kenntnis zu nehmen; gegen diese Konsensbedingung ist die Berufung zu ergreifen. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(XIV. Gemeindebezirk, Rudolfsheim.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim vom **19. September 1907.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Eduard Kunz.**

Schriftführer Magistrats-Konzipist Dr. Marschner.

Der **Vorsitzende** begrüßt die erschienenen Mitglieder, vor allem aber Herrn B.-R. Vidoni, welcher nach langer, schwerer Erkrankung das erstemal wieder in der Sitzung anwesend ist, stellt sodann die ordnungsmäßige Einberufung und Beschlußfähigkeit fest und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 11. Juli 1907 wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

(1876.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XXII vom 19. Juli 1907, Z. 2434, des Inhaltes, daß der von der Bezirksvertretung XIV beschlossene Protest gegen die Zentralisierung des Briefbestelldienstes im XIV. und XV. Bezirke der k. k. Post- und Telegraphen-Direktion übermittelt wurde.

Im Anschlusse daran teilt der **Vorsitzende** die Schritte mit, welche in dieser Angelegenheit noch unternommen wurden, und gibt bekannt, daß vorläufig die Zentralisierung noch nicht durchgeführt werden dürfte.

Zur Kenntnis.

(1256.) Zuschrift der Stadtbauamts-Abteilung XIV/XV, betreffend den Kanal in der Schwendergasse.

Zur Kenntnis.

(1831.) Note des k. k. Polizei-Kommissariates Rudolfsheim vom 5. August 1907, Z. 11756, in welcher in Beantwortung eines von der Bezirksvertretung gestellten Ansuchens bekanntgegeben wird, daß der Rustensteg auf das Schärfste bezüglich des Bettler- und Hausiererunwesens überwacht werden wird.

B.-R. Richter weist darauf hin, daß die Verhältnisse noch immer die gleichen sind und beantragt, neuerlich an das Kommissariat mit dem gleichen dringenden Ersuchen um schärfere Überwachung heranzutreten.

Einstimmig angenommen.

(1735.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XV vom 9. Juli 1907, Z. 6031, betreffend den Bau einer Doppel-Volksschule in der Meiselstraße.

Zur Kenntnis.

(2333, 2205, 2139.) Zuschriften des Stadtbauamtes vom 22. August 1907, beziehungsweise 5. September 1907, betreffend die Kanalumbauten in der Sechshauserstraße und in der Sueßgasse.

Zur Kenntnis.

(1954.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI vom 30. Juli 1907, Z. 1845, betreffend Niveauherstellung in der Sueß- und Meiselstraße.

Zur Kenntnis.

(1734.) Verzeichnis über die Dienstmann-Standplätze nach der Regulierung.

Zur Kenntnis.

(2157.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XV vom 27. August 1907, Z. 4016, betreffend die Überlassung des Sitzungssaales an den Akademischen Senat für Zwecke der Universitätskurse.

Zur Kenntnis.

(1815.) Verständigung seitens der Magistrats-Abteilung VI vom 16. Juli 1907, Z. 5001, daß der Firma Joh. und Heinrich Märkl das Jahrespauschale für die Besorgung der Hauskehrichtabfuhr um 7200 K erhöht wurde.

Zur Kenntnis.

(1833.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI vom 16. Juli 1907, Z. 5731, betreffend die Reinigung der Straßenaufschrifts- und Orientierungsnummerntafeln.

Zur Kenntnis.

(2187.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII vom 19. August 1907, Z. 4867, betreffend den Konzessionsschacher beim Rauchfangkehrergewerbe.

Zur Kenntnis.

(1737.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VIII vom 8. Juli 1907, Z. 805, betreffend die Errichtung eines Schwimmbades in der Heinickegasse 3.

Zur Kenntnis.

(2251.) Ersuchschreiben der Genossenschaft der Gastwirte, die Referate über Schankgewerbe-Konzessionen nur fachkundigen Referenten, d. h. nur Bezirksräten, welche zugleich Schankgewerbetreibende sind zu übertragen.

Der **Vorsitzende** bemerkt dazu, daß dieses Schreiben eine Zurücksetzung der anderen Bezirksräte beinhalte. Die Referate seien bisher stets in klagloser Weise geführt worden. Beweis hiefür sei, daß noch niemals eine Klage seitens der Genossenschaft oder der Gastwirte erhoben wurde. Er verwahre sich gegen den Ton dieses Schreibens.

Nach einigen aufklärenden Worten des **B.-V.-St. Wiesinger** wird das Ersuchen einstimmig abgelehnt.

(1856.) Antrag der Bezirksvertretung Josefstadt vom 18. Juli 1907, die Beleuchtung der Gürtelstraße mit elektrischen Bogenlampen anzustreben.

Diesem Antrage wird einstimmig zugestimmt.

(2281.) Antrag der Bezirksvertretung Landstraße vom 5. September 1907, betreffend Abschaffung des Hausierhandels in Wien.

Wird mit Rücksicht auf die allgemein bekannten Mißstände ohne Debatte einstimmig angenommen.

(2299.) Ersuchen des Eigentümers des Hauses XIV., Schwendergasse 19, um Aufstellung einer ganznächtig brennenden Gasflamme vor seinem Hause.

Befürwortet.

Wahl.

(2118.) Im Sinne der Note der Magistrats-Abteilung XI, Z. 33638, wird sodann zur Vornahme der Ergänzungswahl für eine Armenratsstelle des Armeninstitutes Rudolfsheim geschritten.

Zu Skrutatoren werden gewählt die B.-R. Döll und Schmidt.

Abgegebene Stimmen 22.

Es erscheint Adolf Sitter, Wäschewaren-Erzeuger und Hausbesitzer, XIV., Storchengasse 8, einstimmig gewählt.

Anträge und Anfragen.

B.-V. Kunz macht in längerer Ausführung auf die Gefahren der Einschleppung von Infektionskrankheiten aufmerksam, welchen Wien durch die aus Galizien kommenden Auswanderer ausgesetzt sei. Dieselben lagern mit ihrem schmutzigen Gepäck stundenlang in den Wartesälen der Nord- und Westbahn, in welchen sich die anderen Reisenden zu gleicher Zeit oder unmittelbar, nachdem die Auswanderer die Warteräume verlassen haben, aufhalten müssen.

Er stellt schließlich den Antrag, die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Es werde an den Gemeinderat das Ersuchen gestellt, kompetenten Ortes dahin zu wirken, daß der Strom der galizischen Auswanderer nicht nach und durch Wien geleitet werde. Sollten dieser berechtigten Forderung unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen, so mögen alle Vorkehrungen getroffen werden, durch welche ein Einschleppen einer Infektionskrankheit hintangehalten werden kann. Hiezu gehört vor allem, daß den Auswanderern auf den Bahnhöfen besondere Warteräume, allenfalls Baracken zum Aufenthalte angewiesen, daß die Auswanderer einer sanitätspolizeilichen Kontrolle unterworfen, daß für die Beförderung der Auswanderer von einem Bahnhof zum anderen besondere Wagen beigestellt und daß Warteräume und Wagen gründlich desinfiziert werden.

Ferner beantragt er, diesen Beschluß den anderen Bezirksvertretungen behufs analoger Beschlußfassung mitzuteilen.

Diese Anträge werden einstimmig zum Beschlusse erhoben.

B.-V. Kunz berichtet ferner, daß vor der Sitzung eine Deputation von Hausbesitzern und Gewerbetreibenden bei ihm war und ihm eine Bittschrift des Inhaltes überreichte, die Bezirksvertretung Rudolfsheim möge gegen die geplante Errichtung eines Bordelles im Hause XIII., Hollergasse 51, Stellung nehmen.

Der Redner kennzeichnet diese Bitte mit Rücksicht auf die in der Nähe befindlichen Schulen als gerechtfertigte. Wenn auch das in Aussicht genommene Haus im XIII. Bezirke gelegen sei, so müsse die Bezirksvertretung Rudolfsheim gegen diesen Plan doch Stellung nehmen, da die andere Seite der Hollergasse zum XIV. Bezirke gehört.

B.-V.-St. Wiesinger beantragt, den Protest dahin auszudehnen, daß in dem ganzen Häuserviertel bis zur Winckelmannstraße, gleichgültig, ob im XIII. oder XIV. Bezirke, ein Bordell errichtet werde.

Diese Anträge werden einstimmig zum Beschlusse erhoben.

B.-V.-St. Wiesinger erinnert daran, daß er schon vor Jahren die Anregung gebracht habe, den für Wasserleitungszwecke reservierten Platz neben dem Wasserreservoir zur Gänze für Marktzwecke zu verwenden. Er ersucht, die Angelegenheit betreiben zu wollen.

B.-R. Köck beantragt, daß den in den äußeren Bezirken häufig bemerkbaren fliegenden Ständen, bei denen in marktschreierischer Weise minderwertige Sachen feilgeboten werden, eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werde. Die bei diesen Ständen stattfindenden Menschenansammlungen bilden häufig ein Verkehrshindernis, geben Taschendieben Gelegenheit zum Stehlen und bieten in hygienischer Beziehung mannigfache Bedenken. Der Magistrat soll nicht ohne Zustimmung der Bezirksvertretung die Aufstellung dieser Stände gestatten.

Wird zugestimmt.

B.-R. Jonas regt an, daß die Haltestelle der städtischen Straßenbahnen Ecke Märzstraße und Schweglerstraße, welche derzeit nur eine Bedarfshaltestelle ist, wieder in eine regelmäßige Haltestelle umgewandelt werde.

B.-V.-St. Wiesinger fragt an, wie weit die vorbereitenden Schritte zur Gründung eines Vereines zur Errichtung einer Mittelschule gediehen seien.

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, daß ein Fachmann ein Elaborat bereits ausarbeite und daß zu der im Monat Oktober geplanten ersten Sitzung außer den Mitgliedern der Bezirksvertretung auch alle anderen angesehenen Geschäftsleute und Bürger des Bezirkes eingeladen werden.

Findet einhellige Zustimmung.

Da weitere Anträge nicht vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung.

(IX. Gemeindebezirk, Alsergrund.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund vom **23. September 1907.**

Vorsteher: Bezirksvorsteher **Josef Stary.**

Schriftführer: Magistrats-Konzipist und Kanzleileiter Dr. Guido Kopetzky.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Versammlung, konstatiert die Beschlußfähigkeit und eröffnet die Sitzung.

Vor dem Eingehen in die Tagesordnung widmet der **Vorsitzende** dem im Juni dieses Jahres verstorbenen B.-R. Theodor Kreiser einen Nachruf, in welchem er dessen Pflichteifer und Fleiß insbesondere hervorhebt und bittet, demselben ein freundliches Angedenken zu bewahren.

Die Versammlung hat diesen Nachruf zum Zeichen der Teilnahme stehend angehört.

Das Protokoll der letzten öffentlichen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Anknüpfend daran berichtet der **Vorsitzende** über die Schritte, welche betreffs des Antrages des B.-R. Dr. Thomas seitens der gewählten Deputation unternommen wurden.

Einlauf.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI, Z. 10194, betreffend Umbenennung des Strudelhof in „Strudelhofgasse" und Ausdehnung dieser Bezeichnung auf die Verlängerung dieses Straßenzuges bis zur Liechtensteinstraße.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI, Z. 1545, betreffend pachtweise Überlassung der verlängerten Wasagasse behufs Herstellung einer Gartenanlage.

Zur Kenntnis.

(1527.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII, es seien Verlegungen von Lohnfuhrwerksplätzen durch mindestens 2 Jahre nur aus öffenlichen Rücksichten zu bewilligen.

Zur Kenntnis.

(1717.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII, betreffend Reinigung der Straßenaufschrifts- und Orientierungsnummerntafeln.

Zur Kenntnis.

(2031.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII, betreffend Konzessionsschacher beim Rauchfangkehrergewerbe.

Zur Kenntnis.

(1809.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, betreffend Lokalaugenscheins-Protokoll über die Beleuchtung der Währingerstraße mit elektrischen Bogenlampen.

Zur Kenntnis.

(1914.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, betreffend Lokalaugenscheins-Protokoll über die Errichtung einer unterirdischen Bedürfnisanstalt beim ehemaligen Schottentor.

Zur Kenntnis.

(1648.) Die Magistrats-Abteilung XVII übersendet eine Übersicht über die Dienstmännerstandplätze.

Zur Kenntnis.

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen teilt in Beantwortung eines seitens der Bezirksvertretung übermittelten Antrages des B.-R. Kreiser mit, daß eine Verbesserung des Verkehres nach Grinzing und Sievering durch Einschubzüge ab Kreuzung Gürtel—Nußdorferlinie bewerkstelligt würde.

Einen allen Anforderungen entsprechenden Wagenverkehr einzurichten, sei derzeit unmöglich, da hiezu die Geleiseanlagen in der Endstation nicht ausreichen. Jedoch werde im nächsten Jahre diesbezüglich Abhilfe geschaffen werden.

Zur Kenntnis.

Die Genossenschaft der Gastwirte in Wien hat ein Schreiben an die Bezirksvertretung gerichtet, in welchem darüber Klage geführt wird, daß Ansuchen in Schankkonzessionsangelegenheiten Bezirksräten zugewiesen werden, welche solchen Angelegenheiten schon infolge ihres Berufes ferne stehen. Daran wird das Ansuchen geknüpft, solche Gesuche stets fachkundigen Referenten zur Berichterstattung zuzuweisen.

Der **Vorsitzende** bezeichnet diese Zuschrift als ungehörig, da sie den Mitgliedern der Bezirksvertretung, welche nicht dem Schankgewerbe angehören, die Fähigkeit abspricht, über die dieses Gewerbe betreffenden Angelegenheiten zu urteilen. Die Bezirksvertretung werde nach wie vor die rayonsweise Zuteilung der Konzessionsansuchen beibehalten und sich bei Beurteilung derselben wie bisher nur von der Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des Bezirkes und die Interessen der Gewerbetreibenden leiten lassen.

Es wird beschlossen, die Zuschrift in diesem Sinne zu beantworten.

(1724.) Die Bezirksvertretung Josefstadt übermittelt einen Antrag, es sei entgegen der Absicht, den Gürtel in den westlichen Bezirken mit Graetzinlicht zu beleuchten, vielmehr die Beleuchtung desselben mit elektrischen Bogenlampen anzustreben.

Angenommen.

(1599.) Die Bezirksvertretung des XIX. Bezirkes übermittelt einen Antrag auf teilweise Aufhebung des Überfüllungsverbotes bei den städtischen Straßenbahnen, und zwar:

1. In den Morgenstunden für die Gültigkeitsdauer der 10 h-Karte;
2. bei plötzlich eintretendem Regen;
3. beim Sinken der Temperatur auf 0 Grad.

Der **Vorsitzende** verweist darauf, welch eine nützliche Einrichtung das Überfüllungsverbot sei, und es wäre ganz unrichtig, diesen Vorteil ohneweiters wieder zu beseitigen.

Im Sinne dieser Ausführungen wird beschlossen, dem vorerwähnten Antrage nicht beizustimmen.

(2158.) Die Bezirksvertretung für den XIV. Bezirk übermittelt einen Antrag, es seien Vorkehrungen zu treffen, daß die eine sanitäre Gefahr für Wien bildenden gegen Auswanderer mit Umgehung Wiens befördert werden oder, falls dies nicht möglich sein sollte, daß derartige sanitätspolizeiliche Vorkehrungen getroffen werden, daß die Gefahr einer Verschleppung von Infektionskrankheiten möglichst vermieden werde.

B.-R. Knauer stimmt diesem Antrage zu und regt an, an das Eisenbahnministerium das Ersuchen zu richten, Züge mit Auswanderern derart einzuleiten, daß die Auswanderer von einem Bahnhof zum anderen gelangen, ohne umzusteigen.

Der Antrag der Bezirksvertretung Rudolfsheim wird sohin mit dem Zusatz-Antrag Knauer angenommen.

(2124.) Die Bezirksvertretung Landstraße verweist in einem Antrage auf die durch den Hausierhandel in Wien verursachte sanitäre Gefahr und auf die Schädigung der Interessen der seßhaften Gewerbetreibenden durch die Hausierer und beantragt, an die Regierung das Verlangen zu stellen, daß Wien vom Hausierhandel ausgenommen und daß das seinerzeit erlassene Verbot des Feilbietens von Milch und Molkereiprodukten, von Kraut und Rüben im ungesäuerten Zustande und von Holzkohle von Haus zu Haus und auf der Straße auf alle im § 60 der Gewerbeordnung bezogenen Artikel ausgedehnt werde.

Zugleich bringt **B.-R. Pelzer** einen Antrag auf gänzliche Untersagung des Hausierhandels ein.

Nach einer Debatte, an welcher sich die **B.-R. Magschitz, Harrer** und **Klimesch** beteiligen, wird der Antrag Pelzer angenommen.

Anträge.

B.-R. Pelzer beantragt weiters, es seien die Beleuchtungsmaste beim Versorgungshaus, bei der Markthalle und am Althanplatz mit Blumenkörben zu versehen und im nächsten Jahre mit Blumen auszuschmücken.

Einstimmig angenommen.

Derselbe beantragt, es sei mit Rücksicht auf die zahlreichen Neubauten bei der ehemaligen Nußdorferlinie daselbst eine Apotheke zu errichten.

Der **Vorsitzende** bemerkt, daß bereits auf Grund eines Antrages des B.-R. Kreiser diese Angelegenheit einer günstigen Erledigung zugeführt worden sei und bald in der bezeichneten Gegend eine Apotheke errichtet werde.

Derselbe beantragt weiters, es möge im nächsten Jahre endlich das seinerzeit beantragte Strombad am rechten Donaukanalufer nächst der Brigittabrücke errichtet werden.

B.-R. Meyer verweist darauf, daß er selbst in einer der letzten öffentlichen Sitzungen der Bezirksvertretung eine gleiche Anregung gegeben habe, daß jedoch Stadtrat Gsottbauer eingewendet habe, es sei die Errichtung dieses Bades erst nach Fertigstellung der Schleuse beim Schottenring möglich.

B.-R. Wlk bringt folgenden Antrag ein:

Vielfach sind die Klagen der in Betracht kommenden Bevölkerung des IX. Bezirkes über die Unsicherheit auf dem Gürtel zwischen

Alserstraße, Borschkegasse und dem Zimmermannsplatze während der Nachtstunden.

Lichtscheues Gesindel aller Art betrachtet diese Gegend als seine Domäne und es ist nichts weniger als ratsam, diese Kreise auch nur als ruhiger, friedliebender Passant zu stören.

Aber nicht nur die Passanten, werden von diesen Plattenbrüdern bedroht, es werden auch nach Schluß der Gast- und Kaffeehäuser Einbrüche vollbracht, so daß Person und Eigentum im höchsten Grade durch dieses lichtscheue Gesindel bedroht erscheint.

Es wäre an der Zeit, mit diesem lichtscheuen Gesindel aufzuräumen und stellt daher der Gefertigte den Antrag, es sei an die k. k. Polizei-Direktion mit dem Ersuchen heranzutreten, eventuell durch Aufstellung eines Wachpostens oder in anderer geeigneter Weise Vorkehrungen zu treffen, die einen ausreichenden Schutz für Person und Eigentum verbürgen.

Der Antrag Wlk wird mit Stimmen-Einhelligkeit angenommen.

B.-R. Knauer beantragt, es sei auf der Währingerstraße zwischen dem magistratischen Bezirksamte und dem Gemeindehause mit Rücksicht auf die starke Frequenz dieser Ämter eine Haltestelle der elektrischen Straßenbahn zu errichten oder wenigstens die Haltestelle bei Nr. 25 zum Hause Nr. 39 Währingerstraße zu verlegen.

Angenommen.

B.-R. Knauer stellt weiters den Antrag, es sei anläßlich des 60jährigen Regierungs-Jubiläums Sr. Majestät ein Gedenkbrunnen mit dem Reliefbild des Kaisers auf dem Platze vor der Votivkirche zu errichten.

Der **Vorsitzende** verweist darauf, daß dieser Platz seines Wissens für einen anderen Zweck bestimmt sei, empfiehlt aber den Antrag zur Annahme.

Derselbe wird sonach einstimmig angenommen.

Der **Vorsitzende** stellt den Antrag, es sei auf dem Althanplatze eine Bedürfnisanstalt zu errichten.

Angenommen.

Derselbe bringt nun das Überhandnehmen der Schundliteratur zur Sprache und bezeichnet es insbesondere als einen Skandal, daß derartige Erzeugnisse in k. k. Tabak-Trafiken selbst für Kinder zugänglich aufgelegt und verkauft werden.

Es sei zwar nicht möglich, die Verbreitung solcher Druckschriften zu verhindern, wohl aber könnten Schritte dagegen unternommen werden, daß dieselben nicht in Trafiken öffentlich ausgestellt werden.

Dem Antrage des **Vorsitzenden,** dagegen energische Schritte einzuleiten, wird allgemein zugestimmt.

(XII. Gemeindebezirk, Meidling.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Meidling vom **25. September 1907.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Karl Donner.**

Als Schriftführer fungiert der Kanzleileiter Magistrats-Konzipist Robert Jiresch.

Nach Konstatierung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der am 26. Juni 1907 abgehaltenen Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Einlauf.

Zuschriften der Magistrats-Abteilung III, ZZ. 138, 1276, 1364 und 2945, betreffend die gärtnerische Ausgestaltung bezw. Baumpflanzung zwischen dem alten und neuen Meidlinger Friedhof, der Straße am Fasangarten, auf dem Margaretengürtel und am Verbindungswege von der Schlöglgasse zur Maxinger Meierei.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, Z. 5291, betreffend die wegen der noch immer zu hohen Forderung beschlossene Ablehnung des der Gemeinde Wien gestellten Offertes auf käufliche Überlassung der Realität Schönbrunnerstraße 157.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, Z. 2698, betreffend die elektrische Beleuchtung des neuen allgemeinen Personentunnels in der Station Meidling der Südbahn.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, Z. 2914, betreffend die Errichtung von acht halbnächtigen und einer ganznächtigen Gasflamme in der Wasserleitungsstraße und den anschließenden Gassen bei der Philadelphiabrücke.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI, Z. 90, betreffend die Neupflasterung der Zenogasse von der Tivoligasse aufwärts bis zur Maria Theresienbrücke.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI, Z. 2092, betreffend die Herstellung der Grießergasse von der Oswaldgasse bis zur Einfahrt in den Holzplatz Or.-Nr. 8.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XV, Z. 6830, betreffend die Gestattung der Mitbenützung des Jugendspielplatzes Hetzendorferstraße 66 durch den Verein zur Pflege der körperlichen Erziehung in Wien, XII. Bezirk.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI, Z. 1247, betreffend die Benennung des Straßenzuges, welcher zwischen der Hohenbergstraße und der Rollingergasse von der Meidlinger Hauptstraße bis zur Ruckergasse führt, mit „Koppreitergasse".

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XXII, Z. 2502, betreffend die Ausschmückung der Amtshäuser mit Blumen.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XXII, Z. 2423, betreffend die Verständigung des k. u. k. Reichs-Kriegsministeriums, daß ein Umbau oder die Verlegung der Reiterkaserne in der Rotenmühlgasse mangels der budgetären Mittel gegenwärtig ausgeschlossen ist.

Zur Kenntnis.

Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes XII, Z. 16931, betreffend den Baukonsens für die katholische Kirche samt Pfarrhof in Hetzendorf.

Zur Kenntnis.

Zuschriften der Magistrats-Abteilung I, ZZ. 6231, 7457, 8145, betreffend Zwangsversteigerungen von Realitäten im 12. Bezirk.

Es wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß sich die Erwerbung derselben für kommunale Zwecke nicht empfiehlt.

Zuschrift der Bezirksvertretung XIV, betreffend einem Antrag, nach welchem Vorsichtsmaßregeln zur Abwendung der durch die galizischen Auswanderer drohenden sanitären Gefahren getroffen werden sollen.

Zustimmung.

Zuschrift der Bezirksvertretung XIX, Z. 1121, betreffend einen Antrag auf teilweise Aufhebung des Überfüllungsverbotes auf den städtischen Straßenbahnen.

Zustimmung.

Zuschrift der Bezirksvertretung IX, Z. 1577, betreffend einen Antrag auf Abstellung der Überfüllung der Stadtbahnzüge.

Zustimmung.

Die Genossenschaft der Gastwirte in Wien ersucht unter Z. 2886, daß alle Konzessionsreferate nur einem in der Bezirksvertretung mit Sitz und Stimme bedachten Konzessionsinhaber zugewiesen werden.

Die Bezirksvertretung beschließt, an der bisher geübten Rayonseinteilung festzuhalten, da bei der Beurteilung des Lokalbedarfes von Gastgewerben eine besondere Sachkenntnis nicht notwendig ist.

Anträge.

B.-V. Donner weist auf die Gründung und Verbreitung von Zeitungen hin, welche unter dem Deckmantel, die Unsittlichkeit zu bekämpfen, im Sumpfe des Lasters wühlen und dadurch geeignet sind, den guten Ruf Wiens zu gefährden. In den Auslagen der k. k. Tabak-Trafiken prange diese Schundliteratur und locke durch ihre Aufsehen erregenden Abbildungen die Jugend an. Was für Gefahren der Jugend dadurch drohen, werde umso begreiflicher, wenn man bedenke, daß eines dieser Blätter sich schon einer Auflage von 30.000 Exemplaren rühme.

Die Bezirksvertretung wolle daher eine Eingabe beschließen, in welcher die Bekämpfung dieser Schundblätter mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dringend verlangt wird.

B.-R. Köppl dankt dem Bezirksvorsteher für seine Anregung und erklärt, derselbe könne der Zustimmung der gesamten Lehrerschaft gewiß sein; denn die schwere Arbeit des Erziehens werde außerordentlich erleichtert, wenn man alles fern hält, was Kinderherzen verdirbt.

Der Antrag wird sodann einstimmig angenommen.

Derselbe beantragt, den Magistrat zu ersuchen, beim Handelsministerium im Sinne des Handelsministerial-Erlasses vom 23. Dezember 1881, Z. 2049, ein vollständiges Verbot des Hausierhandels und bei der n.-ö. Statthalterei im Sinne des § 60 al. 4 der Gewerbeordnung die Untersagung des Feilbietens der in diesem Paragraphen genannten Artikel für Wien oder wenigstens für den Bezirk Meidling zu erwirken. Die Notwendigkeit solcher Verfügungen habe sich nunmehr wieder anläßlich der Blatterngefahr, die ja namentlich auch den Bezirk Meidling bedrohte, erwiesen. In versteckten Massenquartieren, die der Kontrolle der Behörden oft entzogen sind, lagern Hausierer auf ihren Waren, ihre Ausdünstung wird denselben mitgeteilt und mit diesem infizierten Kram werden am nächsten Tage unzählige Wohnungen verseucht. Zu dem fehle in Wien, wo jeder Bedarfsartikel bequem zur Verfügung stehe, ganz und gar jede Berechtigung des Hausierhandels.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Derselbe beantragt unter Hinweis auf die skandalösen Sicherheitsverhältnisse im XII. Bezirke, es solle neuerdings dringend verlangt werden, daß dem immer mehr überhandnehmenden Plattenunwesen durch die schon oft verlangte Vermehrung der Wachstuben sowie der Sicherheitswache, schärfere Überwachung der bekannten Versammlungsorte der Platten, durch strengere Bestrafung der eingelieferten Plattenstrolche und durch die Ausstattung der Wachleute mit größeren Befugnissen gegen dieselben gesteuert werden.

B.-V.-St. Adlersflügel teilt konkrete Vorfälle aus der letzten Zeit mit und beantragt mit Rücksicht auf die geradezu unglaubliche Unsicherheit in dem Teile jenseits der Philadelphiabrücke die Errichtung einer Wachstube dortselbst und die Vermehrung der Wachleute.

Beide Anträge werden angenommen.

B.-V. Donner beantragt aus Sicherheitsrücksichten die Aufhebung des Radfahrweges vom Beginne der Altmannsdorferstraße bis zum Linienamt Neu-Steinhof.

Angenommen.

Derselbe beantragt die Errichtung eines Wartehäuschens bei der Haltestelle Philadelphiabrücke der elektrischen Straßenbahn.

Angenommen.

B.-R. Köppl beantragt, es solle mit Rücksicht auf die große Bevölkerungszahl des XII. Bezirkes die Verlegung des in demselben befindlichen Epidemiespitales begehrt werden.

Angenommen.

B.-V.-St. Adlersflügel beantragt die Verlegung des vor dem Hause 1c der Wilhelmstraße gelegenen Auslaufbrunnens in die Flurschützstraße bei der Straßenbahnremise.

Angenommen.

B.-R. Köppl beantragt die Errichtung eines Jugendspielplatzes auf dem zwischen den Schulen Ruckergasse und Singrienergasse freibleibenden Platze.

Angenommen.

Anfragen, Beschwerden.

B.-V.-St. Adlersflügel fragt an, wie weit es mit der Kanalisierung der Wienerbergstraße stehe.

Der **Bezirksvorsteher** erwidert, daß diesbezüglich am 9. Oktober im Sitzungssaale eine kommissionelle Beratung stattfinden werde, bei welcher hoffentlich eine Einigung zustande kommt.

Derselbe beschwert sich über verschiedene Übelstände im Theresienbade.

B.-R. Reichenstorfer macht auf die gefährliche Lage eines Grabsteines auf dem Altmannsdorfer Friedhofe aufmerksam.

Derselbe begehrt die Herstellung oder die Mietung eines Werkzeugraumes in Altmannsdorf für die Geräte des Straßenreinigungspersonales.

Der **Bezirksvorsteher** sagt seine Intervention zu.

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Feierlicher Empfang im Neuen Rathause.

Donnerstag den 3. Oktober 1907, um 8 Uhr abends, wurden die Teilnehmer an dem I. Kongresse der Deutschen Gesellschaft für Urologie vom Herrn Bürgermeister Dr. Karl Lueger in den Festräumen des Neuen Rathauses feierlich empfangen.

(Das österreichische Gewerberecht.) Im Verlage der Manzschen k. u. k. Hof-Verlags- und Universitäts-Buchhandlung in Wien ist soeben das erste Heft eines auf zirka 20 Lieferungen berechneten Werkes „Das österreichische Gewerberecht" von Dr. Emil Heller, Konzipist d. R. des Wiener Magistrates, erschienen. Es wendet sich in erster Linie an die Praktiker aller Berufe und will den insbesondere durch die jüngste Gewerbenovelle geschaffenen Stand der Gesetzgebung unter Heranziehung der umfangreichen Judikatur und Literatur systematisch und übersichtlich geordnet zur Darstellung bringen. Die vorliegende erste Lieferung bespricht die Grundlagen des Gewerberechtes, die räumlichen und zeitlichen Grenzen der gewerberechtlichen Bestimmungen, erörtert die Begriffe Erwerb und Gewerbe, den unbefugten Gewerbebetrieb und die Einteilung der Gewerbe. Zum Schlusse werden die neuen Bestimmungen über die Handelsgewerbe dargestellt und wird der Begriff der Fabriksmäßigkeit an zahlreichen Judikaten des Verwaltungsgerichtshofes praktisch festgestellt. Da der Verlag das rasche Erscheinen des Werkes (alle 14 Tage eine Lieferung à 80 h) in Aussicht stellt, wird das Werk bald vollendet vorliegen und der Praxis einen wertvollen Berater in allen Gewerbefragen bieten.

Donau-Regulierungs-Kommission.

Stromschaufahrt.

Am Sonntag den 29. September 1907 fand eine Stromschaufahrt der Donau-Regulierungs-Kommission statt, die sich auf den Stromlauf von Ybbs bis Wien erstreckte.

An derselben nahmen unter der Führung des Vorsitzenden der Kommission, Minister des Innern Baron Bienerth, und der beiden Vorsitzenden-Stellvertreter Statthalter Graf Kielmansegg und Sektionschef Dr. v. Haberer nahezu alle Kommissionsmitglieder und mehrere Gäste, darunter hohe Funktionäre des kaiserlich russischen Kommunikationsministeriums teil.

Zur Fahrt wurde das Schiff „Hebe" der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft benützt, das sich um 10 Uhr Vormittag vom Dampfschifflandungsplatze Ybbs aus in Bewegung setzte.

Die Witterung und insbesondere der niedere Wasserstand waren der Fahrt sehr günstig und gestaltete der letztere die Fahrt zu einer besonders instruktiven, da er den Einblick in die Stromverhältnisse gestattete und die Wirkung der in den letzten Jahren ausgeführten Niederwasserbauten deutlich erkennen ließ.

So wurde insbesondere unterhalb Ybbs die durch die Bauten bei Sarling bewirkte gänzliche Beseitigung einer früher bestandenen schlechten Furt, bei welcher eine Vertiefung um mehr als 1 m eingetreten ist, konstatiert, weiter wurde zwischen Säusenstein und Pöchlarn bemerkt, daß durch die ausgeführten Arbeiten eine Konzentrierung des Wassers in ein fixes Niederwasserbett herbeigeführt wurde, und daß durch die erst in der allerjüngsten Zeit gegenüber von Weitenegg eingebauten Niederwasserbuhnen bereits jetzt eine Verbesserung der dort bestehenden, durch den Schuttkegel des Weitenbaches hervorgerufenen schlechten Furt erzielt worden ist.

Die durch ihre landschaftlichen Reize berühmte Wachauer Strecke von Melk bis Krems, welche vermöge des in derselben bestehenden einheitlichen, durch Gebirgsmassen begrenzten Stromprofiles dem Wasser wenig Gelegenheit zu Ausartungen gibt und daher auch in strombaulicher Hinsicht minder belangreiche Bauten aufweist, erregte die ungeteilte Bewunderung der fremden Gäste.

Längs der Städte Krems und Stein, wo schon im Jahre 1901 mit den Arbeiten zur Verlegung des Stromstriches an die Steiner- und Kremser-Lände begonnen worden war, konnte das vollständige Gelingen der durchgeführten Maßnahmen konstatiert werden, indem gegenwärtig schon in der neuen linksufrigen Fahrrinne ein Ausweichen von Fahrzeugen möglich ist.

Auch die in der Übergangszeit, unmittelbar nach Ausführung der Niederwasserbauten der Schiffahrt vorübergehend sehr ungünstig gewesene Strecke in der Bergau unterhalb Altenwörth hat sich durch die mittlerweile ausgeführten Ergänzungsbauten verbessert und weist gegenüber dem früheren Bestande nahezu die doppelte Breite und eine günstigere Fahrrichtung auf.

Bei Tulln war die Wirkung der am linken Ufer oberhalb der Brücke im Vormonate ausgeführten Niederwasserbauten zu bemerken, indem die bereits vorher bestandene willkommene Tendenz des Stromstrich-Überganges auf das rechte Ufer, d. i. an die Tullner Lände, nunmehr unter dem Einflusse der Bauten rasch zunimmt, so daß die Schiffe schon die rechtsseitige Stromrinne zu benützen beginnen.

Bei Zeiselmauer wurde eine vordem hinsichtlich der Wassertiefe sehr ungünstige Stromstrecke passiert, die schon im Vorjahre durch Herstellung von Niederwasserbauten am rechten Ufer vertieft worden ist und an deren weiteren Verbesserung noch gearbeitet wird.

Den Abschluß der Reise bildete die Fahrt durch die durchgehends mittels am linken Ufer erbauter Niederwasserbuhnen auf eine Mindesttiefe von 3·8 unter Null gebrachte sogenannte Wiener Stromstrecke von Lang-Enzersdorf bis zur Kronprinz Rudolfsbrücke, innerhalb deren der wohl baulich vollendete, aber

noch nicht ausgestattete und dem allgemeinen Verkehr noch nicht übergebene Kuchelauerhafen, das Nußdorfer Sperrwerk nebst Kammerschleuse, sowie die Umschlagplätze der einheimischen und der fremden Schiffahrtsgesellschaften, dann der Bahnen gelegen sind.

Der Inspektionsfahrt war auch ein besonderes gesellschaftliches Relief dadurch verliehen worden, daß sich die Gemahlin des Herrn Ministers des Innern, Frau Baronin Bienerth, im Hinblicke auf das Erscheinen der fremden Sommitäten an der Exkursion beteiligte und den Gästen am Bord des Schiffes mit großer Liebenswürdigkeit die Honneurs erwies.

Die Teilnehmer der Fahrt verließen am Landungsplatze Praterkai das Schiff mit dem Eindrucke, daß in der durchfahrenen Strecke im letzten Jahrzehnte durch das zielbewußte Vorgehen der Donau-Regulierungs-Kommission zahlreiche, für die Schiffahrt wertvolle Verbesserungen des Strombettes erzielt worden sind.

30-Millionen-Kronen-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1900 (Elektrizitäts-Anlehen).

Verzeichnis der am 1. Oktober 1907 ausgelosten und am 1. April 1908 zur Einlösung kommenden Obligationen des 30-Millionen-Kronen-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1900:

Serie 53 Nr. 1 à 10.000 K.
„ 747 } Nr. 1 und 2 à 5000 K.
„ 1294 }
„ 1456 } Nr. 1 bis 5 à 2000 K.
„ 1806 }

Die nächste Ziehung findet am 1. Oktober 1908 statt.

Aus früheren Verlosungen sind noch ausständig:

Serie 179 Nr. 1.
„ 937 „ 1.
„ 1910 „ 5.
„ 2427 „ 4, 6, 9, 10.
„ 2598 „ 4, 5, 7, 8.

Wien, am 1. Oktober 1907.

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim.

September 1907.

Eingelegt von 5326 Parteien	1,438.429 K	91 h
Rückgezahlt an 3924 Parteien	1,571.602 „	53 „

Im abgelaufenen III. Semester 1907.

Eingelegt von 16.937 Parteien	4,812.746 K	27 h
Rückgezahlt an 14.208 Parteien	5,164.969 „	73 „

Stand am 30. September 1907.

Gesamteinlagen auf 52.052 Konti	52,960.462 K	44 h
Hypothekardarlehen	40,933.592 „	40 „
III. Quartal 1907	13,714.384 „	43 „
Gesamt-Werteffekten	13,036.658 „	95 „
Gesamt-Reservefond	2,112.224 „	— „

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Hernals.

September 1907.

Einlagen von 5080 Parteien	1,259.320 K	— h
Rückgezahlt an 3924 Parteien	1,468.703 „	— „

Stand am 30. September 1907.

Gesamteinlagen auf 40.406 Konti	38,999.207 K	— h
Hypothekardarlehen	27,855.902 „	— „
Das Kassarevirement belief sich im August 1907 auf	3,736.276 „	— „

Die Einlagen werden ab 1. Oktober 1907 mit 4 Prozent verzinst.

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Währing.

September 1907.

Eingelegt von 2706 Parteien	643.818 K	78 h
Rückgezahlt an 2235 Parteien	969.086 „	42 „

Mit 30. September 1907 betrug der Stand:

Gesamteinlagen auf 24.293 Konti	22,867.326 K	01 h
Hypothekardarlehen	16,370.669 „	81 „

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Döbling.

September 1907.

Eingelegt von 831 Parteien	194.047 K	19 h
Behoben von 603 Parteien	211.470 „	64 „
Es ergibt sich daher ein Minus von . . .	17.423 K	45 h
Dieses abgerechnet vom Stande mit Ende August 1907 per	6,118.652 „	90 „
gibt mit Ende September 1907 bei 8331 offenen Konti einen Einlagenstand von	6,101.229 „	45 „
Der Stand der Hypothekardarlehen beträgt mit Ende September 1907	4,254.646 K	66 h

---

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Borstenviehmärkte vom 1. und 3. Oktober 1907.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Fleischschweine (Jungschweine)	7919 Stück
Fettschweine	8721 „
Summe	16640 Stück

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche — Stück.

Angekauft wurden:

für Wien	13365 Stück
für das Land	1422 „
unverkauft blieben	1853 „

2. Preisbewegung.

(Preis per 1 kg Lebendgewicht.)

Jungschweine (Fleischschweine):

I. Qualität . . . . von 104 bis 114 h (extrem bis 124 h)
II. „ . . . . „ 88 „ 102 „
III. „ . . . . „ 74 „ 86 „

Fettschweine:

I. Qualität . . . . von 112 bis 116 h (extrem bis 124 h)
II. „ . . . . „ 106 „ 111 „
III. „ . . . . „ 100 „ 105 „

Auf den dieswöchentlichen Borstenviehmärkten waren im Vergleiche zur Vorwoche um 467 Fleischschweine und um 904 Fettschweine mehr aufgetrieben.

Infolge des großen Angebotes mußten bei anfangs flauem Verkehre bei Fettschweinen abermals Preisnachlässe, und zwar durchschnittlich 4 h per Kilogramm gewährt werden. Fleischschweine wurden um 2 bis 4 h, in einzelnen Fällen auch um 6 h per Kilogramm billiger gehandelt.

* * *

Pferdemarkt vom 1. Oktober 1907.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 619 Pferde.

309 Schlachtpferde und 310 Gebrauchspferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 180 bis 1000 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 70 „ 170 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 30. September und 3. Oktober 1907.

1. Auftrieb bezw. Zufuhr.

Kälber lebend	1629	Schafe lebend	4551
Kälber ausgeweidet . .	2894	Schafe ausgeweidet . .	424
Lämmer lebend	50	Schweine ausgeweidet .	1242
Lämmer ausgeweidet . .	3		

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 90 bis 110 h (extrem bis 120 h)
II. „ . . . . „ 80 „ 88 „
III. „ . . . . „ 72 „ 76 „

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 94 bis 132 h (extrem bis 148 h)
II. „ . . . . „ 84 „ 92 „
III. „ . . . . „ 68 „ 80 „

Lämmer lebend (per Paar):

II. Qualität . . . . von 18 bis 44 K (extrem bis — K)

Lämmer ausgeweidet (per Paar):

II. Qualität . . . . von 16 bis — K (extrem bis — K)

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis 116 h)
II. „ . . . . „ 84 „ 112 „
III. „ . . . . „ — „ — „

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 116 bis 132 h (extrem bis 144 h)
II. „ . . . . „ 108 „ 114 „
III. „ . . . . „ 100 „ 106 „

Schafe lebend (per 1 Paar):

II. Qualität . . . . von 31 bis 32 h (extrem bis 48 K)

Schafe lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 61 bis 65 h (extrem bis 66 h)
II. „ . . . . „ 50 „ 60 „
III. „ . . . . „ 46 „ 48 „

Bei sehr flauem Geschäftsverkehre wurden Primakälbersorten um 8 bis 10 h, mittlere und mindere Sorten um 10 bis 12 h, in einzelnen Fällen um 24 h per Kilogramm billiger abverkauft.

Weidner Fleischschweine konnten die Preise der Vorwoche schwach behaupten, in weidner Fettschweinen waren neuerdings Preisrückgänge von 2 h zu verzeichnen. Weidner Schafe und Lämmer konnten die vorwöchentlichen Preise behaupten.

Auf dem Schafmarkte, welcher um 466 Stück stärker beschickt war und dessen Verkehr sich erst zur Mittagstunde, da infolge der passiven Resistenz der Eisenbahnen für auswärtige Käufer Waggonmangel herausstellte, abzuwickeln begann, wurden Prima-Schafe um 1 bis 2 h, mittlere und mindere Sorten um 3 bis 4 h billiger gehandelt.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 759 Stück Kälber mehr zugeführt.

Auf dem Schafmarkte wurden um 416 Stück Schafe mehr aufgetrieben und wurden Prima-Schafe um 1 bis 2 h, mittlere und mindere Sorten um 3 bis 4 h per Kilogramm billiger gehandelt.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 3. Oktober 1907 270 Stück Mast-, 103 Stück Weide- und 63 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

* * *

Kundmachungen, betreffend den Viehverkehr.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 12. September 1907, Z. XII-21/64, betreffend die Einfuhr von Klauentieren (Rindern, Schafen, Ziegen, Schweinen) aus Ungarn und Kroatien-Slavonien nach Niederösterreich. (M.-Abt. IX, 3753/07.) Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 13. September 1907, Nr. 211.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 19. September 1907, Z. XII-21/67, betreffend die Einfuhr von Vieh und Fleisch aus den Ländern der ungarischen Krone nach Niederösterreich. (M.-Abt. IX, 3862/07.) Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 20. September 1907, Nr. 217.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 21. September 1907, Z. XII-21/70, betreffend die Einfuhr von Klauentieren aus Ungarn nach Niederösterreich. (M.-Abt. IX, 3893/07.) im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 22. September 1907, Nr. 219.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 26. September 1907, Z. XII-21/72, betreffend die Einfuhr von Klauentieren (Rindern, Schafen, Ziegen, Schweinen) aus Ungarn nach Niederösterreich. (M.-Abt. IX, 3977/07.) Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 27. September 1907, Nr. 223.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Besuch der städtischen Bäder im Monate August 1907.

Volksbäder.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
II. Bez., Vereinsgasse 29	20888,	davon	13356	7532
III. Bez., Apostelgasse 18 (Eröffnet August 1891.)	13338,	„	9940	3398
V. Bez., Klagbaumgasse 4 (Eröffnet Juni 1893.)	12158,	„	8722	3436
V. Bez., Einsiedlerplatz 18 (Eröffnet August 1890.)	19622,	„	14147	5475
VI. Bez., Esterhazygasse 2 (Eröffnet August 1892.)	16576,	„	12102	4474
VII. Bez., Mondscheingasse 9 (Eröffnet Dezember 1887.)	11303,	„	8470	2833
VIII. Bez., Florianigasse 24 (Eröffnet August 1892.)	15875,	„	11110	4765
IX. Bez., Wiesengasse 17 (Eröffnet August 1892.)	12372,	„	8391	3981
X. Bez., Gudrunstraße 163 a (Eröffnet August 1890.)	20949,	„	16119	4830
XI. Bez., Geiselbergstraße 54 (Eröffnet August 1900.)	6955,	„	5126	1829
XIII. Bez., Hütteldorferstr. 82 (Eröffnet März 1905.)	7150,	„	4948	2202
XIV. Bez., Heinickegasse 3 (Eröffnet Dezember 1894.)	15993,	„	11258	4735
XV. Bez., Reithofferplatz 4 (Eröffnet Juli 1900.)	16383,	„	11640	4743
XVI. Bez., Fried. Kaiserg. 11 (Eröffnet März 1897.)	20128,	„	14107	6021
XVII. Bez., Gschwandnergasse 62	14740,	„	10328	4412
XVIII. Bez., Klostergasse 27	12917,	„	8253	4664
XX. Bez. Treustraße 60	11578,	„	8471	3107
XXI. Bez. Floridsdorf	2991,	„	1938	1053
Zusammen	212681,	davon	151374	61307

Theresienbad im XII. Bezirke.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
Wannenbad	5832,	davon	3318	2514
Dampfbad	4358,	„	3355	1003
Voll- und Schwimmbad	7855,	„	6526	1329
Zusammen	18045,	davon	13199	4846

Städtische Bäder:

			Männliche Personen	Weibliche Personen
II. Bez., Donaubad Erzherzog Karlplatz 4	18994,	davon	14404	4590
III. Bez., Strombad Kaiser Josefbrücke	3045,	„	2053	992
III. Bez., Strombad Sophienbrücke	7278,	„	4501	2777
IX. Bez., Strombad Augartenbrücke	13570,	„	9394	4176
XVII. Bez., Hernalser Voll- und Schwimmbad, Jörgerstraße 50	4839,	„	3961	878
XIX. Bez., Floßbad Kahlenbergerdorf	1803,	„	1075	728
XIX. Bez., Strombad Nußdorf	2929,	„	1831	1098
Zusammen	52458,	davon	37219	15239

XXI. Bezirk, Floridsdorf.

Wannenbad	697
Dampfbad	345
Zusammen	1042

Arbeits- und Dienstvermittlungsamt der Stadt Wien.

VII., Neubaugürtel 38 (Hotel Wimberger).

Übersicht über die Vermittlungstätigkeit des Amtes vom 20. bis 26. September 1907.

Vorgemerkt wurden:

Arbeitsuchende	1860
Dienstsuchende	2988
Lehrstellensuchende	27
Zusammen	4875

Angemeldet wurden:

Arbeitsposten	1592
Dienstplätze	3273
Lehrstellen	84
Zusammen	4949

Vermittelt wurden:

Arbeitsuchende	1419
Dienstsuchende	2563
Lehrlinge	23
Zusammen	4005

Baubewegung

vom 1. bis 3. Oktober 1907.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

III. Bezirk: Haus, Dapontegasse 4, von Leopold Frankfurter, Bauführer Josef Falter (7049).
" " Haus, Dapontegasse, Einl.-Z. 3276, 3277, von J. Steiner, Bauführer Ferd. Schindler (7095).
X. Bezirk: Favoritenstraße 226, Einl.-Z. 728, Baustelle 22, von Franz Krecht, X., Favoritenstraße 224, Bauführer F. Sumerauer (62037).
XI. Bezirk: Fabrik, Simmering, Einl-Z. 1970 Simmering, von der Firma Klein & Blaustein, Reinprechtsdorferstraße 3, Bauführer M. Frankl, Baumeister (19221).
XIII. Bezirk: Dreistöckiges Wohnhaus, Penzing, Einl.-Z. 1321, von Franz und Gustav Bykoukal (41125).
" " Dreistöckiges Wohnhaus, Penzing, Matznergasse 24, Einl.-Z. 1388, von Lorenz und Antonia Nöbauer, XIII., Märzstraße 156, Bauführer Florian Müller (41420).
XXI. Bezirk: Ebenerdiges Wohnhaus, Leopoldau, von Josef und Aloisia Tittl, Bauführer Joh. Molzer (34155).

Zubauten.

II. Bezirk: K. k. Prater Nr. 137, von Ludwig und Karl Pretscher (7110).
XI. Bezirk: Fabrik, Kaiser-Ebersdorf, Simmeringer Hauptstraße 497, von August Höniger, ebenda, Bauführer Josef & Alfred Höniger, Baumeister (19222).
XV. Bezirk: Fünfhaus, Mariahilferstraße 138, von Heinrich und Karl Mayer, Bauführer Friedrich Stagl (21454).
XXI. Bezirk: Fabrikszubau, Hirschstetten, Steckauergasse, von der Allgem. Elektrizitäts-Gesellschaft „Union", Bauführer Allgem. österr. Baugesellschaft (34472).

Umbauten.

XIV. Bezirk: Magazinsgebäude, Diefenbachgasse 93, von der Firma Straßer, Bauführer Wilhelm Tunk (39167).

Adaptierungen.

I. Bezirk: Weihburggasse 12, von Rudolf Gruber, Bauführer Franz Reitbauer (7133).
II. Bezirk: Fugbachgasse 16, von Jos. Nowak (7125).
III. Bezirk: Adamsgasse 32, vom Arbeiter-Konsumverein „Vorwärts", Bauführer Josef Fuchs (7048).
" " Erdbergstraße 19, von Karl Michna (7093).
IV. Bezirk: Wiedenergürtel 32, von Dr. Berth. Hatschek, Bauführer die Union-Baugesellschaft (7092).
" " Schleifmühlgasse 12 von Anton Ipser (7129).
V. Bezirk: Zentagasse 38, von Ad. Gerstell, Bauführer H. Schuster (7138).
VII. Bezirk: Kaiserstraße 76, von J. Ehrmann, Bauführer A. Zwerina (7080).
" " Lindengasse 31, von Leopold Ferstl, Bauführer M. Leopold (7117).
IX. Bezirk: Ayrenhoffgasse 4, v. W. König (7089)
" " Müllnergasse 12, von A. Feischl, Bauführer Dücker & Olbricht (7134).
XIX. Bezirk: Unter-Sievering, Einl.-Z. 51, Friedlgasse 40, von Rud. O. Weil, Hausbesitzer, I., Stubenring 12, Bauführer Anton Gürlich, Baumeister (21565).

Stockwerksaufsetzungen.

II. Bezirk: Handelskai 388, von der Wiener Fleischhauer-Kompagnie, Bauführer A. Simona (7116).

Diverse geringere Bauten.

I. Bezirk: Hofeindeckung, Kärntnerring 10, von Franz Hartmann, Bauführer H. Schätz (7073).
VII. Bezirk: Hoftrakt und Stockaufsetzung, Seidengasse 28, von Hermann König, Bauführer Leop. Schindler (7128).
" " Hofatelier, Neubaugasse 9, von Rud. Radhuber, Bauführer J. Sulzbacher (7142).
XIII. Bezirk: Zubau, Hacking, Prötlgasse 4, von Franz und Marie Knopp, ebenda, Bauführer H. Staud (41526).
XIV. Bezirk: Schuppen, Sechshauserngürtel 3, von M. Labin, Papierwerke, Bauführer L. Altmayer (39169).
XIX. Bezirk: Grinzing, Kobenzlgasse 4, von Vinzenz Bartl, Hausbesitzer, Kobenzlgasse 12, Bauführer Rob. Marauschek, Baumeister (21564).
XX. Bezirk: Dresdnerstraße 80, von Felix Bauer (7056).
XXI. Bezirk: Waggenschuppen, Floridsdorf, Jubiläumsgasse 11, von Josef Rosicky, Bauführer Johann Molzer (34385).

Gesuche um Parzellierungen.

XXI. Bezirk: Donaufeld, Einl.-Z. 799, von Johann Staudigl, Josef Klager, Antonia Deduch (7094).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

IV. Bezirk: Favoritenplatz, von der Südbahn-Gesellschaft (7119).
IX. Bezirk: Thurngasse 11, von Elise Loskot (7103).
XIII. Bezirk: Penzing, Einl.-Z. 1321, von Franz und Gustav Bykoukal (41124).
XVII. Bezirk: Hernals, Hauptstraße 171, Einl.-Z. 1045, Parzelle 1125/3, von Leop. Kohn, ebenda (42581).
" " Hernals, Einl.-Z. 155, Parzellen 409, 396, 407/1, 408, 407/2, von Karl Nowotny, Andergasse 6 (42576).
XIX. Bezirk: Unter-Sievering, Einl.-Z. 339, Konstr.-Nr. 117, Sieveringerstraße 171, von Bernhard Steiner, Restaurateur, ebenda (21561).

Renovierungen mittels Hängegerüsten, Leitern ꝛc.

XV. Bezirk: Tellgasse, Ecke Dingelstedtgasse, von Kloiber, Stadtbaumeister (für Gerüstbau verantwortlich Anton Wenzel, Leihgerüstanstalt Michael Damjanisch) (21367).

Demolierungsanzeigen.

XIV. Bezirk: Diefenbachgasse 33, von der Firma Gebrüder Straßer, Demolierender Wilhelm Junk (39167).
XIX. Bezirk: Heiligenstadt, Einl.-Z. 673, Josef Friedlgasse 6, von Oskar und Richard Marek, Stadtbaumeister, IX., Säulengasse 5, Demolierender derselbe (21646).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Abt. VI, Z. 3814.

28. September 1907.

Lieferung von 1250 kg (2500 Paket) Stearinkanzleikerzen, 1000 Paket = 500 kg Stearinwagenkerzen und 700 kg Unschlittkerzen (pro Jahr) für die Zeit vom 1. Jänner 1908 bis 31. Dezember 1909.

Wiener Fleischhauer-Kompagnie
— Stearinkerzen für Kanzlei 122 K per 100 kg
Stearinkerzen für Wagen 122 K per 100 kg
In Paketen von 500 g.

Niblein & Sohn
— Für Kanzleizwecke:
Prima-Stearinkerzen 70 K 30 h per 100 Paket à 500 g.
Marke Anglo 60 K 80 h per 100 Paket à 500 g.
Wagenkerzen:
Prima-Stearinkerzen 70 K 30 h per 100 Paket à 500 g.
Marke Anglo 60 K 80 h per 100 Paket à 500 g.
Unschlittkerzen 112 K per 100 kg.

Walleck Adalbert
— Prima-Unschlittkerzen 116 K per 100 kg.
Prima-Stearinkerzen (ob Kanzlei- oder Wagenkerzen) 194 K per 100 kg.

Binder Leopold
— Hochprima-Stearinkerzen:
Für Kanzleizwecke 1 K 94 h per Kilogramm.
2. Sorte (auch für diese Zwecke) 1 K 52 h.
Hochprima-Stearin-Wagenkerzen 1 K 94 h.
2. Sorte 1 K 52 h.
Hochprima-Unschlittkerzen 1 K 20 h.

* * *

Mag.-Abt. XXII, Z. 1514.
28. September 1907.

Vergebung der Schmier-, Dichtungs- und Putzmaterialien für den Betrieb der Heiz-, Ventilations- und elektrischen Anlage im Neuen Rathause in der Zeit vom 1. Oktober 1907 bis 30. September 1910.

Baumgartner Josef — Per Kilogramm:
Mineralmaschinenöl 50 h, 10% Nachlaß.
Valvoline (Zylinderöl) 70 h.
Dynamoöl (für elektrischen Betrieb) 60 h, 5% Nachlaß.

Doht & Bette — Per 100 kg:
Prima-Mineralöl 35 K.
Luna-Valvoline (Zylinderöl, dickflüssig) 60 K.
Mineral-Dynamoöl (für elektrischen Betrieb) 40 K.

Schmikl Kajetan — Maschinenputztücher aus Rohseideabfällen, 37×74 cm, gesäumt, 17 K per Gros, 10% Nachlaß.
Für Reinigung der Putztücher, wobei unbrauchbar gewordene durch fehlerlose ersetzt werden, 3 h per Stück.

Brüder Koimzoglu — Per 100 kg:
Mineralmaschinenöl 41 K.
Luna-Valvoline (Zylinderöl) 48 K 50 h.
Mineral-Dynamoöl (für elektrischen Betrieb) 60 K 50 h.
Per Stück:
Manlochdichtungsringe 8 K 50 h.

Lemach A. C. — Per 100 kg:
Mineralmaschinenöl 32 K 25 h.
Luna-Valvoline (Zylinderöl) 59 K.
Mineral-Dynamoöl 36 K.
Per Kilogramm:
Mannlochdichtungsringe, ca. 1050 g Stückgewicht, 7 K 90 h.

Schinke Adolf — Per 100 kg:
Prima-Mineralmaschinenöl A 52 K.
Prima-Mineralmaschinenöl B 36 K.
Luna-Valvoline (Zylinderöl) 66 K.
Mineral-Dynamoöl 40 K.

Fischer A. & Sohn — Per 100 kg:
Putzhadern 45 K.

Binder Leopold — Per Kilogramm:
Hochprima-Mineralmaschinenöl 48 h.
Luna-Valvoline (Zylinderöl) 68 h.
Mineral-Dynamoöl (für elektrischen Betrieb) 59 h.
Putzhadern rein Leinen, in der Größe von Servietten 1 K 60 h.
Putzhadern rein Leinen, noch größer 2 K 20 h.
Putzhadern rein Leinen, Sekunda 90 K.
Per Stück:
Mannlochdichtungen 12 K.

Vereinigte Gummiwarenfabriken Harburg—Wien, vorm. Menier & Reithoffer J. N. — Per Stück:
Mannlochringe, prima Qualität 11 K.
Mannlochringe, II. Qualität 5 K.

Hiller Paul & Komp. — Per Stück:
Mannlochdichtungsringe 5 K 75 h.

Müller E. J. & Komp. — Per 100 kg:
Prima Maschinenöl I 48 K.
Prima Maschinenöl II 40 K.
Prima Dynamoöl I 56 K.
Prima Dynamoöl II 42 K.
Luna-Valvoline (Zylinderöl) I 68 K.
Luna-Valvoline (Zylinderöl) II 56 K.
Putzhadern, desinfiziert 39 K 75 h.
Sämtliche Preise mit 2% Skonto oder 4 Monate Ziel.

Schlekan & Röhrer — Per 100 kg:
Prima Mineralmaschinenöl 30 K.
Luna-Valvoline (Zylinderöl) 65 K.
Mineral-Dynamoöl für elektrischen Betrieb 65 K.
Per Stück:
Mannlochringe 5 K 50 h.

Stadlauer Ölraffinerie und chemische Produktenfabrk — Per 100 kg:
Russisches Mineralöl „Viscosine de Baku SS" 42 K.
Amerikanisches Vacuum (Zylinderöl, Marke „Wilson") 63 K.
Amerikanisches Dynamoöl (Marke Continental") 36 K.
Per Stück:
Mannlochdichtungsringe 8 K 50 h.

Frankfurter Gummiwarenfabrik, Karl Stoeckicht, Aktiengesellschaft — Per Stück:
Mannlochringe 5 K.

Adam & Komp. — Per 100 kg:
Feinstes Luna-Valvoline (Zylinderöl) 65 K 50 h.
Adams-Mineralmaschinenöl (extra Qualität) 46 K.
Adams-Dynamoöl (extra Qualität) 56 K.
2% Skonto.
Per Stück:
Adams-Mannlochdichtungsringe (extra Qualität Nr. 273) 7 K 75 h.
30 Tage, 2% Skonto.
Prima Rohseiden-Putztücher (Qualität I a) 32 h.
30 Tage, 2% Skonto einschließlich Reinigung
Per 100 kg:
Putzhadern 74 K.
30 Tage, 2% Skonto einschließlich Reinigung.
Per Stück:
Prima Putztücher (Qualität B, Größe 37×74) 30 h.
Prima Putztücher (Qualität BB, Größe 37×70) 28 h.
Prima Putztücher (Qualität F, Größe 37×70) 24 h.
Inklusive Reinigung, netto Kassa, ohne Skonto.

Ölindustrie-Gesellschaft — Per 100 kg:
Schweres Schmieröl 48 K.
Zylinderöl 68 K.
Dynamoöl 58 K.

Pietsch Rudolf — Per 100 kg:
Prima russisches Maschinenöl (Marke „W. B.") 46 K 20 h.
Prima amerikanisches Zylinderöl (Marke „E. F.") 56 K,
Prima Dynamoöl (Marke „R. P.") 55 K.
Per Stück:
Mannlochringe „Hermes" laut vorliegendem Prospekt 6 K.
Sämtliche Preise 3 Monate Ziel oder 30 Tage, 2% Skonto.

* * *

Mag.-Abt. III, Z. 2387.
30. September 1907.

Abtragungsarbeiten der ehemaligen Ölfabrik, XVII., Johann Nepomuk Bergerplatz 13.

Amersin Rudolf — Aufzahlung 2217 K.

* * *

Mag.-Abt. III, Z. 4840.
30. September 1907.

Ausstreusand für die städtischen Gartenanlagen.

Kalksgewerkschaft Ernstbrunn — Gartensand per Kubikmeter:
Für alle Bezirke 13 K 2 h.

Wanko Michael — Steinfeldersand per Kubikmeter:
Für den I., III., IV., V., VI., VII., X. und XI. Bezirk 10 K.
Für den II. Bezirk 10 K 50 h.
Für den VIII., IX. und XX. Bezirk 11 K.
Für den XII. bis XVII. Bezirk 12 K.
Für den XVIII. Bezirk 13 K.
Für den XIX. Bezirk 18 K.
Für den XXI. Bezirk 14 K.

Wanko Alois — Quarzsand per Kubikmeter:
Für den I., III. bis VIII., X. und XI. Bezirk 8 K.
Für den II., IX. und XII. Bezirk 10 K.
Für den XIII. bis XX. Bezirk 12 K.
Für den XXI. Bezirk 14 K.

Gruber Rudolf, Sollenau — Steinfeldersand per Kubikmeter:
Für den III. bis V. und X. Bezirk 11 K.
Für den I., VI. bis VIII., XI. und XII. Bezirk 12 K.
Für den IX., XIII. bis XV. Bezirk 14 K.

Jungreitmayer Peter — Steinfeldersand per Kubikmeter:
Für den IV. bis VI. Bezirk 10 K 80 h.

Fellner Josef, Kalksburg — Gießhüblersand per Kubikmeter:
Für den XIII. Bezirk 9 K 20 h.
Für den XVI. Bezirk 9 K 50 h.
Für den XX. Bezirk 10 K 50 h.
Für den XXI. Bezirk 12 K.
Kaltenleutgebnersand per Kubikmeter:
Für den XIII. Bezirk 8 K 50 h.
Für den XVI. Bezirk 9 K.
Für den XX. Bezirk 9 K 50 h.
Für den XI. Bezirk 11 K 50 h.

Meisgeyer & Hödl, Atzgersdorf — Gießhüblersand per Kubikmeter:
Für den XVII. bis XIX. Bezirk 12 K 80 h.

Baxa Adolf — Dolomitensand, Mannersdorf, per Kubikmeter:
Für den III., X. und XI. Bezirk 11 K 80 h.
Gebirgssand, Brunn a. Geb., per Kubikmeter:
Für den XIV. bis XVI. Bezirk 10 K 80 h.

* * *

Mag.-Abt. VII, Z. 979.
30. September 1907.

Neubau eines Hauptunratskanales in der Satzberggasse von der Linzerstraße bis zur Kat.-Parz. 251/10, Einl.-Z. 700 Grundbuch Hütteldorf in Hütteldorf im XIII. Bezirk.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 5801 K 47 h.

Rzehaczek E. — Aufzahlung 16·5%.

* * *

II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Neubau von Hauptunratskanälen in der Leopoldauerstraße von der Brünnerstraße bis Konskr.-Nr. 347, der Kantnergasse von der Leopoldauerstraße bis zur Klagerstraße und der Brünnerstraße von Or.-Nr. 33 im XXI. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 12.467 K 49 h.

Rella H. & Komp. — Nachlaß 20·7%.

* * *

Neuherstellung von Jungschweinstallungen auf dem Zentral-Viehmarkte in St. Marx.

Baumeisterarbeiten.

Waldhauser Anton — Nachlaß 15%.

Zimmermannsarbeiten.

Renner Josef — Aufzahlung 10%.

Schlosserarbeiten.

Schwarz Gustav — Nachlaß 18%.

Betonarbeiten.

Fritz Karl in Pottendorf — Nachlaß 18·5%.

Steinzeugrohrlieferung.

Nicht vergeben.

* * *

Schulbau XVI., Koppstraße—Herbststraße.

Stukkaturerarbeiten.

Chwatal Franz — Nachlaß 10%.
Aufzahlung 10% für Regiearbeiten.

Steinmetzarbeiten.

Allgemeine österreichische Baugesellschaft — Nachlaß 29%.

Zimmermannsarbeiten.

Tröster Wenzel — Nachlaß 11%.

Spenglerarbeiten.

Holtschek Karl — Nachlaß 14%

Schieferdeckerarbeiten.

Heigl & Dorn — Nachlaß 6·5%.

Bautischlerarbeiten.

Zika Josef — Nachlaß 13% (für Herbststraße).
Stipschitz Franz — Nachlaß 13% (für Koppstraße).

Schlosserarbeiten.

Heger Karl — Nachlaß 17%.

Glaserarbeiten.

Schulz Emmerich — Nachlaß 15%.

Asphaltiererarbeiten.

Grafe's Otto Nachfolger — Nachlaß 34%.

Terrazzoarbeiten.

Reindl Joh. — Nachlaß 11%.

Granitsteinpflasterung.

Miksche Karl — Nachlaß 5%.

Zimmermalerarbeiten.

Berlas Rud. — Nachlaß 15%.

Tapeziererarbeiten.

Sekera Ant. — Nachlaß 18%.

Tonwarenlieferung.

Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft — Nachlaß 1%.

Wasserleitungseinrichtung, Klosettlieferung, Pissoirherstellung.

Maluschek & Komp. — Nachlaß 18·2%.

Gasinstallationsarbeiten.

Maluschek & Komp. — Nachlaß 18·6%.

Möbeltischlerarbeiten.

Stepanek K. — Nachlaß 12%.

Schulbanklieferung.

Küttag Joh. — Nachlaß 8%.

Turnsaaleinrichtung.

Plaschkowitz J. — Nachlaß 11%.

* * *

Schulbau X., Thavonatgasse, Randhartingergasse, Quellenstraße.

Steinmetzarbeiten.

Schäftner Leopold — Nachlaß 30% bei Verwendung von lichtem feinkörnigen Granit.
Regiearbeiten und Unvorhergesehenes zu Tarifpreisen.

Zimmermannsarbeiten.

Janisch Wenzel — Nachlaß 9%.

Spenglerarbeiten.

Marwan Johann — Nachlaß 12%.

Bautischlerarbeiten.

Scholz Josef — Nachlaß 14·2%.

Ventilatinnsarbeiten und Türschließerlieferung.

Kotsch Josef jun. — Gegen einjährige Haftung:
Ventilationsapparate „Zeus" per Stück 13 K.
Aufzahlung für Montage auf Mauer und Übersetzung per Stück 4 K 50 h.
Aufzahlung für komplette Vernickelung der Apparate per Stück 10 K.
Amerikanische Türschließer „Zeus" Nachlaß 30%.
Für Montage auf Holz 3 K.
Für Montage auf Mauer 6 K netto.

Glaserarbeiten.

Rankl's Josef Witwe & Sohn — Nachlaß 17%.

Asphaltiererarbeiten.

Asphalt-Unternehmung Karl Günther — Nachlaß 30% bei Verwendung von Mannersdorfer Portlandzement und San Valentino-Naturasphalt.

Zimmermalerarbeiten.

Mons Karl — Nachlaß 12%.

Tonwarenlieferung.

Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft. — Nachlaß 3%.

Terrazzopflasterung.

Reindl Johann — Nachlaß 9·5%.

Herstellung der Xylolith-Hohlkehlen (mit Sockel 20 cm hoch) und der Xylolith-Fußböden.

Zboril, Mitsch & Komp. — Nachlaß 20%.

Möbeltischlerarbeiten.

Müller Josef — Nachlaß 7%.

Schulbanklieferung.

Küttag Johann — Nachlaß 9%.

Herstellung der Trink- und Nutzwasserleitung und Klosettlieferung (mit Ausnahme der Klosett-Spülapparate)

Mikyska Peter — Nachlaß 19%.
Pissoirherstellung zu den Kostenanschlagspreisen.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

25. September 1907.

a) Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Tomasek Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Schönbrunnerstraße 18.

Uhlir Adalbert — Kammachergewerbe — XVI., Haberlgasse 19.

Warta Leopoldine — Damenkleidermachergewerbe — XVI., Rückertgasse 26.

Werschnig Johann — Zimmermalergewerbe — XIV., Hütteldorferstraße 47.

Firma Josef Wichart; Einzel-Inhaber: Josef Wichart — XIV., Johnstraße 14.

Zellhofer Johann — Wäschewaren-Erzeugung — V., Wiedener Hauptstraße 117.

Zoubek Franz — Bildhauergewerbe — XVI., Römergasse 68.

b) Nicht dem Gewerbegesetze unterliegende, erwerbsteuerpflichtige Unternehmungen.

Maschek Sophie — Hebammenpraxis — XIV., Meiselstraße 29.

* * *

26. September 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

I. Wiener Servier-Kammerdienerverein; Geschäftsführer der jeweilige Obmann, derzeit Josef Patzelt — Gewerbsmäßige Vermittlung von Servierkammerdienern zum Arrangieren von Bällen, Diners, Hochzeiten und verschiedenen Festlichkeiten — I., Herrengasse 19.

Brozek Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Köllnerhofgasse 1.

Coder Ludwig — Selchwaren-Verschleiß — XII., Flurschützstraße 21.

Daszynska Emilie — Pfaidlergewerbe — IX., Sechsschimmelgasse 6/8.

Diepold Ferdinand — Einspänner-Lizenz Nr. 556 — XIX., Nußwaldgasse 5.

Offene Handelsgesellschaft: Wien—Breitenseer Naxos-Schmiergelwaren- und Schleifscheibenwerke „Austria" Ingenieur Diermayr und Panek; öffentliche Gesellschafter: Hans Diermayr, Josef Panek; Geschäftsführer: Hans Diermayr — Fabriksmäßige Erzeugung von Schmiergelwaren und Schleifscheiben — XIII., Kienmayergasse 23.

Offene Handelsgesellschaft: Lazar Eppinger & Söhne; Gesellschafter und Stellvertreter: Ludwig Eppinger, Karl Eppinger, Artur Eppinger, Geza Eppinger — Gemischtwarenhandel — I., Zelinkagasse 7.

Fischer Johann — Konzession zum Betriebe der gewerbsmäßigen Abfüllung des Bieres in Flaschen zum Zwecke des Vertriebes von Flaschenbier — XIII., Pfadenhauergasse 6.

Frotzler Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Tuchlauben 23.

Offene Handelsgesellschaft: Savoywaren-Versandgeschäft m. b. H.; Gesellschafter und Stellvertreter: Richard Habel, Hildegard Habel, Bernhard Weingarten — Kommissions- und Speditionsgeschäft — I., Franz Josefskai 19.

Halbritter Marie — Massage, Hand- und Nagelpflege (mit Ausschluß zu Heilzwecken) — XIII., Lainzerstraße 1.

Heinrich Anton Heinrich — Korbflechter — V., Nikolsdorfergasse 24/26.

Hinterhölzl Marie — Einspännerwagen Nr. 98 — XVII., Baldrichgasse 4.

Hommé Gisela — Pfaidlerei — I., Grashofgasse 4.

Horvath Stephan — Herrenkleidermacher — V., Anzengrubergasse 24.

Huber Robert — Herstellung von Schriftstücken kommerziellen und literarischen Inhaltes durch Schreibmaschinen und Vervielfältigungsapparate, jedoch mit Ausschluß der Vervielfältigung durch Druckerpressen — V., Zentaplatz 6.

Jüttner Veronika — Handel mit Grammophonen, Bestandteilen derselben und Grammophonplatten — XIII., Schanzstraße 39.

Kändl Andreas — Friseurgewerbe — V., Reinprechtsdorferstraße 54.

Kleebinder Josef — Friseur- und Raseurgewerbe — XIII., Lainzerstraße 132.

Klempner Ludwig — Gemischtwarenhandel — I., Kärntnerstraße 26.

Kollisch Hulda — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Schönbrunnerstraße 32.

Lengsfelder Siegfried — Zweigniederlage der in Laistrau in Böhmen bestehenden Baumwollwaren-Erzeugung — I., Franz Josefskai 39.

Lichtenstein Josef — Handelsagentie — IX., Liechtensteinstraße 45.

Löwy Leopold Ludwig — Gemischtwarenhandel — I., Seilerstätte 10.

Mayer Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Reinprechtsdorferstraße 16.

Mitterbauer Josef — Handel mit Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Fruchtsäften, Sodawasser, Milch, Milchprodukten, Eier, Brot und Gebäck — XIII., Hütteldorferstraße 159.

Peters Anna Marie — Kurz- und Galanterie-, Parfümeriewaren, Papier, Schreib- und Zeichenrequisitenhandel — XIII., Auhofstraße 142a.

Petrowics Peter — Fiaker-Lizenz Nr. 807 — XVIII., Gentzgasse 138.

Polchnia Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Schönbrunnerstraße 31.

Firma Österr.-ung. Automaten-Bauanstalt (Ingenieur Rußbacher und v. Bellmond; Alleininhaber: Ludwig Rußbacher) — Fabriksmäßige Erzeugung von Metallwaren, sowie Automaten und Patentartikeln — XIII., Hütteldorferstraße 211.

Ruzicka Josef — Tischlergewerbe — XIII., Anschützgasse 14.

Schwab Rudolf — Mechanikergewerbe — V., Wimmergasse 3.

Strakaty Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Reinprechtsdorferstraße 12.

Tinter Emma — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Schönbrunnerstraße 36.

Weidler Moses Leib — Galanterie- und Holzwaren-Verschleiß — V., Schönbrunnerstraße 21.

Weinlich Ludmilla — Marktfahrergewerbe — IX., Liechtensteinstraße 149.

* * *

Inhalt.

Seite

Stadtrat:
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 25. September 1907 2265
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 26. September 1907 2275
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 27. September 1907 2280
Bezirksvertretungen:
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim vom 19. September 1907 2283
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund vom 23. September 1907 2285
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Meidling vom 25. September 1907 2287
Allgemeine Nachrichten:
Feierliche Empfänge im Neuen Rathause 2289
Das österreichische Gewerberecht 2289
Donau-Regulierungs-Kommission 2289
30-Millionen-Kronen-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1900 (Elektrizitäts-Anlehen) 2290
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim 2290
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Hernals 2290
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Währing 2290
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Döbling 2290
Approvisionierungs-Angelegenheiten:
Borstenviehmärkte vom 1. und 3. Oktober 1907 2290
Pferdemarkt vom 1. Oktober 1907 2291
Jung- und Stechviehmarkt vom 30. September und 3. Oktober 1907 2291
Kundmachungen, betreffend den Viehverkehr 2291
Sanitäts-Angelegenheiten:
Besuch der städtischen Bäder im Monate August 1907 2292
Arbeits- und Dienstvermittlungsamt der Stadt Wien:
Übersicht über die Vermittlungstätigkeit vom 20. bis 26. September 1907 2292
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 1. bis 3. Oktober 1907 2293
Städtische Arbeiten und Lieferungen:
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse 2293
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen 2294
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 2296
Kundmachungen.
Beilage:
Mitteilungen der Statistischen Abteilung des Wiener Magistrates pro August 1907.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat **August Stich.**
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — Buchdruckerei **E. Kainz** vorm. **J. B. Wallishausser.**

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Anbote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Vadium anzuschließen.

Der Anschluß der Vadien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Vadien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1907.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
14. Oktober 11 Uhr	Abteilung III (Mag.-Rat **Groll**, Neues Rathaus, V. Stiege, 2. Stock)	4723	III., Gärtnergasse 13.	**Abtragung dieses Hauses.**	— 1—3
14. Oktober 11 Uhr	detto	5223	Gartenanlagen auf dem Erzherzog Karl-Platze im II. Bezirke.	**Baumeisterarbeiten** . . . . . **Gitterlieferung** . . . . . **500 m² Ackererde** . . . . . **1700 m² Gartenerde** . . . . . **1460 m² Aushubmateriale** . . .	11.406 K 40 h 6826 K 1500 K 6800 K 2920 K Vorbemerkung: Bedingnisse ꝛc. erliegen zur Einsicht im Stadtbauamte, Abteilung III. 1—3
5. Oktober 10 Uhr	Abteilung VI (Mag.-Rat **Schaufler**, Neues Rathaus, IV. Stiege, Hochparterre)	3746	Geländerherstellung auf der Stützmauer in der Augasse entlang des Franz Josef-Bahnhofes im IX. Bezirke.	**Geländerlieferung samt Montage**	1980 K 3—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
7. Oktober 10 Uhr	Abteilung VI (Mag.-Rat **Schaufler**, Neues Rathaus, IV. Stiege, Hochparterre)	4029	Straßenherstellungen am Flötzersteige im XVI. und XIII. Bezirke.	**Erd- und Pflasterungsarbeiten** .	25.446 K 71 h und 3000 K Pauschale 3—3
7. Oktober ½11 Uhr	detto	3769	Herstellung der Gehwege und Einsteigeperrons auf dem Ghegaplatze und Gürtel im IV. Bezirke.	**Erd- und Pflasterungsarbeiten** **Asphaltiererarbeiten**	4190 K 95 h und 1500 K Pauschale 17.850 K und 1200 K Pauschale 3—3
9. Oktober 10 Uhr	detto	115	Heiligenstädterstraße zwischen Or.-Nr. 235 und 265 im XIX. Bezirke.	**Erd- und Pflasterungsarbeiten** .	8380 K und 1500 K Pauschale 1—2
12. Oktober 10 Uhr	detto	4138	Niveauherstellung in der Wallmoden- und Haubenbiglgasse im XIX. Bezirke.	**Deichgräberarbeiten**	6562 K 50 h 1—3
14. Oktober 10 Uhr	detto	3583	Regulierung der Liechtensteinstraße von Nr. 37 bis 53 im IX. Bezirke.	**Erd- und Pflasterungsarbeiten** . **Asphaltiererarbeiten**	18.966 K 78 h und 600 K Pauschale 11.186 K und 400 K Pauschale 1—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
7. Oktober 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Dr. Nüchtern,** Neues Rathaus, IV. Stiege, Mezzanin)	1005	Kanalneubau in der Schönbrunner Hofallee, Kanalumbau in der Penzingerstraße bis zur Beckmanngasse, in der Beckmanngasse bis Or.-Nr. 11, Verbindung des Kanales der Beckmanngasse mit jenem der Linzerstraße, sowie Umbau der Einmündung des Kanales in der Flachgasse in jenen der Linzerstraße im XIII. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** . .	43.158 K 17 h
				Holzstöckelpflasterung	3250 K
					3—3
12. Oktober 10 Uhr	Abteilung VIII a (Mag.-Rat **Dr. Nüchtern,** Neues Rathaus, IV. Stiege, Mezzanin)	1170	Herstellung von provisorischen Rohrlagerplätzen für die II. Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung auf den bestimmten Flächen zwischen der verlängerten Gulden- und verlängerten Hadikgasse im XIII. Bezirke, Unter-Baumgarten.	**Anschüttungs- und Planierungsarbeiten.**	—
					1—3
14. Oktober 10 Uhr	Abteilung X (Mag.-Sek. **Koniakowsky,** Neues Rathaus, III. Stiege, Hochparterre)	362	Sanitätsstation X., Arsenalstraße	**Lieferung von Dauerbrandöfen** .	3400 K Vorbemerkung: Kostenanschlag und Bedingnisse können im Stadtbauamte, Fach-Abteilung III, eingesehen werden.
					2—3
15. Oktober 10 Uhr	Abteilung XV (Mag.-Rat **Narožny,** Neues Rathaus, VII. Stiege, 2. Stock)	8469	Schulbau X., Thavonatgasse. (Randhartingergasse — Quellenstraße.)	**Schlosserarbeiten (mit Ausschluß der Ventilationsarbeiten und Türschließer)**	40.988 K 68 h und 2000 K Vadium
				Anstreicherarbeiten	16.261 K 80 h und 810 K Vadium
				Tapeziererarbeiten	3370 K 70 h und 170 K Vadium
					2—3

**

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
18. Oktober 10 Uhr	Abteilung XV (Mag.-Rat **Narožny**, Neues Rathaus, VII. Stiege, 2. Stock)	7071	Mädchen-Volksschule und Kindergarten XI., Pachmayergasse—Rinnböckstraße.	**Tonwarenlieferung**	6482 K 30 h und 325 K Vadium 1—3
14. Oktober 10 Uhr	Abteilung XXII (Mag.-Rat **Dr. Spaeth**, Neues Rathaus, Parterre, Eingang v. der Lichtenfelsgasse)	2862	—	**Kurrente Zimmerputzarbeiten in den Bezirken III., V., XI. bis 31. Dezember 1909.**	— Vorbemerkung: Bedingnisse, Regulativ für Zimmerputzarbeiten und Preistarif können im Stadtbauamte, Fach-Abt. II/III oder in der Mag.-Abt. XXII eingesehen werden 3—3

Z. 9632/17, 0.

Kundmachung.

(Offertausschreibung. — Ausschreibung des nächstjährigen Bedarfes an Pelzsorten pro 1908.)

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" bringt ihren nächstjährigen Bedarf an Pelzsorten zur Ausschreibung und findet die bezügliche Offertverhandlung **am Montag den 14. Oktober 1907, um 10 Uhr vormittags,** im Sitzungssaale der Bezirksvertretung Wieden, IV., Schäffergasse 3, 1. Stock, statt.

Zur Vergebung gelangt die Lieferung von:

300 Stück Lammfellpelzen,
400 „ Pelzkragen,
700 „ Pelzkappen.

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen behält sich das Recht vor, das ausgeschriebene Quantum je nach Bedarf um 25 Prozent zu erhöhen oder zu erniedrigen,

Muster für die zur Ausschreibung gelangenden Sorten liegen in unserem Dienstkleider-Hauptlager, XIV., Schwendergasse 51, zur Ansicht auf.

Die Größengattungen der zu liefernden Sorten werden seitens der Lagerverwaltung bekanntgegeben werden.

Der Preis versteht sich frei unserem Dienstkleider-Hauptlager Die Lieferung hat bis längstens 1. September 1908 vollendet zu sein und wird für nicht rechtzeitige Lieferung ein Pönale von 1 K pro Tag und Stück festgesetzt.

Die Offerte sind in geschlossener Briefhülle als „Anbot für die Lieferung von Pelzsorten" zu bezeichnen und in Form eines nach Tarifpost 44 aa und Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zu Handen der Direktion der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße 9, zu richten und können bis Samstag den 12. Oktober 1907 im Kanzlei-Sekretariate der städtischen Straßenbahn-Direktion oder am Offertverhandlungstage vor Eröffnung der Verhandlung der Kommission überreicht werden.

Die Offerte können auf das ganze ausgeschriebene Quantum oder auch bloß auf einen Teil desselben lauten und ist ein ausgearbeitetes Musterstück von jeder der offerierten Sorten beizugeben, welches für die Annahme oder Abweisung einer Lieferung maßgebend bleibt.

Jeder Anbieter hat vor Überreichung des Offertes, also längstens bis Samstag den 12. Oktober 1907 bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, Wien, VI., Rahlgasse 3 (ehemals Direktionsgebäude der städtischen Elektrizitätswerke) ein Vadium in der Höhe von 5 Prozent der Offertsumme zu

erlegen und sich über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen.

Das Vadium kann außer in barem auch in inländischen pupillarsicheren Wertpapieren oder in Einlagebüchern einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Österreichischen Sparkassa oder der Wiener Zentral-Sparkassa erlegt werden.

Vadien in barem werden nicht verzinst.

Offerenten, deren Anbote nicht angenommen werden, erhalten das Vadium sofort nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zurück; dagegen bleibt das Vadium des Erstehers als Pfand zur Sicherstellung für die rechtzeitige und tadellose Lieferung bei den städtischen Straßenbahnen erliegen.

Der Anbieter bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" so lange im Worte, bis er eine Verständigung über die Annahme oder Ablehnung seines Offertes erhalten hat.

Die Direktion behält sich die vollständig freie Wahl unter den einzelnen Offerenten, die Vergebung in beliebigen Teilmengen, wie auch die Ablehnung aller Anbote vor.

Im Anbote muß sich der Offerent auf Datum und Zahl dieser Kundmachung berufen und sich mit den gestellten Bedingungen einverstanden erklären.

Offerte, welche nach Eröffnung der Verhandlung einlangen, werden nicht berücksichtigt.

Nähere Auskünfte erteilt die Lagerverwaltung der städtischen Straßenbahnen XIII., Siebeneichengasse 7.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 24. September 1907. 2—3

D.-Z. 9634/17, 0.

Kundmachung.

(Offertverhandlung. — Ausschreibung des nächstjährigen Bedarfes an Filzstumpen.)

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" bringt ihren Bedarf an Filzstiefelstumpen zur Ausschreibung und findet die bezügliche Offertverhandlung **am Donnerstag den 17. Oktober 1907, um 10 Uhr vormittags** im Sitzungssaale der Bezirksvertretung, Wieden, IV., Schäffergasse 3, 1. Stock, statt.

Zur Vergebung gelangt die Lieferung von 1000 Paar Filzstiefelstumpen.

Die Direktion behält sich das Recht vor, das ausgeschriebene Quantum je nach Bedarf um 25 Prozent zu erhöhen oder zu erniedrigen. Die Filzstiefelstumpen müssen aus rein und gleichmäßig gewalztem Wollfilze hergestellt sein.

Die Größengattungen werden seitens der Lagerverwaltung der städtischen Straßenbahnen bekanntgegeben.

Der Preis versteht sich frei unserem Dienstkleiderhauptlager. Die Lieferung hat **bis längstens 15. Mai 1908** vollendet zu sein und wird für nicht rechtzeitige Lieferung ein Pönale von 1 K pro Tag und Paar festgesetzt.

Die Offerte sind in geschlossener Briefhülle als „Anbot für die Lieferung der Filzstumpen" zu bezeichnen und in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die Direktion der städtischen Straßenbahnen IV., Favoritenstraße 9, zu richten und können bis Mittwoch den 16. Oktober 1907 im Kanzlei-Sekretariate der städtischen Straßenbahn-Direktion oder am Donnerstag den 17. Oktober 1907 vor Eröffnung der Offertverhandlung der Kommission überreicht werden.

Die Offerte können auf das ganze ausgeschriebene Quantum oder auch bloß auf einen Teil desselben lauten und ist ein ausgearbeitetes Musterpaar beizugeben, welches für die Annahme oder Abweisung einer Lieferung maßgebend bleibt.

Jeder Anbieter hat vor Überreichung des Offertes, also bis längstens Mittwoch den 16. Oktober 1907 bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen Wien, VI., Rahlgasse 3 (ehemals Direktionsgebäude der städtischen Elektrizitätswerke) ein Vadium in der Höhe von 5 Prozent der Offertsumme zu erlegen und sich über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen.

Das Vadium kann außer in barem auch in inländischen pupillarsicheren Wertpapieren oder in Einlagsbüchern einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Österreichischen Sparkassa oder der Wiener Zentral-Sparkassa erlegt werden.

Vadien im barem werden nicht verzinst.

Offerenten, deren Anbote nicht angenommen werden, erhalten das Vadium sofort nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zurück, dagegen bleibt das Vadium des Erstehers als Pfand zur Sicherstellung für die rechtzeitige und tadellose Lieferung bei den städtischen Straßenbahnen erliegen.

Der Anbieter bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" solange im Worte, bis er eine Verständigung über die Annahme oder Ablehnung seines Offertes erhalten hat.

Die Direktion behält sich die vollständig freie Wahl unter den einzelnen Offerenten, die Vergebung in beliebigen Teilmengen, wie auch die Ablehnung aller Anbote vor.

Im Anbote muß sich der Offerent auf Datum und Zahl dieser Kundmachung berufen und sich mit den gestellten Bedingungen einverstanden erklären.

Offerte, welche nach Eröffnung der Verhandlung einlangen, werden nicht berücksichtigt.

Nähere Auskünfte erteilt die Lagerverwaltung der städtischen Straßenbahnen, XIII., Siebeneichengasse 7.

Direktion der städtischen Straßenbahnen,

Wien, am 25. September 1907. 2—3

***

Z. 9761/17, 0.

Kundmachung.

(Offertausschreibung. — Ausschreibung des Bedarfes von 800 Stück Blocktaschen.)

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" bringt ihren Bedarf an Blocktaschen zur Ausschreibung und findet die bezügliche Offertverhandlung am **Dienstag den 22. Oktober 1907, um 10 Uhr vormittags,** im Sitzungssaale der Straßenbahn-Direktion, IV., Favoritenstraße 9, statt.

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen behält sich das Recht vor, die ausgeschriebene Menge je nach Bedarf um 25 Prozent zu erhöhen oder zu erniedrigen.

Die Blocktaschen müssen aus gut ausgetrocknetem Leder hergestellt sein. Für Größe und sonstige Beschaffenheit der Taschen liegt ein Muster in unserem Dienstkleider-Hauptlager XIV., Schwendergasse 51, zur Ansicht auf.

Der Preis versteht sich frei unserem Dienstkleider-Hauptlager. Die Lieferung hat bis längstens 15. März 1908 vollendet zu sein und wird für nicht rechtzeitige Lieferung ein Pönale von 1 K pro Tag und Stück festgesetzt.

Die Offerte sind in geschlossener Briefhülle als „Anbot für die Lieferung von Blocktaschen pro 1908" zu bezeichnen und in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zuhanden der Direktion der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße 9, zu richten und können bis Montag den 21. Oktober 1907 im Kanzleisekretariate der städtischen Straßenbahnen-Direktion oder am Dienstag den 22. Oktober 1907 bei der Offertverhandlung überreicht werden.

Die Offerte können auf das ganze ausgeschriebene Quantum oder auch bloß auf einen Teil desselben lauten und ist ein ausgearbeitetes Musterstück beizugeben, welches für die Annahme oder Abweisung einer Lieferung maßgebend bleibt.

Jeder Anbieter hat vor Überreichung des Offertes, also bis längstens Montag den 21. Oktober 1907 bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, Wien VI., Rahlgasse 3 (ehemals Direktionsgebäude der städtischen Elektrizitätswerke), ein Vadium in der Höhe von 5 Prozent der Offertsumme zu erlegen und sich über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen.

Das Vadium kann außer in barem auch in inländischen pupillarsicheren Wertpapieren oder in Einlagsbüchern einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Österreichischen Sparkassa oder der Wiener Zentral-Sparkassa erlegt werden.

Vadien in barem werden nicht verzinst.

Offerenten, deren Anbote nicht angenommen werden, erhalten das Vadium sofort nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zurück, dagegen bleibt das Vadium des Erstehers als Pfand zur Sicherstellung für die rechtzeitige und tadellose Lieferung bei den städtischen Straßenbahnen erliegen.

Der Anbieter bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" solange im Worte, bis er eine Verständigung der Annahme oder Ablehnung seines Offertes erhalten hat.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" behält sich die uneingeschränkte Wahl unter allen Bewerbern wie auch die Vergebung der ausgeschriebenen Menge in verschiedenen Teilmengen, sowie die Abweisung sämtlicher Anbote vor.

Im Anbote hat sich der Offerent ausdrücklich auf Datum und Zahl dieser Kundmachung zu berufen und mit den gestellten Bedingungen einverstanden zu erklären.

Offerte, welche nach Eröffnung der Verhandlung einlangen, werden nicht berücksichtigt.

Nähere Auskünfte erteilt die Lager-Verwaltung der städtischen Straßenbahnen XIII., Siebeneichengasse 7.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 28. September 1907. 1—3

Z. 6017 ex 1907.

XIII.

Kundmachung.

(Gustav Figdor'sche Stipendien.)

Für das Studienjahr 1907/08 gelangen drei Gustav Figdor'sche Stipendien im Betrage von je 1000 K zur Verleihung.

Laut Stiftbriefes wurden diese Stipendien gegründet für durch Fleiß, Sitten und Geistesgaben hervorragende arme Studierende, so zwar, daß alljährlich ein Stipendium für Mediziner, eines für Juristen und eines für Hörer der Naturwissenschaften an der philosophischen Fakultät dergestalt zur Vergebung gelangt, daß alljährlich ein Studierender der israelitischen, einer der protestantischen oder evangelischen und einer der katholischen Konfession mit einem solchen Stipendium beteilt wird.

Diese Stipendien werden je auf die Dauer eines Studienjahres verliehen, nach dessen Ablaufe sie den bisherigen Perzipienten über neuerliches Einschreiten eventuell abermals verliehen werden können.

Bewerber um diese Stipendien haben ihre mit dem Tauf- (Geburt)scheine, dem Impfscheine, dem Heimatscheine, einem Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse und den Studiennachweisen belegten Gesuche bis **längstens 20. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Nur die mit einem legalen Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1907. 3—3

Z. 6038 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Max Schiel'sche Armenstiftung.)

Am 8. Dezember 1907 gelangt der Betrag von 100 K in Teilbeträgen von je 20 K an fünf würdige, verheiratete oder ledige, christliche Arme, welche in den ehemaligen Vorstadtgemeinden Leopoldstadt, Jägerzeile oder Brigittenau wohnen oder gewohnt haben, aus der Max Schiel'schen Armenstiftung zur Verteilung.

Weiters gelangt am 24. Dezember 1907 der Betrag von 400 K in Teilbeträgen von je 40 K an zehn würdige, wahrhaft bedürftige christliche Familienväter, welche in den oben bezeichneten ehemaligen Vorstadtgemeinden wohnen oder gewohnt haben, aus derselben Stiftung zur Verteilung.

Arme Verwandte des Stifters sind vorzugsberechtigt.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, den Heimatschein und ein legales Armutszeugnis, verheiratete Bewerber überdies den Trauungsschein und die Taufscheine der Gattin und der Kinder beizulegen.

Verwandtschaftsverhältnisse mit dem Stifter sind durch amtliche, die Eintragungen in den Ehe- und Tauf-(Geburts-) Matriken vollständig wiedergebende Auszüge nachzuweisen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 15. Oktober 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. September 1907. 2—3

Z. 6018 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Moritz Goldberger'sche Stiftung.)

Für das Studienjahr 1907/08 sind vier Moritz Goldberger'sche Stipendien im Betrage von je 155 K zu verleihen, und zwar:

a) eines für einen mittellosen Kandidaten der medizinischen Doktorwürde als Beitrag zu den Taxen der Promotion;
b) eines in gleicher Weise für einen Kandidaten der juristischen Doktorwürde;
c) eines desgleichen für einen Kandidaten der philosophischen Doktorwürde und
d) eines für einen Maler als Beitrag zu einer Reise nach Italien.

Bewerber um diese Stipendien haben ihre mit dem Tauf-(Geburts)scheine, dem Heimatscheine, dem Impfscheine, einem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse und den Nachweisen über die Ablegung der für die einzelnen Fakultäten vorgeschriebenen Rigorosen, beziehungsweise über die Inskription an einer öffentlichen Malerschule belegten Gesuche **bis längstens 20. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Nur die mit einem legalen Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. September 1907. 2—3

Z. 6043 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Theobald Uffenheimer'sche Studentenstiftung.)

Vom Beginne des Studienjahres 1907/08 an gelangen vier Theobald Uffenheimer'sche Stiftplätze mit dem Jahresbetrage von je 275 K, und zwar je einer an einen Hörer der medizinischen, der juridischen und der philosophischen Fakultät an der k. k. Universität in Wien und an einen Hörer der k. k. technischen Hochschule in Wien für die Dauer eines Jahres zur Verleihung.

Auf Grund der stifterischen Anordnung hat die Verleihung dieser Stiftplätze in diesem Studienjahre derart zu erfolgen, daß die Stipendien nur Studierenden christlicher Religion verliehen werden.

Bewerber, welche mit dem Stifter verwandt, in Wien zuständig oder im Bezirke Leopoldstadt in Wien oder in Wien überhaupt geboren sind, haben ein Vorrecht.

Gesuche um diese Stipendien sind **längstens bis 20. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen und sind denselben der Taufschein, der Heimatschein, ein Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, das Impfzeugnis, das Maturitätszeugnis, die Ausweise über die Studienerfolge (darunter auch eventuell das für Hörer der technischen Hochschule vorgeschriebene Einheitenverzeichnis) und allenfalls der Nachweis der Verwandtschaft mit dem Stifter beizuschließen.

Auf nicht gehörig belegte oder verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Nur die mit einem legalen Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1907. 3—3

****

Z. 6020 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(S. M. Klinger'sche Stiftung für Kammacher.)

Am 18. April 1908 kommen die Interessen der S. M. Klinger'schen Stiftung im Betrage von 76 K 40 h an vier in Wien wohnhafte arme Kammacher zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen ein legales Armutszeugnis, den Tauf(Geburts)- und Trauschein, die Tauf-(Geburts)scheine der Gattin und der Kinder, den Heimatschein, endlich den Gewerbeschein und den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 14. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. September 1907. 1—3

Z. 6556/07.
XIII.

Kundmachung.

(Stiftung der Ortsgruppe Dornbach-Neuwaldegg des Christlichen Wiener Frauenbundes für verarmte christliche Gewerbetreibende des XVII. Wiener Gemeindebezirkes Hernals.)

Am 15. Dezember 1907 gelangen die Interessen der Stiftung der Ortsgruppe Dornbach-Neuwaldegg des Christlichen Wiener Frauenbundes für verarmte christliche Gewerbetreibende des XVII. Wiener Gemeindebezirkes Hernals im Betrage von 40 K und zwar in diesem Jahre an einen im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Hernals wohnhaften christlichen verarmten Gewerbetreibenden zur Verleihung.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, eventuell den Trauschein und die Taufzettel der Kinder, ferner den Heimatschein, den Gewerbeschein oder das Konzessionsdekret, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer und ein legales Armutszeugnis, Witwen aber noch außerdem den Totenschein des Gatten beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 10. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. September 1907.

1—3

Z. 6033 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Katharina Resch'sche Stiftung.)

Aus den verfügbaren Interessen der Katharina Resch'schen Stiftung kommt im Jahre 1908 der Betrag von 201 K 60 h an zwei schuldlos verarmte Wiener Bürger in Teilbeträgen von je 100 K 80 h, und zwar am 10. Februar 1908 und am 10. August 1908 in Teilbeträgen von je 50 K 40 h zur Verteilung.

Bewerber um dieselben haben ihren Gesuchen den Tauf-(Geburts)schein, den Taufschein, eventuell den Totenschein der Gattin, die Tauf(Geburts)scheine der Gattin und der Kinder, den Bürgerrechtsausweis und ein legales Armutszeugnis beizuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 4. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. September 1907. 3—3

Z. 6016 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Marie Ernst v. Ernstenau'sche Stiftung.)

Am 1. März 1908 gelangt ein Drittel der Jahresinteressen des Marie Ernst v. Ernstenau'schen Stiftungskapitales im Betrage von 163 K zur Verteilung.

Zum Genusse dieser Stiftung sind sechs alte, bedürftige, krüppelhafte, in Wien wohnende, einer der christlichen Konfessionen angehörige Personen berufen.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen ein legales Armutszeugnis, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit, ihren Taufschein und ihre sonstigen Dokumente beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 20. Jänner 1908** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. September 1907. 3—3

Z. 6026 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Adolf Ignaz und Julie Marzelline Mautner v. Markhof'sche Stiftungen.)

Am 6. Februar 1908 gelangen die Interessen der Adolf Ignaz Mautner Ritter v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenknaben und der Julie Marzelline Mautner v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenmädchen im Betrage von je 4800 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind arme Waisenknaben im Alter von 12 bis 16 Jahren, beziehungsweise arme Waisenmädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren berufen, welche in Wien heimatberechtigt sind, sie mögen sich in einer Waisenanstalt befinden oder nicht.

Die vorhandenen Stiftungsinteressen sind zu gleichen Teilen, somit mit je 600 K an je acht die stiftbriefliche Eignung besitzende Waisenknaben beziehungsweise Waisenmädchen zu verleihen; hievon haben vier Waisenknaben und vier Waisenmädchen der katholischen Religion, zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der evangelischen Religion A. K. oder H. K. und zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der israelitischen Religion anzugehören.

Die Bestimmung jener acht Waisenknaben und jener acht Waisenmädchen, welchen ein Stiftungsbetrag zuzuwenden ist, erfolgt durch das Los in der durch die Stiftbriefe für die Verlosung festgesetzten Weise.

Der zugefallene Stiftungsbetrag wird nicht sofort ausbezahlt, sondern fruktifiziert und nach Maßgabe der Bestimmungen der Stiftbriefe zum Beginne eines Gewerbes oder als Stipendium zur Fortsetzung der Studien, den Mädchen bei Verehelichung, jedoch erst nach zurückgelegtem 18., eventuell nach vollendetem 24. Lebensjahre ausgefolgt.

Mütter, Vormünder oder Pflegeparteien, welche um Verleihung eines solchen Stiftbetrages an die in ihrer Obsorge stehenden Waisen ansuchen wollen, haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, Impfungszeugnisse und dem Nachweise über die Wiener Heimatsangehörigkeit ihrer Pfleglinge, sowie dem Totenscheine der Eltern oder des Vaters der Waisen, endlich mit dem Zeugnisse über den Schulfortgang (Jahreszeugnis, Schulnachricht) oder dem Zeugnisse über den Fortgang einer Berufsbildung und mit dem legalen Armutszeugnisse zu belegen und **bis längstens 14. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. September 1907. 3—3

Z. 6032 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Karoline Prugberger'sche Stiftung.)

Am 14. Februar 1908 gelangen die Interessen der Karoline Prugberger'schen Stiftung aus dem Jahre 1907 im Betrage von 800 K an zwei arme erwerbsunfähige Wiener Bürger in Teilbeträgen von je 400 K zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, dem Trauungsscheine, dem Bürgerrechtsdiplome, einem legalen Armutszeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über ihre Erwerbsunfähigkeit und den Tauf(Geburts)scheinen der Kinder zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 23. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1907. 3—3

Installationen
Gas- und Wasserleitungen, Elektrisches Licht, Heizungsanlagen, Ölpissoirs etc.
F. Dutka, I., Opernring 6.
Gegründet 1874. — Telephon 6408.
Mitglied des Zentral-Verbandes der Baugewerbetreibenden.

Königshofer Cement-Fabrik, Actien-Gesellschaft, Wien, I., Bauernmarkt 13, offeriert
Telephon Nr. 16112. **Königshofer Cement** Telephon Nr. 16132.
in stets gleichmäßiger, insbesondere auch bei den **Wiener Communalbauten (Wienflussregullerung, Sammelcanälen, städtischen Gaswerken** etc.) im weitesten Umfange erprobter Qualität, zu billigsten Preisen. — Anfragen und Bestellungen erledigt umgehend die Direction der **Königshofer Cement-Fabrik, Actien-Gesellschaft, Wien, I., Bauernmarkt 13.**

Zur kulanten Besorgung aller im **Kursblatte** notierten **Effekten und Valuten** bestens empfiehlt
Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.
WIEN I. Bezirk, **Stephansplatz** Nr. 11 Parterre.

TELEFON 3217.

L. SCHÄFTNER

K.u.K. HOF-STEINMETZMEISTER u. AKAD. BILDHAUER
K.K. SCHÄTZMEISTER

GRABMONUMENTE IN ALLEN STEINSORTEN

SCHÖNSTE AUSFÜHRUNG IN JEDER PREISLAGE.

WIEN • X/1 BEIM KATHOL. MATZLEINSDORFER FRIEDHOF

ZUGANG: IV. WIEDNERHAUPTSTR.-KLIEBERGASSE. IX. GUDRUNSTRASSE - HERZGASSE.

AUFZÜGE und KRAHNE

aus der Hof-Maschinen- und k. u. k. Aufzüge-Fabrik

A. FREISSLER, Ingenieur.

Wien, X., Erlachplatz 4. — **Budapest,** VI., Davidgasse 2.

Befasst sich seit 35 Jahren ausschliesslich mit der Erzeugung aller Arten von **Aufzügen und Krahnen** nach eigener, bewährter Konstruktion.

Asphalt-, Gipsdielen-, Korkstein-, Xylolith- und Teerprodukten-Fabriken

OTTO GRAFE's NACHFOLGER

Kontrahenten der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

BUREAUS: Wien, II/1, Taborstrasse 64. Telephon Nr. 13.374.
FABRIKEN: Wien, XX. Handelsquai 42 — Greifensteinstrasse 1. Telephon Nr. 19.053.

Telephon 19088. Gegründet 1842.

Anton Rabl's Nachf.

Gustav Molzer & Oswald Rohrer, Ingenieure

Wien, XVIII/1., Theresiengasse Nr. 42/44

empfehlen sich zur Herstellung von **Brunnenschächten** jeder Konstruktion und Dimension. **Tiefbohrungen.** Lieferung von **Pumpen** jeder Art und Größe. **Wasserbeschaffung** für alle Zwecke. Lieferung von **Wasserreinigungsapparaten** für alle Industriezwecke. — Spezialität: **Gestänge-Schachtpumpen, Membranepumpen. — Pumpen für Entwässerungen,** sowie komplette **Dampfschöpfapparate** werden **leihweise** abgegeben.

Andreas Zimmermann

Kontrahent der Gemeinde Wien

Etablissement für sanitätstechnische Einrichtungen, Gas-, Wasser- und Badeanlagen

Wien, XVIII., Schopenhauerstr. 42.

Telephon 19610.

Deutsch-österreichische

Mannesmannröhren-Werke

Wien, VI., Köstlergasse 5

liefern von ihrem **Werke Komotau:**

Nahtlose Mannesmannstahlrohre aller Art, besonders **Maste** und **Gaskandelaber** für Beleuchtung und Stromzuführung, **Blitzableiter-** und **Fahnenstangen, Wegweisersäulen, Bausäulen** als Ersatz für gusseiserne, **Kanalstempel** zum Abspreitzen von Kanalwänden, **Deckenstützen** zum Einschalen von Betondecken, **Stahlmuffenrohre,** asphaltiert und jutiert, für Wasserleitungszwecke etc.

ferner **alle Sorten geschweisster Rohre** von ihrem **Werke Schönbrunn.**

Das

k. k. Versteigerungs-Amt

WIEN, I., Dorotheergasse Nr. 17

übernimmt: Hinterlassenschaften, Mobilien aus **Übersiedlungen und Gegenstände jeder Art,** wie Gemälde, Kunstobjecte, Claviere, Harmoniums, gute Möbel, Decorationsstücke, Wägen u. s. w., mit Ausnahme von neuen Waren

zur Versteigerung.

Anmeldungen täglich von 9 bis 12 Uhr, auch brieflich und telephonisch (Nr. 2916).

Deutsche und österreichische **Pyrofougontwerke** Gebr. Schleicher Wien—München

Fugenlose, hygienische Asbest-Fußböden für alle Zwecke, poren- und staubfrei, elastisch, fußwarm, schwamm- und feuersicher

Filialen: **PARIS, GENUA, HELSINGFORS**

Lieferanten der Gemeinde Wien. Bisher über 500.000 m² verlegt

Direktion des österreichischen Werkes Wien, I. Dominikanerbastei, Industriepalast Telephon **22.539**

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 81. Dienstag den 8. Oktober 1907. Jahrgang XVI.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokale im Rathause.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling,** I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.,** I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Gemeinderat.

Sitzung des Gemeinderates.

Freitag den 11. Oktober 1907, nachmittags 5 Uhr.

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Mittwoch den 9. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr.
Donnerstag den 10. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr.
Freitag den 11. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr.

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom **1. Oktober 1907.**

Vorsitzender: Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Braun, Brauneiß, Brzezowsky, Dr. Deutschmann, Gräf Ferdinand, Grünbeck Sebastian, Gsottbauer, Hölzl, Hörmann, Hoß, Knoll, Dr. Krenn, Rain, Schneider, Straßer, Tomola, Weitmann, Wessely, Zatzka, Bürgermeister Dr. Karl Lueger.

Entschuldigt: St.-R. Büsch, Hallmann, Hraba, Oppenberger, Schwer.

Beurlaubt: St.-R. Rauer, Rissaweg, Schreiner.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär Hans Böttger.

Vize-Bürgermeister Hierhammer eröffnet die Sitzung.

(12855, M. A. XI b, 5837.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über die Vergebung der Lieferung von Materialien für die städtischen Humanitätsanstalten und beantragt:

1. Der vorgelegte Entwurf der Bedingnisse für die Übertragung und Ausführung der Lieferung verschiedener für die städtischen Humanitätsanstalten erforderlichen Gebrauchsartikel wird genehmigt.

2. Die in den Bedingnissen aufgezählten Artikel sind im Wege einer allgemeinen öffentlichen Offertverhandlung sicherzustellen.

3. Die Vertragsdauer wird unter den vom Magistrate festgestellten Bedingungen auf drei Jahre festgesetzt.

Der bestellte Kontrahent ist jedoch verpflichtet, bis 1. Juli jedes Jahres den Preis für das nächste Jahr bekanntzugeben; der Gemeinde steht es dann frei, diesen Preis anzunehmen oder abzulehnen, sohin den Vertrag als aufgelöst zu erklären und die Lieferung anderweitig zu vergeben.

4. Die Abhaltung einer beschränkten Offertverhandlung unter Zugrundelegung besonderer vom Magistrate auszuarbeitender Bedingnisse für die Sicherstellung von Leder wird zur Kenntnis genommen.

5. Der Bedarf an Zwirn, Bandeln, Knöpfen, Hafteln und Kämmen ist im Handeinkaufe zu beschaffen. (Angenommen.)

(Der Beratung über vorstehenden Gegenstand war das Sachverständigen-Komitee für die Übernahme von städtischen Materialartikeln beigezogen.)

(12961, M. A. VIII, 1501.) St.-R. Dr. Krenn referiert über Gesuche um Zulassung der gemeinsamen Abrechnung beim Wasserbezuge aus der Ersten Hochquellenleitung und beantragt, die gemeinsame Wassergebührenabrechnung unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen bei nachfolgenden Objekten zu bewilligen:

I. Bezirk: Kantgasse 4, Fichtegasse 11.

X. Bezirk: Favoritenstraße 180/182, Herzgasse 64/66, Inzersdorferstraße 52/56, Siccardsburggasse 83, Hardtmutgasse 55.

XII. Bezirk: Schallergasse 19, und Siebertgasse 18.

XVII. Bezirk: Mariengasse 2, Taubergasse 43.

(Angenommen.)

(12965, M. A. VIII, 2665.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Bewilligung von Mehrkosten per 1000 K für die Behebung der durch die Unterwaschung des Grießmühlwehres eingetretenen Hochwasserschäden und beantragt die Bewilligung.

(Angenommen.)

(13177, M. A. VI, 2134.) **St.-R. Wessely** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Lieferung von Heu und Stroh für die Pferde des städtischen Fuhrwerksbetriebes, und beantragt, die eingelangten Offerte mit Rücksicht auf die hohen Preisforderungen mit Ausnahme des von Magdalena Kögl eingebrachten Offertes abzulehnen und eine neue Offertausschreibung zu veranlassen.

Das Offert der Magdalena Kögl, welche 1000 q halbsaueres Wiesenheu zu 3 K per Meterzentner anbietet, ist anzunehmen.

Die Preise von Heu, Stroh und Häckerling sind nicht bei Händlern, sondern direkt bei Wirtschaftsbesitzern zu erheben und bei günstigen Anboten eventuell kurzer Hand Einkäufe zu besorgen.

(Angenommen.)

(13130, M. A. IV, 3475.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des Bäckermeisters Johann Walloner, V., Pilgramgasse 5, um Gewährung einer Unterstützung anläßlich des durch die Wetterkatastrophe am 17. Juli 1907 erlittenen Schadens per 155 K und beantragt, dem Gesuchsteller eine Unterstützung von 50 K zu gewähren. (Angenommen.)

(12977, M. A. XI b, 3933.) St.-R. Wessely referiert über die Anschaffung von Eisenbetten für die städtischen Versorgungshäuser und beantragt:

1. Die Anschaffung von je 100 Eisenbetten für das Wiener Versorgungsheim und die städtischen Versorgungshäuser in Liesing, Mauerbach und Ybbs mit dem bedeckten Betrage von 11.800 K wird genehmigt.

2. Die Lieferung wird der Firma Hutter & Schrantz auf Grund ihres Offertes zu dem Einheitspreise von 29 K 50 h übertragen. (Angenommen.)

(12565, M. A. IV, 446.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über die Systemisierung einer Diurnistenstelle für die Kanzlei der städtischen Feuerwehr und beantragt:

Für die Kanzlei der städtischen Feuerwehr wird eine Diurnistenstelle höherer Gebühr (3 K 60 h Taggeld) systemisiert.

Ferner wird das Kommando der städtischen Feuerwehr ermächtigt, noch eine weitere Schreibkraft gegen ein Taggeld von 3 K fallweise und nach Bedarf für die Dauer von besonderen Arbeiten aufnehmen zu dürfen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12971, M. A. XXII, 2799.) **St.-R. Tomola** referiert über Ansuchen von Kirchenmusikvereinen um Bewilligung von Subventionen pro 1907 und beantragt, den nachstehenden Kirchenmusikvereinen die angeführten Beträge von zusammen 3050 K als Subventionen pro 1907 zu gewähren:

1. Allgemeiner Kirchenmusikverein (vereinigter Cäcilien- und St. Ambrosiusverein) in Wien, I., Spiegelgasse 9, 100 K.

2. Kirchenmusikverein „St. Peter" im I. Bezirke, 100 K.

3. Kirchenchorverein „vom göttlichen Herzen Jesu" im II. Bezirke, Kaisermühlen, 100 K.

4. Kirchenmusikverein der Pfarre „Maria Geburt" im III. Bezirke 100 K.

5. Kirchenmusikverein „St. Othmar" im III. Bezirke, 100 K.

6. Kirchenmusikverein „St. Peter und Paul" in Erdberg im III. Bezirke, 100 K.

7. Kirchenmusikverein „St. Karl Borromäus" im IV. Bezirke, 100 K.

8. Kirchenmusikverein „St. Elisabeth" im IV. Bezirke, 100 K.

9. Kirchenmusikverein der Pfarre „St. Josef" in Margareten im V. Bezirke, 100 K.

10. Kirchenmusikverein der Pfarre „St. Florian" in Matzleinsdorf im V. Bezirke, 100 K.

11. Orgel- und Kirchenmusikverein der Pfarrkirche „St. Ägyd" im VI. Bezirke, 50 K.

12. Kirchenmusikverein „St. Ulrich" im VII. Bezirke, 100 K.

13. Kirchenmusikverein an der Pfarrkirche „Am Breitenfelde" im VIII. Bezirke, 100 K.

14. Kirchenmusikverein der Pfarre Alservorstadt im VIII. Bezirke, 50 K.

15. Kirchenmusikverein der Pfarre Lichtental im IX. Bezirke, 100 K.

16. Kirchenmusikverein der Pfarre „St. Anton" im X. Bezirke, 100 K.

17. Kirchenmusikverein „St. Laurentius" in Breitensee im XIII. Bezirke, 100 K.

18. Kirchenmusikverein „Baumgarten", 100 K.

19. Kirchenmusikverein der Pfarrkirche Reindorf im XIV. Bezirke, 100 K.

20. Kirchenmusikverein an der Pfarrkirche „St. Rudolf" im XIV. Bezirke, 100 K.

21. Kirchenmusikverein „zur heil. Maria vom Siege" im XV. Bezirke, 100 K.

22. Verein zur Förderung der Kirchenmusik an der Pfarrkirche „zur Erhöhung des heil. Kreuzes" im XVI. Bezirke, 100 K.

23. Ottakringer Kirchenmusikverein im XVI. Bezirke, 100 K.

24. Dornbacher Kirchenmusikverein im XVII. Bezirke, 100 K.

25. Kirchenmusikverein an der Pfarrkirche „St. Josef in Weinhaus" im XVIII. Bezirke, 50 K.

26. Kirchenmusikverein an der Pfarrkirche in Gersthof im XVIII. Bezirke, 100 K.

27. Kirchenmusikverein „zum heil. Paulus" in Döbling im XIX. Bezirke, 100 K.

28. Kirchenmusikverein „St. Michael" in Heiligenstadt im XIX. Bezirke, 100 K.

29. Kirchenmusikverein „zum heil. Thomas" in Nußdorf im XIX. Bezirke, 100 K.

30. Kirchenmusikverein an der Pfarrkirche „St. Brigitta" im XX. Bezirke, 100 K.

31. Kirchenmusikverein an der Allerheiligenkirche in Zwischenbrücken im XX. Bezirke, 100 K.

32. Kirchenmusikverein Neu-Margareten im XII. Bezirke, 100 K.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12969, M. A. X, 6678.) St.-R. Tomola referiert über die Gräbereinteilung im alten Teile des Pötzleinsdorfer Friedhofes und beantragt, die im vorgelegten bauamtlichen Plane, Beilage 6, ersichtliche Gräbereinteilung beziehungsweise gärtnerische Anpflanzung im alten Teile des Pötzleinsdorfer Friedhofes Gruppe A und B zu genehmigen. (Angenommen.)

(13060, M. A. III, 4068.) **St.-R. Rain** referiert über die Errichtung einer Garderobehütte im Schönborngarten im VIII. Bezirke und beantragt:

Für die Herstellung einer zerlegbaren Garderobehütte im Schönborngarten im VIII. Bezirke wird ein Betrag von 2200 K genehmigt und zur Ausgabs-Rubrik XXIV 1q ein erster Zuschußkredit in dieser Höhe pro 1907 bewilligt. Die Arbeiten sind vom Stadtbauamte im kurrenten Wege sofort vorzunehmen.

(Angenommen.)

(13127, M. A. XIV, 6515.) St.-R. Rain referiert über den Erlaß der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 5. September 1907, Z. VI 2867, betreffend die Erteilung der Baubewilligung für die Errichtung eines Notstalles im Gebäude der Impfstoff-Gewinnungsanstalt VIII., Laudongasse 12, und beantragt, den Statthalterei-Erlaß dahin zu beantworten, daß gegen die nachträgliche Bewilligung der im Hinblicke auf die außerordentliche Dringlichkeit schon fertiggestellten Stallbaracke vom Standpunkte der Interessen der Gemeinde Wien keine Einwendung erhoben wird.

(Angenommen.)

(12824, St. Str. B., 762/Rt.) St.-R. Rain referiert über das Ansuchen des „Viribus unitis"-Hilfsvereines für Lungenkranke in den österreichischen Königreichen und Ländern um Ausstellung von Halbjahreskarten zum halben Preise für den Leiter der Hilfsstelle und des Knabenheimes, Dr. Eduard Morauf, mit der Gültigkeitsdauer vom 1. Oktober 1907 bis 30. September 1908 und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(12891, M. B. A. XI, 17512.) **St.-R. Zatzka** referiert über die Konsenserteilung für den Bau der Kirche im Wiener Zentral-Friedhofe und beantragt, den Baukonsens für die projektierte Kirche gegen Einhaltung der in der Aufnahmeschrift vom 14. September 1907 angeführten Bedingungen sowie unter Genehmigung der Abweichung des Detailprojektes von dem Generalregulierungsplane, wonach der Mittelpunkt der Kirchenkuppel in eine Entfernung von 46·75 m anstatt um einen solchen von 44·50 m vom Kreuzpunkte der Achsen des Kapellenhofes angeordnet wird, zu erteilen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12962, M. A. VIII, 2075.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen der Österr.-amerikanischen Gummifabriks-Aktiengesellschaft III., Hütteldorferstraße 74, um Bewilligung zur Anbringung von Isolatorenträgern am städtischen Volksbade III., Hütteldorferstraße 62, und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(12771, M. A. XIV, 6651.) St.-R. Zatzka referiert über den Statthalterei-Erlaß vom 9. September 1907, Z. II-1458/3, betreffend die Erteilung der Baubewilligung für die Errichtung eines Kapselschießplatzes in der Kaiser Franz Josef-Landwehrkaserne in Wien, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(12848, M. A. III, 4192.) St.-R. Zatzka referiert über die Herstellung einer Baumpflanzung in der Muthsamgasse im XIII. Bezirke und beantragt:

1. Das Projekt für die Herstellung einer Baumpflanzung in der Muthsamgasse im XIII. Bezirke wird mit einem bedeckten Kostenbetrage von 2000 K genehmigt und für die Herstellung des Kinderspielplatzes auf der städtischen Realität bei der Kinderschutzstation in Breitensee gemäß den Anträgen der Lokalaugenscheins-Kommission vom 9. September 1907 zur Rubrik XII 10 ein Zuschußkredit von 2900 K bewilligt.

2. Die gärtnerischen Arbeiten sind von der Stadtgarten-Direktion in eigener Regie, die technischen Herstellungen vom Stadbauamte im kurrenten Wege sofort vorzunehmen und noch in diesem Jahre durchzuführen.

Rohre und Maschinenbestandteile sind dem städtischen Vorrate zu entnehmen.

Für die Bewässerung der Baumpflanzung wird eine tägliche Wassermenge von 7 hl aus der Hochquellenleitung, für die Bewässerung des Spielplatzes eine tägliche Wassermenge von 12 hl aus der Hochquellenleitung während der Sommermonate bewilligt.

Bei Herstellung des Spielplatzes ist mit dem Verein „Kinderschutzstationen" das Einvernehmen zu pflegen.

3. Die fertiggestellte Baumpflanzung und der Spielplatz, sowie auch die bestehende Gartenanlage um die Breitenseer Kirche sind von der Stadtgarten-Direktion in Stand zu halten.

(Angenommen.)

(13074, M. A. III, 4601.) St.-R. Zatzka referiert über das Offert des Franz Leonhartsberger auf Verkauf der Liegenschaft XIII., Breitenseerstraße 102, an die Gemeinde Wien und beantragt, das Offert mit dem Bemerken abzulehnen, daß die Gemeinde die Erwerbung der fraglichen Realität nicht beabsichtige; somit sei auch von einer Beteiligung der Gemeinde an der Zwangsversteigerung abzusehen. (Angenommen.)

(12852, M. A. IV, 3042.) **St.-R. Hörmann** referiert über das Projekt für die elektrische Beleuchtung der Aspangstraße und Kleistgasse im III. Bezirke und beantragt:

Das vorgelegte Projekt mit zehn Bogenlampen wird mit dem Baukostenbetrage von 15.000 K und den jährlichen Betriebskosten von 5270 K genehmigt.

Für die im heurigen Jahre auflaufenden nicht bedeckten Baukosten von rund 10.000 K wird ein Zuschußkredit in derselben Höhe zur Rubrik XXV 3 bewilligt.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13062, St. Str. B., 9629/41, 0.) St.-R. Hörmann referiert über die Gleiserneuerung in der Radetzkystraße im III. Bezirke und beantragt:

Die Erneuerung der Abzweigung III. Bezirk, Radetzkystraße—Hintere Zollamtsstraße wird nach dem vorgelegten Projekte und Kostenanschlag mit dem aus dem Erneuerungsfonds zu bedeckenden Kostenbetrage von 11.550 K genehmigt.

Die Arbeiten sind gleichzeitig mit der zur Durchführung gelangenden Straßenherstellung im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte auszuführen. (Angenommen.)

(13016, M. A. VI, 3386.) St.-R. Hörmann referiert über das Projekt für die Herstellung einer Ergänzungspflasterung in der Dampfschiffstraße von Or.-Nr. 2 a bis zur Löwengasse im III. Bezirke, sowie in der Löwengasse zwischen Dampfschiffstraße und Obere Weißgärberstraße, und beantragt, das vorgelegte Projekt mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 6286 K 94 h zu genehmigen. Die Arbeiten sind im kurrenten Wege auszuführen. (Angenommen.)

(12938, M. A. XV, 9217.) St.-R. Hörmann referiert über die Bewilligung von Mehrkosten für die im Jahre 1905 ausgeführten Ferialherstellungen im Schulgebäude III., Kleistgasse 12, und beantragt, das gegenüber der genehmigten Kostensumme von 6770 K eingetretene Mehrerfordernis per 1388 K 26 h zu bewilligen. (Angenommen.)

(12967, M. A. VII, 1088.) St.-R. Hörmann referiert über das Ansuchen des Betonbauunternehmers Leopold Mehrwald um Nachsicht der beim Kanalbaue am Sebastianplatze im III. Bezirke eingetretenen Überschreitung des mit zwölf Arbeitstagen festgesetzten Termines um einen Arbeitstag und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(12978, M. A. VIII, 2138.) St.-R. Hörmann referiert über die Beschwerde der Straßenbahn-Direktion bezüglich Hemmung des Fuhrwerksverkehres beim Auslaufbrunnen vor dem Hause Or.-Nr. 13 Heumarkt im III. Bezirke und beantragt, von der Durchführung der bei dem Lokalaugenscheine vom 5. September 1907 angeregten Maßnahme (Errichtung eines neuen Auslaufbrunnens) dermalen abzusehen, da sich die Verkehrsverhältnisse seit der Vornahme der Füllung der Straßenwagen für die Straßenbespritzung in der Reisnerstraße gebessert haben. (Angenommen.)

(12973, M. B. A. III, 44049.) St.-R. Hörmann referiert über Gesuche um Abschreibung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des III. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(12972, M. B. A. III, 43500.) St.-R. Hörmann referiert über Gesuche um Herabsetzung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des III. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(12095, M. A. XXII, 2308.) St.-R. Hörmann referiert über die Umgestaltung und Reparatur der Orgel in der städtischen Patronatskirche „Maria Geburt" am Rennweg im III. Bezirke, sowie Reinigung und Stimmung des Orgelwerkes und beantragt, hiefür den Betrag von 1390 K zu bewilligen und diese Arbeiten dem Orgelbauer Franz Strommer auf Grund seines Kostenanschlages vom 22. Juli zu übertragen.

Zur Deckung der Auslage wird zur Ausgabs-Rubrik XXXIX 1 a ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt. (Angenommen.)

(12979, M. A. XV, 7071.) **St.-R. Braun** referiert über das Offertverhandlung-Ergebnis, betreffend die Wassereinleitungs- und Klosetteinrichtung für den Bau der Volksschule XI., Pachmayergasse, und beantragt, das Offert des Josef Med (19 Prozent Nachlaß) zu genehmigen. (Angenommen.)

(12968, M. A. VII, 1097.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des ehemaligen Wäschereibesitzers Alfred Elmer um Gewährung einer Entschädigung im Betrage von 1000 K für einen angeblich durch eine Kanalspülung in seinem Geschäfte XI., Kopalgasse 33, angerichteten Schaden und beantragt die Abweisung des Ansuchens. (Angenommen.)

(13089, M. A. X, 7206.) St.-R. Braun referiert über die Sicherstellung der Kränze für die Gräberausschmückung am Wiener Zentral-Friedhofe anläßlich des Allerheiligen-Festes und beantragt, die Ausschreibung einer öffentlichen, schriftlichen Offertverhandlung auf Grund der vom Magistrate vorgelegten Bedingnisse zu genehmigen. (Angenommen.)

(13100, M. A. III, 5090.) **St.-R. Knoll** referiert über die gärtnerische Ausgestaltung des Platzes vor der Schule in Groß-Jedlersdorf und beantragt:

Das Projekt für die Herstellung einer Gartenanlage vor der neuen Schule in Groß-Jedlersdorf im XXI. Bezirke wird gemäß den Anträgen der Lokalaugenscheins-Kommission vom 28. September 1907 mit einem bedeckten Kostenbetrage von 1300 K genehmigt. Die Arbeiten sind von der Stadtgarten-Direktion in eigener Regie, beziehungsweise vom Stadtbauamte im kurrenten Wege sofort vorzunehmen. (Angenommen.)

(13125, M. A. XXI, 31487.) St.-R. Knoll referiert über das Ansuchen der Eheleute Matthias und Amalia Leyser um Ratenbewilligung zur Zahlung der für das Haus Or.-Nr. 11 Brünnerstraße im XXI. vorgeschriebenen Kanaleinmündungsgebühr per 453 K 60 h und beantragt die Bewilligung von zehn Monatsraten per 45 K 36 h. (Angenommen.)

(13126, M. B. A. XXI, 29755.) St.-R. Knoll referiert über das Ansuchen der Johanna Harand um Baubewilligung für ein zweistöckiges Wohnhaus auf der Realität Kat.-Parz. 843/12 Einl.-Z. 331 Grundbuch Groß-Jedlersdorf XXI., Heidegasse, und beantragt, die Baubewilligung unter der Bedingung zu bestätigen, daß nachträglich die Bewilligung zur Unterabteilung der bezeichneten Realität eingeholt und die anläßlich derselben gestellten Bedingungen erfüllt werden. (Angenommen.)

(13128, M. A. IV, 3380.) **St.-R. Hölzl** referiert über Ansuchen von Parteien des XIX. Bezirkes um Unterstützungen anläßlich des durch die Wetterkatastrophe am 17. Juli 1907 erlittenen Schadens und beantragt, unter Ablehnung jeder Verpflichtung der Gemeinde Wien den nachstehenden Beschädigten Unterstützungen zu gewähren, und zwar:

Franz Pichler, XIX., Krottenbachstraße 114, 100 K;
N. Wannenmacher, XIX., Sieveringerstraße 187, 400 K und
Alfred Weber, XIX., Gunoldstraße 1, 50 K.
Alle übrigen Gesuche werden abgewiesen. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(VII. Gemeindebezirk, Neubau.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau **vom 18. September 1907.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **kais. Rat Franz Weidinger.**

Der **Vorsitzende** begrüßt die Erschienenen und erklärt nach Feststellung der Beschlußfähigkeit die Sitzung für eröffnet.

Hierauf verliest der Schriftführer das Protokoll der letzten öffentlichen Sitzung vom 21. Juni 1907; dasselbe wird seitens der Bezirksvertretung genehmigt.

Einlauf.

(1733.) Beschluß der Bezirksvertretung des XIX. Bezirkes auf Aufhebung des Überfüllungsverbotes auf den städtischen Straßenbahnen bei schlechtem Wetter.

Zur Kenntnis.

(1734.) Beschluß der Bezirksvertretung des IX. Bezirkes wegen Abstellung der Überfüllung auf der Stadtbahn an Sonn- und Feiertagen.

Zur Kenntnis.

(1856.) Beschluß der Bezirksvertretung des VIII. Bezirkes wegen Beleuchtung der Gürtelstraße mit elektrischen Bogenlampen.

Zur Kenntnis.

(1698, 1699.) Zuschriften der Magistrats-Abteilung IV wegen Genehmigung der elektrischen Beleuchtung der Lerchenfelderstraße, der Museum- und der Auerspergstraße.

Zur Kenntnis.

(2275.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI wegen Umbenennung der Döblergasse in „Schrankgasse".

Zur Kenntnis.

(1861.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XXII in Angelegenheit der Zuerkennung von Diplomen für mindestens zehnjährige verdienstliche Ausübung des Mandates als Bezirks-, Ortsschul- oder Armenrat.

Zur Kenntnis.

(2150.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, betreffend die Errichtung neuer unterirdischer Bedürfnisanstalten in Wien.

Zur Kenntnis.

Dem Beschlusse der Bezirksvertretung des III. Bezirkes auf Aufhebung des Hausierhandels (h. ä. Z. 2412) schließt sich die Bezirksvertretung des VII. Bezirkes an.

Wahl.

In den Armenrat werden gewählt:

Karl Lugner, Hutfournituren-Erzeuger, Apollogasse 1.

Johann Prosch, Bäckermeister und Bürger, Bandgasse 25, und

Anton Ohrfandl, Hausbesitzer, Neubaugürtel 34.

Anträge.

B.-R. Schöner interpelliert den Vorsitzenden wegen des Schnellfahrens der Motorführer der Straßenbahn auf der Linie 49 in der Siebensterngasse, bei der Ausmündung der Sigmundsgasse; es sei unbedingt erforderlich, daß an dieser Stelle in verlangsamtem Tempo gefahren werde, um Zusammenstöße mit anderen Fuhrwerken und Verunglückungen von Passanten hintanzuhalten.

Redner verweist auf einen Zusammenstoß, der sich am 9. August 1907 an jener Stelle zugetragen hat und bedeutenden Schaden verursachte.

Die Bezirksvertretung schließt sich diesen Ausführungen an und beschließt, in dieser Angelegenheit eine Eingabe an die Direktion der städtischen Straßenbahnen zu richten.

B.-R. Spies ersucht den Vorsitzenden, an maßgebender Stelle dahin zu wirken, daß das Verbot des Wegwerfens von Orangenschalen u. dgl. erneuert werde.

Der **Vorsitzende** sagt die Erfüllung dieses Wunsches zu.

Die Sitzung wird sohin geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

(Einweihung der Kirche St. Josef ob der Laimgrube im VI. Bezirke.) Am 5. Oktober 1907 wurde die neue Pfarrkirche zu St. Josef ob der Laimgrube von Sr. bischöflichen Gnaden Weihbischof Dr. Godfried Marschall in feierlicher Weise eingeweiht. Unmittelbar darauf, um 10 Uhr vormittags, fand das erste heil. Meßopfer statt. Demselben wohnte in Vertretung Sr. Majestät des Kaisers Se. k. u. k. Hoheit Herr Erzherzog Rainer bei, welcher von Sr. Exzellenz dem Herrn Statthalter Grafen Kielmansegg und vom Herrn Bürgermeister Dr. Karl Lueger empfangen wurde.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 29. September bis 5. Oktober 1907.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	300.267 kg	Und zwar aus:	
		Wien	208.682 kg
		dem sonst. Niederösterreich . .	15.804 „
		Oberösterreich	2.097 „
		Steiermark	1.212 „
		Mähren	7.179 „
		Galizien	62.049 „
		Ungarn	2.589 „
		Bukowina	655 „
Kalbfleisch . .	7540 kg	Und zwar aus:	
		Wien	2.757 kg
		dem sonst. Niederösterreich . .	51 „
		Oberösterreich	16 „
		Mähren	590 „
		Galizien	4.097 „
		Ungarn	29 „

Schaffleisch . .	23.754 kg	Und zwar aus:	
		Wien	70 kg
		dem sonst. Niederösterreich . .	20 „
		Mähren	9 „
		Galizien	21.930 „
		Ungarn	1.725 „
Schweinfleisch .	144.634 kg	Und zwar aus.	
		Wien	85.974 kg
		dem sonst. Niederösterreich . .	822 „
		Ober-Österreich	160 „
		Böhmen	1.103 „
		Mähren	3.580 „
		Galizien	37.762 „
		Ungarn	8.309 „
		Kroatien	5.924 „
Kälber . . .	1.875 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	988 St.
		dem sonst. Niederösterreich . .	58 „
		Oberösterreich	1 „
		Steiermark	8 „
		Mähren	75 „
		Galizien	735 „
		Ungarn	9 „
Schafe . . .	168 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	73 St.
		dem sonst. Niederösterreich . .	29 „
		Galizien	64 „
		Ungarn	2 „
Schweine . .	602 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	410 St.
		dem sonst. Niederösterreich .	30 „
		Mähren	5 „
		Galizien	156 „
		Ungarn	1 „

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch	von K	—·64	bis	1·84	per	Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ „	1·40	„	2·20	„	„
Kalbfleisch		„ „	—·90	„	1·68	„	„
Schaffleisch		„ „	—·60	„	1·28	„	„
Schweinfleisch		„ „	1·16	„	1·68	„	„
Kälber		„ „	—·92	„	1·52	„	„
Schafe		„ „	—·92	„	1·20	„	„
Schweine		„ „	1·—	„	1·50	„	„

Die Zufuhr war schwächer als in der Vorwoche. Rindfleisch konnte ebenso wie Schafe und Schaffleisch nur schwer vorwöchentliche Preise behaupten und büßte stellenweise sogar bis 4 und 6 h per Kilogramm ein.

Kälber und Kalbfleisch erfuhren nach einer Verbilligung während der Woche von 4 bis 8 h per Kilogramm gegen Wochenschluß eine kleine Versteifung der Preise.

Schweine und Schweinfleisch zogen infolge des durch die passive Resistenz auf den Eisenbahnen bedingten Ausfalles der ungarischen Zufuhren um 4 h im Preise an. Galizische Ware war ziemlich gefragt.

Per Bahn langten 88 Waggons mit 197·5 t, von der Ersten Wiener Großschlächterei-Aktiengesellschaft 14.588 kg Rind-, 11 kg Schwein-, 51 kg Rauchfleisch und 9 Kälber ein.

* * *

Pferdemarkt vom 4. Oktober 1907.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 553 Pferde.
223 Schlachtpferde und 330 Gebrauchspferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 180 bis 1000 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 70 „ 170 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 7. Oktober 1907

(einschließlich des Kontumazmarktes vom 5. Oktober 1907).

1. Gesamtauftrieb: 5286 Stück, und zwar:

Mastvieh	3268 Stück
Weidevieh	620 „
Beinlvieh	1398 „
Darunter unverkaufter Rest von dem vorwöchentlichen Donnerstagmarkte	217 „

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	3528 Stück	Kühe	840 Stück
Stiere	702 „	Büffel	216 „

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	3753 Stück
„ Galizien und der Bukowina	431 „
„ dem sonstigen Österreich	1102 „
„ dem Auslande (Italien)	— „

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht.

Aus und über Ungarn:

Ochsen	I. Qualität . .	von	72	bis	100 K	(extrem bis 104 K)
„	II. „ . .	„	62	„	90 „	
„	III. „ . .	„	55	„	69 „	

Aus und über Galizien:

Ochsen	I. Qualität . .	von	82	bis	90 K	(extrem bis 100 K)
„	II. „ . .	„	74	„	80 „	
„	III. „ . .	„	64	„	73 „	

Aus anderen Ländern:

Ochsen	I. Qualität . .	von	90	bis	100 K	(extrem bis 103 K)
„	II. „ . .	„	75	„	89 „	
„	III. „ . .	„	62	„	74 „	
Stiere		„	64	„	78 „	(„ „ 86 „)
Kühe		„	58	„	70 „	(„ „ 86 „)

Aus und über Ungarn:

Weidevieh	von	46	bis	66 K	(extrem bis — K)

Aus und über Galizien:

Weidevieh	von	46	bis	54 K	(extrem bis — K)
Büffel	„	46	„	56 „	(„ „ 60 „)
Beinlvieh	„	44	„	65 „	

b) Preis per Stück.

Beinlvieh . . . . . von 111 bis 210 K.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts verkauft.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien . . . . . 4213 Stück
„ „ „ auswärts . . . . . 665 „
Unverkauft blieben . . . . . 718 „

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden in der Woche vom 29. September bis 5. Oktober 1907 für Wien angekauft . . . . . 487 „

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 254 Stück mehr aufgetrieben.

Auf dem heutigen Rindermarkte waren im Vergleiche zur Vorwoche um 254 Stück mehr aufgetrieben. Bei sehr flauem Geschäftsverkehre wurden gegen die Vorwoche Prima-Stallmastsorten um 1 K, mittlere und mindere Sorten um 2 K, in einzelnen Fällen um 3 K per Meterzentner billiger gehandelt. Weidevieh wurde neuerdings um 3 bis 4 K per Meterzentner billiger abverkauft. — Prima-Maststiere wurden gegen den Montagmarkt der Vorwoche um 1 bis 2 K teuerer verkauft.

Stiere minderer Qualität und Beinlvieh konnten die Preise der Vorwoche schwach behaupten.

Unter den 718 Stück unverkauft gebliebenen Rindern befinden sich 122 Stück Weidevieh bosnischer Provenienz unter amtlicher Verwahrung.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 5. Oktober 1907.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 76—82 kg)	von	11	K	10	h	bis 12 K 60 h
Roggen („ „ 1 „ — „)	„	9	„	95	„	„ 10 „ 40 „
Gerste	„	7	„	75	„	„ 10 „ 60 „
Mais	„	7	„	25	„	„ 8 „ 15 „
Hafer	„	8	„	05	„	„ 8 „ 85 „

(per 50 Kilogramm).

b) Mahlprodukte.

Grieß	von	17	K	40	h	bis 18 K 65 h
Weizenmehl, neue Type	„	13	„	30	„	„ 18 „ 50 „
Futtermehl	„	7	„	50	„	„ 10 „ 90 „
Roggenmehl	„	12	„	50	„	„ 16 „ 75 „
Weizenkleie	„	6	„	30	„	„ 6 „ 60 „
Roggenkleie	„	6	„	80	„	„ 7 „ — „

(per 50 Kilogramm).

* * *

Heu- und Strohmarkt in Wien.

Vom 29. September bis 5. Oktober 1907.

Niederösterr. Berghen	von	K	16·10	bis	17·70	per 100 kg
„ Wiesenheu	„	„	5·60	„	10·20	„ „ „
Slovakisches Heu	„	„	6·20	„	10·—	„ „ „
Ungarisches Heu	„	„	5·20	„	8·20	„ „ „
Klee	„	„	6·50	„	7·80	„ „ „
Schaubstroh	„	„	6·—	„	10·—	„ „ „
„	„	„	5·40	„	7·—	per Schober
Rüttstroh	„	„	16·—	„	27·50	per 100 kg.

* * *

Städtisches Lagerhaus.

Vom 26. September bis 3. Oktober 1907.

Waren eingelagert . . . . . 42.971 Meterzentner
„ ausgelagert . . . . . 35.637 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 13.101 Meterzentner.

Lagerstand vom 3. Oktober 1907 284.369 Meterzentner, und zwar:

17.087	Meterzentner	Weizen,	13.582	Meterzentner	Roggen,
37.846	„	Gerste,	49.364	„	Hafer,
53.000	„	Mais,	1.034	„	Linsen,
56.407	„	Mehl und Kleie,	3.686	„	Ölsaaten,
673	„	Zucker,	1.309	„	Wein,

— Hektoliter a 100% Spiritus.

Der Assekuranzwert dieser Waren stellte sich auf 5,667.960 K.

* * *

Vom 1. bis 30. September 1907.

Waren eingelagert . . . . . 187.216 Meterzentner
„ ausgelagert . . . . . 158.468 „

Der Lagerstand betrug am 30. September 1907:

276.841 Meterzentner im Assekuranzwerte von 5,483.040 K
gegen 130.139 „ „ „ „ 3,355.330 „
in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Darunter waren:

17.613	Meterzentner	Weizen	gegen	7.697	
14.783	„	Roggen	„	6.603	
34.363	„	Gerste	„	18.038	
36.116	„	Hafer	„	21.005	
59.138	„	Mais	„	29.254	
3.720	„	Ölsaaten	„	355	
1.044	„	Linsen	„	1.562	
57.791	„	Mehl und Kleie	„	3.913	
1.294	„	Wein	„	4.737	
296	„	Zucker	„	1.541	und
		— Hektoliter à 100% Spiritus	„	2.536	im Vorjahre.

Die durchschnittliche Tagesbewegung während des Monates September 1907 bezifferte sich auf 13.827 q; es wurden 4 Lagerscheine ausgegeben und keine Lombardierung in die Lagerbücher vorgemerkt.

* * *

Kundmachungen, betreffend den Viehverkehr.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 28. September 1907, Z. XII-29/9, betreffend die Einfuhr von Vieh aus dem Okkupationsgebiete nach Niederösterreich. (M.-Abt. IX, 4011/07.) Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 29. September 1907, Nr. 225.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 3. Oktober 1907, Z. XII-21/74, betreffend die Einfuhr von Klauentieren aus Ungarn nach Niederösterreich. (M.-Abt. IX, 4110/07.) Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 4. Oktober 1907, Nr. 229.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 3. Oktober 1907, Z. XII-14/12, betreffend den für das IV. Quartal 1907 festgestellten Werttarif für lebende Nutzschweine und den für den Monat Oktober 1907 geltenden Entschädigungspreis für Schlachtschweine. (M.-Abt. IX, 4109/07.) Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 4. Oktober 1907, Nr. 229.

Detailpreise für Lebensmittel.

Ausweis über die Preise nachbenannter Artikel in der Woche vom 29. September bis 5. Oktober 1907.

Artikel	Menge	Preise von K	von h	bis K	bis h
Weizengrieß	1 kg		32		40
Auszugmehl	„		32		40
Mundmehl	„		28		36
Semmelmehl	„		24		32
Pohlmehl	„		20		28
Futtermehl	100 kg	15	.	21	80
Kaisersemmel à 4 h 1 St.	3·2 bis 6·2 dkg	—	—	—	—
Mundsemmel „ 4 „ „	5·0 bis 8·5 dkg	—	—	—	—
„ „ 2 „ „	2·4 bis 5·0 dkg	—	—	—	—
Weißes Brot	1 kg		—	—	—
Weißgemischtes Brot	„	21	3	39	8
Schwarzgemischtes Brot	„	19	5	34	5
Schwarzes Brot	„	21	6	29	5
Erbsen, ganz	1 kg		28		50
„ gespalten	„		36		72
Linsen	„		72	1	02
Bohnen	„		28		60
Hirse	„		32		48
Rollgerste	„		40		70
Reis	„		38		76
Kaffee, roh	„	2	32	5	.
„ gebrannt	„	2	80	5	60
Kakao	„	5	80	10	.
Schokolade	„	2	80	6	.
Tee	„	6	20	20	.
Zucker	„	.	68		82
Honig	„	1	20	3	20
Bohnen, grün	1 kg	.	20	.	80
Erbsen, grün, in Schoten	„	.	32	.	80
Paradiesäpfel	„	.	16	.	28
Kohl, grün	30 St.	.	80	1	60
„ „	1 „	.	6	.	10
Kohlrüben	30 „	.	60	1	20
„	1 „	.	4	.	10
„	30 „	.	.	.	.
„	1 „	.	.	.	.
Kraut, weißes	30 „	1	60	4	.
„ „	1 „	.	8	.	20
Salat, in Häupteln	30 „	.	80	3	.
„ „ „	1 „	.	4	.	20
Spinat	1 kg	.	40	.	80
Rüben, weiß	1 St.	.	2		8
„ gelb	„		2		8
„ rot	„		2		10
Sauerkraut	1 kg		20		24
Sauere Rüben	„		.	.	.
Knoblauch	„	.	40	.	60
Zwiebel	„	.	14	.	28
Erdäpfel, vorjährige	100 kg	.	.	.	.
„ „	1 „	.	.	.	.
„ heurige	100 „	5		12	.
„ „	1 „	.	7	.	10
„ Kipfel, vorjährige	100 „	.	.	.	.
„ „ „	1 „	.	.	.	.
„ „ heurige	100 „	10	.	16	.
„ „ „	1 „	.	12	.	18
Rindsfilz	1 kg	.	70	1	30
Rindschmalz	„	2	20	3	20
Schweinfilz	1 kg	1	60	2	.
Schweinschmalz	„	1	60	1	84
Schweinspeck	„	1	40	2	.
Unschlitt, geschmolzen	„	.	94	1	28
Milch	1 l	.	24	.	32
Rahm	„	.	80	2	.
Topfen	1 kg	.	30	.	80
Butter	„	2	.	3	20
Margarine	„	1	68	2	.
Eier, frische um 2 K	25—30 St.	—	—	—	—
„ eingelegte um 2 K	— „	—	—	—	—
Barben	1 kg	1	40	1	60
Brachsen	„	1	20	1	60
Forellen	„	6	.	11	.
Hechte, lebend	„	2	.	3	20
„ tot	„	1	.	2	.
Karpfen, lebend	„	2	.	2	40
„ tot	„	.	80	2	.
Lachse	„	.	.	.	.
Schaiden	„	.	.	.	.
Schille	„	1	60	3	60
Sterlette	„	.	.	.	.
Stockfische	„	.	.	.	.
Schellfische	„		56	1	30
Weißfische	„	.	60	1	.
Krebse	1 St.	.	8	.	80
Huhn, junges, geputzt	1 St.	1	.	1	60
Masthuhn, geputzt	„	1	40	2	80
Poulard	„	2	20	3	60
„ steir.	1 kg	2	20	3	20
Kapaun	1 St.	.	.	.	.
„ steir.	„	.	.	.	.
Ente	„	2	.	4	.
Gans	„	4	.	8	.
Indian	„	.	.	.	.
Taube	„	.	40	.	80
Fasan	1 St.	3	.	5	.
Rebhuhn	„	.	60	2	.
Wildente	„	2	20	3	.
Wildgans	„	.	.	.	.
Hase	„	2	20	4	.
Hirschfleisch	1 kg	.	80	2	.
Rehfleisch	„	.	60	2	.
Schwarzwild	„	.	.	.	.

Fleischpreise in Wien per Kilogramm in Hellern	Detailpreise (mit Zuwage) Bei den Ständen mit Preisbeschränkung beim Ochsenfleische von	bis	In den Markthallen von	bis	In den Bänken der Fleischhauer und Fleischverschleißer von	bis
Fleischgattungen						
Rindfleisch, vorderes	100	160	120	170	100	180
Rindfleisch, hinteres	120	190	148	210	120	220
Kalbfleisch	96	240	120	250	100	280
Schaffleisch	64	180	80	176	80	200
Schweinfleisch	150	220	162	220	126	260
Pferdefleisch, vorderes	.	.	.		68	104
Pferdefleisch, hinteres	.	.	.	.	80	120

Arbeits- und Dienstvermittlungsamt der Stadt Wien.

VII., Neubaugürtel 38 (Hotel Wimberger).

Übersicht über die Vermittlungstätigkeit des Amtes vom 27. September bis 3. Oktober 1907.

Vorgemerkt wurden:

Arbeitsuchende	1814
Dienstsuchende	3310
Lehrstellensuchende	15
Zusammen	5139

Angemeldet wurden:

Arbeitsposten	1509
Dienstplätze	3435
Lehrstellen	65
Zusammen	5009

Vermittelt wurden:

Arbeitsuchende	1400
Dienstsuchende	2669
Lehrlinge	16
Zusammen	4085

Baubewegung

vom 4. bis 7. Oktober 1907.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Umbauten.

II. Bezirk: K. k. Prater Nr. 68, von Marie Keck, Bauführer H. Miska (7219).

Zubauten.

XVII. Bezirk: Dornbach, Braungasse 16, von Marie Geiger, ebenda (43149).

Adaptierungen.

I. Bezirk: Getreidemarkt 18, von Heinrich Dim, Bauführer Johann Kloiber (7202).

V. Bezirk: Bräuhausgasse 75, von Frz. Bibinger, Bauführer Grund (7192).

" " Stolberggasse 44, Stöbergasse 2, von Heinrich Bittermann, Bauführer A. Scheffel (7210).

XV. Bezirk: Fünfhaus, Beingasse 22, von Johann Zelenka, Bauführer Johann Bawra (21483).

XVI. Bezirk: Gablenzgasse 44, von Vinzenz Haschek (60351).

" " Seeböckgasse 38, von Guido Gröger, ebenda, Bauführer derselbe (60350).

" " Lienfeldergasse 32, von Georg Bauer, IX., Broschkegasse 6 (60382).

" " Redtenbachergasse 3, von Johann Walzel und Marie Frantik, Redtenbachergasse 3 bis 9, Bauführer Rudolf Vogt & Alfred Ruf (60422).

" " Degengasse Konskr.-Nr. 1811, von Theresia Brantner's Erben, ebenda, Bauführer M. König (60423).

" " Reinhartsgasse 34, von Leopold Hirnschall, Bauführer Thomas Mann (60561).

XIX. Bezirk: Heiligenstadt, Hammerschmidgasse 18, von Rosa Schaffer, ebenda, Bauführer M. Barber (21829).

" " Unter-Sievering, Sieveringerstraße 171, von Bernhard Steiner, ebenda, Bauführer Adolf Micheroli, Baumeister (21840).

Diverse geringere Bauten.

II. Bezirk: Schornsteinbau, Ausstellungsstraße, Schöpfwerk, von der Magistrats-Abteilung VIII, Bauführer L. Gussenbauer (7199).

VI. Bezirk: Stockwerk, Hoftrakt, Mollardgasse 51, von Ferdinand Grün, Bauführer K. Santoll (7201).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

XVII. Bezirk: Dornbach, Parz. 579/1 und 603, von Julius Deininger k. k. Ober-Baurat, I., Schellinggasse 13 (43035).

Renovierungen mittels Hängegerüsten, Leitern ꝛc.

VII. Bezirk: Mariahilferstraße 10, von Anton Wenzel, Bauführer H. Schätz (7182).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Abt. X, Z. 5139.
1. Oktober 1907.

Herstellung von Grüften im Wiener Zentral-Friedhofe.

Baumeisterarbeiten.

Nella N. & Neffe	— Aufzahlung 21%.
Erhart Friedrich	— Nachlaß 0·5%.
Nella H. & Komp.	— Aufzahlung 18·3%.
Gröger Guido	— Aufzahlung 10·5%
Pittel & Brausewetter	— Aufzahlung 19·5%.

* * *

Mag.-Abt. VI, Z. 3217.
2. Oktober 1907.

Herstellung der Pumpenanlage. Lieferung und Montage des 2 HP Gasmotors für das zu erbauende Schöpfwerk in Stadlau im XXI. Bezirke.

Gasmotore.

Polke J.	— 1 HP Gasmotor 1500 K. 2 HP Gasmotor 1700 K.
Wachalowski & Seidler	— 2 HP Gasmotor 1540 K.
Bernhardt's G. Söhne	— 2 HP Gasmotor 1420 K.
Schuldes & Swadlo	— 2 HP Gasmotor 1380 K.
Bachrich & Komp.	— 4 HP Gasmotor 1900 K.
Langen & Wolf	— 2 HP Gasmotor 1740 K.
Holzschuh Alois und Johann	— 2 HP Gasmotor 2068 K.
Armaturen- und Maschinenfabriks-Aktiengesellschaft vormals J. A. Hilpert	— 2 HP Gasmotor 1740 K. Plungerpumpe 4300 K (bei 5 mm Wandstärke der Reservoire 400 K weniger). Tiefbrunnenpumpe 5075 K (bei 5 mm Wandstärke der Reservoire 400 K weniger).
Rabl's An'on Nachf. G. Molzer & O. Röhrer	— 5302 K 44 h.

* * *

Mag.-Abt. VIII, Z. 1159.
3. Oktober 1907.

Vergebung der Einrichtung der Wäscherei des städischen Theresienbades im XII. Bezirke.

Wäschereimaschinen im veranschlagten Kostenbetrage von 9000 K.
Reichmuth Max — 5865 K.

Gärdtner & Knopp — 6600 K 42 h.
Hanel Alois — a) 11.025 K 72 h.
b) 13.073 K 72 h.

Elektromotoren im veranschlagten Kostenbetrage von 2400 K.

Hanel Alois — 1880 K.
Österr. Siemens-Schuckertwerke — 1660 K.
Bergmann Robert — 1850 K.
Salzer & Thie — 1950 K.

Lastenaufzug im veranschlagten Kostenbetrage von 3600 K.

Wertheim F. & Komp. — 2705 K.
Petravic J. v. & Komp. — Aufzahlung 20% von den Kostenanschlagspreisen.

* * *

Mag.-Abt. XXI, Z. 232.
3. Oktober 1907.

Buchdrucker- und Buchbinderarbeiten für die statistischen Jahrbücher und die Berichte über die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien für die Jahre 1906, 1907 und 1908.

Buchdruckerarbeiten (Preise per Bogen, Satz und Druck).

Gerin Paul — Jahrbuch:

Text.
Garmond 44 K.
Borgis 50 K.
Petit 59 K.
Petit mit Nonpareille-Anmerkungen 65 K.

Tabellen.
Garmond 64 K.
Borgis 80 K.
Petit 97 K.
Petit mit Nonpareille-Anmerkungen 100 K.

Verwaltungsbericht:

Text.
Garmond 44 K.
Borgis 55 K.
Petit 58 K.
Petit mit Nonpareille-Anmerkungen 60 K.

Tabellen.
Garmond 60 K.
Borgis 78 K.
Petit 82 K.
Petit mit Nonpareille-Anmerkungen 85 K.
17 K 50 h per Neuriß.

Buchbinderarbeiten.

Scharf's Karl Witwe — Jahrbuch (60 Bogen):
Leder mit Goldschnitt 9 K 25 h.
Leinwand mit Rotschnitt 1 K 38 h.
Leinwand mit Naturschnitt 90 h.
Wird der Umfang des Werkes größer oder kleiner als obige Bogenzahl, vermehrt beziehungsweise vermindert sich der angebotene Preis für je drei Bogen:
Leder mit Goldschnitt um 8 h.
Leinwand mit Rotschnitt um 2 h.
Leinwand mit Naturschnitt um 2 h.
Verwaltungsbericht (30 Bogen):
Leder mit Goldschnitt 8 K 30 h.
Leinwand mit Rotschnitt 1 K 18 h.
Leinwand mit Naturschnitt 70 h.
Wird der obige Umfang des Werkes größer oder kleiner als obige Bogenzahl, vermehrt beziehungsweise vermindert sich der angebotene Preis für je drei Bogen:
Leder mit Goldschnitt um 8 h.
Leinwand mit Rotschnitt um 2 h.
Leinwand mit Naturschnitt um 2 h.

Scheibe Hermann — Jahrbuch (60 Bogen):
Leder mit Goldschnitt 9 K 30 h.
Leinen fein mit Rotschnitt 1 K 40 h.
Leinen gew. mit Naturschnitt 80 h.
Wenn der Umfang des Werkes höher oder niedriger als die oben angegebene Bogenzahl wird, erhöht oder erniedrigt sich der angebotene Preis für je drei Bogen um:
Leder mit Goldschnitt 9 h.
Leinwand mit Rotschnitt 3 h.
Leinen mit Naturschnitt 2 h.
Verwaltungsbericht (30 Bogen);
Leder mit Goldschnitt 8 K 40 h.
Leinen fein mit Rotschnitt 1 K 20 h.
Leinen gew. mit Naturschnitt 70 h.
Wenn der Umfang des Werkes höher oder niedriger als die oben angegebene Bogenzahl wird, erhöht oder erniedrigt sich der angebotene Preis für je drei Bogen um:
Leder mit Goldschnitt 9 h.
Leinwand fein mit Rotschnitt 3 h.
Leinen gew. mit Naturschnitt 2 h.

Hartmann Adolf — Jahrbuch (60 Bogen):
Leder mit Goldschnitt 6 K 75 h.
Leinen mit Rotschnitt 1 K 83 h.
Leinen mit Naturschnitt 1 K 20 h.
Wird der Umfang größer oder kleiner als obige Bogenzahl, vermehrt beziehungsweise vermindert sich der angebotene Preis für je drei Bogen:
Leder mit Goldschnitt um 2·5 h.
Leinen mit Rotschnitt um 1 h.
Leinen mit Naturschnitt um 1 h.
Verwaltungsbericht (30 Bogen):
Leder mit Goldschnitt 6 K.
Leinen mit Rotschnitt 1 K 50 h.
Leinen mit Naturschnitt 90 h.
Wird der Umfang größer oder kleiner als obige Bogenzahl, vermehrt beziehungsweise vermindert sich der angebotene Preis für je drei Bogen:
Leder mit Goldschnitt um 2·5 h.
Leinen mit Rotschnitt um 1 h.
Leinen mit Naturschnitt um 1 h.

Gogl's Nachfolger Karl Scheibl — Jahrbuch (60 Bogen):
Leder mit Goldschnitt 9 K 30 h.
Leinen mit Rotschnitt 1 K 38 h.
Leinen mit Naturschnitt 90 h.
Wird der Umfang größer oder kleiner als obige Bogenzahl, vermehrt beziehungsweise vermindert sich der angebotene Preis für je drei Bogen:
Leder mit Goldschnitt um 8 h.
Leinen mit Rotschnitt um 2 h.
Leinen mit Naturschnitt um 2 h.
Verwaltungsbericht (30 Bogen):
Leder mit Goldschnitt 8 K 40 h.
Leinen mit Rotschnitt 1 K 18 h.
Leinen mit Naturschnitt 70 h.
Wird der Umfang größer oder kleiner als obige Bogenzahl, vermehrt beziehungsweise vermindert sich der angebotene Preis für je drei Bogen:
Leder mit Goldschnitt um 8 h.
Leinen mit Rotschnitt um 2 h.
Leinen mit Naturschnitt um 2 h.

* * *

Mag.-Abt. VI, Z. 4029.
7. Oktober 1907.

Straßenherstellungen am Flötzersteig im XVI. und XIII. Bezirke.

Erd- und Pflasterungsarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 25.446 K 71 h und 3000 K Pauschale.

Schill Karl (Pflasterer; Engelbert Dollinger) — Nachlaß 3·5% eventuell 12% bei Beistellung eines Ableerplatzes am Ameisbache.
Frigo Jakob (Pflasterer: Heinrich Schütz) — Aufzahlung 3·5%.
Piccardi Leopold — Nachlaß 3%.
Lovato Pietro & Josef (Pflasterer: Heinrich Schütz) — Nachlaß 8·5%.

* * *

Mag.-Abt. VI, Z. 3769.
7. Oktober 1907.

Herstellung der Gehwege und Einsteigeperrons auf dem Ghegaplatze und Gürtel, IV. Bezirk.

Erd- und Pflasterungsarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 4190 K 95 h und 1500 K Pauschale.

Kein Offert eingelangt.

Asphaltiererarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 17.850 K und 1200 K Pauschale.

Günther Karl — Nachlaß 32·5%.

Neuchatel Asphalte Company limited
— Nachlaß 33⅓%.
Österr. Asphalt-Aktiengesellschaft
— Nachlaß 31%.
Cooper & Komp. — Nachlaß 30%.

* * *

Mag.-Abt. VII, Z. 1005.
7. Oktober 1907.

Kanalneubau in der Schönbrunner Hofallee, Kanalumbau in der Penzingerstraße bis zur Beckmanngasse, in der Beckmanngasse bis Or.-Nr. 11, Verbindung des Kanales der Beckmanngasse mit jenem der Linzerstraße, sowie Umbau der Einmündung des Kanales in der Flachgasse in jenen der Linzerstraße im XIII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 43.158 K 17 h.

Rzehaczek E. — Aufzahlung 8·9%.
Richter Josef — Aufzahlung 9·5%.
Rella H. & Komp. — Aufzahlung 19·7%.

Holzstöckelpflasterung im veranschlagten Kostenbetrage von 3250 K.

Blythe B. John — Nachlaß 2·4%
Rütgers Guido — Nachlaß 4%.

* * *

II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Schulbau XX., Allerheiligenplatz.

Wasserleitungs- und Klosetteinrichtung.

Maluschek & Komp. — Nachlaß 19%.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

27. September 1907.

a) Gewerbe-Unternehmungen.

Abramowicz Markus — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Herminengasse 15.
Bachar Nissim Haim — Tischler — IX., Währingergürtel 114.
Buchwald Markus — Selchwaren-Verschleiß — II., Engerthstraße 215.
Camek Johann — Holzbildhauer — XIII., Cumberlandstraße 20.
Domenig Karl — Musiker — IX., Pelikangasse 4.
Drill Moriz — Hutmacher — XX., Mariahilferstraße 172.
Eberl Gustav — Gast- und Schankgewerbe gemäß § 16, lit. b, c und g G.-O. — XV., Mariahilfergürtel 27.
Ehrlich Salomon — Friseur und Raseur — VII., Burggasse 128.
Eser Marie — Blusennäherei — VII., Hermanngasse 1.
Feil Georg — Gast- und Schankgewerbe gemäß § 16, lit. b, c und g G.-O. — XV., Österleingasse 8.
Fromm Franz — Gewährung von Darlehen aus eigenen Mitteln unter Einhaltung des gesetzlichen Zinsfusses — VII., Siebensterngasse 21.
Fuchs Bertold — Verschleiß von Juxbasar- und Festartikeln (Porzellan-, Glas- und Papierwaren) — II., Nordbahnstraße 44.
Glasl Josef — Marktviktualien- und Christbaum-Verschleiß — XXI., Floridsdorf, Markt am Spitz.
Großmann Anna — Pfaidler — XV., Mariahilferstraße 164.
Halleux Emil — Trödler — Karmeliterhofgasse 7.
Harrer Franz — Verschleiß von Papierwaren, Ansichtskarten, Kurzwaren, Kanditen und von Strickwolle — IX., Grünetorgasse 8.
Kende Louis — Verkauf von Tüchern — II., Nickelgasse 1.
Klubal Franz — Schuhmacher — XI., Lorystraße 39.
Kraßnig Rupert — Schuhmacher — XIII., Linzerstraße 290.
Lukaschek Anna, geb. Toman — Viktualien-Verschleiß — II., Engerthstraße 221.
Pernauer Vinzenz — Binder — XXI., Floridsdorf, Hauptstraße 14.
Radessich Anton — Zuckerbäcker — XIII., Reinlgasse 13a
Rathbauer Karl — Handel mit Flaschenbier, Wurstwaren, Käse, Butter, Russen und Brot — XXI., Floridsdorf, Bismarckplatz 9.
Reiser Therese — Tamburieren von Wäsche ꝛc. — VII., Stuckgasse 14.
Rydl Rudolf — Marktviktualienhandel — XIX., Markt beim Gasthause „Zum König von Bayern" an der Nußdorferlände.
Riedl Ferdinand — Gewerbsmäßige Vermittlung von Annoncen jeder Art durch Plakatierung und Inserierung für Zeitungen — VII., Stiftgasse 4.
Ritter Alois — Tischler — XIII., Spallartgasse 11.
Schmidt Aloisia — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c und g) exklusive Billard — II., Kagraner Reichsstraße 365.
Schöllnberger Franz — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XVI., Menzelgasse 4.
Scholder Aren Aby — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Taborstraße 59.
Swoboda Franz — Fragner — III., Hohlweggasse 32.
Tampermeier Ignaz — Kleinfuhrwerk — XXI., Leopoldau, Leopoldauerstraße 266.
Tilly rekte Tilli Karl — Fragner — XV., Neubaugürtel 31.
Vecera Josef — Schuhmacher — II., Untere Augartenstraße 31.
Wagner Viktor — Herrenkleidermacher — II., Negerlegasse 4.
Waluszyk Brunno — Baumeister — II., Sterneckplatz 13.
Weiner Simon — Goldarbeiter — II., Kleine Pfarrgasse 28.
Weisinger Johann — Verschleiß von Bier in vorschriftsmäßig verschlossen Flaschen — XIII., Jheringgasse 33.
Wiedermann Karl — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c, d, f und g G.-O.) — XXI., Floridsdorf, Wenhartgasse 27.
Wilk Gustav — Gemischwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — II., Taborstraße 58.
Zaruba Franziska, geb. Mocuba — Viktualien-Verschleiß — IV., Blechturmgasse 14.
Österr.-ungar. Invalidendank (Verein für militär-humanitäre Zwecke) — Reisebureau — I., Bräunerstraße 7.

b) Nicht dem Gewerbegesetze unterliegende, erwerbsteuerpflichtige Unternehmungen.

Klagbaum Hugo — Mittelschülerheim — II., Valeriestraße 46.

* * *

28. September 1907.

a) Gewerbe-Unternehmungen.

Chlud Josef — Schuhmacher — III., Rudolfsgasse 32.
Ehrenhofer Emil — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — III., Erdbergstraße 120.
Einhorn Hugo — Bronzewaren-Erzeugung (Filiale) — V., Kohlgasse 42.
Firma Fried & Koscherak (öffentliche Gesellschafter: Ferdinand Fried, Alfred Koscherak) — Kolonialwaren-Agentur — XII., Meidlinger Hauptstraße 3.
Gottreich Louis — Verschleiß von Schuhmacherzugehörartikeln — VII., Burggasse 128.
Häffner Therese — Marktfahrergewerbe — XII., Dörfelstraße 9.
Heinz Johann — Gast- und Schankgewerbe § 16, lit. b, c und g G.-O. (ohne Billard) — XII., Schallergasse 37.
Heller Leopold — Beschränkter Gemischtwarenhandel (d. i. mit Ausschluß der im § 38, Art. 4 angeführten Artikel) — VII., Neubaugasse 9.
Hlatky Josef — Kaffeesieder — VII., Zieglergasse 29.
Jaske Rudolf — Gast- und Schankgewerbe § 16, lit. b, c, f und g G.-O. (ohne Billard) — XII., Wilhelmstraße 46.
Karner Josefa — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Fruchtsäften, Marmeladen und Sodawasser — XII., Schönbrunnerstraße 194.
Kainka Susanna — Pfaidlergewerbe (Nichtbetrieb) — VII., Zieglergasse 52.
Kaufmann Theodor — Spielwaren-Erzeugung — V., Diehlgasse 3.
Kminck Eduard — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XII., Rückertgasse 47.
Körner Johanna — Verschleiß von Rauchrequisiten, Kurzwaren, Schreibpapier, Gratulations- und Ansichtskarten — XII., Eichenstraße 24.
Ledl Johann — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XII., Pohlgasse 25.
Nowak Anton — Hühneraugenausschneider — XIX., Döblinger Hauptstraße 70.
Pura Josef — Kleinfuhrwerk — V., Kettenbrückengasse 23.
Rüscher Johann Michael (Alleininhaber der prot. Firma J. M. Rüscher) — Flaschenbier-Verschleiß — XV., Märzstraße 1 b.
Schmid Johann — Gold- und Silberarbeiter — XV., Zinckgasse 22.
Schönmann Josef Löbl — Wäschewaren-Verschleiß — XIX., Döblinger Hauptstraße 70.
Vorsager Franz — Zelluloidwaren-Erzeugung — V., Siebenbrunnengasse 55.
Wasserburger Friedrich — Pachtung der Auskocherei der Katharina Zika — VII., Lindengasse 21.
Zentner Hermine — Gemischtwarenhandel — XII., Schönbrunnerstraße 197/199.
Vereinigte Färbereien-Aktiengesellschaft (verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Karl Lechner) — Zentral-Bureau und Entgegennahme von Bestellungen — I., Schottenring 14.

b) Nicht dem Gewerbegesetze unterliegende, erwerbsteuerpflichtige Unternehmungen.

Fischer Elise v. Weissenburg — Tabak-Automat im Vestibül der Rudolfsstiftung — III., Boerhavegasse 24.

* * *

30. September 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

Denk Theresia — Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken, Erfrischungen, Likören aller Art, Haltung erlaubter Spiele — X., Senefeldergasse 1.

Firma Josef Ecker's Nachfolger Niederhafner & Kautz (Offene Handelsgesellschaft mit den Gesellschaftern: Franz Niederhafner, Johann Kautz) — Gemischtwarenhandel — XIV., Mariahilferstraße 198.

Erdödy Matthias — Damenkleidermacher — XV., Goldschlagstraße 21.

Fischer Johann — Sauerkrautler — X., Alxingergasse 20.

Frischmann Leopold — Schuhmachergewerbe — XIV., Kürnbergergasse 6.

Gappmeier Anton — Kleinverschleiß von gebrannten geistigen Getränken — X., Wielandgasse 24.

Offene Handelsgesellschaft Hermann Geiringer & Komp. (Gesellschafter: Hermann Geiringer, Cäcilie Geiringer, Marie Geiringer, Alfred Geiringer) — Trödler — I., Wipplingerstraße 16.

Geschnaß Franz — Pferdeagentur — X., Davidgasse 49.

Lederer Vitus — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein, Obstwein, Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — XIV., Mariahilferstraße 186.

Lenneis Anna, geb. Pihl — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVI., Reinhartsgasse 23.

Löwenstein Rivke, geb. Mire — Handel mit Eiern, Butter, frischen Schwämmen und Grünwaren — XIV., Reichsapfelgasse 8.

Lukſch Eduard — Spengler — XVI., Stillfriedplatz 8.

Malaffa Aloisia, geb. Frisko — Marktviktualienhandel — XVI., Markt, Brunnengasse.

Manicek Josef — Drechsler — XVI., Wichtelgasse 32.

Mencler Method — Tischler — XVI., Liebhardtgasse 37.

Morawec Franz — Kleidermacher — XVI., Hasnerstraße 97.

Nittmann Karl — Wäschewaren-Erzeugung — XVI., Fenzlgasse 16.

Pelat Franz — Pferdeagentur — X., Hebbelgasse 2 a.

Polak Michael — Fragner — X., Quellenstraße 205.

Posin Mendel — Kappenmacher — XVI., Hasnerstraße 27.

Prohaska Adolf — Wäschewaren-Erzeugung — XIV., Stiegergasse 8 b.

Quatember Gottfried — Wäschewaren-Erzeugung — X., Gellertgasse 19.

Rausmayer Berta — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — X., Laxenburgerstraße 85.

Ruhm Theresia, geb. Götz — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Fruchtsäften, Sodawasser — XIV., Prinz Karlgasse 36.

Schneider Theresia — Viktualien-Verschleiß — X., Kolumbusgasse 107.

Schubert Rudolf — Gürtler und Bronzewaren-Erzeuger — XVI., Koppstraße 22.

Streif Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Laaerwald.

Wandycz Johann — Verschleiß von Holz, Kohlen und Koks — X., Absberggasse 9.

* * *

1. Oktober 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

Offene Handelsgesellschaft Franz Bard & Bruder, Gesellschafter: Franz Bard, Moritz Bard — Handel und Vertrieb von Bühnenwerken ohne Musikbegleitung — I., Opernring 3.

Bitter Theresia — Damenkleidermachergewerbe — VIII., Neudeggergasse 17.

Eizek Wenzeslawa — Verkauf von Kanditen, Gebäck und Siphon — XI., Rinnböckstraße 74.

Dostal Josef — Leihbibliothek — I., Jasomirgottstraße 5.

Erber Anton — Herrenkleidermacher — VIII., Josefstädterstraße 35.

Eschner Karl — Schuhmacher — VIII., Albertgasse 44.

Firma Franz Fischer & Sohn, Gesellschafter: Franz Fischer, Robert Fischer — Flaschenbier-Verschleiß — VIII., Albertgasse 50.

Frank Marie — Ausschank von gebrannten geistigen Getränken und Verabreichung von Tee — III., Rasumofskygasse 3.

Gaspar Karl — Musiker — VIII., Buchfeldgasse 10/16.

Prot. Firma W. Junghaus, Einzelinhaber Wilhelm Junghaus — Handelsagentie — XIII., Kupelwiesergasse 16.

Kaminsky Michael — Anstreicher und Lackierer — VIII., Langegasse 16.

Kaminsky Michael — Zimmer- und Dekorationsmaler — VIII., Langegasse 16.

Kormos Rosalia Anna — Schönheitspflege, insofern hiemit kein Eingriff in die Heilkunde verbunden ist, und Verschleiß kosmetischer Artikel — VIII., Florianigasse 38.

Kubicek Josef — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — XIV., Draskovichstraße 1.

Limberger Marie — Wirkwaren-Erzeugung — VIII., Lerchenfelderstraße 46.

Marek Martin — Schuhmacher — VIII., Mölkergasse 4.

Nasch Friedrich — Fleisch-Verschleiß — XIX., Obkirchergasse 31.

Neuhuber Karl — Flaschenbier-Verschleiß — VIII., Florianigasse 20.

Pokorny Agnes — Handel mit Obst und Naturblumen im Umherziehen — XXI., Mühlschüttelgasse 27.

Ransburg Helene geb. Klein — Marktviktualienhandel — XXI., Floridsdorf, Markt Am Spitz.

Rieger Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Lerchenfelderstraße 120.

Schmidt Alfred — Mechaniker — VIII., Wickenburggasse 9.

Sprinda Karl — Fragner — XIII., Kinnmayergasse 14.

Tichy Jaroslav — Kleidermacher — VIII., Albertgasse 48.

Frötzmüller Anna — Chemische und Feinputzerei — VIII., Hamerlingplatz 2.

Urban Josef — Korkstoppel-Erzeugung — XIII., Trauttmansdorffgasse 11.

Wagner Josef — Friseur — VIII., Wickenburggasse 21.

Wetzel August — Fragner — VIII., Laudongasse 21.

Zaunbauer Emil — Spengler — VIII., Pfeilgasse 9.

* * *

2. Oktober 1907.

a) Gewerbe-Unternehmungen.

Bauer Michael — Einspänner-Lizenz Nr. 1499 — XV., Pouthongasse 8.

Offene Handelsgesellschaft Fornasari & Komp.; Gesellschafter: Otto Albert Fornasari Edler v. Veru (zugleich Vertreter), Josefine Sorger, Albert Moser — Mechanische Strickerei — III., Dietrichgasse 46.

Horwath Karl — Musikalienhandel — I., Wollzeile 5.

Salzer Edmund — Kaffeeschank — I., Lugeck 3.

Schäfter Wilhelmine — Taxameter-Einspänner-Lizenz Nr. 1744 — VI., Liniengasse 50.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Gemeinderat:	
Sitzung des Gemeinderates	2297
Stadtrat:	
Sitzungen des Stadtrates	2297
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 1. Oktober 1907	2297
Bezirksvertretungen:	
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau vom 18. September 1907	2301
Allgemeine Nachrichten:	
Einweihung der Kirche St. Josef ob der Laimgrube im VI. Bezirke	2301
Approvisionierungs-Angelegenheiten:	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 29. September bis 5. Oktober 1907	2301
Pferdemarkt vom 4. Oktober 1907	2302
Schlachtviehmarkt vom 7. Oktober 1907	2302
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 5. Oktober 1907	2303
Heu- und Strohmarkt vom 29. September bis 5. Oktober 1907	2303
Städtisches Lagerhaus	2303
Kundmachungen, betreffend den Viehverkehr	2303
Detailpreise für Lebensmittel vom 29. September bis 5. Oktober 1907	2304
Arbeits- und Dienstvermittlungsamt der Stadt Wien:	
Übersicht über die Vermittlungstätigkeit vom 27. September bis 5. Oktober 1907	2305
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 4. bis 7. Oktober 1907	2305
Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse	2305
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen	2307
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	2307
Kundmachungen.	

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat **August Stich.**

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — Buchdruckerei **E. Kainz** vorm. **J. B. Wallishausser.**

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Anbote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Vadium anzuschließen.

Der Anschluß der Vadien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Vadien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1907.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
14. Oktober 11 Uhr	Abteilung III (Mag.-Rat **Groll**, Neues Rathaus, V. Stiege, 2. Stock)	4723	III., Gärtnergasse 13.	**Abtragung dieses Hauses.**	— 2—3
14. Oktober 11 Uhr	detto	5223	Gartenanlagen auf dem Erzherzog Karl-Platze im II. Bezirke.	**Baumeisterarbeiten** . . . . . 11.406 K 40 h **Gitterlieferung** . . . . . 6826 K **500 m² Ackererde** . . . . . 1500 K **1700 m² Gartenerde** . . . . . 6800 K **1460 m² Aushubmateriale** . . . 2920 K	Vorbemerkung: Bedingnisse ꝛc. erliegen zur Einsicht im Stadtbauamte, Abteilung III. 2—3
9. Oktober 10 Uhr	Abteilung VI (Mag.-Rat **Schaufler**, Neues Rathaus, IV. Stiege, Hochparterre)	115	Heiligenstädterstraße zwischen Or.-Nr. 235 und 265 im XIX. Bezirke.	**Erd- und Pflasterungsarbeiten** .	8380 K und 1500 K Pauschale 2—2

*

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten	
12. Oktober 10 Uhr	Abteilung VI (Mag.-Rat **Schaufler**, Neues Rathaus, IV. Stiege, Hochparterre)	4138	Niveauherstellung in der Wallmoden- und Haubenbiglgasse im XIX. Bezirke.	**Deichgräberarbeiten**	6562 K 50 h	2—3
14. Oktober 10 Uhr	detto	3583	Regulierung der Liechtensteinstraße von Nr. 37 bis 53 im IX. Bezirke.	**Erd- und Pflasterungsarbeiten** . **Asphaltiererarbeiten**	18.966 K 78 h und 600 K Pauschale 11.186 K und 400 K Pauschale	2—3
14. Oktober $^1/_2$11 Uhr	detto	3840	Asphaltierung des Marktplatzes am Radetzkyplatz vor den Häusern Nr. 1 und 2 im III. Bezirke.	**Asphaltiererarbeiten**	5835 K und 500 K Pauschale	1—2
18. Oktober 10 Uhr	detto	2134	—	**Vergebung der Lieferung von 13.970 q Heu, 8750 q Streustroh und 2220 q Häckerlingstroh für die Pferde der städtischen Betriebe während der Zeit vom 1. November 1907 bis 31. Oktober 1908.**	—	1—3
12. Oktober 10 Uhr	Abteilung VIII a (Mag.-Rat **Dr. Nüchtern**, Neues Rathaus, IV. Stiege Mezzanin)	1170	Herstellung von provisorischen Rohrlagerplätzen für die II. Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung auf den bestimmten Flächen zwischen der verlängerten Gulden- und verlängerten Hadikgasse im XIII. Bezirke, Unter-Baumgarten.	**Anschüttungs- und Planierungsarbeiten.**	—	2—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
14. Oktober 10 Uhr	Abteilung X (Mag.-Sek. **Koniakowsky**, Neues Rathaus, III. Stiege, Hochparterre)	362	Sanitätsstation X., Arsenalstraße	**Lieferung von Dauerbrandöfen** .	3400 K Vorbemerkung: Kostenanschlag und Bedingnisse können im Stadtbauamte, Fach-Abteilung III, eingesehen werden. 3—3
15. Oktober 10 Uhr	Abteilung XV (Mag.-Rat **Narožny**, Neues Rathaus, VII. Stiege, 2. Stock)	8469	Schulbau X., Thavonatgasse. (Randhartingergasse — Quellenstraße.)	**Schlosserarbeiten (mit Ausschluß der Ventilationsarbeiten und Türschließer)**	40.988 K 68 h und 2000 K Vadium
				Anstreicherarbeiten	16.261 K 80 h und 810 K Vadium
				Tapeziererarbeiten	3370 K 70 h und 170 K Vadium 3—3
18. Oktober 10 Uhr	detto	7071	Mädchen-Volksschule und Kindergarten XI., Pachmayergasse—Rinnböckstraße.	**Tonwarenlieferung**	6482 K 30 h und 325 K Vadium 2—3
15. Oktober 10 Uhr	Kanzlei der Bezirksvorstehung Floridsdorf, XXI. Bezirk	Mag.-Abt. VI 264	—	**Vergebung der Beistellung des Straßenpflegefuhrwerkes im XXI. Bezirke.**	— 1—2
14. Oktober 10 Uhr	Ersatz-Gärtnerei im Wiener Zentral-Friedhofe	7206	Wiener Zentral-Friedhof.	**Lieferung von ungefähr 900 Stück Grabkränzen für die Gräberausschmückung**	5540 K Vorbemerkung: Die Bedingnisse liegen in der Kanzlei der Zentral-Friedhofverwaltung während der Amtsstunden zur Einsicht auf. 1—2

Baukautionen **Vadien**

bestellt zu kulanten Bedingungen

Allgemeine Kautionsbank-Aktiengesellschaft

Wien, IV., Technikerstraße Nr. 5.

Z. 9632/17, 0.

Kundmachung.

(Offertausschreibung. — Ausschreibung des nächstjährigen Bedarfes an Pelzsorten pro 1908.)

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" bringt ihren nächstjährigen Bedarf an Pelzsorten zur Ausschreibung und findet die bezügliche Offertverhandlung **am Montag den 14. Oktober 1907, um 10 Uhr vormittags,** im Sitzungssaale der Bezirksvertretung Wieden, IV., Schäffergasse 3, 1. Stock, statt.

Zur Vergebung gelangt die Lieferung von:

300 Stück Lammfellpelzen,
400 „ Pelzkragen,
700 „ Pelzkappen.

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen behält sich das Recht vor, das ausgeschriebene Quantum je nach Bedarf um 25 Prozent zu erhöhen oder zu erniedrigen,

Muster für die zur Ausschreibung gelangenden Sorten liegen in unserem Dienstkleider-Hauptlager, XIV., Schwendergasse 51, zur Ansicht auf.

Die Größengattungen der zu liefernden Sorten werden seitens der Lagerverwaltung bekanntgegeben werden.

Der Preis versteht sich frei unserem Dienstkleider-Hauptlager. Die Lieferung hat bis längstens 1. September 1908 vollendet zu sein und wird für nicht rechtzeitige Lieferung ein Pönale von 1 K pro Tag und Stück festgesetzt.

Die Offerte sind in geschlossener Briefhülle als „Anbot für die Lieferung von Pelzsorten" zu bezeichnen und in Form eines nach Tarifpost 44 aa und Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zu Handen der Direktion der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße 9, zu richten und können bis Samstag den 12. Oktober 1907 im Kanzlei-Sekretariate der städtischen Straßenbahn-Direktion oder am Offertverhandlungstage vor Eröffnung der Verhandlung der Kommission überreicht werden.

Die Offerte können auf das ganze ausgeschriebene Quantum oder auch bloß auf einen Teil desselben lauten und ist ein ausgearbeitetes Musterstück von jeder der offerierten Sorten beizugeben, welches für die Annahme oder Abweisung einer Lieferung maßgebend bleibt.

Jeder Anbieter hat vor Überreichung des Offertes, also längstens bis Samstag den 12. Oktober 1907 bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, Wien, VI., Rahlgasse 3 (ehemals Direktionsgebäude der städtischen Elektrizitätswerke) ein Vadium in der Höhe von 5 Prozent der Offertsumme zu erlegen und sich über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen.

Das Vadium kann außer in barem auch in inländischen pupillarsicheren Wertpapieren oder in Einlagebüchern einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Österreichischen Sparkassa oder der Wiener Zentral-Sparkassa erlegt werden.

Vadien in barem werden nicht verzinst.

Offerenten, deren Anbote nicht angenommen werden, erhalten das Vadium sofort nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zurück; dagegen bleibt das Vadium des Erstehers als Pfand zur Sicherstellung für die rechtzeitige und tadellose Lieferung bei den städtischen Straßenbahnen erliegen.

Der Anbieter bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" so lange im Worte, bis er eine Verständigung über die Annahme oder Ablehnung seines Offertes erhalten hat.

Die Direktion behält sich die vollständig freie Wahl unter den einzelnen Offerenten, die Vergebung in beliebigen Teilmengen, wie auch die Ablehnung aller Anbote vor.

Im Anbote muß sich der Offerent auf Datum und Zahl dieser Kundmachung berufen und sich mit den gestellten Bedingungen einverstanden erklären.

Offerte, welche nach Eröffnung der Verhandlung einlangen, werden nicht berücksichtigt.

Nähere Auskünfte erteilt die Lagerverwaltung der städtischen Straßenbahnen XIII., Siebeneichengasse 7.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 24. September 1907. 3—3

D.-Z. 9634/17, 0.

Kundmachung.

(Offertverhandlung. — Ausschreibung des nächstjährigen Bedarfes an Filzstumpen.)

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" bringt ihren Bedarf an Filzstiefelstumpen zur Ausschreibung und findet die bezügliche Offertverhandlung **am Donnerstag den 17. Oktober 1907, um 10 Uhr vormittags** im Sitzungssaale der Bezirksvertretung, Wieden, IV., Schäffergasse 3, 1. Stock, statt.

Zur Vergebung gelangt die Lieferung von 1000 Paar Filzstiefelstumpen.

Die Direktion behält sich das Recht vor, das ausgeschriebene Quantum je nach Bedarf um 25 Prozent zu erhöhen oder zu erniedrigen. Die Filzstiefelstumpen müssen aus rein und gleichmäßig gewalztem Wollfilze hergestellt sein.

Die Größengattungen werden seitens der Lagerverwaltung der städtischen Straßenbahnen bekanntgegeben.

Der Preis versteht sich frei unserem Dienstkleiderhauptlager. Die Lieferung hat **bis längstens 15. Mai 1908** vollendet zu sein und wird für nicht rechtzeitige Lieferung ein Pönale von 1 K pro Tag und Paar festgesetzt.

Die Offerte sind in geschlossener Briefhülle als „Anbot für die Lieferung der Filzstumpen" zu bezeichnen und in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die Direktion der städtischen Straßenbahnen IV., Favoritenstraße 9, zu richten und können bis Mittwoch den 16. Oktober 1907 im Kanzlei-Sekretariate der städtischen Straßenbahn-Direktion oder am Donnerstag den 17. Oktober 1907 vor Eröffnung der Offertverhandlung der Kommission überreicht werden.

Die Offerte können auf das ganze ausgeschriebene Quantum oder auch bloß auf einen Teil desselben lauten und ist ein ausgearbeitetes Musterpaar beizugeben, welches für die Annahme oder Abweisung einer Lieferung maßgebend bleibt.

Jeder Anbieter hat vor Überreichung des Offertes, also bis längstens Mittwoch den 16. Oktober 1907 bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen Wien, VI., Rahlgasse 3 (ehemals Direktionsgebäude der städtischen Elektrizitätswerke) ein Vadium in der Höhe von 5 Prozent der Offertsumme zu erlegen und sich über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen.

Das Vadium kann außer in barem auch in inländischen pupillarsicheren Wertpapieren oder in Einlagsbüchern einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Österreichischen Sparkassa oder der Wiener Zentral-Sparkassa erlegt werden.

Vadien im barem werden nicht verzinst.

Offerenten, deren Anbote nicht angenommen werden, erhalten das Vadium sofort nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zurück, dagegen bleibt das Vadium des Erstehers als Pfand zur Sicherstellung für die rechtzeitige und tadellose Lieferung bei den städtischen Straßenbahnen erliegen.

Der Anbieter bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" solange im Worte, bis er eine Verständigung über die Annahme oder Ablehnung seines Offertes erhalten hat.

Die Direktion behält sich die vollständig freie Wahl unter den einzelnen Offerenten, die Vergebung in beliebigen Teilmengen, wie auch die Ablehnung aller Anbote vor.

Im Anbote muß sich der Offerent auf Datum und Zahl dieser Kundmachung berufen und sich mit den gestellten Bedingungen einverstanden erklären.

Offerte, welche nach Eröffnung der Verhandlung einlangen, werden nicht berücksichtigt.

Nähere Auskünfte erteilt die Lagerverwaltung der städtischen Straßenbahnen, XIII., Siebeneichengasse 7.

Direktion der städtischen Straßenbahnen,

Wien, am 25. September 1907. 3—3

Z. 9761/17, 0.

Kundmachung.

(Offertausschreibung. — Ausschreibung des Bedarfes von 800 Stück Blocktaschen.)

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" bringt ihren Bedarf an Blocktaschen zur Ausschreibung und findet die bezügliche Offertverhandlung am **Dienstag den 22. Oktober 1907, um 10 Uhr vormittags,** im Sitzungssaale der Straßenbahn-Direktion, IV., Favoritenstraße 9, statt.

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen behält sich das Recht vor, die ausgeschriebene Menge je nach Bedarf um 25 Prozent zu erhöhen oder zu erniedrigen.

Die Blocktaschen müssen aus gut ausgetrocknetem Leder hergestellt sein. Für Größe und sonstige Beschaffenheit der Taschen liegt ein Muster in unserem Dienstkleider-Hauptlager XIV., Schwendergasse 51, zur Ansicht auf.

Der Preis versteht sich frei unserem Dienstkleider-Hauptlager. Die Lieferung hat bis längstens 15. März 1908 vollendet zu sein und wird für nicht rechtzeitige Lieferung ein Pönale von 1 K pro Tag und Stück festgesetzt.

Die Offerte sind in geschlossener Briefhülle als „Anbot für die Lieferung von Blocktaschen pro 1908" zu bezeichnen und in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zuhanden der Direktion der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße 9, zu richten und können bis Montag den 21. Oktober 1907 im Kanzleisekretariate der städtischen Straßenbahnen-Direktion oder am Dienstag den 22. Oktober 1907 bei der Offertverhandlung überreicht werden.

Die Offerte können auf das ganze ausgeschriebene Quantum oder auch bloß auf einen Teil desselben lauten und ist ein ausgearbeitetes Musterstück beizugeben, welches für die Annahme oder Abweisung einer Lieferung maßgebend bleibt.

Jeder Anbieter hat vor Überreichung des Offertes, also bis längstens Montag den 21. Oktober 1907 bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, Wien VI., Rahlgasse 3 (ehemals Direktionsgebäude der städtischen Elektrizitätswerke), ein Vadium in der Höhe von 5 Prozent der Offertsumme zu erlegen und sich über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen.

Das Vadium kann außer in barem auch in inländischen pupillarsicheren Wertpapieren oder in Einlagsbüchern einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Österreichischen Sparkassa oder der Wiener Zentral-Sparkassa erlegt werden.

Vadien in barem werden nicht verzinst.

Offerenten, deren Anbote nicht angenommen werden, erhalten das Vadium sofort nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zurück, dagegen bleibt das Vadium des Erstehers als Pfand zur Sicherstellung für die rechtzeitige und tadellose Lieferung bei den städtischen Straßenbahnen erliegen.

Der Anbieter bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" solange im Worte, bis er eine Verständigung der Annahme oder Ablehnung seines Offertes erhalten hat.

***

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" behält sich die uneingeschränkte Wahl unter allen Bewerbern wie auch die Vergebung der ausgeschriebenen Menge in verschiedenen Teilmengen, sowie die Abweisung sämtlicher Anbote vor.

Im Anbote hat sich der Offerent ausdrücklich auf Datum und Zahl dieser Kundmachung zu berufen und mit den gestellten Bedingungen einverstanden zu erklären.

Offerte, welche nach Eröffnung der Verhandlung einlangen, werden nicht berücksichtigt.

Nähere Auskünfte erteilt die Lager-Verwaltung der städtischen Straßenbahnen XIII., Siebeneichengasse 7.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 28. September 1907. 2—3

M.-Abt. IV, 5/07.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Erd- und Baumeister-, Zimmermeister-, Bautischler-, Schlosser-, Asphaltiererarbeiten, sowie der Lieferung der Träger für das in Aspern a. D. an der Feldstraße zu erbauende Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Aspern wird zufolge Beschlusses des Wiener Stadtrates vom 20. September 1907, Pr.-Z. 12237/07, vom Wiener Magistrate, Abteilung IV, **am 19. Oktober 1907, pünktlich um 11 Uhr vormittags,** im Bureau des Herrn Magistratsrates Dr. Emil Schwarz im Neuen Rathause, VIII. Stiege, 1. Stock, eine neuerliche öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die allgemeinen und besonderen Bedingnisse können im Stadtbauamte, Fach-Abteilung III, Neues Rathaus (Mezzanin) während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptkassa gegen Erlag von 20 h bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Spätestens einen Tag vor der Abhaltung der Offertverhandlung sind die in den Bedingnissen vorgeschriebenen Vadien bei der städtischen Hauptkassa zu erlegen.

Der Offertverhandlungs-Kommission ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Vadium vorzuweisen.

Der Anschluß der Vadien an das Offert ist unzulässig. Die Gemeinde übernimmt bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden im Stadtbauamte, Fach-Abteilung III, erteilt.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 3. Oktober 1907.

Der Abteilungs-Vorstand:
Dr. E. Schwarz,
Magistratsrat. 1—3

M.-Abt. V, 2283/07.

Kundmachung.

(Politische Begehung.)

Zufolge Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 3. Oktober 1907, Z. VI-2884, wird die für den 8. Oktober 1907 anberaumte politische Begehung, betreffend das Projekt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" für die Anlage einer Ausweiche der Straßenbahnlinie Wien—Kagran auf der rechtsufrigen Auffahrtsrampe der Kronprinz Rudolfsbrücke auf **Freitag den 11. Oktober 1907** verlegt.

Ort und Zeit der Zusammenkunft bleiben unverändert.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 4. Oktober 1907. 1—1

M. B.-A. XXI, Z. 34351.

Kundmachung.

(Lokal-Kommission.)

Über die von der Firma Heilpern & Haas, chemische Fabrik, XXI., Leopoldauerstraße 37, gestellte Bitte um Bewilligung zur Erbauung einer Ruß-Erzeugungsanlage nebst anschließendem Verpackungsraum und um Genehmigung der gewerblichen Betriebsanlage zur Ausübung dieser Anlage, welche sich als eine Ergänzung der Teerdestillation der genannten Fabrik darstellt, auf der Realität Einl.-Z. 40, Kat.-Parz. 1022/1 Grundbuch Donaufeld in der Pilzgasse, Ecke der Leopoldauerstraße im XXI. Bezirke findet zur Erhebung der Zulässigkeit der Bauführung, sowie der Betriebsanlage in Gemäßheit des § 25 der Bauordnung und der §§ 27 und 29 der Gewerbeordnung **Dienstag den 22. Oktober 1907, vormittags 11 Uhr,** eine Lokal-Kommission statt.

Die Kommissionsmitglieder versammeln sich an Ort und Stelle.

Dies wird mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß allfällige Einwendungen gegen die Bauführung und die Betriebsanlage entweder schriftlich bis zum obigen Tage hieramts zu überreichen oder mündlich bei der Kommission selbst anzubringen sind, widrigenfalls der Ausführung der Anlage stattgegeben werden wird, sofern sich nicht von amtswegen Bedenken dagegen ergeben.

Die Vertreter der beteiligten Faktoren und Interessenten haben sich mit den erforderlichen Weisungen und Ermächtigungen zur Abgabe bindender Erklärungen zu versehen, weil durch einen etwaigen Vorbehalt nachträglicher Erklärungen beziehungsweise Genehmigungen die weitere Amtshandlung über den Verhandlungsgegenstand (besonders wichtige Fälle ausgenommen) nicht aufgehalten werden würde.

Die Pläne liegen bis zum Kommissionstage im hiesigen Bezirksamte zur Einsicht auf.

Wien, am 4. Oktober 1907.

Der Bezirksamtsleiter:

Fürst,
Magistrats-Sekretär. 1—1

G. Z. 8249.

Kundmachung.

(Erledigte Schulleiterstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen die nachstehend angeführten Schulleiterstellen zur Besetzung:

1. Die Stelle eines Direktors an der Bürgerschule für Mädchen im III. Bezirke, Kölblgasse 23/25, mit welcher die in demselben Schulgebäude untergebrachte allgemeine Volksschule für Mädchen unter gemeinsamer Leitung verbunden ist.

2. Die Stelle eines Direktors an der Bürgerschule für Mädchen im IV. Bezirke, Starhemberggasse 8.

3. Die Stelle eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben im II. Bezirke, Sterneckplatz 2.

4. Die Stelle eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im II. Bezirke, Wolfgang Schmälzlgasse 15.

5. Die Stelle eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben im III. Bezirke, Hörnesgasse 12, mit welcher die in demselben Schulgebände untergebrachte allgemeine Volksschule für Mädchen mit gemeinsamer Leitung verbunden ist.

6. Die Stelle eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben im VII. Bezirke, Neustiftgasse 100.

7. Die Stelle eines Oberlehrers oder einer Oberlehrerin an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im VIII. Bezirke, Lerchengasse 19.

8. Die Stelle eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XII. Bezirke, Fockygasse 20.

9. Die Stelle eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XII. Bezirke, Singrienergasse 21, mit welcher die in demselben Schulgebäude untergebrachte allgemeine Volksschule für Mädchen unter gemeinsamer Leitung verbunden ist.

10. Die Stelle eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIII. Bezirke, Spallartgasse 18.

11. Die Stelle eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIV. Bezirke, Dadlergasse 9.

12. Die Stelle eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIV. Bezirke, Stättermayergasse 29.

13. Die Stelle eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule im XV. Bezirke, Hackengasse 11.

14. Die Stelle eines Oberlehrers an der II. allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Ottakringerstraße 150.

15. Die Stelle eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVII. Bezirke, Knollgasse 6.

16. Die Stelle eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVIII. Bezirke, Michaelergasse 30, mit welcher die in demselben Schulgebäde untergebrachte Volksschule für Mädchen unter gemeinsamer Leitung verbunden ist.

17. Die Stelle eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XX. Bezirke, Pöchlarnstraße 14.

Mit diesen Stellen ist der Jahresgehalt der dritten Gehaltsstufe, und zwar für die Direktoren von je 3000 K, für die Oberlehrer von je 2600 K, für die Oberlehrerin von 2400 K, sowie der Genuß einer Naturalwohnung, eventuell wenn eine solche nicht beigestellt wird, eine Quartiergeldentschädigung, und zwar von je jährlich 1200 K für die Direktoren, von je jährlich 1100 K für die Oberlehrer und von jährlich 900 K für die Oberlehrerin, ferner der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 200 K nach einer Dienstzeit von je 5 Jahren und auf Vorrückung in eine höhere Gehaltsstufe im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die erledigten Stellen können auch Bewerbern(Bewerberinnen) verliehen werden, welche bereits im Genusse höherer Bezüge stehen, als mit der niedersten Gehaltsstufe der Kategorie, welcher die betreffende Stelle angehört, verbunden sind.

Die Bewerber (Bewerberinnen) haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrat zu richten.

Die Bewerbungsgesuche der im Wiener Schulbezirke bereits angestellten Lehrpersonen sind **längstens bis einschließlich 30. Oktober 1907** bei der unmittelbar vorgesetzten Bezirkssektion des k. k. Bezirksschulrates Wien im Wege der Schulleitung einzureichen.

Solchen Bewerbern (Bewerberinnen) ist es gestattet, für alle in dieser Konkursausschreibung enthaltenen Stellen nur ein Gesuch zu überreichen, in welchem sämtliche angestrebten Stellen, nach Kategorien und Bezirken geordnet, anzuführen sind Dem Gesuche sind so viele Diensttabellen mit den erforderlichen amtlichen Auszügen aus dem Gesuche anzuschließen, daß jedem der betreffenden Ortsschulräte für jede Kategorie der vom Bewerber (von der Bewerberin) angestrebten Stellen eine Diensttabelle zugestellt werden und noch eine Diensttabelle bei dem Gesuche verbleiben kann. In jeder Diensttabelle, erforderlichenfalls auf deren Rückseite, sind sämtliche im Wiener Schulbezirke angestrebten Stellen derselben Kategorie nach Bezirken geordnet anzuführen.

Die Diensttabellen müssen mit dem Vermerke: „Über amtlichen Auftrag dem Bewerbungsgesuche anzuschließen" versehen sein.

****

Auswärtige Bewerber (Bewerberinnen) haben ihre Bewerbungsgesuche spätestens acht Tage vor Ablauf des Konkurstermines bei dem ihnen vorgesetzten Bezirksschulrate einzubringen, und zwar haben sie für jede einzelne Stelle ein vollständig belegtes Gesuch zu überreichen.

Weiters ist jedes Gesuch zu belegen: mit dem Taufscheine; mit dem Heimatscheine von solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, und von den Bewerberinnen um die Oberlehrerinstelle; mit dem Trauungsscheine von den verheirateten und verwitweten Bewerberinnen um die Oberlehrerinstelle; mit dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder dem Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung; mit dem Lehrbefähigungszeugnisse für Bürgerschulen von den Bewerbern um die unter 2 ausgeschriebene Direktorstelle, den Lehrbefähigungszeugnissen für Bürgerschulen und für allgemeine Volksschulen von den Bewerbern um die unter 1 ausgeschriebene Direktorstelle, dem Lehrbefähigungszeugnisse für allgemeine Volksschulen von den Bewerbern (Bewerberinnen) um die ausgeschriebenen Oberlehrer-(Oberlehrerin-)Stellen; mit dem Nachweise der Befähigung zur Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes; mit dem Nachweise der Dienstleistung (Anstellungs-, Zuweisungs-, Enthebungsdekreten u. dgl.).

Die geforderten Gesuchsbelege sind in Urschrift oder in gesetzlich beglaubigter Abschrift beizubringen.

Die Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Konkurstermines zu berechnen.

Verspäter einlangende oder innerhalb des Konkurstermines nicht gehörig belegte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

K. k. Bezirksschulrat Wien,
am 26. September 1907.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:
Gugler. 1—1

Z. 38556.

Kundmachung.

(Verpachtung der Gemeindejagd im XVII. Wiener Gemeindebezirke.)

Im Sinne des Jagdgesetzes für Wien (Landesgesetz vom 8. Dezember 1902, L.-G.-Bl. Nr. 22 ex 1903) und auf Grund der Verordnung des Wiener Magistrates vom 26. August 1907, M.-Abt. IX, Z. 1620/07, womit im XVII. Wiener Gemeindegebiete an Stelle der bis Ende des Jahres 1907 bestehenden zwei Gemeindejagdgebiete für die zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 1. Mai, Pr.-Z. 5977, vom 1. Jänner 1908 bis 31. Dezember 1913 währende Jagdperiode ein Gemeindejagdgebiet gebildet wurde, findet beim magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk, Wien, XVII., Elterleinplatz 14, 2. Stock, am **Montag den 30. Dezember 1907,** um 10 Uhr vormittags die Verpachtung dieser Gemeindejagd für die festgesetzte Pachtperiode an den Meistbietenden statt, wobei jedoch die Anbote solcher Personen, welche gemäß §§ 17 und 18 von der Pachtung ausgeschlossen sind, außer Betracht bleiben.

Die Pachtbedingnisse können an Wochentagen während der Amtsstunden beim magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk eingesehen werden.

Jeder Mitbieter hat vor Beginn der Pachtverhandlung 2·5 Prozent des mit 250 K festgesetzten Ausrufspreises als Vadium zu erlegen.

Das Vadium wird sofort nach Schluß der Pachtverhandlung an die Einleger zurückgestellt.

Wenn infolge der endgültigen Entscheidung über etwa noch anhängige Berufungen oder im Sinne der Bestimmungen des Jagdgesetzes ein Zuwachs oder Abfall an dem Gemeindejagdgebiete eintreten sollte, so erfährt der bei der Versteigerung erzielte Pachtschilling eine Erhöhung, beziehungsweise eine Herabminderung im Verhältnisse des Flächenmaßes, des Zuwachses oder Abfalles.

Vom magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk,

Wien, am 27. September 1907.

Der Bezirksamtsleiter:
Umbauer, 2—3
Magistratsrat.

M.-Abt. XVI, 6104/07.

Kundmachung.

(Einsichtnahme in die Verzeichnisse der Militärtaxpflichtigen und ihre Einreihung in die Tarifklassen für das Taxjahr 1907.)

Im Sinne des § 8, Absatz 2 des Militärtaxgesetzes vom 13. Juni 1880, R.-G.-Bl. Nr. 70, werden die Verzeichnisse der in Wien heimatberechtigten Militärtaxpflichtigen und ihre Einreihung in die Tarifklassen für das Taxjahr 1907 **vom 16. bis einschließlich 29. Oktober 1907** bei den magistratischen Bezirksämtern I bis XXI zur öffentlichen Einsicht aufliegen.

Die Taxpflichtigen sind in dem Verzeichnisse jenes Bezirkes, in welchem sie zur Zeit ihrer letzten Einvernehmung gewohnt haben, eingetragen, die außerhalb Wiens oder im Auslande wohnhaften jedoch in dem Verzeichnisse des magistratischen Bezirksamtes für den VIII. Bezirk.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
als politischer Behörde I. Instanz
am 1. Oktober 1907. 1—1

M. Abt. XVI, 9276 ex 1907.

Kundmachung.

(Meldung der zum Erscheinen bei der Hauptstellung im Jahre 1908 berufenen Stellungspflichtigen aus den beiden Staatsgebieten der österreichisch-ungarischen Monarchie, sowie Einbringung der Ansuchen um Abstellung im Aufenthaltsbezirke oder um eine der Begünstigungen in der Erfüllung der Dienstpflicht.)

Nach § 35 des Wehrgesetzes vom 11. April 1889 hat sich jeder Stellungspflichtige der zur nächsten Stellung berufenen Altersklassen im Monate November des vorangehenden Jahres bei dem Gemeindevorstande seines Heimats- oder ständigen Aufenthaltsortes zur Verzeichnung schriftlich oder mündlich zu melden.

Wer diese Meldung, ohne hievon durch ein für ihn unüberwindliches Hindernis abgehalten worden zu sein, unterläßt, verfällt einer Geldstrafe von 10 bis zu 200 K.

Demgemäß werden die in den Jahren 1885, 1886 und 1887 geborenen, in den Bezirken I bis inklusive XXI wohnenden einheimischen und fremden Stellungspflichtigen aufgefordert, sich **vom 1. bis 30. November 1907** an den Wochentagen während der gewöhnlichen Amtsstunden **von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags** bei dem magistratischen Bezirksamte ihres Aufenthaltsortes zu melden und haben fremde Stellungspflichtige ihre Tauf- oder Geburtsscheine, Heimatscheine, Pässe oder Legitimationskarten, Arbeitsbücher ꝛc. mitzubringen.

Die im VIII. Bezirke wohnhaften Stellungspflichtigen haben die Meldung im Konskriptionsamte des Magistrates, I., Rathausstraße 12, ebener Erde links, jene im XXI. Gemeindebezirke wohnenden Stellungspflichtigen beim magistratischen Bezirksamte, beziehungsweise bei der Expositur Stadlau und den Bezirksaufsichtsräten Aspern, Kagran und Leopoldau zu erstatten.

Für Stellungspflichtige, welche hierorts ihren ständigen Aufenthalt haben, jedoch im Monate November zeitlich abwesend und hiedurch oder durch Krankheit verhindert sind, sich mündlich oder schriftlich zu melden, kann die Meldung durch deren Eltern, Vormünder oder sonst Bevollmächtigte geschehen.

Die sich hierorts meldenden fremden Stellungspflichtigen sind zwar zur Erfüllung der Stellungspflicht in ihrem zuständigen Stellungsbezirke verpflichtet, jedoch kann nach § 27 der Wehrvorschriften, I. Teil,

a) den in einem anderen Bezirke Ansässigen oder im öffentlichen Dienste Angestellten,

b) den zum Zwecke von Arbeit oder Erwerb dauernd abwesenden oder außerhalb des zuständigen Stellungsbezirkes in einer bleibenden Dienststellung befindlichen Stellungspflichtigen, welche glaubwürdig nachweisen, daß sie die Kosten der Reise in den Heimatsbezirk infolge der großen Entfernung aus eigenen Mitteln nicht bestreiten können,

c) den ordentlich und öffentlich Studierenden

die Bewilligung zur Abstellung im Aufenthaltsbezirke (Wien) von der politischen Bezirksbehörde ihrer Heimatsgemeinde erteilt werden.

Die sich hier aufhaltenden fremden Stellungspflichtigen, welche das Ansuchen um Vorführung vor die Stellungs-Kommission in Wien einbringen wollen, haben dieses bei der vorerwähnten Anmeldung ausdrücklich anzugeben.

Gesuche um Bewilligung zur Abstellung im Aufenthaltsbezirke, welche nach Ablauf der Anmeldungsfrist (d. i. nach dem 30. November) eingebracht werden, sind nach § 27 der Wehrvorschriften I. Teil abzuweisen; nur wenn nachgewiesen wird, daß die das Ansuchen begründenden Verhältnisse erst nach diesem Zeitpunkte eingetreten sind, kann die Bewilligung nachträglich erteilt werden.

Jene Stellungspflichtigen, welche als Kandidaten des geistlichen Standes, als Lehrer, Unterlehrer und Lehramtszöglinge, als Besitzer ererbter Landwirtschaften oder als Familienerhalter Anspruch auf eine der in den §§ 31, 32, 33 und 34 des Wehrgesetzes bezeichneten Begünstigungen in der Erfüllung der Dienstpflicht erheben, haben ihre gehörig dokumentierten Gesuche in den Monaten Jänner und Februar 1908 bei der politischen Bezirksbehörde der Heimatsgemeinde, spätestens aber am Tage der Hauptstellung bei der Stellungs-Kommission des Heimatsbezirkes einzubringen.

Nur jene fremden Stellungspflichtigen, welche um die hierortige Abstellung ansuchen, können etwaige Ansprüche auf eine der in den vorangeführten Paragraphen bezeichneten Begünstigungen gleichzeitig bei der Meldung im Monate November 1907 geltend machen und nachweisen.

Wehrpflichtige, welche die Zuerkennung der Begünstigung des einjährigen Präsenzdienstes bei der Stellung im Jahre 1908 anstreben, haben ihr vollkommen dokumentiertes Gesuch entweder bis Ende Februar 1908 bei der Bezirksbehörde der Heimatsgemeinde oder gelegentlich ihrer Vorführung zur Hauptstellung im zuständigen Bezirke, und zwar noch vor ihrer ärztlichen Untersuchung, bei der Stellungs-Kommission des Heimatsbezirkes einzubringen.

Stellungspflichtige, welche als offenkundig untauglich vom persönlichen Erscheinen vor der Stellungs-Kommission enthoben werden wollen, haben ihre mündlichen oder schriftlichen Ansuchen während der Anmeldungsfrist (November 1907) bei dem magistratischen Bezirksamte ihres ständigen Wohnortes einzubringen.

Diese Ansuchen sind nicht stempelpflichtig. Ebenso kommt dem Ansuchen nm eine Begünstigung in der Erfüllung der Dienstpflicht oder um Zuerkennung der Begünstigung des einjährigen Präsenzdienstes die Stempelfreiheit zu, während die Gesuche um Abstellung im Aufenthaltsbezirke der Stempelpflicht unterliegen.

Die Nichtbeachtung der Anmeldepflicht, sowie überhaupt der aus dem Wehrgesetze entspringenden Pflichten, kann durch Unkenntnis dieser Kundmachung oder der aus dem Wehrgesetze hervorgehenden Obliegenheiten nicht entschuldigt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,

im übertragenen Wirkungskreise,

am 1. Oktober 1907. 1—1

Z. 6038 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Max Schiel'sche Armenstiftung.)

Am 8. Dezember 1907 gelangt der Betrag von 100 K in Teilbeträgen von je 20 K an fünf würdige, verheiratete oder ledige, christliche Arme, welche in den ehemaligen Vorstadtgemeinden Leopoldstadt, Jägerzeile oder Brigittenau wohnen oder gewohnt haben, aus der Max Schiel'schen Armenstiftung zur Verteilung.

Weiters gelangt am 24. Dezember 1907 der Betrag von 400 K in Teilbeträgen von je 40 K an zehn würdige, wahrhaft bedürftige christliche Familienväter, welche in den oben bezeichneten ehemaligen Vorstadtgemeinden wohnen oder gewohnt haben, aus derselben Stiftung zur Verteilung.

Arme Verwandte des Stifters sind vorzugsberechtigt.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, den Heimatschein und ein legales Armutszeugnis, verheiratete Bewerber überdies den Trauungsschein und die Taufscheine der Gattin und der Kinder beizulegen.

Verwandtschaftsverhältnisse mit dem Stifter sind durch amtliche, die Eintragungen in den Ehe- und Tauf-(Geburts-) Matriken vollständig wiedergebende Auszüge nachzuweisen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 15. Oktober 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. September 1907. 3—3

Z. 6018 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Moritz Goldberger'sche Stiftung.)

Für das Studienjahr 1907/08 sind vier Moritz Goldberger'sche Stipendien im Betrage von je 155 K zu verleihen, und zwar:

a) eines für einen mittellosen Kandidaten der medizinischen Doktorwürde als Beitrag zu den Taxen der Promotion;
b) eines in gleicher Weise für einen Kandidaten der juristischen Doktorwürde;
c) eines desgleichen für einen Kandidaten der philosophischen Doktorwürde und
d) eines für einen Maler als Beitrag zu einer Reise nach Italien.

Bewerber um diese Stipendien haben ihre mit dem Tauf-(Geburts)scheine, dem Heimatscheine, dem Impfscheine, einem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse und den Nachweisen über die Ablegung der für die einzelnen Fakultäten vorgeschriebenen Rigorosen, beziehungsweise über die Inskription an einer öffentlichen Malerschule belegten Gesuche **bis längstens 20. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Nur die mit einem legalen Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. September 1907. 3—3

Z. 6015 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Bernhard'sche Armen- und Waisenstiftung.)

Am 23. Dezember 1907 gelangen aus den Interessen der Bernhard'schen Armen- und Waisenstiftung 336 K in 14 Teilbeträgen à 24 K an Waisenkinder zur Verteilung.

Anspruch auf einen solchen Stiftungsbetrag haben bedürftige Waisenkinder von im Gebiete der bestandenen Gemeinde Gaudenzdorf ansässig und nach Wien zuständig gewesenen armen Personen.

Diejenigen Waisenkinder, deren Vorfahren vor dem Jahre 1891 in der bestandenen Gemeinde Gaudenzdorf die Zuständigkeit besessen haben, haben den Vorzug.

In zweiter Linie können auch arme Waisenkinder von solchen Personen bedacht werden, welche im XII. Wiener Gemeindebezirke Meidling überhaupt ansässig und nach Wien zuständig waren.

Mütter, Vormünder und Pflegeparteien, welche für die in ihrer Obsorge befindlichen Waisen um eine Unterstützung aus dieser Stiftung ansuchen wollen, haben ihre Gesuche mit dem Totenscheine des einen oder beider Elternteile der Waisen, mit dem Tauf(Geburts)scheine, mit dem Heimatsausweise und mit den Schulfortgangszeugnissen der Waisen, eventuell mit dem Nachweise des geltend gemachten Vorzugsrechtes zu belegen und bis **längstens 9. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1907. 3—3

Z. 6020 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(S. M. Klinger'sche Stiftung für Kammacher.)

Am 18. April 1908 kommen die Interessen der S. M. Klinger'schen Stiftung im Betrage von 76 K 40 h an vier in Wien wohnhafte arme Kammacher zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen ein legales Armutszeugnis, den Tauf(Geburts)- und Trauschein, die Tauf-(Geburts)scheine der Gattin und der Kinder, den Heimatschein, endlich den Gewerbeschein und den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 14. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. September 1907. 2—3

Z. 6556/07.
XIII.

Kundmachung.

(Stiftung der Ortsgruppe Dornbach-Neuwaldegg des Christlichen Wiener Frauenbundes für verarmte christliche Gewerbetreibende des XVII. Wiener Gemeindebezirkes Hernals.)

Am 15. Dezember 1907 gelangen die Interessen der Stiftung der Ortsgruppe Dornbach-Neuwaldegg des Christlichen Wiener Frauenbundes für verarmte christliche Gewerbetreibende des XVII. Wiener Gemeindebezirkes Hernals im Betrage von 40 K und zwar in diesem Jahre an einen im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Hernals wohnhaften christlichen verarmten Gewerbetreibenden zur Verleihung.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, eventuell den Trauschein und die Taufzettel der Kinder, ferner den Heimatschein, den Gewerbeschein oder das Konzessionsdekret, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer und ein legales Armutszeugnis, Witwen aber noch außerdem den Totenschein des Gatten beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 10. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. September 1907.

2—3

Z. 6032 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Karoline Prugberger'sche Stiftung.)

Am 14. Februar 1908 gelangen die Interessen der Karoline Prugberger'schen Stiftung aus dem Jahre 1907 im Betrage von 800 K an zwei arme erwerbsunfähige Wiener Bürger in Teilbeträgen von je 400 K zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, dem Trauungsscheine, dem Bürgerrechtsdiplome, einem legalen Armutszeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über ihre Erwerbsunfähigkeit und den Tauf(Geburts)-scheinen der Kinder zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 23. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1907.

Z. 6026 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Adolf Ignaz und Julie Marzelline Mautner v. Markhof'sche Stiftungen.)

Am 6. Februar 1908 gelangen die Interessen der Adolf Ignaz Mautner Ritter v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenknaben und der Julie Marzelline Mautner v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenmädchen im Betrage von je 4800 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind arme Waisenknaben im Alter von 12 bis 16 Jahren, beziehungsweise arme Waisenmädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren berufen, welche in Wien heimatberechtigt sind, sie mögen sich in einer Waisenanstalt befinden oder nicht.

Die vorhandenen Stiftungsinteressen sind zu gleichen Teilen, somit mit je 600 K an je acht die stiftbriefliche Eignung besitzende Waisenknaben beziehungsweise Waisenmädchen zu verleihen; hievon haben vier Waisenknaben und vier Waisenmädchen der katholischen Religion, zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der evangelischen Religion A. K. oder H. K. und zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der israelitischen Religion anzugehören.

Die Bestimmung jener acht Waisenknaben und jener acht Waisenmädchen, welchen ein Stiftungsbetrag zuzuwenden ist, erfolgt durch das Los in der durch die Stiftbriefe für die Verlosung festgesetzten Weise.

Der zugefallene Stiftungsbetrag wird nicht sofort ausbezahlt, sondern fruktifiziert und nach Maßgabe der Bestimmungen der

Stiftbriefe zum Beginne eines Gewerbes oder als Stipendium zur Fortsetzung der Studien, den Mädchen bei Verehelichung, jedoch erst nach zurückgelegtem 18., eventuell nach vollendetem 24. Lebensjahre ausgefolgt.

Mütter, Vormünder oder Pflegeparteien, welche um Verleihung eines solchen Stiftbetrages an die in ihrer Obsorge stehenden Waisen ansuchen wollen, haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, Impfungszeugnisse und dem Nachweise über die Wiener Heimatsangehörigkeit ihrer Pfleglinge, sowie dem Totenscheine der Eltern oder des Vaters der Waisen, endlich mit dem Zeuguisse über den Schulfortgang (Jahreszeugnis, Schulnachricht) oder dem Zeugnisse über den Fortgang einer Berufsbildung und mit dem legalen Armutszeugnisse zu belegen und **bis längstens 14. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. September 1907.

Aufgebot.

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß

1. der Artist Georg Eckert, wohnhaft in Lauf, zur Zeit in Kempten, Sohn des verstorbenen Gärtners Johann Eckert, zuletzt wohnhaft in Lauf, und seiner Ehefrau Friederike, geb. Toußaint, nun wieder verwitweten Jung, diese wohnhaft in München,

2. die Artistin Maria Vogl, wohnhaft in Wien, V. Bezirk, zur Zeit in Kempten, Tochter der Glasgraveurseheleute Albert Josef Vogl und Maria, geborenen Slaby, beide wohnhaft in Wien, V. Bezirk,

die Ehe miteinander eingehen wollen.

Die Bekanntmachung des Aufgebotes hat in den Gemeinden Kempten, Lauf und Wien zu geschehen.

Amtssiegel des Standesamt Kempten

Kempten, am 2. Oktober 1907.

Der Standesbeamte:

Borceuy.

Centralheizung, Ventilation, Luftbefeuchtung.

Gegründet 1853. Telephon 590.
Staatsmedaille 1888 und 1901.
J. L. BACON
Arnold Adamy
Wien,
V., Schönbrunnerstrasse 34.
Projecte und Kostenanschläge gegen Beistellung cotierter Pläne unentgeltlich.

Robert Kern,
Vertretung des Witkowitzer Röhrenwalzwerkes,
WIEN, I., Walfischgasse 12,
liefert **schmiedeeiserne Gasröhren** und Verbindungsstücke, Siede-, Locomotiv-, Locomobil-, Blech- und Flanschenröhren aller Art etc. etc. **Gusseiserne Röhren** nach deutschem Normale, nach Normale der Wiener Commune nebst dazugehörigen Verbindungsstücken, Abflussröhren, Messing- und Kupferröhren, gusseiserne Rippenröhren, Bleiröhren, Armaturen für alle Zwecke, Radiatoren etc.
Preis-Courante gratis und franco.

Stefan Sandner ≡ **I. fachtechnischer Baudrucksorten-Verlag**
Buchdruckerei. Anfertigung aller fachtechnischer und Kanzlei-Drucksorten billigst und promptest. Lager aller Baukanzlei-Drucksorten und Utensilien. ≡ Wien, I, Franziskanerplatz 5. ≡

Deutsche und österreichische **Pyrofougontwerke** Gebr. Schleicher Wien—München
Fugenlose, hygienische Asbest-Fußböden für alle Zwecke, poren- und staubfrei, elastisch, fußwarm, schwamm- und feuersicher ::: Filialen: ::: **PARIS, GENUA, HELSINGFORS**
Lieferanten der Gemeinde Wien. Bisher über 500.000 m² verlegt
Direktion des österreichischen Werkes Wien, I. Dominikanerbastei, Industriepalast ::: Telephon **22.539** :::

Zur kulanten Besorgung aller im **Kursblatte** notierten **Effekten und Valuten** bestens empfohlen
Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.
WIEN I. Bezirk, **Stephansplatz Nr. 11** Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 82. Freitag den 11. Oktober 1907. Jahrgang XVI.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
„ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokale im Rathause.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Stadtrat.

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom **2. Oktober 1907.**

Vorsitzender: Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Braun, Brauneiß, Brzezowsky, Gräf Ferdinand, Grünbeck Sebastian, Gsottbauer, Hölzl, Hörmann, Hoß, Knoll, Schneider, Straßer, Tomola, Weitmann, Wessely, Zatzka.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Deutschmann, Hallmann, Hraba, Dr. Krenn, Oppenberger, Schwer.

Beurlaubt: St.-R. Büsch, Rain, Rauer, Rissaweg, Schreiner.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär Künzl.

Vize-Bürgermeister Hierhammer eröffnet die Sitzung.

(P. Z. 13153, M. A. XIV, 873.) **St.-R. Tomola** referiert über das Ansuchen des Johann Zacherl um Bewilligung zur Abteilung der Realitäten Einl.-Z. 1268, 1265, 1267, 1313 Grundbuch Währing (Krottenbachstraße) im XVIII. Bezirke auf acht Baustellen und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(P. Z. 13090, M. A. XV, 9229.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Bezirksschulrates, betreffend die Zustimmung zum Diensttausche der Bezirksaushilfslehrerin an der Mädchen-Volksschule XIV., Kröllgasse 20, Marie Fuchs, sowie der Bezirksaushilfslehrerin an der Mädchen-Volksschule XVII., Wichtelgasse 67, Hedwig Pesch, und beantragt die Zustimmung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(P. Z. 13156, M. A. XIV, 5030.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Franz Ziegler um Bestimmung der Schadloshaltung für den von der Realität Einl.-Z. 54 Grundbuch Weinhaus zur Verbreiterung der Währingerstraße und Lacknergasse abzutretenden Grund im Ausmaße von 90·78 m², beziehungsweise 13·50 m² und beantragt, die Schadloshaltung im Sinne des Magistrats-Antrages mit 40 K, beziehungsweise 25 K per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

St.-R. Tomola referiert über Noten des Bezirksschulrates, betreffend die Zustimmung zur Versetzung von Lehrpersonen, und beantragt die Zustimmung:

(P. Z. 13114, B. Sch. R., 7641.) Zur Versetzung der definitiven Volksschullehrerin II. Klasse Hermine Forster von der Knaben- und Mädchen-Volksschule XIII., Lainzerstraße 148 an die Mädchen-Volksschule XIII., Diesterweggasse 30;

(P. Z. 13035, B. Sch. R., 7482.) zur Versetzung des definitiven Volksschullehrers I. Klasse Karl Köhler von der Knaben-Volksschule XIX., Pantzergasse 25, an die Knaben-Volksschule XIX., Hammerschmidtgasse 26.

Die Referenten-Anträge werden angenommen.

(P. Z. 13115, M. A. XV, 9302.) St.-R. Tomola referiert über das Programm der volkstümlichen Universitätskurse der 1. Serie (Oktober-November 1907) und beantragt, das vom akademischen

Senat der k. k. Universität Wien übermittelte Programm der volkstümlichen Universitätskurse der 1. Serie zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(P. Z. 13075, M. A. III, 4872.) St.-R. Tomola referiert über die Aufstellung von Spritzhydranten zur Bewässerung der Baumpflanzungen in der Karl Ludwigstraße und Haizingergasse im XVIII. Bezirke und beantragt:

Für die Aufstellung von neun Spritzhydranten zur Bewässerung der Baumpflanzungen in der Karl Ludwigstraße und Haizingergasse im XVIII. Bezirke wird ein Betrag von 1800 K genehmigt und zur Rubrik XXIV 1 c ein erster Zuschußkredit in dieser Höhe pro 1907 bewilligt.

Die Arbeiten sind im kurrenten Wege auszuführen. Rohre und Maschinenbestandteile dem Vorrate zu entnehmen.

Die Spritzhydranten werden während der Sommermonate zusammen mit einer täglichen Wassermenge von 40 hl aus der Hochquellenleitung dotiert. (Angenommen.)

(P. Z. 13032, M. A. XI b, 8753.) **St.-R. Wessely** referiert über das Ansuchen der Marie Bunzlik, Witwe nach dem städtischen Kontrahenten für die Tischlerarbeiten im Versorgungshause in Ybbs Josef Bunzlik, um Belassung der Arbeiten für die restliche Vertragsdauer und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(P. Z. 13120, B. A. II, 63553.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des Fleischhauers Anton Flößler um Bewilligung zur Vergrößerung seiner Verkaufshütte auf dem Markte am Volkertplatze im II. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(P. Z. 13118, 13119, B. A. II, 77622, 77621.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen der Marie Dolezal, sowie der Agnes Judex um Belassung ihres Standes auf dem Markte Im Werd, II. Bezirk, und beantragt die Ablehnung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(P. Z. 13136, B. A. IX, 25468.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des IX. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(P. Z. 13142, M. A. IV, 3479.) St.-R. Gsottbauer referiert über das Ansuchen des Feuerwehrmannes I. Klasse Alois Schreiner um Urlaubsverlängerung und beantragt, dem Gesuchsteller neuerlich einen Urlaub von vier Wochen im Sinne des Magistrats-Antrages zu bewilligen. (Angenommen.)

(P. Z. 13148, M. A. VII, 1047.) St.-R. Gsottbauer referiert über die Vergebung der Arbeiten zur Behebung der Hochwasserschäden an den Ausläufen der Notausläße des rechtseitigen Hauptsammelkanales im IX. und XIX. Bezirke und beantragt, die Übertragung der Arbeiten zur Ausführung des mit Stadtrats-Beschluß vom 25. Juni 1907, Z. 8920, genehmigten Projektes für die Behebung der Hochwasserschäden an den Ausläufen der Notausläße des rechtsseitigen Hauptsammelkanales im IX. und XIX. Bezirke an die Bauunternehmung Brüder Redlich & Berger, Karl und Emil Hollitzer in Wien gegen eine Aufzahlung von 20 Prozent zu den Kostenanschlagspreisen per 5401 K 21 h zu genehmigen. (Angenommen.)

(P. Z. 13064, St. Str. B. 9628/17, 0.) **St.-R. Weitmann** referiert über die Deckung des Bedarfes an Dienstkleidern und Kappen für die Angestellten der städtischen Straßenbahn und beantragt:

Der Stadtrat wolle das Kostenerfordernis für Dienstkleider im Betrage von 307.720 K 9 h und für Dienstkappen im Betrage von 25.677 K 4 h, zusammen 333.397 K 13 h, sowie die Bestellung derselben im Sinne der Stadtrats-Beschlüsse Pr.-Z. 11843 vom 7. September 1905 und Pr.-Z. 15721 vom 28. November 1905 bei der Genossenschaft der Kleidermacher Wiens, beziehungsweise beim Kürschner Karl Hrdina in Wien genehmigend zur Kenntnis nehmen. (Angenommen.)

(P. Z. 13063, St. Str. B. 9523/17, 2.) St.-R. Weitmann referiert über den Antrag der Straßenbahn-Direktion auf Verkauf der infolge der neuen Signalisierung überflüssig gewordenen Signalscheiben aus Zelluloid und beantragt, den Verkauf der Zelluloidscheiben per zusammen 610 kg an die Firma Gustav Löwy, II., Taborstraße 22, um 110 K per 100 kg zu genehmigen. (Angenommen.)

(P. Z. 13113, M. A. XI b, 5469.) St.-R. Weitmann referiert über die Anschaffung von Decken für das Wiener Versorgungsheim und beantragt, die von der Produktiv-Genossenschaft der vereinigten Weber des niederösterreichischen Waldviertels für das Wiener Versorgungsheim gelieferten 40 Sommerdecken gemäß dem Magistrats-Antrage um den Einheitspreis von 9 K 50 h per Stück zu übernehmen. (Angenommen.)

(P. Z. 12995, St. E. W. 10606.) St.-R. Weitmann referiert über den Anschluß des Kohlenlagerplatzes des Friedrich Skutetzky in der Station Ottakring der Vorortelinie der Stadtbahn an das städtische Kabelnetz und beantragt:

Der Stadtrat wolle genehmigen, daß an die k. k. Staatsbahn-Direktion Wien aus Anlaß der Kreuzung der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn mit einer zu dem Kohlenlagerplatze der Firma Friedrich Skutetzky auszuführenden Gleichstromleitung der mit Zuschrift der genannten Direktion vom 27. August 1907, Z. 44472, im Entwurfe bekanntgegebene Revers ausgestellt wird. (Angenommen.)

(P. Z. 13157, M. A. XIV, 6905.) St.-R. Weitmann referiert über das Ansuchen des Heinrich Stagl um Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau eines Wohnhauses auf der Realität VII., Wimbergergasse 11, Einl.-Z. 1335, behufs Herstellung eines Erkers und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Magistrats-Antrages unter der Bedingung zu bestätigen, daß Gesuchsteller als Entschädigung für die Zustimmung zur Erkeranlage mit einer Ausladefläche von 2·31 m² den Betrag von 100 K per Quadratmeter, d. i. zusammen den Betrag von 231 K vor Ausfertigung der Baubewilligung erlegt. (Angenommen.)

(P. Z. 13112, M. A. X, 6497.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen des Stadtbaumeisters August Rehak um Überlassung eines Gruftplatzes im Zentral-Friedhofe und beantragt, dem Gesuchsteller einen der im Stadtrats-Beschlusse vom 12. Juli 1907,

Z. 9838, bezeichneten Gruftplätze im Zentral-Friedhofe um die daselbst bezeichneten Preise gemäß dem Magistrats-Antrage mit dem Bemerken zu überlassen, daß die Gebühr bis längstens 31. Oktober 1907 zu erlegen ist. (Angenommen.)

(P. Z. 13109, M. A. X, 399.) St.-R. Braun referiert über den Magistrats-Antrag auf Zustimmung zur Einrichtung einer eigenen Telephonstation für die Bauleitung im Zentral-Friedhofe und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(P. Z. 13105, M. A. III. 878.) St.-R. Braun referiert über das Anerbieten der Theresia Schramm zur käuflichen Überlassung ihrer Realitäten, Kat.-Parz. 1642 bis 1644 und 1350/2 Simmering (nächst den städtischen Gaswerken) und beantragt, das Offert im Sinne des Magistrats-Antrages abzulehnen.

(Angenommen.)

(P. Z. 13155, M. A. XIV, 2631.) **St.-R. Hölzl** referiert über das Ansuchen der Wiener Automobilfabriks-Aktiengesellschaft um Bewilligung zur Abteilung der Realitäten Einl.-Z. 669 und 456 Unter-Sievering, XIX. Bezirk, und beantragt:

1. Die Abtrennung der in den Plänen gelb angelegten Teile von den Liegenschaften Einl.-Z. 669 und 456 Grundbuch Unter-Sievering und deren Übertragung in das Verzeichnis über öffentliches Gut wird unter der Bedingung bewilligt, daß diese Grundabtretung unentgeltlich, gebühren- und lastenfrei erfolge, und daß die Grundteile in der richtigen Höhenlage in den physischen Besitz der Gemeinde Wien übergeben werden.

2. Behufs lastenfreier Abschreibung der Straßengründe wird die Freilassung der betreffenden Grundteile von den auf den Liegenschaften Einl.-Z. 669 und 456 Unter-Sievering, zugunsten der Gemeinde haftenden Reallasten und die Ausfertigung der erforderlichen Freilassungserklärungen auf Kosten der Partei genehmigt.

(Angenommen.)

(P. Z. 13124, B. A. XIX, 19711.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen des Leopold Floderer jun. um Baubewilligung für einen Zubau zum Hause XIX., Sieveringerstraße 197 und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages gegen Ausstellung und Intabulierung des im Entwurfe vorliegenden Reverses zu bestätigen. (Angenommen.)

(P. 13039, B. A. XIX, 20192.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen der Josefa Fertl um Stundung der Kanaleinmündungsgebühr für die Realität Einl.-Z. 208 Unter-Döbling, Ruthgasse 11, XIX. Bezirk, und beantragt, der Gesuchstellerin die Hälfte der Gebühr per 533 K 28 h, d. i. 266 K 64 h im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu stunden bis zum Umbau der Realität, eventuell bis diese Realität ihren landwirtschaftlichen Charakter verliert. (Angenommen.)

(P. P. 13139, B. A. XIX, 5706.) St.-R. Hölzl referiert über Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des XIX. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(P. Z. 13194, M. A. VI, 264.) **St.-R. Hoß** referiert über die Vergebung des Straßenpflegefuhrwerkes im XXI. Bezirke und beantragt, unter Zugrundelegung der vorliegenden Bedingnisse behufs Sicherstellung des Straßenpflegefuhrwerkes im XXI. Bezirke eine allgemeine Offertverhandlung auszuschreiben und die Abhaltung dieser Offertverhandlung in der Bezirkskanzlei zu genehmigen. Zur Offertverhandlung sind alle im XXI. Bezirke wohnhaften selbständigen Fuhrleute einzuladen. (Angenommen.)

(P. Z. 13073, M. A. IX, 3740.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Franz Peckary um Ausfolgung des anläßlich der Übernahme von Anstreicherarbeiten für den Bau der Viktualienhalle erlegten Vadiums per 200 K und beantragt die Gesuchsgewährung unter Verzicht auf die Beibringung des Erlagscheines gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(P. Z. 13084, St. E. W., 12218.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Hugo Oehm, sowie des Adolf Törmer um Belassung des Wochenlohnes für die Dauer der Waffenübung und beantragt:

Der Stadtrat wolle dem Bogenlampenwärter Hugo Oehm und dem Zählerableser Adolf Törmer den Fortbezug des Wochenlohnes während ihrer diesjährigen Waffenübungen bewilligen.

(Angenommen.)

(P. Z. 13022, 13091, St. B. 346, M. A. II, 7982.) St.-R. Hoß referiert über Gesuche um Gehaltsvorschüsse.

Die Referenten-Anträge werden angenommen.

(P. Z. 12816, B. A. XIII, 31995.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Georg Zehetner um Ermäßigung der Kanaleinmündungsgebühr für die Realität Einl.-Z. 61 Unter-Baumgarten Or.-Nr. 20 Friedhofstraße, XIII. Bezirk, und beantragt, das Ansuchen im Sinne des Bezirksamts-Antrages abzulehnen.

(Angenommen.)

(P. Z. 12940, M. A. XIV, 4244.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Ausmessergehilfen Franz Pelz (Bauamts-Abteilung XI) um Erhöhung seines Taglohnes von 2 K 40 h auf 3 K und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(P. Z. 13103, M. A. I, 9082.) **St.-R. Hörmann** referiert über das Ansuchen des Artur Baron um Verlängerung der Frist zur Berichtigung des Kaufschillingsrestes für die städtische Baustelle Einl.-Z. 3358 im III. Bezirke (Vordere Zollamtsstraße) und beantragt:

Die Zahlung des auf Einl.-Z. 3358 III. Bezirk aushaftenden und daselbst pfandrechtlich sichergestellten Kaufschillingsrestes von 105.559 K 44 h wird bis 30. August 1908 unter der Bedingung gestundet, daß der Eigentümer des Hauses, Artur Baron, am 30. November 1907 den Betrag von 1979 K 24 h als 4·5prozentige, für die Zeit vom 1. Dezember 1907 bis 30. April 1908 fälligen Zinsen vom gestundeten Betrage bei der städtischen Hauptkassa erlegt.

Sollte aber der Kaufschillingsrest vor dem 30. April 1908 erlegt werden, so werden die vorausbezahlten Zinsen verhältnismäßig rückvergütet.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 13149, M. A. XIV, 3966.) St.-R. Hörmann referiert über das Ansuchen der Franziska Schubhart um Auf-

hebung der auf der Baustelle Einl.-Z. 398 III. Bezirk (Wällischgasse) haftenden Verbauungsbeschränkung (auf eine Tiefe von 13 m unter Ausschluß von Hof- und Seitentrakten) und beantragt, das Ansuchen gemäß dem Magistrats-Antrage abzulehnen.

(Angenommen.)

(P. Z. 12939, M. A. XIV, 2832.) St.-R. Hörmann referiert über das Ansuchen des Gottlieb Voith um Bewilligung zur Abteilung der Liegenschaften Einl.-Z. 235 und 239 Landstraße (Dietrichgasse) III. Bezirk, sowie um Bestimmung der Schadloshaltung und beantragt:

I. Die Abteilung der Liegenschaften Einl.-Z. 235 und 239 Grundbuch Landstraße auf Bau- und Straßengrund werde unter der Bedingung bewilligt, daß der von der ersteren Liegenschaft zur Straße entfallende Grund gegen angemessene Schadloshaltung, der von der Einl.-Z. 239 zur Straße entfallende Grund unentgeltlich und beide Gründe gebühren- und lastenfrei in das Verzeichnis für öffentliches Gut übertragen und in der richtigen Höhenlage in den physischen Besitz der Gemeinde Wien übergeben werden, daß ferner auf der Liegenschaft Einl.-Z. 239 die Verbindlichkeit zur Herstellung der richtigen Höhenlage des abzutretenden Grundes und zur Übergabe des letzteren in den physischen Besitz der Gemeinde Wien zugunsten der letzteren grundbücherlich einverleibt werde.

II. Die Schadloshaltung für den von der Liegenschaft Einl.-Z. 235 Landstraße zur Verbreiterung der Dietrichgasse abzutretenden Grund (annähernd 150·60 m²) werde mit 25 K per Quadratmeter festgesetzt, wobei die Kosten der Plananfertigung, des Rechtsgeschäftes und seiner Durchführung die Partei zu tragen hat.

(Angenommen.)

(P. Z. 13017, M. A. VI, 3110.) St.-R. Hörmann referiert über das Projekt für die Instandsetzung der Daponte- und Engelsberggasse im III. Bezirke und beantragt:

1. Der Stadtrat wolle das vorliegende Projekt für die Instandsetzung der Dapontegasse zwischen Ungar- und Riesgasse, sowie der Engelsberggasse im III. Bezirke mit dem Kostenerfordernisse von 16.990 K 95 h genehmigen und das Anbot des Alleinofferenten Theodor Fiala für die Erd- und Pflasterungsarbeiten (mit 10 Prozent Nachlaß) annehmen.

2. Behufs Bedeckung des im Präliminare nicht vorgesehenen Betrages wird ein Zuschußkredit per 4000 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 d bewilligt.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderat.)

(P. Z. 2859, M. A. VII, 143.) **St.-R. Zatzka** referiert über das Ansuchen der k. k. n.-ö. Statthalterei um Einwölbung des Lainzerbaches in der Strecke von der Fasangartengasse bis zum k. k. Tiergarten behufs Kanalisierung des neuen k. k. Waisenhaus- und Taubstummeninstitutes und beantragt:

1. Der Magistrat wird beauftragt, mit tunlichster Beschleunigung mit dem k. u. k. Hofärar wegen der endlichen Durchführungsmöglichkeit der Einwölbung des Lainzerbaches zu verhandeln.

2. Der k. k. Statthalterei ist mitzuteilen, daß die Hauskanalisationen des am Rosenhügel neu zu erbauenden k. k. Waisenhauses und Taubstummeninstitutes in provisorischer Weise an den städtischen Hauptunratskanal der Anton Langergasse durch eine zirka 500 m lange Rohrleitung unter den von der Baubehörde aufzustellenden Bedingungen anzuschließen wären. (Angenommen.)

(P. Z. 13033, M. A. XIV, 4955.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Josef und der Katharina Kunz um Bewilligung zur Abteilung der Realität Einl.-Z. 513 Kat.-Parz. 55/1 Speising (Anton Langergasse) XIII. Bezirk auf eine Baustelle und Straßengrund und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(P. Z. 13154, M. A. XIV, 4668.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Dr. A. Fischel um Bewilligung zur Abteilung der Realität Einl.-Z. 395 Unter-St. Veit (Hietzinger Kai, Ecke Hügelgasse) XIII. Bezirk auf vier Baustellen und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages.

Die vom Gesuchsteller gestellte Bedingung, betreffend die Zurückerstattung von Straßengrund im Falle der Verminderung der Breite der Hügelgasse, wird zur Kenntnis genommen.

(Angenommen.)

(P. Z. 13034, M. A. XIV, 1908/06.) **St.-R. Knoll** referiert über das Ansuchen des Franz Michtner und Genossen um Bewilligung zur Abteilung der Realitäten Einl.-Z. 86, 442 und 100 Grundbuch Jedlesee (Wiener- und Buchergasse) XXI. Bezirk auf 12 Baustellen und 8 Baustellen, beziehungsweise auf 8 Baustellen und 11 Baustellenteile, beziehungsweise auf 13 Baustellen und 6 Baustellenteile und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(P. Z. 13031, M. A. IV, 3313.) **St.-R. Ferdinand Gräf** referiert über die Beleuchtung der Redtenbachergasse und Umgebung im XVI. Bezirke und beantragt:

In der Redtenbachergasse und Umgebung im XVI. Bezirke sind 32 halbnächtige Gasflammen und 1 ganznächtige Flamme plangemäß neu zu errichten und die bestehende Flamme Nr. 605 in eine ganznächtige umzuwandeln, wofür ein Betrag von jährlich 1434 K bewilligt wird. Zugleich sind die erforderlichen Flammenversetzungen vorzunehmen. (Angenommen.)

(P. Z. 13108, M. A. X, 7428.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über das Ansuchen des Anton Schenkl um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab, Gruppe III, Reihe 16, Nr. 15, im Ottakringer Friedhofe und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(P. Z. 12169, M. A. III., 1562.) **St.-R. Schneider** referiert über das Offert des Ludwig und Johann Roth auf Verkauf der Realität XX., Othmargasse 28, und beantragt:

I. Zur Durchführung der Kluckygasse im XX. Bezirke erwirbt die Gemeinde Wien von den Brüdern Johann und Ludwig Roth die im Originalplane grün umränderte, im Grundbuche Leopoldstadt unter Einl.-Z. 1230 inneliegende, aus Kat.-Parz, 3321 Bauarea bestehende Realität XX., Othmargasse 28, mit einem Katastralausmaße von 1279·07 m², wie sie liegt und steht, um den Pauschalpreis von 100.000 K im Sinne des Magistrats-Antrages.

II. Die aus der Einlösung dieser Realität erwachsenden Kosten sind aus dem Investitionsanlehen, und zwar aus dem für die Einlösung von Realitäten bestimmten Teilbetrage desselben zu bestreiten.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 13144, M. A. V, 1575.) St.-R. Schneider referiert über Mehrkosten für die Entnahme von Eisenstäben aus der

Eisenkonstruktion der Kronprinz Rudolfsbrücke behufs Beurteilung der Qualität des Eisens und beantragt, die Kostenüberschreitung per 152 K 19 h gegenüber dem bewilligten Kostenbetrage von 1000 K zu genehmigen.

Der Magistrat wird beauftragt, über das Stadium, in welchem sich die Rekonstruktion der Kronprinz Rudolfs- sowie der Kaiser Franz Josefsbrücke befindet, beziehungsweise über den Zeitpunkt, in welchem die bezüglichen Arbeiten beendigt sind, ehestens kurz zu berichten. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom **3. Oktober 1907.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Karl Lueger.
Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Braun, Brauneiß, Brzezowsky, Büsch, Dr. Deutschmann, Gräf Ferdinand, Grünbeck Sebastian, Gsottbauer, Hölzl, Hörmann, Hoß, Knoll, Dr. Krenn, Oppenberger, Rain, Rissaweg, Schneider, Schwer, Straßer, Tomola, Weitmann, Wessely, Zatzka.
Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer.

Entschuldigt: St.-R. Hallmann, Hraba.
Beurlaubt: St.-R. Rauer, Schreiner.
Experten: Magistrats-Direktor Dr. Weiskirchner und Magistratsrat Dr. Spaeth.
Schriftführer: Magistrats-Sekretär Formanek.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung und bringt ein Schreiben der Genossenschaft der Tischler zur Verlesung, in welchem sie für die Überlassung des Zeichensaales der Knaben-Bürgerschule V., Bachergasse 14 dankt.

(Zur Kenntnis.)

Der **Vorsitzende** reassumiert den Beschluß des Stadtrates vom 5. Oktober 1905, betreffend die Verleihung von Anerkennungsdiplomen an Armenräte und Ortsschulräte für zehnjährige Tätigkeit.

St.-R. Brauneiß beantragt, diese Diplome auch an Mitglieder des k. k. Wiener Bezirksschulrates für eine zehnjährige Tätigkeit zu verleihen. (Angenommen.)

(12078, M. A. VIII, 672.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über Anschaffung von Hirschfängern für das städtische Forstpersonale im Quellengebiete der ersten Hochquellenleitung und beantragt, den Magistrats-Antrag abzulehnen. Der Magistrat hat einen anderen Vorschlag zu erstatten, und zwar sind die Hirschfänger nach dem Muster der größeren Standhauer zu wählen, bei welchen an der Klingenplatte das Wappen der Stadt Wien anzubringen wäre.

(Angenommen.)

(13188, M. A. VIII, 2560.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Bauführung des Anton Schönberger auf Parz. 631/1 in Baden und beantragt, zu der laut beiliegender Protokollsabschrift von den Vertretern der Gemeinde Wien abgegebenen Erklärung die nachträgliche Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

(13159, M. A. XIV, 6581.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Statthalterei-Erlaß, betreffend Fenstervergrößerung anläßlich der Errichtung eines Laboratoriums für die 2. medizinische Klinik, und beantragt, diesen Erlaß genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(13104, M. A. III, 4929.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Anerbieten der Firma F. Schmitt zur käuflichen Überlassung von Plänen, betreffend die Kobenzlrealität, und beantragt, das Offert im Sinne des Magistrats-Antrages abzulehnen.

(Angenommen.)

(13163, M. A. VI, 3722.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über das Ansuchen des Brauhauses der Stadt Wien um Überlassung von 1500 Stück alter Würfelsteine und beantragt, die Überlassung dieser Anzahl Würfelsteine um den Preis von 20 h per Stück zu genehmigen. (Angenommen.)

(13071, M. D., 3286.) **St.-R. Hoß** referiert über das Ansuchen des städtischen Ratsdieners Thomas Schimel um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt die Gesuchsgewährung, sowie die Anweisung des normalmäßigen Ruhegehaltes von 1900 K. (Angenommen; mehr als 16 Anwesende.)

(13191, M. A. XI, 38957.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Peter Jäger, Oberaufseher im städtischen Asyl- und Werkhause, um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt die Gesuchsgewährung, sowie die Anweisung des normalmäßigen Ruhegehaltes von 1900 K im Sinne des Magistrats-Antrages. Dagegen wäre das weitere Ansuchen um Einrechnung der Dienstzulage von jährlich 240 K in die Pensionsbezüge mit Rücksicht auf § 6 der Pensionsvorschrift abzuweisen.

(Angenommen; mehr als 16 Anwesende.)

(13070, M. D., 3104.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Kanzlisten II. Klasse Gottfried Wegleitner um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt die Gesuchsgewährung, sowie die Anweisung des normalmäßigen Ruhegehaltes von 679 K 68 h. (Angenommen; mehr als 16 Anwesende.)

(13092, 13094, M. A. II, 7998.) St.-R. Hoß referiert über Gesuche um Anweisung der Witwenpension und beantragt, im Sinne des Magistrats-Antrages zuzuerkennen:

Der Anna Bauer, Witwe des Kanzlisten Eduard Bauer, die normalmäßige Witwenprovision im Betrage von jährlich 700 K, sowie für ihr Kind Leopold einen Erziehungsbeitrag von jährlich 100 K;

der Wilhelmine Pokorny, Witwe des Markthallendieners Karl Pokorny, die normalmäßige Witwenprovision von jährlich 650 K. (Angenommen; mehr als 16 Anwesende.)

(13072, M. D., 3370.) St.-R. Hoß referiert über die Pensionierung des quiescierten Magistrats-Kommissärs Theodor Suchanek und beantragt die Versetzung in den bleibenden Ruhestand von Amts wegen und Bemessung des Ruhegehaltes mit zusammen 2680 K jährlich, ferner die Abweisung des Ansuchens um gnadenweise Einrechnung der mit einer Unterbrechung der Gemeindedienstzeit vorausgegangenen Staatsdienstzeit im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen; mehr als 16 Anwesende.)

(10179, St. Str. B., 2387.) St.-R. Hoß referiert über Ernennung einer Beamtin bei den städtischen Straßenbahnen und beantragt, die Hilfsbeamtin Bernardine Bauer zur definitiven Beamtin zu ernennen.

(Angenommen; mehr als 16 Anwesende.)

(13093, M. A. II, 7275.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen der Marie Seeger, Desinfektionsarbeiterswitwe, um Bewilligung einer Gnadengabe und beantragt, der Gesuchstellerin eine Gnadengabe von jährlich 240 K vom 19. Juni 1907 bis Ende des Jahres 1909, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung, und für ihr Kind Marie eine Gnadengabe von jährlich 72 K bis 24. April 1908 im Sinne des Magistrats-Antrages zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13013, M. A. XV, 7709.) **St.-R. Brzezowsky** referiert über die Vornahme von Adaptierungen in der Oberlehrerwohnung X., Favoritenstraße 96, und beantragt:

1. Dem Oberlehrer Josef Stegbauer ist der für das Quartal vom 1. August bis 31. Oktober 1907 erlegte Mietzins bis zum Höchstbetrage von 200 K (seinem Quartiergelde als Lehrer I. Klasse) gnadenweise zu vergüten.

2. Die Benützung der zwei kleinen Räume rechts vom Kanzleiraume für Wohnzwecke wird ihm unter der Voraussetzung, daß die Schulbehörden dagegen keine Einwendung erheben, solange gestattet, als dieselben nicht anderweitig benötigt werden. Die vom Kanzleivorraum in diese zwei Räume und die Naturalwohnung führenden Türen sind auf Gemeindekosten zu vermauern und von dem ersten der zwei Räume ist eine Tür auf den Gang hinaus herzustellen. Die Kosten der Herstellungen, Malen ꝛc. der zwei Räume hat der Oberlehrer zu tragen, sofern sich nicht der Hauseigentümer dazu verpflichtet hat.

3. Es wird dem Oberlehrer gestattet, sich Leuchtgas in die Wohnräume auf seine Kosten einleiten zu lassen, und zwar unter nachstehenden Bedingungen:

a) Die Anlage darf nur nach Angabe des Stadtbauamtes (Fach-Abt. VIII) hergestellt werden;
b) da derselbe für den Gasverbrauch aufzukommen hat, muß er auf seine Kosten einen Kontrollgasmesser aufstellen lassen und die Gasmesserrente zahlen;
c) bei einer Räumung der Wohnung hat derselbe über Wunsch der Gemeinde die Gasleitungen entweder ohne Anspruch auf Kostenersatz zu belassen oder aber auf seine Kosten zu entfernen und den früheren Stand wieder herzustellen;
d) er haftet für alle Schäden, welche durch die Herstellungen und den Betrieb der Gasleitungen erwachsen. (Angenommen.)

(13133, 13137, B. A. IV, 17257.) St.-R. Brzezowsky referiert über das Ansuchen von 29 Parteien aus dem IV. Bezirke um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Wassermehrverbrauchsgebühren und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(13145, M. A. VI, 2968.) St.-R. Brzezowsky referiert über Beschwerden wegen schlechter Reinigung der Mühlgasse im IV. Bezirke und beantragt, den hierüber erstatteten Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(13076, M. A. III, 4672.) St.-R. Brzezowsky referiert über das Ansuchen der Seefischerei-Aktiengesellschaft „Dalmatia" um Überlassung eines Grundes im Resselpark, IV. Bezirk, zur Aufstellung einer Verkaufshütte und beantragt die Ablehnung.

(Angenommen.)

(13234, M. A. XIV, 4302.) St.-R. Brzezowsky referiert über die Baulinienänderung für das Gebiet zwischen der Neilreichgasse und der Laxenburgerstraße und zwischen der Trostgasse und der neuen äußeren Gürtelstraße im X. Bezirke und beantragt:

Für das genannte Gebiet werden die genehmigten Baulinien nach den im Plane des Stadtbauamtes Z. 1234/XIII rot schraffierten Linien derart abgeändert, daß die in diesem Plane rot angelegten und mit den Ziffern I bis X, XIV und XV bezeichneten Baublöcke neu gebildet werden; für die Fortsetzung der 1. Querstraße zwischen den Baublöcken I und III gegen die Laxenburgerstraße werden die Linien h g m l und v w als Baulinien festgesetzt.

(Angenommen.)

(13199, B. A. V, 46227.) St.-R. Brzezowsky referiert über das Ansuchen des christlichen Jugendhort „Margareten" um Überlassung der beiden Turnsäle und von je zwei Lehrzimmern der allgemeinen Volksschulen für Knaben V., Stolberggasse 53 und Grüngasse 14 an sämtlichen Wochentagen nach Schulschluß für Vereinszwecke, d. i. Unterrichtserteilung, Erziehung und Beschäftigung der Jugend, und beantragt die Gesuchsgewährung gegen jederzeitigen Widerruf, Ersatz der Beheizungs-, Beleuchtungs- und Reinigungskosten und Einhaltung der sonst üblichen Bedingungen.

(Angenommen.)

(4957, M. A. XIV, 3592/06.) **St.-R. Schneider** referiert über die Berechnung der Schadloshaltung anläßlich der Verbauungsbestimmung für den Ruprechtsplatz und für Teile der Judengasse im I. Bezirke und beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, noch vor Hinausgabe der Baulinie für die Liegenschaften I., Kohlmessergasse 7 und Ruprechtsplatz 2, mit den Besitzern dieser Häuser zu verhandeln, und zwar in dem Sinne, daß sich der Eigentümer des Hauses Kohlmessergasse 7, damit zufrieden gibt, daß für den Umbau dieses Hauses das Niveau der Kohlmessergasse maßgebend und die Anzahl der nach § 42 der Bauordnung zulässigen Geschosse von diesem Niveau gerechnet werde.

Mit dem Besitzer des Hauses Ruprechtsplatz 2 ist wegen der beim Umbaue zu leistenden Schadloshaltung in Verhandlung zu treten, wobei in Betracht zu ziehen ist, daß dieses Haus mit drei eventuell vier statt fünf Geschossen verbaut werde.

(Angenommen.)

(12825, St. Str. B. 9402.) **St.-R. Oppenberger** referiert über Kostenüberschreitung bei der Abortanlage für die Station der städtischen Straßenbahnen in der Prater Hauptallee und beantragt, zu genehmigen, daß diese Überschreitung per 121 K 68 h aus den Ersparnissen der Post „Expeditionen und Wartehallen" des Investitionspräliminares pro 1906 gedeckt werde. (Angenommen.)

(13038, B. A. II, 66029.) St.-R. Oppenberger referiert über den Rekurs des Heinrich Hirschbein wider das Bezirksamts-Dekret, betreffend Verbreiterung der Tischaufstellung vor dem Lokale II., Schiffamtsgasse 20, und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(13037, B. A. II, 72098.) St.-R. Oppenberger referiert über den Rekurs des Jakob Schorr wider das Bezirksamts-Dekret, betreffend Schaukastenaufstellung bei II., Große Sperlgasse 35, und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(13158, M. A. XIV, 6763.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen der Anna Greipel um Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau einer Verkaufshütte an der Kaiser Josefsbrücke, II. Bezirk, und beantragt, die angesuchte Planauswechslung unter den von dem Vetreter der Magistrats-Abteilung III und der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke" am 17. September 1907 gestellten Bedingungen und unter Aufrechthaltung der hinsichtlich der periodischen Kanaleinmündungsgebühr bereits im Baukonsense vom 25. August 1907, Magistrats-Abteilung XIV, Z. 5667, getroffenen und im § 7, 2. Abs. des Kanaleinmündungsgebührengesetzes vom 19. Jänner 1890, L.-G.-Bl. Nr. 9, und vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, festgesetzten Bestimmungen. (Angenommen.)

(12970, M. A. IV, 3038.) St.-R. Oppenberger referiert über die Instandhaltung zweier Pissoire im II. und XIII. Bezirke, und beantragt, die Pissoire am Schüttauplatz im II. Bezirke und am Platz im XIII. Bezirke auf Grund des bestehenden Vertrages der Firma Wilhelm Beetz in die fernere Erhaltung zu übergeben; die Gemeinde zahlt hiefür per Stand und Jahr einen Betrag von 150 K. (Angenommen.)

(13129, M. A. XV, 3137.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen der fachlichen Fortbildungsschule der Spengler-Genossenschaft um Lokalitätenüberlassung II., Sterneckplatz 1, und beantragt, dem Ansuchen um Überlassung eines Zeichensaales und eines Lehrzimmers an der Bürgerschule für Knaben II., Sterneckplatz 1, für jeden Sonntag von 8 bis 12 Uhr vormittags unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen Folge zu geben. (Angenommen.)

(13112, M. A. X, 7546.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen des August Rehak um Überlassung eines Gruftplatzes am Wiener Zentral-Fiedhofe und beantragt:

Dem August Rehak wird der Doppelgruftplatz Nummer 7, Gruppe XIII B an der Kapellenstraße im Wiener Zentral-Friedhofe um den Betrag von 11.000 K unter den im Stadtrats-Beschlusse vom 12. Juli 1907, Pr.-Z. 9838, festgesetzten Bedingungen überlassen.

Obiger Betrag ist binnen einer vom Magistrate zu bestimmenden Frist beim Totenbeschreibamte zu erlegen. (Angenommen.)

(12875, M. A. X, 286, St. L. B.) **Vize-Bürgermeister Dr. Porzer** referiert über Beitragsleistung zur Genossenschaft der Leichenbestattungs-Unternehmer und beantragt, einen freiwilligen Beitrag von 500 K pro 1908 zu gewähren. (Angenommen.)

(12876, M. A. X, 283.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über die Betriebskostenrechnung der Firma „Entreprise des pompes funèbres in Liquidation" für die Monate April, Mai und Juni 1907 und beantragt, zur Kenntnis zu nehmen, daß ein Überschuß von 12.153 K 64 h erzielt wurde. (Angenommen.)

(12854, M. A. VI, 2326.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über die neuerliche Ausschreibung der Offertverhandlung behufs Beistellung des Kabsfuhrwerkes zur Schneeabfuhr im I. Bezirke und beantragt, die neuerliche Ausschreibung für die Sektionen V und VIII anzuordnen, wobei Sonderbedingungen auszuschließen sind. (Angenommen.)

(13117, M. A. XXII, 2856.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über das Ansuchen des Samuel Fleck, Pächters der Restauration im Alten Rathause, um Bewilligung zur Herstellung einer Ventilationsanlage auf eigene Kosten und beantragt die Gesuchsgewährung unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen. (Angenommen.)

(13150, M. A. XIV, 6119.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über das Gesuch des Ignaz Kruszynsky um Baulinienbekanntgabe für Einl.-Z. 1702, I., Wiesingerstraße, und beantragt, zur Kenntnis zu nehmen, daß gegen die Hinausgabe des Spezialbaulinienplanes für die genannte Baustelle vom Standpunkte des Generalregulierungsplanes kein Anstand besteht. (Angenommen.)

(13151, M. A. XIV, 4728.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über das Ansuchen der Besitzer der Häuser I., Salvatorgasse 10 und Fischerstiege 3 um Vornahme der Schadloshaltungsverhandlung und beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, die Verhandlungen über die Schadloshaltung bezüglich der von den Liegenschaften Grundbuchs-Einl.-Z. 1014 und 264 des I. Bezirkes noch vor der Durchführung des Neubaues auf Kosten der Partei einzuleiten und die Gültigkeitsdauer dieser Schadloshaltungsbestimmung auf die Dauer von zwei Jahren zu beschränken. (Angenommen.)

(13196, M. A. XIV, 6792.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über das Ansuchen des Alfred Ritter v. Hoffmann um Adaptierungsbewilligung für das Haus I., Postgasse 11 und I., Schönlaterngasse 13 und beantragt, die vom Magistrate zu erteilende Baubewilligung für die angesuchten Herstellungen, insoweit es sich um das dem Wiener Bürgerspitalfonde gehörige Haus Or.-Nr. 13 Schönlaterngasse handelt, gemäß § 105 B.-O. zu bestätigen. (Angenommen.)

(13193, M. A. XIV, 5203.) **St.-R. Zatzka** referiert über das Ansuchen der Franziska Engelhart um Bewilligung zur Abteilung der Realität Einl.-Z. 179, Kat.-Parz. 365/7 Grundbuch Speising, XIII. Bezirk, auf fünf Baustellen und zwei Baustellenfragmente und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(13169, M. A. VII. 979.) St.-R. Zatzka referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau des Hauptunratskanales in der Satzberggasse von der Linzerstraße bis zur Kat.-Parz. 251/10, Einl.-Z. 700 Grundbuch Hütteldorf, mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 5801 K 47 h, und beantragt, das Offert der Stadtbaumeisters Eduard Rzehaczek mit der geforderten Aufzahlung von 16·5 Prozent zu den Kostenanschlagspreisen zu genehmigen.

(Angenommen.)

(13237, M. A. X, 5139.) St.-R. Zatzka referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend den Bau von Grüften im Zentral-Friedhofe, und beantragt, die Baumeisterarbeiten für den Bau von sechs Doppelgrüften und 70 einfachen Grüften im Wiener Zentral-Friedhofe, dem Friedrich Erhart gegen einen Nachlaß von 0·5 Prozent zu übertragen. (Angenommen.)

(13221, M. A. XXII, 3235.) **St.-R. Oppenberger** referiert über die Statthalterei-Entscheidung, betreffend Herstellungen aus feuer- und sicherheitspolizeilichen Gründen an der Pfarrkirche St. Josef, II. Bezirk, und beantragt, diese Entscheidung zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(13198, M. A. XXII, 245.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über Vergrößerung und Verlegung der Hauptkassa-Abteilung im städtischen Amtshause des IX. Bezirkes und beantragt:

1. Die Verlegung der städtischen Hauptkassa-Abteilung, der Exekutionsamts-Abteilung des IX. Bezirkes und der Wohnung des Hausbesorgers in dem Amtshause des IX. Bezirkes, sowie die durch Zuweisung von Amtslokalitäten an städtische Ämter in diesem Amtshause notwendig gewordenen Änderungen werden gemäß dem in diesem Berichte enthaltenen Antrage genehmigt.

2. Die Kosten für die Adaptierungsarbeiten im Betrage von 10.019 K 59 h werden genehmigt und ist für ihre Deckung auf der Ausgabs-Rubrik XII 4 b im Haupt-Voranschlag 1908 vorzusorgen.

3. Für die Vornahme der vom Stadtbauamte beantragten Adaptierungen, insbesondere eines Korksteinglasganges wird vorbehaltlich des Ergebnisses des Lokalaugenscheines die baubehördliche Genehmigung erteilt.

4. Die Arbeiten werden von den kurrenten Unternehmern ausgeführt, die Eisenkonstruktionsarbeiten der Firma Jg. Gridl nach Maßgabe ihres Offertes unter der Bedingnng einer zweijährigen Haftzeit übertragen.

5. Die an Emil Wittmann vermietete Wohnung Nr. 4 im 3. Stocke ist zum Novembertermin 1907 vierteljährig zu kündigen.

6. Für das im Parterre geschaffene Geschäftslokale wird ein Mietzins im jährlichen Betrage von 1200 K festgesetzt.

(Angenommen.)

(13187, M. A. VIII, 2557.) **St.-R. Weitmann** referiert über die Übernahme des frostfreien Ventilbrunnens bei Or.-Nr. 100 Triesterstraße im X. Bezirke und beantragt, die Übernahme dieses Brunnens in das Eigentum der Gemeinde Wien zu genehmigen.

(Angenommen.)

(13200, M. A. XV, 9411.) **St.-R. Schwer** referiert über das Ansuchen der fachlichen Fortbildungsschule der Genossenschaft der Modistinnen um Schullokalitätenüberlassung VIII., Zeltgasse 7 für Sonntag den 6. Oktober 1907 und beantragt, zur Überlassung der Turnsaales der Bürgerschule für Mädchen VIII., Zeltgasse 7, am Sonntag den 6. Oktober 1907 an die fachliche Fortbildungsschule der Genossenschaft der Modistinnen und Modisten in Wien, behufs feierlicher Eröffnung dieser Schule die Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

(13012, St. S., 592.) St.-R. Schwer referiert über die Transportkosten für die von Johann Gschwandner gespendete Weinpresse aus dem Jahre 1694 und beantragt, der Direktion der städtischen Sammlungen einen Kredit von 800 K zu diesem Zwecke zu bewilligen.

St.-R. Zatzka stellt den Antrag, den Magistrat zu beauftragen, zu berichten, ob die Aufstellung der gespendeten Weinpresse nicht in dem Hofe des Neuen Rathauses bei der Präsidialstiege erfolgen könne.

Beide Anträge angenommen.

St.-R. Schwer referiert über Gesuche um Straßenbahn-Freikarten, beziehungsweise Fahrpreisermäßigung und beantragt, zu genehmigen:

(12745, St. Str. B., 786 Rt.) Die Ausfertigung einer Freikarte für die Schülerin der Unterrichts-Abteilung für taubstumme schulpflichtige Kinder IX., Canisiusgasse 2, Justine Zeidler mit der Gültigkeit auch für eine Begleitperson zur Fahrt auf der Straßenbahnstecke Kreuzgasse—Währingerstraße—Nußdorferstraße für die Dauer des Schuljahres 1907/08.

(13209, St. Str. B., 811 Rt.) Die Ausfertigung der von der k. k. Polizei-Direktion mit der Note vom 21. September erbetenen fünf Freikarten für die Revier-Inspektoren Josef Schupp, Eduard Paul, Julius Stusche, Julius Göbel und Hermann Hofbauer mit der Gültigkeit zur Fahrt auf allen Linien pro 1907.

(13210, St. Str. B. 819 Rt.) Die Ausfertigung einer Freikarte zur Benützung des gesamten Straßenbahnnetzes pro 1907 für den blinden Bürstenbinder Franz Wacha mit der Gültigkeit auch für eine Begleitperson.

(13211, St. Str. B., 827 Rt.) Die Ausfertigung einer Freikarte für das Schuljahr 1907/08 zur Fahrt auf der Strecke Gudrunstraße—Getreidemarkt für die Tochter Amalia des in den Diensten der städtischen Straßenbahn stehenden Verkehrsführers Wenzel Krombholz.

(13211, St. Str. B. 835 Rt.) Die Ausfertigung von Freikarten für die Zöglinge Josef Spanihel und Leopold Fitzal der Unterrichts-Abteilung für blinde schulpflichtige Kinder in Wien, XVI., Kirchstetterngasse 38, gültig auch für je eine Begleitperson zur Fahrt auf der Straßenbahnstrecke Gellertplatz—südliche Transversallinie—Gürtellinie—Thaliastraße, beziehungsweise Hetzendorf—Gürtellinie—Thaliastraße pro Schuljahr 1907/08.

(13215, St. Str. B. 813 Rt.) Die Ausfertigung von zwei Freikarten und einer Anweisung zur Lösung von Kinderkarten zur Benützung der städtischen Straßenbahn auf allen Strecken für drei Angestellte des Werkes des heil. Johannes Franziskus Regis, VII., Bernardgasse 27, für das Jahr 1908.

(14216, St. Str. B. 834 Rt.) Die Ausfertigung von Halbjahreskarten zum halben Preise pro 1908 für den Vorstand und Leiter des „Knabenheims", XX., Dammstraße 3, Adalbert Falinski.

(13206, St. Str. B. 818 Rt.) Vorbehaltlich des Inskribierungsnachweises an der Hochschule für Bodenkultur die Ausfertigung einer Anweisung zur Lösung von Kinderkarten für Eduard Kolowrat zur Fahrt auf der Straßenbahnstrecke Gudrunstraße—Türkenschanzpark pro Schuljahr 1907/08.

(13213, St. Str. B. 829 Rt.) Die Ausfertigung einer Anweisung zur Fahrt gegen Lösung von Kinderkarten auf allen Straßenbahnstrecken pro 1908 für zwei Ordensschwestern der Kinderschutzstation „St. Aloisius Gonzaga" XIV., Prinz Karlgasse 7.

(13214, St. Str. B. 826 Rt.) Die Ausfertigung von Monatskarten zum halben Preise, gültig für sämtliche Straßenbahnlinien für den XIX. Bezirk, Döblinger Hauptstraße 1, wohnhaften Agenten Josef Nowotny pro 1907.

(13208, St. Str. B. 785 Rt.) Die Ablehnung des Ansuchens des im städtischen Fuhrwerksbetriebe bediensteten Anton Gruber um Ausfertigung einer Freikarte für die Tochter Cäcilie zur Fahrt auf der Linie Kronprinz Rudolfstraße—Billrothstraße pro Schuljahr 1907/08.

Die Referenten-Anträge werden angenommen.

(13235, M. A. XIX, 17620.) **St.-R. Hölzl** referiert über das Ansuchen des Wilhelm Kuffner um Baubewilligung für ein Palmenhaus auf Einl.-Z. 248 Grundbuch Ober-Döbling und beantragt, die vom magistratischen Bezirksamte für den XIX. Bezirk zu erteilende Baubewilligung unter den vom Bezirksamte vorgeschlagenen Bedingungen zu bestätigen. (Angenommen.)

(13197, M. A. XIV, 4786.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen des Karl Seidlhuber um Grundabteilung der Einl.-Z. 721 Unter-Sievering auf eine Baustelle und auf Straßengrund und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages.

Behufs lastenfreier Übertragung des Straßengrundes in das Verzeichnis über öffentliches Gut wird die Freilassung dieses Grundteiles von den auf der Einl.-Z. 721 zugunsten der Gemeinde haftenden Reallasten und die Ausfertigung der erforderlichen Freilassungserklärung auf Kosten der Partei genehmigt.

(Angenommen.)

(12262, M. A. XIV, 4435.) **St.-R. Hörmann** referiert über die Kanaleinmündungsgebühr der Ersten österr. Donausand-Baggerungs-Gesellschaft Kößler & Komp. an der Erdbergerlände und beantragt, zu genehmigen, daß für die Dauer des Bestandes der gegenwärtig und nach dem vorliegenden Bauplane vorhandenen Verhältnisse, sowie der derzeitigen Verwendungsart des Platzes und der Baulichkeiten die Entrichtung eines jährlich stets im vorhinein fälligen Zinses von 212 K 40 h (5 Prozent der Gebühr von 4248 K) für den Bestand der Kanalisation vom Tage der Fertigstellung des Kanales angefangen, entrichtet werde, wodurch jedoch dem Anspruche auf seinerzeitige Einzahlung der vollen Einmündungsgebühr in keiner Weise Abbruch getan wird. (Angenommen.)

(13238, M. A. III, 4823.) St.-R. Hörmann referiert über das Kaufoffert des Manfred Huttrer auf die Baustellen Einl.-Z. 3264 und 3265 an der Riesgasse im III. Bezirke und beantragt:

1. Das Ansuchen um Entlassung aus dem Offerte wird abgelehnt.

2. Die Gemeinde Wien verkauft die beiden Mittelbaustellen Einl.-Z. 3264 und 3265 Grundbuch Landstraße an der Riesgasse im III. Bezirke im Ausmaße von 450·135 m² und 462·162 m² an Manfred Huttrer um den Einheitspreis von 105 K per Quadratmeter und unter folgenden Bedingungen:

a) Der Kaufschilling ist in der Weise abzustatten, daß ein Betrag von 24.000 K binnen acht Tagen nach Aufforderung, ein weiterer Betrag per 24.000 K ein Jahr später und der noch verbleibende Rest ein weiteres Jahr später bezahlt werden. Dem Käufer bleibt jedoch das Recht vorbehalten, den jeweils aushaftenden Kaufschillingsrest auch ohne Einhaltung obiger Termine früher zu begleichen.

Der jeweilige Kaufschillingsrest ist mit 4·75 Prozent halbjährig im vorhinein zu verzinsen.

b) Der Kaufschillingsrest ist auf den beiden oberwähnten Baustellen je mit dem nach ihrem Ausmaße entfallenden Teilbetrage an erster Stelle zugunsten der Verkäuferin pfandrechtlich sicherzustellen.

c) Der Käufer übernimmt die auf den beiden Baustellen zugunsten der Gemeinde einzuverleibende Verpflichtung, dieselben bis Ende des Jahres 1909 der Verbauung zuzuführen, beziehungsweise die Neubauten benützungsfähig zu vollenden.

Zur Sicherstellung dieser Verpflichtung hat ein Teilbetrag des erlegten Vadiums per 5000 K als Kaution bei der städtischen Hauptkassa liegen zu bleiben; die Gemeinde ist berechtigt, diesen Kautionsbetrag für den Fall der Nichterfüllung der vom Käufer eingegangenen Verpflichtung ohne jede gerichtliche Intervention zu den eigenen Geldern der Gemeinde einzuziehen.

d) Sämtliche mit diesem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung, sowie die mit der seinerzeitigen Löschung der Pfandrechte und Reallasten verbundenen Kosten und Gebühren, weiters die bezüglich der Zinsen des Kaufschillingsrestes zur Vorschreibung gelangende Rentensteuer trägt der Käufer.

e) Bis zur erfolgenden Verbauung der Bauplätze wird der Käufer dieselben entsprechend einfrieden.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13178, M. A. XIV, 3402.) **St.-R. Knoll** referiert über das Ansuchen der Firma R. Ph. Waagner, L. und J. Biro & A. Kurz um Bewilligung zur Abteilung der Realität Einl.-Z. 80, 190, 196 ꝛc. Grundbuch Hirschstetten, auf 7 Baublöcke, und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(13170, M. A. VII, 1125.) St.-R. Knoll referiert über den Zehrungsbeitrag für den Bauaufsichts-Assistenten Karl Schmidt anläßlich des Kanalbaues in der Leopoldauerstraße, Kantnergasse ꝛc. im XXI. Bezirke und beantragt, für den Genannten einen Zehrungsbeitrag von täglich 3 K zu genehmigen. (Angenommen.)

(13226, M. A. XV, 9150.) **St.-R. Tomola** referiert über den Erlaß des k. k. n.-ö. Landesschulrates, betreffend Trennung der 1. Abteilung der evangelischen Religionsunterrichts-Sammelstation XIII., Auhofstraße 49, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

St.-R. Tomola referiert über Landesschulrats-Erlässe, betreffend die Errichtung von Religionsunterrichts-Sammelstationen,

beziehungsweise Lehrstellen-Systemisierung und beantragt, zur Kenntnis zu nehmen:

(13223, M. A. XV, 9054) den Landesschulrats-Erlaß vom 26. August 1907, betreffend die Errichtung einer evangelischen Religionsunterrichts-Sammelstation im Gebäude der allgemeinen Mädchen-Volksschule XVI., Kreitnergasse 18 für die Kinder des 1. Schuljahres;

(12224, M. A. XV, 9053) den Landesschulrats-Erlaß vom 23. August 1907, betreffend die Errichtung einer evangelischen Religionsunterrichts-Sammelstation an der allgemeinen Mädchen-Volksschule X., Arthaberplatz 12/13 für Schulkinder der ersten Volksschulklassen;

(13225, M. A. XV, 9140) den Landesschulrats-Erlaß vom 28. August 1907, betreffend die Trennung der bisherigen 1. Abteilung der evangelischen Religionsunterrichts-Sammelstation an der Knaben-Bürgerschule VI., Hirschengasse 18 für die Schulkinder des 1. und 2. Schuljahres in zwei Abteilungen;

(13227, M. A. XV, 9106) den Landesschulrats-Erlaß vom 19. August 1907, betreffend die Erteilung des israelitischen Religionsunterrichtes für die 5. Klasse der Mädchen-Volksschule IX., Grünetorgasse 7 in zwei Abteilungen;

(13228, M. A. XV, 9224) den Landesschulrats-Erlaß vom 18. September 1907, betreffend die Systemisierung der Stelle eines eigenen katholischen Religionslehrers mit Remunerationsbezügen für die Knaben- und Mädchen-Volks- und Bürgerschulen XIII., Hietzinger Hauptstraße 168. (Angenommen.)

(13195, M. A. XIV, 5672.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Paul Oberst um Grundabschreibung und Reallastfreilassung, betreffend Einl.-Z. 571 Grundbuch Pötzleinsdorf, und beantragt:

1. Die Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 571 Grundbuch Pötzleinsdorf, auf das Trennstück a b g f (a) und auf das mit der neuen (aus der Zusammenlegung der Einl.-Z. 877 und 664 desselben Grundbuches entstehenden) Einlage zu vereinigende Trennstück c d e f g (c) nach Maßgabe der vorgelegten Pläne als Unterabteilung im Sinne des § 3, lit. b der Wiener Bauordnung wird bewilligt.

2. Die Ausstellung einer Freilassungserklärung für das Trennstück c d e f g (c) hinsichtlich der auf der Liegenschaft Einl.-Z. 571 sub C, Post 1 und 2 haftenden Reallasten gegen Kostenersatz wird genehmigt. (Angenommen.)

(13192, M. A. XIV, 519.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft um Bestimmung der geschlossenen Bauweise für die Gersthoferstraße, XVIII. Bezirk, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(13101, M. A. XII, 9103.) St.-R. Tomola referiert über Ansuchen von Vereinen für Armenkinderpflege um Bewilligung von Subventionen pro 1907 und beantragt, die in dem vorliegenden Verzeichnisse gestellten Anträge des Magistrates mit folgenden Abänderungen zu genehmigen:

Post 4 2000 K.
Post 15 600 K.
Post 20 2000 K.

Die Gesamtsumme der Subventionen beträgt 37.510 K. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13239, M. A. XXII, 3118.) **St.-R. Hoß** referiert über das Ansuchen der Leopoldine Fleischer um Rücknahme der Kündigung, betreffend das Geschäftslokal 18 im Amtshause des XXI. Bezirkes und beantragt, das magistratische Bezirksamt für den XXI. Bezirk zu ermächtigen, das Geschäftslokal 18 im Amtshause des XXI. Bezirkes an Leopoldine Fleischer gegen Zahlung des ursprünglichen Mietzinses per jährlich 3210 K bis zum Februartermine 1908 zu vermieten, das Ansuchen des Ubald Simon um Zurückziehung der Kündigung jedoch abzulehnen. (Angenommen.)

(13236, B. A. XXI, 33264.) St.-R. Hoß referiert über das Gesuch des Theodor und Georg Mautner v. Markhof um Baubewilligung auf Einl.-Z. 234 Jedlersdorf im XXI. Bezirke und beantragt:

Der Stadtrat wolle die vom Bezirksamte zu erteilende Baubewilligung unter der Bedingung bestätigen, daß

1. die Baulichkeiten mit einem Mindestabstande von 8 m von der Verlängerung der Achse der Buchengasse ausgeführt werden;

2. der zur Verbreiterung der Ballgasse und zur eventuellen Eröffnung der verlängerten Buchengasse erforderliche Grund, und zwar für die letztgenannte Gasse nur bis zur Straßenmitte gerechnet, unentgeltlich abgetreten, satz- und lastenfrei in das Verzeichnis über das öffentliche Gut eingetragen und der Gemeinde Wien über Verlangen im richtigen Niveau in den physischen Besitz übergeben wird.

Von der grundbücherlichen Einverleibung der ad 2 genannten Verpflichtung auf die Baurealität wäre im vorliegenden Falle abzusehen. (Angenommen.

(13230, M. A. XV, 8691.) **St.-R. Dr. Deutschmann** referiert über eine Beschwerde des Lehrers Johann Petkovšek vor dem k. k. Verwaltungsgerichtshofe in Angelegenheit seiner Pensionierung und beantragt, zur Kenntnis zu nehmen, daß diese Beschwerde ganz im Sinne der Ausführungen des Vertreters der Gemeinde Wien bei der mündlichen Verhandlung vor dem k. k. Verwaltungsgerichtshofe am 15. Juni 1907 abgewiesen wurde. (Angenommen.)

(12864, M. A. V, 2151.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Entscheidung des Eisenbahnministeriums, betreffend Kostentragung in km 4·5/6 der Durchfahrt der Nordwestbahn, und beantragt, diese Entscheidung, mit der ausgesprochen wurde, daß die Nordwestbahn die Sohle der Durchfahrt unter dem neuen Geleise auf ihre Kosten und nach den Angaben der Gemeinde durchzubilden hat, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(12829, St. E. W., 12253.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Kreuzung der Schleppbahn und der Linie Wien—Brünn der Staats-Eisenbahngesellschaft mit Hochspannungsleitungen und beantragt, zu genehmigen, daß anläßlich der Unterfahrung der Schleppbahn der städtischen Elektrizitätswerke und der Hauptlinie Wien—Brünn der priv. österr.-ungar. Staats-Eisenbahngesellschaft mit Hochspannungsleitungen der städtischen Elektrizitätswerke an die genannte Gesellschaft die mit Schreiben des Streckenvorstandes Wien vom 5. September 1907, Z. 1267, im Entwurfe übersendete Erklärung ausgestellt werde. (Angenommen.)

(13147, M. A. VII, 1080.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Entscheidung des Ackerbauministeriums, betreffend

wasserrechtlichen Konsens für die Trainageanlage, Uferschutzmauer ꝛc. der Marie Schuster in Weidlingbach, und beantragt, diese Entscheidung zur Kenntnis zu nehmen und eine Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof gegen dieselbe nicht zu ergreifen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12980, M. A. V, 829.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in der Rechtssache gegen Emil und Barbara Maly und Ferdinand und Anna Hirs und beantragt, die abweislichen Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes, betreffend die Anerkennung der Freiheit des Eigentums der Kat.-Parz. 1268, Einl.-Z. 568 Dornbach, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(13080, M. A. XVIII, 4365.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen der Theresia Zeitlinger um Witwenrente nach dem Unfallsrentner Franz Zeitlinger und beantragt:

Der Witwe nach dem am 30. Juli 1907 verstorbenen städtischen Unfallsrentner Franz Zeitlinger, namens Theresia Zeitlinger, geb. Schauer, für die Dauer des Witwenstandes eine mit 12·5 Prozent vom Jahresarbeitsverdienste des Gatten berechnete Witwenrente im Betrage von 78 K 29 h jährlich, d. i. 6 K 52 h monatlich vom 30. Juli 1907 angefangen und den vier ehelichen Kindern Cäcilie, geboren am 21. November 1900, Ferdinand, geboren am 24. August 1907, bis zum zurückgelegten 15. Lebensjahre je eine mit 9·37 Prozent vom Jahresarbeitsverdienste des Vaters berechnete Kinderrente im Betrage von je 58 K 72 h jährlich d. i. 4 K 89 h monatlich vom Todestage, d. i. vom 30. Juli 1907 angefangen flüssig zu machen. (Angenommen.)

(13036, M. A. XVIII, 3730.) St.-R. Dr. Deutschmann referier über die Witwenrente für Magdalena Reinl und beantragt:

Der Witwe nach dem im Dienste tötlich verunglückten städtischen Straßenarbeiter Rudolf Reinl, Magdalena Reinl, für die Dauer des Witwenstandes vom Tage des Unfalles, d. i. vom 6. Juli 1907 an eine 20prozentige Witwenrente im Betrage von jährlich 181 K 14 h, d. i. monatlich 15 K 9 h zuzuerkennen.

(Angenommen.)

(12534, M. A. XXII, 2191.) **Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer** referiert über die Hand- und Zugkosten für die Pfarrkirche St. Anton von Padua im X. Bezirke und beantragt:

1. In Vollziehung des in Rechtskraft erwachsenen Gemeinderats-Beschlusses vom 2. Juni 1898, Zl. 950 und 4588 ex 1898, wird die Flüssigmachung der restlichen im Sinne dieses Gemeinderats-Beschlusses zu berechnenden Kosten für die Hand- und Zugarbeiten beim Baue der Pfarrkirche St. Anton von Padua im X. Bezirke vorschußweise für Rechnung der seinerzeit zu konstituierenden Pfarrgemeinde St. Anton von Padua grundsätzlich genehmigt.

2. Die Leistung der Hand- und Zugarbeitskosten für den Bau des Pfarrhofes dieser Kirche wird als in dem obigen Gemeinderats-Beschlusse nicht begründet abgelehnt.

3. Da nach Punkt 4 des zitierten Gemeinderats-Beschlusses die definitive Berechnung der Hand- und Zugkosten erst von den gehörig zensurierten und von den Rechnungslegern als richtig anerkannten Schlußrechnungen, welche zur Überprüfung vorzulegen sind, zu erfolgen hat, diese Behelfe jedoch noch nicht vorgelegt wurden, wird vorläufig die Flüssigmachung einer (dritten) à Kontozahlung von 85 Prozent des noch zu leistenden Höchstbetrages von 75.892 K 8 h, d. i. also die Flüssigmachung eines Betrages von rund 64.000 K bewilligt; der Rest wird erst nach Vorlage und Überprüfung der genannten Belege flüssig gemacht werden.

4. Von dieser flüssig gemachten à Kontozahlung ist gleichzeitig die rückständige, zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 21. April 1903, Pr.-Z. 4426/3 von 4246 K 20 h auf 400 K ermäßigte Kanaleinmündungsgebühr für das Kirchengebäude in Abzug zu bringen.

5. Diese Auslage wird auf das Budget pro 1908 verwiesen, in welchem für die Deckung dieser Auslage Sorge zu tragen ist.

(Angenommen.)

(12933, M. A. III, 3777.) **St.-R. Dr. Deutschmann** referiert über die Abtretung von Grundflächen des Fondsgutes Spitz an der Donau anläßlich des Baues der Lokalbahn Krems—Grein und beantragt:

Mit Rücksicht darauf, daß auf Grund der Erlässe des k. k. Eisenbahnministeriums vom 31. Oktober und vom 2. Dezember 1906, Zl. 15533 und 40602, die Baubewilligung für die Lokalbahn Krems – Grein erteilt wurde, wird zwischen der Gemeinde Wien namens des Wiener Bürgerspitalfondes als Eigentümer des Fondsgutes Spitz an der Donau und der Aktiengesellschaft Lokalbahn Mauthausen—Grein, welcher mit der Urkunde vom 14. Dezember 1905, R.-G.-Bl. Nr. 190, die Konzession zum Bau und Betrieb einer als normalspurigen Lokalbahn auszuführenden Lokomotiveisenbahn von der Station Krems der Staatsbahnlinie Absdorf—Krems bis zur Station Grein der Lokalbahn Mauthausen—Grein erteilt wurde, das vorgelegte Übereinkommen, betreffend Grundabtretungen, getroffen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12539, M. A. XIII, 7255.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Errichtung des Stiftbriefnachtrages der Erzherzogin Gisela-Armen- und Weisenhausstiftung der ehemaligen Gemeinde Unter-Meidling und beantragt, den vom Magistrate vorgelegten Entwurf zu genehmigen. (Angenommen.)

(13217, St. Str. B., 9719.) **St.-R. Schwer** referiert über das Ansuchen des Zeno Hixa um Ankündigungsbewilligung seines Wohnungsbureaus in den Straßenbahnwagen und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(13207, St. Str. B. 9717.) St.-R. Schwer referiert über das Ansuchen der Österreichischen Siemens-Schuckertwerke um tauschweise Überlassung von Rohrmasten und beantragt, den Austausch des Rohrmastes III und eines Rohrmastes II der städtischen Straßenbahnen gegen einen neuen Rohrmast IV der Österreichischen Siemens-Schuckertwerke zu genehmigen. (Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Lueger übernimmt den Vorsitz.)

(13231, M. A. XXII, 2414.) **Vize-Bürgermeister Hierhammer** referiert über das Ansuchen des vorbereitenden Komitees zur Erbauung eines technischen Museums um Förderung und finanzielle Unterstützung des Projektes zur Errichtung eines technischen Museums und beantragt:

I. Über das Ansuchen des vorbereitenden Komitees zur Erbauung eines technischen Museums erklärt sich der Gemeinderat der Stadt

Wien zur Förderung und finanziellen Unterstützung des Projektes bereit und nimmt dasselbe nachträglich in die durch den Gemeinderats-Beschluß vom 14. Juni 1907 festgelegte Jubiläumsaktion auf. Der Gemeinderat spricht im Prinzipe seine Geneigtheit aus, einen Teil der früher dem Karl Uehlein gehörigen, sogenannten Spitzackergründe, Einl.-Z. 586 und 792 Grundbuch Penzing, als Baugrund für das Museum zu widmen und einen Teilbetrag von einer Million Kronen als Beitrag der Stadt Wien zu den Baukosten zu bewilligen. Die Bestimmung des Ausmaßes und der Lage der für den Museumbau benötigten Grundflächen wird die Gemeinde treffen, bis ihr das zur Ausführung bestimmte Projekt, zu welchem sie sich die Zustimmung vorbehält, vorliegt.

Die Gemeinde Wien knüpft die oben ausgesprochene Widmung des Baugrundes und des Barbeitrages weiters an die nachfolgenden drei Bedingungen:

1. Daß das Komitee spätestens bis 1. Dezember 1907 den Nachweis erbringt, daß die Aufbringung des gesamten Bauerfordernisses, beziehungsweise des gegenwärtig für den Bau veranschlagten Kostenbetrages von sechs Millionen Kronen gesichert erscheint.

2. Daß bis zu demselben Zeitpunkte das Komitee die Auflassung der vom k. und k. Oberhofmeisteramte und dem früheren Eigentümer der Gründe in Betreff der Verbauung derselben gestellten Bedingungen, insoweit dies nach dem Projekte erforderlich ist, erwirkt.

3. Daß für den Bau des technischen Museums gewidmete Beträge in keiner Weise zur Deckung solcher Auslagen verwendet werden, die für die Vorbereitung der gescheiterten Jubiläums-Ausstellung erwachsen waren.

4. Der Gemeinderat behält sich vor, die Flüssigmachung des gewidmeten Betrages auf mehrere Jahre, entsprechend der Baueinteilung zu verteilen.

II. Der Herr Bürgermeister wird gebeten, im Sinne des gestellten Ansuchens die Mitgliedschaft im Ehren-Ausschusse anzunehmen und in den großen Ausschuß je einen Vertreter des Stadt- und Gemeinderates, des Magistrates, Stadtbauamtes, der Straßenbahn, Gaswerke, Elektrizitätswerke und des städtischen Feuerwehr-Kommandos zu delegieren.

St.-R. Dr. Krenn stellt den Zusatz-Antrag, daß auch in die künftige Verwaltung des Museums eine vom Bürgermeister zu delegierende, im Verhältnisse zur Höhe der Betragsleistung stehende Zahl von Gemeinderäten entsendet werde.

Referenten-Antrag sowie Zusatz-Antrag des St.-R. Dr. Krenn angenommen; an den Gemeinderat.

(Schluß der Sitzung.)

(Richtigstellung.) In dem im Amtsblatte Nr. 80 abgedruckten Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 27. September 1907 hat es auf Seite 2283, II. Spalte (Widmung eines Ehrengrabes für Josef Matras) in Zeile 5 von oben anstatt „an der Mauer" **richtig** „in der Kapellenstraße" zu heißen.

Bezirksvertretungen.

(XVII. Gemeindebezirk, Hernals.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hernals vom **19. September 1907.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Karl Kretschek.**

Als Schriftführer fungiert der Kanzleileiter Magistrats-Konzipist Ignaz Friers.

Nach Konstatierung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet und ordnet die Verlesung des Protokolles der Mai-Sitzung an, gegen das kein Einwand erhoben wird.

Hierauf bespricht er in längerer Rede die Wetterkatastrophe vom 17. Juli 1907 und bringt in erster Linie dem Herrn Bürgermeister für sein hilfreiches Eingreifen mit Geldmitteln zur Linderung der Not den Dank im Namen der Bevölkerung des XVII. Bezirkes zum Ausdrucke, wobei er erwähnt, daß bereits alle Schritte zur Vermeidung eines neuerlichen derartigen Unglückes eingeleitet wurden.

Er dankt weiters den Mitgliedern der Bezirksvertretung sowohl für die von ihnen aufgebrachten Spenden, als auch für die von ihnen im Interesse der vom Unglücke Betroffenen entwickelte rastlose Tätigkeit, ferner allen Korporationen und Personen, welche für ihre Mitbürger alle Kräfte angespannt haben, um ihnen ihre momentane Not zu lindern und sie vor weiterem Unglück und Elend zu schützen, insbesondere den freiwilligen Feuerwehren von Hernals, Dornbach und Neuwaldegg, desgleichen der k. k. Sicherheitswache und der k. k. Finanzwache in Neuwaldegg.

Weiters dankt er allen Personen, welche durch Privatwohltätigkeit den Verunglückten zu Hilfe kamen, an der Spitze dem Komitee von Bürgern und Villenbesitzern in Dornbach und Neuwaldegg, welches unter dem Präsidium des hochwohlgebornen Herrn k. k. Hofsekretärs Baron Konrad v. Konradsheim und des Herrn Ludwig Hans Fischer, akademischer Maler und Realitätenbesitzer in Dornbach, die große Spende von 20.000 K für obige Zwecke zur Verfügung stellte.

Ferner dankt er dem Herrn Sparkassa-Direktor Johann Winkler und dem Herrn k. k. Baurat Josef Grünbeck für ihre milde Gabe im Betrage von 100 K, dann der Ortsgruppe des Christlichen Frauenbundes in Hernals für den Betrag von 100 K, den Veranstaltern des Festes auf der Waldhütte in Dornbach für die Spende von 600 K, dem Komitee zur Veranstaltung eines Festes im Hernalser Brauhause für die namhafte Spende von 1300 K sowie endlich dem Herrn Bezirksvorsteher-Stellvertreter Josef Hauke für sein Mitwirken bei den Schadenerhebungs-Kommissionen, und schließt mit dem Wunsche, Gott möge ein so großes und folgenschweres Unglück für alle Zeiten verhüten.

Einlauf.

(3021.) Dankschreiben des Herrn Vize-Bürgermeisters Doktor Porzer für die Spende der Bezirksvertretung Hernals im Betrage von 300 K für die von der Wasserkatastrophe Betroffenen.

Zur Kenntnis.

Anträge ꝛc.

(3119.) Antrag des **B.-R. Militky** und Genossen auf energisches Einschreiten gegen die rücksichtslosen Automobilfahrer in der Alszeile im XVII. Bezirke.

Es wird mit Stimmen-Einhelligkeit die Veranlassung der geeigneten Schritte im Wege einer am kompetenten Orte zu erstattenden Eingabe beschlossen.

Über Anregung des **B.-R. Zwicker** wird das k. k. Polizei-Kommissariat ersucht, auf ihm geeignet erscheinende Weise das lichtscheue Gesindel, welches sich im Dornbacher Friedhofe eingenistet hat, von diesem Orte zu vertreiben und für die Umgebung unschädlich zu machen.

Wahl.

Es folgt hierauf in Anwesenheit von 16 Wahlberechtigten mit Stimmen-Einhelligkeit die Wahl zweier Armenräte und werden Herr Ludwig Steinmann, Gastwirt, XVII., Gschwandnergasse 5, und Herr Franz Goliasch, Assistent der k. k. Staats-Hauptkassa, XVII., Kalvarienberggasse 25, zu Armenräten gewählt.

(VI. Gemeindebezirk, Mariahilf.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom **26. September 1907.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Franz Josef Schadek.**

Schriftführer Konzipist Dr. Robert de Frantz.

Der **Vorsitzende** eröffnet nach Feststellung der Beschlußfähigkeit die Sitzung.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

(1770.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, betreffend Beleuchtung des Weges über die Area des Gumpendorfer Schlachthauses.

Zur Kenntnis.

(1533.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VIII, betreffend viermalige Bespritzung der Mariahilferstraße.

Zur Kenntnis.

(1640.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI, betreffend Reinigung der Straßentafeln.

Zur Kenntnis.

(1766.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung X, betreffend rigoroses Vorgehen bei Erledigung von Hundesteuer-Nachsichtsgesuchen.

Zur Kenntnis.

(1800.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, betreffend unterirdische Bedürfnisanstalten.

Zur Kenntnis.

(1851, 1913.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI, betreffend Pflasterung in der Dreihufeisengasse.

Zur Kenntnis.

(2045.) Zuschrift der Bezirksvertretung III, betreffend Hausierhandel; derselbe soll in Wien gänzlich abgeschafft werden.

Die Versammlung schließt sich dem Antrage der Bezirksvorstehung Landstraße an.

(2087.) Zuschrift der Bezirksvertretung XIV, betreffend Übelstand der galizischen Auswanderer.

Die Versammlung schließt sich dem Antrage der Bezirksvertretung Rudolfsheim an.

(1479.) Zuschrift der Bezirksvertretung IX, betreffend Abstellung der Überfüllung der Stadtbahnwagen.

Zur Kenntnis.

(1517.) Zuschrift der Bezirksvertretung XIX; das Überfüllungsverbot auf den städtischen Straßenbahnen wäre zu gewissen Zeiten aufzuheben.

Die **B.-R. Nowak** und **Holzwarth** sprechen sich dagegen aus.

Zur Kenntnis.

(2019.) Zuschrift der Genossenschaft der Gastwirte in Wien, betreffend Zuweisung der Referate über Schankkonzessionen an Konzessionsinhaber.

Mehrere Redner sprechen sich gegen das Ansuchen aus.

B.-V. Schadek beantragt, das Schreiben zur Kenntnis zu nehmen und der Genossenschaft mitzuteilen, daß die Bezirksvertretung Mariahilf einen besonderen Referenten für diese Angelegenheiten nicht bestellt hat, und daß die Referate, wie bisher, nach der Rayonseinteilung zugewiesen werden.

Einstimmig angenommen.

Auch ein Zusatz-Antrag des **B.-R. Nowak** wird angenommen, daß hinzugefügt werden solle, daß immer objektiv und gewissenhaft bei derlei Angelegenheiten werde vorgegangen werden.

Verlesung des Abschiedsschreibens des früheren Kanzleileiters Konzipisten Dauch a.

Zur Kenntnis.

Beschwerde des B.-R. Gruber wegen mannigfacher bei Demolierung der Pfarrkirche ob der Laimgrube zutage getretener Übelstände, insbesondere wegen der großen Staubentwicklung daselbst.

Es wird der Anregung des **B.-R. Nowak** gemäß beschlossen, eine Eingabe an den Magistrat zu richten, des Inhaltes, es solle der Beobachtung der Demolierungsvorschriften ein erhöhtes Augenmerk gewidmet werden.

Anträge ꝛc.

B.-R. Neumann beantragt, eine Eingabe des Inhalts an den Magistrat zu richten, derselbe möge die Länderbank veranlassen, ihre Verpflichtungen betreffs Koakslieferungen einzuhalten, insbesondere aber solle sie die Konsumenten der Stadt Wien in erster Linie berücksichtigen.

Einstimmig angenommen.

Nachdem schließlich **B.-V. Schadek** verspricht, eine Besichtigung der neuen Landes-Pflegeanstalt in der nächsten Zeit zu veranstalten, erfolgt Schluß der Sitzung.

(XIII. Gemeindebezirk, Hietzing.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing **vom 27. September 1907.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Georg Gusenleithner.**

Nach kurzer Begrüßung der Erschienenen durch den **Vorsitzenden** und konstatierter Beschlußfähigkeit, erklärt derselbe die Sitzung für eröffnet und bringt das Protokoll der letzten Sitzung zur Verifizierung.

Einlauf.

(3041.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung X, 4947, betreffend die Errichtung einer Leichenhalle am Ober-St. Veiter Friedhofe.

Zur Kenntnis.

(3080.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI, 2556, betreffend die Ablehnung der Beistellung einer Dampfstraßenwalze für den XIII. Bezirk durch den Stadtrat.

Zur Kenntnis.

(2977.) Zuschrift der städtischen Elektrizitätswerke, Z. 11323, betreffend die Verlegung des Direktionsgebäudes nach IX., Marianengasse 4.

Zur Kenntnis.

(2996.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI, betreffend Straßenbenennungen im XIII. Bezirke: Hagenberggasse, Himmelhofgasse und Innocentiagasse.

Zur Kenntnis.

(2832.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII, betreffend den Verzicht der Genossenschaft der Einspänner auf die Verlegung des Standplatzes nach XII., Schönbrunnerstraße 282.

Zur Kenntnis.

(3435.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XV, betreffend die Genehmigung des Detailprojektes der Volks- und Bürgerschule für Knaben XIII., Steinlechnergasse.

Zur Kenntnis.

(3198.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, betreffend die Errichtung von unterirdischen Bedürfnisanstalten.

Zur Kenntnis.

(3434.) Zuschrift der Direktion der städtischen Straßenbahnen, betreffend die Ablehnung des Antrages der Bezirksvertretung des XIII. Bezirkes auf Errichtung einer Wartehalle bei der Hietzinger Brücke durch den Stadtrat.

Zur Kenntnis.

(3596.) Zuschrift der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing und Umgebung, betreffend die Genehmigung der Umgestaltung des Regenauslasses an der Einmündung des Hauptunratskanales der Winckelmannstraße in den linken Wienfluß-Sammelkanal.

Zur Kenntnis.

(3419.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, betreffend die Ablehnung des Antrages der Bezirksvertretung XIII, daß nach 11 Uhr nachts ein Zug der Ober-St. Veiter Dampftramway verkehre.

Zur Kenntnis.

(3834.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, betreffend Subventionen für Verschönerungs- und Gärtnervereine.

Zur Kenntnis.

(3662.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI, betreffend die Bestimmung jener Straßen, durch welche die Abfuhr des Schnees mit Wagen von 4 m³ Laderaum gestattet ist pro 1907/08.

Zur Kenntnis.

(3835.) Zuschrift der Post- und Telegraphen-Direktion, betreffend die Errichtung eines Post- und Telegraphenamtes auf den sogenannten Spiegelgründen im XIII. Bezirke.

Zur Kenntnis.

(3664.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI, betreffend die Anbringung von Schutzvorrichtungen bei den Kanalschachten für den Schneeabwurf 1907/08.

Zur Kenntnis.

(3759.) Dem Antrage der Bezirksvertretung für den XIV. Bezirk auf Maßregeln zur Abwehr der durch galizische Auswanderer entstehenden Gefahren wird einstimmig zugestimmt.

(3854.) Dem Antrage der Bezirksvertretung III, auf Abschaffung des Hausierhandels wird einstimmig zugestimmt.

Anträge ꝛc.

(2988.) Antrag des **B.-R. Wagner**, einer eventuell beabsichtigten Errichtung eines Heizhauses im XIII. Bezirke entgegenzutreten.

Einstimmig angenommen.

(3904.) Antrag des **B.-R. Rohrbacher**, daß die Laterne 105 in der Schweizertalstraße in Ober-St. Veit als ganznächtig erklärt wird.

Einstimmig angenommen.

Antrag des **B.-V.-St. Bayer** auf Errichtung einer Laterne im XIII. Bezirke Wenzgasse, Ecke vor dem Lyzeum, und auf Versetzung der Laterne XIII., Penzingerstraße 52.

Einstimmig angenommen.

(3912.) Antrag des **B.-V.-St. Bayer**, die Bahnverwaltung solle mit Rücksicht auf die jüngst erfolgte Explosion der Ölgasfabrik veranlaßt werden, diese Fabrik ganz aus dem Bezirke zu entfernen.

Angenommen.

(3914.) **B.-R. Erhart** beantragt, daß die Gehwege zu den Stadtbahnstationen Ober-St. Veit und Baumgarten geteert werden.

Angenommen.

(3915.) **B.-R. Franzl** beantragt die Errichtung einiger Ständer für elektrische Beleuchtung (Bogenlampen) bei der Schönbrunnerstraße vis-à-vis dem Eingang ins Schloß.

Angenommen.

(3935.) **B.-R. Eichberger** stellt den Antrag auf Revision der Fabriksanlage der österreichisch-ungarischen Sauerstoffwerke XIII., Lützowgasse 1, mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit derselben.

Angenommen.

(III. Gemeindebezirk, Landstraße.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom **3. Oktober 1907.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Paul Spitaler.**

Als Schriftführer fungiert der Kanzleileiter Dr. Franz Schenk.

Nach Konstatierung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der am 5. September 1907 abgehaltenen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Der Geschäftsausweis für den Monat September wird von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

Der **Vorsitzende** bringt zunächst ein Schreiben des Vize-Bürgermeisters Dr. Neumayer zur Verlesung, worin mitgeteilt wird, daß an Stelle des in den bleibenden Ruhestand getretenen Magistratsrates Karl Ritter v. Matiecka der Magistrats-Sekretär Dr. Karl Schenk mit der Leitung des magistratischen Bezirksamtes betraut wurde.

Zur Kenntnis.

Ein weiteres Schreiben des Vize-Bürgermeisters Dr. Neumayer, das zur Verlesung gelangt, betrifft die Ursachen des Koksmangels in den städtischen Gaswerken, über den in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße Beschwerde geführt wurde.

Zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** berichtet sodann über die Ausführung der in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung gefaßten Beschlüsse.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Einlauf.

(3949.) Die Magistrats-Abteilung XXII übermittelt in der Abschrift einen Rund-Erlaß der k. k. n.-ö. Statthalterei, welcher Ausführungen enthält über die rechtlich mögliche Enteignung oder Beschränkung der Eigentumsrechte zum Zwecke der Vornahme geodätischer Arbeiten.

Zur Kenntnis.

(3724.) Die Magistrats-Abteilung VI übermittelt in der Abschrift ein an Frau Jeanette Anderl gerichtetes Dekret, mit welchem der Genannten ein Termin gesetzt wird zur Ausführung der ihr obliegenden Pflasterung der verlängerten Wällischgasse.

Der **Vorsitzende** gibt zu dieser Angelegenheit nähere Aufklärungen.

Zur Kenntnis.

(3886.) Das Stadtbauamt teilt mit, daß mit der Herstellung eines Holzstöckelpflasters in der Radetzkystraße vor der k. k. Staats-Realschule am 19. September 1907 begonnen wurde.

Zur Kenntnis.

(4029, 4002, 4057.) Zuschriften der Magistrats-Abteilung VI über die genehmigte Regulierung der Vorderen Zollamtsstraße, nächst der Großmarkthalle, über die genehmigte Regulierung und Pflasterung der Dampfschiffstraße, sowie über Herstellungen in der Daponte- und Engelsberggasse.

Diese Zuschriften werden nebst den vom **Bezirksvorsteher** erteilten Erläuterungen zur Kenntnis genommen.

(3932.) Laut Zuschrift der Magistrats-Abteilung III hat der Gemeinderat beschlossen, zur Durchführung der Czapkagasse das den Eheleuten Johann und Theodosia Altinger gehörige Haus III., Gärtnergasse 13, Einl.-Z. 525 um den Kaufschilling von 50.000 K zu erwerben.

Zur Kenntnis.

(8803.) Die Magistrats-Abteilung VII gibt bekannt, daß die Kosten für den Umbau des Kanales in der Landstraße Hauptstraße von der Rochusgasse bis zur Rudolfsgasse im Betrage von 35.000 K in dem Entwurfe des Kanalbauten-Präliminares für das Jahr 1908 berücksichtigt wurden.

Zur Kenntnis.

(4020, 4053, 4054.) Von der Bezirksvertretungen des XII., XIV. und XVIII. Bezirkes sind Zustimmungserklärungen zu dem Antrage der Bezirksvertretung Landstraße auf Abschaffung des Hausierhandels eingelangt.

Zur Kenntnis.

(3950.) Die Bezirksvertretung des XIV. Bezirkes hat im Hinblicke auf die seitens der galizischen Auswanderer der Wiener Bevölkerung drohende Gefahr der Einschleppung von Infektionskrankheiten beschlossen, das Ersuchen zu stellen, der Gemeinderat wolle dahin wirken, daß der Durchzug der genannten Personen durch die Stadt vermieden werde. Sollten dieser Forderung unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen, so möge der Gemeinderat wenigstens die Anwendung solcher Maßnahmen herbeiführen, durch welche die Gefahr der Einschleppung von Infektionskrankheiten auf ein Mindestmaß herabgesetzt werde.

Über Antrag des **B.-R. Kutschera** wird der einstimmige Beschluß gefaßt, den Anträgen der Bezirksvertretung Rudolfsheim zuzustimmen.

(3842.) Seitens der Genossenschaft der Gastwirte liegt eine Eingabe vor, in welcher das Ersuchen gestellt wird, es seien die Akten, betreffend die Verleihung, Transferierung, Pachtung von Gast- und Schankgewerbekonzessionen, falls in der betreffenden Bezirksvertretung Mitglieder fungieren, die Inhaber derartiger Konzessionen sind, grundsätzlich nur diesen zur Berichterstattung zuzuweisen.

B.-R. Kutschera spricht sich gegen das von der Gastwirte-Genossenschaft gestellte Begehren aus und beantragt den Übergang zur Tagesordnung.

Bei der hierüber vorgenommenen Abstimmung wird der Antrag des B.-R. Kutschera mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

Anträge, Berichte, Interpellationen.

B.-R. Kutschera berichtet über seine Teilnahme an der kommissionellen Verhandlung, betreffend die projektierte Regulierung der Vorderen Zollamtsstraße nächst der Großmarkthalle.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Anknüpfend an eine in einer Wiener Tageszeitung kürzlich erschienene Notiz bespricht **B.-R. Schack** in längerer Rede die Tatsache, daß sich der Zustand der öffentlichen Sicherheit in Wien fortwährend verschlechtere. Redner glaubt, daß die Hauptursache für diese beklagenswerte Tatsache in der allzu milden Handhabung der strafgesetzlichen Bestimmungen gegenüber jenen Personen zu suchen sei, die sich eigens zu dem Zwecke organisieren, um die Sicherheit der Person und des Eigentums gewohnheitsmäßig zu gefährden.

B.-R. Schack stellt am Schlusse seiner Ausführungen den Antrag, das Ersuchen zu stellen, der Gemeinderat möge bei der Regierung die Anwendung verschärfter Maßnahmen gegenüber den Mitgliedern der Verbrecherbanden erwirken und insbesondere die Forderung stellen, daß der bekannte Erlaß über die strafrechtliche Behandlung jugendlicher Personen außer Kraft gesetzt werde.

Der Antrag des B.-R. Schack wird einstimmig angenommen.

Der **Vorsitzende** beantwortet sodann mehrere Anfragen der B.-R. Langer, Fogl und Goldeband.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Errichtung eines k. k. Post- und Telegraphenamtes in der neuerbauten Heilanstalt für Geisteskranke im XIII. Bezirke.

Am 1. Oktober 1907 ist in der auf den sogenannten „Spiegelgründen" im XIII. Wiener Gemeindebezirke neu erbauten Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke ein k. k. Post- und Telegraphenamt mit der amtlichen Bezeichnung 109 Wien 13/12 (Taxfeld 311, Taxquadrat 3732) in Wirksamkeit getreten.

Dasselbe befaßt sich mit dem gesamten Brief- und Fahrpost-, Auf- und Abgabsdienste, mit dem Telegraphendienste und fungiert auch als Sammelstelle des k. k. Postsparkassenamtes.

Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien und deren Zweiganstalten.

Zentrale.

Eingelegt von 4476 Parteien	1,352.687 K 10 h
Rückgezahlt an 1560 Parteien	294.318 „ 14 „
Überwiesen an die Zweiganstalt XVI. / „ „ „ „ XX.	25.470 „ 49 „
Zuwachs	1,032.898 K 47 h
Gesamteinlagen auf 22.389 Konti	7,283.516 K 18 h

Zweiganstalt Ottakring.

Eingelegt von 380 Parteien	102.259 K 69 h
Überwiesen von der Zentrale	2.777 „ 31 „
	105.037 K — h
Rückgezahlt an 77 Parteien	6.780 „ 44 „
Zuwachs	98.256 K 56 h
Gesamt-Einlagen auf 997 Konti	200.308 K 67 h

Zweiganstalt Brigittenau.

Eingelegt von 261 Parteien	42.191 K 01 h
Überwiesen von der Zentrale	22.693 „ 18 „
	64.884 K 19 h
Rückgezahlt an 64 Parteien	4.626 „ 84 „
Zuwachs	60.257 K 35 h
Gesamt-Einlagen auf 674 Konti	135.662 K 44 h

Im September 1907 betrug der Gesamt-Zuwachs . . . . . 1,191.412 K 38 h

Mit 30. September 1907 betrug der Stand:

Gesamt-Einlagen	7,619.487 K 29 h
Hypothekar-Darlehen	2,672.249 „ 99 „
Effekten-Vorschüsse	2,658.726 „ — „

Approvisionierung.

Borstenviehmärkte vom 8. und 10. Oktober 1907.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Fleischschweine (Jungschweine)	9568 Stück
Fettschweine	8694 „
Summe	18294 Stück

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche 1853 Stück.

Angekauft wurden:

für Wien	14042 Stück
für das Land	1668 „
unverkauft blieben	2552 „

2. Preisbewegung.

(Preis per 1 kg Lebendgewicht.)

Jungschweine (Fleischschweine):

I. Qualität	von 98	bis 110 h	(extrem bis 122 h)
II. „	„ 80	„ 97 „	
III. „	„ 70	„ 76 „	

Fettschweine:

I. Qualität . . . . von 110 bis 114 h (extrem bis 120 h)
II. „ . . . . „ 106 „ 109 „
III. „ . . . . „ 100 „ 105 „

Auf den dieswöchentlichen Borstenviehmärkten waren im Vergleiche zur Vorwoche um 1649 Fleischschweine mehr und um 27 Fettschweine weniger aufgetrieben.

Der Geschäftsverkehr war flau. Fettschweine wurden in Primasorten um 2 bis 4 h, mittlere und mindere Sorten um 1 bis 2 h per Kilogramm billiger gehandelt. Prima-Fleischschweine wurden um 4 h, mindere Sorten um 6 h per Kilogramm billiger abverkauft.

* * *

Pferdemarkt vom 8. Oktober 1907.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 600 Pferde.

267 Schlachtpferde und 333 Gebrauchspferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 180 bis 1000 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 70 „ 140 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 7. und 10. Oktober 1907.

1. Auftrieb bezw. Zufuhr.

Kälber lebend	1101	Schafe lebend	4535
Kälber ausgeweidet . .	2801	Schafe ausgeweidet . .	466
Lämmer lebend	68	Schweine ausgeweidet .	1284
Lämmer ausgeweidet . .	61		

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 100 bis 116 h (extrem bis 130 h)
II. „ . . . . „ 90 „ 96 „
III. „ . . . . „ 84 „ 88 „

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 104 bis 136 h (extrem bis 156 h)
II. „ . . . . „ 96 „ 100 „
III. „ . . . . „ 80 „ 92 „

Lämmer lebend (per Paar):

II. Qualität . . . . von 32 bis 36 K (extrem bis — K)

Lämmer ausgeweidet (per Paar):

II. Qualität . . . . von 24 bis 36 K (extrem bis — K)

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis 116 h)
II. „ . . . . „ 80 „ 108 „
III. „ . . . . „ — „ — „

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 112 bis 128 h (extrem bis 140 h)
II. „ . . . . „ 106 „ 110 „
III. „ . . . . „ 98 „ 104 „

Schafe lebend (per 1 Paar):

II. Qualität . . . . von 30 bis 34 h (extrem bis 44 K)

Schafe lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 58 bis 62 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ 48 „ 57 „
III. „ . . . . „ 44 „ 46 „

Bei ziemlich lebhaftem Geschäftsverkehre wurden gegen die Vorwoche Prima-Kälbersorten um 4 h, Mittel- und mindere Sorten um 6 bis 12 h per Kilogramm teuerer gehandelt.

Weidner Fleischschweine wurden um 6 bis 8 h, Weidner Fettschweine um 2 bis 4 h per Kilogramm billiger verkauft. In Weidner Schafen waren gegen die Vorwoche Preisrückgänge von 2 bis 4 h per Kilogramm zu verzeichnen. In Lämmern war der Verkehr belanglos.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 621 Stück Kälber weniger zugeführt.

Auf dem Schafmarkte wurden um 16 Stück Schafe weniger aufgetrieben und bei sehr flauem Geschäftsverkehre um 2 bis 3 h per Kilogramm billiger abverkauft.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 10. Oktober 1907 396 Stück Mast-, 282 Stück Weide- und 366 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Baubewegung

vom 8. bis 10. Oktober 1907.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

IV. Bezirk: Haus, Blechturmgasse, Alois Draschepark, Einl.-Z. 1140, von Alfred Wünsch, Bauführer H. Pietschmann (7257).
„ „ Haus, Blechturmgasse, Alois Draschepark, Einl.-Z. 1141, von Alfred Wünsch, Bauführer H. Pietschmann (7259).
V. Bezirk: Haus Wiedener Hauptstraße 115, von Helene Salten und Anton Taschée (7288).
IX. Bezirk: Haus, Nußgasse 12, Rufgasse 6, von Felix Sauer (7250).
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Einl.-Z. 1512, Sollingergasse, von Andreas Kondler, XI., Kujanekgasse 1, Bauführer Josef Gauser, Baumeister (22026).
„ „ Ober-Döbling, Einl.-Z. 1226, Rodlergasse 22, von Anton Eder, Bauführer Robert und Josef Haupt, Baumeister (22028).
„ „ Heiligenstadt, Einl.-Z. 724, Armbrustergasse, von Dr. Hans Tietze, I., Gauermanngasse 4, Bauführer Adolf Micheroli Baumeister (22197).
„ „ Ober-Döbling, Einl.-Z. 684, Obkirchergasse 40, von Georg und Elisabeth Gangelbauer, Obkirchergasse 20, Bauführer Franz Natzler, Maurermeister (22198).
XXI. Bezirk: Partialgasringofenanlage, Floridsdorf, Schindlergasse, von Lederer & Nessenyi, Bauführer Fr. v. Dietz (34968).
„ „ Gärtnerhaus, ebenerdig, Aspern Nr. 134, von Franz Scherzer, Bauführer Michael Lohner (35591).
„ „ Arbeiterankleideraum, Hirschstetten, von R. Ph. Waagner, Biro & Kurz, Aktiengesellschaft, Bauführer die Union-Baugesellschaft (34849).

Zubauten.

XI. Bezirk: Fabrikszubau, Simmering, Leberstraße 24, von Frz. Koczor, ebenda, Bauführer Joh. Schneider's Witwe, Baumeister (19854).

XIII. Bezirk: Gummifabriks-Aktiengesellschaft, Hütteldorferstraße 74, von Karl Brizzi (42451).

Adaptierungen.

I. Bezirk: Salztorgasse 2, von Jul. R. Leon v. Wernburg, Bauführer J. Bittner (7283).
III. Bezirk: Erdbergstraße 139, von Juliana Plaino, Bauführer F. Reitbauer (7291).
V. Bezirk: Kohlgasse 41, von A. Heunicker, Bauführer Ferdinand Schindler (7275).
VI. Bezirk: Kasernengasse 5, Emil Feilendorfer (7249).
XVII. Bezirk: Dornbach, Zaillergasse 79, Rosa Kienz, Bauführer Johann Bavra (43411).
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Hasenauerstraße 42, von Anton Kment, ebenda, Bauführer Ferd. Peterka, Maurermeister (22057).

Diverse geringere Bauten.

XIII. Bezirk: Hauskanal, Ober-St. Veit, Glasauergasse 1, von Frz. Rusko, ebenda, Bauführer Karl Biedermann (42286).
XX. Bezirk: Schornstein, Klosterneuburgerstraße 95, von der Wiener Kristall-Eisfabrik, Bauführer L. Gussenbauer (7223).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

XVII. Bezirk: Neuwaldegg, Neuwaldeggerstraße 37, von Dr. Ernst Marbach (43321).
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Einl.-Z. 1226, Rodlergasse 22, Bauführer Karl Bittmann, Architekt und Baumeister, XVII., Hernalser Hauptstraße 22 (22027).
XX. Bezirk: Jägerstraße 17, von Anton Wenzel, XX., Wallensteinstraße 40 (43322).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Abt. VI, Z. 3746.
5. Oktober 1907.

Geländerlieferung samt Montage mit der Ausrufssumme von 1980 K für die Geländerherstellung auf der Stützmauer in der Augasse entlang des Franz Josef-Bahnhofes im IX. Bezirke.

Hutter & Schrantz — Nachlaß 18%.
Waagner R. Ph. Biro L. & Kurz A. — 21 K 60 h per laufenden Meter.
Ridla Franz — Nachlaß 5%.

* * *

Mag.-Abt. V, Z. 1654.
7. Oktober 1907.

Verpachtung des Mauerbachbassins der Wienflußregulierung in Hadersdorf Weidlingau zur Eisgewinnung.

Moßbacher Georg und Viktor Zehetner — 800 K.

* * *

Mag.-Abt. VIIIa, Z. 1010.
7. Oktober 1907.

Wasserleitungsreservoir am Hungerberge im XIX. Bezirke samt Überfall- und Entleerungskanal.

Erd- und Baumeisterarbeiten, Maschinistenarbeiten und Pflastererarbeiten.

Janesch & Schnell — Nachlaß 7·5%.
Pittel & Brausewetter — Nachlaß 17·5%.
Zieritz & Rieß — Nachlaß 3·7% ohne Pflastererarbeiten. Kostenanschlagspreise für Pflastererarbeiten.
Richter Josef — Nur für Erd- und Baumeisterarbeiten offeriert: Nachlaß 8% bei Sandüberlassung an den Offerenten. Nachlaß 7·3% im anderen Falle.
Roth Georg — Nachlaß 20% für die Erd- und Baumeisterarbeiten für das Reservoir. Nachlaß 10% für Maschinistenarbeiten. Nachlaß 5% für Pflastererarbeiten. Nachlaß 9% für die Erd- und Baumeisterarbeiten für den Entleerungskanal.
Ast Ed. Komp. — Nachlaß 2·9%.
Union-Baugesellschaft — Nachlaß 5·6%. Auch ohne Übertragung der Steinmetzarbeiten und der Tonwarenlieferung, für welche ebenfalls offeriert wurde. Letztere beiden aber nur bei Übertragung der Erd- und Baumeisterarbeiten. Bedingungen: Zur Betonbereitung wird ein Gemisch von Sand und Schotter verwendet, bei welchem das Verhältnis beider Bestandteile durch Zusatz des Abganges bei dem einen oder anderen Bestandteil hergestellt wird. Nichtverwendung des Sandaushubes seitens der Gemeinde Wien.
Kupka & Orglmeister — Nachlaß 6·2%.
Rella R. & Neffe — Nachlaß 16·4%.
Mayreder, Dr. Rudolf, Peter Kraus & Vereinigte Eisenbahnbau- und Betriebs-Gesellschaft — Nachlaß 11%.
Rella H. & Komp. — Nachlaß 20·7%.
Wiener Baugesellschaft — Nachlaß 14%.
Stagl Friedrich und Rudolf Schoderböck — Nachlaß 14% für Erd- und Baumeisterarbeiten. Aufzahlung 20% für Maschinistenarbeiten. Aufzahlung 20% für Kanalbauten. Nachlaß 10% für Pflastererarbeiten.

Steinmetzarbeiten.

Pollak Johann & Komp. (Ullrich Alois) und Widy Josef — Ad Post 97 des Kostenanschlages: Aufzahlung 9% für Gmünder Granit.
Graf Trauttmansdorff'sche Steinbrüche (Ges. m. b. H.) in Prag — Ad Post 97: Nachlaß 4% nur für 1794·0088 m³ Pfeiler und Widerlagsteine aus Lipnitzer Granit.
Nuß Franz — Ad Post 97: 1867 m³ à 102 K.
Hauser Eduard — Ad Post 97: Aufzahlung 9·8% für Gmünder Granit. Ad Post 98: Aufzahlung 21% für mittelharten Margaretastein. Aufzahlung 21% für Aflenzerstein. Aufzahlung 42% für Zögelsdorferstein.
Allg. österr. Baugesellschaft — Ad Post 97: Nachlaß 1% für Gmünder Granit oder harten Kalkstein, wenn Seitenflächen der Pfeiler fein gespitzt. Aufzahlung 27·5% für Gmünder Granit oder harten Kalkstein, wenn Seitenflächen der Pfeiler fein gestockt. Ad Post 98: Nachlaß 2% für Aflenzerstein. Nachlaß 8% für Margaretastein.
Wiener Baugesellschaft — Ad Post 97: Aufzahlung 15% für Gmünder Granit. Ad Post 98: Aufzahlung 14% für Margaretastein und mittelharten Kalkstein. Alternative: Wenn erste Schichte aus hartem Kaiserstein, dann für diese erste Schichte 17% Aufzahlung.
Schäftner Leopold — Aufzahlung 10% für Pfeiler und Widerlager aus Gmünder Granit. Unvorhergesehenes und Regiearbeiten zum städtischen Preistarif ohne Nachlaß. Aufzahlung 27% für Fassade aus mittelhartem Kaiserstein. Alternative: Aufzahlung 6% für mittelharten Margaretastein.
Benedikt Karl — Schlesischer Granit per Kubikmeter: Pfeiler und Widerlagersteine 149 K. Deckplatten ꝛc. 178 K. Wolschauer Granit von der Firma Joh. Cingros in Pilsen für Pfeiler I und II per Kubikmeter: Sohlquadern, Type S 171 K. Köpfe, Type K 166 K. Übrige Stücke, Type A—E 151 K. Übernimmt auch Teillieferungen.
Union-Baugesellschaft — Nachlaß 3·4% nur bei gleichzeitiger Übertragung der Erd- und Baumeisterarbeiten.

Tonwarenlieferung.

Gebrüder Andreae — Zu den Tarifpreisen.
Erste Schattauer Tonwarenfabriks-Aktiengesellschaft — Zu den Kostenanschlagspreisen.
Wienerberger Ziegelfabriks-Aktiengesellschaft — Nachlaß 3%.
Union-Baugesellschaft — Aufzahlung 3·6% nur bei gleichzeitiger Übertragung der Erd- und Baumeisterarbeiten.

* * *

Mag.-Abt. VI, Z. 115.
9. Oktober 1907.

Neupflasterung der Heiligenstädterstraße zwischen Or.-Nr. 235 und 265 im XIX. Bezirke.

Erd- und Pflasterungsarbeiten **mit der Ausrufssumme von 8380 K und 1500 K Pauschale.**

Wolf Alexander — Aufzahlung 10%.
Stribel Julius — Aufzahlung 8%.
Schußmann Johann — Nachlaß 0·4%.

* * *

II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Schulbau im XI. Bezirke, Pachmayergasse.

Wasserleitungs- und Klosetteinrichtung.

Med Josef — Nachlaß 19%.

* * *

Maschinelle Einrichtung der Niederdruckdampfheizung und Kessellieferung im städtischen Volksbad im VIII. Bezirke.

Maschinelle Einrichtung der Niederdruckdampfheizung.

Haag Johannes — Gesamtbetrag 12.968 K 9 h.

Kessellieferung.

Poppek A. & Söhne — Gesamtbetrag 3890 K.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

2. Oktober 1907.

a) Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Schäfter Wilhelmine — Taxameter-Einspänner-Lizenz Nr. 1743 — VI., Liniengasse 50.

Schäfter Wilhelmine — Taxameter-Einspänner-Lizenz Nr. 1572 — VI., Liniengasse 50.

Schäfter Wilhelmine — Taxameter-Einspänner-Lizenz Nr. 1575 — VI., Liniengasse 50.

Schäfter Wilhelmine — Taxameter-Einspänner-Lizenz Nr. 1576 — VI., Liniengasse 50.

Schäfter Wilhelmine — Einspänner-Lizenz Nr. 625 — VI., Liniengasse 50.

Zugsbratel Karl — Gastwirt — I., Bräunerstraße 2.

Wiener Automobilfabrik-Aktiengesellschaft vormals Gräf & Stift; verantwortlicher Geschäftsführer: Karl Gräf — Fabriksmäßige Erzeugung und der Vertrieb (Handel) von Motorfahrzeugen jeder Art und aller in diesen Fabrikationszweig gehörigen Artikel, sowie Reparaturen derselben — XIX., Weinberggasse 70.

Kabelfabrik und Drahtindustrie-Aktiengesellschaft; verantwortlicher Geschäftsführer: Emil Reich — Fabriksmäßige Erzeugung von Kabeln — XII., Oswaldgasse 33.

b) Nicht dem Gewerbegesetze unterliegende, erwerbsteuerpflichtige Unternehmungen.

Oberin der Marienanstalt — Privat-Lehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — III., Fasangasse 4.

* * *

3. Oktober 1907.

a) Gewerbe-Unternehmungen.

Aulinger Josef — Konzession zur Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, sowie von Rum, Kagnak und Slibowitz als Beigabe zum Tee oder Kaffee — VIII., Lerchengasse 21.

Bronze- und Metallwarenfabrik A. F. Bechmann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Andreas Franz Bechmann, Geschäftsführer, Gustav Körner nom. Anglobank, Gesellschafter) — Bronze- und Metallwarenfabrik — VII., Apollogasse 22.

Benjaminowitsch Israel — Erzeugung von Zigarettenhülsen — VIII., Stolzenthalergasse 24.

Blotner Albert — Klavierstimmer — VIII., Josefstädterstraße 52.

Bluntschli Johanna — Verschleiß von Kanditen, Zuckerbäckerwaren und von Sodawasser — IX., Nußdorferstraße 7.

Braita Johann — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Rüdigergasse 5.

Ehrlich Alfred — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Schopenhauerstraße 61/63.

Eisenwicner Marianne — Pfaidlergewerbe — I., Teinfaltstraße 1.

Endres Adalbert — Handel mit Klavieren und Pianinos — XII., Grünberggasse 12.

Faber Karl — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — VIII., Schönborngasse 9.

Fauschek Christine — Verschleiß von Kanditen und Zuckerbäckerwaren, Sodawasser und von Fruchtsäften — IX., Hahngasse 24.

Feindler Katharina — Erzeugung von Lampenschirmen aus Seide — VII., Burggasse 128.

Firma Continental Reklame-Association Fischer & Komp. (öffentliche Gesellschafter: Franziska Fischer, geb. Reach, Rudolf Hacker, Rubert Lilles) — Reklamebureau (Übernahme und Vermittlung von Annonzen und sonstigen Inseraten für Korrespondenzkarten und andere Artikel des täglichen Gebrauches, sowie Ankauf der betreffenden Objekte zur Wiederveräußerung — VII., Lindengasse 4.

Friedl Johann — Kaffeesieder (Zwangspächter für Karl Brunner, Ass.-Z. 140, 863, R.-Z. 1272) — VII., Zieglergasse 44.

Österreichische Privat-Telephongesellschaft H. Fuld & Komp., Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Gesellschafter: Harry Fuld, Heinrich Wolffhardt, Marie Wolffhardt) — Mechaniker — VII., Bandgasse 34.

Gaßner Franz — Selchwaren-Verschleiß — VIII., Florianigasse 17.

Grimfeld Kalman — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — VIII., Lerchenfelderstraße 30.

Höllrigl Julie, geb. Dolezal — Flaschenbier-Verschleiß — XVIII., Währingergürtel 23.

Hörmayer Marie — Teppichkunststopperei — XVIII., Schopenhauerstraße 5.

Hofbauer Crescentia — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — XIII., Schwendergasse, Ecke Anschützgasse.

Hrabrovec Franz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVIII., Schopenhauerstraße 9.

Huber Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Tiefer Graben 7/9.

Hysek Johann — Korbflechter — VII., Myrtengasse 7.

Jeding Johann — Fragner — VIII., Langegasse 14.

Kaltenböck Berta — Verschleiß von Kakao, Schokolade, Zuckerwaren und Bäckereien — IX., Alserstraße 18.

Kaltenecker Franziska — Fragnergewerbe — XII., Schallergasse 3.

Karelli Cäcilia — Fragnergewerbe — XII., Herthergasse 24.

Kirchner Adolf — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — VIII., Lerchenfelderstraße 138.

Kohn Emilie — Verschleiß von Papier, Kurz- und Parfümeriewaren, von kosmetischen Artikeln und Kanditen — IX., Liechtensteinstraße 38.

Offene Handelsgesellschaft S. Mahler & Bruder, Herren- und Damenwäschefabrik (Öffentliche Gesellschafter: Simon Mahler, Josef Mahler) — Fabriksmäßige Erzeugung von Herren- und Damenwäsche in Verbindung mit einer Dampfwäscherei — XIII., Breitenseerstraße 56.

Koritschoner Bernhard — Eskomptegeschäft — I., Kärntnerstraße 5.

Kosteletzky Rosa — Kleinfuhrwerk (Frachtentransport) — XVIII., Schopenhauerstraße 65.

Maatz Josef — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVIII., Alseggerstraße 21.

Makri Perikles (Inhaber der Firma P. Makri) — Export- und Importhaus — I., Stock-im-Eisenplatz 7.

Marinc Jakob — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — XVI., Eckmüllergasse 1, Ecke Stolzenthaler- und Lerchenfelderstraße.

Markesch Marie, geb. Loisel — Modistengewerbe — VII., Mariahilferstraße 98.

Martinec Franz — Tierhandel und Tierzucht im Kleinen, sowie Verschleiß von einschlägigen Artikeln — VIII., Lerchenfelderstraße 122.

Meier Anna, geb. Korsitzky — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVIII., Anastasius Grüngasse 25.

Mösl Anna — Kanditen-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 116.

Münz Pauline — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Walfischgasse 11.

Muthsam Johanna — Übernahme zum Chemischputzen — VIII., Langegasse 46.

Neumann Agnes — Papier-, Zeichnen- und Schreibwaren-Verschleiß — VIII., Pfeilgasse 12.

Politzer Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Fischhof 5.
Prinz Jakob — Kleidermacher — V., Siebenbrunnengasse 84.
Richter Josef — Friseur — VIII., Klesheimgasse 2.
Rudolf Adolf Ernst — Herrenkleidermacher — VII., Neustiftgasse 24.
Rudolf Marie — Wäscheputzerei — XVIII., Eduardgasse 15.
Ruffner Wilhelm — Lohnfuhrwerk — XIII., Reindlgasse 37.
Offene Handelsgesellschaft Schaffler Littmann (Verantwortlicher Geschäftsführer: Konrad Schaffler; Gesellschafter: Konrad Schaffler, Leo Littmann) — Fabriksmäßige Erzeugung von elektrischen Apparaten — VIII., Lerchenfelderstraße 138.
Firma Johann Scheikl & Hainfellner (Offene Gesellschafter: Johann Scheikl, Robert Hainfellner; Verantwortlicher Geschäftsführer: Johann Scheikl) — Beschränkter Gemischtwarenhandel — VIII., Josefstädterstraße 10.
Silter Anna — Pfaidlerei — VII., Burggasse 47.
Stastny Max — Schuhmacher — XIII., Schanzstraße 57.
Szajer Marie — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Fruchtsäften, Marmeladen, Milch, Milchprodukten, Eiern, Brot und Gebäck — XIII., Jheringagasse 10.
Tobias Theresia — Obst- und Gemüsehandel — XXI., Floridsdorfer Hauptstraße 110.
Touzimsky Elisabeth — Verschleiß von Sodawasser, Fruchtsäften und Obst — I., Franz Josefs-Kai nächst der Marienbrücke neben Kandelaber 3538.
Vogl Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVIII., Anastasius Grüngasse 9.
Weingartner Robert — Kommissionsweiser Verkauf von gegerbtem Leder und gegerbten Häuten — VII., Halbgasse 32.
Weingartner Robert — Kauf und Verkauf von gegerbtem Leder und gegerbten Häuten — VII., Halbgasse 32.
Wyskocil Marie — Pfaidlergewerbe — I., Naglergasse 1.

b) Nicht dem Gewerbegesetze unterliegende, erwerbsteuerpflichtige Unternehmungen.

Müller Harry (Heinrich Wendelin). — Vertreter der „Internationalen Vereins-Zeitung" — VII., Mariahilferstraße 12.

* * *

4. Oktober 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

Ankert Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Arbeitergasse 37.
Bauer Heinrich — Pfaidler — II., Glockengasse 18.
Bek Josefa — Zuckerbäckerwaren- und Kanditen-Verschleiß — V., Wimmergasse 18.
Bittner Josef — Schuhmacher — X., Waldgasse 37.
Burda Magdalena — Papier- und Kurzwaren-Verschleiß — XVII., Steinergasse 2.
Burstein Isidor — Buchdrucker — I., Franziskanerplatz 5.
Dendl Franz — Pachtweiser Betrieb der von Josef Wedlich für Rechnung der minderjährigen Erben nach Karoline Wedlich betriebenen Gast- und Schankkonzession — II., Zirkusgasse 45.
Didycz Demetrius — Handelsagentie — II., Praterstraße 58.
Ebhart Florian — Tischler — V., Leitgebgasse 14.
Eck Georg Heinrich (Inhaber der Firma H. Eck) — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Bäckerstraße 12.
Fleißner Agnes — Viktualien-Verschleiß — V., Gassergasse 32.
Glosa Aloisia — Wäschewaren-Erzeugung — XVII., Pezzlgasse 35.
Graetzer Maximilian — Revision von Frachtendokumenten und Auskunftserteilung über Frachtgebühren der Eisenbahnen von Parteien mit Ausschluß einer jeden Vermittlung — II., Taborstraße 64.
Gründig Marie — Maschinstrickerei — XVII., Hormayrgasse 19.
Handschuh Amalia — Gastwirtsgewerbe, Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein, Obstwein und Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — IX., Währingergürtel 88.
Hatlanek Olga — Zinkographengewerbe mit Ausschluß jeder Vervielfältigung — II., Schiffamtsgasse 5.
Havel Josef — Schuhmacher — XV., Kranzgasse 6.
Hejtmanet Johann — Schuhmacher — X., Buchengasse 56.
Herrmann Julius (Inhaber der Firma J. L. Herrmann) — Metallwaren-Verschleiß (Niederlage der Fabrik Margaretenstraße 105) — I., Kärntnerstraße 15.
Hofmann Christine — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — V., Arbeitergasse 41.
Ivanusa Alois — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — II., Praterstraße, Ecke Franzensbrückenstraße.
Jungherr Rosalia — Pfaidlergewerbe — X., Siecardsburggasse 54.
Kainz Marie — Milch-, Milchprodukten-, Eier-, Gebäck-, Zuckerbäckerwaren- und Kanditen-Verschleiß — XVII., Hernalser Hauptstraße 208.
Kait Anna — Verschleiß von Herren- und Damenhüten — X., Quellenplatz 2.
Kaufmann Klara — Damenkleidermacherin — IX., Liechtensteinstraße 107.
Kratschmann Cäcilie — Massage — I., Schulerstraße 12.
Lux Stanislaus — Kleinfuhrwerk — XVII., Rosensteingasse 8.
Marik Marie — Wäschewaren-Erzeugung — X., Senefeldergasse 22.
Matosevic Leopold — Konditoreiwaren- und Kanditen-Verschleiß — XVII., Veronikagasse 50.
Mayhaum Martha — Konzession zur Beherbergung von in Wien Schulen und Lehranstalten besuchenden Mädchen, sowie zur Verabreichung von Speisen, Bier, Wein und Obstwein, Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und Erfrischungen ausschließlich an diese Mädchen — IX., Liechtensteinstraße 47 b.
Müller Wenzel — Bildhauer — V., Einsiedlerplatz 3 und 4.
Nestreba Josef — Trödler — X., Laxenburgerstraße 13.
Offene Handelsgesellschaft: Neumannn & Haurowitz; Stellvertreter: Heinrich Brackl; Gesellschafter: Richard Neumann, Siegmund Haurowitz — Zweigniederlage der in Grottau bestehenden mechanischen Weberei — I., Wipplingerstraße 29.
Placzek Juliana — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Am Hundsturm 4.
Rheinwald Marie — Verschleiß von Milch, Milchprodukten, Gebäck und Kanditen — XVII., Rokitanskygasse 26.
Richter Robert — Handel mit Hadern und alten unedlen Metallen — XVII., Horneckgasse 12.
Schmidt Johann — Konzession zur Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, sowie von Flaschenbier und Likören aller Art und zur Haltung von erlaubten Spielen — XVII., Ottakringerstraße 60.
Scholz Karl — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVII., Hernalser Hauptstraße 15.
Schröfl Friedrich — Bildhauer — XVII., Brandmayergasse 15.
Sevcsovics Anna — Feilbieten von Obst und Gemüse im Umherziehen von Haus zu Haus — V., Gassergasse 12.
Offene Handelsgesellschaft: Reinhold Siegert's Nachfolger; Gesellschafter und Stellvertreter: Leopold Schlesinger, Hermann Kammer — Gemischtwarenhandel — I., Bräunerstraße 2.
Soffer Siegmund — Verschleiß von Manufakturwaren und fertigen Kleidern und Möbeln — II., Große Mohrengasse 40.
Firma: Siegfried Spitz & Komp.; öffentliche Gesellschafter: Siegfried Spitz, Karoline Spitz — Gemischtwarenhandel — II., Obere Donaustraße 9.
Spodek Hersch — Krawatten-Erzeugung — IX., Althanplatz 7.
Stranz Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Reinprechtsdorferstraße 19.
Szabodnik Peter — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Margaretenstraße 102.
Treuer Anna, geb. Höller — Marktviktualien-Verschleiß — II., Im Werd, Hütte 125.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite
Stadtrat:
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 2. Oktober 1907 2309
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 3. Oktober 1907 2313
Richtigstellung 2320
Bezirksvertretungen:
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hernals vom 19. September 1907 2320
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom 26. September 1907 2321
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing vom 27. September 1907 2322
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom 3. Oktober 1907 2323
Allgemeine Nachrichten:
Errichtung eines k. k. Post- und Telegraphenamtes in der neuerbauten Heilanstalt für Geisteskranke im XIII. Bezirke 2324
Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien und deren Zweiganstalten . . 2324
Approvisionierung:
Borstenviehmärkte vom 8. und 10. Oktober 1907 2324
Pferdemarkt vom 8. Oktober 1907 2325
Jung- und Stechviehmarkt vom 7. und 10. Oktober 1907 2325
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 8. bis 10. Oktober 1907 2325
Städtische Arbeiten und Lieferungen:
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse 2326
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen 2327
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 2327
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat **August Stich.**
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — Buchdruckerei **E. Kainz** vorm. **J. B. Wallishausser.**

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Anbote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Vadium anzuschließen.

Der Anschluß der Vadien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Vadien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1907.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
14. Oktober 11 Uhr	Abteilung III (Mag.-Rat **Groll**, Neues Rathaus, V. Stiege, 2. Stock)	4723	III., Gärtnergasse 13.	**Abtragung dieses Hauses.**	— 3—3
14. Oktober 11 Uhr	detto	5223	Gartenanlagen auf dem Erzherzog Karl-Platze im II. Bezirke.	**Baumeisterarbeiten** . . . . . **Gitterlieferung** . . . . . **500 m² Ackererde** . . . . . **1700 m² Gartenerde** . . . . . **1460 m² Aushubmateriale** . . .	11.406 K 40 h 6826 K 1500 K 6800 K 2920 K Vorbemerkung: Bedingnisse ꝛc. erliegen zur Einsicht im Stadtbauamte, Abteilung III. 3—3
21. Oktober 11 Uhr	detto	5384	Gartenanlage bei der Hundsturmerlinie im V. Bezirke.	**Gitterlieferung** . . . . . **1200 m² Ackererde** . . . . . **1880 m² Gartenerde** . . . . . **2212 m² Aushubmateriale** . . .	4455 K 3600 K 7520 K 4424 K Vorbemerkung: Bedingnisse ꝛc. erliegen zur Einsicht im Stadtbauamte, Abteilung III. 1—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
12. Oktober 10 Uhr	Abteilung VI (Mag.-Rat Schaufler, Neues Rathaus, IV. Stiege, Hochparterre)	4138	Niveauherstellung in der Wallmoden- und Haubenbiglgasse im XIX. Bezirke.	**Deichgräberarbeiten**	6562 K 50 h 3—3
14. Oktober 10 Uhr	detto	3583	Regulierung der Liechtensteinstraße von Nr. 37 bis 53 im IX. Bezirke.	**Erd- und Pflasterungsarbeiten** . **Asphaltiererarbeiten**	18.966 K 78 h und 600 K Pauschale 11.186 K und 400 K Pauschale 3—3
14. Oktober $^1/_2$11 Uhr	detto	3840	Asphaltierung des Marktplatzes am Radetzkyplatz vor den Häusern Nr. 1 und 2 im III. Bezirke.	**Asphaltiererarbeiten**	5835 K und 500 K Pauschale 2—2
14. Oktober 11 Uhr	detto	2326	—	**Beistellung des Kabsfuhrwerkes zur Schneeabfuhr im I. Bezirke für die Winterperiode 1907/08 und 1908/09 unter Ausschluß der Stellung von besonderen Bedingungen.**	— 1—1
18. Oktober 10 Uhr	detto	2134	—	**Vergebung der Lieferung von 13.970 q Heu, 8750 q Streustroh und 2220 q Häckerlingstroh für die Pferde der städtischen Betriebe während der Zeit vom 1. November 1907 bis 31. Oktober 1908.**	— 2—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
17. Oktober 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Dr. Nüchtern,** Neues Rathaus, IV. Stiege, Mezzanin)	1138	Umbau des Floridsdorfer Sammelkanales in der Hauptstraße in Floridsdorf zwischen der Kanalpumpstation und dem Überschwemmungsdamme, XXI. Bezirk.	**Baumeister- und Zimmermannsarbeiten**	11.823 K 27 h 1—2
12. Oktober 10 Uhr	Abteilung VIII a (Mag.-Rat **Dr. Nüchtern,** Neues Rathaus, IV. Stiege, Mezzanin)	1170	Herstellung von provisorischen Rohrlagerplätzen für die II. Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung auf den bestimmten Flächen zwischen der verlängerten Gulden- und verlängerten Hadikgasse im XIII. Bezirke, Unter-Baumgarten.	**Anschüttungs- und Planierungsarbeiten.**	— 3—3
18. Oktober 10 Uhr	Abteilung XV (Mag.-Rat **Narožny,** Neues Rathaus, VII. Stiege, 2. Stock)	7071	Mädchen-Volksschule und Kindergarten XI., Pachmayergasse—Rinnböckstraße.	**Tonwarenlieferung**	6482 K 30 h und 325 K Vadium 3—3
15. Oktober 10 Uhr	Kanzlei der Bezirksvorstehung Floridsdorf, XXI. Bezirk	Mag.-Abt. VI 264	—	**Vergebung der Beistellung des Straßenpflegefuhrwerkes im XXI. Bezirke.**	— 2—2
14. Oktober 10 Uhr	Ersatz-Gärtnerei im Wiener Zentral-Friedhofe	7206	Wiener Zentral-Friedhof.	**Lieferung von ungefähr 900 Stück Grabkränzen für die Gräberausschmückung**	5540 K Vorbemerkung: Die Bedingnisse liegen in der Kanzlei der Zentral-Friedhofverwaltung während der Amtsstunden zur Einsicht auf. 2—2

**

Z. 9761/17, 0.

Kundmachung.

(Offertausschreibung. — Ausschreibung des Bedarfes von 800 Stück Blocktaschen.)

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" bringt ihren Bedarf an Blocktaschen zur Ausschreibung und findet die bezügliche Offertverhandlung am **Dienstag den 22. Oktober 1907, um 10 Uhr vormittags,** im Sitzungssaale der Straßenbahn-Direktion, IV., Favoritenstraße 9, statt.

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen behält sich das Recht vor, die ausgeschriebene Menge je nach Bedarf um 25 Prozent zu erhöhen oder zu erniedrigen.

Die Blocktaschen müssen aus gut ausgetrocknetem Leder hergestellt sein. Für Größe und sonstige Beschaffenheit der Taschen liegt ein Muster in unserem Dienstkleider-Hauptlager XIV., Schwendergasse 51, zur Ansicht auf.

Der Preis versteht sich frei unserem Dienstkleider-Hauptlager. Die Lieferung hat bis längstens 15. März 1908 vollendet zu sein und wird für nicht rechtzeitige Lieferung ein Pönale von 1 K pro Tag und Stück festgesetzt.

Die Offerte sind in geschlossener Briefhülle als „Anbot für die Lieferung von Blocktaschen pro 1908" zu bezeichnen und in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zuhanden der Direktion der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße 9, zu richten und können bis Montag den 21. Oktober 1907 im Kanzleisekretariate der städtischen Straßenbahnen-Direktion oder am Dienstag den 22. Oktober 1907 bei der Offertverhandlung überreicht werden.

Die Offerte können auf das ganze ausgeschriebene Quantum oder auch bloß auf einen Teil desselben lauten und ist ein ausgearbeitetes Musterstück beizugeben, welches für die Annahme oder Abweisung einer Lieferung maßgebend bleibt.

Jeder Anbieter hat vor Überreichung des Offertes, also bis längstens Montag den 21. Oktober 1907 bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, Wien VI., Rahlgasse 3 (ehemals Direktionsgebäude der städtischen Elektrizitätswerke), ein Vadium in der Höhe von 5 Prozent der Offertsumme zu erlegen und sich über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen.

Das Vadium kann außer in barem auch in inländischen pupillarsicheren Wertpapieren oder in Einlagsbüchern einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Österreichischen Sparkassa oder der Wiener Zentral-Sparkassa erlegt werden.

Vadien in barem werden nicht verzinst.

Offerenten, deren Anbote nicht angenommen werden, erhalten das Vadium sofort nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zurück, dagegen bleibt das Vadium des Erstehers als Pfand zur Sicherstellung für die rechtzeitige und tadellose Lieferung bei den städtischen Straßenbahnen erliegen.

Der Anbieter bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" solange im Worte, bis er eine Verständigung der Annahme oder Ablehnung seines Offertes erhalten hat.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" behält sich die uneingeschränkte Wahl unter allen Bewerbern wie auch die Vergebung der ausgeschriebenen Menge in verschiedenen Teilmengen, sowie die Abweisung sämtlicher Anbote vor.

Im Anbote hat sich der Offerent ausdrücklich auf Datum und Zahl dieser Kundmachung zu berufen und mit den gestellten Bedingungen einverstanden zu erklären.

Offerte, welche nach Eröffnung der Verhandlung einlangen, werden nicht berücksichtigt.

Nähere Auskünfte erteilt die Lager-Verwaltung der städtischen Straßenbahnen XIII., Siebeneichengasse 7.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 28. September 1907. 3—3

M. Abt. IV, 5/07.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Erd- und Baumeister-, Zimmermeister-, Bautischler-, Schlosser-, Asphaltiererarbeiten, sowie der Lieferung der Träger für das in Aspern a. D. an der Feldstraße zu erbauende Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Aspern wird zufolge Beschlusses des Wiener Stadtrates vom 20. September 1907, Pr.-Z. 12237/07, vom Wiener Magistrate, Abteilung IV, **am 19. Oktober 1907, pünktlich um 11 Uhr vormittags,** im Bureau des Herrn Magistratsrates Dr. Emil Schwarz im Neuen Rathause, VIII. Stiege, 1. Stock, eine neuerliche öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die allgemeinen und besonderen Bedingnisse können im Stadtbauamte, Fach-Abteilung III, Neues Rathaus (Mezzanin) während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptkassa gegen Erlag von 20 h bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Spätestens einen Tag vor der Abhaltung der Offertverhandlung sind die in den Bedingnissen vorgeschriebenen Vadien bei der städtischen Hauptkassa zu erlegen.

Der Offertverhandlungs-Kommission ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Vadium vorzuweisen.

Der Anschluß der Vadien an das Offert ist unzulässig. Die Gemeinde übernimmt bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden im Stadtbauamte, Fach-Abteilung III, erteilt.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 3. Oktober 1907.

Der Abteilungs-Vorstand:
Dr. E. Schwarz,
Magistratsrat. 2—3

M.-D.-Z. 3508/07.

Kurrende

(für die Herren Ingenieure, Bauadjunkten und Baupraktikanten des Wiener Stadtbauamtes).

Infolge des Ablebens des städtischen Ober-Ingenieurs Heinrich Jurovicz gelangen im Status des Stadtbauamtes

1 Ober-Ingenieurstelle in der V. Rangklasse,
1 Ingenieurstelle in der VI. Rangklasse und
1 Bauadjunktenstelle in der VII. Rangklasse,

und zwar sämtliche Stellen mit den systemisierten Bezügen zur Besetzung.

Diejenigen der obbezeichneten Herren Ingenieure, Bauadjunkten und Baupraktikanten, welche sich um eine dieser Stellen bewerben wollen, haben ihre Kompetenzgesuche im Dienstwege **längstens bis einschließlich Samstag den 12. Oktober 1907, mittags 12 Uhr,** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Direktion zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Für diejenigen Herren, welche sich bereits anläßlich der Kurrende vom 30. August 1907, M.-D.-Z. 3064, in Kompetenz gesetzt haben, entfällt die Einbringung eines neuen Kompetenzgesuches.

Wien, am 4. Oktober 1907. 1—1

Der Ober-Magistratsrat:
Posselt.

G. Z. 8493.

Kundmachung.

(Erledigte Schulleiterstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommt die Stelle eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben im V. Bezirke, Bachergasse 26, zur Besetzung:

Mit dieser Stelle ist der Jahresgehalt der dritten Gehaltsstufe von 2600 K, sowie der Genuß einer Naturalwohnung, eventuell, wenn eine solche nicht beigestellt wird, eine Quartiergeldentschädigung, und zwar von jährlich 1100 K, ferner der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 200 K nach einer Dienstzeit von je 5 Jahren und auf Vorrückung in eine höhere Gehaltsstufe im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die erledigte Stelle kann auch Bewerbern verliehen werden, welche bereits im Genusse höherer Bezüge stehen, als mit der niedersten Gehaltsstufe der Kategorie, welcher die betreffende Stelle angehört, verbunden sind.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrat zu richten.

Die Bewerbungsgesuche der im Wiener Schulbezirke bereits angestellten Lehrpersonen sind **längstens bis einschließlich 6. November 1907** bei der unmittelbar vorgesetzten Bezirkssektion des k. k. Bezirksschulrates Wien im Wege der Schulleitung einzureichen.

Solchen Bewerbern ist es gestattet, für alle in dieser und in der Konkursausschreibung vom 26. September 1907, Z. 8249, enthaltenen Stellen nur ein Gesuch zu überreichen, in welchem sämtliche angestrebten Stellen, nach Kategorien und Bezirken geordnet, anzuführen sind. Hiedurch erfährt jedoch der in der h. ä. Konkursverlautbarung vom 26. September 1907, Z. 8249, festgesetzte Einreichungstermin bezüglich der dort bezeichneten Stellen keine Verlängerung. Dem Gesuche sind so viele Diensttabellen mit den erforderlichen amtlichen Auszügen aus dem Gesuche anzuschließen, daß jedem der betreffenden Ortsschulräte für jede Kategorie der vom Bewerber angestrebten Stelle eine Diensttabelle zugestellt werden und noch eine Diensttabelle bei dem Gesuche verbleiben kann. In jeder Diensttabelle, erforderlichenfalls auf deren Rückseite, sind sämtliche im Wiener Schulbezirke angestrebten Stellen derselben Kategorie nach Bezirken geordnet anzuführen.

Die Diensttabellen müssen mit dem Vermerke: „Über amtlichen Auftrag dem Bewerbungsgesuche anzuschließen" versehen sein.

Auswärtige Bewerber haben ihre Bewerbungsgesuche spätestens acht Tage vor Ablauf des Konkurstermines bei dem ihnen vorgesetzten Bezirksschulrate einzubringen.

Weiters ist jedes Gesuch zu belegen: mit dem Taufscheine; mit dem Heimatscheine von solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, mit dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder dem Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung; mit dem Lehrbefähigungszeugnisse für allgemeine Volksschulen; mit dem Nachweise der Befähigung zur Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes; mit dem Nachweise der Dienstleistung (Anstellungs-, Zuweisungs-, Enthebungsdekreten u. dgl.).

Die geforderten Gesuchsbelege sind in Urschrift oder in gesetzlich beglaubigter Abschrift beizubringen.

Die Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Konkurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Konkurstermines nicht gehörig belegte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

K. k. Bezirksschulrat Wien,
am 4. Oktober 1907.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:
Gugler. 1—1

***

G. Z. 8385.

Kundmachung.

(Eledigte Stellen von katholischen Religionslehrern im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen die nachstehend angeführten Stellen von eigenen Religionslehrern für den katholischen Religionsunterricht mit jährlichen Gehaltsbezügen zur Besetzung:

1. an der Bürgerschule für Knaben und Mädchen im XII. Bezirke, Hetzendorferstraße 66 mit der Verpflichtung des anzustellenden Religionslehrers, den Religionsunterricht bis zu 21 wöchentlichen Unterrichtsstunden ohne Anspruch auf eine über seine Gehaltsbezüge hinausgehende Entlohnung in erster Linie auch an den höheren Klassen der allgemeinen Knaben-Volksschule im XII. Bezirke, Hetzendorferstraße 138 und an den höheren Klassen der mit dieser Schule unter gemeinsamer Leitung verbundenen allgemeinen Mädchen-Volksschule im XII. Bezirke, Hetzendorferstraße 138 zu erteilen;

2. an der Bürgerschule für Knaben im XX. Bezirke, Jägerstraße 54 mit der Verpflichtung, die Erteilung des Religionsunterrichtes auch an der allgemeinen Knaben-Volksschule im XX. Bezirke, Rafaelgasse 11 bis zu 21 wöchentlichen Unterrichtsstunden unentgeltlich zu übernehmen.

Mit jeder dieser Stellen ist der Jahresgehalt von 2200 K und das Quartiergeld von jährlich 1000 K, sowie der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 200 K nach einer Dienstzeit von je 5 Jahren und auf Vorrückung in eine höhere Gehaltsstufe im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrat zu richten.

Die Gesuche der noch nicht im öffentlichen Volksschuldienste stehenden Bewerber müssen **längstens bis einschließlich 5. November 1907** bei jenen Ortsschulräten, in deren Sprengel die ausgeschriebenen Lehrstellen erledigt sind, und zwar, falls der Bewerber in irgend einem anderen öffentlichen Dienstverhältnisse steht, im vorgeschriebenen Dienstwege eingelangt sein.

Die Gesuche der außerhalb des Wiener Schulbezirkes bereits im öffentlichen Volksschuldienste stehenden Bewerber sind spätestens acht Tage vor Ablauf des oben angeführten Konkurstermines bei dem ihnen vorgesetzten Bezirksschulrate einzubringen.

Die Bewerbungsgesuche der im Wiener Schulbezirke im öffentlichen Volksschuldienste stehenden Bewerber sind **längstens bis einschließlich 5. November 1907** bei der unmittelbar vorgesetzten Bezirkssektion des k. k. Bezirksschulrates durch die Schulleitung zu überreichen. Solchen Lehrpersonen ist es gestattet, für alle in dieser Konkursausschreibnng enthaltenen Lehrstellen nur ein Gesuch zu überreichen, in welchem die angestrebten Lehrstellen nach Bezirken geordnet anzuführen sind. Dem Gesuche sind soviele Diensttabellen mit den erforderlichen amtlichen Auszügen aus dem Gesuche anzuschließen, daß jedem der betreffenden Ortsschulräte eine Diensttabelle zugestellt werden und noch eine Diensttabelle beim Gesuche verbleiben kann. In jeder Diensttabelle sind die angestrebten Lehrstellen nach Bezirken geordnet anzuführen. Die Diensttabellen müssen mit dem Vermerke: „Über amtlichen Auftrag dem Bewerbungsgesuche anzuschließen" versehen sein.

Jedes Gesuch ist weiters zu belegen: Mit dem Taufscheine, dem Heimatscheine, den Nachweisen über etwa geleistete Volksschuldienste, einem Zeugnisse des unmittelbar Vorgesetzten über das Verhalten und die Verwendung des Bewerbers, falls derselbe nicht im öffentlichen Volksschuldienste steht.

Die geforderten Gesuchsbelege sind in Urschrift oder in gesetzlich beglaubigter Abschrift beizubringen.

Die etwa ausgewiesene Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Konkurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Konkurstermines nicht gehörig belegte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

K. k. Bezirksschulrat Wien,

am 2. Oktober 1907.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:

Gugler. 1—1

G.-Z. 8249.

Kundmachung.

(Erledigte Schulleiterstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen die nachstehend angeführten Schulleiterstellen zur Besetzung:

2 Direktorstellen,
14 Oberlehrerstellen und
1 Oberlehrer- oder 1 Oberlehrerinstelle.

Die Gesuche müssen **längstens bis einschließlich 30. Oktober 1907** eingebracht werden.

Näheres im Amtsblatte der Stadt Wien vom 8. Oktober 1907, Nr. 81.

Vom k. k. Bezirksschulrate Wien,

am 26. September 1907.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:

Gugler. 1—2

Z. 5396 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Jonas Freiherr v. Königswarter'sche Stipendien.)

Am 23. Dezember 1907 sind zehn Jonas Freiherr v. Königswarter'sche Stipendien im Betrage von je 800 K für das Studienjahr 1907/08 zu verleihen.

Von diesen Stipendien sind drei für Hörer der Rechte und zwei für Hörer der Medizin an der k. k. Universität in Wien,

drei für Hörer der k. k. technischen Hochschule in Wien und zwei für Schüler der k. k. Akademie der bildenden Künste oder einer behördlich autorisierten Meisterschule in Wien bestimmt.

Anspruch auf ein solches Stipendium haben nur jene Bewerber, welche in Wien (und zwar in einem der vor dem 21. Dezember 1890 bestandenen zehn Bezirke) geboren sind und dem Gemeindeverbande der Stadt Wien angehören, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses.

Bewerber, welche im verflossenen Studienjahre im Genusse eines Jonas Freiherr v. Königswarter'schen Stipendiums gewesen sind, können ein solches wiedererlangen.

Bewerber um diese Stipendien haben ihre mit dem Tauf- (Geburt)scheine, dem Impfzeugnisse, dem Heimatscheine, einem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, sowie den Studiennachweisen (darunter auch eventuell dem für Hörer der technischen Hochschule vorgeschriebenen Einheitenverzeichnisse) belegten Gesuche **bis längstens 20. Oktober 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder auf nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. August 1907.

Z. 6033 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Katharina Resch'sche Stiftung.)

Aus den verfügbaren Interessen der Katharina Resch'schen Stiftung kommt im Jahre 1908 der Betrag von 201 K 60 h an zwei schuldlos verarmte Wiener Bürger in Teilbeträgen von je 100 K 80 h, und zwar am 10. Februar 1908 und am 10. August 1908 in Teilbeträgen von je 50 K 40 h zur Verteilung.

Bewerber um dieselben haben ihren Gesuchen den Tauf- (Geburts)schein, den Taufschein, eventuell den Totenschein der Gattin, die Tauf(Geburts)scheine der Gattin und der Kinder, den Bürgerrechtsausweis und ein legales Armutszeugnis beizuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 4. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. September 1907.

Z. 6020 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(S. M. Klinger'sche Stiftung für Kammacher.)

Am 18. April 1908 kommen die Interessen der S. M. Klinger'schen Stiftung im Betrage von 76 K 40 h an vier in Wien wohnhafte arme Kammacher zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen ein legales Armutszeugnis, den Tauf(Geburts)- und Trauschein, die Tauf-(Geburts)scheine der Gattin und der Kinder, den Heimatschein, endlich den Gewerbeschein und den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 14. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. September 1907. 3—3

Z. 6556 07.
XIII.

Kundmachung.

(Stiftung der Ortsgruppe Dornbach-Neuwaldegg des Christlichen Wiener Frauenbundes für verarmte christliche Gewerbetreibende des XVII. Wiener Gemeindebezirkes Hernals.)

Am 15. Dezember 1907 gelangen die Interessen der Stiftung der Ortsgruppe Dornbach-Neuwaldegg des Christlichen Wiener Frauenbundes für verarmte christliche Gewerbetreibende des XVII. Wiener Gemeindebezirkes Hernals im Betrage von 40 K, und zwar in diesem Jahre an einen im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Hernals wohnhaften christlichen verarmten Gewerbetreibenden zur Verleihung.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, eventuell den Trauschein und die Taufzettel der Kinder, ferner den Heimatschein, den Gewerbeschein oder das Konzessionsdekret, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer und ein legales Armutszeugnis, Witwen aber noch außerdem den Totenschein des Gatten beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 10. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. September 1907.

3—3

****

Z. 6038 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Max Schiel'sche Armenstiftung.)

Am 8. Dezember 1907 gelangt der Betrag von 100 K in Teilbeträgen von je 20 K an fünf würdige, verheiratete oder ledige, christliche Arme, welche in den ehemaligen Vorstadtgemeinden Leopoldstadt, Jägerzeile oder Brigittenau wohnen oder gewohnt haben, aus der Max Schiel'schen Armenstiftung zur Verteilung.

Weiters gelangt am 24. Dezember 1907 der Betrag von 400 K in Teilbeträgen von je 40 K an zehn würdige, wahrhaft bedürftige christliche Familienväter, welche in den oben bezeichneten ehemaligen Vorstadtgemeinden wohnen oder gewohnt haben, aus derselben Stiftung zur Verteilung.

Arme Verwandte des Stifters sind vorzugsberechtigt.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, den Heimatschein und ein legales Armutszeugnis, verheiratete Bewerber überdies den Trauungsschein und die Taufscheine der Gattin und der Kinder beizulegen.

Verwandtschaftsverhältnisse mit dem Stifter sind durch amtliche, die Eintragungen in den Ehe- und Tauf-(Geburts-) Matriken vollständig wiedergebende Auszüge nachzuweisen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 15. Oktober 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. September 1907.

Z. 6018 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Moritz Goldberger'sche Stiftung.)

Für das Studienjahr 1907/08 sind vier Moritz Goldberger'sche Stipendien im Betrage von je 155 K zu verleihen, und zwar:

a) eines für einen mittellosen Kandidaten der medizinischen Doktorwürde als Beitrag zu den Taxen der Promotion;
b) eines in gleicher Weise für einen Kandidaten der juristischen Doktorwürde;
c) eines desgleichen für einen Kandidaten der philosophischen Doktorwürde und
d) eines für einen Maler als Beitrag zu einer Reise nach Italien.

Bewerber um diese Stipendien haben ihre mit dem Tauf-(Geburts)scheine, dem Heimatscheine, dem Impfscheine, einem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse und den Nachweisen über die Ablegung der für die einzelnen Fakultäten vorgeschriebenen Rigorosen, beziehungsweise über die Inskription an einer öffentlichen Malerschule belegten Gesuche **bis längstens 20. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Nur die mit einem legalen Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. September 1907.

Z. 6015 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Bernhard'sche Armen- und Waisenstiftung.)

Am 23. Dezember 1907 gelangen aus den Interessen der Bernhard'schen Armen- und Waisenstiftung 336 K in 14 Teilbeträgen à 24 K an Waisenkinder zur Verteilung.

Anspruch auf einen solchen Stiftungsbetrag haben bedürftige Waisenkinder von im Gebiete der bestandenen Gemeinde Gaudenzdorf ansässig und nach Wien zuständig gewesenen armen Personen.

Diejenigen Waisenkinder, deren Vorfahren vor dem Jahre 1891 in der bestandenen Gemeinde Gaudenzdorf die Zuständigkeit besessen haben, haben den Vorzug.

In zweiter Linie können auch arme Waisenkinder von solchen Personen bedacht werden, welche im XII. Wiener Gemeindebezirke Meidling überhaupt ansässig und nach Wien zuständig waren.

Mütter, Vormünder und Pflegeparteien, welche für die in ihrer Obsorge befindlichen Waisen um eine Unterstützung aus dieser Stiftung ansuchen wollen, haben ihre Gesuche mit dem Totenscheine des einen oder beider Elternteile der Waisen, mit dem Tauf(Geburts)scheine, mit dem Heimatsausweise und mit den Schulfortgangszeugnissen der Waisen, eventuell mit dem Nachweise des geltend gemachten Vorzugsrechtes zu belegen und bis **längstens 9. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1907.

Z. 2123 ex 1907.
IX.

Kundmachung.

Mit Beginn des Wintersemesters 1907/1908 gelangen zehn Stipendien à 800 K an Hörer und Rigorosanten der k. u. k. tierärztlichen Hochschule in Wien bis zur vollständigen Absolvierung der tierärztlichen Studien, einschließlich des zur Ablegung der strengen Prüfungen benötigten Jahres, zur Ausschreibung.

Anspruch auf ein solches Stipendium haben nur jene Bewerber deutscher Nationalität, die in Wien oder in einer anderen Gemeinde Niederösterreichs heimatberechtigt sind.

Jeder Stipendist hat einen von seinem gesetzlichen Vertreter mitzufertigenden Revers auszustellen, mit welchem er sich verpflichtet, nach Erlangung des tierärztlichen Diplomes über Verlangen der Gemeinde Wien in das städtische Veterinäramt einzutreten und in demselben durch sechs aufeinanderfolgende Jahre zu dienen.

Bewerber um diese Stipendien haben ihre mit dem Tauf- (Geburt)scheine, dem Impfzeugnisse, dem Heimatscheine, dem vorbezeichneten Reverse, sowie den Studiennachweisen belegten Gesuche bis **längstens 1. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung IX zu überreichen.

Auf später überreichte und auf nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. Juli 1907.

Z. 6043 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Theobald Uffenheimer'sche Studentenstiftung.)

Vom Beginne des Studienjahres 1907/08 an gelangen vier Theobald Uffenheimer'sche Stiftplätze mit dem Jahresbetrage von je 275 K, und zwar je einer an einen Hörer der medizinischen, der juridischen und der philosophischen Fakultät an der k. k. Universität in Wien und an einen Hörer der k. k. technischen Hochschule in Wien für die Dauer eines Jahres zur Verleihung.

Auf Grund der stifterischen Anordnung hat die Verleihung dieser Stiftplätze in diesem Studienjahre derart zu erfolgen, daß die Stipendien nur Studierenden christlicher Religion verliehen werden.

Bewerber, welche mit dem Stifter verwandt, in Wien zuständig oder im Bezirke Leopoldstadt in Wien oder in Wien überhaupt geboren sind, haben ein Vorrecht.

Gesuche um diese Stipendien sind **längstens bis 20. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen und sind denselben der Taufschein, der Heimatschein, ein Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, das Impfzeugnis, das Maturitätszeugnis, die Ausweise über die Studienerfolge (darunter auch eventuell das für Hörer der technischen Hochschule vorgeschriebene Einheitenverzeichnis) und allenfalls der Nachweis der Verwandtschaft mit dem Stifter beizuschließen.

Auf nicht gehörig belegte oder verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Nur die mit einem legalen Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1907.

Z. 6017 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Gustav Figdor'sche Stipendien.)

Für das Studienjahr 1907/08 gelangen drei Gustav Figdor'sche Stipendien im Betrage von je 1000 K zur Verleihung.

Laut Stiftbriefes wurden diese Stipendien gegründet für durch Fleiß, Sitten und Geistesgaben hervorragende arme Studierende, so zwar, daß alljährlich ein Stipendium für Mediziner, eines für Juristen und eines für Hörer der Naturwissenschaften an der philosophischen Fakultät dergestalt zur Vergebung gelangt, daß alljährlich ein Studierender der israelitischen, einer der protestantischen oder evangelischen und einer der katholischen Konfession mit einem solchen Stipendium beteilt wird.

Diese Stipendien werden je auf die Dauer eines Studienjahres verliehen, nach dessen Ablaufe sie den bisherigen Perzipienten über neuerliches Einschreiten eventuell abermals verliehen werden können.

Bewerber um diese Stipendien haben ihre mit dem Tauf- (Geburt)scheine, dem Impfscheine, dem Heimatscheine, einem Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse und den Studiennachweisen belegten Gesuche bis **längstens 20. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Nur die mit einem legalen Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1907.

Z. 5392 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Karoline Uetz'sche Waisenstiftung.)

Aus der Karoline Uetz'schen Waisenstiftung gelangen im Jahre 1908 23 Stiftungsbeträge von je 200 K zur Verleihung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind arme Wiener Waisen beiderlei Geschlechtes berufen.

Ein und dasselbe Kind darf nicht öfter als einmal aus dieser Stiftung beteilt werden.

Der verliehene Stiftungsbetrag wird nicht sofort ausbezahlt sondern fruktifiziert und in Gemäßheit der Bestimmungen des Stiftbriefes dem beteilten Kinde erst nach erreichter Großjährigkeit ausgefolgt, damit es zu seiner einstmaligen Ausstattung oder zum Antritte eines Gewerbes in den Besitz eines größeren Betrages gelange.

Im Falle des Ablebens eines der beteilten Kinder vor erreichter Großjährigkeit wird der betreffende Stiftungsbetrag nebst den bereits erwachsenen Interessen zur Beteilung anderer Waisenkinder weiter verwendet.

Gesuche um einen solchen Stiftungsbetrag müssen mit dem Vormundschafts-Dekrete, dem Zuständigkeitsnachweise, einem legalen Armutszeugnisse, dem Nachweise der Verwaisung, dem Tauf(Geburts)scheine, eventuell mit den Schulzeugnissen des zu beteilenden Kindes belegt sein und **längstens bis 16. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII überreicht werden.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 9. August 1907.

Das
k. k. Versteigerungs-Amt
WIEN, I., Dorotheergasse Nr. 17
übernimmt: Hinterlassenschaften, Mobilien aus **Übersiedlungen und Gegenstände jeder Art,** wie Gemälde, Kunstobjecte, Claviere, Harmoniums, gute Möbel, Decorationsstücke, Wägen u. s. w., mit Ausnahme von neuen Waren
zur Versteigerung.
Anmeldungen täglich von 9 bis 12 Uhr, auch brieflich und telephonisch (Nr. 2916).

Installations-Bureau für elektrische Beleuchtungs- und Kraftanlagen
Adolf Hofmann
Wien, XVIII., Währingerstrasse 131.
Telephon 21.325.
Telephon-, Telegraphen-, Thermometer-Anlagen, Blitzableiter-Anlagen für alle gewerblichen Zwecke. — Kontrahent der Kommune Wien.

Billige und hübsche Einfriedungsgitter

sowie alle einschlägigen Fabrikate liefern in vorzüglichster Ausführung
HUTTER & SCHRANTZ A.-G.
Siebwaren- u. Filztuchfabriken
Wien, VI., Windmühlgasse 20 und **Prag-Bubna.**
Mit Musterbüchern, Skizzen, Veranschlägen stehen gerne zu Diensten.

AUFZÜGE aller Art **Hebezeuge** und **Förderanlagen**
erzeugt gut prompt und billigst
Spezial-Aufzüge-Bauanstalt **Anton Nemec**
Aufzüge-Revisor (vorm. Pretsch & Nemec) **Wien XVII/3, Comeniusgasse 3.** Telephon Nr. 17985.
Lasten-Aufzüge für Handbetrieb stets am Lager. — Rekonstruktionen, Reparaturen und Revisionen schnell und billig.

Zur kulanten Besorgung aller im **Kursblatte** notierten **Effekten und Valuten** bestens empfiehlt
Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.
WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 83. Dienstag den 15. Oktober 1907. Jahrgang XVI.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokale im Rathause.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Gemeinderat.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **11. Oktober 1907** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger und des Vize-Bürgermeisters Dr. Josef Neumayer.

Bürgermeister Dr. Lueger: Die Versammlung ist beschlußfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Ihr Ausbleiben von der heutigen Gemeinderats-Sitzung haben entschuldigt die Herren Gem.-Räte Vignati, Hofmann und Ströbl.

2. Ich bemerke weiters, daß Herr Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer heute in meinem Namen bei einer um 4 Uhr stattfindenden diamantenen Hochzeit interveniert und weiters, daß Herr Vize-Bürgermeister Dr. Porzer sich auf einer kurzen Urlaubsreise befindet.

3. Herr Gem.-Rat Hraba ersucht um einen Urlaub bis Ende Oktober.

Diejenigen Herren, welche ihn bewilligen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herrn Gem.-Rat Franz Gräf habe ich einen Urlaub von acht Tagen erteilt.

Herr Gem.-Rat Rauer ersucht um Urlaubsverlängerung bis Ende Oktober.

Ich bitte diejenigen Herren, welche sie bewilligen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bemerke hiezu, daß Herr Gem.-Rat Rauer ziemlich schwer erkrankt ist.

Herr Gem.-Rat Güntner ersucht um einen dreiwöchentlichen Urlaub, den ich ihm bewilligt habe.

Ich ersuche, nunmehr den Einlauf zu verlesen.

4. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest): „Anläßlich des günstigen ersten Jahresabschlusses unseres Institutes sehen wir uns veranlaßt, dem hochlöblichen Präsidium 50 Stück Anweisungen auf kostenlose Augenuntersuchung nebst Gratisverteilung von ebenso vielen Brillen mit der höflichen Bitte zur Verfügung zu stellen, dieselben durch die Herren Schulleiter der Wiener Gemeindeschulen an unbemittelte würdige Schulkinder zur Verteilung bringen zu lassen.

Indem wir dadurch ein patriotisches und wohltätiges Werk zu vollbringen beabsichtigen, stellen wir die gleiche Spende für den Beginnn eines jeden Schuljahres in sichere Aussicht.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Brillen-Ambulatorium „Augenschutz".

Bürgermeister: Die Versammlung spricht hiefür den Dank aus.

5. Ein Ungenanntseinwollender hat mir für die Armen Wiens den Betrag von 2000 K übermittelt.

Die Versammlung spricht hiefür den wärmsten Dank aus. (Beifall.)

6. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Die Gasspar-Unternehmung nach System Wouwermans schreibt (liest):

„Wir erklären uns hiermit bereit, in vier städtischen Waisenhäusern unsere Wouwermansbrenner kostenlos zu montieren."

Bürgermeister: Die Versammlung spricht hiefür den Dank aus.

7. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Die Magistrats-Abteilung XIb berichtet an den Herrn Bürgermeister (liest):

„Frau Marie Schindler, Wien, III., Fasangasse 17, wohnhaft, hat der Verwaltung des Wiener Versorgungsheimes 22 Bände verschiedener illustrierter Zeitschriften zur Verfügung gestellt, die auch bereits der Pfleglingsbibliothek des Wiener Versorgungsheimes einverleibt wurden."

Bürgermeister: Die Versammlung spricht hiefür den Dank aus.

8. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Der Obmann des Armeninstitutes und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Karl Bayer schreibt an den Herrn Bürgermeister (liest):

„Ich beehre mich, hiemit zur Anzeige zu bringen, daß Herr Eduard Spořil, Ringelspielbesitzer im XIII. Bezirke, den Betrag von 30 K zur Verteilung an Arme des hiesigen Bezirkes gespendet hat, welcher Betrag vorschriftsmäßig verrechnet wird."

Bürgermeister: Die Versammlung spricht den Dank aus.

9. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Herr Dr. Josef v. Baechlé schreibt an das Präsidium des Wiener Gemeinderates (liest):

„Herr k. k. Polizeibeamter Josef Berger in Passau, k. k. Grenzkommissariat, hat folgende Gegenstände dem Museum der Stadt Wien übermittelt:

1. Einen Bankozettel der Stadt Wien Nr. 47649 vom 1. Jänner 1800.

2. Eine Staatsnote über 1 fl.

3. Eine Schaumünze vom 2. Dezember 1848.

4. Einen Hungertaler aus dem Jahre 1817, gefunden in Honnef am Rhein.

5. „Ein Thaler Gold" aus Silber der Hansestadt Bremen aus dem Jahre 1871.

Bürgermeister: Die Versammlung spricht hiefür den Dank aus.

10. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Die Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim schreibt an den Herrn Bürgermeister (liest):

„Die Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim vormals Sparkassa der Gemeinde Sechshaus hat zufolge der in der Sparkassen-Ausschußsitzung vom 8. Februar 1907 gefaßten Beschlüsse aus dem Reingewinne d. A. pro 1906 gemäß § 6 der Statuten nachstehende Beträge für gemeinnützige und wohltätige Zwecke gewidmet, und zwar:

1. Dem Kaiser Franz Josef-Jubiläumsfonds zur Unterstützung bedürftiger Gewerbetreibenden des XIV. Gemeindebezirkes in Wien eine Spende von 2000 K.

2. Zur Unterstützung von bedürftigen Personen und von humanitären und gemeinnützigen Vereinen und Anstalten im Bezirke Rudolfsheim und für sonstige gemeinnützige und wohltätige Lokalzwecke dieses Bezirkes eine Spende von 10.000 K.

3. Zur Unterstützung von humanitären und gemeinnützigen Vereinen und Anstalten, sowie für sonstige gemeinnützige und wohltätige Lokalzwecke der übrigen Bezirke Wiens eine Spende von 4000 K.

4. Zur Ausspeisung armer Schulkinder des Bezirkes Rudolfsheim durch den löblichen Ortsschulrat von Rudolfsheim eine Spende von 12.000 K.

5. Dem Weihnachts-Komitee zur Linderung der Notlage armer Schulkinder des Bezirkes Rudolfsheim eine Spende von 6000 K.

6. Dem unter dem Protektorate Ihrer k. u. k. Hoheit Erzherzogin Maria Josefa stehenden charitativen Vereine für arme Kinder „Kinderschutzstationen" im Bezirke Rudolfsheim eine Spende von 2000 K.

Zusammen 36.000 K.

Hievon beehrt sich die gefertigte Anstalt Euer Hochwohlgeboren mit dem Beifügen ergebenst Mitteilung zu machen, daß diese Widmungen von der k. k. n.-ö. Statthalterei mit dem Erlasse vom 11. Juli 1907, Z. X a-1306, genehmigt und zum Teile bereits ihrem Zwecke zugeführt wurden, zum Teile in der nächsten Zeit zur Verwendnng gelangen werden."

Bürgermeister: Die Versammlung spricht dafür den Dank aus.

Es ist diese Zuschrift ein Beweis, wie segensreich die Sparkassen wirken können.

11. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Das „Iron and Steel-Institute" in Wien schreibt (liest):

„Für die den Mitgliedern des „Iron and Steel-Institute" in so überaus liebenswürdiger Weise im Rathause der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien gewährte Gastfreundschaft gestattet sich das ergebenst gefertigte Komitee im eigenen Namen, sowie dem der ausländischen Gäste seinem warm empfundenen Danke Ausdruck zu geben und zeichnen mit dem Ausdrucke hochachtungsvoller Ergebenheit . . ." u. s. w.

Bürgermeister: Wird zur Kenntnis genommen.

12. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Der Verein der Gärtner und Gartenfreunde in Döbling unterbreitet dem hochlöblichen Gemeinderate der Stadt Wien den tiefergebensten Dank für die dem Vereine überlassene Subvention von 100 K.

Obiger Verein veranstaltet Sonntag den 13. Oktober 1907 im Kasino „Zögernitz" um 2 Uhr nachmittags die Prämiierung der Schulkinderpflanzen vom XIX. Gemeindebezirke und unterbreitet dem hochlöblichen Gemeinderate hiezu die tiefergebenste Einladung."

Bürgermeister: Die Versammlung nimmt dies zur Kenntnis.

13. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Das Kuratorium für die Verwaltung der zur Unterstützung und Versorgung der durch den Brand des Ringtheaters notleidend gewordenen Personen bestimmten Gelder schreibt an den Gemeinderat (liest):

„In Entsprechung des § 20 des Statutes des Kuratoriums für die Verwaltung der zur Unterstützung und Versorgung der durch den Brand des Ringtheaters notleidend gewordenen Personen bestimmten Gelder beehre ich mich, in der Anlage 165 Exemplare des Rechenschaftsberichtes über die Tätigkeit des Kuratoriums im Jahre 1906 mit den Rechnungs-Abschlüssen

über den Haupt- und Reservefond zur gefälligen Kenntnisnahme zu übermitteln und bei dieser Gelegenheit dem löblichen Gemeinderate auch im Namen des Kuratoriums den verbindlichen Dank für die infolge seines Beschlusses vom 18. April 1882 geschehene tatkräftige Unterstützung seitens der Kommunalorgane auszusprechen."

Bürgermeister: Dieselben werden den einzelnen Herren Gemeinderäten zugesendet werden.

14. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Der Allgemeine österreichische Gärtnerverband spricht im Namen aller seiner Mitglieder einem löblichen Stadtrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für die bereits durchgeführte Anregung der Schmückung der Balkone, Fenster, Gesimse und Portale der Privathäuser und Amtsgebäude Wiens mit Blumen, ferner für die Aussetzung so vieler wertvoller Preise für die Konkurrenz seinen allerergebensten Dank aus."

Bürgermeister: Wird zur Kenntnis genommen.

15. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Die Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich bittet den verehrlichen Wiener Gemeinderat, für seinen Beschluß vom 13. September 1907, Z. 6745, wonach der Zentralstelle pro 1907 vorläufig eine Subvention von 400 K bewilligt wird, den verbindlichsten Dank entgegenzunehmen."

Bürgermeister: Wird zur Kenntnis genommen.

16. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

Vom k. k. Eisenbahnministerium ist folgender Erlaß an das Präsidium gelangt (liest):

Auf Grund des mit dem Herrn k. k. Finanzminister gepflogenen Einvernehmens bin ich in der Lage, für die Bestimmungen des in beglaubigter Abschrift mitfolgenden, hieramts am 23. Juli 1907 aufgenommenen Protokolles, betreffend die einverständliche Festsetzung der Bedingungen und Modalitäten für die Erteilung der von der Gemeindevertretung der k. k. Reichshaupt- nnd Residenzstadt Wien angeführten Konzession für mehrere normalspurige Kleinbahnlinien in Wien und Umgebung, die daselbst vorbehaltene Genehmigung auszusprechen.

Demzufolge erteile ich nunmehr auf Grund der Gesetze vom 31. Dezember 1894, R.-G.-Bl. Nr. 2 ex 1895, und vom 24. Dezember 1905, R.-G.-Bl. Nr. 216, im Einvernehmen mit den betheiligten k. k. Ministerien und dem k. und k. Reichskriegsministerium der Gemeindevertretung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, welche unter der Firma „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" im Handelsregister eingetragen ist, die Konzession zum Baue und Betriebe der nachstehend bezeichneten neuen, eventuell teilweise unter Benützung bereits vorhandener Bahnstrecken herzustellenden normalspurigen Kleinbahnlinien, und zwar:

1. Von einem geeigneten, im XIII. Wiener Gemeindebezirke gelegenen Punkte über Perchtoldsdorf nach Mödling mit Abzweigungen zum Wolfrathplatze und zum Wiener Versorgungsheime.

2. Von einem geeigneten, im II. Wiener Gemeindebezirke gelegenen Punkte nach Stammersdorf mit einer Abzweigung nach Groß-Enzersdorf nach Maßgabe der Bestimmungen der in einem beglaubigten Abdrucke mitfolgenden Kundmachung des k. k. Eisenbahnministeriums.

Indem ich hievon gleichzeitig die k. k. Statthalterei in Wien verständige, veranlasse ich die Verlautbarung der vorerwähnten Kundmachung im Reichsgesetzblatte, im amtlichen Teile der „Wiener Zeitung" und im Verordnungsblatte für Eisenbahnen und Schiffahrt.

Bürgermeister: Ich werde das Protokoll mit den Bedingungen im Amtsblatte veröffentlichen. Ich bitte, den Erlaß zur Kenntnis zu nehmen und mache nur aufmerksam, daß die Sache sehr wichtig ist, weil wir jetzt erst an die Reform der erworbenen Kraußbahn gehen können.

[Das Protokoll lautet:

Zur E.-M.-Z. 42369.

Protokoll

aufgenommen im k. k. Eisenbahnministerium am 23. Juli 1907.

Gegenwärtig die Gefertigten.

I. Gegenstand der Verhandlung ist die einverständliche Festsetzung der Bedingungen und Modalitäten für die Erteilung der von der Gemeindevertretung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien angesuchten Konzession für mehrere normalspurige Kleinbahnlinien in Wien und Umgebung.

II. Annahme des beiliegenden Kundmachungs-Entwurfes. Nach Erörterung der einschlägigen Fragen erklären die gefertigten Herren Vertreter der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien namens dieser die Bereitwilligkeit, die Konzession für die in Rede stehenden, als integrierende Bestandteile des Netzes der Wiener städtischen Straßenbahnen zu behandelnden Kleinbahnlinien in Wien und Umgebung auf Grund des diesem Protokolle beigehefteten Entwurfes der diesfalls hinauszugebenden Kundmachung des Eisenbahnministeriums, ferner der von diesem Ministerium aufzustellenden Konzessionsbedingnisse, sowie der folgenden Bestimmungen des gegenwärtigen Protokolles erwerben und durchführen zu wollen.

III. Effektives Anlagekapital und Geldbeschaffung. Das für die zu konzessionierenden Linien faktisch aufgewendete Anlagekapital wird dem Eisenbahnministerium seinerzeit entsprechend nachzuweisen sein.

Die erwachsenden Auslagen werden vorläufig aus dem Investitionsanlehen der Gemeinde Wien bestritten werden.

IV. Die Modalitäten der Betriebsführung. Die Gemeinde der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird berechtigt sein, bis zum Zeitpunkte der vollendeten Einrichtung für den elektrischen Betrieb, den Betrieb mit Dampflokomotiven zu führen.

Auch nach Einführung des elektrischen Betriebes auf der im Eingange des beiliegenden Kundmachungs-Entwurfes sub 2 genannten Linie wird der Dampfbetrieb auf dieser Linie insolange und insoweit gestattet sein, als dies zur Abwicklung des Verkehres zu und von der Lokalbahn Stammersdorf—Auerstal erforderlich sein wird.

Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, den Betrieb auf den zu konzessionierenden Linien in jedem Falle derart einzurichten, daß durch denselben den obwaltenden Verkehrsbedürfnissen

mindestens in dem gleichen Umfange entsprochen werden wird, wie dies gegenwärtig auf den Linien der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Komp. geschieht.

V. Leistungen für öffentliche Zwecke. In Ergänzung der einschlägigen Bestimmungen des Kundmachungs-Entwurfes übernehmen die Vertreter der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien namens derselben die Verpflichtung, auch hinsichtlich der im Kundmachungs-Entwurfe ausgeführten Linien, alle jene Verbindlichkeiten im vollen Umfange zu erfüllen, welche über den Rahmen des beiliegenden Kundmachungs-Entwurfes, beziehungsweise der Kundmachung vom 24. März 1899, R.-G.-Bl. Nr. 58, hinaus der Gemeinde hinsichtlich der zufolge obiger Kundmachung konzessionierten Straßenbahnen auf Grund der Bestimmungen im Punkte VII des Protokolles vom 15. März 1899 zugunsten öffentlicher Zwecke obliegen.

VI. Verstärkung der Franz Josefsbrücke über die Donau. Es wird seitens der Vertreter des k. k. Eisenbahnministeriums ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Einführung des elektrischen Betriebes über die Kaiser Franz Josefsbrücke nur dann zulässig wäre, wenn vorher der Nachweis einer den Bestimmungen der Verordnung des Eisenbahnministeriums vom 28. August 1904, R.-G.-Bl. Nr. 97, entsprechenden Tragfähigkeit dieser Brücke erbracht wäre.

VII. Tarifermäßigungsrecht. Hinsichtlich des der Staatsverwaltung nach Artikel XIX des Gesetzes vom 31. Dezember 1894, R.-G.-Bl. Nr. 2 ex 1895, zustehenden Tarifermäßigungsrechtes wird seitens der Regierungsvertreter erklärt, daß die daselbst als Bedingung für die Ausübung dieses Rechtes vorgesehene Verzinsung von mindestens 6 Prozent von dem zufolge des Punktes III des gegenwärtigen Protokolles nachzuweisenden Anlagekapitale zu berechnen sein wird.

VIII. Besondere Bestimmungen bezüglich der Stromlieferung. Insofern für den Betrieb der den Gegenstand des beiliegenden Kundmachungs-Entwurfes bildenden Kleinbahnlinien elektrischer Strom aus den bestehenden städtischen Elektrizitätswerken bezogen werden wird, finden auch auf die zu dem gedachten Zwecke erfolgende Stromlieferung die Bestimmungen des Artikels V des im k. k. Eisenbahnministerium aufgenommenen Protokolles vom 24. Februar 1902 Anwendung.

Sollte aber von der Gemeinde Wien ein ausschließlich für Zwecke der den Gegenstand des beiliegenden Kundmachungs-Entwurfes bildenden Kleinbahnlinien bestimmtes Elektrizitätswerk neu errichtet werden, so ist dieses Elektrizitätswerk als ein integrierender Bestandteil der gedachten Linien anzusehen und haben auf dasselbe die im Artikel V, lit. a bis d des Gesetzes vom 31. Dezember 1894, R.-G.-Bl. Nr. 2 ex 1895, vorgesehenen Begünstigungen Anwendung zu finden.

IX. Pauschalierung der Kosten der staatlichen Bauaufsicht. Die mit einem Betrage von 1000 K pauschalierten Kosten für die durch staatliche Organe zu bewirkende Bauaufsicht und Kollaudierung sind an die Staatsverwaltung in den von ihr zu bestimmenden Terminen und Teilbeträgen zu vergüten.

X. Schlußvorbehalt. Indem seitens der Regierungsvertreter bezüglich der Bestimmungen des vorliegenden Protokolles die Genehmigung Ihrer Exzellenzen des Herrn Finanzministers und des Herrn Eisenbahnministers ausdrücklich vorbehalten wird, wird das gegenwärtige Protokoll geschlossen, verlesen und allseits gefertigt.

Dr. Max Weiß m. p.,
Magistratsrat.

Ing. Ludwig Spängler m. p.,
Direktor der städtischen Straßenbahnen.

Dr. August Weeber m. p.,
k. k. Sektionschef.

Dr. Eugen Ritter v. Beck m. p.,
k. k. Ministerialrat.

Dr. Vladimir Valníček m. p.,
k. k. Ministerial-Sekretär.

Dr. Alfred Ritter v. Lindheim m. p.,
k. k. Ministerial-Vize-Sekretär.

Dr. Paul Hopfgartner m. p.,
k. k. Sektionsrat,
als Protokollführer.

P.-Z. 42369 ex 1907.

Wird im Einvernehmen mit dem Herrn k. k. Finanzminister genehmigt.

Wien, am 23. September 1907,

Der k. k. Eisenbahnminister:

Derschatta m. p.

L. S.

Kollationiert und mit dem Originale wörtlich gleichlautend befunden.

Wien, am 1. Oktober 1902.

Von der Hilfsämter-Direktion des k. k. Eisenbahnministeriums:

Freytag m. p.]

17. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Der Kommandant der städtischen Feuerwehr berichtet (liest):

„An den Magistrat, Abteilung IV.

Am 7. Oktober 1907 um 3 Uhr 55 Minuten früh wurde in der Filiale Wieden mittels Automaten Nr. 15 „Rauchfangfeuer" gemeldet. Der Automat 15 steht im Hause Starhembergasse Nr. 6. Auf diese Meldung hin ist von der Filiale Wieden normalmäßig eine Gasspritze ausgerückt, während die Schiebleiter, mit der diese Filiale auch ausgerüstet ist, zu Hause blieb.

Der nach zirka 3 Minuten am Brandplatze eingetroffene Löschmeister der Filiale Wieden fand ein riesig entwickeltes Dachfeuer vor. Er ersuchte einen beim Brandorte weilenden Sicherheitswachmann, der Feuerwehr-Zentrale die Meldung zu übermitteln, „Das angezeigte Feuer ist Dachfeuer" und griff sofort über die nur im obersten Teile verqualmte Stiege mit einer Schlauchlinie von der Gasspritze das Feuer im Dachbodenraum an.

Mittlerweile ist um 4 Uhr ½ Minute in der Feuerwehr-Zentrale eine zweite Feuermeldung von dem Automaten Nr. 4 Ecke der Favoritenstraße und Kolschitzkygasse eingelangt, worauf die Dampfspritzenzugwache Favoriten und die Hauptwache Margareten sowie die noch zu Hause gestandene Schiebleiter der Filiale Wieden und der diensthabende Offizier von der Zentrale zu dem gemeldeten zweiten Feuer zum Automaten Nr. 4 beordert wurden.

Die von dem Sicherheitswachmanne übermittelte Meldung vom Brandplatze, daß es sich beim Automaten Nr. 15 nicht um ein Rauchfangfeuer, sondern um ein Dachfeuer handle, traf in der Zentrale um 4 Uhr 3 Minuten ein.

Da sofort zu erkennen war, daß die Meldung vom Automaten 4 das Feuer in der Starhemberggasse und nicht ein zweites Feuer betraf, wurden zunächst die Dampfspritzen von Margareten und Favoriten in die Starhemberggasse dirigiert, während von der Zentrale der Kommandant und ein zweiter Offizier und zur Unterstützung der bereits ausgerückten Abteilungen ein Dampfspritzenzug der Zentrale an den Brandplatz abgingen.

Die Papierfabrik Starhemberggasse 4 und 6 besteht aus zwei miteinander durch Türöffnungen verbundenen Gebäuden, von denen das Haus Nr. 6 in der Starhemberggasse eine Front von 15 Fenstern aufweist. Das Brandobjekt bildete das Haus Nr. 6; dieses, ein drei Stock hohes Gebäude (angeblich das alte Wiedener Krankenhaus), enthält im Parterre zwischen Gurten gewölbte Räumlichkeiten, während im 1., 2. und 3. Stockwerke je ein einziger großer Arbeitssaal mit Fenstern in die Starhemberggasse und andererseits in den Hofraum bestanden hat. Die Deckenkonstruktion dieser Räume war aus Holz; statt der Mittelmauer liefen durch die ganze Länge des Saales starke hölzerne Durchzüge und Träme auf großen steinernen Säulen. Außerdem waren an einzelnen Stellen eiserne Träger eingezogen, auf denen ein Teil der Arbeitsmaschinen plaziert war. Der Dachbodenraum war als viertes Geschoß ausgebildet und als Lager- und Arbeitsraum verwendet. Zugänglich waren die bezeichneten Räumlichkeiten durch eine an der Feuermauer gegen das Haus Nr. 4 liegende einarmige gerade Treppe, deren einzelne Läufe mittels eines langen schmalen Ganges in Verbindung standen und durch eine an der Feuermauer der städtischen Schule Starhemberggasse Nr. 8 gelegene, später erbauten Notstiege, in deren Nähe überdies ein Anbau, enthaltend einen gegen die Arbeitsräume mittels eiserner Türen abgeschlossenen Aufzugsschacht, situiert ist. An der Hofseite waren noch schupfenartige Anbauten, sowie ein großer, sehr brennbare Materialien enthaltender Holzschupfen und ein großer Haufen frei lagernder Kohle, Fässer und Gerümpel aller Art gelagert.

Bei Ankunft des Feuerwehr-Kommandanten stand das Dachgeschoß und das dritte Stockwerk in vollem Feuer. Die Stiegenhäuser waren nur im obersten Teile verqualmt, der zweite Stock noch vollständig intakt. Die eisernen Türen des Aufzuges waren geschlossen, der Feuerangriff auf das Dachgeschoß und im dritten Stockwerke in vollem Gange.

An einer einzigen Stelle im Plafonds des zweiten Stockwerkes war Feuer zu sehen, weshalb sofort eine Schlauchlinie von der im ersten Stiegenhause befindlichen Hydrantenleitung vorgenommen wurde, um zu verhüten, daß durch herabfallende Glut auch im zweiten Geschosse Feuer entstehen könne. Diese Maßregel erwies sich jedoch als gänzlich wirkungslos. Wohl war es eine Kleinigkeit, die immer dichter und an zahlreicheren Orten herabfallende Glut abzulöschen. Die Zerstörung in der Decke zwischen dem zweiten und dritten Stocke machte jedoch so rasche Fortschritte, daß in kürzester Zeit Feuer und Rauchqualm in solcher Menge im zweiten Stocke eindrang, daß die Einsturzgefahr der Decke trotz der beruhigenden Versicherungen des Fabrikspersonales vorausgesehen werden konnte. Trotzdem alle verfügbaren Kräfte und die noch weiter zur Unterstützung herangezogenen Abteilungen über zahlreiche Leitergänge von der Hofseite und von der Straßenseite her das Feuer im dritten Stocke und im Dachgeschosse mit aller Ausdauer bekämpften, konnte es nicht verhindert werden, daß von der Decke zwischen zweiten und dritten Stock ein Teil nach dem anderen einstürzte, so zwar, daß es nicht möglich war, das zweite Geschoß unbeschädigt zu erhalten. Die in diesem Stockwerk gelegten Schlauchlinien mußten zurückgenommen werden und der Angriff nunmehr, statt wie früher auf Dach und drittes Geschoß, auf das dritte und zweite Geschoß gerichtet werden. Lange Zeit hindurch gelang es, das Feuer im zweiten Stocke zu halten. Schließlich jedoch ist auch dort ein Teil des Fußbodens durchgebrannt und in das erste Stockwerk abgestürzt. Der Feuerwehr-Kommandant hatte diese Möglichkeit schon früher ins Auge gefaßt und es waren alle Vorkehrungen getroffen, auch dem Feuer im ersten Stocke entgegen zu treten und so ist denn auch das Feuer in diesem Geschosse in kürzester Zeit gelöscht worden.

Die damals dem Feuerwehr-Kommandanten rätselhafte Erscheinung, daß trotz energischer Löscharbeit mit großen Mitteln das Feuer von einem Geschosse nach dem anderen nach abwärts weiter greifen konnte, hat späterhin, als das Feuer im großen und ganzen gelöscht war und der Rauch sich etwas verzogen hatte, seine Erklärung darin gefunden, daß die hölzernen Zwischendecken zwischen den einzelnen Geschossen merkwürdigerweise mit Hobelspänen ausgefüllt waren.

Das Feuer hat sich nach Durchbrennen des obersten Fußbodens in den mit diesem leicht brennbaren Füllungsmateriale ausgefüllten Hohlräumen eingenistet und konnte dort, völlig unerreichbar für die Wasserstrahlen der Feuerwehr, sich fortpflanzen und sein Zerstörungswerk ganz und gar ungehindert so lange fortsetzen, bis die brennenden Träme die auf ihnen ruhenden Lasten nicht mehr zu tragen vermochten und durchbrachen. Auf diese Weise ist es gekommen, daß ein großer Teil der Fabriksanlage zerstört ist. Der Dachbodenraum ist vom Feuer vollständig vernichtet; ebenso das dritte Geschoß, von dem überdies der größte Teil in das zweite Geschoß abgestürzt ist. Das zweite Stockwerk ist zum größten Teile stehen geblieben. In dieser Etage liegen zumeist die Trümmer der Deckenkonstruktionen der oberen Stockwerke und ein Teil der Maschinen aus diesen Stockwerken. Überdies ist ein kleiner Teil der Decke zwischen dem ersten und zweiten Stocke eingestürzt. Gegenwärtig wird noch an der Pölzung der stehengebliebenen Teile, insbesondere der Stiegenhäuser gearbeitet, um mit den Abräumungsarbeiten beginnen zu können. Diese Arbeiten werden von einem Baumeister ausgeführt und sind wegen der immer drohenden Einsturzgefahr sehr gefährlich. Eine Feuerwache wird voraussichtlich noch längere Zeit am Brandplatze verweilen müssen, weil es in den derzeit noch immer unzugänglichen Schuttmassen noch fortwährend glimmt und brennt. Die Nachbarschaft war durch die Hitzeentwicklung und durch das kolossale Flugfeuer arg gefährdet und es mußte eine Zeit lang je eine Schlauchlinie auf den Boden des gegenüberliegenden Hauses, sowie auf das Dach der benachbarten städtischen Schule zum Schutze dieser Objekte dirigiert werden. Tatsächlich hat auch das Dach dieses letzteren Gebäudes bereits zu brennen angefangen; das Feuer konnte jedoch, ohne daß es größeren Schaden hätte anrichten können, gelöscht werden. Die Hausbesorger der anderen in der Windrichtung gelegenen Objekte sind beauftragt worden, ihre Dachböden während des Brandes

zu bewachen; nach gelöschtem Feuer sind diese Dächer durch die Feuerwehr untersucht worden.

Der Brand war um 6 Uhr früh lokalisiert und vormittag der Hauptsache nach gelöscht.

Durch herabfallende Balken, Ziegeltrümmer und Glasscherben sind zahlreiche Verletzungen der Feuerwehrmannschaft vorgekommen.

Von der Rettungsgesellschaft wurde folgenden Angehörigen der Feuerwehr erste Hilfe geleistet:

Dem 34jährigen Löschmeister Josef Maschl, der, auf einer pneumatischen Schiebleiter stehend, von einer herabstürzenden brennenden Mauerbank getroffen wurde und schwere Kontusionen am Hinterhaupte und in der Kreuzbeingegend sowie Brandwunden ersten und zweiten Grades erlitten hat.

Dem 32jährigen Feuerwehrmann Rudolf Pschorner, der bei dem gleichen Anlasse Kontusionen und Brandwunden ersten und zweiten Grades erlitten hat.

Dem 33jährigen Fahrer Karl Blum, der infolge Rauch-einatmung ohnmächtig geworden ist.

Dem 36jährigen Löschmeister Rudolf Kromer mit Kontusionen und Schnittwunden.

Dem 31jährigen Feuerwehrmanne Ferdinand Hartmann mit Schnittwunden.

Dem 32jährigen Feuerwehrmanne Leopold Hochenegger mit Schnittwunden, Kontusionen und einer Verletzung des linken Auges.

Dem 25jährigen Feuerwehrmanne Oskar Lorenz mit Schnittwunde.

Dem 33jährigen Löschmeister Johann Schmidt mit Schnittwunde.

Dem 36jährigen Löschmeister Josef Blach mit Schnittwunde.

Dem 36jährigen Exerziermeister Leopold Kucharc mit Verletzung des linken Auges.

Dem 25jährigen Feuerwehrmanne Oskar Lukaschek mit Schnittwunden.

Dem 30jährigen Löschmeister Oskar Biber mit Rißquetschwunde.

Bemerkt wird, daß von den Verletzungen sich keine einzige als gefährlich erwiesen hat und daß die Leute schon in den nächsten Tagen aus dem Spitale entlassen werden dürften.

Bei diesem Brande waren im ganzen in Verwendung 4 Offiziere, 93 Mann und 14 Kutscher mit 5 Gasspritzen, 4 Dampfspritzen, 3 mechanischen Leitern, 6 Mannschafts- und Gerätewagen und 1 Schlauchwagen. Insgesamt waren 9 Leitergänge und 16 Schlauchlinien in Verwendung.

Der Feuerwehr-Kommandant:

Müller."

Bürgermeister: Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Die Herren werden einverstanden sein, wenn ich der Feuerwehr den Dank des Gemeinderates für ihre Tätigkeit bei diesem Brande zum Ausdrucke bringe und wenn ich auch dafür sorge, daß den verwundeten Feuerwehrmännern eine kleine Freude bereitet wird. (Lebhafte Zustimmung.)

18. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Das Präsidium des Gastwirtebezirksvereines in Meidling übersendet nachfolgende Petition (liest):

„Die heute versammelten Gastwirte des XII. Wiener Gemeindebezirkes Meidling sehen sich veranlaßt, dem Brauhause der Stadt Wien für das denselben erwiesene Entgegenkommen den verbindlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen, da dasselbe mit Rücksicht auf das neuerlich zustandegekommene Brauer-Kartell, welches nur darauf abzielt, den gesamten Gastwirtestand als förmliche Leibeigene in seine unbeschränkte Gewalt zu bekommen, aber auch die ganze Bevölkerung durch eine enorme Bierpreis-Erhöhung zu schädigen, von größtem Werte ist.

Obwohl wir Gastwirte Wiens uns den Vorwurf selbst machen müssen, das von der Kommune Wien im Interesse der ganzen Bevölkerung mit großen pekuniären Opfern übernommene Brauhaus zu Rannersdorf leider weniger als es unsere Pflicht gewesen wäre, unterstützt zu haben, bitten wir die Versicherung entgegen nehmen zu wollen, daß wir unser ganzes Bestreben darnach richten werden, den von uns begangenen Fehler gut zu machen, indem wir fernerhin die Bierabnahme aus dem Brauhause der Stadt Wien nach aller denkbaren Möglichkeit forcieren werden.

Wir glauben daher, daß die gegenwärtig versammelten Herren Gemeinderäte ohne Unterschied der Parteiangehörigkeit das scheinbar ungünstige Ergebnis der ersten Betriebsperiode nicht allzuhart und strenge beurteilen werden, denn wäre das Brauhaus der Stadt Wien nicht, dann würde die Groß-Kommune Wien wohl gegenwärtig kein Defizit von 446.888 K aufzuweisen und zu tragen haben, dafür aber die gesamte Bevölkerung Wiens durch die habgierigen und unersättlichen Bierbarone und Groß-Aktionäre um schwere Millionen schon längst ausgewuchert worden sein." (Rufe: Sehr gut!)

„Wir geben der Überzeugung Ausdruck, daß durch die Agitation der Gastwirtebezirksvereine, welche eine kostspielige Reklame vermeidlich macht, die gegenwärtige Produktionsfähigkeit des Brauhauses der Stadt Wien bald erschöpft sein wird, daß sich daher in absehbarer Zeit die Notwendigkeit ergeben dürfte, abermals Investierungen vornehmen zu müssen, da überdies infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, in welchen sich leider der Großteil der Gastwirte befindet, es nötig sein wird, so manchen in den Händen der kartellierten Brauer befindlichen und in Zwanglagen versetzten Gastwirt auszulösen" (Ruf: Das wäre ein schlechtes Geschäft!) „können wir nicht umhin, die geehrten Herren Gemeinderäte zu bitten, die eventuell hiefür noch notwendig werdenden Kredite zu bewilligen.

Da wir Wirte im XII. Wiener Gemeindebezirke durch unsere Agitation bereits ein Quantum von jährlich zirka 20.000 Hektoliter Bier aus dem Brauhause der Stadt Wien beziehen, ersuchen wir gleichzeitig um die ehemöglichste Errichtung eines entsprechend großen Bierdepots, samt erforderlichen Kühlraum zur Aufbewahrung von Fleischvorräten, da eine solche Anlage mit Rücksicht auf die vorwiegend nur kleinen Gastwirtebetriebe, eine zwingende Notwendigkeit ist.

Wir bitten die geehrten Herren Gemeinderäte, uns Gastwirte in unserem Bestreben, das Brauhaus der Stadt Wien durch rege Bierabnahme nach aller Möglichkeit zu heben, zu fördern und mitentwickeln zu helfen, damit dasselbe je eher umso besser als Preisregulator von Bier für Wien werden möge und könne, auch noch in der Weise zu unterstützen, daß sie bei den jeweiligen Versammlungen gegen das gewisse Vorurteil und die unbegründete Antipathie gegen das „Lueger-

bier", trotzdem dasselbe jedem anderen Wiener Bier in Qualität vollkommen gleichwertig ist, eben auch aufklärend wirken mögen.

Für die Gewährung der vorgebrachten Ersuchen, welche ja doch nur im Interesse der gesamten Bevölkerung, insbesondere der minderbemittelten liegen, unseren Dank im voraus entbietend, zeichnen wir . . ." u. s. w.

Bürgermeister: Der Beschluß ist ein sehr guter. Ich hätte nur gewünscht, daß er schon etwas früher gefaßt und auch wirklich zur Durchführung gebracht worden wäre.

Ich bitte, fortzufahren.

19. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Karl Dobritzhofer und Konsorten, Gastwirte in Wien XXI, erheben Vorstellungen gegen die beabsichtigte Einhebung einer Gemeindebierauflage im XXI. Bezirke.

Die Petition lautet (liest):

„Es ist den ergebenst Gefertigten durch Zeitungs- und Sitzungsberichte zur Kenntnis gekommen, daß die löbliche Gemeinde Wien behufs Gleichstellung der Bierauflageverhältnisse im XXI. Wiener Gemeindebezirke beabsichtigt, in jenen Gebietsteilen des XXI. Bezirkes, in welchen außer der Landesbierauflage keine Bierauflage besteht, diese Gemeindebierauflage zur Einhebung zu bringen.

Durch eine derartige Belastung des Bierkonsumes fühlen sich die ergebenst gefertigten Gastwirte in den alten Ortsteilen Groß-Jedlersdorf, Leopoldau, Stadlau, Hirschstetten, Aspern des XXI. Bezirkes in ihrem Geschäftsbetriebe empfindlich geschädigt und erlauben sich dem Gemeinderate der Stadt Wien folgende Vorstellungen zur geneigten Berücksichtigung zu unterbreiten:

1. Wurde uns bei den zum Zwecke der Vereinigung der Gemeinden Groß-Jedlersdorf, Leopoldau, Stadlau, Hirschstetten und Aspern mit Wien abgehaltenen Gemeindeausschuß-Sitzungen seitens unserer damaligen Bürgermeister und Gemeindevertreter mitgeteilt, daß die Vertreter der Gemeinde Wien in den bezüglichen Sitzungen des Vereinigungs-Komitees ausdrücklich betont haben, daß die in den einzelnen Ortsteilen, aus denen der XXI. Bezirk zusammengesetzt wird, bestehenden Bierauflagenverhältnisse durch 7 Jahre unverändert weiter bestehen bleiben und wurde von unseren Abgesandten ausdrücklich gefordert und ihnen seitens der Vertreter Wiens auch ausdrücklich zugesagt, daß in jenen zu vereinigenden Gemeinden, in denen bisher keine Gemeindebierauflage bestand, auch vor Ablauf von 7 Jahren eine solche nicht eingeführt werden wird.

Über die Wahrheit dieser Behauptung führen wir die Herren Josef Baumann, Bezirksaufsichtsrat, Josef Klager, Leopold Böhm, Johann Berger, Bezirksräte, Ferdinand Schick, Bezirksaufsichtsrat, Hans Oberleuthner, Gemeinderat und Friedrich Dücke, Gemeinderat, sämtliche in Wien, XXI. Bezirk, an, welche diese unsere Behauptungen bestätigen werden.

2. Da der größte Teil unserer Konsumenten aus Arbeitern der Fabriken des XXI. Bezirkes besteht, so haben wir Gastwirte zu gewärtigen, daß im Falle einer Erhöhung der Bierpreise infolge Einführung der Bierauflage, unsere Gasthäuser von den Arbeitern boykotiert und der Bierstreik proklamiert wird, wodurch uns zweifellos ein bedeutender Schaden zugefügt wird, zumal unsere Geschäftsverhältnisse ohnehin nicht die günstigsten sind, da wir an den Arbeiter-Konsumvereinen und den Greislern, die Flaschenbier verkaufen, eine Konkurrenz haben, die unseren Bierkonsum bedeutend herabdrückt.

Mit Rücksicht auf die vorangeführten Umstände erhoffen wir, daß der löbliche Gemeinderat der Stadt Wien die in Aussicht genommene Einhebung einer Gemeindebierauflage in den Ortsteilen Groß-Jedlersdorf, Leopoldau, Stadlau, Hirschstetten und Aspern ablehnen wird."

Hier folgen die Unterschriften.

20. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Herr Gem.-Rat Moessen schreibt (liest):

„Gestatte mir, Nachstehendes zur geneigten Kenntnis zu bringen, mit der ergebenen Bitte, mir Ihre geschätzte Entscheidung hierüber gütigst übermitteln zu wollen.

Ende Mai hat mein Geschäftsleiter einen Auftrag der „Entreprise" zur Herstellung einer Teleghonanlage telephonisch übernommen, welcher dann mit Schreiben vom 31. Mai bestätigt wurde. Die Fertigstellung der Anlage erfolgte im Monat Juli.

Selbstverständlich habe ich für die Anlage die übliche einjährige Garantie übernommen, welche aber nur dann aufrecht bleibt, wenn niemand anderer in der Anlage Veränderungen und Ergänzungen vornimmt. Es haben sich später auch solche bereits ergeben, während unterdessen das Unternehmen in städtischen Besitz übergegangen ist.

Ich gestatte mir nun die ergebene Anfrage, ob ich bis Ende Juni 1908, d. i. über die Zeit meiner Garantie, solche Arbeiten: „Ergänzungen und Abänderungen" weiter ausführen darf oder nicht und danke im vorhinein bestens für Ihren gütigen Bescheid."

Bürgermeister: Ich habe das auch dem Stadtrate zur Kenntnis gebracht und er ist mit mir der Meinung, daß Herr Gem.-Rat Moessen eine solche Bestellung nicht bloß übernehmen kann, sondern auch übernehmen muß, weil ja das zum größten Teile in den Vertrag fällt, den er mit der „Entreprise" geschlossen hat.

Ich bitte um Verlesung der eingelangten Interpellationen.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

21. Interpellation des Gem.-Rates Huschauer:

Sonntag den 6. Oktober 1907 brachten Wiener Tagesblätter kurze Artikel, nach welchen der Herr Bürgermeister sich einem Redakteur wegen des Wiener Brauhauses dahin geäußert haben soll, daß er gerne das Wiener Brauhaus verkaufe, wenn er etwas dabei verdiene. Es interessiere sich eine Bank dafür, hinter welcher der Brauherrenverein stehen dürfte.

Da die Brauherren kartelliert sind, das Wiener Brauhaus jedoch außer Kartell ist und als Preisregulator nicht allein den Wirten, sondern der gesamten biertrinkenden Bevölkerung zugute kommt, stelle ich an den hochverehrten Herrn Bürgermeister die ergebenste Bitte:

Er möge sich nicht durch die momentane, hauptsächlich durch notwendige Investierungen entstandene Passivität des Brauhauses beirren lassen und das Brauhaus als städtisches Unternehmen unserer Vaterstadt erhalten.

Bürgermeister: Meine sehr geehrten Herren! Es ist richtig, daß mehrere Herren bei mir und auch bei anderen Personen gewesen sind, um wegen des eventuellen Ankaufes des Brauhauses der Stadt Wien zu unterhandeln.

Ich bin ja gar nicht berechtigt, das Brauhaus zu verkaufen, sondern nur der Gemeinderat selbst, das Plenum wäre imstande,

das Brauhaus zu verkaufen. Ich kann ja sagen, daß ich einem Herrn gesagt habe, wenn ich eine Million dabei verdiene, nun so werde ich der Sache näher treten. Ich glaube, eine Million Kronen wäre gerade nicht zu verachten. Übrigens bin ich willens, wenn überhaupt ein ordentliches, diskutierbares Anbot kommt, mich mit der Genossenschaft der Gastwirte in Verbindung zu setzen, um eventuell die Gastwirte zu bewegen, selbst das Brauhaus zu kaufen.

Können sie eine eigene Eisfabrik, eine eigene Sodawasserfabrik haben, so könnten sie, glaube ich, am Ende auch das Brauhaus in Eigenbesitz übernehmen und es wäre dann, wie ich glaube, alles beseitigt, was daran ausgesetzt wird, es würden dann viele Wünsche befriedigt sein. (Gem.-Rat Klebinder: Und wenn man nicht die Million verdient?) Wissen Sie, Herr Gem.-Rat Klebinder, da würde ich sogar billiger sein. Aber, das eine muß ich sagen, ich bin mit den Gastwirten wegen ihrer Behandlung der Gemeinde Wien wahrhaftig nicht zufrieden.

Meine geehrten Herren! Was ich wegen des Rathauskellers sekkiert werde, das kann ich Ihnen gar nicht sagen. Wo ich hinkomme, ist der Rathauskeller Gegenstand der Besprechung. Ich gebe ja zu, daß vielleicht das Ausführen des Weines nicht zu den Annehmlichkeiten gehört, gewiß ist aber, daß der Rathauskeller im eminentesten Interesse der Wirte gelegen ist, sowie auch im eminentesten Interesse der Weinhauer, weil ich glaube, daß dadurch der Wirt in den Stand gesetzt worden ist, guten Wein zu verhältnismäßig guten Preisen zu verkaufen. (Beifall.)

Auch das Brauhaus ist von den Wirten in durchaus ungenügender Weise unterstützt worden. Es hat den Wirten sehr gut gefallen, daß wir die Geschichte mit der Steuer so gemacht haben, daß das Brauhaus die Steuer bezahlt, aber daß eine merkliche Förderung der Interessen des Brauhauses eingetreten ist, konnte ich nicht bemerken.

Alles auf die Schulter der Stadt Wien überwälzen, das geht nicht an. Es müssen da auch die Bürger der Stadt in entsprechender Weise mithelfen. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn das, was in der einen Resolution angekündigt wird, die ich zur Verlesung bringen ließ, erfüllt wird, das heißt, wenn die Wirte wirklich Wiener Bier beziehen und es auf diese Weise möglich machen, das Brauhaus in anständiger Weise zu betreiben, so werde ich es nicht verkaufen. Aber, wenn die Wirte glauben, sie können das Brauhaus nur dazu benützen, um den anderen Brauherren den Daumen auf das Auge zu drücken, so bin ich nicht geneigt, mich dazu herzugeben.

Wir können nicht alles bezahlen. Ich muß auch darauf sehen, daß die übrigen Steuerträger geschont werden. Es liegt also in den Händen der Wirte, dafür zu sorgen, daß diese Frage eine entsprechende glückliche Lösung findet. (Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

22. Interpellation des **Gem.-Rates Schmied** und Genossen:

Der Brand der Zigarettenpapierfabrik in der Starhemberggasse hat in der Bevölkerung des Bezirkes, namentlich bei den Bewohnern der umliegenden Häuser große Beunruhigung hervorgerufen.

Diese Brandkatastrophe ist den größten der in Wien in den letzten Jahren ausgebrochenen Bränden zuzuzählen.

Die Löscharbeiten nahmen einige Tage in Anspruch. — Die Gefahr für die umliegenden Häuser war eine sehr große. — Die Temperatur in den Wohnungen dieser Häuser erreichte eine Höhe von 40°, so daß sich die Inwohner bereits anschickten, ihre Wohnungen zu verlassen und die Habseligkeiten verpackten.

Wie groß die Erregung der Bevölkerung ist, geht daraus hervor, daß täglich bei den Funktionären des Bezirkes angefragt wird, ob der Aufbau dieses feuergefährlichen Fabriksbetriebes wieder bewilligt werden wird.

Die Gefertigten erlauben sich daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Wiener Magistrat zu beauftragen, durch geeignete Maßnahmen die Bevölkerung zu beruhigen und zu diesem Behufe etwa den Wiederaufbau der Fabrik an der alten Stelle hintanzuhalten?

Bürgermeister: Es ist hiezu ein Bericht eingelangt, welchen ich, Herrn Gem.-Rat Dr. Klotzberg bitte, zur Verlesung zu bringen.

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Von der Firma Schnabel & Komp., der das abgebrannte Gebäude gehörte, ist bisher ein Gesuch um Wiederaufbau dieses Gebäudes und um Genehmigung einer neu herzustellenden Betriebsanlage nicht überreicht worden. Es darf auch wohl bezweifelt werden, ob die Grundeigentümer einen so wertvollen Baugrund zur Errichtung einer Fabriksanlage wieder verwenden wollen und ob sie es nicht vorziehen werden, für diesen Zweck einen billigeren Grund in einem für Industrieunternehmungen geeigneteren Gebiete ins Auge zu fassen.

Sollte wider Erwarten um die Bau- und Betriebsbewilligung eingeschritten werden, so würde der Entwurf selbstverständlich der strengsten Prüfung auf seine Zulässigkeit unterworfen werden."

Bürgermeister: Meine Herren! Aus dem Berichte der Feuerwehr können Sie ersehen, daß die Brandkatastrophe hauptsächlich darin ihren Grund hat, daß die Decken zwischen den einzelnen Stockwerken in einer ganz merkwürdigen Weise konstruiert waren.

Wenn man bedenkt, daß als Füllsel sogenannte Sagscharten verwendet wurden (Gem.-Rat Dr. Klotzberg: „Hobelscharten!") — also sogar Hobelscharten — dann ist es erklärlich, daß die Decken durchbrannten und dann ist es auch erklärlich, daß die beste Feuerwehr dagegen nichts ausrichten kann. Ich kann nur die Wiedener versichern, daß ich hoffe, daß jetzt von Seite des Stadtbauamtes oder des Magistrates eine derartige Bauführung unter gar keiner Bedingung geduldet und dafür Sorge getragen wird, daß jede weitere Verbreitung des Feuers unmöglich gemacht werde. (Gem.-Rat Skaret: Das war früher ein Kloster! — Heiterkeit.)

Herr Gem.-Rat Skaret, das ist unmöglich. (Gem.-Rat Skaret: Gewiß Herr Bürgermeister!) Jetzt werde ich Ihnen sagen, warum das unmöglich ist. Weil die Stockwerke gar keine Trennungsmauern gehabt haben. Die sind in einem gegangen, das ist ganz unmöglich, daß das ein Kloster war; zu einem Kloster gehören Zellen; große Räume gehören zu einem Kloster nicht. Sollte auch einmal dort ein Kloster gewesen sein, so hat derjenige, der die Fabrik gebaut hat, alles geändert und ist auch verantwortlich für das Unglück, das dort geschehen ist, das übrigens noch sehr glimpflich abgelaufen ist.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

23. Anfrage des **Gem.-Rates Kinast:**

Die Herstellung einer Brücke über die Verbindungsbahn im Zuge des Landstraßergürtels wird alljährlich in den Voranschlag eingestellt, die Ausführung dieses Projektes aber wird immer wieder verschoben. Dasselbe gilt von der Herstellung eines Steges über die Verbindungsbahn im Zuge der Richardgasse und der Adaptierung des Gaswerksteges über den Donaukanal. Mit Rücksicht darauf, daß die Ausführung dieser Projekte einem eminenten Verkehrsinteresse entspricht, erlaube ich mir die höfliche Anfrage zu stellen:

Ob der Herr Bürgermeister geneigt ist, sich dafür einzusetzen, daß die genannten Brückenprojekte nunmehr ehestens der Verwirklichung zugeführt werden?

Bürgermeister: Die Antwort hiezu liegt bei, ich ersuche den Herrn Schriftführer, dieselbe zur Verlesung zu bringen.

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Die Ausführung der in der Anfrage genannten Brücken ist in Vorbereitung; über den Stand der bezüglichen Vorbereitungsarbeiten wird im einzelnen bemerkt:

1. Brücke über die Verbindungsbahn im Zuge des Landstraßergürtels.

Das vom Magistrate im Wege der k. k. Staatsbahn-Direktion Wien dem Eisenbahnministerium vorgelegte Projekt wurde von letzterem am 17. September 1907 prinzipiell genehmigt und an die Statthalterei zur Vornahme der politischen Begehung geleitet. Eingezogene Erkundigungen haben ergeben, daß die politische Begehung im Laufe des Oktobers 1907 stattfinden wird.

2. Überbrückung der Verbindungsbahn im Zuge der Richardgasse.

Das vom Gemeinderate am 13. Februar 1907 genehmigte Projekt mußte mit Rücksicht darauf, daß seit Vorlage des Projektes eine neue Brückenverordnung erschienen war und auch der städtische Preistarif abgeändert worden war, umgearbeitet werden. Das vom Stadtrate am 14. Juni 1907 genehmigte neue Projekt wurde seitens des Eisenahnministeriums zwar am 5. August 1907 prinzipiell genehmigt; gleichzeitig wurde aber im Detail eine Reihe von Abänderungen des Projektes verlangt, welche die Ausfertigung neuer Pläne, sowie die Aufstellung neuer Berechnungen erforderlich machten. Diese Arbeiten wurden seitens des Stadtbauamtes vor kurzem beendet und wird das neue Projekt nach Überprüfung der Kostenanschläge durch die städtische Buchhaltung der k. k. Staatsbahn-Direktion Wien zur Weiterleitung an das Eisenbahnministerium übersendet werden.

3. Adaptierung des Gasrohrsteges.

Der wasserrechtliche Konsens für die Eröffnung des Gasrohrsteges für den allgemeinen Fußgeherverkehr war an die Bedingung des jederzeitigen Widerrufes geknüpft worden; andererseits hatte das Hofärar erklärt, daß im Sinne des Übereinkommens vom 8. Dezember 1900 der Steg erst dann für den allgemeinen Verkehr zu eröffnen ist, wenn die Kaistraße am linken Ufer bis zu diesem Stege hergestellt ist.

Mit Rücksicht auf diese Bedingungen hat der Stadtrat in seiner Sitzung vom 14. März 1907, zur Zahl 3510, den Magistrat ermächtigt, zunächst mit dem Hofärar wegen Abstandnahme von der vorerwähnten Bedingung, andererseits mit der Donauregulierungs-Kommission wegen Verzicht auf den Widerruf zu verhandeln. Bis zur Austragung dieser Fragen wurde die weitere Entscheidung über die Ausführung des Projektes selbst vertagt. Der Magistrat hat die Verhandlungen sofort eingeleitet und mit allem Nachdruck betrieben. Bisher ist jedoch eine endgültige Entscheidung nicht zu erlangen gewesen. Mit der Donauregulierungs-Kommission wurden zwar Vereinbarungen getroffen, nach denen die Kommission unter gegebenen Bedingungen von dem Widerrufe absieht. In dieser Beziehung wird die Vorlage demnächst an den Stadtrat erfolgen.

Nach Genehmigung dieser Vereinbarnngen wird dann an die Statthalterei mit der Bitte herangetreten werden, die in den wasserrechtlichen Konsens aufgenommene Bedingung des Widerrufes fallen zu lassen. Dagegen sind die Verhandlungen mit dem Hofärar noch zu keinem Ziele gelangt. Mit der Zuschrift vom 2. Mai 1907 hat das Obersthofmeisteramt erklärt, daß es von seiner Bedingung unter keinen Umständen abgehen könne. Um die Eröffnung des Steges zu ermöglichen, hat der Magistrat vorbehaltlich der Genehmigung des Stadtrates dem Hofärar einen Vermittlungsvorschlag gemacht, über den jedoch bisher eine Erledigung nicht erfolgt ist. Nach Abschluß der Verhandlungen wird der Magistrat die nötigen Anträge an den Stadtrat stellen."

Bürgermeister: Ich bitte, fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

24. Interpellation des **Gem.-Rates Kinast:**

Wie ich erfahren habe, sollen die neuerstandenen Straßenzüge zwischen Marxergasse und dem Bürgertheater mit alten Steinen gepflastert werden. Es sind auch schon zu diesem Zwecke bereits einige Fuhren alten Steinmateriales an Ort und Stelle abgelagert worden.

Gerechtfertigte Rücksichten auf das Marineministerium, sowie das in unmittelbarer Nähe gelegene Bürgertheater lassen jedoch die Herstellung einer geräuschvermindernden Pflasters als höchst wünschenswert erscheinen.

Ich beehre mich daher die höfliche Anfrage zu stellen:

Ob der Herr Bürgermeister geneigt ist, den Magistrat zu beauftragen, von einer Pflasterung der bezeichneten Straßenzüge mittels alter Steine abzusehen und die Genehmigung für die Herstellung eines geräuschvermindernden Pflasters zu erwirken?

Bürgermeister: Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Antwort zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Es handelt sich um die Herstellung der Henslerstraße und Stelzhammergasse. Die letztere, vor dem für die Marinesektion bestimmten Gebäude, soll vorläufig überhaupt nicht gepflastert, sondern nur makadamisiert werden; die alten Steine sind für die Pflasteruug der zweiten Hälfte der Henslerstraße bestimmt, die beim Baue des Theaters nur in halber Breite hergestellt und gepflastert werden konnte. Seither ist — durch eine 4 m hohe Anschüttung — die Straßenherstellung in voller Breite erfolgt. Auf einer derart hohen Anschüttung, die durch mehrere Jahre beträchtliche Setzungen erleidet, vor Ablauf der entsprechenden Zeit ein kostspieliges Pflaster herzustellen, wäre nicht zweckmäßig. Wünschenswert erscheint eine geräuschvermindernde Pflasterung aber auf jeden Fall und wird daher für den gegebenen Zeitpunkt ins Auge zu fassen sein."

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

25. Interpellation des **Gem.-Rates Rigl:**

In einem Feuilleton der „Deutschen Zeitung" vom 9. Oktober wird auf den sowohl in Buchform im Verlage von L. Staakmann in Leipzig, als auch in den Sonntagsbeilagen der „Neuen Freien Presse" erschienenen Roman „Phäaken" von Karl Conte Scapinelli aufmerksam gemacht, der seiner Fassung und Absicht nach als ein „Pamphlet auf Wien" bezeichnet wird. Vorgelegte Proben aus diesem Schriftwerke weisen auch vollauf die Berechtigung nach. Es wird in dem genannten Feuilleton unter anderem gesagt:

„Für Conte Scapinelli ist das Wienertum ein mit Wein vollgesogener Schwamm, sind die Wiener, die Phäaken, eine Horde besoffener Schwächlinge, deren Lebenslauf nur die Schuldenlisten der Wirtshäuser verzeichnen. Auf diese Voraussetzung hin wird die Fabel aufgetischt, zu deren jämmerlicher Ausspinnung nicht weniger denn vierhundertundsiebzehn Druckseiten erforderlich waren.

Was das Wienertum ist, sagt Herr Conte Scapinelli mit sich gern wiederholender Eingänglichkeit. So malt es sich im Kopf Dr. Kastner's, des Helden der Geschichte, der über die Erweckung der Phäaken nachdenkt: „. . . Und dazu sollte ihn ein Bürgertum, ein erbeingesessenes Bürgertum hinauftragen. Kein Haufe hungernder Proletarier . . . sondern ein behagliches Volk von lächelnden, ewig zufriedenen Bürgern, die ihm dankbar waren, daß er ihnen voran den Weg geebnet hatte zum bequemen Spaziergang. Aber konnte man mit diesen Leuten, die die Wiener Luft verweichlicht, die die Wiener Küche

feist und fett gemacht, deren Wangen der Wein verfärbt — noch einen Kampf wagen, waren sie fähig zum Aushalten? . . ." Dann die Schilderung eines Parteiausfluges: „Am" — man merke sich dieses „am" zu späteren Proben aus dem grammatikalischen Innenleben des Conte — „Südbahnhof wimmelte es von luftigen, hellen Damenblusen, von wehenden Hüten, von schwatzenden, runden Wienerinnen, und um sie satte, gleichgültig dreinschauende, dicke, kleine Männer, hofierende schlanke Jünglinge, bärbeißige Alte . . ." „Ein Zug von Bachanten, verstehen's," schildert am nächsten Tag der Offizial Berger die Partie, „alles besoffen, verstehen's! Kerle mit zentnerschweren Bäuchen, rechts und links in ein Frauenzimmer gehängt!" Das ist das Wiener Leben nach diesem Buch, das in den Auslagen sämtlicher Literaturbuden Wiens und des Auslandes mit der Reklamschleife die Vorübergehenden anschreit: „„Phäaken" ist ein Großstadtroman, ist der typische Roman des „Wieners", der Roman seines Charakters, seines Naturells, seiner Fehler und Vorzüge. Ein literarisches Dokument zur Zeitgeschichte der Ostmark."

Es wird dem Autor Conte Scapinelli die krasseste Unkenntnis des Wiener Dialekts, der Volksgewohnheiten und der Örtlichkeit selbst nachgewiesen, und auf Grund erbrachter Beweise ganz richtig bemerkt:

„Wahrhaftig, welcher Wiener dieses Buch in die Hand bekommt, muß erstaunen über die bodenlose Frechheit dieser Reklame, über die Skrupellosigkeit des Autors, der, ohne auch nur eine Idee vom Wienertum zu haben, diesen Roman schrieb und so ausposaunen läßt, und über die Niederträchtigkeit eines in Wien erscheinenden Blattes, derartiges Wiener Lesern zuzumuten.

Wien hat es und das Wienertum nicht nötig, sich über Conte Scapinelli's Machwerk zu grämen. Einem Autor von solchen Schwächen glaubt das deutsche Lesepublikum nicht auf das schlecht abgewandelte Wort hin. Und daß die „Neue Freie Presse" sich beeilte, ihre beschmutzten Spalten auch diesem Afterkunstwerk (Rufe: Sehr gut!) zu eröffnen, ist ein willkommener Anlaß, die semitische Presse für ihre niederträchtige Maxime, alles zu verunreinigen, was nicht ihresgleichen und ihres Dienstes ist, neuerdings der allgemeinen Verachtung zu empfehlen."

Ich erlaube mir daher, mit Rücksicht auf die krasse Beleidigung, die der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung mit diesem Buche und der Publikation des Romanes in der „Neuen Freien Presse" angetan wurde, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, gegen eine derartige Herabsetzung der Stadt Wien und ihrer Bürger in Presse und Schrifttum entschiedenst Stellung zu nehmen? (Gem.-Rat Skaret: Die Gemeinde Wien ist doch kein Zensorenamt für derartige Fabeln! — Widerspruch. — Rufe: Was soll man sich noch alles sagen lassen!)

Bürgermeister: Ich habe nicht die Ehre, den Conte Scapinelli zu kennen, aber er scheint auch nicht die Ehre zu haben, die Wiener zu kennen. (Rufe: Sehr gut!) Was er hervorhebt, daß ein paar Leute hie und da einen Rausch kriegen, das kommt nicht bloß in Wien, das kommt in anderen Städten auch vor, und daß die Wiener hie und da lustig sind, ist eigentlich kein Unglück, sondern ein außerordentlicher Vorzug der Wiener. (Beifall.)

Ich glaube, ich kann gegen dieses Büchlein gar nichts machen, als daß ich Sie bitte, es einfach nicht zu kaufen und dem Inhalte desselben mit jener Verachtung zu begegnen, wie ich sie für solche Publikationen empfinde.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

26. Interpellation des **Gem.-Rates Schelz:**

In letzter Zeit wurde sowohl von Industriellen als auch Gewerbetreibenden durchweg Klage geführt, daß selbe mehreremale Fuhrwerke zur städtischen Gasanstalt entsenden müssen, bis sie endlich Koks erhalten. Ebenso verhält es sich mit Bestellungen, für die in der Länderbank Auftrag gegeben wird. Es verstreichen acht Tage und mehr, bis den Interessenten das Geforderte geliefert wird.

Die Ursache ist die große Ausfuhr.

Ich stelle an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ob in dem mit der Länderbank abgeschlossenen Vertrag Sorge getragen wurde, daß in erster Linie die Konsumenten in Wien zu berücksichtigen seien?

Bürgermeister: Die Antwort liegt bei und ich bitte den Herrn Schriftführer, sie zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Es ist richtig, daß nicht alle Personen, welche mit einem Fuhrwerke im Gaswerke erscheinen, um Koks zu kaufen, befriedigt werden können, und es ist auch richtig, daß die Länderbank nicht allen einlangenden Bestellungen entsprechen kann.

Die Ursache dieser Erscheinung ist jedoch nicht die angeblich große Ausfuhr von Koks, sondern der Koksmangel überhaupt, der nicht nur in Wien, sondern in fast ganz Europa herrscht.

Ich verweise diesbezüglich auf meinen in der Sitzung des löblichen Gemeinderates vom 13. September 1907 vollinhaltlich zur Verlesung gebrachten Bericht, aus welchem hervorgeht, daß der Koksmangel speziell beim Wiener städtischen Gaswerke dadurch hervorgerufen ist, daß die Preise des städtischen Gaskoks um vieles (bis zu 88 h per 100 kg) billiger sind als jene der Privat-Gasgesellschaften in Wien, was zur Folge hat, daß die Wiener Bevölkerung den billigen Gaskoks beziehen will.

Hiedurch und durch den Ausfall von Grubenkoks, welcher in früheren Jahren in Wien zum Verkaufe gelangte, ist die Nachfrage des Publikums nach städtischem Gaskoks so groß, daß die tägliche Koksproduktion nicht hinreicht, um alle Reflektanten zu befriedigen.

Ich füge in Ergänzung meines vorgenannten Berichtes noch folgende Ziffern bei:

In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. September 1906 wurden im Gaswerke abgegeben 12.165 Waggons.

Hievon gelangten in Wien zum Verkaufe 8156 Waggons.

In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. September 1907 wurden im Gaswerke abgegeben 10.329 Waggons.

Hievon gelangten in Wien zum Verkaufe 7982 Waggons.

In der vorgenannten Zeit des Vorjahres wurden nach Niederösterreich abgeführt 926 Waggons, heuer 727 Waggons.

In andere Provinzen oder Länder wurden im Jahre 1906 abgeführt 2000 Waggons, heuer 535 Waggons.

Es ergibt sich sonach, daß bisher in diesem Jahre um 1836 Waggons Koks weniger vom Gaswerke abgegeben wurden, weil eben kein Vorrat mehr vorhanden war, daß trotzdem in Wien nur um 174 Waggons weniger verkauft wurden und daß die Gesamtausfuhr von 2926 auf 1262 Waggons herabgesunken ist.

Eine Vertragsbestimmung, nach welcher der Länderbank die Ausfuhr von Koks verboten werden könnte, konnte seinerzeit mit Rücksicht auf die Verpflichtung der Länderbank, den produzierten Koks vom Gaswerke schlankweg abzuführen, nicht festgesetzt werden. Die Länderbank hat aber über Verlangen des Herrn Bürgermeisters zu wiederholtenmalen die Erklärung abgegeben, in erster Linie den Wiener Koksbedarf zu decken, und beweisen die vorgenannten Ziffern, daß die Länderbank auch dieser Erklärung entsprechend gehandelt hat."

Bürgermeister: Ich bedauere es sehr, daß ein Mitglied des Gemeinderates nicht weiß, daß einmal — es ist nicht allzulange her — so viel Koks vorhanden war, daß ein förmliches Gebirge sich auf dem Boden der städtischen Gasanstalt befunden hat. Diese wirklich unglaublichen Massen, die sich dort angesammelt hatten, waren auch ein Hindernis für die billige Bereitung der ganzen Gas-Erzeugung. Dazu ist noch gekommen, daß man gar nicht gewußt hat, wohin man eigentlich mit dem Koks gehen soll. Damals hat uns die Länderbank in wirklich außerordentlicher Weise von diesem Übelstande befreit und auch jetzt kommt sie uns derart entgegen, daß der größte Teil des Koks in Wien seinen Absatz findet und nur wenige Schlüsse, die in früherer Zeit des Koksüberflusses gemacht wurden und gemacht werden

mußten, in Erfüllung kommen, daher ein oder der andere Waggon nach auswärts geht.

Es wird also gewiß darauf gesehen, die Wünsche der Wiener Bevölkerung zu befriedigen und der Umstand allein, daß wir mit den Kokspreisen nicht so hinaufgegangen sind, wie wir eigentlich sollten, mag beweisen, daß wir für die Wiener Bevölkerung ein Herz haben und alles tun werden, ihren Wünschen gerecht zu werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

27. Interpellation des Gem.-Rates Klebinder:

Der geehrte Herr Bürgermeister hat seinerzeit öffentlich die Erklärung abgegeben, daß der Umbau der Ferdinandsbrücke sofort nach Fertigstellung der Marienbrücke erfolgen werde.

Diese Zusage des Herrn Bürgermeisters ist nicht in Erfüllung gegangen. Ich mag nicht in die sagenumsponnene Geschichte der Vergebung oder vielmehr der Nichtvergebung des Baues der neuen Ferdinandsbrücke hineingreifen. Ich konstatiere nur, daß im Jahre 1908 eine Ausstellung in Wien nicht stattfindet und daher jedes Hindernis für die Vornahme der Brückenbauarbeiten im nächsten Jahre entfallen ist.

Nachdem seit geraumer Zeit und auch gegenwärtig umfassende Rekonstruktionsarbeiten an der alten Ferdinandsbrücke vorgenommen werden und nicht angenommen werden kann, daß man Tausende von Gulden auf die Erhaltung der alten Holzbrücke verwendet, wenn man eine neue Brücke herstellen will, so ist der Glaube vielfach verbreitet, daß es in absehbarer Zeit überhaupt nicht zum Umbaue der Ferdinandsbrücke kommen wird.

Ich erlaube mir an den geehrten Herrn Bürgermeister die Frage zu richten:

Ob derselbe geneigt ist, dafür zu sorgen, daß die Ausschreibung des Brückenbaues ohne Verzug erfolge, der letztere im Frühjahre 1908 in Angriff genommen und im Jahre 1900 vollendet werde?

Bürgermeister: Ich habe zu wiederholtenmalen hier meinem Unmute über die Behandlung der Brückenfrage Ausdruck gegeben. Wenn es auf mich angekommen wäre, würde jetzt schon die Brücke im Bau begriffen und im nächsten Jahre vollendet sein. Warum das nicht geschehen ist? Ich kann den Faccanoni nicht fragen; das ist eine reine Unmöglichkeit. Das eine kann ich Ihnen nur sagen: Ich habe den Auftrag gegeben, daß unter jeder Bedingung zuerst die Ferdinandsbrücke gemacht wird. (Beifall.) Unter jeder Bedingung! Man ist nämlich teilweise wieder mit dem Gedanken umgegangen, zuerst an Stelle der Aspernbrücke eine neue Brücke zu setzen. Ich will es erleben, daß der letzte Pfeiler im Donaukanale endlich einmal verschwindet und habe daher dem Magistrats-Referenten — mit dem Stadtrats-Referenten habe ich noch nicht gesprochen — den Auftrag gegeben, es können zwar beide Brücken ausgeschrieben werden, unter jeder Bedingung muß aber zuerst die Ferdinandsbrücke ausgeschrieben und vollendet werden. Ich glaube, das liegt so sehr im Interesse der Stadt Wien und der gesamten Bevölkerung, daß alle in dieser Beziehung mit mir einverstanden sein werden. Über den Gegenstand dürfte in einer der nächsten Sitzungen des Stadtrates referiert werden. Ich kann nur versichern, daß ich alles daran setzen werde, um noch halbwegs lebendig (Heiterkeit) die Fertigstellung der Ferdinandsbrücke zu erleben. (Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

28. Interpellation des Gem.-Rates Winarsky:

In der Gemeinderats-Sitzung vom 12. Juli 1907 wurden die Beschlüsse über die Gehalts- und Lohnregulierung der städtischen Straßenbahnarbeiter und Bediensteten gefaßt und es wurde zugleich festgesetzt, daß diese Beschlüsse rückwirkend ab 1. Mai 1907 Geltung haben sollen.

Seit 1. August erhalten nun auch die Bediensteten und Arbeiter entsprechend diesen Beschlüssen die höheren Bezüge ausbezahlt. Für die Nachzahlung auf den höheren Lohn- beziehungsweise Gehaltssatz, der ihnen seit 1. Mai gebührt, bekamen die Arbeiter in den Bahnhofwerkstätten bis heute nicht einen Heller. Nun sind seitdem mehr als zwei Monate vergangen und die genannten Arbeiter warten noch immer vergeblich auf diese Nachzahlung. Nur die Arbeiter der Hauptwerkstätte Rudolfsheim erhielten den Rest ausbezahlt. Ja die Arbeiter der Bahnhofswerkstätten, die anfangs August das Unglück hatten, eine Waffenübung mitmachen zu müssen, haben nicht einmal die 15 K a conto, gleich den übrigen also bis jetzt vom Nachtrag gar nichts erhalten.

Da es sich um arme Leute handelt, die ohnehin keinen übermäßigen Verdienst haben, da die Arbeiter mit den Kronen, die sie erhalten sollen, lange gerechnet haben, trifft es sie doppelt schwer, wenn sie so lange in ganz ungerechtfertigter Weise auf ihr rechtmäßig erworbenes Geld warten müssen.

Ich erlaube mir daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Ist ihm die ungerechtfertigte Verzögerung in der Auszahlung der Lohn- und Gehaltsnachträge, auf welche die städtischen Straßenbahnarbeiter infolge der Gehaltsregulierung Anspruch haben, bekannt?

Gedenkt er zu verfügen, daß die Restbeträge sofort an alle Arbeiter der städtischen Straßenbahnen, die darauf Anspruch haben, ausbezahlt werden?

Bürgermeister: Ich bitte um die Verlesung der Interpellationsbeantwortung.

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Zur beiliegenden Interpellation des Gem.-Rates Leopold Winarsky berichtet die Straßenbahn-Direktion:

In der Gemeinderats-Sitzung vom 12. Juli d. J. wurde eine Lohnerhöhung bezüglich der Fahrbediensteten, der Bahnwächter Weichenwärter, Zeugwärter und Vorarbeiter genehmigt. Bezüglich der nach § 8 der Dienstordnung gegen Tag- oder Stundenlohn beschäftigten Werkstättenarbeiter wurde die Verfügung getroffen, daß dieselben je nach der Dienstzeit Anspruch auf einen bezahlten freien viertel, halben oder ganzen Tag haben. Die Straßenbahn-Direktion hat für diese letztgenannten Kategorien von Angestellten im Rahmen ihres Wirkungskreises überdies Lohnerhöhungen mit 27. Juli 1907 und 5. August 1907 bewilligt, und zwar ebenfalls rückwirkend vom 1. Mai 1907, womit sie den Intentionen des Gemeinderates zu entsprechen glaubte.

Zuerst wurde an die Ausführung des obgenannten Gemeinderatsbeschlusses geschritten und den hievon Betroffenen a-conto Zahlungen angewiesen, da die genaue Nachrechnung der Lohnerhöhungen und Nachträge für zirka 4000 Bedienstete längere Zeit erforderte, umsomehr als hiebei Mehr- und Minderleistungen, Krankheitsgebühren 2c. zu berücksichtigen waren. Erst nach Vollendung dieser Arbeit konnte an die genaue Berechnung der von der Straßenbahn-Direktion im eigenen Wirkungskreise bewilligten Lohnerhöhungen geschritten werden. Diesen Berechnungen mußten die tatsächlichen Leistungen an Stunden zugrunde gelegt und daher sämtliche Lohnbelege von zirka 1300 Angestellten für drei Monate durchgearbeitet werden.

Dem Werkstättenpersonale konnten auch nicht, wie dies bei den übrigen Bediensteten geschah, a-conto Zahlungen auf die Nachträge gewährt werden, da dessen Leistungen und Bezüge viel größeren Schwankungen unterworfen sind, als bei den übrigen Angestellten.

Bezüglich der der Dienstordnung unterworfenen Angestellten wurden die gesamten Nachträge in der vergangenen Woche ausbezahlt; die Arbeiten für die übrigen Angestellten sind fast beendet und werden die Anweisungen der Nachzahlungen in längstens zehn Tagen erfolgen."

Bürgermeister: Ich glaube, das ist wohl befriedigend. Ich bitte, weiter fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

29. Interpellation des **Gem.-Rates Skaret:**

Die „Wiener Landwirtschaftliche Zeitung" berichtet in ihrer Nummer vom 25. September 1907 über eine am 22. September stattgefundene Versammlung von Vertretern des Großgrundbesitzes, die eine Besprechung der sogenannten bevorstehenden Milchpreiserhöhung für Wien zum Gegenstande hatte.

Nach diesem Berichte sollen sich die Wiener Milchhändler mit einer Erhöhung des Milchpreises einverstanden erklärt haben und es heißt da unter anderem:

„Die Aktion zur Anpassung des Milchpreises an die erhöhten Erzeugungskosten nehmen ihren Fortgang und die Sektion werde schon demnächst, so wie die Marktlage es angezeigt erscheinen lassen werde, das Losungswort an die Milchwirte hinausgehen lassen."

Und weiter heißt es in dem Berichte:

„Es wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß nun eine möglichst große Anzahl von Milchwirten mit der Preiserhöhung den Anfang machen solle — und das werde auch geschehen. Dann werden auch die übrigen bald nachfolgen."

Der Aufschlag auf den bisherigen Milchpreis soll vorläufig weitere 2 h betragen, so verlangt es der Referent der Landwirtschaftlichen Vereinigung, der ..... Reichsritter v. Hohenblum. Es ist derselbe Herr v. Hohenblum, der wiederholt in Versammlungen und Konferenzen mit der nur ihm eigenen Art erklärte, daß er den Wienern die Preise für Vieh, Fleisch und sonstige Lebensmittel diktieren werde, und es ist derselbe, der das österreichische Ackerbauministerium zu einem Instrumente für die Interessen des österreichischen Großgrundbesitzes umgewandelt hat.

Obwohl die früher schon beabsichtigt gewesene Milchpreiserhöhung im Laufe des September mit Erfolg abgewehrt worden ist, versuchen es die Großgrundbesitzer, respektive ihr Helfershelfer der Herr v. Hohenblum, dennoch, den Wienern auf Schleichwegen den höheren Milchpreis zu diktieren. Und das alles, trotzdem die Futterpreise — wie die Statistik nachweist — gerade in diesem Jahre gegenüber 1904 sehr stark zurückgegangen sind.

Die Milchpreiserhöhung hat somit gar keine innerliche Berechtigung, weshalb ich mich genötigt sehe, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Was gedenkt derselbe zum Schutze der Wiener Bevölkerung angesichts dieser, durch gar nichts gerechtfertigten neuerlich geplanten Erhöhung des Milchpreises, durch die der ärmste Teil der Wiener Bevölkerung am schwersten betroffen würde und die sich in ihrer ganzen Art als nichts anderes, als ein hochmütiger Akt einiger Großgrundbesitzer und hauptsächlich vom Wiener Gelde unterstützten Molkerei-Genossenschaften darstellt, zu tun?

Bürgermeister: In dieser Angelegenheit wurde vom Magistrate unter dem 7. Oktober 1907, Z. 3735, an den Gemeinderats-Ausschuß für Approvisionierung ein eingehender Bericht erstattet.

Es wird also demnächst hier im Gemeinderate über diesen Gegenstand referiert werden.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

30. Anfrage des **Gem.-Rates Dr. Mittler:**

Bereits seit einigen Monaten liegt die Eingabe des Vereines der städtischen Beamten um Regelung der Bezüge und Anrechnung der Gesamtdienstzeit bei der Zeitbeförderung dem Stadtrate vor. Ein diese Eingabe erledigender Antrag wurde aber dem Gemeinderate bisher nicht zur Entscheidung unterbreitet, obwohl die allgemeinen Teuerungsverhältnisse, unter welchen der Beamtenstand wie kein anderer zu leiden hat, was auch seitens der die Majorität des Wiener Gemeinderates beherrschenden Partei an anderen Orten anerkannt wird, die dringlichste Behandlung der berechtigten Desiderien der städtischen Beamtenschaft erheischen.

Ich richte an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Welche Gründe sind für diese schleppende Behandlung einer Angelegenheit, deren Dringlichkeit nicht bestritten werden kann, maßgebend?

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Die Vorbereitung der Vorlage über die Bezugsregulierung für die Magistratsbeamten ist im vollen Gange, es haben auch schon bei der Magistrats-Direktion Komiteesitzungen über die Angelegenheit stattgefunden, die erforderlichen, sehr umfangreichen Erhebungen und Berechnungen konnten aber noch nicht vollständig zum Abschlusse gebracht werden; es wird jedoch möglich sein, schon in kurzer Zeit die bezügliche Vorlage dem Stadt- und Gemeinderate zu unterbreiten."

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

31. Interpellation des **Gem.-Rates Schlinger:**

Mit der Eröffnung der neuen Schule in Wien, XXI., Groß-Jedlersdorf, wurde auch der Schulsprengel dahingehend geändert, daß das ganze Gebiet bis zur Nordbahnstrecke zu demselben einbezogen wurde. Damit entsprach man einem Wunsche jenes Teiles der Bevölkerung, der früher die Kinder nach Leopoldau in die Schule schicken mußte. Als die Kinder nun eine Woche in die neue Schule gingen, wurde einigen Mädchen aus der 2. und 3. Klasse mitgeteilt, sie müßten wegen Überfüllung der Klasse wieder die Schule in Leopoldau besuchen.

Von dieser Verfügung sind nun die Eltern dieser Kinder keineswegs erbaut, weil der Weg zur Schule nach Leopoldau viel weiter ist und die Kinder zu Mittag kaum nach Hause gehen können, außerdem soll auch die Schule in Leopoldau überfüllt sein. Ferner stellt sich noch der Übelstand heraus, daß in einigen Familien ein Teil der Kinder nach Groß-Jedlersdorf und der andere Teil nach Leopoldau zur Schule gehen muß.

Da in der Schule in Groß-Jedlersdorf Lehrzimmer noch unbenützt stehen müssen, könnte durch Eröffnung dieser Lehrzimmer den oben angeführten Übelständen leicht abgeholfen werden. Es wäre dies umso notwendiger, als in einzelnen Klassen dieser Schule 70 und mehr Kinder untergebracht sind, was an einer neuen Schule gewiß nicht notwendig wäre.

Der Gefertigte stellt daher an den Herrn Bürgermeister folgende Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, Erhebungen pflegen zu lassen und Vorsorge zu treffen, daß diesen Übelständen gesteuert wird?

Bürgermeister: Diese Interpellation gehört eigentlich nicht in die Kompetenz des Gemeinderates, sondern in die Kompetenz der Schulbehörde. Ich habe sie dennoch verlesen lassen, um eine beruhigende Erklärung abgeben zu können.

Ich bitte um die Verlesung derselben.

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Der k. k. Bezirksschulrat berichtet hierüber (liest):

„Die in der Interpellation erwähnte Angelegenheit fällt nicht in den Wirkungskreis des Gemeinderates, sondern in jenen der Schulbehörden.

Ich habe daher sofort eine Abschrift dieser Interpellation der zuständigen Bezirks-Sektion des k. k. Bezirksschulrates mit dem Ersuchen übermittelt, im Einvernehmen mit dem Ortsschulrate des XXI. Wiener Gemeindebezirkes die vorgebrachten Beschwerden genauestens zu prüfen und etwaige Übelstände abzustellen."

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

32. Anfrage des **Gem.-Rates Dechant** und Genossen:

Durch das verspätete Einlangen der Eilgüter infolge der passiven Resistenz der Angestellten der k. k. priv. österr. Nordwestbahn, der k. k. priv. österr.-ungar. Staatseisenbahn und der k. k. priv. Eisenbahn Wien—Aspang erleiden die Wildbret- und Geflügelhändler und alle übrigen Lebensmittelhändler in Wien einen nach vielen Tausenden von Kronen zählenden Schaden dadurch, daß sämtliche dem schnellen Verderben unterliegende Lebensmittel im verwesten Zustande in Wien einlangen und naturgemäß dem Wasenmeister zur Vertilgung übergeben werden müssen.

Selbst das im lebenden Zustande zur Verfrachtung nach Wien aufgegebene Geflügel, kommt, wenn auch noch lebend, in einem Zustande in Wien an, daß es sofort nach Übernahme durch den Adressaten krepiert und an tausenden Stücken der Vertilgung durch den Wasenmeister anheimfällt.

Nicht genug an dem, daß die Verwaltungen eingangs erwähnter Bahnen nicht verstanden, die von ihnen längst vorausgesehene passive Resistenz zu verhüten und keine Vorkehrungen getroffen haben, damit derartige Bewegungen sich nicht wiederholen, die den Handel und Verkehr tief schädigen und Konsequenzen zeitigen, welche den Volkswohlstand zu untergraben geeignet sind, haben diese sich die Lieferzeit von der hohen Regierung um zwei Tage verlängern lassen, um dadurch jeder Schadensgutmachung enthoben zu sein.

Die Gefertigten erlauben sich die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister im Interesse der Approvisionierung der Stadt Wien und zum Schutze der Wiener Lebensmittelhändler geneigt, bei dem k. k. Eisenbahn- und dem k. k.

Handelsminister zu intervenieren, daß einerseits das für Wien bestimmte Wild und Geflügel, als auch alle anderen dem schnellen Verderben unterliegenden Approvisionierungsartikel sofort nach deren Einlangen an die Interessenten zur Abgabe gelangen und andererseits die eingangs zitierten Bahnverwaltungen verhalten werden, unbeschadet der verlängerten Lieferzeit den durch die passive Resistenz der Eisenbahner den Wiener Wildbret- und Geflügelhändlern und allen übrigen Lebensmittelhändlern zugefügten materiellen Schaden, welchen diese durch die Konfiszierung und Vertilgung der in Wien im verdorbenen Zustande eingelangten Lebensmittel erleiden, zu ersetzen?

Bürgermeister: Ich bitte um geneigte Aufmerksamkeit.

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Infolge der passiven Resistenz haben die davon betroffenen Eisenbahngesellschaften die Lieferfristen für Eilgüter, Lebensmittel und lebendes Vieh um zwei beziehungsweise drei Tage verlängert.

Durch diese Maßregel werden die Produzenten und Händler mit Lebensmittel, sowie auch das konsumierende Publikum schwer geschädigt.

Die Waren kommen zu einem großen Teile in total verdorbenem Zustande an und müssen vernichtet werden. Welchen Umfang die Konfiskationen annehmen, erhellt aus folgenden Ziffern:

Während der bisherigen Dauer der passiven Resistenz der Eisenbahner wurden konfisziert:

6 Rinder, 2 Kälber, 2 Schafe, 107 Schweine, über 1200 kg Fleisch, 2158 Stück Geflügel, 6000 kg Hirsch- und Rehfleisch, 178 Hasen, 428 Stück Federwild, 1176 kg Fische, 4500 kg Obst und 207 kg Preßhefe.

Infolge dieser bedeutenden Verluste, und solche Verluste sind bei einer so langen Lieferfrist unvermeidlich, wird selbstverständlich die Versendung von Waren, die dem Verderben unterliegen, also von Lebensmitteln insbesondere eingeschränkt, wodurch wieder die Preisbildung in diesen Artikeln ungünstig beeinflußt werden muß.

Es wäre daher an die Regierung das dringende Ersuchen zu stellen, die sofortige Aufhebung dieser schwer schädigenden Lieferfristverlängerung zu veranlassen und in Hinkunft einer Verlängerung der Lieferfristen für lebendes Vieh und Lebensmittel die Genehmigung zu versagen."

Bürgermeister: Ich werde veranlassen, daß eine solche Petition an das Ministerium gerichtet wird und ich werde trachten, vielleicht auch durch persönliche Einflußnahme dahin zu wirken, daß eine derartige Schädigung der Approvisionierung Wiens in Hinkunft vermieden wird.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

33. Anfrage des **Gem.-Rates Kunschak:**

In der Sitzung vom 1. März 1907 faßte der Wiener Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluß:

Der Magistrat wird beauftragt, wegen Vorlage eines Organisationsstatutes für die Straßensäuberung in allen Bezirken unter einheitlicher Leitung, sowie wegen Regelung der Sonntagsruhe und der Altersversorgung des Straßenpflege-Personales Erhebungen zu pflegen.

Durch seine einhellige Zustimmung zu obigen Antrage hat der Wiener Gemeinderat ausgesprochen, daß ihm die Forderungen des Antrages vollauf berechtigt und dringlich erscheinen. Da nun aber seit dieser Beschlußfassung fast acht Monate verstrichen sind, ohne daß dem Gemeinderate über das Schicksal des Antrages Bericht erstattet worden wäre, stelle ich an den Herrn Bürgermeister folgende Anfrage:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dem Gemeinderate über den derzeitgen Stand der in Frage stehenden Angelegenheit Bericht zu erstatten?

2. Ist der Herr Bürgermeister willens, den Auftrag zu geben, daß die Vorarbeiten des Magistrates beschleunigt und ehestens eine den Forderungen des besagten Antrages entsprechende Vorlage dem Gemeinderate unterbreitet werde?

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Da in vorliegender Angelegenheit vielfache und eingehende Erhebungen sowie umfangreiche Studien nötig sind, kann dermalen der genaue Zeitpunkt, wann ein entsprechendes Referat in Vorlage gebracht wird, noch nicht angegeben werden. Doch widmet der Magistrat der Dringlichkeit dieser Angelegenheit seine vollste Aufmerksamkeit."

Bürgermeister: Meine Herren! Es wird schon in der Sache sehr lange erhoben und studiert, hoffentlich aber werden wir doch bald in der Lage sein, Ihnen diesbezüglich Vorschläge zu machen und auch andere Skandale, die mit der Straßenreinigung verbunden sind, vollständig zu beseitigen.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

34. Antrag des **Gem.-Rates Tomola** und Genossen:

Die kürzlich abgeschlossenen Schuleinschreibungen bestätigten die schon in den letzten Jahren gemachte Erfahrung, daß die vorhandenen Schullokalitäten in Gersthof und Pötzleinsdorf zur Aufnahme der dort wohnhaften Schulkinder gänzlich unzureichend sind. Die Schule in Pötzleinsdorf ist zweiklassig und in einem sehr alten, schulhygienischen Forderungen in keiner Weise entsprechenden Gebäude untergebracht. Die Volksschule in Gersthof — je eine fünfklassige Volksschule für Knaben und Mädchen — stammen aus dem Beginn der Achtzigerjahre und sind heute, nachdem die Bewohnerzahl dieses Bezirksteiles sich seit jener Zeit mehr als verdreifacht hat, viel zu klein, um die in Gersthof ansässigen Schulkinder aufnehmen zu können. Es werden daher fast die Hälfte aller Gersthofer Schulkinder angewiesen, die Volksschule in der Köhlergasse 10 zu besuchen, die durch diese Zuschulungen wieder so überfüllt wird, daß sie die Kinder ihres Rayons abzuweisen genötigt ist, die dann anderwärts eingeschult werden müssen.

Im heurigen Jahre wurden die in Gersthof bis zur Witthauerstraße wohnhaften Schulkinder zum Besuche der Schule in der Köhlergasse angewiesen, das heißt, die Kinder aus dem obersten Teile Gersthofs müssen diesen Bezirksteil zur Gänze durchquerend und an der für Gersthof bestimmten Schule vorbei immer entlang der elektrischen Straßenbahn einen mehr als halbstündigen Weg zurücklegen, bis sie in die für sie bestimmte Schule kommen.

Solche Zustände sind so unhaltbar, daß ihre Beseitigung selbstverständlich sein sollte. In der Tat wurde an der Scheibenbergstraße schon ein Schulbauplatz erworben, dessen Lage eine überaus günstige ist.

Die Gefertigten stellen nun den Antrag:

Die Erbauung einer Doppel-Volksschule auf dem der Gemeinde Wien gehörenden Schulbauplatze an der Scheibenbergstraße im XVIII. Bezirke sei mit solcher Beschleunignng in Angriff zu nehmen, daß ihre Eröffnung zu Beginn des Schuljahres 1908/09 gesichert erscheint. Gleichzeitig mit dieser Eröffnung sei die bestehende zweiklassige Volksschule in Pötzleinsdorf Nr. 105 aufzulassen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

35. Antrag des **Gem.-Rates Aichhorn** und Genossen:

Die Gefertigten ersuchen den geehrten Herrn Bürgermeister:

Er wolle die Direktion der städtischen Straßenbahnen veranlassen, bei der Siebenbrunnenfeldgasse (im Laufe der Reinprechtsdorferstraße) eine Haltestelle nach Bedarf zu errichten.

Das Ansuchen wird begründet, daß bereits an Dienstagen und Freitagen während des Pferdemarktes auf Verlangen der Passagiere an diesen Stellen gehalten wird. Auch ist die Strecke von der Stolberggasse bis zum Matzleinsdorferplatz sehr lang und die Bewohner der Jahn-, Skala- Kompert- und Wimmergasse müssen sehr weit gehen, um eine von diesen Haltestellen zu erreichen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

36. Antrag des **Gem.-Rates Schneider:**

Um dem dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung des XX. und XXI. Bezirkes abzuhelfen, wird beantragt:

Es wäre auf der Linie der ehemaligen Dampftramway vormals Krauß & Komp. Augartenbrücke—Floridsdorf der Umsteigeverkehr mit den städtischen Straßenbahnen sofort einzuführen und die Umwandlung dieser Strecke bis zur Kaiser Franz Josefsbrücke mit elektrischen Betrieb in allernächster Zeit in Angriff zu nehmen.

Bürgermeister: Das ist wohl sehr wünschenswert. Wann ich dazu komme, kann ich heute noch nicht sagen, ein bisserl Geld kostet es, sehr viel Geld.

Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

37. Antrag des **Gem.-Rates Richter:**

Für den am Erzherzog Karlplatz wie am Sterneckplatz wohnhaften Teil der Bevölkerung der Leopoldstadt bildet die Ennsgasse einen Hauptverkehrsweg nach dem Praterstern, der von Fußgängern umsomehr bevorzugt wird, als diese Gasse noch wenig vom Fuhrwerke in Anspruch genommen wird.

Während sich zu Anfang und Ende dieses Straßenzuges längs der neuerbauten Häuser überall schöne, asphaltierte Trottoirs befinden, läßt der mittlere, noch unverbaute Teil nach der Richtung hin noch nahezu alles zu wünschen übrig.

Dort wird die eine Seite der Gasse zwischen den Häusern Nr. 1 bis 17 voraussichtlich schon in den nächsten Jahren völlig verbaut sein, ihre Gegenseite — zwischen den Nr. 6 bis 18 — aber bleibt der Bautätigkeit entzogen, da sich hier der städtische Reservegarten befindet, der auf dieser Strecke direkt in die Ennsgasse stößt und heuer durch ein modernes Eisengitter auf gemauertem Sockel nach der Straßenseite hin abgegrenzt wurde.

Es herrschen demnach auf dieser Seite des noch unverbauten Teiles der Ennsgasse bereits jene stabilen Verhältnisse, die für die Anlage eines soliden Trottoirs eine unerläßliche Vorbedingung sind.

Mit Rücksicht auf das tatsächliche Bedürfnis und unter besonderem Hinweis auf den Umstand, daß Hunderte von Schulkindern täglich hier ihren Weg zur Schule am Sterneckplatz nehmen, wird beantragt:

Herstellung eines asphaltierten Trottoirs oder eines beteerten Fußweges längs des Gitters des städtischen Reservegartens in der Ennsgasse.

Diese Arbeit ist als eine dringliche zu erachten und deshalb noch in diesem Herbste durchzuführrn.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

38. Antrag des **Gem.-Rates Huschauer:**

An der Ausmündung der Radiallinien bei der Wollzeile zum Ring, von den Linien Erdbergstraße, Landstraße und Ungargasse, wickelt sich stets ein reger Umsteigverkehr ab und sind die von diesen drei Linien umsteigenden Passagiere gezwungen, da an dieser Stelle, hauptsächlich an Markttagen in St. Marx und der Großmarkthalle ein ganz kolossaler Wagenverkehr stattfindet, mit Lebensgefahr zwischen Geleise und Trottoir hin und her zu pendeln.

Ich stelle daher den Antrag:

Es möge veranlaßt werden, daß längs des Ausmündungsgeleises, trotzdem die Passage an dieser Stelle eine sehr schmale ist, ein Rettungsplatz wenn auch nur 1 m breit und 6 bis 7 m lang, mit einer entsprechenden Beleuchtung errichtet werde.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

39. Antrag des **Gem.-Rates Gsottbauer:**

Die Bevölkerung des IX. Bezirkes hat seinerzeit die Errichtung eines städtischen Bades am rechten Ufer des Donaukanales, oberhalb der Brigittabrücke angestrebt. Infolge des Schleusenbaues bei der Augartenbrücke, wodurch eine Regulierung des Wasserstandes ermöglicht werden kann, unterblieb die Errichtung des erwähnten Bades; nachdem nun der Schleusenbau der Vollendung entgegengeht, wird der Antrag gestellt:

Das Kostenerfordernis für die Errichtung des städtischen Bades ober der Brigittabrücke im IX. Bezirke am rechten Ufer des Donaukanales in das Präliminare pro 1908 aufzunehmen und die Herstellung des Bades für die Saison 1908 zu sichern.

Bürgermeister: Sind noch nicht genug Bäder?

Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

40. Antrag des **Gem.-Rates Huschauer:**

Es sei ein Komitee zu bilden, daß sich als Ziel setzt, dem Erbauer der Semmeringbahn Karl Ghega ein Denkmal auf dem Rondeau der Gartenanlage vor dem Südbahnhofe (Abfahrtshalle, kommerzielle Direktion und Wiedenergürtel) zu errichten.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

41. Antrag des **Gem.-Rates Wippel** und Genossen:

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen sei zu beauftragen, außer der Linie Mariahilfergürtel—Zentral-Friedhof, in gewissen Intervalen direkte Züge Gellertplatz—Zentral-Friedhof verkehren zu lassen, was durch die Schleifenanlage am Gellertplatze leicht möglich ist.

Auch wäre zu erwägen, ob sich nicht die Linie Margaretenplatz—Zentral-Friedhof über Favoriten einlegen ließe.

Bürgermeister: Geht auch an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

42. Antrag des **Gem.-Rates Angeli** und Genossen:

Von den meisten Gotteshäusern, Schulen und sonstigen öffentlichen Gebäuden Wiens befinden sich geräuschlose Pflaster, um den lästigen Straßenlärm zu dämpfen.

Die altehrwürdige Lichtentaler Pfarrkirche entbehrt bis heute ein solches Pflaster, obwohl durch den stetig zunehmenden Verkehr auch dort der störende Straßenlärm bei gottesdienstlichen Handlungen sehr unangenehm empfunden wird. Die Bevölkerung des dortigen Bezirksteiles würde es mit Freuden begrüßen, wenn diesem Übelstande abgeholfen würde.

Ich gestatte mir daher den Antrag zu stellen:

Die Marktgasse und Lichtentalergasse, soweit die Kirche reicht, mit geräuschlosem Pflaster zu versehen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

43. Antrag des **Gem.-Rates Brenta** und Genossen:

Die Herbeckstraße im Bezirksteile (ehemalige Gemeinde Gersthof) ist eine der schönsten und breitesten Straßen im XVIII. Bezirke. Die Bewohner dieser Straße leiden an windigen Tagen sehr unter der Staubplage. Diesem Übelstande könnte teilweise abgeholfen werden, wenn die Baumscheiben mit Rasen belegt würden.

Die Gefertigten stellen den Antrag:

Im Frühjahre 1908 wären die Baumscheiben der Herbeckstraße mit Rasen zu belegen.

Bürgermeister: Geht auch an den Stadtrat.

Wir schreiten endlich zur Erledigung der Tagesordnung.

Die Herren Schriftführer konstatieren die Anwesenheit von mehr als 100 Mitgliedern des Gemeinderates. Wir werden daher an die Erledigung jener Gegenstände schreiten, zu deren Beratung nach der Geschäftsordnung die Anwesenheit von wenigstens 100 Mitgliedern des Gemeinderates erforderlich ist.

Zum Referate gelangt Herr Kollege Hörmann.

44. Referent Gem.-Rat Hörmann: Zahl 13238, Post 14, Kaufoffert des Manfred Huttrer auf die Baustellen Einl.-Z. 3264 und 3265 an der Riesgasse im III. Bezirke. Es sollen

zwei Baustellen mit einem Ausmaße von zirka 912 Quadratmeter verkauft werden. Der Quadratmeter wird mit 105 K berechnet, so daß die ganze Kaufsumme 136.841 K ausmacht. Der Käufer leistet eine Kaution von 5000 K. Die erste Anzahlung, welche binnen acht Tagen zu erlegen ist, beträgt 24.000 K, ein weiterer Betrag per 24.000 K ist ein Jahr später, und der noch verbleibende Rest ein weiteres Jahr später zu bezahlen. Der Kaufschillingsrest ist mit 4¾ Prozent zu verzinsen und auf der Realität an erster Stelle vorzumerken.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Die Herren, welche für den Antrag sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich konstatiere, daß der Antrag mit mehr als 80 Stimmen Majorität zum Beschlusse erhoben wurde.

Beschluß: Die Gemeinde Wien verkauft die beiden Mittelbaustellen Einl.-Z. 3264 und 3265 Grundbuch Landstraße an der Riesgasse im III. Bezirke im Ausmaße von 450.135 m² und 462·162 m² an Manfred Huttrer um den Einheitspreis von 105 K per Quadratmeter und unter folgenden Bedingungen:

a) Der Kaufschilling ist in der Weise abzustatten, daß ein Betrag von 24.000 K binnen acht Tagen nach Aufforderung, ein weiterer Betrag von 24.000 K ein Jahr später und der noch verbleibende Rest ein weiteres Jahr später bezahlt werden.

Dem Käufer bleibt jedoch das Recht vorbehalten, den jeweils aushaftenden Kaufschillingsrest auch ohne Einhaltung obiger Termine früher zu begleichen.

Der jeweilige Kaufschillingsrest ist mit 4·75 Prozent halbjährig im vorhinein zu verzinsen.

b) Der Kaufschillingsrest ist auf den beiden oberwähnten Baustellen je mit dem nach ihrem Ausmaße entfallenden Teilbetrage an erster Stelle zugunsten der Verkäuferin pfandrechtlich sicherzustellen.

c) Der Käufer übernimmt die auf den beiden Baustellen zugunsten der Gemeinde einzuverleibende Verpflichtung, dieselben bis Ende des Jahres 1909 der Verbauung zuzuführen, beziehungsweise die Neubauten benützungsfähig zu vollenden.

Zur Sicherstellung dieser Verpflichtung hat ein Teilbetrag des erlegten Vadiums per 5000 K als Kaution bei der städtischen Hauptkassa liegen zu bleiben. Die Gemeinde ist berechtigt, diesen Kautionsbetrag für den Fall der Nichterfüllung der vom Käufer eingegangenen Verpflichtung ohne jede gerichtliche Intervention zu den eigenen Geldern der Gemeinde einzuziehen.

d) Sämtliche mit diesem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung, sowie die mit der seinerzeitigen Löschung der Pfandrechte und Reallasten verbundenen Kosten und Gebühren, weiters die bezüglich der Zinsen des Kaufschillingsrestes zur Vorschreibung gelangende Rentensteuer trägt der Käufer.

e) Bis zur erfolgenden Verbauung der Bauplätze wird der Käufer dieselben entsprechend einfrieden.

Bürgermeister: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Dr. Deutschmann.

45. Referent Gem.-Rat Dr. Deutschmann: Beilage Nr. 239, Zahl 12933, Post 15. Hier wird dem Gemeinderate ein Übereinkommen vorgelegt, womit die Grundstücke, welche zur Erbauung der Lokalbahn Krems—Grein benötigt werden, zum Bahnbaue überlassen werden und auch die Entschädigung bestimmt wird, welche dafür zu leisten ist. Die Enteignung ist seitens der Statthalterei bereits erfolgt und ich bitte, die Vorlage, welche ja in Ihren Händen ist, annehmen zu wollen.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere, daß der Antrag mit mehr als 80 Stimmen Majorität angenommen ist.

Beschluß: 1. Mit Rücksicht darauf, daß auf Grund der Erlässe des k. k. Eisenbahnministeriums vom 31. Oktober und vom 2. Dezember 1906, ZZ. 15533 und 40602, die Baubewilligung für die Lokalbahn Krems—Grein erteilt wurde, wird zwischen der Gemeinde Wien namens des Wiener Bürgerspitalfondes als Eigentümer des Fondsgutes Spitz a. d. Donau und der Aktiengesellschaft „Lokalbahn Mauthausen—Grein", welcher mit der Urkunde vom 14. Dezember 1905, R.-G.-Bl. Nr. 190, die Konzession zum Baue und Betriebe einer als normalspurigen Lokalbahn auszuführenden Lokomotiveisenbahn von der Station Krems der Staatsbahnlinie Absdorf - Krems bis zur Station Grein der Lokalbahn Mauthausen—Grein erteilt wurde, nachfolgendes

Übereinkommen

getroffen:

I.

Der Wiener Bürgerspitalfond tritt an die Aktiengesellschaft „Lokalbahn Mauthausen-Grein" nachbezeichnete, auf Grund des Erkenntnisses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 28. Jänner 1907, Z. VI, 366/52, zum Zwecke des Baues und Betriebes der Lokalbahn Krems—Grein enteignete Grundflächen ab:

a) einen Teil der Kat.-Parz. 496, Spitz a. d. D., Landtafeleinlage 587, per 850 m² um den Einheitspreis von 7 h per Quadratmeter;

b) einen Teil der Kat.-Parz. 377, Spitz a. d. D., Einl.-Z. 267, per 570 m² um den Einheitspreis von 1 K per Quadratmeter;

c) einen Teil der Kat.-Parz. 376, Spitz a. d. D., Einl.-Z. 267, per 2170 m² um den Einheitspreis von 3 K per Quadratmeter;

d) einen Teil der Kat.-Parz. 432, Spitz a. d. D., Einl.-Z. 267, per 120 m² um den Einheitspreis von 3 h per Quadratmeter;

e) einen Teil der Kat.-Parz. 466/2, Landt.-Einl.-Z. 587, per 124 m² um den Einheitspreis von 1 K per Quadratmeter;

f) einen Teil der Kat.-Parz. 155, Schwallenbach, Landt.-Einl.-Z. 587, per 66 m²;

g) einen Teil der Kat.-Parz. 243/1 Schwallenbach, Landt.-Einl.-Z. 587, per 372 m²;

h) die Kat.-Parz. 148 3 Schwallenbach, Einl.-Z. 123 per 108 m²;

i) einen Teil der Kat.-Parz. 153 Schwallenbach, Einl.-Z. 123, per 1188 m²;

j) einen Teil der Kat.-Parz. 150/1 (richtig 150/2) Schwallenbach, Einl.-Z. 123 per 160 m²;

k) einen Teil der Kat.-Parz. 152/1 Schwallenbach, Einl.-Z. 123 per 130 m²,
und zwar die sub f—k angeführten Grundflächen um den Pauschalbetrag von 2000 K.

l) einen Teil der Kat.-Parz. 144, Schwallenbach, Landt.-Einl.-Z. 587, per 920 m² um den Einheitspreis von 10 h per Quadratmeter.

Außerdem überläßt der Wiener Bürgerspitalfond der Aktiengesellschaft „Lokalbahn Mauthausen—Grein" den zwischen dem enteigneten Teile der Kat.-Parz. 376 Spitz a. d. Donau und der Bezirksstraße Spitz-Schwallenbach gelegenen Grund, gleichfalls einen Teil der Kat.-Parz. 376 Spitz a. d. Donau per zirka 180 m² um den Einheitspreis von 3 K per Quadratmeter.

II.

Für die Einräumung des Rechtes der Unterfahrung der Kat.-Parz. 496 Spitz a. d. Donau, Landt.-Einl.-Z. 587 mittels Tunnels in der Länge von zirka 25 m bezahlt die Aktiengesellschaft „Lokalbahn Mauthausen—Grein" — im Folgenden kurz die Gesellschst genannt — eine Entschädigung im Betrage von 56 h per Kurrentmeter.

Falls die Kat.-Parz. 432 Spitz a. d. Donau Einl.-Z. 267 mittels Tunnels in einer Länge von zirka 10 m unterfahren werden sollte, ist an den Wiener Bürgerspitalfond gleichfalls eine Entschädigung von 56 h per Kurrentmeter zu bezahlen.

III.

Die Gemeinde Wien namens des Wiener Bürgerspitalfondes nimmt znr Kenntnis, daß die hinsichtlich der Kat.-Parz. 376 Spitz a. d. Donau bei der politischen Begehung und Enteignungsverhandlung geforderte Servitut der Wasserableitung über diesen Grund nach dem genehmigten Projekte gegenstandslos geworden ist.

IV.

Die Gesellschaft vergütet dem Wiener Bürgerspitalfond als Ersatz für den Entgang des Pachtschillings rücksichtlich der von den Kat.-Parz. 376 und 377 Spitz a. d. Donau abzutretenden Grundflächen den Betrag von 403 K.

V.

Falls zur Sicherung des Bestandes und Betriebes der Bahn für den auf der Kat.-Parz. 466/2 Spitz a. d. D., 155 und 243/1 Schwallenbach betriebenen Steinbruch derartige Maßregeln zwischen dem Bauunternehmen und dem Wiener Bürgerspitalfonde vereinbart werden müßten, daß der Betrieb des Steinbruches bedeutend erschwert oder unmöglich gemacht würde, wird der Wiener Bürgerspitalfond die Einlösung des ganzen Steinbruches und die hiezu nötige Einleitung eines neuen Verfahrens begehren.

Die von dem Bahnunternehmen zur Sicherung des Bestandes und Betriebes der Bahn für den Steinbruch in Aussicht genommenen Maßnahmen sind in jedem einzelnen Falle von der Bahnverwaltung mit dem Fonde zu vereinbaren und dürfen nicht einseitig vorgeschrieben werden.

VI.

Voraussetzung dieses Übereinkommens ist, daß der an der Grenze der Kat.-Parz. 155 und 243/1 Schwallenbach vorgesehene Durchlaß mit einer Höhe von 3 m und einer Breite von 3 m im Lichten aufrecht bleibt, beziehungsweise tatsächlich zur Ausführung gelangt.

Ferner wird bedungen, daß der zwischen km 20·3 und 20·4 in Aussicht genommene Durchlaß in der Richtung des bestehenden Wassergrabens ausgeführt wird und daß die von der Kat.-Parz. 144 Spitz a. d. D. im Eigentum des Wiener Bürgerspitalfondes verbleibende Teilfläche ohne weitere Beschränkung als Depot-, insbesondere als Holzlagerplatz verwendet werden darf.

VII.

Da nach dem konsentierten Projekte für den Bahnbau der von der Kat.-Parz. 152/2 Schwallenbach (Eigentum der römisch-katholischen Pfarrkirche in Spitz a. d. D.) über die dem Wiener Bürgerspitalfonde gehörige Kat.-Parz. 148/3 Schwallenbach führende Weg, dessen Bestand auf der Grundbuchseinlage 123 Schwallenbach grundbücherlich sichergestellt ist, verschwindet, hat die Gesellschaft einen entsprechenden Ersatzweg auf ihre Kosten herzustellen.

VIII.

Die Übergabe der den Gegenstand dieses Übereinkommens bildenden Gründe erfolgt nach Genehmigung dieser Transaktion durch den Wiener Gemeinderat. Nur die Übergabe der für den Betrieb des Steinbruches verwendeten Flächen kann erst nach dem 31. Dezember 1907 erfolgen. Sollte die Übergabe der letzterwähnten Gründe vor diesem Zeitpunkte begehrt werden, müßte sich die Gesellschaft mit den dermaligen Pächtern selbst auseinandersetzen, beziehungsweise den Wiener Bürgerspitalfond für alle von den Pächtern anläßlich der vorzeitigen Auflösung

der Pachtverhältnisse an den Fond zu stellenden Forderungen vollkommen schad- und klaglos halten.

Sämtliche Feldfrüchte, Anpflanzungen, sowie Holz- und Baumbestände bleiben Eigentum des Wiener Bürgerspitalfondes, welcher dieselben jedoch auf eigene Kosten und Gefahr in der von der Gesellschaft, beziehungsweise den Organen der k. k. Eisenbahnbauleitung Krems festzusetzenden Frist aus dem Bereiche des Eisenbahngrundes zu beiseitigen hat.

IX.

Mit Ausnahme des auf der Kat.-Parz. 148/3 Spitz an der Donau, Einl.-Z. 123 lastenden Wegerechtes sind sämtliche Gründe lastenfrei an die Gesellschaft zu übergeben.

X.

Die an den Wiener Bürgerspitalfond zu leistenden Entschädigungsbeträge sind nach Maßgabe und in dem Zeitpunkte der Übergabe der Grundstücke in den physischen Besitz der Gesellschaft fällig.

XI.

Die Steuern samt Zuschlägen, Abgaben 2c. hinsichtlich der den Gegenstand dieses Übereinkommens bildenden Gründe trägt vom Tage der Besitzergreifung die Gesellschaft.

XII.

Die mit der grundbücherlichen Durchführung dieses Rechtsgeschäftes verbundenen Kosten und allfälligen Gebühren fallen der Gesellschaft zur Last.

XIII.

Beide vertragschließenden Teile verzichten hinsichtlich der oberwähnten Entschädigungsbeträge auf das Rechtsmittel wegen Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes und auf die Einwendung des Irrtums.

---

2. An die k. k. Eisenbahnbauleitung Krems ist das Ersuchen um tunlichste Erhaltung der Teufelsmauer zu richten.

Bürgermeister: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Wessely.

46. Referent Gem.-Rat Wessely: Zahl 12696, Post 11, Festsetzung eines Minimalpreises für die projektierte Baustelle I an der Ecke der Mariahilferstraße und verlängerten Windmühlgasse.

Es wird der Antrag gestellt (liest):

„Für die durch Abtragung des Pfarrhofes und der alten Kirche St. Josef ob der Laimgrube, Einl.-Z. 666 und 667, VI. Bezirk, entstehende Baustelle an der Ecke der Mariahilferstraße und der verlängerten Windmühlgasse mit einem Ausmaße von zirka 526·88 m² wird ein Minimalverkaufspreis von 1000 K per Quadratmeter, das sind zirka 526.880 K, festgesetzt. Der Magistrat wird beauftragt, wegen Erwirkung des nach § 59, lit. k des Wiener Gemeindestatutes erforderlichen Landesgesetzes schleunigst das Geeignete zu veranlassen.

Bürgermeister: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit mehr als 80 Stimmen Majorität angenommen.

Beschluß: Für die durch Abtragung des Pfarrhofes und der alten Kirche St. Josef ob der Laimgrube, Einl.-Z. 666 und 667 VI. Bezirk entstehende Baustelle an der Ecke der Mariahilferstraße und der verlängerten Windmühlgasse mit einem Ausmaße von zirka 526·88 m² wird ein Minimalverkaufspreis von 1000 K per Quadratmeter, das sind zirka 526.880 K festgesetzt. Der Magistrat wird beauftragt, wegen Erwirkung des nach § 59, lit. k des Wiener Gemeindestatutes erforderlichen Landesgesetzes schleunigst das Geeignete zu veranlassen.

Bürgermeister: Zum Referate gelangt Herr Vize-Bürgermeister Hierhammer.

Ich bitte um Ihre geneigte Aufmerksamkeit.

47 und 48. Referent Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich habe die Ehre, zu den Zahlen 13549 und 13550, Post 24 und 25 zu referieren.

Die Herren werden sich erinnern, daß der Gemeinderat am 14. Juli 1907 den Beschluß gefaßt hat, den Betrag von zehn Millionen Kronen zum Zwecke der Erbauung einer Krankenanstalt in Wien zu widmen, und daß er gleichzeitig den Herrn Bürgermeister ermächtigt hat, wegen Durchführung dieser Widmung sich mit der Statthalterei und der autonomen Landesverwaltung ins Einvernehmen zu setzen, und dann über das Ergebnis dieser Verhandlungen dem Gemeinderate zu berichten. Der Beschluß des Gemeinderates könnte in dreifacher Hinsicht verwirklicht werden. Zunächst durch den Krankenanstaltenfond, dann durch das Land Niederösterreich und drittens durch die Gemeinde selbst, indem sie die Krankenanstalt selbst baut und auch den Betrieb in eigene Regie übernimmt.

Die Verhandlungen, die der Herr Bürgermeister mit der niederösterreichischen Statthalterei gepflogen hat, haben insofern zu keinem befriedigenden Resultate geführt, als das bloß mündlich gemachte Anbot sich auf die Zusicherung beschränkte, daß Zubauten entweder zum Wilhelminenspitale oder zum Kaiser Franz Josef-Spitale mit einem Fassungsraume von 600 Betten gemacht, oder die Verteilung dieser 600 Betten auf beide Spitäler vorgenommen werden soll.

Es ist klar, daß durch die Annahme dieses Anbotes die Absicht des Wiener Gemeinderates, ein Denkmal zur Erinnerung an ein bedeutungsvolles Jahr zu schaffen, nicht hätte verwirklicht werden können. Denn diese Zubauten wären schließlich in kürzester Zeit nichts anders geworden, als ein Bestandteil der bereits vorhandenen Spitäler. Aber auch die Absicht, einem brennenden Übelstande, der herrschenden Spitalsnot abzuhelfen, wie es im Berichte heißt, wäre mit dem, was die Statthalterei wollte, nicht erreicht worden, denn 600 Betten sind wohl etwas wenig. Dabei käme noch in Betracht, daß diese 600 Betten ebenso verwaltet worden wären wie die übrigen Krankenanstalten.

Es ist zweifellos, daß die Wurzel aller Übelstände der gegenwärtig in Betrieb stehenden Wiener Krankenanstalten darin liegt, daß sie zumeist klinischen Zwecken dienen.

An uninteressanten Lehrstoffen haben natürlich die Kliniken kein Interesse. Und was die Verpflegung von armen Leuten anlangt, die im Genusse einer Armenunterstützung stehen und für die das Land die Zahlung der Verpflegskosten nicht zu leisten braucht, so ist es zweifellos, daß sie für die Krankenanstalten nur eine Last bedeuten, die ihr Defizit vergrößern würde. Der Zubau zum Wilhelminenspital würde dem Krankenanstaltenfonde nur die Gelegenheit bieten, sich seiner Verpflichtung zu entziehen, die gewiß besteht und von der wir nicht lassen wollen.

Würden wir zugestimmt haben, daß die 600 Betten von unserem Gelde errichtet werden, so würde der Staat sich einfach seiner Pflicht entzogen haben und wir hätten einfach statt 1000 Betten nur 600 Betten mehr.

Es ist nun weiters die Idee aufgetaucht, die neue Krankenanstalt durch das Land zu erbauen und sie an die neue Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke im XIII. Bezirke anzugliedern.

Diese Idee ist aber über unverbindliche Besprechungen nicht hinausgediehen. Es ist zweifellos, daß diese Idee Nachteile hat, insbesondere kommt der Umstand in Betracht, daß sich die Gemeinde jeden Einflusses auf den Betrieb und die Verwaltung dieser Anstalt begeben würde.

Die Intentionen, die dem Gemeinderate bei der Fassung des seinerzeitigen Beschlusses vorschwebten, glaube ich — und ich bin überzeugt, Sie werden mit mir übereinstimmen — können am besten nur dadurch verwirklicht werden, wenn die Gemeinde Wien ihr Spital selbst baut und selbst betreibt. Es ist allerdings von vielen Seiten geltend gemacht worden, daß die Gemeinde durch Schaffung eines solchen Spitales ihren prinzipiellen Standpunkt in Spitalsfragen selbst erschüttern würde und daß mit dem gewidmeten Betrage wohl die Errichtung eines Krankenhauses gesichert sei, keineswegs aber der Betrieb und die weiteren Aufwendungen, die notwendig sein werden, um den Betrieb zu sichern. Nun, meine Herren, der erste Einwand dürfte nicht stichhältig sein, denn das Spital wird freiwillig erbaut und außerdem aus einem ganz besonders denkwürdigen Anlasse, es ist also eine Widmung in richtiger Wahrnehmung eines dringenden Bedürfnisses der Bevölkerung und ich glaube, daß dadurch ein Präjudiz nicht geschaffen wird.

Was nun die Kosten anbelangt, so wird ausgeführt, daß im Wiener Versorgungsheime ein Bett um den Betrag von 3400 K hergestellt werden konnte. Nun dürfte um den Betrag von 8000 K, den wir als Grundlage für ein Bett annehmen, doch auch ein Krankenbett herzustellen sein. Beim Versorgungsheime kostete der Grund 500.000 K, die innere Einrichtung rund 500.000 K, der Bau selbst 4,797.640 K, das macht zusammen 5,797.640 K.

Wir nehmen nun, um vollständig sicher zu gehen, eine höhere, Ziffer und zwar 8 Millionen an. Wir hätten somit den Überschuß von 2 Millionen von der Widmung von 10 Millionen als Betriebskapital und von diesem ergeben sich als Zinsen 80.000 K, die wir also für etwaige Betriebsabgänge und nichteinbringliche Verpflegskosten verwenden könnten.

Sie haben die Anträge mit ihrer Motivierung gewiß eifrig studiert. Ich glaube Ihnen mit gutem Gewissen empfehlen zu können, daß Sie den Antrag: Die Gemeinde Wien möge das Kaiserregierungsjubiläumsspital selbst erbauen und als eine öffentliche Krankenanstalt selbst betreiben, annehmen.

Ich möchte nur noch hinzufügen, daß es immer, wenn ein großes Werk und auch, wenn ein kleines Werk geschaffen werden soll, Leute geben wird, denen etwas nicht recht ist. Es gibt aber auch immer Leute, die ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellen und an die Allgemeinheit nicht viel denken. So hat sich natürlich auch eine Anzahl Villenbesitzer gefunden, die Deputationen geschickt und auch Zuschriften an uns gerichtet haben, in welchen gesagt wird: Das aufblühende Villenviertel sei gefährdet.

Meine geehrten Herren! Sie alle sind mit mir fest überzeugt, daß dort ein Spital in keiner Weise genieren kann, weil es am äußersten Ende der Gemeindegrenze zu liegen kommt. Es ist sicher, daß jeder billig denkende Mensch darin nur einen Vorteil, aber niemals einen Nachteil erblicken kann.

Ich glaube, die Villenbesitzer, welche sich dagegen ausgesprochen haben, sollten in sich gehen und sich das überlegen und bedenken, daß ihr eigenes Interesse nicht höher steht als die Interessen von 1000 armen, kranken, notleidenden Menschen, die hier Heilung und Erholung finden sollen. (Beifall.)

Von diesem Gesichtspunkte müssen wir uns als Gemeinderäte der Stadt Wien leiten lassen, nicht aber von Sonderinteressen der reichen Villenbesitzer.

Ich bitte Sie daher, den Antrag anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister (unterbrechend): Die Herren sind einverstanden, daß beide Referate unter einem besprochen werden? (Zustimmung.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer (fortfahrend): Was den Bauplatz anlangt, so sind größere Grundkomplexe, die sich für den Zweck eignen, ins Auge gefaßt worden. Da war zunächst ein großer Komplex in Hütteldorf, einer am Flötzersteig, einer in Gersthof, einer in Grinzing und einer außerhalb Wiens gelegen, mit einem wunderschönen Parke, der aber kaum für das Spital zu verwenden wäre, weil eine Kanalisierung dort fast unmöglich ist.

Ich glaube, Sie werden auch hier mit mir übereinstimmen, daß der idealste Bauplatz der ist, den wir selbst zum größten Teile besitzen — hier liegt der Plan — und zwar angrenzend an das Versorgungsheim im XIII. Bezirke. Die Ziffern über das Ausmaß sind im Berichte genau enthalten. Ich erlaube mir die diesbezügliche Stelle aus dem Schlusse des Berichtes zu verlesen (liest):

„Durch die Genehmigung dieser Grundkäufe würde die Gemeinde Wien Eigentümerin eines Grundkomplexes von nahezu 700.000 m² sein, auf dem sich das Versorgungsheim, das Spital und das Bürgerversorgungshaus mit seinen Zweiganstalten befinden würde."

Ich habe früher vergessen zu sagen, daß wir außer dem Spitale auch ein Bürgerversorgungshaus, eventuell ein Wöchnerinnenheim und vielleicht noch andere Anstalten planen und daß so ein ganz kolossaler Komplex von Humanitätsanstalten geschaffen wird, die die Gemeinde Wien in das Leben gerufen hat. Der hiefür in Aussicht genommene Bauplatz kann geradezu ein idealer in Bezug auf Lage, Klima, Bodenbeschaffenheit und Leichtigkeit der Verbauung genannt werden; Kanalisierung, Zuleitung des Trinkwassers und elektrischen Stromes bieten mit Rücksicht auf die Nähe des Versorgungsheimes keine Schwierigkeit;

in kürzester Zeit wird dieser Bezirksteil auch an das Netz der städtischen Straßenbahn angeschlossen sein.

Ich komme nun zum Schlusse des Referates Post 24, indem ich bitte, die im Berichte unter B gestellten Anträge anzunehmen und ich glaube, Sie werden das einstimmig tun. (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Stiaßny pro.

Gem.-Rat Stiaßny: Sehr geehrte Herren! Ich habe mich aus zwei Gründen zum Worte gemeldet, erstens um im eigenen Namen und im Namen der Partei, der ich anzugehören die Ehre habe, bekanntzugeben, daß wir den Anträgen des Herrn Referenten, die er uns soeben bekanntgegeben hat, vollständig zustimmen (Beifall), aber auch aus dem Grnnde, um bei einer kurzen Besprechung der Angelegenheit einige Anregungen zu Verbesserungen zu geben, die vielleicht den Beifall des Gemeinderates finden dürften.

Vor allem halte ich es vom Standpunkte des Technikers, der selbst auf dem Gebiete des Spitalbauwesens einiges geleistet hat, für meine Pflicht, zu konstatieren, daß der von dem Herrn Referenten vorgeschlagene Bauplatz von sämtlichen uns genannten Bauplätzen der weitaus günstigste, ja absolut genommen der günstigste ist, und zwar nicht nur durch seine hohe Lage, sondern auch insbesondere durch den Umstand, daß er durch das leicht abschüssige Gefälle, welches das Terrain dort aufweist, eine ausgezeichnete Kanalisierung ermöglicht und durch den weiteren Umstand, daß eine Arrondierung bis zu der erforderlichen Größe — und ich werde mir in dieser Beziehung später eine Anregung zu geben erlauben — mit Leichtigkeit und ohne bedeutende Kosten, ohne Befriedigung überspannter Forderungen möglich sein wird.

Was ich aber jetzt schon in Anspruch nehme, das ist die sofortige Herstellung — sofortig in dem Sinne, daß sie erfolgen muß, wenn das Gebäude seiner Benützung übergeben wird — einer ausgezeichneten Verbindung mit dem städtischen Straßenbahnnetze, und zwar nicht durch eine einzige Linie, weil, wenn ein unglücklicher Zufall diese Linie unterbrechen würde, das Spital mit der eigentlichen Stadt nicht mehr in Verbindung wäre. Ich beanspruche also — und dagegen wird gewiß kein Widerspruch erhoben werden — eine ausgezeichnete Verbindung mit unserem städtischen Straßenbahnnetze.

Der Herr Referent schlägt vor, daß wir jeden Anschluß an bestehende Krankenanstalten ablehnen sollen (Zustimmung) und ich kann ihn und den Stadtrat, dessen Meinung er vertritt, hiezu nur beglückwünschen. Wir wollen etwas Großartiges, aber Selbständiges schaffen (Beifall) und, meine Herren, ich kann Ihnen sagen, ohne daß ich dabei die Eigenschaft eines Propheten in Anspruch nehme, wir werden etwas Ausgezeichnetes schaffen, weil wir uns auf die sehr gute Qualität unserer Ämter, insbesondere des Stadtbauamtes, vollkommen verlassen können. Ich weiß, warum ich diesen Ausspruch getan habe und wenn Sie das nicht wissen, so werden Sie es begreiflich finden, warum ich als alter guter Wiener und Gemeinderat hervorhebe, daß wir uns auf unser Stadtbauamt vollständig verlassen können. Ich will — und das werden Sie alle wollen — daß wir nicht nur ein gutes, sondern auch ein musterhaftes Spital errichten und das wird auch den Intentionen unseres Herrn Bürgermeisters, der auf diesem Gebiet sehr bewandert ist, gewiß entsprechen.

Ich möchte mir nur noch erlauben, einige Worte über das Ausmaß der Grundfläche, welche in Anspruch genommen werden soll, zu sprechen und bei diesem Anlaß auf einen kleinen Rechenfehler aufmerksam machen — auf den Sie jedoch nicht eingehen wollen — welcher auf Seite 3 unterlaufen ist.

Wir verfügen nicht über 170.000 m², sondern über 181.768 m⁵, wenn ich alles das, was der Herr Referent aufgezählt hat, zusammenrechne. Das ist ein sehr großes Terrain, wir wollen aber Pavillons für 1000 Betten bauen und da wir doch ein musterhaftes Spital bauen wollen, so wünsche ich, daß das Terrain, welches wir zu diesem Zwecke erwerben, die Größe von 250.000 m² erreichen möge, mit einem Worte, ich spreche schon jetzt meine Zustimmung aus, wenn der Stadtrat über die in diesem Projekte angegebenen Flächen hinaus noch weitere Flächen erwirbt, um dem Spitale 250.000 m² zuführen zu können. Das ist keine willkürliche Ziffer, sondern eine solche, welche von allen Autoritäten der Welt als das Normale des Flächenraumes per Bett bezeichnet wird.

Es wird in dem Referate allerdings auf den ungewöhnlich großen Luftraum, der unserem zukünftigen Gemeindespitale zur Verfügung stehen wird, hingewiesen. Aber es handelt sich nicht nur um den Luftraum allein, sondern darum, daß möglichst große Entfernungen zwischen den einzelnen Pavillons geschaffen werden, so daß in dem wohl unwahrscheinlichen, aber immerhin denkbaren Falle des Ausbruches einer Epidemie in einem Pavillon die vollständige und sichere Absperrung dieses Pavillons und seine totale Isolierung eintreten und der Verbreitung einer Epidemie wirksam entgegengetreten werden kann.

Die vielen Vorteile des Bauplanes sind im Referate enthalten, aber ein kleiner Nachteil haftet ihm doch an, der sich allerdings mit der Zeit beseitigen läßt und den ich sobald als möglich beseitigt wissen möchte. Das zu errichtende Spital kommt eigentlich auf den grünen Anger — mehr oder weniger kann man diesen Ausdruck auf die Flächen anwenden — zu stehen. Wir wünschen nun, daß sobald als möglich um jedes einzelne Gebäude ein prächtiger Park entstehen soll. Ich bringe daher schon jetzt in Anregung, daß nicht erst nach Vollendung der einzelnen Pavillons, sondern jetzt schon während der Ausführung nach einem rationellen Plane, den uns unser Stadtgärtner gewiß in ausgezeichneter Weise liefern wird, mit der Anlage solcher Parks begonnen wird. In anderen Städten ist man so glücklich, als Spitalsbauplätze vollständig alte Parks benützen zu können. Erlauben Sie, daß ich in dieser Beziehung auf die Stadt Breslau hinweise, die vor einem Dezennium ihre neuen Spitäler gebaut hat. Die einzelnen Spitäler sind dort in mehr als hundertjährige Parks gestellt worden und das kommt natürlich den Gebäuden und den Bewohnern derselben sehr gut zustatten. Erlauben Sie, daß ich auch auf das Virchow'sche Spital, ein städtisches Spital, verweise, wo die einzelnen Gebäude einen freundlichen, villenartigen Charakter besitzen und einen prächtigen Park haben. Es ist das eine Anregung, welcher gewiß von unserem sehr verehrten Herrn Bürgermeister Folge gegeben werden wird.

Ich habe nun noch einen Wunsch. Bei allem Vertrauen in die Sachkenntnis unserer Ämter empfiehlt es sich, daß in einer uns und mit der Zeit gewiß allen Wienern so am Herzen liegenden Angelegenheit, der Wiener Gemeinderat zur Mitwirkung herangezogen werde. Nicht nur bei der Verfassung des ersten

Situationsplanes für die einzelnen Baulichkeiten, welche errichtet werden sollen, sondern auch später bei der Verfassung des Bauplanes und dann bei der Bestimmung der Details der inneren Einrichtung und der Ausstattung des Gebäudes wird es sich empfehlen, daß aus dem Gemeinderate, in dem sich sehr viele Fachmänner auf diesem Gebiete befinden, einige Männer herangezogen werden, die an den Beratungen und Beschlußfassungen teilnehmen können.

Möge es mir gestattet sein, noch einen Appell an unseren Herrn Bürgermeister zu richten. Der Herr Bürgermeister ist der Präsident einer Kinderspitalstiftung. Ohne weitere Umschweife sage ich Ihnen, daß der Herr Bürgermeister die Erbauung und Vollendung eines Kinderspitales, welches durch die Königswarter'sche Kinderstiftung ins Leben gerufen werden soll, als eine seiner liebsten Aufgaben bei jeder Gelegenheit bezeichnet hat.

Wir wünschen alle dem Herrn Bürgermeister ein langes Leben. Er hat so oft geäußert, er möchte noch den Bau des Kinderspitales erleben; wir wünschen alle, daß er nicht nur den Bau, sondern auch die Vollendung noch viele Jahre überleben solle. (Zustimmung.)

Der Herr Bürgermeister ist nun ein so mächtiger Mann, daß er gewiß imstande ist, den bescheidenen, jetzt erst 2,100.000 K betragenden Fond, mit dem man allerdings ein 100bettiges Kinderspital erbauen, aber nicht erhalten kann, soweit zu stärken daß es vielleicht möglich sein wird, im kommenden Jubiläumsjahre — der Bau steht mit dem Jubiläum allerdings in keinem Zusammenhange — den Grundstein zu diesem Kinderspitale zu legen.

Bevor ich schließe, noch ein Wort über die Befürchtungen, welche der geehrte Herr Referent erwähnt, aber auch schon zurückgewiesen hat. Es muß ohne weiters zugegeben werden, daß für gefühlvolle Menschen das Wohnen in der unmittelbaren Nähe eines Spitales keine Annehmlichkeit ist. Man denkt da immer gleich an die vielen Schmerzen, welche dort vielleicht geheilt, in vielen Fällen aber auch nicht geheilt werden. Die Befürchtungen jedoch, die wegen der Nähe eines Spitales auch heute noch vielfach gehegt werden, sind — ich kann das mit aller Entschiedenheit behaupten und auch beweisen, Sie werden mir aber gewiß diesen Beweis erlassen — gänzlich unbegründet. Im Gegenteile, es gibt keine Gegend in irgend einem Teile der Stadt, welcher hygienisch so sicher und verläßlich ist, wie die unmittelbare Umgebung eines Spitales. Wir finden dies in allen Großstädten bei modernen Spitalbauten nachgewiesen.

Die Villenbesitzer können also vollkommen darüber beruhigt sein, daß durch die Nähe eines Spitales die Bewohnung ihrer Villen irgendwie gestört wird.

Nun komme ich zum Schlusse und bitte Sie, stimmen Sie alle dem Antrage des Herrn Referenten zu. Schaffen wir dieses Spital selbständig und wir werden durch die Sympathien der ganzen Bevölkerung getragen, nicht nur etwas Gutes, sondern das Beste schaffen. Damit schließe ich. (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Neumann pro. (Beifall.)

Gem.-Rat Neumann: Ich kann mit Genugtuung namens meiner Parteifreunde hier die Erklärung abgeben, daß wir mit dem Inhalt beider Anträge vollständig einverstanden sind, weil der Antrag, welcher hier vorliegt, sich mit dem Wunsche deckt, den ich am 14. Juni hier in der Gemeinderats-Sitzung ausgesprochen habe, daß die Errichtung eines kommunalen Spitales vor allem ins Auge gefaßt werden sollte. Ich habe damals aus denselben Erwägungen diesen Antrag gestellt, die wir heute in diesem Referate finden.

Wenn wir den Krankenanstaltenfonds damit betrauen, Zubauten zu machen, so wird nicht das geschaffen, was wir schaffen können, wenn ein eigenes Kommunal-Spital errichtet wird.

Es wird hier gesagt, daß durch die Zubauten im Ganzen 600 Betten geschaffen würden, daß aber das kommunale Spital mit einem Fassungsraume von 1000 Betten eingerichtet werden soll. Das muß uns bestimmen, unter allen Umständen darauf zu bestehen, daß ein kommunales Spital errichtet werden soll, denn wir müssen uns sonst sozusagen um jedes einzelne Bett mehr streiten. Es ist eine alte Klage, daß wir eine viel zu geringe Betten-Anzahl haben und sie findet auch hier in diesem Berichte Erwähnung. Ich muß sagen, daß die Spitalnot gerade durch diesen Bericht auf das schärfste kritisiert wird, wenn darin gesagt wird, daß die uninteressanten Krankheiten keine Berücksichtigung finden oder wenigstens nicht jenes Interesse, daß sie finden sollten, und daß die gegenwärtigen Spitäler fast ausschließlich zu klinischen Zwecken benützt werden..

Wir haben neun Spitäler mit 5309 Betten und wenn wir den letzten Bericht vom Jahre 1904 lesen, so finden wir, daß die Spital-Frequenz in diesem Jahre 73107 betragen hat. Das allein zeigt Ihnen schon, daß die im Spital Verpflegten nicht solange verpflegt werden, als sie eigentlich der Spitalspflege bedürfen.

Wenn wir nachsehen, finden wir, daß der Perzentsatz derjenigen, welche nur 1 bis 3 Wochen Spitalspflege genießen, der höchste ist, und wir können schon aus dieser Ziffer allein entnehmen, daß das, was gegenwärtig in puncto Spitalspflege geboten wird, vollkommen ungenügend ist. Infolgedessen müssen wir die Erbauung eines eigenen Spitales der Stadt Wien begrüßen und wir Sozialdemokraten sind die letzten, welche, wenn etwas Gutes gestiftet wird, es nicht anerkennen würden.

Wenn hier von Seite des Herrn Referenten und im Referate selbst die Befürchtung ausgesprochen wird, daß ein Präjudiz geschaffen und man durch die Erbauung des Spitals finden würde, daß die Kommune gleichzeitig die Verpflichtung zum Baue von Spitälern anerkennt, so muß ich sagen, daß die Rechtslage dadurch nicht verändert wird, sondern, daß noch immer dieser strittige Punkt besteht, ob der Staat, das Land, die Gemeinden oder alle zusammen Spitäler zu errichten haben, und ich habe wiederholt in solchen und ähnlichen Fragen erklärt, wir haben allerdings keine juristisch festzustellende Verpflichtung, aber die Kommune Wien hat gewiß eine moralische Verpflichtung, alles zu tun, um die Spitalsnot, die gegenwärtig in Wien herrscht, einigermaßen zu mildern und zu beseitigen.

Infolgedessen sind wir für diesen Antrag und stimmen auch dem zu, daß jene Gründe erworben werden, die hier angeführt sind.

Was die Lage des Spitales anlangt, so wurde schon hie und da gesagt, das Spital wäre außer der Peripherie von Wien gelegen und daher schwer zu erreichen.

Die Lage des Spitales an und für sich ist eine derart günstige, daß der, welcher nur einigermaßen dort in der Umgebung herumgegangen ist, finden muß, welch ozonreiche Luft dort ist. Wer die Luft- und die Witterungsverhältnisse nur

einigermaßen kennt, wird sagen, es wird kein günstigerer Punkt für die Errichtung des Spitales gefunden werden können, als gerade dieser. Infolgedessen sind wir auch mit der Lage des Spitales vollständig einverstanden.

Wenn die Villenbesitzer fürchten, daß eine Entwertung von Grund und Boden stattfinden wird, so muß ich sagen, daß die Kommune Wien nicht so sehr darauf zu sehen hat, daß die Bodenspekulation in irgend einer Gegend üppig gedeiht, sondern daß sie einfach den Boden, so wie er da steht, so ausnützen soll, wie es im Interesse der Allgemeinheit gelegen ist und nicht im Interesse einiger Bodenbesitzer. Es ist aber auch unrichtig, daß eine Entwertung eintreten wird, wie der geschätzte Herr Vorredner angeführt hat.

Was man früher bei den Spitälern scheute, war der kasernenartige Bau derselben.

Ich bin überzeugt, daß der Neubau, den die Kommune Wien durchführen wird, ein derartiger sein wird, daß eine Entwertung der Villen und Häuser der Anrainer überhaupt nicht stattfinden wird, im Gegenteile, es wird dieses Spital — nicht nur, daß es von hohem hygienischen Werte ist — noch eine Zierde der Stadt Wien werden. Infolgedessen wird auch nicht, wie ich glaube, eine Entwertung der Gründe eintreten, welche die Besitzer von Grund und Boden in der Nähe des Spitales befürchten.

Aus allen diesen Gründen können wir uns nur für die Errichtung dieses Spitales aussprechen, und wenn wir einen Wunsch dabei haben, so ist es der, daß die Arbeiten so rasch als möglich in Angriff genommen werden; denn je früher das Spital unter Dach kommt, je früher es eröffnet wird, desto größer ist die Wohltat, welche der Bevölkerung von Wien dadurch erwiesen wird, desto eher erfüllt die Gemeinde Wien die moralische Verpflichtung, die sie der Bevölkerung von Wien gegenüber zu erfüllen hat.

Ich bitte infolgedessen, daß so rasch als möglich mit der Durchführung dieser Arbeit begonnen werde. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer (welcher mittlerweile den Vorsitz übernommen hat): Herr Gem.-Rat Nettrich zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Gem.-Rat Nettrich: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Es ist Schluß der Debatte beantragt worden.

Die Herren, welche für Schluß der Debatte stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Schluß der Debatte ist angenommen.

Zum Worte sind noch gemeldet die Herren Gem.-Räte: Bielohlawek, Dr. Frankl, Dr. v. Dorn, Dr. Hein und Herold, sämtlich pro.

Das Wort hat Herr Gem.-Rat Bielohlawek.

Gem.-Rat Bielohlawek: Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um anläßlich der Erfahrungen, die wir im niederösterreichischen Landes-Ausschusse bei den Bauten gesammelt haben, einige Anregungen zu geben. Es herrscht jetzt, wie Herr Gem.-Rat Stiaßny bereits angekündigt hat, die Ansicht, daß natürlich unbedingt im Pavillonsystem und in möglichster Ausdehnung gebaut werden soll.

Wer die neue Anstalt des niederösterreichischen Landes-Ausschusses, die Irrenanstalt, kennt, weiß, welcher Grundkomplex da verbaut wurde. Die Anstalt wird zwar von der ganzen Welt bewundert, aber, meine Herren, es wird nicht möglich sein, immer solche Gründe erwerben und unter denselben Verhältnissen verbauen zu können. Es fragt sich, ist es möglich, eine Anstalt mit allen hygienischen Anforderungen auszugestalten und zu errichten, die auch der modernen Wissenschaft entspricht und die doch nicht zu teuer kommt?

Es hat eine Zeit gegeben, wo sich die Leute gefürchtet haben, ins Spital zu gehen. Ich bemerke, das war nicht zur Zeit, wo die schwarze Reaktion geherrscht hat, sondern zur Zeit des größten freiheitlichen Liberalismus haben die Leute eine fürchterliche Angst vor den Spitälern gehabt. Bevor einer ins Spital ging, hat er alles aufgeboten, um nur in der Familie zu bleiben, und umgekehrt hat die Familie alles aufgeboten, um den Kranken bei sich zu behalten. Diese Scheu ist heute gewichen, die Versorgungshäuser sind überfüllt, ebenso die Siechenhäuser; es fällt keinem Menschen ein, zu sagen, ich gehe nicht hinein. Diese Anstalten sind mit allen modernen Einrichtungen ausgerüstet, daher steigen auch die Anforderungen, die an Staat und Land gestellt werden, in ganz ungeahnter Weise.

Selbstverständlich muß ich gleich vorausschicken, daß ich nicht dagegen bin, denn sonst könnte man sagen, er will wieder etwas zurückschrauben ꝛc. ꝛc.

Ich möchte nur das verehrliche Gemeinderats-Präsidium darauf aufmerksam machen, vielleicht einige Herren vom Stadtbauamte nach Paris zu delegieren, die sich die dortigen Spitalsbauten ansehen, aber nur die Bauten, nicht etwa die Interieurs, denn da kann man natürlich in Frankreich nichts lernen. Ich habe Gelegenheit gehabt, zu sehen, wie groß dort die Überfüllung der Spitäler ist, sie ist zweimal so groß wie in Wien, die Not ist sehr groß, obwohl die Spitäler in räumlicher Hinsicht riesig sind.

Was die Reinlichkeit anbelangt, so will ich darüber nicht reden, denn ein französischer Genosse hat ja selbst schon gesagt, wie es dort ausschaut. Es soll also eine Kommission des Magistrates eventuell dorthin gehen und die Bauten studieren.

Ich habe Gelegenheit gehabt, die Anstalt „Lariboisière“ in Paris zu sehen. Das ist ein Riesenkomplex, im Rechteck gebaut, mit Wandelgängen und einem Riesenpark in der Mitte. Die Pavillons sind an der Seite ringsherum um das ganze Rechteck gebaut. Es sind Verbindungen hergestellt, so daß die Ärzte unter den Wandelgängen jeden einzelnen Pavillon aufsuchen können. Zwischen jedem befindet sich ein Garten. Die Gärten können im Falle von Epidemien auch abgeschlossen werden. Dort ist also das Pavillonsystem vollständig durchgeführt und doch ist eine Verbindung hergestellt. Das halbe Territorium ist verbaut. Außerdem fällt bei diesen Pavillons das Licht von drei Seiten ein. Auf drei Seiten sind Gärten und in der Mitte befindet sich der große Garten.

Das, meine sehr geehrten Herren, wäre auch bei uns sehr wünschenswert. Obwohl die Anstalt vor 100 Jahren gebaut wurde, ist sie ein Monumentalbau und es ist nicht zu verachten, sich dieses Bausystem anzusehen, weil man, wenn man billiger baut und damit denselben Zweck erreicht, auf andere Weise wieder dem Spital nützen kann. Bei dem Bau unserer neuen Irrenanstalt mußten die Ingenieure zu Pferd steigen, um den Bau zu überwachen und jetzt mußte sogar eine elektrische Bahn gebaut werden, die den Speisentransport besorgt und mehr als 100.000 K kostet.

Also, meine sehr geehrten Herren, Sie werden zugeben, daß man auf die Dauer nicht immer die Millionen nur so herausschütteln

kann, denn es gibt auch gesunde Leute, die etwas brauchen und daher muß man bei aller Hochachtung für die Wissenschaft und die Hygiene und für alles das, was für die Kranken und Bedürftigen notwendig ist, doch auch berücksichtigen, ob die erforderlichen Mittel auf die Dauer aufgebracht werden können, denn man kann doch nicht die ganze Welt in ein Spital verwandeln.

Nun ist noch eine Frage, die bei dieser Gelegenheit angeschnitten werden muß. Das sind die Verpflegskosten. Ich weiß, welchen Kampf die Herren Sozialdemokraten gegen die Erhöhung der Verpflegskosten geführt haben. Aber das eine ist sicher: Um denselben Preis wie vor 10, 20, 30 Jahren kann man die Kranken heute nicht mehr verpflegen. (Gem.-Rat Neumann: Der jetzige Preis ist ja bedeutend höher!)

Ja, aber er steht noch lange in keinem Verhältnisse zur Erhöhung der Baugrund- und Lebensmittelpreise, der Ärztehonorare und all dessen, was sonst noch daranhängt.

Für mich als Vertreter des Landes ist es ja sehr angenehm, wenn die Verpflegskosten möglichst herabgesetzt werden, denn schließlich muß ja das Land Niederösterreich zahlen; aber es geht dann nicht an, Prachtspitäler zu bauen und alles entsprechend der Hygiene und den modernsten Anforderungen auszugestalten, denn schließlich kommen diejenigen, die verpflichtet sind, zu zahlen, also z. B. die Krankenkassen u. s. w., und sagen: „Ah, so hohe Verpflegskosten zahlen wir nicht." Das geht auch nicht.

Die Frage muß also in Erwägung gezogen werden, weil man nicht glauben darf, auf die Dauer das alles um einen Bettel machen zu können. Das Vermögen dazu besitzen weder die Gemeinde noch das Land noch der Staat, die Notlage des Krankenanstaltenfondes ist ja bekannt. Ebenso bekannt ist es, daß die Verhältnisse in den Spitälern der Landstädte in dieser Beziehung schrecklich sind. Diese Spitäler müssen um 1 K 80 h einen Kranken verpflegen, sie können es aber nicht; sie alle, wie z. B. Krems, Horn u. s. w., haben riesige Defizite. Alle kompetenten Kreise, wie z. B. die Krankenkassen, wehren sich gegen die Erhöhung der Verpflegskosten; der Landes-Ausschuß kann sie auch nicht bewilligen, wegen des Sturmes der Entrüstung, der sich dann erheben würde. Die Gerechtigkeit erfordert also, daß auch diese Frage erwogen werde, wenn auch die Gemeinde in munifizenter Weise 10 Millionen Kronen zum Baue eines schönen Spitales gibt.

Es handelt sich auch um die Verwaltung und da möchte ich schon heute darauf aufmerksam machen, daß man daran denken muß, wenn man schon alles für die Kranken verlangt, was möglich und durchführbar ist, daß auch der Ersatz der Verpflegskosten in Rechnung gezogen werde. Ich, der ich jahrelang Erfahrungen gesammelt habe auf dem Gebiete der Siechen-, Irren- und Waisenanstalten und weiß, welche Unsummen von der Bevölkerung verlangt werden, muß hier warnend meine Stimme erheben und deshalb habe ich gebeten, man möge eine Kommission in das Ausland entsenden.

Bürgermeister: Wir sind schon gescheit genug! Das ewige Studieren!

Gem.-Rat Bielohlawek: Einen riesigen Komplex von 240 Joch zu verbauen ist sehr leicht, wenn man das Geld dazu hat, aber wenn wir denselben Zweck um das halbe Geld erreichen, so ist das entschieden vorzuziehen. Wenn wir Geld genug haben, dann bin ich gewiß dafür, daß wir einen Pavillon mit den anderen durch eine Eisenbahn verbinden (Heiterkeit), aber bloß Pflanz machen, dagegen bin ich entschieden.

Bürgermeister: Ich bin auch dagegen und darum schicke ich auch keine Kommission hinaus!

Gem.-Rat Bielohlawek: Herr Bürgermeister, der Bau ist 100 Jahre alt und so praktisch. Wenn Sie ihn sehen würden, würden Sie bestätigen, daß er praktisch ist. Die Sache steht so, daß man bestimmt um das halbe Geld bauen kann. Das wollte ich nur erwähnen.

Im übrigen bin ich selbstverständlich für die Erbauung durch die Gemeinde, natürlich unpräjudizierlich, insbesondere deshalb, weil man dann von einer gewissen Clique unabhängig sein wird. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Gem.-Rat Nettrich.

Gem.-Rat Nettrich: Ich beantrage die Wahl von Generalrednern.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Es ist die Wahl von Generalrednern beantragt.

Ich ersuche die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Wahl von Generalrednern ist angenommen.

Kontra ist niemand zum Worte gemeldet; pro sind gemeldet die Herren Gem.-Räte Dr. Frankl, Dr. v. Dorn, Dr. Hein und Herold.

Ich bitte die Herren, einen Generalredner zu wählen. (Nach einer Pause:) Zum Generalredner wurde Herr Gem.-Rat Frankl gewählt.

Ich erteile ihm das Wort.

Gem.-Rat Dr. Frankl: Meine Herren! So wie der geehrte Herr Vorredner, spreche auch ich mich mit Vergnügen für die Annahme der vorliegenden Anträge aus. Ich möchte mir nur erlauben, auf ein Moment hinzuweisen, welches von Bedeutung ist und welches auch von meinem unmittelbaren Herrn Vorredner, Gem.-Rat Bielohlawek, besprochen worden ist. Das ist nämlich die Frage der Betriebskosten. Diesbezüglich möchte ich mir erlauben, den uns vorliegenden Bericht etwas mangelhaft zu finden. Es heißt hier nur mit wenigen Worten, daß die 2 Millionen, welche voraussichtlich von den 10 Millionen übrig bleiben werden, beziehungsweise die Zinsen davon, zirka 80.000 K, zur Deckung etwaiger Betriebsabgänge und uneinbringlicher Verpflegskosten dienen sollen.

Wenn Sie nun, meine Herren, ein so großes Werk schaffen wollen, so genügt es nicht, daß man es baut und einrichtet, sondern man muß auch daran denken, was wird die Verwaltung kosten und woher werden die Mittel für diese Verwaltung genommen. Es ist von vornherein ganz ausgeschlossen, daß mit diesen 80.000 K das Auslangen gefunden wird.

Es ist im Berichte darauf hingewiesen, daß das städtische Spital gegenüber den Kliniken den Vorzug haben soll, daß insbesondere solche Kranke aufgenommen werden, die mit chronischen Leiden behaftet sind und daß ferner solchen Personen die Aufnahme gesichert ist, welche selbst mittellos sind und für welche auch nicht seitens anderer Zahlungen geleistet werden. Es ist daher selbstverständlich, daß das Verhältnis der einbringlichen zu den uneinbringlichen Verpflegskosten im städtischen Spital ein weitaus ungünstigeres sein wird, als es in den Kliniken ist. Allerdings muß ich bei dieser Gelegenheit bemerken,

daß man daraus den Kliniken absolut keinen Vorwurf machen darf. Es wäre im Gegenteil ein großes Unrecht, wenn man ihnen diesbezüglich einen Vorwurf machen würde, weil die Kliniken in erster Linie nach ihrer Bestimmung dazu dienen sollen, den Lehrzweck zu fördern und weil es selbstverständlich ist, daß die Kliniken, nur soweit es ihr Fassungsraum ermöglicht, Kranke aufnehmen können. Wenn man nun berechnet, wie hoch sich ungefähr die Abgänge stellen werden, so glaube ich, daß ich gewiß sehr optimistisch kalkuliere, daß von den 1000 Betten für 300 Betten die Verpflegskosten nicht einbringlich sein werden, daß also 30 Prozent der Kranken zahlungsunfähig sein dürften, beziehungsweise daß für diese nicht gezahlt werden wird. Wenn man die Verpflegsgebühr des Wiener Krankenhauses mit 2 K 40 h zugrunde legt, so macht das für 300 Betten ein jährliches Erfordernis von 262.000 K aus und zur Verfügung haben wir nur einen Betrag von 80.000 K, der ja auch noch nicht ganz feststeht, da wir nicht wissen, ob das Bauerfordernis nicht doch überschritten werden wird, so daß sich ein Abgang von 180.000 K ergeben würde.

Nun stehe ich auf dem Standpunkte, daß die Gemeinde Wien, wenn sie schon in so munifizenter Weise ein Anlehen von 10 Millionen aufnimmt, um dieses Spital zu errichten, wenn sie überdies noch einen ihr gehörigen bedeutenden Grund für diesen Spitalbau zur Verfügung stellt, wenn die Gemeinde also eine fixe Verzinsungslast von über 400.000 K pro Jahr auf sich nimmt, sie doch nicht so ohne weiters und ohne Versuch, auf andere Weise Abhilfe zu schaffen, eine solche Last auf sich nehmen soll.

Ich möchte denn doch an die christlichsoziale Partei und den Herrn Bürgermeister einen Appell richten, der nicht umsonst verhallen sollte. Die Partei ist heute die stärkste im Reichsrat, sie hat bisher im Reichsrat einen persönlichen Erfolg durch die Wahl des Dr. Weiskirchner zum Präsidenten errungen, sie wird einen weiteren Parteierfolg durch die Sanktionierung der Landtagswahlordnung erreichen. Nun möchte ich aber auch einen Erfolg für die Allgemeinheit haben und ich möchte, daß die christlichsoziale Partei und deren Führung in ganz energischer Weise an die Regierung herantritt und ihr vorhält, daß es ihre Verpflichtung ist, einen Beitrag zum voraussichtlichen Betriebsabgang aus der Führung und Verwaltung dieses Jubiläums-Spitales zur Verfügung zu stellen. Müssen es denn immer nur die Tschechen und Polaken sein, welche es verstehen von der Regierung materielle Zugeständnisse zu erreichen, wie Flußregulierungen, Eisenbahnbauten und Eisenbahnverstaatlichungen, welche in die hunderte von Millionen gehen? Muß denn immer nur die Stadt Wien die Melkkuh für das Land Niederösterreich und das Reich sein und sollte den nicht auch einmal eine Partei, welche die stärkste im Reiche ist, in der Lage sein, endlich für die Stadt Wien einen Erfolg zu erzielen und einen Betrag von 100.000 K oder 200.000 K für das Kinderspital zu erzielen? Ein Weg würde sich ja dafür finden. Es ist bekannt, daß die Stadt Wien einen gewissen Anteil an der Linienverzehrungssteuer hat, einen Anteil, der sehr, sehr bescheiden ist, trotzdem es zweifellos feststeht, daß diese Linienverzehrungssteuer, gleich dem Oktroi der Stadt Paris, ausschließlich der Stadt Wien zufallen sollte — und da wäre es am Platz, daß die Regierung durch Erhöhung des Anteiles, welchen die Stadt Wien genießt und welcher sich ungefähr jetzt auf 1,100.000 K beläuft, einen Beitrag zur Verwaltung des Spitales und zur Deckung des voraussichtlich bedeutenden Betriebsabganges zur Verfügung stellen würde. Wenn mit der nötigen Energie aufgetreten wird, und wenn man dazu den entsprechenden Skandal macht und wenn man den Einfluß, der tatsächlich vorhanden ist, zu entsprechender Weise ausnützt, dann müssen Sie auch einen Erfolg für die Stadt Wien erzielen. Noch in anderer Beziehung ist die Sache von Wichtigkeit. Es ist bekannt, daß die Statthalterei sowohl, als auch das Ministerium sich auf den Standpunkt gestellt haben, daß die Gemeinde verpflichtet ist. Spitäler zu bauen, ein Standpunkt, den die Gemeinde nicht akzeptiert hat, so daß gegenwärtig eine Beschwerde der Gemeinde an den Verwaltungsgerichtshof im Zuge ist.

Ich bin vollkommen überzeugt, daß die Stadt Wien damit einen gerechten Prozeß führt, und daß sie begründete Hoffnung hat, diesen Prozeß beim Verwaltungsgerichtshof zu gewinnen. Aber wir wollen nicht Propheten sein. Wenn unvorgesehenermaßen die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes gegen die Gemeinde Wien ausfällt, dann ist auf eine Zuwendung seitens der Regierung absolut nicht mehr zu rechnen. Dann ist ein für allemal durch den Verwaltungsgerichtshof von rechtswegen festgestellt, daß die Gemeinde Wien Spitäler zu bauen und zu erhalten hat, und dann bekommen wir von der Regierung nicht einmal einen Knopf. Jetzt, meine Herren, wäre noch die Möglichkeit gegeben, diese Angelegenheit mit der Regierung, ich möchte sagen im Wege des Vergleiches zur Austragung zu bringen.

Ich möchte daher nochmals bitten, daß der Herr Bürgermeister allen ihm zu Gebote stehenden Einfluß aufbiete, um in dieser Beziehung einen Erfolg für die Stadt Wien zu erzielen.

Ich erlaube mir daher einen diesbezüglichen Zusatz-Antrag zu den Anträgen des Stadtrates vorzulegen, welchen Anträgen ich im übrigen vollinhaltlich zustimmen. Dieser Antrag lautet (liest):

„Der Herr Bürgermeister wird ersucht, mit der k. k. Regierung unverzüglich zu dem Zwecke in Verhandlung zu treten, daß der Gemeinde Wien zur Deckung des voraussichtlichen Abganges bei der Verwaltung und dem Betriebe der anläßlich des 60jährigen Regierungs-Jubiläums Seiner Majestät des Kaisers zu errichtenden Krankenanstalt seitens der Staatsverwaltung ein entsprechender Beitrag, etwa durch Erhöhung des Anteiles der Gemeinde Wien an der Linienverzehrungssteuer gesichert werde."

Ich bitte um die Annahme des Zusatz-Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Der Herr Referent verzichtet auf das Schlußwort.

Herr Gem.-Rat Neumann hat das Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rat Neumann: Ich berichtige Herrn Gem.-Rat Bielohlawek gegenüber tatsächlich, welcher gemeint hat, wir Sozialdemokraten machen uns keinen Begriff von den Verpflegskosten und er müsse uns infolgedessen aufklären.

Ich berichtige demgegenüber tatsächlich, daß wir sehr genau wissen, was die Verpflegskosten betragen. Der letzte Ausweis vom Jahre 1904 des Krankenanstaltsfondes zeigt, daß im Allgemeinen Krankenhause pro Tag und Kopf 3 K 13 h, bei der Rudolfstiftung 3 K 5 h, im Wiedener Krankenhaus 3 K 45 h, im Kaiser Franz Josefspital 4 K 22 h, im Elisabethspital 3 K, im Wilhelminenspital 4 K 69 h, im Rochusspital 2 K 69 h und im Stephaniespital 3 K 13 h ausgegeben wurden. Wir wissen also

sehr genau, was die Verpflegskosten in den Krankenhäusern betragen.

Ich berichtige aber den Herrn Gem.-Rat Bielohlawek noch weiter tatsächlich; er hat gemeint, daß den Krankenkassen der Wille zum Zahlen fehlt. Das ist nicht der Fall, sondern sie sind einfach unvermögend zu bezahlen. Sie haben sich gegen die Erhöhung der Spitalskosten, welche im Jahre 1901 stattgefunden hat, energisch gewehrt, nachdem schon unmittelbar vorher eine Erhöhung der Verpflegskosten von 60 Kreuzern pro Tag auf 1 Gulden stattgefunden hatte und dann wieder eine solche auf 1 Gulden 20 Kreuzer stattfand und eine nochmalige Erhöhung auf 1 Gulden 40 Kreuzer angedroht wurde. Wir haben damals dieses Attentat auf die Krankenkassen deshalb abgewehrt, weil es ihnen nicht möglich war, mehr zu zahlen.

Der Krankenanstaltenfond hat noch niemals soviel an Verpflegsgebühren eingenommen, als seitdem die Krankenkassen — d. i. seit 1889 — bestehen, denn die früheren Genossenschaften waren vollständig unzulänglich und haben überhaupt größtenteils die aufgelaufenen Verpflegskosten abschreiben müssen. Es geht dem Krankenanstaltenfonds heute schon besser als damals, seitdem eben die Krankenkassen bestehen; ich sage aber auch, daß die Krankenkassen die nötigen Auslagen nicht vollständig zu decken vermögen.

Das eine berichtige ich gleichzeitig tatsächlich: die Kosten für das kommunale Spital werden sich erheblich geringer stellen als für die öffentlichen Krankenanstalten, weil in der Berechnung der Kosten für die öffentlichen Krankenanstalten auch ein Teil der Ausgaben zu klinischen Zwecken liegt. Es muß offen ausgesprochen werden, daß die Regierung viel zu wenig für klinische Zwecke beisteuert und einfach den Krankenanstaltenfond dafür bluten läßt. Das müßte eigentlich die Regierung bezahlen; in dieser Richtung haben wir keine so großen Ausgaben und ich glaube daher, daß bei vollkommener Durchführung der Eigenregie, auch in Bezug auf die Herstellung von Arzneimitteln, es möglich sein wird, trotzdem die Verpflegung eine gute ist, nicht so hoch zu kommen, wie einzelne Krankenanstalten bereits in ihren Ausgaben für Verpflegskosten gestiegen sind.

Bürgermeister (den Vorsitz wieder übernehmend): Herr Gem.-Rat Bielohlawek zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rat Bielohlawek: Ich muß konstatieren, daß ich nicht gesagt habe, daß den Krankenkassen der Wille zum Zahlen fehlt. Im Gegenteile. Ich war selbst bei einer Krankenkassa und weiß, wie schwer es ist, die Beträge aufzubringen. Ein Unglück war der Reservefond damals bei der Gesetzgebung. Verlangt wurde, daß 20 Prozent reserviert werden müssen, und das kann keine Krankenkassa aufbringen. Aber Tatsache ist, das man heute bei den modernen Einrichtungen mit einem 1 fl. 20 kr. keinen Kranken mehr verpflegen kann. Das muß bei der Erbauung eines Spitales in Erwägung gezogen werden.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung.

Herr Gem.-Rat Herold hat den Antrag gestellt, daß bei Punkt 5 eingeschaltet werden soll: „unter Zuziehung der Gruppe II der Jubiläums-Kommission des Wiener Gemeinderates".

Ich bringe zuerst die Punkte 1, 2, 3 und 4 zur Abstimmung.

Die Herren, welche hiemit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Bei Anwesenheit von mehr als 100 Gemeinderäten einstimmig angenommen.

Jetzt kommt Punkt 5 mit der Modifikation des Herrn Gem.-Rates Herold zur Abstimmung. Es muß heißen: „Die betreffenden Detailvoranschläge u. s. w. sind der Jubiläums-Kommission (Subkommission II) zur Genehmigung vorzulegen" u. s. w.

Herr Gem.-Rat Herold sind Sie mit dieser Modifikation einverstanden?

Gem.-Rat Herold: Ja!

Bürgermeister: Ich bitte die Herren, welche mit Punkt 5 in der von mir formulierten Fassung des Antrages Herold einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Bei Anwesenheit von mehr als 100 Gemeinderäten einstimmig angenommen.

Herr Gem.-Rat Dr. Frankl hat einen Antrag gestellt, wornach ich aufgefordert werden soll, mit der Regierung wegen Leistung eines Beitrages eventuell wegen Erhöhung unseres Anteiles an der Verzehrungssteuer in Verhandlung zu treten.

Die Herren, welche für den Antrag sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Er ist ebenso angenommen.

Der Gegenstand ist erledigt, es kommt nur noch die Frage der Grunderwerbung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Die Annahme meines früheren Antrages enthebt mich eines ins Detail gehenden Vortrages über dieses Referat, die Herren haben ja die Anträge in Händen.

Ich bitte, auch diese einstimmig anzunehmen.

Bürgermeister: Zum Worte ist niemand gemeldet. Wir schreiten daher zur Abstimmung. Ich ersuche die Herren, welche für die Stadtrats-Anträge sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Diese Anträge sind bei Anwesenheit von mehr als 100 Gemeinderäten einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Ich danke außerordentlich für die glatte Erledigung dieser Angelegenheit.

Beschluß:

I.

1. Freiwillig und ohne Anerkennung einer gesetzlichen Verpflichtung hiezu beschließt der Wiener Gemeinderat in der Absicht, der Wiener Spitalnot so rasch und so weitgehend als möglich abzuhelfen, die als Denkmal der Erinnerung an das 60jährige Regierungsjubiläum Seiner Majestät des Kaisers zu errichtende Krankenanstalt als ein öffentliches Spital auf eigenem Grund und Boden, und zwar mit einem Belegraum von 1000 Betten selbst zu erbauen und selbst zu verwalten.

2. Zu diesem Zwecke widmet die Gemeinde Wien außer den bereits mit Gemeinderats-Beschluß vom 14. Juni 1907 bewilligten 10 Millionen Kronen einen ihr gehörigen Grundkomplex in Lainz, der durch Grunderwerbungen entsprechend zu arrondieren ist.

3. Die zum Spitalbau nicht benötigten Gründe in Lainz-Speising sind ebenfalls durch Grunderwerbungen entsprechend zu arrondieren und bleiben für den Neubau eines Bürgerversorgungshauses gewidmet, mit dem in Verbindung ein Versorgungshaus für den Mittelstand, eventuell auch andere Wohltätigkeitsanstalten (Wöchnerinnenheime u. s. w.) errichtet werden sollen.

4. Die gleichzeitig beantragten Grunderwerbungen werden nach den vorliegenden Stadtrats-Anträgen genehmigt.

5. Der Magistrat wird beauftragt, Detailprojekte und Kostenvoranschläge für den Bau der Krankenanstalt der Jubiläums-Kommission (Sub-Kommission II) mit aller Beschleunigung vorzulegen, so daß mit dem Bau, wenn möglich, schon im Frühjahre 1908 begonnen werden kann.

6. Der Herr Bürgermeister wird ersucht, mit der k. k. Regierung unverzüglich zu dem Zwecke in Verhandlung zu treten, daß der Gemeinde Wien zur Deckung des voraussichtlichen Abganges bei der Verwaltung und dem Betriebe der anläßlich des 60jährigen Regierungs-Jubiläums Seiner Majestät des Kaisers zu errichtenden Krankenanstalt seitens der Staatsverwaltung ein entsprechender Beitrag etwa durch Erhöhung des Anteiles der Gemeinde Wien an der Linienverzehrungssteuer gesichert werde.

II.

A.

Die Gemeinde Wien erwirbt zum Zwecke der Schaffung eines Bauplatzes für die anläßlich des 60jährigen Regierungs-Jubiläums Seiner Majestät des Kaisers von ihr zu errichtende Krankenanstalt nachbezeichnete Gründe in der Katastralgemeinde Speising:

a) die Kat.-Parz. 552, Einl.-Z. 318 im Ausmaße von zirka 4575 m²,
die Kat.-Parz. 571, Einl.-Z. 332 im Ausmaße von zirka 5457 m²,
die Kat.-Parz. 572, Einl.-Z. 333 im Ausmaße von zirka 2829 m²,
von Anna Weinrother und Konsorten,

b) die Kat.-Parz. 553, Einl.-Z. 319 im Ausmaße von zirka 2650 m²,
von Franziska Anderl,

c) die Kat.-Parz. 554, Einl.-Z. 320 im Ausmaße von zirka 2811 m²,
von Josefa Gerhartshuber,

d) die Kat.-Parz. 555, Einl.-Z. 321 im Ausmaße von zirka 3705 m²,
von Josef Nothart,

e) die Kat.-Parz. 556, Einl.-Z. 322 im Ausmaße von zirka 3661 m²,
von Johann Kohlendorfer und Theresia Gober,

f) die Kat.-Parz. 557, Einl.-Z. 323 im Ausmaße von zirka 6220 m²,
die Kat.-Parz. 559, Einl.-Z. 325 im Ausmaße von zirka 4104 m²,
die Kat.-Parz. 563, Einl.-Z. 328 im Ausmaße von zirka 2383 m²,
die Kat.-Parz. 564, Einl.-Z. 328 im Ausmaße von zirka 2664 m²,
die Kat.-Parz. 565, Einl.-Z. 328 im Ausmaße von zirka 2448 m²,
die Kat.-Parz. 566, Einl.-Z. 356 im Ausmaße von zirka 5068 m²,
von Franz Weinrother und Konsorten,

g) die Kat.-Parz. 558, Einl.-Z. 324 im Ausmaße von zirka 3913 m²,
die Kat.-Parz. 560, Einl.-Z. 326 im Ausmaße von zirka 2012 m²,
die Kat.-Parz. 573, Einl.-Z. 334 im Ausmaße von zirka 5346 m²,
von Helene Eberl,

h) die Kat.-Parz. 561, Einl.-Z. 327 im Ausmaße von zirka 2239 m²,
die Kat.-Parz. 562, Einl.-Z. 327 im Ausmaße von zirka 6962 m²,
von Emil Heidrich,

i) die Kat.-Parz. 567, Einl.-Z. 417 im Ausmaße von zirka 2548 m²,
von Therese Biseker,

j) die Kat.-Parz. 568, Einl.-Z. 329 im Ausmaße von zirka 5151 m²,
von Anna Hembach und Konsorten,

k) die Kat.-Parz, 570, Einl.-Z. 331 im Ausmaße von zirka 10.609 m²,
von Barbara Pantlitschko und Konsorten,
diese sämtlichen Gründe um den Einheitspreis von 4 K 44 h (vier Kronen vierundvierzig Heller) per Quadratmeter,

l) die Kat.-Parz. 542, Einl.-Z. 309 mit Ausnahme der bereits anderweitig verkauften Teile in dem verbleibenden Ausmaße von zirka 11.412 m²,
von Helene Eberl um den Einheitspreis von 6 K 11 h (sechs Kronen elf Heller) per Quadratmeter.

Die Erwerbung der sub a bis l angeführten Grundstücke findet unter folgenden Bedingungen statt:

I.

Mit Ausnahme der sub g und l erwähnten Gründe sind alle übrigen Kaufobjekte lastenfrei in den Besitz der Gemeinde zu übertragen.

Die Eigentümer der Kat.-Parz. 568, Einl.-Z. 329 sind verpflichtet, die auf einem Anteile einverleibte Satzpost per 8000 K binnen vier Wochen nach Verständigung von der Genehmigung des Ankaufes dieses Grundstückes durch die Gemeinde bei sonstiger Rechtsunwirksamkeit des Kaufgeschäftes auf ihre Kosten zur grundbücherlichen Löschung zu bringen.

II.

Die auf den Einlagen 309, 324, 326 und 334 einverleibten Satzposten im ungefähren Betrage von 11.000 K wird die Gemeinde auf Abrechnung vom Kaufschillinge zur Selbstzahlung übernehmen.

III.

Die Kaufschillinge beziehungsweise Kaufschillingsreste sind bei Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde fällig; die endgültige Berechnung derselben

erfolgt auf Grund einer im gemeinschaftlichen Einvernehmen durchzuführenden Vermessung der Kaufobjekte in der Natur.

IV.

Letztere sind, wie sie liegen und stehen, frei von Bestandverhältnissen der Gemeinde zu übergeben.

V.

Die Verkäufer sind verpflichtet, binnen acht Tagen nach Aufforderung die Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung auf den bezüglichen Grundbuchs-Einlagen auf ihre Kosten zu veranlassen.

VI.

Die mit der Vertragsausfertigung und der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren tragen die Gemeinde Wien und die Verkäufer je zur Hälfte. Nur die hinsichtlich der sub a und f erwähnten Gründe erwachsenden Kosten und Gebühren trägt die Gemeinde allein.

Die Kosten der grundbücherlichen Löschung der auf den sub II angeführten Einlagen einverleibten Satzposten trägt Helene Eberl.

VII.

Die Kaufgeschäfte rücksichtlich der sub a, f und k angeführten Gründe bedürfen der vormundschaftsrücksichtlich verlassenschaftsbehördlichen Genehmigung, welche die Verkäufer auf ihre Kosten zu erwirken haben.

B.

Zum Zwecke der Schaffung eines Bauplatzes für den Neubau des Bürgerversorgungshauses erwirbt die Gemeinde Wien namens des Wiener Bürgerspitalfondes nachfolgende, in der Katastralgemeinde Speising gelegene Gründe:

a) die Kat.-Parz. 574, Einl.-Z. 335, im Ausmaße von zirka 5032 m²,
von Josefa Gerhartshuber,

b) die Kat.-Parz. 575, Einl.-Z. 336, im Ausmaße von zirka 3049 m²,
die Kat.-Parz. 576, Einl.-Z. 336, im Ausmaße von zirka 1519 m²,
von Gabriele und Marie Kröpfl,

c) die Kat.-Parz. 577, Einl.-Z. 337, im Ausmaße von zirka 3153 m²,
die Kat.-Parz. 578, Einl.-Z. 337, im Ausmaße von zirka 2945 m²,
die Kat.-Parz. 579, Einl.-Z. 337, im Ausmaße von zirka 2953 m²,
von Emil Heidrich,

d) die Kat.-Parz. 581, Einl.-Z. 339, im Ausmaße von zirka 2808 m²,
die Kat.-Parz. 582, Einl.-Z. 339, im Ausmaße von zirka 2826 m²,
die Kat.-Parz. 583, Einl.-Z. 339, im Ausmaße von zirka 3445 m²,
von Anna Weinrother und Konsorten,

e) die Kat.-Parz. 586, Einl.-Z. 341, im Ausmaße von zirka 4514 m²,
von Karl Blaimschein,

die Gründe von a bis inklusive d um den Einheitspreis von 4 K 44 h (vier Kronen vierundvierzig Heller) per Quadratmeter und den sub e angeführten Grund um den Pauschalpreis von 20.000 K (zwanzigtausend Kronen).

Die Erwerbung der sub a bis e erwähnten Grundstücke findet unter folgenden Bedingungen statt:

I.

Mit Ausnahme der sub b und e erwähnten Grundstücke sind alle übrigen Kaufobjekte lastenfrei in den Besitz der Gemeinde zu übertragen.

Die Eigentümer der Kat.-Parz. 575 und 576, Einl.-Z. 336 sind verpflichtet, die auf dieser Einlage simultan mit anderen Grundbuchseinlagen lastende Satzpost per 70.000 K binnen vier Wochen nach Verständigung von der Genehmigung des Ankaufes dieser Grundstücke durch die Gemeinde bei sonstiger Rechtsunwirksamkeit des Kaufgeschäftes auf ihre Kosten zur grundbücherlichen Löschung zu bringen.

Dieselbe Bestimmung gilt hinsichtlich der auf der Einlage 341 einverleibten Satzpost.

II.

Die Kaufschillinge sind bei Einverleibung des Eigentumsrechtes des Käufers fällig; die endgültige Berechnung derselben erfolgt auf Grund einer im gemeinschaftlichen Einernehmen durchzuführenden Vermessung der Kaufobjekte in natura. Ausgenommen hievon ist nur das sub e erwähnte Grundstück, bezüglich dessen das Katastralausmaß dem Kaufgeschäfte zugrunde gelegt wird.

III.

Die Kaufobjekte sind, wie sie liegen und stehen, frei von Bestandverhältnissen dem Käufer zu übergeben, letzterer tritt in das bezügliche, der Kat.-Parz. 586 bestehende Pachtverhältnis ein.

IV.

Die Verkäufer sind verpflichtet, binnen acht Tagen nach Aufforderung die Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung auf den bezüglichen Grundbuchseinlagen auf ihre Kosten zu erwirken.

V.

Hinsichtlich der sub a bis e angeführten Grundstücke tragen die mit der Vertragsausfertigung und der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren der Käufer und die Verkäufer je zur Hälfte; die aus dem Ankaufe der sub d und e erwähnten Grundflächen erwachsenden Kosten und Gebühren fallen dem Wiener Bürgerspitalfonde zur Last.

VI.

Das Kaufgeschäft rücksichtlich der sub d erwähnten Parzellen bedarf der vormundschaftsbehördlichen Genehmigung, welche die Verkäufer auf ihre Kosten zu erwirken haben.

C.

Ferner erwirbt die Gemeinde Wien namens des Wiener Bürgerspitalfondes zum Zwecke der Schaffung des Bauplatzes für den Neubau des Bürgerversorgungshauses nachbezeichnete, in der Katastralgemeinde Speising gelegene, dem Julius Frankl gehörige Grundstücke:

die Kat.-Parz. 615, Einl.-Z. 401 im Katastralausmaße von zirka 867 m²,

die Kat.-Parz. 616, Einl.-Z. 401 im Katastralausmaße von zirka 406 m²,

die Kat.-Parz. 617, Einl.-Z. 401 im Katastralausmaße von zirka 929 m²,

die Kat.-Parz. 618, Einl.-Z. 402 im Katastralausmaße von zirka 342 m²,

die Kat.-Parz. 619, Einl.-Z. 402 im Katastralausmaße von zirka 162 m²,

die Kat.-Parz. 620, Einl.-Z. 402 im Katastralausmaße von zirka 720 m²,

die Kat.-Parz. 621, Einl.-Z. 403 im Katastralausmaße von zirka 936 m²,

die Kat.-Parz. 622, Einl.-Z. 403 im Katastralausmaße von zirka 144 m²,

die Kat.-Parz. 623, Einl.-Z. 403 im Katastralausmaße von zirka 144 m²,

die Kat.-Parz. 624, Einl.-Z. 404 im Katastralausmaße von zirka 126 m²,

die Kat.-Parz. 625, Einl.-Z. 404 im Katastralausmaße von zirka 1098 m²,

die Kat.-Parz. 626, Einl.-Z. 405 im Katastralausmaße von zirka 1210 m²,

die Kat.-Parz. 627, Einl.-Z. 405 im Katastralausmaße von zirka 14 m²,

die Kat.-Parz. 628, Einl.-Z. 406 im Katastralausmaße von zirka 403 m²,

die Kat.-Parz. 629, Einl.-Z. 406 im Katastralausmaße von zirka 158 m²,

die Kat.-Parz. 630, Einl.-Z. 406 im Katastralausmaße von zirka 896 m²,

die Kat.-Parz. 631, Einl.-Z. 407 im Katastralausmaße von zirka 846 m²,

die Kat.-Parz. 632, Einl.-Z. 407 im Katastralausmaße von zirka 378 m²,

die Kat.-Parz. 633, Einl.-Z. 408 im Katastralausmaße von zirka 306 m²,

die Kat.-Parz. 634/1, Einl.-Z. 408 im Katastralausmaße von zirka 893 m²,

die Kat.-Parz. 638, Einl.-Z. 410 im Katastralausmaße von zirka 1188 m²,

die Kat.-Parz. 639/1, Einl.-Z. 410 im Katastralausmaße von zirka 335 m²,

die Kat.-Parz. 640, Einl.-Z. 411 im Katastralausmaße von zirka 360 m²,

die Kat.-Parz. 641, Einl.-Z. 411 im Katastralausmaße von zirka 1188 m².

die Kat.-Parz. 648, Einl.-Z. 414 im Katastralausmaße von zirka 3665 m².

die Kat.-Parz. 649, Einl.-Z. 414 im Katastralausmaße von zirka 8755 m²,

die Kat.-Parz. 650, Einl.-Z. 406 im Katastralausmaße von zirka 475 m²,

die Kat.-Parz. 651, Einl.-Z. 414 im Katastralausmaße von zirka 3434 m²,

die Kat.-Parz. 652, Einl.-Z. 414 im Katastralausmaße von zirka 5753 m²,

die Kat.-Parz. 653, Einl.-Z. 415 im Kalastralausmaße von zirka 5598 m²,

um den Einheitspreis von 8 K 61 h (acht Kronen 61 h) per Quadratmeter und unter folgenden Bedingungen:

1. Die endgültige Berechnung des Kaufschillings erfolgt auf Grund einer im gemeinschaftlichen Einvernehmen beider Vertragsteile vorzunehmenden Vermessung der Kaufobjekte in der Natur.

2. Der Käufer übernimmt die Satzposten im ungefähren Betrage von 41.000 K auf Abrechnung vom Kaufschillinge zur Selbstzahlung, die sonach verbleibende Kaufsumme ist binnen vier Wochen nach Genehmigung dieses Rechtsgeschäftes zu berichtigen.

3. Sämtliche Grundstücke werden, wie sie liegen und stehen, samt allen darauf befindlichen Baulichkeiten dem Käufer lastenfrei mit Ausnahme der auf den Einlagen 410 und 411 zugunsten des k. u. k. Hofärars einverleibten Verbindlichkeiten zu übergeben sein.

4. Der Käufer tritt in die Bestandverhältnisse, welche jederzeit gegen achttägige Kündigung auflösbar sind, ein.

5. Die mit der Vertragsausfertigung und grundbücherlichen Durchführung dieses Kaufgeschäftes verbundenen Kosten und Gebühren trägt der Käufer. Die Kosten der grundbücherlichen Löschung der Satzposten fallen dem Verkäufer zur Last.

6. Der Verkäufer hat binnen acht Tagen nach Aufforderung die grundbücherliche Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung auf den oberwähnten Grundbuchseinlagen auf seine Kosten zu erwirken.

D.

Zwischen der Gemeinde Wien im eigenen Namen und im Namen des Wiener Bürgerspitalfondes einerseits und den Eheleuten Johann und Marie Glasauer anderseits wird folgendes Übereinkommen abgeschlossen:

I.

Johann und Marie Glasauer überlassen der Gemeinde den im bauamtlichen Plane L vom 5. Oktober 1907 mit den Buchstaben a' b' o l a' umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 379, Einl.-Z. 243

Lainz im Ausmaße von zirka 1489 m², wogegen die Gemeinde den Genannten von dem mit den Buchstaben A B C D A umschriebenen, aus Teilen der im Verzeichnisse für das öffentliche Gut inneliegenden Kat.-Parz. 389/1 Lainz und der Kat.-Parz. 389/4 und 389/5, Einl.-Z. 249 Lainz bestehenden Grundkomplexe eine Teilfläche in einem derartigen Ausmaße übergibt, daß die Gemeinde für jeden Quadratmeter Grund, welchen sie abgibt, 1·5 m² Grund erhält.

II.

Den restlichen Teil des mit den Buchstaben A B C D A umschriebenen Grundkomplexes, sowie die mit den Buchstaben E F G E umschriebene, aus Teilen der Kat.-Parz. 389/1 (öffentliches Gut) und der Kat.-Parz. 389/4 und 389/6, Einl.-Z. 249 Lainz bestehende Grundfläche per zirka 1155 m² überläßt die Gemeinde Wien an Johann und Marie Glasauer.

III.

Die Genannten haben an den Wiener Bürgerspitalfond für die sub II angeführte Fläche von den ihnen gehörigen Kat.-Parz. 580, Einl.-Z. 338 Speising per rund 4262 m², 584, Einl.-Z. 340 Speising per rund 1072 m² und von der Kat.-Parz. 585, Einl.-Z. 340 Speising per rund 6106 m² Flächen in einem solchen Gesamtausmaße zu übergeben, daß der genannte Fond für jeden Quadratmeter Grundes, welchen die Gemeinde an die Eheleute Glasauer abgibt, von diesen 5 m² erhält.

IV.

Für das restliche Ausmaß der Kat.-Parz. 580, 584 und 585 Speising bezahlt der Wiener Bürgerspitalfond an Johann und Marie Glasauer einen Betrag von 4 K 44 h (vier Kronen vierundvierzig Heller) per Quadratmeter.

V.

Johann und Marie Glasauer überlassen der Gemeinde Wien die Kat.-Parz. 569, Einl.-Z. 330 Speising per zirka 2844 m² um den Einheitspreis von 4 K 44 h (vier Kronen vierundvierzig Heller) per Quadratmeter.

VI.

Der Wiener Bürgerspitalfond bezahlt an die Gemeinde Wien für jene Grundflächen, welche er im Sinne des Punktes III erhält, einen Einheitspreis von 4 K 44 h (vier Kronen vierundvierzig Heller) per Quadratmeter.

VII.

Johann und Marie Glasauer übertragen den mit den Buchstaben l m n o l umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 379, Einl.-Z. 243 Lainz, im ungefähren Ausmaße von 994 m² ohne weitere Entschädigung in das Verzeichnis für das öffentliche Gut und übernehmen die auf der erwähnten Einlage zugunsten der Gemeinde Wien einzuverleibende Verpflichtung, diese Grundfläche binnen sechs Monaten nach Aufforderung in der richtigen Höhenlage an die Gemeinde zu übergeben.

VIII.

Die Gemeinde Wien überträgt den mit den Buchstaben a b D C c d e a umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 389/4 und 389/5, Einl.-Z. 249 Lainz, sowie den mit den Buchstaben g h G i j k g umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 389/4 und 389/6, Einl.-Z. 249 Lainz, im ungefähren Ausmaße von 1872 m² und 1334 m² ohne weitere Entschädigung in das Verzeichnis für das öffentliche Gut.

Johann und Marie Glasauer übernehmen die auf der Einlage 243 Lainz zugunsten der Gemeinde einzuverleibende Verpflichtung, die im ersten Absatze dieses Punktes angeführten beiden Grundflächen binnen sechs Monaten nach Aufforderung der Gemeinde auf ihre Kosten in die richtige Höhenlage zu bringen.

IX.

Sämtliche, den Gegenstand dieses Übereinkommens bildenden Grundflächen sind, wie sie liegen und stehen, lasten- und bestandfrei gegenseitig in den physischen Besitz zu übergeben.

X.

Die den Gegenstand dieses Übereinkommens bildenden Grundflächen sind in natura genau zu vermessen; der auf Grund des Ergebnisses dieser Vermessung im Sinne der Bestimmungen dieses Übereinkommens an Johann und Marie Glasauer zu bezahlende Betrag ist unmittelbar nach erfolgter grundbücherlicher Durchführung dieses Rechtsgeschäftes fällig.

XI.

Die mit diesem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren tragen die Gemeinde Wien und der Wiener Bürgerspitalfond nach Maßgabe der in ihren Besitz übergehenden Grundflächen.

XII.

Johann und Marie Glasauer sind verpflichtet, binnen 8 Tagen nach Aufforderung die grundbücherliche Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung bei den Einlagen 330, 338 und 340 Speising auf ihre Kosten zu erwirken.

E.

Behufs Arrondierung des Territoriums des Wiener Versorgungsheimes erwirbt die Gemeinde Wien nachfolgende Grundflächen:

a) Einen Teil der Kat.-Parz. 352, Einl.-Z. 223 Lainz, Figur o' p' q' r' s' t' o' per zirka 277 m² von Julius Frankl;

b) einen Teil der Kat.-Parz. 365, Einl.-Z. 231 Lainz, Figur o' n' m' l' q' p' o' per zirka 1750 m² von Julius Frankl und Moritz Oppenheim;

c) einen Teil der Kat.-Parz. 366, Einl.-Z. 232 Lainz per zirka 4436 m² von Julius Frankl und Alfred Sachs;

d) einen Teil der Kat.-Parz. 374, Einl.-Z. 240 Lainz, per zirka 968.13 m² Figur a" b" c" d" a", von Johann Kohlendorfer und Theresia Gober,

um den Einheitspreis von 7 K (sieben Kronen) per Quadratmeter und unter folgenden Bedingungen:

1. Die Kaufschillinge für die sub a bis c erwähnten Gründe sind längstens binnen vier Wochen, nach Genehmigung der Ankäufe, der bezüglich der sub d angeführten Fläche entfallende Kaufschilling bei Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde fällig; die endgültige Berechnung der Kaufschillinge erfolgt auf Grund einer im gemeinschaftlichen Einvernehmen durchzuführenden Vermessung der Kaufobjekte in natura.

2. Die Kaufobjekte sind, wie sie liegen und stehen, lastenfrei zu übergeben, und zwar der sub d erwähnte Grund bestandfrei; die Käuferin tritt in die bezüglich der sub a bis c angeführten Grundflächen bestehenden Pachtverhältnisse, welche jederzeit gegen achttägige Kündigung auflösbar sind, ein.

3. Die Verkäufer übertragen nachbezeichnete Grundflächen ohne weitere Entschädigung in das Verzeichnis für das öffentliche Gut:

α) einen Teil der Kat.-Parz. 352, Einl.-Z. 223 Lainz per zirka 550 m²,

β) einen Teil der Kat.-Parz. 365, Einl.-Z. 231 Lainz per zirka 1440 m²,

γ) einen Teil der Kat.-Parz. 366, Einl.-Z. 232 Lainz per zirka 1930 m²,

δ) einen Teil der Kat.-Parz. 374, Einl.-Z. 240 Lainz per zirka 280 m².

Diese Grundflächen fallen in die längs dem Versorgungsheime geplanten Straßen- und Platzanlagen, und sind die Ausmaße berechnet auf Grund einer Abtretung einer Breite von 23 m von der in Aussicht genommenen neuen Begrenzungslinie dieser Anstalt.

4. Die Verkäufer übernehmen die auf den sub a bis d angeführten Einlagen zugunsten der Gemeinde einzuverleibende Verpflichtung, die im vorhergehenden Punkte angeführten Grundflächen binnen sechs Wochen nach Aufforderung an die Gemeinde Wien in der richtigen Höhenlage zu übergeben.

5. Hinsichtlich der von den Kat.-Parz. 352, 365 und 366 Lainz zu erwerbenden Grundflächen trägt die Gemeinde die Vertragskosten und Übertragungsgebühren; die aus dem Kaufgeschäfte bezüglich des oberwähnten Teiles der Kat.-Parz. 374 Lainz erwachsenden Kosten und Gebühren tragen die Gemeinde Wien und die Verkäufer je zur Hälfte.

F.

Die Gemeinde Wien erwirbt von Karl Blaimschein die Kat.-Parz. 372, Einl.-Z. 238 Lainz im Katastralausmaße von 9188 m², die Kat.-Parz. 377, Einl.-Z. 242 Lainz im Katastralausmaße von 24 223 m², die Kat.-Parz. 378, Einl.-Z. 242 Lainz im Katastralausmaße von 15.189 m² um den Pauschalpreis von 304.500 K und unter folgenden Bedingungen:

a) Die Käuferin übernimmt die auf der Einlage 242 Lainz zugunsten der Franziska Spitzer einverleibte Satzpost per 102.000 K, welche jederzeit halbjährig kündbar ist, auf Abrechnung vom Kaufschillinge zur Selbstzahlung, die restliche Kaufsumme ist bei Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde fällig;

b) die Gründe sind der Gemeinde, wie sie liegen und stehen, bestandfrei zu übergeben;

c) die Vertragskosten und Übertragungsgebühren trägt die Gemeinde, die Bezahlung der Kosten der grundbücherlichen Löschung der Satzpost obliegt dem Verkäufer;

d) letzterer wird binnen acht Tagen nach Aufforderung die Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung bei den oberwähnten Grundbuchseinlagen auf seine Kosten erwirken.

G.

Die Kosten der Erwerbung der sub A angeführten Gründe ist vorschußweise aus dem Investitionsanlehen auf Rechnung des bereits genehmigten 10 Millionen-Kredites für die Erbauung einer Krankenanstalt zu bestreiten, die Erwerbungskosten hinsichtlich der sub B, C und der sub D Punkt VI angeführten Gründe erfolgt auf Rechnung des Wiener Bürgerspitalfonds, die Erwerbungskosten der übrigen sub D und der sub E und F angeführten Gründe sind aus den eigenen Geldern der Gemeinde zu bestreiten und auf die Kassenbestände zu verweisen.

49. Bürgermeister: Jetzt kommen wir zur Wahl in die Disziplinar-Kommission.

Es sind mehr als 100 Mitglieder des Gemeinderates anwesend und es müssen mindestens 80 Stimmzettel abgegeben werden.

Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Namen zu verlesen.

(Über Namensaufruf durch den Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg geben die Gemeinderate ihre Stimmzettel ab. — Nach Abgabe der Stimmzettel:)

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer (den Vorsitz übernehmend): Wir schreiten zur Vornahme des Skrutiniums.

(Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer entnimmt die Stimmzettel der Urne und verliest die auf denselben verzeichneten Namen. — Nach Beendigung des Skrutiniums:)

Es wurden 98 Stimmzettel abgegeben. Alle lauten auf Herrn Gem.-Rat Laux, derselbe erscheint daher in den Disziplinar-Ausschuß gewählt.

Es sind außerdem noch 5 Stimmzettel abgegeben worden, welche aber irrtümlich die Wahl eines Mitgliedes in die Kontroll-Kommission betreffen. Sie erscheinen daher gegenstandslos.

50. Wir schreiten zur zweiten, ebenfalls auf der heutigen Tagesordnung stehenden Wahl je eines Mitgliedes in die Kommission zur Kontrolle des gesamten in Wien befindlichen unbeweglichen Vermögens der Gemeinde Wien, sowie des unbeweglichen Vermögens der unter der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Fonds aus dem I. und XIX. Bezirke und von zwei Mitgliedern in das Kuratorium der Niederösterreichischen Landes-Brandschaden-Versicherungsanstalt.

Ich ersuche die Herren Gemeinderäte, ihre Stimmzettel abzugeben und bitte den Herrn Schriftführer Dr. Klotzberg mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rates Dr. Klotzberg geben die Gemeinderäte ihre Stimmzettel ab. — Nach Abgabe der Stimmzettel:)

Ich ersuche den Herrn Vize-Bürgermeister Hierhammer und Herrn Kollegen Obrist, das Skrutinium vorzunehmen.

Wir schreiten in der Erledigung der Tagesordnung fort.

Ich ersuche Herrn Gem.-Rat Tomola zum Referate.

51. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 12971, Post 3. Es liegen 32 Ansuchen von Kirchenmusikvereinen um Bewilligung von Subventionen pro 1907 vor.

Der Gemeinderat unterstützt seit Jahren die Kirchenmusikvereine mit kleinen Beiträgen von 50 bis 100 K. Diese Unterstützung wird gewährt erstens in der Erkenntnis, daß diese Vereine nur gute Musik pflegen und zweitens, weil dadurch vielen bedürftigen Musikern eine kleine Unterstützung zuteil wird.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Den nachstehend verzeichneten Kirchenmusikvereinen werden die angeführten Beträge von zusammen 3050 K als Subventionen pro 1907 gewährt:

1. Allgemeiner Kirchenmusikverein (vereinigter Cäcilien- und St. Ambrosiusverein) in Wien, I., Spiegelgasse 9, 100 K.
2. Kirchenmusikverein „St. Peter" im I. Bezirke, 100 K.
3. Kirchenchorverein „vom göttlichen Herzen Jesu" im II. Bezirke, Kaisermühlen, 100 K.
4. Kirchenmusikverein der Pfarre Maria Geburt im III. Bezirke, 100 K.
5. Kirchenmusikverein „St. Othmar" im III. Bezirke, 100 K.
6. Kirchenmusikverein „St. Peter und Paul" in Erdberg im III. Bezirke, 100 K.
7. Kirchenmusikverein „St. Karl Borromäus" im IV. Bezirke, 100 K.
8. Kirchenmusikverein „St. Elisabeth" im IV. Bezirke, 100 K.
9. Kirchenmusikverein der Pfarre „St. Josef" in Margareten im V. Bezirke, 100 K.
10. Kirchenmusikverein der Pfarre „St. Florian" in Matzleinsdorf im V. Bezirke, 100 K,
11. Orgel- und Kirchenmusikverein der Pfarrkirche „St. Ägid" im VI. Bezirke, 50 K.
12. Kirchenmusikverein „St. Ulrich" im VII. Bezirke, 100 K.
13. Kirchenmusikverein an der Pfarrkirche „Am Breitenfelde" im VIII. Bezirke, 100 K.
14. Kirchenmusikverein der Pfarre Alservorstadt im VIII. Bezirke, 50 K.
15. Kirchenmusikverein der Pfarre Lichtental im IX. Bezirke, 100 K.
16. Kirchenmusikverein der Pfarre „St. Anton" im X. Bezirke, 100 K.
17. Kirchenmusikverein „St. Laurentius" in Breitensee im XIII. Bezirke, 100 K.
18. Kirchenmusikverein „Baumgarten", 100 K.
19. Kirchenmusikverein der Pfarrkirche Reindorf im XIV. Bezirke, 100 K.
20. Kirchenmusikverein an der Pfarrkirche „St. Rudolf" im XIV. Bezirke, 100 K.
21. Kirchenmusikverein „zur heil. Maria vom Siege" im XV. Bezirke, 100 K.
22. Verein zur Förderung der Kirchenmusik an der Pfarrkirche „zur Erhöhung des heil. Kreuzes" im XVI. Bezirke, 100 K.
23. Ottakringer Kirchenmusikverein im XVI. Bezirke, 100 K.
24. Dornbacher Kirchenmusikverein im XVII. Bezirke, 100 K.
25. Kirchenmusikverein an der Pfarrkirche „St. Josef in Weinhaus" im XVIII. Bezirke, 50 K.
26. Kirchenmusikverein an der Pfarrkirche in Gersthof im XVIII. Bezirke, 100 K.
27. Kirchenmusikverein „zum heil. Paulus" in Döbling im XIX. Bezirke, 100 K.
28. Kirchenmusikverein „St. Michael in Heiligenstadt im XIX. Bezirke, 100 K.
29. Kirchenmusikverein „zum heil. Thomas" in Nußdorf im XIX. Bezirke, 100 K.
30. Kirchenmusikverein an der Pfarrkirche „St. Brigitta" im XX. Bezirke, 100 K.
31. Kirchenmusikverein an der Allerheiligenkirche in Zwischenbrücken im XX. Bezirke, 100 K.
32. Kirchenmusikverein Neu-Margareten im XII. Bezirke, 100 K.

52. Referent Gem.-Rat Tomola: Zur Zahl 13101, Post 13, Beilage 240, liegen 41 Gesuche von Vereinen vor, die sich mit der Armenkinderpflege befassen. Sie werden es mir wohl erlassen, über die Nützlichkeit jedes einzelnen Vereines Auskünfte zu geben. Ich will nur ganz kurz erwähnen, warum der unter Post 18 angeführte Verein zur Ausspeisung hungernder Schulkinder im XX. Bezirke, Wasnergasse, eine Subvention nicht erhält.

Es ist Ihnen bekannt, daß wir dem Zentral-Verein zur Ausspeisung armer Schulkinder mit dem Betrage von 100.000 K unterstützen. Es ist dabei unser Prinzip, daß die einzelnen in Wien bestehenden Vereine von der Subvention, die wir dem

Zentral-Verein geben, selbst wieder kleinere oder größere Unterstützungen bekommen. Der Verein zur Ausspeisung hungernder Schulkinder im XX. Bezirke ist also nicht rundweg abgewiesen worden, sondern es wird ihm nahegelegt werden, sich wegen der Subventionierung an den Zentral-Verein zur Ausspeisung armer Schulkinder zu wenden.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Wir gehen mit den einzelnen Subventionen vor. (Gem.-Rat Schuhmeier meldet sich.) Eine General-Debatte gibt es nicht, ich bitte, zu sagen, zu welcher Post Sie das Wort wünschen.

Gem.-Rat Schuhmeier: Zu Post 31!

Gem.-Rat Wutschel: Zu Post 15!

Gem.-Rat Skaret: Zu Post 18!

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zu Post 1 bis 14 ist niemand zum Worte gemeldet.

Ich bitte jene Herren, welche mit denselben einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Dieselben sind angenommen.

Zu Post 15 hat das Wort Gem.-Rat Wutschel kontra.

Gem.-Rat Wutschel: Der Pestalozzi-Verein beschäftigt sich mit einer eigenartigen Kinderfürsorge. Vor einigen Jahren hat überhaupt noch niemand gewußt, was mit den Kindern anzufangen ist, welche von ihren leiblichen Eltern in barbarischer Weise mißhandelt werden. Da war es die Privatinitiative, die den Verein „Pestalozzi" gegründet hat, der gewiß eine segensreiche Thätigkeit entwickelt.

Es ist gewiß etwas Fürchterliches, sehen und miterleben zu müssen, daß Kinder von ihren leiblichen Eltern mißhandelt werden. Was sollte man tun? Die Justizverwaltung wollte nichts tun. Da hat nun ein Verein eingegriffen — gewiß war das höchst begrüßenswert.

Wir finden bei Post 15, daß die Einnahmen dieses Vereines weit hinter den Ausgaben zurückbleiben. Die Ausgaben betrugen im verflossenen Jahre 31.000 K, die Einnahmen nur 24.000 K.

Wenn ich also beantrage — wie der Magistrat beantragt hat — dem Pestalozzi-Vereine anstatt 600 K eine Subvention von 1000 K zu geben, so meine ich, könnten Sie den Antrag annehmen; Sie tun gewiß damit etwas Gutes. Es ist allerdings damit nicht viel getan, wenn man das Defizit, das der Verein hat, betrachtet, ich meine aber, daß Sie die heutige Stimmung nicht durch Ablehnung des Antrages verderben sollen und wiederhole nochmals, daß Sie den Antrag wiederherstellen sollen, den der Magistrat zur Annahme bereits empfohlen hat; ich bitte, daß Sie den Pestalozzi-Verein mit 1000 K subventionieren.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Der Herr Referent!

Referent Gem.-Rat Tomola: Der Stadtrat hat sich lediglich von folgender Erwägung leiten lassen: Weil der Verein auch im vorigen Jahre eine Subvention von 600 K bekommen hat, so glaubte er, die gleiche Subvention für dieses Jahr beantragen zu müssen. Sollte jedoch die Versammlung der Meinung sein, die Subvention auf 1000 K zu erhöhen, so bin ich der letzte, der es bedauert, wenn die Gemeinde bei charitativen Vereinen etwas tiefer in den Säckel greift.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Herr Gem.-Rat Wutschel hat die Erhöhung der Subvention um 400 K beantragt.

Ich bitte die Herren, welche für den höheren Betrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu Post 16 und 17 ist niemand zum Worte gemeldet. Diejenigen Herren, welche für diese Posten stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu Post 18 hat sich Herr Gem.-Rat Skaret zum Worte gemeldet.

Gem.-Rat Skaret: Mit Rücksicht auf die mir durch den Herrn Referenten erteilte Aufklärung verzichte ich auf das Wort. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Es wird also eine Einwendung nicht erhoben; diejenigen Herren, welche mit Post 18 einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu den Posten 19 bis 30 ist niemand zum Worte gemeldet. Die Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu Post 31 hat Herr Gem.-Rat Schuhmeier das Wort kontra.

Gem.-Rat Schuhmeier: Nicht kontra, sondern pro. Ich bin der Meinung, das wir alle eines Sinnes sind, daß die Kommune Wien nicht in der Lage ist, Kindern von drei bis sechs Jahren jene Aufmerksamkeit in punkto Unterstützung zuzuwenden, wie es eigentlich notwendig wäre. Bei Post 31 handelt es sich um die Kleinkinderbewahranstalt in Neulerchenfeld, Grundsteingasse 37, woselbst 350 Kinder tagsüber ohne jedes Entgelt gewartet werden und eine Anzahl von 50 bis 100 Kindern täglich mit dem Mittagessen und der Jause größtenteils unentgeltlich versorgt wird. Der Verein hat Einnahmen von 8540 K, aber Ausgaben von 9629 K jährlich. Da sind aber schon die 1000 K dabei, mit welchen er von der Gemeinde subventioniert wird und auch die von anderer Seite gespendeten 1057 K. Der Verein hat ein Defizit von 1055 K.

Wir würden nun für den Verein etwas sehr Gutes tun, wenn wir ihm die Sorge für die Deckung des Defizites abnähmen, und ich bitte Sie also, die Liebenswürdigkeit zu haben, die Summe von 1000 K auf 1500 K zu erhöhen. Der Bezirk Ottakring hat beinahe 180.000 Einwohner. Daß dort lange nicht das geschieht, was geschehen soll, versteht sich von selbst. Was aber die Gemeinde tun kann, das soll sie tun. Die 500 K werden den Gemeindesäckel gewiß nicht sonderlich belasten. Sie können das auch, wenn ich es beantrage, bewilligen, weil in diesen Verein Herr Pfarrer Laux sehr viel dreinzureden hat (Heiterkeit.) und es kann nur seine Bescheidenheit der Grund sein, daß er selber nicht mehr als 1000 K verlangt hat; daß er aber auch 1500 K nehmen wird, davon bin ich überzeugt. (Heiterkeit.) Ich stelle daher den Antrag, es möge der Kleinkinderbewahranstalt in Neulerchenfeld, Grundsteingasse 37, die Subvention auf 1500 K erhöht werden. (Zwischenrufe.) Ja, ja, manchmal geschehen schon die wunderlichsten Dinge, daß ein Sozialdemokrat für einen Pfarrer reden muß. (Heiterkeit.)

Ich stelle also den Antrag, daß in Post 31 der Betrag von 1000 K auf 1500 K erhöht wird und ich hoffe, daß dieser Antrag mit der von mir gegebenen Motivierung angenommen wird.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Herr Referent zum Schlußworte.

Referent Gem.-Rat Tomola: Ich gestehe gerne, daß die Kleinkinderbewahranstalt, um die es sich hier handelt, außerordentlich segensreich wirkt. Wie aus der Vorlage zu ersehen ist, ist das Defizit, welches der Herr Vorredner erwähnt hat, richtig. Der Betrag von 1000 wurde im Stadtrate deswegen angenommen, weil der Verein selbst um keinen höheren Betrag angesucht hat. Wenn wir den Betrag von 1500 K, wie der Herr Vorredner wünscht, gewähren, wird dem Vereine die Möglichkeit geboten werden, noch mehr zu tun, als bisher. Es kommt dies gewiß nur den armen Kindern zugute. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich bringe den höheren Betrag, den Herr Gem.-Rat Schuhmeier beantragt hat, zuerst zur Abstimmung und bitte diejenigen Herren, welche mit 1500 K einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu den Posten 32 bis 41 ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Den nachstehend bezeichneten Vereinen werden die angeführten Subventionen mit dem Gesamtbetrage von 38.410 K für das Jahr 1907 bewilligt.

1. Katholischer Waisen-Hilfsverein, I., Wollzeile 20, 1500 K.

2. Zentral-Krippenverein, I., Seilerstätte 10, 2000 K.

3. Humanitärer Verein „Gute Herzen", I., Franzensring 18, 100 K.

4. Kleinkinder-Bewahranstalt in Kaisermühlen, II., Mendelssohngasse, 2000 K.

5. Frauen-Wohltätigkeitsverein „Franz Josefs-Kinderhort", II., Obere Augartenstraße 38, II., Kleine Sperlgasse 2 a, 100 K.

6. Verein zur Errichtung und Erhaltung einer Kinder-Bewahranstalt unter den Weißgärbern, III., Untere Weißgärberstraße 12, 1000 K.

7. Verein zur Ausspeisung armer Schulkinder, III., Schimmelgasse 13, 200 K.

8. St. Josef-Knabenasyl, III., Rennweg 81, 100 K.

9. Erster Wiener Ferienkolonienverein für Kinder, IV., Karlsgasse 3, 200 K.

10. Evangelischer Waisen-Versorgungsverein, V., Wienstraße 51, 200 K.

11. Wiener Schutzverein zur Rettung verwahrloster Kinder, V., Strobachgasse 11, 1200 K.

12. Kleinkinder-Wartanstalt in Gumpendorf, VI., Gumpendorferstraße 106, 1680 K.

13. Erster evangelischer Unterstützungsverein für Kinder (Evangelischer Ferienkolonienverein), VII., Andreasgasse 7, 200 K.

14. St. Marien-Knabenasyl, VII., Bernardgasse 27, 200 K.

15. Pestalozzi-Verein zur Förderung des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge, VIII., Landesgerichtsstraße 15, 1000 K.

16. Zentral-Verband der Wiener Waisenräte, VIII., Laudongasse 17, 600 K.

17. St. Philipp Neri-Knabenasyl, IX., Borschkegasse 8, 100 K.

18. Verein zur Speisung hungernder Schulkinder in Wien, IX., Wasagasse 31, Abweisung.

19. Erste Kinderbewahranstalt des X. Bezirkes und Erster Knabenhort in Wien, X., Leibnitzgasse 17 und 19, 5000 K.

20. Verein „Säuglingsmilchverteilung", I., Maximilianstraße 5 (Dr. S. Weiß); Verteilungsstelle: X., Buchengasse 44, 2000 K.

21. Verein „Kinderbewahranstalt", XI., Greifgasse 1, 800 K.

22. Verein der Kinderfreunde, XIII., Hägelingasse 11, 400 K.

23. Verein der Kinderfreunde in Baumgarten, XIII., Felbingergasse 46, 400 K.

24. Knabenasylverein „St. Aloisius", XIII., Hütteldorferstraße 351, 200 K.

25. Ober-St. Veiter Verein zum Besten armer Kinder, XIII., Wolfrathplatz 3, 1200 K.

26. Kleinkinderwarteanstalt Rudolfsheim, XIV., Herklotzgasse 35, 3000 K.

27. Erster Wiener Humanitätsverein „Kinderfreunde", XIV., Mariahilferstraße 198, 100 K.

28. Knabenasyl St. Josef-Vinzentinum, XV., Tellgasse 3/5, 400 K.

29. Kleinkinder-Bewahranstalt der Kongregation der barmherzigen Schwestern vom heil. Vinzenz v. Paul, XV., Pouthongasse 18/20, 1000 K.

30. Kleinkinderwartanstalt, XV., Tellgasse 3, 1500 K.

31. Kleinkinder-Bewahranstalt Neulerchenfeld, XVI., Grundsteingasse 37, 1500 K.

32. Verein Kommunal-Kinderbewahranstalt, XVI., Arnethgasse 30, 4000 K.

33. Kinderwartanstalt der Pfarre „Zur heil. Familie", XVI., Ottakringerstraße 125, 300 K.

34. Verein von Kinder- und Jugendfreunden „Asyl für blinde Kinder", XVII., Hernalser Hauptstraße 93, 300 K.

35. „Kinderhort", XVIII., Herbeckstraße 22 a, 1100 K.

36. St. Josef-Kinderasylverein, XVIII., Währingerstraße 90, 420 K.

37. Komitee zur Erhaltung des Asyles „Tagesheimstätte" für schulpflichtige Kinder, XIX., Vormoosergasse 1/3, 1000 K unter der Bedingung, daß zwei Mitglieder der Bezirksvertretung in die Kassagebarung des Vereines Einsicht nehmen können.

38. Knabenheim, XX., Dammstraße 3 und 31, 1000 K.

39. Donaufelder Schulkreuzerverein „Kinderhort", XXI., Floridsdorf, 300 K.

40. Ortsschulrat in Schwertberg, 60 K.

41. Ortsschulrat in Schwarzau i. G. N.-Ö., 50 K.

53. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 13649, Post 32, Gesellschaft zur Gründung und Förderung des Museums für

weibliche Handarbeiten, um Subvention. Das ist die Gesellschaft, an deren Spitze Frau Obermaier steht. Der Verein befaßt sich damit, Gehilfen und Meistern eine erhöhte Ausbildung in ihrem Berufe, insbesondere in der Zuschneidekunst zu ermöglichen. Die Auslagen des Vereines reichen schon seit langer Zeit nicht mehr hin, um den erhöhten Ansprüchen gerecht zu werden. Daher erscheint es gerechtfertigt, wenn wir die früher gewährte Subvention per 200 K pro 1907 auf 400 K erhöhen.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Der Gesellschaft zur Gründung und Förderung des Museums für weibliche Handarbeiten wird pro 1907 eine erhöhte Subvention von 400 K bewilligt.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Das Referat für Herrn Gem.-Rat Dr. Deutschmann wird ebenfalls Herr Gem.-Rat Tomola erstatten.

54. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 13147, Post 12 betrifft die Entscheidung des k. k. Ackerbauministeriums vom 30. August 1907, Z. 23022, betreffend den wasserrechtlichen Konsens für die Drainageanlage, Uferschutzmauer und Wasserleitung der Marie Schuster in Weidlingbach und Hadersdorf-Weidlingau.

Die Entscheidung besagt, daß es im freien Ermessen der entscheidenden Behörden liegt, hier das Weitere zu veranlassen. Da bekanntlich in wasserrechtlichen Angelegenheiten, wenn eine solche Textierung vorliegt, die es dem freien Ermessen der Behörden überläßt die Entscheidung zu treffen, der Verwaltungsgerichtshof immer zu ungunsten der beschwerdeführenden Partei entscheidet, so wird Ihnen — umsomehr als das Interesse der Gemeinde nicht so tangiert wird — der Antrag gestellt, von der Ergreifung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof abzusehen.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Die Entscheidung des k. k. Ackerbauministeriums vom 30. August 1907, Z. 23022, betreffend den wasserrechtlichen Konsens für die Drainageanlage, Uferschutzmauer und Wasserleitung der Marie Schuster in Weidlingbach und Hadersdorf-Weidlingau wird zur Kenntnis genommen und wird eine Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof gegen dieselbe nicht ergriffen.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Gsottbauer. Herr Gem.-Rat Hoß wird für ihn referieren.

55. Referent Gem.-Rat Hoß: Zahl 12565, Post 2, Beilage Nr. 233. Systemisierung einer Diurnistenstelle für die Kanzlei der städtischen Feuerwehr.

Die städtische Feuerwehr hatte bisher zwei Kanzleibeamte. Nun häuften sich die schriftlichen Arbeiten in den letzten Jahren so, daß es notwendig ist, eine weitere Kraft aufzunehmen. Im Jahre 1905 waren 2000 Dienststücke und im Jahre 1906 über 7000 Dienststücke zu erledigen. Außerdem sind über 2000 Rechnungen zu überprüfen und viele städtische Arbeiten zu erledigen.

Da wird deshalb der Antrag gestellt, einen Diurnisten mit einem Taggelde von 3 K 60 h aufzunehmen und dem Feuerwehr-Kommando das Recht zu erteilen, nach Bedarf eine weitere Schreibkraft mit einem Taggelde von 3 K aufnehmen zu dürfen.

Ich bitte um die Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Für die Kanzlei der städtischen Feuerwehr wird eine Diurnistenstelle höherer Gebühr (3 K 60 h Taggeld) systemisiert.

Ferner wird das Kommando der städtischen Feuerwehr ermächtigt, noch eine weitere Schreibkraft gegen ein Taggeld von 3 K fallweise und nach Bedarf für die Dauer von besonderen Arbeiten aufnehmen zu dürfen.

56. Referent Gem.-Rat Hoß: Zahl 13344, Post 17, Deutschmeister-Schützenkorps um Bewilligung einer Ehrengabe für das Kaiserfestschießen im Oktober 1907. Wie alljährlich, so wird auch im heurigen Jahre aus Anlaß des Geburtsfestes Sr. Majestät des Kaisers ein Festschießen abgehalten.

Es wird der Antrag gestellt, zur Anschaffung eines Ehrenpreises den Betrag von 200 K zu bewilligen.

Ich bitte um die Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Dem Deutschmeister-Schützenkorps wird für das Kaiserfestschießen im Oktober 1907 ein Ehrenpreis von 200 K bewilligt und wird diese Auslage auf den Reservefond verwiesen.

57. Referent Gem.-Rat Hoß: Zahl 13374, Post 18, Bewilligung eines Zuschußkredites von 1500 K zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 12 für die gärtnerische Ausgestaltung des neuen Teiles des Ober-Döblinger Friedhofes.

Der präliminierte Betrag für die einschlägige Rubrik ist bereits erschöpft und es wird daher um einen Zuschußkredit von 1500 K ersucht.

Ich bitte um die Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 1500 K zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 12 für die gärtnerische Ausgestaltung des neuen Teiles des Ober-Döblinger Friedhofes.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Hörmann.

58. Referent Gem.-Rat Hörmann: Zahl 12852, Post 4. Bewilligung eines Zuschußkredites von 10.000 K zur Ausgabs-Rubrik XXV 3 für die elektrische Beleuchtung der Aspangstraße und Kleistgasse im III. Bezirke.

Sie wissen, daß dort der Aspangbahnhof ist und daß diese Gasse sehr stark befahren wird. Es sollen 10 Bogenlampen errichtet werden, welche 15.000 K kosten. Die Betriebskosten betragen 5270 K. Es ist ein Zuschußkredit im Betrage von 10.000 K notwendig.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Eine Einwendung wird nicht erhoben. Ich ersuche jene Herren, welche dem Stadtrats-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 10.000 K zur Ausgabs-Rubrik XXV 3 für die elektrische Beleuchtung der Aspangstraße und Kleistgasse im III. Bezirke.

59. Referent Gem.-Rat Hörmann: Zahl 13017, Post 5. Bewilligung eines Zuschußkredites von 4000 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 d für die Instandsetzung der Dapontegasse zwischen Ungargasse und Riesgasse im III. Bezirke.

Es sind Pflasterungen, und zwar die Rinnsale und die Unterpflasterung herzustellen. Der Kostenüberschlag beläuft sich auf 16.990 K. Es sind nur 12.990 K vorhanden, daher ist ein Zuschußkredit von 4000 K zu bewilligen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Eine Einwendung wird nicht erhoben und ich ersuche jene Herren, welche dem Stadtrats-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 4000 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 d für die Instandsetzung der Dapontegasse zwischen Ungargasse und Riesgasse im III. Bezirke.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Referate Herr Gem.-Rat Schwer.

60. Referent Gem.-Rat Schwer: Zahl 13471, Post 22. Hier handelt es sich um die Subventionierung des Vereines zum Schutze und zur Erhaltung der Kunstdenkmäler Niederösterreichs. Dem Vereine wurde seinerzeit vom Gemeinderate eine Subvention in der Höhe von 600 K pro Jahr bewilligt und daran die Bedingung geknüpft, daß er den Rechenschaftsbericht alljährlich vorlegt. Derselbe ist nun eingelangt und die Subvention pro 1907 ist daher fällig.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Eine Einwendung wird nicht erhoben und ich ersuche jene Herren, welche dem Stadtrats-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Dem Verein zum Schutze und zur Erhaltung der Kunstdenkmäler Niederösterreichs wird eine Subvention von je 600 K für die Jahre 1906 und 1907, gleichwie im Jahre 1905, bewilligt.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Referate Herr Gem.-Rat Ferdinand Gräf.

61. Referent Gem.-Rat Ferdinand Gräf: Zahl 12016, Post 7. Die Freiwillige Feuerwehr Ottakring um Bewilligung einer Subvention.

Es wird beantragt, der Freiwilligen Feuerwehr Ottakring zur Anschaffung neuer Helme eine Subvention von 400 K zu bewilligen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Eine Einwendung wird nicht erhoben und ich ersuche jene Herren, welche dem Stadtrats-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Der Freiwilligen Feuerwehr Ottakring wird zur Anschaffung neuer Mannschaftshelme eine Subvention von 400 K gewährt.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Referate Herr Gem.-Rat Schneider.

62. Referent Gem.-Rat Schneider: Zahl 12169, Post 8. Hier liegt das Offert des Ludwig und Johann Roth bezüglich des Verkaufes der Realität XX., Othmargasse 28 vor.

Die Herren haben die Beilage in Händen; es handelt sich um die Eröffnung der Kluckygasse. Es ist dies ein Wunsch der Brigittenauer Bevölkerung. Dadurch, daß uns der Mann mit seinem Offert entgegenkommt, können wir jetzt diesen Antrag unterbreiten. Das Offert beläuft sich auf 117.500 K, wovon aber für die Gemeinde gegen 90.000 K wieder einbringlich sind, und zwar durch Verkauf des Grundes und Einlösung der Straße durch die Nachbarn, die daran partizipieren müssen.

Nachdem es auch das Bezirksinteresse erheischt, daß endlich diese Fabrik, die eine Störung für die ganze Nachbarschaft mit sich bringt, beseitigt wird, bitte ich um Annahme des Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Eine Einwendung wird nicht erhoben und ich bitte jene Herren, welche für den Stadtrats-Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: I. Zur Durchführung der Kluckygasse im XX. Bezirke erwirbt die Gemeinde Wien von den Brüdern Johann und Ludwig Roth die im Originalplane grün umränderte, im Grundbuche Leopoldstadt unter Einl.-Z. 1230 inneliegende aus Kat.-Parz. 3321 Bauarea bestehende Realität XX., Othmargasse 28, mit einem Katastralausmaße von 1279·05 m², wie sie liegt und steht, um den Pauschalpreis von 100.000 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Der Kaufpreis ist in der Weise abzustatten, daß die Gemeinde Wien die auf dieser Liegenschaft zugunsten der Ersten österr. Sparkassa intabulierte Satzpost im noch aushaftenden Betrage von 20.000 K, ferner die zugunsten des Kajetan Platzer und Johann Völker einverleibte Satzpost im Betrage von 14.000 K, insgesamt also Satzposten im Betrage von 34.000 K, auf Abschlag vom Kaufschillinge zur Zahlung übernimmt und den sich hienach ergebenden Rest des Kaufschillings bei Einverleibung ihres Eigentumsrechtes bar berichtigt.

2. Die Verkäufer leisten dafür Gewähr, daß auf dem Kaufobjekte außer den von der Gemeinde zu übernehmenden Satzposten im Gesamtbetrage von 34.000 K keine weiteren Lasten, Schulden und Rückstände an Steuern und Zinsen haften, und verpflichten sich, die Gemeinde, falls solche hervorkämen, vollkommen schad- und klaglos zu halten.

3. Gleichzeitig mit dem bar zu berichtenden Kaufschillingsreste bezahlt die Gemeinde Wien an die Verkäufer als Entschädigung für die Verlegung ihres auf dem Kaufobjekte eingerichteten Betriebes der Kachelöfen-Erzeugung einen Pauschalbetrag von 17.500 K.

4. Sämtliche mit vorliegendem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren mit Ausnahme jener, welche durch die Löschung der einverleibten Pfandrechte verursacht werden und den Verkäufern zur Last fallen, trägt die Gemeinde Wien als Käuferin.

5. Die Verkäufer sind verpflichtet, binnen fünf Tagen nach Verständigung von der Annahme ihres Offertes bei der Einl.-Z. 1230 des Grundbuches Leopoldstadt auf ihre Kosten die Rangordnung der Veräußerung anmerken zu lassen.

II. Die aus der Einlösung dieser Realität erwachsenden Kosten sind aus dem Investitionsanlehen, und zwar aus dem für die Einlösung von Realitäten bestimmten Teilbetrage desselben zu bestreiten.

63. Referent Gem.-Rat Schneider: Zahl 13621, Post 23. Verlängerung des Betriebes in der Winterfahrplanperiode 1907/08 der städtischen Straßenbahnen.

Der Antrag, der dahin geht, in der Winterfahrplanperiode 1907/08 den Betriebsschluß 1/4 Stunde später erfolgen zu lassen, als dies in der Winterfahrplanperiode 1906/07 der Fall war, wurde seitens eines Herrn Kollegen aus dem Gemeinderate gestellt und wird dadurch begründet, daß diese Verfügung im Interesse der Besucher von Theatern und Vergnügungsetablissements gelegen ist.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Es wird genehmigt, daß der Betriebsschluß der städtischen Straßenbahnen in der Winterfahrplanperiode 1907/08, das ist vom 16. Oktober 1907 bis zum 15. April 1908, um eine Viertelstunde später erfolgt, als dies in der Winterfahrplanperiode 1906/07 der Fall war.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Zatzka.

64. Referent Gem.-Rat Zatzka: Zahl 13601, Post 29, betrifft den Fassadenentwurf für den Schulbau XIII., Steinlechnergasse. Es ist das etwas hübscher als das anfängliche Projekt. Nur möchte ich bemerken, daß die geplante Loggia im 1. Stock wegfallen wird.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Herr Gem.-Rat Bichler pro!

Gem.-Rat Bichler: Sehr geehrte Herren! Der Bau von Schulen ist in Wien in den letzten Jahren ein außerordentlich reger geworden. Es vergeht fast keine Gemeinderats-Sitzung, in der wir uns nicht mit Projekten für ein oder zwei Schulbauten zu befassen haben. Seltsamerweise ist uns heute Gelegenheit gegeben, zu einem Fassadenentwurfe Stellung zu nehmen. Wir haben in Wien zirka 250 Schulen. Ich habe mir Mühe gegeben, die verschiedenen Fassadeentwürfe zu besehen und muß konstatieren, daß man immer und immer wieder die gleiche abgedroschene Form findet und nirgends etwas neues, nirgends einen frischen, modernen Zug. Durch die ganzen Fassadenentwürfe geht entschieden etwas Greisenhaftes, die Moderne kommt gar nicht zur Geltung. (Rufe: Gott sei Dank!)

Einen Schulbau muß man doch auch nach dem Aussehen beurteilen, mit welchem er sich der Öffentlichkeit repräsentiert, also nach der Fassade. Da sollte denn doch bei derartigen Entwürfen etwas strenger vorgegangen werden. Ich hoffe, daß es der kleinere von den beiden Entwürfen ist, den der Stadtrat glücklicherweise zum Tode verurteilt hat. Ich bedauere, daß ein derartiger Entwurf überhaupt vorgelegt wurde. Von der darin herrschenden Symmetrie und von der besonderen Vorliebe für Souterrainlokalitäten bei einem Schulbaue will ich nicht sprechen, aber diesem Gebäude fehlt das Notwendigste, es hat kein Portal. Ein Gebäude, in dem so und soviele Tausende von Menschen ein- und ausgehen, soll denn doch dieses Hauptstück eines Baues nicht entbehren. Jetzt macht es geradezu den Eindruck des Ladens eines Kohlenhändlers. Derartige Pläne sollen doch nicht vorgelegt werden.

Ich will ganz kurz sein und erlaube mir nun anläßlich dieses besonderen Verstoßes folgenden Antrag zu stellen (liest):

„Bei größeren Schulbauten sind von Fall zu Fall, namentlich aber dann, wenn besondere Verhältnisse es erheischen, öffentliche Konkurrenzen behufs Erlangung geeigneter Fassaden oder Entwürfe auszuschreiben, damit auch der modernen Baukunst Gelegenheit gegeben werde, sich auf diesem Felde zu betätigen."

Ich bitte Sie, meine Herren, diesen Antrag anzunehmen, denn ich glaube, er wird etwas mehr Frische in die ganze Schulbautätigkeit bringen.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Worte ist niemand mehr gemeldet. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Bezüglich des Antrages des Herrn Gem.-Rates Bichler stelle ich die Unterstützungsfrage.

Derselbe lautet (liest):

„Bei größeren Schulbauten sind von Fall zu Fall, namentlich aber dann, wenn besondere Verhältnisse es erheischen, öffentliche Konkurrenzen behufs Erlangung geeigneter Fassaden oder Entwürfe auszuschreiben, damit auch der modernen Baukunst Gelegenheit gegeben werde, sich auf diesem Felde zu betätigen."

Jene Herren, welche diesen Antrag unterstützen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist genügend unterstützt und geht an den Stadtrat.

Beschluß: Der vorgelegte neue Entwurf für die Fassade des Schulbaues, XIII., Steinlechnergasse, wird mit der Abänderung genehmigt, daß die projektierte Loggia zu entfallen habe.

65. Referent Gem.-Rat Zatzka: Zahl 13651, Post 30, Bewilligung eines Zuschußkredites von 8000 K zur Ausgabs-Rubrik XXIV 17, zur Deckung der in das Jahr 1907 fallenden Auslagen für die Herstellung einer Baumpflanzung in der Zufahrtstraße zum Lainzer Versorgungsheim im XIII. Bezirke.

Die Kosten hiefür betragen 12.498 K. Ein Betrag von 8000 K ist nicht bedeckt.

Ich bitte daher, einen Zuschußkredit von 8000 K zu bewilligen.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte daher die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 8000 K zur Ausgabs-Rubrik XXIV 17 zur Deckung der in das Jahr 1907 fallenden Auslagen für die Herstellung einer Baumpflanzung in der Zufahrtsstraße zum Lainzer Versorgungsheim im XIII. Bezirke.

66. Referent Gem.-Rat Zatzka: Zahl 13489, Post 28, betrifft den Ankauf der Katastral-Parzellen 454 und 455, Breitensee, für die Erweiterung des Baumgartener Friedhofes.

Es sind das zwei Parzellen, welche zur Vergrößerung und Arrondierung des Baumgartener Friedhofes notwendig sind. Wir haben die Offerte dieser Gutsbesitzer wiederholt zurückgewiesen. Sie offerieren jetzt einen Preis von 6 K 25 h per Quadratmeter. Das Stadtbauamt sagt, dieser Preis sei mit Rücksicht auf die Lage entsprechend.

Ich bitte daher, Ihre Zustimmung zu erteilen, daß diese beiden Parzellen angekauft werden dürfen.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte daher diejenigen Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Die Gemeinde Wien kauft von Leopoldine Furchheimer und Amalia Kröll die denselben gehörigen Grundstücke Kat.-Parz. 455, Einl.-Z. 484 und Kat.-Parz. 454, Einl.-Z. 483 Grundbuch Breitensee, im Gesamtausmaße von 11.567 m² um den Einheitspreis von 6 K 25 h per Quadratmeter.

2. Die Gründe werden lastenfrei ins Eigentum der Gemeinde Wien übertragen.

3. Der Kaufschilling wird auf Grund des obigen Einheitspreises nach dem Katastralausmaße berechnet und nach lastenfreier grundbücherlicher Überschreibung ausbezahlt.

4. Die gesamten mit dem Kaufgeschäfte verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Gemeinde Wien.

5. Die Verkäuferinnen sind verpflichtet, die bücherliche Anmerkung der Rangordnung der beabsichtigten Veräußerung dieser Gründe an die Gemeinde im Sinne des § 53 des Grundbuchsgesetzes innerhalb acht Tagen nach der Verständigung der Annahme der Offerte zu veranlassen.

6. Der Magistrat wird beauftragt, die gerichtliche Schätzung der restlichen noch für die Erweiterung des Baumgartener Friedhofes in Frage kommenden Realitäten ungesäumt zu veranlassen.

67. Referent Gem.-Rat Zatzka: Zahl 13639, Post 27, betrifft die Kreditbewilligung für Gasautomatenanlagen im Jahre 1908.

Es ist eine kolossale Anmeldung für die Aufstellung von Gasautomaten vorhanden, diese Gasautomaten sind für die Gemeinde ein ausgezeichnetes Geschäft. Ich will nur erwähnen, daß wir durch dieselben im ersten Halbjahre um eine halbe Million Kubikmeter mehr Gas verkauft haben. Das Geld, welches wir für Gasautomaten im vorigen Jahre bewilligt haben, ist schon verbraucht. Es liegen aber einige 1000 Anmeldungen vor und es wird daher beantragt, einen Kredit von 1 Million Kronen aus dem Betriebskapitale der Gaswerke zu bewilligen.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte daher diejenigen Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Für die Aufstellung von 5000 bis 6000 Gasautomatenanlagen im Jahre 1908 wird ein Kredit von 1 Million Kronen bewilligt.

2. Dieser Betrag ist dem Betriebskapitale zu entnehmen.

68. Referent Gem.-Rat Zatzka: Zahl 12891, Post 9, betrifft die Erteilung des Baukonsenses für die Kirche am Wiener Zentral-Friedhofe. Es wird die Erteilung des Baukonsenses unter Einhaltung der im Augenscheins-Protokolle vom 19. November 1907 angeführten Bedingungen beantragt.

Außerdem wird beantragt, eine kleine Verschiebung der Achse der Kirche vornehmen zu dürfen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte daher die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Für die im Kapellenhofe des Wiener Zentral-Friedhofes projektierte Kirche wird der Baukonsens gegen Einhaltung der in der Augenscheinsaufnahmeschrift vom 14. November 1907 angeführten Bedingungen, sowie unter Genehmigung der Abweichung des Detailprojektes von dem Generalregulierungsplane, wonach der Mittelpunkt der Kirchenkuppel in einer Entfernung von 46·75 m anstatt in einer solchen von 44·50 m vom Kreuzpunkte der Achsen des Kapellenhofes angeordnet wird, erteilt.

69. Referent Gem.-Rat Zatzka: Zahl 13233, Post 31, betrifft den Bericht über die Explosion in der Hütteldorfer Ölgasanstalt.

Ich glaube, den Bericht nicht verlesen zu müssen (Zustimmung); es handelt sich hauptsächlich darum, daß wir eine Beschwerde gegen den Bestand dieser Ölgasanstalt ergreifen. Es haben dort wiederholt Explosionen und Brände stattgefunden. Die Gemeinde hat jedesmal Beschwerde dagegen ergriffen, wurde aber immer abgewiesen. Jetzt, nach dem letzten Unglück soll neuerdings Veranlassung genommen werden, eine Beschwerde an das Eisenbahnministerium zu richten.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte daher diejenigen Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Der Bericht über die Explosion in der Hütteldorfer Ölgasanstalt wird zur Kenntnis genommen.

2. An das k. k. Eisenbahnministerium ist neuerlich eine entsprechend begründete Eingabe wegen Auflassung der Ölgasanstalt am Hütteldorfer Bahnhofe zu richten.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Braun.

70. Referent Gem.-Rat Braun: Zahl 11655, Post 10, betrifft die Erteilung des Baukonsenses für den auf dem städtischen Gaswerksterritorium im XI. Bezirke projektierten Bau eines Laboratoriums und einer Versuchsgasanstalt.

Es wird ersucht, nachträglich den Baukonsens zu erteilen, nachdem am 1. Mai bereits ein prinzipieller Beschluß seitens des Gemeinderates bezüglich der Erbauung gefaßt worden ist.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Erteilung des Baukonsenses für den auf dem städtischen Gaswerksterritorium im XI. Bezirke projektierten Bau eines Laboratoriums und einer Versuchsgasanstalt unter den in der bezüglichen Augenscheins-Aufnahmeschrift angeführten und den von der Direktion der priv. österr.-ungar. Staats-Eisenbahngesellschaft laut Schreibens vom 8. August 1907 gestellten Bedingungen.

71. Referent Gem.-Rat Braun: Zahl 13362, Post 19, betrifft die Bewilligung eines Zuschußkredites von 1200 K zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 12 für Mehrarbeiten anläßlich der Erweiterung des Simmeringer Friedhofes. Es wird um die Bewilligung ersucht.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 1200 K zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 12 für Mehrarbeiten anläßlich der Erweiterung des Simmeringer Friedhofes.

72. Referent Gem.-Rat Braun: Zahl 13358, Post 20, betrifft die Verlängerung der Hutzeit für den Feldschutz im X. Bezirke.

Es wird der Antrag gestellt, die Hutzeit für den Feldschutz im X. Bezirke bis zum 31. Oktober zu verlängern und die erforderlichen Kosten im Betrage von 144 K zu genehmigen.

Der Antrag wird gestellt, weil viele Felddiebstähle vorkommen.

Ich bitte um die Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß: Die Hutzeit für den Feldschutz im X. Bezirke wird bis zum 31. Oktober verlängert und es werden die erforderlichen Kosten im Betrage von 144 K genehmigt.

73. Referent Gem.-Rat Braun: Zahl 13257, Post 21, betrifft die Systemisierung des Monturbezuges für die Totengräbergehilfen des Zentral-Friedhofes.

Der Antrag befindet sich in Ihren Händen. Motiviert ist derselbe dadurch, daß die städtische Leichenbestattung mehr Leute braucht und die Leute nett angezogen sein müssen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß: Es wird der Bezug folgender Monturstücke für die Totengräbergehilfen des Zentral-Friedhofes neu systemisiert: Eine Weste von mohrengrauem Tuch, eine Bluse von schwarzem Diagonalstoff, eine Weste von schwarzem Diagonalstoff, eine Hose von schwarzem Diagonalstoff (sämtliche Monturstücke mit einer Tragdauer von einem Jahre) und eine zweite Dienerkappe.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Koll.

74. Referent Gem.-Rat Knoll: Zahl 12928, Post 6, betrifft die Auflassung eines Teiles der Voltagasse im XXI. Bezirke zum Zwecke der Errichtung eines Krankenhauses.

Die Herren haben die Anträge in Händen, ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Schlinger.

Gem.-Rat Schlinger: Gegen den Antrag selbst habe ich nichts einzuwenden. Ich will bei dieser Gelegenheit nur neuerlich darauf verweisen, daß die Gemeinde Wien von dem Krankenanstaltenfonde endlich die Erbauung des Spitales im XXI. Bezirke verlangen soll. Die Sache ist so: Es wurde uns versprochen, wenn Floridsdorf bis zum Jahre 1905 einverleibt ist, werde im Jahre 1906 das Spital gebaut werden. Nun schreiben wir heute das Jahr 1907, das Spital ist aber noch nicht gebaut. Es besteht nun mit Rücksicht darauf, daß die Gemeinde Wien nach dem vorhin gefaßten Beschlusse selbst ein Spital zu bauen beabsichtigt, die Gefahr, daß sich der Krankenanstaltenfonds einfach um die Verpflichtung, ein Krankenhaus in Floridsdorf zu bauen, herumdrückt. Viele Leute sagen sogar: Ihr werdet kein Spital mehr bekommen, weil die Gemeinde Wien ein eigenes Jubiläumsspital baut.

Ich will daher besonders darauf verweisen, daß der XXI. Bezirk mit Rücksicht auf seine Ausdehnung und die kolossale Entwicklung der Industrie gewiß ein Spital in der Nähe benötigt, weil für die dortige Arbeiterbevölkerung bei den vielen Unglücksfällen, die bei den Betrieben vorkommen — jeden Tag kann man sehen, wie aus den großen Betrieben Verletzte transportiert werden — kein Krankenhaus in der Nähe besteht, in welchem die Verletzten rasch Hilfe finden können.

Der XXI. Bezirk hat zu den bestehenden Spitälern sehr weit, und nachdem eine Verpflichtung des Krankenanstaltenfondes vorliegt und der Statthalter in einer der letzten Landtags-Sitzungen diese Erklärung abgegeben hat, so liegt es an der Gemeinde Wien, die Statthalterei, beziehungsweise den Krankenanstaltenfonds energisch zu erinnern, daß das Spital im XXI. Bezirke im Jahre 1908 zu bauen ist, damit nicht neuerlich eine Anzahl von Jahren vergeht, bis es zum Bau dieses Spitales kommt.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Herr Gem.-Rat Hoß hat das Wort.

Gem.-Rat Hoß: Das vorliegende Projekt zeigt, daß der Gemeinderat das Bestreben hat und bemüht ist, diese Frage zu lösen. Die Herren werden sich erinnern können, daß wir einen Beschluß gefaßt haben, den Platz für ein Krankenhaus unentgeltlich zu überlassen.

Nun hat es sich aber gezeigt, daß der Platz für diesen Zweck zu klein ist und da mußten wir uns nun mit den Anrainern ins Einvernehmen setzen. Es handelt sich um Gründe im Ausmaße von 11.000 m², die wir ankaufen sollen. Nun liegt aber zwischen diesen Gründen und dem, den wir überlassen sollen, eine Straße, die zum Spitalbau erforderlich ist. Wenn wir nun beschließen, die Straße aufzulassen und den Platz unentgeltlich zu überlassen, so ist die Frage gelöst und es wird, wie ich in der Statthalterei erfahren habe, der Bau in Angriff genommen werden können.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Der Herr Referent hat hiezu nichts mehr zu bemerken. Wir schreiten daher zur Abstimmung.

Ich bitte die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Unter der Voraussetzung, daß der zwischen der Jedleseerstraße, der O'Briengasse, der Helmholzgasse und der Voltagasse im XXI. Bezirke gelegene Baublock zur Vergrößerung des projektierten Spitalbaues erworben wird, stimmt die Gemeinde der Auflassung der Voltagasse in der Strecke zwischen der Jedleseerstraße und der Helmholzgasse zu.

Die Baulinien der Jedleseerstraße und Helmholzgasse werden unter Zugrundelegung des mit der St.-B.-Z. 1118/XIII ex 1907 bezeichneten Originalplanes nach den rot schraffierten Linien a b und c d ergänzt.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Oppenberger.

75. Referent Gem.-Rat Oppenberger: Zahl 12656, Post 16 betrifft die Erstreckung des Bauvollendungstermines für das neue Amtshaus im II. Bezirke.

Durch den strengen Winter hat sich der Bau um zwei Monate verzögert und es wird deshalb der Antrag gestellt (liest):

„Der Bauvollendungstermin für das neue Amtshaus im II. Bezirke wird bis 1. November 1907 erstreckt."

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte daher die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Der Bauvollendungstermin für das neue Amtshaus im II. Bezirke wird bis 1. November 1907 erstreckt.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Dr. Klotzberg.

76. Referent Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Zahl 13689, Post 26 betrifft den Bericht über die Schlachtvieheinfuhr aus dem Okkupationsgebiete und den Viehschmuggel aus Serbien.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 9. Oktober 1907, Z. XII-257, folgenden Erlaß an den Magistrat gerichtet:

„Verschiedenen Nachrichten zufolge sollen angeblich Schlachtrinder in größerer Zahl aus Serbien nach Bosnien eingeschmuggelt und von dort, mit bosnischen Viehpässen gedeckt, als Tiere bosnischer Provenienz in den weiteren Verkehr gesetzt werden.

Über Weisung des k. k. Ackerbauministeriums vom 8. Oktober 1907, Z. 37585, ist dieser Angelegenheit eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen und sind die auf Schlachtviehmärkten oder in Schlachthäusern des dortigen Verwaltungsgebietes gelangenden Schlachttiere bosnischer Provenienz hinsichtlich ihres Typus sowie der Zugehörigkeit ihrer Begleitpapiere in Bezug auf Übereinstimmung des Nationales, der vorhandenen Brände u. dgl. genauestens prüfen zu lassen. Sollte sich der Verdacht ergeben, daß Tiere serbischer Provenienz darunter sein könnten oder gewichtige Viehpaßmängel sichergestellt werden, so ist die betreffende Viehpartie vom weiteren Verkehre beziehungsweise von der Schlachtung für insolange auszuschließen und in amtliche Verwahrung zu nehmen, bis die Sachlage vollkommen aufgeklärt ist.

Bei derlei Beanständungen sind die Begleitpapiere mit einem eingehenden Berichte unverzüglich der k. k. n.-ö. Statthalterei vorzulegen.

Als selbstverständlich hat zu gelten, daß die Kosten für die Fütterung ꝛc. der in Verwahrung genommenen Tiere von den betreffenden Parteien zu tragen sind.

Der Magistrat berichtet:

Die ersten Gerüchte über angebliche Einfuhr geschmuggelter serbischer Rinder auf den Wiener Zentral-Viehmarkt unter der Deckung bosnischer Viehpässe sind am Markte von Montag den 30. September d. J. aufgetaucht.

Schon tags darauf haben sich die meisten Tagesblätter mit dieser Angelegenheit beschäftigt, und haben diese in die Öffentlichkeit hinausgetragenen Gerüchte im Kreise der Landwirte Österreichs nicht geringes Aufsehen und Erregung hervorgerufen.

Der niederösterreichische Landeskulturrat hat sofort Stellung genommen und dem Ministerial-Präsidium, dem Ministerium des Innern eine Protestnote überreicht, in der folgendes gesagt wird:

„Die Nachricht, daß 1000 serbische Ochsen auf dem Wege durch Bosnien nach Österreich zollfrei über die Grenze geschmuggelt

worden sein sollen, hat in den Kreisen der Grundbesitzer ungeheueres Aufsehen und allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Es liegt eine Verletzung der Grenzsperre vor, die nicht nur eine materielle Schädigung aller Grundbesitzer, sondern auch eine eminente Gefahr für den einheimischen Viehstand mit sich bringt. Durch diese Nachricht würden dem strebsamen Landwirte alle Hoffnungen und Aussichten auf eine bessere Verwertung der Fleischproduktion genommen werden und wird daher an das Ackerbauministerium das dringendste Ersuchen gestellt, es mögen ähnliche Vorkommnisse, wie die in den Zeitungen erwähnten, auf alle Fälle sicher verhindert werden."

Auch die Landtage von Steiermark und Mähren haben im Wege von Dringlichkeits-Anträgen die sofortige Abstellung des Schmuggels gefordert.

Der ungarische Landes-Agrikulturverein hat ebenfalls die ungarische Regierung zur entschiedensten Stellungnahme aufgefordert.

Die österreichische Regierung hat nach einer amtlichen Verlautbarung gemeinsam mit der ungarischen Regierung den Anlaß der Ausgleichsverhandlungen auch dazu benützt, die Frage des angeblich soeben vorgekommenen Viehschmuggels aus Serbien über Bosnien eingehend zu besprechen und sind beide Regierungen hinsichtlich der sofort einzuleitenden Untersuchung und der eventuell zu ergreifenden Maßregeln zum vollen Einverständnis gekommen.

Es ist demnach die Frage aufzuwerfen, wie die Angelegenheit sich wirklich verhält:

In der Woche vom 29. September bis 5. Oktober wurden auf dem Zentral-Viehmarkte an Rindern bosnischer Provenienz 71 Stück Mastrinder, 565 Stück Weiderinder und 222 Stück Beinlrinder, zusammen 858 Stück aufgetrieben.

In der Woche vom 6. bis 12. Oktober wurden von der gleichen Provenienz 329 Stück Weiderinder und 347 Stück Beinlrinder, im ganzen 676 Stück aufgetrieben.

Diese Rinder stammen laut der Viehpässe aus Banjaluka, Bosnisch-Brod, Bosnisch-Nowy, Gredačač und Priedor. Die Viehpässe waren ordnungsmäßig ausgefertigt und erwiesen sich sämtliche Rinder hinsichtlich ihres Gesundheitszustandes als unbedenklich.

Sofort nach dem Auftreten des Gerüchtes besichtigten staatliche Veterinärorgane die am Zentral-Viehmarkte und in den Schlachthäusern noch vorhandenen Rinder.

Die für den Markt am 7. Oktober bestimmten Rinder wurden, da inzwischen die bereits erwähnten Proteste erhoben waren, schon am Vortage, das ist am 6. Oktober, von den staatlichen Vererinärorganen besichtigt und haben diese Organe von dem Gesamtauftriebe von 676 Rindern acht Partien mit zusammen 171 Stücken beanständet, und zwar deshalb, weil dieselben den serbischen Rassetypus zeigten.

Am Markttage, das ist am 7. Oktober, fand sich neuerlich eine staatliche Veterinär-Kommission auf dem Markte ein, welche die Zahl der zu beanständeten Tiere auf fünf Partien, mit zusammen 122 Stücken, sämtliche in Brčka am 2. Oktober verladen, beschränkte.

Die Beanständung erfolgte wegen konstatierter Mängel in der Beschreibung der Tiere.

Diese 122 Stück Rindvieh wurden über schriftlichen Auftrag der staatlichen Veterinärbehörde amtlich in Verwahrung genommen.

Die von der Kommission übernommenen Viehpässe wurden dem Vernehmen nach nach Bosnien zur Durchführung aller weiteren Erhebungen eingesendet.

So berechtigt nun auch die Ansprüche der landwirtschaftlichen Kreise auf Schutz und Wahrung ihrer Interessen sind, so darf eine solche Schutzanforderung für die staatliche Vetärinärbehörde doch nur insoweit maßgebend sein, als sie nicht auf Gerüchten — der n.-ö. Landes-Kulturrat beruft sich selbstnur auf Zeitungsnachrichten und sagt selbst, daß nur geschmuggelt worden sein *soll* und auch das amtliche Communique spricht nur von einem *angeblich* vorgekommenen Viehschmuggel — sondern auf Tatsachen beruht.

Die Tatsache eines Schmuggels ist nun, sofern dies nach den Verhältnissen auf dem Zentral-Viehmarkte in Wien deduziert werden kann, in keiner Weise erwiesen.

Die Ähnlichkeit der beanständeten Rinder mit dem Typus der serbischen Rasse, die Beschreibungsmängel sind keineswegs so relevanter Natur, daß sie zu so einer einschneidenden Verfügung, wie die der Inhibierung von 122 Stück Rindern, eine Grundlage abgeben können.

Die Händler, welche die Tiere auf den Markt brachten, haben diese Tiere auf bosnischen von staatlichen Tierärzten überwachten Viehmärkten angekauft und werden sich, da sie das Risiko der Beanständung ganz allein zu tragen haben, wohl hüten, auf die Gefahr hin, schon bei jedem Gerüchte in eine solche mißliche Lage zu kommen, in Zukunft aus Bosnien Tiere nach Wien zu bringen.

Es geht nicht an, auf Grund bloßer durch nichts beglaubigter Gerüchte die ohnehin mit allen möglichen Schwierigkeiten verbundene Fleischapprovisionierung Wiens noch mehr zu erschweren und kann der Regierung im vorliegenden Falle nicht der Vorwurf erspart bleiben, daß sie das Kind mit dem Bade ausgeschüttet habe.

Aus Bosnien sind in den letzten Jahren in denselben Marktwochen, und zwar im Jahre 1905 1108 beziehungsweise 1092 und im Jahre 1906 1125 beziehungsweise 1177, also viel mehr Rinder als heuer auf den Markt gekommen und ist bei diesen Ziffern für die Unstichhältigkeit des Schmuggelgerüchtes das Bemerkenswerteste der Umstand, daß im Jahre 1905, das ist vor der Grenzsperre mehr Rinder aus Bosnien als heuer nach Wien gekommen sind.

Die Bemühungen der bosnischen Landesregierung zur Hebung der einheimischen Viehzucht sind bekannt und es wäre sehr zu bedauern, wenn die Aufzucht bosnischer Rinder und der Auftrieb dieser Rinder auf dem Wiener Markte, der im Jahre 1905 19.692 Stück und im Jahre 1906 16.513 Stück betrug, eine Einbuße erleiden würde.

Solche Beanständungsmaßregeln, wie die vorliegenden, die nur auf Gerüchten und, man könnte sagen, gesuchten Mängeln aufgebaut sind, sind mit dem Approvisionierungs-Interesse Wiens nicht vereinbar, sind auch von den landwirtschaftlichen Kreisen, welche nur das Ersuchen gestellt haben, es mögen ähnliche Vorkommnisse, wie die in den Zeitungen erwähnten, auf alle Fälle sicher verhindert werden, gewiß nicht gewollt.

Die aus Bosnien einlangenden Tiere langen mit Viehpässen an, die von dem Bezirksvorsteher ausgestellt, von dem Distrikts-Tierarzte und von der Viehbeschau-Kommission mitunterfertigt sind und folgende Klauseln tragen:

„Daß obbezeichnetes Vieh aus einer seuchenfreien Gegend stammt, keine verdächtige Gegend passierte und den letzten Standort im ..... seit 30 Tagen nicht gewechselt hat, wird hiemit bestätigt."

„Untersucht, gesund befunden."

„Daß in der Ursprungsgemeinde und Umgebung seit 40 Tagen keine übertragbare Krankheit herrscht, wird hiemit bestätigt."

„Das in diesem Viehpasse verzeichnete Vieh wurde untersucht, gesund befunden und in Gegenwart der gefertigen Viehbeschau-Kommission im Waggon Nr. . . verladen und der Waggon seitens der Bahnstation plombiert."

Solche von öffentlichen Behörden gegebene Erklärungen können nicht durch einfache Vermutungen und Gerüchte, sondern nur durch einen strikten Gegenbeweis entkräftet werden.

Diesen Gegenbeweis auf Kosten der Approvisionierung Wiens zu führen ist geradezu unverantwortlich und es ist zu bedauern, daß die staatliche Vetrinärpolizei ohne jede tatsächliche Grundlage zu der besagten, die konsumierende Bevölkerung tief schädigenden Maßregel der Rinderinternierung gegriffen hat.

Es wären vorrest die Viehzucht- und Marktverhältnisse Bosniens genau zu untersuchen und die Möglichkeit eines Schmuggels festzustellen gewesen und nicht erst nachträglich, wenn die durch die Inhibierung eingetretenen Nachteile zu einem unwiederbringlichen Verluste sich ausgestaltet haben.

Aus diesen Gründen bitte ich, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Es ist traurig, daß die Approvisionierung unter diesen Verhältnissen leidet, und daß wir in einer solchen Weise geschädigt werden. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Neumann pro.

Gem.-Rat Neumann: Wir haben es im vorliegenden Falle mit einer Erscheinung zu tun, die wir in jüngster Zeit zu beobachten oft Gelegenheit hatten.

Von Seite des Ackerbauministeriums wird ein wahres Kesseltreiben gegen die Fleischapprovisionierung Wiens geführt. Dieses Kesseltreiben erklärt sich nur dadurch, daß die landwirtschaftliche Zentralstelle heute einen ungeheuren Einfluß auf das Ackerbauministerium ausübt und daß die landwirtschaftliche Zentralstelle es ist, welche dem Ackerbauministerium diktiert und alle Mittel anwendet, damit die Viehpreise ja nicht durch eine bessere Beschickung des Marktes herabgedrückt werden. Angeblich wird dieses Kesseltreiben damit begründet, daß die Interessen des kleinen Bauers, des Viehzüchters u. s. w. geschützt werden sollen. Tatsächlich werden dadurch nicht die Interessen des kleinen Viehzüchters gefördert, sondern die Interessen des großen Mästers, und dadurch leidet die Fleischapprovisionierung Wiens, dadurch ist die Höhe der Viehpreise ermöglicht worden, und die Gemeinde Wien hat alle Ursache, gegen dieses Kesseltreiben Stellung zu nehmen.

Im letzten Jahre hat es sich erreignet, daß die ministrielle Veterinär-Kommission kam und sagte: bei 122 Stück Vieh läßt es sich nicht nachweisen, daß sie wirklich bosnischer Provenienz sind, sie könnten auch serbischer Provenienz sein, und das Ungeheuerliche geschah: Trotzdem wir unter einer steten Viehnot laborieren, werden 122 Stück Vieh dem Markte entzogen. Ja, man trifft eine Verfügung, die geeignet ist, die bosnischen Einsender von Vieh ganz einfach von der Beschickung des Wiener Marktes abzuhalten, zu einer Zeit, wo wir gerade unter der Fleischnot seufzen, wo die Fleischpreise eine geradezu ungeheuere Höhe erreicht haben.

Demgegenüber muß die Gemeinde Wien sich wirklich fragen, ab auch nur ein Schein von Berechtigung zu einer solchen Verfügung vorliegt.

Im Approvisionierungs-Ausschuß hat man Verschiedenes erwogen. Man hat zuerst die Frage gestellt, ob es möglich sei, eine größere Menge von serbischem Vieh nach Österreich herüberzuschwärzen. Nunmehr haben wir in Erfahrung gebracht, daß es ganz ausgeschlossen ist, serbisches Vieh in großen Mengen nach Bosnien zu schwärzen oder auch nur in geringeren Mengen herüber zu bringen.

Es hat sich gezeigt, daß es vielleicht möglich ist, einzelne Stücke, 1, 2, vielleicht 4, 5 Stücke herüberzubringen, aber daß hunderte von Stücken an einem Markttage herübergebracht werden können, ist vollständig ausgeschlossen. Es ist auch ausgeschlossen, daß die ministerielle Veterinär-Kommission irgend einen Anhaltspunkt dafür hat, dieses bosnische Vieh ganz einfach als serbisches zu erklären. Unser gegenwärtiger Ackerbauminister, Graf Auersperg, hat seinerzeit als Präsident der ministeriellen Veterinär-Kommission es dahin gebracht, daß argentinisches Fleisch nach Wien nicht eingeführt worden ist, auch zu einer Zeit, wo hier eine kolossale Fleischnot gewesen ist. Ohne einen Schein von Berechtigung ist damals verhindert worden, daß das argentinische Fleisch aus den Waggons entladen wurde. Die Bevölkerung war auf dieses Fleisch tatsächlich angewiesen, die Bevölkerung hat nach diesem Fleisch geseufzt, sie hat sich gesagt, endlich werden Maßnahmen ergriffen, die möglicherweise dazu führen können, daß auch die arme Bevölkerung sich ein Stück Fleisch kaufen kann.

Die ministerielle Veterinär-Kommission unter Vorsitz des Grafen Auersperg hat erklärt: Die Entladung darf nicht vorgenommen werden und die Waggons mit dem argentinischen Fleisch mußten wieder zurück. Ein Sturm der Entrüstung hat sich unter der Wiener Bevölkerung erhoben. Jetzt sind die Herren noch weiter gegangen. Jetzt lassen sie bosnisches Fleisch auf dem Markte nicht zu. Das ist ein Attentat auf die Bevölkerung, welches mit aller Entrüstung vom Wiener Gemeinderate zurückgewiesen werden muß. Als Graf Auersperg Ackerbauminister wurde, nahm er die ministerielle Veterinär-Kommission vom Ministerium des Innern hinüber in das Ackerbauministerium. Warum hat er das getan? Um sich den vollständig unbrechbaren Einfluß auf die ministerielle Veterinär-Kommission zu sichern. Und was war es, das er damit gemacht hat? Nichts anderes als eine Konzession gegenüber den Intentionen des Ritter v. Hohenblum. Ritter v. Hohenblum ist heute derjenige, welcher diktiert. Wer schreibt der Bevölkerung die Fleischpreise vor? Ritter v. Hohenblum ist es, welcher der Bevölkerung von Wien die Viehpreise diktiert und der ergebenste Diener des Ritters v. Hohenblum ist der österreichische Ackerbauminister, ist der Ackerbauminister Graf Auersperg.

Über ein solches Vorgehen muß doch endlich der Gemeinderat von Wien seine hellste Entrüstung aussprechen. Ich muß sagen, ein solcher Ackerbauminister dient nicht dem Interesse der Bevölkerung, sondern den Interessen einzelner Großgrundbesitzer, einzelner Mäster, einzelner Züchter, keinesfalls aber den Interessen der Bevölkerung, wie man immer vorgibt, um solche unsinnige und unerhörte Maßnahmen zu rechtfertigen.

Was wird geschehen? Die Einsender werden es sich wohl überlegen, Vieh zu senden, wenn sie wissen, daß sie der Gefahr ausgesetzt sind, daß die Tiere konfisziert werden, daß sie an Gewicht verlieren, ja daß sogar die Kosten für die Fütterung bezahlt werden müssen und daß sie dabei einen kolossalen Schaden erleiden. Einzelne Einsender können durch eine solche durch nichts zu rechtfertigende Verfügung vollständig ruiniert werden. Wenn infolgedessen diese Einsender erklären, daß sie den Wiener Markt nicht beschicken, wer hat dann den Schaden? Die Wiener Bevölkerung, welche dann unerschwinglich hohe Fleischpreise bezahlen muß und nicht in der Lage ist, die notwendige Fleischnahrung einzunehmen. Infolgedessen hat sich auch der Approvisionierungs-Ausschuß veranlaßt gesehen, Ihnen diesen Vorgang zur Kenntnis zu bringen, und ich glaube, daß der Gemeinderat heute in öffentlicher Sitzung erklären wird, daß er seine tiefste Entrüstung und Mißbilligung darüber ausspricht und wünscht, daß die Regierung nicht mehr die Interessen einer Handvoll Viehspekulanten schützt, sondern das tut, wozu sie berufen ist, und die Interessen der Bevölkerung in der energischesten Weise wahrt.

Endlich und schließlich muß sich ja die Bevölkerung sagen: Wir haben es satt, daß uns die Preise der notwendigsten Lebensmittel von der landwirtschaftlichen Zentralstelle diktiert werden, einer Zentralstelle, die noch dazu vom Lande und vom Staate subventioniert wird. Das ist äußerst gefährlich und infolgedessen muß sich der Wiener Gemeinderat mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Agitation aussprechen, welche der Bevölkerung nur zum Schaden gereichen kann.

Man hat auch gesagt, das österreichische Vieh könnte durch Einschleppung der Seuche dezimiert werden. Wir haben uns nun erkundigt, wie die Veterinärverhältnisse in Bosnien liegen und haben erfahren, daß sie so vorzüglich sind, daß es gar nicht möglich ist, krankes Vieh nach Österreich herüberzubringen.

Es sind alle Umstände gegeben, die eine Beschickung des Marktes mit bosnischem Vieh möglich machen, ohne daß dies eine Gefahr für die österreichische Viehzucht bedeutet, und da darf man uns nicht mit so leeren Ausreden kommen, daß man sagt: Die Tiere sind serbischer Provenienz. Wie kommt die Veterinär-Kommission dazu, das zu sagen? Es hat bereits der Herr Referent ausgeführt, daß ein Unterschied zwischen bosnischem und serbischem Vieh gar nicht vorhanden ist. Und wenn eine serbische Provenienz als Jungvieh auf den bosnischen Markt kommt, wenn das Tier in Bosnien aufgemästet wird, dann ist es ein bosnisches Tier und muß auf unseren Markt kommen können. Da kann man nicht sagen, daß das ein serbisches Vieh sei. Wir haben einmal den unerhörten Fehler gemacht, die serbische Grenze für die Vieheinfuhr zu schließen. Trotzdem aber brauchen wir Vieh dringend notwendig.

Erinnern Sie sich, meine Herren, der Herr Ackerbauminister hat, als das argentinische Fleisch eingeführt werden sollte, erklärt, es müsse sich erst zeigen, ob der Inlands-Markt wirklich durch die österreichische Viehzucht vollständig versorgt werden kann oder nicht. Es wurde damals versprochen, daß Erhebungen gepflogen werden und eine genaue Statistik ausgearbeitet werden würde, aus der man ersehen kann, ob die österreichische Viehproduktion in der Tat den österreichischen Markt vollständig versorgt. Bis heute sind diese Erhebungen nicht gemacht worden; aber auch ohne Erhebungen und Statistik wissen wir, daß die Viehproduktion in Österreich keinen Aufschwung genommen hat und daß deren Stand seit 10 bis 20 Jahren derselbe geblieben ist. Wir haben immer 9 bis 10 Millionen Rinder gehabt und es waren nur ganz geringe Schwankungen in der Erhöhung der Rindviehproduktion zu bemerken. Es war sogar im Gegenteile eine Abnahme der Produktion zu bemerken.

Wie ich im Wiener Gemeinderate schon erwähnt habe, ist die Weidewirtschaft in verschiedenen Landesteilen des Reiches nahezu gänzlich niedergegangen und es ist infolgedessen auch von einem Aufschwunge der Viehproduktion in Österreich für absehbare Zeit keine Rede. Tatsache ist, daß wir Vieh zugeführt erhalten müssen, wenn unser Markt versorgt werden soll; wir müssen uns also mit aller Entschiedenheit dagegen verwahren, daß jetzt, wo wir unter so mißlichen Verhältnissen leiden und soviel Vieh vom Markte ausgeschlossen wird, auch noch jene Märkte, die offen sind, durch das Intriguenspiel des Herrn v. Hohenblum ausgeschlossen werden.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Gem.-Rat Nettrich.

Gem.-Rat Nettrich: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zum Worte, und zwar sämtlich pro, gelangen die Herren Gem.-Räte Schuhmeier, Klebinder und Skaret.

Ich erteile das Wort dem Herr Gem.-Rat Schuhmeier.

Gem.-Rat Schuhmeier: Die Frage der Fleischapprovisionierung Wiens ist gewiß so wichtig und einschneidend, daß der Wiener Gemeinderat, wenn er die Sache ohnehin als letzte Post der Tagesordnung behandelt, sich Zeit nehmen muß, sich damit zu beschäftigen.

Von uns allen wird die Fleischnot gleichmäßig empfunden. Die Lebensmittelteuerung macht nicht halt, wo die Parteiunterschiede beginnen, sondern die Lebensmittelteuerung, die vorhanden ist, spüren wir alle im täglichen Leben; es ist daher diese Frage gerade im Wiener Gemeinderate eingehend zu erörtern.

Was aber dem Wiener Gemeinderate vorgeschlagen wird in Ansehung der Umtriebe auf dem Gebiete des Approvisionierungswesens, das, meine Herren, ist entschieden zu wenig (Zustimmung), es ist entschieden zu wenig, sage ich, obwohl ich sehr gut begreife, daß Sie, die Majorität, in diesem Saale, nicht mehr tun können. Aber die Opposition ist verpflichtet, darauf zu verweisen und dies ausdrücklich zu konstatieren.

Wer das Verhalten der christlichsozialen Partei im Reichsrate drüben sieht und wer weiß, daß die christlichsozialen Abgeordneten für den Antrag Haueis gestimmt haben, der verlangt hat, die Sperrung der Grenze auf das allerstrengste durchzuführen (Rufe: Viehseuche! — Gem.-Rat Skaret: Ja, Gehirnseuche!), wer weiß, daß Ihre Partei, soweit die Provinz-Abgeordneten in Betracht kommen, geschlossen für den Antrag gestimmt hat, während die Abgeordneten der Stadt Wien aus dem Saale hinausgegangen sind, womit sie bestätigt haben, daß sie wohl wissen, was das Interesse der Wiener Wähler erheischt, wer das weiß, kann von Ihnen nicht mehr verlangen. Wir aber müssen konstatieren, daß Sie mit Ursache sind, daß solche Umtriebe möglich sind, wie sie sich jetzt in den allergrassesten Formen zeigen.

Wenn Sie, meine Herren, als Vertreter der Stadt Wien konsequent wären, dann würden diese Vorgänge Sie zur Trennung von Stadt und Land zwingen. Daß sie das nicht können, versteht sich ja, weil Ihr Parteiinteresse etwas anderes erheischt. Aber sagen müssen wir, warum Sie nur mit einer solchen lendenlahmen Erkärung kommen, die Sie als Protest bezeichnen. Das ist kein Protest, das ist ein allgemeines Gerede, mit dem Sie niemanden einschüchtern werden. Die Dinge werden so weiter gehen, wie sie bis jetzt gegangen sind, insofern Sie nicht dort die Axt anlegen, wo die Wurzel zu treffen ist, nämlich im österreichischen Parlament. (Gem.-Rat Leitner: Besorgen Sie das!)

Ja, ich kann von mir sagen, daß ich es im Reichsrate wohl besser gemacht habe, und ich kann auch sagen, daß ich jede Gelegenheit benützen werde, es fernerhin zu tun. Ich bin aber auch überzeugt, daß Ihre Herren das nicht tun werden und nicht tun können, weil sie Rücksicht auf die bäuerlichen Wähler nehmen müssen. Aber hier kommt in erster Linie eine Lebensfrage der Bevölkerung der Stadt Wien in Betracht.

Wissen Sie, wie die Dinge sich gestaltet haben? Der Antrag Haueis ist zu einer Zeit gestellt worden, da wir wirklich Bedarf an Lebendvieh am Wiener Markte gehabt haben. Dieser Antrag ist zu einer Zeit gestellt worden, da im Wiener Gemeinderate die Approvisionierungsfrage erörtert wurde. Hier sind die Verhandlungen abgebrochen worden, weil wir in einer Sitzung nicht fertig geworden sind, obwohl man noch Zeit gehabt hätte, sie fertig zu machen und zur Fleischfrage Stellung zu nehmen. Diese Gelegenheit haben die Agrarier im Parlamente benützt. Der Antrag Haueis ist zwischen unseren Verhandlungen im Gemeinderate gekommen und die Agrarier haben damals einen Sieg auf der ganzen Linie zu verzeichnen gehabt; denn das Parlament hat beschlossen, daß das Vieheinfuhrverbot aufs strengste zu handhaben sei.

Das ist geschehen, nachdem schon vorher das Ackerbauministerium die Verfügung im kurzen Wege, und zwar in ganz ungesetzlicher Weise — es ist das schon oft gesagt worden, kann aber nicht oft genug wiederholt werden — getroffen hat, daß die Einfuhr von Fleisch aus überseeischen Ländern verboten sei. Damals hat man schon die Machinationen der Zentralstelle gesehen. Das Fleisch, das in Wien nicht ausgeladen wurde, das Fleisch, das guter Qualität gewesen ist — darüber ist man sich einig und Sie wissen es auch — das Fleisch, welches in Wieu nicht ausgeladen werden durfte, ist in Hamburg noch so und so viel Tage später für gut befunden und verzehrt worden.

Also, zuerst das Verbot der Einfuhr überseeischen Fleisches, dann strenge Handhabung der Grenzsperre, und darauf finden sich Viehändler, die Lebendvieh aus Frankreich und Italien bringen wollen, und sofort sehen wir wieder die Machinationen der Zentralstelle.

Ganz Frankreich und Italien wird für verseucht erklärt. Das ist aber natürlich gar nicht der Fall, denn sonst hätten ja die Leute in diesen Ländern auch kein Fleisch zu essen gehabt, wenn das eine Tatsache gewesen wäre. Die Ochsen, die aus Frankreich gekommen sind, haben unserem Markte gut getan. Eine zweite Sendung war aber unmöglich, weil wieder von der Zentralstelle dagegen gearbeitet worden ist.

Nun hätte man denken sollen, daß die Herren am Ende ihres Latein wären und ihre Erfindungsgabe nichts Neues werde schaffen können. Wir sehen ja, daß aus einem anderen Lande die Zufuhr von Lebendvieh möglich ist. Nachdem aber die alten Mittel nicht mehr angewendet werden können, werden jetzt die Ochsen als Ochsen serbischer Provenienz erklärt und dabei stellt sich heraus, daß zuerst 171 Stück Ochsen als Ochsen serbischer Provenienz erklärt werden, indes sich bei genauerer Prüfung nur 122 Stück solcher Provenienz vorfinden. Wer soll da noch Vertrauen zu den Organen haben? Mit gänzlicher Blindheit werden die Herren doch nicht geschlagen sein, und wir, als Vertreter der Gemeinde Wien, können uns nicht darauf einlassen, daß solche Verfügungen, die getroffen wurden, immer wieder überprüft werden müssen.

Solche Verfügungen müssen richtig sein und die Herren, die also den Befund gemacht haben, zuerst 171 oder 170 und dann nur 122, wären anderswo ganz unmöglich. Das ist nur in Wien möglich, das ist wo anders ganz ausgeschlossen. Ich will nicht wiederholen, aber ich verweise auf das, was ich vorhin, als ein „Prügel zwischen die Füße werfen" bezeichnet habe, dort wo wir darangehen wollen, die Approvisionierung Wiens besser zu gestalten.

Jetzt wird in dieser Hinsicht wieder ein neuer Trick erfunden, indem man einfach die Ochsen, welche bosnischer Provenienz sind, als solche serbischer Provenienz erklärt. Damit will man den Zweck erreichen, den man erreichen will, nämlich auf dem Markte eine Preistreiberei durchzusetzen.

Ich sehe ja im gegenwärtigen Augenblicke von dem Schaden ab, der den Einzelnen trifft, weil mir der Schaden, welcher der gesamten Bevölkerung Wiens durch solche Machinationen erwächst, viel gefährlicher und folgenschwerer zu sein scheint. In der heutigen Sitzung ist in einer Interpellation ein Wort gestanden, das dem Herrn Reichsritter Simitsch von Hohenblum gegolten hat. Es ist vom Herrn Bürgermeister nicht geduldet worden, daß man dem Herrn das Wort . . .*) entgegenschleudert, angeblich weil er abwesend ist. Sind wir denn nicht auch dort abwesend, wo der Herr Reichsritter von Hohenblum das Interesse der Bevölkerung durch seine Quertreibereien so tief schädigt? Glauben Sie denn, der Herr Reichsritter nimmt Rücksicht auf die Abwesenden in irgend einer Versammlung, in der er ist, redet er nicht so, wie es nach seiner Meinung im Interesse derer ist, die er vertritt? Wenn jemand in Österreich sich vermessen kann, in Vereinen zu erklären: wir werden die Getreidepreise und Viehpreise diktieren, so soll das schon ein Fingerzeig für die Regierung sein, daß sie einem solchen Treiben endgiltig ein Ende macht. Der Herr Reichsritter von Hohenblum geht aber noch weiter. Er war es, der in einer Versammlung erklärt hat: Wer kann sich uns Agrariern im Reichsrate widersetzen? Die 87 Sozialdemokraten? Auf jeden Sozialdemokraten kommen 4 Agrarier und wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten aufstehen und dort gegen uns losgehen, werden sie einfach hinausgeschmissen!

Jemand, der sich solche Dinge erlaubt, dem soll man nicht in einer Interpellation sagen dürfen, daß es eine . . . . *) von ihm ist, wie er vorgeht? Das Wort ist zu gelinde, die deutsche Sprache ist viel zu arm, um den Wucher, der hier getrieben wird, mit dem entsprechenden Worte charakterisieren zu können. Wenn Herrn Reichsritter Simitsch v. Hohenblum das Wort . . . . *) nicht paßt, so soll er halt die Ehrenbeleidigungsklage

*) Anmerkung der Redaktion: Die fehlenden Worte wurden aus preßgesetzlichen Gründen durch Punkte ersetzt.

anhängig machen und die Herren, die von der Klage betroffen werden, werden schon ihre Auslieferung im österreichischen Reichsrate durchzusetzen wissen. Also der Herr Reichsritter Simitsch v. Hohenblum, das ist der gegenwärtige spiritus rector, der uns die Marktpreise diktieren will, der uns die Fleisch- und Getreidepreise diktiert und das ist auch der Mann — leider muß das gesagt werden — der im Ackerbauministerium aus- und eingeht, vor dem das Ackerbauministerium auf dem Bauche liegt, und ich geniere mich gar nicht, es hier in öffentlicher Sitzung auszusprechen, daß in Österreich nicht mehr Graf Auersperg Ackerbauminister, sondern Herr v. Hohenblum es bereits ist. Der Ackerbauminister heißt Simitsch v. Hohenblum und der Graf Auersperg handelt nicht anders als ein Bedienter dieses Herrn handeln könnte.

Es muß einmal gesagt werden, daß der Ackerbauminister sich erniedrigt hat zum Bedienten und zum Lakaien des Herrn Reichsritters v. Hohenblum. Sie können es nicht sagen und werden es nicht sagen, aber ich bin rücksichtslos genug, der Wahrheit auch in diesem Saale die Ehre zu geben.

Meine Herren! Haben Sie in der letzten Zeit die Vorgänge und Versuche verfolgt, die von der Zentralstelle ausgehen?

Ich will an die Milchfrage in diesem Falle nicht erinnern. Aber auch bei der Erhöhung der Milchpreise spielt Herr Hohenblum hinein. Auch da hat er seine Hand ziemlich stark im Spiele gehabt. Dieser Reichsritter von Hohenblum hätte in Österreich diese Macht nicht erlangen können, wenn man ihm vom ersten Augenblicke an entgegengetreten wäre. Wir haben das auch getan. Ich habe aber auch im österreichischen Parlament die Erfahrung gemacht, daß Ihre Herren Abgeordneten, insbesondere die vom Lande, von Herrn Simitsch v. Hohenblum genau so kommandiert werden, wie die übrigen Agrarier um Peschka herum. (Widerspruch.)

Widersprechen Sie mir nicht. Sie können das nicht sehen, weil Sie nicht im Reichsrate sitzen. Wissen Sie, wie dieser Reichsritter v. Hohenblum mit den Herren bäuerlicher Herkunft dort verkehrt, wie er sie peitscht, als ob sie alle nur Zugpferde vor seinem Karren wären? Der Herr will eben in Österreich auch etwas werden. Das ist dieselbe Zentralstelle, die von der österreichischen Regierung und, wenn ich mich recht erinnere, auch von unserem Landtage — ich kann darauf nicht wetten — subventioniert wird. Erst in der letzten Zeit macht sich endlich ein Umschwung in den Meinungen bemerkbar. Aber Sie finden wieder etwas sehr interessantes. Sie lesen hoffentlich auch die Zeitung, von der in großen Plakaten angekündigt wird, daß sie jeder Wiener liest. Sie sind ja Wiener und nachdem es dort schwarz auf weiß steht, daß jeder Wiener die „Reichspost" liest, so werden ja auch Sie die „Reichspost" lesen. (Ruf: Sollen sie vielleicht das „Extrablatt" lesen?) Es wird auch noch solche Herren geben, die nicht bloß die „Reichspost", sondern auch das „Extrablatt" lesen, sonst könnte es nicht existieren. Ich setze von Ihnen als gute Wiener — und das sind Sie ja — voraus, daß Sie die „Reichspost" lesen. Vor ein paar Tagen hat sie endlich vor Hohenblum energisch zu warnen begonnen. (Rufe: Das ist schön von ihr!) Aber warum? Die „Reichspost" — das ist der springende Punkt — warnt vor Hohenblum nicht, weil er uns das Fleisch verteuert, nicht weil er den Wucher im Getreide u. s. w. unterstützt, sondern sie warnt die Christlichsozialen vor dem Hohenblum, weil er mit Hilfe der christlichsozialen Abgeordneten und mit Hilfe der christlichsozialen Wähler seine Macht in Österreich weiter befestigen will. Also die „Reichspost" warnt nicht vor dem Hohenblum im Interesse der städtischen Bevölkerung Wiens, sondern in wohlverstandenem christlichsozialen Parteiinteresse. Sie sehen daher, daß solchen Dingen gegenüber ein solcher Protest, wie Sie ihn hier einbringen, viel zu wenig ist.

Früher hat man von einer Seuche in Frankreich, Deutschland, Italien gesprochen. Kein Mensch weiß, wo das ist. In Frankreich! Frankreich ist ja groß, aber man hat immer von konkreten verseuchten Gegenden gesprochen, heute genügt dem Ackerbauminister gar nicht mehr die Anzeige, daß diese oder jene Gegend wirklich verseucht ist. Heute findet sich das Ackerbauministerium im Interesse der Zentralstelle schon bestimmt, zu handeln, wenn ihm eine Gegend nur als verdächtig bezeichnet wird.

Ja, meine Herren, unter solchen Umständen kann jeden Tag eine andere Gegend als verdächtig erklärt werden und schließlich kann uns passieren, daß wir die Rindfleischpreise überhaupt nicht mehr bezahlen können. Wenn es so weiter geht, werden die Fleischhauer überhaupt gut tun, wenn sie zusperren und wenn der Wiener Bevölkerung Fleisch nur mehr gegen ärztliche Rezepte in der Apotheke ausgefolgt wird.

Das ist die weitere Entwicklung dessen, was wir heute vor uns haben.

Wenn ich das hier sage, kann ich für mich in Anspruch nehmen, daß ich diesen Standpunkt schon vertreten und dieser Meinung nicht nur in öffentlichen Versammlungen, sondern auch drüben im Reichsrate unverholen Ausdruck gegeben habe. Und weil sich die Gelegenheit schickt, sage ich es auch hier. Übrigens bin ich der innersten, felsenfesten Überzeugung, daß Sie mir alle aus wirtschaftlichen Gründen innerlich viel mehr zustimmen, als Sie es äußerlich zeigen und zeigen können. Aber irgendwer muß in diesem Saale doch sagen, wie die Sache steht, und ich wünschte sehr, daß sich an diesem Bericht, der uns heute von Herrn Dr. Klotzberg gebracht worden ist, eine Bewegung knüpft, die endlich einmal das Ackerbauministerium zum Bewußtsein bringt, daß es nicht mehr länger angeht, diese Wirtschaft weiter zu dulden. Wir könnten billiges, gutes und genügend Fleisch auf dem Wiener Markte haben, wenn eben das Ackerbauministerium nicht so einseitig vorgehen würde. In diesem Saale sind wir in erster Linie Vertreter der Gemeinde Wien; in diesem Saale haben wir in erster Linie das Interesse der städtischen Bevölkerung zu wahren und wenn wir es hier nicht wahren, wo sollen wir es denn sonst wahren?

Ich habe dieser Meinung Ausdruck gegeben und wiederhole nur noch, daß dieses Protokoll oder was das eigentlich sein soll — Sie trauen sich nicht, das Kind beim richtigen Namen zu nennen — uns viel zu wenig ist.

Noch ärger ist es in der Fleischfrage; mit dem bloßen Denken kommen wir über den Fleischwucher nicht hinweg, da muß man sprechen und handeln. Es ist genug gesprochen worden; ich sage: der Worte sind genug gewechselt, jetzt wollen wir endlich Taten sehen und ich denke, es wäre wirklich eine Erlösung für die Bevölkerung Wiens, wenn der Gemeinderat endlich einmal sich dazu aufschwingen könnte, daß sich seine Angehörigen im Parlamente dazu verpflichten, diesem Treiben der Agrarier entgegenzutreten.

Das Ärgste an dieser Sache ist noch der Umstand, daß dem kleinen Bauer damit gar nicht gedient ist. Der hat ja gar nichts zu verkaufen; wenn das Kalb auf die Füße kommt, muß es schon zum Fleischhauer, weil er die Steuer aus dem Erlöse bezahlen muß. Er muß selbst das Fleisch teuer bezahlen und er leidet daher unter der Fleischteuerung genau so wie wir.

Beim Getreide ist es nicht viel anders, da ist eine Handvoll Großgrundbesitzer, eine Handvoll Wucherer, denen der ganze Vorteil aus diesen Preistreibereien zufällt.

Wenn man das alles einsieht, so kommt man zu dem Resultate, daß hier gehandelt werden muß. Ich möchte wünschen und wäre zufrieden, wenn ich nur die Hoffnung haben könnte, daß Sie bereits auf dem Wege zum handeln wären; aber, ich bin fest überzeugt, daß Sie nichts weiter tun werden. Sie werden den Bericht zur Kenntnis nehmen und im übrigen wird alles beim alten bleiben. Wenn jemand dem widersprechen würde, die nächsten Verhandlungen im Reichsrate werden zeigen, daß ich Sie nicht ungerecht, nicht zu hart beurteilt habe.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Klebinder.

Gem.-Rat Klebinder: Nach den Ausführungen der beiden Herren Vorredner kann ich mich sehr kurz fassen. Ich muß sagen, daß die Situation von den beiden Herren Vorrednern wirklich aufs Treffendste geschildert worden ist. Sie erinnern sich ja, meine Herren, daß ich die über die außerordentlich und weit über die Grenzen des Zulässigen hinausgehende Macht des Herrn Ritters v. Hohenblum in diesem Saale bereits charakterisiert habe.

Aber, meine geehrten Herren, in einem Punkte stimme ich da nicht ganz überein. Die geehrten Herren Vorredner weisen alle Schuld dem Herrn Ackerbauminister und dem Herrn Ritter v. Hohenblum zu. Ja, meine Herren, der Ritter v. Hohenblum — und seine ganze Daseinsbedingung ist es — ist von der agrarischen Welt Zisleitaniens dazu bestellt, rücksichtslos und mit dem Aufgebote aller Machtmittel, über welche die Agrarier in Österreich verfügen, dafür zu sorgen, daß die agrarischen Interessen gewahrt und nach keiner Richtung hin beeinträchtigt werden. Mit dem Herrn Ackerbauminister, meine Herren, ist es ganz dasselbe. Sie haben ja folgendes beobachtet: Als nur davon die Rede war, daß der Ackerbauminister Graf Auersperg durch einen anderen Mann ersetzt werden soll, da ist von der Zentralstelle aus, also vom Herrn Ritter v. Hohenblum, die Ordre nach allen Richtungen ergangen, daß die agrarischen Kreise sich einmütig dafür aussprechen müssen, daß Graf Auersperg der Vertrauensmann der agrarischen Welt in Österreich sei und daher von seinem Posten unter keiner Bedingung beseitigt werden dürfe. (Rufe: Hört!) Können Sie es also dem Manne verargen, wenn er sich ausschließlich darauf beschränkt, die agrarischen Interessen ohne Rücksicht auf alle anderen zu vertreten? Seine Existenz hängt ja von den Agrariern ab. Merkwürdig ist aber, daß dieser Graf Auersperg sein ganzes Leben im politischen Dienste verbracht hat. Er hat, wie Ihnen bekannt, die Gewerbesektion im Ministerium des Innern geleitet, (Rufe: Leider!) er ist Handelsminister geworden, wo er ja die kommerziellen Interessen zu wahren hatte. Man kann also nicht sagen, daß er ein geborener oder gewordener Agrarier ist. Aber in dem Augenblick, als er sagte, ich bin Euer Mann, ich füge mich und werde Eure Interessen bedingungslos vertreten, hatte er die Agrarier hinter sich. Das Traurige dabei ist nur, daß es bei uns in Österreich an dem entsprechenden Gegengewichte fehlt und daß niemand da ist, der sagt: In Österreich sind ja andere Interessen auch zu vertreten, die agrarischen Interessen dürfen nur im Rahmen der gesamten Interessen der Bevölkerung vertreten werden.

Für die Konsumenten tritt niemand ein, nicht einmal das Ministerium; nirgends wagt man, sich den Agrariern entgegenzustellen; jemand, der eine amtliche Stellung hat und sich den Agrariern entgegenstellt, ist vogelfrei und kann sich einfach nicht mehr halten, denn die Übermacht der Agrarier ist eine so ungewöhnliche wie in keinem anderen Staate der Welt. Der Ritter v. Hohenblum ist ja der eigentliche Oberminister.

Als wir eine so große Not mit der Fleischapprovisionierung hatten, wurde es möglich gemacht, daß italienische Schweine eingeführt wurden; wie der Ritter v. Hohenblum aber gesehen hat, daß tatsächlich Schweine aus Italien nach Österreich kommen und daß die Preise der österreichischen Schweine dadurch gedrückt werden könnten, da hat es ihn nur einen Weg ins Ackerbauministerium gekostet und sofort wurde bestimmt: Es dürfen nur so und so viele Schweine von Fall zu Fall hereinkommen, als das Ackerbauministerium, das heißt die Agrarier, gestattet also eine Kontingentierung.

Nun erlauben Sie mir zur Sache selbst einige Worte.

Wenn wir auf der einen Seite den Fleischhauern gegenüber scharf auftreten und verlangen, daß sie das Fleisch entsprechend ihrem Einkaufspreise im Detail abgeben, was unser gutes Recht, geradezu unsere Pflicht ist, so müssen wir auch andererseits den Agrariern sagen: es gibt eine Grenze für Eure Manipulationen; die Interessen der ganzen Bevölkerung können, dürfen auch nicht preisgegeben werden.

Wir haben ja gewiß gar kein Interesse daran, daß unser heimischer Viehstand verseucht werde und wir haben aus handelspolitischen und aus patriotischen Gründen gewiß auch kein Interesse, daß Vieh aus einem anderen Lande, wie Serbien, mit dem wir gleichsam auf handelspolitischem Kriegsfuße stehen, eingeschmuggelt wird.

Aber, meine Herren, was da geschehen ist, ist ganz etwas anderes. Daß auf eine bloße Vermutung hin sofort eine große Anzahl von Tieren dem Marktverkehre entzogen wird, dagegen müssen wir auf das entschiedenste protestieren.

Im Approvisionierungs-Ausschusse ist von einem Fachmann, von autoritativer Seite, dieser Vorgang der staatlichen Veterinäre und des Ackerbauministeriums geradezu als ein lächerlicher bezeichnet worden. Es ist das auch begreiflich. Bosnien und Serbien liegen nebeneinander, man kann da weder von besonderer nationaler oder territorialer Individualität der Ochsen sprechen, dort sind die Ochsen untereinander so verschwägert und verwandt (Heiterkeit), daß man den Ochsen von da und den Ochsen von drüben gar nicht unterscheiden kann, und unsere Veterinäre, und speziell unser Veterinär-Direktor, der ein sehr versierter Fachmann ist, haben gesagt, es ist das nicht möglich. Der Approvisionierungs-Referent des Magistrates hat auch gesagt, daß die Art und Weise, wie von der staatlichen Veterinärpolizei die Pässe behandelt wurden, ganz unglaublich gewesen sei. Kleine unwesentliche Dinge, die man sonst nicht beachtet, wurden zum Anlasse genommen, um diese Tiere als seuchenverdächtig zu erklären und sie gleichsam vorläufig zu konfiszieren und nicht in den Verkehr zu bringen. Das geht absolut nicht an, das dürfen wir uns nicht bieten lassen.

Die Sache hat ja eine große Bedeutung. In den letzten Jahren hat der Transport von bosnischem Rindvieh sehr stark zugenommen, wir sind auf diese Zuzüge angewiesen, weil wir von unserem heimatlichen Land kein Vieh bekommen. 80 Prozent des Viehes kommt von Ungarn, und wenn das nicht käme, müßten wir verhungern. Es ist darauf abgesehen, die bosnischen Viehzüchter von unseren Märkten abzuschrecken, damit sie überhaupt kein Vieh nach Wien schicken. (Rufe: Sehr richtig!) Die Viehzüchter haben es notwendig, daß ihre Tiere, bevor sie sie herbringen, belehnt werden, damit sie Geld bekommen. Wer wird ihnen aber Geld geben, wenn er weiß, daß die Tiere, wenn sie herkommen, hier nicht verkauft werden dürfen? Man will eben die bosnischen Viehzüchter mit Gewalt verhindern, unseren Markt zu beschicken und demgegenüber dürfen wir nicht stille halten. Ich stimme bezüglich der papierenen Resolution dem Herrn Kollegen Schuhmeier zu; ich habe dem Antrage zugestimmt, weil ich denke, daß das Bessere der Feind des Guten ist und weil, wenn das geschieht, es besser wie nichts ist, aber ich bin auch der Anschauung, daß dieser Schrift, die hier verlesen wurde, auch die Tat folgen muß.

Es müssen die maßgebenden Persönlichkeiten der Gemeinde mit aller Energie gegenüber den Ministerien auftreten; der Herr Referent, der auch Obmann des Approvisionierungs-Ausschusses ist, sollte mehr im Ministerium und in der Statthalterei, als im Rathause sein, und er müßte mit einer Hacke hingehen (Lebhafte Heiterkeit), damit solche Attentate auf die Wiener Bevölkerung nicht mehr stattfinden; so aber weiß man an dieser Stelle, daß sich niemand in der Gemeinde um die Sache kümmert, und eine solche papierene Resolution wird keinen Effekt haben, wenn nicht der geehrte Herr Bürgermeister und die Organe der Gemeinde, der Obmann des Approvisionierungs-Ausschusses mit aller Energie ins Zeug gehen und sagen: es gibt eine Grenze. Und da möchte ich auch einen Appell an die Herren Vorsprecher richten! Sie gehören jetzt einer sehr mächtigen Partei im Parlamente an und ich bin überzeugt, das diese Partei dem Ackerbauminister seine ministerielle Existenz sehr verleiden könnte, wenn sie jene Rücksichtslosigkeit und Energie, die ihr in anderen Fällen eigen ist, auch beim Ackerbauminister in Anwendung bringen würde. Wir müssen aber auch die Herren von der anderen Seite ersuchen, daß mit der größten Energie vorgegangen werde. Sie haben auch eine große Anzahl Mandate und der Herr Bürgermeister ist ja der anerkannte und bewährte Führer der christlichsozialen Partei; vor einem solchen gemeinsamen Ansturm wird auch der Herr Reichsritter v. Hohenblum entschieden zurückweichen müssen. Es wäre traurig, wenn das Parlament nicht die Macht hätte, den Übermut und den Machtdünkel eines einzelnen Mannes und seiner Hintermänner zu brechen. Ich empfehle also diese Resolution, weil keine andere vorhanden ist, zur Annahme und bitte Sie, jene Energie eintreten zu lassen, die in diesem Falle notwendig ist.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Skaret.

Gem.-Rat Skaret: Die landwirtschaftliche Zentralstelle, die, wie Sie wissen, vom Reichsritter v. Hohenblum geleitet wird, hat sich vorläufig und ausschließlich den Wiener Boden zum Tummelplatz der Preiserhöhung der verschiedenen Lebensmittel gewählt. Es ist zweifellos, daß der Reichsritter v. Hohenblum nichts anderes vertritt, als ausschließlich die landwirtschaftlichen Interessen, und wir sind die Letzten, die jemandem daraus einen Vorwurf machen würden, wenn er die Interessen eines gewissen Standes und einer bestimmten Gruppe vertritt und wenn er zu diesem Zwecke Organisationen schafft, wie es bei der landwirtschaftlichen Zentralstelle mit ihren diversen Sektionen tatsächlich der Fall ist.

Aber ich glaube, wir im Wiener Gemeinderate haben uns nicht so sehr mit der Person des Reichsritters v. Hohenblum zu beschäftigen, von dem ich nur nebenbei bemerke und betone, was in der früher verlesenen Interpellation gerügt worden ist, daß er einer der . . . . . *) ist, die bisher überhaupt in einer organisatorischen Körperschaft gewirkt haben, als vielmehr mit dem verantwortlichen Organe, dem österreichischen Ackerbauminister. Das österreichische Ackerbauministerium ist schon lange kein Ackerbauministerium in dem Sinne, wie es in einem Staate geleitet und zugeführt werden sollte, sondern das österreichische Ackerbauministerium ist heute einzig und allein zu einer Filiale der landwirtschaftlichen Zentralstelle des Reichsritters v. Hohenblum herabgesunken. Ich muß diesem Teile der Ausführungen des Herrn Kollegen Klebinder rechtgeben, worin er sagt, dieser Minister tue es nur aus Streber- und Klebertum, um sein Ministerportefeuille zu behalten, weil sein Ministertum ausschließlich vom Wohlwollen und der Zustimmung der landwirtschaftlichen Zentralstelle, beziehungsweise vom Reichsritter v. Hohenblum abhängig ist.

Wir müssen aber in die Sache näher eingehen. Welche Ursachen hat die Lebensmittelteuerung noch? Gewiß ist eine Ursache die Organisierung des Großgrundbesitzes in der landwirtschaftlichen Zentralstelle, und die Herren setzen es nicht nur durch, daß jede Zufuhr von Lebensmitteln nach Österreich abgeschnitten wird, sie setzen es auch durch, daß sie die Preise willkürlich dadurch diktieren können, daß sie die Zufuhr auf den Wiener Markt und überhaupt auf Märkte künstlich regeln, künstliche Notlagen durch Fernhalten von Vieh und so weiter schaffen, also ganz dasselbe tun, was man früher wiederholt und vielfach mit Recht dem Zwischenhandel zum Vorwurf gemacht hat. Ein zweiter Umstand ist aber der, daß diese schamlose Erhöhung der Zölle auf Vieh, Getreide und so weiter, für die Sie, meine Herren, immer im Reichsrate gestimmt haben, nicht ohne Einfluß war und eine der Hauptursachen der heutigen Teuerung der Lebensmittel bildet. Es würde — ich bin mir darüber keinen Moment im Zweifel — von der größten Bedeutung für eine Änderung dieses Systems sein, wenn der Wiener Gemeinderat — ich schließe mich hier ganz den Zweifeln meines Freundes Schuhmeier an — nunmehr energisch eine Schwenkung in dieser Frage zugunsten der Wiener Bevölkerung und der Approvisionierung von Wien vornehmen würde, und zwar eine Schwenkung in der Weise, daß er nunmehr gewisse ländliche Interessen nicht so sehr ins Kalkül der Wiener Vertretung hereinspielen läßt. Und da gestatten Sie mir, daß ich ganz nebenbei einen anderen Punkt erwähne.

Der Reichsritter v. Hohenblum brüstet sich heute in allen Konferenzen und Versammlungen der landwirtschaftlichen Vereinigungen damit, daß er es war, der bei den letzten Reichsratswahlen allen Kandidaten in den Landgemeindebezirken seine 32 Punkte

*) Anmerkung der Redaktion: Die fehlenden Worte in der Rede des Gem.-Rates Skaret wurden aus preßgesetzlichen Gründen durch Punkte ersetzt.

oder Postulate vorgelegt hat und daß nur der von den Bauern gewählt werden durfte, der vorher die 32 vom Reichsritter v. Hohenblum, respektive von der landwirtschaftlichen Zentralstelle vorgelegten Postulate unterschrieben hat.

Er brüstet sich heute weiter damit, daß er gerade durch diesen seinen Vorgang, daß er die Leute quasi darauf eingeschworen hat, alle Forderungen der landwirtschaftlichen Zentralstelle zu akzeptieren und zu genehmigen, nunmehr im österreichischen Reichsrate über eine Majorität von 279 Abgeordneten verfügt, der sich die Regierung, sie möge machen was sie wolle, unbedingt beugen muß. Das sind sehr traurige Erscheinungen in dem politischen Leben, wo der Kampf der ländlichen Interessen mit denen der Städter in einer Weise sich abspielt, wie wir es momentan hier sehen.

Nun hat Herr Kollege Klebinder gesagt, es solle nunmehr im Parlamente in der energischesten Weise gegen derartige Umtriebe losgezogen werden. Herr Kollege Klebinder meint, es soll das von unserer Seite geschehen, und er erwartet das selbstverständlich auch von der anderen Seite.

Herr Kollege Klebinder! Was unsere Seite anbelangt, so können Sie versichert sein, daß der rücksichtsloseste Kampf gegen den Bedienten des Herrn Reichsritters v. Hohenblum, gegen den Grafen Auersperg und auch gegen seine sonstigen Helfershelfer im Parlamente entbrennen wird, gegen alle jene, welche die Verteuerung der Lebensmittel so systematisch und in so künstlicher Weise betreiben, eine Teuerung, welche künstlich herbeigeführt wurde und nicht entstanden ist, weil ein natürlicher Futtermangel vorhanden war oder Mißernten eingetreten sind. Was das anbelangt, so können Sie also versichert sein, daß wir unseren Mann stellen werden. Allerdings, anders steht es auf der anderen Seite. Da sind die Herren schon viel zu sehr durch ihre Reichspartei und durch die ganze Art der Zusammensetzung derselben mit den ländlichen Interessen verknüpft, obwohl ich ruhig sage, sie würden da keine Rücksicht zu nehmen brauchen.

Die bäuerlichen und kleinbäuerlichen Interessen werden in der landwirtschaftlichen Zentralstelle in gar keiner Weise vertreten oder nur in sehr geringem Maße. Diese 5 oder 6 Liter Milch, die der Bauer zu verkaufen hat, und die 6 Kreuzer, die er eventuell mehr dafür bekommt, stehen wirklich in keinem Verhältnis zu dem Raubzuge, der an den Taschen der städtischen Bevölkerung verübt wird. Ich glaube darum, daß die einzige richtige und vernünftige Abwehr die wäre, daß der Gemeinderat Umkehr halte in der bisherigen Politik in der Frage der Lebensmittelteuerung, daß er nun eine strengere Haltung einnehme, eine strenge Frontveränderung gegenüber der Regierung mache und da würde nach meinen Dafürhalten der erste Schritt dazu wohl der sein, daß diesem Ackerbauministerium und seinem Leiter vom Gemeinderat, der doch für die Approvisionierung Wiens verantwortlich sein soll, die schärfste Mißbilligung einstimmig ausgesprochen wird. Anderes können Sie nach meinem Dafürhalten nicht tun. Ich glaube, wenn Sie es ernst meinen, können Sie nichts anderes tun, können Sie sich nicht mit einem lendenlahmen Berichte, mit einer lendenlahmen Erklärung zufrieden geben. Es muß der Frechheit auf der einen Seite die Entschiedenheit der für die Approvisionierung Wiens verantwortlichen Vertreter gegenübergestellt werden, und ich bin überzeugt, wenn Sie es nach dieser Richtung hin an der notwendigen Entschlossenheit, Entschiedenheit und Unzweideutigkeit im Vorgehen nicht fehlen lassen, dann werden wir das erreichen, was im Interesse der Bevölkerung, im Interesse einer vernünftigen Approvisionierung gelegen ist.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer (unterbrechend): Herr Gem.-Rat Skaret, ich möchte doch bitten, mit Ausdrücken wie „Frechheit" nicht so herumzuwerfen; das ist nicht parlamentarisch, weder hier, noch im großen Parlamente. Also, ich bitte, der Ausdruck „Frechheit" paßt hier nicht. Man kann das ganz anders ausdrücken und in ebenso entschiedener Weise sagen.

Gem.-Rat Skaret (fortfahrend): Ich bitte, Herr Vize-Bürgermeister, das ist vorbei. Ich habe keine Ursache, das Wort zu wiederholen. Ich bedaure nur, ich habe keinen anderen Ausdruck für ein derartiges Vorgehen und darum bin ich überzeugt, daß, wenn es Ihnen im Ernst um die Approvisionierung Wiens zu tun ist, wenn es sich Ihnen darum handelt, in entschiedener Weise die Abwehr derartiger Umtriebe durchzuführen, nichts anderes übrig bleibt, als diese entschiedene und unzweideutige Haltung in der Abstimmung hier zum Ausdrucke zu bringen.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Der löbliche Gemeinderat hat aus den Mitgliedern des Gemeinderates einen Approvisionierungsausschuß gewählt, welcher berufen ist, die Angelegenheiten der Approvisionierung zu regeln.

Wir sind aber nicht imstande, etwas Ordentliches zu schaffen, wenn wir diesbezüglich nicht von höherer Seite unterstützt werden.

Wie ich Ihnen am Eingang meines Referates gesagt habe, hat man ganz einfach nach den Zeitungsnachrichten, einem „on dit" zufolge, erklärt, daß diese bosnischen Ochsen keine bosnischen, sondern serbische Ochsen sind. Für diese Verleumdung mögen sich die bosnischen Ochsen ihr Recht suchen, aber unter dieser Verdächtigung hat die Approvisionierung Wiens, die Bevölkerung Wiens gelitten und andererseits haben auch die Einsender darunter gelitten. Im ersten Moment hatte man gesagt: 171 Ochsen sind serbischer Provenienz und des anderen Tags hat derselbe Landes-Veterinär-Referent erklärt, 121 Ochsen sind serbischer Provenienz. Wann hat er recht gehabt, als er 171 oder als er 121 Ochsen gesagt hat? Ich glaube, in keinem Falle hat er recht gehabt.

Wir achten den Standpunkt der Agrarier, wir respektieren und achten ihn, aber wir wünschen auch, daß von Seite der Agrarier der Ruf von 2,000.000 Menschen nach billigem Fleisch geachtet und gehört werde. (Beifall.)

In früheren Jahren sind weit mehr Ochsen aus Bosnien gekommen als heute. Der Herr Simitsch Reichsritter v. Hohenblum hat ja schon einen Johannes gehabt, einen Vorläufer, das war Herr v. Proskowetz.

Ich erlaube mir Ihnen, verehrte Herren, folgendes in Erinnerung zu bringen. Wie damals die Sprache davon war, daß die Grenze gegen Rumänien geschlossen werden soll, hat sowohl der Staat, wie die Stadt Wien Veterinäre hinabgeschickt, um die Anstalten längs der rumänischen Grenze zu beobachten, zu inspizieren und darüber zu relationieren.

Ich selbst war dort und habe alle Quarantaine-Anstalten besucht. Der hervorragende Veterinär Hofrat Roll des Tierarznei-Institutes hat das günstigste Referat über diese Quarantaine-Anstalten abgegeben. Die hohe Wissenschaft hat aber den Herren im Parlamente nicht gepaßt und dieses Referat wurde ganz

einfach in den Papierkorb geworfen. Sie wissen, daß wir ohnmächtig sind, daß wir in vielen Fällen nichts machen können. Die Herren haben im großen und ganzen meinen Bericht zur Kenntnis genommen. Freilich haben sie eine etwas schärfere Tonart angeschlagen. Ich bin nicht in der Lage, diese Tonart anzuschlagen, aber, wie schon Herr Gem.-Rat Klebinder gesagt hat, sage auch ich, es mögen die Herren dort, wo man Minister stürzt und Minister macht, ihre Stimme erheben und ihre dröhnenden Worte mit dem Brustton der Überzeugung und mit der größten Energie erklingen lassen. Dort ist die richtige Stelle, dort ist der richtige Ort.

Ich erkläre nochmals, und das ist meine Überzeugung, daß die Bauern von diesen Preistreibereien gar nichts haben. Vielleicht einmal des Jahres verkauft der Bauer ein Stück Vieh. Für dieses muß er sich ja wieder ein anderes einstellen und das muß er um unerschwinglichen Preis einkaufen. Nebenbei muß er während des ganzen Jahres das Fleisch selbst teuer bezahlen. Er leidet also gerade so wie der Städter leidet. Ich bitte Sie, den Bericht in der Form, wie ich ihn gebracht habe, geneigtest zur Kenntnis zu nehmen.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Herr Gem.-Rat Kunschak zur tatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rat Kunschak: Zunächst bitte ich, daß in Zukunft solche Referate zu einer Zeit in die Hände der Gemeinderäte kommen, daß die Gemeinderäte in der Lage sind, davon auch Kenntnis zu nehmen, nicht daß sie auf die dritte Tagesordnung gestellt werden, weil es sich doch um eine Angelegenheit von außerordentlicher Wichtigkeit und größter Tragweite handelt. (Zustimmung.)

Ich will nur gegenüber den Herren Vorrednern der sozialdemokratischen Richtung tatsächlich berichtigen, daß unsere Stellungnahme gegenüber dem Reichsritter v. Hohenblum nicht, wie Herr Gem.-Rat Schuhmeier konstatiert hat, zur Wahrung unseres Parteiinteresses erfolgte, sondern daß wir einzig und allein unserer Überzeugung folgten, daß wir auf dem Weg, den Reichsritter v. Hohenblum in die österreichische Politik bringen will, absolut nicht folgen werden. Wir sind ihm auch sonst nicht gefolgt.

Wir sind auch entschiedenst dagegen, daß sich die regierenden Kreise ins Verderben führen lassen, indem sie den Weg der Politik des Reichsritters v. Hohenblum betreten.

Wenn uns der Vorwurf gemacht wird, daß wir nicht in der Lage seien oder nicht den Mut hätten, gegen die agrarischen Übergriffe Stellung zu nehmen, weil wir infolge unserer Konstellation als Reichspartei daran gehindert seien, so verweise ich darauf, daß wir wiederholt Gelegenheit genommen haben, in der schärfsten Weise gegen solche ungerechtfertigten Übergriffe und Forderungen von agrarischer Seite Stellung zu nehmen, und ich konstatiere mit Vergnügen, daß wir dabei wiederholt auch bei den christlichsozialen Vertretern der Bauernschaft Entgegenkommen und Verständnis gefunden haben. (Beifall.) Tatsache ist auch, daß die Macht des Reichsritters v. Hohenblum eine außerordentlich große ist und daß er geradezu faszinierend und bezaubernd in allen übrigen Kronländern wirkt, daß er aber auf die Bauernschaft Niederösterreichs nahezu gar keinen Einfluß hat, sondern daß hier einzig und allein der Einfluß unserer christlichen Ideen ausschlagend ist. (Gem.-Rat Skaret: Und die Milchverteuerung?)

Wenn ich auf diesen Zwischenruf reagieren soll, so bestätigen die Vorkommnisse bei der Milchverteuerung nur die Richtigkeit dessen, was ich gesagt habe, denn gerade durch das Eingreifen der niederösterreichischen Landgemeindevertreter ist die Milchverteuerung unmöglich geworden, die sich auf ganz Österreich erstrecken sollte. (Gem.-Rat Skaret: Das ist doch am 22. September beschlossen worden!) Dann haben Sie eben die weitere Entwicklung der Frage übersehen oder nicht verfolgt. Zweifellos ist, daß damals die Erhöhung der Milchpreise vertagt, wenn auch nicht endgültig aufgegeben worden ist, und zwar vertagt unter dem Einflusse der aufrichtigen und unzweideutigen Stellungnahme der christlichsozialen Landgemeindenvertreter Niederösterreichs. (Gem.-Rat Skaret: Es wurde zuerst vertagt und am 22. September wieder beschlossen! — Widerspruch.) Wir werden zweifellos auch an der Stelle, wo es notwendig und gerechtfertigt erscheint und wo wirklich ein Effekt erzielt werden kann, wenn es überhaupt möglich ist, in dieser Frage einen Effekt zu erzielen, im Parlament uns unserer Pflichten als Vertreter der Gemeinde Wien im Reichsrate sicherlich bewußt sein und denselben mit allem Nachdrucke entsprechen. Ich bemerke nur, daß die Sache so dargestellt wird, als ob wir unter gar nichts anderem leiden würden als unter dem Herrn Reichsritter v. Hohenblum und als ob uns sonst gar nirgends der Schuh drücken würde.

Ich bemerke, daß wir noch unter einer ganz anderen furchtbaren Ausbeutung leiden, die uns gewiß auch das Leben außerordentlich verteuert: Ich verweise hier auf die Petroleum-, Zucker- und Kohlenteuerung und gegenüber diesen Banditen, die diese Geschäfte machen — wir haben wohl das Recht, darauf zu verweisen — haben die Herren Sozialdemokraten diesen Brustton der Überzeugung noch nie gefunden, den sie heute uns gegenüber anschlagen. (Beifall. — Lärm und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Ich berichtige tatsächlich, daß der Vorwurf einer die Interessen der Bevölkerung schädigenden Haltung die christlich-soziale Partei und den Gemeinderat nicht trifft, sondern gerade der heutige Bericht zeigt, daß die Gemeindevertretung mit voller Aufmerksamkeit die Entwicklung auf diesen Gebiete verfolgt und daß sie dadurch der Empörung der Bevölkerung Nahrung zuführt, daß sie uns heute ein so instruktives Material über den ganzen Zwischenfall zur Verfügung gestellt hat. Ich glaube, mehr als die papierene Entrüstung und die Mißbilligung gegenüber — ich weiß nicht wem — oder dem Ackerbauminister, der sich in der Tat — wie er oft genug bewiesen hat — einen Pfifferling um das kümmert, was andere Leute außer den Agrariern vertreten — mehr als eine solche Entrüstung wirken die nackten Tatsachen, die uns heute vorgeführt wurden, die der ganzen Bevölkerung die Augen zu öffnen geeignet sind und die einen Widerstand auslösen werden, den einzig maßgebenden Widerstand eines empörten und aufgeregten Volkes, der mir weit lieber ist, als die vielleicht nicht ganz ehrlich gemeinte Entrüstung, die hier in diesem Saale heute zum Ausdruck gekommen ist. (Lebhafter Beifall.)

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Wir schreiten zur Abstimmung.

Gegen den Antrag des Ausschusses ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist einstimmig angenommen.

Herr Gem.-Rat Neumann hat folgenden Antrag gestellt (liest):

„Der Gemeinderat spricht dem Ackerbauminister anläßlich der jüngsten Konfiskation bosnischer Rinder am Wiener Markte und wegen seiner Haltung in der Fleischapprovisionierung Wiens überhaupt die schärfste Mißbilligung aus."

Ich bitte die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität, der Antrag ist abgelehnt.

Beschluß: Der Bericht über die Schlachtvieheinfuhr aus dem Okkupationsgebiete und den Viehschmuggel aus Serbien wird zur Kenntnis genommen.

77. Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Bei der Wahl je eines Mitgliedes in die Kommission zur Kontrolle des gesamten in Wien befindlichen unbeweglichen Vermögens der Gemeinde Wien, sowie des unbeweglichen Vermögens der unter der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Fonds im I. und XIX. Bezirke wurden abgegeben 68 Stimmzettel, davon war keiner leer.

Gewählt erscheinen für den I. Bezirk Gem.-Rat Hugo Lux mit 68 Stimmen, für den XIX. Bezirk Gem.-Rat Johann Brenta mit 68 Stimmen.

Bei der Wahl von zwei Mitgliedern in das Kuratorium der niederösterreichischen Landes-Brandschaden-Versicherungsanstalt wurden abgegeben 68 Stimmzettel, davon war keiner leer.

Gewählt erscheinen die Herren Gem.-Räte Rudolf Müller und Johann Huschauer mit je 68 Stimmen.

Die öffentliche Sitzung ist geschlossen. Es folgt eine kurze vertrauliche Sitzung.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 10 Uhr abends.)

Beschluß-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **vom 11. Oktober 1907.**

Vorsitz: **Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer** und **Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.**

1. Vize-Bürgermeister Hierhammer referiert über die Umgangnahme von der Gratiszusendung des „Amtsblattes der Stadt Wien" an alle Gastwirte und Kaffeesieder Wiens und beantragt:

Die Aktion der Gratiszusendung des „Amtsblattes" während des Monates Dezember 1907 an alle Gastwirte und Kaffeesieder Wiens hat mit Rücksicht auf die zu hohen Kosten zu unterbleiben. (Angenommen.)

2. Gem.-Rat Hallmann beantragt, den Armenräten des V. Bezirkes, Josef Mayer, Franz Dirnhofer und Anton Budil, in Anerkennung ihrer Wirksamkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen.)

3. Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer beantragt: Anläßlich des 100jährigen Bestandes des Schottengymnasiums wird dem Stifte Schotten in Würdigung seiner Verdienste um die Gründung und Erhaltung des Gymnasiums die doppeltgroße goldene Salvator-Medaille verliehen. (Angenommen.)

4. Gem.-Rat Oppenberger beantragt, den Armenräten des II. Bezirkes Johann Jägersberger und Franz Pawlas in Anerkennung ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen.)

5. Gem.-Rat Hörmann referiert über das Ansuchen des Artur Baron um Stundung des Kaufschillingsrestes für die Baustelle Einl.-Z. 3358 III. Bezirk und beantragt:

Die Zahlung des auf Einl.-Z. 3358 III. Bezirk aushaftenden und daselbst pfandrechtlich sichergestellten Kaufschillingsrestes von 105.559 K 44 h wird bis 30. April 1908 unter der Bedingung gestundet, daß der Eigentümer des Hauses Artur Baron am 30. November 1907 den Betrag von 1979 K 24 h als 4·5prozentige, für die Zeit vom 1. Dezember 1907 bis 30. April 1908 fällige Zinsen vom gestundeten Betrage bei der städtischen Hauptkassa erlegt. Sollte aber der Kaufschillingsrest vor dem 30. April 1908 erlegt werden, so werden die vorausbezahlten Zinsen verhältnismäßig rückvergütet. (Angenommen.)

6. Derselbe beantragt, den Armenräten des III. Bezirkes, Eduard Büringer, Karl Jindra, Josef Oppitz, August Schott, Franz Seitenberg, Franz Slawik und Anton Speibenwein in Anerkennung ihrer langjährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen.)

7. Gem.-Rat Hoß beantragt, dem Armenrate des IX. Bezirkes, Franz Mantegazza, in Anerkennung seiner langjährigen Tätigkeit auf dem Gebiete des öffentlichen Armenwesens die goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen.)

8. Derselbe beantragt, dem Josef Zechmeister, Löschmeister I. Klasse, den Provisionsbezug unter gnadenweiser Anrechnung der vor der Militärdienstzeit bei der Feuerwehr verbrachten Dienstzeit von 3 Jahren, 2 Monaten und 25 Tagen, mit 52 Prozent des letzten Aktivitätsbezuges, das ist 930 K 2 h, vom 1. des auf die Versetzung in den Ruhestand nächstfolgenden Monates an und des Mietzinsbeitrages mit 50 Prozent des zuletzt bezogenen Jahresquartiergeldes, das ist mit 210 K, vom 1. Februar 1908 an, zu bemessen. (Angenommen.)

9. Derselbe beantragt, der Marie Seeger, Desinfektionsarbeiterswitwe, eine Gnadengabe von jährlich 240 K vom 19. Juni 1907 bis Ende des Jahres 1909 und für ihr am 25. April 1894 geborenes Kind Marie einen gnadenweisen Erziehungsbeitrag von jährlich 72 K vom 19. Juni 1907 bis zum vollendeten 14. Lebensjahr, das ist bis 24. April 1908, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen. (Angenommen.)

10. Derselbe beantragt, dem Ansuchen eines städtischen Bediensteten um einen Gehaltsvorschuß Folge zu geben. (Angenommen.)

11. Derselbe beantragt, dem Anton Gilg, Wasserbezugs-Revisor I. Klasse, die von ihm als technischer Diurnist in der III. Ingenieurs-Sektion für den Bau des Aquäduktes der I. Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung in der Zeit vom 7. März 1872 bis 31. März 1875 zugebrachte Dienstzeit von 3 Jahren und 24 Tagen unter gleichzeitiger gnadenweiser Nachsicht die unverschuldete Dienstunterbrechung von 11 Monaten und 20 Tagen in der Zeit vom 1. April 1875 bis 21. März 1876 bei Bemessung des Ruhegehaltes in Anrechnung zu bringen.

(Angenommen.)

12. Gem.-Rat Tomola beantragt, der Emma Rzehaczek, gewesene Handarbeitslehrerin, gegen Verzichtleistung auf die ihr zuerkannte Abfertigung von 1200 K zugunsten der eigenen Gelder der Gemeinde Wien eine jährliche Gnadengabe von 480 K auf Lebensdauer, beziehungsweise bis zum Eintritte einer anderweitigen Versorgung vom 1. April 1907 angefangen zu gewähren und zur Ausgabs-Rubrik XLIII 37 einen Zuschußkredit von 480 K zu bewilligen. (Angenommen.)

13. Gem.-Rat Sebastian Grünbeck beantragt, den Bezirksräten des XVII. Bezirkes Ferdinand Bittermann, Josef Militky und Johann Raimann in Anerkennung ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens die goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen.)

14. Gem.-Rat Brzezowsky beantragt, dem Pfarrer der Kirche Zu den heiligen Schutzengeln auf der Wieden, Franz Kasche, anläßlich der Vollendung des 70. Lebensjahres in Anerkennung seiner priesterlichen und seelsorglichen Wirksamkeit die große goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen.)

15. Derselbe referiert über das Ansuchen der Einkaufsgenossenschaft der Pferdefleisch-Verschleißer und Auskocher in Wien um Erstreckung des Termines zur Zahlung der ersten Rate des Kaufschillings für einen Teil der Bürgerspitalfonds-Parzelle 64/1 Favoriten und beantragt: In teilweiser Abänderung des Gemeinderats-Beschlusses vom 5. Juli 1907, Z. 9370, wird der Gesuchstellerin die Frist zur Zahlung der ersten Rate des Kaufschillings für den im Originalplane durch rote Schraffierung der Grenzen gekennzeichneten Teil der unter Einl.-Z. 390 in der n.-ö. Landtafel inneliegenden Kat.-Parz .64/1 Favoriten, d. i. zur Zahlung eines Betrages von 9000 K namens des Wiener Bürgerspitalfondes unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen bis 20. April 1908 erstreckt. (Angenommen.)

16. Gem.-Rat Büsch beantragt, den Armenräten des XII. Bezirkes August Eybl und Wilhelm Oehring in Anerkennung ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Dienstag den 15. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr.
Donnerstag den 17. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr.
Freitag den 18. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr.

Allgemeine Nachrichten.

XXXVIII. Staatslotterie für Zivil-Wohltätigkeit.

Mit Allerhöchster Entschließung vom 9. Juli 1907 haben Seine k. u. k. Apostolische Majestät zu genehmigen geruht, daß aus dem Erträgnisse der am 19. Dezember 1907 stattfindenden XXXVIII. Staatslotterie für Zivil-Wohltätigkeitszwecke der diesseitigen Reichshälfte nachbenannte Anstalten und Vereine beteilt werden, und zwar:

1. Das Spital für skrophulose Kinder in Baden.
2. Der Verein von Kinderfreunden in Wien (Zillingsdorf).
3. Das Kuratorium zur Erhaltung und Verwaltung der Mensa academica an der k. k. Universität in Wien.
4. Die Wiener Freiwillige Rettungs-Gesellschaft.
5. Der Zentral-Krippenverein in Wien.
6. Der Frauen-Wohltätigkeitsverein „Franz Josef-Kinderhort" des II. Bezirkes in Wien.
7. Das Institut der Dominikanerinnen in Wien-Hacking.
8. Der Hilfsverein für Lehrmädchen und jugendliche Arbeiterinnen in Wien.
9. Der Wiener Unterstützungsverein für aus der Haft Entlassene und Familien von Verhafteten.
10. Der Verein „Elisabethheim" für Witwen, Waisen und Frauen des gebildeten Mittelstandes in Wien.
11. Der Verein zur Verwaltung des Kaiser Franz Josef-Studentenheimes an der k. k. Hochschule für Bodenkultur in Wien.
12. Der St. Antonius-Asylverein in Wien.
13. Der Wiener Frauen-Erwerbverein.
14. Der Verein gegen Verarmung und Bettelei in Wien.
15. Die Vorstehung des Vereines „Werk des heil. Johannes Franziskus Regis" (zugunsten des St. Marien-Knabenasyles in Wien).
16. Die Unter-St. Veiter Rettungs-Gesellschaft in Wien, XIII. Bezirk.
17. Die Gesellschaft zur Gründung und Förderung des Museums für weibliche Handarbeiten in Wien (Technologische Lehranstalt für Mädchen).
18. Der Verein zur Erhaltung des Marie Josephinums in Wien.
19. Der Verein der Kinderbewahr- und Mädchen-Lehranstalt in Wiener-Neustadt.
20. Das St. Josef-Greisenasyl in Wien XIII. Bezirk (unter Leitung der Schwestern: Dienerinnen des heil. Herzens Jesu).

21. Der Verein zur Fürsorge für Blinde in Wien XIII. Bezirk.

22. Der Pestalozzi-Verein zur Förderung des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge in Wien (Allgem. österr. Pestalozzibund).

23. Der Österreichische Bühnenverein in Wien (zugunsten des Kaiserin Elisabeth-Künstlerheims).

24. Der Verein „Charite" in Wien, IX. Bezirk.

25. Der Verein „Komitee für Studentenkonvikte in Wien".

26. Der Verein zur Erziehung katholischer Lehrlinge in Wien.

27. Der Isabellen-Kinderspitalverein in Linz.

28. Der Krankenhausbauverein in Mondsee.

29. Der Frauen- und Landeshilfsverein vom Roten Kreuze in Linz.

30. Der Katholische Frauenverein der werktätigen christlichen Liebe in Graz.

31. Die Anstalt „Leopoldineum" der barmherzigen Schwestern vom heil. Vinzenz von Paul in Algersdorf bei Graz.

32. Der Wärmestubenverein in Klagenfurt.

33. Die St. Antonius Waisenhäuser in Feldkirchen und Treffen in Kärnten.

34. Der Verein für Blindenfürsorge in Kärnten mit dem Sitze in Klagenfurt.

35. Der Verein zur Gründung eines Rettungs- und Erziehungsinstitutes für verwahrloste Jugend in Laibach.

36. Der Verein der Frauen der christlichen Liebe vom heil. Vinzenz von Paul in Laibach (zugunsten des von ihnen erhaltenen Dienstbotenasyles „Josefinum").

37. Der Verein „Ricreatorio" (Jugendheim) in Avio bei Ala.

38. Die Kleinkinderbewahranstalt in Lienz.

39. Das Kinderasyl des Institutes der barmherzigen Schwestern vom heil. Vinzinz von Paul in Volosca.

40. Der Ausschuß der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalt in Trau.

41. Das Kaiser Franz Josef-Mädchen-Pädagogium der Kongregation der armen Schulschwestern vom heil. Franziskus in Chrudim.

42. Der Verein zum Wohle entlassener Züchtlinge in Prag.

43. Der St. Marie Agnesverein für freiwillige Armenpflege im Königreiche Böhmen in Prag.

44. Das allgemeine öffentliche Krankenhaus in Eibenschitz.

45. Die Frauensektion des patriotischen Landes- und Frauenhilfsvereines vom Roten Kreuze für Mähren in Brünn.

46. Der Verein zur Erhaltung der Anstalt „Ludmilla" für verwaiste und verlassene Kinder in Mährisch-Ostrau.

47. Der Sträflingsfürsorgeverein in Krakau.

48. Der Landes- und Frauenhilfsverein vom Roten Kreuze in Lemberg.

49. Der Verein zur Fürsorge für Blinde und Taubstumme im Herzogtume Bukowina in Czernowitz.

Diese Lotterie enthält 18.389 Gewinste in barem Gelde im Gesamtbetrage von 512.980 K. Ein Los kostet 4 K, im Subskriptionswege 3 K 40 h. (M.-D. 3546/07.)

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 6. bis 12. Oktober 1907.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	330.185 kg	Und zwar aus:	
		Wien	245.629 kg
		dem sonst. Niederösterreich	14.170 „
		Oberösterreich	1.506 „
		Steiermark	2.197 „
		Mähren	8.557 „
		Galizien	54.797 „
		Ungarn	3.329 „
Kalbfleisch	10.534 kg	Und zwar aus:	
		Wien	2.641 kg
		dem sonst. Niederösterreich	129 „
		Oberösterreich	12 „
		Mähren	91 „
		Galizien	7.606 „
		Ungarn	55 „
Schaffleisch	27.386 kg	Und zwar aus:	
		Wien	57 kg
		dem sonst. Niederösterreich	133 „
		Galizien	25.964 „
		Ungarn	1.232 „
Schweinfleisch	173.190 kg	Und zwar aus.	
		Wien	103.612 kg
		dem sonst. Niederösterreich	1.724 „
		Ober-Österreich	103 „
		Böhmen	1.664 „
		Mähren	3.423 „
		Galizien	48.877 „
		Ungarn	9.607 „
		Kroatien	4.380 „
Kälber	2.022 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	842 St.
		dem sonst. Niederösterreich	33 „
		Oberösterreich	8 „
		Steiermark	12 „
		Mähren	73 „
		Galizien	1022 „
		Ungarn	32 „
Schafe	379 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	186 St.
		dem sonst. Niederösterreich	99 „
		Galizien	94 „
Schweine	617 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	424 St.
		dem sonst. Niederösterreich	7 „
		Mähren	4 „
		Galizien	140 „
		Ungarn	42 „

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch	von K	—·60	bis	1·84	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ „	1·40	„	2·20	„ „
Kalbfleisch		„ „	—·92	„	1·80	„ „
Schaffleisch		„ „	—·64	„	1·36	„ „
Schweinfleisch		„ „	1·—	„	1·68	„ „
Kälber		„ „	—·96	„	1·50	„ „
Schafe		„ „	—·80	„	1·20	„ „
Schweine		„ „	1·—	„	1·44	„ „

Die Zufuhr an Fleischwaren war stärker als in der Vorwoche und der Geschäftsverkehr ziemlich rege. Rindfleisch war in den besseren Qualitäten um 4 h teuerer, in den minderen um ebensoviel billiger; Kälber und Kalbfleisch zogen um 4 bis 6, Schweine und Schweinfleisch wegen Ausbleibens der Budapester Zufuhren, infolge der passiven Resistenz, um 2 bis 4 h per Kilogramm im Preise an. Schaffleisch war unverändert. Galizische Ware hatte gegen Wochenende einen schwerfälligen Absatz. Per Bahn langten 86 Waggons mit 213 Tonnen Fleischwaren, von der Ersten Wiener Großschlächterei-Aktien-Gesellschaft 13.486 kg Rind-, 11 kg Kalb-, 151 kg Rauch-, 91 kg Schweinfleisch und 18 Kälber ein.

* * *

Pferdemarkt vom 11. Oktober 1907.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 585 Pferde.

242 Schlachtpferde und 343 Gebrauchspferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 180 bis 1200 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 50 „ 150 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 14. Oktober 1907

(einschließlich des Kontumazmarktes vom 12. Oktober 1907).

1. Gesamtauftrieb: 4692 Stück, und zwar:

Mastvieh	2802 Stück
Weidevieh	527 „
Beinlvieh	1363 „
Darunter unverkaufter Rest von dem vorwöchentlichen Donnerstagmarkte	419 „

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	3015 Stück	Kühe	666 Stück
Stiere	962 „	Büffel	49 „

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	2975 Stück
„ Galizien und der Bukowina	601 „
„ dem sonstigen Österreich	1116 „
„ dem Auslande (Italien)	— „

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht.

Aus und über Ungarn:

Ochsen	I. Qualität	von 74	bis 101 K	(extrem bis 104 K)	
„	II. „	„ 62	„ 92 „		
„	III. „	„ 55	„ 68 „		

Aus und über Galizien:

Ochsen	I. Qualität	von 84	bis 90 K	(extrem bis 91 K)	
„	II. „	„ 76	„ 82 „		
„	III. „	„ 64	„ 74 „		

Aus anderen Ländern:

Ochsen	I. Qualität	von 92	bis 101 K	(extrem bis 106 K)	
„	II. „	„ 77	„ 99 „		
„	III. „	„ 62	„ 76 „		
Stiere		„ 62	„ 78 „	(„ „ 85 „)	
Kühe		„ 56	„ 68 „	(„ „ 89 „)	

Aus und über Ungarn:

Weidevieh	von 43	bis 64 K	(extrem bis	— K)

Aus und über Galizien:

Weidevieh	von 60	bis 68 K	(extrem bis	— K)
Büffel	„ 43	„ 52 „	(„ „	58 „)
Beinlvieh	„ 42	„ 63 „		

b) Preis per Stück.

Beinlvieh . . . . . von 101 bis 210 K.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts verkauft.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	3712 Stück
„ „ „ auswärts	872 „
Unverkauft blieben	108 „

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden in der Woche vom 6. bis 12. Oktober 1907 für Wien angekauft . . . . . 418 „

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 594 Stück weniger aufgetrieben.

Bei ziemlich lebhaftem Geschäftsverkehre wurden gegen die Vorwoche Primastallmastsorten um 1 K, in einzelnen Fällen 2 K, Mittelqualitäten 1 bis 2 K teuerer gehandelt. Mindere Sorten konnten bei schwacher Nachfrage die vorwöchentlichen Preise schwach behaupten. Primamaststiere würden bei langsamem Geschäftsverkehre zu vorwöchentlichen Preisen abverkauft. Leichtere Stiersorten und Beinlvieh erlitten Preisrückgänge von 1 bis 2 K. Weidevieh wurde neuerdings um 2 K per Meterzentner billiger verkauft.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 12. Oktober 1907.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 76—81 kg)	von 11 K	45 h	bis 12 K	90 h
Roggen („ „ 1 „ 69—75 „)	„ 10 „	75 „	„ 11 „	15 „
Gerste	„ 7 „	75 „	„ 10 „	60 „
Mais	„ 7 „	40 „	„ 8 „	30 „
Hafer	„ 8 „	15 „	„ 8 „	95 „

(per 50 Kilogramm).

b) Mahlprodukte.

Grieß	von 18 K	30 h	bis 19 K	45 h
Weizenmehl, neue Type	„ 13 „	80 „	„ 18 „	80 „
Futtermehl	„ 8 „	— „	„ 11 „	10 „
Roggenmehl	„ 13 „	— „	„ 17 „	50 „
Weizenkleie	„ 6 „	40 „	„ 6 „	65 „
Roggenkleie	„ 6 „	85 „	„ 7 „	— „

(per 50 Kilogramm).

* * *

Detailpreise für Lebensmittel.

Ausweis über die Preise nachbenannter Artikel in der Woche vom 6. bis 12. Oktober 1907.

Artikel	Menge	Preise von K	von h	bis K	bis h
Weizengrieß	1 kg	.	34	.	44
Auszugmehl	„	.	34	.	42
Mundmehl	„	.	30	.	38
Semmelmehl	„	.	26	.	36
Pohlmehl	„	.	24	.	80
Futtermehl	100 kg	15	.	21	80
Kaisersemmel à 4 h 1 St.	3·2 bis 6·2 dkg	—	—	—	—
Mundsemmel „ 4 „ „	5·0 bis 8·5 dkg	—	—	—	—
„ „ 2 „ „	2·4 bis 5·0 dkg	—	—	—	—
Weißes Brot	1 kg	—	—	—	—
Weißgemischtes Brot	„	21	3	39	8
Schwarzgemischtes Brot	„	19	5	34	5
Schwarzes Brot	„	21	6	29	5
Erbsen, ganz	1 kg	.	28	.	50
„ gespalten	„	.	36	.	72
Linsen	„	.	64	1	.
Bohnen	„	.	28	.	60
Hirse	„	.	32	.	48
Rollgerste	„	.	40	.	78
Reis	„	.	38	.	76
Kaffee, roh	„	2	32	5	.
„ gebrannt	„	2	84	5	60
Kakao	„	5	80	10	.
Schokolade	„	3	12	6	40
Tee	„	6	.	20	.
Zucker	„	.	74	.	82
Honig	„	1	20	3	20
Bohnen, grün	1 kg	.	28	.	80
Erbsen, grün, in Schoten	„	.	32	.	80
Paradiesäpfel	„	.	16	.	28
Kohl, grün	30 St.	.	80	1	60
„ „	1 „	.	6	.	10
Kohlrüben	30 „	.	60	1	20
„	1 „	.	4	.	10
„	30 „	.	.	.	.
„	1 „	.	.	.	.
Kraut, weißes	30 „	1	60	4	.
„ „	1 „	.	8	.	20
Salat, in Häupteln	30 „	.	80	3	.
„ „ „	1 „	.	4	.	20
Spinat	1 kg	.	40	.	80
Rüben, weiß	1 St.	.	2	.	8
„ gelb	„	.	2	.	8
„ rot	„	.	2	.	10
Sauerkraut	1 kg	.	20	.	24
Sauere Rüben	„	.	.	.	24
Knoblauch	„	.	40	.	60
Zwiebel	„	.	14	.	28
Erdäpfel, vorjährige	100 kg	.	.	.	.
„ „	1 „	.	.	.	.
„ heurige	100 „	5		12	.
„ „	1 „	.	7	.	14
„ Kipfel, vorjährige	100 „	.	.	.	.
„ „ „	1 „	.	.	.	.
„ „ heurige	100 „	10	.	16	.
„ „ „	1 „	.	12	.	18
Rindsfilz	1 kg	.	70	1	30
Rindschmalz	„	2	20	3	20
Schweinfilz	1 kg	1	60	2	.
Schweinschmalz	„	1	60	1	84
Schweinspeck	„	1	40	2	.
Unschlitt, geschmolzen	„	.	94	1	28
Milch	1 l	.	24	.	36
Rahm	„	.	80	2	.
Topfen	1 kg	.	30	.	80
Butter	„	2	.	3	20
Margarine	„	1	68	2	.
Eier, frische um 2 K	25–29 St.	—	—	—	—
„ eingelegte um 2 K	30–32 „	—	—	—	—
Barben	1 kg	1	40	1	60
Brachsen	„	1	.	1	60
Forellen	„	6	.	11	
Hechte, lebend	„	2	.	3	40
„ tot	„	1	20	2	.
Karpfen, lebend	„	1	90	2	40
„ tot	„	.	60	1	40
Lachse	„	.	.	.	.
Schaiden	„	3	20	5	.
Schille	„	1	60	3	20
Sterlette	„	.	.	.	.
Stockfische	„	.	.	.	.
Schellfische	„	.	56	1	30
Weißfische	„	.	60	1	.
Krebse	1 St.	.	.	.	.
Huhn, junges, geputzt	1 St.	.	90	1	60
Masthuhn, geputzt	„	1	40	2	80
Poulard	„	2	20	3	.
„ steir.	1 kg	2	20	3	.
Kapaun	1 St.	.	.	.	.
„ steir.	„	.	.	.	.
Ente	„	2	.	4	.
Gans	„	4	.	8	.
Indian	„	.		.	
Taube	„	.	40	.	80
Fasan	1 St.	3	.	5	.
Rebhuhn	„	.	60	2	.
Wildente	„	2	20	3	.
Wildgans	„	.	.	.	.
Hase	„	2	20	4	.
Hirschfleisch	1 kg	.	80	2	.
Rehfleisch	„	.	60	2	.
Schwarzwild	„	.	.	.	.

Fleischpreise in Wien per Kilogramm in Hellern	Detailpreise (mit Zuwage) Bei den Ständen mit Preisbeschränkung beim Ochsenfleische von	bis	In den Markthallen von	bis	In den Bänken der Fleischhauer und Fleischverschleißer von	bis
Fleischgattungen						
Rindfleisch, vorderes	100	160	120	170	100	180
Rindfleisch, hinteres	120	190	148	210	120	220
Kalbfleisch	96	240	120	250	100	280
Schaffleisch	64	180	80	176	80	200
Schweinfleisch	150	220	162	220	126	260
Pferdefleisch, vorderes	.	.	.	.	68	104
Pferdefleisch, hinteres	.			.	80	120

Heu- und Strohmarkt in Wien.

Vom 6. bis 12. Oktober 1907.

Niederösterr. Berghеu . .	von K	5·20	bis	10·20	per	100 kg.
„ Wiesenheu . .	„ „	6·—	„	8·—	„ „	„
Slovakisches Heu	„ „	7·—	„	8·—	„ „	„
Ungarisches Heu	„ „	6·40	„	7·20	„ „	„
Klee	„ „	6·40	„	10·20	„ „	„
Schaubstroh	„ „	5·40	„	7·—	„ „	„
„	„ „	19·—	„	24·—	per	Schober
Rüttstroh	„ „	—·—	„	5·—	per	100 kg.

* * *

Städtisches Lagerhaus.

Vom 3. bis 10. Oktober 1907.

Waren eingelagert . . . . . 43.505 Meterzentner
„ ausgelagert . . . . . 44.932 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 14.739 Meterzentner.

Lagerstand vom 10. Oktober 1907 282.942 Meterzentner, und zwar:

15.765	Meterzentner	Weizen,	9.854	Meterzentner	Roggen,
36.292	„	Gerste,	65.039	„	Hafer,
43.210	„	Mais,	1.635	„	Linsen,
55.348	„	Mehl und Kleie,	3.657	„	Ölsaaten,
391	„	Zucker,	1.739	„	Wein,

— Hektoliter a 100% Spiritus.

Der Assekuranzwert dieser Waren stellte sich auf 5,811.020 K.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Besuch der städtischen Bäder im Monate September 1907.

Städtische Bäder:

			Männliche Personen	Weibliche Personen
II. Bez., Donaubad Erzherzog Karlplatz 4	1705,	davon	1570	135
II. Bez., Freibad am linken Donauufer	3163,	„	2888	275
III. Bez., Strombad Kaiser Josefbrücke	426,	„	325	101
III. Bez., Strombad Sophienbrücke	846,	„	609	237
IX. Bez., Strombad Augartenbrücke	1477,	„	1220	257
XVII. Bez., Hernalser Voll- und Schwimmbad, Jörgerstraße 50	710,	„	603	107
XIX. Bez., Floßbad Kahlenbergerdorf	201,	„	129	72
XIX. Bez., Strombad Nußdorf	306,	„	187	119
XXI. Bez., Floridsdorf . . .	203,	„	159	44
Zusammen .	9037,	davon	7690	1347

Theresienbad im XII. Bezirke.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
Wannenbad	3839,	davon	2160	1679
Dampfbad	4197,	„	3156	1041
Voll- und Schwimmbad . . .	1284,	„	1165	119
Zusammen .	9320,	davon	6481	2839

XXI. Bezirk, Floridsdorf.

Wannenbad	949
Dampfbad	534
Zusammen .	1483

Volksbäder.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
II. Bez., Vereinsgasse 29 .	14155,	davon	10017	4138
III. Bez., Apostelgasse 18 . . (Eröffnet August 1891.)	9309,	„	7555	1754
V. Bez., Klagbaumgasse 4 . (Eröffnet Juni 1893.)	8074,	„	6330	1744
V. Bez., Einsiedlerplatz 18 . (Eröffnet August 1890.)	13492,	„	10664	2828
VI. Bez., Esterhazygasse 2 . (Eröffnet August 1892.)	10998,	„	8474	2524
VII. Bez., Mondscheingasse 9 . (Eröffnet Dezember 1887.)	7195,	„	5674	1521
VIII. Bez., Florianigasse 24 . (Eröffnet August 1892.)	10457,	„	8143	2314
IX. Bez., Wiesengasse 17 . . (Eröffnet August 1892.)	7652,	„	5684	1968
X. Bez., Gudrunstraße 163 a . (Eröffnet August 1890.)	12281,	„	10341	1940
XI. Bez., Geiselbergstraße 54 (Eröffnet August 1900.)	4258,	„	3431	827
XIII. Bez., Hütteldorferstr. 82 (Eröffnet März 1905.)	4274,	„	3290	984
XIV. Bez., Heinickegasse 3 . (Eröffnet Dezember 1894.)	10032,	„	7732	2300
XV. Bez., Reithofferplatz 4 . (Eröffnet Juli 1900.)	10209,	„	7994	2215
XVI. Bez., Fried. Kaiserg. 11 . (Eröffnet März 1897.)	12625,	„	9687	2938
XVII. Bez., Gschwandnergasse 62	9498,	„	7311	2187
XVIII. Bez., Klostergasse 27 .	7652,	„	5390	2262
XX. Bez. Treustraße 60 . .	7866,	„	6231	1635
XXI. Bez., Floridsdorf . . .	5087,	„	3372	1715
Zusammen .	165114,	davon	126420	37794

* * *

Ausweis über die im September 1907 durch die städtischen Sanitätsstationen ausgeführten Kranken- und Leichentransporte.

Station	Zahl der Transporte von Kranken: gewöhnlichen	Kranken: Infektions-	Leichen	Zusammen
Station, V., Bräuhausgasse 61	431	85	47	563
Station, XIV., Pillergasse 21	242	74	53	369
Station, XVII., Gilmgasse 18	564	83	178	825
Station, XX., Gerhardusgasse 3/5 . . .	483	819	61	1363
Zusammen .	1720	1061	339	3120
	2781			

Arbeits- und Dienstvermittlungsamt der Stadt Wien.

VII., Neubaugürtel 38 (Hotel Wimberger).

Übersicht über die Vermittlungstätigkeit des Amtes vom 4. bis 10. Oktober 1907.

Vorgemerkt wurden:

Arbeitsuchende	1893
Dienstsuchende	3461
Lehrstellensuchende	29
Zusammen	5383

Angemeldet wurden:

Arbeitsposten	1631
Dienstplätze	3238
Lehrstellen	71
Zusammen	4940

Vermittelt wurden:

Arbeitsuchende	1553
Dienstsuchende	2942
Lehrlinge	21
Zusammen	4516

Baubewegung

vom 11. bis 14. Oktober 1907.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

XIX. Bezirk: Einl.-Z. 1270, Ober-Döbling, Flotowgasse, von Julius Frankl, I., Elisabethstraße 1, Bauführer Martin Smid, Maurermeister (22519).

XIX. Bezirk: Einl.-Z. 536, 679, Heiligenstadt, Heiligenstädterlände 9, von Eduard Hauser, IX., Spitalgasse 19, Bauführer Josef Schmalzhofer, Baumeister (22528).

XX. Bezirk: Schulneubau, Allerheiligenplatz, von der Magistrats-Abteilung XV (7324).

Umbauten.

XIX. Bezirk: Einl.-Z. 129, Ober-Döbling, Heiligenstädterstraße 55, von Albert Pschikal, Hausbesitzer, XX., Döblinger Hauptstraße 70, Bauführer Josef Eigl, Architekt (22521).

Zubauten.

IV. Bezirk: Wiedenergürtel 23, von A. Herm. Frankl's Söhne, Bauführer J. Tischler (7390).

XI. Bezirk: Wagenremise und Schupfe, Simmering, Einl.-Z. 1962 und 1963, von Adolf H. Ott, I., Bartensteingasse 4, Bauführer M. Klingenberg (20059).

XV. Bezirk: Schupfen, Fünfhaus, Herklotzgasse 10, von Bernhard Weiner (22057).

XIX. Bezirk: Unter-Döbling, Silbergasse 41, von Leopold Winkler, XIX., Silbergasse 41, Bauführer Franz Feigl, Maurermeister (22401).

Adaptierungen.

II. Bezirk: Blumauergasse 16, vom Konsumverein „Vorwärts", Bauführer Josef Fuchs (7375).

III. Bezirk: Landstraße Hauptstraße 153, von Johann Gstier, Bauführer R. Benesch (7360).

IV. Bezirk: Starhemberggasse 42, von Karl Rieß (7384).

V. Bezirk: Wiedener Hauptstraße 158, Reinprechtsdorferstraße 2, Bauführer Josef Schöfmann (7333).

VI. Bezirk: Stumpergasse 51, von Rudolf Büchler, Bauführer F. Weiß' Witwe (7315).

VII. Bezirk: Lindengasse 33, von Josef Genser, Bauführer R. Maraunschek (7353).

XIV. Bezirk: Schweglerstraße 30, von Julius Mitschke, Stadtbaumeister Bauführer derselbe (40665).

" " Arnsteingasse 21, von Heinrich Ermer, Bauführer Anton Ipser, Baumeister (40700).

XV. Bezirk: Fünfhaus, Mariahilferstraße 181, von H. E. Helene Mlinarich, Bauführer Franz Stagl (22169).

XVII. Bezirk: Dornbach, Dornbacherstraße 19, von Dr. Max Peters, ebenda, Bauführer Dücker & Olbricht jun. (44185).

" " Dornbach, Dornbacherstraße 84, von Eugen Wolf, ebenda (43860).

XX. Bezirk: Rauscherstraße 5, von Detoma & Hechtl (7365).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

VI. Bezirk: Ufergasse 42, von Marie Trisko (7323).

XVII. Bezirk: Dornbach, Pointengasse 62, von Helene Millik (44331).

XIX. Bezirk: Einl.-Z. 1270, Ober-Döbling, Flotowgasse, von Julius Frankl, I., Elisabethstraße 1 (22518).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Abt. X, Z. 7478.
11. Oktober 1907.

Deichgräberarbeiten für die Erweiterung des Meidlinger Friedhofes im veranschlagten Kostenbetrage von 26.043 K 70 h.

Tokats Stephan Josef & Masek — Nachlaß 8·1%.
Pietro & Lovato Josef — Nachlaß 8·5%.
Frigo Jakob — Nachlaß 6%.
Gioachino Marelli — Zu den Kostenanschlagspreisen.

* * *

Mag.-Abt. X, Z. 5634.
11. Oktober 1907.

Lieferung von vier Wagen zum Transporte von infektiös erkrankten Personen, ausschließlich der Räder, dann Lieferung der Räder samt Gummibereifung für diese vier Wagen und Sicherstellung der Gummibereifung für die Zeit vom 1. November 1907 bis 31. Oktober 1910.

Infektionswagen.

Lohner Jakob & Komp. — 1450 K per Wagen.
30 K Lackieren der Räder.
Rohrbacher J. — 1680 K per Wagen samt elektrischer Innenbeleuchtung.

Sicherstellung der Gummibereifung.

Reithofer's Josef Söhne — 974 K per Rädergarnitur, unlackiert.
180 K Bereifung für ein Vorderrad.
230 K Bereifung für ein Hinterrad.

* * *

Mag.-Abt. VI, Z. 4138.
12. Oktober 1907.

Niveauherstellung in der Wallmoden- und Haubenbiglgasse im XIX. Bezirke.

Frigo Jakob — Nachlaß 27·5%.
Kremsner Gerhard — Nachlaß 25%.
Valente Dominik & Spiandorelli Johann — Nachlaß 16%.
Polese Angelo — Nachlaß 16%.

* * *

Mag.-Abt. VIII, Z. 1170.
12. Oktober 1907.

Herstellung von provisorischen Rohrlagerplätzen für die Zweite Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung auf den bestimmten Flächen zwischen der verlangerten Gulden- und verlängerten Hadikgasse im XIII. Bezirke, Unter-Baumgarten.

Anschüttungs- und Planierungsarbeiten.

Schill Karl — 56 h per Kubikmeter.
Alternative:
Bei Terminsverlängerung bis 31. Mai 1908: 90 h per Kubikmeter.

* * *

Mag.-Abt. III, Z. 5223.
14. Oktober 1907.

Gartenanlage im II. Bezirke am Erzherzog Karlplatz.

Baumeisterarbeiten.

Spiel Franz — Nachlaß 9%.
Scheffel August — Nachlaß 12·2%.
Haupt Max — Nachlaß 16·5%.
Waldhauser Anton — Nachlaß 16%.
Kamenitzky Emanuel — Nachlaß 15·2%.

Gitterlieferung.

Koczor Franz — Säulen 4 K 60 h per Stück.
Gitterfelder 4 K 40 h per Meter.
Hutter & Schrantz — Säulen 4 K 50 h per Stück.
Gitterfelder 4 K 20 h per Meter.

Erdlieferung.

Reuther Hermann — Ackererde 3 K 70 h per Kubikmeter.
Gartenerde 4 K 40 h per Kubikmeter.
Aushubmateriale 2 K 20 h per Kubikmeter.
Wanko Michael — Ackererde 2 K 90 h per Kubikmeter.
Gartenerde 3 K 80 h per Kubikmeter.
Aushubmateriale 2 K per Kubikmeter.
Bernreiter Peter & Leopold Sterl — Ackererde 3 K per Kubikmeter,
Gartenerde 3 K 60 h per Kubikmeter.
Aushubmateriale 2 K per Kubikmeter.

Mag.-Abt. VI, Z. 3840.
14. Oktober 1907.

Asphaltierung des Marktplatzes am Radetzkyplatz im III. Bezirke vor den Häusern Nr. 1 und 2.

Grafe's Otto Nachfolger — Nachlaß 32%.
Günther Karl — Nachlaß 20·5%.
Österreichische Asphalt-Aktiengesellschaft — Nachlaß 19%.
Neuchatel Asphalte Company — Nachlaß 20%.
Cooper & Komp. — Nachlaß 31·5%.

* * *

Mag.-Abt. VI, Z. 3583.
14. Oktober 1907.

Regulierung der Liechtensteinstraße im IX. Bezirke.

Erd- und Pflasterungsarbeiten.

Schußmann Joh. — Nachlaß 8·3%.
Urban Jos. — Nachlaß 12%.
Firnstein Alois — Nachlaß 8%.
Zimmermann Ant. — Nachlaß 6%.
Kreitner Franz — Nachlaß 10%.
Böck Franz — Nachlaß 5%.
Fehm Eduard — Aufzahlung 8%.
Voitl Karl — Nachlaß 6%.
Kaufmann Josef & Sohn — Nachlaß 0·5%.

Asphaltiererarbeiten.

Neuchatel Asphalte Company — Nachlaß 20%.
Haumann's C. Witwe & Söhne — Nachlaß 30·75%.
Cooper & Komp. — Nachlaß 28%.
Österreichische Asphalt-Aktiengesellschaft — Nachlaß 32%.
Günther Karl — Nachlaß 28%.

* * *

Mag.-Abt. VI, Z. 4326.
14. Oktober 1907.

Beistellung des Kabsfuhrwerkes zur Schneeabfuhr im I. Bezirke in der V. und VIII. Sektion für die Winterperiode 1907/08 und 1908/09.

Sterchele Anton & Karl Schiel — Zu den Voranschlagspreisen (V. Sektion).

* * *

Mag.-Abt. XXII, Z. 2862.
14. Oktober 1907.

Kurrente Zimmerputzerarbeiten für den III., V. und XI. Bezirk für die Zeit bis 31. Dezember 1909.

Morawetz Franz — Nachlaß 10% für den XI. Bezirk.
Aichinger Johann — Nachlaß 10% für den V. Bezirk.
Scholz Ludwig — Nachlaß 10% für den XI. Bezirk.
Wawruschek Johann — Nachlaß 10% für den III., V. und XI. Bezirk.
Weißmann Karl — Nachlaß 10% für den III., V. und XI. Bezirk.
Polt Johann — Nachlaß 10% für den III., V. und XI. Bezirk.
Friemel Eleonore — Nachlaß 10% für den III., V. und XI. Bezirk.
Eckhardt Karl — Nachlaß 12% für den III. Bezirk.
Franke Franz — Nachlaß 10% für den III. und XI. Bezirk.
Weber Johann — Nachlaß 10% für den III., V. und XI. Bezirk.
Müller August — Nachlaß 10% für den III. Bezirk.
Mader Josef — Nachlaß 10% für den III., V. und XI. Bezirk.
Gilly Georg — Nachlaß 10% für den III. oder XI. Bezirk.
Domusovich Josef — Nachlaß 12% für den III., V. und XI. Bezirk.
Brandl Matthias — Zu den Tarifpreisen für den III. Bezirk.

* * *

II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Schulbau XVII., Pezzlgasse, Rötzergasse.

Erd- und Baumeisterarbeiten.

Scheffel August — Nachlaß 13%.
Aufzahlung 10% für Regiearbeiten.

Romanzementlieferung.

Perlmooser Aktiengesellschaft — Zu den Voranschlagspreisen.

Traversenlieferung.

Juhos Julius & Komp. — Per 100 kg:
Bis 320 mm 25 K 60 h.
Über 320 mm 26 K 60 h.

* * *

Erbauung von Grüften im Wiener Zentral-Friedhofe.

Baumeisterarbeiten.

Erhart Friedrich — Nachlaß 0·5%.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

4. Oktober 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Truxa Karl — Gemischtwarenhandel — I., Helferstorferstraße 4.

Weinraziel Johann — Feilbieten von Obst, Grünwaren und Blumen im Umherziehen — XVII., Kastnergasse 13.

Firma: Franz Zecenka's Witwe; Alleininhaberin: Katharina Zelenka, geb. Mahler — Handel mit technischen Bedarfsartikeln — XIX., Heiligenstädterstraße 105.

Firma: Franz Zelenka's Witwe; Alleininhaberin: Katharina Zelenka, geb. Mahler — Erzeugung von Stopfbüchsenpackungen, Dichtungsplatten und Schmiermitteln für Maschinen — XIX., Heiligenstädterstraße 105.

* * *

5. Oktober 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

Erste Wiener Eisengießerei und Handels-Aktiengesellschaft (verantwortlicher Geschäftsführer: Rudolf Gallee) — Fabriksmäßiger Betrieb von Eisen- und Metallgießereien — XI., Grillgasse 21.

Erste Wiener Eisengießerei und Handels-Aktiengesellschaft (verantwortlicher Geschäftsführer: Rudolf Gallee) — Fabriksmäßiger Betrieb von Eisen- und Metallgießereien — X., Fernkorngasse 56.

Budin Edmund — Gast- und Schankgewerbe gemäß § 16 lit. c (nur Flaschenbier), d (Liköre aller Art), f und g G.-O. — XIII., Linzerstraße 432.

Coneye Karl — Einspänner-Lizenz Nr. 730 — XVI., Degengasse 4.

Cupak Viktoria — Handel mit neuen Möbeln — XII., Reschgasse 12.

Doschek August — Gemischtwarenhandel mit Ausschluß von Spezereien, Material- und Kolonialwaren — VII., Neubaugürtel 48.

Ficenz Franziska — Wäscheputzereigewerbe — V., Gassergasse 25.

Fiedler Katharina — Wäschewaren-Erzeugung — XII., Migazziplatz 5.

Fiedler Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — X., Hasengasse 27.

Fischer Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Ramperstorffergasse 20.

Gstreinthaler Franziska, geb. Haidl — Selchwaren-Verschleiß — XIX., Budinskygasse 9.

Handl Raimund — Tischler — V., Wimmergasse 13.

Himl Karl — Herrenkleidermacher — VII., Bandgasse 17.

Jambor Anna — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Arbeitergasse 24.

Kamplmüller Karl — Kaffeeschank — VII., Seidengasse 41.

Klapper Friedrich — Taschner — VII., Zieglergasse 18.

Krejci Johann — Herrenkleidermacher — VII., Schottenfeldgasse 93.

Kuna Josef — Schuhmacher — XXI., Floridsdorf, Neugasse 12.

Machalik Marie — Masseurgewerbe — X., Altzingergasse 87.

Mayer Franz — Fenster- und Zimmerputzer — X., Quellenstraße 101.

Firma Karl Johann Merckens; offene Handelsgesellschaft (Gesellschafter: Otto Merckens, Eduard Merckens) — Gemischtwarenhandel en gros — VII., Mariahilferstraße 98.

Nagy Josef Julius — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Leitgebgasse 3.

Pazelt Josef — Fragner — VII., Neubaugasse 84.

Pokorny Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Reinprechtsdorferstraße 52.

Riedel Karl — Gastwirtsgewerbe (Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein, Obstwein und Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles) — IX., Pramergasse 21.

Rittler Marie — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Bräuhausgasse 51.

Rotter Paul — Fleischhauer — XIII., Zehetnergasse 15.

Scheuer Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Turnergasse 29.

Schlossarek Marie, geb. Prohaska — Viktualien-Verschleiß — XIX., Obkirchergasse 31.

Süsz Isidor, Alleininhaber der Firma Vorarlberger Stickereifabrik J. Süsz — Fabriksmäßige Erzeugung von Stickereien — VII., Neubaugasse 68.

Swoboda Lorenz, Alleininhaber der Firma Lorenz Kratochwill's Sohn — Bronzewaren-Erzeugung — VII., Bernardgasse 5.

Treuer Theresia — Viktualien-Verschleiß — X., Quellenstraße 94.

Trünkel Leopold — Fleischselcher — VII., Westbahnstraße 39.

Wehofer Johann — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — X, Gellertgasse 1.

Werner Josef — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Bräuhausgasse 11.

Winterleitner Katharina — Fiaker-Lizenz Nr. 713 — XIV., Dreihausgasse 33.

* * *

7. Oktober 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

Aichinger Karl — Handel mit Gold- und Silberwaren und Pretiosen — XIII., Hietzinger Hauptstraße 147.

Barosch Hermine, geb. v. Andrzejowski — Wäschewaren-Erzeugung — IV., Kolschitzkygasse 5.

Bauer Georg — Kleinfuhrwerker — XVIII., Theresiengasse 26.

Baumann Leopoldine — Massage unter Anschluß der Anwendung derselben zu Heilzwecken — IV., Wienstraße 13.

Blaha Johann — Gastwirt — I., Wipplingerstraße 33.

Cerweny Josef — Gastwirtsgewerbe, und zwar Konzession zur Verabreichung von Speisen, zum Ausschanke von Bier, Wein und Obstwein und zur Haltung erlaubter Spiele, mit Ausnahme des Billardspieles — III., Schimmelgasse 11.

Csurge Romana — Verschleiß von Parfums und Toiletteartikeln — XVIII., Währingerstraße 81.

Danzinger Katharina — Marktviktualienhandel — XI., Einfahrt des Hauses Hauffgasse 3.

Denk Anna — Selchwaren-Verschleiß — XVIII., Staudgasse 70.

Drescher Norbert — Kleinfuhrwerker — XIII., Hütteldorferstraße 160.

Ecker Marie — Marktviktualienhandel — XIII., Linzerstraße 275.

Friedl Johanna — Damenkleidermachergewerbe — IV., Danhausergasse 10.

Friedrich Rudolf — Kaffeesiedergewerbe, und zwar Konzession zur Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, sowie von Flaschenbier und Likören aller Art und zur Haltung von erlaubten Spielen — III., Kölblgasse 3.

Fux Hermine — Wäschewaren-Erzeugung — IV., Leibenfrostgasse 5.

Fürst Adalbert — Wäschewaren-Erzeugung — XVIII., Währingerstraße 129.

Genitzer Josef — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — IV., Preßgasse 10.

Glück Hermine — Papier-, Zeichen-, Schreib- und Kurzwarenhandel — XIII., Sechshauserstraße 108.

Greiner Marie, geb. Harasta — Viktualien-Verschleiß — IV., Heumühlgasse 3.

Großmann Markus — Verschleiß von Papier- und Zeichenrequisiten und den im freien Verkehre stehenden Merkantildrucksorten — III., Löwengasse 28.

Hadrava Mathilde — Flitterstickereigewerbe — XVIII, Sternwartestraße 14.

Hanig Johann — Schweinefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XIII., Fenzlgasse 25.

Haslinger Leopoldine — Handel mit Obst, Grünwaren, Eiern, Butter und Rahm — XIII., Nisselgasse 9.

Harrer Josef — Bäcker — IV., Phorusgasse 12.

Heibl Adolf — Beseitigung von Hühneraugen — XVIII., Gentzgasse 25.

Hofbauer Franz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — IV., Kettenbrückengasse 6.
Hofer Anton — Marktwiktualienhandel — IV., Naschmarkt.
Holly Martin — Verkauf von Marktwiktualien — IV., Naschmarkt.
Hutzler Anna — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Milchprodukten, Eier, Brot und Gebäck — XIII., Jheringgasse 8.
Huber Josef — Fiaker-Lizenz Nr. 196 — IV., Wiedener Hauptstraße 13, Paniglgasse.
Jkawetz Theresia — Kanditen- und Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVI., Speckbachergasse 36.
Jauta Hedwig, geb. Zehe — Spielwaren-Erzeugung — XIII., Penzingerstraße 113.
Jany Antonia, geb. Deutschmann — Flaschenbier-Verschleiß — IV., Wiednergürtel 16.
Jaschka Marie — Wäschewaren-Erzeugung — IV., Trappelgasse 1.
Jirka Franz — Tischler — IV., Floragasse 6.
Konecsny Johann — Lederausschneider und Schuhmacherzugehörhandel XVI., Hasnerstraße 92.
Lederer Rudolf — Musiker — XVIII., Währingergürtel 57.
Ludwig Marie Emilie — Modistin — XVIII., Gertrudplatz 4.
Marczinsky Christine — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Gentzgasse 125.
Masotti Marie, geb. Hermann — Verschleiß von Kurzwaren — IV., Viktorgasse 18.
Matieck Josef — Zuckerbäckerwaren-, Kanditen-, Fruchtsäfte-, Marmeladen- und Sodawasser-Verschleiß — XIII., St. Veitgasse 61.
Mendelson Max — Handelsagentie — XIII., Hadikgasse 18.
Nadischky Margarete, geb. Dirschl — Marktfierantie — IV., Wiedener Hauptstraße 66.
Neugebauer Friedrich — Ledergalanteriewaren-Erzeuger — XVI., Hasnerstraße 95.
Neumann Franz — Erzeugung von Kristallsoda, Feinsoda und Laugenstein — XI., Kopalgasse 4.
Prot. Einzelfirma Albrecht Pasternak; Inhaber: Albrecht Pasternak — Fabriksmäßige Erzeugung von Tischler- und Tapezierer-Erzeugnissen — IV., Waagagasse 12.
Perger Hermine — Damenkleidermachergewerbe — IV., Margaretenstraße 7.
Pich Marie — Marktwiktualien-Verschleiß — III., Augustinerplatz.
Pichler Anna — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVIII., Schopenhauerstraße 11.
Pruckner Rosine, geb. Cerna — Viktualien-Verschleiß — IV., Schellinggasse 46.
Rauchenberger Karl — Erzeugung von präparierter Kohle zum Schmelzen und Löten von Edelmetallen auf kaltem Wege — IV., Wiedenstraße 21.
Riegler Josef — Papier-, Schreib- und Kurzwarenhandlung — XIII., Meiselstraße 49.
Rotter Paul — Schweinefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XIII., Zehetnergasse 15.
Satzinger Therese — Damenkleidermachergewerbe — XVIII., Schopenhauerstraße 8.
Firma Wilhelm Schindler & Komp. (Öffentliche Gesellschafter: Wilhelm Schindler, Max Rosenbaum) — Handel und Export von imprägnierten Olen — XVIII., Pinzenzgasse 18.
Schleger Marie — Gemischtwarenhandel mit Ausschluß der im § 38, Absatz 5 angeführten Gegenstände — XIII., Breitenseerstraße 19.
Schleifer Karl — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — XVI., Ottakringerstraße 152.
Schnatzberger Josef — Fleischhauer — XVI., Hasnerstraße 31.
Schneider Emma — Gemischtwaren-Verschleiß mit Ausschluß von Kolonial-, Spezerei- und Materialwaren — XVIII., Haizingergasse 9.
Schneider Georg — Marktwiktualienhandel — XVIII., Kutschkergasse, Markt.
Schram Johann Nepomuk — Handel mit kunstgewerblichen Gegenständen — IV., Starhemberggasse 24.
Protokollierte Firma Österreichische Holzstoffwaren-Industrie J. N. Schram (Alleininhaber: Ferdinand Rupert Zehnder; verantwortlicher Geschäftsführer: Heinrich Gustav Zehnder) — Fabriksmäßige Erzeugung von Handels- und technischen Artikeln aus Holzstoff in Verbindung mit Metall, Glas, Chemikalien — IV., Viktorgasse 14.
Schweng Heinrich — Schuhmacher — XVI., Lerchenfeldergürtel 21.
Seyer Josef — Schweinfleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVIII., Martinsstraße 16.
Stanger Ignaz — Marktwiktualienhandel — XVIII., Schopenhauerstraße, Markt.
Starka Rosa, geb. Reisinger — Pfaidlergewerbe — XVIII., Witthauergasse 11.
Strebinger Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IV., Schönburgstraße 46.
Swaczina Johanna — Weißnähergewerbe — XVIII., Mitterberggasse 21.
Szalkay Marie — Massage unter Ausschluß von Heilzwecken — XVIII., Eduardgasse 5.
Täuber Johann — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel mit Ausschluß von Spezerei-, Kolonial- und Materialwaren und allen Getränken — XVIII., Schulgasse 61.
Tobisch Franz — Herrenkleidermacher — IV., Taubstummengasse 10.
Trebitsch Ignaz — Hausadministrator — IV., Schönburgstraße 42.
Troje Rosine — Miedermachergewerbe — IV., Schleifmühlgasse 1 a.
Tumpach Adalbert — Damenkleidermacher — IV., Favoritenstraße 33.
Vogt Georg — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — IV., Starhemberggasse 10.
Wanyek Theodor — Bank- und Eskomptegesellschaft — XVIII., Währingerstraße 139.
Wessely Anna — Flaschenbierhandel — XXI., Floridsdorf, Floridusgasse 63 b.
Wichtl Franziska, geb. Derflinger — Verschleiß von heißen Würsteln und Gebäck — XVIII., Kutschkergasse, Markt.
Wirmer Karl — Pachtweiser Betrieb der dem Johann Dietmayer gehörigen Gast- und Schankkonzession gemäß § 16, lit. b, c, f und g G.-O. — XIII., Bujattigasse 6.
Zagler Ludwig — Baumeister — IV., Fleischmanngasse 3.
Zweig Ignaz — Schuhmacher — XVI., Hasnerstraße 6.
Vereinigte Wiener Seidenfärbereien (Gesellschaft mit beschränkter Haftung; verantwortlicher Geschäftsführer: Ingenieur Dr. Robert Clauser) — Fabriksmäßiger Betrieb des Färbens von Seide, Kunst- und Halbseide und sonstigen Gespinsten und Geweben, deren Appretur und aller Arten diesbezüglicher Veredlungsverfahren — XXI., Stadlau.

* * *

8. Oktober 1907.

a) Gewerbe-Unternehmungen.

Andrä Julie — Marktwiktualienhandel — XIV., Schwendergasse, Markt.
Barasch Osias — Gemischtwaren-Verschleiß — XX., Wallensteinstraße 25.
Bardach Isidor — Pfaidler — II., Schmelzgasse 1.
Baumann Theresia — Spirituosen-Verschleiß in handelsüblich verschlossenen Gefäßen mit Ausschluß jedweden Kleinverschleißes und Ausschankes — V., Einsiedlerplatz 1.
Biller Charlotte — Gemischtwaren-Verschleiß — XX., Mathildenplatz 5.
Binder Anna — Damenfriseurgewerbe mit der Beschränkung auf Privathäuser — XIII., Altgasse 23.
Blau Wilhelm — Wäschewaren-Erzeugung — VII., Wimbergergasse 9/11.
Borstiber Olga, geb. Hahn — Trödlergewerbe — VII., Burggasse 24.
Briski Ursula — Kastanienbratergewerbe — VII., Neustiftgasse, Ecke Neubaugasse.
Capek Theodor — Lackierer — XIV., Ullmannstraße 45.
Cernoch Wenzel — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — IX., Säulengasse 15 c.
Christ Sophie — Milch- und Kanditen-Verschleiß — VII., Ziegergasse 94.
Dellert Wilhelm — Kleinhandel mit Brennmaterialien — VII., Wimbergergasse 34.
Feldmann Isaak rekte Berger — Handel mit Makulatur- und Stampfpapier — XX., Staudingergasse 14.
Filipovsky Rudolf — Schuhmacher — III., Erdbergstraße 49.
Fingerhut Josef — Übernahme von Bestellungen auf Gas- und Wasserleitungs-Installationen als freies Gewerbe — II., Praterstraße 13.
Fischer Moritz — Kleinfuhrwerk — II., Große Pfarrgasse 5.
Fröhlich Franz — Kleidermacher — VII., Burggasse 73.
Fröhlich Karl Stephan — Kleinfuhrwerk — XX., Nordwestbahnstraße 39.
Galat Valentin — Kleidermacher — XIV., Holochergasse 21.
Gaspardi Martin Leonhard — Handelsagentie — II., Schmelzgasse 3.
Gyurgy Nikolaus — Friseur und Raseur — VII., Burggasse 44.
Hochermann Artur — Kleinfuhrwerk — X., Hasengasse 38.
Holohlavsky Josef — Handel mit Galanterie-, Kurz- und Spielereiwaren, Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Fruchtsäften, Schreib- und Zeichenrequisiten, Gratulations- und Ansichtskarten — XIV., Jadengasse 7.
Huppert Anna — Fragner — VII., Bernardgasse 16.
Janisch Julie, geb. Steiner — Viktualien-Verschleiß — II., Sterneckplatz 12.
Jedlinsky Katharina, geb. Kadisch — Fragnergewerbe mit Ausschluß von Zucker, Kaffee, Tee, Gewürzen, Mineralölen ꝛc. — II., Novaragasse 53.
Kadrle Ida (Alleininhaberin der Firma J. Kadrle) — Handel mit Maschinen und Maschinenbestandteilen — VII., Blindengasse 14.
Kalintroff Maurice Michael (Alleininhaber der Firma Kalintroff & Komp.) — Handel mit Galanterie- und Manufakturwaren, dann von Damen- und Herrenwäsche, fertigen Kinderkleidern, Glas- und Porzellanwaren — II., Kaiser Josefsstraße 14.
Klein Rudolf — Friseur und Raseur — II., Praterstraße 21.
Koblischke Franz — Zuckerbäcker und Lebzelter — XV., Sechshauserstraße 16.
Kohn Dragutin — Trödlerei — VII., Kaiserstraße 34.
Krebs Apollonia — Milch-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 12.
Kunerth Rudolf — Marktfahrer — II., Pazmanitengasse 14.
Lamich Richard — Fleisch-Verschleiß — II., Engerthstraße 227.
Lamich Richard — Fleischselcher — II., Engerthstraße 227.
Lepser Andreas — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — III., Hörnesgasse 16.

Lessing Oskar — Handelsagentur — III., Baumannstraße 5.
Leupold v. Löwenthal Therese — Verschleiß von neuer Wäsche und Wirkwaren — X., Favoritenstraße 109.
Linhart Anna — Kunstblumen-Erzeugung — VII., Döblergasse 9.
Lipp Rosalia Emilia — Mechanische Strickerei — III., Rudolfsgasse 14.
Firma Christoph Löw; Gesellschafter: Christoph Löw, Georg Mück — Zuckerbäcker — XVIII., Gentzgasse 111.
Firma Christoph Löw; Gesellschafter: Christoph Löw, Georg Mück — Bäcker — XVIII., Gentzgasse 111.
Löwy Karoline, geb. Kudrna — Modistin — XIV., Mariahilferstraße 199.
Löwy Melanie — Gemischtwarenhandel ohne Lebensmittel und mit Ausnahme der im § 38, Absatz 5, angeführten Artikel — VII., Seidengasse 39 a.
Lohrer Johann — Kaffeeschank — VII., Lerchenfelderstraße 57.
Lutter Karl — Eishandel — X., Waldgasse 9.
Matl Robert — Ausschank und Kleinverschleiß von gebrannten geistigen Getränken — XII., Altmannsdorferstraße 79.
Michaelis Artur — Erzeugung von feuerfestem Bindematerial, genannt „Diamantin" — IX., Porzellangasse 52.
Miklas Franz — Herrenkleidermacher — XIV., Hollergasse 20.
Motycka Franz — Kleidermacher — XX., Treustraße 14.
Müller Lorenz — Gemischtwaren-Verschleiß — XX., Brigittaplatz 17.
Neumann Dagobert — Stahl- und Metallschleifergewerbe — XV., Möringgasse 20.
Ott Hermann — Gast- und Schankgewerbe § 16, lit. b, c und g (ohne Billard) G.-O. — XII., Längenfeldgasse 10.
Pauer Barbara, geb. Steffek — Wäscheputzerei — XIV., Arnsteingasse 26.
Peterka Antonia, geb. Kalaschek — Verschleiß von Mehl und Grieß — XIV., Grimmgasse 32.
Peterson Karl — Gemischtwarenhandel — II., Taborstraße 11.
Pick Amalia, geb. Kemach rekte From — Kurz- und Wirkwaren-Verschleiß — II., Krummbaumgasse 1.
Pohanka Josef — Rindfleisch-Verschleiß — XIII., Linzerstraße 275.
Postl Franz — Kaffeeschank — VII., Neustiftgasse 103.
Priester Amalia — Lederausschnittgewerbe — XX., Hannovergasse 12.
Pusch Gottlieb — Schweinefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — V., Bachergasse 10.
Schleritzko Ferdinand — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — II., Sterneckplatz 19.
Firma Schmeidler J. N. (Alleininhaber: Johann Karl Paulinus Schmeidler) — Handel mit Verbandstoffen und medizinischen Gebrauchsartikeln — VII., Stiftgasse 19.
Schreckinger Anna Rosa — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — XX., Wolfsaugasse 3.
Schwandner Viktor — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß mit Ausschluß von Spezerei-, Kolonial-, Materialwaren und aller Getränke — XVI., Hellgasse 4.
Semler Franz — Zuckerwaren- und Kanditen-Verschleiß — XVI., Wurlitzergasse 62.
Silberstein Rosa — Damenkleidermachergewerbe — VII., Zollergasse 5.
Sobalik Marie — Wäschewaren-Erzeugung — X., Laxenburgerstraße 83.
Spicka Lorenz — Herrenkleidermacher — II., Volkertplatz 6.
Stanek Franz — Schuhmacher — X., Buchengasse 50.
Stein Karl — Erzeugung von Gewehrpfropfen — XIV., Felberstraße 40.
Surin Stephan — Kleidermacher — XIV., Kauergasse 8.
Svejda Wenzel — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XIV., Märzstraße 68.
Tuschl Karl — Verabreichung von Likören aller Art, sowie Haltung von erlaubten Spielen, einschließlich Billardspiel, lediglich für Gäste des Orpheums — IX., Wasagasse 34.
Vasilu Dimitrin — Musiker — VII., Wimbergergasse 42.
Vavrinec Franz — Kleidermacher — XVI., Lerchenfeldergürtel 31.
Wagner Marie Theresia, geb. Keller — Verschleiß von Sodawasser mit und ohne Fruchtsäften — XIV., Ecke Selzergasse und Hütteldorferstraße.
Walland Barbara — Verschleiß von Holz, Kohlen und Koks — X., Bürgergasse 11.
Weidenauer Marie — Viktualienhandel — XX., Ospelgasse 34.
Wiesinger Franziska — Fragner — XII., Kostlergasse 11.
Wolf Katharina — Handel mit Wildbret und Geflügel im Umherziehen — Gemeindegebiet Wiens mit Ausschluß des k. k. Praters.
Zerny Jakob — Baumeister im Grunde des § 2 und 14 des Gesetzes vom 26. Dezember 1893, R.-G.-Bl. 194 — XIV., Johnstraße 8.
Zimmermann Helene, geb. Stumpfe — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XIV., Preysinggasse 11.

b) Nicht dem Gewerbegesetze unterliegende, erwerbsteuerpflichtige Unternehmungen.

Stefanowsky Josefine — Zwangspachtbetrieb der Realitätenvermittlung des Wilhelm Wahler — I., Himmelpfortgasse 11.

* * *

9. Oktober 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

Lederergalanteriewaren-Industrie-Aktiengesellschaft Zollschan & Frankenstein (verantwortlicher Geschäftsleiter August Krocka) — Zweigniederlassung fabriksmäßiger Erzeugung von Ledergalanteriewaren — VI., Schmalzhofgasse 28.
Appel Anna — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c und g der G.-O. ohne Billard) — XX., Wallensteinstraße 6.
Benesch Alfons — Milch- und Gebäckhandel — X., Eugengasse 53.
Blaschek Franz — Verschleiß von Leinen- und Baumwollwaren — I., Salztorgasse 6.
Bley Paul — Übernahme von Gas- und Wasserleitungsanlagen zur Ausführung durch befugte Gewerbsleute — I., Ertlgasse 3.
Bloch Marie — Handel mit Briefmarken für Sammlungen — I., Hotel Post am Fleischmarkt.
Bruckmüller Marie — Fiaker-Lizenz Nr. 614 — XII., Eichenstraße 44.
Csauf Therese — Übernahme von Reparaturen von Damenmäntel, Mantillen und Putzwaren behufs Ausführung durch befugte Gewerbetreibende — I., Plankengasse 6.
Deutsch Adele — Gold- und Silberwaren-Verschleiß — I., Kohlmarkt 20.
Divis Franz — Fleischselcher — X., Buchengasse 65.
Drobny Johann — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Arbeitergasse 14.
Duschnitz Moritz, Inhaber der Firma G. R. Paalen & Komp. — Kommissionswarenhandel — I., Spiegelgasse 21.
Friemel Eleonore — Zimmerputzergewerbe — I., Johannesgasse 13.
Friemel Eleonore — Handel mit Stauböl — I., Johannesgasse 13.
Goldberger Amalie (Irma) — Pfaidlerei — I., Wollzeile 5.
Goßmann Ernestine — Pfaidlerei — I., Kramergasse 9.
Kaslinger Stephan — Erzeugung von Sodawasser, Fruchtsäften und Getränken aus Sodawasser und Fruchtsäften (Kracherl) — XVIII., Karl Beckgasse 33.
Klinger Hersch — Likör-Erzeugung auf kaltem Wege — V., Margaretenstraße 90.
„Kodak" Ges. m. b. H., Stellvertreter Frederik Goshawk — Übernahme von Reparaturen photographischer Apparate behufs Ausführung durch befugte Gewerbetreibende — I., Graben 29.
Konecky Franz — Kleidermacher — XVIII., Karl Beckgasse 10.
Literarisches Institut „Kosmos", Ges. m. b. H., verantwortlicher Geschäftsführer Max Herzig — Buch-, Kunst- und Musikalienhandel — III., Salmgasse 2.
Kral Mathilde — Fragnerei — XVIII., Abt Karlgasse 19.
Kruis Wenzel — Parfümerie- und Galanteriewaren-Verschleiß — V., Schönbrunnerstraße 91.
Lackinger Karl — Tischer — III., Fasangasse 19.
Lautscham Sophie — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — XX., Hellwagstraße 3.
Lebloch Ottokar — Ein- und Verkauf von altem Eisen und von Hadern — XX., Sachsengasse 4.
Ledwinka Matthias — Kleidermacher — XVIII., Leopold Ernstgasse 4.
Lehner Therese — Krawatten-Erzeugung — XVIII., Semperstraße 31.
Löwy Samuel — Milchmeier — XX., Brigittaplatz 18.
Mayer Michael — Kleinfuhrwerk — XX., Wenzelgasse 1.
Mucha Johann — Frauenkleidermacher — V., Pannaschgasse 4.
Offene Handelsgesellschaft A. Müller & Komp. (Gesellschafter: Richard Müller, Karl Müller, Gustav Müller) — Tuch-Verschleiß — I., Hoher Markt 1.
Müller Karoline — Kanditen- und Konditoreiwaren-Verschleiß — XVIII., Währingergürtel 7.
Münzel Leopold — Selchwaren-Verschleiß — XVIII., Anastasius Grüngasse 5.
Neuer Arnold — Gast- und Schankgewerbe nach § 16, lit. b, c, g G.-O. ohne Billard — XX., Treustraße 28.
Neuhofer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Schloßgasse 17.
Prot. Firma Rudolf Nikolei Nachf. (Inhaber: Ferdinand Steiner) — Pressen von Obstmost aus gekauftem Obste, Erzeugung von Schaumwein, Handel mit Weine und Spirituosen in handelsüblich geschlossenen Flaschen und Gebinden — XVIII., Währingergürtel 5.
Novak Karl — Handel mit Brennholz, Kohlen und Koks — I., Bäckerstraße 14.
Oplat Ludwig — Übernahme von elektrischen Installationen behufs Ausführung durch befugte Gewerbetreibende — I., Laurenzerberg 3.
Offene Handelsgesellschaft Brüder Pernerstorfer (Gesellschafter und Stellvertreter Franz Pernerstorfer, Alois Pernerstorfer) — Manufakturwarenhandel — I., Fischhof 3.
Pokorny Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Arbeitergasse 6.
Prybil Josef — Gast- und Schankgewerbe nach § 16, lit. b, c, d, f G.-O. in Form einer Bahnhofkantine — XX., Handelskai 1 (Brigittenau, Rangierbahnhof).
Raschdowitz Ottilie — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Margaretenstraße 90.
Rosenrauch Oskar — Marktviktualienhandel — XVIII., Kutschkergasse, Markt.
Rott Anton — Baukantine mit der Berechtigung zur Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier und Wein — XX., Hellwagstraße (Bau der Volksschule).

Rupprecht Eleonore — Handel mit Naturblumen — I., Freyung.
Sandner Rudolf — Viktualien-Verschleiß — V., Reinprechtsdorferstraße 66.
Schill Emilie — Verschleiß von Kurzwaren und Ansichtskarten — XX., Wallensteinstraße 56.
Schillinger Josefa — Pfaidlergewerbe — XX., Karajangasse 25.
Schmiedberger Josef — Gastgewerbe (§ 16, lit. b, c und g G.-O. ohne Billard) — XX., Hannovergasse 6.
Schwarzl Johann jun. — Fiaker-Lizenz Nr. 374 — I., Heßgasse.
Seiler Gottfried — Glaser — XX., Wallensteinstraße 55.
Siegris Augusta — Haarpflege durch Kämmen des Haares — I., Führichgasse 4.
Stummerer Johann — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c und g G.-O. ohne Billard) — XX., Klosterneuburgerstraße 93.
Svetly Theresia — Viktualien-Verschleiß — X., Ettenreichgasse 24.
Trmac Sophie — Schuhmachergewerbe (Witwenfortbetrieb) — X., Gudrunstraße 162.
Wallin Marie — Pfaidlergewerbe — X., Reinprechtsdorferstraße 46.
Weis Heinrich — Fleischhauer — X., Gudrunstraße 175.
Wellschmidt Vinzenz — Schlosser — XVIII., Scheffelgasse 28.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Gemeinderat:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 11. Oktober 1907.

Inhalt:

Mitteilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung der Gem.-Räte Bignati, Hofmann und Ströbl . . . 2329
2. Mitteilung, betreffend das spätere Erscheinen des Vize-Bürgermeisters Dr. Neumayer und das Fernbleiben des Vize-Bürgermeisters Dr. Porzer . . . 2329
3. Beurlaubung der Gem.-Räte Hraba, Franz Gräf, Rauer und Gärtner . . . 2329
4. Spende des Brillenambulatoriums „Augenschutz" für unbemittelte würdige Schulkinder . . . 2329
5. Spende eines Ungenannten für die Armen Wiens (2000 K) . 2329
6. Spende der Gasspar-Unternehmung nach System Wouverns für vier städtische Waisenhäuser . . . 2329
7. Spende der Frau Marie Schindler für die Pfleglingsbibliothek des Wiener Versorgungsheimes . . . 2330
8. Spende des Herrn Eduard Spokil für Arme des XIII. Bezirkes (30 K) . . . 2330
9. Spenden des Herrn Josef Berger für das städtische Museum 2330
10. Spenden der Wiener Kommunal-Sparkassa in Rudolfsheim für gemeinnützige und wohltätige Zwecke (36.000 K) . . . 2330
11. Dank des „Iron and Steel"-Institutes für den Empfang im Rathause . . . 2330
12. Dank des Vereines der Gärtner und Gartenfreunde in Döbling für die bewilligte Subvention und Einladung zu der am 30. Oktober 1907 stattfindenden Prämiierung der Schulkinderpflanzen vom XIX. Gemeindebezirke . . . 2330
13. Übermittlung der Rechenschaftsberichte über die Tätigkeit des Kuratoriums für die Verwaltung der zur Unterstützung und Versorgung der durch den Brand des Ringtheaters notleidend gewordenen Personen bestimmten Gelder im Jahre 1906 und der Rechnungsabschlüsse über den Haupt- und Reservefond seitens des genannten Kuratoriums . . . 2330
14. Dank des Allgemeinen österreichischen Gärtnerverbandes für die Preisausschreibung zur Ausschmückung der Balkone, Fenster ꝛc. 2331
15. Dank der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich für die bewilligte Subvention . . . 2331
16. Erlaß des k. k. Eisenbahnministeriums, betreffend die Erteilung der Konzession zum Baue und Betriebe der Kleinbahnen über Perchtoldsdorf nach Meidling mit Abzweigungen zum Wolfrathsplatze und zum Wiener Versorgungsheim und nach Stammersdorf mit einer Abzweigung nach Groß-Enzersdorf . . . 2331
17. Bericht des städtischen Feuerwehrkommandos über den Brand in der Papierfabrik IV., Starhemberggasse 4/6 . . . 2332
18. Petition des Gastwirte-Bezirksvereines in Meidling, betreffend das Brauhaus der Stadt Wien . . . 2334
19. Petition des Herrn Karl Dobritzhofer und Konsorten, Gastwirte in Wien, betreffend die beabsichtigte Einhebung einer Gemeindebierauflage im XXI. Wiener Gemeindebezirke . . . 2335
20. Zuschrift des Gem.-Rates Moessen, betreffend sein Vertragsverhältnis zur „Entreprise" . . . 2335

Interpellationen:

21. Gem.-Rat Huschauer, betreffend das Brauhaus der Stadt Wien . . . 2335

Seite

22. Gem.-Rat Schmied, betreffend Verhinderung des Wiederaufbaues der abgebrannten Zigarettenpapierfabrik in der Starhemberggasse . . . 2326
23. Gem.-Rat Kinast, betreffend die Ausführung der Brücken über die Verbindungsbahn im Zuge des Landstraßergürtels beziehungsweise im Zuge der Richardgasse und die Adaptierung des Gaswerksteges über den Donaukanal für den Fußgeherverkehr . . . 2336
24. Derselbe, betreffend die Pflasterung der Straßenzüge nächst dem Bürgertheater . . . 2337
25. Gem.-Rat Rigl, betreffend den Wiener Roman „Phäaken" von Karl Conte Scapinelli . . . 2337
26. Gem.-Rat Schelz, betreffend die mangelhafte Deckung des Bedarfes an Koks aus dem städtischen Gaswerke in Wien . . . 2338
27. Gem.-Rat Klebinder, betreffend die Inangriffnahme des Umbaues der Ferdinandsbrücke . . . 2339
28. Gem.-Rat Winarsky, betreffend Auszahlung der Lohn- und Gehaltsnachträge an die städtischen Straßenbahnarbeiter gemäß der Gehalts- und Lohnregulierung . . . 2339
29. Gem.-Rat Skaret, betreffend die Hintanhaltung der Erhöhung der Milchpreise . . . 2340
30. Gem.-Rat Dr. Mittler, betreffend die Regulierung der Bezüge der Magistratsbeamten . . . 2340
31. Gem.-Rat Schlinger, betreffend die Zuweisung der Schulkinder an die Schulen im XXI. Bezirke in Groß-Jedlersdorf und Leopoldau . . . 2340
32. Gem.-Rat Dechant, betreffend die Behebung des durch die passive Resistenz der Angestellten der k. k. priv. Nordwestbahn, der k. k. priv. österr.-ungar. Staatseisenbahn und der k. k. priv. Eisenbahn Wien—Aspang den Wiener Wildbret- und Geflügelhändlern beziehungsweise allen übrigen Lebensmittelhändlern zugefügten Schadens . . . 2340
33. Gem.-Rat Kunschak, betreffend Erledigung des Antrages auf Vorlage eines Organisationsstatutes für die Straßensäuberung sowie wegen Regelung der Sonntagsruhe und der Altersversorgung des Straßenpflegepersonales . . . 2341

Anträge:

34. Gem.-Rat Tomola wegen Erbauung einer Doppel-Volksschule im XVIII. Bezirke, Scheibenbergstraße . . . 2341
35. Gem.-Rat Aichhorn wegen Errichtung einer Bedarfshaltestelle der städtischen Straßenbahn bei der Siebenbrunnenfeldgasse im Laufe der Reinprechtsdorferstraße im V. Bezirke . . . 2341
36. Gem.-Rat Schneider wegen Einführung des Umsteigverkehres auf der Linie der ehemaligen Dampftramway vormals Krauß & Komp., Augartenbrücke—Floridsdorf, um Umwandlung dieser Strecke bis zur Kaiser Franz Josefsbrücke mit elektrischem Betrieb . . . 2342
37. Gem.-Rat Bichler, betreffend Herstellung eines asphaltierten Trottoirs oder eines beteerten Fußweges längs des Gitters des städtischen Pfarrgartens in der Ennsgasse im II. Bezirke . . . 2342
38. Gem.-Rat Huschauer, betreffend die Herstellung eines Rettungsplatzes an der Ausmündung der Straßenbahn-Radiallinien bei der Wollzeile zur Ringstraße . . . 2342
39. Gem.-Rat Gsottbauer, betreffend die Errichtung eines städtischen Bades im Donaukanale oberhalb der Brigittabrücke 2342
40. Gem.-Rat Huschauer, betreffend die Errichtung eines Denkmales für den Erbauer der Semmeringbahn Karl Ghega . . 2342
41. Gem.-Rat Wippel, betreffend Verbesserungen im Straßenbahnverkehr zum Zentral-Friedhofe . . . 2342
42. Gem.-Rat Angeli, betreffend die Herstellung eines geräuschmindernden Pflasters nächst der Liechtentaler Pfarrkirche . . . 2342
43. Gem.-Rat Brenta, betreffend die Herstellung von Baumscheiben mit Rasenbelag in der Herbeckstraße im XVIII. Bezirke 2342

Referate:

44. Gem.-Rat Hörmann, betreffend Kaufoffert des Manfred Huttrer auf die Baustellen Einl.-Z. 3264 und 3265 an der Riesgasse im III. Bezirke . . . 2342
45. Gem.-Rat Dr. Deutschmann, betreffend Abtretung von Grundflächen des Fondsgutes Spitz a. d. D. anläßlich des Baues der Lokalbahn Krems—Grein . . . 2343
46. Gem.-Rat Wessely, betreffend Festsetzung eines Minimalpreises für die projektierte Baustelle I an der Ecke der Mariahilferstraße und verlängerten Windmühlgasse . . . 2345
47., 48. Vize-Bürgermeister Hierhammer, betreffend Errichtung einer Krankenanstalt anläßlich des 60jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers und Grunderwerbungen für den Bau dieser von der Gemeinde zu errichtenden Krankenanstalt, sowie für Zwecke der Arrondierung des Wiener städtischen Versorgungsheims . . . 2345
49., 50. Siehe unter „Wahlen".
51. Gem.-Rat Tomola, betreffend Bewilligung von Subventionen an Kirchenmusikvereine pro 1907 . . . 2358

Seite

52. Derselbe, betreffend Bewilligung von Subventionen an Vereine für Armenkinderpflege pro 1907 2358
53. Derselbe, betreffend Bewilligung einer Subvention an die Gesellschaft zur Gründung und Förderung des Museums für weibliche Handarbeiten pro 1907 2360
54. Derselbe, betreffend Entscheidung des k. k Ackerbauministeriums vom 30. August 1907, Z. 23022, betreffend den wasserrechtlichen Konsens für die Drainageanlage, Uferschutzmauer und Wasserleitung der Marie Schuster in Weidlingbach und Hadersdorf-Weidlingau (Umgangnahme von der Ergreifung der Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof) . 2361
55. Gem.-Rat Hoß, betreffend Systemisierung einer Diurnistenstelle für die Kanzlei der städtischen Feuerwehr 2361
56. Derselbe, betreffend das Ansuchen des Deutschmeister-Schützenkorps um Bewilligung einer Ehrengabe für das Kaiserfestschießen im Oktober 1907 2361
57. Derselbe, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von 150 K zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 12 für die gärtnerische Ausgestaltung des neuen Teiles des Ober-Döblinger Friedhofes 2361
58. Gem.-Rat Hörmann, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von 10.000 K zur Ausgabs-Rubrik XXV 3 für die elektrische Beleuchtung der Aspangstraße und Kleistgasse im III. Bezirke 2362
59. Derselbe, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von 4000 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 d für die Instandsetzung der Dapontegasse zwischen Ungargasse und Riesgasse im III. Bezirke 2362
60. Gem.-Rat Schwer, betreffend Bewilligung einer Subvention an den Verein zum Schutze und zur Erhaltung der Kunstdenkmäler Niederösterreichs pro 1906 und 1907 2362
61. Gem.-Rat Ferdinand Gräf, betreffend Ansuchen der Freiwilligen Feuerwehr Ottakring um Bewilligung einer Subvention . . . 2362
62. Gem.-Rat Schneider, betreffend Offert des Ludwig und Johann Roth auf Verkauf der Realität XX., Othmargasse 28, an die Gemeinde Wien 2362
63. Derselbe, betreffend Verlängerung des Betriebes in der Winterfahrplanperiode 1907/08 der städtischen Straßenbahnen . 2363
64. Gem.-Rat Zatzka, betreffend Genehmigung des Fassaden-Entwurfes für den Schulbau XIII., Steinlechnergasse . . . 2363
65. Derselbe, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von 800 K zur Ausgabs-Rubrik XXIV 17 zur Deckung der in das Jahr 1907 fallenden Auslagen für die Herstellung einer Baumpflanzung in der Zufahrtstraße zum Lainzer Versorgungsheim im XIII. Bezirke 2364
66. Derselbe, betreffend den Ankauf der Kat.-Parz. 454 und 455 in Breitensee für die Erweiterung des Baumgartener Friedhofes 2364
67. Derselbe, betreffend Kreditbewilligung für Gasautomatenanlagen im Jahre 1908 2364
68. Derselbe, betreffend Erteilung des Baukonsenses für die Kirche vom Wiener Zentral-Friedhofe 2364
69. Derselbe, betreffend den Bericht über die Explosion in der Hütteldorfer Ölgasanstalt 2365
70. Gem.-Rat Braun, betreffend Erteilung des Baukonsenses für den auf dem städtischen Gaswerksterritorium im XI. Bezirke projektierten Bau eines Laboratoriums und einer Versuchsgasanstalt 2365
71. Derselbe, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von 120 K zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 12 für Mehrarbeiten anläßlich der Erweiterung des Simmeringer Friedhofes 2365
72. Derselbe, betreffend Verlängerung der Hutzeit für den Feldschutz im X. Bezirke 2365
73. Derselbe, betreffend Systemisierung des Monturbezuges für den Totengräbergehilfen des Zentral-Friedhofes 2365
74. Gem.-Rat Knoll, betreffend Auflassung eines Teiles der Voltagasse im XXI. Bezirke zum Zwecke der Errichtung eines Krankenhauses 2365
75. Gem.-Rat Oppenberger, betreffend Erstreckung des Bauvollendungstermines für das neue Amtshaus im II. Bezirke . . 2366
76. Gem.-Rat Dr. Klotzberg, betreffend Bericht über die Schlachtvieheinfuhr aus dem Okkupationsgebiete und der Viehschmuggel aus Serbien 2366
77. Siehe unter „Wahlen".

Wahlen:

49. Wahl eines Ersatzmannes in den Disziplinar-Ausschuß des Gemeinderates 2357
50. Wahl eines Mitgliedes in die Kommission zur Kontrolle des gesamten in Wien befindlichen unbeweglichen Vermögens der Gemeinde Wien, sowie des unbeweglichen Vermögens der unter der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Fonds aus dem I. Bezirke, eines Mitgliedes in die Kommission zur Kontrolle des gesamten in Wien befindlichen unbeweglichen Vermögens der unter der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Fonds aus dem XIX. Bezirke und von zwei Mitgliedern in das Kuratorium der n.-ö. Landes-Brandschaden-Versicherungsanstalt 2358
77. Ergebnis dieser Wahlen 2376

Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates vom 11. Oktober 1907.

Inhalt:

1. Vize-Bürgermeister Hierhammer, betreffend die Umgangnahme von der Gratiszusendung des Amtsblattes der Stadt Wien an alle Gastwirte und Kaffeesieder Wiens im Monate Dezember 1907 2376
2. Gem.-Rat Hallmann, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Armenräte des V. Bezirkes Josef Mayer, Franz Dirnhofer und Anton Budil . . . 2376
3. Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an das Stift Schotten . . . 2376
4. Gem.-Rat Oppenberger, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Armenräte des II. Bezirkes Johann Jägersberger und Franz Pawlas 2376
5. Gem.-Rat Hörmann, betreffend Stundung des von Artur Baron zu leistenden Kaufschillingsrestes für die Baustelle Einl.-Z. 2358 im III. Bezirke 2376
6. Derselbe, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Armenräte des III. Bezirkes Eduard Büringer, Karl Jindra, Josef Oppitz, August Schott, Franz Seitenberg, Franz Slawik und Anton Speibenwein 2376
7. Gem.-Rat Hoß, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Armenrat des IX. Bezirkes Franz Mantegazza 2376
8. Derselbe, betreffend die Provisionierung des Josef Zechmeister, Löschmeister I. Klasse 2376
9. Derselbe, betreffend das Ansuchen der Marie Seeger, Desinfektionsdienerswitwe, um Gnadengabe 2376
10. Derselbe, betreffend das Ansuchen eines städtischen Bediensteten um Gehaltsvorschuß 2376
11. Derselbe, betreffend die Pensionierung des Anton Gilg, Wasserbezugs-Revisor I. Klasse 2377
12. Gem.-Rat Tomola, betreffend Ansuchen der Emma Rzehaczek, gewesene Handarbeitslehrerin, um Gnadengabe 2377
13. Gem.-Rat Sebastian Grünbeck, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Bezirksräte des XVII. Bezirkes Ferdinand Bittermann, Josef Militky und Johann Raimann 2377
14. Gem.-Rat Brzezowsky, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Pfarrer der Kirche Zu den heil. Schutzengeln auf der Wieden Franz Kasche 2377
15. Derselbe, betreffend das Ansuchen der Einkaufs-Genossenschaft der Pferdefleisch-Verschleißer und Auskocher in Wien um Erstreckung des Termines zur Zahlung der ersten Rate für einen Teil der Bürgerspitalfondsparzelle 64/1 Favoriten 2377
16. Gem.-Rat Büsch, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Armenräte des XII. Bezirkes August Eybl und Wilhelm Oehring 2377

Stadtrat:
Sitzungen des Stadtrates 2377

Allgemeine Nachrichten:
XXXVIII. Staatslotterie für Zivil-Wohltätigkeit 2377

Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 6. bis 12. Oktober 1907 . 2378
Pferdemarkt vom 11. Oktober 1907 2379
Schlachtviehmarkt vom 14. Oktober 1907 2379
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 12. Oktober 1907 2379
Detailpreise für Lebensmittel vom 6. bis 12. Oktober 1907 2380
Heu- und Strohmarkt vom 6. bis 12. Oktober 1907 2381
Städtisches Lagerhaus 2381

Sanitäts-Angelegenheiten:
Besuch der städtischen Bäder im Monate September 1907 2381
Ausweis über die im September 1907 durch die städtischen Sanitätsstationen ausgeführten Kranken- und Leichentransporte 2382
Arbeits- und Dienstvermittlungsamt der Stadt Wien:
Übersicht über die Vermittlungstätigkeit vom 4. bis 10. Oktober 1907 2382

Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 11. bis 14. Oktober 1907 . . . 2382

Städtische Arbeiten und Lieferungen:
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse 2382
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen 2384
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 2384
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat **August Stich.**
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — Buchdruckerei **E. Kainz** vorm. **J. B. Wallishausser.**

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Anbote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Vadium anzuschließen.

Der Anschluß der Vadien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Vadien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1907.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
21. Oktober 11 Uhr	Abteilung III (Mag.-Rat **Groll**, Neues Rathaus, V. Stiege, 2. Stock)	5384	Gartenanlage bei der Hundsturmerlinie im V. Bezirke.	**Gitterlieferung** . . . . . **1200 m² Ackererde** . . . . . **1880 m² Gartenerde** . . . . . **2212 m² Aushubmateriale** . . .	4455 K 3600 K 7520 K 4424 K Vorbemerkung: Bedingnisse ꝛc. erliegen zur Einsicht im Stadtbauamte, Abteilung III. 2—3
23. Oktober 11 Uhr	detto	5433	Gartenanlage auf dem aufgelassenen Friedhofe in Ober-St. Veit zwischen Auhofstraße und Rohrbachergasse im XIII. Bezirke.	**Gitterlieferung**	3004 K Vorbemerkung: Bedingnisse ꝛc. erliegen zur Einsicht im Stadtbauamte, Abteilung III 1—3
18. Oktober 10 Uhr	Abteilung VI (Mag.-Rat **Schaufler**, Neues Rathaus, IV. Stiege, Hochparterre)	2134	—	**Vergebung der Lieferung von 13.970 q Heu, 8750 q Streustroh und 2220 q Häckerlingstroh für die Pferde der städtischen Betriebe während der Zeit vom 1. November 1907 bis 31. Oktober 1908.**	— 3—3

*

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
17. Oktober 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat Dr. Nüchtern, Neues Rathaus, IV. Stiege, Mezzanin)	1138	Umbau des Floridsdorfer Sammelkanales in der Hauptstraße in Floridsdorf zwischen der Kanalpumpstation und dem Überschwemmungsdamme, XXI. Bezirk.	Baumeister- und Zimmermannsarbeiten	11.823 K 27 h 2—2
23. Oktober 10 Uhr	detto	1121	Neubau eines Hauptunratskanales von der Lascygasse 19 bis zur Urbangasse 18 im XVII. Bezirke.	Erd- und Baumeisterarbeiten . .	1699 K 70 h 1—3
17. Oktober 10 Uhr	Neue Ersatz-Gärtnerei im Wiener Zentral-Friedhofe	7206	Lieferung von ungefähr 900 Grabkränzen zwecks Gräberausschmückungen im Wiener Zentral-Friedhofe.	—	5540 K 1—1

Baukautionen **Vadien**

bestellt zu kulanten Bedingungen

Allgemeine Kautionsbank-Aktiengesellschaft

Wien, IV., Technikerstraße Nr. 5.

M. Abt. IV, 5/07.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Erd- und Baumeister-, Zimmermeister-, Bautischler-, Schlosser-, Asphaltiererarbeiten, sowie der Lieferung der Träger für das in Aspern a. D. an der Feldstraße zu erbauende Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Aspern wird zufolge Beschlusses des Wiener Stadtrates vom 20. September 1907, Pr.-Z. 12237/07, vom Wiener Magistrate, Abteilung IV, **am 19. Oktober 1907, pünktlich um 11 Uhr vormittags,** im Bureau des Herrn Magistratsrates Dr. Emil Schwarz im Neuen Rathause, VIII. Stiege, 1. Stock, eine neuerliche öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Pläne, die Ausmaße, die Kostenanschläge und die allgemeinen und besonderen Bedingnisse können im Stadtbauamte, Fach-Abteilung III, Neues Rathaus (Mezzanin) während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptkassa gegen Erlag von 20 h bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Spätestens einen Tag vor der Abhaltung der Offertverhandlung sind die in den Bedingnissen vorgeschriebenen Vadien bei der städtischen Hauptkassa zu erlegen.

Der Offertverhandlungs-Kommission ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Vadium vorzuweisen.

Der Anschluß der Vadien an das Offert ist unzulässig. Die Gemeinde übernimmt bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden im Stadtbauamte, Fach-Abteilung III, erteilt.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 3. Oktober 1907.

Der Abteilungs-Vorstand:
Dr. E. Schwarz,
Magistratsrat. 3—3

M.-D.-Z. 3581/07.

Kurrende

(für die Herren Ober-Ingenieure, Ingenieure, Bauadjunkten und Baupraktikanten).

Infolge Ablebens des städtischen Bau-Inspektors Alois Brauneis gelangen im Status des Stadtbauamtes außer den mit Kurrende vom 30. August 1907, M.-D.-Z. 3064, und Kurrende vom 4. Oktober 1907, M.-D.-Z. 3508, ausgeschriebenen Stellen:

1 Bauinspektorstelle in der IV. Rangklasse,
1 Ober-Ingenieurstelle in der V. Rangklasse,
1 Ingenieurstelle in der VI. Rangklasse und
1 Bauadjunktenstelle in der VII. Rangklasse,

und zwar sämtliche Stellen mit den systemisierten Bezügen zur Besetzung.

Diejenigen der obbezeichneten Herren Bauamtsbeamten und Praktikanten, welche sich um eine dieser Stellen bewerben wollen, haben ihre Kompetenzgesuche **längstens bis einschließlich Mittwoch den 16. Oktober 1907, mittags 12 Uhr,** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Direktion zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Für diejenigen Herren Beamten und Praktikanten, welche sich bereits anläßlich der Kurrenden vom 30. August 1907, M.-D.-Z. 3064, und vom 4. Oktober 1907, M.-D.-Z. 3508, in Kompetenz gesetzt haben, entfällt die Einbringung eines neuen Kompetenzgesuches.

Wien, am 10. Oktober 1907.

Der Ober-Magistratsrat:
Posselt.

1—1

G.-Z. 8249.

Kundmachung.

(Erledigte Schulleiterstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen die nachstehend angeführten Schulleiterstellen zur Besetzung:

2 Direktorstellen,
14 Oberlehrerstellen und
1 Oberlehrer- oder 1 Oberlehrerinstelle.

Die Gesuche müssen **längstens bis einschließlich 30. Oktober 1907** eingebracht werden.

Näheres im Amtsblatte der Stadt Wien vom 8. Oktober 1907, Nr. 81.

Vom k. k. Bezirksschulrate Wien,
am 26. September 1907.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:
Gugler. 2—2

**

G.-Z. 8493.

Kundmachung.

(Erledigte Oberlehrerstelle im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommt die Stelle eines Oberlehrers zur Besetzung.

Die Bewerbungsgesuche müssen **längstens bis 6. November 1907** eingebracht werden.

Näheres im Amtsblatte der Stadt Wien vom 11. Oktober 1907, Nr. 82.

Vom k. k. Bezirksschulrate Wien,
am 4. Oktober 1907.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:
Gugler. 1—2

Ad G.-Z. 8493.

Kundmachung.

(Erledigte Schulleiterstelle im Wiener Schulbezirke. — Richtigstellung.)

Die hierämtliche Kundmachung vom 4. Oktober 1907, Z. 8493, veröffentlicht im Amtsblatte der „Wiener Zeitung" vom 10. Oktober 1907, Nr. 234, und im Amtsblatte der Stadt Wien vom 11. Oktober 1907, Nr. 82, betreffend die Ausschreibung einer erledigten Schulleiterstelle im Wiener Schulbezirke, wird hiemit nachstehend richtiggestellt:

Im Wiener Schulbezirke kommt die Stelle eines Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben im V. Bezirke, Bachergasse **2b** (und nicht, wie es in der ursprünglichen Verlautbarung heißt, Nr. 26) zur Besetzung.

Die übrigen Bestimmungen der obbezeichneten Kundmachung erfahren hiedurch keine Veränderung.

Wird zur Kenntnisnahme übermittelt.

K. k. Bezirksschulrat Wien,
am 12. Oktober 1907.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:
Gugler. 1—1

G.-Z. 8385.

Kundmachung.

(Erledigte Stellen von katholischen Religionslehrern im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen zwei erledigte katholische Religionslehrerstellen zur Besetzung.

Die Gesuche müssen **längstens bis 5. November 1907** eingebracht werden.

Näheres im Amtsblatte der Stadt Wien vom 11. Oktober 1907, Nr. 82.

Vom k. k. Bezirksschulrate Wien,
am 2. Oktober 1907.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:
Gugler. 1—2

Deutsche und österreichische **Pyrofougontwerke** Gebr. Schleicher Wien—München

Fugenlose, hygienische Asbest-Fußböden für alle Zwecke, poren- und staubfrei, elastisch, fußwarm, schwamm- und feuersicher

Filialen: **PARIS, GENUA, HELSINGFORS**

Lieferanten der Gemeinde Wien. Bisher über 500.000 m² verlegt

Direktion des österreichischen Werkes Wien, I. Dominikanerbastei, Industriepalast Telephon **22.539**

Zur kulanten Besorgung aller im **Kursblatte** notierten **Effekten und Valuten** bestens empfohlen

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN I. Bezirk, **Stephansplatz Nr. 11** Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 84. Freitag den 18. Oktober 1907. Jahrgang XVI.

Pränumerationspreise: Für Wien: **mit Zustellung** ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ **ohne Zustellung** ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokale im Rathause.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Stadtrat.

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom **9. Oktober 1907.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Karl Lueger.
Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Braun, Brauneiß, Brzezowsky, Büsch, Dr. Deutschmann, Gräf Ferdinand, Grünbeck Sebastian, Gsottbauer, Hallmann, Hölzl, Hörmann, Hoß, Knoll, Dr. Krenn, Oppenberger, Schneider, Schwer, Straßer, Tomola, Weitmann, Wessely, Zatzka.
Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer.

Entschuldigt: St.-R. Hraba, Rauer, Rissaweg.
Beurlaubt: St.-R. Rain, Schreiner.
Beigezogen: Magistratsrat Dr. Dont und Magistrats-Sekretär Dr. Ehrenberg.
Schriftführer: Magistrats-Konzipist v. Radler.

Bürgermeister Dr. Lueger eröffnet die Sitzung.

Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, der Familie des verstorbenen Fürsten Liechtenstein das Beileid der Stadt Wien bekanntzugeben.

(13549, M. A. XI b, 6614, 6096.) **Vize-Bürgermeister Hierhammer** referiert über die Errichtung einer Krankenanstalt anläßlich des 60jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers und beantragt:

1. Freiwillig und ohne Anerkennung einer gesetzlichen Verpflichtung hiezu beschließt der Wiener Gemeinderat in der Absicht, der Wiener Spitalnot so rasch und so weitgehend als möglich abzuhelfen, die als Denkmal der Erinnerung an das 60jährige Regierungsjubiläum Seiner Majestät des Kaisers zu errichtende Krankenanstalt als ein öffentliches Spital auf eigenem Grund und Boden, und zwar mit einem Belegraum von 1000 Betten selbst zu erbauen und selbst zu verwalten.

2. Zu diesem Zwecke widmet die Gemeinde Wien außer den bereits mit Gemeinderats-Beschluß vom 14. Juni 1907 bewilligten 10 Millionen Kronen einen ihr gehörigen Grundkomplex in Lainz, der durch Grunderwerbungen entsprechend zu arrondieren ist.

3. Die zum Spitalbau nicht benötigten Gründe in Lainz-Speising sind ebenfalls durch Grunderwerbungen entsprechend zu arrondieren und bleiben für den Neubau eines Bürgerversorgungshauses gewidmet, mit dem in Verbindung ein Versorgungshaus für den Mittelstand eventuell auch andere Wohltätigkeitsanstalten (Wöchnerinnenheime u. s. w.) errichtet werden sollen.

4. Die gleichzeitig beantragten Grunderwerbungen werden nach den vorliegenden Magistrats-Anträgen genehmigt.

5. Der Magistrat wird beauftragt, Detailprojekte und Kostenvoranschläge für den Bau der Krankenanstalt mit aller Beschleunigung vorzulegen, so daß mit dem Bau, wenn möglich, schon im Frühjahr 1908 begonnen werden kann.

(Einstimmig angenommen; an den Gemeinderat.)

(13550, M. A. III, 5381.) Vize-Bürgermeister Hierhammer referiert über Grunderwerbungen für den Bau der anläßlich des

60jährigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät des Kaisers von der Gemeinde zu errichtenden Krankenanstalt, sowie für Zwecke der Arrondierung des Wiener Versorgungsheims und beantragt die Genehmigung der Magistrats-Anträge.*)

(Einstimmig angenommen.)

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer übernimmt den Vorsitz und macht folgende Mitteilung:

Die Magistrats-Abteilung IV ladet zu der am 9. Oktober 1907 ½3 Uhr nachmittags stattfindenden Erprobung der an der Minoritenkirche angebrachten Steigleitungen für Dampfspritzen-Anschluß durch die städtische Feuerwehr ein. (Zur Kenntnis.)

Der Gemeinderats-Ausschuß zur Durchführung des Baues eines Kaiser Franz Josef-Stadtmuseums hat in seiner am 4. Oktober 1907 abgehaltenen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

Es wird ein sechsgliedriges Komitee eingesetzt, von dem drei Mitglieder durch den Museums-Ausschuß und drei Mitglieder vom Stadtrate aus seiner Mitte zu wählen sind.

Dieses Komitee hat sich mit der Frage des zu erbauenden Kaiser Franz Josef-Stadtmuseums eingehends zu befassen und auch zu der von Ober-Baurat Wagner neu angeregten Idee eines Modelles für die Ausstellung des VIII. internationalen Architekten-Kongresses im Jahre 1908 Stellung zu nehmen und hat positive Anträge längstens bis 2. Dezember 1907 an den Museums-Ausschuß zu stellen.

In dieses Komitee wurden aus dem Museums-Ausschusse die Gem.-Räte Sturm, Schmidt und Josef Grünbeck gewählt.

Es wird die Wahl der drei Mitglieder vorgenommen.

Gewählt erscheinen mit je 14 Stimmen die St.-R. Dr. Krenn, Schneider und Zatzka. (Zur Kenntnis.)

(13513, M. A. XXII, 3242.) **Vize-Bürgermeister Hierhammer** referiert über das Offert der Firma Fritz & Maschke auf Lieferung von Koks aus den Rositzer Revieren an die Gemeinde Wien und beantragt die Ablehnung des Offertes.

(Angenommen.)

(13551, Red. d. Amtsbl.) Vize-Bürgermeister Hierhammer referiert über die Umgangnahme von der Gratiszusendung des Amtsblattes der Stadt Wien an alle Gastwirte und Kaffeesieder Wiens und beantragt:

1. Die Aktion der Gratiszusendung des Amtsblattes während des Monates Dezember 1907 an alle Gastwirte und Kaffeesieder Wiens hat mit Rücksicht auf die zu hohen Kosten zu unterbleiben.

2. An sämtliche Gastwirte und Kaffeesieder Wiens ist gegen Ende des Jahres 1907 eine Einladung zum Abonnement auf das Amtsblatt pro 1908 samt Posterlagschein per Post zuzustellen. Die diesbezüglichen auflaufenden Kosten per zirka 300 K werden genehmigt.

3. Die Schriftleitung des Amtsblattes wird beauftragt, dem Scheckverkehr des k. k. Postsparkassenamtes beizutreten.

(Angenommen.)

(13336, M. A. VII, 19452.) **St.-R. Weitmann** referiert über sechs Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des VII. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge.

(Angenommen.)

(13338, M. A. VII, 32399.) St.-R. Weitmann referiert über das Ansuchen des Matthias Krumm um Nachsicht der Hundesteuer pro 1907 und beantragt die Genehmigung des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(13484, M. A. VIII, 2497.) St.-R. Weitmann referiert über die Übernahme der Hilpertbrunnen III., Maria Josefa-Park, und XX., Hochstädtplatz, in das Eigentum der Gemeinde Wien und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(13356, M. A. VIII, 2046.) St.-R. Weitmann referiert über die Kassierung des Schöpfbrunnens am Karmeliterplatze und Auswechslung dreier Auslaufbrunnen im II. Bezirke und beantragt:

1. Die ohne Kosten für die Gemeinde erfolgte Kassierung des Schöpfbrunnens am Karmeliterplatze im II. Bezirke wird nachträglich genehmigt.

2. Die Ersetzung der im II. Bezirke in der Prager Reichsstraße bei Or.-Nr. 19, in der Nordwestbahnstraße bei Or.-Nr. 1 und in der Rotensterngasse bei der Johanneskirche stehenden Auslaufbrunnen alten Systems durch frostfreie Brunnen, System Hilpert, wird mit dem bedeckten Gesamtkostenbetrage von 900 K unter gleichzeitiger Herabsetzung des bisherigen Wasserquantums von je 114 hl auf nunmehr je 70 hl genehmigt.

Die Aufstellung der neuen Brunnen hat probeweise auf ein Jahr zu erfolgen, und behält sich der Stadtrat die Entscheidung über den eventuellen Ankauf dieser Brunnen nach Ablauf des Probejahres vor. (Angenommen.)

(13500, M. A. XV, 8237.) **St.-R. Brauneiß** referiert über das Ansuchen des Ignaz Rechnitzer um unentgeltliche Überlassung der Gaslyren in dem von ihm käuflich erworbenen Hause XV., Viktoriagasse 2 und beantragt die Ablehnung.

(Angenommen.)

(13429, M. B. A. XV, 20123.) St.-R. Brauneiß referiert über das Ansuchen des Andreas Dittrich um Bewilligung zur Benützung des ihm zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 6. April 1899, Z. 3279 zum Zwecke der Errichtung eines Schul- und Übungsplatzes für Radfahrer pachtweise überlassenen Grundes Einl.-Z. 801, 802 und 804, zwischen der Geyschlägergasse und Sorbaitgasse im XV. Bezirke als Eislaufplatz während der Wintersaison 1907/08 und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(13323, M. A. XV, 975.) St.-R. Brauneiß referiert über die Herstellung eines Wasserauslaufes in der Werkstätte des Buchbinders Johann Platt, XV., Friedrichsplatz 4 abzweigend von der bestandenen Wasserleitung und beantragt, dieselbe mit dem Kostenbetrage von 150 K zu genehmigen. (Angenommen.)

(13264, M. B. A. XIV, 38275.) St.-R. Brauneiß referiert über das Ansuchen des Karl Köckh um Ermäßigung beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1907 und beantragt die Genehmigung des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(13266, M. B. A. XV, 13236.) St.-R. Brauneiß referiert über vier Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung

*) Siehe den stenographischen Bericht über die Gemeinderats-Sitzung vom 11. Oktober 1907 im Amtsblatte der Stadt Wien, Nr. 83, Seite 2353.

von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des XV. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(13121, M. B. A. XII, 32622.) **St.-R. Büsch** referiert über den Rekurs der Juliana Zechmeister gegen sanitätspolizeiliche Aufträge, betreffend das Haus XII., Rotenmühlgasse 28, und beantragt die Abweisung des Rekurses. (Angenommen.)

(13189, M. A. IX, 3743.) St.-R. Büsch referiert über die Überlassung einer 9 m² umfassenden Platzfläche zur Errichtung eines Kohlenschuppens im Meidlinger Schlachthause an die Wiener Sterilisierungsgesellschaft, G. m. b. H., gegen Entrichtung eines jährlichen Platzzinses von 75 K und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(13476, M. A. IV, 822.) St.-R. Büsch referiert über das Projekt für die elektrische Beleuchtung der Straßenzüge nächst der Lobkowitzbrücke im XII. Bezirke und beantragt, dasselbe mit dem Baukostenbetrage von 12.600 K und den jährlichen Betriebskosten von 2800 K zu genehmigen. Die Ausführung des Projektes wird auf das Jahr 1908 verschoben und sind die bezüglichen Beträge präliminarmäßig sicherzustellen. (Angenommen.)

(13275, M. A. IV, 3309.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über ein Dankschreiben J. Schöffel's, des Kurators der Waisenstiftung Josef Hyrtl's, für die Überlassung von Löschgeräten und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(13251, M. A. IV, 1936.) St.-R. Gsottbauer referiert über das Ansuchen der Freiwilligen Feuerwehr Stammersdorf um Übernahme und weitere Instandhaltung der Telephonleitung Groß-Jedlersdorf—Stammersdorf und beantragt:

Die im Eigentume der Freiwilligen Feuerwehr Stammersdorf befindliche, nach Groß-Jedlersdorf führende Telephonleitung wird, soweit sie im Wiener Gemeindegebiete liegt, von der Gemeinde Wien in das Eigentum und die fernere Instandhaltung übernommen.

Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, für den Fall als sie von dem ihr aus ihrem Eigentumsrechte an dieser Leitung zustehenden Rechte der Entfernung derselben Gebrauch machen will, der Freiwilligen Feuerwehr Stammersdorf hievon ein Jahr vor der Entfernung Mitteilung zu machen. (Angenommen.)

(13475, M. A. IV, 3489.) St.-R. Gsottbauer referiert über das Ansuchen des Bürgermeisters von Linz, es möge dem Exerziermeister Karl Janda der Freiwilligen Feuerwehr Linz gestattet werden, bei der städtischen Feuerwehr durch acht Wochen volontieren zu dürfen, und beantragt die Bewilligung. (Angenommen.)

(13480, M. A. VI, 3746.) St.-R. Gsottbauer referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Arbeiten für die Geländerherstellung auf der Straßenstützmauer in der Augasse im IX. Bezirke, und beantragt, die Lieferung und Montage des Geländers der bestbietenden Firma Hutter & Schrantz, Aktiengesellschaft, mit 18 Prozent Nachlaß zu übertragen. (Angenommen.)

(13420, B. A. XIX, 21150.) St.-R. Gsottbauer referiert über das Ansuchen des Leopold Hölzl um Baubewilligung für Einl.-Z. 157 Unter-Sievering und beantragt, in Gemäßheit der §§ 97 und 105 der Wiener Bau-Ordnung die vom magistratischen Bezirksamte für den XIX. Bezirk zu erteilende Baubewilligung unter den im Verhandlungs-Protokolle vom 27. September 1907 gestellten Bedingungen zu bestätigen. (Angenommen.)

(Während der Erstattung des obigen Referates, sowie während der Abstimmung hierüber war St.-R. Hölzl nicht anwesend.)

(13510, M. A. IX, 44355.) St.-R. Gsottbauer referiert über 18 Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des IX. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

(3496, M. A. XIV, 6973.) **St.-R. Wessely** referiert über das Ansuchen des Josef Höfelmayer und Ludmilla Steinberg um Abteilungsbewilligung für die Liegenschaft Einl.-Z. 402 des VI. Bezirkes und beantragt:

1. Die Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 402 des VI. Bezirkes auf zwei Baustellen unter Einbeziehung einer Teilfläche der Straßengrundparzelle 1567 per 37·60 m² nach Maßgabe der vorgelegten Pläne als Unterabteilung gemäß § 3, lit. b Wiener Bau-Ordnung unter der Bedingung zu bewilligen, daß der entfallende Übernahmspreis per 1880 K vor Hinausgabe dieser Bewilligung einbezahlt wird.

2. Die Ausstellung einer Löschungserklärung über die auf der Einl.-Z. 402 des VI. Bezirkes zufolge des Kaufvertrages vom 9. Juni 1852 hinsichtlich der weiteren Teilung der ehemaligen Baustelle XV gegen Kostenersatz zu genehmigen. (Angenommen.)

(13481, M. A. VI, 4280.) St.-R. Wessely referiert über den Nachtragskostenanschlag für die Verwendung von Pflastersteinen härterer Gattung bei der Neupflasterung der Theobaldgasse im VI. Bezirke mit dem bedeckten Erfordernisse von 1416 K 45 h und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(13229, M. A. XV, 9138.) **St.-R. Tomola** referiert über den Erlaß des k. k. n.-ö. Landesschulrates vom 10. August 1907, Z. 3392/II, betreffend Veränderungen in der Erteilung des evangelischen Religionsunterrichtes an den Sammelstationen der Volks- und Bürgerschulen Wiens in den Schuljahren 1905/06 und 1906/07, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(13287, M. A. XV, 6225.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Marie Voit, Bürgerschul-Direktorswitwe, um Gewährung eines Erziehungsbeitrages für ihren Sohn Gustav und beantragt, der Genannten für ihren Sohn Gustav, geb. am 18. August 1886 vom 1. Mai 1907 angefangen bis zur Wiedererlangung einer Versorgung, längstens aber bis zur Vollendung seines 24. Lebensjahres, d. i. bis zum 17. August 1910 einen Erziehungsbeitrag von 300 K jährlich zuzuerkennen. (Angenommen.)

(13286, M. A. XV, 9121.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Wilhelmine Thomas um Auszahlung des Sterbequartales nach ihrem Stiefbruder Stephan Drößler und beantragt, die Zustimmung zur Auszahlung des Sterbequartales im Betrage von 750 K zu erteilen. (Angenommen.)

(13497, M. A. XV, 9129.) St.-R. Tomola referiert über den Erlaß des k. k. n.-ö. Landesschulrates vom 16. August 1907, betreffend Systemisierung einer katholischen Religionslehrerstelle an der Knaben- und Mädchen-Bürgerschule im XII. Bezirke, Hetzendorferstraße 66, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(13494, M. A. XIV, 3962.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Wiener Baugesellschaft um Bewilligung zur Abteilung der Einl.-Z. 158 und 176 Grundbuch Währing und beantragt, die Parzellierung der obigen Liegenschaft auf sechs Baustellen unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen zu bewilligen. (Angenommen.)

(13515, M. A. XV, 9210.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Lehrerswitwe Juliana Schubert um Anweisung der Versorgungsgenüsse und beantragt, der Obgenannten anläßlich des am 1. November 1907 erfolgten Ablebens ihres Gatten, des Lehrers I. Klasse Johann Schubert im Sinne der Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Dezember 1907, L.-G.-Bl. Nr. 99, eine Witwenpension im Betrage von 1360 K jährlich auf die Dauer des Witwenstandes, ferner einen Erziehungsbeitrag von jährlich je 272 K für die Kinder Karl, geboren am 4. Februar 1886, Helene, geboren am 25. Februar 1888 und Johann, geboren am 4. April 1895, bis zur Erlangung einer Versorgung, beziehungsweise bis zur Verehelichung der Tochter, längstens aber bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres, d. i. bis zum 30. Februar 1910, beziehungsweise bis zum 24. Februar 1912, beziehungsweise bis zum 3. April 1919 vom 1. Oktober 1907 angefangen, dann das bereits behobene Sterbequartal im Betrage von 850 K aus der Wiener städtischen Lehrerpensionskassa, endlich das Quartiergeld für das Quartal vom 1. November 1907 bis 31. Jänner 1908 im Betrage von 200 K aus den eigenen Geldern gegen die Verpflichtung zum Rückersatze allenfalls bezogener Mehrbeträge für den Fall, als die Einreihung ihres verstorbenen Gatten in die 1. Gehaltsstufe der Kategorie VII nicht aufrecht bliebe, zuzuerkennen. (Angenommen.)

(13487, M. A. X, 7362.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Rudolf Ullrich und Geschwister um Überlassung einer Grabstelle am Pötzleinsdorfer Friedhofe und beantragt, den Genannten die Grabstelle Nr. 8 (eigenes Grab) Gruppe A im neuen Teile des Pötzleinsdorfer Friedhofes, welche dem von den Genannten um 6000 K erworbenen Gruftplatze gegenüber liegt, unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen zu überlassen.

(Angenommen.)

(13288, M. A. XV, 9507.) St.-R. Tomola referiert über eine Zuschrift der Direktion des Wiener Schutzvereines zur Rettung verwahrloster Kinder, in welcher dieselbe für die Bewilligung der unentgeltlichen Überlassung der Schulbücher für die Bürgerschüler und der Schreibhefte für die Zöglinge des Knaben-Erziehungshauses XIII., St. Veitgasse 25 dankt und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(13498, M. A. XV, 9139.) St.-R. Tomola referiert über den Erlaß des k. k. n.-ö. Landesschulrates vom 30. August 1907, betreffend Einrichtung, beziehungsweise Teilung der evangelischen Unterrichtssammelstation in den Schulgebäuden XII., Fockygasse 20, beziehungsweise V., Hundsturmplatz 14, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(13417, M. A. XVIII, 33337.) St.-R. Tomola referiert über die Errichtung einer Bedürfnisanstalt im Neustifter Friedhofe und beantragt die Bestätigung des Baukonsenses gemäß der §§ 97 und 105 der Wiener Bauordnung. (Angenommen.)

(13380, B. A. XV, 7294.) St.-R. Tomola referiert über die Auflassung der Oberlehrer-Naturalwohnung in der Knaben-Volksschule VI., Rahlgasse 2 und beantragt:

1. Die Räumlichkeiten der Naturalwohnung der allgemeinen Volksschule für Knaben in Wien, VI., Rahlgasse 2, sind zu zwei dreifenstrigen Lehrzimmern zu adaptieren, der Alkoven ist zur Verlängerung des Korridors umzugestalten und das Klosett in die anstoßende Abortanlage einzubeziehen.

2. Die Kosten mit 3816 K 3 h und der mit jährlich 45 K angesetzte Betrag für Gasmehrverbrauch werden genehmigt.

3. Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bau-Kommission wird für diese Herstellungen der Baukonsens erteilt.

(Angenommen.)

(13410, B. Sch. R. 8249.) St.-R. Tomola referiert über den Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien, betreffend Konkursausschreibung zur Besetzung erledigter Schulleiterstellen im Wiener Schulbezirke, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(13379, M. A. XV, 7323.) St.-R. Tomola referiert über die Installation eines Skioptikons in der Schule XVIII., Klettenhofergasse 3, und beantragt, die Aufstellung des Skioptikons im Turnsaale der genannten Schule und die Einleitung des elektrischen Stromes im Gesamtkostenbetrage von 1500 K und die jährlichen Betriebskosten per 120 K zu genehmigen. (Angenommen.)

(13543, M. A. XXII, 3326.) **Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer** referiert über Straßendekorierung anläßlich der Ankunft der spanischen Majestäten und beantragt:

Anläßlich der Ankunft Ihrer Majestäten des Königs und der Königin von Spanien am 18. Oktober 1907 werden die bei der Einfahrt befahrenen Straßen festlich geschmückt. Das vom Magistrate hiefür im Grundrisse entworfene Projekt wird genehmigt und für die Ausführung der Dekoration der Betrag von 20.000 K bewilligt, welche Auslage gleichzeitig auf den Reservefond verwiesen wird. Der Magistrat wird ermächtigt, im Vereine mit dem Stadtbauamte die Arbeiten im kurzen Wege an leistungsfähige Firmen zu übertragen und ausführen zu lassen. (Angenommen.)

(13512, M. A. XXII, 3230.) Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an das Stift Schotten und beantragt, anläßlich des 100jährigen Bestandes des Schottengymnasiums wird dem Stifte Schotten in Würdigung der Verdienste um die Gründung und Erhaltung des Gymnasiums die doppelt große goldene Salvator-Medaille verliehen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12759, M. A. III, 4902.) Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer referiert über das Anbot der Firma Schmitt, betreffend das Detailprojekt einer elektrischen Kleinbahn auf den Kobenzl, und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(12174.) Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer referiert über von den Gem.-Räten Dr. v. Fürth und Winarsky in der Gemeinde-

rats-Sitzung vom 27. September 1907, betreffend das Gut Kobenzl gestellten Anträge, und beantragt, dieselben dem Magistrate zur Berichterstattung zuzumitteln. (Angenommen.)

(12229, M. A. XVI, 5998.) Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer referiert über Ernennungen im Status des Konskriptionsamtes und beantragt:

1. Es wird der Kommissär Reinhold Max im Wege der Stellenbeförderung zum Direktions-Adjunkten befördert, und zwar mit dem Range vom 18. Juli 1907.

2. Es werden die zwei rangältesten Offiziale Josef Albin Ruffingshofer und Karl Stöger im Wege der Stellenbeförderung zu Kommissären (VI. Rangklasse) ernannt, und zwar Josef Albin Ruffingshofer mit dem Range vom 28. Mai 1907 und Karl Stöger mit dem Range vom 18. Juli 1907.

3. Es wird das Ansuchen des Ferdinand Karl, Akzessist extra statum, um Einreihung in den Status der Beamten des Konskriptionsamtes nach Maßgabe seiner seit 1. Juni 1897 vollstreckten Dienstzeit abgewiesen, dagegen derselbe als Offizial in den Status der Beamten des Konskriptionsamtes eingereiht, und zwar nach dem Konskriptionsamts-Offizial Franz Straub und mit dem Range vom 28. Mai 1907 und es wird die von Ferdinand Karl am 30. August 1907 in der Magistrats-Abteilung XVI zu Protokoll gegebene Erklärung, daß er für den Fall seiner Einreihung als Offizial in den Status der Konskriptionsamtsbeamten auf die Ansprüche, welche ihm laut des letzten Anstellungs-Dekretes der bestandenen Gemeinde Floridsdorf vom 31. Juli 1905, Z. 12480, als nach den Normen für k. k. Staatsbeamten Angestellten allenfalls noch zustehen würden, ausdrücklich verzichte, zur Kenntnis genommen.

4. Es wird Ferdinand Bauer, Konskriptionsamts-Akzessist, im Wege der Stellenbeförderung zum Konskriptionsamts-Offizial ernannt, und zwar mit dem Range vom 18. Juli 1907.

5. Es wird Georg Eder unter Verleihung einer Akzessistenstelle in den Status der Konskriptionsamtsbeamten eingereiht, und zwar nach dem zuletzt ernannten Akzessisten Heinrich Emminger und mit dem Range vom 1. Jänner 1907.

6. Es werden die Kanzlei-Praktikanten Leopold Prager und Josef Huschauer im Wege der Stellenbeförderung zu Konskriptionsamts-Akzessisten ernannt, und zwar Leopold Prager mit dem Range vom 1. Jänner 1907 und Josef Huschauer mit dem Range vom 20. Februar 1907.

7. Es hat für die Kanzlei-Praktikanten August Kleppich und Anton Panesch als Tag der Ablegung der Fachprüfung der 22. Mai 1907 zu gelten.

8. Es werden im Wege der Zeitbeförderung zu Konskriptionsamts-Akzessisten die nachangeführten Kanzlei-Praktikanten ernannt:

Franz Kleindienst mit dem Range vom 6. April 1907,
August Kleppich mit dem Range vom 22. Mai 1907,
Franz Watzger mit dem Range vom 6. April 1907,
Anton Panesch mit dem Range vom 22. Mai 1907,
Franz Theisinger mit dem Range vom 6. April 1907,
Franz Wohlzogen mit dem Range vom 22. Mai 1907,
Johann Rohlena mit dem Range vom 8. Juni 1907,
Georg Postulka mit dem Range vom 8. Juni 1907 und
Rudolf Gubsch mit dem Range vom 8. Juni 1907.

(Angenommen; mehr als 16 Anwesende.)

(13514, M. A. XIX, 1796.) Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer referiert über Ernennungen im Exekutionsamte.

Zu provisorischen Akzessisten im städtischen Exekutionsamte werden im Wege der Zeitbeförderung ernannt die Kanzlisten II. Klasse:

Hermann Staininger und
Karl Witsch, beide mit dem Range vom 30. Juni 1907.

(Angenommen; mehr als 16 Anwesende.)

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer gibt folgenden Antrag des St.-R. Zatzka bekannt:

Es wird beantragt, nach dem vor kurzem verstorbenen Volksschriftsteller P. Ambros Opitz eine Gasse oder Straße zu benennen.

(Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.)

(13378, M. A. XV, 4320.) **St.-R. Tomola** referiert über das Ansuchen der Emma Rzehaczek, gew. Handarbeitslehrerin, um eine Gnadengabe und beantragt:

Es wird der Genannten gegen Verzichtleistung auf die ihr zuerkannte Abfertigung von 1200 K zugunsten der eigenen Gelder der Gemeinde Wien eine jährliche Gnadengabe von 480 K auf Lebensdauer, beziehungsweise bis zum Eintritte einer anderweitigen Versorgung vom 1. April 1907 angefangen gewährt und zur Ausgabs-Rubrik XLIII 37 ein Zuschußkredit von 480 K bewilligt. Außerdem wird die Abschreibung der von der Genannten ungebührlich bezogenen Remuneration per 490 K 84 h genehmigt.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13322, M. A. XV, 9301.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der provisorischen Lehrerin II. Klasse, Olga Führer, um Erteilung eines Urlaubes für die Zeit vom 16. September 1907 bis 15. Dezember 1907 behufs Vorbereitung für die Lehrbefähigungsprüfung und beantragt die Genehmigung gegen Karenz der Bezüge, jedoch gegen termingemäße Einzahlung der Bibliotheks- und Pensionsfondsbeiträge. (Angenommen.)

(13321, M. A. XV, 9420.) St.-R. Tomola referiert über die Verlegung der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen XXI., Groß-Jedlersdorf, Amtsstraße 25, in das neue Schulhaus und beantragt:

1. die Zuschrift des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 27. September 1907, Z. 8252, betreffend die Verlegung der allgemeinen Knaben-Volksschule XXI., Groß-Jedlersdorf, Amtsstraße 25, und der mit dieser unter gemeinsamer Leitung verbundenen allgemeinen Mädchen-Volksschule daselbst in das neue Schulgebäude XXI., Groß-Jedlersdorf, Brünnerstraße, mit Beginn des Schuljahres 1907/08 zur Kenntnis zu nehmen;

2. dem Oberlehrer an dieser Schule, Jakob Eder, wird auch weiterhin die Naturalwohnung im alten Schulhause XXI., Groß-Jedlersdorf, Amtsstraße 25, belassen. (Angenommen.)

(13326, B. Sch. R. 5935.) St.-R. Tomola referiert über die definitive Versetzung der definitiven Lehrerin I. Klasse, Anna Babka, von der allgemeinen Volksschule für Mädchen XX., Rafaelgasse 13, an die allgemeine Volksschule für Mädchen, II., Kleine Pfarrgasse 33, und beantragt, zu derselben die Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

(13334, M. A. XVIII, 28374.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Franz Hirschauer um Verlängerung

der Grundpachtung betreffend Kat.-Parz. 174, Einl.-Z. 144 Salmannsdorf und beantragt, den zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 3. Jänner 1902, Z. 15488, mit Franz Hirschauer abgeschlossenen Pachtvertrag unter den bisherigen Bedingungen auf weitere sechs Jahre, d. i. für die Zeit vom 1. Jänner 1908 bis 31. Dezember 1913 zu verlängern. (Angenommen.)

(13462, M. A. III, 3087.) St.-R. Tomola referiert über das Offert des Johann und der Theresia Hirschauer auf Verkauf der Kat.-Parz. 470 Neustift am Walde, und beantragt, das Offert abzulehnen und den Offerenten mitzuteilen, daß die Gemeinde das angebotene Grundstück nicht benötigt. (Angenommen.)

(13325, B. Sch. R. 5425.) St.-R. Tomola referiert über die definitive Versetzung des definitiven Lehrers I. Klasse, Franz Gall, von der allgemeinen Volksschule für Knaben, XXI., Kagran, Schulgasse 300, an die allgemeine Volksschule für Knaben II., Pazmanitengasse 26, und beantragt, zu derselben die Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

(13507, M. B. A. XVIII, 28602.) St.-R. Tomola referiert über die Verpachtung städtischer Wiesengründe in Neustift am Walde und beantragt, die im Lizitationsprotokolle vom 27. September 1907 gestellten Offerte auf Pachtung städtischer Gründe anzunehmen. (Angenommen.)

(13327, M. A. XV, 9287.) St.-R. Tomola referiert über den Erlaß des k. k. n.-ö. Landesschulrates vom 23. August 1907, Z. 3774/II, betreffend Remunerationen für den evangelischen Religionsunterricht im XXI. Bezirke, und beantragt, bezüglich der für die Sammelstation in Floridsdorf auf die Zeit vom 1. Juli 1905 bis 15. September 1906 entfallenden Remuneration für wöchentlich zwei Unterrichtsstunden in der II. Abteilung nach dem Maßstabe von jährlich 70 K für jede wöchentliche Unterrichtsstunde, sowie für eine wöchentliche Unterrichtsstunde in der III. Abteilung nach dem Maßstabe von jährlich 90 K die Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

(13485, M. A. VIII, 2480.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Ansuchen des städt. Försters Adalbert Schönpflug in Kaiserbrunn um Übernahme eines Ofens in seiner ehemaligen Naturalwohnung und beantragt, dem Genannten den im zweiten Zimmer seiner ehemaligen Naturalwohnung in Kaiserbrunn Nr. 37 befindlichen, ihm gehörigen Ofen um den Preis von 70 K abzulösen. (Angenommen.)

(13357, M. A. VIII, 2746.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die vom Bürgermeisteramte Reichenau übermittelte Protokollsabschrift, betreffend den Bau eines Wohnhauses auf Parzelle 158/1 in Payerbach, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(13364, M. A. X, 7763.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Bestellung eines supplierenden städtischen Arztes im IX. Bezirke und beantragt, für die Dauer der Dienstesverhinderung des supplierenden städtischen Arztes Dr. Georg Sperr im IX. Bezirke wird der praktische Arzt Dr. Karl Mohilla mit der Besorgung der Armenbehandlung und Totenbeschau im Dienstsprengel II des IX. Gemeindebezirkes gegen das übliche Supplierungshonorar betraut. (Angenommen.)

(13106, M. A. IX, 1905.) **St.-R. Hallmann** referiert über die Herstellung des Fußbodens im Zubaue zur Gastwirtschaft auf dem Pferdemarkte mit dem veranschlagten, auf der Ausgabs-Rubrik XXVIII 4 a bedeckten Erfordernisse von 320 K und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(13486, M. A. VIII, 2781.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Ansuchen des Johann Weinzettel um Baubewilligung für ein Wohnhaus samt Schupfen auf der Parzelle 423/36 in Rohrbach am Steinfeld und beantragt, die bei der Bauverhandlung vom 14. September 1907 von den Vertretern der Gemeinde Wien abgegebene Erklärung genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(13135, M. B. A. V, 22787.) **St.-R. Hallmann** referiert über neun Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des V. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(13134, M. B. A. V, 27997.) St.-R. Hallmann referiert über fünf Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des V. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(13375, M. A. XIV, 5799.) St.-R. Hallmann referiert über das Ansuchen des Maximilian Sachs um Bewilligung zur Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 778 Margareten und beantragt, die Abteilung auf zwei Baustellen zu bewilligen. (Angenommen.)

(12901, M. A. XXII, 2807.) St.-R. Hallmann referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Armenräte des V. Bezirkes Josef Mayer, Franz Dirnhofer und Anton Budil und beantragt:

Es wird den Genannten in Anerkennung ihrer Wirksamkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille verliehen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13143, M. A. V, 2142.) St.-R. Hallmann referiert über das Mehrerfordernis für die Herstellung des Regenauslasses und den Umbau des Hauptunratskanales in der Reinprechtsdorferstraße mit den auf Ausgabs-Rubrik XXVII 1 b bedeckten Betrage von 6200 K und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(13099, M. A. III, 3721.) St.-R. Hallmann referiert über das Detailprojekt für die Herstellung der Gartenanlage bei der ehemaligen Hundsturmerlinie und beantragt:

1. Das Detailprojekt für die Herstellung der Gartenanlage nach Variante I bei der ehemaligen Hundsturmerlinie im V. Bezirke wird gemäß den Anträgen der Lokalaugenscheins-Kommission vom 26. August 1907 mit einem Kostenbetrage von 53.718 K 93 h wovon 26.128 K auf die gärtnerischen Arbeiten, 22.990 K 93 h auf die Einfriedung, Entwässerung, Herstellung des Eislaufplatzes samt Garderobe- und Werkzeughütte und 4600 K auf die Bewässerungsanlage entfallen, genehmigt.

Die in das Jahr 1907 fallenden Auslagen von 10.000 K sind in der Rubrik XXIV 7·5 bedeckt, für die weiteren Zahlungen sind die erforderlichen Beträge in die nächstjährigen Voranschläge einzustellen.

2. Wegen Vergebung der Gitterlieferung und der Lieferung und Abfuhr des Erdmateriales ist eine öffentliche Offertverhandlung auszuschreiben.

3. Die gärtnerischen Arbeiten sind von der Stadtgarten-Direktion in eigener Regie, die technischen Herstellungen vom Stadtbauamte im kurrenten Wege auszuführen. Mit allen Arbeiten ist sofort zu beginnen.

Rohre und Maschinenbestandteile sind aus dem städtischen Vorrate zu entnehmen.

Für die Bewässerung der Gartenanlage wird eine tägliche Wassermenge von 35 m³ aus der Wientalwasserleitung während der Sommermonate bewilligt.

Die bisher bewilligte Wassermenge von 20 hl aus der Hochquellenleitung ist in Abschreibung zu bringen.

Der Betrieb des Eislaufplatzes ist von der Stadtgarten-Direktion in eigener Regie zu besorgen; der Antrag auf unentgeltliche Benützung desselben wird abgelehnt und als Eintrittsgeld per Person für Wochentage ein Betrag von 20 h und für Sonn- und Feiertage ein Betrag von 40 h festgesetzt.

4. Als künftiger Aufstellungsplatz für die Linienamts-Kapelle wird die im Plane bezeichnete Stelle in der Gartenanlage bestimmt; die Stelle ist bis zur Umstellung der Kapelle zu besämen. Die zwischen der alten Kapelle und der provisorischen Anlage führende Straße ist aufzulassen.

5. Die Detailverkaufshütte der Großschlächterei-Aktiengesellschaft ist derart umzustellen, daß sie außerhalb der künftigen Abfriedung der Gartenanlage zu stehen kommt. Die alte Tabak-Trafikhütte ist zu demolieren.

6. Das Projekt für die aus Anlaß der Herstellung dieser Gartenanlage notwendigen Straßenherstellungen ist ehestens dem Stadtrate vorzulegen.

7. Der Magistrat, Abteilung IV, wird beauftragt, über die Anträge auf elektrische Beleuchtung der Gartenanlage und des Eislaufplatzes, sowie wegen Errichtung eines neuen Pissoirs separat an den Stadtrat zu berichten.

8. Der Magistrat, Abteilung XVI, hat über die Benennung der Gartenanlage, beziehungsweise des Platzes entsprechende Vorschläge zu erstatten. (Angenommen.)

(13421, M. A. XV, 9063.) **St.-R. Straßer** referiert über das bei den Rekonstruktionsarbeiten der Decken im Schulgebäude XX., Wintergasse 34, sich ergebende Mehrerfordernis per 2500 K und beantragt die Genehmigung desselben. (Angenommen.)

(13348, M. A. III, 5006.) St.-R. Straßer referiert über die Kassierung von zwei Alleebäumen in der Engerthstraße und beantragt:

Die Entfernung von zwei Alleebäumen, welche die Einfahrt in die Realität XX., Engerthstraße 113, behindern, wird gemäß den Anträgen der Lokalaugenscheins-Kommission vom 1. Oktober 1907 genehmigt.

Die Arbeiten sind von der Stadtgarten-Direktion in eigener Regie sofort vorzunehmen. (Angenommen.)

(13522, M. A. XV, 9115.) St.-R. Straßer referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für den Schulbau XX., Allerheiligenplatz und beantragt zu übertragen:

a) Gruppe I und II der elektrischen Beleuchtungseinrichtung (Installationsapparate und Installationsarbeiten) der A. E. G. Union-Elektrizitäts-Gesellschaft VI., Gumpendorferstraße 3, zum Kostenanbote von 6441 K 62 h.
b) Gruppe IV (Beleuchtungskörper) der Aktiengesellschaft „Danubia" IX., Porzellangasse, zum Kostenanbote von 3496 K 20 h.
c) Die Herstellung der Blitzableiteranlage der Firma Aktiengesellschaft Siemens & Halske III., Hainburgerstraße 29, gegen einen Nachlaß von 10 Prozent und Schlußkollaudierung.

(Angenommen.)

(13521, M. A. XV, 7392.) St.-R. Straßer referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Tapezierer- und Zimmermalerarbeiten für den Schulbau XX., Allerheiligenplatz und beantragt, die Tapeziererarbeiten an Anton Sekera II., Vorgartenstraße 199 und die Zimmermalerarbeiten an Anton Vrana, XX., Bäuerlegasse 16, zu vergeben.

(Angenommen.)

(13440, M. A. II, 7063.) **St.-R. Hoß** referiert über das Ansuchen des Lotterie-Komitees der k. k. Landpostbeamten Österreichs um eine Trefferspende für ihre Effektenlotterie und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(13344, M. A. II, 8348.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Deutschmeister-Schützenkorps um Bewilligung einer Ehrengabe für das Kaiser-Festschießen im Oktober 1907 und beantragt die Bewilligung eines Ehrenpreises von 200 K und Verweisung dieser Auslage auf den Reservefond.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13509, M. B. A. XXI, 34155.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Josef und der Aloisia Tittel um Erteilung der Baubewilligung für Einl.-Z. 763 Leopoldau und beantragt, die zu erteilende Baubewilligung unter dem vom Magistrats-Bezirksamte XXI gestellten Bedingungen zu bestätigen.

(Angenommen.)

(13190, M. A. XI, 22617.) St.-R. Hoß referiert über die Vornahme von Herstellungen in der städtischen Pfandleihanstalt im XXI. Bezirke und beantragt:

Die vom Magistrate beantragten Herstellungen in der städtischen Pfandleihanstalt zur Verbesserung der Beheizung und der Ventilation und zur Erhöhung der Feuersicherheit mit dem voraussichtlichen Kostenerfordernisse von rund 1600 K werden genehmigt. Diese Auslagen sind auf Rechnung der Anstalt vorschußweise aus den eigenen Geldern zu bestreiten. (Angenommen.)

(13285, M. D., 2769.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Kanzlei-Diurnisten Engelbert Loibl um Erteilung der Studiennachsicht und beantragt, dem Ansuchen ausnahmsweise Folge zu geben. (Angenommen.)

(13253, M. A. XIV, 3720.) St.-R. Hoß referiert über die Baulinien- und Niveaubestimmung für den Teil des XXI. Bezirkes

westlich der Stadlauerstraße und südlich der Aspangstraße, sowie für die Grenzgasse und beantragt, die vom Magistrate gestellten Anträge zu genehmigen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13430, M. B. A. XIX, 20933.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Siegmund Nyitrai um Baubewilligung für Einl.-Z. 77 Unter-Sievering und beantragt:

Die vom magistratischen Bezirksamte für den XIX. Bezirk zu erteilende Baubewilligung werde in Gemäßheit der §§ 97 und 105 der Wiener Bauordnung unter nachstehenden Bedingungen bestätigt:

1. Der nach den genehmigten Baulinien von der Liegenschaft Einl.-Z. 77 Grundbuch Unter-Sievering zur Verbreiterung der Sieveringerstraße entfallenden Grundteil sowie die zu den über diese Liegenschaft führenden Straßenzügen entfallenden Grundteile sind unentgeltlich, gebühren- und lastenfrei als Straßengrund an die Gemeinde Wien abzutreten und in das Verzeichnis über das öffentliche Gut zu übertragen und über jeweiliges Verlangen der Gemeinde im richtigen Niveau zu übergeben.

2. Diese Verpflichtung ist auf Kosten des Bauwerbers auf der Liegenschaft Einl.-Z. 77 Grundbuch Unter-Sievering grundbücherlich sicherzustellen. (Angenommen.)

(13374, M. A. V, 1422.) St.-R. Hoß referiert über die gärtnerische Ausgestaltung des neuen Teiles des Ober-Döblinger Friedhofes und beantragt:

1. Das vom Stadtbauamte und dem Stadtgarten-Inspektorate vorgelegte Projekt für die gärtnerische Ausgestaltung des neuen Teiles des Ober-Döblinger Friedhofes mit dem effektiven Kostenerfordernisse von 1500 K werden mit dem Beisatze genehmigt, daß auch neben dem Einfahrtstore der westlichen Friedhofsplanke Gehölzgruppen anzulegen sind.

2. Die Sicherstellung der erforderlichen Gartenerde und Abfuhr des schlechten Aushubmateriales wird dem Stadtgarten-Inspektorate übertragen. Alle Arbeiten sind in eigener Regie auszuführen, die übrigen Leistungen und Lieferungen durch die betreffenden Kontrahenten, beziehungsweise im Handeinkaufe zu beschaffen.

3. Sämtliche Arbeiten sind noch im Herbste des heurigen Jahres auszuführen.

4. Mangels budgetmäßiger Bedeckung wird ein Zuschußkredit in der Höhe des effektiven Kostenerfordernisses per 1500 K zur Rubrik XXXIII 12 genehmigt.

(Angenommen; Punkt 4 an den Gemeinderat.)

(13132, M. D., 3027.) St.-R. Hoß referiert über die Versetzung den quieszierten Kanzlei-Offizials Josef Scharl in den bleibenden Ruhestand und beantragt die Versetzung in den bleibenden Ruhestand von amtswegen und Bemessung des Ruhegenusses unter Zugrundelegung der nach der Pensionsvorschrift für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien anrechenbaren Dienstzeit von 15 Jahren mit 52 Prozent des letzten Aktivitätsgehaltes, d. i. mit 1040 K vom ersten Tage des auf die Versetzung in den bleibenden Ruhestandes nächstfolgenden Monates und des Mietzinsbeitrages mit 52 Prozent des zuletzt bezogenen Jahres-Quartiergeldes, d. i. mit 416 K vom 1. November 1907, sohin zusammen mit jährlich 1456 K. (Angenommen; mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(13439, M. A. II, 8326.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen der Wasserbezugsrevisorswitwe Anna Lesemann um Anweisung der Witwenpension und beantragt die Anweisung der normalmäßigen Witwenpension im Jahresbetrage von 1200 K mit Rücksicht auf die letzte Rangklasse (VI.) des verstorbenen Gatten als Wasserbezugsrevisor I. Klasse vom 1. Oktober 1907 an unter gleichzeitiger Einstellung der Aktivitätsbezüge des Verstorbenen.

(Angenommen; mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(13423, M. A. XXII, 1854.) **St.-R. Hörmann** referiert über das Mehrerfordernis von 3787 K 79 h, welches sich bei Durchführung der mit dem Stadtrats-Beschlusse vom 3. Juni 1904, Pr.-Z. 7252, genehmigten Renovierungsarbeiten an der städtischen Patronatskirche „Maria Geburt" am Rennweg im III. Bezirke und am Pfarrhofe dieser Kirche ergeben hat und beantragt, dasselbe zu genehmigen und zur Deckung des für diese Arbeiten noch auszubezahlenden Restbetrages per 5342 K 55 h zur Ausgabs-Rubrik XXXIX 1 a einen Zuschußkredit in der Höhe dieses Betrages zu bewilligen. (Angenommen.)

(13491, M. A. XII, 21096.) St.-R. Hörmann referiert über die Vergebung der kurrenten Schlosserarbeiten im V. städtischen Waisenhause in Klosterneuburg und beantragt, den für die Jahre 1907 bis 1909 bestellten Kontrahenten Schlossermeister Anton Debit von seiner Verpflichtung zu entheben und diese Arbeiten für die Dauer der Verpachtung seines Gewerbes, längstens jedoch bis zum Ablaufe obiger Sicherstellungsperiode, d. i. bis Ende 1909 dem Pächter Rudolf Klinger zu den Tarifpreisen zu übertragen.

(Angenommen.)

(13252, M. A. IX, 2706.) **St.-R. Oppenberger** referiert über die Vergebung der Gastwirtschaft im Lagerhause der Stadt Wien und beantragt:

1. Wegen Vermietung der Gastwirtschaftslokalitäten im Lagerhause der Stadt Wien vom 1. Februar 1908 ab ist eine öffentliche Offertverhandlung auszuschreiben.

2. Die geänderte Vorschrift für den Bestandnehmer des Restaurationsgebäudes im Lagerhause der Stadt Wien wird genehmigt.

(Angenommen.)

(13482, M. A. VI, 1781.) St.-R. Oppenberger referiert über die Bespritzung der Hafenzufahrtsstraße im k. k. Prater und beantragt, die Bespritzung der in das Eigentum der Gemeinde übergegangenen Hafenzufahrtsstraße im k. k. Prater mit den jährlichen Kosten von 1180 K 70 h zu genehmigen. (Angenommen.)

(12723, M. B. A. II, 71518.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen des Samuel Doham um Bewilligung zur Aufstellung von zwei Windfängen im II. Bezirk, Untere Augartenstraße 26, und beantragt, den Akt zur Erledigung an das magistratische Bezirksamt II zurückzustellen. (Angenommen.)

(12656, M. A. XXII, 249.) St.-R. Oppenberger referiert über die Erstreckung des Bauvollendungstermines für das neue Amtshaus im II. Bezirke und beantragt, der Bauvollendungstermin für das neue Amtshaus im II. Bezirke wird bis 1. November 1907 erstreckt. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12804, M. A. XXII, 2950.) St.-R. Oppenberger referiert über die im Vestibule des neuen Amtshauses im II. Bezirke links-

seitig vom Eingange anzubringende Gedenktafel und beantragt, folgende Inschrift auf derselben zu genehmigen: „Erbaut von der Gemeinde Wien unter dem Bürgermeister Dr. Karl Lueger im Jahre 1907." (Angenommen.)

(12899, M. A. XXII, 1379.) St.-R. Oppenberger referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Armenräte des II. Bezirkes Johann Jägersberger und Franz Pawlas und beantragt, es wird den Genannten in Anerkennung ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille verliehen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12925, M. A. IX, 2573.) St.-R. Oppenberger referiert über die Überlassung eines Lagerplatzes an Hermann Wanner & Komp. im Lagerhause der Stadt Wien und beantragt, eine Äußerung der Lagerhaus-Kommission im Gegenstande einzuholen.

(Angenommen.)

(13428, M. B. A. XI, 10945.) **St.-R. Braun** referiert über die Verpachtung von Gemeindegründen im XI. Bezirke und beantragt, daß den im bezirksämtlichen Verzeichnisse angeführten Pachtwerbern die der Gemeinde Wien gehörigen Gründe im XI. Bezirke, bezüglich welcher die geltenden Pachtverträge vom 31. Oktober 1907 endigen, um die in diesem Verzeichnisse angeführten Jahrespachtzinse und gegen Einhaltung der für die Verpachtung von städtischen Gründen geltenden allgemeinen Bedingungen auf die Dauer von sechs Jahren, d. i. vom 1. November 1907 bis 31. Oktober 1913 bestandweise überlassen werden.

(Angenommen.)

(13363, M. A. X, 7682.) St.-R. Braun referiert über die Erweiterung der Telephonanlage im Wiener Zentral-Friedhofe und beantragt, die Erweiterung der Telephonanlage im Wiener Zentral-Friedhofe nach dem vorgelegten Projekte mit Einschluß der beiden Leichenhallen zu genehmigen und die Ausführung der Mechaniker- und Elektrikerarbeiten der Firma Wolters zu den Einheitspreisen des Kostenanschlages A zu übertragen. (Angenommen.)

(13427, M. B. A. XI, 17599.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Katharina Lechner um Pachtung der Kat.-Parz. 1520 Kaiser-Ebersdorf und beantragt, der Genannten, die zu der städtischen Parzelle 1520 Kaiser-Ebersdorf gehörige in der bezüglichen Planskizze grün angelegte Teilfläche im Ausmaße von 664 m² zur Benützung als Ackergrund um den Jahrespachtzins von 3 K 98 h (0·6 h per Quadratmeter) auf unbestimmte Zeit gegen beiderseits zulässige, vierteljährige Kündigung bestandweise zu überlassen. (Angenommen.)

(13346, M. A. III, 4809.) St.-R. Braun referiert über die Verpachtung des Amtshausgartens Abteilung V und der Zieglerwiese des Fondsgutes Ebersdorf a. d. Donau zu Mannswörth, und beantragt:

Die Abteilung V des Amtshausgartens ab 1. November 1907 auf weitere sechs Jahre, d. i. vom 1. November 1907 bis 31. Oktober 1913 dem gegenwärtigen Pächter Anton Payer unter den bisherigen Pachtbedingungen in Bestand zu geben.

Die Verpachtung der Zieglerwiese ist neu auszuschreiben.

(Angenommen.)

(13371, M. A. X, St. L. B., 301.) St.-R. Braun referiert über die Beleuchtung einzelner Gräber am Zentral-Friedhofe zu Allerheiligen, und beantragt, zu genehmigen, daß anläßlich des Allerheiligenfestes beim Ringtheatergrab, sowie bei den Grabstellen Beethoven's und Schubert's die Beleuchtung und Aufstellung von Grabwachen, ebenso wie früher seitens der bestandenen Leichenbestattungs-Unternehmung „Concordia" veranlaßt werde.

(Angenommen.)

(13362, M. A. X, 4808.) St.-R. Braun referiert über die Mehrarbeiten anläßlich der Erweiterung des Simmeringer Friedhofes und beantragt:

1. Das Anbot des Franz Grassinger, den in der Planskizze rot lasierten mit a b c a bezeichneten Teil seiner Realität Kat.-Parz. 7/2 Grundbuch Simmering, unentgeltlich an die Gemeinde Wien zu überlassen, wird angenommen.

2. Sämtliche Kosten dieser Grundüberlassung trägt die Gemeinde Wien.

3. Längs der neuen Realitätengrenze ist in der Linie a c der Planskizze eine Abfriedungsmauer aufzuführen; die Kosten per 300 K werden genehmigt.

4. Der an dieser Realitätengrenze befindliche Hollunderbaum ist zu erhalten.

5. Die Ausführung der unvorhergesehenen Mehrarbeiten bei der Erweiterung des Simmeringer Friedhofes mit dem Kostenerfordernisse von 900 K werden genehmigt.

6. Mangels budgetmäßiger Bedeckung wird ein Zuschußkredit von 1200 K zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 12 bewilligt.

(Angenommen; Punkt 6 an den Gemeinderat.)

(13358, M. A. IX, 3654.) St.-R. Braun referiert über die Verlängerung der Hutzeit für den Feldschutz im X. Bezirke und beantragt die Hutzeit für den Feldschutz im X. Bezirke wird bis zum 31. Oktober verlängert und es werden die erforderlichen Kosten im Betrage von 144 K genehmigt.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13257, M. A. XXII, 1941.) St.-R. Braun referiert über Systemisierung des Monturbezuges für die Totengräbergehilfen des Zentral-Friedhof und beantragt:

I. Die Totengräbergehilfen des Zentral-Friedhofes werden bezüglich des Monturbezuges aus der Monturgruppe 12 ausgeschieden, die Monturgruppe 12 a wird gelöscht und für die genannten Gehilfen bezüglich des Monturbezuges eine neue Monturgruppe eröffnet, in welche die bereits systemisierten Monturstücke der Monturgruppen 12 und 12 a aufgenommen und außerdem nachfolgende Monturstücke neu systemisiert werden:

Eine Weste von mohrengrauem Tuch mit der Tragdauer von einem Jahre.

Eine Bluse von schwarzem Diagonalstoff mit der Tragdauer von einem Jahre.

Eine Weste von schwarzem Diagonalstoff mit der Tragdauer von einem Jahre.

Eine Hose von schwarzem Diagonalstoff mit einer Tragdauer von einem Jahre.

Eine zweite Dienerkappe.

II. Für die Totengräbergehilfen wird im ersten Jahre, d. i. im Jahre 1907 pro 1908 der Bezug folgender Monturstücke in doppelter Anzahl genehmigt:

1. Sakko von mohrengrauem Tuch.
2. Weste von mohrengrauem Tuch.
3. Hose von mohrengrauem Tuch.
4. Bluse von schwarzem Diagonalstoff.
5. Weste von schwarzem Diagonalstoff.
6. Hose von schwarzem Diagonalstoff.

III. Die in Monturgruppe 13 und 13 a eingereihten Leichenwächter erhalten die bereits systemisierten Monturen, und zwar:

1. Sakko von mohrengrauem Tuch.
2. Hose von mohrengrauem Tuch.
3. Bluse von Löschmanngradl.
4. Hose von Löschmanngradl.
5. Dienerkappe.

Einen Paletot von mohrengrauem (Tuch bei jedesmaligem Bezuge in doppelter Anzahl).

(Angenommen; Punkt I an den Gemeinderat.)

(13284, M. A. XV, 6107.) St.-R. Braun referiert über die Einleitung des elektrischen Stromes in den Turnsaal der Knaben-Bürgerschule X., Eugengasse 30/32, für Skioptikonvorstellungen nebst Anbringung der Verdunklungsvorrichtungen und der Projektionsleinwand mit einem bedeckten Kostenbetrage von 1350 K und beantragt, dieselbe in der Voraussetzung zu genehmigen, daß die Gewerbeschul-Kommission in Wien das Skioptikon samt Zubehör (Bogenlampe, Kübette und allenfalls einen Projektionstisch) und die Widerstände beistellt und solange für die genannte Bürgerschule wie auch zu Vorstellungen für die anderen öffentlichen Volks- und Bürgerschulen im X. Bezirke zur Verfügung stellt, als die gewerbliche Fortbildungsschule im Bürgerschulgebäude untergebracht ist.

Die Gemeinde trägt die gesamten Strom- und Betriebskosten (Kosten der auszuwechselnden Kohlenstifte 2c.), und zwar auch für die von der gewerblichen Fortbildungsschule für Schulzwecke veranstalteten Vorstellungen.

Die Betriebskosten werden mit 100 K jährlich genehmigt.

Die Gemeinde übernimmt für das Skioptikon samt Zubehör und Widerständen keinerlei Haftung und obliegen allfällige Reparaturen und Verbesserungen der Gewerbeschul-Kommission.

Die Mitbenützung des Turnsaales für Skioptikonvorstellungen seitens der gewerblichen Fortbildungsschule wird unter den üblichen Bedingungen an den mit dem Magistrate zu vereinbarenden Tagen und Stunden bewilligt. (Angenommen.)

(13488, M. A. X, 7660.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des quieszierten Offizials der Zentral-Friedhofsverwaltung Johann Schmidl um Zugestehung einer Frist zur Räumung der Naturalwohnung und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(13349, M. A. III, 4840.) St.-R. Braun referiert über die Vergebung der Sandlieferung für die städtischen Gartenanlagen und beantragt die Übertragung an folgende Unternehmer:

1. An Michael Wanko, Fuhrwerksbesitzer, XI., Simmeringer Hauptstraße 10, die Lieferung von 762 m³ Steinfeldersand für den I. und III. Bezirk zum Einheitspreise von 10 K per Kubikmeter.

2. An Alois Wanko, Fuhrwerksbesitzer, XI., Simmeringer Hauptstraße 12, die Lieferung von 557 m³ Quarzsand, und zwar für den II. und IX. Bezirk zum Einheitspreise von 10 K per Kubikmeter und für den IV. und VII. Bezirk zum Einheitspreise von 8 K per Kubikmeter.

3. An Rudolf Gruber, Sandgrubenbesitzer in Sollenau, die Lieferung von 307 m³ Steinfeldersand, und zwar für den VIII. und XII. Bezirk zum Einheitspreise von 12 K per Kubikmeter und für den X. Bezirk zum Einheitspreise von 11 K per Kubikmeter.

4. An Peter Jungreithmayer, Fuhrwerksbesitzer, VI., Kaunitzgasse 8, die Lieferung von 161 m³ Steinfeldersand zum Einheitspreise von 10 K 80 h per Kubikmeter für den V. und VI. Bezirk.

5. An Josef Fellner, Steinbruchbesitzer, Kalksburg Nr. 23, die Lieferung von 257 m³ Gießhüblersand, und zwar für den XIII. Bezirk zum Einheitspreise von 9 K 20 h per Kubikmeter und für den XXI. Bezirk zum Einheitspreise von 12 K per Kubikmeter.

6. An die Firma Meisgeyer, Hödl & Komp., Steinbruchbesitzer in Atzgersdorf, Wienerstraße 21, die Lieferung von 382 m³ Gießhüblersand für den XVII., XVIII. und XIX. Bezirk zum Einheitspreise von 12 K 80 h per Kubikmeter.

7. An Adolf Baxa, Steinbruchbesitzer, XV., Gasgasse 6, die Lieferung von 13 m³ Dolomit-Gebirgssand aus Mannersdorf zum Einheitspreise von 11 K 80 h für den XI. Bezirk und die Lieferung von 327 m³ Gebirgssand aus Brunn a. Geb. zum Einheitspreise von 10 K 80 h für den XIV., XV. und XVI.

8. An die Aktiengesellschaft Kalk- und Ziegelgewerkschaft in Ernstbrunn die Lieferung von 70 m³ Ernstbrunner Gartensand für den XX. Bezirk zum Einheitspreise von 13 K 2 h per Kubikmeter.

(Angenommen.)

(13434, M. A. XI, 18849.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Matthias Weber um Nachsicht der Hundesteuer pro 1907 und beantragt die Genehmigung des Bezirksamts-Antrages.

(Angenommen.)

(12839, St. Buchh., 279.) **Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer** referiert über eine Ernennung im Status der Stadtbuchhaltung.

Es wird im Personalstande der Stadtbuchhaltung der Rechnungs-Assistent Ferdinand Podirsky im Wege der Zeitbeförderung zum Rechnungs-Offizial (VII. Rangklasse) mit dem Range vom 31. Juli 1907 ernannt.

Gehalt und Quartiergeld wird dem Genannten mit 1. August 1907 zuerkannt. (Angenommen.)

(12527, M. A. II, 7754.) Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer referiert über Ernennungen im Status der städtischen Hauptkassa.

Im Wege der Zeitbeförderung wurden zu Akzessisten ernannt:

Robert Riedl mit dem Range vom 4. Juli 1907.

Bruno Hönigschmid mit dem Range vom 18. Juli 1907.

(Angenommen; mehr als 16 Anwesende.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom **10. Oktober 1907.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Braun, Brauneiß, Brzezowsky, Büsch, Dr. Deutschmann, Gräf Ferdinand, Grünbeck Sebastian, Gsottbauer, Hallmann, Hölzl, Hörmann, Hoß, Knoll, Dr. Krenn, Oppenberger, Rissaweg, Schneider, Schwer, Straßer, Tomola, Weitmann, Wessely, Zatzka.

Beurlaubt: St.-R. Hraba, Rain, Rauer, Schreiner.
Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär Hans Böttger.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

(13547, M. A. III, 2944.) **St.-R. Knoll** referiert über das Offert des J. Zwillinger auf Verkauf der Kat.-Parz. 150 und 153 Aspern, XXI. Bezirk, an die Gemeinde Wien und beantragt, von einem Ankauf der fraglichen Gründe abzusehen. (Angenommen.)

(13493, M. A. XIV, 5174.) St.-R. Knoll referiert über das Ansuchen des Josef Fabian um Bewilligung zur Abteilung der Liegenschaften Einl.-Z. 709, 308, 687 und 650 Grundbuch Groß-Jedlersdorf, XXI. Bezirk, und beantragt, die Abtrennung der im Plane mit den Buchstaben a b c g h l m n o p r u a umschriebenen Baustelle, sowie des gelb angelegten Straßengrundes von obigen Liegenschaften unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen zu bewilligen. (Angenommen.)

(13479, M. A. VI, 3719.) St.-R. Knoll referiert über die Bewilligung eines Zehrungsbeitrages für den mit der Beaufsichtigung der Neupflasterung der Aspernstraße im XXI. Bezirke betrauten Bau-Aufsichts-Assistenten Johann Feischl und beantragt die Bewilligung eines Zehrungsbeitrages von 4 K mit Rücksicht auf die exponierte Lage des Objektes. (Angenommen.)

(13436, M. B. A. XXI, 31758.) St.-R. Knoll referiert über Gesuche von Parteien des XXI. Bezirkes um Ermäßigung beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1907 und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(13463, M. A. III, 5307.) St.-R. Knoll referiert über das Ansuchen des Karl Willinhofer um Entfernung von zwei Bäumen vor dem Hause Nr. 46 in Leopoldau im XXI. Bezirke anläßlich der Herstellung des Trottoirs und beantragt, die Entfernung der zwei Bäume aus Verkehrsrücksichten zu genehmigen. Die Arbeiten sind von der Stadtgarten-Direktion sofort durchzuführen. (Angenommen.)

(13433, M. B. A. XXI, 33360.) St.-R. Knoll referiert über das Ansuchen des Adalbert Magrutsch um Baubewilligung für die Vornahme von Adaptierungen und Bauherstellungen im Hause XXI., Brünnerstraße 23, und beantragt, die Baubewilligung unter der Bedingung zu bestätigen, daß die projektierte Ausfahrt auf den städtischen Grund Kat.-Parz. 1581/2 nur auf jederzeitigen Widerruf zugestanden wird und für diese Erlaubnis ein jährlicher Anerkennungszins von 10 K im vorhinein zu entrichten ist, ferner daß im Falle des Widerrufes die Ausfahrtsöffnung gegen den städtischen Grund ohne jedweden Ersatzanspruch sogleich zu vermauern ist.

Von der grundbücherlichen Einverleibung dieser Verpflichtungen wird abgesehen. (Angenommen.)

(13432, M. B. A. XXI, 31673.) St.-R. Knoll referiert über das Ansuchen des Ignaz Troll um Baubewilligung für ein ebenerdiges Wohnhaus samt Stall und Schupfen auf der nichtparzellierten Realität Kat.-Parz. 992, Einl.-Z. 828 Grundbuch Kagran, XXI. Bezirk, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung gemäß dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(13262, M. B. A. IV, 23643.) **St.-R. Brzezowsky** referiert über das Ansuchen des Rudolf Wieninger um Beistellung von Randsteinen und Versetzung derselben durch die Gemeinde anläßlich der freiwilligen Herstellung eines Asphalttrottoirs an Stelle des bereits von der Gemeinde übernommenen Trottoirs aus Granitsteinen vor dem Hause IV., Wiedenergürtel 18 (Park-Hotel), und beantragt die Gesuchsgewährung unter den vom magistratischen Bezirksamte für den IV. Bezirk gestellten Bedingungen. (Angenommen.)

(13495, M. A. XIV, 4539.) St.-R. Brzezowsky referiert über das Ansuchen des Max Notthaft um Bestimmung der Schadloshaltung für die von der Realität Or.-Nr. 11 Karolinengasse im IV. Bezirke zur Straßenverbreiterung abzutretende Grundfläche im Ausmaße von 8·68 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 30 K per Quadratmeter, zusammen mit 260 K 40 h zu bestimmen, wobei die Partei die Kosten der Plananfertigung, des Rechtsgeschäftes und seiner Durchführung zu tragen hat. (Angenommen.)

(13499, M. A. XV, 9668.) St.-R. Brzezowsky referiert über das Ansuchen des Inspektors der städtischen Ausgrabungen Josef Nowalski de Lilia um Entfernung von Gesträuchen im Hofe des Schulgebäudes IV., Rainergasse 13 (Museum Vidobonense) und beantragt, die Entfernung der Gesträucher nicht zuzulassen. (Angenommen.)

(13542, M. A. XXII, 3302.) St.-R. Brzezowsky referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Pfarrer der Kirche Zu den heil. Schutzengeln auf der Wieden, Franz Kasche, und beantragt, dem Genannten anläßlich der Vollendung des 70. Lebensjahres in Anerkennung seiner priesterlichen und seelsorglichen Wirksamkeit die große goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13274, M. A. IV, 2688.) **St.-R. Weitmann** referiert über die Vergebung des Löschmanngradls für die städtische Feuerwehr und beantragt, der Firma J. A Kluge die Lieferung von heiß-

eingelassenem, 78 cm breitem Löschmanngradl zum Preise von 1 K 34 h per Meter unter den zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 1. Oktober 1907, Pr.-Z. 12855 (M. A. XIb 5837), festgesetzten Bestimmungen zu übertragen. (Angenommen.)

(13556, M. A. XV, 8906.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend den Schulbau XVII., Rötzergasse-Pezzlgasse, und beantragt:

1. Die Erd- und Baumeisterarbeiten dem August Scheffel gegen 13 Prozent Nachlaß von den Kostenanschlagspreisen, jedoch gegen eine Aufzahlung von 10 Prozent für Regiearbeiten;

2. die Romanzementlieferung in Fässern der Aktiengesellschaft zu Perlmoos zu den Kostenanschlagspreisen bei genauer Einhaltung des spezifischen Gewichtes von 800 g per Liter;

3. die Traversenlieferung der Firma Julius Juhos & Komp. zum Grundpreise von 25 K 60 h per 100 k; und gegen die im Offerte angegebenen Aufschläge für Überlängen und Mehrlöcher zu übertragen. (Angenommen.)

(13140, M. B. A. XVII, 22962.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des XVII. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(13152, M. A. XIV, 5482.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über die Baulinienbestimmung für die Alsgasse im XVII. Bezirke und beantragt:

1. Für die westliche Seite der Alsgasse im XVII. Bezirke wird unter Zugrundelegung einer Straßenbreite von 16 m die im Stadtbauamts-Plane A, Z. 1395/XIII, rot schraffierte und mit den Buchstaben a b bezeichnete Linie als Baulinie festgesetzt.

2. Hinter dieser Baulinie sind mindestens 5 m tiefe Vorgärten anzulegen und als solche dauernd zu erhalten.

3. Als zukünftige Höhenlage der Gasse werden die im Plane A, Z. 1395/XIII, rot eingeschriebenen Maßzahlen festgesetzt.

4. Die Verbauung an der westlichen Seite der Alsgasse hat im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 24. März 1893, Z. 3294, mit freistehenden oder zu zweien gekuppelten Wohnhäusern zu erfolgen, die außer einem bewohnbaren Erdgeschoß (Parterre oder Tiefparterre) nicht mehr als zwei weitere Stockwerke erhalten dürfen, wobei ein allfälliges Mezzanin als Stockwerk zu rechnen ist; einzelne über das zweite Stockwerk hinausragende Gebäudeteile, wie Giebel, Türme und dergleichen jedoch zulässig sind.

Die Bemessung der gegen die Nachbargrenzen zu belassenden Zwischenräume hat auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 11. Juni 1899, Z. 10604, zu erfolgen.

Die mit Gemeinderats-Beschluß vom 30. Juli 1905, Z. 7494, für die östliche Seite der Alsgasse festgesetzte Verbauungsweise bleibt ungeändert aufrecht.

5. Der Abschluß der Vorgärten gegen die Straße zu und untereinander hat mit eisernen, die Durchsicht freilassenden Gittern auf gemauerten, höchstens 50 cm hohen Sockeln zu erfolgen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13584, M. A. VIII, 2669.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über die Bestellung eines Aufsehers für das Hernalser Voll- und Schwimmbad während der Wintermonate und beantragt:

Die Wiederbestellung des Karl Eder zum Aufseher für das Hernalser Voll- und Schwimmbad während der Wintermonate mit einem Monatsbezuge von 80 K samt Naturalwohnung wird genehmigt und der Magistrat gleichzeitig ermächtigt, diese Bestellung des Genannten künftig bei zufriedenstellender Dienstleistung im eigenen Wirkungskreise vorzunehmen. (Angenommen.)

(12911, M. A. XVII, 29073.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über den Rekurs des Ludwig Hübsch, Gemischtwaren-Verschleißer, XVIII., Hernalser Hauptstraße 55, gegen den Bescheid des magistratischen Bezirksamtes für den XVII. Bezirk vom 12. Juli 1907, Z. 29073, mit welchem ihm die bewilligte Warenausräumung auf dem Trottoir vor dem Geschäftslokale entzogen wurde, und beantragt die Abweisung des Rekurses. (Angenommen.)

(12976, M. A. VII, 1053.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Ansuchen der Betonbauunternehmung Sikora & Schiolet um Nachsicht der Terminüberschreitung beim Kanalbaue in der Tauber-, Teich-, Haslinger-, Mayßen-, Rosenstein-, Horneck-, Klopstock- und Geblergasse im XVII. Bezirke und beantragt, die gegenüber dem mit 100 Arbeitstagen festgesetzten Termine eingetretene Überschreitung um 67 Arbeitstage ausnahmsweise nachzusehen. (Angenommen.)

(13029, M. A. IV, 3272.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über die Herstellung der öffentlichen Beleuchtung in der Zeiller- und Kainzgasse im XVII. Bezirke und beantragt:

In der Zeiller- und Kainzgasse und Umgebung im XVII. Bezirke sind 13 halbnächtige und vier ganznächtige Gasflammen plangemäß neu zu errichten, wofür ein Betrag von jährlich 810 K bewilligt wird. Zugleich sind die erforderlichen Flammenversetzungen vorzunehmen. (Angenommen.)

(6794, M. A. III, 3718/06.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über die Abtragung der städtischen Realität XVII., Franz Glasergasse 3, und beantragt:

1. Das zur Realität Einl.-Z. 148 Dornbach gehörige alleinstehende ebenerdige Häuschen Or.-Nr. 63 der Franz Glasergasse im XVII. Bezirke ist abzutragen.

2. Mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit des Objektes wird der Magistrat ermächtigt, diese Abtragung im eigenen Wirkungskreise zu vergeben. (Angenommen.)

(9994, M. A. VIII, 1181.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Ansuchen des Komitees zur Erhaltung einer Knabenbeschäftigungsanstalt in Hernals um Bewilligung zum unentgeltlichen Besuche des Hernalser Voll- und Schwimmbades durch die Anstaltszöglinge und beantragt die Ablehnung des Ansuchens aus prinzipiellen Gründen. (Angenommen.)

(13370, M. A. X, 7031.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Ansuchen der Pauline Strohschneider um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe VI, Nr. 36, im Dornbacher Friedhofe und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(13347, M. A. III, 5082.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über die Abtragung des Hoftraktes des städtischen Hauses XVII., Bergsteiggasse 33, und beantragt:

1. Der zum städtischen Hause XVII., Bergsteiggasse 33, gehörige Hoftrakt ist nach dem November-Ausziehtermine 1907 sofort abzutragen.

2. Diese Abtragung ist im Wege einer von der Magistrats-Abteilung III durchzuführenden öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung zu vergeben. (Angenommen.)

(13361, M. A. X, 1557.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Ansuchen der Therese Schuch, Fiakereigentümerin, XVIII., Lacknergasse 73, um Grabstellen-Gebührenbemessung und beantragt, der Gesuchstellerin das eigene Grab Gruppe K, Nr. 207, des Sebastian Schuch im Hernalser Friedhofe ausnahmsweise um die Gebühr für Zugewiesene zu überlassen und das magistratische Bezirksamt für den XVII. Bezirk anzuweisen, von der am 21. Februar 1907 sub J. A. 330 erlegten Grabstellengebühr den Betrag von 100 K rückzuvergüten. (Angenommen.)

(13361, M. A. IV, 3182.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über die Erweiterung des Depots der Freiwilligen Feuerwehr Hernals und beantragt, für die Freiwillige Feuerwehr Hernals außer dem Eckzimmer gegen die Kindermanngasse und das daran anstoßende Hofkabinett auch das Gassenkabinett zu bestimmen.

(Angenommen.)

(13265, M. B. A. XVII, 40599.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über den Rekurs des Rudolf Lehmann gegen die verweigerte Bewilligung zur Aufstellung eines Wurstkessels während der Nachtzeit am Hernalsergürtel beim „Café Nizza" und beantragt, dem Rekurse Folge zu geben. (Angenommen.)

(13102, M. B. A. XVII, 40896.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Ansuchen des Brauhauses der Stadt Wien um Überlassung eines Stallgebäudes XVII., Taubergasse 3, und beantragt:

Dem Brauhause der Stadt Wien das auf der Liegenschaft Einl.-Z. 386 Hernals, Taubergasse 3, befindliche Stallgebäude und den anschließenden Hofraum im ungefähren Ausmaße von 120 m² provisorisch und gegen jederzeitigen Widerruf, und ohne daß hiedurch der Bestimmung der definitiven Verwertung dieses Reales in irgend einer Weise präjudiziert würde, gegen einen Monatszins von 60 K unter der Bedingung zur Benützung zu überlassen, daß die erforderlichen Instandsetzungsarbeiten auf Kosten des Brauhauses und durch dasselbe ausgeführt werden, daß ferner der zur Wagenaufstellung in Benützung zu nehmende Hofraum gegen den übrigen Hof und gegen die zur Demolierung gelangten Objekte abgeschlossen wird, und weiters seitens der Gemeinde Wien für eventuelle durch die Demolierungsarbeiten verursachte Schäden an den im Hofe aufzustellenden Wagen und Requisiten des städtischen Brauhauses keine Haftung übernommen wird.

St.-R. Oppenberger beantragt, den monatlichen Mietzins in der vom Magistrate vorgeschlagenen Höhe von 35 K festzusetzen.

Referenten-Antrag mit der vom St.-R. Oppenberger beantragten Abänderung angenommen.

(13260, M. A. III, 2387.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Demolierung der Baulichkeiten auf der Liegenschaft XVII., Johann Nepomuk Bergerplatz 13 und beantragt die Ablehnung der eingelangten Offerte und Ausschreibung einer neuen Offertverhandlung. (Angenommen.)

(13123, M. B. A. XVII, 31727 06.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Ansuchen des Matthias Quetscher, Einspänner und Stadtlohnfuhrwerker, um Nachsicht eines Teiles des rückständigen Lohnwagengefälles per 511 K 80 h und beantragt, dem Gesuchsteller einen Teilbetrag von 300 K gnadenweise nachzusehen und zur Einzahlung des verbleibenden Restes Monatsraten von je 15 K zu gewähren. (Angenommen.)

(13078, M. A. X, 6059.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über die Herstellung eines Treibhauses in der Gärtnerei des Hernalser Friedhofes und beantragt:

1. Das Projekt der Verwaltung der Gemeinde-Friedhöfe für die Herstellung eines Treibhauses in der Gärtnerei des Hernalser Friedhofes mit dem Kostenerfordernisse von 4400 K wird genehmigt.

2. Zur Deckung der Kosten ist das in Ausgabs-Rubrik XXXIII 4 b vorgesehene Pauschale von 20.000 K für die Einführung der Eigenregie heranzuziehen.

3. Die erforderlichen Arbeiten und Lieferungen sind in der im Kostenanschlage Beilage 2 ersichtlichen Weise zu vergeben.

4. Es wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung der Baukonsens erteilt. (Angenommen.)

(5755, M. A. VII, 499.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über den Magistratsbericht, betreffend das Ergebnis unvermuteter Revision bei der Kanalräumung in sämtlichen Bezirken im I. Quartal 1907, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(8904, M. A. XXII, 575.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Bezirksräte des XVII. Bezirkes Ferdinand Bittermann, Josef Militky und Johann Raimann und beantragt, den Genannten in Anerkennung ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens die goldene Salvator-Medaille zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13337, M. B. A. VIII, 18067.) St.-R. Schwer referiert über Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des VIII. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge.

(Angenommen.)

St.-R. Schwer referiert über Ansuchen um Ausstellung von Freikarten beziehungsweise ermäßigten Fahrkarten für die städtischen Straßenbahnen und beantragt, zu bewilligen:

(13305. St. Str. B., 845 Rt.) Die Ausfertigung einer Freikarte auf die Dauer des Jahres 1907 zur Fahrt auf der Strecke Simmeringer Hauptstraße—Ring—Bellaria—Siebensterngasse für den Sohn Georg der Waschfrau Magdalena Kolmann.

(13306, St. Str. B. 841, Rt.) Die Ausfertigung einer Freikarte auf die Dauer des Schuljahres 1907 08 zur Fahrt auf der Strecke Währing—Kreuzgasse—Gürtelstraße—Mariahilferstraße für die Tochter Martha des Kondukteurs der städtischen Straßenbahnen Siegmund Steinhardt.

(13527, St. Str. B., 835 Rt.) Die Ausfertigung einer Freikarte für den Zögling Julius Ott der Unterrichts-Abteilung für blinde, schulpflichtige Kinder XVI., Kirchstetterngasse mit der Gültigkeit für eine Begleitperson zur Fahrt auf der Strecke Wallgasse—Kirchstetterngasse für das Schuljahr 1907 08.

(13304, St. Str. B., 840 Rt.) Die Ausfertigung einer Freikarte auf die Dauer des Schuljahres 1907/08 zur Fahrt auf der Strecke Währingergürtel—Schottenring, respektive Währingergürtel—Mariahilferstraße für die Kinder Rudolf und Aurelie des Kondukteurs der städtischen Straßenbahnen Josef Fuchs.

(13303, St. Str. B., 842 Rt.) Die Ausfertigung einer Freikarte auf die Dauer des Schuljahres 1907/08 zur Fahrt auf der Strecke Kaisermühlen—Praterstern—Franzensbrückenstraße für die Tochter Anna des Schmiedes der städtischen Straßenbahnen Julius Hanek.

(13302, St. Str. B., 843 Rt.) Die Ausfertigung einer Freikarte auf die Dauer des Schuljahres 1907/08 zur Fahrt auf der Strecke Vorgartenstraße—Kai—Schottenring für den Sohn Franz des Wagenführers der städtischen Straßenbahnen Josef Paiha.

(13307, St. Str. B., 839/Rt.) Die Ausfertigung einer Freikarte für das Jahr 1907 auf der Strecke Gellertplatz—Mariahilf—Kaiserstraße—Spitalgasse für die Gattin Franziska des Wagenführers der städtischen Straßenbahnen Karl Zapletal.

(13313, St. Str. B., 850/Rt.) Die Ausfertigung einer Freikarte zur Benützung des gesamten Straßenbahnnetzes pro 1908 für den blinden Samuel Weiß, gültig auch für eine Begleitperson.

(13312, St. Str. B. 852/Rt.) Die Ausfertigung einer Freikarte zur Benützung des gesamten Straßenbahnnetzes pro 1908 für den blinden Musiker Gustav Roßka mit der Gültigkeit auch für eine Begleitperson.

(13308, St. Str. B. 844 Rt.) Die Ausfertigung einer Freikarte für die schwachsinnige Tochter Elisabeth des k. k. Postunterbeamten Ignaz Dorfmayer mit der Gültigkeit auch für eine Begleitperson zur Fehrt auf der Strecke Favoritenstraße—Sternwartestraße für das Schuljahr 1907/08. (Angenommen.)

(13309, St. Str. B. 9763/17, 0.) St.-R. Schwer referiert über die Anschaffung von Regenmänteln für Zwecke der städtischen Straßenbahnen pro 1908 und beantragt, die Anschaffung von 1000 Stück Öltuch-Regenmänteln um den Kostenbetrag von 15.000 K bei der Firma M. J. Elsinger & Söhne zu genehmigen.

(Angenommen.)

(13164, St. S. 887.) St.-R. Schwer referiert über das Ansuchen des k. u. k. Rittmeisters Ferdinand Strobl um Bewilligung zur photographischen Reproduktion von zwei im Besitze der Gemeinde Wien befindlichen Bildern (Eduard Ender: „Begegnung Mozart's mit Kaiserin Maria Theresia im Augarten" und Wollmuth: „Die Eröffnungsfahrt auf der Kaiser Ferdinands-Nordbahn") und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(13300, St. Str. B. 10015/32, 0.) St.-R. Schwer referiert über das Ansuchen des Raimund-Theatervereines um mietweise Überlassung eines Teiles der alten, nicht in Verwendung stehenden Wagenhalle im Bahnhofe Breitensee, XIII., Matzingerstraße, zu Depotzwecken und beantragt, dem genannten Vereine den im vorgelegten Plane rot lasierten Teil der erwähnten Wagenhalle gegen vierteljährige Kündigung, Zahlung eines Mietzinses von 600 K und unter den sonst von der Straßenbahn-Direktion gestellten Bedingungen zu vermieten. (Angenommen.)

(13477, M. A. V, 2040.) St.-R. Schwer referiert über die Beschwerde der Allgem. österr. Elektrizitäts-Gesellschaft gegen die vom Magistrate als Lokalpolizeibehörde aus Verkehrsrücksichten ausgesprochene Untersagung der Herstellung des Hausanschlusses VIII., Josefstädterstraße 50 (Neue Wiener Handelsakademie) und beantragt, der Beschwerde mit Rücksicht auf die obwaltenden Zwecke des Unterrichtes ausnahmsweise unter der Bedingung Folge zu geben, daß der Anschluß bei Nacht ausgeführt wird. (Angenommen.)

(13471, M. A. III, 3704.) St.-R. Schwer referiert über das Ansuchen des Vereines zum Schutze und zur Erhaltung der Kunstdenkmäler Niederösterreichs um Bewilligung einer Subvention pro 1906 und 1907 und beantragt die Bewilligung einer Subvention von je 600 K für die Jahre 1906 und 1907, gleichwie im Jahre 1905. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13621, St. Str. B. 10256/54, 4.) **St.-R. Schneider** referiert über die Verlängerung des Betriebes in der Winterfahrplanperiode 1907/08 der städtischen Straßenbahnen und beantragt, zu genehmigen, daß der Betriebsschluß in der Winterfahrplanperiode 1907/08, d. i. vom 16. Oktober 1907 bis zum 15. April 1908 um eine Viertelstunde später erfolgt, als dies in der Winterfahrplanperiode 1906/07 der Fall war.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13560, M. A. III, 4918.) **St.-R. Hörmann** referiert über die Herstellung einer Baumpflanzung in der Vorderen Zollamtsstraße und beantragt:

Die Herstellung einer Baumpflanzung in der Vorderen Zollamtsstraße in der Strecke von der Radetzkybrücke bis zu dem Zollamtsstege im III. Bezirke wird gemäß den Anträgen der Lokalaugenscheins-Kommission vom 5. Oktober 1907 mit einem bedeckten Kostenbetrage von 2500 K, wovon 2200 K auf die gärtnerischen Herstellungen und 300 K auf die Aufstellung eines Spritzhydranten entfallen, genehmigt.

Die gärtnerischen Arbeiten sind von der Stadtgarten-Direktion in eigener Regie, die technischen Herstellungen vom Stadtbauamte im kurrenten Wege sofort vorzunehmen.

Rohre und Maschinenbestandteile sind dem städtischen Vorrate zu entnehmen.

Für die Bewässerung der Baumpflanzung wird eine tägliche Wassermenge von 9 hl aus der Hochquellenleitung während der Sommermonate bewilligt.

Der in der Vorderen Zollamtsstraße nächst der Radetzkybrücke bestehende Aufstellungsplatz für vier Streifwagen ist anderweitig zu verlegen. (Angenommen.)

(13254, M. A. XIV, 5341.) St.-R. Hörmann referiert über das Ansuchen der Firma Clayton & Shuttleworth um Bekanntgabe der Baulinien- und Verbauungsbestimmungen für den Rudolf v. Altplatz im III. Bezirke und beantragt:

1. Die Baulinien für den Rudolf v. Altplatz werden nach den im Plane St.-B.-Z. 1549, XIII/07, mit a b c d e f g h (rot) bezeichneten Linien abgeändert.

2. Die infolge dieser Baulinienänderung erforderlich werdende Abtretung von Grundteilen in das öffentliche Gut und Einbeziehung von Teilen des öffentlichen Gutes in die Verbauung findet statt, ohne daß von einer Seite eine Aufzahlung zu erfolgen hätte.

Die Übertragung von Grundteilen in das öffentliche Gut ist lastenfrei zu bewerkstelligen.

Die Gemeinde genehmigt zu diesem Zwecke die Ausfertigung der erforderlichen Freilassungs-Erklärung bezüglich der zu ihren Gunsten haftenden Reallasten auf Kosten der Firma Clayton & Shuttleworth.

Durch die Einbeziehung von Teilen des öffentlichen Gutes in die Verbauung erwächst der genannten Firma kein Anspruch auf Rückgabe eines Teiles des von ihr zu den Herstellungskosten der Straßen- und Platzanlagen geleisteten Beitrages von 60.000 K.

Alle Kosten der Einrichtung und Durchführung des Rechtsgeschäftes, bezüglich der neuen Grundabtretung und -Einbeziehung, sowie die Übertragungsgebühren hat die Firma Clayton & Shuttleworth zu tragen.

3. Punkt 4 des Gemeinderats-Beschlusses vom 11. Mai 1906, Z. 5199, wird durch folgenden Zusatz ergänzt:

„Die Inanspruchnahme der Höfe für allfällige Stiegen- und Abortausbauten, deren Tiefe das Maß von 3 m nicht überschreitet, ist zulässig."

4. Der Umparzellierung der um den Rudolf v. Altplatz liegenden Gründe von 13 auf 11 Baustellen im Sinne der von der Firma Clayton & Shuttleworth beigebrachten Planskizze wird die grundsätzliche Zustimmung erteilt. Jedoch sind den Vorschriften der Bau-Ordnung entsprechende neue Abteilungspläne zur Genehmigung vorzulegen und es wird für diesen Zeitpunkt die Festsetzung der entsprechenden Bedingungen vorbehalten.

(Angenommen; Punkte 1, 2 und 3 an den Gemeinderat.)

(Schluß der Sitzung.)

(Richtigstellungen.) In dem im Amtsblatte Nr. 79 abgedruckten stenographischen Berichte über die öffentliche Gemeinderats-Sitzung vom 27. September 1907 ist auf Seite 2225, I. Spalte bei Nr. 25, nach den Worten:

„Antrag des **Gem.-Rates Dr. Mittler:**" der Satz **einzufügen:**

„Die fortschrittlichen Gemeinderäte, vielleicht auch solche anderer Parteien, erhielten in den letzten Tagen das Schreiben folgenden Inhalts:"

*

In dem im Amtsblatte Nr. 83 abgedruckten stenographischen Berichte über die öffentliche Gemeinderats-Sitzung vom 11. Oktober 1907, hat die Rede des Gem.-Rates Hoß auf Seite 2366, I. Spalte im zweiten Absatze, Zeile 25 bis 31 von oben, folgendermaßen **richtig** zu lauten:

„Nun hat es sich aber gezeigt, daß der Platz für diesen Zweck zu klein ist und da mußte sich der Krankenanstaltenfonds nun mit den Anrainern ins Einvernehmen setzen. Es handelt sich um Gründe im Ausmaße von 11.000 m², die der Krankenanstaltenfonds ankaufen soll. Nun liegt aber zwischen diesen Gründen und dem, den wir überlassen haben, eine Straße, die zum Spitalbau erforderlich ist. Wenn wir nun beschließen, die Straße aufzulassen, so ist die Frage gelöst und es wird, wie ich in der Statthalterei erfahren habe, der Bau in Angriff genommen werden können."

Gemeinderats-Ausschuß

für die

Verleihung des Heimatrechtes und des Bürgerrechtes

Bericht

über die Sitzung des Gemeinderats-Ausschusses für die Verleihung des Heimatrechtes und Bürgerrechtes der Stadt Wien vom **26. September 1907.**

Vorsitzender: Obmann-Stellvertreter G.-R. Ferdinand Gräf.

Anwesende: Bäßler, Breuer, Dechant, Dürbeck, Ritter v. Findenigg, Götz, Hallmann, Hölzl, Hoß, Kurz, Nettrich, Oppenberger, Pichler, Rain, Rykl, Straßer, Wesselý, Wimberger.

Entschuldigt: G.-R. Bielohlawek, Brenta, Jelinek, Poyer, Sturm.

Beigezogen: Magistratsrat Lachmayer.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär Böttger.

Obmann-Stellvertreter G.-R. Ferdinand Gräf eröffnet die Sitzung.

(12256.) **G.-R. Hallmann** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Vinzenz Martinek, Hauptvertreter der Landes-Versicherungsanstalten, Bezirksrat und Armenrat;

Rudolf Herold, Goldarbeiter. (V. Bezirk.)

(Angenommen.)

(12291.) **G.-R. Wimberger** referiert über das Gesuch des Ludwig Resch, Hausbesitzer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XV. Bezirk.)

(Angenommen.)

(8674.) G.-R. Wimberger referiert über das Gesuch des Eduard Schönbach, Fabriksbeamter, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XV. Bezirk.)

(Angenommen.)

(8694.) G.-R. Wimberger referiert über das Gesuch des Leopold Metzner, Drechslermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XV. Bezirk.)

(Angenommen.)

(8673.) G.-R. Wimberger referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Johann Böhm, Kranken- und Leichenvereinskassier;

Anton Vogel, Gemischtwarenhändler;

Karl Gratl, Metalldruckermeister. (XV. Bezirk.)

(Angenommen.)

(12293.) G.-R. Wimberger referiert über das Gesuch des Ludwig Sauer, Fleischselchermeister und Fuhrwerksbesitzer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XV. Bezirk.) (Angenommen.)

(12309.) **G.-R. Straßer** referiert über das Gesuch des Franz Fröhlich, Gas- und Wasserleitungs-Installateur, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XX. Bezirk.) (Angenommen.)

(12310.) G.-R. Straßer referiert über das Gesuch des Alois Wieser, Fabriksbeamter, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XX. Bezirk.)
(Angenommen.)

(12287.) **G.-R. Bäßler** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Franz Patek, Tischlermeister;
Anton Jech, Kürschnermeister;
Michael Antl, Wildbret- und Geflügelhändler. (XIV. Bezirk.)
(Angenommen.)

(12282.) G.-R. Bäßler referiert über das Gesuch des Robert Schäfer, Gastwirt, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.)
(Angenommen.)

(12493.) G.-R. Bäßler referiert über das Gesuch des Anton Simon, Tischlermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.)
(Angenommen.)

(12283.) G.-R. Bäßler referiert über das Gesuch des Vinzenz Hasek, Maurermeister und Hausbesitzer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.) (Angenommen.)

(12290.) G.-R. Bäßler referiert über das Gesuch des Johann Jahn, Gemischtwaren-Verschleißer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.) (Angenommen.)

(12288.) G.-R. Bäßler referiert über das Gesuch des Johann Döll, Realitätenbesitzer und Bezirksrat, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.)
(Angenommen.)

(12285.) G.-R. Bäßler referiert über das Gesuch des Johann Hänfling, Tischlermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.)
(Angenommen.)

(12284.) G.-R. Bäßler referiert über das Gesuch des Josef Feinermann, Fleisch- und Selchwaren-Verschleißer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.) (Angenommen.)

(12286.) G.-R. Bäßler referiert über das Gesuch des Franz Krivanek, Drechslermeister und Hausbesitzer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.) (Angenommen.)

(12289.) G.-R. Bäßler referiert über das Gesuch des Johann Ruthner, Gastwirt, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.)
(Angenommen.)

(8687.) **G.-R. Oppenberger** referiert über das Gesuch des Ignaz Nemec, Schuhmachermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.)
(Angenommen.)

(4365.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch des Johann Hajny, Schneidermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.)
(Angenommen.)

(4366.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch des Franz Baldia, Bierabtrager, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.)
(Angenommen.)

(3490.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch des Franz Pech, Schuhmachermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.)
(Angenommen.)

(7640.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch des Peter Harrer, Schuhmachermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.)
(Angenommen.)

(12584.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch des Gustav Appelt, Hilfsbeamter der Donau-Dampfschiffahrts-gesellschaft, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.) (Angenommen.)

(12246.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch des Jakob Adamovic, Friseurgeschäftsinhaber, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.) (Angenommen.)

(12249.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch des Anton Rakousky, Schuhmachermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.) (Angenommen.)

(12247.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch des Karl Mayer, Gastwirt, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.)
(Angenommen.)

(12273.) **G.-R. Rain** referiert über das Gesuch des Ludwig Supancic, Privatier und Hausbesitzer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (VIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12275.) G.-R. Rain referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Johann Hahn, Schlossermeister,
Franz Serda, Tischlermeister. (VIII. Bezirk.)
(Angenommen.)

(12495.) G.-R. Rain referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Johann Zelenka, Gemischtwaren-Verschleißer,
Karl Fromm, Mithauseigentümer. (VIII. Bezirk.)
(Angenommen.)

(12302.) **G.-R. Dechant** referiert über das Gesuch des Johann Cselko, Bäckermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12305.) G.-R. Dechant referiert über das Gesuch des Josef Harnisch, Kaffeesieder und Hausbesitzer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12304.) G.-R. Dechant referiert über das Gesuch des Ferdinand Vocke, Zuckerbäckermeister und Armenrat, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

G.-R. Götz referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

(12280.) Karl Hellner, Bildhauermeister;

(12281.) Thomas Mucek, Tischlermeister;

Johann Fiedler, Wagnermeister und Hausmiteigentümer. (XII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12278.) **G.-R. Nettrich** referiert über das Gesuch des Anton Velas, Grünwaren-Verschleißer und Kleinfuhrwerksbesitzer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (X. Bezirk.) (Angenommen.)

(12277.) G.-R. Nettrich referiert über das Gesuch des Josef Sprenger, Gastwirt, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (X. Bezirk.) (Angenommen.)

(7630.) G.-R. Nettrich referiert über das Gesuch des Johann Winter, Gastwirt, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (X. Bezirk.) (Angenommen.)

(12306.) **G.-R. Hölzl** referiert über das Gesuch des Josef Gröger, Werkführer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIX. Bezirk.) (Angenommen.)

(12307.) G.-R. Hölzl referiert über das Gesuch des Martin Grois, Schneidermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIX. Bezirk.) (Angenommen.)

(12308.) G.-R. Hölzl referiert über das Gesuch des Karl Gaugger, Hausbesitzer, Holz- und Kohlenhändler, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIX. Bezirk.) (Angenommen.)

G.-R. Dürbeck referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

(12276.) Karl Ehrenhammer, Kleinhändler mit Brennholz;

Anton Bayer, Schneidermeister;

Laurenz Scholdan, Glasermeister;

Karl Frey, Buchhalter;

(6653.) Josef Himmel, Schneidermeister. (IX. Bezirk.) (Angenommen.)

(12279.) **G.-R. Kurz** referiert über das Gesuch des Theodor Wiala (Fiala), Deichgräber und Hausbesitzer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12494.) G.-R. Kurz referiert über das Gesuch des Franz Wystreil, Gastwirt und Hausbesitzer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XI. Bezirk.) (Angenommen.)

(7635.) **G.-R. Hoß** referiert über das Gesuch des Karl Mattauch, Verschleißer von Hutwaren, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XXI. Bezirk.) (Angenommen.)

G.-R. Ritter v. Findenigg referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

(12245.) Anton Fogl, Schuhmachermeister und Bezirksrat;

(12244.) Johann Novak, Holz- und Kohlen-Verschleißer;

Heinrich Hajek, Pferdedecken-Einfasser;

Ernest Pauler, Metallschlägermeister und Armenrat. (III. Bezirk.) (Angenommen.)

(12272.) **G.-R. Pichler** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Franz Chvatal, Stukkaturermeister;

Johann Jane, Fragner;

Johann Ziehrer, Gold- und Silberarbeiter;

Franz Maurer, Gastwirt. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12271) G.-R. Pichler referiert über das Gesuch des Lorenz Lachinger, Fleischselcher, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12269.) G.-R. Pichler referiert über das Gesuch des Vinzenz Mizgajski, Trödler, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12583.) G.-R. Pichler referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Josef Philippi, Hilfsbeamter und Hausbesitzer;

Ignaz Hackl, Schneidermeister. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(5425.) **G.-R. Rykl** referiert über das Gesuch des Nikolaus Klimes, Schneidermeister und Hausbesitzer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12268.) **G.-R. Wessely** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Georg Brslica, Schuhoberteil-Erzeuger;

Albert Dofer, Bernsteinwaren-Erzeuger;
Valentin Dolezal, Hutmachermeister. (VI. Bezirk.)
(Angenommen.)

(9603.) G.-R. Weffely referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Ludwig Hammer, Handelsangestellter;
Hugo Flooh, Privatbeamter. (VI. Bezirk).
(Angenommen.)

(12267.) G.-R. Weffely referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Franz Kantner, Schuhmachermeister;
Albert Gaffelsberger, Bürstenmachermeister. (VI. Bezirk.)
(Angenommen.)

(12266.) G.-R. Weffely referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Theodor Schmidt, Graveurmeister;
Ludwig Drha, Etuimachermeister. (VI. Bezirk.)
(Angenommen.)

(12259.) G.-R. Weffely referiert über das Gesuch des Gustav Hofmann, Maurermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (VI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12251.) **G.-R. Rain** (für G.-R. Bielohlawek) referiert über das Gesuch des Johann Gmeiner, Versicherungsbeamter, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (I. Bezirk.) (Angenommen.)

(12250.) G.-R. Rain (für G.-R. Bielohlawek) referiert über Gesuche um Verleihnng des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Johann Meloun, Stadtträger;
Karl Spiegl, Portier. (I. Bezirk.) (Angenommen.)

(10659.) **G.-R. Pechant** referiert über das Gesuch des Franz Brandl, Asphaltunternehmer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.)
(Angenommen.)

(12297.) **G.-R. Hoß** (für G.-R. Jelinek) referiert über das Gesuch des Franz Auredniček, Schuhmachermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12296.) G.-R. Hoß (für G.-R. Jelinek) referiert über das Gesuch des Jakob Migl, Gemischtwaren-Verschleißer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12299.) G.-R. Hoß (für G.-R. Jelinek) referiert über das Gesuch des Johann Reindl, Gemischtwaren-Verschleißer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12300.) G.-R. Hoß (für G.-R. Jelinek) referiert über das Gesuch des Alois Firnstein, Pflasterermeister und Hausbesitzer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.) (Angenommen.)

G.-R. Hoß (für G.-R. Jelinek) referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:
(12295.) Anton Paschinger, Brunnenmeister;
Karl Langer, Pfeifenbeschlägermeister;
(12294.) Josef Dziurzynski, Fleischhauer. (XVI. Bezirk.)
(Angenommen.)

(12380.) **G.-R. Wimberger** referiert über das Gesuch der Johanna Wollner, Magazineurin, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XV. Bezirk.) (Angenommen.)

(12389.) **G.-R. Straßer** referiert über das Gesuch des Ignaz Sabolic, Friseur, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XX. Bezirk.) (Angenommen.)

(12366.) **G.-R. Oppenberger** referiert über das Gesuch des Kajetan Szakatsits, Magazineur-Oberaufseher der Nordbahn, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.)
(Angenommen.)

(12368.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch des Karl Gerst, Anstreichermeister, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.) (Angenommen.)

(12317.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch des Josef Stump, Maschinen-Ingenieur, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.) (Angenommen.)

(10327.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch der Anna Jerzabek, Hilfsbeamtin der städtischen Straßenbahnen, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährnng. (II. Bezirk.) (Angenommen.)

(12314.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch des Dr. Josef Harasser, Sekundararzt des Leopoldstädter Kinderspitales, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.)
(Angenommen.)

(12316.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch der Josefa Jirousek, Briefträgerswitwe, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.) (Angenommen.)

(12315.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch der Marie Pöhlmann, Gemischtwaren-Verschleißerin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.) (Angenommen.)

(12318.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch des Franz Miks, Beamter, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.) (Angenommen.)

(12375.) **G.-R. Rain** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des VIII. Bezirkes und beantragt die Zusicherung der Aufnahme an:

Theresia Gradl, Redakteurswitwe;
Theresia Gradl, Private;
Julius Gradl, Volontär;
Hildegarde Gradl, Private. (Angenommen.)

(12378.) **G.-R. Götz** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XII. Bezirkes und beantragt die Zusicherung der Aufnahme an:

Elisabeth Weszelits, Geflügelhändlerin;
Elisabeth Eichinger, Hilfsarbeiterin. (Angenommen.)

(12376.) **G.-R. Nettrich** referiert über das Gesuch des Josef Reil, Magazineur, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (X. Bezirk.) (Angenommen.)

(12377.) **G.-R. Kunz** referiert über das Gesuch des Patriz Weber, Hilfsarbeiter am Zentral-Friedhof, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(12390.) **G.-R. Hoß** referiert über das Gesuch des Gustav Ewald, Hilfsarbeiter, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XXI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12391.) G.-R. Hoß referiert über das Gesuch des Karl Kraker, Pferdehändler, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XXI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12382.) G.-R. Hoß (für G.-R. Jelinek) referiert über das Gesuch der Philomena Friedrich, Federnschmückerin, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12498.) **G.-R. Ritter v. Findenigg** referiert über das Gesuch des Karl Kreppl, Unterbeamter der Dampftramway-Gesellschaft, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (III. Bezirk.) (Angenommen.)

(12420.) G.-R. Ritter v. Findenigg referiert über das Gesuch des Philipp Blau, um Herabsetzung der Taxe für die nach § 5 der Heimatgesetznovelle erlangte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(12497.) G.-R. Ritter v. Findenigg referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des III. Bezirkes und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Johann Altenhofer, Aspirant;
Olga Fischer, Lehrerin. (Angenommen.)

(10331.) **G.-R. Pichler** referiert über das Gesuch des Alexander Szobolitz, Geschäftsdiener, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(10330.) G.-R. Pichler referiert über das Gesuch des Michael Hirsch, Friseur, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(10329.) G.-G. Pichler referiert über das Gesuch der Agnes Lazarevic, Kindsfrau, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(7557.) **G.-R. Rykl** referiert über das Gesuch des Ludwig Kendrey, Gold- und Silberarbeiter, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12383.) G.-R. Rykl referiert über das Gesuch der Augustine Wellner, Bedienerin, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVII. Bezirk.) (Angenommen.)

(10332.) G.-R. Rykl referiert über das Gesuch des Michael Kovarovics, Taglöhner, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12385.) G.-R. Rykl referiert über das Gesuch des Adalbert Wolf, Maschinenschlosser, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12387.) **G.-R. Dechant** referiert über das Gesuch des Josef Keck, Privatbeamter, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12386.) G.-R. Dechant referiert über das Gesuch des Valentin Zeileis, Privatier, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12388.) G.-R. Dechant referiert über das Gesuch des Dr. Adalbert Gerebenyi, Vize-Referent der Bodenkreditanstalt, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12374.) **G.-R. Wessely** referiert über das Gesuch des Max Salvinetti, Werkmeister, um Zusicherung der Aufnahme

in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12373.) G.-R. Wessely referiert über das Gesuch des Josef Kozar, Klubdiener, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12252.) **G.-R. Breuer** referiert über das Gesuch des Wilhelm Grimm, Maschinenmeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.) (Angenommen.)

(12496.) G.-R. Breuer referiert über das Gesuch des Johann Karasek, Tapezierermeister und Hausbesitzer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.) (Angenommen.)

(12242.) G.-R. Breuer referiert über das Gesuch des Johann Völkl, Maschinenmeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.) (Angenommen.)

(12371.) G.-R. Breuer referiert über das Gesuch des Viktor Jäger, Beamter, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.) (Angenommen.)

(9187.) **G.-R. Rain** (für G.-R. Bielohlawek) referiert über das Gesuch des Viktor Krauß, Assekuranzbeamter, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (I. Bezirk.) (Angenommen.)

(9186.) G.-R. Rain (für G.-R. Bielohlawek) referiert über das Gesuch der Marie Schießinger, Kleidermacherin, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (I. Bezirk.) (Angenommen.)

(8807.) G.-R. Rain (für G.-R. Bielohlawek) referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des I. Bezirkes und beantragt die Zusicherung der Aufnahme an:

Josef Nemeth, Kaffeehausbesitzer;
Andreas Ulicsny, Portier;
Johann Gieb, k. u. k. Armeediener. (Angenommen.)

(12363.) G.-R. Rain (für G.-R. Bielohlawek) referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des I. Bezirkes und beantragt die Zusicherung der Aufnahme an:

Magerdicz Sukias, Wäsche-Erzeuger;
Mathias Konrad, Herrschaftsdiener;
Josef Maczejka, Grünwarenhändler. (Angenommen.)

(12362.) G.-R. Rain (für G.-R. Bielohlawek) referiert über das Gesuch des Matthäus Kaduch, Silberputzer, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12364.) G.-R. Rain (für G.-R. Bielohlawek) referiert über das Gesuch des Ladislaus Luksics, Geschäftsleiter, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (I. Bezirk.) (Angenommen.)

(12370.) **G.-R. Breuer** referiert über das Gesuch des Johann Becker, Privatbeamter, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.) (Angenommen.)

(12335.) **G.-R. Wimberger** referiert über das Gesuch der Antonia Witthalm, Hausbesorgerin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XV. Bezirk.) (Angenommen.)

(12333.) **G.-R. Bäßler** referiert über das Gesuch des Emil Joch, Werkstättenschreiber, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.) (Angenommen.)

(12334.) G.-R. Bäßler referiert über das Gesuch der Walpurga Poellerißer, Waschfrau, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.) (Angenommen.)

(12328.) **G.-R. Götz** referiert über das Gesuch des Karl Polasek, Schlossergehilfe, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12326.) G.-R. Götz referiert über das Gesuch des Heinrich Stuhr, Schlosser, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12327.) G.-R. Götz referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XII. Bezirkes und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Josef Malzer, Bäckergehilfe;
Theresie Veigl, Private;
Guido Werchota, absolvierter Jurist. (Angenommen.)

(10322.) **G.-R. Nettrich** referiert über das Gesuch des Josef Zanda, Hilfsarbeiter, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (X. Bezirk.) (Angenommen.)

(12348.) **G.-R. Hölzl** referiert über das Gesuch des Anton Kirchhofer, Hilfsarbeiter der städtischen Straßenbahnen, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIX. Bezirk.) (Angenommen.)

(12349.) G.-R. Hölzl referiert über das Gesuch des Vinzenz Rohrbeck, Gärtnergehilfe, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIX. Bezirk.) (Angenommen.)

(12350.) G.-R. Hölzl referiert über das Gesuch der Leopoldine Fasching, Gärbereipächterin, um Aufnahme in den

Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung unter Nachsicht der Taxe für die minderjährigen ehelichen Kinder. (XIX. Bezirk.) (Angenommen.)

(12581.) G.-R. Hölzl referiert über das Gesuch des Stephan Glogowatz, Hilfsarbeiter der städtischen Straßenbahnen, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIX. Bezirk.) (Angenommen.)

(12312.) G.-R. Hölzl (für G.-R. Poyer) referiert über das Gesuch des Friedrich Veidl, Schlosser, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12329.) G.-R. Hölzl (für G.-R. Poyer) referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XIII. Bezirkes und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Georg Klampfl, Laborant;
Johann Zaluda, Kontorist. (Angenommen.)

(12330.) G.-R. Hölzl (für G.-R. Poyer) referiert über das Gesuch des Julius Hochegger, Hilfsarbeiter, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12331.) G.-R. Hölzl (für G.-R. Poyer) referiert über das Gesuch der Anna Rossi, Stickerin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIII. Bezirk). (Angenommen.)

(12332.) G.-R. Hölzl (für G.-R. Poyer) referiert über das Gesuch des Robert Haas, Schlosser, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12379.) G.-R. Hölzl (für G.-R. Poyer) referiert über das Gesuch der Marie May, Dienstmädchen, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12325.) **G.-R. Kunz** referiert über das Gesuch des Josef Launek, Fleischhauergehilfe, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XI. Bezirk.) (Angenommen.)

(10658.) **G.-R. Hoß** referiert über das Gesuch des Nikolaus Wilhelm, Schmiedgehilfe, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XXI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12351.) G.-R. Hoß referiert über das Gesuch der Julie Ubell, Lehramtskandidatin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XXI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12352.) G.-R. Hoß referiert über das Gesuch des Josef Strobl, Handlanger, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XXI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12353.) G.-R. Hoß referiert über das Gesuch der Antonia Bönisch, Lehramtskandidatin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XXI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12354.) G.-R. Hoß referiert über das Gesuch des Leopold Kügler, Verzehrungssteuerbesteller, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XXI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12355.) G.-R. Hoß referiert über das Gesuch des Johann Schuh, Maschinenschlosser, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XXI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12356.) G.-R. Hoß referiert über das Gesuch des Josef Svoboda, Gefällsaufseher, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XXI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12357.) G.-R. Hoß referiert über das Gesuch des Emanuel Kavecka, Lehrerin in St. Pölten, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(12358.) G.-R. Hoß referiert über das Gesuch des Karl Kathrein, prov. städt. Förster in Naßwald, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12359.) G.-R. Hoß referiert über das Gesuch des Johann Resinger, Bauer in Zistersdorf, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(12360.) G.-R. Hoß referiert über das Gesuch der Marie Heinrich, Lehramtskandidatin in Schwechat, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(12361.) G.-R. Hoß referiert über das Gesuch des Theodor Hirsch, Privatbeamter in Schwechat, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(12542.) G.-R. Hoß referiert über das Gesuch der Therese Metzler, Lehrerin in Frohsdorf, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(12490.) G.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Matthias Mensik um Ratenbewilligung zur Zahlung der vorgeschriebenen Zuständigkeitstaxe per 200 K und beantragt die Bewilligung von vierteljährigen aufeinanderfolgenden Raten von je 50 K. (Angenommen.)

(12541.) G.-R. Hoß referiert über das Gesuch des Stephan Kobilik um Nachsicht der Taxe für die erlangte freiwillige Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Ablehnung des Ansuchens aus prinzipiellen Gründen und Widerrufung des Beschlusses vom 7. Juni 1907, Pr.-Z. 4014. (Angenommen.)

(12336.) G.-R. Hoß (für G.-R. Jelinek) referiert über das Gesuch der Marie Weyr, Private, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12338.) G.-R. Hoß (für G.-R. Jelinek) referiert über das Gesuch der Anna Walter, Vereinskassierin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.) (Angenommen

(12339.) G.-R. Hoß (für G.-R. Jelinek) referiert über das Gesuch der Katharina Ruthner, Fabriksarbeiterin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12340.) G.-R. Hoß (für G.-R. Jelinek) referiert über das Gesuch des Franz Steinbauer, Kutscher, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12582.) G.-R. Hoß (für G.-R. Jelinek) referiert über das Gesuch des Friedrich Singer, Kanzlist, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12942.) G.-R. Hoß (für G.-R. Jelinek) referiert über das Gesuch des Josef Baumgartner, ohne Beruf, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.) (Angenommen.)

(10321.) **G.-R. Pichler** referiert über das Gesuch des Adolf Thöndel, Geschäftsdiener, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (V I. Bezirk.) (Angenommen.)

(10326.) G.-R. Pichler referiert über das Gesuch der Josefa Diepold, Wirtschafterin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(10328.) G.-R. Pichler referiert über das Gesuch des Matthäus Helmreich, technischer Beamter der städtischen Elektrizitätswerke, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12325.) G.-R. Pichler referiert über das Gesuch des Josef Launek, Fleischhauergehilfe, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12341.) **G.-R. Rykl** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XVII. Bezirkes und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Franz Hejny, Geschäftsdiener;

Karl Petrak, k. k. Rechtspraktikant. (Angenommen.)

(12342.) G.-R. Rykl referiert über das Gesuch des Alphons Ronzal, Hilfsarbeiter, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12343.) G.-R. Rykl referiert über das Gesuch des Franz Hynek, Brotführer, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12345.) G.-R. Rykl referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XVII. Bezirkes und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Franz Wessely, Hilfsarbeiter der Straßenbahnen;

Karl Kitschke, Hilfsarbeiter der Straßenbahnen. (Angenommen.)

(12384.) G.-R. Rykl referiert über das Gesuch des Emil Freiherrn Konrad v. Konradstein, k. u. k. Hof- und Ministerial-Sekretär, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVII. Bezirk.) (Angenommen.)

(8735.) **G.-R. Rain** (für G.-R. Bielohlawek) referiert über das Gesuch der Betha Prüger, Lehramtskandidatin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (I. Bezirk.) (Angenommen.)

(12311.) G.-R. Rain (für G.-R. Bielohlawek) referiert über das Gesuch des Ferdinand Tertsch, Feuerwehrmann, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (I. Bezirk.) (Angenommen.)

(12313.) G.-R. Rain (für G.-R. Bielohlawek) referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des I. Bezirkes und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Dr. Erwin Lazar, prakt. Arzt;

Anna Streichsbier, Köchin. (Angenommen.)

(12372.) **G.-R. Wessely** referiert über das Gesuch des Karl Thürridl, Werkmeister, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12324.) G.-R. Wessely referiert über das Gesuch des Viktor Kraus, Handlungsgehilfe, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12321.) **G.-R. Breuer** referiert über das Gesuch des Franz Bergmann, technischer Adjunkt der Südbahn, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.) (Angenommen.)

(12489.) **G.-R. Hoß** referiert über das Gesuch des Anton Pecigus um Herabsetzung der Taxe für die nach § 5 der

Heimatgesetznovelle erlangte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Herabsetzung der Taxe auf 200 K. (Angenommen.)

(10333.) G.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Franz Zarka um Ratenbewilligung zur Zahlung der vorgeschriebenen Einbürgerungstaxe per 100 K und beantragt die Bewilligung von Monatsraten von je 10 K. (Angenommen.)

(12437.) G.-R. Hoß (für G.-R. Jelinek referiert über das Gesuch des Adolf Springer um Herabsetzung der Taxe für die nach § 5 der Heimatgesetznovelle erlangte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

G.-R. Hoß (für G.-R. Jelinek) referiert über Gesuche von Parteien aus dem XVI. Bezirke um Herabsetzung der Taxe für die nach § 5 der Heimatgesetznovelle erlangte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Herabsetzung der Taxe für:

(12456.) Barbara Danszky, auf 100 K;
(12438.) Heinrich Bischoff, auf 50 K;
(12439.) Michael Sefcsik, auf 200 K;
(12455.) Josef Krismanits, auf 50 K;
(12440.) Martin Reßner, auf 200 K;
Heinrich Johann Rotarides, auf 50 K.
(Angenommen.)

G.-R. Hoß referiert über die Ausgemeindung von Personen aus dem Wiener Gemeindeverband im Sinne der Heimatgesetznovelle und beantragt, die Aufnahme nachbenannter Personen in den Heimatverband der angeführten Gemeinde zu erwirken:

(12392.) Johann Prankl, Krumau;
(12393.) Karl Ruzicka, Inzersdorf;
(12394.) August Harthum, Preßbaum;
(12395.) Michael Schindler, Biedermannsdorf;
(12396.) Antonia Sitzenkopf, Graz;
(12397.) Franz Dvorak, Ober-Laa;
(12398.) Alfred Weber, Perchtoldsdorf;
(12399.) Adolf Ohnheiser, Neutitschein;
(12400.) Katharina Albrecht, Lundenburg;
(12401.) Anton Buzi, Atzgersdorf. (Angenommen.)

(12406.) G.-R. Hoß referiert über die Geltendmachung des Anspruches auf Aufnahme von Angehörigen der Gemeinde Wien in den Heimatverband der Aufentsaltsgemeinde auf Grund der Heimatgesetznovelle und beantragt, die Mag.-Abt. XI a zu ermächtigen, in jedem Falle, wo die Notwendigkeit und die Voraussetzungen für eine Ausgemeindung gemäß § 2 und 4 der Heimatgesetznovelle gegeben sind, den Anspruch auf Aufnahme in den Heimatverband der Aufenthaltsgemeinde unverzüglich geltend zu machen, ohne für jeden einzelnen Fall vorerst die Genehmigung des Heimatrechts-Ausschusses einholen zu müssen und diese Genehmigung erst nach Erhebung des Heimatrechtsanspruches zu erwirken. (Angenommen.)

G.-R. Wimberger referiert über Gesuche von Parteien aus dem XV. Bezirke um Herabsetzung der Taxe für die nach § 5 der Heimatgesetznovelle erlangte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Herabsetzung der Taxe für:

(12488.) Hermann Lehmann auf 200 K.
Abzuweisen:
(12436.) Hermann Josef Rosenfeld. (Angenommen.)

(8816.) G.-R. Wimberger referiert über das Gesuch des Josef Leitner um Herabsetzung der Taxe für die freiwillige Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Abweisung aus prinzipiellen Gründen. (Angenommen.)

(12500.) **G.-R. Straßer** referiert über das Gesuch des Matthias Eibeck um Herabsetzung der Taxe für die nach § 5 der Heimatgesetznovelle erlangte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Herabsetzung der Taxe auf 200 K. (Angenommen.)

G.-R. Bäßler referiert über Gesuche von Parteien aus dem XIV. Bezirke um Herabsetzung der Taxe für die nach § 5 der Heimatgesetznovelle erlangte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Herabsetzung der Taxe für:

(12435.) Rudolf Dorsic auf 100 K;
(12433.) Josef Heider auf 200 K.
Abzuweisen:
(12434.) Emil Bernard. (Angenommen.)

G.-R. Götz referiert über Gesuche von Parteien aus dem XII. Bezirke um Herabsetzung der Taxe für die nach § 5 der Heimatgesetznovelle erlangte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Herabsetzung der Taxe für:

(12429.) Franz Malek auf 200 K;
Johann Schöll auf 100 K;
(12428.) Marie Riczky 50 K;
Josef Valachovic auf 100 K.
(Angenommen.)

G.-R. Nettrich referiert über Gesuche von Parteien aus dem X. Bezirke um Herabsetzung der Taxe für die nach § 5 der Heimatgesetznovelle erlangte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Herabsetzung der Taxe für:

(12424.) Ignaz Emmerich Kaloszeg auf 40 K;
(12425.) Leopold Zahora auf 200 K. (Angenommen.)

G.-R. Hölzl referiert über Gesuche von Parteien aus den XIX. Bezirke um Herabsetzung der Taxe für die nach § 5 der Heimatgesetznovelle erlangte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Herabsetzung der Taxe für:

(10427.) Georg Simic auf 200 K;
(10428.) Josef Nagy auf 300 K;
(12458.) Franz Suchanek auf 200 K;
(12459.) Arnold Zieler auf 400 K;
(12460.) Dionysius Kovács auf 200 K;
(12499.) Peter Bressan auf 400 K. (Angenommen.)

G.-R. Hölzl (für G.-R. Poyer) referiert über Gesuche von Parteien aus dem XIII. Bezirke um Herabsetzung der Taxe für die nach § 5 der Heimatgesetznovelle erlangte Zusicherung der Auf-

nahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Herabsetzung der Taxe für:

(12430.) Rudolf Casoli auf 100 K;
(12431.) Andreas Skubak auf 100 K;
(12432.) Anton Fuhrmann auf 100 K.

(Angenommen.)

G.-R. Kurz referiert über Gesuche von Parteien aus dem XI. Bezirke um Herabsetzung der Taxe für die nach § 5 der Heimatgesetznovelle erlangte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, abzuweisen:

(9752.) Josef Bendekovics;
(12427.) Ephraim Tauber;
(12425.) Johann Springer. (Angenommen.)

G.-R. Rykl (für G.-R. Bielohlawek) referiert über Gesuche von Parteien aus dem I. Bezirke um Herabsetzung der Taxe für die nach § 5 der Heimatgesetznovelle erlangte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Herabsetzung der Taxe für:

(12417.) Wilhelmine v. Halus auf 40 K.

Abzuweisen:

(12416.) Jonas Pollak;
Karl Geiringer. (Angenommen.)

(12346.) **G.-R. Dechant** referiert über das Gesuch des Georg Schuller, Straßenarbeiter, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12347.) G.-R. Dechant referiert über das Gesuch des Karl Polak, Kondukteur der Straßenbahn, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Taxe 10 K.) (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12457.) G.-G. Dechant referiert über das Gesuch des Sebastian Graf um Herabsetzung der Taxe für die nach § 5 der Heimatgesetznovelle erlangte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Herabsetzung der Taxe auf 200 K. (Angenommen.)

(12422.) **G.-R. Wessely** referiert über das Gesuch des Johann Kistner um Herabsetzung der Taxe für die nach § 5 der Heimatgesetznovelle erlangte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Herabsetzung der Taxe auf 200 K. (Angenommen.)

(9398.) **G.-R. Breuer** (für G.-R. Sturm) referiert über das Gesuch des Ludwig Hogen, Faßbindermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (V. Bezirk.) (Angenommen.)

(12421.) G.-R. Breuer referiert über das Gesuch der Mina Margarete Mudder um Herabsetzung der Taxe für die nach § 5 der Heimatgesetznovelle erlangte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Herabsetzung der Taxe auf 40 K. (Angenommen.)

Außerdem wurden Gesuche um Aufnahme beziehungsweise Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband auf Grund der Heimatgesetznovelle erledigt.

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(XVIII. Gemeindebezirk, Währing.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing **vom 20. September 1907.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Anton Baumann.**

Der **Vorsitzende** gibt seinem lebhaften Bedauern Ausdruck, daß er infolge der Ferien erst heute Gelegenheit habe, Herrn k. k. Hofrat Dr. Weiß, Direktor der k. k. Universitäts-Sternwarte Wien, in öffentlicher Sitzung namens der Bezirksvertretung aus Anlaß der Vollendung seines 70. Lebensjahres auf das Herzlichste zu beglückwünschen.

Er schließt mit dem Wunsche, daß es Herrn Direktor Dr. Weiß noch eine lange Reihe von Jahren vergönnt sein möge, im Dienste der Wissenschaft, zu deren hervorragendsten Zierden er gehöre, mit seiner unschätzbaren Kraft zu wirken zur Ehre Wiens und ganz Österreichs.

Die Versammlung, die sich von den Sitzen erhoben hatte, gibt durch lebhaften Beifall ihrer Zustimmung Ausdruck und ermächtigt den Vorsitzenden, von dieser Kundgebung Herrn Hofrat Dr. Weiß in geeigneter Weise in Kenntnis zu setzen.

Einlauf.

Dankschreiben des Herrn Bürgermeisters Dr. Karl Lueger für die von der Bezirksvertretung in ihrer Sitzung vom 26. Juli 1907 beschlossene Kundgebung aus Anlaß des von ihm im Abgeordnetenhause eingebrachten Antrages, betreffend Errichtung einer Alters- und Invaliditätsversicherung aller arbeitenden Stände.

Zur Kenntnis.

Dankschreiben des Herrn Magistrats-Direktors Dr. Richard Weiskirchner für die Beglückwünschung aus Anlaß seiner Wahl zum Präsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, Z. 1053/05, betreffend Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung in der Kutschkergasse und in den anschließenden Gassen im XVIII. Bezirke.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung VII, Z. 729, betreffend Genehmigung des Projektes für den Neubau eines Hauptunratskanales in der Haizingergasse zwischen der Lazaristengasse und Türkenschanzstraße mit dem Gesamtkostenerfordernisse von 5400 K.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung X, Z. 5656, betreffend Genehmigung der Herstellung von sechs einfachen und einer Doppelgruft im Pötzleinsdorfer Friedhofe mit dem Kostenerfordernisse von 4560 K.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI, Z. 5372/07, betreffend Benennung des von der Khevenhüllerstraße abzweigenden und dem Zuge des Feldweges „Pötzleinsdorfer Höhe" folgenden, als südliche Begrenzung des bei dem Neustifter Friedhofe geplanten Platzes nach Westen ziehenden Straßenzuges mit „Pötzleinsdorfer Höhe".

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII, Z. 2308, betreffend Errichtung eines Einspännerteilstandplatzes für zwei Einspännerwagen gegenüber dem Hause Nr. 145 Währingerstraße neben dem Trottoir vor der Gartenanlage 4 m oberhalb des Einlaufgitters straßenaufwärts.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII, Z. 3524, betreffend provisorische Errichtung eines Teilstandplatzes zum Einspännerstandplatze Währingergürtel 89/91 vor dem Hause Währingergürtel 107 für die Zeit vom 1. Mai bis Ende September.

Zur Kenntnis.

Zuschrift des k. k. Bezirks-Polizeikommissariates Währing, betreffend Mitteilung der von demselben über Antrag der Bezirksvertretung auf Abstellung des Dirnenunwesens in der Jörgerstraße, den längs des Stadtbahnviaduktes sich hinziehenden Parkanlagen, sowie unter den Toren der Häuser in den benachbarten Gassen getroffenen Verfügungen.

Zur Kenntnis.

Anträge.

B.-R. Guth beantragt folgende Kundgebung:

„Die Bezirksvertretung Währing begrüßt mit unbegrenzter Freude und Herzlichkeit die glückliche Rückkehr des hochgeschätzten Herrn Bürgermeisters und Führers Dr. Karl Lueger."

Einstimmiger begeisterter Beifall.

Der **Vorsitzende** erklärt, daß es ihm zu ganz besonderer Ehre gereichen werde, diese Kundgebung dem Herrn Bürgermeister zur Kenntnis zu bringen.

B.-R. Nowak beantragt, der Gemeinderat wolle den städtischen Ärzten für ihre außerordentliche Mehrleistung aus Anlaß der in den letzten Wochen vorgenommenen massenhaften Impfungen eine entsprechende Remuneration gewähren.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Horak stellt den Antrag, der Herr Bezirksvorsteher sei zu beauftragen, geeigneten Ortes die erforderlichen Schritte zu unternehmen, damit die seit langem einer Instandsetzung bedürftigen, seit der Wasserkatastrophe im Juli 1907 aber in einem geradezu verwahrlosten Zustande sich befindenden beiden Promenadewege in der Pötzleinsdorfer Allee nunmehr unverzüglich einer gründlichen Regulierung unterzogen werden, und weist darauf hin, daß die Regulierung dieser Wege bereits wiederholt Gegenstand von Interpellationen in den Sitzungen der Bezirksvertretung gewesen ist, in letzter Zeit auch den Gegenstand einer Beschwerde seitens der Bewohner jenes Bezirksteiles bildete, endlich schon seit Jahren das Studium des Stadtbauamtes in Anspruch nimmt.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Auinger stellt nachstehenden Antrag:

1. Der Gemeinderat wird ersucht, an die k. k. Regierung das Verlangen zu richten, die Frachtsätze für Kohle auf den Linien der österreichischen Staatsbahnen um 50 Prozent zu ermäßigen und die k. k. Regierung aufzufordern, schleunigst jene Maßnahmen zu treffen, welche das willkürliche Hinaufschrauben der Preise aller Lebens- und Bedarfsartikel verhindern.

2. Der Gemeinderat wird ersucht, die Lieferungen des Koks aus den städtischen Gaswerken derart zu regeln, daß die Wiener Kleinkohlenhändler bei einer erhöhten Nachfrage nach diesem Brennmateriale den an sie gestellten Anforderungen im kommenden Winter entsprechen können.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Dworak stellt den Antrag, den Gemeinderat zu ersuchen, dahin zu wirken:

Daß wegen der traurigen Erwerbsverhältnisse 50 Prozent der Erwerbsteuer für das heurige Jahr abgeschrieben werden, und zwar in ähnlicher Weise, wie es bei den Grundsteuern der Bauern nach einer Mißernte geschieht;

2. daß sofort allen öffentlichen und geheimen Kartellvereinigungen u. dgl., welche eine Verteuerung der Bedarfsartikel zur Folge haben, rücksichtslos entgegengetreten, eventuell die Erweiterung von diesbezüglichen Gesetzen erfordert wird;

3. daß dort, wo der Zwischenhandel durch viele Hände geht, wie zum Beispiel beim Getreide, der Kohle und dem Vieh geeignete Einkaufsvermittlungsämter errichtet werden, welche den Detaillisten mit dem Produzenten in direkte Verbindung setzen.

Einstimmig angenommen.

Derselbe beantragt, der Herr Bezirksvorsteher wolle an die maßgebenden Faktoren herantreten und dahinwirken, daß zum Verkehre in den Straßen Wiens nur solche Automobile und Motorräder zugelassen werden, die sich tunlichst geräuschlos und gestankfrei bewegen können.

Dieser Antrag wird mit dem Zusatz-Antrage des B.-R. Nowak, im Falle einer Besteuerung der Automobile, wie solche vom niederösterreichischen Landtage geplant ist, die Elektro-Automobile niedriger zu besteuern, einstimmig angenommen.

Derselbe stellt den Dringlichkeits-Antrag, dahin zu wirken, daß mit der Regulierung und Pflasterung des durch den Umbau des Greisenasyles in der Gentzgasse entstandenen Straßenteiles, der sich noch im unfahrbaren Zustande befindet und ein beständiges Verkehrshindernis bildet, ehebaldigst, jedenfalls aber noch vor Eintritt der Herbstwitterung begonnen werde, wodurch auch die projektierte Vergrößerung der Gartenanlage durchgeführt werden könne.

Einstimmig angenommen.

Derselbe beantragt die Anbringung eines Briefsammelkastens in der Gentzgasse, etwa in der Nähe der Glasfabrik Herb & Schwab, wodurch einem Wunsche und Bedürfnisse der Bevölkerung dieses Bezirksteiles entsprochen würde.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Grill beantragt, dahin zu wirken, daß der Sommerhaideweg schon im nächsten Jahre so hergestellt werde, wie er im Generalregulierungsplane eingezeichnet ist, damit durch die in längstens zwei Jahren zur Ausführung gelangenden Krotenbachein-wölbungsarbeiten in Neustift am Walde und Salmannsdorf, die eine Absperrung der Straßen Neustift am Walde und der Hameaustraße zur Folge haben werden, der Verkehr zwischen Pötzleinsdorf und Neustift am Walde beziehungsweise Salmannsdorf nicht unterbunden werde.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Schwarzinger beantragt Entfernung des bei dem Hause Gersthoferstraße 9 stehenden Auslaufbrunnens aus Verkehrsrücksichten und eventuelle Errichtung eines Druckbrunnens auf der anderen Straßenseite.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Kaltenberger beantragt die weitere Zufuhr von Hochquellwasser in die Bezirksteile Neustift a. W. und Salmannsdorf auch während der Wintermonate wenigstens einmal täglich.

Einstimmig angenommen.

Derselbe beantragt unter Hinweis darauf, daß im Schuljahre 1907/08 aus Neustift a. W. und Salmannsdorf acht Knaben und sieben Mädchen die Bürgerschule in Gersthof besuchen werden, dahin zu wirken, daß diesen Schülern, nachdem sie der ärmeren Bevölkerungsklasse angehören, an Schultagen freie Fahrt auf der städtischen Straßenbahn von Pötzleinsdorf bis zur Witthauergasse und zurück gewährt werde.

Angenommen.

B.-R. Hornyk beantragt die einheitliche Numerierung sämtlicher Quergassen in Gersthof.

Angenommen.

Berichte.

B.-R. Nowak berichtet über den Antrag der Bezirksvertretung Josefstadt, betreffend Beleuchtung der Gürtelstraße mit elektrischen Bogenlampen, und beantragt Anschluß.

Angenommen.

Derselbe berichtet über das Ansuchen des Bezirksvereines Währing des „Frauen-Wohltätigkeitsvereines für Wien und Umgebung" um Bewilligung einer Weihnachtssubvention pro 1907 und beantragt, die Gewährung einer solchen im vorjährigen Ausmaße, d. i. im Betrage von 100 K zu befürworten.

Angenommen.

Derselbe berichtet über das Ansuchen der Besitzer von Baugründen in der Gersthoferstraße um Bestimmung der Verbauung nach der geschlossenen Bauweise für die Gersthoferstraße in der Strecke von der Scheidlstraße bis zur Schöffelgasse und beantragt, mit Rücksicht auf die Unstichhältigkeit der von den Gesuchswerbern vorgebrachten Gründe, dem Antrage des Stadtbauamtes auf Abweisung zuzustimmen.

Angenommen.

B.-R. Solterer berichtet über das Ansuchen der „Auxiliatrices", Martinsstraße 81, um unentgeltliche Überlassung von 200 b Koks aus den städtischen Gaswerken und beantragt die Befürwortung.

Angenommen.

Derselbe berichtet über das Ansuchen des Allgemeinen österr. Frauenvereines in Wien um Bewilligung einer Subvention und beantragt, nachdem die Rechtssektion nicht mehr im Gemeindehause untergebracht ist, somit die eigentliche Begründung des Subventionsansuchens entfällt, die Abweisung.

Angenommen.

B.-R. Neswadba berichtet über den Antrag der Bezirksvertretung Landstraße auf Abschaffung des Hausierhandels in Wien und beantragt Anschluß.

Angenommen.

B.-R. Wachal berichtet über das Ansuchen des Greisenasyls um unentgeltliche Überlassung von Koks für das Jahr 1907 und beantragt, konform dem vorjährigen Antrage der Bezirksvertretung auch für heuer die Abweisung.

Angenommen.

Zum Schlusse der Sitzung macht der **Vorsitzende** Mitteilung von einer an ihn gerichteten Zuschrift der Genossenschaft der Gastwirte, in welcher diese ersucht, für alle in der Bezirksvertretung zu behandelnden Referate über Gast- und Schankgewerbekonzessionen nur einen Bezirksrat, und zwar einen dem Stande der Gast- und Schankgewerbekonzessionsinhaber angehörigen Referenten zu bestellen und diesen der Genossenschaft bekanntzugeben, damit der genossenschaftliche Bezirksdelegierte mit ihm in Fühlung treten könne.

Über Antrag des **Vorsitzenden** wird beschlossen, die Genossenschaft dahin zu verständigen, daß sie das eventuell erforderliche Einvernehmen mit dem Bezirksvorsteher, beziehungsweise dessen Stellvertreter pflegen wolle.

Schluß der Sitzung.

(IV. Gemeindebezirk, Wieden.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden vom **26. September 1907.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Franz Rienößl.**

Als Schriftführer fungiert der Kanzleileiter, Magistrats-Konzipist Dr. Alfred Köpf.

Nach Konstatierung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der am 27. Juni 1907 abgehaltenen Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Vor Verlesung des Einlaufes bringt **B.-V. Rienößl** der Bezirksvertretung zur Kenntnis, daß vor kurzem der derzeit beurlaubte B.-R. Josef Happel sein 70. Geburtsfest feierte.

Über Antrag des **Vorsitzenden** wird einstimmig der Beschluß gefaßt, dem langjährigen und verdienstvollen Bezirksrate aus diesem Anlasse ein Glückwunschschreiben zu überreichen.

Dem B.-R. Prokop wird über sein Ansuchen ein Urlaub bis 21. Oktober 1907 bewilligt.

Einlauf.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII vom 27. Juni 1907, Z. 2725, betreffend Verlegung des Fiakerstandplatzes IV., Karolinengasse, Ecke Luisengasse nach Kolschitzkygasse, Ecke Favoritenstraße.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII vom 19. August 1907, Z. 4398, betreffend Abweisung des Ansuchens der Firma Kupka & Orglmeister um Verlegung des vor dem Hause IV., Gußhausstraße 14, befindlichen Fiakerstandplatzes.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII vom 1. Juli 1907, Z. 3179, betreffend Dienstmannstandplätze-Regulierung.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII vom 16. August 1907, Z. 4571, betreffend Verlegung des Vorspannpferdestandplatzes der Vienna General Omnibus Company Limited IV., Mayerhofgasse nach IV., Theresianumgasse, Ecke Favoritenstraße.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII vom 19. August 1907, Z. 4867, betreffend Konzessionsschacher beim Rauchfangkehrergewerbe.

Zur Kenntnis.

Zuschriften der Magistrats-Abteilung XXII vom 7. August 1907, Z. 2279, vom 16. August 1907, Z. 2756, und vom 26. August 1907, Z. 28491, betreffend Beistellung geeigneter Lokalitäten für die Postämter im IV. Bezirke und Bau eines staatlichen Amtshauses.

Zur Kenntnis.

Zuschrift des Stadtbauamtes vom 29. August 1907, Z. 2059, betreffend Beginn der Holzstöckelpflasterung in der Alleegasse.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der städtischen Straßenbahnen vom 3. September 1907, Z. 2986, betreffend Wagenmangel auf der Linie D.

Zur Kenntnis.

Eingabe des Wiener Wohnungsnachweis- und Vermietungs-Bureaus Zeno Hixa, I., Köllnerhofgasse 1, betreffend Herstellung einer Verbindung mit den bei den einzelnen Bezirksvertretungen bestehenden Wohnungsnachweisämtern.

Die Bezirksvertretung spricht sich aus dem Grunde gegen das vorliegende Ansuchen aus, da das Institut des Wohnungsnachweisamtes sich noch nicht vollständig eingelebt hat und daher auch von den gemachten Vorschlägen, wie Lieferung von Wohnungslisten ꝛc., eine Besserung der Verhältnisse nicht zu erwarten ist.

Antrag der Bezirksvertretung Döbling, Z. 1121, betreffend teilweise Aufhebung des Überfüllungsverbotes auf den städtischen Straßenbahnen.

Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund, Z. 1579, betreffend Hintanhaltung übermäßiger Überfüllung der Stadtbahnzüge.

Antrag der Bezirksvertretung Landstraße, Z. 3854, betreffend Abschaffung des Hausierhandels in Wien.

Antrag der Bezirksvertretung Rudolfsheim, betreffend Maßregeln zur Abwendung der durch die galizischen Auswanderer drohenden sanitären Gefahren.

Vorstehenden Anträgen schließt sich die Bezirksvertretung an.

Anträge.

Antrag des **B.-V. Rienößl,** betreffend Vermehrung der Sicherheitswache im IV. Bezirke, nachdem namentlich in dem oberen Teil desselben die Sicherheit des Publikums durch das Treiben lichtscheuen Gesindels sehr gefährdet wird.

Einstimmig angenommen.

Antrag des **B.-V.-St. Stipani,** betreffend Umbenennung des Teiles der Hauslabgasse, welcher in den IV. Bezirk fällt, d. i. Or.-Nr. 1 und 3 in Kolschitzkygasse.

Einstimmig angenommen.

Antrag des **B.-V. Rienößl,** betreffend Abänderung der Sonntagsruhevorschriften für den „goldenen Sonntag".

Einstimmig angenommen.

B.-V. Rienößl bringt folgenden Antrag ein:

In Wien zirkuliert in den letzten Tagen das Gerücht von einer abermaligen Verschiebung des Schulbeginnes.

Nachdem im heurigen Jahre die Blattern in Wien auch nicht stärker aufgetreten sind wie in den Vorjahren, sondern die vorgekommenen Fälle nur Dank der spekulativen Ideen mehrerer wohlbekannter Freunde unserer Vaterstadt zu einer Epidemie aufgebauscht wurden, war bereits die erstanberaumte Verschiebung des Schulbeginnes ein Mißgriff.

Solch unnötige Maßregeln dienen gewiß nicht zur Beruhigung des Publikums und wurde dasselbe auch durch den wohlgelungenen Impfrummel in Atem gehalten.

Ich stelle daher den Antrag, die Bezirksvertretung wolle beschließen:

„Es werde an den Wiener Magistrat das Ersuchen gestellt, energisch dahin wirken zu wollen, daß der nun schon zulange andauernden Beunruhigung der Bevölkerung wegen Blattern endlich einmal ein Ende gesetzt, daß die Bevölkerung durch beruhigende Publikationen beschwichtigt werde und der nun anberaumte Schulbeginn aufrecht erhalten bleibe.

Ferner beantrage ich, diesen Beschluß allen Bezirksvertretungen zur analogen Beschlußfassung zu übermitteln."

Einstimmig angenommen.

B.-R. Fuchs beschwert sich über die Übelstände beim Auslaufbrunnen in der Schäffergasse, wie Passagestörungen, Lärmen der Kutscher ꝛc.

B.-R. Zehetner spricht im gleichen Sinne.

Über Antrag des **Vorsitzenden** wird beschlossen, in einer Eingabe das k. k. Polizei-Kommissariat Wieden um Abstellung dieser Übelstände zu ersuchen.

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Nachweis

der Steuereingänge im III. Quartale 1907

bei den städtischen Steueramts-Abteilungen

für die Bezirke I bis XXI.

Landesfürstliche Steuern	22,984.587 K 29 h
Landesumlagen	6,586.241 „ 74 „
Städtische Umlagen	12,974.275 „ 73 „
Gewölbwache-Beiträge	31.880 „ 81 „
Handelskammer-Beiträge	191.685 „ 26 „
Gewerbeschul-Beiträge	123.111 „ 59 „
Kontokorrent- und Interimsverrechnung	14,798.130 „ 62 „
Summe der Brutto-Empfänge	57,689.913 K 04 h

Davon nach Gattungen:

Grundsteuer samt Zuschlägen	105.017 K 56 h
Hauszinssteuer samt Zuschlägen	24,973.926 „ 68 „
Erwerbsteuer samt Zuschlägen	758 „ 35 „
Einkommensteuer samt Zuschlägen	356 „ 66 „
Allgemeine Erwerbsteuer samt Zuschlägen	3,251.589 „ 99 „
Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen samt Zuschlägen	9,243.985 „ 23 „
Rentensteuer samt Zuschlägen	767.116 „ 62 „
Personal-Einkommensteuer	3,837.164 „ 90 „
Besoldungssteuer samt Zuschlägen	395.227 „ 74 „
Strafen für das Ärar	154.718 „ 58 „
Strafen für die Kommune	1.209 „ — „
Zinsen für das Ärar	76.555 „ 72 „
Zinsen für die Kommune	18.110 „ 10 „
Exekutionskosten für den Staat	33 „ 85 „
Exekutionsgebühren für die Kommune	66.011 „ 44 „
Kontokorrent- und Interims-Verrechnung	14,798.130 „ 62 „
Summe	57,689.913 K 04 h

Hievon ab den Betrag von (Dieser Betrag besteht aus Übertragungen von Zahlungen eines Steuerjahres auf ein anderes, aus baren, an Steuerträger geleisteten Ersätzen von zu viel bezahlten Steuerbeträgen und aus den Kontokorrent- und Interims-Ausgaben.)	15,713.158 K 20 h
Somit verbleibt ein reiner Empfang an direkten Staatssteuern samt Umlagen und Nebengebühren per	41,976.754 „ 84 „
Diese Summe der reinen Empfänge im III. Quartale 1907 per	41,976.754 K 84 h
ergibt gegenüber der der reinen Empfänge in der gleichen Periode des Vorjahres per	39,770.699 „ 27 „
eine Zunahme von	2,206.055 K 57 h
während die Summe der reinen Empfänge im I. bis III. Quartale 1907 per	130,977.447 K 27 h
gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres per	123,570.804 „ 78 „
eine Zunahme von	7,406.642 K 49 h

aufweist.

Approvisionierung.

Borstenviehmärkte vom 15. und 17. Oktober 1907.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Fleischschweine (Jungschweine)	9025 Stück
Fettschweine	6366 „
Summe	15391 Stück

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche 2552 Stück.

Angekauft wurden:

für Wien	12187 Stück
für das Land	1199 „
unverkauft blieben	2005 „

2. Preisbewegung.

(Preis per 1 kg Lebendgewicht.)

Jungschweine (Fleischschweine):

I.	Qualität	von 102	bis	114 h	(extrem bis 124 h)
II.	„	86 „	„	100 „	
III.	„	76 „	„	84 „	

Fettschweine:

I.	Qualität	von 116	bis	119 h	(extrem bis 120 h)
II.	„	112 „	„	115 „	
III.	„	106 „	„	111 „	

Auf den dieswöchentlichen Borstenviehmärkten waren im Vergleiche zur Vorwoche um 543 Fleisch- und 2328 Fettschweine weniger aufgetrieben.

Bei langsamen Geschäftsverkehre wurden Fettschweine durchschnittlich um 5 bis 6 h per Kilogramm teuerer abverkauft. Fleischschweine fanden lebhafteren Absatz und wurden für Primasorten um 4 h, für mittlere und mindere Sorten um 6 h per Kilogramm höhere Preise als in der Vorwoche erzielt.

Am Donnerstagmarkte wurden Fleischschweine um 4 h per Kilogramm billiger abverkauft als am 15. Oktober 1907.

* * *

Pferdemarkt vom 15. Oktober 1907.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 503 Pferde.

208 Schlachtpferde und 295 Gebrauchspferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 180 bis 1200 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 52 „ 190 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 14. und 17. Oktober 1907.

1. Auftrieb bezw. Zufuhr.

Kälber lebend	1473	Schafe lebend	4120
Kälber ausgeweidet	2906	Schafe ausgeweidet	416
Lämmer lebend	89	Schweine ausgeweidet	1336
Lämmer ausgeweidet	3		

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I.	Qualität	von	96	bis	112 h	(extrem bis 126 h)
II.	„	„	86	„	94 „	
III.	„	„	80	„	84 „	

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	100	bis	134 h	(extrem bis 152 h)
II.	„	„	90	„	96 „	
III.	„	„	80	„	88 „	

Lämmer lebend (per Paar):

II.	Qualität	von	20	bis	36 K	(extrem bis — K)

Lämmer ausgeweidet (per Paar):

II.	Qualität	von	—	bis	24 K	(extrem bis — K)

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	—	bis	— h	(extrem bis 116 h)
II.	„	„	80	„	108 „	
III.	„	„	—	„	— „	

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	116	bis	132 h	(extrem bis 144 h)
II.	„	„	110	„	114 .	
III.	„	„	100	„	108 „	

Schafe lebend (per 1 Paar):

II.	Qualität	von	21	bis	30 h	(extrem bis — K)

Schafe lebend (per 1 kg):

I.	Qualität	von	56	bis	62 h	(extrem bis — h)
II.	„	„	46	„	54 „	
III.	„	„	40	„	44 „	

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 477 Stück Kälber mehr zugeführt.

Auf dem Schafmarkte wurden um 415 Stück Schafe weniger aufgetrieben.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 17. Oktober 1907 44 Stück Mast-, 34 Stück Weide- und 107 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Bei flauem Geschäftsverkehre wurden gegen die Vorwoche Primakälbersorten um 2 bis 4 h, mittlere und mindere Sorten um 6 bis 8 h per Kilogramm billiger gehandelt. Gegen Marktschluß war der Geschäftsverkehr lebhafter.

Weidner Fleischschweine konnten die vorwöchentlichen Preise schwach behaupten.

Weidner Schafe wurden im allgemeinen zu vorwöchentlichen Preisen abverkauft. In Lämmern war der Geschäftsverkehr belanglos. Primaschafe behaupteten schwach vorwöchentliche Preise, mittlere und mindere Sorten wurden um 3 bis 4 h per Kilogramm billiger gehandelt.

Baubewegung

vom 15. bis 17. Oktober 1907.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Zubauten.

XIX. Bezirk: Ober-Döbling und Unter-Sievering, Weinberggasse 69, von der Firma Bensdorp & Komp., ebenda, Bauführer Adolf Micheroli, Baumeister (22820).

Adaptierungen.

I. Bezirk: Biberstraße 15, von Siegmund Eisler, Bauführer F. Breitenecker jun. (7415).
„ „ Elisabethstraße 15, von der Wiener Rückversicherungsgesellschaft, Bauführer Helmreich (7423).
„ „ Rathausstraße 3, von M. und J. Sturany (7466).
„ „ Krugerstraße 12, von Graf Alexander Erdödy, Bauführer Ad. Rothermann (7474).
„ „ Giselastraße 5, von Franz Spavak, Bauführer Franz Fritz (7503).
„ „ Tandelmarkt 1, von S. Steiner, Bauführer Paul Wastl (7518).
II. Bezirk: Untere Donaustraße 49, von Otto Kornfeld, Bauführer Josef Drbal (7481).
III. Bezirk: Löwengasse 44, von Justin. Robert, Bauführer Ad. Langer (7486).
VI. Bezirk: Kasernengasse 19, von Ludwig Sturany, Bauführer Anton Schwarz (7417).
VII. Bezirk: Kandlgasse 24, von Barak & Czada (7416).
„ „ Hebgasse 11, von Moritz Hamburger, Bauführer A. Scheffel (7468).
X. Bezirk: Absberggasse, Kat.-Parz. 2103/5, von Wilhelmine Kerzner, Favoritenstraße 183, Bauführer Johann Schweitzer (63440).
XIV. Bezirk: Mariahilferstraße 188, von Moritz Weiß, Bauführer Karl Bara, Architekt (41497).
„ „ Nobilegasse 56, von Josef Dostal, Bauführer Josef Leodolder (41562).

Diverse geringere Bauten.

I. Bezirk: Dippelbaumauswechslung, Jasomirgottstraße 2, vom Südbahn-Pensions-Institut, Bauführer Joh. Hertl (7467).
III. Bezirk: Erdbergstraße 155, von M. Wotrubek (7519).
VIII. Bezirk: Magazin, Tigergasse 16, von Jos. Jurkovits, Bauführer Th. Loskot (7438).
IX. Bezirk: Waschküche, Salzergasse, von Josef Buchegger, Bauführer R. Marauschek (7502).
XIX. Bezirk: Grinzing, Kobenzlgasse 4, von Robert Marauschek, Baumeister, IX., Währingergürtel 154, Bauführer derselbe (22531).
„ „ Nußdorf, Hackhofergasse 5, von H. Mattes Erben (22535).
XX. Bezirk: Schupfen, Universumstraße 64, von Stephan Schwab, Bauführer Johann Tröster (7501).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

IX. Bezirk: Thurngasse 11, von Elisabeth Loskot (7447).
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Einl.-Z. 1512 Sollingergasse, von Hugo Frankfurter, II., Untere Augartenstraße 16 (22587).
„ „ Heiligenstadt, Einl.-Z. 724, von Dr. Hans und Erika Tietze, IX., Währingerstraße 5 (22607).
XX. Bezirk: Ospelgasse 28, von Dr. Leopold Kahn (7409).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Abt. XV, Z. 8469.
15. Oktober 1907.

Schulbau X., Thavonatgasse (Randhartingergasse, Quellenstraße).

Schlosserarbeiten.

Switak Josef	— Nachlaß 10%.
Sasse Heinrich	— Nachlaß 17·6%.
Lach Josef	— Nachlaß 19%.
Bidla Franz	— Nachlaß 16·5%.
Krejci Franz	— Nachlaß 10%.
Maximilian Gustav	— Nachlaß 20% Beschlagarbeiten. Nachlaß 6% Gewichtsarbeiten.
Wlasak Franz	— Nachlaß 12%.

Anstreicherarbeiten.

Weidel Karl	— Nachlaß 21%.
Radda Josef	— Nachlaß 20%.
Markeli Karl	— Nachlaß 26·5%.
Riedl Franz	— Nachlaß 21%.
Strengsmann Georg	— Nachlaß 19%.
Storch Johann	— Nachlaß 23%.

Tapeziererarbeiten.

Dreßmandt Rudolf	— Nachlaß 5%.
Hergl Leopold	— Nachlaß 5%.
Huber Ed.	— Nachlaß 12%.
Pečnik Heinrich	— Nachlaß 12%.
Sekera Anton	— Nachlaß 15%.
Dimmel Karl	— Nachlaß 15·5%.
Straßky Franz	— Nachlaß 12%.

* * *

II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Neubau eines Hauptunratskanales in der Satzberggasse von der Linzerstraße bis zur Kat.-Parz. 251/10, Einl.-Z. 700 Grundbuch Hütteldorf, in Hütteldorf im XIII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 5801 K 47 h.

Rzehaczek Eduard — Aufzahlung 16·5%.

* * *

Schulbau im X. Bezirke, Thavonatgasse.

Ziegeldeckerarbeiten.

Schäfer Hubert — Nachlaß 1% bei Patent „Sturmfest" von Heigl und Dorn.

Lieferung von Turnmatratzen.

Hergl Leopold — Nachlaß 10%.

Turnsaaleinrichtung mit Ausnahme der Turnmatratzenlieferung.

Plaschkowitz J. — Nachlaß 9%.

* * *

Schulbau im XIII. Bezirke, Steinlechnergasse.

Erd- und Baumeisterarbeiten.

Bohdal Matthäus — Nachlaß 13%.

Gewalzte Träger.

Waagner R. Ph., L. & J. Biro und A. Kurz — 220 bis 260 mm hoch 25 K 60 h per 100 kg. 350 mm hoch 26 K 60 h per 100 kg.

Romanzementlieferung.

„Waldmühle" A.-G. — Zu den Kostenanschlagspreisen.

* * *

Schulbau im XI. Bezirke, Pachmayergasse – Rinnböckstraße.

Wasserleitungs- und Klosetteinrichtung.

Med Josef — Nachlaß 19%.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

9. Oktober 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Weninger Marie — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c und g G.-O. ohne Billard) — XII., Draschegasse 15.

Werner Franz — Verschleiß von Rauchrequisiten, Schreib- und Papierwaren — I., Lugeck 3.

Wilhelmseder Albine — Marktwiktualienhandel — XX., Kluckygasse, Marktstand.

Willig Berta — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c, d und f G.-O. beschränkt auf auf Tee) — XII., Wilheiminenstraße 38.

Willmann Paul — Handel mit Kontrollkassen samt Zugehör — I., Führichgasse 1.

Wimmer Franz — Marktfahrer — X., Kolumbusgasse 109.

Winter Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XX., Karajangasse 19.

Zgonc Marie — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — XX., Brigittabrücke, rechts am Pfeiler.

Zott Anna — Naturblumen- und Kränze-Verschleiß — I., Am Hof.

* * *

10. Oktober 1907.

a) Gewerbe-Unternehmungen.

Bauer Karl — Bäcker — XX., Spaungasse 22.

Baum Anna — Gastwirtsgewerbe, Konzession zur Verabreichung von Speisen, zum Ausschank von Bier, Wein und Obstwein und zur Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — III., Rennweg 65.

Baumann Andreas — Kleinfuhrwerk — XX., Brigittenauerlände 184.

Bayer Lorenz — Schuhmacher — XIII., Fenzlgasse 33.

Behal Anton – Schuhmacher — XX., Karl Meislgasse 9.

Belina Adelheid — Gemischtwarenhandel mit Ausschluß der im § 38, Absatz 5 aufgezählten Gegenstände — XIII., Matznergasse 16.

Brabenetz Cäcilie — Damenkleidermachergewerbe — IX., Löblichgasse 5/7.

Breitenstein Friedrich — Tischler — XII., Schönbrunnerstraße 254.

Firma Brick & Komp.; Gesellschafter: Pauline Brick, Franz Pauer — Metalldrechslergewerbe — XX., Petraschgasse 4/6.

Buchner Josef — Pachtbetrieb der Gastwirts-Konzession der Antonia Wolf — VII., Burggasse 115.

Czincz Wanda, geb. Maatz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Alserstraße 6.

Firma Salomon Danzinger, Alleininhaber der Firma S. Danzinger — Gemischtwarenhandel mit Ausschluß des Detail-Verschleißes — II., Obere Donaustraße 61

Dokulil Ludwig — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — II., Kaisermühlen, Schiffmühlenstraße 92.

Donenfeld Moses Saul — Milch-, Gebäck- und Kanditen-Verschleiß — XX., Wintergasse 22.

Dükler Salomon — Ein- und Verkauf von neuen Kleidern, Schuhe und Wäsche — VII., Westbahnstraße 38.

Fischer Heinrich — Musiker — VII., Neustiftgasse 116.

Freund Ignaz — Verschleiß von Kanditen, Zuckerbäckerwaren und Kracherln — XX., Donaueschingengasse 28.

Fritz Jakob — Chemische Putzerei und Schönfärberei — XX., Bäuerlegasse 36.

Fröhlich Franziska — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. d und f G.-O.) beschränkt auf Tee — XV., Geibelgasse 18.

Göbel Marie — Modistengewerbe — IX., Kolingasse 1.

Groß Anna — Wäscheputzergewerbe — XIII., Einwanggasse 4 a.

Heinrich Anton Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Nikolsdorfergasse 24/26.

Hermann Salomon — Geflügelhandel — XX., Wallensteinstraße 47.

Holzer Henriette — Damenkleidermachergewerbe — II., Taborstraße 72.

Hruska Karl — Schlosser — XX., Karajangasse 27.

Katzelmayer Josef — Einspänner-Lizenz Nr. 868 — XIII., Linzerstraße 63.

Kelbl Rosa, geb. Wiener — Fragnergewerbe — II., Tandelmarktgasse 6.

Klimes Wenzel — Fleischselcher — II., Molkereistraße 6.

Kouba Franz — Herrenkleidermacher — XX., Bäuerlegasse 15.

Kowalczik Adolf — Schuhmacher — XX., Salzachstraße 17.

Lampl Helene, geb. Weinberger — Masseurgewerbe mit Ausschluß jeder selbständigen Anwendung derselben zu Heilzwecken — II., Rembrandtstraße 19.

Lateiner Elsa — Damenkleidermachergewerbe — II., Hammer-Purgstallgasse 7.

Lateiner Elsa — Gemischtwarenhandel — II., Hammer-Purgstallgasse 7.

Loewenson Adolf — Gast und Schankgewerbe, mit der Berechtigung zur Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und Erfrischungen, sowie von Likören aller Art und zur Haltung von erlaubten Spielen — II., Praterstraße 50.

Mastny Peter — Kleidermacher — XX., Gerhardusgasse 9.
Menschik Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Spengergasse 50.
Neuburg Theresia, geb. v. Klug — Übernahme zum Wäscheputzen, chemischem Putzen, Färben und Appretieren — II., Sterneckplatz 12.
Neumann Irene — Modistengewerbe — II., Czerningasse 13.
Patzek Jakob — Greißlerei — IX., Althanplatz 4.
Perina Anna — Damenkleidermachergewerbe — II., Malzgasse 4.
Praxmarer Marie — Gemischtwarenhandel mit Ausschluß der im § 38 G. O. aufgezählten Gegenstände — XIII., Jheringgasse 36.
Pridal Ladislaus — Friseur und Raseur — XX., Klosterneuburgerstraße 52.
Prindl Rudolf — Einspänner-Lizenz Nr. 138 — XII., Rauchgasse 14.
Raidl Leopold — Trödlerei — VII., Burggasse 128.
Rauchegger Johann — Gastwirt — VII., Hermannsgasse 2.
Resch Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Kohlgasse 33.
Rigo Josef — Musiker — II., Novaragasse 13.
Scher Nathan — Tapezierer — VII., Kaiserstraße 33.
Schmolik Albert — Handel mit Naturblumen und Pflanzen — II., Taborstraße 44.
Singer Olga — Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, sowie von Likören aller Art und zur Haltung von erlaubten Spielen — II., Untere Augartenstraße 1 a.
Springer Albertine — Beschränkter Gemischtwarenhandel mit Ausnahme der im § 3, Absatz 5, angeführten Artikel — VII., Neustiftgasse 78.
Stojanovits Viktor — Hühneraugenausschneider, mit Ausschluß der an ärztliche Praxis gebundenen Operationen — VII., Stiftgasse 1.
Stor Katharina — Frauenkleidermachergewerbe — V., Obere Amtshausgasse 24.
Stroheim & Komp, Gesellschaft mit beschränkter Haftung; Gesellschafter: Kohn Alexander, Stroheim Benno; Geschäftsführer: Stroheim Benno — Fabriksmäßige Erzeugung von Stroh- und Filzhüten — VII., Neubaugasse 44.
Styrsky Eduard — Kleidermacher — XX., Jägerstraße 12.
Suchan Franz — Kleidermacher — XX., Pappenheimgasse 6.
Svec Elise — Fragnergewerbe — XIII., Trauttmansdorffgasse 42.
Swoboda Stephan — Kleidermacher — XX., Dammstraße 14.
Szalzer Johann (auch Georg) — Friseur und Raseur — XX., Mathildenplatz 7.
Waszko August — Fleischhauer — II., Am Tabor 22.
Watzek Johann — Erzeugung von Butter und Topfen — XX., Nordwestbahnstraße 59.
Wosicky Heinrich — Herrenkleidermacher — II. Große Stadtgutgasse 16.
Zamecnik Wenzel — Gemischtwarenhandel — VII., Neubaugürtel 44.

b) Nicht dem Gewerbegesetze unterliegende, erwerbsteuerpflichtige Unternehmungen.

Firma Österr. Fachzeitungs-Verlags-Kommandit-Gesellschaft Porges, Friedmann & Komp.; öffentliche Gesellschafter: Edmund Porges, Siegmund Friedmann — Zeitungsherausgeber — II., Taborstraße 10.

* * *

11. Oktober 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

Bachrach Olga — Viktualienhandel — III., Blütengasse 3.
Batka Johanna — Pfaidlergewerbe — XV., Fünfhausgasse 20.
Beck Rosalia, geb. Schiffauer, verwitwete Gläser — Modistengewerbe — IV., Lambrechtgasse 1.
Beck Theresia — Kanditen- und Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — IV., Starhemberggasse 32.
Brabec Johann — Bäcker — IV., Preßgasse 1/3.
Eibler Juliana — Viehkommissionshandel — III., St. Marx, Borstenviehmarkt.
Offene Handelsgesellschaft S. Friedmann jun., Gesellschafter Karl Friedmann (Geschäftsführer), Salomon Friedmann, Richard Friedmann — Gas- und Wasserleitungsinstallation — I., Deichburggasse 26.
Ganglbauer Karl — Einspänner-Lizenz Nr. 272 — IV., Schäffergasse 7.
Gasparek Josef — Kleinfuhrwerk — III., Rennweg 68.
Hampel Johann — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c, g G. O.) — IV., Große Neugasse 20.
Josseline Charles — Zuckerbäcker — IV., Große Neugasse 18.
Lorenz Karl — Fleischhauer — III., Großmarkthalle.
Patzocha Marie — Verschleiß von Schokolade, Kanditen, Zuckerbäckerwaren, Sodawasser und Fruchtsäften — III., Salmgasse 23.
Perkmann Robert — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — XIX., Vormoosergasse 1/3.
Perko Johann — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — IV., Karolinengasse 35.
Prichl Marie, geb. Reitbauer — Selchwaren-Verschleiß — IV., Schikanedergasse 3.
Schawerda Josef — Verschleiß von Giften und von zu arzneilicher Verwendung bestimmten Stoffen und Präparaten — XV., Mariahilferstraße 144.
Spuller Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — IV., Margaretenstraße 52.
Stögermayer A., offene Handelsgesellschaft, Gesellschafter Josef und Friedrich Stögermayer, Stellvertreter (Geschäftsführer) Josef Stögermayer — Elektrotechnisches Gewerbe (Herstellung und Betrieb von Anlagen zur Erzeugung und Leitung von Elektrizität zu Zwecken der Beleuchtung, der Kraftübertragung und sonstiger gewerblichen und häuslichen Anwendung, jedoch mit Ausschluß der Herstellung von Starkstromanlagen aller Art mit einer Spannung von mehr als 300 Volt Wechsel- oder 600 Volt Gleichstrom) — IV., Heumühlgasse 20.
Studeny Karl — Wagenlackierer — XIX., Hardtgasse 18.
Swoboda Eleonore — Kanditen, Milch, Gebäck und Hülsenfrüchte — III., Erdbergstraße 81.
Tiefenbacher Heinrich — Verkauf von Korbflechter- und Bürstenbinderwaren — IV., Naschmarkt.
Weiß Juda (Julius) — Handelsagentur — IV., Große Neugasse 44.
Wöhrer Marie, geb. Schinner — Wäschewaren-Erzeugung — IV., Karolinengasse 17.

* * *

12. Oktober 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

Firma Artner & Komp.; offene Handelsgesellschaft (Gesellschafter: Hugo Artner, Josef v. Hrabovszky) — Fabriksmäßige Metallwaren-Erzeugung — XIV., Felberstraße 112.
Bambous Ignaz — Kürschner — VIII., Josefstädterstraße 33.
Batke Josef Julius — Tischler — VIII., Langegasse 44.
Bauer Marie — Flaschenbier-Verschleiß — XIV., Braunhirschengasse 6.
Beck Siegmund — Schuhmacher — VIII., Schlösselgasse 16.
Berger Paula — Verschleiß von Papier und Kurzwaren — IX., Liechtensteinstraße 18.
Bittmann Matthias — Gemischtwarenhandel mit Ausschluß des Detail-Verschleißes und Flaschenbier-Verschleiß — VIII., Hamerlingplatz 5/6, in der neuen Wiener Handelsakademie (Büfett).
Brauneis Hedwig — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — VIII., Landesgerichtsstraße, Ecke Alserstraße.
Burda Juliane — Fragnergewerbe — VIII., Laudongasse 10.
Cerwenka Anton — Schuhmacher — XIV., Schweglerstraße 21.
Cuchy Karl — Tischler — XIII., Dreyhausenstraße 20.
Czincz Wanda — Reparatur von Kinderspielpuppen — IX., Alserstraße 6.
Danek Franz — Kleinhandel mit Brennmaterialien — VIII., Stolzentalergasse 8.
Erhardt Wilhelm — Fragner — VIII., Tigergasse 35.
Esterle Karl — Handel mit Wohnungseinrichtungsgegenständen, sowie Haus- und Küchengeräten — XIV., Reindorfgasse 12.
Exel Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVI., Speckbachergasse 4.
Fuchs Dorothea — Krawatten-Erzeugung — VIII., Stolzentalergasse 9.
Gerstl Wilhelm — Fragner — XIV., Reichsapfelgasse 13.
Glaser Regina — Pfaidlergewerbe — IX., Fuchstallergasse 13.
Granitzer Emanuel — Handelsagentie — IX., Seegasse 5.
Grünhut Hugo — Krawatten-Erzeugung — IX., Porzellangasse 58.
Houn Heinrich — Verschleiß von Papier, Zeichen- und Schreibwaren — VIII., Strozzigasse 23.
Kaposi Ignaz — Kleidermacher — VIII., Alserstraße 67.
Kohn Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Hahngasse 34.
Kostka Magdalena — Gemischtwarenhandel — VIII., Lerchenfelderstraße 110.
Königstätter Stephanie — Erzeugung von Likören auf kaltem Wege — VIII., Josefstädterstraße 68.
Kruncik Eugen — Zahntechniker — IV., Starhemberggasse 18.
Kuba Elisabeth — Verschleiß von Obst, Grünwaren und Blumen im Umherziehen — VIII., Josefstädterstraße 17.
Kunst Franz — Handel mit Schnitt- und Leinenwaren, Wäsche, Krawatten, Schaf- und Baumwollwaren, Galanterie-, Kurz- und Pfaidlerwaren, Zwirnen und Garn — XIV., Braunhirschengasse 6.
Löffler Anton — Gemischtwarenhandel — XIV., Märzstraße 62.
Löffler Anton — Pfaidlerei — XIV., Märzstraße 62.
Marx Jakob — Friseur und Raseur — VIII., Hernalsergürtel 2.
Matzner Julius — Gastwirtsgewerbe, Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein, Obstwein und Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — IX., Rotenlöwengasse 8.
Meth Alfred — Verschleiß von Schuhwaren — VIII, Lerchenfelderstraße 124.
Metz Ferdinand — Graveur — XVI., Fröbelgasse 15.
Offermann Josefine — Damenkleidermachergewerbe — XVI., Ottakringerstraße 65.
Pawel Johann — Tischler — IX., Michelbeuerngasse 7.
Pelouch Franziska, geb. Kostal — Wäschewaren-Erzeugung — XIV., Ullmannstraße 38.

Petz Marie — Massage mit Ausschluß der Massage zu Heilzwecken — VIII., Josefstädterstraße 37.

Peusens Berta — Fortbetrieb des Verschleißes von Giften — I., Bräunerstraße 9.

Piller Josef — Gast- und Schankgewerbe gemäß § 16, lit. b, c, d, f und g der G.-O. — XIII., Hietzinger Hauptstraße 149.

Podhaysky Paul — Schuhmacher — XVI., Koppstraße 63.

Pospichal Anton — Fleisch-Verschleiß — XIV., Fenzlgasse 42.

Probst Richard — Tapezierer — IX., Mariannengasse 15.

Rackovsky Franz — Drechsler — XVI., Wurlitzergasse 64.

Reich Leopold — Schuhmacher — IX., Währingergürtel 16.

Reichel Marie — Fragnergewerbe — VIII., Laudongasse 32.

Reismann Wilhelm, Dr. — Vornahme von anorgan.-analytisch. Untersuchungen für technische Zwecke und metallurgische Untersuchungen — VIII., Albertgasse 55.

Rosprim Klementine — Handel mit Brennmaterialen — IX. Währingergürtel, Stadtbahn-Viadukt 110/111.

Schimetka Wilhelm — Schlosser — IX., Löblichgasse 5/7.

Schönfeld Hermine — Damenkleidermachergewerbe — IX., Glasergasse 17.

Schreiber Rosa — Wäscheputzergewerbe — VIII., Tigergasse 36.

Skarvan Friedrich — Schuhmacher — IX., Grünetorgasse 17.

Spiletic Matthias — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — VIII., Ecke der Lerchenfelderstraße bei der Tabak-Verschleißhütte.

Strohmayer Matthias — Gast- und Schankgewerbe gemäß § 16, lit. b, c und g G.-O. (ohne Billard) — XIII., Kienmayergasse 12.

Visek (Wysek) Josef — Kleidermacher — IX., Wagnergasse 11.

Weiß Josefa — Fiaker-Lizenz Nr. 837 — VIII., Neudeggergasse 16/18.

Wiltschek Jesaia — Verabreichung von Tee und Ausschank von Branntwein — IX., Althangasse 33.

Wirth Marie — Damenkleidermachergewerbe — XIII., Lammgasse 6.

Wlach Franz — Kleidermacher — XIII., Strozzigasse 15.

* * *

14. Oktober 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

Berger Karl — Gastwirtsgewerbe, und zwar Konzession zur Verabreichung von Speisen, zum Ausschanke von Bier, Wein und Obstwein und zur Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — III., Rudolfsgasse 4.

Bittner Adalbert — Pfaidlerei — XVI., Hasnerstraße 100.

Böck Jakob — Fleisch-Verschleiß — XXI., Floridsdorf, Pragerstraße 66.

Diensti Ludwig — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Habichergasse 36.

Dudek Anna — Einkauf von altem Eisen, Metallabfällen und Glasscherben für das Land Niederösterreich — X., Kudlichgasse 31.

Eberl Ferdinand — Mechaniker — XVI., Thaliastraße 138.

Fuhri Anton — Tischler — XVI., Wattgasse 55.

Fuhrmann Rudolf — Stadtlohnfuhrwerk — XXI., Schöpfleuthnergasse 25.

Grandegger Anna — Zuckerbäckerwaren- und Kanditen-Verschleiß — XVI., Thaliastraße 30.

Großmann Josefine — Wirk- und Strickwaren-Erzeugung — X., Laxenburgerstraße 33.

Hudecek Josef — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — XVI., Huttengasse 45.

Janiba Franziska, geb. Kainz — Maschinstrickereigewerbe — XVI., Rückertgasse 12.

Kauf Johann — Schuhmacher — XVI., Fröbelgasse 56.

Kinast Anna — Verschleiß von Kanditen, Zuckerwaren, Sodawasser und Fruchtsäfte — III., Rennweg 58.

Koth Pauline — Damenkleidermachergewerbe — XVI., Hasnerstraße 16.

Krainz August — Schuhmacher — X., Reisingergasse 3.

Kral Wenzel — Holzdrechsler — XVI., Seeböckgasse 43.

Kriegelstein Johann Georg — Fragner — XII., Rauchgasse 43.

Krieger Franz — Drechsler — XXI., Floridsdorf, Hauptstraße 26.

Krumpschmid Anton — Erzeugung von Spirituosen auf kaltem Wege mit Ausschluß jeden Ausschankes und Kleinverschleißes von Branntwein — XII., Arndtstraße 18.

Marschan Agnes, geb. Tülly — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Degengasse 67.

Micka Florian — Messerschmied — III., Erdbergstraße 95.

Nowak Marie, geb. Reindl — Wäschewaren-Erzeugung — XVI., Seitenberggasse 71.

Oskrda Anton — Schuhmacher — XVI., Gablenzgasse 42.

Pfleger Emil — Bäcker — XXI., Groß-Jedlersdorf, Brünnerstraße 41.

Pozar Marie — Gemischtwarenhandel (mit Ausschluß der im § 38 der Gewerbeordnung verzeichneten Artikel) — XII., Murlingergasse 19.

Schneider Leopoldine — Modistengewerbe — IX., Porzellangasse 32.

Singer Josefine — Kunstblumen-Erzeugung — XVI., Brunnengasse 70.

Sternbach Valerie — Verschleiß von Papier, Schreib-, Zeichnen- und Kurzwaren — III., Ungargasse 55.

Stuhlhofer Marie, geb. Zapadlo — Wäscher- und Wäscheputzergewerbe — XVI., Enenkelstraße 42.

Thorwartl Therese — Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und Erfrischungen und von Rum als Beigabe zum Tee — IX., Althangasse 9.

Triebel Theodor — Gastwirtsgewerbe (Verabreichung von kalten Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein beim Büfett im Edison-Theater) — IX., Station Michelbeuern.

Wallner Franz — Stadtlohnfuhrwerk mit Blechnummer 359 — XII., Krichbaumgasse 7.

Weiß Markus — Viehhandel — III., St. Marx, Schlachtviehmarkt.

Winter Juliana — Verschleiß von Obst, Gemüse, Eiern, Butter und Rahm — XIX., Sommergasse 3.

Wittrich Franziska — Handel mit Pfaidler- und Spielwaren — XII., Dörfelstraße 15.

Firma Wlassack & Kanweith (offene Gesellschafter: Alfred Wlassack, Martin Kanweith) — Gas- und Wasserleitungsinstallation — III., Seidlgasse 14.

Zawodsky Franz — Baumeister — XIX., Döblinger Hauptstraße 2.

* * *

15. Oktober 1907.

a) Gewerbe-Unternehmungen.

Lampen- und Metallwarenfabriken R. Ditmar Gebrüder Brünner, Aktiengesellschaft; verantwortlicher Geschäftsführer: Alexander Brünner — Fabriksmäßige Lampen- und Metallwaren-Erzeugung — X., Engengasse 57.

K. k. priv. österr. Länderbank (Koks-Sektion); verantwortlicher Geschäftsführer: Siegmund Epler — Handel mit Koks und Kohle — XI., städtische Gaswerke.

G. A. Fröhlich's Sohn, Weberei-, Samt- und Druckfabriks-Aktiengesellschaft; verantwortlicher Geschäftsführer: Adolf Fröhlich — Zweigniederlassung der Weberei-, Samt- und Druckfabrik-Aktiengesellschaft G. A. Fröhlich's Sohn zum Handel mit ihren eigenen Erzeugnissen — I., Gonzagasse 14.

Botzenhart Arpad Karl — Aufnahme und Verteilung von Annoncen zur Vermittlung von Handelsgesellschaften — XVIII., Theresiengasse 5.

Buder Josef — Gastwirt und Kaffeeschank — XIX., Gatterburggasse 17.

Cap Johann — Zimmer- und Dekorationsmaler — X., Reisingergasse 15.

Epstein Aron — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmeringer Hauptstraße 80.

Glitsch Theresia — Verschleiß von Papier und Kurzwaren — XVIII., Theresiengasse 47.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Stadtrat:
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 9. Oktober 1907 2389
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 10. Oktober 1907 2399
Richtigstellungen 2403

Gemeinderats-Ausschuß:
Bericht über die Sitzung des Gemeinderat-Ausschusses für die Verleihung des Heimatrechtes und Bürgerrechtes der Stadt Wien vom 26. September 1907 2403

Bezirksvertretungen:
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing vom 20. September 1907 2412
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden vom 26. September 1907 2414

Allgemeine Nachrichten:
Nachweis der Steuereingänge im III. Quartale 1907 2416
Approvisionierung:
Borstenviehmärkte vom 15. und 17. Oktober 1907 2416
Pferdemarkt vom 15. Oktober 1907 2416
Jung- und Stechviehmarkt vom 14. und 17. Oktober 1907 2416

Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 15. bis 17. Oktober 1907 . . . 2417

Städtische Arbeiten und Lieferungen:
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse 2418
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen 2418
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 2418
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat **August Stich.**
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — Buchdruckerei **E. Kainz** vorm. **J. B. Wallishausser.**

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Anbote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Vadium anzuschließen.

Der Anschluß der Vadien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Vadien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1907.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
21. Oktober 11 Uhr	Abteilung III (Mag.-Rat **Groll**, Neues Rathaus, V. Stiege, 2. Stock)	5384	Gartenanlage bei der Hundsturmerlinie im V. Bezirke.	**Gitterlieferung** . . . . . **1200 m² Ackererde** . . . . . **1880 m² Gartenerde** . . . . . **2212 m² Aushubmateriale** . . .	4455 K 3600 K 7520 K 4424 K Vorbemerkung: Bedingnisse ꝛc. erliegen zur Einsicht im Stadtbauamte, Abteilung III. 3—3
23 Oktober 11 Uhr	detto	5433	Gartenanlage auf dem aufgelassenen Friedhofe in Ober-St. Veit zwischen Auhofstraße und Rohrbachergasse im XIII. Bezirke.	**Gitterlieferung**	3004 K Vorbemerkung: Bedingnisse ꝛc. erliegen zur Einsicht im Stadtbauamte, Abteilung III. 2—3
24. Oktober 11 Uhr	detto	5434	Baumpflanzung in der Zufahrtsstraße zum Lainzer Versorgungsheime im XIII. Bezirke.	**Lieferung von:** **1120 m³ Ackererde** . . . . . **437 m³ Gartenerde** . . . . . **Verführung von 476 m³ Aushubmateriale**	3360 K 1748 K 952 K Vorbemerkung: Bedingnisse ꝛc. erliegen zur Einsicht in der Magistrats-Abteilung III. 1—2

*

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
23. Oktober 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Dr. Nüchtern,** Neues Rathaus, IV. Stiege, Mezzanin)	1121	Neubau eines Hauptunratskanales von der Lascygasse 19 bis zur Urbangasse 18 im XVII. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten . .**	1699 K 70 h

2—3

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Lieferung von Einbettungsgegenständen, und zwar Übertans und Pölster samt Spitzen und Rüschen für die „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" für ein Jahr im beiläufigen Betrage von 20.000 K wird **am 30. Oktober 1907, 10 Uhr vormittags** bei der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung", IV., Goldegggasse 19 (Bureau des Geschäftsleiters Herrn Magistratsrates Dr. Leopold Rauscher) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Muster, sowie die Bedingnisse können im Bureau der Geschäftsleitung, IV., Goldegggasse 19, während der gewöhnlichen Amtsstunden, und zwar von 8 bis 10 Uhr vormittags und von 2 bis 4 Uhr nachmittags eingesehen und die Bedingnisse dortselbst behoben werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Das vorgeschriebene Vadium ist spätestens drei Tage vor der Abhaltung der Offertverhandlung bei der Kassa der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" zu erlegen und ist dem Anbote der Empfangschein hierüber anzuschließen.

Der Anschluß der Vadien an das Anbot ist unzulässig und übernimmt die „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derartig erlegte Vadien.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Wien, am 16. Oktober 1907.

Die Geschäftsleitung der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung"

Wien, IV., Goldegggasse 19.

Dr. Rauscher.

1—3

G.-Z. 8493.

Kundmachung.

(Erledigte Oberlehrerstelle im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommt die Stelle eines Oberlehrers zur Besetzung.

Die Bewerbungsgesuche müssen **längstens bis 6. November 1907** eingebracht werden.

Näheres im Amtsblatte der Stadt Wien vom 11. Oktober 1907, Nr. 82.

Vom k. k. Bezirksschulrate Wien,

am 4. Oktober 1907.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:

Gugler.

2—2

G.-Z. 8385.

Kundmachung.

(Erledigte Stellen von katholischen Religionslehrern im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen zwei erledigte katholische Religionslehrerstellen zur Besetzung.

Die Gesuche müssen **längstens bis 5. November 1907** eingebracht werden.

Näheres im Amtsblatte der Stadt Wien vom 11. Oktober 1907, Nr. 82.

Vom k. k. Bezirksschulrate Wien,

am 2. Oktober 1907.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:

Gugler.

2—2

M.-Abt. IX, 4182/07.

Kundmachung.

(Feststellung der Jagdgebiete im XVII. Bezirke.)

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat zufolge Erlasses vom 7. Oktober 1907, Z. X a-2992 dem Rekurse des Kammeramtes des Stiftes „Schotten" in Wien gegen die Entscheidung des Magistrates vom 26. August 1907, Z. IX 1620, Folge gegeben und den angefochtenen Teil dieser Entscheidung, mit welchem die dem Stifte „Schotten" gegenwärtig zustehende Eigenjagd im XVII. Wiener Gemeindebezirke für die mit 1. Jänner 1908 beginnende Jagdpachtperiode als zum Gemeindejagdgebiete gehörig erklärt wurde, im Hinblicke auf die Bestimmungen im § 11, Absatz 2 des Gesetzes vom 8. Dezember 1902, L.-G.-Bl. Nr. 22 ex 1903, behoben.

Über die jagdrechtliche Eigenschaft des dem Stifte „Schotten" gehörigen im XVII. Bezirke gelegenen Territoriums wird nach durchgeführter Verhandlung entschieden werden.

Es findet daher vorläufig die Verpachtung der Jagd in diesem Gebiete nicht statt.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 11. Oktober 1907.
Der Abteilungsvorstand:
Dr. Konstantin Mayer
Magistratsrat. 1—3

Z. 38556.

Kundmachung.

(Verpachtung der Gemeindejagd im XVII. Wiener Gemeindebezirke.)

Im Sinne des Jagdgesetzes für Wien (Landesgesetz vom 8. Dezember 1902, L.-G.-Bl. Nr. 22 ex 1903) und auf Grund der Verordnung des Wiener Magistrates vom 26. August 1907, M.-Abt. IX, Z. 1620/07, womit im XVII. Wiener Gemeindegebiete an Stelle der bis Ende des Jahres 1907 bestehenden zwei Gemeindejagdgebiete für die zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 1. Mai, Pr.-Z. 5977, vom 1. Jänner 1908 bis 31. Dezember 1913 währende Jagdperiode ein Gemeindejagdgebiet gebildet wurde, findet beim magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk, Wien, XVII., Elterleinplatz 14, 2. Stock, am **Montag den 30. Dezember 1907,** um 10 Uhr vormittags die Verpachtung dieser Gemeindejagd für die festgesetzte Pachtperiode an den Meistbietenden statt, wobei jedoch die Anbote solcher Personen, welche gemäß §§ 17 und 18 von der Pachtung ausgeschlossen sind, außer Betracht bleiben.

Die Pachtbedingnisse können an Wochentagen während der Amtsstunden beim magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk eingesehen werden.

Jeder Mitbieter hat vor Beginn der Pachtverhandlung 2·5 Prozent des mit 250 K festgesetzten Ausrufspreises als Vadium zu erlegen.

Das Vadium wird sofort nach Schluß der Pachtverhandlung an die Einleger zurückgestellt.

Wenn infolge der endgültigen Entscheidung über etwa noch anhängige Berufungen oder im Sinne der Bestimmungen des Jagdgesetzes ein Zuwachs oder Abfall an dem Gemeindejagdgebiete eintreten sollte, so erfährt der bei der Versteigerung erzielte Pachtschilling eine Erhöhung, beziehungsweise eine Herabminderung im Verhältnisse des Flächenmaßes, des Zuwachses oder Abfalles.

Vom magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk,

Wien, am 27. September 1907.

Der Bezirksamtsleiter:
Umbauer,
Magistratsrat.

Z. 2123 ex 1907.
IX.

Kundmachung.

Mit Beginn des Wintersemesters 1907/1908 gelangen zehn Stipendien à 800 K an Hörer und Rigorosanten der k. u. k. tierärztlichen Hochschule in Wien bis zur vollständigen Absolvierung der tierärztlichen Studien, einschließlich des zur Ablegung der strengen Prüfungen benötigten Jahres, zur Ausschreibung.

Anspruch auf ein solches Stipendium haben nur jene Bewerber deutscher Nationalität, die in Wien oder in einer anderen Gemeinde Niederösterreichs heimatberechtigt sind.

Jeder Stipendist hat einen von seinem gesetzlichen Vertreter mitzufertigenden Revers auszustellen, mit welchem er sich verpflichtet, nach Erlangung des tierärztlichen Diplomes über Verlangen der Gemeinde Wien in das städtische Veterinäramt einzutreten und in demselben durch sechs aufeinanderfolgende Jahre zu dienen.

Bewerber um diese Stipendien haben ihre mit dem Tauf- (Geburt)scheine, dem Impfzeugnisse, dem Heimatscheine, dem vorbezeichneten Reverse, sowie den Studiennachweisen belegten Gesuche bis **längstens 1. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung IX zu überreichen.

Auf später überreichte und auf nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. Juli 1907.

**

Z. 6043 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Theobald Uffenheimer'sche Studentenstiftung.)

Vom Beginne des Studienjahres 1907/08 an gelangen vier Theobald Uffenheimer'sche Stiftplätze mit dem Jahresbetrage von je 275 K, und zwar je einer an einen Hörer der medizinischen, der juridischen und der philosophischen Fakultät an der k. k. Universität in Wien und an einen Hörer der k. k. technischen Hochschule in Wien für die Dauer eines Jahres zur Verleihung.

Auf Grund der stifterischen Anordnung hat die Verleihung dieser Stiftplätze in diesem Studienjahre derart zu erfolgen, daß die Stipendien nur Studierenden christlicher Religion verliehen werden.

Bewerber, welche mit dem Stifter verwandt, in Wien zuständig oder im Bezirke Leopoldstadt in Wien oder in Wien überhaupt geboren sind, haben ein Vorrecht.

Gesuche um diese Stipendien sind **längstens bis 20. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen und sind denselben der Taufschein, der Heimatschein, ein Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, das Impfzeugnis, das Maturitätszeugnis, die Ausweise über die Studienerfolge (darunter auch eventuell das für Hörer der technischen Hochschule vorgeschriebene Einheitenverzeichnis) und allenfalls der Nachweis der Verwandtschaft mit dem Stifter beizuschließen.

Auf nicht gehörig belegte oder verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Nur die mit einem legalen Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1907.

Z. 6017 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Gustav Figdor'sche Stipendien.)

Für das Studienjahr 1907/08 gelangen drei Gustav Figdor'sche Stipendien im Betrage von je 1000 K zur Verleihung.

Laut Stiftbriefes wurden diese Stipendien gegründet für durch Fleiß, Sitten und Geistesgaben hervorragende arme Studierende, so zwar, daß alljährlich ein Stipendium für Mediziner, eines für Juristen und eines für Hörer der Naturwissenschaften an der philosophischen Fakultät dergestalt zur Vergebung gelangt, daß alljährlich ein Studierender der israelitischen, einer der protestantischen oder evangelischen und einer der katholischen Konfession mit einem solchen Stipendium beteilt wird.

Diese Stipendien werden je auf die Dauer eines Studienjahres verliehen, nach dessen Ablaufe sie den bisherigen Perzipienten über neuerliches Einschreiten eventuell abermals verliehen werden können.

Bewerber um diese Stipendien haben ihre mit dem Tauf-(Geburt)scheine, dem Impfscheine, dem Heimatscheine, einem Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse und den Studiennachweisen belegten Gesuche bis **längstens 20. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Nur die mit einem legalen Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1907.

Z. 6015 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Bernhard'sche Armen- und Waisenstiftung.)

Am 23. Dezember 1907 gelangen aus den Interessen der Bernhard'schen Armen- und Waisenstiftung 336 K in 14 Teilbeträgen à 24 K an Waisenkinder zur Verteilung.

Anspruch auf einen solchen Stiftungsbetrag haben bedürftige Waisenkinder von im Gebiete der bestandenen Gemeinde Gaudenzdorf ansässig und nach Wien zuständig gewesenen armen Personen.

Diejenigen Waisenkinder, deren Vorfahren vor dem Jahre 1891 in der bestandenen Gemeinde Gaudenzdorf die Zuständigkeit besessen haben, haben den Vorzug.

In zweiter Linie können auch arme Waisenkinder von solchen Personen bedacht werden, welche im XII. Wiener Gemeindebezirke Meidling überhaupt ansässig und nach Wien zuständig waren.

Mütter, Vormünder und Pflegeparteien, welche für die in ihrer Obsorge befindlichen Waisen um eine Unterstützung aus dieser Stiftung ansuchen wollen, haben ihre Gesuche mit dem Totenscheine des einen oder beider Elternteile der Waisen, mit dem Tauf(Geburts)scheine, mit dem Heimatsausweise und mit den Schulfortgangszeugnissen der Waisen, eventuell mit dem Nachweise des geltend gemachten Vorzugsrechtes zu belegen und bis **längstens 9. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1907.

Z. 6016 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Marie Ernst v. Ernstenau'sche Stiftung.)

Am 1. März 1908 gelangt ein Drittel der Jahresinteressen des Marie Ernst v. Ernstenau'schen Stiftungskapitales im Betrage von 163 K zur Verteilung.

Zum Genusse dieser Stiftung sind sechs alte, bedürftige, krüppelhafte, in Wien wohnende, einer der christlichen Konfessionen angehörige Personen berufen.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen ein legales Armutszeugnis, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit, ihren Taufschein und ihre sonstigen Dokumente beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 20. Jänner 1908** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. September 1907.

Z. 4113 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Anna Holzinger'sche Stiftung.)

Am 12. Februar 1908 gelangen die Interessen der Anna Holzinger'schen Stiftung für dürftige Kleingewerbetreibende mit fünf Stiftplätzen zu je 200 K zur Verteilung.

Anspruch auf die Stiftung haben dürftige, unterstützungswürdige, nach Wien zuständige Kleingewerbetreibende, welche im Polizeirayon Wien ansässig sind.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburts)schein, die Tauf(Geburts)scheine des anderen Gatten-teiles und der Kinder, den Heimatschein, ein legales Armuts-zeugnis und den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 31. Oktober 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. Juli 1907.

Z. 6026 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Adolf Ignaz und Julie Marzelline Mautner v. Markhof'sche Stiftungen.)

Am 6. Februar 1908 gelangen die Interessen der Adolf Ignaz Mautner Ritter v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenknaben und der Julie Marzelline Mautner v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenmädchen im Betrage von je 4800 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind arme Waisenknaben im Alter von 12 bis 16 Jahren, beziehungsweise arme Waisen-mädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren berufen, welche in Wien heimatberechtigt sind, sie mögen sich in einer Waisenanstalt befinden oder nicht.

Die vorhandenen Stiftungsinteressen sind zu gleichen Teilen, somit mit je 600 K an je acht die stiftbriefliche Eignung besitzende Waisenknaben beziehungsweise Waisenmädchen zu verleihen; hievon haben vier Waisenknaben und vier Waisenmädchen der katholischen Religion, zwei Waisenknaben und zwei Waisen-mädchen der evangelischen Religion A. K. oder H. K. und zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der israelitischen Religion anzugehören.

Die Bestimmung jener acht Waisenknaben und jener acht Waisenmädchen, welchen ein Stiftungsbetrag zuzuwenden ist, erfolgt durch das Los in der durch die Stiftbriefe für die Verlosung festgesetzten Weise.

Der zugefallene Stiftungsbetrag wird nicht sofort ausbezahlt, sondern fruktifiziert und nach Maßgabe der Bestimmungen der Stiftbriefe zum Beginne eines Gewerbes oder als Stipendium zur Fortsetzung der Studien, den Mädchen bei Verehelichung, jedoch erst nach zurückgelegtem 18., eventuell nach vollendetem 24. Lebensjahre ausgefolgt.

Mütter, Vormünder oder Pflegeparteien, welche um Verleihung eines solchen Stiftbetrages an die in ihrer Obsorge stehenden Waisen ansuchen wollen, haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, Impfungszeugnisse und dem Nachweise über die Wiener Heimatsangehörigkeit ihrer Pfleglinge, sowie dem Totenscheine der Eltern oder des Vaters der Waisen, endlich mit dem Zeugnisse über den Schulfortgang (Jahreszeugnis, Schulnachricht) oder dem Zeugnisse über den Fortgang einer Berufsbildung und mit dem legalen Armutszeugnisse zu belegen und **bis längstens 14. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. September 1907.

Z. 6032 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Karoline Prugberger'sche Stiftung.)

Am 14. Februar 1908 gelangen die Interessen der Karoline Prugberger'schen Stiftung aus dem Jahre 1907 im Betrage von 800 K an zwei arme erwerbsunfähige Wiener Bürger in Teilbeträgen von je 400 K zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, dem Trauungsscheine, dem Bürgerrechtsdiplome, einem legalen Armutszeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über ihre Erwerbsunfähigkeit und den Tauf(Geburts)scheinen der Kinder zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 23. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 18. September 1907.

Z. 6018 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Moritz Goldberger'sche Stiftung.)

Für das Studienjahr 1907/08 sind vier Moritz Goldberger'sche Stipendien im Betrage von je 155 K zu verleihen, und zwar:

a) eines für einen mittellosen Kandidaten der medizinischen Doktorwürde als Beitrag zu den Taxen der Promotion;
b) eines in gleicher Weise für einen Kandidaten der juristischen Doktorwürde;
c) eines desgleichen für einen Kandidaten der philosophischen Doktorwürde und
d) eines für einen Maler als Beitrag zu einer Reise nach Italien.

Bewerber um diese Stipendien haben ihre mit dem Tauf(Geburts)scheine, dem Heimatscheine, dem Impfscheine, einem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse und den Nachweisen über die Ablegung der für die einzelnen Fakultäten vorgeschriebenen Rigorosen, beziehungsweise über die Inskription an einer öffentlichen Malerschule belegten Gesuche **bis längstens 20. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Nur die mit einem legalen Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. September 1907.

HOLZIMPRÄGNIRUNG
Guido Rütgers
WIEN, IX.,
Liechtensteinstraße 20.
HOLZPFLASTERUNG

Asphalt-, Gipsdielen-, Korkstein-, Xylolith- und Teerprodukten-Fabriken
OTTO GRAFE'S NACHFOLGER
Kontrahenten der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.
BUREAUS: Wien, III/1, Taborstrasse 64. Telephon Nr. 13.374.
FABRIKEN: Wien, XX. Handelskai 42 — Greifensteinstrasse 1. Telephon Nr. 19.053.

Das
k. k. Versteigerungs-Amt
WIEN, I., Dorotheergasse Nr. 17
übernimmt: Hinterlassenschaften, Mobilien aus **Übersiedlungen und Gegenstände jeder Art,** wie Gemälde, Kunstobjecte, Claviere, Harmoniums, gute Möbel, Decorationsstücke, Wägen u. s. w., mit Ausnahme von neuen Waren
zur Versteigerung.
Anmeldungen täglich von 9 bis 12 Uhr, auch brieflich und telephonisch (Nr. 2916).

Zur kulanten Besorgung aller im Kursblatte notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen
Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.
WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 85. Dienstag den 22. Oktober 1907. Jahrgang XVI.

Pränumerationspreise: Für Wien: **mit Zustellung** ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ **ohne Zustellung** ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokale im Rathause.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling,** I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.,** I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Gemeinderat.

Sitzung des Gemeinderates.

Freitag den 25. Oktober 1907, nachmittags 5 Uhr.

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Mittwoch den 23. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr.
Donnerstag den 24. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr.
Freitag den 25. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr.

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom **11. Oktober 1907.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Braun, Brauneiß, Brzezowsky, Büsch, Dr. Deutschmann, Gräf Ferdinand, Grünbeck Sebastian, Gsottbauer, Hallmann, Hörmann, Hoß, Knoll, Dr. Krenn, Oppenberger, Rissaweg, Schneider, Schwer, Straßer, Tomola, Weitmann, Wessely, Zatzka.

Entschuldigt: St.-R. Hraba, Rauer.
Beurlaubt: St.-R. Hölzl, Rain, Schreiner.
Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär Künzl.

Vize-Bürgermeister Hierhammer eröffnet die Sitzung.

(P. Z. 13583, M. A. III, 3856.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über das Ansuchen des Friedrich Baum um Verpachtung der radizierten Schankkonzession im städtischen Hause IX., Pramergasse 31, und beantragt:

Dem im Einvernehmen mit dem bisherigen Pächter Karl Osang gestellten Ansuchen des Friedrich Baum um bestandweise Überlassung der radizierten Schankgerechtigkeit und der Gasthauslokalitäten inklusive der Wohnung im städtischen Hause IX., Pramergasse 31, unter den bisherigen Bedingungen, d. i. gegen einen in vierteljährigen Antizipativraten fälligen Jahreszins von 2065 K 50 h und gegen beiderseitige vierteljährige Kündigung und gegen Erlag einer Kaution von 520 K wird unter der Bedingung Folge gegeben, daß der Gemeinde Wien einseitig das Recht der jederzeitigen beliebig kurzfristigen Kündigung zusteht, wenn der Pächter den Bestandzins nicht termingemäß entrichtet oder seine sonstigen Vertragsverpflichtungen nicht erfüllt. (Angenommen.)

(P. Z. 13249, M. A. VI, 3936.) **St.-R. Rissaweg** referiert über die Herstellung einer transparenten Uhr am Gebäude des Bezirksamtes für den X. Bezirk und beantragt, für die Herstellung einer transparenten Uhr den Betrag von 380 K zu genehmigen und

zur Ausgabs-Rubrik LI 1 einen Zuschußkredit in gleicher Höhe zu bewilligen. (Angenommen.)

(P. Z. 13464, M. A. III, 4353.) St.-R. Rissaweg referiert über das Ansuchen des Jugendspielvereines „Favoriten" um bestandweise Überlassung eines Teiles der Pacht-Abteilung II und der Pacht-Abteilung IV der Bürgerspital-Kat.-Parz. 1366/1 im X. Bezirke zwischen Quellenstraße und Gudrunstraße ab 15. Oktober 1907 auf unbestimmte Zeit gegen beiden Teilen jederzeit offenstehende 14tägige Kündigung zu den allgemeinen Bestandbedingungen und um einen jährlichen Anerkennungszins von 10 K und beantragt die Gesuchsgewährung.

Das Offert des Sportklubs „Slovan" wird abgewiesen.

Die Einfriedung des Platzes (Planke, welche Eigentum der Gemeinde Wien ist) ist von der Gemeinde Wien in Stand zu halten. (Angenommen.)

(P. Z. 12963, M. A. VIII, 2656.) St.-R. Rissaweg referiert über den Bauamtsbericht, betreffend die Erneuerung des Ölanstriches im Männer- und Knabenbad des städtischen Volksbades im X. Bezirke, und beantragt, zur Kenntnis zu nehmen, das wegen Erneuerung des Ölanstriches die Knaben und Mädchen auf zirka vier Wochen vom Badebesuche ausgeschlossen werden müssen, um das Baden den Frauen und Männern zu ermöglichen. (Angenommen.)

(P. P. 12866, M. A. VII, 977.) St.-R. Rissaweg referiert über das Anerbieten des Josef Richter zur Ausführung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Hauptunratskanales in der projektierten äußeren Gürtelstraße von der Favoritenstraße bis zur Patrubangasse und in der Patrubangasse zwischen der äußeren Gürtelstraße und Katharinengasse im X. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 6076 K 56 h und beantragt, das Offert des Stadtbaumeisters Josef Richter mit der begehrten Aufzahlung von 18 Prozent im Sinne des Magistrats-Antrages zu genehmigen. (Angenommen.)

(P. Z. 13350, M. A. III, 4376.) St.-R. Rissaweg referiert über das Ansuchen der Einkaufs-Genossenschaft der Pferdefleisch-Verschleißer und Auskocher in Wien um Erstreckung des Termines zur Zahlung der ersten Rate des Kaufschillings für einen Teil der Bürgerspitalfondsparzelle 64/1 Favoriten und beantragt:

In teilweiser Abänderung des Gemeinderats-Beschlusses vom 5. Juli 1907, Z. 9370, wird der Gesuchstellerin die Frist zur Zahlung der ersten Rate des Kaufschillings für den im Originalplane durch rote Schraffierung der Grenzen gekennzeichneten Teil der unter Einl.-Z. 390 in der n.-ö. Landtafel inneliegenden Kat.-Parz. 64/1 Favoriten, d. i. zur Zahlung eines Betrages von 9000 K namens des Wiener Bürgerspitalfondes unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen bis 20. April 1908 erstreckt.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 13523, M. A. XV, 9276.) St.-R. Rissaweg referiert über die Vergebung der Arbeiten für die Heizanlage im Schulgebäude X. Bezirk, Thavonatgasse, und beantragt: Für den Schulbau X., Thavonatgasse wird die Herstellung der Niederdruck-Dampfheizung, und zwar die maschinelle Anlage um den Maximalkostenbetrag von 47.060 K 97 h an die Firma Kurz, Ritschel & Henneberg, XIII., Linzerstraße 221 und die Kesselliefernng um den Maximalkostenbetrag von 8400 K der Firma Poppek & Söhne übertragen.

St.-R. Büsch beantragt, im Interesse der einheitlichen Ausführung der Firma Kurz, Ritschel & Henneberg auch die Kesselliefernng um den Maximalkostenbetrag von 8720 K gemäß dem Magistrats-Antrage zu übertragen.

Es wird der Referenten-Antrag mit der von St.-R. Büsch beantragten Änderung angenommen.

(P. Z. 13470, M. A. III, 4725.) **St.-R. Hallmann** referiert über das Ansuchen der k. k. n.-ö. Statthalterei als Verwalterin des k. k. Versatzamtsfondes um Ermäßigung des Preises für die zur Erbauung einer Zweiganstalt im V. Bezirke in Aussicht genommenen Bürgerspitalfondsgründe und beantragt:

Der k. k. n.-ö. Statthalterei als Vertreterin des k. k. Versatzamtsfondes ist bekanntzugeben, daß der Wiener Stadtrat mit Rücksicht darauf, daß der gewünschte Grund, das ist der im Plane rot lasierte Block D, Eigentum des Wiener Bürgerspitalfondes, also eines von der Gemeinde verwalteten Stiftungsvermögens ist, welches ganz bestimmten Zwecken zu dienen hat, ferner mit Rücksicht auf die von Jahr zu Jahr steigenden Anforderungen, welche an diesen Fond herantreten, nicht in der Lage ist, beim Gemeinderate einen Nachlaß von dem durch die Schätzung der hierämtlichen technischen Organe ermittelten und zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 20. Februar 1907, Pr.-Z. 2487/07, der k. k. n.-ö. Statthalterei bekanntgegebenen Minimalpreise von 70 K per Quadratmeter zu empfehlen. (Angenommen.)

(P. Z. 13594, M. A. XV, 9402.) **St.-R. Ferdinand Gräf** referiert über die Beleuchtung des Schulbaues in der Kopp- und Herbststraße im XVI. Bezirke und beantragt, zu genehmigen, daß der Schulbau XVI., Koppstraße—Herbststraße behufs Beschleunigung des Baufortschrittes in den Abendstunden mit zehn elektrischen Bogenlampen von der Gemeinde Wien unter der Bedingung beleuchtet werde, daß die hiedurch erwachsenden Stromkosten der Gemeinde vom Baumeister Guido Gröger rückersetzt und beide Schultrakte zuverlässlich vor Anbruch des Winters unter Dach gebracht werden. (Angenommen.)

(P. Z. 13435, B. A. XVI, 48172.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über Ansuchen um Ermäßigung beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1907 und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(P. Z. 13373, M. A. X., 1815.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung von Glashäusern in der neuen Gärtnerei des Ottakringer Friedhofes mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 11.188 K 14 h, beziehungsweise 5007 K, und beantragt, hinsichtlich der Erd- und Baumeisterarbeiten das Offert des Josef Schwarz mit dem angebotenen Nachlasse von 3 Prozent und bezüglich der Lieferung der Dachkonstruktion samt Türen und Fenster der Firma Neukomm & Hermann zu den Kostenanschlagspreisen zu genehmigen. (Angenommen.)

(P. Z. 7527, M. A. V, 1259, 2124.) **St.-R. Straßer** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Errichtung eines Gehsteges über den Nordwestbahnbahnhof, und beantragt, den Akt an den Magistrat zurückzuleiten zur Berichterstattung, wie hoch sich die Kosten im Detail belaufen. (Angenommen.)

Der **Vorsitzende** konstatiert die Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten.

(P. Z. 12529, 12526, M. A. IX, 2732, 2910.) **Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer** referiert über die Besetzung von Stellen im Marktamte.

Es wird bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten beschlossen:

I. Es werden im Wege der Stellenbeförderung mit dem Range vom 7. Juni ernannt:

1. Zum Marktkommissär in der VI. Rangklasse der Marktamts-Offizial Julius Horaczek;

2. zum Marktamts-Offizial in der VII. Rangklasse der Marktamts-Akzessist Albert Hubmann;

3. zum Marktamts-Akzessisten, jedoch nur provisorisch im Hinblicke auf den Mangel der Prüfung über Vieh- und Fleischbeschau und unter der Bedingung, daß er bei dem von der Gemeinde im Oktober 1907 zu errichtenden Vieh- und Fleischbeschaukurse diese Prüfung spätestens am 1. Juli 1908 ablege, den Kanzlei-Praktikanten Max Wottawa, und zwar mit Rücksicht darauf, daß er am 3. Juli 1907 die übrigen Voraussetzungen für die Zeitbeförderung erfüllt hat, mit dem Gehalte und Quartiergelde vom 1. August 1907.

II. Es werden im Wege der Zeitbeförderung im Sinne des Magistrats-Antrages ernannt:

Zu provisorischen Marktamts-Akzessisten die Kanzlei-Praktikanten:

Viktor Pfoser mit dem Range vom 2. Juli 1907,

Richard Kirsch mit dem Range vom 2. Juli 1907 und

Johann Schwenk mit dem Range vom 3. Juli 1907;

zum definitiven Marktamts-Akzessisten der Kanzlei-Praktikant:

Robert Kirschenhofer mit dem Range vom 3. Juli 1907.

Sämtliche mit dem Gehalte und Quartiergeld vom 1. August 1907.

(Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer übernimmt den Vorsitz.)

(P. Z. 13604, M. A. XI, 39570.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über die Systemisierung der Zahl der Armenräte und beantragt:

Der Stadtrat wolle die Zahl der Armenräte feststellen, wie folgt:

I.	Bezirk	42
II.	„	157
III.	„	150
IV.	„	77
V.	„	130
VI.	„	98
VII.	„	153
VIII.	„	110
IX.	„	160
X.	„	150
XI.	„	45
XII.	„	114
XIII.	„	100
XIV.	„	104
XV.	„	68
XVI.	„	270
XVII.	„	150
XVIII.	„	86
XIX.	Bezirk	60
XX.	„	100
XXI.	„	208
	Zusammen	2532.

(Angenommen.)

(P. Z. 13548, 13581, M. A. III, 5129, 5081.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Holz-Erzeugung in den Bürgerspitalfonds-forsten „Schuhbrecher- und Hadersdorferwald" und beantragt, den vom k. k. Forstmeister Emil Klier vorgelegten Fällungs-Antrag pro 1907/08 sowie die Hauer- und Ruckerlöhne und die Fällungsnachweisung, betreffend die in der Periode 1906/07 erzeugten Hölzer, zu genehmigen. (Angenommen.)

(P. Z. 13582, M. A. III, 3672.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Bestellung eines Ober-Aufsehers für den Bürgerspitalfonds-Kalksburgerwald und beantragt:

An Stelle des k. k. Forst- und Domänen-Verwalters Ferdinand Tidlica wird mit der Oberaufsicht über den Wiener Bürgerspitalfonds-Kalksburgerwald zufolge Zustimmung der k. k. Forst- und Domänen-Direktion Wien zur Zahl 6764 der k. k. Forst- und Domänen-Verwalter Franz Ott in Breitenfurt betraut.

(Angenommen.)

(P. Z. 13589, M. A. X, 4950.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen der Barbara Dobmayer um Überlassung des eigenen Grabes Gruppe XVI, Reihe 1, Nr. 135 im Meidlinger Friedhofe und beantragt die Überlassung des Grabes um 140 K auf 20 Jahre gemäß dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen.)

(P. Z. 13366, M. A. X, 7650.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Dr. Josef Mattis als Erbenmachthabers nach Josef Hugelsberger um Übernahme einer Graberhaltungswidmung, betreffend das eigene Grab Abteilung IV, Gruppe VI, Nr. 52 im Meidlinger Friedhofe und beantragt:

Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, die im Augenscheins-Protokolle vom 12. September 1907 festgesetzten Leistungen in Ansehung des eigenen Grabes Abteilung IV, Gruppe VI, Nr. 52 im Meidlinger Friedhofe gegen bedingungslosen Erlag des Betrages von 400 K zu den eigenen Geldern auf die Dauer des derzeitigen Benützungsrechtes, das ist bis 9. Juli 1927 unter der Bedingung zur Ausführung zu übernehmen, daß eine weitere Beilegung in dieses Grab nicht mehr stattfindet. (Angenommen.)

(P. Z. 12904, M. A. XXII, 1533.) St.-R. Büsch referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an die Armenräte des XII. Bezirkes August Eybl und Wilhelm Oehring und beantragt, den Genannten in Anerkennung ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 13425, 13426, B. A. I, 47742, 47544.) **St.-R. Dr. Deutschmann** referiert über die Zuschrift der k. k. Steuer-Administration in Wien I. Bezirk und Prag, betreffend die Aufteilung der der Firma Gebrüder Rosenthal, Aktiengesellschaft für Textilindustrie pro 1905 bis 1907 vorgeschriebenen Erwerbsteuer zwischen Wien, Hohenems und Rankweil, beziehungsweise der

der Ustředni banka českých spořitelen v Praze pro 1907 vorgeschriebenen Erwerbsteuer zwischen Wien und Prag und beantragt, von der Ergreifung eines Rekurses abzusehen. (Angenommen.)

(P. Z. 13478, M. A. VI, 2580.) St.R.. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen des Arthur v. Szabo-Feraris um Kehrichtentfernung aus seinem Hause IV., Theresianumgasse 5, und beantragt, zu gestatten, daß gegen jederzeit mögliche beiderseitige vierteljährige Kündigung und gegen eine jährliche Gebühr von 24 K per Gefäß seitens des Betriebspersonales des städtischen Kehrichtwagens wöchentlich zweimal an den hiezu bestimmten Tagen aus dem Hause IV., Theresianumgasse 5, die Kehrichtgefäße zum Zwecke der Entleerung in den Sammelwagen herausgetragen und dann wieder auf ihren Bestimmungsort zurückgebracht werden. (Angenommen.)

(P. Z. 13354, M. A. VI, 4149.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Zuschrift des Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Herzberg-Fränkl, betreffend Ansprüche des Leopold Bodascher auf Entschädigung für einen am Franz Josefs-Kai nächst dem Kaiser Ferdinandsplatz durch zerstreut herumliegende Pflastersteine angeblich erlittenen Unfall, und beantragt, jeden Anspruch des Leopold Bodascher gemäß dem Magistrats-Antrage abzuweisen. (Angenommen.)

(P. Z. 13040, M. A. XXII, 3087.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen des Dr. Rudolf Wolf um Schadenersatz für die Beschädigung seines Beinkleides anläßlich der Benützung eines Sessels in der Konskriptionsamts-Abteilung des III. Bezirkes und beantragt:

Die Forderung des im III. Bezirke, Salmgasse 1, wohnhaften Dr. Rudolf Wolf auf Ersatz von 50 K für die Beschädigung eines Beinkleides durch einen Stuhl beim magistratischen Bezirksamte für den III. Bezirk wird abgelehnt.

Ohne Anerkennung einer Rechtsverpflichtung wird jedoch der Magistrat ermächtigt, dem Genannten einen Ausgleichsbetrag von 20 bis 24 K anzubieten.

Von einem Rückersatze von dem schuldtragenden städtischen Organe wird abgesehen. (Angenommen.)

(P. Z. 13180, M. A. VIII, 3451.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen des Emmerich Franz Weiß, Kaffeesieders, I., Aspernplatz 4, um eine Entschädigung von 30 K für infolge eines Wasserleitungsgebrechens unbrauchbar gewordenes Nutzsalz und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(P. Z. 13167, M. A. V, 2219.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Beschwerde der Imperial-Continental-Gas-Association wider den Auftrag zur Entfernung der Kabel für die elektrische Beleuchtung der k. k. Hofteater und beantragt, über die vorliegende Beschwerde der Imperial-Continental-Gas-Association gegen das in Handhabung der Lokalpolizei erflossene Magistratsdekret vom 28. April 1907, Magistrats-Abteilung V, Z. 944, folgende Entscheidung zu treffen:

Da durch die gepflogenen Erhebungen nachgewiesen ist, daß der zwischen der k. und k. General-Intendanz der k. k. Hoftheater und der Imperial-Continental-Gas-Association unterm 10. Februar 1885 abgeschlossene und seither aufgelöste Vertrag über die elektrische Beleuchtung der Hoftheater in Bezug auf das Hof-Burgtheater erst mit 14. Oktober 1908 ablaufen würde, in Ansehung des Hof-Operntheaters aber bereits mit 15. August 1907 erloschen wäre, wird dem Rekurse teilweise stattgegeben und die angefochtenen Verfügungen des Magistrates dahin abgeändert, daß nur jene Leitungen samt allem Zugehör, welche ausschließlich zur Versorgung des k. k. Hof-Operntheaters mit elektrischer Beleuchtung bestimmt sind, und zwar bis 15. April 1908 aus den städtischen Straßen auf Kosten der Gesellschaft zu entfernen und die betreffenden städtischen Straßen in dem vor der Entfernung der Leitung bestandenen Zustand zu versetzen sind.

Insoweit das Rekursbegehren auf gänzliche Aufhebung der angefochtenen Verfügung des Magistrates gerichtet ist, wird ihm keine Folge gegeben, weil die seinerzeit mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 14. April 1887, Z. 2306 (Magistratsdekret vom 19. April 1887, Z. 114122) erteilte Bewilligung zur Straßenbenützung ausdrücklich auf die Dauer des Vertrages vom 10. Februar 1885 beschränkt war, und der Abschluß des neuen Vertrages vom 4. Juli 1888, der überdies der Gemeinde erst jetzt zur Kenntnis gebracht worden ist, an den Rechten der Gesellschaft aus der erwähnten Bewilligung nichts zu ändern vermochte.

(Angenommen.)

(P. Z. 13267, M. A. XIII, 5402.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Verleihung der Interessen der Karl Enzinger'schen Stiftung für ein Mädchen des I. städtischen Waisenhauses und beantragt die Verleihung der Interessen per 33 K 60 h an den Zögling Anna Dorak gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(P. Z. 13314, St. Str. B., 3326 Ap.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Berufung des gewesenen Straßenbahn-Kondukteurs Wilhelm Weiß gegen das auf strafweise Entlassung lautende Disziplinar-Erkenntnis vom 9. September 1907 und beantragt die Abweisung nach dem Antrage der Straßenbahn-Direktion. (Angenommen.)

(P. Z. 13483, M. A. VII, 1005.) **St.-R. Zatzka** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 43.158 K 17 h sowie der Holzstöckelpflasterung im Betrage von 3250 K für den Kanalbau in der Schönbrunner Hofallee, den Kanalbau in der Penzingerstraße bis zur Beckmanngasse, in der Beckmanngasse bis Or.-Nr. 11, die Verbindung des Kanales der Beckmanngasse mit jenem der Linzerstraße sowie den Umbau der Einmündung des Kanales in der Flachgasse in jenen der Linzerstraße im XIII. Bezirke und beantragt, bezüglich der Erd- und Baumeisterarbeiten das Bestbot des Stadtbaumeisters E. Rzehaczek mit der begehrten Aufzahlung von 8·9 Prozent und bezüglich der Holzstöckelpflasterung das Bestbot der Firma John B. Blythe mit der begehrten Aufzahlung von 2·4 Prozent zu den Einheitspreisen des Kostenanschlages zu genehmigen. (Angenommen.)

(P. Z. 13263, B. A. XIII, 37023.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Johann Böhm um Nachsicht der Hundesteuerstrafe per 16 K pro 1907 und beantragt die Alehnung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(P. Z. 13324, M. A. XV, 9004.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen der Ersten Zentral-Lehrlingsbibliothek um Über-

lassung des Lehrmittelzimmers der Volksschule XIII., Siebeneichengasse 17, und beantragt, zur Verlegung der Ersten Zentral-Lehrlingsbibliothek aus der Schulkanzlei der Knaben- und Mädchen-Volksschule XIII., Siebeneichengasse 17, in das neu hergestellte Lehrmittelzimmer der Mädchen-Volksschule XIII., Siebeneichengasse 17, die Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

(P. Z. 13511, B. A. XIII, 27334.) St.-R. Zatzka referiert über Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung der Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des XIII. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(P. Z. 13233, M. A. V, 2226.) St.-R. Zatzka referiert über den Magistratsbericht betreffend die Explosion in der Hütteldorfer Ölgasanstalt und beantragt:

1. Kenntnisnahme.

2. An das k. k. Eisenbahnministerium ist neuerlich eine entsprechend begründete Eingabe wegen Auflassung der Ölgasanstalt am Hütteldorfer Bahnhofe zu richten.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 13377, M. A. XIV, 6610.) St.-R. Zatzka referiert über die Auflassung der Verlängerung der Kremsergasse zur St. Veithgasse im XIII. Bezirke und beantragt:

Die derzeit genehmigten, im beiliegenden Plane 2, Stadtbauamts-Zahl 1728, XIII/07 schwarz strichpunktierten mit den Buchstaben a b und c d bezeichneten Baulinien für den Durchbruch der Kremsergasse zur St. Veithgasse im XIII. Bezirke werden aufgelassen und wird die Baulinie der Kremsergasse nach der rot schraffierten Linie b d und die der St. Veitgasse nach der rot schraffierten Linie a c ergänzt.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 13376, M. A. XIV, 3485.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen der Aurelia Schänderlein um Abänderung der Baulinie für die Gasse 10 (abzweigend von der Jagdschloßgasse) im XIII. Bezirke und beantragt:

In der in den beiliegenden Plänen des Stadtbauamtes Z. 1030, XIII/07, mit den Buchstaben a b bezeichneten Strecke der Gasse 10 wird von der Herstellung eines Vorgartens Umgang genommen. Im übrigen bleiben die genehmigten Verbauungsbestimmungen auch für die Liegenschaft Einl.-Z. 301 Katastralgemeinde Lainz im XIII. Bezirke aufrecht. (Angenommen.)

(P. Z. 13332, 13333, B. A. XIII, 30917, 33789.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen der Margarete Karl, sowie des Thomas Karl Riepl um Ermäßigung des Pachtzinses für die städtische Kat.-Parz. 211 Ober-Baumgarten, beziehungsweise für Teile der Kat.-Parz. 211 bis 213, 216, 217/1, 217/2, Einl.-Z. 4 und Parz. 252/2, Einl.-Z. 187 in Ober-Baumgarten und beantragt, der Margarete Karl den Pachtzins pro 1906 per 120 K nachzusehen und dem Thomas Karl Riepl den Jahrespachtzins von 200 K auf 120 K herabzusetzen. (Angenommen.)

(P. Z. 13422, M. A. XVI, 7994.) St.-R. Zatzka referiert über die Abänderung von Gassenbezeichnungen im XIII. Bezirke und beantragt:

Der Stadtrat wolle in Abänderung seines Beschlusses vom 3. Juli 1907, Z. 8884, bestimmen, daß

1. die Gasse im XIII. Bezirke, welche den Fahrweg zum Himmelhof mit dem Westende der platzartigen Erweiterung der Erzbischofgasse verbindet, und mit Magentagasse bezeichnet wurde, im Hinblicke darauf, daß sie beim Himmelhof vorbeiführt, nunmehr mit „Himmelhofgasse", und

2. die östliche Parallelgasse, welche mit Himmelhofgasse bezeichnete wurde, mit „Hagenberggasse" benannt werde, schließlich

3. daß die Schreibweise der Innozentiagasse, welche die beiden vorgenannten Gassen durchkreuzt, in „Innocentiagasse" abgeändert werde. (Angenommen.)

(P. Z. 13466, M. A. III, 1652.) St.-R. Zatzka referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Einlösung des Hauses XIII., Linzerstraße 36, behufs Durchführung der Beckmanngasse zur Linzerstraße, und beantragt, auf Verhandlungen hinsichtlich der Einlösung des Hauses XIII., Linzerstraße 36, gemäß dem Magistrats-Antrage nicht einzugehen. (Angenommen.)

(P. Z. 13489, M. A. X, 5863.) St.-R. Zatzka referiert über das Anerbieten der Leopoldine Furchheimer, sowie der Amalia Kröll zur käuflichen Überlassung ihrer Grundstücke Kat.-Parz. 455, Einl.-Z. 484 und Kat.-Parz. 454, Einl.-Z. 483 Grundbuch Breitensee im Gesamtausmaße von 11567 m² um 6 K 25 h per Quadratmeter zur Erweiterung des Baumgartener Friedhofes und beantragt, das Offert im Sinne des Magistrats-Antrages zu genehmigen. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 13591, M. A. XV, 7795.) St.-R. Zatzka referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für den Schulbau XIII., Steinlechnergasse und beantragt:

Der Stadtrat wolle die folgenden Arbeiten und Lieferungen für den Schulbau XIII., Steinlechnergasse vergeben:

1. Erd- und Baumeisterarbeiten an Matthäus Bodahl, XIII., Linzerstraße 446 gegen den offerierten Nachlaß von 13 Prozent von den Kostenanschlagspreisen.

2. Traversenlieferung an R. Ph. Waagner, L. und J. Biro und A. Kurz, V., Margaretenstraße 70, unter Annahme des Anbotes der Firma vom 26. September 1907, gewalzte Träger 220 bis 260 mm hoch 25 K 60 h per 100 kg, 350 mm hoch 26 K 60 h per 100 kg.

3. Lieferung des Romanzementes an die Zementwerke Aktiengesellschaft „Waldmühle", I., Landskrongasse 1, zu den Preisen des Kostenvoranschlages. (Angenommen.)

(P. Z. 13588, M. A. X, 1941.) St.-R. Zatzka referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Dauer des Benützungsrechtes für die Gräber des Konventes der barmherzigen Brüder im Hütteldorfer Friedhofe, und beantragt:

Die 24 Grabstellen im Hütteldorfer Friedhofe, welche sich auf dem dem Konvente der barmherzigen Brüder in Hütteldorf zufolge Gemeindeausschuß-Beschlusses der ehemaligen Ortsgemeinde Hütteldorf vom 7. Oktober 1881 überlassenen Friedhofsgrunde befinden, sind als „auf Friedhofsdauer erworben" im bezüglichen Gräber-Protokolle vorzumerken. (Angenommen.)

St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Wilhelm Steiner, sowie der Marie Sloup um Überlassung einer Grabstelle im Baumgartener Friedhofe und beantragt:

(P. Z. 13602, M. A. X, 7175.) Dem Wilhelm Steiner, XIV., Schwendergasse 17, wird das Benützungsrecht an dem verfallenen eigenen Grabe Gruppe Q, Nummer 578, auf die Dauer Bestandes des Baumgartener Friedhofes um den Betrag für Zugewiesene per 200 K mit einem Zuschlage von 50 K, da es sich um die Vergebung eines in hervorragender Lage befindlichen Grabes außer der Reihenfolge handelt, mithin um den Gesamtbetrag von 250 K übertragen.

(P. Z. 13603, M. A. X, 5853.) Der Frau Marie Sloup, XIV., Arnsteingasse 6, wird das Benützungsrecht an dem verfallenen Grabe Gruppe K, Nummer 398 im Baumgartener Friedhofe, und zwar auf Friedhofbestand gegen Erlag der Gebühr für dem Friedhof Zugewiesene per 200 K mit einem Zuschlage von 50 K, da es sich um eine Vergebung außer der Reihenfolge handelt und das betreffende Grab eine hervorragende Lage hat, mithin um den Gesamtbetrag von 250 K überlassen. (Angenommen.)

(P. Z. 13651, M. A. III, 3902.) St.-R. Zatzka referiert über das Projekt für die Herstellung einer Baumpflanzung in der Zufahrtsstraße zum Lainzer Versorgungsheim von der Biraghygasse aus im XIII. Bezirke und beantragt:

Das vorgelegte Projekt wird gemäß den Anträgen der Lokalaugenscheins-Kommission vom 31. Juli 1907 mit einem Kostenbetrage von 12.496 K genehmigt.

2. Zur Deckung der in das laufende Jahr fallenden Auslagen wird zur Ausgabs-Rubrik XXIV 17 pro 1907 ein Zuschußkredit von 8000 K bewilligt.

3. Wegen Vergebung der Lieferung und Abfuhr des Erdmateriales ist eine allgemeine öffentliche Offertverhandlung auszuschreiben; der Magistrat wird ermächtigt, bei glattem Verlaufe der Offertverhandlung die Lieferung an den Bestbieter zu vergeben.

4. Die Arbeiten sind von der Stadtgarten-Direktion in eigener Regie sofort auszuführen. Der Stadtgarten-Direktion obliegt auch die Erhaltung der fertiggestellten Baumpflanzung.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderat.)

(P. Z. 13605, M. A. XIV, 6841.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke um Bewilligung für bauliche Umgestaltungen im Hause VI., Theobaldgasse 6 (Unterstation Mariahilf) und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Magistrats-Antrages zu erteilen. (Angenommen.)

(P. Z. 13650, M. A. III, 267.) St.-R. Zatzka referiert über die Herstellung einer Gartenanlage auf dem aufgelassenen Friedhofe in Ober-St. Veit und beantragt:

1. Das Detailprojekt für die Herstellung einer Gartenanlage auf der Area des aufgelassenen Friedhofes in Ober-St. Veit zwischen der Auhofstraße und der Rohrbacherstraße im XIII. Bezirke wird gemäß den Anträgen der Lokalaugenscheins-Kommission vom 16. Juli 1907 mit einem Kostenbetrage von 23.915 K 85 h, wovon 7491 K auf die gärtnerischen Arbeiten, 13.324 K 85 h auf die Einfriedung und Entwässerung, 2700 K auf die Hydrantenaufstellung und 400 K auf die Aufstellung eines frostfreien Auslaufbrunnens und die Umstellung des Feuerhydranten entfallen, genehmigt.

2. Wegen Vergebung der Gitterlieferung ist eine öffentliche Offertverhandlung auszuschreiben. Die gärtnerischen Arbeiten sind von der Stadtgarten-Direktion in eigener Regie, die technischen Herstellungen vom Stadtbauamte im kurrenten Wege sofort auszuführen. Rohre und Maschinenbestandteile sind dem Vorrate zu entnehmen. Die Spritzhydranten werden während der Sommermonate mit einer täglichen Wassermenge von zusammen 15 m³ aus der Wientalwasserleitung dotiert. Die fertiggestellte Anlage ist von der Stadtgarten-Direktion in Stand zu halten.

3. Die in das Jahr 1907 fallenden Auslagen von rund 7000 K werden zur Deckung auf den Reservefond verwiesen. Für die weiteren Zahlungen ist der erforderliche Betrag im Voranschlage pro 1908 einzustellen.

4. Der Magistrat, Abteilung IV, wird beauftragt, über den Antrag auf Errichtung eines Pissoirs separat an den Stadtrat zu berichten. (Angenommen.)

(P. Z. 13601, M. A. XV, 9755.) St.-R. Zatzka referiert über den Fassadenentwurf für den Schulbau XIII., Steinlechnergasse und beantragt:

Der vorgelegte neue Entwurf für die Fassade des Schulbaues XIII., Steinlechnergasse, wird mit der Abänderung genehmigt, daß die projektierte Loggia zu entfallen habe.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 13619, B. A. I, 38660.) **St.-R. Hoß** referiert über das Ansuchen des Josef Witzmann um Ermäßigung des Platzzinses für die Tischaufstellung vor seinem Kaffeehauslokal I., Löwelstraße 18, und beantragt die Ermäßigung des Platzzinses von 203 K 84 h auf 150 K jährlich gemäß dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(P. Z. 13616, B. A. I, 55364.) St.-R. Hoß referiert über Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des I. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge.

(Angenommen.)

(P. Z. 13461, M. A. II, 8590/06.) St.-R. Hoß referiert über die Ausdehnung der Bierauflage in Teilen des XXI. Bezirkes auf das ganze, außerhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergebietes gelegene Gebiet und beantragt die Genehmigung im Sinne des Magistats-Antrages.

Über Antrag des St.-R. Oppenberger wird beschlossen, eine Äußerung der Bezirksvertretung des II. Bezirkes einzuholen.

(P. Z. 13554, 13555, 13599, M. A. II, 8361, 8496, 8112.) St.-R. Hoß referiert über Gesuche um Gehaltsvorschüsse.

Die Referenten-Anträge werden angenommen.

P. Z. 13554 an den Gemeinderat.

(P. Z. 13653, M. A. X, L. B., 322.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Liquidators der Entreprise des pompes funèbres Karl Paziska um Erteilung der Bewilligung für die Buchhaltungsbeamten Viktor Gebhart und Hans Czepiha zu Buchführungsarbeiten in ihrer dienstfreien Zeit für die Entreprise des pompes funèbres und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(P. Z. 13580, St. Str. B., 570/Rt.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen der Direktion der städtischen Taubstummen-Abteilung XV., Zinckgasse 12/14, um Gewährung von Freikarten für Zöglinge und beantragt, die Ausfertigung der mit Zuschrift vom 6. Juli 1907 angesuchten Freikarten auf den daselbst bezeichneten Strecken mit der Gültigkeit für das Schuljahr 1907/08 zu genehmigen und bei den unter Post 3, 4, 6, 9, 13 und 16 namhaft gemachten Zöglingen die Ausstellung dieser Freikarten mit der Gültigkeit auch für je eine Begleitperson zu bewilligen.

(Angenommen.)

(P. Z. 13341, 13343, 13345, M. A. II, 5740, 5551, 5822.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen der Kanzleiakzessistenswaise Therese Klement um Belassung des gnadenweisen Erziehungsbeitrages von 100 K, sowie der Diurnistenswitwe Leopoldine Pfeffer und der Gemeindedienerswitwe Wilhelmine Ottken um Belassung der Gnadengabe per 240 K beziehungsweise 360 K jährlich und beantragt die Abweisung im Sinne der Magistrats-Anträge.

(Angenommen.)

(P. Z. 13360, M. A. XI, 38559.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Kutschers im städtischen Asyl- und Werkhause Franz Spatzierer um Lohnerhöhung und beantragt die Erhöhung des Taglohnes von 3 K 60 h auf 4 K gemäß dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 13473, 13474, 13472, M. A. IV, 2882, 2893, 2694.) St.-R. Hoß referiert über Gesuche um Unterstützung anläßlich der Wetterkatastrophe vom 17. Juli 1907 und beantragt, der Gastwirtin Barbara Erber, XIX., Heiligenstädterstraße 78, eine Unterstützung von 50 K, der Wäscherin Aloisia Deimel, XIX., Rodlergasse 5, eine Unterstützung von 150 K zu bewilligen und das Ansuchen des Karl Ritterspacher, XIX., Sieveringerstraße 86, gemäß dem Magistrats-Antrage aus prinzipiellen Gründen abzulehnen.

(Angenommen.)

(P. Z. 13250, M. A. VI, 1627.) St.-R. Hoß referiert über die Herstellung einer Uhr an der neuen Kirche in Floridsdorf im XXI. Bezirke und beantragt:

Es ist an dem Turme der neuen Pfarrkirche in Floridsdorf auf Kosten der Gemeinde Wien unter Wahrung ihres Eigentumsrechtes eine Turmuhr mit drei transparenten Zifferblättern herzustellen und hiefür ein Kostenbetrag von 15.000 K zu bewilligen, welcher budgetmäßig sicherzustellen ist.

Die Einrichtung der Zifferblätter samt Lieferung der Zeiger ist im Wege einer Offertverhandlung zu vergeben.

Wegen Herstellung des Uhrwerkes hat der Magistrat seinerzeit die nötigen Anträge zu stellen.

Dem Architekten Karl Troll und Johann Stoppel ist für die unentgeltliche Überlassung des Uhrprojektes der Dank auszusprechen.

(Angenommen.)

(P. Z. 13492, M. A. XIV, 3143.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Franz und der Anna Pawitsch um Bewilligung zur Abteilung der Realität Einl.-Z. 567, Kat.-Parz. 951/15 und 951/17 Kagran im XXI. Bezirke auf zwei Baustellen und beantragt die Besuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages.

(Angenommen.)

(P. Z. 13490, M. A. X, 4584.) St.-R. Hoß referiert über die Wiedereröffnung des Jedlerseer Friedhofes und beantragt:

1. Die Wiedereröffnung des Jedlerseer Friedhofes wird genehmigt.

2. Vorläufig ist nur der noch unbelegte Teil des Friedhofes der Belegung zuzuführen. Das hierüber vorgelegte Projekt des Stadtbauamtes wird genehmigt. Beilegungen in dem schon belegten Teil sind bis auf weiteres nicht zu gestatten.

3. Für die neuen Grabstellen sind die im Stadtrats-Beschlusse vom 12. Juli 1907, Pr.-Z. 9585, bestimmten Gebühren einzuheben.

4. Dem Jedleseer Friedhofe wird der gegenwärtige Pfarrsprengel Jedlesee zugewiesen, die Zuweisung von Jedlesee zum Groß-Jedlersdorfer Friedhofe wird aufgehoben, dagegen bleibt die Zuweisung des Bezirksteiles Jedlesee zum Friedhofe in Stammersdorf aufrecht.

5. Im Jedleseer Friedhofe hat die Friedhofsordnung für den Friedhof in Stammersdorf und die Totengräber-Instruktion für diesen Anwendung zu finden.

6. Die im Friedhofe befindliche Leichenkammer ist nur zur Beisetzung von Infektionsleichen zu benützen. Gewöhnliche Leichen sind in der Leichenkammer des aufgelassenen Floridsdorfer Friedhofes beizusetzen.

7. Zum Totengräber im Jedleseer Friedhofe wird der bisherige Aufseher Johann Anibas gegen einen jährlichen in gleichen monatlichen Dekursivraten fälligen Pauschalbezug von 1200 K gegen Überlassung des Rechtes der Gräberausschmückung, sowie gegen Einräumung des Rechtes der unentgeltlichen Benützung der an der rechten Friedhofsplanke gelegenen Gärtnerei auf Widerruf, gegen den Genuß der Naturalwohnung im Friedhofe und gegen eine sowohl der Gemeinde, als ihm jederzeit zustehende vierwöchentliche Kündigung und gegen die Verpflichtung zur genauen Einhaltung der Friedhofsordnung und Totengräber-Instruktion, zur Instandhaltung des Friedhofes, der Wege und gärtnerischen Anlagen bestellt.

Der Totengräber hat keinerlei Anspruch auf weitere Bezüge irgend welcher Art.

8. Der Friedhof ist am 20. Oktober 1907 vormittags zu eröffnen. Irgend eine Feierlichkeit hat aus diesem Anlasse nicht stattzufinden.

(Angenommen.)

(P. Z. 13546, M. A. II, 8350.) St.-R. Hoß referiert über den Bericht der Stadtbuchhaltung, betreffend die infolge der Pensionierung des Hauptkassa-Ober-Kontrollors Karl Ulrich erfolgte Übergabe der im sogenannten Panzerzimmer befindlichen Werteffekten an die Kontrollore Josef Tomasi, George Groh und Eugen Waniek, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

Der **Vorsitzende** konstatiert die Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten.

(P. Z. 13575, St. B., 327.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Wasserbezugsrevisors I. Klasse Anton Gilg um Versetzung in den dauernden Ruhestand und beantragt:

1. Der Revisor I. Klasse des städtischen Wasserbezugsrevisorates Anton Gilg wird auf Grund des § 119, Punkt 2 der Dienstpragmatik in den bleibenden Ruhestand versetzt.

2. Es wird dem Gesuchsteller die von ihm als technischer Diurnist in der III. Ingenieur-Sektion für den Bau des Aquäduktes der Ersten Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung in der Zeit vom

7. März 1872 bis 31. März 1875 zugebrachte Dienstzeit von drei Jahren und 24 Tagen unter gleichzeitiger gnadenweiser Nachsicht der unverschuldeten Dienstunterbrechung von 11 Monaten und 20 Tagen in der Zeit vom 1. April 1875 bis 21. März 1876 bei Bemessung des Ruhegehaltes in Anrechnung gebracht.

3. Dem Gesuchsteller wird der Ruhegehalt von 2600 K vom 1. November 1907 und der Mietzinsbeitrag von 1000 K vom 1. Februar 1908 an unter Einstellung der bisherigen Bezüge angewiesen.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderat.)

(P. Z. 12758, M. A. II, 7854.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen des Kanzlei-Praktikanten Alois Brandstetter um Zeitbeförderung und beantragt, den Gesuchsteller im Wege der Zeitbeförderung zum Akzessisten der städtischen Hauptkassa mit dem Range vom 29. Juli 1907 zu ernennen.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen.)

St.-R. Schneider referiert über das Ansuchen der Johanna Keck um Baubewilligung für die Realitäten XIX., Sieveringerstraße 59/61, Baustelle XI und I und beantragt:

(P. Z. 13418, B. A. XIX, 20840.) 1. Der Verbauung der Liegenschaft, Einl.-Z. 74 Grundbuch Unter-Sievering, Baustelle XI in der ganzen Frontlänge von 23 m wird unter den im Augenscheinsprotokolle angegebenen Bedingungen und unter der Voraussetzung zugestimmt, daß sich der Eigentümer der Nachbarrealität, Parz. 620/12, Baustellenfragment XII, verpflichtet, dieses Baustellenfragment nach erfolgter Arrondierung nur in einer Frontlänge von 13 m zu verbauen und diese Verpflichtung auf derselben grundbücherlich einverleiben zu lassen.

2. Von der Einhaltung des 15prozentigen Hofausmaßes wird abgesehen.

(P. Z. 13419, B. A. XIX, 20193.) Der Verbauung der Liegenschaft Einl.-Z. 74 Grundbuch Unter-Sievering, Baustelle I in der ganzen Frontlänge von 23 m wird unter den im Augenscheinsprotokolle vom 18. September 1907 angeführten Bedingungen und unter der Voraussetzung zugestimmt, daß sich der Eigentümer der Nachbarrealität, Parz. 620/2, Baustelle II verpflichtet, diese Realität nur in einer Frontlänge von 13 m zu verbauen und diese Verpflichtung auf derselben grundbücherlich einverleiben zu lassen.

(Angenommen.)

(P. Z. 13607, M. A. XIV, 6943.) St.-R. Schneider referiert über das Ansuchen der Firma C. M. Chwalla's Söhne um Zustimmung zur Löschung der auf der Realität Einl.-Z. 2182 des II. Bezirkes (Brigittenauerlände) auf Grund des Magistrats-Dekretes vom 13. Juni 1903, M. A. XIV 2540, zu Gunsten der Gemeinde Wien haftenden Reallast, betreffend die Nichtverbauung der Parzellen 3774/2 und 3774/3, und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages.

(Angenommen.)

(P. Z. 13316, St. Str. B., 9918/17, 2.) St.-R. Schneider referiert über das Ansuchen der Österreichischen Siemens-Schuckert-Werke um Überlassung von drei Rohrmasten, Type II, sowie von zwei Mastschellen, Type III, für die Oberleitung der Lokalbahn Wien—Baden, und beantragt die Überlassung der angesuchten Rohrmaste und Mastschellen um 139 K 55 h, beziehungsweise 3 K 94 h per Stück nach dem Antrage der Straßenbahn-Direktion.

(Angenommen.)

(P. Z. 13649, M. A. XV, 3134.) **St.-R. Tomola** referiert über das Ansuchen der Gesellschaft zur Gründung und Förderung des Museums für weibliche Handarbeiten um Subvention und beantragt die Bewilligung einer erhöhten Subvention von 400 K pro 1907. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 13597, M. A. XV, 7342.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des St. Josef Vincentinums um Bewilligung der Armenlernmittel für die die Privat-, Volks- und Bürgerschule für Knaben mit dem Öffentlichkeitsrechte besuchenden städtischen Kostkinder und beantragt:

Für die die Privat-, Volks- und Bürgerschule XV., Tellgasse 4/6 besuchenden städtischen Kostkinder, welche im Knaben-Asyle St. Josef-Vincentinum, XV., Tellgasse, untergebracht sind, werden die Armenlernmittel, soweit solche an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen eingeführt sind, bewilligt; die Leitung des Vincentinums hat für Verlust und mutwillige Beschädigung der ihr überlassenen Lernmittel zu haften und die im § 24 der Vorschrift über die Beteilung dürftiger Schulkinder mit Armenlernmitteln vorgeschriebenen Ausweise zu führen. (Angenommen.)

(P. Z. 13593, M. A. XVI, 9548.) St.-R. Tomola referiert über die Zustimmung zur Nachmittagsfrequenz des Konskriptionsamtes anläßlich der Durchführung des neuen Militärtaxgesetzes und beantragt:

Es wird dem Konskriptionsamte zur Bewältigung der aus dem neuen, am 1. Jänner 1908 in Kraft tretenden Militärtaxgesetze sich ergebenden Mehrarbeiten eine Nachmittagsfrequenz von 4 bis ½8 Uhr in der Zeit vom 14. Oktober 1907 bis 29. Februar 1908, d. i. für 111 Wochentage, bewilligt.

Zu verwenden sind ein Direktions-Adjunkt, 20 weitere Beamte und ein Diener.

Als Entlohnung werden folgende Beträge festgesetzt:

Dem Direktions-Adjunkten für je einen Frequenztag 4 K;
jedem Beamten für je einen Frequenztag 2 K 40 h, und
dem Diener für je einen Frequenztag 1 K 20 h.

Für den auf das Jahr 1907 entfallenden Kostenteilbetrag von 3500 K wird pro 1907 ein Zuschußkredit (der erste) zur Ausgabs-Rubrik IV 18 f in dieser Höhe genehmigt. (Angenommen.)

(P. Z. 13652, B. A. XVIII, 28796.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Franz Ziegler um Bewilligung zur Erbauung eines Wohn- und Geschäftshauses auf der Realität Einl.-Z. 54 Weinhaus, Lacknergasse Or.-Nr. 110 im XVIII. Bezirke und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages gegen Ausstellung und Einverleibung des im Entwurfe beiliegenden Reverses auf Kosten der Partei nachträglich zu bestätigen. (Angenommen.)

St.-R. Tomola referiert über Noten des Bezirksschulrates, betreffend die Zustimmung zur Versetzung von Lehrpersonen, und beantragt die Zustimmung:

(P. Z. 13567, B. Sch. R., 2474.) Zur Versetzung des Bürgerschullehrers I. Klasse Alfred Birkle von der Knaben-Bürgerschule

XVI., Speckbachergasse 48, an die Knaben-Bürgerschule VIII., Zeltgasse 7.

(P. Z. 13568, B. Sch. R, 7724.) Zur Versetzung der definitiven Volksschullehrerin I. Klasse Marie Veitl von der Mädchen-Volksschule XVII., Wichtelgasse 67, an die Mädchen-Volksschule XVII., Leopold Ernstgasse 37.

(P. Z. 13569, B. Sch. R., 5424.) Zur Versetzung der definitiven Volksschullehrerin I. Klasse Cäcilie Pinsker von der Knaben- und Mädchen-Volksschule XXI., Leopoldauerstraße 77, an die Knaben- und Mädchen-Volksschule XXI. Bezirk Aspern, Hauptstraße 107.

Die Referenten-Anträge werden angenommen.

St.-R. Tomola stellt folgenden Dringlichkeits-Antrag:

Den in den ehemaligen Gemeinden Neustift a. W. und Salmannsdorf wohnhaften, zum Besuche der Bürgerschule in Gersthof verpflichteten Kindern wird zur Erleichterung des Schulbesuches die freie Fahrt auf der Straßenbahnstrecke Ende Pötzleinsdorf—Stadtbahnviadukt Gersthof in der Zeit vom 16. September bis 15. Juli, das heißt jedesmal für die Dauer eines Schuljahres und nur für die Wochentage in der Zeit von 7 Uhr morgens bis spätestens 6 Uhr abends prinzipiell bewilligt.

Der Ortsschulrat des XVIII. Bezirkes wird angewiesen, alljährlich zu Beginn des Schuljahres ein Verzeichnis der in den erwähnten Bezirksteilen wohnhaften, die Bürgerschule in Gersthof besuchenden Kinder mit genauer Angabe ihrer Wohnungsadresse und ihres Alters der Direktion der städtischen Straßenbahnen vorzulegen, die alsdann sofort die notwendigen Anweisungen auf Freikarten zuhanden des Ortsschulrates des XVIII. Bezirkes ausfolgen wird.

(Die Dringlichkeit des Antrages, sowie der Antrag wird einstimmig zum Beschlusse erhoben.)

(P. Z. 13613, B. A. XI, 17741.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen des August Kuchtiček um Baubewilligung für einen Wohntrakt auf der Realität Or.-Nr. 20 in der 6. Landengasse im XI. Bezirke und beantragt, die angesuchte Bauerleichterung, bestehend in der Herstellung eines ebenerdigen Wohntraktes aus ausgemauerten Riegelwänden nachträglich zu bewilligen.

(Angenommen.)

(P. Z. 13620, 13684, B. A. XI, 18915, 18408.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Katharina Sommer gewesenen Pächterin der städtischen Kat.-Parz. 999, 1608 und 1609, Simmering (nächst den städtischen Elektrizitätswerken) sowie der Marie Swoboda, Witwe des gewesenen Pächters der städtischen Kat.-Parz. 1256 16/IV Simmering (Rappachgasse) Ferdinand Swoboda um Ausfolgung der Pachtkaution unter Verzicht auf die Beibringung des Erlagscheines und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Bezirksamts-Antrages.

(Angenommen.)

(P. Z. 13328, M. A. XV, 9634.) St.-R. Braun referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für die Heizanlage im Schul- und Kindergartenbau XI., Pachmayergasse-Rinnböckstraße, und beantragt, zu übertragen:

1. Die maschinelle Einrichtung der Niederdruck-Dampfheizung der Firma Kastl & Wentzke, V., Kleine Neugasse 23, gegen die offerierte Maximalkostensumme von 19.649 K 87 h.

2. Die Kessellieferung der Firma Poppek & Söhne, XX., Dresdenerstraße, gegen den offerierten Kostenbetrag von 3990 K.

(Angenommen.)

(P. Z. 13590, M. A. X, 4875.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über das Ansuchen des Bürgerschul-Lehrers Leo Krenn um teilweise Rückvergütung der Grabstellgebühr für das eigene Grab Gruppe XVII, Nr. 28 im Dornbacher Friedhofe und beantragt, das Ansuchen gemäß dem Magistrats-Antrage aus prinzipiellen Gründen abzulehnen. (Angenommen.)

(P. Z. 13608, M. A. XIV, 5429.) St.-R. Gsottbauer referiert über das Ansuchen des Albert Frankl um Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau eines Wohnhauses auf der Realität IX., Widerhofergasse 7, Einl.-Z. 1813, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Magistrats-Antrages unter der Bedingung zu bestätigen, daß der Gesuchsteller als Entschädigung für die Zustimmung zur Lesanenanlage mit einer Fläche von 0·585 m² den Betrag von 150 K per Quadratmeter, das ist zusammen den Betrag von 87 K 75 h vor Ausfertigung der Baubewilligung erlegt.

Von der Forderung einer Entschädigung für die Balkonanlage wird wie üblich abgesehen. (Angenommen.)

(P. Z. 13577, St. Str. B. 10009/43, 3.) St.-R. Gsottbauer referiert über die Vergebung der Bespannung der Schneepflüge pro 1907/08 und beantragt:

Auf Grund des Ergebnisses der Offertverhandlung vom 30. September 1907 wird die Beistellung der Bespannung für die Schneepflüge der städtischen Straßenbahnen für den Winter 1907/08 wie folgt vergeben:

1. Für den Bahnhof Favoriten, Bedarf 6 Paar, an Karl Pittner mit 4 K pro Stunde und Paar.

2. Für den Bahnhof Simmering, Bedarf 6 Paar, an Heinrich Ferstel mit 13 K bis zu 3 Stunden und Pferdepaar; jede weitere angefangene Stunde mit 5 K per Pferdepaar.

3. Für den Bahnhof Erdberg, Bedarf 9 Paar, an Michael Wanko mit 6 K pro Stunde und Pferdepaar; jede begonnene Stunde voll gerechnet.

4. Für den Bahnhof Vorgarten, Bedarf 12 Paar, an Michael Hoffinger's Nachfolger mit 5 K pro Stunde und Pferdepaar.

5. Für den Bahnhof Brigittenau, Bedarf 6 Paar, an Anna Janz mit 4 K pro Stunde und Pferdepaar.

6. Für den Bahnhof Gürtelstraße, Bedarf 16 Paar:

a) an Severin Schreiber 9 Paar zu den Pauschalpreisen per Tour und Pferdepaar, und zwar:
Tour 20 mit 18 K,
Tour 21 mit 14 K,
Tour 22 mit 18 K;

b) an Eduard Kadisch 3 Paar, und zwar:
Tour 23 zum Pauschalpreis von 15 K per Pferdepaar;

c) an Josef Türk 4 Paar zu den Pauschalpreisen per Tour und Pferdepaar, und zwar:
Tour 24 mit 18 K,
Tour 25 mit 12 K.

7. Für den Bahnhof Grinzing, Bedarf 3 Paar, an Berta Wannenmacher mit 4 K pro Stunde und Pferdepaar.

8. Für den Bahnhof Kreuzgasse, Bedarf 9 Paar, an Severin Schreiber mit 4 K 50 h pro Stunde und Pferdepaar.

9. Für den Bahnhof Hernals, Bedarf 9 Paar, an Karl Rousseau zu dem Pauschalpreise von 15 K per Tour und Pferdepaar.

10. Für den Bahnhof Ottakring, Bedarf 6 Paar an Josef Andre zu dem Pauschalpreise von 20 K per Tour und Pferdepaar.

11. Für den Bahnhof Breitensee, Bedarf 3 Paar, an Franz Fuschik mit 6 K pro Stunde und Pferdepaar.

12. Für den Bahnhof Rudolfsheim, Bedarf 12 Paar:

a) an Wilhelm Sager 6 Paar zu den Pauschalpreisen per Tour und Pferdepaar, und zwar:
Tour 41 mit 20 K,
Tour 44 mit 15 K.

b) an Karl Vaugoin, 6 Paar zu den Pauschalpreisen per Tour und Pferdepaar, und zwar:
Tour 40 mit 20 K,
Tour 43 mit 25 K.

13. Für den Bahnhof Meidling, Bedarf 6 Paar, an Johann Kemptner's Söhne mit 6 K pro Stunde und Pferdepaar.

Das Offert der Firma Schediwy wird abgelehnt.

(Angenommen.)

(P. Z. 13598, M. A. XV, 9391.) **St.-R. Weitmann** referiert über das Ansuchen des Vereines „Kinderschutzstationen" um unentgeltliche Überlassung von 30 alten Schulbänken aus dem Materialdepot am Tabor im II. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(P. Z. 13610, M. A. XIV, 6354.) St.-R. Weitmann referiert über das Ansuchen des Siegmund Gewitsch um Bestimmung der Schadloshaltung für den von der Realität VII., Westbahnstraße 33, Einl.-Z. 1151 zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Außmaße von zirka 67·30 m² und beantragt, die Schadloshaltung im Sinne des Magistrats-Antrages mit 30 K per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(P. Z. 13609, M. A. XIV, 6353.) St.-R. Weitmann referiert über das Ansuchen des Siegmund Gewitsch um Bewilligung zur Erbauung eines Wohn- und Geschäftshauses auf der Realität VII., Westbahnstraße 33, Einl.-Z. 1151 und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Magistrats-Antrages unter der Bedingung zu bestätigen, daß die Ausladefläche der Erker per 1·87 m² im dreifachen Ausmaße von der schadlos zu haltenden Grundfläche in Abzug gebracht wird.

Von der Forderung einer Entschädigung für die Balkonanlage wird wie üblich abgesehen. (Angenommen.)

(P. Z. 13660, M. A. XXII, 3333.) **St.-R. Schwer** referiert über die Unterbringung der von dem Baumeister Gschwandner gespendeten Weinpresse und beantragt:

In Angelegenheit der Aufbewahrung der von Baumeister Gschwandner gespendeten Weinpresse wird von einer neuen Verfügung abgesehen und werden die Stadtrats-Beschlüsse vom 9. April 1907, Z. 4309 und vom 13. September 1907, Z. 12022, betreffend die Bestimmung der Stadtbahnbogenöffnungen Nr. 190 bis 192 zur Aufbewahrung von Gegenständen der städtischen Sammlung aufrecht erhalten. (Angenommen.)

(P. Z. 13576, St. Str. B., 10292/07 20.) St.-R. Schwer referiert über die Aufnahme von Inseraten in die Winterfahrordnung 1907/08 und beantragt, die Aufnahme der der Straßenbahn-Direktion vorgelegten 20 Inserate in die Winterfahrordnung 1907/08 zu genehmigen. (Angenommen.)

(P. Z. 13390, Brauh. Ref., 805.) St.-R. Schwer referiert über den Antrag der Direktion des Brauhauses der Stadt Wien auf Erhöhung des Entfernungsgebühren-Pauschales des Magistrats-Konzipisten Dr. Pawlik von 50 K auf 100 K monatlich und beantragt die Genehmigung ab 1. Juli 1907. (Angenommen.)

(P. Z. 13335, B. A. VIII, 21273.) St.-R. Schwer referiert über Gesuche um Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des VIII. Bezirkes und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne der Bezirksamts-Anträge.

(Angenommen.)

(P. Z. 13659, M. A. V, 2024.) **St.-R. Büsch** referiert über den Verkauf des Altmateriales der Eisenbahnbrücken in Kilometer $4^5/_6$ und $6^3/_4$ der Nordwestbahn und beantragt, das Offert der Firma Bernhard Weininger & Sohn vom 31. August und 27. September 1907, wonach die Firma für das Altmaterial einen Preis von 7 K 2 h, beziehungsweise falls die Demontierung auf ihre eigenen Kosten erfolgt, den Preis von 4 K 90 h per 100 kg bietet, zu genehmigen. (Angenommen.)

(P. Z. 13681, B. A. XII, 34696.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Josef Lutzenberger um neuerliche Verpachtung eines Teiles der städtischen Baustelle Or.-Nr. 134 c und 136 Schönbrunnerstraße im XII. Bezirke zur Aufstellung einer Kinematographenbude und beantragt:

Dem Josef Lutzenberger wird der städtische Baugrund zwischen Or.-Nr. 134 b und 138 Schönbrunnerstraße für die Zeit eines Monates, das ist bis 15. November 1907 um einen im vorhinein zahlbaren monatlichen Pachtzins per 150 K und gegen jederzeitige achttägige Kündigung und Einhaltung der mit Stadtrats-Beschluß vom 17. August 1898, Z. 7916, genehmigten allgemeinen, sowie der kommissionell festgesetzten besonderen Bedingungen mit dem Beisatze verpachtet, daß über Ansuchen der Partei diese Verpachtung seitens des magistratischen Bezirksamtes um je einen Monat jederzeit, längstens aber bis 15. April 1908 verlängert werden kann.

(Angenommen.)

(P. Z. 13683, M. A. VI, 4029.) **St.-R. Ferdinand Gräf** referiert über das Projekt für Straßenherstellungen am Flötzersteig im XIII. und XVI. Bezirke und beantragt:

Der Stadtrat wolle das vorliegende Präliminarprojekt für Straßenherstellungen am Flötzersteig im XIII. und XVI. Bezirke mit dem bedeckten Kostenanschlage von 68.300 K 41 h genehmigen und die erforderlichen Erd- und Pflasterungsarbeiten den effektiv bestbietenden Offerenten Pietro und Josef Lovato mit 8·5 Prozent Nachlaß (gleich 2162 K 97 h) übertragen.

Das Gesamterfordernis ist budgetmäßig bedeckt.

(Angenommen.)

(P. Z. 13656, M. A. X, 1955.) **St.-R. Knoll** referiert über das Ansuchen des Johann Kaiser um Überlassung der Gräber I. Klasse Nummer 8 und 9 im Leopoldauer Friedhofe und beantragt die Überlassung der Gräber um die erhöhte Gebühr von je 75 K auf 20 Jahre im Sinne des Magistrats-Antrages.

(Angenommen.

(P. Z. 13612, M. A. XV, 8844.) St.-R. Knoll referiert über Zuschriften des Bezirksschulrates, betreffend den evangelischen Religionsunterricht im XXI. Bezirke, und beantragt:

1. Zur Einrichtung der evangelischen Religionsunterrichts-Sammelstation mit vier Abteilungen an der allgemeinen Volksschule für Mädchen XXI., Schöpfleuthnergasse 21, wird die Zustimmung erteilt.

2. Zur Errichtung der Sammelstation an der allgemeinen Knaben- und Mädchen-Volksschule XXI., Stadlau, Schulgasse 15, für die evangelischen Schulkinder von Stadlau, Hirschstetten und Aspern mit zwei Abteilungen wird mit Rücksicht auf die Kinderzahl unter 20 in jeder Abteilung (17, beziehungsweise 13) die Zustimmung verweigert, hingegen auf Kosten der evangelischen Pfarrgemeinde Floridsdorf die Zustimmung erteilt.

3. Zur Errichtung einer Sammelstation an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen XXI., Leopoldau 77, mit zwei Abteilungen wird mit Rücksicht auf die geringe Kinderzahl unter 20 in jeder Abteilung (I. und II. Abteilung 25 Kinder) ebenfalls die Zustimmung verweigert, hingegen auf Kosten der evangelischen Pfarrgemeinde Floridsdorf die Zustimmung erteilt.

4. Es wird die Zustimmung erteilt, daß für die Erteilung des evangelischen Religionsunterrichtes an der Sammelstation im XXI. Bezirk, Kagran, Knaben- und Mädchen-Volksschule Schulgasse 15, in zwei Unterrichtsstunden, eine Unterrichtsstunde (70 K) remuneriert werde. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom **15. Oktober 1907.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.
Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer.
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Braun, Brauneiß, Büsch, Dr. Deutschmann, Gräf Ferdinand, Grünbeck Sebastian, Gsottbauer, Hallmann, Hölzl, Hörmann, Hoß, Knoll, Dr. Krenn, Oppenberger, Rissaweg, Schneider, Schwer, Straßer, Tomola, Weitmann, Wessely, Zatzka.

Entschuldigt: St.-R. Brzezowsky.
Beurlaubt: St.-R. Hraba, Rain, Rauer, Schreiner.
Schriftführer: Magistrats-Sekretär Formanek.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

(13757, M. A. III, 5196.) **St.-R. Wessely** referiert über das Ansuchen des Josef Zelniczek um Verlängerung der Frist zur Abtragung des Gumpendorfer Schlachthauses und beantragt:

In teilweiser Abänderung des Gemeinderats-Beschlusses vom 14. Juni 1907, Pr.-Z. 7593, wird dem Ersteher der Abtragung der auf der Area des aufgelassenen Gumpendorfer Schlachthauses befindlichen Baulichkeiten die Frist für die Durchführung der Abtragungsarbeiten um 60 Arbeitstage verlängert.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13792, M. A. XIV, 6958.) St.-R. Wessely referiert über Bauveränderungen VI., Mollardgasse 51, und beantragt, die Baubewilligung für das Ausbrechen von zwei Fenstern unter der Bedingung zu bestätigen, daß im Falle eines Umbaues aus dem Bestande dieser Bauveränderung keine größeren Schadloshaltungsansprüche an die Gemeinde Wien gestellt werden, als gestellt werden könnten, wenn diese Änderungen nicht erfolgt wären, beziehungsweise daß die hergestellten Fenster beseitigt werden. (Angenommen.)

(13614, 13617, 13868, 1386, B. A. XIII, 39178 ff., B. A. VI, 16382 ff.) St.-R. Wessely referiert über 69 Gesuche von Parteien aus dem VI. und XIII. Bezirke um Herabsetzung beziehungsweise Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebühren und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge.

(Angenommen.)

(13863, B. A. XII, 34050.) **St.-R. Büsch** referiert über das Gesuch des Gustav Endl um Pachtung der städtischen Parzelle 132/48 Hetzendorf und beantragt, die Überlassung der genannten Parzelle als Materiallagerplatz um den jährlichen Pachtzins von 1000 K, zahlbar in vierteljährigen Raten im vorhinein und Erlag eines vierteljährigen Zinsbetrages als Kaution gegen vierteljährige Kündigung und gegen die Verpflichtung der Einfriedung des Platzes und Erhaltung derselben zu genehmigen. (Angenommen.)

(13797, M. A. XV, 9795.) St.-R. Büsch referiert über die Eröffnung zweier neuer Abteilungen im öffentlichen Kindergarten der Gemeinde Wien XII., Harberggasse 1, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(13800, M. A. XV, 9103.) St.-R. Büsch referiert über die Grunderwerbung und Projektskizze für den Bau einer Bürgerschule im östlichen Teile des XII. Bezirkes und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien erwirbt vom Wiener Bürgerspitalfonde den östlichen Kopfteil der zwischen verlängerter Längenfeldstraße, verlängerter Neuwallgasse, Aßmayerstraße und einer neuen unbenannten Gasse auf dem sogenannten Fuchsenfelde im XII. Gemeindebezirke gelegenen Area in der aus der vorgelegten Situationsskizze ersichtlichen Ausdehnung im Ausmaße von ungefähr 3737·5 m² nach Konstatierung des richtigen Flächenausmaßes auf Grund einer vorzunehmenden Detailvermessung zum Preise von 50 K per Quadratmeter.

2. Die Flüssigmachung des Kaufpreises erfolgt nach der faktischen Übergabe des Grundes in das Eigentum der Gemeinde Wien.

3. Die aus dem Kaufgeschäfte sich ergebenden Gebühren und Kosten sind von der Gemeinde Wien zu tragen.

4. Die Errichtung eines Doppel-Bürgerschulgebäudes auf diesem Grunde mit einem Kostenerfordernisse von ungefähr 480.000 K für Bau und innere Einrichtung, sowie für Herstellung der Gartenanlagen und der Spielplätze wird auf Grund der vorgelegten Projektskizze genehmigt.

5. Die Bauführung hat so eingerichtet zu werden, daß das Gebäude mit 10. September 1908 der Benützung übergeben werden kann.

6. Für das im Jahre 1908 vermutlich sich ergebende Kostenerfordernis von 400.000 K ist im Voranschlage für das Jahr 1908, für das restliche Erfordernis von 80.000 K im Voranschlage für das Jahr 1909 Vorsorge zu treffen.

7. Der Magistrat wird beauftragt, das Detailprojekt samt Kostenanschlägen ehestens zur Genehmigung vorzulegen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13820, B. A. XI, 19222.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen des August Höniger jun. um Baubewilligung für einen im Anschlusse an das bestehende Sägewerk projektierten Zubau für die Aufstellung eines Motors und beantragt, den vom Bezirksamte zu erteilenden Baukonsens unter der Bedingung zu bestätigen, daß bezüglich dieses Zubaues ein Demolierungsrevers ausgestellt und grundbücherlich einverleibt werde. (Angenommen.)

(13648, B. A. XI, 18136.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Karl Aigner um Baubewilligung für einen auf der von ihm gepachteten Bürgerspitalfondsrealität, Einl.-Z. 893 (Konskr.-Nr. 466) Simmering, projektierten Schupfen und beantragt, die vom Bezirksamte zu erteilende Baubewilligung unter der Bedingung zu bestätigen, daß dieses Objekt über jedesmaliges Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf Entschädigung beseitigt werde. (Angenommen.)

(13871, B. A. XI, 19608.) St.-R. Braun referiert über das Gesuch des Johann Beer um Nachsicht der Hundesteuer und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(13579, 13578, St. Str. B., 855, 856.) **St.-R. Schwer** referiert über Ansuchen um Freikarten für die städtischen Straßenbahnen und beantragt:

1. Die Ausfertigung einer Freikarte zur Benützung des gesammten Straßenbahnnetzes pro 1908 für den blinden Klavierstimmer Bermann Gros.

2. Die Ausfertigung von vier Freikarten mit der Gültigkeit auf sämtlichen Strecken der städtischen Straßenbahnen für vier barmherzige Schwestern vom heil. Kreuze des Vereines „Mater admirabilis“ pro 1908. (Angenommen.)

(13752, St. S., 929.) St.-R. Schwer referiert über das Ansuchen des k. k. Professors W. A. Hammer, um Bewilligung der photographischen Reproduktion der Ölgemälde „Kaiser Josef II. in der Schenke in Währing“ und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Antrages der Direktion der städtischen Sammlungen. (Angenommen.)

(13353, M. A. IV, 3318.) St,-R. Schwer referiert über Beseitigung von Übelständen in der Feuerwehr-Filiale Josefstadt und beantragt, den Akt zur Äußerung der Bezirksvertretung des VIII. Bezirkes zu übermitteln. (Angenommen.)

(13814, M. A. XXII, 3277.) St.-R. Schwer referiert über das Gesuch des Rektors der Kongregation der Resurektionisten P. Jakob Kuklinsky, um einen Beitrag zur Restaurierung der St. Josef-Kirche auf dem Kahlenberge und beantragt, dem neuerlichen Ansuchen des Rektors P. Jakob Kuklinsky um Bewilligung einer Subvention zur Restaurierung der St. Josef-Kirche auf dem Kahlenberge aus den Gründen des Gemeinderats-Beschlusses vom 6. Juli 1906, Pr.-Z. 8000/6, keine Folge zu geben.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13774, St. Str. B., 10336.) St.-R. Schwer referiert über einen Nachtrag für die Vergebung der Inserate für die Winter-Fahrordnung 1907/08 und beantragt, die Aufnahme der vier vorliegenden Inserate in die Winter-Fahrordnung 1907/08 zu genehmigen. (Angenommen.)

(13801, M. A. XVI, 5919.) **Vize-Bürgermeister Dr. Porzer** referiert über das Ansuchen des Konskriptionsamts-Kommissärs im zeitlichen Ruhestande Franz Tellerum Reaktivierung und Zuerkennung des zweiten Trienniums pro 1907 und beantragt, die Reaktivierung zu bewilligen, die Zuerkennung des zweiten Trienniums jedoch zu verweigern.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen.)

(Vize-Bürgermeister Dr. Porzer übernimmt den Vorsitz.)

(13855, M. A. II, 8389.) **Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer** referiert über Zeitbeförderung bei der städtischen Hauptkassa und beantragt, den Kanzlei-Praktikanten Max Winterfsteiner im Wege der Zeitbeförderung zum Akzessisten der städtischen Hauptkassa mit dem Range vom 18. September 1907 zu ernennen.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen.)

(13876, M. A. XII, 15007.) Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer referiert über das Ansuchen des Johann Lorenz, Kanzleisekretär der Kinderheilanstalten der Stadt Wien um Enthebung vom Dienste und beantragt, den Genannten über sein Ansuchen von seinem Dienste zu entheben und ihm aus diesem Anlasse gnadenweise eine Abfertigung im Betrage von 2700 K zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13811, M. A. XXII, 2990.) Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer referiert über das Ansuchen des Brauhauses der Stadt Wien um Vermietung eines Kellers an den Restaurateur Andreas Kührer und beantragt, dem Genannten die Kellerräume top. Nr. 27, 28 und 29 im alten Rathause um den jährlichen Mietzins von 200 K zu überlassen. (Angenommen.)

(13793, M. A. XIV, 6578.) Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer referiert über die Herstellung eines Verbindungsganges im Hause I., Schottenbastei 11, und beantragt, zur Kenntnis zu nehmen, daß der Magistrat unter Nachsicht des gesetzlichen Hofausmaßes die Baubewilligung zu erteilen gedenkt. Der Hauseigentümer hat einen Revers auszustellen, durch den er sich verpflichtet den früheren Zustand wieder herzustellen, falls die betreffenden Räume als Wohnräume verwendet werden sollten. (Angenommen.)

(13789, M. A. XIV, 6916.) Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer referiert über das Gesuch der Wiener Genossenschaft der Gastwirte um Herstellung zweier Wasserabläufe I., Kurrentgasse 5, und beantragt, die vom Magistrate im Sinne der Verhandlungs-

schrift zu erteilende Baubewilligung gemäß § 105 der Bauordnung zu bestätigen und die Zustimmung zur Herstellung der beiden Wasserabläufe unter der Bedingung zu erteilen, daß für die Benützung des städtischen Straßengrundes durch die Wasserläufe ein jährlicher Pachtzins von 4 K per Ableitung, somit zusammen von 8 K vom Tage der Erteilung der Baubewilligung jährlich im vorhinein entrichtet werde. (Angenommen.)

(Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer übernimmt den Vorsitz.)

(13654, Zentral-Spark., 624.) **Vize-Bürgermeister Dr. Porzer** referiert über den Ausweis der Hauptanstalt, sowie der Zweiganstalten Ottakring und Brigittenau, der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien für den Monat September 1907 und beantragt, die vorgelegten Ausweise zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

(13424, B. A. I, 35603.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über den Rekurs der Eleonore Perjatelj gegen die Verweigerung zur Aufstellung eines Kastanienbratofens I., Franz Josefs-Kai und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(13372, M. A. X, 7777.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über die Herstellung eines Telephons in der Wohnung des Vorstandes der Magistrats-Abteilung X und beantragt:

1. Die Herstellung eines Telephons für öffentliche Zwecke in der Wohnung des Vorstandes der Magistrats-Abteilung X wird genehmigt.

2. Die Übernahme der Abonnementkosten des in der Wohnung des Stadtphysikus Dr. Böhm bestehenden Telephons wird mit Rücksicht auf den öffentlichen Zweck desselben unter gleichzeitiger Erwirkung der fünfprozentigen Ermäßigung bewilligt.

(Angenommen.)

(13367, Zentral-Spark., 617.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über die Abänderung des Textes der Gedenktafel für die Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien und beantragt, zu genehmigen, daß auf der Gedenktafel auch die Namen der Leitungsbeamten und zwar des Vorstandes Heinrich Ernst Brand, Sekretärs Dr. Otto Philipp, Buchhalters Oskar Perkmann und Hauptkassiers Rudolf Helmreich verzeichnet werden. (Angenommen.)

(13352, M. A. IV, 3549.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über den Antrag der St.-R. Brauneiß und Oppenberger auf Errichtung einer unterirdischen Bedürfnisanstalt auf dem Kaiser Ferdinandsplatze im I. Bezirke und beantragt, den hierüber vorgelegten Magistratsbericht, demzufolge die Ausführung dieser Anstalt nach Fertigstellung der neuen Ferdinandsbrücke projektiert ist, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

(13330, B. A. I, 34732.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über den Rekurs der Therese Polysu gegen die Vorschreibung des Platzzinses für Tischaufstellung vor Lisztgasse 1 im I. Bezirke und beantragt, die Ermäßigung des Platzzinses von 89 K 60 h auf 50 K pro 1907 zu genehmigen. (Angenommen.)

(12261, B. A. I, 47185.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über den Rekurs der Antonie Maglan gegen die Entziehung des Standplatzes für einen Kastanienbratofen I., Burgring, Ecke Bellariastraße und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(12877, M. A. X, 281.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über das Ansuchen des Militär-Veteranenvereines Kronprinz Rudolf um Umgangnahme von dem Vertrage mit der städtischen Leichenbestattungs-Unternehmung bezüglich der Leichenbegängnisse im XXI. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(13365, M. A. X, St. L. B., 302.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über das Ansuchen des Bundes der österreichischen Industriellen um Beitragsleistung und beantragt, von dem Beitritte der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" zum Bunde österreichischer Industrieller Umgang zu nehmen.

(Angenommen.)

(13658, M. A. XV, 9133.) **St.-R. Tomola** referiert über das Ansuchen des katholischen Religionslehrers Emanuel Margold um Herabsetzung der Lehrverpflichtung und beantragt: Zur Herabsetzung der Lehrverpflichtung des Genannten auf 20 Stunden wöchentlich für das Schuljahr 1906/7 wird nur unter der Bedingung die Zustimmung erteilt, daß er der Gemeinde die hieraus erwachsenden Kosten ersetzt, demnach gegen Ersatz der Remuneration für eine, das ist für die 21. Unterrichtsstunde.

(Angenommen.)

(13795, M. A. XV, 5751.) St.-R. Tomola referiert über die Vermehrung der Stenographiekurse an den Wiener Bürgerschulen und beantragt, die Zustimmung zu erteilen, daß an Stelle des derzeit in jedem Inspektionsbezirke an je einer Knaben- und Mädchen-Bürgerschule bestehenden Stenographieunterrichtes in jedem Wiener Gemeindebezirke an je einer Knaben- und Mädchen-Bürgerschule der Stenographieunterricht eingeführt werde.

(Angenommen.)

(13786, M. A. VIII, 2747.) St.-R. Tomola referiert über die Auflassung des Auslaufbrunnens XVIII., Gersthoferstraße, Ecke Schindlergasse, und beantragt, die im kurrenten Wege zu veranlassende Kassierung des genannten Auslaufbrunnens zu genehmigen.

(Angenommen.)

(13600, M. A. II, 7221.) **St.-R. Hoß** referiert über das Ansuchen der Emilie Rašl, Tierarztenswitwe, um Erhöhung der Gnadengabe und beantragt, die Gnadengabe von jährlich 480 K auf jährlich 550 K vom 1. November 1907 bis Ende des Jahres 1909, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13592, M. A. II, 5788.) St.-R. Hoß referiert über das Gesuch der Marie Klupp, Kanalaufseherswitwe, um Fortbezug des gnadenweisen Erziehungsbeitrages für ihren Sohn Gustav und beantragt, den Fortbezug eines gnadenweisen Erziehungsbeitrages von jährlich 72 K vom 28. Dezember 1907 bis 27. Dezember 1908, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13813, M. A. XXII, 3345.) St.-R. Hoß referiert über die Entscheidung des Magistrates, betreffend die Aufbringung der Hand- und Zugskosten für Bauherstellungen an der Pfarrkirche St. Jakob in Floridsdorf, und beantragt, gegen diese Entscheidung den Rekurs an die k. k. n.-ö. Statthalterei zu ergreifen.

(Angenommen.)

(13541, M. A. XXII, 1368.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen der Firma Franz Zeininger's Erben um Aufzahlung für geleistete Tapeziererarbeiten im Sitzungssaale des Alten Rathauses und beantragt, die von der Stadtbuchhaltung richtiggestellte Rechnung voll auszuzahlen. (Angenommen.)

(13870, B. A. II, 96025.) **St.-R. Oppenberger** referiert über zehn Gesuche von Parteien aus dem II. Bezirke um Herabsetzung beziehungsweise Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebühren und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge.

(Angenommen.)

(13852, M. A. III, 2745.) St.-R. Oppenberger referiert über das Kaufoffert des Heinrich Koch und Hermann Kreilisheim, auf die Baustelle Einl.-Z. 5235 Leopoldstadt, sowie des Heinrich Koch und der Hermine Spitzer auf die Baustelle Einl.-Z. 5237 Leopoldstadt und beantragt:

Die Gemeinde Wien namens des Wiener Bürgerspitalfondes verkauft

a) die Eckbaustelle Einl.-Z. 5235 Leopoldstadt im Ausmaße von 647·09 m² an Heinrich Koch und Hermann Kreilisheim und zwar den Baugrund per 481·94 m² um den Einheitspreis von 75 K per Quadratmeter, den Vorgartengrund per 165·15 m² um den Einheitspreis von 35 K per Quadratmeter;

b) die Baustelle Einl.-Z. 5237 Leopoldstadt per 618·81 m² an Heinrich Koch und Hermine Spitzer, und zwar den Baugrund per 458·03 m² um den Einheitspreis von 75 K per Quadratmeter, den Vorgartengrund per 160·78 m² um den Einheitspreis von 35 K per Quadratmeter und unter folgenden Bedingungen:

1. Als erste Raten werden hinsichtlich der Baustelle Einl.-Z. 5235 ein Betrag von 10.500 K, hinsichtlich der Baustelle Einl.-Z. 5237 ein Betrag von 10.000 K binnen 8 Tagen nach Aufforderung erlegt werden; die Kaufschillingsreste sind in drei gleichen, je am Jahrestage der termingemäßen Bezahlung der ersten Raten in den Jahren 1908, 1909 und 1910 fälligen Teilzahlungen zu berichtigen und mit 4·5 Prozent halbjährig im vorhinein zu verzinsen.

2. Zur Sicherstellung der Kaufschillingsreste ist auf den beiden Baustellen je an erster Stelle das Pfandrecht hinsichtlich des für die einzelnen Einlagen entfallenden Betrages zugunsten des Verkäufers grundbücherlich einzuverleiben.

3. Die Käufer übernehmen die auf obigen Baustellen zugunsten des Wiener Bürgerspitalfondes einzuverleibende Verpflichtung, dieselben bis Ende des Jahres 1910 zu verbauen, beziehungsweise die Neubauten benützungsfähig zu vollenden.

4. Sämtliche mit diesen Rechtsgeschäften und deren grundbücherlichen Durchführung sowie mit der seinerzeitigen Löschung der Pfandrechte und Reallasten verbundenen Kosten und Gebühren, sowie die hinsichtlich der Kaufschillingsrestzinsen zur Vorschreibung gelangende Rentensteuer tragen die Käufer.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12924, M. A. VIII, 2675.) St.-R. Oppenberger referiert über das neuerliche Offert der Helene Kmentt auf Verkauf des Holzer'schen Strombades bei der Reichsbrücke und beantragt, eine kommissionelle Besichtigung des Objektes unter Zuziehung des Stadtrates vorzunehmen. (Angenommen.)

(13585, M. A. XII, 21724.) St.-R. Oppenberger referiert über die Errichtung einer Kindererholungsstätte am Gänsehäufel und beantragt:

1. Das vom Stadtbauamte vorgelegte Projekt für die Erbauung einer Wächterwohnung samt anschließender Inventar-, Werkzeug-, Holz- und Kohlenhütte bei der Kindererholungsstätte am Gänsehäufel im II. Bezirke wird samt den weiteren für die Erholungsstätte noch erforderlichen Arbeiten mit dem Kostenbetrage von 9000 K genehmigt

Die Zimmermannsarbeiten für diesen Bau werden dem Ersteher der sonstigen Zimmermannsarbeiten der Kindererholungsstätte Johann Tröster, II., Kagraner Reichsstraße, übertragen.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, nach Fertigstellung des Baues einen Wächter für die Kindererholungsstätte, womöglich aus dem Stande der Badebediensteten des städtischen Strombades „Gänsehäufel" oder der städtischen Strombäder gegen freie Wohnung, eine monatliche Entlohnung von 50 K, sowie ein jährliches Heizpauschale von 180 K und gegen 14tägige Kündigung zu bestellen. Demselben sind zwei Wachhunde, sowie Waffenpaß und Revolver beizugeben.

3. Die Kosten des obigen Baues per 9000 K sind auf die Rubrik XXXVII 22 des Reservefondes, die noch auf das laufende Jahr entfallenden Auslagen für die Bestellung des Wächters per rund 200 K auf die neu zu eröffnende Rubrik XXXVII 18 c des Reservefonds zu verweisen. (Angenommen.)

(13611, M. A. XIV, 6442.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen des Josef Elmer um Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 931 des II. Bezirkes, Malzgasse 12 und Bestimmung der Schadloshaltung und des Übernahmspreises für die Straßengrundabtretung, beziehungsweise Einbeziehung bei dieser Liegenschaft und beantragt:

1. Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 931 des II. Bezirkes nach Maßgabe der vorgelegten Pläne auf zwei Baustellen als Unterabteilung im Sinne des § 3, lit. b Wr. B.-O. unter den im Stadtbauamtsberichte sub 3, 4 und 5 angeführten und unter der weiteren im Protokolle vom 5. Oktober 1904 festgesetzten Bedingung zu bewilligen.

2. Die Schadloshaltung für den abzutretenden Straßengrund in dem im Abteilungsplane ermittelten Ausmaße von 41·97 m² mit 35 K per Quadratmeter, den Übernahmspreis für den einzubeziehenden Straßengrund in dem aus dem bezogenen Plane ersichtlichen Ausmaße von 73·86 m² mit 100 K per Quadratmeter festzusetzen, wobei die Partei die Kosten der Vertragsverrichtung, der grundbücherlichen Durchführung des Rechtsgeschäftes, sowie die Übertragungsgebühren allein zu tragen hat, und die Gültigkeitsdauer dieser Preisbestimmungen auf die Gültigkeitsdauer der Abteilungsbewilligung beschränkt wird.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13890, M. A. VII, 1060.) **St.-R. Zatzka** referiert über die Zuschüttung des Ameisbachbettes im XIII. Bezirke und beantragt:

1. Das vorliegende Anbot des Kommandos des k. k. Landwehr-Infanterie-Regimentes Nr. 1 in Wien, betreffend die Ablagerung von 500 m³ Aushubmaterialien im Ameisbachbette oberhalb der Ameisbacheinwölbung in der Strecke vom derzeitigen Schotterfange bis zu den Weingärten in Breitensee, XIII. Bezirk, gegen eine an die Gemeinde Wien zu bezahlende Entschädigung von 1 K per Kubikmeter, wird angenommen.

2. Desgleichen wird das Anbot des Baumeisters E. Rzehaczek, betreffend die Ablagerung von 200 m³ Aushubmaterialien in der obigen Strecke der Ameisbacheinwölbung gegen eine an die Gemeinde zu bezahlende Entschädigung von 1 K per Kubikmeter, angenommen.

3. Weiters wird das Anbot des Deichgräbermeisters Karl Schill, XIII., Friedhofstraße 24, betreffend die restliche Zuschüttung des Ameisbachbettes in der obigen Strecke mit 6000 m³ Aushubmaterialien gegen eine an die Gemeinde Wien zu bezahlende Gesamtentschädigung von 3000 K, d. i. 50 h per Kubikmeter, angenommen. (Angenommen.)

(13866, B. A, XIII, 27635.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Wenzel Spalenka um Ermäßigung der Kanaleinmündungsgebühr für das Haus Konskr.-Nr. 473, Einl.-Z. 842 Penzing, XIII., Braunhirschengasse 8, und beantragt, die Bewilligung zu erteilen, daß die mit 1606 K 14 h bemessene und mit Stadtrats-Beschluß vom 4. Jänner 1907, Z. 17610/06, auf 1124 K 30 h herabgesetzte Kanaleinmündungsgebühr mit Rücksicht auf die obwaltenden äußerst ungünstigen Verhältnisse vorläufig nur mit einem Betrage von 803 K 7 h, und zwar in acht vierteljährigen Raten à 100 K eingehoben werde. (Angenommen.)

(13864, B. A. XIII, 41432.) St.-R. Zatzka referiert über das Gesuch des Karl Haban um Planauswechslung, betreffend einen Zubau auf Einl.-Z. 56 Linzerstraße in Unter-Baumgarten und beantragt die Zugestehung der angesuchten Bauerleichterung, bestehend in der Umgestaltung des als Magazin genehmigten Dachbodenraumes zu einem Wohnranme. (Angenommen.)

(13867, B. A. XIII, 42362.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen der „Vereinigten Färbereien-Aktiengesellschaft" um Baubewilligung auf Einl.-Z. 96 Hacking für einen gemauerten Schupfen und beantragt, den vom Bezirksamte zu erteilenden Baukonsens zu bestätigen. (Angenommen.)

(13861, B. A. XIII, 38478.) St.-R. Zatzka referiert über das Gesuch des Heinrich und der Sophie Staud um Baukonsens für Kat.-Parz. 633/40, Einl.-Z. 861 Penzing im XIII. Bezirke, und beantragt:

1. Die Zustimmung zu der entgeltlichen Überlassung der im Privatbesitze der Gemeinde Wien befindlichen Kat.-Parz. 633/31, Einl.-Z. 753 Grundbuch Penzing an die Bauwerber um den Einheitspreis per 11 K zu erteilen;

2. die vorbezeichnete Entschädigung (Schadloshaltung) der Bauwerber für den zur Linzerstraße abzutretenden Grund unter Zugrundelegung eines Einheitspreises von 15 K per Quadratmeter zu genehmigen, und

3. Die vom Bezirksamte beabsichtigte Erteilung der Baubewilligung gegen Einhaltung der in der Verhandlungsschrift angeführten Bedingungen, insbesondere gegen vorherigen Erlag des nach Abzug der Schadloshaltung seitens der Bauwerber noch zu zahlenden Betrages per 5271 K 52 h bei der Hauptkassa-Abteilung für den XIII. Bezirk zu bestätigen. (Angenommen.)

(13865, B. A. XIII, 40857.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Leopold Bauer um Genehmigung der Planabweichung bezüglich der Schaffung einer Dachbodenkammer bei der Villa auf Einl.-Z, 62, Kat.-Parz. 147 und 146 Hacking, Auhofstraße, und beantragt die Zugestehung dieser Bauerleichterung. (Angenommen.)

(13879, M. A. III, 5377.) St.-R. Zatzka referiert über das Offert des Franz Leonhartsberger auf Verkauf der Liegenschaft XIII., Breitenseerstraße 102, um den Preis von 75.860 K und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(13872, M. A. IX, 3031.) **St.-R. Wessely** referiert über das Ansuchen des Marktamts-Offizials Hans Berger um Verleihung des Titels Markt-Kommissär und beantragt die Abweisung. (Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen.)

(12530, M. A. IX, 1915.) St.-R. Wessely referiert über Einreihung des Schlachthaus-Dienerpersonales beziehungsweise Besetzung der Stellen in der I. und II. Dienerbezugsklasse zufolge Gemeinderats-Beschlusses vom 16. April 1907, Z. 4768, und vom 3. Mai 1907, Z. 5659, und beantragt:

1. Es werden als Schlachthausdiener I. Bezugsklasse eingereiht die bereits in der I. Bezugsklasse befindlichen Schlachtbrücken-Ober-Aufseher:

Jakob Hammerschmid.
Alexander Bauer.
Dominik Nikoladoni.
Johann Keller.
Johann Dobner.

2. Im Wege der Zeitbeförderung werden zu Schlachthausdienern I. Bezugsklasse ernannt folgende Schlachthausdiener II. Bezugsklasse:

Josef Christalotti.
Franz Klemenschitz.
Franz Rehberger.
Ferdinand Meixner.
Johann Ilge.
Josef Schotterböck.
Franz Eggl.
Franz Malina.

3. Im Wege der Stellenbeförderung werden zu Schlachthausdienern I. Bezugsklasse folgende Schlachthausdiener II. Bezugsklasse ernannt:

Karl Zbytowsky,
Karl Mazal.
Josef Potsch.
Karl Pawlisch.

4. Als Schlachthausdiener II. Bezugsklasse werden eingereiht die bereits in der II. Bezugsklasse befindlichen:

Franz Muckenhuber.
August Ringl.
Josef Zemann.
Franz Wedorn.
Leopold Thaller.

5. Zu Schlachthausdienern II. Bezugsklasse werden folgende provisorische Schlachthausdiener ernannt:

Franz Stiegelbauer mit Altersnachsicht.
Rudolf Blecha mit Altersnachsicht.
Franz Zlabinger mit Altersnachsicht.
Theodor Thomiczek mit Altersnachsicht.
Johann Zeininger mit Altersnachsicht.
Otto Zapf.
Franz Bauer.
Franz Ferlany mit Altersnachsicht.
Georg Denk.
Johann Ludwig mit Altersnachsicht.
Franz Eichinger.
Nikolaus Weißhappel.
Karl Lang.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen.)

(12531, M. A. IX, 1910.) St.-R.. Wessely referiert über die Einreihung, beziehungsweise Ernennung des Marktdienerpersonales mit Rücksicht auf den ersten und zweiten Gemeinderats-Beschluß vom 16. April 1907, Z. 3196, und vom 3. Mai 1907, Z. 5659, und beantragt:

1. Es werden zu Marktdienern I. Bezugsklasse folgende Marktdiener II. Bezugsklasse im Wege der Zeitbeförderung ernannt:

Ignaz Kreitner.
Karl Haas.
Josef Bernhard.
Franz Pischinger.
Jakob Trzil.
Karl Glanninger.
Moritz Horn.
Josef Hofmann.
Rudolf Wörnherr.
Leopold Jamböck.
Julius Janetzky.
Eduard Seeböck.
Anton Otto.
Georg Stix.
Anton Urban.
Franz Harbalik.
Alois Schönweitz.
Josef Hömisch.
Karl Pongratz.
Franz Köchl.
Adolf Kleyhonz.
Adalbert Brock.
Anton Hacker.

2. Es werden zu Marktdienern I. Bezugsklasse folgende Marktdiener II. Bezugsklasse im Wege der Stellenbeförderung ernannt:

Leopold Grundl.
Franz Sandner.
Leopold Benger.
Adolf Weglarsky.
Adam Anspach.
Franz Lindner.
Eduard Doukupil.
Peter Kohlhofer.
Franz Lechner.
Franz Aigner.
Simon Weißenbacher.
Anton Kommarek.
Viktor Saulik.
Karl Nahler.
Karl Haudek.
Franz Stockinger.
Johann Homole.
Johann Breimann.
Johann Hüttinger.
Josef Vilimek.

3. Als Marktdiener II. Bezugsklasse werden eingereiht die Marktdiener:

Franz Gneiß.
Ludwig Kastner.
Georg Biegler.

4. Zu Marktdienern II. Bezugsklasse werden folgende provisorische Marktdiener ernannt:

Johann Geiger mit Altersnachsicht.
Georg Schneider mit Altersnachsicht.
Georg Stranzl mit Altersnachsicht.
Johann Lininger mit Altersnachsicht.
Johann Leitzmüller mit Altersnachsicht.
Hugo Zirkelbach mit Altersnachsicht.
Anton Jäger mit Altersnachsicht.
Leopold Scheßwendter mit Altersnachsicht.
Karl Schmitz mit Altersnachsicht.
Johann Neunhäuserer mit Altersnachsicht.
Josef Pfisterer mit Altersnachsicht.
Josef Holzinger mit Altersnachsicht.
Josef Steiner mit Altersnachsicht.
Leopold Piffl mit Altersnachsicht.
Albert Höttl.
Markus Pekowitsch mit Altersnachsicht.
Leopold Wolf mit Altersnachsicht.
Johann Plochberger mit Altersnachsicht.
Anton Hartmann mit Altersnachsicht.
Gustav Schutzbier mit Altersnachsicht.
Josef Schneider.
Alfred Böhm mit Altersnachsicht.
Ignaz Boubela mit Altersnachsicht.
Josef Reitstötter.
Anton Wenk mit Altersnachsicht.
August Zlabinger.
Karl Nikerl mit Altersnachsicht.
Heinrich Buchhammer mit Altersnachsicht.
Karl Mikula.
Johann Musch mit Altersnachsicht.
Johann Weich.
Johann Haller.
Franz Semenetz mit Altersnachsicht.
Anton Krenn.
Johann Welser.
Anton Bradengeyer mit Altersnachsicht.
Johann Skaloud mit Altersnachsicht.
Franz König.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen.)

(13875, M. A. IX, 3972.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Ansuchen des provisorischen städtischen Tierarztes Georg Gaß um definitive Anstellung und beantragt, den Genannten zum definitiven städtischen Tierarzt in der VII. Rangklasse zu ernennen.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen.)

(13755, M. A. III, 2852.) **St.-R. Dr. Deutschmann** referiert über das Ansuchen des Österreichischen Touring-Klub um Ausstellung eines Duplikates des Kautionserlagscheines für die anläßlich der Bestandnahme eines Teiles der Bürgerspital-Kat.-Parz. 2466 im II. Bezirk erlegte Kaution und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(13788, M. A. XII, 12839.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Persolvierung der Franziska Seis'schen Legates und beantragt:

1. Von dem Zinsenerträgnisse der Franziska Seis'schen Widmung pro 1907 sind nachstehende gewesene städtische Waisenhauszöglinge zu beteilen und sind die angeführten Beträge in Einlagebüchern der Wiener Zentral-Sparkassa fruchtbringend anzulegen, und zwar:

Die gewesenen Zöglinge

des I. städtischen Waisenhauses:

Anna Schimscheiner, geb. 14. April 1893 mit . . . 100 K

des II. städtischen Waisenhauses:

Leopold Kinzer, geb. 6. November 1893 mit . . . . . 80 „
Franz Prasil, geb. 22. Februar 1893 mit . . . . . 60 „
Rudolf Köstler, geb. 25. März 1893 mit . . . . . 60 „

des III. städtischen Waisenhauses:

Friedrich Cizek, geb. 19. Februar 1890 mit . . . . . 30 „
Ludwig Glotz, geb. 25. April 1889 mit . . . . . 40 „
Franz Graupner, geb. 30. März 1891 mit . . . . . 60 „
Stephan Friedl, geb. 26. Dezember 1892 mit . . . . . 60 „
Karl Schippich, geb. 15. Dezember 1891 mit . . . . 50 „

des IV. städtischen Waisenhauses:

Josef Mayer, geb. 9. September 1893 mit . . . . . 70 „
Otto Langer, geb. 20. Juli 1893 mit . . . . . 50 „
Anton v. Möser, geb. 31. Mai 1893 mit . . . . . 70 „
Josef Amort, geb. 13. Oktober 1893 mit . . . . . 40 „
Franz Psenicka, geb. 26. Juli 1893 mit . . . . . 40 „
Franz Pletzer, geb. 24. September 1893 mit . . . . . 30 „

Zusammen . 800 K

2. Der Rest des obigen Zinsenerträgnisses ist den kurrenten Einnahmen des allgemeinen Versorgungsfondes zuzuschreiben.

(Angenommen.)

(13816, M. A. I, 9220.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Gesuch des Josef Blazič um Löschungserklärung der auf Einl.-Z. 1827 IX. Bezirk, Nußdorferstraße haftenden Reallast und beantragt, die Zustimmung zur Löschung der ob der Realität Einl.-Z. 1827 IX. Bezirk zugunsten der Gemeinde Wien haftenden Verbindlichkeit zur Herstellung einer Futtermauer zu erteilen.

Die Kosten der Ausstellung der Löschungserklärung haben die Gesuchsteller zu tragen. (Angenommen.)

(13817, M. A. I, 8583.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen des Adolf und der Anna Rühmkorf um Löschungserklärung der auf Einl.-Z. 1814 des IX. Bezirkes haftenden Reallast und beantragt, die Zustimmung zur Löschung der auf der bezeichneten Baustelle zugunsten der Gemeinde Wien einverleibten Verbindlichkeiten auf Kosten der Gesuchsteller zu erteilen.

(Angenommen.)

(13877, XIII, 6224.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Stiftbrieferrichtung der Johann Kain'schen Armenbeteilungsstiftung für Strebersdorf und beantragt, den vom Magistrate vorgelegten Stiftbriefentwurf zu genehmigen. (Angenommen.)

(13862, B. A. XI, 18908.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen der Simmeringer Maschinen- und Waggonfabriks-Aktiengesellschaft um Gewährung einer Frist zur Ausstellung und Einverleibung eines Reverses, betreffend die Verbindlichkeit zur Abtretung der von der Realität Einl.-Z. 503 Simmering zu Straßenzwecken entfallenden Grundflächen, und beantragt, dem Ansuchen keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(13572, B. A. XIX, 21840.) **St.-R. Schneider** referiert über das Ansuchen des Bernhard und der Anna Steiner um Adaptierungsbewilligung für Einl.-Z. 339 Unter-Sievering und beantragt:

1. Die vom Bezirksamte zu erteilende Baubewilligung für den Zubau zur Liegenschaft Einl.-Z. 339 in Unter-Sievering wird in Gemäßheit der §§ 97 und 105 der Wiener Bauordnung unter den im Augenscheins-Protokolle vom 5. Oktober 1907 angeführten Bedingungen bestätigt.

2. Von der Einlösung des vor der Liegenschaft gelegenen Grundes als Vorgartengrund wird dermalen Abstand genommen.

(Angenommen.)

(13798, M. A. XV, 9775.) St.-R. Schneider referiert über die Verlegung der Schulkanzlei und des Lehrmittelzimmers an der allgemeinen Volksschule XX., Treustraße 9, und beantragt, zu dieser Verlegung, durch welche keine Kosten erwachsen, nachträglich die Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

(12096, M. A. XXII, 2829.) St.-R. Schneider referiert über das Ansuchen der Witkowitzer Zementfabrik Ad. Sueß & Komp. um Aufnahme ihrer Marke in das Regulativ zum Tarife XV „Asphaltiererarbeiten" und beantragt:

Die Verwendung von Schlackenzement der Witkowitzer Zementfabrik Ad. Sueß & Komp. zur Herstellung von Beton für den Unterbau bei Asphaltierungen, beziehungsweise für jene im städtischen Preistarife Nr. 15 für Asphaltiererarbeiten enthaltenen Ausführungen, zu denen im Regulative Schlackenzement von Königshof verwendet werden darf, wird für zulässig erklärt, insolange der Witkowitzer Schlackenzement den vom Österr. Ingenieur- und Architektenvereine erlassenen Bestimmungen für die einheitliche Lieferung und Prüfung dieser Materialien entspricht.

Eine diesbezügliche Ergänzung beziehungsweise Abänderung des Regulatives zum städtischen Preistarife Nr. XV „Asphaltiererarbeiten" bleibt dem Gemeinderats-Ausschusse zur Revision und Herausgabe eines städtischen Preistarifes vorbehalten.

(Angenommen.)

(13874, M. A. IX, 4201.) **St.-R. Rissaweg** referiert über die Systemisierung des Diener- und Arbeiterpersonales für das zu eröffnende Pferdeschlachthaus und beantragt:

I. Aus Anlaß der bevorstehenden Eröffnung des Zentral-Pferdeschlachthauses werden folgende Stellen systemisiert:

1. Ein Schlachthausdiener mit den normalen Bezügen.

2. Ein Schlachthausdiener mit entsprechender technischer Vorbildung zur Bedienung der elektrischen Beleuchtung des Schlachthauses und der Maschinen der Kühlanlage. Diesem wird zu den normalen Bezügen eine Dienstzulage von 2 K täglich zugesprochen, welche in die Pension einrechenbar ist.

3. Zwei Reinigungs- und Desinfektionsarbeiter mit einem Taglohne von 2 K 80 h.

4. Eine Reinigungsarbeiterin mit einem Taglohne von 2 K.

II. Der dem Stadtbauamte unterstellte Pferdeschlachtbrückenarbeiter wird mit der Eröffnung des Zentral-Pferdeschlachthauses dem Veterinäramte zur Verwendung als Reinigungs- und Desinfektionsarbeiter in diesem Schlachthause unterstellt.

(Angenommen.)

(13819, B. A. X, 57165.) St.-R. Rissaweg referiert über das Gesuch der Firma M. J. Elsinger & Söhne um Baubewilligung für ein provisorisches Magazinsgebäude auf Einl.-Z. 912 X. Bezirk und beantragt, die vom Bezirksamte zu erteilende Baubewilligung unter der Bedingung zu bestätigen, daß das Magazinsgebäude auf Verlangen der Gemeinde Wien jederzeit ohne Anspruch auf irgend eine Entschädigung wieder beseitigt werde und daß ein auf diese Verbindlichkeit bezughabender rechtsgültiger Demolierungsrevers auf Kosten der Firma zur Ausstellung und grundbücherlichen Einverleibung gelange. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(XIX. Gemeindebezirk, Döbling.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Döbling vom **23. September 1907.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **W. Kuhn.**

Schriftführer: Magistrats-Konzipist Dr. Bednar.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit wird die Sitzung eröffnet.

V.-V. Kuhn kommt zunächst auf die übertriebenen Gerüchte zu sprechen, die anläßlich der jüngsten Blatternfälle auftauchten. So wurde von Blatternfällen im XIX. Bezirke erzählt, während tatsächlich nicht ein einziger verzeichnet wurde. Ein anderes Gerücht sprach sogar von einem Falle Cholera nostras, der sich im Bezirke ereignet haben sollte. Dieser Fall restringiert sich darauf, daß ein Arbeiter unvorsichtiger Weise aus einem Brunnen getrunken hatte, dessen Wasser als ungenießbar bezeichnet ist und darauf an Typhus erkrankte. Aus diesem Anlasse gab der Vorsitzende dem Wunsche Ausdruck, daß die Gemeinde dem seinerzeitigen Antrage der Bezirksvertretung Döbling auf Anflassung der in der Krottenbachstraße und Eroicagasse befindlichen zwei Epidemiespitäler endlich Rechnung trage, da diese sich in einem solchen Zustande befinden, daß sie als Spitäler nicht verwendet werden können, und diese Häuschen nach entsprechender Adaptierung und gründlicher Renovierung als Wohnungen für städtische Arbeiter in Verwendung nehme.

Einlauf.

(1865.) Die Bezirksvorstehung für den XVIII. Bezirk teilt mit, daß sie dem hierämtlichen Antrage, betreffend teilweise Aufhebung des Überfüllungsverbotes auf den städtischen Straßenbahnen, mit Beschluß vom 26. Juli 1907 beigetreten ist.

Zur Kenntnis.

(2013.) Die Bezirksvorstehung des XI. Bezirkes hat in der Sitzung vom 26. Juli 1907 den gleichen Antrag zur Kenntnis genommen und ist dem hierämtlichen Beschluß, betreffend Signalisierung der Fahrtrichtung bei den städtischen Straßenbahnen, beigetreten.

Zur Kenntnis.

(2062.) Die Magistrats-Abteilung IV bringt zur Kenntnis, daß in der Kaasgrabengasse zwei ganznächtige Gasflammen zur Aufstellung gelangen.

Zur Kenntnis.

(1892.) Die Magistrats-Abteilung IV gibt bekannt, daß der Stadtrat die Aufstellung von sieben ganznächtigen und sechs halbnächtigen Gasflammen in der Heiligenstädterstraße, Budinskygasse, Krottenbachstraße und einer noch unbenannten Seitengasse der Weinberggasse bewilligt hat.

Zur Kenntnis.

(2213.) Note der Bezirksvertretung des III. Bezirkes vom 14. September 1907 worin dieselbe den in der Sitzung vom 5. September 1907 einstimmig gefaßten Beschluß, betreffend den Antrag auf Abschaffung des Hausierhandels in Wien, behufs Stellungnahme zur Kenntnis bringt.

Mit Rücksicht auf den in der letzten Sitzung vom 24. Juli 1907 gefaßten Beschluß in der gleichen Angelegenheit wird die Zuschrift einfach zur Kenntnis genommen.

(2271.) Dem mit Note vom 20. September 1907 mitgeteilten Beschluß der Bezirksvertretung für den XIV. Bezirk, betreffend die Auswanderung aus Galizien, wird einstimmig beigetreten.

(2267.) Die Magistrats-Abteilung VIII teilt mit Note vom 16. September 1907, Z. 1695, mit, daß in der Eroicagasse und in der Grinzingerstraße je ein Feuerhydrant zur Aufstellung gelangt.

Zur Kenntnis.

(1973.) Note der Magistrats-Abteilung XVI vom 10. August 1907, Z. 6989, worin mitgeteilt wird, daß der Stadtrat mit Beschluß vom 31. Juli 1907 den Bericht der Magistrats-Abteilung XVI, betreffend die Benennung des Platzes vor der Hochschule für Bodenkultur, zur Kenntnis genommen hat, ohne daß eine Änderung der beschlossenen Platzbenennung erfolgte.

Zur Kenntnis.

(2070.) Note der Magistrats-Abteilung XXII vom 29. August 1907, Z. 2894, worin mitgeteilt wird, daß die Versetzung des am Hause Heiligenstädterstraße 46 befindlichen Briefkastens auf das Haus Nr. 49 derselben Straße seitens der k. k. Post- und Telegraphen-Direktion veranlaßt wurde, dem Ansuchen um Anbringung eines Rohrpostkastens am selben Hause aus betriebsdienstlichen Gründen jedoch nicht entsprochen werden konnte.

Zur Kenntnis.

(1976.) Note der Magistrats-Abteilung VI vom 16. August 1907, Z. 2935, worin mitgeteilt wird, daß der Stadtrat mit Beschluß vom 7. August 1907, Z. 10967, den Kostenanschlag für die Makadamisierung der Glatzgasse zwischen der Döblinger Hauptstraße und dem inneren Gürtel mit dem Gesamterfordernisse von 3768 K genehmigt hat.

Zur Kenntnis.

(1977.) Note der Magistrats-Abteilung VI vom 16. August 1907, Z. 3255, worin zur Kenntnis gebracht wird, daß der Stadtrat mit Beschluß vom 7. August 1907 den Kostenanschlag für die Makadamisierung der Budinskygasse von der Weinberggasse bis zum Arbesbache mit dem Gesamterfordernisse von 5116 K genehmigt hat.

Zur Kenntnis.

(2259.) Mit Note der Magistrats-Abteilung II vom 18. September 1907, Z. 3016, wird der Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 13. September 1907, Pr.-Z. 9015, betreffend das Übereinkommen zwischen der Gemeinde Wien und den Herren Adolf und Ferdinand Schindler in Angelegenheit des Tausches von Baustellen im III. Bezirke gegen Gründe in Ober-Sievering (Steinbruch) bekanntgegeben.

Zur Kenntnis.

(1967.) Note der Magistrats-Abteilung IV vom 6. August 1907, Z. 2106, worin mitgeteilt wird, daß zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 31. Juli 1907, Pr.-Z. 10648, im Wertheimsteinparke im XIX. Bezirke eine Bedürfnisanstalt zur Errichtung gelangt.

Zur Kenntnis.

Der **Vorsteher** macht hierauf die Mitteilung von der Durchführung der Umpflasterung der Döblinger Hauptstraße und Vormosergasse, der Ergänzungspflasterung der Billrothstraße, Herstellung der Vegagasse von der Lannerstraße bis Or.-Nr. 19 und der Neupflasterung von Rinnsalen in der Eisenbahnstraße, Greinergasse, Zahnradbahnstraße, Schätzgasse und Halteraugasse.

Zur Kenntnis.

Anträge.

(2287.) **B.-R. Weiß** beantragt aus Rücksichten auf die allgemeine Sicherheit die Aufstellung eines Gaskandelabers in der Hackenberggasse Ecke der Weinberggasse.

Angenommen.

(2288.) **B.-R. Weinzinger** macht auf den vernachlässigten und durch die starke Staubentwicklung in hohem Grade gesundheitsschädlichen Zustand der dem Stifte Klosterneuburg gehörigen Privatstraße längs der Heiligenstädter- und Nußdorferlände aufmerksam und beantragt, die Kommune möge eine den sanitären Anforderungen entsprechende Instandhaltung dieser Straße seitens des Stiftes veranlassen.

Einstimmig angenommen mit dem Zusatz-Antrage des B.-R. Schönwetter, der Magistrat möge entsprechende Erhebungen pflegen, ob nicht etwa mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Straße schon länger als 30 Jahre dem öffentlichen Verkehre dient, diese Straße in den rechtmäßigen Besitz der Gemeinde gekommen sei.

(2289.) **B.-R. Auer** beantragt, bei dem Umstande, daß das bisherige Projekt der Erbauung eines Straßenkanales und Einleitung der Hochquellenwasserleitung in die Nußberggasse gescheitert erscheint, auf ein älteres Projekt, und zwar provisorische Verlängerung der Wasserleitung vom Aufgange zum Bockkeller bis zum Hause Nußberggasse 30 zurückzugreifen und dasselbe ehestens zur Durchführung zu bringen.

Angenommen.

(2291.) **B.-R. Seefried** beantragt eine ausgiebige Vermehrung der Sicherheitswache im Bezirke, da der derzeitige Stand derselben mit Rücksicht auf die große Ausdehnung des Bezirkes als vollkommen ungenügend bezeichnet werden muß.

B.-R. Baar beleuchtet die Sicherheitsverhältnisse in der Krim und stellt den Zusatz-Antrag, es möge zumindest die in der Billrothstraße befindliche Sicherheitswachstube wieder in das Zentrum dieses Gebietsteiles rückverlegt werden.

Angenommen.

(2292.) **B.-R. Müller** beantragt die Errichtung einer selbständigen Steueradministration für den XIX. Bezirk, da derzeit die Steueradministration sich in Währing in der Klostergasse, die abseits aller Verbindungen mit dem XIX. Bezirke liegt, befindet, zumal passende Lokalitäten in dem neu zu errichtenden Sparkassengebäude in Döbling zu finden wären.

Einstimmig angenommen.

(2290.) **Derselbe** beantragt in weiterer Durchführung der Regulierung der Gatterburggasse die Entfernung des städtischen Waghäuschens, sowie des Pissoirs daselbst und Aufstellung der städtischen Wage in der Weilgasse, welcher Platz als sehr günstig bezeichnet werden muß.

Einstimmig angenommen.

(930.) **B.-R. Dr. Schwinner** referiert in ausführlicher Weise über die Reformbedürftigkeit des bisher in Kraft stehenden Maximaltarifes für das Fiaker- und Einspännergewerbe und über die durchschnittliche Höhe des notwendigen Tagesverdienstes der Einspänner und Fiaker und spricht sich über die Schaffung eines einfachen Tarifes des Einheits- oder des Zeittarifes, eventuell mit einer nur sehr mäßigen Erhöhung der jetzigen Ansätze aus.

Angenommen.

Schluß der Sitzung.

(X. Gemeindebezirk, Favoriten.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom **26. September 1907.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Leopold Hruza.**

Schriftführer: Kanzleileiter Dr. Eduard Dworschak.

Der **Vorsitzende** stellt die Beschlußfähigkeit fest und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Einlauf.

(3691 und 4058.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XV, betreffend Genehmigung des Detailprojektes für den Schulbau Thavonatgasse.

Zur Kenntnis.

(4057.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XXII, betreffend Statthalterei-Erlaß wegen Enteignung der notwendigen geodätischen Arbeiten.

Zur Kenntnis.

(3478.) Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes X, betreffend Stadtrats-Beschluß wegen rigoroser Behandlung der Hundesteuernachsichtsgesuche.

Zur Kenntnis.

(3460 und 3763.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI, betreffend Neupflasterung der Quellenstraße von der Favoritenstraße bis zur Waldgasse.

Zur Kenntnis.

(3890.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI, betreffend Neupflasterung der Schlechtastraße zwischen dem Gräßlplatze und dem Pferdeschlachthause.

Zur Kenntnis.

(3830.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVIII, betreffend Auszahlung des Krankengeldes an jene städtischen Arbeiter, welche wegen eines Blatternfalles in ihrer Familie von der Dienstleistung ausgeschlossen werden müssen.

Zur Kenntnis.

Kommissionsbericht des Bezirksvorstehers.

Der **Bezirksvorsteher** kommt bei Erstattung seines Kommissionsberichtes insbesondere auch auf die in Wien und im X. Bezirke vorgekommenen Blatternfälle zu sprechen. Er hebt den großen Schaden, den die Geschäftswelt des ganzen Bezirkes durch die von einzelnen Tagesblättern aufgebauschten Gerüchte über die Verseuchung dieses Bezirkes erlitten hat, hervor, und fordert in einem Antrage die sofortige Aufhebung der aus sanitätspolizeilicher Rücksicht verfügten Schulsperre.

Der als Gast und Experte anwesende Obmann des Ortsschulrates Favoriten, Rechnungsrat Decker, erklärt die Eröffnung der Schulen des X. Bezirkes bis längstens 7. Oktober 1907 schon aus dem Grunde für unbedingt notwendig, weil bei einer weiteren Aufrechthaltung der Schulsperre und bei dem verhältnismäßig schlechten Schülermateriale des X. Bezirkes an eine Bewältigung des Lehrstoffes im nächsten Jahre nicht zu denken sei.

Der Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig angenommen.

Wahlen.

(3194.) Zuschrift des k. k. Bezirksschulrates Wien, Z. 6498, betreffend Ortsschulrats-Ergänzungswahlen.

Zahl der abgegebenen Stimmen 11.

Es erscheinen zu Ersatzmitgliedern des Ortsschulrates Favoriten mit der Funktionsdauer bis 30. Juni 1911 mit Stimmen-Einhelligkeit gewählt:

Ludwig Kocziczka Edler v. Freibergswall, Revident im k. k. Eisenbahnministerium, Favoritenstraße 53.

Leopold Rieder, Gemeinderat und Hausbesitzer, Erlachgasse 91.

(3708—3710.) Armenrats-Ergänzungswahlen.

Zahl der abgegebenen Stimmen 13.

Es erscheinen zu Armenräten des X. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis Ende 1907 mit je 13 Stimmen gewählt:

Johann Jaidhauser, k. k. Postassistent, Hardtmuthgasse 45.

Franz Pelikan, Gastwirt und Hausbesitzer, Eugengasse 55.

Johann Feitel, Gemischtwaren-Verschleißer und Hausbesitzer, Alxingergasse 81.

Anträge, Interpellationen und Beschwerden.

(4101.) Antrag des **B.-R. Stepanek** auf rechtzeitige Beschaffung eines hinreichenden Koksvorrates für die Verkaufsstelle der Länderbank im X. Bezirke.

B.-R. Nejeschleba schließt sich diesem Antrage an und hebt hervor, daß sich die Zustände wegen Abgabe von Koks an die Bevölkerung Wiens seit Hochstätter nicht geändert hätte, da auch derzeit noch der größte des in Wien produzierten Koks an das Ausland abgegeben werde.

Einstimmig angenommen.

(4100.) **Derselbe** beantragt mit Rücksicht auf die in letzter Zeit sich häufenden Exzesse durch die „Plattenbrüder" die Errichtung einer Wachstube in dem Viertel oberhalb der Quellenstraße und Laaerstraße.

Die **B.-R. Grotz** und **Nejeschleba** erzählen einige besonders krasse Fälle aus der letzten Zeit und letzterer berichtet insbesondere über den Erfolg seiner Intervention beim Polizeibezirksleiter von Favoriten in dieser Angelegenheit, wobei derselbe erklärt habe, die Polizei sei nicht dazu da, um den Gastwirten den Hausknecht zu ersetzen; jeder Gastwirt sei zunächst in seinem Lokale selbst Herr und sollte sich Ordnung schaffen.

Angenommen.

(4107.) **B.-R. kais. Rat Dobner** beantragt, den Bau eines neuen Amtsgebäudes für das k. k. Bezirksgericht und das k. k. Polizei-Kommissariat zu urgieren und schlägt hiefür eine Realität vor.

Angenommen.

B.-V Hruza beantragt die Prüfung sämtlicher Hydranten auf dem Staatsbahnhofe.

Angenommen.

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 13. bis 19. Oktober 1907.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	307.250 kg	Und zwar aus:	
		Wien	217.657 kg
		dem sonst. Niederösterreich	17.357 „
		Oberösterreich	2.179 „
		Steiermark	1.261 „
		Mähren	10.301 „
		Galizien	56.497 „
		Ungarn	1.604 „
		Bukowina	199 „
		Kroatien	195 „
Kalbfleisch . .	10.373 kg	Und zwar aus:	
		Wien	2.316 kg
		dem sonst. Niederösterreich	10 „
		Steiermark	60 „
		Mähren	161 „
		Galizien	7.626 „
		Ungarn	200 „
Schaffleisch . .	29.729 kg	Und zwar aus:	
		Wien	60 kg
		dem sonst. Niederösterreich	40 „
		Mähren	6 „
		Galizien	25.356 „
		Ungarn	240 „
Schweinfleisch .	147.296 kg	Und zwar aus.	
		Wien	96.378 kg
		dem sonst. Niederösterreich	668 „
		Ober-Österreich	582 „
		Böhmen	1.240 „
		Mähren	3.932 „
		Galizien	33.612 „
		Ungarn	8.037 „
		Kroatien	2.719 „
		Krain	128 „
Kälber	2131 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	900 St.
		dem sonst. Niederösterreich	55 „
		Oberösterreich	1 „
		Mähren	139 „
		Galizien	993 „
		Ungarn	43 „
Schafe . . .	457 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	255 St.
		dem sonst. Niederösterreich	32 „
		Mähren	4 „
		Galizien	166 „
Schweine . .	680 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	453 St.
		dem sonst. Niederösterreich	18 „
		Mähren	25 „
		Galizien	159 „
		Ungarn	25 „
Lämmer . . .	6 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	6 St.

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch	von K	—·50	bis	1·84	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ „	1·40	„	2·20	„ „
Kalbfleisch		„ „	—·88	„	1·80	„ „
Schaffleisch		„ „	—·48	„	1·28	„ „
Schweinfleisch		„ „	1·20	„	1·64	„ „
Kälber		„ „	—·80	„	1·50	„ „
Schafe		„ „	—·40	„	1·12	„ „
Schweine		„ „	1·—	„	1·48	„ „

Der Marktverkehr gestaltete sich trotz der verringerten Zufuhren nicht besonders lebhaft; während Schafe und Schaffleisch, Schweine und Schweinefleisch mit geringen Schwankungen zu vorwöchentlichen Preisen gehandelt wurden, konnten Kälber und Kalbfleisch gegen Wochenende eine Erhöhung von 6 bis 8 h per Kilogramm erzielen. Rindfleisch dagegen war in den minderen Qualitäten um 4 bis 6 h billiger, in den besseren Qualitäten aber fest behauptet. Galizische Ware war ziemlich gefragt. Per Bahn langten 87 Waggons mit 200 Tonnen, von der Ersten Wiener Großschlächterei-Aktiengesellschaft 12.985 kg Rind-, 60 kg Kalbfleisch und 1h Kälber ein.

* * *

Pferdemarkt vom 18. Oktober 1907.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 472 Pferde.
180 Schlachtpferde und 292 Gebrauchspferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 160 bis 1200 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 45 „ 150 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 21. Oktober 1907

(einschließlich des Kontumazmarktes vom 19. Oktober 1907).

1. Gesamtauftrieb: 4637 Stück, und zwar:

Mastvieh	3027 Stück
Weidevieh	389 „
Beinlvieh	1221 „
Darunter unverkaufter Rest von dem vorwöchentlichen Donnerstagmarkte	55 „

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	2979 Stück	Kühe	651 Stück
Stiere	906 „	Büffel	101 „

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	3206 Stück
„ Galizien und der Bukowina	441 „
„ dem sonstigen Österreich	990 „
„ dem Auslande (Italien)	— „

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht.

Aus und über Ungarn:

Ochsen	I. Qualität	. .	von	74	bis	102 K	(extrem bis	106 K)
„	II.	„ . .	„	62	„	92 „		
„	III.	„ . .	„	54	„	69 „		

Aus und über Galizien:

Ochsen	I. Qualität	. .	von	84	bis	90 K	(extrem bis	91 K)
„	II.	„ . .	„	76	„	83 „		
„	III.	„ . .	„	64	„	74 „		

Aus anderen Ländern:

Ochsen	I. Qualität	. .	von	92	bis	102 K	(extrem bis	104 K)
„	II.	„ . .	„	76	„	91 „		
„	III.	„ . .	„	66	„	74 „		
Stiere	. . . . .		„	61	„	78 „	(„ „	84 „)
Kühe	. . . . .		„	56	„	68 „	(„ „	80 „)

Aus und über Ungarn:

Weidevieh	. . . . .		von	43	bis	64 K	(extrem bis	— K)

Aus und über Galizien:

Weidevieh	. . . . .		von	60	bis	68 K	(extrem bis	— K)
Büffel	. . . . .		„	42	„	56 „	(„ „	— „)
Beinlvieh	. . . . .		„	42	„	62 „		

b) Preis per Stück.

Beinlvieh . . . . . von 110 bis 230 K.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts verkauft.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	4044 Stück
„ „ „ auswärts	762 „
Unverkauft blieben	80 „
Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden in der Woche vom 13. bis 19. Oktober 1907 für Wien angekauft	405 „

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 55 Stück weniger aufgetrieben.

Bei schwerfälligem Geschäftsverkehre konnten sämtliche Stallmastsorten die Preise der Vorwoche behaupten. Gegen Marktschluß verflaute der Geschäftsverkehr und waren in Mittel- und minderen Sorten Preisrückgänge von 2 K per Meterzentner zu verzeichnen.

Weidevieh konnte die vorwöchentlichen Preise behaupten. Prima-Stiere, schwach vertreten, konnten die vorwöchentlichen Preise schwach behaupten. Mittel- und mindere Stiere und Beinlvieh wurde neuerdings um 2 bis 3 K per Meterzentner billiger gehandelt.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 19. Oktober 1907.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 76—81 kg)	von	11 K	60 h	bis	13 K	— h
Roggen („ „ 1 „ 69—75 „)	„	10 „	95 „	„	11 „	45 „
Gerste	„	7 „	90 „	„	10 „	60 „
Mais	„	7 „	60 „	„	8 „	40 „
Hafer	„	8 „	15 „	„	8 „	95 „

(per 50 Kilogramm).

b) Mahlprodukte.

Grieß	von	18 K	50 h	bis	19 K	70 h
Weizenmehl, neue Type	„	14 „	— „	„	19 „	— „
Futtermehl	„	8 „	— „	„	11 „	40 „
Roggenmehl	„	13 „	25 „	„	17 „	75 „
Weizenkleie	„	6 „	45 „	„	6 „	70 „
Roggenkleie	„	6 „	85 „	„	7 „	— „

(per 50 Kilogramm).

* * *

Heu- und Strohmarkt in Wien.

Vom 13. bis 19. Oktober 1907.

Niederösterr. Bergheu . .	von K	6·—	bis	10·40	per 100 kg.
„ Wiesenheu . .	„ „	7·—	„	10·—	„ „ „
Slovakisches Heu	„ „	6·—	„	8·—	„ „ „
Ungarisches Heu	„ „	6·80	„	7·90	„ „ „
Klee	„ „	6·—	„	10·—	„ „ „
Schaubstroh	„ „	6·40	„	7·—	„ „ „
„	„ „	19·—	„	26·—	per Schober
Rüttstroh	„ „	5·—	„	5·20	per 100 kg.

* * *

Städtisches Lagerhaus.

Vom 10. bis 17. Oktober 1907.

Waren eingelagert	37.581 Meterzentner
„ ausgelagert	47.999 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 14.263 Meterzentner.

Lagerstand vom 17. Oktober 1907 272.524 Meterzentner, und zwar:

13.310	Meterzentner	Weizen,	12.182	Meterzentner	Roggen,
31.089	„	Gerste,	61.636	„	Hafer,
36.653	„	Mais,	1.480	„	Linsen,
55.060	„	Mehl und Kleie,	3.135	„	Ölsaaten,
113	„	Zucker,	2.016	„	Wein,

— Hektoliter a 100% Spiritus.

Der Assekuranzwert dieser Waren stellte sich auf 5,562.990 K.

* * *

Detailpreise für Lebensmittel.

Ausweis über die Preise nachbenannter Artikel in der Woche vom 13. bis 19. Oktober 1907.

Artikel	Menge	Preise von K	von h	bis K	bis h
Weizengrieß	1 kg	.	34	.	44
Auszugmehl	„	.	34	.	42
Mundmehl	„	.	30	.	38
Semmelmehl	„	.	26	.	36
Pohlmehl	„	.	24	.	30
Futtermehl	100 kg	16	.	22	80
Kaisersemmel à 4 h 1 St.	3·2 bis 6·2 dkg	—	—	—	—
Mundsemmel „ 4 „ „	5·0 bis 8·5 dkg	—	—	—	—
„ „ 2 „ „	2·4 bis 5·0 dkg	—	—	—	—
Weißes Brot	1 kg	—	—	—	—
Weißgemischtes Brot	„	21	3	39	8
Schwarzgemischtes Brot	„	19	5	34	5
Schwarzes Brot	„	21	6	29	5
Erbsen, ganz	1 kg	.	28	.	56
„ gespalten	„	.	36	.	72
Linsen	„	.	64	1	.
Bohnen	„	.	28	.	60
Hirse	„	.	32	.	48
Rollgerste	„	.	40	.	78
Reis	„	.	38	.	80
Kaffee, roh	„	2	32	5	.
„ gebrannt	„	2	84	5	60
Kakao	„	5	80	10	.
Schokolade	„	3	10	6	40
Tee	„	6	.	20	.
Zucker	„	.	74	.	82
Honig	„	1	20	3	20
Bohnen, grün	1 kg	.	32	1	20
Erbsen, grün, in Schoten	„	.	40	.	80
Paradiesäpfel	„	.	16	.	28
Kohl, grün	30 St.	.	60	1	60
„ „	1 „	.	4	.	10
Kohlrüben	30 „	.	60	1	60
„	1 „	.	4	.	10
„	30 „	.	.	.	.
„	1 „	.		.	.
Kraut, weißes	30 „	1	20	4	.
„ „	1 „	.	8	.	20
Salat, in Häupteln	30 „	.	80	3	.
„ „ „	1 „	.	4	.	20
Spinat	1 kg	.	40	.	80
Rüben, weiß	1 St.	.	2	.	8
„ gelb	„	.	2	.	8
„ rot	„	.	2	.	10
Sauerkraut	1 kg	.	20	.	24
Sauere Rüben	„	.	20	.	24
Knoblauch	„	.	40	.	60
Zwiebel	„	.	14	.	28
Erdäpfel, vorjährige	100 kg	.	.	.	.
„ „	1 „	.	.	.	.
„ heurige	100 „	5		12	.
„ „	1 „	.	7	.	14
„ Kipfel, vorjährige	100 „	.	.	.	.
„ „ „	1 „	.	.	.	.
„ „ heurige	100 „	9	.	16	.
„ „ „	1 „	.	12	.	18
Rindsfilz	1 kg	.	70	1	30
Rindschmalz	„	2	30	3	20
Schweinfilz	1 kg	1	60	2	.
Schweinschmalz	„	1	60	1	84
Schweinspeck	„	1	40	2	.
Unschlitt, geschmolzen	„	.	94	1	28
Milch	1 l	.	24	.	36
Rahm	„	.	80	2	.
Topfen	1 kg	.	30	.	80
Butter	„	2		3	80
Margarine	„	1	68	2	.
Eier, frische um 2 K	25–28 St.	—	—	—	—
„ eingelegte um 2 K	30–32 „	—	—	—	—
Barben	1 kg	1	40	1	60
Brachsen	„	1	20	1	60
Forellen	„	6	.	11	.
Hechte, lebend	„	2	.	3	40
„ tot	„	1	20	2	.
Karpfen, lebend	„	1	90	2	40
„ tot	„	.	60	1	40
Lachse	„	8	50	.	.
Schaiden	„	3	20	5	.
Schille	„	1	60	3	20
Sterlette	„	.	.	.	.
Stockfische	„	.	.	.	.
Schellfische	„	.	56	1	30
Weißfische	„	.	60	1	20
Krebse	1 St.	.	.	.	.
Huhn, junges, geputzt	1 St.	.	90	1	60
Masthuhn, geputzt	„	1	60	2	80
Poulard	„	2	20	3	40
„ steir.	1 kg	3	.	3	80
Kapaun	1 St.	.	.	.	.
„ steir.	„	.	.	.	.
Ente	„	2	.	4	80
Gans	„	4	.	8	.
Indian	„	.		.	.
Taube	„	.	40	.	80
Fasan	1 St.	3	.	5	.
Rebhuhn	„	1	40	2	.
Wildente	„	2	30	3	.
Wildgans	„	.	.	.	.
Hase	„	2	80	4	.
Hirschfleisch	1 kg	1	.	2	.
Rehfleisch	„	.	80	2	.
Schwarzwild	„	.	.	.	.

Fleischpreise in Wien per Kilogramm in Hellern	Detailpreise (mit Zuwage) Bei den Ständen mit Preisbeschränkung beim Ochsenfleische von	bis	In den Markthallen von	bis	In den Bänken der Fleischhauer und Fleischverschleißer von	bis
Fleischgattungen						
Rindfleisch, vorderes	100	160	120	170	100	180
Rindfleisch, hinteres	120	190	148	210	120	220
Kalbfleisch	96	240	120	250	100	280
Schaffleisch	64	180	80	176	80	200
Schweinfleisch	150	220	162	220	126	260
Pferdefleisch, vorderes	.	.	.	.	68	104
Pferdefleisch, hinteres	.	.		.	80	120

Kundmachungen, betreffend den Viehverkehr.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 5. Oktober 1907, Z. XII-4240, betreffend den Viehverkehr zum, am und vom Zentral-Viehmarkte zu St. Marx in Wien. (M.-Abt. IX, 4135/07.) Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 6. Oktober 1907, Nr. 231.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 9. Oktober 1907, Z. XII-22/6, betreffend die Ausfuhr von Schweinen aus Niederösterreich nach Ungarn. (M.-Abt. IX, 4208/07.) Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 10. Oktober 1907, Nr. 234.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 10. Oktober 1907, Z. XII-21/76, betreffend die Einfuhr von Vieh und Fleisch aus den Ländern der ungarischen Krone nach Niederösterreich. (M.-Abt. IX, 4235/07.) Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 11. Oktober 1907, Nr. 235.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 17. Oktober 1907, Z. XII-4240/1, betreffend den Viehverkehr zum, am und vom Zentral-Viehmarkte zu St. Marx in Wien. (M.-Abt. IX, 4371/07.) Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 18. Oktober 1907, Nr. 241.

Öffentliche Sicherheit.

Im Monate September 1907 betrug die Zahl der:

Abgeschobenen	202
Zugeschobenen	68
Durchgeschobenen	167
Gesamtzahl	437

Arbeits- und Dienstvermittlungsamt der Stadt Wien.

VII., Neubaugürtel 38 (Hotel Wimberger).

Übersicht über die Vermittlungstätigkeit des Amtes vom 11. bis 17. Oktober 1907.

Vorgemerkt wurden:

Arbeitsuchende	1845
Dienstsuchende	3453
Lehrstellensuchende	29
Zusammen	5327

Angemeldet wurden:

Arbeitsposten	1649
Dienstplätze	2690
Lehrstellen	79
Zusammen	4418

Vermittelt wurden:

Arbeitsuchende	1557
Dienstsuchende	2781
Lehrlinge	26
Zusammen	4364

Baubewegung

vom 18. bis 21. Oktober 1907.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

IX. Bezirk: Haus, Rufgasse 6, Nußgasse 12, von Felix Ebner, Bauführer J. Wawra (7571).
" " Haus, Thurngasse 11, von Elisabeth Loskot, Bauführer Hub. Gangl (7587).
" " Haus, Einl.-Z. 378 Porzellangasse, Bauführer J. Wohlschläger (7603).
" " Haus, Einl.-Z. 378 Liechtensteinstraße, Bauführer J. Wohlschläger (7604).
XVI. Bezirk: Magazinserbauung, Redtenbachergasse 57, von Alex. Lainer, ebenda, Bauführer Leopold Ettmayr (63103).
" " Magazinserbauung, Wurlitzergasse 4, von J. Lodin, ebenda (63104).
" " Markthüttenaufstellung, Johann Nepomuk Bergerplatz, von Ferdinand Nather (63107).
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Türkenschanzgründe der Marie Schreiber, vom Gremium der Kaufmannschaft, IV., Lothringerstraße 10, Bauführer Karl Stigler, Baumeister (23028).
XX. Bezirk: Haus, Ospelgasse 28, von Dr. Leopold Kahn, Bauführer Johann Freitag (7538).

Zubauten.

XIX. Bezirk: Einl.-Z. 372 Grinzing, Langackergasse 15, von Theodor Hamerle, k. k. Kommerzialrat, I., Franz Josefskai 53, Bauführer Karl Höllerl & Komp., Baumeister (23073).

Adaptierungen.

I. Bezirk: Biberstraße 4, vom k. k. Arbeitsstatistischen Amt, Bauführer J. Gießkann (7614).
" " Rudolfsplatz 13a, von Dr. Hermann Ziegler, Bauführer J. Gießkann (7619).
" " Salzgries 16, vom Pensionsfonde der Österr.-ungar. Bank, Bauführer J. Gießkann (7621).
II. Bezirk: Zwerggasse 4, von Dr. Max Diamant, Bauführer J. Gießkann (7616).
III. Bezirk: Strohgasse 19, von Karl und Emil Roth, Bauführer H. & F. Glaser (7605).
" " Landstraße Hauptstraße 1, von Karl und Emil Roth, Bauführer H. & F. Glaser (7606).
" " Kollergasse 1, von J. Gießkann (7615).
IV. Bezirk: Waaggasse 13, von Johann Passecker, Bauführer Ferdinand Hofer (7542).
" " Goldeggasse 16, von Johann Eustachio (7546).
" " Alleegasse 8, von Kupka & Orglmeister (7612).
V. Bezirk: Gießaufgasse 9, von A. Bondy & Komp., Bauführer F. Schindler (7522).
IX. Bezirk: Müllnergasse 12, von Anton Feischl, Bauführer Ducker & Olbricht (7600).
" " Bauernfeldplatz 4, von J. Gießkann (7620).
XVI. Bezirk: Koppstraße 23, von Albert Taussig, XV., Mariahilferstraße 177, Bauführer Leopold Ettmayr (63102).
" " Rückert-, Ecke der Seeböckgasse, von Anna Benesch, Bauführer Karl Kraus (63105).
" " Thaliastraße 42, von Markus Wegler, ebenda, Bauführer Karl Hofmann (63151).
" " Gansterergasse 14, von Therese Bieber, Bauführer Karl Frisch (63343).
" " Haymerlegasse 31, von der Kinderschutz- und Rettungsgesellschaft (63345).
" " Hyrtlgasse 32, von „Viribus unitis", Hilfsverein für Lungenkranke (63346).
" " Liebhardtgasse 4, von W. Güntner, ebenda, Bauführer Josef Drbal (63347).
" " Brunnengasse 36, von Theodor Petzl, Bauführer Adolf Langer (63862).

Diverse geringere Bauten.

I. Bezirk: Hofeinbau, Biberstraße 10, von Josef Genser, Bauführer R. Marauschek (7540).

II. Bezirk: Magazin, Handelskai, Einl.-Z. 3744, von der Ersten böhmischen Glasindustrie-Aktiengesellschaft Laska & Fiala (7575).
VII. Bezirk: Hoftrakt, Stockwerkaufsetzung, Hermanngasse 34, von Johann Zidek, Bauführer J. Münster (7537).
IX. Bezirk: Hofeinbau, Müllnergasse 21, von dem Israelitischen Bethausverein, Bauführer J. Gießkann (7622).
XIX. Bezirk: Heiligenstadt, Heiligenstädterlände 29, von Joh. Weinzinger, ebenda, Bauführer Adolf Micheroli, Baumeister (22914).
„ „ Ober-Döbling, Hasenauerstraße 12, von Dr. Max Ritter v. Pichler, Hasenauerstraße 10 (22971).
„ „ Heiligenstadt, Aussichtsweg 9, von Alfred Prohaska, ebenda, Bauführer Jakob Krasny, Baumeister (23016).
„ „ Unter-Sievering, Sieveringerstraße 129, von Joh. Frühbeck, ebenda (23088).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

III. Bezirk: Fasangasse, Parz. 1117, von Karl R. Wiener v. Welten (7591).
V. Bezirk: Nikolsdorfergasse 5, von Jos. Ruff (7624).
„ „ Nikolsdorfergasse 3, von Ad. Fernauer (7625).
VI. Bezirk: Stumpergasse 14, von Karl Weiß (7561).
VIII. Bezirk: Schönborngasse 7, Klesheimgasse, von dem Wiener kaufmännischen Verein (7609).
XIX. Bezirk: Unter-Sievering, Weinberggasse, Einl.-Z. 425 und 206, von Gustav Holaubeck, Baumeister (22868).

Renovierungen mittels Hängegerüsten, Leitern ꝛc.

XV. Bezirk: Tellgasse, Ecke Dingelstedtgasse, von A. Kloiber (2278).
„ „ Kranzgasse 18, von Friedrich Stagl (2370).

Demolierungsanzeigen.

XVII. Bezirk: Hernals, Hernalser Hauptstraße 178, von Karl Kraus (45252).
„ „ Hernals, Rötzergasse 56, von Ferdinand Ptaszek (45048).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Abt. VI, Z. 264/07.

Vergebung des Straßenfuhrwerkes im XIX. Bezirke.

Husch Johann — Für Leopoldau:
Kehricht im Eigentum des Unternehmers 1 K per Kubikmeter.
Kehricht im Eigentum der Gemeinde 3 K per Kubikmeter.
Eine Fuhre Schutt mit Truhenwagen 1 K, über 800 m³ 1 K 80 h.
Eine Fuhre Eis und Schnee 2 K 40 h per 4 m³ und 1 K 20 h per 2 m³.
Tagfuhren per 2 m³:
Für den ganzen Tag 14 K.
Für den halben Tag 8 K.
Vorspritzwagen:
Für den ganzen Tag 4 K.
Für den halben Tag 2 K 50 h.
Beistellung eines Pferdepaares für Schneepflüge ꝛc.:
Für den ganzen Tag 12 K, für den halben Tag 7 K.
Für die ganze Nacht 18 K, für die halbe Nacht 10 K.

Jöchlinger Franz — Für Leopoldau:
Kehricht im Eigentum des Unternehmers 2 K per Kubikmeter.
Kehricht im Eigentum der Gemeinde 3 K per Kubikmeter.
Eine Fuhre Schutt mit Truhenwagen 1 K 80 h.
Eine Fuhre Eis und Schnee 1 K 60 per 4 m³ und 80 h per 2 m³.
Tagfuhren per 2 m³:
Für den ganzen Tag 14 K.
Für den halben Tag 7 K.
Vorspritzwagen:
Für den ganzen Tag 3 K 20 h.
Für den halben Tag 1 K 60 h.
Beistellung eines Pferdepaares für Schneepflüge ꝛc.:
Für den ganzen Tag 12 K, für den halben Tag 6 K.
Für die ganze Nacht 18 K für die halbe Nacht 9 K.

Fabian Josef — Für Floridsdorf:
Eine Fuhre Schutt mit Truhenwagen 14 K per Tag.
Tagfuhren per 2 m³:
Für den ganzen Tag 14 K.
Für den halben Tag 8 K.
Vorspritzwagen:
Für den ganzen Tag 3 K.
Für den halben Tag 2 K.
Beistellung eines Pferdepaares für Schneepflüge ꝛc.:
Für den ganzen Tag 16 K, für den halben Tag 9 K.
Für die ganze Nacht 18 K, für die halbe Nacht 9 K.

Bauer Johann — Für Stadlau und Hirschstetten:
Kehricht im Eigentum des Unternehmers 1 K per Kubikmeter.
Kehricht im Eigentum der Gemeinde 2 K 50 h per Kubikmeter.
Eine Fuhre Schutt mit Truhenwagen 2 K 50 h.
Eine Fuhre Eis und Schnee 3 K 20 h per 4 m³ und 1 K 80 per 2 m³.
Tagfuhren per 2 m³:
Für den ganzen Tag 15 K.
Für den halben Tag 7 K 50 h.
Vorspritzwagen:
Für den ganzen Tag 4 K.
Für den halben Tag 2 K.
Beistellung eines Pferdepaares für Schneepflüge ꝛc.:
Für den ganzen Tag 15 K, für den halben Tag 7 K 50 h.
Für die ganze Nacht 18 K, für die halbe Nacht 9 K.

Kaiser Josef — Für Jedlesee:
Kehricht im Eigentum des Unternehmers 4 K per Kubikmeter.
Kehricht im Eigentum der Gemeinde 5 K per Kubikmeter.
Eine Fuhre Schutt mit Truhenwagen 3 K.
Eine Fuhre Eis und Schnee 3 K per 4 m³ und 2 K per m³.
Tagfuhren per 2 m³:
Für den ganzen Tag 16 K.
Für den halben Tag 8 K.
Vorspritzwagen:
Für den ganzen Tag 4 K.
Für den halben Tag 2 K.
Beistellung eines Pferdepaares für Schneepflüge ꝛc.:
Für den ganzen Tag 16 K, für den halben Tag 8 K.
Für die ganze 20 K, für die halbe Nacht 10 K.

Schimacek Josef — Für Floridsdorf:
Kehricht im Eigentum des Unternehmers 3 K per Kubikmeter.
Kehricht im Eigentum der Gemeinde 4 K per Kubikmeter.
Eine Fuhre Schutt mit Truhenwagen 2 K, über 800 m³ 2 K 80 h.
Eine Fuhre Eis und Schnee 1 K 70 h per 4 m³ und 1 K 20 per 2 m³,
Tagfuhren per 2 m³:
Für den ganzen Tag 15 K 80 h.
Für den halben Tag 8 K.
Beistellung eines Pferdepaares für Schneepflüge ꝛc.:
Für den ganzen Tag 14 K, für den halben Tag 7 K.
Für die ganze Nacht 18 K, für die halbe Nacht 9 K.

Ott Florian — Für Groß-Jedlersdorf:
Kehricht im Eigentum des Unternehmers 5 K per Kubikmeter.
Kehricht im Eigentum der Gemeinde 6 K per Kubikmeter.
Eine Fuhre Schutt mit Truhenwagen 3 K.
Eine Fuhre Eis und Schnee 2 K 80 h per 4 m³ und 2 K per 2 m³.

Tagfuhren per 2 m³:
Für den ganzen Tag 17 K.
Für den halben Tag 9 K.
Vorspritzwagen:
Für den ganzen Tag 5 K.
Für den halben Tag 2 K 60 h.
Beistellung eines Pferdepaares für Schneepflüge ꝛc.:
Für den ganzen Tag 16 K, für den halben Tag 9 K.
Für die ganze Nacht 20 K, für die halbe Nacht 12 K.

Ruhmanseder Matthäus — Für Floridsdorf:
Kehricht im Eigentum des Unternehmers 4 K per Kubikmeter.
Kehricht im Eigentum der Gemeinde 6 K per Kubikmeter.
Eine Fuhre Schutt mit Truhenwagen 3 K.
Eine Fuhre Eis und Schnee 3 K per 4 m³ und 2 K per 2 m³.
Tagfuhren per 2 m³:
Für den ganzen Tag 14 K.
Für den halben Tag 8 K.
Vorspritzwagen:
Für den ganzen Tag 5 K.
Für den halben Tag 3 K.
Beistellung eines Pferdepaares für Schneepflüge ꝛc.:
Für den ganzen Tag 16 K, für den halben Tag 9 K.
Für die ganze Nacht 20 K, für die halbe Nacht 10 K.

Bernreiter Peter & Leopold Sterl — Für Kagran:
Kehricht im Eigentum des Unternehmers 1 K 80 h per Kubikmeter.
Kehricht im Eigentum der Gemeinde 3 K per Kubikmeter.
Eine Fuhre Schutt mit Truhenwagen 2 K.
Eine Fuhre Eis und Schnee 2 K 40 h per 4 m³ und 1 K 80 h per 2 m³.
Tagfuhren per m³:
Für den ganzen Tag 14 K.
Für den halben 8 K.
Vorspritzwagen:
Für den ganzen Tag 4 K.
Für den halben Tag 2 K.
Beistellung eines Pferdepaares für Schneepflüge ꝛc.:
Für den ganzen Tag 14 K, für den halben Tag 8 K.
Für die ganze Nacht 20 K, für die halbe Nacht 12 K.

Hollmann Leopold — Für Aspern:
Kehricht im Eigentum des Unternehmers 1 K per Kubikmeter.
Kehricht im Eigentum der Gemeinde 2 K 50 h per Kubikmeter.
Eine Fuhre Schutt mit Truhenwagen 2 K 50 h.
Eine Fuhre Eis und Schnee per 4 m³ und 1 K 20 h per 2 m³.
Tagfuhren per 2 m³:
Für den ganzen Tag 14 K.
Für den halben Tag 7 K.
Vorspritzwagen:
Für den ganzen Tag 3 K 50 h.
Für den halben Tag 1 K 75 h.
Beistellung eines Pferdepaares für Schneepflüge ꝛc.:
Für den ganzen Tag 12 K, für den halben 6 K.
Für die ganze Nacht 14 K, für die halbe Nacht 7 K.

Springenfeld Josef — Für Aspern:
Eine Fuhre Eis und Schnee 2 K per 4 m³ und 1 K per 2 m³.
Tagfuhren per 2 m³:
Für den ganzen Tag 13 K.
Für den halben Tag 7 K.
Beistellung eines Pferdepaares für Schneepflüge ꝛc.:
Für den ganzen Tag 14 K, für den halben Tag 8 K.
Für die ganze Nacht 16 K, für die halbe Nacht 9 K.

Zehetner Alexander — Für Kagran und Hirschstetten:
Tagfuhren:
Für den ganzen Tag 16 K, für den halben Tag 9 K.
Für die ganze Nacht 20 K, für die halbe Nacht 14 K.

Schlaucher Andreas — Für Hirschstetten:
Kehricht im Eigentum des Unternehmers 2 K per Kubikmeter.
Kehricht im Eigentum der Gemeinde 3 K 50 h per Kubikmeter.
Eine Fuhre Schutt mit Truhenwagen 4 K.
Eine Fuhre Eis und Schnee 3 K 20 h per 4 m³ und 2 K 40 h per 2 m³.
Tagfuhren per 2 m³:
Für den ganzen Tag 15 K.
Für den halben Tag 8 K.
Vorspritzwagen:
Für den ganzen Tag 4 K.
Für den halben Tag 2 K.
Beistellung eines Pferdepaares für Schneepflüge ꝛc.:
Für den ganzen Tag 15 K, für den halben Tag 8 K.
Für die ganze Nacht 20 K, für die halbe Nacht 12 K.

* * *

Mag.-Abt. XV, Z. 7071.
18. Oktober 1907.

Bau der Mädchenschule XI., Pachmayergasse—Rinnböckstraße.

Tonwarenlieferung.

Andreae, Gebrüder — Aufzahlung 29%.
Lederer & Nessenyi — Aufzahlung 32%.

* * *

Mag.-Abt. VI, Z. 2134.
18. Oktober 1907.

Lieferung von 13.970 q Heu, 8750 q Streustroh und 2220 q Häckerlingstroh für die Pferde der städtischen Betriebe während der Zeit vom 1. November 1907 bis 31. Oktober 1908.

Taußky Brüder — 13.970 q Blumenheu à 8 K 36 h per Meterzentner.
8750 q Kornrüttstroh à 5 K 76 h per Meterzentner.
2220 q Langstroh à 8 K 60 h per Meterzentner.

Michlitsch Anton, Walla, Wieselburger Komitat — 2000 q halbsaueres ungarisches Wiesenheu à 8 K 20 h per Meterzentner.

Kozlik's Karl Witwe, Moson — 5000 q gepreßtes Heu à 8 K 30 h per Meterzentner.
9000 q gepreßtes Kornrüttstroh à 5 K 30 h per Meterzentner.

Berl Johann, Laxenburg — 600 q Heu à 9 K 80 h per Meterzentner.

Wolf Josef — 5000 q Pferdeheu à 11 K 80 h per Meterzentner.
5000 q Preßheu à 9 K 20 h per Meterzentner.

Berl Josef, Laxenburg — 1000 q Heu à 9 K 60 h per Meterzentner.

Reischer Franz, Altenmarkt — 7000 q Heu à 10 K per Meterzentner.
7000 q gepreßtes Heu à 9 K 50 h per Meterzentner.

Aigner Ferd., Münchendorf — 800 q Heu à 9 K 80 h per Meterzentner.

Schmid Franz — 1220 q Häckerlingstroh à 9 K per Meterzentner.

Jäger Georg, Fischamend — 1000 q Häckerlingstroh à 9 K per Meterzentner.

* * *

Mag.-Abt. III, Z. 5384.
21. Oktober 1907.

Gartenanlage im V. Bezirke, ehemalige Hundsturmerlinie.

Hutter & Schrantz — Gitterfelder 5 K 40 h per Meter.
Mittelsäulen 6 K 75 h per Stück.
Endsäulen 10 K 80 h per Stück.

Koczor Franz — Gitterfelder 5 K 30 h per Meter.
Mittelsäulen 7 K per Stück.
Eckſäulen 11 K per Stück.

Wanko Michael — Ackererde 2 K 80 h per Kubikmeter.
Gartenerde 3 K 60 h per Kubikmeter.
Aushubmateriale 2 K per Kubikmeter.

* * *

II. Vergebung von ſtädtiſchen Arbeiten und Lieferungen.

Schulbau XI., Pachmayergaſſe—Rinnböckſtraße.

Maſchinelle Einrichtung der Niederdruckdampfheizung.

Kaſtl & Wentzke — 19.649 K 87 h.

Keſſellieferung.

Poppek A. & Söhne — 3990 K.

* * *

Schulbau im XX. Bezirke, Allerheiligenplatz.

Tapeziererarbeiten.

Sekera Anton — Nachlaß 18%.

Zimmermalerarbeiten.

Brana Anton — Nachlaß 15%.

* * *

Schulbau im X. Bezirke, Thavonatgaſſe.

Heizanlage.

Kurz, Ritſchel & Henneberg — Maſchinelle Anlage 47.060 K 97 h.
Keſſellieferung 8720 K.

* * *

Glashausbau für die Gärtnerei im Ottakringer Friedhofe.

Erd- und Baumeiſterarbeiten.

Schwarz Joſef — Nachlaß 3%.

Lieferung der Dachkonſtruktion ſamt Türen und Fenſter.

Hermann & Neukomm — Zu den Koſtenanſchlagspreiſen per 5007 K.

Eintragungen in den Erwerbſteuer-Kataſter.

15. Oktober 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortſetzung.)

Hönig Franz — Kürſchner (Wiederbetrieb) — XVIII., Gentzgaſſe 9.

Höttinger Stephan — Perſonentransport mit dem Stadtlohnwagen Nr. 26 — XVIII., Lacknergaſſe 73.

Jariſch Guſtav — Friſeur und Raſeur — XVIII., Neuſtift am Walde Nr. 85.

Keinert Anna, geb. Leiwolf — Handel mit Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Fruchtſäften, Marmeladen, Milch, Milchprodukten, Brot, Gebäck, Eiern, Eierteigwaren, Mehl, Grieß, Hülſenfrüchten, Wein und Bier in verſchloſſenen Flaſchen, Kerzen und Zündwaren und allen Waſchartikeln — XIV., Ullmannſtraße 59.

Kien Rudolf — Einſpänner-Lizenz Nr. 1398 — XIII., Linzerſtraße 133.

Kirch Antonia — Fiaker-Lizenz Nr. 267 — XX., Dammſtraße 12.

Kobann Franz — Gemiſchtwaren-Verſchleiß mit Flaſchenbier — XVIII., Martinsſtraße 4.

Koudela Bartholomäus — Viktualien- und Kanditen-Verſchleiß — X., Herndlgaſſe 18.

Lay Adele — Mechaniſche Strickerei — X., Eugengaſſe 36.

Lehner Franz — Marktfirantie — XVIII., Höhnegaſſe 20.

Lepik Johanna — Milch-, Milchprodukten-, Gebäck- und Kanditen-Verſchleiß — XVIII., Kutſchkergaſſe 42.

Loida Marie — Modiſtengewerbe — XVIII., Sternwarteſtraße 10.

Mayer Anton — Gemiſchtwaren-Verſchleiß mit Flaſchenbier — XVIII., Schopenhauerſtraße 77.

Mayer Johanna — Trödlergewerbe — IV., Heumühlgaſſe 3.

Neytek Joſef — Viktualien-Verſchleiß — X., Erlachgaſſe 18.

Nemeth Eliſabeth — Verſchleiß von Wildbret, Geflügel und Eiern — XVIII., Kutſchkergaſſe, Markt.

Neumayer Heinrich — Viktualienhändler — XVIII., Kutſchkergaſſe.

Pendl Aloiſia — Fragnergewerbe — X., Antonsplatz 2.

Pilny Wenzel — Gaſtwirtsgewerbe, und zwar Konzeſſion zur Verabreichung von Speiſen, zum Ausſchank von Bier, Wein und Obſtwein und zur Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardſpieles — III., Hainburgerſtraße 48.

Raab Joſef — Verabreichung von Speiſen, Ausſchank von Bier, Wein, Obſtwein, Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardſpieles — X., Leebgaſſe 43.

Sauer Karoline — Fiaker-Lizenz Nr. 644 — XIV., Dadlergaſſe 5.

Sauer Karoline — Fiaker-Lizenz Nr. 16 — XIV., Dadlergaſſe 5.

Schmuckerſchlag Aloiſia — Viktualienhandel — XVIII., Gerſthof, Markt, Hütte Nr. 4.

Schneider Alois — Braten von Kaſtanien, Äpfeln und Erdäpfeln — IV., Wiedener Hauptſtraße 58, Ecke Große Neugaſſe.

Schwaldoppler Roſina — Einſpänner-Lizenz Nr. 696 — XIII., Wittegaſſe 10.

Schwarz Auguſt — Uhrmacher — XVIII., Gentzgaſſe 101.

Seidl Thereſia — Viktualien-Verſchleiß — X., Laxenburgerſtraße 60.

Voduſchegg Leopold — Etuimacher — XVIII., Scheidlſtraße 39.

Weiß Roſina — Einſpänner-Lizenz Nr. 1378 — XIX., Leidesdorfgaſſe 11.

b) Nicht dem Gewerbegeſetze unterliegende, erwerbſteuerpflichtige Unternehmungen.

Emminger Ferdinand Johann — Privat-Erziehungsanſtalt für ſchwachbegabte Kinder mit Schule (Penſionat und Halbpenſionat) — XVIII., Schulgaſſe 45.

Finkelſtein B. und Bruder (Geſellſchafter: Benno rekte Bina Finkelſtein, Albert rekte Abraham Iſaak Finkelſtein; Prokura: Bruno Finkelſtein) — Privatlehranſtalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen, Kleidermachen und Zuſchneiden — XVIII., Witthauergaſſe 26.

De Gelli Marietta — Privatſchule für Klavier- und Violinunterricht — XVIII., Anaſtaſius Grüngaſſe 14.

Jaworsky Baſil, Ritter v. — „Ukrainiſche Revue", Periodiſche Zeitſchrift — XVII., Frauenfeldergaſſe 2.

Slowatſchek Karl Viktor — Gewerbsmäßige Ausübung des unter Nr. 24762 erteilten Patentes, betreffend Vorrichtung zum mechaniſchen Abſpielen von Streichinſtrumenten — XIV., Ullmannſtraße 59 a.

* * *

16. Oktober 1907.

a) Gewerbe-Unternehmungen.

Abſeher Johanna — Kaffeeſchankgewerbe lit. f und g und Verabreichung von Rum oder eines anderen derlei gebrannten geiſtigen Getränkes als Beigabe zum Kaffee oder Tee — VI., Gumpendorferſtraße 33.

Abzug Peyſach — Gemiſchwarenhandel — II., Große Pfarrgaſſe 7.

Aſchenbrenner Leopold — Glasſchleifer — IX., Seegaſſe 7.

Aßbas Marie — Verſchleiß von Spitzen und Stickereikupons — VI., Mariahilferſtraße 39.

Babitſch Joſef — Braten von Kaſtanien, Äpfeln und Erdäpfeln — IX., Währingerſtraße, Ecke Maximilianplatz.

Bayer Auguſtin — Sattler — VI., Starhemberggaſſe 5.

Bander Hene — Sonnen- und Regenſchirm-Erzeugung — II., Rembrandtſtraße 11.

Barta Marie, Geſchäftsführer Richard Barta — Witwenfortbetrieb des Kürſchnergewerbes — VII., Burggaſſe 18.

Bauer Anna — Modiſtengewerbe — IX., Währingerſtraße 55.

Firma Gebrüder Bauer, öffentliche Geſellſchafter: Joſef Bauer, Karl Bauer; vertreten durch Joſef Bauer als Geſchäftsführer — Lederhandel — II., Große Mohrengaſſe 12.

Berger Brigitta — Fragnergewerbe — VI., Gfrornergaſſe 7.

Borſutzky Adolf — Chemiſchputzen und Appretieren von Kleidern, Wäſche, Stoffen und Vorhängen — VI., Gumpendorferſtraße 91.

Bruckner Franz — Tiſchler — VI., Kopernikusgaſſe 1.

Cihlar Leopoldine — Damenkleidermachergewerbe — II., Volkertſtraße 13.

Dolezal Franz — Schloſſer — II., Rueppgaſſe 30.

Eckhardt Suſanne — Handel mit Grünwaren, Obſt und Blumen im Umherziehen — V., Laurenzgaſſe 5.

Firma Friedrich Eiermann, Alleininhaber Karl Heß, verantwortlicher Geſchäftsleiter Jakob Jockers — Handel mit Parfümeriewaren en gros — II., Millergaſſe 37.

Firma Friedrich Eiermann, Alleininhaber Karl Heß, verantwortlicher Leiter Jakob Jockers — Gemischtwarenhandel en gros — II., Millergasse 37.

Offene Handelsgesellschaft Franz Eigners Nachfolger Prepechal & Komp., Gesellschafter: Franz Prepechal, Josef Matula — Spengler — IX., D'Orsaygasse 5.

Eisner Berta — Gastwirtsgewerbe, Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein, Obstwein und Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — IX., Alserstraße 30.

Frank Johann — Gastwirt, § 16, lit. b, c und g mit Ausnahme des Billardspieles — VI., Marchettigasse 1.

Friederich Josef — Kleinhandel mit Brennmaterialien — VI., Köstlergasse 14.

Fürst Alfred — Photograph — VI., Mariahilferstraße 39.

Groß Biksor — Handelsagentie — VI., Sandwirtgasse 8.

Brüder Grünbaum, offene Handelsgesellschaft, bestehend aus den öffentlichen Gesellschaftern Gustav Brüll und Moses Hersch (Hermann) Sprinzel, verantwortlicher Leiter Gustav Brüll — Fabriksmäßige Erzeugung von Damentaschen — VI., Gumpendorferstraße 83.

Grünspan Leopold & Komp., offene Handelsgesellschaft, bestehend aus den öffentlichen Gesellschaftern: Lucia Auenr, geb. Schade, Leopold Grünspan, verantworlich Lucia Auner — Kartonagewaren-Erzeugnng — VI., Stumpergasse 15.

Haas Berta — Holzhandel — VI., Gumpendorferstraße 82.

Hacker Johann — Feinzeugschmied — VI., Luftbadgasse 11.

Hahn Eduard — Tischler — IX., Schwarzspanierstraße 18.

Haselbach Benedikt — Drechsler — VII., Lerchenfeldergürtel 26/28.

Hausböck Marie — Modistin — VI., Getreidemarkt 13.

Heger Anton — Herrenkleidermacher — VII., Neubaugasse 10.

Hickl Marie — Frauenkleidermacherin — VI., Gumpendorferstraße 32.

Hirsch Josef — Kaffeeschank — VII., Zieglergasse 70.

Horak Marie — Wäscheputzerei — VI., Millergasse 27.

Horn Johann — Schuhmacher — VII., Lerchenfelderstraße 11.

Hoschna Marie — Konzession zur Herstellung von Schriftstücken kommerziellen und literarischen Inhaltes, sowie von Vereinsnachrichten durch Schreibmaschinen und Vervielfältigungsapparaten mit Ausnahme von Druckpressen — VI., Engelgasse 6.

Janecka Emilie, geb. Severa — Übernahme zum chemischen Putzen, Färben und Appretieren — II., Glockengasse 27.

Jelinek Josef — Verschleiß von neuen Möbeln — VI., Gumpendorferstraße 149.

Kaczke Jakob — Handel mit Blumen, Obst und Grünwaren im Umherziehen mit Ausschluß des k. k. Praters — II., Malzgasse 2.

Kammerer Karl — Fleischhauer — VIII., Josefstädterstraße 89.

Kardhordo Josefine, v. Staufer — Frauenkleidermacherin — VI., Kaunitzgasse 16.

Karl Josef — Kleidermacher — VI., Nelkengasse 2.

Klein Albine — Damenkleidermacherin — II., Praterstraße 42.

Firma Kohn & Krapfenbauer (öffentliche Handelsgesellschaft bestehend aus minderj. Gisela, Ernst und Elsa Kohn, verantwortlich Bernhard Kohn) — Gemischtwarenhandel en gros — VI., Agidigasse 15.

Koubek Josef — Herrenkleidermacher — II., Wolmutstraße 31.

Kourek Josef — Kleidermacher — VI., Mariahilferstraße 51.

Kräckhammer Josef Anton — Fragner — VI., Dürergasse 21.

Krieger Salomea — Damenkleidermacherin — II., Rueppgasse 17.

Kromus Martha — Kanditen-Verschleiß — VI., Wallgasse 2[illegible].

Kunte Friedrich — Schuhmacher — VI., Webgasse 25.

Kurland Olga — Verschleiß von Milch, Gebäck und Kanditen — II., Blumauergasse 7.

Lahas Anna — Übernahme von Wäsche, Kleider, Stoffe und Vorhänge zum chemischen Putzen, Färben und Appretieren — VI., Engelgasse 10.

Lehner Barbara — Kaffeesiedergewerbe (§ 16, lit. f und g G.-O. Verabreichung von Likören aller Art) — VI., Stumpergasse 35.

Liebermann Anton — Wäschewaren-Erzeugung — VI., Gumpendorferstraße 81.

Linhardt Franz — Herrenkleidermacher — VII., Kirchengasse 36.

Löbl Alfred — Fisch- und Krebsenhandel — VI., Amerlingstraße, Stand.

Lukas Marie — Handschuhmachergewerbe (Witwenfortbetrieb) — VII., Seidengasse 11.

Lukesch Artur Franz, Alleininhaber der Firma Artur F. Lukesch — Fabriksmäßige Erzeugung von Metallwaren mit Ausschluß aller Gegenstände, zu deren Herstellung eine Konzession erforderlich ist — VII., Myrtengasse 18.

Makal Eduard — Schuhmacher — II., Lessinggasse 1.

Metzing Johann — Friseur und Raseur — II., Czerningasse 9.

Nagel Alexander — Erzeugung von Metallschildern auf galvan. Wege durch Ätzung und Oxidierung — VI., Schmalzhofgasse 1 b.

Neugebauer Anna — Übernahme von Wäsche zum Waschen und Putzen — VI., Magdalenenstraße 49.

Neuzil Franz — Tischler — II., Schüttaustraße 56.

Nowak Josef — Kaffeesieder — VII., Neustiftgasse 4.

Nowacek Franziska — Fragnergewerbe — VI., Stumpergasse 41.

Oertel Anna — Pfaidlergewerbe — VII., Kenyongasse 27.

Pessha Johann — Herrenkleidermacher — II., Volkertplatz 12.

Pokorny Josef — Konzession zur Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, und anderen warmen Getränken und Erfrischungen, sowie von Likören aller Art und zur Haltung erlaubter Spiele und zur Verabreichung von Flaschenbier — VI., Gumpendorferstraße 50.

Firma K. Krziwanek Nachfolger Prihoda & Beck, offene Handelsgesellschaft bestehend aus Wilhelm Prihoda, Karl Beck, verantwortlicher Leiter — Handel mit photographischen Bedarfsartikeln — VI., Mariahilferstraße 107.

Redlich Eduard — Gemischtwarenhandel mit der Berechtigung zum Detailverschleiß — VI., Gumpendorferstraße 28.

Redlich Eduard — Verkauf von Giften und Zubereitung, sowie Verkauf der zur arzneilichen Verwendung bestimmten Stoffe und Präparate, ferner Verschleiß von künstlichen Mineralwässern — VI., Gumpendorferstraße 28.

Rosner Jechezkel, Alleininhaber der Firma J. Rosner — Handel mit Desinfektions-(Zerstäubungs-)Spritzen und der für das Zerstäuben verwendeten Flüssigkeiten und Essenzen — II., Obere Augartenstraße 2.

Rothaler Karl — Gastwirt (§ 16, lit. b, c und g G.-O. ohne Billard) — VI., Bürgerspitalgasse 28.

Sailer Pauline — Kaffeeschankgewerbe — VII., Breitegasse 18.

Scheichelbauer Karl — Gastwirt — VII., Myrtengasse 15.

* * *

17. Oktober 1907.

a) Gewerbe-Unternehmungen.

Metallindustrie Winter & Adler, Aktiengesellschaft in Wien (verantwortlicher Geschäftsführer: Hans Trauner) — Fabriksmäßige Erzeugung von Metall- und Bijouteriewaren, sowie von Metallwaren aus Silber — XX., Dresdnerstraße 110.

Böhm Wilhelm — Gast- und Schankgewerbe nach § 16, lit. b, c und g G.-O. (ohne Billard) — XX., Innstraße 13.

Butterfaß Jakob Hirsch — Gemischtwarenhandel — I., Judengasse 5.

Cerletti Wilhelm — Viehhandel — XIII., Linzerstraße 288.

Cohn Amalia — Gemischtwaren-Verschleiß ohne Lebensmittel — XX., Hannovergasse 3.

Erasmus Anton — Fleischhauer — XIII., Sechshauserstraße 118.

Erhard Jakob — Verschleiß von frischem Schweinefleisch und Selchwaren — I., Freyung (Tagmarkt).

Fallenbaum Osias — Schuhwaren-Verschleiß — I., Adlergasse 8.

Flessar Agnes, geb. Brinkmann — Frauen- und Kinderkleidermacherin — XIX., Hardtgasse 15.

Fritsche Josef — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — III., Göschlgasse 8.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Gemeinderat:	
Sitzung des Gemeinderates	2421
Stadtrat:	
Sitzungen des Stadtrates	2421
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 11. Oktober 1907	2421
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 15. Oktober 1907	2431
Bezirksvertretungen:	
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Döbling vom 23. September 1907	2438
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom 26. September 1907	2440
Allgemeine Nachrichten:	
Approvisionierungs-Angelegenheiten:	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 13. bis 19. Oktober 1907	2441
Pferdemarkt vom 18. Oktober 1907	2441
Schlachtviehmarkt vom 21. Oktober 1907	2441
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 19. Oktober 1907	2442
Heu- und Strohmarkt vom 13. bis 19. Oktober 1907	2442
Städtisches Lagerhaus	2442
Detailpreise für Lebensmittel vom 13. bis 19. Oktober 1907	2443
Kundmachungen, betreffend den Viehverkehr	2444
Öffentliche Sicherheit	2444
Arbeits- und Dienstvermittlungsamt der Stadt Wien:	
Übersicht über die Vermittlungstätigkeit vom 11. bis 17. Oktober 1907	2444
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 18. bis 21. Oktober 1907	2444
Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse	2445
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen	2447
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	2447
Kundmachungen.	

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat **August Stich.**

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — Buchdruckerei **E. Kainz** vorm. **J. B. Wallishausser.**

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Anbote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Vadium anzuschließen.

Der Anschluß der Vadien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Vadien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1907.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
28. Oktober 11 Uhr	Abteilung III (Mag.-Rat **Groll**, Neues Rathaus, V. Stiege, 2. Stock)	2387	Johann Nepomuk Berger-Platz 13.	**Abtragung**	2000 K Vadium 2—2
14. Nov. 10 Uhr	Abteilung VI (Mag.-Rat **Schaufler**, Neues Rathaus, IV. Stiege, Hochparterre)	1627	—	**Lieferung von drei transparenten Zifferblättern für die öffentliche Uhr an der neuen Pfarrkirche in Floridsdorf.**	— 1—3
28. Oktober 10 Uhr	Kanzlei der Bezirksvorstehung des XXI. Bezirkes.	Mag.-Abt. VI 264	—	**Vergebung der Beistellung des Straßenpflegefuhrwerkes in den Rayons Floridsdorf, Kagran und Groß-Jedlersdorf im XXI. Bezirke.**	— 2—2

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
11. Nov. 10 Uhr	Abteilung IX (Mag.-Rat **Dr. Konst. Mayer,** Neues Rathaus, V. Stiege, 2. Stock)	2706	Lagerhaus der Stadt Wien, II., Ausstellungsstraße.	**Vermietung des Restaurationsgebäudes zum Betriebe des Gast- und Schankgewerbes vom 1. Februar 1908 bis 31. Jänner 1911.**	— Vorbemerkung: Die Vorschrift für den Bestandnehmer des Restaurationsgebäudes im Lagerhause der Stadt Wien, welche auch die Bedingungen für die Beteiligung an dieser Offertverhandlung enthält, kann bei der Mag.-Abt. IX und bei der Lagerhausverwaltung während der Amtsstunden eingesehen und gegen Erlag von 20 h bezogen werden. 1—3
5. Nov. 11 Uhr	Abteilung XXII (Mag.-Rat **Dr. Spaeth,** Neues Rathaus, Parterre, Eingang v. der Lichtenfelsgasse)	2034	—	**Beistellung des Amtsfuhrwerkes zu Kommissionen und anderen amtlichen Erhebungen.**	— 1—3

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Lieferung von Einbettungsgegenständen, und zwar Übertans und Pölster samt Spitzen und Rüschen für die „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" für ein Jahr im beiläufigen Betrage von 20.000 K wird **am 30. Oktober 1907, 10 Uhr vormittags** bei der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung", IV., Goldegggasse 19 (Bureau des Geschäftsleiters Herrn Magistratsrates Dr. Leopold Rauscher) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Muster, sowie die Bedingnisse können im Bureau der Geschäftsleitung, IV., Goldegggasse 19, während der gewöhnlichen Amtsstunden, und zwar von 8 bis 10 Uhr vormittags und von 2 bis 4 Uhr nachmittags eingesehen und die Bedingnisse dortselbst behoben werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Das vorgeschriebene Vadium ist spätestens drei Tage vor der Abhaltung der Offertverhandlung bei der Kassa der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" zu erlegen und ist dem Anbote der Empfangschein hierüber anzuschließen.

Der Anschluß der Vadien an das Anbot ist unzulässig und übernimmt die „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derartig erlegte Vadien.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Wien, am 16. Oktober 1907.

Die Geschäftsleitung der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung"

Wien, IV., Goldegggasse 19.

Dr. Rauscher.

3—3

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Anbote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Vadium anzuschließen.

Der Anschluß der Vadien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Vadien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1907.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
23. Oktober 11 Uhr	Abteilung III (Mag.-Rat **Groll**, Neues Rathaus, V. Stiege, 2. Stock)	5433	Gartenanlage auf dem aufgelassenen Friedhofe in Ober-St. Veit zwischen Auhofstraße und Rohrbachergasse im XIII. Bezirke.	**Gitterlieferung**	3004 K Vorbemerkung: Bedingnisse 2c. erliegen zur Einsicht im Stadtbauamte, Abteilung III. 2—3
24. Oktober 11 Uhr	detto	5434	Baumpflanzung in der Zufahrtsstraße zum Lainzer Versorgungsheime im XIII. Bezirke.	**Lieferung von:** **1120 m³ Ackererde** . . . . . **437 m³ Gartenerde** . . . . . **Verführung von 476 m³ Aushubmateriale**	 3360 K 1748 K 952 K Vorbemerkung: Bedingnisse 2c. erliegen zur Einsicht in der Magistrats-Abteilung III. 2—2
28. Oktober 11 Uhr	detto	2387	Johann Nepomuk Berger-Platz 13.	**Abtragung**	2000 K Vadium 1—2

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
28. Oktober 10 Uhr	Kanzlei der Bezirksvorstehung des XXI. Bezirkes.	Mag.-Abt. VI 264	—	**Vergebung der Beistellung des Straßenpflegefuhrwerkes in den Rayons Floridsdorf, Kagran und Groß-Jedlersdorf im XXI. Bezirke.**	— 1—3
23. Oktober 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Dr. Nüchtern,** Neues Rathaus, IV. Stiege, Mezzanin)	1121	Neubau eines Hauptunratskanales von der Lascygasse 19 bis zur Urbangasse 18 im XVII. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten . .**	1699 K 70 h 3—3

Baukautionen Vadien

bestellt zu kulanten Bedingungen

Allgemeine Kautionsbank-Aktiengesellschaft

Wien, IV., Technikerstraße Nr. 5.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Lieferung von Einbettungsgegenständen, und zwar Übertans und Pölster samt Spitzen und Rüschen für die „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" für ein Jahr im beiläufigen Betrage von 20.000 K wird **am 30. Oktober 1907, 10 Uhr vormittags** bei der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung", IV., Goldegggasse 19 (Bureau des Geschäftsleiters Herrn Magistratsrates Dr. Leopold Rauscher) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Muster, sowie die Bedingnisse können im Bureau der Geschäftsleitung, IV., Goldegggasse 19, während der gewöhnlichen Amtsstunden, und zwar von 8 bis 10 Uhr vormittags und von 2 bis 4 Uhr nachmittags eingesehen und die Bedingnisse dortselbst behoben werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Das vorgeschriebene Vadium ist spätestens drei Tage vor der Abhaltung der Offertverhandlung bei der Kassa der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" zu erlegen und ist dem Anbote der Empfangschein hierüber anzuschließen.

Der Anschluß der Vadien an das Anbot ist unzulässig und übernimmt die „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derartig erlegte Vadien.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Wien, am 16. Okober 1907.

Die Geschäftsleitung der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung"

Wien, IV., Goldegggasse 19.

Dr. Rauscher. 2—3

D. Z. 10525/17, 0.

Kundmachung.

(Offertausschreibung. — Lieferung von Motorwagen-Streusand.)

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen benötigt für das Jahr 1908 rund 3,000.000 m³ Motorwagen-Streusand, welche im Wege der öffentlichen Ausschreibung zur Vergebung gelangen.

Die Offertverhandlung findet **am 30. Oktober 1907, um 9 Uhr vormittags,** im Sitzungssaale der Bezirksvertretung Wieden, Wien, IV., Schäffergasse 3, statt.

Die näheren Bedingnisse sind bei der Betriebsleitung IV., Favoritenstraße 9, erhältlich, woselbst auch Auskünfte erteilt werden.

Die Offerenten haben in ihrem Anbote sich ausdrücklich auf diese Kundmachung zu beziehen und im Offerte die Erklärung abzugeben, daß sie die Bedingnisse zur Kenntnis genommen haben und sich denselben vollinhaltlich unterwerfen.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 18. Oktober 1907. 1—3

Z. VI-3083.

Kundmachung.

(Politische Begehung.)

Das k. k. Eisenbahnministerium hat laut Erlasses vom 17. September 1907, Z. 18808/19 a, das von der k. k. Staatsbahn-Direktion in Wien vorgelegte Projekt der Gemeinde Wien, betreffend die Neuherstellung der Überfahrtsbrücke im Zuge des Landstraßergürtels, Kreuzung Kärchergasse im III. Wiener Gemeindebezirke, in km 2·6/7 der Wiener Verbindungsbahn, vom fachlichen Standpunkte für entsprechend befunden und hierüber die Vornahme der politischen Begehung angeordnet.

Diese Amtshandlung wird von der Statthalterei **am Freitag den 25. Oktober 1907** unter der Leitung des k. k. Bezirks-Kommissärs Dr. Stanislaus Gralewski durchgeführt werden.

Die Kommissionsteilnehmer versammeln sich am obbezeichneten Tage **um 10 Uhr vormittags** an Ort und Stelle.

Die Projektsbehelfe liegen vom 18. Oktober 1907 bis zum Verhandlungsvortage (einschließlich) bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Allen Beteiligten steht es frei, bei obiger Amtshandlung zu erscheinen.

Einwendungen gegen dieses Projekt und allfällige Wünsche können während obiger Auflagefrist schriftlich oder mündlich bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, spätestens aber am Verhandlungstage bei der Kommission selbst vorgebracht werden.

Einwendungen, welche nach Abschluß der Lokalverhandlung vorgebracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Diese Verlautbarung dient für alle nicht besonders Verständigten als Einladung.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Wien, am 16. Oktober 1907. 1—1

Z. VI-3141.

Kundmachung.

(Politische Begehung.)

Das k. k. Eisenbahnministerium hat laut Erlasses vom 24. September 1907, Z. 47922/19 a, das Projekt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" für die Verlegung der in der Liechtensteinstraße zwischen den Or.-Nr. 37 bis 51 befindlichen Geleise der Linie Schottenring—Nußdorf vom fachlichen Standpunkte für entsprechend befunden und hierüber die Vornahme der politischen Begehung angeordnet.

Diese Amtshandlung wird von der Statthalterei **am Samstag den 26. Oktober 1907** unter Leitung des k. k. Bezirks-Kommissärs Dr. Stanislaus Gralewski durchgeführt werden.

Die Kommissionsteilnehmer versammeln sich am bezeichneten Tage **um 10 Uhr vormittags** am Bauernfeld-Platze.

Die Projektsbehelfe liegen vom 19. Oktober 1907 bis zum Verhandlungsvortage (einschließlich) bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Wien, am 17. Oktober 1907. 1—1

Z. VI-3171.

Kundmachung.

(Stations-Kommission.)

Das k. k. Eisenbahnministerium hat laut Erlasses vom 24. September 1907, Z. 47203/19 a, das Projekt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" für die Verschiebung der Haltestelle Moritzgasse in der Schönbrunnerstraße zum Gaudenzdorfergürtel vom fachlichen Standpunkte für entsprechend befunden und hierüber die Vornahme der Stations-Kommission angeordnet.

Diese Amtshandlung wird von der Statthalterei **am Montag den 28. Oktober 1907** unter Leitung des k. k. Bezirks-Kommissärs Dr. Stanislaus Gralewski durchgeführt werden.

**

Die Kommissionsteilnehmer versammeln sich am bezeichneten Tage **um 10 Uhr vormittags** Kreuzung der Schönbrunnerstraße und der Moritzgasse.

Die Projektsbehelfe liegen vom 19. Oktober 1907 bis zum Verhandlungsvortage (einschließlich) bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Wien, am 17. Oktober 1907. 1 1

G.-Z. 8838.

Kundmachung.

(Erledigte Lehrstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen die nachstehend angeführten Lehrstellen zur Besetzung:

A.

Eine Stelle eines Bürgerschullehrers I. Klasse (V. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der naturwissenschaftlichen Fachgruppe** an der Bürgerschule für Knaben im X. Bezirke, Antonsplatz 12.

*

Je eine Stelle eines Bürgerschullehrers I. Klasse (V. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der mathematisch-technischen Fachgruppe** an den nachbenannten Bürgerschulen für Knaben:

V., Bachergasse 14, XIII., Lortzinggasse 2.

*

B.

Je eine Stelle einer Bürgerschullehrerin I. Klasse (VI. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der sprachlich-historischen Fachgruppe** an den nachbenannten Bürgerschulen für Mädchen:

II., Czerninplatz 3, IV., Alleegasse 11, VI., Loquaiplatz 4, XIII., Hietzinger Hauptstraße 166, Meiselstraße 47.

*

Eine Stelle einer Bürgerschullehrerin I. Klasse (VI. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der sprachlich-historischen Fachgruppe** an der Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Bürgerschule für Mädchen im XXI. Bezirke, Floridsdorf, Jubiläumsgasse 13.

*

C.

Je eine Stelle eines Lehrers I. Klasse (VII. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Knaben:

II., Schüttaustraße 42, III., Paulusgasse 9/11, Erdbergstraße 76, VI., Sonnenuhrgasse 3, VII., Zollergasse 41, IX., Galileigasse 5, X., Quellenstraße 52, Uhlandgasse 1, Knöllgasse 59, Sonnleithnergasse 32, XII., Migazziplatz 8, Vierthalergasse 11, Fockygasse 20, XIII., Diesterweggasse 30, XIV., Dablergasse 9, XVI., Payergasse 18, Schinaglgasse 5, XVII., Kalvarienberggasse 33, Jörgerstraße 38, Hernalser Hauptstraße 100, XIX., Hammerschmidtgasse 26, XX., Pöchlarnstraße 14, XXI., Floridsdorf, Leopold Ferstlgasse 9, Stadlau, Schulgasse 15.

*

Eine Stelle eines Lehrers I. Klasse (VII. Kategorie) an der II. allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Ottakringerstraße 150.

*

Eine Stelle eines Lehrers I. Klasse (VII. Kategorie) an der I. allgemeinen Volksschule für Knaben im XVII. Bezirke, Kastnergasse 29.

*

Eine Stelle eines Lehrers I. Klasse (VII. Kategorie) an der allgemeinen Stephanie-Volksschule für Knaben im XXI. Bezirke, Floridsdorf, Ostmarkgasse 30.

*

Eine Stelle eines Lehrers I. Klasse (VII. Kategorie) an der Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Volksschule für Knaben im XXI. Bezirke, Floridsdorf, Jubiläumsgasse 13.

*

Eine Stelle eines Lehrers I. Klasse (VII. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen im X. Bezirke, Laaerstraße 274.

*

Je zwei Stellen eines Lehrers I. Klasse (VII. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Knaben:

II., Sterneckplatz 2, IV., Alleegasse 44, XI., Enkplatz 4, XII., Singrienergasse 21.

*

Fünf Stellen eines Lehrers I. Klasse (VII. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Knaben im V. Bezirke, Bachergasse 2 b.

*

D.

Je eine Stelle einer Lehrerin I. Klasse (VIII. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Mädchen:

II., Pazmanitengasse 26, Vorgartenstraße 191, Wolfgang Schmälzlgasse 15, III., Eslarngasse 23, Erdbergstraße 76 (mit dem besonderen Erfordernisse der Lehrbefähigung für Gesang), V., Wienstraße 97, Diehlgasse 2, VI., Stumpergasse 10, IX., Galileigasse 3, Hahngasse 35, X., Herzgasse 27, Knöllgasse 61, Schrankenberggasse 32, XI., Braunhubergasse 3, XII., Nymphengasse 7, Malfattigasse 1, XIII., Meiselstraße 47, XIV., Dablergasse 16, Kröllgasse 20, XV., Friesgasse 10, XVI., Gaullachergasse 49/51, Kreitnergasse 18, XVIII., Schopenhauerstraße 79, Antonigasse 4, Alseggerstraße 12, XXI., Jedlesee, Wenhartgasse 1.

*

Eine Stelle einer Lehrerin I. Klasse (VIII. Kategorie) an der Ersten allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVI. Bezirke, Stephanieplatz 1.

*

Eine Stelle einer Lehrerin I. Klasse (VIII. Kategorie) an der allgemeinen Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Volksschule für Mädchen im XXI. Bezirke, Floridsdorf, Jubiläumsgasse 13.

*

Je zwei Stellen einer Lehrerin I. Klasse (VIII. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Mädchen:

II., Schüttaustraße 78, X., Herzgasse 87, XVI., Seitenbergasse 10, XXI., Kagran, Schulgasse 300.

*

Je drei Stellen einer Lehrerin I. Klasse (VIII. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Mädchen:

V., Castelligasse 9, X., Bernhardstalgasse 19.

*

Vier Stellen einer Lehrerin I. Klasse (VIII. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XII. Bezirke, Singrienergasse 21.

*

E.

Je eine Stelle eines definitiven Bürgerschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der sprachlich-historischen Fachgruppe** an den nachbenannten Bürgerschulen für Knaben:

VII., Zieglergasse 49, X., Herzgasse 27, XIII., Auhofstraße 49, XVIII., Schopenhauerstraße 79, Cottagegasse 17.

*

Je eine Stelle eines definitiven Bürgerschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der naturwissenschaftlichen Fachgruppe** an den nachbenannten Bürgerschulen für Knaben:

II., Schüttaustraße 42, IX., Lazarettgasse 27.

*

Je eine Stelle eines definitiven Bürgerschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der mathematisch-technischen Fachgruppe** an den nachbenannten Bürgerschulen für Knaben:

II., Pazmanitengasse 26, XX., Jägerstraße 54.

*

Eine Stelle eines definitiven Bürgerschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der mathematisch-technischen Fachgruppe** an der Stephanie-Bürgerschule für Knaben im XXI. Bezirke, Floridsdorf, Kaiserin Elisabethstraße 33.

*

Zwei Stellen eines definitiven Bürgerschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der mathematisch-technischen Fachgruppe** an der Bürgerschule für Knaben im X. Bezirke, Antonsplatz 12.

*

F.

Je eine Stelle einer definitiven Bürgerschullehrerin II. Klasse (IX. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der sprachlich-historischen Fachgruppe** an den nachbenannten Bürgerschulen für Mädchen:

I., Zedlitzgasse 9, V., Castelligasse 25, XIV., Märzstraße 72.

*

Eine Stelle einer definitiven Bürgerschullehrerin II. Klasse (IX. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der naturwissenschaftlichen Fachgruppe** an der Bürgerschule für Mädchen im II. Bezirke, Darwingasse 14.

*

Eine Stelle einer definitiven Bürgerschullehrerin II. Klasse (IX. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der mathematisch-technischen Fachgruppe** an der Bürgerschule für Mädchen im XX. Bezirke, Jägerstraße 54.

*

G.

Je eine Stelle eines definitiven Volksschullehrers II. Klasse (X. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Knaben:

II., Pazmanitengasse 26, Vorgartenstraße 191, Sterneckplatz 2, III., Eslarngasse 23, Kolonitzgasse 15, Strohgasse 15, Paulusgasse 9/11, VI., Stumpergasse 10, VII., Neustiftgasse 100, VIII., Piaristengasse 43, IX., D'Orsaygasse 8, X., Quellenstraße 52, Laimäckergasse 17, Sonnleithnergasse 32, XI., Braunhubergasse 3, XII., Migazziplatz 8, Schönbrunnerstraße 189, Ruckergasse 44, XIII., Spallartgasse 18, XV., Sperrgasse 8/10, XVI., Wilhelminenstraße 94, XVII., Kalvarienberggasse 33, XVIII., Klettenhofergasse 3, Alseggerstraße 16, XIX., In der Krim 6, XX., Wintergasse 14.

*

Eine Stelle eines definitiven Volksschullehrers II. Klasse (X. Kategorie) an der II. allgemeinen Volksschule für Knaben im XVI. Bezirke, Ottakringerstraße 150.

*

Eine Stelle eines definitiven Volksschullehrers II. Klasse (X. Kategorie) an der allgemeinen Stephanie-Volksschule für Knaben im XXI. Bezirke, Floridsdorf, Ostmarkgasse 30.

*

Je zwei Stellen eines definitiven Volksschullehrers II. Klasse (X. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Knaben:

II., Kleine Sperlgasse 2, IV., Phorusgasse 10, V., Stolbergasse 53, Bachergasse 2 b, XII., Singrienergasse 21, XV., Hackengasse 11.

*

H.

Je eine Stelle einer definitiven Volksschullehrerin II. Klasse (X. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Mädchen:

II., Wolfgang Schmälzlgasse 15, V., Margaretenstraße 152, Schönbrunnerstraße 101, VIII., Albertplatz 7, IX., Marktgasse 2, Währingerstraße 43, X., Herzgasse 87, Schrankenberggasse 32, Bernhardstalgasse 19, XI., Enkplatz 4, Meichlstraße 512, XII., Kobingergasse 5 7, Hetzendorferstraße 138, Hetzendorferstraße 9, XIII., Feldmühlgasse 26, Meiselstraße 47, Am Platz 2, Kienmayergasse 41, XIV., Stättermayergasse 27, Goldschlagstraße 108, Ortnergasse 4, XV., Zinckgasse 12/14, XVI., Roterdstraße 1, XVII., Leopold Ernstgasse 37, XX., Karajangasse 14, XXI., Floridsdorf, Kuenburggasse 1, Schöpfleuthnergasse 21, Groß-Jedlersdorf, Brünnerstraße, Jedlesee, Wenhartgasse 1.

*

Eine Stelle einer definitiven Volksschullehrerin II. Klasse (X. Kategorie) an der allgemeinen Kaiser Franz Josef-Volksschule für Mädchen im XVI. Bezirke, Liebhardtgasse 19.

*

Eine Stelle einer definitiven Volksschullehrerin II. Klasse (X. Kategorie) an der allgemeinen Stephanie-Volksschule für Mädchen im XXI. Bezirke, Kaiserin Elisabethgasse 33.

*

***

Zwei Stellen einer definitiven Volksschullehrerin II. Klasse (X. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XII. Bezirke, Singrienergasse 21.

*

J.

Je eine Stelle eines definitiven Bezirks-Aushilfslehrers, mit dem Standorte an den nachbenannten Bürgerschulen für Knaben (IX. Kategorie):

I., Renngasse 20 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe).

II., Schwarzingergasse 4 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe).

II., Weintraubengasse 13 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaften Fachgruppe).

V., Embelgasse 46 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaftlichen Fachgruppe).

VII., Zieglergasse 49 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der mathematisch-technischen Fachgruppe).

X., Eugengasse 30/32 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaftlichen Fachgruppe).

XI., Enkplatz 4 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaftlichen Fachgruppe).

XIII., Reinlgasse 19 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe).

XIV., Märzstraße 70 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der mathematisch-technischen Fachgruppe).

XVIII., Klettenhofergasse 3 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der mathematisch-technischen Fachgruppe).

XIX., Pantzergasse 25 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der mathematisch-technischen Fachgruppe).

XX., Staudingergasse 6 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe).

XX., Jägerstraße 54 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaftlichen Fachgruppe).

*

Je eine Stelle eines definitiven Bezirks-Aushilfslehrers mit dem Standorte an den nachbenannten Bürgerschulen für Mädchen (IX. Kategorie):

III., Hainburgerstraße 40 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der mathematisch-technischen Fagruppe).

*

XVIII., Schopenhauerstraße Nr. 79 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaftlichen Fachgruppe.)

*

K.

Je eine Stelle eines definitiven Bezirks-Aushilfslehrers mit dem Standorte an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Knaben (X. Kategorie):

III., Hörnesgasse 12, V., Hundsturmplatz 14, XI., Meichlstraße 512, XII., Schönbrunnerstraße 189, Vierthalergasse 11, XIV., Selzergasse 19, XVI., Abelegasse 29, XVIII., Köhlergasse 9, XIX., Silbergasse 2, XXI., Floridsdorf, Kirchengasse 10.

*

Eine Stelle eines definitiven Bezirks-Aushilfslehrers mit dem Standorte an der allgemeinen Stephanie-Volksschule für Knaben (X. Kategorie):

XXI., Floridsdorf, Ostmarkgasse 30.

*

L.

Je eine Stelle einer definitiven Bezirks-Aushilfslehrerin mit dem Standorte an der allgemeinen Volksschule für Mädchen (X. Kategorie):

III., Eslarngasse 23, VIII., Josefstädterstraße 95, X., Quellenstraße 52, XIV., Dadlergasse 16.

*

Mit jeder der ausgeschriebenen Stellen ist der Jahresgehalt der niedrigsten Gehaltsstufe der betreffenden Kategorie, d. i. für die V. Kategorie von 2200 K, für die VI. Kategorie von 2000 K, für die VII. und VIII. Kategorie von 1800 K, für die IX. Kategorie von 1600 K, für die X. Kategorie von 1400 K und das Quartiergeld für die V. Kategorie von jährlich 1000 K, für die VII. Kategorie von jährlich 800 K, für die VI. und VIII. Kategorie von jährlich 500 K, für die männlichen Lehrpersonen der IX. und X. Kategorie von jährlich 400 K, für die weiblichen Lehrpersonen der IX. und X. Kategorie von jährlich 240 K, ferner für sämtliche Lehrpersonen der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 200 K nach einer Dienstzeit von je 5 Jahren und auf Vorrückung in eine höhere Gehaltsstufe im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Jede der erledigten Lehrstellen kann auch einem Bewerber verliehen werden, welcher bereits im Genusse höherer Bezüge steht, als mit der niedersten Gehaltsstufe der Kategorie, welcher die betreffende Lehrstelle angehört, verbunden sind.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrat zu richten.

Die Bewerbungsgesuche der im Wiener Schulbezirke bereits angestellten Lehrpersonen sind **längstens bis einschließlich 16. November 1907** bei der unmittelbar vorgesetzten Bezirkssektion des k. k. Bezirksschulrates Wien zu überreichen.

Solchen Bewerbern ist es gestattet, für alle in dieser Konkursausschreibung enthaltenen Stellen nur ein Gesuch einzubringen, in welchem sämtliche angestrebten Lehrstellen, nach Kategorien (V bis X) und Bezirken geordnet, anzuführen sind. Dem Gesuche sind so viele Dienstabellen mit den erforderlichen amtlichen Aus-

zügen aus dem Gesuche anzuschließen, daß für jede der voranstehend mit A bis L bezeichneten Kategorien der vom Bewerber (von der Bewerberin) angestrebten Lehrstellen jedem der betreffenden Ortsschulräte eine Diensttabelle zugestellt werden und noch eine Diensttabelle beim Gesuche verbleiben kann.

In jeder Diensttabelle, erforderlichenfalls auf deren Rückseite, sind sämtliche im Wiener Schulbezirke angestrebten Lehrstellen derselben Kategorie (V bis X) nach Bezirken geordnet anzuführen.

Die Diensttabellen müssen mit dem Vermerke: „Über amtlichen Auftrag dem Bewerbungsgesuche anzuschließen" versehen sein.

Auswärtige Bewerber haben ihre Bewerbungsgesuche spätestens acht Tage vor Ablauf des Konkurstermines bei dem ihnen vorgesetzten Bezirksschulrate zu überreichen, und zwar sind so viele Gesuche einzubringen, als Kategorien (V bis X) von Lehrstellen und Gemeindebezirke in Betracht kommen.

Weiters ist jedes Gesuch zu belegen: mit dem Heimatscheine von solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, von weiblichen in jedem Falle; mit dem Tauf- beziehungsweise Geburtsscheine; mit dem Trauungsscheine von verheirateten und verwitweten Bewerberinnen; mit dem Nachweise über die Erfüllung der Stellungspflicht von männlichen Bewerbern; mit dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder dem Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung; mit dem Lehrbefähigungszeugnisse für Bürger- beziehungsweise allgemeine Volksschulen; ferner mit den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Zuweisungs-, Enthebungsdekreten 2c.), endlich mit dem gesetzlichen Nachweise (Lehrbefähigungszeugnisse) über die besondere Befähigung für Turnen und Gesang für sämtliche ausgeschriebenen Lehrstellen mit Ausnahme der im vorstehenden Verzeichnisse besonders gekennzeichneten Lehrstelle.

Die geforderten Gesuchsbelege sind in Urschrift oder in gesetzlich beglaubigter Abschrift beizubringen.

Die Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Konkurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Konkurstermines nicht gehörig belegte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Die ausgeschriebenen Stellen eines Bürgerschullehrers I. Klasse, beziehungsweise einer Bürgerschullehrerin I. Klasse können auch im Vorrückungswege gemäß § 40 des n.-ö. Landesgesetzes vom 25. Dezember 1904, L.-G.-Bl. Nr. 99, mit definitiven Bürgerschullehrern II. Klasse, beziehungsweise definitiven Bürgerschullehrerinnen II. Klasse, die Stellen eines Lehrers, beziehungsweise einer Lehrerin I. Klasse an allgemeinen Volksschulen in derselben Weise mit definitiven Volksschullehrern II. Klasse, beziehungweise definitiven Volksschullehrerinnen II. Klasse besetzt werden.

K. k. Bezirksschulrat Wien,
am 15. Oktober 1907.
Der Vorsitzende-Stellvertreter:
Gugler. 1—1

M.-Abt. IX, 4182/07.

Kundmachung.

(Feststellung der Jagdgebiete im XVII. Bezirke.)

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat zufolge Erlasses vom 7. Oktober 1907, Z. X a-2992 dem Rekurse des Kammeramtes des Stiftes „Schotten" in Wien gegen die Entscheidung des Magistrates vom 26. August 1907, Z. IX 1620, Folge gegeben und den angefochtenen Teil dieser Entscheidung, mit welchem die dem Stifte „Schotten" gegenwärtig zustehende Eigenjagd im XVII. Wiener Gemeindebezirke für die mit 1. Jänner 1908 beginnende Jagdpachtperiode als zum Gemeindejagdgebiete gehörig erklärt wurde, im Hinblicke auf die Bestimmungen im § 11, Absatz 2 des Gesetzes vom 8. Dezember 1902, L.-G.-Bl. Nr. 22 ex 1903, behoben.

Über die jagdrechtliche Eigenschaft des dem Stifte „Schotten" gehörigen im XVII. Bezirke gelegenen Territoriums wird nach durchgeführter Verhandlung entschieden werden.

Es findet daher vorläufig die Verpachtung der Jagd in diesem Gebiete nicht statt.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 11. Oktober 1907.
Der Abteilungs-Vorstand:
Dr. Konstantin Mayer,
Magistratsrat. 2—3

M.-Abt. V, 2222 ex 1907.

Kundmachung.

Auf Grund des § 100 des Gemeindestatutes für Wien vom 24. März 1900, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 17, wird nachstehendes verordnet:

Das unnötige Stehenbleiben von Personen und Fuhrwerken auf der Kaiser Franz Josefsbrücke ist verboten.

Übertretungen dieser Kundmachung werden, insofern sie nicht der Bestrafung nach dem allgemeinen Strafgesetze unterliegen, nach §§ 100 und 101 des Gemeindestatutes für Wien mit Geldstrafen bis zum Betrage von 400 K oder mit Arrest bis zu 14 Tagen geahndet.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 8. Oktober 1907. 1—1

****

M.-Abt. X, 4584/06.

Kundmachung.

(Wiedereröffnung des Jedleseer Friedhofes.)

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 11. Oktober 1907, Pr.-Z. 13490, folgenden Beschluß gefaßt:

„1. Die Wiedereröffnung des Jedleseer Friedhofes wird genehmigt.

2. Vorläufig ist nur der noch unbelegte Teil des Friedhofes der Belegung zuzuführen. Das hierüber vorgelegte Projekt des Stadtbauamtes wird genehmigt. Beilegungen in dem schon belegten Teile sind bis auf weiteres nicht zu gestatten.

3. Für die neuen Grabstellen sind die im Stadtrats-Beschlusse vom 12. Juli 1907, Pr.-Z. 9585, bestimmten Gebühren einzuheben.

4. Dem Jedleseer Friedhofe wird der gegenwärtige Pfarrsprengel Jedlesee zugewiesen; die Zuweisung von Jedlesee zum Groß-Jedleseer Friedhofe wird aufgehoben, dagegen bleibt die Zuweisung des Bezirksteiles Jedlesee zum Friedhofe in Stammersdorf aufrecht.

5. Im Jedleseer Friedhofe hat die Friedhofsordnung für den Friedhof in Stammersdorf und die Totengräber-Instruktion für diesen Anwendung zu finden.

6. Die im Friedhofe befindliche Leichenkammer ist nur zur Beisetzung von Infektionsleichen zu benützen. Gewöhnliche Leichen sind in der Leichenkammer des aufgelassenen Floridsdorfer Friedhofes beizusetzen.

Der Friedhof ist am 20. Oktober 1907 vormittags zu eröffnen.

Irgend eine Feierlichkeit hat aus diesem Anlasse nicht stattzufinden."

Dies wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Vom Wiener Magistrate,

im selbständigen Wirkungskreise,

am 16. Oktober 1907. 1—1

Z. 6822 ex 1907.

XIII.

Kundmachung.

(Antonia Wahlberg'sche Stiftung.)

Zu Weihnachten 1907 werden die Jahresinteressen der Antonia Wahlberg'schen Weihnachtsstiftung im Betrage von 63 K an einen armen verwaisten Knaben ohne Unterschied der Religion, welcher sich jedoch durch Fleiß und Strebsamkeit hervortut, zur Verteilung gelangen.

Bewerber um diesen Stiftungsbetrag haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburt)scheine des Kindes, für welches um die Stiftung eingeschritten wird, mit dem Totenscheine seines Vaters, eventuell den Totenscheinen beider Eltern, dem letzten Schulausweise des Kindes, mit dem Heimatscheine und mit einem legal ausgefertigten Armutszeugnisse für das Kind, eventuell der noch lebenden Mutter zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 16. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1907. 1—3

Z. 5392 ex 1907.

XIII.

Kundmachung.

(Karoline Uetz'sche Waisenstiftung.)

Aus der Karoline Uetz'schen Waisenstiftung gelangen im Jahre 1908 23 Stiftungsbeträge von je 200 K zur Verleihung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind arme Wiener Waisen beiderlei Geschlechtes berufen.

Ein und dasselbe Kind darf nicht öfter als einmal aus dieser Stiftung beteilt werden.

Der verliehene Stiftungsbetrag wird nicht sofort ausbezahlt, sondern fruktifiziert und in Gemäßheit der Bestimmungen des Stiftbriefes dem beteilten Kinde erst nach erreichter Großjährigkeit ausgefolgt, damit es zu seiner einstmaligen Ausstattung oder zum Antritte eines Gewerbes in den Besitz eines größeren Betrages gelange.

Im Falle des Ablebens eines der beteilten Kinder vor erreichter Großjährigkeit wird der betreffende Stiftungsbetrag nebst den bereits erwachsenen Interessen zur Beteilung anderer Waisenkinder weiter verwendet.

Gesuche um einen solchen Stiftungsbetrag müssen mit dem Vormundschafts-Dekrete, dem Zuständigkeitsnachweise, einem legalen Armutszeugnisse, dem Nachweise der Verwaisung, dem Tauf(Geburts)scheine, eventuell mit den Schulzeugnissen des zu beteilenden Kindes belegt sein und **längstens bis 16. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII überreicht werden.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 9. August 1907.

Z. 6868/07.
XIII.

Kundmachung.

(Alois Drasche'sche Armenstipendien pro 1908.)

Aus den Erträgnissen des Alois Drasche'schen Armenstiftungsfondes gelangt im Jahre 1908 ein Betrag von 38.000 K in einer den Bedürfnissen entsprechenden Anzahl von Stipendien per 200 K und per 400 K an arme Personen zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stipendien haben nach den Bestimmungen des Testamentes des Stifters, des gewesenen Fabrikanten Alois Drasche aus Brünn, solche verarmte Personen, welche unverschuldet in Not und Elend geraten, wenn auch nur zeitweilig, ganz erwerbsunfähig sind, oder zur Erhaltung der Familie, wenn auch nur zeitweilig, nicht genügenden Erwerb besitzen, welche ferner christlicher Religion und deutsch-österreichischer Nationalität sind.

Dieselben müssen ihr festes Domizil in Wien, und zwar entweder in der Inneren Stadt oder in den früher bestandenen 33 Vorstädten, also in einem der vor dem 21. Dezember 1890 bestandenen zehn Bezirke, haben, müssen einen moralischen Lebenswandel führen und ein derart unbescholtenes Vorleben haben, daß sie niemals wegen einer entehrenden Gesetzesübertretung, wozu aber auch jene der leichtsinnigen Krida gehört, verurteilt wurden.

Hiebei macht die frühere oder gegenwärtige Bedienstung, Stellung oder Beschäftigung, der ledige, verheiratete oder Witwenstand keinen Unterschied, so daß auch öffentliche oder Privatbeamte zum Stiftungsgenusse berufen sind.

Unter den Bewerbern sind des Stifters Verwandte oder Abstämmlinge derselben vor allen, dann aber Personen aus dem Gewerbe-, Fabriks- oder Handelsstande, unter diesen, sowie unter allen Bewerbern, welche die festgesetzten allgemeinen Eigenschaften haben, vorzugsweise jene Bewerber mit dem Stiftungsgenusse zu beteilen, denen die Ernährung einer größeren Anzahl unmündiger Kinder obliegt, diese Bewerber mögen verheiratet oder verwitwet, männlichen oder weiblichen Geschlechtes sein.

Ledige Personen können bloß mit Stipenden zu 200 K bedacht werden.

Die Verleihung der Stipendien geschieht bloß für ein Jahr, doch können diese wiederholt an dieselben Personen verliehen werden; die betreffenden Bewerber sind aber den neuen Bewerbern gleich zu betrachten und haben demnach neuerlich ihre Würdigkeit auszuweisen.

Bewerber um ein solches Stipendium haben in ihren einzubringenden Gesuchen ihre persönlichen und materiellen Verhältnisse wahrheitsgetreu darzustellen und die Erklärung aufzunehmen, daß sie nie wegen einer entehrenden Gesetzesübertretung oder wegen leichtsinniger Krida verurteilt worden sind.

Außerdem haben dieselben ihren Gesuchen:

1. ein von der k. k. Polizei-Direktion Wien ausgestelltes Moralitätszeugnis;
2. ein legales Armutszeugnis;
3. ihren Taufschein;
4. ihren Heimatschein;
5. ihren Trauschein und eventuell auch den Totenschein des verstorbenen Gattenteiles, dann
6. die Taufscheine aller ihrer Kinder beizulegen.

Wenn sie sich auf ihre Erwerbsunfähigkeit berufen, haben sie auch ein armenärztliches Parere hierüber anzuschließen.

Die unter 1 und 2 angeführten Zeugnisse müssen neu, das heißt nach dem 10. Oktober 1907 ausgestellt sein.

Endlich haben sie den Nachweis über ihre derzeitige Beschäftigung und über den Umstand, daß sie deutsch-österreichischer Nationalität sind, zu erbringen.

Die in solcher Weise belegten und mit der geforderten Erklärung versehenen Gesuche sind **längstens bis 30. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Die Namen der mit einem Stipendium beteilten Personen werden nach Anordnung der testamentarischen Bestimmungen des Stifters seinerzeit veröffentlicht.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. Oktober 1907. 1—3

Z. 6826 ex 1907.
XIII.

Kundmachung

(August Zang'sche Stiftung.)

Am 4. März 1908 gelangen aus den Interessen der August Zang'schen Stiftung für notleidende Kleingewerbetreibende Wiens 4000 K zur Verteilung.

Auf den Genuß dieser Stiftung haben jene Kleingewerbetreibenden Anspruch, welche ohne ihr Verschulden in eine Notlage geraten sind, ohne Rücksicht auf ihre Konfession oder Heimatberechtigung, doch müssen dieselben in Wien wohnen und ihr Gewerbe noch betreiben.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburt)schein, eventuell den Trauungsschein, die Tauf-(Geburt)scheine ihrer Kinder, ferner den Gewerbeschein oder das Konzessionsdekret, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer und ein legales Mittellosigkeitszeugnis. Witwen aber außerdem den Totenschein des Gatten beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 14. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1907. 1—3

Z. 6824/07.
XIII.

Kundmachung.

(Katharina Widhalm'sche Stiftung für Waisen subalterner Beamten und Diener des Wiener Magistrates.)

Aus der Katharina Widhalm'schen Stiftung kommen am 9. Jänner 1908 die Jahresinteressen im Betrage von 200 K an vier Waisen von subalternen Beamten und Dienern des Wiener Magistrates, welche der Unterstützung bedürftig sind, und zwar an zwei Knaben und zwei Mädchen, zur Verteilung.

Diejenigen, welche auf den Genuß dieser Stiftung Anspruch machen wollen, haben ihre mit dem Tauf(Geburt)scheine des Kindes, dem Heimatscheine, dem letzten Schulausweise, dem Totenscheine des Elternteiles und einem legalen Mittellosigkeitszeugnisse belegten Gesuche **längstens bis 16. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1907. 1—3

Z. 6825 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Pauline Wißmann'sche Stiftung.)

Am 26. Jänner 1908 gelangen die Interessen der Pauline Wißmann'schen Stiftung aus dem Jahre 1907 im Betrage von 1752 K an sechs arme Bürgerswitwen, welche in Wien geboren und katholischer Religion sind, zur Verteilung.

Bewerberinnen um eine Beteilung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen vor allem ein das Bürgerrecht des verstorbenen Gatten nachweisendes Dokument, sodann aber auch ihren Tauf- und Trauschein, den Totenschein ihres Gatten und ein legales Armutszeugnis anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 25. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1907. 1—3

Z. 6539 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Josefine Figdor'sches Stipendium.)

Vom Beginne des Studienjahres 1907/08 an ist das Josefine Figdor'sche Stipendium jährlicher 200 K zu vergeben.

Anspruchsberechtigt sind arme, in Wien geborene Mädchen, welche sich dem Lehrfache widmen und an der k. k. Staats-Lehrerinnenbildungsanstalt bei St. Anna, Wien, I., Hegelgasse 14, ihre Ausbildung erhalten.

Bewerberinnen um dieses Stipendium haben ihre mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Heimatscheine, dem Impfscheine, einem Armutszeugnisse, sowie den beiden letzten Schulzeugnissen belegten Gesuche **bis 20. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf nicht gehörig belegte oder verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 8. Oktober 1907. 1—3

Z. 6848 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Invalidenstiftung der ehemaligen Gemeinde Währing.)

Aus den Interessen der Invalidenstiftung der ehemaligen Gemeinde Währing gelangt ein Betrag von jährlich 25 K 20 h an einen nach Wien zuständigen, im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Währing wohnhaften Militärinvaliden auf Lebensdauer zur Verleihung.

Bewerber um obigen Stiftplatz haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburt)schein, den Trauschein, eventuell den Totenschein des Gattenteiles und die Tauf(Geburt)scheine der Kinder, endlich den Heimatschein, ein legales Armutszeugnis und den Nachweis über ihre Eigenschaft als Militärinvalide beizuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 30. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1907. 1—3

Z. 6820 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Marie Freiin v. Betsera'sche Stiftung.)

Am 30. Jänner 1908 kommen aus den Interessen der Fräulein Marie Freiin von Betsera'schen Armenstiftung 190 K an zwei unbescholtene Arme der Stadt Wien ohne Unterschied des Standes und der Konfession zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Nachweis über die Zuständigkeit in Wien, ihren Tauf(Geburt)- und Trauschein, die Tauf(Geburt)scheine ihrer Kinder, ein legales Armutszeugnis und, wenn sie sich auf ihre Erwerbunfähigkeit berufen, auch ein armenärztliches Parere hierüber anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 2. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1907. 1—3

Z. 6804 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Johann Georg Ertl'sche Stiftung.)

Am 26. Februar 1908 gelangen die Interessen der Johann Georg Ertl'schen Stiftung im Betrage von 690 K zur Verteilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben arme, in Wien wohnhafte Familien, deren Familienoberhaupt, oder von denen eines oder mehrere der im gemeinschaftlichen Haushalte lebenden Familienmitglieder von Krankheit betroffen sind.

Bewerber um eine Beteilung aus dieser Stiftung haben ihre Gesuche mit einem legalen Armutszeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über die Krankheit des betreffenden Familienmitgliedes, dem Tauf(Geburt)- und Trauungsscheine, dem Zuständigkeitsnachweise und den Tauf(Geburt)scheinen ihrer Kinder zu belegen, Witwen haben außerdem noch den Totenschein des verstorbenen Gatten anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 14. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1907. 1—3

Z. 6026 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Adolf Ignaz und Julie Marzelline Mautner v. Markhof'sche Stiftungen.)

Am 6. Februar 1908 gelangen die Interessen der Adolf Ignaz Mautner Ritter v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenknaben und der Julie Marzelline Mautner v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenmädchen im Betrage von je 4800 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind arme Waisenknaben im Alter von 12 bis 16 Jahren, beziehungsweise arme Waisenmädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren berufen, welche in Wien heimatberechtigt sind, sie mögen sich in einer Waisenanstalt befinden oder nicht.

Die vorhandenen Stiftungsinteressen sind zu gleichen Teilen, somit mit je 600 K an je acht die stiftbriefliche Eignung besitzende Waisenknaben beziehungsweise Waisenmädchen zu verleihen; hievon haben vier Waisenknaben und vier Waisenmädchen der katholischen Religion, zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der evangelischen Religion A. K. oder H. K. und zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der israelitischen Religion anzugehören.

Die Bestimmung jener acht Waisenknaben und jener acht Waisenmädchen, welchen ein Stiftungsbetrag zuzuwenden ist, erfolgt durch das Los in der durch die Stiftbriefe für die Verlosung festgesetzten Weise.

Der zugefallene Stiftungsbetrag wird nicht sofort ausbezahlt, sondern fruktifiziert und nach Maßgabe der Bestimmungen der Stiftbriefe zum Beginne eines Gewerbes oder als Stipendium zur Fortsetzung der Studien, den Mädchen bei Verehelichung, jedoch erst nach zurückgelegtem 18., eventuell nach vollendetem 24. Lebensjahre ausgefolgt.

Mütter, Vormünder oder Pflegeparteien, welche um Verleihung eines solchen Stiftbetrages an die in ihrer Obsorge stehenden Waisen ansuchen wollen, haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, Impfungszeugnisse und dem Nachweise über die Wiener Heimatsangehörigkeit ihrer Pfleglinge, sowie dem Totenscheine der Eltern oder des Vaters der Waisen, endlich mit dem Zeuguisse über den Schulfortgang (Jahreszeugnis, Schulnachricht) oder dem Zeugnisse über den Fortgang einer Berufsbildung und mit dem legalen Armutszeugnisse zu belegen und **bis längstens 14. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. September 1907.

Z. 6032 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Karoline Prugberger'sche Stiftung.)

Am 14. Februar 1908 gelangen die Interessen der Karoline Prugberger'schen Stiftung aus dem Jahre 1907 im Betrage von 800 K an zwei arme erwerbsunfähige Wiener Bürger in Teilbeträgen von je 400 K zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, dem Trauungsscheine, dem Bürgerrechtsdiplome, einem legalen Armutszeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über ihre Erwerbsunfähigkeit und den Tauf(Geburts)scheinen der Kinder zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 23. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 18. September 1907.

Z. 6018 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Moritz Goldberger'sche Stiftung.)

Für das Studienjahr 1907/08 sind vier Moritz Goldberger'sche Stipendien im Betrage von je 155 K zu verleihen, und zwar:

a) eines für einen mittellosen Kandidaten der medizinischen Doktorwürde als Beitrag zu den Taxen der Promotion;
b) eines in gleicher Weise für einen Kandidaten der juristischen Doktorwürde;
c) eines desgleichen für einen Kandidaten der philosophischen Doktorwürde und
d) eines für einen Maler als Beitrag zu einer Reise nach Italien.

Bewerber um diese Stipendien haben ihre mit dem Tauf(Geburts)scheine, dem Heimatscheine, dem Impfscheine, einem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse und den Nachweisen über die Ablegung der für die einzelnen Fakultäten vorgeschriebenen Rigorosen, beziehungsweise über die Inskription an einer öffentlichen Malerschule belegten Gesuche **bis längstens 20. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Nur die mit einem legalen Armuts(Mittellosigkeits)zeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. September 1907.

Robert Kern,
Vertretung des Witkowitzer Röhrenwalzwerkes,
WIEN, I., Walfischgasse 12,
liefert **schmiedeeiserne Gasröhren** und Verbindungsstücke, Siede-, Locomotiv-, Locomobil-, Blech- und Flanschenröhren aller Art etc. etc. **Gusseiserne Röhren** nach deutschem Normale, nach Normale der Wiener Commune nebst dazugehörigen Verbindungsstücken, Abflussröhren, Messing- und Kupferröhren, gusseiserne Rippenröhren, Bleiröhren, Armaturen für alle Zwecke, Radiatoren etc.
Preis-Courante gratis und franco.

Centralheizung,
Ventilation,
Luftbefeuchtung.
Gegründet 1853. Telephon 590.
Staatsmedaille 1888 und 1901.
J. L. BACON
Arnold Adamy
Wien,
V., Schönbrunnerstrasse 34.
Projecte und Kostenanschläge gegen Beistellung cotierter Pläne unentgeltlich.

Deutsche und österreichische **Pyrofougontwerke** Gebr. Schleicher Wien—München
Fugenlose, hygienische Asbest-Fußböden für alle Zwecke, poren- und staubfrei, elastisch, fußwarm, schwamm- und feuersicher
Filialen: **PARIS, GENUA, HELSINGFORS**
Lieferanten der Gemeinde Wien. Bisher über 500.000 m² verlegt
Direktion des österreichischen Werkes Wien, I. Dominikanerbastei, Industriepalast
Telephon **22.539**

Zur kulanten Besorgung aller im **Kursblatte** notierten **Effekten und Valuten** bestens empfohlen
Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.
WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 86. Freitag den 25. Oktober 1907. Jahrgang XVI.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokale im Rathause.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling,** I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.,** I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Stadtrat.

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom **17. Oktober 1907.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.
Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer.
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Braun, Brauneiß, Büsch, Dr. Deutschmann, Hölzl, Hörmann, Hoß, Knoll, Oppenberger, Schneider, Schwer, Straßer, Tomola, Weitmann, Wessely, Zatzka.
Bürgermeister Dr. Karl Lueger.

Entschuldigt: St.-R. Brzezowsky, Gräf Ferdinand, Grünbeck Sebastian, Gsottbauer, Hallmann, Dr. Kreun, Rissaweg.

Beurlaubt: St.-R. Hraba, Rain, Rauer, Schreiner.

Schriftführer: Magistrats-Konzipist v. Radler.

Vize-Bürgermeister Hierhammer eröffnet die Sitzung.

(14001.) Einladung zu der am Samstag den 19. Oktober 1907 um 9 Uhr vormittags im Wiener Versorgungsheime durch Seine bischöflichen Gnaden Herrn Weihbischof Dr. Godfried Marschall vorzunehmenden Einweihung des neuen Schwesternheimes.

(Zur Kenntnis.)

(13885, M. A. X, 7663.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen von Bediensteten der Gemeindefriedhöfe um Auszahlung des Lohnes während der Waffenübung und beantragt, die nachträgliche Auszahlung des Lohnes an jene Bediensteten, die im heurigen Jahre zur Waffenübung einberufen waren, im Gesamtbetrage von 513 K 22 h zu genehmigen.

(Angenommen.)

(13931, M. B. A. XI, 18912.) St.-R. Braun referiert über die von Thomas Babak nachträglich angesuchte Baubewilligung für einen auf der Realität Einl.-Z. 16, Kat.-Parz. 1171 Simmering im XI. Bezirke errichteten hölzernen Schupfen und beantragt, dieselbe unter der in den Baukonsens aufzunehmenden Bedingung zu bestätigen, daß dieses Objekt über jederzeitiges Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf Entschädigung beseitigt werde.

(Angenommen.)

(13926, M. A. XV, 8332.) **St.-R. Wessely** referiert über die Mehrkosten für die Einrichtung der Skioptikonanlage in der Knaben-Bürgerschule VI., Hirschengasse 14, und beantragt, zu den bereits genehmigten Kosten im Betrage von 750 K für die Skioptikonanlage in der genannten Schule einen weiteren Betrag von 13 K, sowie ein Pauschale gegen Detailverrechnung im Betrage von 87 K für Maurer- und Malerarbeiten ꝛc. zu genehmigen und die Ausführung der Arbeiten der Firma Josef Engelmann, VIII., Josefstädterstraße 87, zu dem offerierten Preise von 763 K zu übertragen.

(Angenommen.)

(13930, M. B. A. VI, 31332.) St.-R. Wessely referiert über den Rekurs des Georg Briski gegen die Verweigerung zur Aufstellung eines Kastanienbratofens im VI. Bezirke, Mariahilferstraße 75, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(13962, M. B. A. XII, 25151.) **St.-R. Büsch** referiert über ein Gesuch um Nachsicht der Hundesteuer pro 1907 und beantragt die Genehmigung des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(13785, M. A. VIII, 2708.) **St.-R. Straßer** referiert über die Auswechslung des schadhaften, beim k. k. Linienamte am Kaiserplatze im XX. Bezirke befindlichen Auslaufbrunnens gegen einen frostfreien Ventilbrunnen (System Hilpert) und beantragt, diese Auswechslung mit dem bedeckten Kostenbetrage von 200 K unter gleichzeitiger Herabsetzung des täglichen Wasserquantums von 227 hl auf 70 hl zu genehmigen.

Die Aufstellung hat probeweise auf ein Jahr zu erfolgen und behält sich der Stadtrat die Entscheidung über den eventuellen Ankauf des Brunnens nach Ablauf des Probejahres vor.

(Angenommen.)

(13557, M. A. XV, 8011.) **St.-R. Hölzl** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Arbeiten für den Schulbau XIX., Kreindlgasse, Pyrkergasse, und beantragt:

1. Die Erd- und Baumeisterarbeiten der Firma Stagl & Schoderböck, XV., Klementinengasse 9, gegen einen Nachlaß von 14·2 Prozent von den Einheitspreisen und zu den Tarifpreisen für Regiearbeiten und gegen Aufzahlung von 3000 K für das Altmateriale,

2. die Romanzementlieferung der Aktiengesellschaft Waldmühle I., Landskrongasse 1. zu den Kostenanschlagspreisen und

3. die Traversenlieferung dem Max Wohlberg, XX., Kaiserplatz, mit den Preisen von 25 K 60 h für 100 kg Träger, bis zu einer Höhe von 320 mm von 26 K 60 h per 100 kg über 320 mm Höhe und von 19 K per Stück Stiegenträgermontierung zu übertragen. (Angenommen.)

(13596, M. A. XV, 1122.) St.-R. Hölzl referiert über die Projektskizze für den Bau eines Kindergartengebäudes XIX., Hammerschmidtgasse 22, und beantragt:

1. Die Errichtung eines Kindergartengebäudes, sowie die Herstellung des dazugehörigen Spielplatzes und der Gartenanlage auf der der Gemeinde Wien gehörigen Liegenschaft, Einl.-Z. 2 Grundbuch Nußdorf, Kat.-Parz. 224, Or.-Nr. 22 Hammerschmidtgasse mit einem Kostenerfordernisse von ungefähr 150.000 K für Bau und innere Einrichtung wird auf Grund der vorgelegten Projektskizze genehmigt.

2. Die Bauführung hat so eingerichtet zu werden, daß das Gebäude samt Zugehör in der ersten Hälfte September 1908 der Benützung übergeben werden kann.

3. Der Fonds für die Errichtung einer Kinderbewahranstalt, beziehungsweise eines Kindergartens in Nußdorf in der derzeitigen Höhe von 87.709 K 23 h wird inkameriert.

4. Die Baukosten sind zunächst aus diesen inkamerierten Geldern, soweit dieselben nicht schon zur Deckung der Grunderwerbungskosten bestimmt sind, zu decken. Für die restlichen Baukosten ist im Voranschlage für das Jahr 1908 vorzusorgen.

5. Für die Hammerschmidtgasse im XIX. Bezirke werden längs der südlichen Baulinie zwischen Steinbüchelweg und Schätzgasse im Sinne des vorgelegten Planes zur St.-B.-Z. 1593-XIII 07 5 m tiefe Vorgärten vorgeschrieben. Bezüglich der Verbauung der Liegenschaft Or.-Nr. 20 Hammerschmidtgasse wird festgesetzt, daß ein eventueller Neubau daselbst derart an den projektierten Kindergartenbau anzukuppeln ist, daß keine Feuermauer sichtbar wird.

6. Das Setzen der Bäume in der Gartenanlage des Kindergartens hat womöglich noch in diesem Jahre vorgenommen zu werden.

7. Der Magistrat wird beauftragt, das Detailprojekt ehestens vorzulegen. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13860, M. A. III, 5134.) St.-R. Hölzl referiert über das Offert des Franz Reichel und Konsorten auf Verkauf der Kat.-Parz. 406 Ober-Döbling und beantragt, den Gesuchstellern bekanntzugeben, daß die Gemeinde Wien das angebotene Grundstück zu erwerben nicht gesonnen ist. (Angenommen.)

(13606, M. A. XIV, 5643.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen des Johann und der Wilhelmine Mosch um Genehmigung der Grundabschreibung von der Realität Einl.-Z. 109, Kat.-Parz. 47, Sieveringerstraße 100 und beantragt:

1. Die Abtrennung des mit a b m n (α) bezeichneten Teiles der Liegenschaft, Einl.-Z. 109 Grundbuch Unter-Sievering im Ausmaße von 85·39 m² behufs Übertragung desselben in das Verzeichnis für das öffentliche Gut nach Maßgabe der vorgelegten Pläne als Parzellierung im Sinne des § 3, lit. a der Wiener Bauordnung unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen zu bewilligen.

2. Die Ausstellung einer Löschungserklärung über die auf der Einl.-Z. 109 Grundbuch Unter-Sievering, auf Grund der Verpflichtungserklärung vom 13. Mai 1907 haftenden Verbindlichkeiten zur Straßengrundabtretung und Einbeziehung unter der Bedingung, daß der Nachweis über die grundbücherliche Durchführung der sub 1 genehmigten Straßengrundabschreibung und Reallasteinverleibung, sowie der Übergabe des sub 1 bezeichneten zur Sieveringerstraße entfallenden Grundes im richtigen Niveau erbracht wird, gegen Kostenersatz zu genehmigen. (Angenommen.)

(13880, M. A. III, 4733.) St.-R. Hölzl referiert über das Offert der Elisabeth Mayer auf Verkauf der Kat.-Parz. 179, 180 und 181 Ober-Sievering und beantragt:

Die Gemeinde Wien erwirkt die in die Zone des Wald- und Wiesengürtel fallenden Kat.-Parz. 179, 180 und 181, Einl.-Z. 127 Grundbuch Ober-Sievering, im Katastralausmaße von 2259 m² wie sie liegen und stehen, um den Einheitspreis von 2 K 20 h per Quadratmeter und unter folgenden Bedingungen:

1. Die Käuferin übernimmt die einverleibten Satzposten im Betrage von zusammen 1500 K auf Abrechnung vom Kaufschillinge zur Selbstzahlung, die restliche Kaufsumme ist bei Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde fällig. Für eine eventuelle Entschädigung, welche die Satzgläubiger für die sofortige Rückzahlung ihrer Kapitalien ohne vorherige Kündigung fordern werden, hat die Käuferin aufzukommen.

2. Das Materiale eines alten auf obigen Gründen stehenden Glashauses verbleibt der Verkäuferin, welche dasselbe auf ihre Kosten verführen zu lassen hat.

3. Die Vertragskosten und die Übertragungsgebühren trägt die Gemeinde, die Kosten der grundbücherlichen Löschung der Satzposten die Verkäuferin.

4. Dieselbe hat binnen acht Tagen nach Aufforderung die grundbücherliche Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung auf obiger Grundbuchseinlage auf ihre Kosten zu veranlassen.

(Angenommen.)

(13682, M. A. VI, 115.) St.-R. Hölzl referiert über das Präliminarprojekt, betreffend die Neupflasterung der Heiligenstädterstraße im XIX. Bezirke, und beantragt:

1. Das Projekt für die Neupflasterung der Heiligenstädterstraße von Or.-Nr. 235 bis 265 im XIX. Bezirke, wobei für die Hälfte der Strecke Kleinschlagpflaster zur Anwendung gelangen soll, wäre mit dem veranschlagten Erfordernisse von 37.959 K 60 h zu genehmigen.

2. Die Ausführung des Kleinschlagpflasters wäre der Firma Gebrüder Kerber auf Grund des von derselben gestellten Anbotes zum Preise von 7 K per Quadratmeter unter den vom Stadtbauamte zusammengefaßten Bedingungen und unter der weiteren Bedingung, daß sich die Firma zur Ausführung der Arbeit eines Wiener Pflasterermeisters zu bedienen hat, zu übertragen.

3. Die Erd- und Pflasterungsarbeiten in der in gewöhnlicher Weise zu pflasternden Straßenstrecke wären dem Bestbieter Johann Schußmann mit 0·4 Prozent Nachlaß von dem Kostenanschlage zu übertragen.

Die im laufenden Jahre noch auszuzahlenden Verdienstbeträge sind in dem für dieses Objekt präliminierten Betrage per 35.000 K bedeckt. (Angenommen.)

(13935, M. B. A. XIX, 21318.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen des Dr. Theodor Edlen v. Roßmanit um Baubewilligung für XIX., Hohe Warte 15, und beantragt:

1. Die vom magistratischen Bezirksamte zu erteilende Baubewilligung für die Herstellung eines Zubaues auf der Liegenschaft Einl.-Z. 51 Grundbuch Unter-Döbling wird in Gemäßheit der §§ 97 und 105 der Bauordnung bestätigt.

2. Die Erklärung des Bauwerbers, die nach der genehmigten Baulinie zur Verbreiterung der Hohen Warte und Scheibengasse entfallenden Grundteile über Verlangen unentgeltlich, gebühren- und lastenfrei an die Gemeinde Wien als Straßengrund abzutreten und im richtigen Niveau zu übergeben und diese Verbindlichkeit nach der vorgelegten Verpflichtungserklärung auf der Liegenschaft grundbücherlich sicherzustellen, wird genehmigend zur Kenntnis genommen. (Angenommen.)

(13933, M. B. A. XIX, 22042.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen des Severin Tesař um Bestimmung der Schadloshaltung bei Einl.-Z. 43 Unter-Sievering und beantragt:

1. Die Schadloshaltung für den von der Liegenschaft Einl.-Z. 43 Grundbuch Unter-Sievering zur Verbreiterung der Sieveringerstraße entfallenden Grundteil im Ausmaße von annähernd 118 m² wird mit dem Einheitspreise von 10 K für den Quadratmeter bestimmt.

2. Die Kosten der Plananfertigung und der bücherlichen Durchführung des Rechtsgeschäftes hat der Grundabtreter zu tragen, beziehungsweise der Gemeinde Wien zu ersetzen. (Angenommen.)

(13934, 21249.) St.-R. Hölzl referiert über die Verpachtung von Gemeindegründen in der Silbergasse beziehungsweise Pfarrwiesengasse und Hohenauergasse im XIX. Bezirke und beantragt:

1. Es werden dem Josef Chyna die der Gemeinde Wien gehörigen Grundparzellen 131/5, 131/3, 128 und 131/6, Landt.-Einl.-Z. 630 im XIX. Bezirke gegen Entrichtung eines Pachtzinses von 50 K vom 16. Februar bis 12. November 1907 in Bestand gegeben. Spätestens 12. November 1907 mittags sind diese Grundteile mit Bezug auf die erfolgte Kündigung vollständig geräumt wieder der Gemeinde zu übergeben.

2. Dem Anton Pürcher werden die der Gemeinde Wien gehörigen Kat.-Parz. 131/4, 131/1, 132/2 und 129, Landt.-Einl.-Z. 630 im XIX. Bezirke gegen Entrichtung eines Pachtzinses von 180 K und unter der Bedingung vom 16. Februar 1907 bis 1. Jänner 1908 in Bestand gegeben, daß sich derselbe verpflichtet, diese Gründe spätestens am 1. Jänner 1908 mittags vollständig geräumt der Gemeinde Wien wieder zu übergeben.

3. Dem Franz Bečck werden die der Gemeinde Wien gehörigen Parzellen 131/4 und 131/6, Landt.-Einl.-Z. 630 im XIX. Bezirke gegen Entrichtung eines Pachtzinses von 150 K und unter der Bedingung vom 19. Februar 1907 bis 1. Jänner 1908 in Bestand gegeben, daß sich derselbe verpflichtet, diese Gründe spätestens am 1. Jänner 1908 mittags vollständig geräumt in den Besitz der Gemeinde zu übergeben.

4. In Abänderung des Gemeinderats-Beschlusses vom 9. November 1906, Z. 12684, wird bezüglich der Pächter Franz Bečck und Anton Pürcher von der Kündigung des Bestandverhältnisses pro Novembertermin 1907 Umgang genommen und der Verlängerung des Pachtverhältnisses bis 1. Jänner 1908 zugestimmt.

(Angenommen; Punkt 4 an den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer übernimmt den Vorsitz.)

(13985, M. A. VI, 264.) **St.-R. Hoß** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Beistellung des Straßenpflegefuhrwerkes im XXI. Bezirke und beantragt, für den Rayon Floridsdorf, Groß-Jedlersdorf und Kagran die Ausschreibung einer neuerlichen Offertverhandlung anzuordnen; die übrigen Rayons seien zu den Anbotspreisen in folgender Weise zu vergeben:

Leopoldau an Franz Höchlinger;
Hirschstetten an Johann Bauer;
Stadlau an Johann Bauer;
Aspern an Leopold Hollmann. (Angenommen.)

(13970, M. A. X, 7909.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen der Marie Klager um Überlassung eines Gruftplatzes im Kagraner Friedhofe und beantragt:

Der Marie Klager, Wirtschaftsbesitzerin, XXI. Bezirk, Kagran, Nr. 16, wird der linksseitige, an das Familiengrab Gruppe A, Nr. 37 und 38 anstoßende einfache Gruftplatz gegen Erlag einer Grabstellgebühr per 600 K unter nachstehender Bedingung auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen:

1. Die Länge der Gruft hat 3·50 m zu betragen, die übrigen Ausmaße haben mit den normalen Dimensionen einfacher Grüfte übereinzustimmen.

2. Auf dem Platze ist eine einfache Gruft für sechs Leichen auf Kosten der Gesuchstellerin durch befugte Gewerbsleute zu errichten und zu diesem Zwecke die Baubewilligung seitens des magistratischen Bezirksamtes für den XXI. Bezirk zu erwirken.

3. Die Grabstellgebühr ist bis längstens 15. November 1907 beim Bezirksaufsichtsrate Kagran zu erlegen. (Angenommen.)

(13329, M. A. XVIII, 4407.) St.-R. Hoß referiert über das Ansuchen der Josefa Lichtenegger um Auszahlung einer Witwenrente und beantragt, der Witwe nach dem am 18. August 1907 infolge eines Betriebsunfalles verstorbenen Karl Lichtenegger,

Namens Josefa Lichtenegger, geb. Schenner, für die Dauer des Witwenstandes eine mit 15·40 Prozent vom Jahresarbeitsverdienste des Gatten berechnete Witwenrente im Betrage von 271 K 92 h jährlich, d. i. 22 K 66 h monatlich vom 18. August 1907, d. i. vom Todestage des Verunglückten angefangen und jedem der drei ehelichen Kinder, und zwar Hermann, geboren am 20. Juli 1894, Karoline, geboren am 22. September 1897 und Leopoldine, geboren am 31. Oktober 1906 je eine 11·53prozentige Kinderrente vom Todestage des Vaters, d. i. vom 18. August 1907 angefangen bis zum zurückgelegten 15. Lebensjahre im Betrage von je 203 K 29 h jährlich, d. i. 16 K 96 h monatlich zuzuerkennen.

(Angenommen.)

(13976, M. A. III, 4723.) **St.-R. Hörmann** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Abtragung des städtischen Hauses III., Gärtnergasse 13, und beantragt, die Abtragung dem Gustav Ludwig unter den Bedingungen der Vorschrift und gegen Bezahlung eines Betrages von 250 K an die Gemeinde zu übertragen. (Angenommen.)

(13945, M. A. VI, 3042.) St.-R. Hörmann referiert über die öffentliche Beleuchtung der Aspangstraße im III. Bezirke und beantragt, infolge Einführung der elektrischen Beleuchtung in der Aspangstraße und Kleistgasse im III. Bezirke sind die Gasflammen Nr. 1810, 1811, 1813, 1815, 1817 und 1902 zu entfernen, zwe ganznächtige Gasflammen plangemäß zu errichten und die Flamme Nr. 1901 in eine ganznächtige umzuwandeln. (Angenommen.)

(13979, M. A. V, 1919.) St.-R. Hörmann referiert über die Erhöhung des Kostenvoranschlages für die Herstellung eines Gehsteges über die Verbindungsbahn im Zuge der Richardgasse, III. Bezirk, von 22.332 K 13 h auf 24.093 K 77 h, und beantragt zu genehmigen und die k. k. Staatsbahn-Direktion zu ersuchen, die auf Bahngrund herzustellenden Bauarbeiten durch die Firma F. Meduna & W. Tomaschek ausführen zu lassen.

(Angenommen.)

(13657, M. A, XIII, 6011.) St.-R. Hörmann referiert über Auflassung der Wohnung N. 4 im C. und M. Kunz'schen Stiftungshause III., Rennweg 38 als Hausbesorgerwohnung und Vermietung derselben um den Jahreszins von 192 K und beantragt die Genehmigung.

Die Wohnung Nr. 2 ist als Hausbesorger-Naturalwohnung vom 1. Oktober 1907 angefangen zu bestimmen.

(Angenommen.)

(13756, M. A. III, 5194.) St.-R. Hörmann referiert über das Ansuchen der Mieterin der Wohnung Nr. 7 im städtischen Hause Landstraße Hauptstraße 96, Agathe Whitehead, geb. Gräfin Breuner, um bestandweise Überlassung der gegenwärtig an die Österreichische Fleischhauergesellschaft zur Verwertung der Nebenprodukte vermieteten Wohnung Nr. 6 in diesem Hause, beziehungsweise um Ausmietung dieser Gesellschaft und beantragt, dem Ansuchen keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(13853, M. A. III, 5246.) St.-R. Hörmann referiert über die Herstellung einer Baumpflanzung in der Kleistgasse im III. Bezirke und beantragt:

1. Das Projekt für die Herstellung einer Baumpflanzung in der Kleistgasse im III. Bezirke in der Strecke von dem Rennweg bis zu der Aspangstraße wird gemäß den Anträgen der Lokalaugenscheins-Kommission vom 10. Oktober 1907 mit einem bedeckten Kostenbetrage von 2760 K, wovon 2400 K auf die gärtnerischen Herstellungen und 300 K auf die Aufstellung von zwei Spritzhydranten entfallen, genehmigt.

2. Die gärtnerischen Arbeiten sind von der Stadtgarten-Direktion in eigener Regie, die technischen Herstellungen vom Stadtbauamte im kurrenten Wege einheitlich mit der Straßenregulierung sofort vorzunehmen. Rohre und Maschinenbestandteile sind dem städtischen Vorrate zu entnehmen. Die Spritzhydranten werden während der Sommermonate mit einer täglichen Wassermenge von 8 hl aus der Hochquellenleitung dotiert. (Angenommen.)

(13981, M. A. XV, 8469.) St.-R. Hörmann referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend den Schulbau X., Thavonatgasse, und beantragt, zu vergeben:

1. Die Schlosserarbeiten (mit Ausnahme der Türschließer und Ventilationsarbeiten) gegen 19 Prozent Nachlaß an Josef Lach.

2. Die Anstreicherarbeiten gegen 26·5 Prozent Nachlaß an Karl Markeli.

3. Die Tapeziererarbeiten gegen 15·5 Prozent Nachlaß an Karl Dimmel. (Angenommen.)

(13938, M. B. A. III, 48164.) St.-R. Hörmann referiert über sechs Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des III. Bezirkes, und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(13948, M. A. IV, 3076.) **St.-R. Wessely** referiert über die öffentliche Beleuchtung in der Papagenogasse im VI. Bezirke und beantragt, in der genannten Gasse ist die halbnächtige Flamme Nr. 88 in eine ganznächtige umzuwandeln und zwischen den Flammen Nr. 85 und 86 ein Flammenwechsel durchzuführen.

(Angenommen.)

(13946, M. A. IV, 3314.) **St.-R. Straßer** referiert über die öffentliche Beleuchtung bei der Brigittakapelle im XX. Bezirke und beantragt, vor der genannten Kapelle eine neue ganznächtige Gasflamme plangemäß zu errichten. (Angenommen.)

(13974, M. A. X, 4877.) **St.-R. Knoll** referiert über das Ansuchen des Johann Kaiser um Bestimmung einer Grabstellgebühr und beantragt, dem Genannten die beiden benachbarten Einzelgräber Grab Nr. 8 und 9 im Leopoldauer Friedhofe auf die Dauer des Friedhofbestandes gegen Erlag einer Grabstellgebühr von insgesamt 200 K zu überlassen und das magistratische Bezirksamt XXI anzuweisen, von den am 19. März 1907 sub s. a. 22 vorläufig als Depot erliegenden Betrage von 400 K den Rest von 200 K an den Erwerber des Grabes rückzuvergüten.

(Angenommen.)

(13889, M. A. XV, 9642.) **St.-R. Tomola** referiert über die Ernennung der Johanna Volker zur Lehrerin I. Klasse und beantragt, die Genannte an derjenigen Lehrstelle zu ernennen, welche sie bisher definitiv inne hatte und gleichzeitig den k. k. Bezirks-

schulrat Wien zu ersuchen, die Versetzung der Genannten an eine frei werdende Lehrstelle I. Klasse ehestens veranlassen zu wollen.
(Angenommen.)

(13892, M. A. XV, 9635.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Wiener Volksbildungsvereines um Überlassung eines Zimmers im k. k. Staatsgymnasium im XVII. Bezirke und beantragt, zuzustimmen, daß ein im Erdgeschosse gelegenes Zimmer des k. k. Staatsgymnasiums im XVII. Bezirke dem Wiener Volksbildungsvereine zur Abhaltung volkstümlicher Vorträge im Winter 1907/08 an Sonn- und Feiertags-Nachmittagen auf Widerruf überlassen wird. (Angenommen.)

(13893, M. A. XV, 9849.) St.-R. Tomola referiert über die Flüssigmachung der Bezüge für den definitiven Bezirks-Aushilfslehrer Karl Bagar vom 1. November 1907 und beantragt, hiezu die Zustimmung zu geben. (Angenommen.)

(13969, M. A. XV, 7113/05.) St.-R. Tomola referiert über den Bericht des Stadtbauamtes vom 3. Oktober 1907, Fach-Abteilung II, 1894, über die versuchsweise Umänderung der Schulgasöfen in einigen Schulen für Zirkulations- und Ventilationsbetrieb und beantragt:

1. Derselbe wird zur Kenntnis genommen. Nach Ablauf der Heizperiode 1907/08 ist über die gewonnenen Erfahrungen bezüglich des Gasverbrauches zu berichten.

2. Unter Zugrundelegung des von der Verwaltungs-Direktion der städtischen Gaswerke bekanntgegebenen Gas-Selbstkostenpreises ist festzustellen und zu berichten, ob und um wieviel die Betriebskosten bei Gasöfen höher sind als bei den anderen Schulheizsystemen.

3. Dem Revisor I. Klasse Karl Kostner wird mit Rücksicht auf die außerordentlichen Mehrarbeiten anläßlich der Einführung der Schulgasöfen eine Remuneration von 200 K bewilligt.
(Angenommen.)

(13469, M. A. III, 4827.) St.-R. Tomola referiert über das Offert der Eheleute Niernberger auf Verkauf des Hauses XVIII., Währingerstraße 153, an die Gemeinde und beantragt:

I. Die Gemeinde Wien erwirbt zu Straßenregulierungszwecken das dem Michael und der Cäcilie Niernberger gehörige Haus XVIII., Währingerstraße 153, Einl.-Z. 17, Grundbuch Weinhaus, wie es liegt und steht, mit dem Katastralausmaße von 308 m² um den Pauschalbetrag von 40.000 K und unter folgenden Bedingungen:

a) Die Käuferin übernimmt auf Abrechnung vom Kaufschillinge die Satzposten im Betrage von 18.000 K zur Selbstzahlung; die restliche Kaufsumme ist bei Übergabe des Kaufobjektes in den physischen Besitz der Gemeinde zu berichtigen.

b) Die Verkäufer leisten Gewähr dafür, daß die zugunsten des Alexander und der Marie Michaletz einverleibte Satzpost ohne Bezahlung einer Entschädigung halbjährig kündbar ist.

c) Das Kaufobjekt ist im Februartermine 1908 in geräumtem Zustande in den physischen Besitz der Gemeinde zu übergeben; die Verkäufer werden daher den Parteien im November 1907 vierteljährig kündigen.

d) Binnen fünf Tagen nach Aufforderung haben die Verkäufer die grundbücherliche Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung auf ihre Kosten zu erwirken.

e) Die Vertragskosten und die Übertragungsgebühren trägt die Gemeinde, die Bezahlung der Kosten der grundbücherlichen Löschung der Satzposten obliegt den Verkäufern.

II. Das Haus XVIII., Währingerstraße 153, ist im Februartermine 1908 abzutragen.
(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(13973, B. Sch. R. 7875.) St.-R. Tomola referiert über die Versetzung der durch die Auflassung der Mädchen-Volksschule IV., Paulanergasse 3, disponibel gewordenen Lehrerin für weibliche Handarbeiten Leopoldine Schönfelder an die Mädchen-Volksschule I., Werdertorgasse 6, und beantragt, zu derselben die Zustimmung zu geben. (Angenommen.)

(13982, M. A. XV, 4087.) St.-R. Tomola referiert über die Lieferung von Violinen für die Schulen Wiens und beantragt, die Lieferung der im Schuljahre 1907/08 für die Schulen Wiens erforderlichen Violinen dem Karl Haudek, I., Canovagasse 4, zum Preise von 17 K per Garnitur zu übertragen.
(Angenommen.)

(13693, B. Sch. R. 8385.) St.-R. Tomola referiert über die Kundmachung des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 2. Oktober 1907, betreffend die Ausschreibung der erledigten Stellen von katholischen Religionslehrern im Wiener Schulbezirke, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(13692, B. Sch. R. 8493.) St.-R. Tomola referiert über die Kundmachung des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 4. Oktober 1907, betreffend eine Konkursausschreibung zur Besetzung erledigter Schulleiterstellen im Wiener Schulbezirke, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(13980, M. A. XV, 9935.) St.-R. Tomola referiert über die Errichtung einer Schulexpositur in den n.-ö. Landes-Heil- und Pflegeanstalten Wien XIII., Am Steinhof und beantragt, der Errichtung einer Schulexpositur in den n.-ö. Landes-Heil- und Pflegeanstalten am Steinhof im Sinne des § 2 des Gesetzes vom 25. Dezember 1904, L.-G.-Bl. Nr. 98, für die Zeit vom 1. November 1907 bis zum Schlusse des Schuljahres 1907/08 unter folgenden Bedingungen zuzustimmen:

1. Die für die Expositur erforderlichen Lokalitäten und die hiefür notwendigen Einrichtungen sind seitens des n.-ö. Landes-Ausschusses unentgeltlich beizustellen.

2. Für die Instandhaltung und Reinigung dieser Lokalitäten und der Schuleinrichtung, für die Beheizung und künstliche Beleuchtung und für die notwendige Schulbedienung ist auf Kosten des Landes Niederösterreich Vorsorge zu treffen.

3. Diese Schulexpositur muß als Teil einer öffentlichen Volksschule auch anstaltsfremden Kindern zugänglich sein.
(Angenommen.)

(13878, M. A. III, 3586.) **Vize-Bürgermeister Dr. Porzer** referiert über die Vermietung des Souterrainlokales „Mehlgrube"

im Bürgerspitalfondshause I. Bezirk, Neuer Markt 3, und beantragt, das genannte Lokal ab Novembertermin 1907 gegen einen in halbjährigen Antizipativraten fälligen Jahreszins von 5000 K, gegen Erlag einer Kaution von 2500 K und gegen beiderseitige gesetzliche halbjährige Kündigung unter den Bedingungen der Hausordnung und unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen an Fritz Kleber in Bestand zu geben. (Angenommen.)

(13815, M. B. A. I, 47497.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über das Ansuchen des Christlich-deutschen Turnerbundes um Turnsalüberlassung in der Mädchen-Volksschule I., Johannesgasse 4 a, und beantragt die Überlassung am Mittwoch und Donnerstag jeder Woche unter den üblichen Bedingungen. (Angenommen.)

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

(13983, M. A. VI, 2326.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Beistellung des Kabsfuhrwerkes zur Schneeabfuhr im I. Bezirke, und beantragt, dieselbe im I. Bezirke in der V. Sektion für die Winterperiode 1907/08 und 1908/09 dem Anton Sterchele und Karl Schill zu den Kostenanschlagspreisen zu übertragen. Die Beschaffung dieses Fuhrwerkes für die VIII. Sektion ist dem Bezirksvorsteher im eigenen Wirkungskreise zu überlassen.
(Angenommen.)

(13967, M. A. VIII, 2254.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über das Ansuchen des Ingenieurs Hans Bartack, Bau-Inspektor des Stadtbauamtes, um käufliche Überlassung der alten städtischen Arbeiterbaracke in Naßwald (Reiterwiese) nächst der Karusselbrücke, sowie um pachtweise Überlassung eines Grundstreifens daselbst und beantragt die Abweisung aus prinzipiellen Gründen. Das Stadtbauamt ist zu beauftragen, wegen der Reparatur der Baracke einen auf das unumgänglich Notwendige beschränkten Kostenanschlag vorzulegen. (Angenommen.)

(Vize-Bürgermeister Dr. Porzer übernimmt den Vorsitz.)

(8627, 10367, 10414, M. A. XXII, 2418, 2481, 1896.) **Vize-Bürgermeister Hierhammer** referiert über 15 Offerte auf Verkauf von Kohlengruben, Kohlenwerken und Freischürfen und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Der **Vorsitzende** gibt folgenden Antrag des St.-R. Zatzka bekannt:

„Die Breitenseerstraße sei in der Länge der gegen diese Straße liegenden Kavalleriekaserne mit Bäumen zu bepflanzen."

(Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom **18. Oktober 1907.**

Vorsitzender: Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Braun, Brauneiß, Brzezowsky, Büsch, Dr. Deutschmann, Gräf Ferdinand, Grünbeck Sebastian, Gsottbauer, Hallmann, Hölzl, Hörmann, Hoß, Knoll, Dr. Krenn, Oppenberger, Rissaweg, Schneider, Schwer, Straßer, Tomola, Weitmann, Wessely, Zatzka.

Beurlaubt: St.-R. Hraba, Rain, Rauer, Schreiner.
Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär Hans Böttger.

Vize-Bürgermeister Hierhammer eröffnet die Sitzung.

(13975, M. A. III, 4759.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Projekt des niederösterreichischen Landesausschusses, betreffend die Herstellung einer Entwässerung der Cottage-Anlage in Weidlingau-Hadersdorf, und beantragt, zu der am 19. Oktober 1907 stattfindenden kommissionellen Verhandlung über das erwähnte Projekt ein Mitglied des Stadtrates zu delegieren und die Vertreter der Gemeinde Wien zu ermächtigen, Erklärungen abzugeben und Bestimmungen zu stellen, welche ihnen in Wahrung der Interessen der Gemeinde Wien und des Wiener Bürgerspitalfondes notwendig erscheinen. (Angenommen.)

(13882, M. A. III, 5279.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ansuchen des Johann Fichtinger um Übertragung des Pachtverhältnisses bezüglich der Parz. 26, Abt. VI und Parz. 38/2, Abt. V Speising auf die restliche Pachtdauer, das ist bis 31. Oktober 1910 unter den bisherigen Bedingungen seitens der Witwe des bisherigen Pächters Georg Koppensteiner und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(13965, M. A. II, 8210.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ansuchen der Bezirksarztenswitwe Rosa Kohn um Abfertigung beziehungsweise Gewährung einer Gnadenpension an Stelle der Abfertigung und beantragt die Abweisung des letzteren Ansuchens.

Der Gesuchstellerin wird eine Abfertigung im Betrage von 4000 K bewilligt und unter Einem zur Ausgabs-Rubrik V 5 ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses genehmigt.
(Angenommen; mehr als 16 Anwesende.)

(13884, M. A. III, 3842.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das Offert der Eheleute Anton und Ottilie Kretschmer auf Verkauf der Liegenschaften Einl.-Z. 1546 und 1547 Hernals, XVII. Bezirk, zwischen Gilm- und Richthausengasse im Gesamtausmaße von 854 m² um den Einheitspreis von 36 K per Quadratmeter und beantragt den Magistrat zu beauftragen, mit den Offerenten wegen Herabsetzung des Kaufpreises zu verhandeln.

St.-R. Weitmann beantragt die Ablehnung des Offertes wegen weitaus zu hoher Preisforderung.

Antrag Weitmann angenommen.

(13625.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Ergebnis der Wahl des Bezirksvorsteher-Stellvertreters im XVII. Bezirke und beantragt, die Wahl des Moritz Ploner, Hausbesitzer, zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(13936, 13937, M. A. II, 78248/06, 18800/07.) **St.-R. Oppenberger** referiert über Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des II. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(13978, M. A. V, 2107.) St.-R. Oppenberger referiert über Straßenherstellungen bei der Durchfahrt in km 6·3 der Nordwestbahn und beantragt, zu genehmigen, daß die bezeichneten Straßenherstellungen mit dem auf 11.219 K 60 h veranschlagten Erfordernisse von der Nordwestbahn auf Kosten der Gemeinde Wien unter Zugrundelegung des Offertes der Bauunternehmung H. Rella & Komp. ausgeführt werden. Behufs Bedeckung dieser Auslagen wird zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 d ein Zuschußkredit von rund 11.200 K bewilligt. (Angenommen.)

(14119, M. A. X, 7206.) **St.-R. Braun** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Lieferung von Grabkränzen für Allerheiligen 1907 am Wiener Zentral-Friedhofe, und beantragt, die Lieferung in folgender Weise zu vergeben:

Anna Rewald	100	Stück	zum	Preise	von	4 K.
August Spranger	50	„	„	„	„	4 „
Betti Angerle	50	„	„	„	„	4 „
	60	„	„	„	„	6 „
	15	„	„	„	„	24 „
Oskar Schmidt	80	„	„	„	„	8 „
Johann Geßl's Sohn	70	„	„	„	„	8 „
	50	„	„	„	„	14 „
	15	„	„	„	„	24 „
Eduard Orda	50	„	„	„	„	3 „
	50	„	„	„	„	4 „
	50	„	„	„	„	8 „
Therese Krantz	60	„	„	„	„	6 „

Der restliche Bedarf ist durch die Friedhofsverwaltung durch Handeinkauf zu decken.

Künftighin sind jedoch auch Anbote auf 25 Stück Grabkränze zuzulassen. (Angenommen.)

(13887, M. A. XI, 43486.) **St.-R. Hoß** referiert über den Rechnungsabschluß der städtischen Pfandleihanstalt im XXI. Bezirke pro 1905 und 1906, sowie über den Voranschlag pro 1908 und beantragt: Die beiden Rechnungsabschlüsse der städtischen Pfandleihanstalt im XXI. Bezirke pro 1905 und 1906 mit dem von der Stadtbuchhaltung festgestellten Ergebnisse und der Voranschlag pro 1908 werden genehmigt. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(Schluß der Sitzung.)

(**Richtigstellung.**) Im Amtsblatte Nr. 85 vom 22. Oktober 1907, Seite 2124, linke Spalte, gehört zu P. Z. 13180 nach den Worten „im Sinne des Magistrats-Antrages" folgender **Zusatz**:

„Weiters wird der Platzzins pro 1·06 auf ein Sechstel der vorgeschriebenen Gebühr, d. i. 168 K 50 h ermäßigt und die Verrechnung des für 1906 bezahlten Mehrbetrages per 842 K 72 h für das Jahr 1907 genehmigt."

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

Borstenviehmärkte vom 22. und 24. Oktober 1907.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Fleischschweine (Jungschweine)	9672 Stück
Fettschweine	7869 „
Summe .	17541 Stück

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche 1165 Stück.

Angekauft wurden:

für Wien	14355 Stück
für das Land	1270 „
unverkauft blieben	1916 „

2. Preisbewegung.

(Preis per 1 kg Lebendgewicht.)

Jungschweine (Fleischschweine):

I.	Qualität	von	98	bis	108 h (extrem bis 120 h)
II.	„	„	80	„	94 „
III.	„	„	68	„	78 „

Fettschweine:

I.	Qualität	von	110	bis	114 h (extrem bis 118 h)
II.	„	„	106	„	109 „
III.	„	„	100	„	105 „

Auf den dieswöchentlichen Borstenviehmärkten waren im Vergleiche zur Vorwoche um 647 Fleisch- und 1503 Fettschweine mehr aufgetrieben.

Der Geschäftsverkehr war durchaus flau. Fettschweine waren in allen Qualitäten um 5 bis 6 h, Fleischschweine in Prima um 4 bis 6 h, in minderen Sorten um 6 bis 8, auch 10 h per Kilogramm billiger.

* * *

Pferdemarkt vom 22. Oktober 1907.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 608 Pferde.

334 Schlachtpferde und 274 Gebrauchspferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 160 bis 1200 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 40 „ 120 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 21. und 24. Oktober 1907.

1. Auftrieb bezw. Zufuhr.

Kälber lebend	1001	Schafe lebend	3870
Kälber ausgeweidet . .	2815	Schafe ausgeweidet . .	584
Lämmer lebend	40	Schweine ausgeweidet .	1358
Lämmer ausgeweidet . .	32		

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I.	Qualität	von	106	bis	120 h	(extrem bis 124 h)
II.	„	„	98	„	104 „	
III.	„	„	90	„	96 „	

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	110	bis	140 h	(extrem bis 160 h)
II.	„	„	102	„	108 „	
III.	„	„	92	„	100 „	

Lämmer lebend (per Paar):

II.	Qualität	von	28	bis	36 K	(extrem bis — K)

Lämmer ausgeweidet (per Paar):

II.	Qualität	von	24	bis	36 K	(extrem bis — K)

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	—	bis	— h	(extrem bis 108 h)
II.	„	„	76	„	104 „	
III.	„	„	—	„	— „	

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	112	bis	128 h	(extrem bis 138 h)
II.	„	„	104	„	110 „	
III.	„	„	96	„	102 „	

Schafe lebend (per 1 Paar):

II.	Qualität	von	22	bis	26 h	(extrem bis 34 K)

Schafe lebend (per 1 kg):

I.	Qualität	von	53	bis	60 h	(extrem bis — h)
II.	„	„	42	„	50 „	
III.	„	„	38	„	41 „	

Bei lebhaftem Geschäftsverkehre wurden gegen die Vorwoche Primakälbersorten um 6 bis 8 h, mittlere und mindere Sorten um 8 bis 12 h per Kilogramm teuerer gehandelt.

Weidner Fleischschweine wurden um 6 h, weidner Fettschweine um 4 h per Kilogramm billiger verkauft.

Der Geschäftsverkehr in Lämmern war belanglos.

Auf dem Schafmarkte wurde bei langsamem Geschäftsverkehre um 3 bis 4 h per Kilogramm billiger gehandelt.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 563 Stück Kälber weniger zugeführt.

Auf dem Schafmarkte wurden um 232 Stück Schafe weniger aufgetrieben.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 24. Oktober 1907 109 Stück Mast-, 24 Stück Weide- und 78 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Baubewegung

vom 22. bis 24. Oktober 1907.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

V. Bezirk: Haus, Bräuhausgasse, Einl.-Z. 2284 und 2001, von Sandor Jaray, Bauführer G. Orglmeister (7750).

IX. Bezirk: Haus, Clusiusgasse 6, von Robert Nemecek, Bauführer Wilhelm Philipp (7757).

XXI. Bezirk: Wirtschaftsgebäude, Floridsdorf, Schloßhoferstraße 21, von Ferdinand Hütter, Bauführer Fr. Schuhmaier (35839).

„ „ Dreistöckiges Wohnhaus, Floridsdorf, Schloßhoferstraße 29, von Josef Anzböck, Bauführer Fr. Schuhmaier (36422).

„ „ Manipulationsgebäude, Floridsdorf, Schindlergasse, von Lederer & Nessenin, Bauführer Fr. Dietz v. Weidenberg (37221).

Adaptierungen.

I. Bezirk: Führichgasse 5, von der Allgemeinen österreichischen Baugesellschaft (7663).

„ „ Giselastraße 5, von Franz Spevak, Bauführer Franz Fritz (7756).

II. Bezirk: K. k. Prater, Klubhaus, Radfahrklub der Staats- und Hofbeamten, Bauführer E. Frauenfeld (7658).

„ „ Praterstraße 14, von Elisabeth Satzger v. Balvanyos, Bauführer Rudolf Breuer (7703).

VIII. Bezirk: Strozzigasse 1, Lerchenfelderstraße 42, von Ad. Franz Schwarz, Bauführer J. Mitschke (7695).

XV. Bezirk: Fünfhaus, Osterleingasse 3, von Norbert Retzl, Bauführer Friedrich Stagl (23145).

XVII. Bezirk: Hernals, Frauengasse 10, von Magdalena Hrdlicka, ebenda (45770).

„ „ Hernals, Sautergasse 16, von Franz Anger, ebenda, Bauführer Karl Haas (45587).

XIX. Bezirk: Heiligenstadt, Probusgasse 15, von Karl Rieder, ebenda, Bauführer Josef Grünbeck, Baumeister (23194).

Diverse geringere Bauten.

II. Bezirk: Pissoirherstellung, Franzensbrückenstraße 4, von Franz Hiller, Bauführer J. Warisch (7653).

III. Bezirk: Rohrkanal und Waschküchenherstellung, Blüthengasse 7, von Costa Rosetti v. Rosauegg, Bauführer Rud. Jäger (7655).

„ „ Einfriedungsmauer, Fasangasse Parz. 1117/5, von Dr. Rud. Ritter Wiener v. Welten, Bauführer C. Miserowsky (7729).

IX. Bezirk: Werkstättenbau, Heiligenstädterlände 9, von Eduard Hauser, Bauführer J. Schmalzhofer (7666).

XIX. Bezirk: Unter-Sievering, Weinberggasse 69, von der Firma Bensdorp & Komp., ebenda, Bauführer Adolf Micheroli, Baumeister (23356).

XX. Bezirk: Schupfen und Hofeinbau, Dresdnerstraße 110, von Winter & Adler, Bauführer Josef Werner (7724).

XXI. Bezirk: Eiskeller, Floridsdorf, Lusergasse, von Johann Schical, Bauführer Josef Molzer (35865).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

II. Bezirk: Wolfgang Schmälzlgasse, Einl.-Z. 4439, von Marie Zavis (7657).

III. Bezirk: Rennweg 64, Aspangstraße 39, von Hermann Weinberg (7654).

„ „ Apostelgasse 19, von David und Berta Meitner (7697).

VI. Bezirk: Floßgasse 14, von Marie Straßer (7700).

VII. Bezirk: Seidengasse 30, von Ernst Epstein (7668).

VIII. Bezirk: Florianigasse 43, Schönborngasse 20, von Ludwig Supancic (7723).

Demolierungsanzeigen.

III. Bezirk: Gärtnergasse 13, Magistrats-Abteilung III, von Gustav Ludwig (7706).

XVII. Bezirk: Neuwaldegg, Neuwaldeggerstraße 35, von Dr. Ernst Marbach (45708).

Realitäten-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 30. September 1907.

I. Bez., Bäckerstraße, Einl.-Z. 59, bisheriger Besitzer Berta Dolezal 1/12, grundbücherlich übertragen an Christine Schaup 1/12, am 21. September 1907.

" " Fleischmarkt, E.-Z. 272, bish. Bes. Dr. Ludwig Ritter v. Karajan 1/4, grdb. übertr. an Helene v. Stankiewicz, Johanna v. Obermayer, Dr. Ernst Ritter v. Karajan, Emanuel v. Karajan, je 1/16, am 16. Sept. 1907.

" " Giselastraße, E.-Z. 363, bish. Bes. Pauline Freiin Scharschmied v. Adlertreu, grdb. übertr. an Franziska Seraphine Rainer v. Harbach, geb. Scharschmid v. Adlertreu, Paula Baltazzi, geb. Freiin Scharschmied v. Adlertreu, je 1/2, am 12. Sept. 1907,

" " Schreyvogelgasse, E.-Z. 614, bish. Bes. Anna Neidert, grdb. übertr. an den Wiener Stadterweiterungsfond, am 14. Sept. 1907.

" " Riemergasse, E.-Z. 955, bish. Bes. Viktor Freiherr Vesque v. Püttlingen 5/96, grdb. übertr. an Richard Freiherrn Vesque v. Püttlingen 5/96, am 25. Sept. 1907.

" " Schulerstraße, E.-Z. 1117, bish. Bes. Franziska Rausch 1/32, grdb. übertr. an Ernst Rausch 1/32, am 2. Sept. 1907.

" " Schulerstraße, E.-Z. 1117, bish. Bes. Franziska Maurer Edle v. Kronegg 4/32, grdb. übertr. an Adolf Rausch, Hugo Rausch, Marie Lehner, Ernst Rausch, je 1/32, am 24. Sept. 1907.

II. (XX.) Bez., Afrikanergasse, E.-Z. 3, bish. Bes. Anna Anderle v. Sylor, Karl Hanakamp, Stephan Hanakamp, Paul Hanakamp, je 1/10, Therese Hanakamp 6/10, grdb. übertr. an das k. k. Arar, am 2. Sept. 1907.

" " Obere Donaustraße, E.-Z. 384, bish. Bes. Franziska Kottas v. Heldenberg, grdb. übertr. an Josefa Nowak, Leokadia Waza, geb. Tesarz, Karl Tesarz, je 1/3, am 19. Sept. 1907.

" " Gerhardusgasse, E.-Z. 603, bish. Bes. Theodor Brunabend, grdb. übertr. an Theodor Brunabend, am 12. Sept. 1907.

" " Helenengasse, E.-Z. 705, bish. Bes. Max Bruckner 1/6, grdb. übertr. an Richard Bruckner 1/6, am 24. Sept. 1907.

" " Kleine Pfarrgasse, E.-Z. 1317, bish. Bes. Rosa Koch, grdb. übertr. an Enoch Heinrich Herzog, am 10. Sept. 1907.

" " Rauscherstraße, E.-Z. 1539, bish. Bes. Karl Reismann 1/2, grdb. übertr. an Charlotte Stern 1/2, am 14. Sept. 1907.

" " Große Schiffgasse, E.-Z. 1677, bish. Bes. Johanna Czepiczka 1/2, grdb. übertr. an Josef Czepiczka, Alfred Czepiczka, Johanna Smeikal, Adolfine Bäumel, je 1/8, am 25. Sept. 1907.

" " Sinagasse, E.-Z. 1889, bish. Bes. Johann Breineßl, grdb. übertr. an Gisela Künzl, am 21. Sept. 1907.

" " Große Sperlgasse, E.-Z. 1919, bish. Bes. Josef Mück, grdb. übertr. an Samuel Triger, Adele Triger, je 1/2, am 21. Sept. 1907.

" " Große Stadtgutgasse, E.-Z. 1966, bish. Bes. Emilie Janecek, grdb. übertr. an Anna Kukla, am 2. Sept. 1907.

" " Engerthstraße, E.-Z. 2824, bish. Bes. Johann Nemeth, grdb. übertr. an Gustav Heidenreich, am 17. Sept. 1907.

" " Handelskai, E.-Z. 4584, bish. Bes. der Donauregulierungsfond, grdb. übertr. an die Firma Ad. Jg. Mauthner & Sohn, am 25. Sept. 1907.

" " Förstergasse, E.-Z. 4919, bish. Bes. Anton Bauer 1/2, grdb. übertr. an Cäcilie Bauer 1/2, am 1. Okt. 1907.

" " Wolfgang Schmälzlgasse, E.-Z. 5178, bish. Bes. Engelbert Lanzl 1/2, grdb. übertr. an Anton Wagner 1/2, am 9. Sept. 1907.

" " Pasettistraße, E.-Z. 5323, bish. Bes. Samuel Süßkind, Wilhelm Linder, je 1/2, grdb. übertr. an Eduard Popper, am 27. Sept 1907.

" " Nordbahnstraße, E.-Z. 5377, bish. Bes. Severin Tesar, grdb. übertr. an Sandor Schiller, Rosa Schiller, Hermann Schiller, Gisela Schiller, Ludwig Schiller, Elsa Schiller, je 1/6, am 6. Sept. 1907.

III. Bez., Apostelgasse, E.-Z. 32, bish. Bes. Josefine Pyerker de Felsö Eör, grdb. übertr. an David Meitner, Berta Meitner, je 1/2, am 14. Sept. 1907.

" " Baumgasse, E.-Z. 150, bish. Bes. Adolf Brabetz 1/2, Samuel Blüh, Karl Wiener, je 1/4, grdb. übertr. an die Österreichische photographische Gesellschaft, am 22. Sept. 1907.

" " Baumannstraße, E.-Z. 167, bish. Bes. Marie Makovsky, grdb. übertr. an Otto Ritter Benischko v. Dobroslaw, am 19. Sept. 1907.

" " Sophienbrückengasse, E.-Z. 201, bish. Bes. Josef Danninger, Karoline Danninger, je 1/3, Friederike Ziegler, Otto Ziegler, Rudolf Ziegler, Marie Therese Ziegler, Johann Ziegler, je 1/15, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 20. Sept. 1907.

" " Hohlweggasse, E.-Z. 628, bish. Bes. Karl Hoffmann jun., grdb. übertr. an Elsa Spietzer, am 12. Sept. 1907.

" " Leonhardgasse, E.-Z. 998, bish. Bes. Magdalena Pürcher 57/280, grdb. übertr. an Magdalena Tesar 57/280, am 7. Sept. 1907.

III. Bez., Landstraße Hauptstraße, E.-Z. 884, bish. Bes. Karl Ludwig Haag 1/2, grdb. übertr. an Adelinde Josefine Haag 1/2, am 18. Sept. 1907.

" " Rennweg, E.-Z. 1341, bish. Bes. Eva Oppitz 7/10, grdb. übertr. an Rosina Oppitz 7/10, am 23. Sept. 1907.

" " Rochusgasse, E.-Z. 1393, bish. Bes. Agnes Szakats 1/2, grdb. übertr. an Emmerich Szakats, am 14. Sept. 1907.

" " Steingasse, E.-Z. 1605, bish. Bes. Helene Zelebor 1/5, grdb. übertr. an Therese Zelebor 1/10, Franziska Parth, Valentin Zelebor, Hedwig Franke, Stephanie Hampel, je 1/10, am 3. Sept. 1907.

" " Wassergasse, E.-Z. 1814, bish. Bes. Johanna Haasmann 1/2, grdb. übertr. an Josef Haasmann, Anna Haasmann, je 1/2, am 27. Sept. 1907.

" " Nottendorfergasse, E.-Z. 2117, bish. Bes. Heinrich Glaser, grdb. übertr. an Emilie Schulhof, am 22. Aug. 1907.

" " Landstraßergürtel, E.-Z. 2755, bish. Bes. Josef Lamberger, grdb. übertr. an Josef Zezza, am 12. Sept. 1907.

" " Erdbergermais, E.-Z. 2820, bish. Bes. Heinrich Glaser, grdb. übertr. an Emilie Schulhof, am 22. Aug. 1907.

" " Hainburgerstraße, E.-Z. 2832, bish. Bes. Therese Schneider, grdb. übertr. an Jaroslav Mischkönig, am 20. Sept. 1907.

" " Neulinggasse, E.-Z. 3149, bish. Bes. Matthias Trisko, grdb. übertr. an Konrad Köttner, am 12. Sept. 1907.

" " Erdbergermais, E.-Z. 3216, bish. Bes. Heinrich Glaser, grdb. übertr. an Emilie Schulhof, am 22. Aug. 1907.

IV. Bez., Kolschitzkygasse, E.-Z. 400, bish. Bes. Marie Willner, grdb. übertr. an Karl Zwirina, am 12. Sept. 1907.

" " Kolschitzkygasse, E.-Z. 401, bish. Bes. Marie Willner, grdb. übertr. an Karl Zwirina, am 12. Sept. 1907.

" " Trappelgasse, E.-Z. 822, bish. Bes. Moses M. Philipp, grdb. übertr. an Dr. Siegmund Katz, Leon Lindner, je 1/2, am 25. Sept. 1907.

V. Bez., Hertergasse, E.-Z. 113, bish. Bes. Franz Zeiner 1/2, grdb. übertr. an m. Friedrich Zeiner 1/2, am 18. Sept. 1907.

" " Hofgasse, E.-Z. 414, bish. Bes. Franz Dindl 1/2, grdb. übertr. an Anna Dindl 1/2, am 3. Sept. 1907.

" " Laurenzergasse, E.-Z. 700, bish. Bes. Karl Hirsch, grdb. übertr. an Johann Bonkal, am 28. Sept. 1907.

" " Reinprechtsdorferstraße, E.-Z. 945, bish. Bes. Wilhelm Hammerschlag, grdb. übertr. an Anton Pech, am 6. Sept. 1907.

" " Castelligasse, E.-Z. 1197, bish. Bes. Hermine Pokorny, verehel. Labres, Gisela Stingl, Anna Schleif, Rudolf Pokorny, Marie Pokorny, verehel. Brecht v. Brechtenberg, je 1/6, am 27. Sept. 1907.

" " Wienstraße, E.-Z. 1233, bish. Bes. Julius Seifert, grdb. übertr. an Johanna Grubwieser, am 9. Sept. 1907.

" " Obere Amtshausgasse, E.-Z. 1584, bish. Bes. Emilie Mraz 4/6, m. Emmerich Mraz 2/6, grdb. übertr. an Michael Hensling, Theresia Hensling, je 1/2, am 12. Sept. 1907.

" " Bachergasse, E.-Z. 1785, bish. Bes. Franz Dindl 1/2, grdb. übertr. an Anna Dindl 1/2, am 3. Sept. 1907.

" " Pachergasse, E.-Z. 2180, bish. Bes. Anton Engerth, grdb. übertr. an Franz Schaffler, Agnes Schaffler, Marie Kuchwald, Adalbert Kuchwalek, je 1/4, am 27. Sept. 1907.

VI. Bez., Mariahilferstraße, E.-Z. 658, bish. Bes. Anna Rohrer 1/12, grdb. übertr. an Stephan Rohrer 1/12, am 19. Sep. 1907.

" " Ufergasse, E.-Z. 1021, bish. Bes. die Firma S. Krull & Komp., grdb. übertr. an Johann Mayrl, am 19. Sept. 1907.

" " Webgasse, E.-Z. 1079, bish. Bes. Aurelie Haun, geb. Schaube, Emilie Steingruber, Mathilde Haun, je 2/24, grdb. übertr. an Gisela Achatz, Dominika Haun, je 3/24, am 3. Sept. 1907.

" " Mollardgasse, E.-Z. 775, bish. Bes. Therese Grünwald 4/36 und 1/14, Marie Jordan 1/12 und 1/14, Karl Kothmayer, Charlotte Bernhart, je 1/14, Hermine Zykan 1/12 und 1/14, Albert Jordan 1/36, grdb. übertr. an Emilie Richter 40/126, Rudolf Kothmayer 87/252, am 10. Sept. 1907.

VII. Bez., Bandgasse, E.-Z. 57, bish. Bes. Johann Peterka, Marie Peterka, je 1/2, grdb. übertr. an Johann Gradsack, Cäcilie Gradsack, je 1/2, am 2. Okt. 1907.

" " Burggasse, E.-Z. 137, bish. Bes. Franz X. Pleban, grdb. übertr. an Emilie Edle v. Portheim, am 28. Sept. 1907

" " Burggasse, E.-Z. 205, bish. Bes. Hedwig Anderle 1/2, grdb. übertr. an Alois Anderle 1/2, am 5 Sep. 1907.

" " Kaiserstraße, E.-Z. 395, bish. Bes. Rosa Weiß, grdb. übertr. an Heinrich Weiß, am 26. Sept. 1907.

" " Kandlgasse, E.-Z. 435, bish. Bes. Barbara Schlachhuber 1/2, grdb. übertr. an Josefine Petz, Anna Petz, je 1/2, am 25. Sept. 1907.

" " Mondscheingasse, E.-Z. 682, bish. Bes. Josef Hummelberger 1/2, grdb. übertr. an Marie Anna Hummelberger, je 1/2, am 11. Sept. 1907.

" " Neustiftgasse, E.-Z. 862, bish. Bes. Georg Zipperer 1/15, grdb. übertr. an Anna Zipperer, Marie Zipperer, Klara Zipperer, je 1/45, am 10. Sept. 1907.

" " Siebensterngasse, E.-Z. 1012, bish. Bes. Peter Siedek 1/2, grdb. übertr. an Viktor Siedek 1/2, am 17. Sept. 1907.

VII. Bez., Schottenhofgasse, E.-Z. 972, bish. Bes. Johann Feichtenberger, grdb. übertr. an m. Alfred Feichtenberger, m. Karl Spilka, je ½, am 26. Sept. 1907.

" " Bernardgasse, K.-Nr. 681, E.-Z. 774, bish. Bes. Rosa Herre ½, grdb. übertr. an Franz Herre, Johanna Slonek, geb. Herre, je ¼, am 27. Sept. 1907.

" " Wimbergergasse, K.-Nr. 693, E.-Z. 776, bish. Bes. m. Josefine Neusser ½, grdb. übertr. an Josef Neusser ½, am 20. Sept. 1907.

VIII. Bez., Langegasse, E.-Z. 367, bish. Bes. Rosa Weiß, grdb. übertr. an Paula Prätz, am 23. Sept. 1907.

" " Lerchenfelderstraße, E.-Z. 528, bish. Bes. Marie Koch, verehel. Bürkl 1/16, grdb. übertr. an Josef Czernay 1/10, am 26. Sept. 1907.

" " Schönborngasse, E.-Z. 983, bish. Bes. Richard Sucharipa, grdb. übertr. an Alfred Schrantz, am 6. Sept. 1907.

IX. Bez., Fechtergasse, E.-Z. 185, bish. Bes. Leopold Hollub, Franziska Rauchenzauner, je ½, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 9. Sept. 1907.

" " Rufgasse, E.-Z. 801, bish. Bes. Anna Schetril, verehl. Freundorfer, Rosina Schetril, verehel. Staret, je ½, grdb. übertr. an Maximilian Ronsburger, am 18. Sept. 1907.

" " Rufgasse, E.-Z. 802, bish. Bes. Olga Neumayer, grdb. übertr. an die Sparkassa der Stadt St. Pölten, am 26. Sept. 1907.

" " Salzergasse, E.-Z. 808, bish. Bes. Matthias Trisko, grdb. übertr. an Konrad Köttner, am 11. Sept. 1907.

" " Säulengasse, E.-Z. 834, bish. Bes. Anton Bauer jun., grdb. übertr. an Cäcilie Bauer, am 1. Okt. 1907.

" " Schubertgasse, E.-Z. 847, bish. Bes. Andreas Engel, grdb. übertr. an die Firma Brüder Gibian, am 5. Sept. 1907.

" " Schubertgasse, E.-Z. 849, bish. Bes. Andreas Engel, grdb. übertr. an die Firma Brüder Gibian, am 5. Sept. 1907.

" " Servitengasse, E.-Z. 929, bish. Bes. Helene Zelebor 1/3, grdb. übertr. an Theresia Zelebor 1/10, Valentin Zelebor, Franziska Parth, Hedwig Franke, Stephanie Hampel je 1/40, am 12. Sept. 1907.

" " Thurngasse, E.-Z. 1021, bish. Bes. Dr. Isidor Lamberger, Dr. Hugo Morgenstern je ½, grdb. übertr. an Elisabeth Loskot, am 28. Sept. 1907.

" " Rotenlöwengasse, E.-Z. 1257, bish. Bes. Rosa Weiß, grdb. übertr. an Ludwig Weiß, am 28. Sept. 1907.

" " Elisabeth-Promenade, E.-Z. 1429, bish. Bes. Karl Erban 1/10, grdb. übertr. an Leopoldine Erban, Aloisia Erban, Karoline Kainz, Adelheid Kainz, Rudolf Erban, je 1/80, am 20. Sept. 1907.

" " Clusiusgasse, E.-Z. 1598, bish. Bes. Viktor Silberer, grdb. übertr. an Robert Nemecek, am 19. Sept. 1907.

" " Säulengasse, E.-Z. 1696, bish. Bes. Theresia Homolatsch, grdb. übertr. an Franz Rimmer, Karoline Rimmer, je 1/6, Thekla Böhm, Karoline Rimmer jun., je 1/3, am 25. Sept. 1907.

X. Bez., Bürgergasse, E.-Z. 153, bish. Bes. Franz Seidl, grdb. übertr. an Theodor Brath, Alma Brath, je ½, am 4. Sept. 1907.

" " Kolumbusgasse, E.-Z. 208, bish. Bes. Josefine Zeitlinger, verehl. Schranz, grdb. übertr. an Franz Wlasak, Amalia Wlasak, je ½, am 19. Sept. 1907.

" " Herzgasse, E.-Z. 585, bish. Bes. Sophie Wild, grdb. übertr an Emil Fürth, Franz Bidla, Johann Stöbinger, je 1/3, am 30. Okt. 1907.

" " Herzgasse, E.-Z. 607, bish. Bes. Eduard Hlawacek, grdb. übertr. an Karl Heller, am 13. Sept. 1907.

" " Favoritenstraße, E.-Z. 654, bish. Bes. Julius Putz 1/3, grdb. übertr. an Franz Steinbacher 1/3, am 12. Sept. 1907.

" " Favoritenstraße, E.-Z. 719, bish. Bes. Josef Luhan 1/3, grdb. übertr. an Marie Langer 1/3, am 19. Sept. 1907.

" " Kudlichgasse, E.-Z. 887, bish. Bes. Julius Frankl, grdb. übertr. an Leopoldine Uhl, am 27. Sept. 1907.

" " Muhrengasse, E.-Z. 1155, bish. Bes. Franz Dorschner, grdb. übertr an Adolf Winkler, Leopoldine Winkler, je ½, am 14. Sept. 1907.

" " Rotenhofgasse, E.-Z. 1430, bish. Bes. Matthias Polak, Katharina Polak, je ½, grdb. übertr. an Adolf Sterba, Aloisia Sterba, je ½, am 4. Sept. 1907.

" " Siccardsburggasse, E.-Z. 1627, bish. Bes. Franz Machly, grdb. übertr. an Franz Fortin, Anna Meidel, je ½, am 4. Sept. 1907.

" " Gudrunstraße, E.-Z. 1635, bish. Bes. Isaak Müntz, grdb. übertr. an Elias Rippel, Izaslav Bursztyn, je ½, am 6. Sept. 1907.

" " Wielandgasse, E.-Z. 1904, bish. Bes. Austria-Brauerei Robert und Ernst Herzfelder & Komp., grdb. übertr. an Josef Racicky, Hedwig Racicky, je ½, am 24. Sept. 1907.

" " Inzersdorf-Stadt, K.-Nr. 306, E.-Z. 442, bish. Bes. Franz Hausner, Julianna Hausner, je 1/3, grdb. übertr. an Matthias Hofner, Franziska Hofner, je 1/3, am 28. Sept. 1907.

" " Inzersdorf-Stadt, Kolumbusgasse, K.-Nr. 627, E.-Z. 589, bish. Bes. Karl Franke, grdb. übertr. an Paul Huber, Marie Huber, je ½, am 3. Okt. 1907.

XI. Bez., Simmering, Geiselbergstraße, E.-Z. 402, bish. Bes. Marie Zavis, grdb. übertr. an Johann Pluskal, Josefa Pluskal, je ½, am 24. Sept. 1907.

" " Simmering, V. Landengasse 3, K.-Nr. 93, E.-Z. 844, bish. Bes. Therese Schusser, grdb. übertr. an Leopoldine Pollak, am 16. Sept. 1907.

XII. Bez., Altmannsdorf, Biedermannstraße K.-Nr. 185, E.-Z. 94, bish. Bes. Josef Groß, Josefa Groß, je ½, grdb. übertr. an Franz Schnal, am 18. Sept. 1907.

" " Gaudenzdorf, Diefenbachgasse, K.-Nr. 163, E.-Z. 163, bish. Bes. Michael Höller 1/10, grdb. übertr. an Albert Kollmayer, Wilhelmine Höller, je 1/20, am 24. Sept. 1907.

" " Gaudenzdorf, Diefenbachgasse, K.-Nr. 164, E.-Z. 164 bish. Bes. Michael Höller, 1/10 grdb. übertr. an Albert Kollmayer, Wilhelmine Höller, je 1/20, am 24. Sept. 1907.

" " Gaudenzdorf Kollmayergasse, K.-Nr. 266, E.-Z. 258, bish. Bes. Florentine Fränkel, grdb. übertr. an Anton Krumpschmid, Margarete Krumpschmid, je ½, am 12. Sept. 1907.

" " Gaudenzdorf, Längenfeldgasse, K.-Nr. 289, E.-Z. 343, bish. Bes. Ferdinand Poisinger, Rosalia Poisinger, je ½, grdb. übertr. an Marie Arnold, am 10. Sept. 1907.

" " Hetzendorf, Schlögelgasse, K.-Nr. 88, E.-Z. 192, bish. Bes. Lambert Artmann ½, grdb. übertr. an Rudolf Artmann ½, am 9. Sept. 1907.

" " Hetzendorf, Eglseegasse, K.-Nr. 117, E.-Z. 245, bish. Bes. Anton Högler, Marianne Högler, je ½, grdb. übertr. an Theodor Leo Fabian, Fanny Fabian, je ½, am 18. Sept. 1907.

" " Hetzendorf, Schönbrunner Allee, K.-Nr. 283, E.-Z. 480, bish. Bes. Franz Ehrenberger ½, grdb. übertr. an m. Marie Ehrenberger, Luise Ehrenberger, je ¼, am 12. Sept. 1907.

" " Hetzendorf, Bethlengasse, K.-Nr. 302, E.-Z. 481, bish. Bes. Franz Ehrenberger ½, grdb. übertr. an m. Marie Ehrenberger, Luise Ehrenberger, je ¼, am 12. Sept. 1907.

" " Ober-Meidling, Rechte Wienzeile, K.-Nr. 77, E.-Z. 75, bish. Bes. Josef Münster, grdb. übertr. an Alois Brusatti, Karoline Brusatti, je ½, am 11. Sept. 1907

" " Unter-Meidling, Pohlgasse, K.-Nr. 455, E.-Z. 455, bish. Bes. Karoline Orglmeister ½, grdb. übertr. an Ignaz Orglmeister ½, am 13. Sept. 1907.

" " Unter-Meidling, Wilhelmstraße, K.-Nr. 514, E.-Z. 514, bish. Bes. Julie Dach 1/8, grdb. übertr. an Paul Dach 1/8, am 24. Sept. 1907.

" " Unter-Meidling, Wilhelmstraße, K.-Nr. 528, E.-Z. 528, bish. Bes. Martin Pfauser, grdb. übertr. an Josef Windirsch, Christine Windirsch, je ½, am 11. Sept. 1907.

" " Unter-Meidling, Aichholzgasse, K.-Nr. 727, E.-Z. 561, bish. Bes. Franziska Sonnleitner, grdb. übertr. an Peter Steinlechner, Rosine Steinlechner, je ½, am 19. Sept. 1907.

" " Unter-Meidling, Aichholzgasse, K.-Nr. 931, E.-Z. 970, bish. Bes. Karl Plauer 1/4, grdb. übertr. an m. Juliana Plauer, Hermine Plauer, je 1/8, am 19. Sept. 1907.

" " Unter-Meidling, Sechtergasse, K.-Nr. 1065, E.-Z. 1095, bish. Bes. Eduard Koblizek, grdb. übertr. an Eduard Koblizek, Franz Koblizek, je ½, am 1. Okt. 1907.

XIII. Bez., Penzing, Linzerstraße, K.-Nr. 185, E.-Z. 252, bish. Bes. Elisabeth Kobam, grdb. übertr. an Johann Kobam, am 6. Sept. 1907.

" " Unter-Baumgarten, Baumgartenstraße, K.-Nr. 170, E.-Z. 269, bish. Bes. Alois Schwarz, grdb. übertr. an Johann Prée.

" " Penzing, Linzerstraße, K.-Nr. 185, E.-Z. 252, bish. Bes. Elisabeth Kobam, grdb. übertr. an Johann Kobam, am 6. Sept. 1907.

" " Penzing, Hollergasse, K.-Nr. 239, E.-Z. 692, bish. Bes. J. Gangl, Amalia Gangl, je ½, grdb. übertr. an Georg List, Marie List, je ½, am 27. Sept. 1907.

" " Penzing, Leegasse, K.-Nr. 828, E.-Z. 1509, bish. Bes. Josef Rittchen, grdb. übertr. an Georg Pawlas, am 5. Sept. 1907.

" " Penzing, Meiselstraße, K.-Nr. 907, E.-Z. 1634, bish. Bes. Katharina Schlager, grdb. übertr. an Karl Kaus, Johanna Kaus, je ½, am 14. Sept. 1907.

" " Speising, Speisingerstraße, K.-Nr. 13, E.-Z. 25, bish. Bes. Ignaz Eckensdorfer 2/18, Michael Eckensdorfer 1/18, grdb. übertr. an Josef Eckensdorfer ½, am 25. Sept. 1907.

" " Speising, Fasangartengasse, K.-Nr. 1, E.-Z. 151, bish. Bes. Karl Menschik, grdb. übertr. an Karoline Springer, am 27. Sept. 1907.

" " Ober-St. Veit, Einsiedeleigasse, K.-Nr. 38, E.-Z. 56, bish. Bes. Wilhelm Stern, grdb. übertr. an Alois Lennar, am 10. Sept. 1907.

" " Ober-St. Veit Glasauergasse, K.-Nr. 92, E.-Z. 97, bish. Bes. Wilhelmine Herzig, grdb. übertr. an Johann Glasauer, Marie Glasauer, je ½, am 3. Sept. 1907.

" " Unter-St. Veit, Hügelgasse, K.-Nr. 248, E.-Z. 274, bish. Bes. Franz Ritter v. Dahmen, grdb. übertr. an Otto Manbach, am 28. Sept. 1907.

" " Unter-St. Veit, Hietzinger Kai, K.-Nr. 248, E.-Z. 279, bish. Bes. Franz Ritter v. Dahmen, grdb. übertr. an Otto Manbach, am 28. Sept. 1907.

XIV. Bez., Rudolfsheim, Dreihausgasse, K.-Nr. 167, E.-Z. 167, bish. Bes. Emilie Zwieauer $^{7}/_{440} + {}^{7}/_{8800} + {}^{396}/_{24200}$, grdb. übertr. an Johann Zwieauer $^{4}/_{440} + {}^{7}/_{8800} + {}^{396}/_{24200}$, am 28. Sept. 1907.

" " Rudolfsheim, Dreihausgasse, K.-Nr. 168, E.-Z. 168, bish. Bes. Anton Semmler, Franziska Semmler, je ½, grdb. übertr. an Josef Grimme, am 4. Sept. 1907.

" " Rudolfsheim, Geibelgasse, K.-Nr. 226, E.-Z. 226, bish. Bes. Franz Libal ½, grdb. übertr. an Leopoldine Libal ½, am 6. Sept. 1907.

" " Rudolfsheim, Preysinggasse, K.-Nr. 701, E.-Z. 631, bish. Bes. Dr. Julius Mayer, grdb. übertr. an Eleonore Kobinger, am 4. Sept. 1907.

" " Rudolfsheim, Stättermayergasse, K.-Nr. 578, E.-Z. 1072. bish. Bes. Josef Maurer jun. 1/6, grdb. übertr. an Josef Maurer sen. 1/6, am 16. Sept. 1907.

" " Rudolfsheim, Wurmsergasse, K.-Nr. 770, E.-Z. 1215, bish. Bes. Karoline Riedl, grdb. übertr. an Georg Stein, Marie Stein, je 1/6, am 14. Sept. 1907.

" " Rudolfsheim, Märzstraße, K.-Nr. 1007, E.-Z. 1501, bish. Bes. Therese Staudner, grdb. übertr. an Josef Billy, Theresia Billy, je ½, am 9. Sept. 1907.

" " Sechshaus, Sechshausergürtel, K.-Nr. 205, E.-Z. 211, bish. Bes. Maurice Maxime Labin, grdb. übertr. an die Papierwerke Labin G. m. b. H., am 7. Sept. 1907.

" " Sechshaus, Graumanngasse, K.-Nr. 204, E.-Z. 204, bish. Bes. Josefine Cipera ½, grdb. übetr. an Vilemine Cipera ½, am 27. Sept. 1907.

" " Sechshaus, Graumanngasse, K.-Nr. 204, E.-Z. 214, bish. Bes. Josefine Cipera ½, grdb. übertr. an Vilemine Cipera ½, am 27. Sept. 1907.

XV. Bez., Fünfhaus, Klementinengasse, K.-Nr. 60, E.-Z. 60, bish. Bes. Alois Scheidl, grdb. übertr. an Josef Wünsch, am 4. Okt. 1907.

" " Fünfhaus, Robert Hamerlinggasse, K.-Nr. 150, E.-Z. 150, bish. Bes. Fanny Bruckner, grdb. übertr. an Karl Seidl, Pauline Seidl, je ½, am 20. Sept. 1907.

" " Fünfhaus, Zwölfergasse, K.-Nr. 274, E.-Z. 274, bish. Bes. Marie Pflänzl, grdb. übertr. an Johann Marksteiner, am 11. Sept. 1907.

" " Fünfhaus, Löhrgasse, K.-Nr. 371, E.-Z. 371, bish. Bes. Katharina Blazek, verw. Bohmann, grdb. übertr. an Katharina Jenner-Ostermayer, Karl Bohmann, Leopold Bohmann, je 1/3, am 12. Sept. 1907.

" " Fünfhaus, Löhrgasse, K.-Nr. 371, E.-Z. 371, bish. Bes. Katharina Jenner-Ostermann, Karl Bohmann, Leopold Bohmann, je 1/3, grdb. übertr. an Karl Göschka, Albertine Göschka, je ½, am 27. Sept. 1907.

" " Fünfhaus, Pelzgasse, K.-Nr. 384, E.-Z. 384, bish. Bes. Katharina Bohrman, grdb. übertr. an Katharina Jenner-Ostermann, Karl Bohmann, Leopold Bohmann, je 1/3, am 10. Sept. 1907.

" " Fünfhaus, Märzstraße, K.-Nr. 605, E.-Z. 559, bish Bes. Josef Spiske, Wilhelmine Spiske, geb. Slamko, je ½, grdb. übertr. an Dr. Josef Kißling, Marie Kißling, je ½, am 11. Sept. 1907.

" " Fünfhaus, Neubaugürtel, K.-Nr. 640, E.-Z. 583, bish. Bes. Rudolf Dengler, grdb. übertr. an Karl Skopek, am 2. Okt. 1907.

" " Fünfhaus, Beingasse, K.-Nr. 567, E.-Z. 774, bish. Bes. Friedrich Grüll, grdb. übertr. an Marie Schrimpf, Hermine Mück, je ½, am 1. Okt. 1907.

XVI. Bez., Neulerchenfeld, Schinaglgasse, K.-Nr. 522, E.-Z. 145, bish. Bes. Wilhelm Koreska, Emilie Koreska, je ½, grdb. übertr. an Hermann Wallner, Therese Wallner, je ½, am 23. Sept. 1907.

" " Neulerchenfeld, Brunnengasse, K.-Nr. 200, E.-Z. 263, bish. Bes. Leon Tanne ½, grdb. übertr. an Josefine Tanne ½, am 30. Sept. 1907.

" " Neulerchenfeld, Brunnengasse, K.-Nr. 283, E.-Z. 450, bish. Bes. Karl Wunderlich, Anna Wunderlich $^{943}/_{10000}$, grdb. übertr. an Franz Fialka, Julie Fialka $^{943}/_{10000}$, am 12. Sept. 1907.

" " Ottakring, Ottakringerstraße, K.-Nr. 2, E.-Z. 130, bish. Bes. Johann Schmitz ½, grdb. übertr. an Hermine Schmitz ½, am 16. Sept. 1907.

" " Ottakring, Redtenbachergasse, K.-Nr. 519, E.-Z. 264, bish. Bes. Anton Friedl, grdb. übertr. an Franz Kiesewetter, am 30. Sept. 1907.

" " Ottakring, Friedrich Kaisergasse, K.-Nr. 164, E.-Z. 525, bish. Bes. Karl Plauer 1/4, grdb. übertr. an m. Juliane Plauer, m. Hermine Plauer, je 1/8, am 7. Sept. 1907.

" " Ottakring, Rückertgasse, K.-Nr. 373. E.-Z. 591, bish. Bes. Marie Blaha, Wilhelm Blaha, je ½, grdb. übertr. an Norbert Hütter, Pauline Hütter, je ½, am 9. Sept. 1907.

" " Ottakring, Wurlitzergasse, K.-Nr. 302, Einl.-Z. 883, bish. Bes. Michael Rupprecht, Josefa Rupprecht, je ½, grdb. übertr. Gisela Fehr, am 7. Sept. 1907.

XVI. Bez., Ottakring, Wurlitzergasse, K.-Nr. 514, E.-Z. 884, bish. Bes. Josef Blümel ½, grdb. übertr. an Angela Blümel ½, am 11. Sept. 1907.

" " Ottakring, Deinhardsteingasse, K.-Nr. 458, E.-Z. 1257, bish. Bes. Josef Seeburger ½, grdb. übertr. an Leopoldine Kubicek ½, am 24. Sept. 1907.

" " Ottakring, Friedrich Kaisergasse, K.-Nr. 199, E.-Z. 1346, bish. Bes. Josef Honecek 4/10, Karl Schmidt 6/10, grdb. übertr. an Elise Hirschl, am 13 Sept. 1907.

" " Ottakring, Konstantingasse, K.-Nr. 1034, E.-Z. 2033, bish. Bes. Anton Dupai, grdb. übertr. an Adalbert Christen, am 16. Sept. 1907.

" " Ottakring, Konstantingasse, K.-Nr. 1058, E.-Z. 2034, bish. Bes. Anton Dupai, grdb. übertr. an Adalbert Christen, am 16. Sept. 1907.

" " Ottakring, Rückertgasse, K.-Nr. 1319, E.-Z. 2321, bish. Bes. Heinrich Schafranek, grdb. übertr. an Anton Boschniak, Marie Boschniak, je ½, am 9. Sept. 1907.

" " Ottakring, Anzengruberplatz, K.-Nr. 1595, E.-Z. 2446, bish. Bes. Johann Schmitz ½, grdb. übertr. an Hermine Schmitz ½, am 16. Sept. 1907.

" " Ottakring, Ganglbauergasse, K.-Nr. 1671, E.-Z. 2800, bish. Bes. Rosa Herre ½, grdb. übertr. an Franz Herre, Johanna Slonek, je 1/4, am 27. Sept. 1907.

" " Ottakring, Sandleithnergasse, K.-Nr. 1664, E.-Z. 3173, bish. Bes. Johann Schmitz ½, grdb. übertr. an Hermine Schmitz ½, am 16. Sept. 1907.

" " Ottakring, Anzengruberplatz, K.-Nr. 1689, E.-Z. 3174, bish. Bes. Johann Schmitz ½, grdb. übertr. an Hermine Schmitz ½, am 16. Sept. 1907.

XVII. Bez., Dornbach, Balderichgasse, E.-Z. 49, bish. Bes. Flora Hirsch, grdb. übertr. an Rudolf Pick, Siegmund Hayek, je ½, am 17. Sept. 1907.

" " Dornbach, Balderichgasse, K.-Nr. 232, E.-Z. 75, bish. Bes. Anton Zaillner v. Zaillenthal, grdb. übertr. an Ilka Janowitz, am 2. Sept. 1907.

" " Hernals, Jörgerstraße, K.-Nr. 127, E.-Z. 199, bish. Bes. Wilhelm Stumpe, grdb. übertr. an Anton Stumpe, Franz Stumpe, Therese Kolba, Sophie Mathes, Pauline Bilohlawek, je 1/5, am 3. Sept. 1907.

" " Hernals, Hernalser Hauptstraße, K.-Nr. 144, E.-Z. 207, bish. Bes. Wilhelm Stumpe, grdb. übertr. an Anton Stumpe, Franz Stumpe, Therese Kolba, Sophie Mathes, Pauline Bilohlawek, je 1/5, am 3. Sept. 1907.

" " Hernals, Hernalser Hauptstraße, K.-Nr. 144, E.-Z. 207, bish. Bes. Anton Stumpe, Franz Stumpe, Therese Kolba, Sophie Mathes, Pauline Bilohlawek, je 1/5, grdb. übertr. an Ludwig Schreiber, Magdalena Schreiber, je ½, am 10. Sept. 1907.

" " Hernals, Blumengasse, K.-Nr. 1387, E.-Z. 802, bish. Bes. Wilhelm Löhlein ½, grdb. überr. an m. Johann Löhlein, m. Andreas Löhlein, m. Wilhelmine Löhlein, m. Gustav Löhlein, m. Otto Löhlein, je 1/10, am 14. Sept. 1907.

" " Hernals, Lacknergasse, K.-Nr. 787, E.-Z. 961, bish. Bes. Karl Kraus ½, grdb. übertr. an Heinrich Westenberger ½, am 7. Sept. 1907.

" " Hernals, Lacknergasse, K.-Nr. 363, E.-Z. 988, bish. Bes. Marie Zeller, grdb. übertr. an Rosalia Martis, am 25. Sept. 1907.

" " Hernals, Kulmgasse, K.-Nr. 1237, E.-Z. 1277, bish. Bes. Josef Leitner ½, grdb. übertr. an Robert Kolbaba ½, am 17. Sept. 1907.

" " Hernals, Kulmgasse, K.-Nr. 1195, E.-Z. 1278, bish. Bes. Josef Leitner ½, grdb. übertr. an Robert Kolbaba ½, am 17. Sept. 1907.

" " Hernals, Kulmgasse, K.-Nr. 1136, E.-Z. 1279, bish. Bes. Josef Leitner ½, grdb. übertr. an Robert Kolbaba ½, am 17. Sept. 1907.

XVIII. Bez., Gersthof, Ladenburggasse, K.-Nr. 137, E.-Z. 173, bish. Bes. Adam Tschirf, Anna Pichler, je ½, grdb. übertr. an Josef Hutterer, am 30. Sept. 1907.

" " Gersthof, Bastiengasse, K.-Nr. 508, E.-Z. 346, bish. Bes. Ignaz Skala, grdb. übertr. an Heinrich Itterheim, am 7. Sept. 1907.

" " Gersthof, Schöffelgasse, K.-Nr. 503, E.-Z. 609, bish. Bes. Friedrich Nowak, Leopoldine Nowak, je ½, grdb. übertr. an Engelbert Hießberger, Marie Hießberger, je ½, am 17. Sept. 1907.

" " Gersthof, Erndtgasse, K.-Nr. 328, E.-Z. 736, bish. Bes. Franz Spindler, Katharina Spindler, je ½, grdb. übertr. an Rudolf Steinböck, Elisabeth Steinböck, je ½, am 18. Sept. 1907.

" " Salmannsdorf, Sulzweg, K.-Nr. 1, E.-Z. 107, bish. Bes. Marie Etzmannsdorfer ½, Franziska Heger, Leopoldine Etzmannsdorfer, je 1/4, grdb. übertr. an Marie Pruggmayer, am 7. Sept. 1907.

" " Währing, Gymnasiumstraße, K.-Nr. 29, E.-Z. 64, bish. Bes. Johann Popp 9/32, grdb. übertr. an Anna Popp 9/32, am 11. Sept. 1907.

" " Währing, Sternwartestraße, K.-Nr. 882, E.-Z. 203, bish. Bes. Wenzel Stasny ½, grdb. übertr. an Katharina Stasny ½, am 15. Sept. 1907.

XVIII. Bez., Währing, Währingerstraße, K.-Nr. 441, E.-Z. 320, bish. Bes. Erste niederösterreichische Häuserinnung in Traisnmauer, r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Franz Bedidt, Josefa Bedidt, je 1/2, am 8. Sept. 1907.

" " Währing, Währingergürtel, K.-Nr. 9: 5, E.-Z. 518, bish. Bes. Rudolf Alois Nikolai, grdb. übertr. an Vinzenz Bielohlawek, am 19. Sept. 1907.

" " Währing, Eduardgasse, K.-Nr. 376, E.-Z. 606, bish. Bes. Leop. Widmayer, grdb. übertr. an die Carität, Pflegeanstalt alter weiblicher ehemaliger Dienstboten, geleitet durch Schwestern aus der Versammlung der christlichen Liebe vom heil. Vinzenz von Paul aus dem Mutterhause in Graz, am 16. Sept. 1907.

" " Währing, Ayrenhofgasse, K.-Nr. 1423, E.-Z. 926, bish. Bes. Leopoldine Seitenberg, grdb. übertr. an Josef Kaufmann, am 28. Sept. 1907.

" " Währing, Klostergasse, K.-Nr. 699, E.-Z. 1043, bish. Bes. Joh. Podall, Marie Podall, je 1/2, grdb. übertr. an Oskar Goldbach, Paula Goldbach, je 1/2, am 28. Sept. 1907.

" " Währing, Martinsstraße, K.-Nr. 868, E.-Z. 1559, bish. Bes. Hermann Rauscher 1/5, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach der am 5. Jänner 1907 verstorbenen Magdalena Rauscher, Dr. Karl Rauscher, Franz Rauscher, Marie Ammerling, Magdalena Lonsky, je 1/40, am 26. Sept. 1907.

" " Währing, Sternwartestraße, K.-Nr. 1070, E.-Z. 1562, bish. Bes. Berta Kohn 3/10, Berta Kolmer, Irene Löwenberg, je 7/20, grdb. übertr. an Alexander Munk, am 19. Sept. 1907.

" " Weinhaus, Gentzgasse, K.-Nr. 65, E.-Z. 62, bish. Bes. die Verlassenschaft nach der am 5. Jänner 1907 verstorbenen Magdalena Rauscher 1/8, Dr. Karl Rauscher, Franz Rauscher, Marie Ammerling, Magdalena Lonsky, je 1/32, am 25. Sept. 1907.

" " Weinhaus, Gentzgasse, K.-Nr. 97, E.-Z. 106, bish. Bes. Heinrich Brunner, Anna Brunner, je 1/2, grdb. übertr. an Bruno Bartelt, Marie Bartelt, je 1/2, am 26. Sept. 1907.

XIX. Bez., Ober-Döbling, Pyrkergasse, K.-Nr. 125, E.-Z. 394, bish. Bes. Amalia v. Schwarz, grdb. übertr. an Ferdinand Settmacher, am 14. Sept. 1907.

" " Ober-Döbling, Blaasgasse, K.-Nr. 347, E.-Z. 967, bish. Bes. Karoline Klang, grdb. übertr. an Berta Kolmer 7/10, Irene Löwenberg 3/10, am 14. Sept. 1907.

" " Ober-Döbling, Saileräckergasse, K.-Nr. 801, E.-Z. 1377, bish. Bes. Prokop Wendlberger, Apollonia Wendlberger, je 1/2, grdb. übertr. an Johann Dziurzynski, am 11. Sept. 1907.

" " Ober-Döbling, Billrothstraße, K.-Nr. 831, E.-Z. 1447, bish. Bes. Mendl Wilf, Malke Wilf, je 1/2, grdb. übertr. an Gisela Stark, Stanislaus Horszowski, je 1/2, am 31. Aug. 1907.

" " Ober-Döbling, Weinberggasse, K.-Nr. 871, E.-Z. 1473, bish. Bes. Franz Tesar, grdb. übertr. an Hans Fischl, am 22. Sept. 1907.

" " Grinzing, Kobenzlgasse, K.-Nr. 146, E.-Z. 278, bish. Bes. Gregor Mayer, grdb. übertr. an Katharina Boller, Franz Mayer, Karoline Placek, je 1/3, am 2. Sept. 1907.

" " Heiligenstadt, Barawitzkygasse, K.-Nr. 269, E.-Z. 297, bish. Bes. Josef Wilhelmy, grdb. übertr. an m Johann Hattey, m. Brunno Hattey, m. Josef Hattey, m. Friederike Hattey, m. Mathilde Hattey, je 1/5, am 25. Sept. 1907.

" " Heiligenstadt, Hohe Warte, K.-Nr. 104, E.-Z. 326, bish. Bes. Isaak Schiller, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 6. Sept. 1907.

" " Nußdorf, Muthgasse, K.-Nr. 145, E.-Z. 257, bish. Bes. die Verlassenschaft des Josef Windhaber, grdb. übertr. an Isidor Beinkofer, Marie Beinkofer, je 1/2, am 10. Sept. 1907.

" " Ober-Sievering, Sieveringerstraße, K.-Nr. 37, E.-Z. 240, bish. Bes. Rudolf Windisch, Johann Windisch, Karl Windisch, Franziska Redl, Josefa Latzelsberger, je 1/5, grdb. übertr. an Anton März jun., Anna März, je 1/2, am 19. Sept. 1907.

" " Unter-Sievering, Friedlgasse, K.-Nr. 132, E.-Z. 211, bish. Bes. Marie Redhammer 1/2, m. Henriette Beck, m. Franz Beck, Wilhelmine Beck, je 1/6, grdb übertr. an Kaspar Schnabel, am 6. Sept. 1907.

" " Unter-Sievering, Brechergasse, K.-Nr. 164, E.-Z. 673, bish. Bes. Franz Josef Schubert, Ludmilla Schubert, je 1/2, grdb. übertr. an Josef Baumgartner, Theresia Baumgartner je 1/2, am 27. Sept. 1907.

XXI. Bez., Donaufeld, Leopoldauerstraße, K.-Nr. 739, E.-Z. 7, bish. Bes. Marie Uhlmann, Albine Uhlmann, je 1/2, grdb. übertr. an Heinrich Loßmann, Gertrud Loßmann, je 1/2, am 6. Sept. 1907.

" " Donaufeld, K.-Nr. 785, E.-Z. 45, bish. Bes. Franziska Meier 1/2, grdb. übertr. an Anton Meier 1/2, am 27. Sept. 1907.

" " Donaufeld, K.-Nr. 799, E.-Z. 86, bish. Bes. Laurenz Haas 1/2, grdb. übertr. an Antonia Haas 1/2, am 27. Sept. 1907.

" " Donaufeld, K.-Nr. 831, E.-Z. 387, bish. Bes. Josef Köpf 1/8, grdb. übertr. an m. Margarete Köpf 3/32, Anna Köpf 1/32, am 14. Sept. 1907.

" " Donaufeld, K.-Nr. 479, E.-Z. 588, bish. Bes. Adolf Zyprian, Julianna Zyprian, je 1/2, grdb. übertr. an Heinrich Böhm, Marie Böhm, je 1/2, am 23. Sept. 1907.

XXI. Bez., Floridsdorf, K.-Nr. 504, E.-Z. 5, bish. Bes. Elisabeth Kraft, grdb. übertr. an Viktor Kraft, am 28. Sept. 1907.

" " Floridsdorf, K.-Nr. 1113, E.-Z. 58, bish. Bes. Anton Anzböck 1/2, grdb. übertr. an Theresia Anzböck 1/2, am 26. Sept. 1907.

" " Floridsdorf, K.-Nr. 1095, E.-Z. 61, bish. Bes. Josef Köpf 1/8, grdb. übertr. an m. Margarete Köpf 3/32, Anna Köpf 1/32, am 14. Sept. 1907.

" " Groß-Jedlersdorf, K.-Nr. 98, E.-Z. 52, bish. Bes. Katharina Matzka, grdb. übertr. an Anton Hirschvogl, Marie Hirschvogl, je 1/2, am 5. Sept. 1907.

" " Groß-Jedlersdorf, K.-Nr. 322, E.-Z. 214, bish. Bes. Aloisia Welisch, verehel. Löwy 1/2, grdb. übertr. an Dr. Josef Löwy 1/2, am 28. Sept. 1907.

" " Hirschstetten, K.-Nr. 46, E.-Z. 46, bish. Bes. Theresia Schmidt, grdb. übertr. an Rudolf Kraus, Marie Kraus, je 1/2, am 2. Sept. 1907.

" " Jedlesee, K.-Nr. 203, E.-Z. 69, bish. Bes. Max Geißler, Julie Geißler je 1/2, grdb. übertr. an Karl Wiedermann, Marie Wiedermann, je 1/2, am 13. Sept. 1907.

" " Jedlesee, Enzersdorferweg, K.-Nr. 264, E.-Z. 194, bish. Bes. Marie Dibon, grdb. übertr. an Johann Molzer, am 23. Sept. 1907.

" " Kagran, K.-Nr. 328, E.-Z. 754, bish. Bes. Alfred Schwarz, grdb. übertr. an Josef Büchl, am 16. Sept. 1907.

" " Kagran, K.-Nr. 347, E.-Z. 766, bish. Bes. Theodor Moser, Marie Moser, je 1/2, grdb. übertr. an Anna Hopf, am 9. Sept. 1907.

Baustellen-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 30. September 1907.

II. (XX.) Bez., P. 1283, E.-Z. 706 Garten, bish. Bes. Max Bruckner 1/6, grdb. übertr. an m. Richard Bruckner 1/6, am 24. Sept. 1907.

" " P. 1283 Garten, E.-Z. 706, bish. Bes. Babette Bruckner 1/2, grdb. übertr. an Ignaz Bruckner, Moritz Bruckner, Adolf Bruckner, Siegmund Bruckner, Eduard Bruckner, Verlassenschaft nach Max Bruckner, je 1/12, am 20. Sept. 1907.

" " P. 1283 Garten, E.-Z. 706, bish. Bes. Josef Bruckner 1/2, grdb. übertr. an Ignaz Bruckner, Moritz Bruckner, Adolf Bruckner, Siegmund Bruckner, Eduard Bruckner, Verlassenschaft nach Max Bruckner, je 1/12, am 9. Sept. 1907.

" " P. 3162/30, E.-Z. 4207, bish. Bes. der Donauregulierungsfond, grdb. übertr. an Stephan Schwab, am 23. Sept. 1907.

" " P. 1473/188, E.-Z. 5352, bish. Bes. Wenzel Cerny, grdb. übertr. an Rudolf Kann, am 18. Sept. 1907.

III. Bez., Erdbergermais, Heb.-Nr. 229, E.-Z. 2001, bish. Bes. Magdalena Pürcher 29/140, grdb. übertr. an Magdalena Tesar 29/140, am 6. Sept. 1907.

" " Erdbergermais, Heb.-Nr. 166, E.-Z. 2099, bish. Bes. Magdalena Pürcher 57/280, grdb. übertr. an Magdalena Tesar 57/280, am 7. Sept. 1907.

" " P. 2727 Garten, E.-Z. 2108, bish. Bes. Anna Lang, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 27. Sept. 1907.

" " Grundteillos an der Kühweide Heb.-Nr. 285, E.-Z. 2149, bish. Bes. Josef Krenn, Andreas Krenn, Anton Krenn, Marie Bangerl, Rudolf Krenn, Karl Krenn, Leopoldine Zdinger, je 17/126, m. Rudolf Krenn 1/18, grdb. übertr. an die Produktivgesellschaft der Wiener Fleischselcher, Schlachthaus, Schweinefett- und Margarinwerke R. G. m. b. H., am 15. Sept. 1907.

" " Erdbergermais, Heb.-Nr. 288, E.-Z. 2152, bish. Bes. Magdalena Pürcher 29/140, grdb. übertr. an Magdalena Tesar 29/140.

V. Bez., P. 1016/7, E.-Z. 2111, bish. Bes. Anton Schwertmann sen., grdb. übertr. an Emil Steiner, am 13. Sept. 1907.

" " P. 633/8, 637/5, E.-Z. 2171, bish. Bes. Alfred Sachs, grdb. übertr. an Heinrich Donath, am 18. Sept. 1907.

" " P. 910/7, E.-Z. 2319, bish. Bes. Karl Hohner, Marie Hohner je 1/2, grdb. übertr. an Hugo Lerche, am 13. Sept. 1907.

VIII. Bez., P. 520 in das Verzeichnis für öffentliches Gut übertragen, E.-Z. 388, bish. Bes. Barbara Reichsgräfin D'Orsay, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 25. Sept. 1907.

" " P. 434/44, E.-Z. 1006, bish. Bes. das k. k. Arar, grdb. übertr. an Leo Hirsch, am 4. Okt. 1907.

IX. Bez., Teil der P. 1194 vom Verzeichnis für das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 707, bish. Bes. Ernestine Stern, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 13. Sept. 1907.

X. Bez., P. 1903/24, 1903/25, 1903/26, 1903/27, 1903/28 von hier abgeschrieben und in das Verzeichnis für öffentliches Gut übertragen, E.-Z. 2975, bish. Bes. der Wiener Bürgerspitalfond, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 24. Sept. 1907.

X. Bez., Inzersdorf-Stadt, P. 847/38, E.-Z. 168, bish. Bes. Karl Wieselthaler jun., Marie Bonvier, Franz Wieselthaler, je 1/6, Karl Wieselthaler sen. 1/2, grdb. übertr. an Ludwig Gussenbauer, am 26. Sept. 1907.

" " Inzersdorf-Stadt, P. 847/39, Baust. 18, E.-Z. 169, bish. Bes. Karl Wieselthaler jun., Marie Bonvier, Franz Wieselthaler, je 3/6, Karl Wieselthaler sen. 1/2, grdb. übertr. an Ludwig Gussenbauer, am 26. Sept. 1907.

" " Oberlaa-Stadt, P. 1438, 1804, Einl.-Z. 49, bish. Bes. Johanna Büchler, verehel. Schwarz 1/2, grdb. übertr. an Michael Schwarz 1/2, am 17. Sept. 1907.

" " Oberlaa-Stadt, P. 1781, E.-Z. 129, bis. Bes. Johanna Büchler, verehl. Schwarz 1/2, grdb. übertr. an Michael Schwarz 1/2, Sept. 1907.

" " Oberlaa-Stadt, P. 2334, E.-Z. 193, bish. Bes. Johanna Büchler, verehel. Schwarz 1/2, grdb. übertr. an Michael Schwarz 1/2, am 17. Sept. 1907.

" " Oberlaa-Stadt, P. 1983 Weingarten, E.-Z. 581, bish. Bes. Anna Mitterreiter, grdb. übertr. an Andreas Huber, Marie Huber, je 1/2, am 12. Sept. 1907.

XI. Bez., Simmering, P. 148/4 Garten, P. 149/4 Weg, P. 185/2 Bauarea, P. 1825/2 Sackgasse in die E.-Z. 229 übertragen, E.-Z. 209, bish. Bes. Johann Gstier, Anna Gstier, je 1/2, grdb. übertr. an Sophie Matzka, Marie Marx, m. Ferdinand Krepp, m. Robert Krepp, je 1/4, am 21. Sept. 1907.

" " Simmering, P. 962 Garten, E.-Z. 727, bish. Bes. Josef Koll, Julianna Koll, je 1/2, grdb. übertr. an Alois Bernhart, Julianna Bernhart, Josef Koll jun., Barbara Koll, Leopold Koll, Theresia Koll, Johann Layr, Marie Layr, geb. Koll, je 1/8, am 10. Sept. 1907.

" " Simmering, P. 963 Garten, E.-Z. 732, bish. Bes. Josef Koll, Julianna Koll, je 1/2, grdb. übertr. an Alois Bernhart, Julianna Bernhart, Josef Koll jun., Barbara Koll, Leopold Koll, Theresia Koll, Johann Layr, Marie Layr, geb. Koll, je 1/8, am 10. Sept. 1907.

" " Simmering, P. 1802/13, E.-Z. 1798, bish. Bes. die Firma Johann Stadler & Komp., grdb. übertr. an Emanuel Hajek, Josef Geiringer, je 1/2, am 31. Aug. 1907.

" " Simmering, P. 1802/18, E.-Z. 1801, bish. Bes. die Firma Johann Stadler & Komp., grdb. übertr. an Emanuel Hajek, Josef Geiringer, je 1/2, am 31. Aug. 1907.

" " Simmering, P. 961/3 in die neue E.-Z 2028 übertragen, E.-Z. 1861, bish. Bes. Josef Koll, Julianne Koll, je 1/2, grdb. übertr. an Johann Layr, Marie Layr, je 1/2, am 4. Sept. 1907.

" " Kaiser-Ebersdorf, P. 513, 514 Äcker, in die neue E.-Z. übertragen, E.-Z. 761, bish. Bes. Anton Preisinger, Julianna Preisinger, je 1/2, grdb. übertr. an Anton Schaden, Viktoria Schaden, je 1/2, am 25. Sept. 1907.

XII. Bez., Altmannsdorf, P. 374/3, 375/3, 376/4 Äcker, E.-Z. 328, bish. Bes. Thomas Matl 1/2, grdb. übertr. an Anna Matl 1/2, am 22. Sept. 1907.

" " Hetzendorf, P. 260/35 Garten, E.-Z. 453, bish. Bes. Rosina Socher, grdb. übertr. an Johann Hattinger, am 25. Sept. 1907.

" " Unter-Meidling, Teil der P. 85/1 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 88, bish. Bes. Josef Stärk, Josefa Stärk, je 1/2, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 11. Sept. 1907.

" " Unter-Meidling, Teil der P. 85/2 in die neue E.-Z. 1755 übertragen, E.-Z. 88, bish. Bes. Josef Stärk, Josefa Stärk, je 1/2, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 11. Sept. 1907.

" " Unter-Meidling, Teil der P. 408/2 vom öffentlichen Gut hieher zugeschrieben, E.-Z. 88, bish. Bes. die Gemeinde Wien, grdb. übertr. an Josef Stärk, Josefa Stärk, je 1/2, am 11. Sept. 1907.

" " Unter-Meidling, P. 157/19 Acker, E.-Z. 1453, bish. Bes. Katharina Krieger, grdb. übertr. an Emil Eggmann, am 11. Sept. 1907.

XIII. Bez., Unter-Baumgarten, P. 220/4, E.-Z. 150, bish. Bes. Jakob Ulreich 1/3, Marie Ulreich 2/3, grdb. übertr. an Franz Gräf, am 5. Sept. 1907.

" " Unter-Baumgarten, Teil der P. 303/3, 303/1 von hier abgeschrieben und in das Eisenbahnbuch übertragen, E.-Z. 235, bish. Bes. die Gemeinde Unter-Baumgarten (Wien), grdb. übertr. an das Eisenbahnbuch, am 2. Sept. 1907.

" " Unter-Baumgarten, P. 17/5 18/5, E.-Z. 318, bish. Bes. Alois Schwarz, grdb. übertr. an Johann Pree, am 6. Sept. 1907.

" " Unter-Baumgarten, P. 27/1, 18/4 in die E.-Z. 269 übertragen, E.-Z. 277, bish. Bes. Alois Schwarz, grdb. übertr. an Johann Pree, am 6. Sept. 1907.

" " Hietzing, P. 609 von hier abgeschrieben und in die E.-Z. 497 übertragen, E.-Z. 69, bish. Bes. Therese Dobiasch 2/16, Heinrich Kolben 3/16 Dr. Moritz Acher, Julius Bergmann, Otto Wörthmann, Franz Wörthmann, Johann Wörthmann, Karoline Wenninger, Rosa Klein, Heinrich Kapper, Emilie Kapper, je 2/16, grdb. übertr. an die Wiener Terrain- und Baugesellschaft G. m. b. H., am 30. Mai 1907.

XIII. Bez., Hietzing, P 117/2, 117/3, E.-Z. 421, bish. Bes. Paul Hopfner 1/2, grdb. übertr. an Franziska Hopfner 1/2, am 23. Sept. 1907.

" " Hütteldorf, Teil der P. 401/3 und 401/4 von hier abgeschrieben und in das Verzeichnis für öffentliches Gut übertragen, Einl.-Z. 165, bish. Bes. Ferdinand Böhm, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 21. Aug. 1907.

" " Penzing, P. 603/13, E.-Z. 1196, bish. Bes. Jakob Schulz, grdb. übertr. an Elisabeth Loskot, am 4. Sept. 1907.

" " Penzing, P. 603/17, E.-Z. 1202, bish. Bes. Josef Sigmund, grdb. übertr. an Josef Kellner, am 12. Sept. 1907.

" " Penzing, P. 606/74, E.-Z. 1320, bish. Bes. Franz Bykoukal, Gustav Bykoukal, je 1/4, grdb. übertr. an Frank Bykoukal 1/2, am 26. Sept. 1907.

" " Ober-St. Veit, P. 315/7, 315/26, 318/7, 319/4, 320/3 von hier abgeschrieben und in die E.-Z. 1123 als P. 315/7 übertragen, E.-Z. 175, bish. Bes. die Wiener Baugesellschaft, der Wiener Bankverein, je 1/2, grdb. übertr. an Magdalena Merkl, Karoline Merkl, je 1/2, am 6. Aug. 1907.

" " Ober-St. Veit, P. 602, Weingarten, E.-Z. 427, bish. Bes. Mathilde Scharinger, geb. Weber, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 2. Sept. 1907.

" " Ober-St. Veit, P. 603, Weingarten, E.-Z. 428, bish. Bes. Mathilde Scharinger, geb. Weber, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 2. Sept. 1907.

" " Ober-St. Veit, Teil der P. 688/4 als P. 688/5 in die neue E.-Z. 1464 übertragen, E.-Z. 1278, bish. Bes. Moritz Groß, grdb. übertr. an Josef Löffler, Marie Löffler, je 1/2, am 25. Sept. 1907.

XIV. Bez., Rudolfsheim, P. 1228, E.-Z. 1114, bish. Bes. Franz Sirowy 1/2, grdb. übertr. an Katharina Sirowy 1/2, am 4. Okt. 1907.

XVI. Bez., Neulerchenfeld, P. 530/1 Garten, E.-Z. 673, bish. Bes. die Gemeinde Neulerchenfeld, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 10. Sept. 1907.

" " Neulerchenfeld, P. 742/35 in die neue E.-Z. 2163 übertragen, E.-Z. 1434, bish. Bes. Therese Fehr, Henciette Pitschmann, Auguste Göschl, Leopoldine Schmidt, Gustav Schmidt, Ernestine Schmidt, je 1/6, grdb. übertr. an Gustav Schmidt, am 29. Sept. 1907.

" " Neulerchenfeld, P. 742/34 in die neue E.-Z. 2164 übertragen, E.-Z. 1434, bish. Bes. Therese Fehr, Henriette Pitschmann, Auguste Göschl, Leopoldine Schmidt, Gustav Schmidt, Ernestine Schmidt, grdb. übertr. an Therese Fahr, am 29. Sept. 1907.

" " Neulerchenfeld, P. 742/29, 742/42, 742/49 in die neue E.-Z. 2167 übertragen, E.-Z. 1434, bish. Bes. Therese Fehr, Henriette Pitschmann, Auguste Göschl, Leopoldine Schmidt, Gustav Schmidt, Ernestine Schmidt, grdb. übertr. an Henriette Pitschmann, am 29. Sept. 1907.

" " Neulerchenfeld, P. 742/36, 742/46 in die neue E.-Z. 2949 übertragen, E.-Z. 1434, bish. Bes. Therese Fehr, Henriette Pitschmann, Auguste Göschl, Leopoldine Schmidt, Gustav Schmidt, Ernestine Schmidt, grdb. übertr. an Leopoldine Schmidt, am 29. Sept. 1907.

" " Ottakring, P. 742/37, 742/47 in die E.-Z. 2168 übertragen, E.-Z. 1434, bish. Bes. Therese Fehr, Henriette Pitschmann, Auguste Göschl, Leopoldine Schmidt, Gustav Schmidt, Ernestine Schmidt, grdb. übertr. an Leopoldine Schmidt, am 29. Sept. 1907.

" " Ottakring, P. 742/38, 742/39, 742/41, 742/48, 742/50, 742/51, 742/52, 742/53, E.-Z. 1434, bish. Bes. Therese Fehr, Henriette Pitschmann, Auguste Göschl, Leopoldine Schmidt, Gustav Schmidt, Ernestine Schmidt, grdb. übertr. an Auguste Göschl, am 29. Sept. 1907.

" " Ottakring, P. 773/22, E.-Z. 2165, bish. Bes. Hermann Ludwig Werner, grdb. übertr. an Wenzel König, am 26. Sept. 1907.

" " Ottakring, P. 773/23, E.-Z. 2166, bish. Bes. Hermann Ludwig Werner, grdb. übertr. an Wenzel König, am 26. Sept. 1907.

" " Ottakring, P. 3177 von hier abgeschrieben und in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 2531, bish. Bes. Anton Krones, Rosa Krones, je 1/2, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Sept. 1907.

" " Ottakring, P. 742/17, E.-Z. 2903, bish. Bes. Therese Fehr, Henriette Pitschmann, Augustine Göschl, Leopoldine Schmidt, Gustav Schmidt, Ernestine Schmidt, grdb. übertr. an Augustine Göschl, am 29. Sept 1907.

" " Ottakring, P. 742/18, E.-Z. 2904, bish. Bes. Therese Fehr, Henriette Pitschmann, Augustine Göschl, Leopoldine Schmidt, Gustav Schmidt, Ernestine Schmidt, grdb. übertr. an Augustine Göschl, am 29. Sept. 1907.

" " Ottakring, P. 742/19, E.-Z. 2905, bish. Bes. Therese Fehr, Henriette Pitschmann, Augustine Göschl, Leopoldine Schmidt, Gustav Schmidt, Ernestine Schmidt, grdb. übertr. an Augustine Göschl, am 29. Sept 1907.

" " Ottakring, P. 742/20, E.-Z. 2906, bish. Bes. Therese Fehr, Henriette Pitschmann, Augustine Göschl, Leopoldine Schmidt, Gustav Schmidt, Ernestine Schmidt, grdb. übertr. an Augustine Göschl, am 29. Sept. 1907.

XVI. Bez., Ottakring, P. 742/21, E.-Z. 2907, bish. Bes. Therese Fehr, Henriette Pitschmann, Augustine Göschl, Leopoldine Schmidt, Gustav Schmidt, Ernestine Schmidt, grdb. übertr. an Augustine Göschl, am 29. Sept. 1907.

" " Ottakring, P. 742,1, 742/58, E.-Z. 3168, bish. Bes. Therese Tehr, Henriette Pitschmann, Augustine Göschl, Leopoldine Schmidt, Gustav Schmidt, Ernestine Schmidt, grdb. übertr. an Augustine Göschl, am 29. Sept. 1907.

" " Ottakring, P. 2764/3 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 2908, bish. Bes. Julius Frankl, Alfred Sachs, je 1/2, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 25. Sept. 1907.

" " Ottakring, 772/33, E.-Z. 3295, bish. Bes. Wenzel König, grdb. übertr. an Richard Werner, Otto Werner, je 1/2, am 26. Sept. 1907.

" " Ottakring, 772/34, E.-Z. 3296, bish. Bes. Wenzel König, grdb. übertr. an Richard Werner, Otto Werner, je 1/2, am 26. Sept. 1907.

" " Ottakring, P. 772/35, E.-Z. 3297, bish. Bes. Wenzel König, grdb. übertr. an Richard Werner, Otto Werner, je 1/2. am 29. Sept. 1907.

" " Ottakring, P. 772/36, E.-Z. 3298, bish. Bes. Wenzel König, grdb. übertr. an Richard Werner, Otto Werner, je 1/2, am 26. Sept. 1907.

" " Ottakring, P. 772/37, E.-Z. 3299, bish. Bes Wenzel König, grdb. übertr. an Richard Werner, Otto Werner, je 1/2, am 26. Sept. 1907.

" " Ottakring, P. 772/38, E.-Z. 3300, bish. Bes. Wenzel König, grdb. übertr. an Richard Werner, Otto Werner, je 1/2, am 26. Sept. 1907.

XVII. Bez., Dornbach, P. 785 Weingarten, E.-Z. 35, bish. Bes. Johann Weiß, Marie Weiß, je 1/2 grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Sept. 1907.

" " Dornbach, P. 771/1, 770, 771/2, 771/3, E.-Z. 258, bish. Bes. Hermann Rauscher 1/5, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach Magdalena Rauscher 1/10, Dr. Karl Rauscher, Franz Rauscher, Marie Ammerling, Magdalena Lonsky, je 1/40, am 4. Okt. 1907.

" " Dornbach, P. 769 Weingarten, E.-Z. 433, bish. Bes. Hermann Rauscher 1/5, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach Magdalena Rauscher, 1/10, Dr. Karl Rauscher, Franz Rauscher, Marie Ammerling, Magdalena Lonsky, je 1/40, am 4. Okt. 1907.

" " Dornbach, P. 787/1, 788/1, E.-Z. 514, bish. Bes. Johann Weiß, Marie Weiß, je 1/2, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Sept. 1907.

" " Dornbach, P. 787/2, 788/2, E.-Z. 533, bish. Bes. Johann Weiß, Marie Weiß, je 1/2, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Sept. 1907.

" " Dornbach, P. 789, E.-Z. 534, bish. Bes. Johann Weiß, Marie Weiß, je 1/2, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Sept. 1907.

" " Dornbach, Teil der P. 1113/46 von hier abgeschrieben und in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 987, bish. Bes. August Baugoin, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 26. Sept. 1907.

" " Hernals, P. 535/26 Baustelle, E.-Z. 1694, bish. Bes. Jakob Popper, grdb. übertr. an Emmerich Czerny, am 17. Sept. 1907.

" " Hernals, P. 535/32 Baustelle, E.-Z. 1700, bish. Bes. Jakob Popper, grdb. übertr. an Emmerich Czerny, am 17. Sept. 1907.

XVIII. Bez., Gersthof, P. 191, 706/14, E.-Z. 144, bish. Bes. Hermann Rauscher 1/5, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach der am 5. Jänner 1907 verstorbenen Magdalena Rauscher 1/10, Dr. Karl Rauscher, Franz Rauscher, Marie Ammerling, Magdalena Lonsky, je 1/40, am 26. Sept. 1907.

" " Gersthof, P. 192/1, 192/2, 706/15, E.-Z. 196, bish. Bes. Hermann Rauscher 1/5, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach der am 5. Jänner 1907 verstorbenen Magdalena Rauscher 1/10, Dr. Karl Rauscher, Franz Rauscher, Marie Ammerling, Magdalena Lonsky, je 1/40, am 26. Sept. 1907.

" " Gersthof, P. 314/1, E.-Z. 931, bish. Bes. die Wienerberger Ziegelfabrik und Baugesellschaft, grdb. übertr. an Paul Oberst, am 17. Sept. 1907.

" " Pötzleinsdorf, P. 642/2, E.-Z. 172, bish. Bes. Paul Oberst, grdb. übertr. an Josef Grimm, Josefine Grimm, je 1/2, am 28. Sept. 1907.

" " Pötzleinsdorf, P. 392/1, 392/2, 392/3, E.-Z. 245, bish. Bes. Leopold Schreiber 1/2, m. Leopold Schreiber, Helene Schreiber, je 1/4, grdb. übertr. an Josef Neustil, Anna Neustil, je 1/2, am 28. Sept. 1907.

" " Pötzleinsdorf, P. 391 Wiese, E.-Z. 246, bish. Bes. Leopold Schreiber, grdb. übertr. an Josef Neustil, Anna Neustil, je 1/2, am 28. Sept. 1907.

XIX. Bez., Ober-Döbling, P. 762/18, 762/11, 762/12 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 592, bish. Bes. Hugo Frankfurther, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 14. Juni 1907.

XIX. Bez., Ober-Döbling, P. 758/7, 758/17, 758/18 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 594, bish. Bes. Hugo Frankfurther, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 14. Juni 1907.

" " Ober-Döbling, P. 758/14 in die neue E.-Z. 1508 übertragen, E.-Z. 591, bish. Bes. Hugo Frankfurther, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 14. Juni 1907.

" " Ober-Döbling, P. 758/15 in die neue E.-Z. 1509 übertragen, E.-Z. 594, bish. Bes. Hugo Frankfurther, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 14. Juni 1907.

" " Ober-Döbling, P. 758/16 in die neue E.-Z. 1510 übertragen, E.-Z. 594, bish. Bes. Hugo Frankfurther, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 14. Juni 1907.

" " Ober-Sievering, P. 754/6 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 675, bish. Bes. Hugo Frankfurther, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 14. Juni 1907.

" " Ober-Sievering, P. 762/17 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 1104, bish. Bes. Hugo Frankfurther, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 14. Juni 1907.

" " Ober-Döbling, P. 771/2, E.-Z. 1217, bish. Bes. Julius Frankl, grdb. übertr. an Matthias Sapik, am 7. Sept. 1907.

" " Ober-Döbling, P. 714/7 Acker, E.-Z. 1271, bish. Bes. Julius Frankl, grdb. übertr. an Franz Göttlicher, Franz Lindauer, je 1/2, am 20. Sept. 1907.

" " Grinzing, P. 322 Weingarten, E.-Z. 333, bish. Bes. Georg Rathauscher, grdb. übertr. an Georg Hann, am 26. Sept. 1907.

" " Heiligenstadt, P. 640 Acker, P. 641 Weingarten, E.-Z. 21, bish. Bes. Karl Brunner, grdb. übertr. an Karoline Privoznik, am 26. Sept. 1907.

" " Heiligenstadt, P. 680/1, 680/2, 680/3, 680/4 in die neue E.-Z. 744 übertragen, E.-Z. 55, bish. Bes. Barbara Brunner, grdb. übertr. an Karl Ferdinand Brunner, am 11. Sept. 1907.

" " Kahlenbergerdorf, P. 40/1, 40/2, 40/3 in die E.-Z. 44 übertragen, E.-Z. 43, bish. Bes. m. Leopold Silberbauer, grdb. übertr. an Friedrich Sartorius, am 3. Sept. 1907.

" " Kahlenbergerdorf, P. 44/1 Baureal, P. 41/2 Garten in die E.-Z. 43 übertragen, E.-Z. 44, bish. Bes. Friedrich Sartorius, grdb. übertr. an m. Leopold Silberbauer, am 3. Sept. 1907.

" " Nußdorf, P. 439/2 in die E.-Z. 350 übertragen, E.-Z. 608, bish. Bes. die Gemeinde Wien, grdb. übertr. an Ferdinand Henneberg jun., Marie Henneberg, je 1/2, am 6. Sept. 1907.

" " Ober-Sievering, P. 457/2 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 17, bish. Bes. Koloman Jancsy, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 30. Sept. 1907.

" " Ober-Sievering, P. 464/2 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 131, bish. Bes. Koloman Jancsy, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 30. Sept. 1907.

" " Ober-Sievering, P. 453/2 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 223, bish. Bes. Josef Stelzer, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 30. Sept. 1907.

" " Ober-Sievering, P. 524/2, 523 in die E.-Z. 383 übertragen, E.-Z. 235, bish. Bes. Rupert Windhaber, Anna Windhaber, je 1/2, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 11. Sept. 1907.

" " Ober-Sievering, P. 446/3 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 246, bish. Bes. Koloman Jancsy, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 30. Sept. 1907.

" " Ober-Sievering, P. 549/3, 549/4 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 303, bish. Bes. Rupert Windhaber, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 30. Sept. 1907.

" " Ober-Sievering P. 549/2 in die neue E.-Z. 384 übertragen, E.-Z. 303, bish. Bes. Rupert Windhaber, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 30. Sept. 1907.

" " Ober-Sievering, P. 587/3, 587/4 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 316, bish. Bes. Hermine Anna Maria Payer, Maria Franziska Scheiderbauer, Franziska Johanna Fugger, Georg Gschwandner, Maria Franziska Scheiderbauer, Franziska Johanna Fugger, Hermine Anna Maria Payer, je 1/2, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 30. Sept. 1907.

" " Ober-Sievering, P. 467/2 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 318, bish. Bes. Koloman Jancsy, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 30. Sept. 1907.

" " Ober-Sievering, P. 541/1 Weingarten, P. 541/2 Weide, E.-Z. 321, bish. Bes. David Herzl, grdb. übertr. an Johann Krattner, am 10. Sept. 1907.

" " Ober-Sievering, P. 570/1, 570/2, 571/2, 571/3, E.-Z. 325, bish. Bes. Magdalena Bauchinger 1/64, grdb. übertr. an Kath. Kürschner, Alois Kürschner, je 1/128, am 13. Sept. 1907.

" " Unter-Sievering, P. 620/1, E.-Z. 74, bish. Bes. Alfred Sachs 1/4, Alexander Reichenstein 1/2, Dr. Ludwig Sachs 1/4, grdb. übertr. an Johanna Keck, am 16. Sept. 1907.

" " Unter-Sievering, P. 263 Weingarten, E.-Z. 304, bish. Bes. Elise Lehnhofer 1/6, grdb. übertr. an Karl Lehnhofer, m. Elise Lehnhofer, je 1/12, am 7. Sept. 1907.

" " Unter-Sievering, P. 482 Acker, E.-Z. 305, bish. Bes. Elise Lehnhofer 1/6, grdb. übertr. an Karl Lehnhofer, m. Elise Lehnhofer, je 1/12, am 7. Sept. 1907.

XIX. Bez., Unter-Sievering, P. 650 Acker, E.-Z. 306, bish. Bes. Elise Lehnhofer 1/6, grdb. übertr. an Karl Lehnhofer, m. Elise Lehnhofer, je 1/12, am 7. Sept. 1907.

„ „ Unter-Sievering, P. 474 Acker, E.-Z. 307, bish. Bes. Elise Lehnhofer 1/6, grdb. übertr. an Karl Lehnhofer, m. Elise Lehnhofer, je 1/12, am 7. Sept. 1907.

XXI. Bez., Donaufeld, P. 372, E.-Z. 224, bish. Bes. Laurenz Haas 1/2, grdb. übertr. an Antonia Haas 1/2, am 27. Sept. 1907.

„ „ Donaufeld, P. 1033 Garten, E.-Z. 264, bish. Bes. Josef Köpf 1/8, grdb. übertr. an m. Margarete Köpf 3/32, Anna Köpf 1/32, am 14. Sept. 1907.

„ „ Donaufeld, P. 1032 Garten, E.-Z. 266, bish. Bes. Josef Köpf 1/8, grdb. übertr. an m. Margarete Köpf 3/32, Anna Köpf 1/32, am 14. Sept. 1907.

„ „ Donaufeld, P. 1019 Acker, E.-Z. 290, bish. Bes. Josef Köpf 1/8, grdb. übertr. an m. Margarete Köpf 3/32, Anna Köpf 1/32, am 14. Sept. 1907.

„ „ Donaufeld, P. 1018 Acker, E.-Z. 315, bish. Bes. Josef Köpf 1/8, grdb. übertr. an m. Margarete Köpf 3/32, Anna Köpf 1/32, am 14. Sept. 1907.

„ „ Donaufeld, P. 1020 Acker, E.-Z. 320, bish. Bes. Josef Köpf 1/8, grdb. übertr. an m. Margarete Köpf 3/32, Anna Köpf 1/32, am 14. Sept. 1907.

„ „ Donaufeld, P. 1031 Garten, E.-Z. 322, bish. Bes. Josef Köpf 1/4, grdb. übertr. an m. Margarete Köpf 3/16, Anna Köpf 1/16, am 14. Sept. 1907.

„ „ Donaufeld, P. 1050 Garten, E.-Z. 384, bish. Bes. Josef Köpf 1/8, grdb. übertr. an m. Margarete Köpf 3/32, Anna Köpf 1/32, am 14. Sept. 1907.

„ „ Donaufeld, P 1029 Garten, E.-Z. 385, bish. Bes. Josef Köpf 1/8, grdb. übertr. an m. Margarete Köpf 3/32, Anna Köpf 1/32, am 14. Sept. 1907.

„ „ Donaufeld, P. 1028 Garten, E.-Z. 386, bish. Bes. Josef Köpf 1/8, grdb. übertr. an m. Margarete Köpf 3/32, Anna Köpf 1/32, am 14. Sept. 1907.

„ „ Donaufeld, P. 370 Garten, E.-Z. 560, bish. Bes. Laurenz Haas 1/2, grdb. übertr. an Antonia Haas 1/2, am 27. Sept. 1907.

„ „ Donaufeld, P. 1602 und 1610 von hier aus in das Verzeichnis für das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 712, bish. Bes. die Gemeinde Floridsdorf, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 13. Sept. 1907.

„ „ Hirschstetten, P. 231/7 ins öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 247, bish. Bes. Josef Peter, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 18. Sept. 1907.

„ „ Jedlesee, P. 133/2 ins Verzeichnis für das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 141, bish. Bes. Josef Binder, Barbara Binder, je 1/2, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 10. Sept. 1907.

„ „ Jedlesee, P. 555, E.-Z. 341, bish. Bes. Julius Frankl, grdb. übertr. an Georg Mandl, Juliane Mandl, je 1/2, am 5. Sept. 1907.

„ „ Kagran, P. 889 Bauarea, E.-Z. 91, bish. Bes. Thekla Schützenhofer 1/2, grdb. übertr. an Juliane Schützenhofer, Franz Schützenhofer, je 1/4, am 3. Sept. 1907.

„ „ Kagran, P. 857/45 und 857/94 Acker, E.-Z. 144, bish. Bes. Thekla Schützenhofer 1/2, grdb. übertr. an Juliane Schützenhofer, Franz Schützenhofer, je 1/4, am 3. Sept. 1907.

„ „ Kagran, P. 857/42 Acker, E.-Z. 165, bish. Bes. Thekla Schützenhofer 1/2, grdb. übertr. an Juliane Schützenhofer, Franz Schützenhofer, je 1/4, am 3. Sept. 1907.

„ „ Kagran, 885 Garten, E.-Z. 233, bish. Bes. Thekla Schützenhofer 1/2, grdb. übertr. an Juliane Schützenhofer, Franz Schützenhofer, je 1/4, am 3. Sept. 1907.

„ „ Kagran, P. 888 Garten, E.-Z. 234, bish. Bes Thekla Schützenhofer 1/2, grdb. übertr. an Juliane Schützenhofer, Franz Schützenhofer, je 1/4, am 3. Sept. 1907.

„ „ Kagran, P. 857/39 Acker, P. 857/40 Garten, E.-Z. 235, bish. Bes. Thekla Schützenhofer 1/2, grdb. übertr. an Juliane Schützenhofer, Franz Schützenhofer, je 1/4, am 3. Sept. 1907.

„ „ Kagran, P. 857/46 Acker, E.-Z. 281, bish. Bes. Thekla Schützenhofer 1/2, grdb. übertr. an Juliane Schützenhofer, Franz Schützenhofer, je 1/4, am 3. Sept. 1907.

„ „ Kagran, P. 857/41 Garten, E.-Z. 578, bish. Bes. Thekla Schützenhofer 1/2, grdb. übertr. an Juliane Schützenhofer, Franz Schützenhofer, je 1/4, am 3. Sept. 1907.

„ „ Leopoldau, P. 1893 Acker, E.-Z. 457, bish. Bes. Marie Ott, grdb. übertr. an Franziska Schwarz, am 20. Sept. 1907.

„ „ Leopoldau, P. 467/2 in die neue E.-Z. 765 übertragen, E.-Z. 149, bish. Bes. das k. k. Ärar, grdb. übertr. an Johann Zehethuber, am 27. Sept. 1907.

„ „ Stammersdorf, P. 2529/2 Acker, E.-Z. 1416, bish. Bes. Karl Wallner 1/2, grdb. übertr. an Katharina Wallner 1/2, am 27. Aug. 1907.

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Abt. III, Z. 5433.
23. Oktober 1907.

Gitterlieferung für Anlage XIII., ehemaliger St. Veiter Friedhof.

Koczor Franz — Einfache Säulen per Stück 8 K 30 h.
Endsäulen per Stück 10 K 50 h.
Gitterfelder per Meter 5 K 30 h.
Obere Gitterfelder per Meter 3 K.

Hutter & Schrantz, Aktiengesellschaft — Einfache Säulen per Stück 6 K 50 h.
Endsäulen per Stück 10 K 60 h.
Gitterfelder per Meter 5 K 30 h.
Obere Gitterfelder per Meter 2 K 25 h.

* * *

Mag.-Abt. VII, Z. 1121.
23. Oktober 1907.

Neubau eines Hauptunratskanales von der Lascygasse 19 bis zur Urbangasse 18 im XVII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 1699 K 70 h.

Mehrwald Leopold — Aufzahlung 16·9%.

* * *

Mag.-Abt. III, Z. 5434.
24. Oktober 1907.

Erdlieferung für die Baumpflanzung XIII., in der Zufahrtsstraße zum Versorgungsheim.

Baugoin Karl — Per Kubikmeter
Ackererde 2 K 50 h.
Gartenerde 3 K 40 h.
Aushubmateriale 2 K 10 h.

Wolf Josef — Per Kubikmeter
Ackererde 2 K 50 h.
Gartenerde 3 K 60 h.
Aushubmateriale 2 K 16 h.

Schedivy Wilh. — Per Kubikmeter
Ackererde 2 K 70 h.
Gartenerde 3 K 30 h.
Aushubmateriale 1 K 60 h.

Sager Wilhelm & Faßhold Rudolf — Per Kubikmeter
Ackererde 2 K 50 h.
Gartenerde 3 K 50 h.
Aushubmateriale 2 K.

Märkl Franz — Per Kubikmeter
Ackererde 2 K 50 h.
Gartenerde 3 K 50 h.
Aushubmateriale 2 K.

* * *

II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Einrichtung der elektrischen Beleuchtung und Herstellung einer Blitzableiteranlage im Schulbau XX., Allerheiligenplatz (Hellwagstraße, Vorgartenstraße).

Installationsapparate und Installationsarbeiten.

Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft „Union" — 6441 K 62 h.

Beleuchtungskörper.

„Danubia" Aktiengesellschaft — 3496 K 20 h.

Blitzableiteranlage.

Siemens & Halske Aktiengesellschaft — Nachlaß 10% und Schlußkollaudierung.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

16. Oktober 1907.

a) Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Firma Schick & Komp.; öffentliche Gesellschafter: Julius Schick (Geschäftsleiter), Max Schick — Engros-Handel mit Essenzen, Tee, Öl und gebrannten geistigen Getränken in handelsüblich verschlossenen Flaschen und Fässern — II., Czerninplatz 4.

Schmid Franz — Gast- und Schankgewerbe § 16, lit. b c G.-O. — II., K. k. Prater 122.

Schmid Vinzenz — Kleidermacher — II., Engerthstraße 203.

Schmoranz Ferdinand — Lederzurichter — VI., Mollardgasse 32.

Schnitzer Johann — Gastwirt — VII., Apollogasse 13.

Schödel Emmerich — Kaffeesieder — VII., Burggasse 68.

Schubert Johann — Kleidermacher — VI., Marchettigasse 1 a.

Schullitz Stephan — Handel mit Fässern — X., Davidgasse 34.

Segall Cäsar — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Komödiengasse 6.

Sennhofer Josef — Stukkaturer — II., Hybsstraße 7.

Spitzer Isaak — Geflügelhandel — II., Im Werd, Markt, Stand 234.

Stadler Berta — Erzeugung von Lampenschirmen — VI., Pfauengasse 8.

Stejskal Anton — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VI., Schmalzhofgasse 14.

Storch Matthias — Goldarbeiter — VI., Stumpergasse 24.

Süß Josef Hans, Dr. — Medizinisch-chemische und technisch-chemische Untersuchung von Industrie-Erzeugnissen, Rohmaterialien, mit Ausschluß von Nahrungs- und Genußmitteln und bakteriologischen Untersuchungen — VII., Stiftgasse 5/7.

Teichner Alexander (Sandor) — Handelsagentie — II., Kurzbauergasse 1.

Patria-Papier-Gesellschaft m. b. H.; Gesellschafter: Aladar Traub (Vertreter), Richard Schulze — Gemischtwarenhandel (Großhandel) — VII., Lindengasse 4.

Umnig Ursula, geb. Illitsch — Frauenkleidermachergewerbe — VI., Esterhazygasse 33.

Firma Wagner & Jakoby; Alleininhaberin Mina Wagner, geb. Metzenberg; verantwortlicher Leiter Wilhelm Peirels — Handel mit Garn — VI., Wallgasse 26.

Weidel Johann — Bäcker — VI., Joanelligasse 12.

Wiener Marie — Wildbret- und Geflügelhandel — VI., Gumpendorferstraße 8.

Wilker Rebekka — Damenkleidermacherin — II., Miesbachgasse 12.

Witrofsky Heinrich — Gemischtwarenhandel — II., Untere Augartenstraße 9.

Wolf Adelheid — Fragnerei — VI., Liniengasse 15.

Zabinski Josefa, geb. Karnas — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — II., Rotensterngasse 6, beim Hause.

Zapeca Johann — Kleidermacher — VI., Mollardgasse 1.

Zlabinger Josef — Wäscher und Wäscheputzer — VI., Joanelligasse 2.

b) Nicht dem Gewerbegesetze unterliegende, erwerbsteuerpflichtige Unternehmungen.

Wiener Kredit- und Vorschußverein, reg. Gen. m. b. H. — II., Stephaniestraße 2.

Hauschka Julius, Chormeister — Privatlehranstalt zur Ausbildung von Artisten für Variété-Theater in Wien — II., Praterstraße 12.

* * *

17. Oktober 1907.

a) Gewerbe-Unternehmungen.

Glaser Karl jun. — Gast- und Schankgewerbe nach § 16, lit. b, c und g G.-O. (ohne Billard) — XX., Dresdnerstraße 126.

Gutmann Emma — Modistin — V., Margaretenstraße 76.

Guttmann Gisela — Gemischtwarenhandel — I., Werdertorgasse 12.

Guttmann Moritz — Gemischtwarenhandel — I., Neutorgasse 2.

Hänel Sophie — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Neues Rathaus, VIII. Stiege.

Hastik Stephanie — Fragnerin — XIII., Dreyhausenstraße 14.

Hauser Eduard — Verkauf fertiger Grabmonumente samt Zubehör, von Grabeinfassungen und Grablaternen (Filiale) — XI., Simmeringer Hauptstraße 2. 3/255.

Hansmann Zusic Kohos — Buchbinder — III., Salmgasse 3.

Herschthal Cicvia — Pfaidlerei — XX., Wallensteinstraße 59.

Herynek Wenzel — Kleinhandel mit Kohlen, Holz und Koks — XIII., Heinrich Kolinstraße 2.

Hohler Karl — Hausadministration — XIII., Einwanggasse 15.

Hummelberger Karl — Fleischhauer — XI., Kaiser-Ebersdorferstraße 165.

Hrouda August — Musiker (auf Bestellung) — III., Rechte Bahngasse 8.

Kriesche Hermann — Gastwirt (Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein, Obstwein und Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles) — V., Margaretenstraße 77.

Kürt Paul — Gemischtwarenhandel — I., Fleischmarkt 17.

Markytan Anton — Spengler — XIII., Zehetnergasse 2.

Müller Georg — Zimmerputzer — III., Mohsgasse 25.

Plachy Heinrich — Handel mit Federwaren — XX., Gerhardusgasse 14.

Podolier Friedrich (Inhaber der Firma: Heinrich Podolier's Erben) — Handel mit zahnärztlichen Requisiten — I., Kärntnerstraße 23.

Postpisil Eleonore — Flaschenbier-Verschleiß — XIII., Siebeneichengasse 14.

Puschaker Siegmund — Friseur und Raseur — V., Dielgasse 42.

Reich Leopold — Gast- und Schankgewerbe gemäß § 16, lit. d und f G.-O. in Verbindung und für die Dauer des Bestandes der Filiale des Zuckerbäckergewerbes — XIII., Hietzinger Hauptstraße 3.

Reichel Hermine — Handel mit Zuckerbäckerwaren und Kanditen, Fruchtsäften, Milch, Milchprodukten, Eiern, Eierteigwaren, Mehl, Grieß und sämtlichen Hülsenfrüchten, Brot und Gebäck, alle Gattungen In- und Ausländer Würste, Sodawasser, Wein und Flaschenbier, Kerzen und Zimmerwaren und alle Gattungen Waschartikel — XIII., Winckelmannstraße 34.

Rothermann Alfred — Baumeister — XIII., Hadikgasse 108.

Ruberl Jakob — Geflügelhandel — III., Großmarkthalle.

Sailer Elisabeth — Geflügelhandel — III., Großmarkthalle.

Schnaller Aloisia — Verschleiß von Papier, Papierwaren, Schreibrequisiten und Kanditen — XX., Rauscherstraße 11.

Schwendmeyr Anna — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. f, g und teilweise d G.-O.) — XV., Gerstnerstraße 3.

Tobisch Franz — Zwangspächter der der Magdalena Hofmeister gehörigen Gast- und Schankgewerbe-Konzession gemäß § 16, lit. b, c, f und g G.-O. — XIII., Hütteldorferstraße 225.

Vogler Anton — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XIII., Gurkgasse 57.

Wagner Anna — Miedermacherin — I., Plankengasse 1

Weinhold Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Weihburggasse 23.

Weisz Johanna — Spirituosen-Erzeugung — V., Margaretenstraße 76.

Widhalm Vinzenz — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — XX., Ecke Mathildenplatz und Klosterneuburgerstraße.

b) Nicht dem Gewerbegesetze unterliegende, erwerbsteuerpflichtige Unternehmungen.

Bolberitz Heinrich — Pränumerantensammler — XVII., Hormayrgasse 9.

* * *

18. Oktober 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

Offene Handelsgesellschaft „Telephos" Gaszünder-Gesellschaft Karl Abel & Komp. (Karl Abel, Karl Prillisauer) — Fabriksmäßige Herstellung von Gasfernzündern und anderen Metallwaren — III., Dietrichgasse 37.

Brüchert Emil — Schlosser — XV., Beingasse 33.

Duenbostel Marie — Fragnerei — X., Siccardsburggasse 37.

Fellner Engelbert jun. — Kleinverschleiß von Holz — XI., Eyzinggasse, E.-Nr. 1028.

Grasse Leopoldine — Sonnen- und Regenschirmmacherin — XII., Schönbrunnerstraße 159.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Stadtrat:
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 17. Oktober 1907 . . . 2449
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 18. Oktober 1907 . . . 2454
Richtigstellung . . . 2455
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmärkte vom 22. und 24. Oktober 1907 . . . 2455
Pferdemarkt vom 22. Oktober 1907 . . . 2455
Jung- und Stechviehmarkt vom 21. und 24. Oktober 1907 . . . 2455
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 22. bis 24. Oktober 1907 . . . 2456
Realitäten-Verkehr in Wien vom 1. bis 30. September 1907 . . . 2457
Baustellen-Verkehr in Wien vom 1. bis 30. September 1907 . . . 2460
Städtische Arbeiten und Lieferungen:
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse . . . 2463
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen . . . 2463
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster . . . 2464
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat August Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

M.-Abt. XI b, Z. 5837.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Die Magistrats-Abteilung für geschlossene Armenpflege, Wiener Versorgungsheim in Wien, XIII. Bezirk, hält behufs Sicherstellung der für das Wiener Versorgungsheim und die auswärtigen Wiener Versorgungshäuser, für die Armen- und Waisenhäuser, für das Asyl- und Werkhaus und das Asyl für verlassene Kinder im Jahre 1908, eventuell in der Zeit vom 1. Jänner 1908 bis 31. Dezember 1910 erforderlichen Leinwand- und Materialartikel **am Montag den 18. November 1907, um 10 Uhr vormittags**, in ihren Amtslokalitäten (Wien, XIII., Wiener Versorgungsheim) eine öffentliche, schriftliche Offertverhandlung ab.

Gegenstand der Anbote sind nachstehende Artikel:

1. 85 cm breiter gebleichter Molino im beiläufigen Ausmaße von jährlich 30.000 m (Vadium 1270 K).
2. 90 cm breiter sechsschäftiger Köper-Kroise aus halbgebleichtem Baumwollgarn Nr. 10/20 im beiläufigen Ausmaße von jährlich 10.800 m (Vadium 350 K).
3. 156 cm breite Leintücherleinwand im beiläufigen Ausmaße von jährlich 13.820 m (Vadium 1100 m).
4. 90 cm breiter, aus der Küppe gefärbter blauer Molino im beiläufigen Ausmaße von jährlich 3800 m (Vadium 200 K).
5. 78 cm breite Belgierleinwand im beiläufigen Ausmaße von jährlich 2540 m (Vadium 75 K).
6. 78 cm breite Rupfenleinwand im beiläufigen Ausmaße von jährlich 2420 m (Vadium 65 K).
7. 78 cm breite halbgebleichte Leinwand im beiläufigen Ausmaße von jährlich 6450 m (Vadium 170 K).
8. 74 cm breiter Barchent im beiläufigen Ausmaße von jährlich 9350 m (Vadium 430 K).
9. 80 cm breiter Matratzengradl im beiläufigen Ausmaße von jährlich 2550 m (Vadium 120 K).
10. 156 cm breiter Kouvertdeckenstoff im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1550 m (Vadium 180 K).
11. 80 cm breites quadrilliertes Bettzeug im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1980 m (Vadium 75 K).
12. 50 cm breites Leinenhandtücherzeug mit Kreppbindung im beiläufigen Ausmaße von jährlich 550 m (Vadium 20 K).
13. 65 cm breiter Sommerdrill im beiläufigen Ausmaße von jährlich 920 m (Vadium 40 K).
14. 78 cm breiter Feuerwehrgradl im beiläufigen Ausmaße von jährlich 6890 m (Vadium 300 K).
15. 78 cm breiter ungebleichter Zwilch im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1000 m (Vadium 35 K).
16. 96 cm breiter grüner Zwilch im beiläufigen Ausmaße von jährlich 910 m (Vadium 60 K).
17. 136 cm breiter Plachengradl im beiläufigen Ausmaße von jährlich 470 m (Vadium 35 K).
18. 78 cm breiter Wärterinnen-Joppenstoff im beiläufigen Ausmaße von jährlich 370 m (Vadium 15 K).
19. 96 cm breites Ärmelfutter im beiläufigen Ausmaße von jährlich 2920 m (Vadium 100 K).
20. 140 cm breiter Futterkloth im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1850 m (Vadium 120 K).
21. 78 cm breiter ungebleichter Molino im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1000 m (Vadium 30 K).
22. 88 cm breiter grauer Futtershirting (Damis) im beiläufigen Ausmaße von jährlich 4850 m (Vadium 90 K).
23. Roßhaar im beiläufigen Ausmaße von jährlich 12.350 kg (Vadium 1730 K).
24. Schafwolle im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1380 kg (Vadium 320 K).
25. Kautschukeinlagen im beiläufigen Ausmaße von jährlich 2700 m (Vadium 340 K).
26. Rohrfußdecken im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1400 Stück (Vadium 50 K).
27. Männerhalstücher im beiläufigen Ausmaße von jährlich 2350 Stück (Vadium 130 K).
28. Blaue, aus der Küppe gefärbte Molinosacktücher mit der eingedrückten Marke „Gemeinde Wien" im beiläufigen Ausmaße von jährlich 5350 Stück (Vadium 150 K).
29. Männerhüte im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1700 Stück (Vadium 220 K).
30. Frauenhalstücher im beiläufigen Ausmaße von jährlich 2020 Stück (Vadium 130 K).
31. Stearinkerzen im beiläufigen Ausmaße von jährlich 255 kg (Vadium 15 K).
32. Paraffinkerzen im beiläufigen Ausmaße von jährlich 440 kg (Vadium 20 K).
33. Kernseife im beiläufigen Ausmaße von jährlich 19.850 kg (Vadium 560 K).
34. Kristall- und Ammoniaksoda im beiläufigen Ausmaße von zusammen jährlich 76.400 kg (Vadium 300 K).
35. Petroleum im beiläufigen Ausmaße von jährlich 26.350 kg (Vadium 520 K).
36. Weizenstärke zur Kleisterbereitung im beiläufigen Ausmaße von jährlich 27.275 kg (Vadium 330 K).
37. Laugenstein im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1500 kg (Vadium 15 K).
38. Schmierseife im beiläufigen Ausmaße von jährlich 2000 kg (Vadium 45 K).

Die Lieferung sämtlicher Artikel gelangt für die Jahre 1908 bis 1910 zur Vergebung. Der bestellte Kontrahent ist jedoch verpflichtet, bis 1. Juli jedes Jahres den Preis für das nächste Jahr bekanntzugeben und steht es der Gemeinde frei, diesen Preis anzunehmen oder abzulehnen, sohin den Vertrag als aufgelöst zu erklären und die Lieferung anderweitig zu vergeben.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen auf Seite 2 und im Anhange derselben ersichtlichen Weise einzubringen, mit dem Erlagscheine über das erlegte vorschriftsmäßige Angeld in der oben angegebenen Höhe, sowie mit Mustern zu belegen.

Von Mustern wird mindestens ein halber Meter, bei Roßhaaren 1 kg, bei Petroleum 3/4 Liter und bei Hüten 1 Stück verlangt.

Alle beigebrachten Muster müssen mit dem Namen des Offerenten, der Bezeichnung des bemusterten Artikels und der Angabe des Preises versehen sein.

Die vorzitierten Bedingnisse für die Übertragung und Ausführung der Lieferung der zur Ausschreibung gelangten Artikel

und Waren können entweder in der städtischen Hauptkassa oder in der Hauskassa des Wiener Versorgungsheimes in Wien, XIII. Bezirk, eingesehen oder um 20 h per Stück angekauft werden. Die Verwaltungskanzlei des Wiener Versorgungsheimes erteilt auch alle weiteren Auskünfte und können daselbst die Muster, nach welchen zu liefern ist, bis zum Offertverhandlungstage besichtigt werden.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, im Oktober 1907. 1—3

D. Z. 10525/17, 0.

Kundmachung.*)

(Offertausschreibung. — Lieferung von Motorwagen-Streusand.)

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen benötigt für das Jahr 1908 rund 3000 m³ Motorwagen-Streusand, welche im Wege der öffentlichen Ausschreibung zur Vergebung gelangen.

Die Offertverhandlung findet **am 6. November 1907, um 9 Uhr vormittags,** im Sitzungssaale der Bezirksvertretung Wieden, Wien, IV., Schäffergasse 3, statt.

Die näheren Bedingnisse sind bei der Betriebsleitung IV., Favoritenstraße 9, erhältlich, woselbst auch Auskünfte erteilt werden.

Die Offerenten haben in ihrem Anbote sich ausdrücklich auf diese Kundmachung zu beziehen und im Offerte die Erklärung abzugeben, daß sie die Bedingnisse zur Kenntnis genommen haben und sich denselben vollinhaltlich unterwerfen.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 18. Oktober 1907. 1—3

M.-Abt. IX, 2706/07.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vermietung des Restaurationsgebäudes im Lagerhause der Stadt Wien, II., Ausstellungsstraße, zum Betriebe des Gast- und Schankgewerbes vom 1. Februar 1908 bis 31. Jänner 1911 wird vom Wiener Magistrate, Abteilung IX, **am Montag den 11. November 1907, pünktlich um 10 Uhr vormittags,** im Bureau des Herrn Magistratsrates Dr. Konstantin Mayer, im Neuen Rathause, V. Stiege, 2. Stock, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Vorschrift für den Bestandnehmer des Restaurationsgebäudes, welche auch die näheren Bedingnisse für die Beteiligung an dieser Offertverhandlung enthält, kann in der erwähnten Magistrats-Abteilung und bei der Lagerhaus-Verwaltung, II., Ausstellungsstraße, während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können daselbst gegen Erlag von 20 h bezogen werden.

Die Anbote sind in der in der Vorschrift vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Spätestens einen Tag vor der Abhaltung der Offertverhandlung sind die in den Bedingnissen vorgeschriebenen Vadien bei der städtischen Hauptkassa, I., Neues Rathaus, zu erlegen.

Der Offertverhandlungs-Kommission ist der Empfangschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Vadium vorzuweisen.

Der Anschluß der Vadien an das Offert ist unzulässig. Die Gemeinde übernimmt bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden im Lagerhause der Stadt Wien oder in der erwähnten Magistrats-Abteilung erteilt.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 19. Oktober 1907. 1—3

Z. VI-3170.

Kundmachung.

(Kommissionelle Verhandlungen.)

Das k. k. Eisenbahnministerium hat mit dem Erlasse vom 28. September 1907, Z. 47921/19 a, das Projekt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" für die Umlegung der Straßenbahngeleise der Linie Wienstraße—Meidling—Schönbrunn zur Amtshandlung nach Maßgabe der Bestimmungen der Handels-Ministerialverordnung vom 25. Jänner 1879, R.-G.-Bl. Nr. 19 anher geleitet.

Diese Amtshandlung wird von der Statthalterei **am Donnerstag den 31. Oktober 1907** unter Leitung des k. k. Bezirks-Kommissärs Dr. Stanislaus Gralewski durchgeführt werden.

Die Kommissionsteilnehmer versammeln sich am bezeichneten Tage **um 10 Uhr vormittags,** Ecke Strohbach- und Margaretenstraße.

Die Projektsbehelfe liegen vom 21. Oktober 1907 bis zum Verhandlungsvortage (einschließlich) bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.
Wien, am 18. Oktober 1907. 1—1

---

*) Durch diese Kundmachung wird die in Nr. 85 enthaltene Offertausschreibung (ad D. Z. 10525/17, 0) gegenstandslos.

G.-Z. 8838.

Kundmachung.

(Erledigte Lehrstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Lehrstellen zur Besetzung:

1 Stelle eines Bürgerschullehrers I. Klasse (V. Kategorie) für die Lehrgegenstände der naturwissenschaftlichen Fachgruppe;

2 Stellen eines Bürgerschullehrers I. Klasse (V. Kategorie) der mathematisch-technischen Fachgruppe;

6 Stellen einer Bürgerschullehrerin I. Klasse (VI. Kategorie) der sprachlich-historischen Fachgruppe;

42 Stellen eines Lehrers I. Klasse (VII. Kategorie);

46 Stellen einer Lehrerin I. Klasse (VIII. Kategorie);

5 Stellen eines definitiven Bürgerschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) der sprachlich-historischen Fachgruppe;

2 Stellen eines definitiven Bürgerschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) der naturwissenschaftlichen Fachgruppe;

5 Stellen eines definitiven Bürgerschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) der mathematisch-technischen Fachgruppe;

3 Stellen einer definitiven Bürgerschullehrerin II. Klasse (IX. Kategorie) der sprachlich-historischen Fachgruppe;

1 Stelle einer definitiven Bürgerschullehrerin II. Klasse (IX. Kategorie) der naturwissenschaftlichen Fachgruppe;

1 Stelle einer definitiven Bürgerschullehrerin II. Klasse (IX. Kategorie) der mathematisch-technischen Fachgruppe;

40 Stellen eines definitiven Volksschullehrers II. Klasse (X. Kategorie);

33 Stellen einer definitiven Volksschullehrerin II. Klasse (X. Kategorie);

4 Stellen eines definitiven Bezirksaushilfslehrers mit dem Standorte an Bürgerschulen (IX. Kategorie) der sprachlich-historischen Fachgruppe;

6 Stellen eines definitiven Bezirksaushilfslehrers mit dem Standorte an Bürgerschulen (IX. Kategorie) der naturwissenschaftlichen Fachgruppe;

5 Stellen eines definitiven Bezirksaushilfslehrers mit dem Standorte an Bürgerschulen (IX. Kategorie) der mathematisch-technischen Fachgruppe;

11 Stellen eines definitiven Bezirksaushilfslehrers mit dem Standorte an allgemeinen Volksschulen (X. Kategorie);

4 Stellen einer definitiven Bezirksaushilfslehrerin mit dem Standorte an allgemeinen Volksschulen (X. Kategorie);

Die Bewerbungsgesuche müssen **längstens bis 16. November 1907** eingebracht werden.

Näheres im Amtsblatte der Stadt Wien vom 22. Oktober 1907, Nr. 85.

Vom k. k. Bezirksschulrate Wien,

am 17. Oktober 1907.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:

Gugler. 1—2

Kundmachung.

(Prämien-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1874.)

In Gemäßheit des Verlosungsplanes findet die 121. Ziehung der Anteilscheine des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 am 2. November 1907, abends 6 Uhr, öffentlich im Rathause zu Wien in Gegenwart zweier k. k. Notare statt.

Die Auszahlung der planmäßigen Gewinne erfolgt vom **1. Februar 1908** ab durch die Hauptkassa der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Wien, am 21. Oktober 1907.

Der Bürgermeister:

Dr. Karl Lueger. 1—1

M.-Abt. XIX, 1631/07.

Kundmachung.

(Geschwornenlisten für das Jahr 1908.)

Die zur Prüfung der Urliste für das Jahr 1908 berufene Gemeinde-Kommission hat zufolge Beschlusses vom 17. Oktober 1907 in Ansehung der gegen diese Urliste erhobenen Einsprüche und geltend gemachten Befreiungsgründe nachstehende Entscheidungen getroffen:

Gemäß § 1 des Gesetzes vom 23. Mai 1873, R.-G.-Bl. Nr. 121, betreffend die Bildung von Geschwornenlisten, wurden in die Urliste eingetragen:

Ignaz Jolles, Verwaltungsrat der Wiener Sodawasserfabrik, II., Hofenedergasse 6.

Leopold Weltsch, Abteilungschef der Versicherungsanstalt „Fonciere", XVIII., Währingerstraße 132.

Franz Pleiner, Sonnen- und Regenschirm-Erzeuger, VI., Brückengasse 10.

Otto Baumgartner rekte Otto Franz Rudesch-Baumgartner, Ingenieur, XVIII., Währingerstraße 137.

Beschwerden gegen diese Entscheidungen sind innerhalb dreier Tage beim Wiener Magistrate, Abteilung XIX, I., Neues Rathaus, einzubringen und werden sodann dem Präsidium des k. k. Landesgerichtes Wien in Strafsachen zur Erledigung übermittelt werden.

Vom Wiener Magistrate,

im übertragenen Wirkungskreise,

am 23. Oktober 1907.

1—1

***

M.-Abt. IX, 4182/07.

Kundmachung.

(Feststellung der Jagdgebiete im XVII. Bezirke.)

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat zufolge Erlasses vom 7. Oktober 1907, Z. X a-2992 dem Rekurse des Kammeramtes des Stiftes „Schotten" in Wien gegen die Entscheidung des Magistrates vom 26. August 1907, Z. IX 1620, Folge gegeben und den angefochtenen Teil dieser Entscheidung, mit welchem die dem Stifte „Schotten" gegenwärtig zustehende Eigenjagd im XVII. Wiener Gemeindebezirke für die mit 1. Jänner 1908 beginnende Jagdpachtperiode als zum Gemeindejagdgebiete gehörig erklärt wurde, im Hinblicke auf die Bestimmungen im § 11, Absatz 2 des Gesetzes vom 8. Dezember 1902, L.-G.-Bl. Nr. 22 ex 1903, behoben.

Über die jagdrechtliche Eigenschaft des dem Stifte „Schotten" gehörigen im XVII. Bezirke gelegenen Territoriums wird nach durchgeführter Verhandlung entschieden werden.

Es findet daher vorläufig die Verpachtung der Jagd in diesem Gebiete nicht statt.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 11. Oktober 1907.
Der Abteilungs-Vorstand:
Dr. Konstantin Mayer,
Magistratsrat. 3—3

Z. 6687 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Dr. Karl Lueger-Stiftung.)

Im Laufe eines jeden Jahres gelangen die verfügbaren Interessen der Dr. Karl Lueger-Stiftung, deren Stammkapital 390.100 K beträgt, zur Verteilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben hilfsbedürftige christliche Wiener Kleingewerbetreibende, **welche ihr Gewerbe noch betreiben,** ferner hilfsbedürftige christliche Arbeiter christlicher Wiener Kleingewerbetreibender, **welche noch in Arbeit stehen,** endlich Witwen und Waisen der Genannten.

Das Verleihungsrecht steht auf Lebenszeit dem Herrn Bürgermeister Dr. Karl Lueger zu; ihm ist es auch überlassen, die Höhe der den einzelnen Bewerbern zuzuwendenden Beträge nach Maßgabe der nachgewiesenen Verhältnisse zu bestimmen.

Die Auszahlung der Beträge ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung der Stiftung nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft stiftbrieflich geeignete Bewerber vorhanden sind.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, eventuell den Trauschein und die Taufzettel der Kinder, ferner den Heimatschein, den Gewerbeschein oder das Konzessionsdekret, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer, eventuell über die Einkommensteuer, beziehungsweise den Nachweis des Arbeitsverhältnisses (Arbeitsbestätigung des derzeitigen Arbeitsgebers) und ein legales Armutszeugnis, Witwen und Waisen außerdem den Totenschein des Gatten, beziehungsweise der Eltern und den Nachweis beizulegen, daß ihr verstorbener Gatte, beziehungsweise ihre Eltern ein selbständiges Gewerbe betrieben haben oder bei einem christlichen Wiener Kleingewerbetreibenden in Arbeit gestanden sind.

Die in solcher Weise belegten Gesuche können jederzeit im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII überreicht werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
am 24. Oktober 1907. 1—3

Z. 6698 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Anton Schey'sches Künstlerstipendium.)

Vom Studienjahre 1907/08 angefangen gelangen zwei Anton Schey'sche Künstlerstipendien mit dem Jahresbezuge von je 630 K an talentierte Schüler der allgemeinen Malerschule oder der Spezialschule für historische Malerei, Landschaftsmalerei oder Tiermalerei an der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien zur Verleihung.

Der Genuß dieses Stipendiums erstreckt sich in der Regel auf Studiendauer und erlischt außer mit dem Ablaufe der normalen Studiendauer nur mit dem etwa früher eintretenden Abgange von der genannten Hochschule.

Der Stipendiengenuß kann jedoch für den Fall besonders günstiger Studienerfolge über Ansuchen des Stipendisten noch um ein oder zwei Jahre behufs weiterer künstlerischer Ausbildung an einer öffentlichen oder Privat-Malerschule des In- oder Auslandes verlängert werden.

Bewerber um diese Stipendien haben ihre mit dem Tauf- (Geburt)scheine, dem Heimatscheine, einem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, sowie mit einem Sittenzeugnisse, den Nachweisen ihrer bisherigen Studienerfolge und mit Kunstproben belegten Gesuche **bis längstens 15. Dezember 1907** beim Professoren-Kollegium der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien einzureichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 16. Oktober 1907. 1—3

Z. 6868/07.
XIII.

Kundmachung.

(Alois Drasche'sche Armenstipendien pro 1908.)

Aus den Erträgnissen des Alois Drasche'schen Armenstiftungsfondes gelangt im Jahre 1908 ein Betrag von 38.000 K in einer den Bedürfnissen entsprechenden Anzahl von Stipendien per 200 K und per 400 K an arme Personen zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stipendien haben nach den Bestimmungen des Testamentes des Stifters, des gewesenen Fabrikanten Alois Drasche aus Brünn, solche verarmte Personen, welche unverschuldet in Not und Elend geraten, wenn auch nur zeitweilig, ganz erwerbsunfähig sind, oder zur Erhaltung der Familie, wenn auch nur zeitweilig, nicht genügenden Erwerb besitzen, welche ferner christlicher Religion und deutsch-österreichischer Nationalität sind.

Dieselben müssen ihr festes Domizil in Wien, und zwar entweder in der Inneren Stadt oder in den früher bestandenen 33 Vorstädten, also in einem der vor dem 21. Dezember 1890 bestandenen zehn Bezirke, haben, müssen einen moralischen Lebenswandel führen und ein derart unbescholtenes Vorleben haben, daß sie niemals wegen einer entehrenden Gesetzesübertretung, wozu aber auch jene der leichtsinnigen Krida gehört, verurteilt wurden.

Hiebei macht die frühere oder gegenwärtige Bedienstung, Stellung oder Beschäftigung, der ledige, verheiratete oder Witwenstand keinen Unterschied, so daß auch öffentliche oder Privatbeamte zum Stiftungsgenusse berufen sind.

Unter den Bewerbern sind des Stifters Verwandte oder Abstämmlinge derselben vor allen, dann aber Personen aus dem Gewerbe-, Fabriks- oder Handelsstande, unter diesen, sowie unter allen Bewerbern, welche die festgesetzten allgemeinen Eigenschaften haben, vorzugsweise jene Bewerber mit dem Stiftungsgenusse zu beteilen, denen die Ernährung einer größeren Anzahl unmündiger Kinder obliegt, diese Bewerber mögen verheiratet oder verwitwet, männlichen oder weiblichen Geschlechtes sein.

Ledige Personen können bloß mit Stipenden zu 200 K bedacht werden.

Die Verleihung der Stipendien geschieht bloß für ein Jahr, doch können diese wiederholt an dieselben Personen verliehen werden; die betreffenden Bewerber sind aber den neuen Bewerbern gleich zu betrachten und haben demnach neuerlich ihre Würdigkeit auszuweisen.

Bewerber um ein solches Stipendium haben in ihren einzubringenden Gesuchen ihre persönlichen und materiellen Verhältnisse wahrheitsgetreu darzustellen und die Erklärung aufzunehmen, daß sie nie wegen einer entehrenden Gesetzesübertretung oder wegen leichtsinniger Krida verurteilt worden sind.

Außerdem haben dieselben ihren Gesuchen:

1. ein von der k. k. Polizei-Direktion Wien ausgestelltes Moralitätszeugnis;
2. ein legales Armutszeugnis;
3. ihren Taufschein;
4. ihren Heimatschein;
5. ihren Trauschein und eventuell auch den Totenschein des verstorbenen Gattenteiles, dann
6. die Taufscheine aller ihrer Kinder beizulegen.

Wenn sie sich auf ihre Erwerbsunfähigkeit berufen, haben sie auch ein armenärztliches Parere hierüber anzuschließen.

Die unter 1 und 2 angeführten Zeugnisse müssen neu, das heißt nach dem 10. Oktober 1907 ausgestellt sein.

Endlich haben sie den Nachweis über ihre derzeitige Beschäftigung und über den Umstand, daß sie deutsch-österreichischer Nationalität sind, zu erbringen.

Die in solcher Weise belegten und mit der geforderten Erklärung versehenen Gesuche sind **längstens bis 30. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Die Namen der mit einem Stipendium beteilten Personen werden nach Anordnung der testamentarischen Bestimmungen des Stifters seinerzeit veröffentlicht.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. Oktober 1907. 2—3

Z. 6826 ex 1907.
XIII.

Kundmachung

(August Zang'sche Stiftung.)

Am 4. März 1908 gelangen aus den Interessen der August Zang'schen Stiftung für notleidende Kleingewerbetreibende Wiens 4000 K zur Verteilung.

Auf den Genuß dieser Stiftung haben jene Kleingewerbetreibenden Anspruch, welche ohne ihr Verschulden in eine Notlage geraten sind, ohne Rücksicht auf ihre Konfession oder Heimatberechtigung, doch müssen dieselben in Wien wohnen und ihr Gewerbe noch betreiben.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburt)schein, eventuell den Trauungsschein, die Tauf(Geburt)scheine ihrer Kinder, ferner den Gewerbeschein oder das Konzessionsdekret, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer und ein legales Mittellosigkeitszeugnis, Witwen aber außerdem den Totenschein des Gatten beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 14. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1907. 2—3

****

Z. 6822 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Antonia Wahlberg'sche Stiftung.)

Zu Weihnachten 1907 werden die Jahresinteressen der Antonia Wahlberg'schen Weihnachtsstiftung im Betrage von 63 K an einen armen verwaisten Knaben ohne Unterschied der Religion, welcher sich jedoch durch Fleiß und Strebsamkeit hervortut, zur Verteilung gelangen.

Bewerber um diesen Stiftungsbetrag haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburt)scheine des Kindes, für welches um die Stiftung eingeschritten wird, mit dem Totenscheine seines Vaters, eventuell den Totenscheinen beider Eltern, dem letzten Schulausweise des Kindes, mit dem Heimatscheine und mit einem legal ausgefertigten Armutszeugnisse für das Kind, eventuell der noch lebenden Mutter zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 16. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 11. Oktober 1907. 2—3

Z. 6810 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(David Leon Lothringer'sche Stiftung.)

Demnächst gelangen die Interessen der David Leon Lothringer'schen Stiftung für christliche Wohltätigkeitsanstalten im Betrage von 500 K zur Verteilung.

Den Eingaben um eine Beteilung aus diesen Stiftungsinteressen sind die Statuten und der letzte Rechenschaftsbericht der Anstalt anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 30. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 14. Oktober 1907. 1—3

Z. 6820 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Marie Freiin v. Vetsera'sche Stiftung.)

Am 30. Jänner 1908 kommen aus den Interessen der Fräulein Marie Freiin von Vetsera'schen Armenstiftung 190 K an zwei unbescholtene Arme der Stadt Wien ohne Unterschied des Standes und der Konfession zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Nachweis über die Zuständigkeit in Wien, ihren Tauf(Geburt)- und Trauschein, die Tauf(Geburt)scheine ihrer Kinder, ein legales Armutszeugnis und, wenn sie sich auf ihre Erwerbunfähigkeit berufen, auch ein armenärztliches Parere hierüber anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 2. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 11. Oktober 1907. 2—3

Z. 6804 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Johann Georg Ertl'sche Stiftung.)

Am 26. Februar 1908 gelangen die Interessen der Johann Georg Ertl'schen Stiftung im Betrage von 690 K zur Verteilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben arme, in Wien wohnhafte Familien, deren Familienoberhaupt, oder von denen eines oder mehrere der im gemeinschaftlichen Haushalte lebenden Familienmitglieder von Krankheit betroffen sind.

Bewerber um eine Beteilung aus dieser Stiftung haben ihre Gesuche mit einem legalen Armutszeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über die Krankheit des betreffenden Familienmitgliedes, dem Tauf(Geburt)- und Trauungsscheine, dem Zuständigkeitsnachweise und den Tauf(Geburt)scheinen ihrer Kinder zu belegen, Witwen haben außerdem noch den Totenschein des verstorbenen Gatten anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 14. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 11. Oktober 1907. 2—3

Z. 6824/07.
XIII.

Kundmachung.

(Katharina Widhalm'sche Stiftung für Waisen subalterner Beamten und Diener des Wiener Magistrates.)

Aus der Katharina Widhalm'schen Stiftung kommen am 9. Jänner 1908 die Jahresinteressen im Betrage von 200 K an vier Waisen von subalternen Beamten und Dienern des Wiener Magistrates, welche der Unterstützung bedürftig sind, und zwar an zwei Knaben und zwei Mädchen, zur Verteilung.

Diejenigen, welche auf den Genuß dieser Stiftung Anspruch machen wollen, haben ihre mit dem Tauf(Geburt)scheine des Kindes, dem Heimatscheine, dem letzten Schulausweise, dem Totenscheine des Elternteiles und einem legalen Mittellosigkeitszeugnisse belegten Gesuche **längstens bis 16. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1907. 2—3

Z. 6539 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Josefine Figdor'sches Stipendium.)

Vom Beginne des Studienjahres 1907/08 an ist das Josefine Figdor'sche Stipendium jährlicher 200 K zu vergeben.

Anspruchsberechtigt sind arme, in Wien geborene Mädchen, welche sich dem Lehrfache widmen und an der k. k. Staats-Lehrerinnenbildungsanstalt bei St. Anna, Wien, I., Hegelgasse 14, ihre Ausbildung erhalten.

Bewerberinnen um dieses Stipendium haben ihre mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Heimatscheine, dem Impfscheine, einem Armutszeugnisse, sowie den beiden letzten Schulzeugnissen belegten Gesuche **bis 20. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf nicht gehörig belegte oder verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 8. Oktober 1907. 2—3

Z. 6825 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Pauline Wißmann'sche Stiftung.)

Am 26. Jänner 1908 gelangen die Interessen der Pauline Wißmann'schen Stiftung aus dem Jahre 1907 im Betrage von 1752 K an sechs arme Bürgerswitwen, welche in Wien geboren und katholischer Religion sind, zur Verteilung.

Bewerberinnen um eine Beteilung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen vor allem ein das Bürgerrecht des verstorbenen Gatten nachweisendes Dokument, sodann aber auch ihren Tauf- und Trauschein, den Totenschein ihres Gatten und ein legales Armutszeugnis anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 25. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1907. 2—3

Z. 6848 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Invalidenstiftung der ehemaligen Gemeinde Währing.)

Aus den Interessen der Invalidenstiftung der ehemaligen Gemeinde Währing gelangt ein Betrag von jährlich 25 K 20 h an einen nach Wien zuständigen, im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Währing wohnhaften Militärinvaliden auf Lebensdauer zur Verleihung.

Bewerber um obigen Stiftplatz haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburt)schein, den Trauschein, eventuell den Totenschein des Gattenteiles und die Tauf(Geburt)scheine der Kinder, endlich den Heimatschein, ein legales Armutszeugnis und den Nachweis über ihre Eigenschaft als Militärinvalide beizuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 30. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1907. 2—3

Z. 6408 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Friedrich Ludwig Müller'sche Stiftung.)

Bei der Friedrich Ludwig Müller'schen Stiftung für arme Witwen ist durch das Ableben eines Stiftlings ein Stiftplatz frei geworden, und kommt derselbe nunmehr wieder zur Besetzung.

Dieser Stiftplatz gewährt den Genuß jährlicher 420 K, ist für eine arme Witwe eines Professionisten, Fabriksarbeiters oder Taglöhners in Wien, welche jedoch zwei oder mehrere Kinder haben muß, bestimmt und verbleibt der in den Genuß dieser Stiftung gesetzten Witwe auf Lebensdauer, insolange sie Witwe und einer Unterstützung würdig ist. Ist diese Witwe mit mehr als zwei Kindern unter 16 Jahren gesegnet, so erhält dieselbe, wenn es die vorhandenen Stiftungsinteressen gestatten, für jedes Kind über die zwei Kinder jährlich einen Erziehungsbeitrag von 52 K 50 h, welcher mit dem Tode dieser Kinder oder mit deren erreichtem 16. Lebensjahre aufhört. Wenn die beteilte Mutter stirbt, so geht ihr Stiftungsgenuß per 420 K und die allfälligen Zulagen auf die überlebenden Kinder über, die bis nach deren zurückgelegtem 16. Lebensjahre im Genusse derselben bleiben. Diese Bezüge sollen zu ihrer Erhaltung und zur Erlernung von Arbeiten, wodurch sie ihr Brot verdienen können, verwendet werden.

Kränkliche, in Jahren vorgerückte und besonders gute Mütter werden in erster Linie berücksichtigt.

Bewerberinnen um diesen Stiftungsgenuß haben nachzuweisen, daß sie Witwen eines Professionisten, Fabriksarbeiters oder Taglöhners in Wien sind, daß sie zwei oder mehrere Kinder haben, daß sie arm sind, daß sie einen ordentlichen Lebenswandel führen (durch Sittenzeugnis der k. k. Polizei-Direktion Wien), daß sie nicht durch üble Wirtschaft um ein früher besessenes Vermögen gekommen sind, daß sie nur von ihrer und ihres bei Lebzeiten rechtschaffen gewesenen Mannes Arbeit gelebt haben und durch den Tod desselben dürftig und hilflos geworden sind.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 30. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Oktober 1907. 1—3

Z. 6802 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Ignaz Baum'sche Armenstiftung.)

Am 20. Februar 1908 gelangen die verfügbaren Jahresinteressen der Ignaz Baum'schen Armenstiftung im Betrage von 390 K an zehn unbescholtene, in Wien wohnhafte Arme christlicher Religion zur Verteilung.

Hiebei soll vor allem auf Verwandte des Stifters von väterlicher oder mütterlicher Seite, sodann auf diejenigen, welche zwar in Wien wohnen, jedoch aus der Vaterstadt des Stifters, Bielitz, gebürtig sind, endlich auf Verheiratete, mit zahlreichen Kindern Gesegnete, Rücksicht genommen werden.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre Gesuche, welche mit dem Taufscheine, Heimatscheine, Trauscheine, den Taufscheinen der Kinder, einem legalen Armutszeugnisse und einem von der k. k. Polizei-Direktion in Wien bestätigten Sittenzeugnisse, eventuell mit dem Nachweise über die Verwandtschaft mit dem Stifter belegt sein müssen, **längstens bis 1. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Oktober 1907. 1—3

Z. 7028 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Anton Schey'sche Stipendien-Stiftung.)

Vom 1. November 1907 angefangen gelangen vier Anton Schey'sche Stipendien im Betrage von je 660 K jährlich an arme, fleißige Studenten ohne Unterschied der Konfession zur Vergebung, und zwar werden zwei an Hörer der philosophischen Fakultät an der k. k. Universität in Wien, eines an einen Hörer der medizinischen Fakultät an der k. k. Universität in Wien und eines an einen Hörer der k. k. technischen Hochschule in Wien verliehen werden.

Der Genuß eines Stipendiums erstreckt sich in der Regel auf die ganze Studiendauer an der betreffenden Fakultät, beziehungsweise Hochschule, und erlischt außer mit dem Ablaufe der normalen Studiendauer nur mit dem etwa früher eintretenden Abgange von der betreffenden Hochschule. Für den Fall als der Stipendist den Doktorgrad anstrebt, kann der Stipendiengenuß über Ansuchen noch um ein Jahr verlängert werden. Dieses Ansuchen ist spätestens bis 31. Oktober des Kalenderjahres, in dem der Stipendist seine lehrplanmäßigen Studien vollendet, einzubringen.

Bewerber um eines dieser Stipendien haben ihre Gesuche mit dem Mittellosigkeits- oder Armutszeugnisse, dem Sittenzeugnisse, dem Tauf- oder Geburtsscheine und dem Nachweise ihrer Studienerfolge, insbesondere aus dem zuletzt absolvierten Studienjahre zu belegen und bis **längstens 15. Dezember 1907** bei dem betreffenden Professoren-Kollegium einzubringen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Oktober 1907. 1—3

Z. 7027 ex 1906.
XIII.

Kundmachung.

(Hermine Elßler'sche Universitäts-Stipendienstiftung.)

Aus der Hermine Elßler'schen Universitäts-Stipendienstiftung sind vom Studienjahre 1907/08 angefangen zwei Stipendien mit dem Jahresbezuge von je 600 K zu verleihen.

Anspruch auf ein solches Stipendium haben ohne Unterschied des Bekenntnisses Studierende der drei weltlichen Fakultäten der k. k. Universität Wien, welche in Wien geboren und österreichische Staatsangehörige sind, das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben, ferner hervorragende Begabung und vorzüglichen Fleiß aufweisen, mittellos und sittlich unbescholten sind.

Bei der Verleihung sind diejenigen Bewerber vorzugsweise zu berücksichtigen, welche mit der Stifterin verwandt sind, und zwar nach dem Grade der Verwandtschaft mit derselben, oder welche von dem Stiftungskurator vorgeschlagen werden, jedoch nur insofern sie den oben angeführten Bedingungen entsprechen, mit der Ausnahme, daß bei Verwandten der Stifterin das Erfordernis der Geburt des Bewerbers in Wien entfällt.

Beide Stipendien können an Hörer derselben Fakultät oder an Hörer verschiedener Fakultäten ohne Einhaltung eines bestimmten Turnus verliehen werden.

Der Genuß des Stipendiums dauert bis zur lehrplanmäßigen Beendigung der Studien. Zur Erlangung des Doktorgrades kann dem Stipendisten über sein Ansuchen, welches innerhalb des letzten Studienjahres einzubringen ist, der Genuß des Stipendiums noch in dem den lehrplanmäßigen Studien unmittelbar folgenden Studienjahre bewilligt werden.

Bewerber haben ihre Gesuche bis **längstens 15. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen und denselben den Tauf(Geburt)schein, den Heimatschein, ein Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, ein Sittenzeugnis, die Studiennachweise, sowie den etwaigen, durch amtliche, den Inhalt der Ehe- und Tauf(Geburt)matriken wortgetreu wiedergebende Auszüge zu erbringenden Nachweis der Verwandtschaft mit der Stifterin anzuschließen.

In dem Gesuche muß — abgesehen von den Angaben im Armuts- und Mittellosigkeitszeugnisse — ferner ausdrücklich angeführt werden, ob der Stipendienwerber oder eines seiner Geschwister bereits im Genusse eines Stipendiums oder eines Erziehungsbeitrages u. s. w. steht oder nicht, bejahenden Falles ist dieses Stipendium, beziehungsweise der betreffende Genuß, sowie dessen Betrag anzuführen.

Ein Verschweigen oder eine unrichtige Angabe rücksichtlich eines derartigen Genusses würde im gegebenen Falle die Annullierung der Stipendienverleihung nach sich ziehen.

Nur die mit einem legalen Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse belegten Gesuche sind stempelfrei.

Auf verspätet überreichte und auf nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Oktober 1907. 1—3

Z. 7041/07.
XIII.

Kundmachung.

(Gruber-Sagortz'sches Stipendium.)

Aus der Gruber-Sagortz'schen Stipendienstiftung gelangt vom Studienjahre 1907/08 angefangen ein Stipendium für einen Studierenden der Rechts- und Staatswissenschaften, der Medizin oder der Philosophie mit einem Jahresbezuge von 800 K zur Verleihung.

Nach den stiftbrieflichen Bestimmungen haben Anspruch auf Stipendien aus dieser Stiftung Studierende der drei weltlichen Fakultäten an der k. k. Wiener Universität, welche sich über ein gutes, wenn auch nicht ausgezeichnetes Maturitätszeugnis ausweisen können. Die Stipendien können an Hörer derselben Fakultät oder an Hörer verschiedener Fakultäten ohne Einhaltung eines bestimmten Turnus verliehen werden.

Vorzugsberechtigt zum Stiftungsbezuge unter Ausschluß aller übrigen Bewerber sind die Verwandten des verstorbenen Gatten der Stifterin, des Herrn Anton Sagortz, und zwar nach dem Grade der Verwandtschaft zu demselben. Es sind dies, nachdem die Tochter des Herrn Anton Sagortz, namens Leopoldine Sagortz, am 15. August 1897 kinderlos gestorben ist, die Nachkommen der Geschwister des Herrn Anton Sagortz, und zwar die Nachkommen der Brüder desselben, nämlich des Kajetan, Ludwig, Georg und Josef Sagortz, und die Nachkommen der Schwestern desselben, nämlich der Genovefa Buhl, geb. Sagortz, der Josefa Raab, geb. Sagortz, der Judit Goll, geb. Sagortz, und der Marie Beer, verwitwet gewesenen Schierer, geb. Sagortz.

Falls keine vorzugsberechtigten Personen als Bewerber auftreten, haben arme Studierende vorbezeichneter drei weltlicher Fakultäten der k. k. Wiener Universität deutscher Nationalität und christlicher Konfession und unter diesen zuerst nach Wien zuständige Jünglinge Anspruch auf den Stipendiengenuß.

Im übrigen kommen die für Stipendienstiftungen jeweils in Kraft bestehenden Normen in Anwendung.

Die Bewerber um dieses Stipendium haben ihre Gesuche bis **längstens 15. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen und denselben den Tauf(Geburt)schein, den Heimatschein, das Impfzeugnis, ferner das Maturitätszeugnis, die Studienzeugnisse des letzten Jahres, ferner, insofern das Vorzugsrecht der Verwandtschaft mit Herrn Anton Sagortz geltend gemacht wird, den durch amtliche, den Inhalt der Ehe- und Tauf(Geburt)matriken wortgetreu wiedergebende Auszüge zu erbringenden Nachweis der Verwandtschaft mit Herrn Anton Sagortz, mit ihm nicht verwandte Bewerber überdies ein Armutszeugnis beizulegen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Oktober 1907. 1—3

Z. 6026 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Adolf Ignaz und Julie Marzelline Mautner v. Markhof'sche Stiftungen.)

Am 6. Februar 1908 gelangen die Interessen der Adolf Ignaz Mautner Ritter v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenknaben und der Julie Marzelline Mautner v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenmädchen im Betrage von je 4800 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind arme Waisenknaben im Alter von 12 bis 16 Jahren, beziehungsweise arme Waisenmädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren berufen, welche in Wien heimatberechtigt sind, sie mögen sich in einer Waisenanstalt befinden oder nicht.

Die vorhandenen Stiftungsinteressen sind zu gleichen Teilen, somit mit je 600 K an je acht die stiftbriefliche Eignung besitzende Waisenknaben beziehungsweise Waisenmädchen zu verleihen; hievon haben vier Waisenknaben und vier Waisenmädchen der katholischen Religion, zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der evangelischen Religion A. K. oder H. K. und zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der israelitischen Religion anzugehören.

Die Bestimmung jener acht Waisenknaben und jener acht Waisenmädchen, welchen ein Stiftungsbetrag zuzuwenden ist, erfolgt durch das Los in der durch die Stiftbriefe für die Verlosung festgesetzten Weise.

Der zugefallene Stiftungsbetrag wird nicht sofort ausbezahlt, sondern fruktifiziert und nach Maßgabe der Bestimmungen der Stiftbriefe zum Beginne eines Gewerbes oder als Stipendium zur Fortsetzung der Studien, den Mädchen bei Verehelichung, jedoch erst nach zurückgelegtem 18., eventuell nach vollendetem 24. Lebensjahre ausgefolgt.

Mütter, Vormünder oder Pflegeparteien, welche um Verleihung eines solchen Stiftbetrages an die in ihrer Obsorge stehenden Waisen ansuchen wollen, haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, Impfungszeugnisse und dem Nachweise über die Wiener Heimatsangehörigkeit ihrer Pfleglinge, sowie dem Totenscheine der Eltern oder des Vaters der Waisen, endlich mit dem Zeuguisse über den Schulfortgang (Jahreszeugnis, Schulnachricht) oder dem Zeugnisse über den Fortgang einer Berufsbildung und mit dem legalen Armutszeugnisse zu belegen und **bis längstens 14. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. September 1907.

Z. 6032 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Karoline Prugberger'sche Stiftung.)

Am 14. Februar 1908 gelangen die Interessen der Karoline Prugberger'schen Stiftung aus dem Jahre 1907 im Betrage von 800 K an zwei arme erwerbsunfähige Wiener Bürger in Teilbeträgen von je 400 K zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, dem Trauungsscheine, dem Bürgerrechtsdiplome, einem legalen Armutszeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über ihre Erwerbsunfähigkeit und den Tauf(Geburts)scheinen der Kinder zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 23. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. September 1907.

Z. 6016 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Marie Ernst v. Ernstenau'sche Stiftung.)

Am 1. März 1908 gelangt ein Drittel der Jahresinteressen des Marie Ernst v. Ernstenau'schen Stiftungskapitales im Betrage von 163 K zur Verteilung.

Zum Genusse dieser Stiftung sind sechs alte, bedürftige, krüppelhafte, in Wien wohnende, einer der christlichen Konfessionen angehörige Personen berufen.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen ein legales Armutszeugnis, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit, ihren Taufschein und ihre sonstigen Dokumente beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 20. Jänner 1908** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 17. September 1907.

Z. 6813 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Franz Pretschgo'sche Stiftung.)

Am 1. März 1908 gelangen die Interessen der Franz Pretschgo'schen Stiftung für Arme im ehemaligen Gemeindegebiete von Dornbach im Betrage von 172 K zur Verteilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben notorisch dürftige, nach Wien zuständige Personen, welche im ehemaligen Gebiete von Dornbach ansässig sind.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburt)schein, den Heimatschein und ein legales Armutszeugnis über ihre notorische Bedürftigkeit anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 1. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Oktober 1907. 1–3

Z. 6692 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Hermine Elßler'sche Stipendienstiftung für Schüler der k. k. Akademie der bildenden Künste und des Konservatoriums in Wien.)

Aus der Hermine Elßler'schen Stipendienstiftung für Schüler der k. k. Akademie der bildenden Künste und des Konservatoriums in Wien sind vom Beginne des Studienjahres 1907/08 an zwei Stipendien mit dem Jahresbezuge von je 600 K zu verleihen.

Anspruch auf ein solches Stipendium haben ohne Unterschied des Bekenntnisses junge Männer, welche dem Studium der dramatischen Kunst, der Musik, Malerei oder Bildhauerkunst an den genannten Anstalten obliegen, in Wien geboren und österreichische Staatsangehörige sind, das 15. Lebensjahr zurückgelegt haben, ferner hervorragende Begabung und vorzüglichen Fleiß aufweisen, mittellos und sittlich unbescholten sind.

Bei der Verleihung sind diejenigen Bewerber vorzugsweise zu berücksichtigen, welche mit der Stifterin verwandt sind, und zwar nach dem Grade der Verwandtschaft mit derselben, oder welche von dem Stiftungskurator vorgeschlagen werden, jedoch nur insofern sie den oben angeführten Bedingungen entsprechen, mit der Ausnahme, daß bei Verwandten der Stifterin das Erfordernis der Geburt des Bewerbers in Wien entfällt.

Sämtliche Stipendien können an Schüler der dramatischen Kunst oder Musik, beziehungsweise Malerei oder Bildhauerkunst ohne Einhaltung eines bestimmten Turnus verliehen werden.

Der Genuß des Stipendiums dauert bis zur Erlangung der Selbsterhaltungsfähigkeit, erlischt jedoch unter allen Umständen mit dem zurückgelegten 24. Lebensjahre.

Bewerber haben ihre Gesuche bis **längstens 15. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen und denselben den Tauf(Geburt)schein, den Heimatschein, ein Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, ein Sittenzeugnis, die Studiennachweise, sowie den etwaigen, durch amtliche, den Inhalt der Ehe- und Tauf(Geburt)matriken wortgetreu wiedergebende Auszüge zu erbringenden Nachweis der Verwandtschaft mit der Stifterin anzuschließen.

In dem Gesuche muß — abgesehen von den Angaben im Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse — ferner ausdrücklich angeführt werden, ob der Stipendienwerber oder eines seiner Geschwister bereits im Genusse eines Stipendiums oder eines Erziehungsbeitrages u. s. w. steht oder nicht, bejahenden Falles ist dieses Stipendium, beziehungsweise der betreffende Genuß, sowie dessen Betrag anzuführen.

Ein Verschweigen oder eine unrichtige Angabe rücksichtlich eines derartigen Genusses würde im gegebenen Falle die Annullierung der Stipendienverleihung nach sich ziehen.

Nur die mit einem legalen Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse belegten Gesuche sind stempelfrei.

Auf verspätet überreichte und auf nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Oktober 1907. 1–3

Z. 6816/07.
XIII.

Kundmachung.

(Georg Rittmann'sche Stiftung.)

Am 1. Februar 1908 gelangen die Interessen der Georg Rittmann'schen Stiftung im Betrage von 1750 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind berufen alle nach Wien zuständigen, im VI. oder VII. Gemeindebezirke durch mindestens ein Jahr wohnhaften, durch Unglücksfälle verarmten, wegen Alter oder Körpergebrechen arbeitsunfähigen, selbständigen oder selbständig gewesenen Gewerbsleute (Meister) und deren Witwen ohne Unterschied der Religion, welche mit keiner oder höchstens mit einer dauernden Unterstützung von 6 K pro Monat beteilt sind.

Die zum Stiftungsgenusse Berufenen werden hiemit aufgefordert, sich an einem Werktage vom **2. bis inklusive 20. Jänner 1908** zwischen 10 bis 12 Uhr vormittags ohne Gesuch, jedoch unter Mitbringung eines legalen Armutszeugnisses, in welchem, wenn sie durch Unglücksfälle verarmt sind, dieser Umstand

bestätigt sein muß, des Zuständigkeitsausweises, des Tauf(Geburt)-scheines, des letzten Zahlungsauftrages über die allgemeine Erwerbsteuer, des polizeilichen Meldungszettels, eventuell des Totenzettels des Gatten, des Gewerbezurücklegungs-Ratschlages, des etwaigen Bezugsbüchels für die dauernde Unterstützung, und, wenn sie sich auf ihre Erwerbsunfähigkeit infolge Alters oder Körpergebrechen berufen, auch eines armenärztlichen Pareres hierüber, in der Magistrats-Abteilung XIII einzufinden und daselbst ihre Bitte mündlich anzubringen.

Auf eingebrachte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Oktober 1907. 1—3

Franz Kraft

Bauunternehmer und Granitwerksbesitzer

Stadtpflastermeister und Kontrahent der Gemeinde Wien

Kanzlei:

Wien, III./2, Seidlgasse 36 (Ecke Hauptstraße).

Telephon Nr. 6140. Postsparkassa 831.102 (Clearing).

AUFZÜGE

aller Art **Hebezeuge** und **Förderanlagen**

erzeugt gut prompt und billigst

Spezial-Aufzüge-Bauanstalt **Anton Nemec**

Aufzüge-Revisor (vorm. Pretsch & Nemec) **Wien XVII/3, Comeniusgasse 3.** Telephon Nr. 17985.

Lasten-Aufzüge für Handbetrieb stets am Lager. — Rekonstruktionen, Reparaturen und Revisionen schnell und billig.

Installations-Bureau für elektrische Beleuchtungs- und Kraftanlagen

Adolf Hofmann

Wien, XVIII., Währingerstrasse 131.

Telephon 21.325.

Telephon-, Telegraphen-, Thermometer-Anlagen, Blitzableiter-Anlagen für alle gewerblichen Zwecke. — Kontrahent der Kommune Wien.

Asphalt-Unternehmung Carl Günther

Wien, I., Rathhausstrasse 13. — Telephon Nr. 12776.

Strassen- u. Trottoir-Asphaltirungen

mit **Natursphalt** nach Communalvorschrift.

Alle anderen Arten von Natursphalt-Arbeiten.

Das

k. k. Versteigerungs-Amt

WIEN, I., Dorotheergasse Nr. 17

übernimmt: Hinterlassenschaften, Mobilien aus **Übersiedlungen und Gegenstände jeder Art,** wie Gemälde, Kunstobjecte, Claviere, Harmoniums, gute Möbel, Decorationsstücke, Wägen u. s. w., mit Ausnahme von neuen Waren

zur Versteigerung.

Anmeldungen täglich von 9 bis 12 Uhr, auch brieflich und telephonisch (Nr. 2916).

◆◆ Bau- ◆◆ Unternehmung **E. GAERTNER**

IV., Magdalenenstrasse 40.

Projektierungen und Übernahme von

Brücken-, Kai- und Hafenbauten

DRUCKLUFTGRÜNDUNGEN MIT KAISSONS

und Fundierungen anderer Art.

Wasser- u. Eisenbahnbauten.

Centralheizungswerke A.-G.

Wien, XVI., Lerchenfeldergürtel 53.

Zentralheizungen aller Systeme.

Bau-Bildhauerarbeiten

ornamental und figural.

Innere und äussere Dekorationsarbeiten

Plafonds, Vestibuls, Saaldekoration, Kunst-Marmor etc.

Frostsichere Cemente

zum Mauern und Betonieren bei Frost oder Frostgefahr.

Heinrich Hausleitner,

Wien, XII./2, Meidling, Hendlgasse 13.

ALOIS FIRNSTEIN

Stadtpflasterermeister

übernimmt alle Gattungen **Granit-, Klinker- u. Holzstöckel-Pflasterungen.**

WIEN

XVI., Neuerchenfelderstrasse Nr. 26.

Kontrahent der Kommune Wien.

Zur kulanten Besorgung aller im **Kursblatte** notierten **Effekten und Valuten** bestens empfehlen

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN

I. Bezirk,

Stephansplatz Nr. 11

Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 87. Dienstag den 29. Oktober 1907. Jahrgang XVI.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokale im Rathause.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Gemeinderat.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **25. Oktober 1907** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger, des Vize-Bürgermeisters Dr. Josef Porzer und des Vize-Bürgermeisters Heinrich Hierhammer.

Bürgermeister Dr. Lueger: Die Versammlung ist beschlußfähig, die Sitzung eröffnet.

Der Herr Schriftführer wird ein eingelangtes Schreiben zur Verlesung bringen. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

1. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Der Kabinetts-Direktor Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät schreibt (liest):

„Wien, am 25. Oktober 1907.

Geehrter Herr Bürgermeister!

In Beantwortung Euer Hochwohlgeboren Anfrage über das Befinden Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät (Die Versammlung erhebt sich von den Sitzen) beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß die von den behandelnden Ärzten abgegebene und in einem Kommuniqué am 23. d. M. veröffentlichte Darstellung des Krankheitsbildes heute nicht nur aufrechterhalten, sondern erfreulicherweise noch dahin ergänzt werden kann, daß seither sämtliche Krankheitserscheinungen sich wesentlich zurückgebildet, Schlaf, Appetit und Allgemeinbefinden bedeutend gehoben haben (Beifall), so daß man es heute Gottlob aussprechen darf, daß sich Seine Majestät in voller Rekonvaleszenz befinden." (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister: Ich glaube, aus dem Herzen eines jeden von Ihnen zu sprechen, wenn ich der innigsten Freude über die Genesung Seiner Majestät Ausdruck gebe. (Lebhafter und anhaltender Beifall.)

2. Ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung haben entschuldigt:

Herr Gem.-Rat Rissaweg wegen Ablebens seiner Gemahlin. Ich glaube, die Herren ermächtigen mich, ihm auch das Beileid des Gemeinderates zur Kenntnis zu bringen. (Zustimmung.)

Herr Gem.-Rat Vignati hat sich entschuldigt wegen der Notwendigkeit seiner Anwesenheit bei einem Prozesse in Znaim.

Herr Kollege Schedifka hat keinen weiteren Grund für sein Ausbleiben angegeben, ebenso Herr Gem.-Rat Dr. Krenn und auch Herr Gem.-Rat Jelinek.

3. Ich habe dem Herrn Gem.-Rat Stroh einen Urlaub von drei Wochen erteilt.

4. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Seine Durchlaucht Prinz Alois von und zu Liechtenstein dankt herzlich für die bewiesene Teilnahme.

5. 2000 K wurden für die Armen Wiens erlegt von Seiner Durchlaucht Herrn Franz Prinzen von und zu Liechtenstein im eigenen Namen und in jenem seiner Geschwister anläßlich des Ablebens des Vaters Seiner Durchlaucht, des Herrn Alfred Prinzen von und zu Liechtenstein.

Bürgermeister: Die Versammlung spricht den Dank aus.

6. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Das ergebenst Gefertigte beehrt sich zur geneigten Kenntnis zu bringen, daß die Herren Weinberg, Besitzer der Stute „Fabula", Siegerin im Austriapreis 1907, für die Armen Wiens 5000 K (fünftausend Kronen) hier angewiesen haben, welche gegen Bestätigung an der hiesigen Kassa zu beheben sind.

Das General-Sekretariat
des Jockey-Klub für Österreich."

Bürgermeister: Die Versammlung spricht hiefür ihren Dank aus.

7. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Herr Ferdinand Wortner, Kaffeesieder, Wien, IV., Wiedener Hauptstraße 55 wohnhaft, hat der Verwaltung des Wiener Versorgungsheims 404 Hefte verschiedener Zeitschriften zur Verfügung gestellt.

Bürgermeister: Die Versammlung spricht ihren Dank aus.

8. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Für die städtischen Sammlungen hat gespendet: der Oberstkämmerer Exzellenz Leopold Freiherr v. Gudenus die im Auftrage des Oberstkämmerer-Amtes im Jahre 1900 anläßlich des Allerhöchsten 70. Geburtsfestes gegossene, von R. Marschall modellierte große Porträtplaquette auf Seine Majestät den Kaiser.

Bürgermeister: Die Versammlung spricht ihren Dank aus.

9. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Das k. k. Handelsministerium übermittelt ein Erinnerungsdiplom und eine Bronze-Medaille von der österreichischen Ausstellung in London im Jahre 1906.

Bürgermeister: Die Versammlung spricht ihren Dank aus.

10. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Der am 10. Juli 1906 in Wien, I., Kärntnerring 11 verstorbene Herr Martin Ritter v. Cassian hat in seinem Testamente vom 9. Februar 1894 die folgende Verfügung getroffen:

Dem Fonde für die Wiener Volksschule einen Betrag von 1800 fl., sage achtzehnhundert Gulden ö. W.

Der Erbenvertreter Herr Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Karl Ružička, I., Am Hof 5, hat den Betrag nebst den gesetzlichen Verzugszinsen am 15. Oktober 1907 bei der städtischen Hauptkassa eingezahlt.

Hierüber beehre ich mich, Euer Hochwohlgeboren behufs Kenntnisnahme und allfälligen Mitteilung in der öffentlichen Gemeinderats-Sitzung mit dem Beifügen zu berichten, daß wegen Verwendung des Vermächtnisses für Schulzwecke demnächst an den Stadtrat ein Antrag gestellt werden wird."

Bürgermeister: Die Versammlung nimmt dies dankend zur Kenntnis.

11. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: In einem hieramts anhängigen Musterschutzprozesse haben die der Verhandlung beigezogenen Herren Sachverständigen Heinrich Kary, Inhaber der Firma S. Kary's Sohn, I., Rotenturmstraße 27, und Karl Koppel, k. k. Kommerzialrat und kaiserlicher Rat, I., Goldschmidgasse 4/6, die von ihnen beanspruchte Sachverständigengebühr von je 20 K als Spende für die Armen Wiens gewidmet.

Bürgermeister: Die Versammlung spricht hiefür ihren Dank aus.

12. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Der Herr Vorsteher des XVII. Bezirkes berichtet (liest):

„Mit Gegenwärtigem erlaubt sich der Gefertigte mitzuteilen, daß ihm von Herrn Rudolf Karl Schwägerl, Journalist und Obmann des Zentral-Vereines zur Bekleidung armer Schulkinder, wohnhaft XVII/2, Dornbacherstraße 71, der Betrag von 32 K 40 h mit der Bestimmung übergeben wurde, denselben an durch die Wetterkatastrophe am 17. Juli 1907 verunglückte Personen zur Verteilung zu bringen."

Bürgermeister: Die Versammlung spricht hiefür ihren Dank aus.

13. Ich beabsichtige, auch im Fasching 1908 einen Ball der Stadt Wien zu veranstalten, dessen Reinerträgnis den Armen unserer Stadt Wien zugewendet werden wird. (Beifall.)

14. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Bezirksvertretung des III. Wiener Gemeindebezirkes Landstraße.

Gemeinderats-Präsidium!

Die sich in kurzen Zeiträumen wiederholenden Zeitungsberichte über Raubanfälle, Messerstechereien und andere Fälle öffentlicher Gewalttätigkeit sind ein Beweis dafür, daß es dringend notwendig ist, gegenüber jenen organisierten Banden von Individuen, die die öffentliche Sicherheit in Wien gewohnheitsmäßig gefährden, endlich einmal energische Maßnahmen zu ergreifen. Obwohl diese Notwendigkeit seit langem besteht, ist in dieser Richtung bisher nahezu gar nichts geschehen; es mußten im Gegenteile die ordnungsliebenden Bevölkerungskreise wiederholt die Erfahrung machen, daß Delikte notorischer Plattenbrüder, Raufbolde und Messerhelden von den Gerichten mit geradezu unglaublich milden Strafen geahndet wurden.

Daß ein solches Vorgehen der Gerichtsbehörden keineswegs geeignet ist, eine Besserung der gegenwärtigen beklagenswerten Sicherheitsverhältnisse herbeizuführen, beweist die Tatsache, daß Gefährdungen der Sicherheit der Person und des Eigentums mehr denn je an der Tagesordnung sind.

Die Bezirksvertretung Landstraße, welche in der am 3. Oktober 1907 abgehaltenen Sitzung über die Frage beraten hat, in welcher Weise den in Rede stehenden Übelständen zu steuern sei, hat in derselben Sitzung folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt:

Der Gemeinderat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird ersucht, bei der k. k. Regierung zu erwirken, daß der bekannte Erlaß des seinerzeitigen Ministerpräsidenten und Chefs der Justizverwaltung Dr. Ernst v. Koerber über die strafrechtliche Behandlung jugendlicher Personen bis auf weiteres außer Kraft gesetzt und daß an die Gerichtsbehörden die Weisung erlassen werde, gegen jene Personen, welche einzeln oder zu Banden organisiert, die öffentliche Sicherheit gewohnheitsmäßig gefährden, die zulässig strengsten Strafen zu verhängen."

Bürgermeister: Meine Herren! Sie erlauben mir die Bemerkung, daß ich der Meinung bin, es sollen doch die Zustände

in unserer Stadt nicht mit so außerordentlich grellen Farben dargestellt werden, wie es in dieser Zuschrift geschieht. Da muß jedermann glauben, daß man in Wien weder seines Lebens, noch seiner Habe sicher ist. So arg ist es nicht. Es gehen schon ein paar Individuen herum, von denen es besser wäre, wenn sie hinter Schloß und Riegel säßen; richtig ist nur das eine, daß von Seite der Gerichte leider nicht mit der entsprechenden Energie vorgegangen wird. (Beifall.)

15. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg: Der pensionierte Bürgerschul-Direktor Karl Lang in Höflein a. d. Donau spricht dem Gemeinderate für die Verleihung der goldenen Salvator-Medaille den Dank aus.

Bürgermeister: Wird zur Kenntnis genommen.

16. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Euer Hochwohlgeboren!

Hochverehrter Herr Bürgermeister

der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Die erfolgreiche Erledigung unseres im August 1907 an Euer Hochwohlgeboren für den löblichen Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien gerichteten Bittgesuches „um einen Beitrag zur Errichtung eines Denkmales für den Tiroler Freiheitskämpfer Josef Speckbacher in Hall", auf welches dem ergebenst gefertigten Denkmal-Komitee vom hochlöblichen Wiener Gemeinderate in der Sitzung vom 27. September 1907 die munifizente Spende von 400 K zuerkannt wurde, veranlaßt uns, Euer Hochwohlgeboren unseren ganz speziellen Dank zum Ausdruck zu bringen.

Hall in Tirol, den 22. Oktober 1907.

Speckbacher-Denkmal-Komitee

Hall in Tirol."

Bürgermeister: Wird zur Kenntnis genommen.

17. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 13. September 1907, Z. 10505, wurde dem Hesser-Denkmal-Komitee eine Subvention von 20.000 K und die Herstellung der Fundamente des Denkmales bewilligt. In dem beiliegenden Schreiben spricht das Komitee hiefür dem Gemeinderate seinen Dank aus und macht von dem Beschlusse des Komitees Mitteilung, daß das Denkmal unwiderruflich in Wien errichtet werden wird. Dies wäre dem Gemeinderate zur Kenntnis zu bringen."

Bürgermeister: Wird zur Kenntnis genommen.

18. Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„An das

Präsidium des Gemeinderates

der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Der hochachtungsvollst Gefertigte hat aus Anlaß des vierzigjährigen Bestandes des Wiener Eislaufvereines mit Billigung seines Verwaltungs-Ausschusses eine Chronik dieses Vereines geschrieben, durch welche die Lokalgeschichte Wiens durch das Kapitel „Schlittschuhlaufen" bereichert wird.

Nachdem nun der Wiener Eislaufverein der größte Eislaufverein der Welt ist, unter dessen Mitgliedern alljährlich die Jüngsten in unserem Allerhöchsten Kaiserhause zu finden sind und ebenso die Wiener Aristokratie verkehrt und somit einen Sammelpunkt für Hoch und Nieder unseres schönen Wien gibt, wo das Kunstlaufen zur höchsten Blüte gebracht wurde, glaubt der Autor dieses Buches keine Fehlbitte zu tun, wenn er bittet, diesem Stücke Wiener Chronik seinen Platz in der Stadtbibliothek anweisen zu wollen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

F. Biberhofer."

Bürgermeister: Wir nehmen das Werk natürlich an und sprechen dafür den Dank aus.

Ich bitte die Herren Schriftführer, die eingelangten Anfragen und Interpellationen zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

19. Anfrage des Gem.-Rates Kunschak:

In der Sitzung vom 3. Mai 1907 stellte ich den Antrag:

„Die am 20. Dezember 19 6 gefaßten Beschlüsse, betreffend die Zeitbeförderung der städtischen Amts- und Schuldiener, werden entsprechend den Beschlüssen, betreffend die Zeitbeförderung der Marktamtsdiener und Marktgebühreneinheber, dahin abgeändert, daß die Vorrückung in die erste Bezugsklasse nach zwölf in der zweiten Bezugsklasse zugebrachten Dienstjahren, die Ernennung zum definitiven Bediensteten nach drei provisorischen Dienstjahren erfolge."

Dieser Antrag findet seine Begründung darin, daß es nur recht und billig ist, die gleichen Begünstigungen, die der Wiener Gemeinderat, in voller Würdigung der einschlägigen Verhältnisse, den Marktamtsdienern und Marktgebühreneinhebern gewährte, auch den Amts- und Schuldienern zuzugestehen.

Ich stelle demnach die Anfrage:

1. Ist der Herr Bürgermeister in der Lage, über den derzeitigen Stand der in Frage stehenden Angelegenheit nähere Mitteilungen zu machen?

2. Ist der Herr Bürgermeister in der Lage, darüber Mitteilung zu machen, ob die Amts- und Schuldiener hoffen dürfen, daß die Genehmigung ihrer in meinem Antrage niedergelegten Wünsche in absehbarer Zeit erfolgen werde.

Bürgermeister: Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Antwort zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Ad 1. Über den Antrag des Herrn Gem.-Rates Kunschak wurde eine Äußerung der Stadtbuchhaltung eingeholt, die bisher noch nicht eingelangt ist.

Ich habe die Interpellation zum Anlasse genommen, die Buchhaltungsäußerung zu betreiben.

Ad 2. Ich bin zwar gegenwärtig noch nicht in der Lage, bekanntzugeben, ob es möglich sein wird, dem Antrage des Herrn Interpellanten vollinhaltlich zu entsprechen, doch kann ich ihm die Versicherung geben, daß bei der Antragstellung in dieser Angelegenheit gewiß das möglichste Wohlwollen bekundet werden wird."

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

20. Anfrage des Gem.-Rates Kunschak:

Am 12. Juli 1907 faßte der Wiener Gemeinderat anläßlich der Regelung der Dienst- und Lohnverhältnisse der Bediensteten der städtischen Straßenbahnen folgenden Beschluß:

Der Stadtrat wird ermächtigt, über ein von der Direktion vorzulegendes neues Vorrückungsschema für die Unterbeamten, sofern das jährliche Erfordernis 20.000 K nicht überschreitet, endgültig Beschluß zu fassen. Dieses Vorrückungsschema hat dann rückwirkend vom 1. Mai 1907 an in Kraft zu treten.

Seit diesem Beschlusse sind mehr als drei Monate verflossen, alle Bediensteten der städtischen Straßenbahnen erfreuen sich seit langem an dem Genusse der ihnen gewährten Lohnaufbesserungen, nur die Unterbeamten warten noch immer auf die durch den obigen Beschluß prinzipiell genehmigte und finanziell bedeckte Erfüllung ihrer Wünsche.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

1. Warum ist bisher die Durchführung des erwähnten Gemeinderats-Beschlusses nicht erfolgt?

2. Ist der Herr Bürgermeister bereit, den Auftrag zu geben, daß diese Durchführung endlich einmal erfolge?

Bürgermeister: Der Herr Schriftführer wird die Antwort zur Verlesung bringen.

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Über die vorliegende Anfrage wird berichtet, daß die gefertigte Direktion, welcher der Gemeinderats-Beschluß vom 12. Juli 1907, Pr.-Z. 9102, mit Zuschrift der Magistrats-Abteilung V vom 17. Juli 1907, Z. 1498, am 18. Juli intimiert worden war, das verlangte Vorrückungsschema mit Bericht vom 24. Juli 1907, Z. 127/Ap., dem Stadtrate zur Beschlußfassung vorgelegt hat.

Ein Beschluß des Stadtrates ist der Direktion bisher nicht zugekommen."

Bürgermeister: Ich werde die Angelegenheit betreiben. Ich bitte, fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

21. Anfrage des **Gem.-Rates Allmeder:**

Seit nahezu zwei Jahren ist das Gebäude der k. k. Tabak-Regie im IX. Bezirke, Währingerstraße und Waisenhausgasse demoliert und seit jener Zeit wird das ganze Areale nur als Übungsplatz für den Wiener Knabenhort des IX. Bezirkes benützt.

Nachdem die so frequente Währingerstraße ohnehin von so vielen öffentlichen Gebäuden begrenzt ist, welche abends in vollständiger Dunkelheit liegen, wirkt dieser vorerwähnte Platz mit seiner langen Gassenfront in der Währingerstraße geradezu entsetzlich.

Der ergebenst Gefertigte erlaubt sich an Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage zu stellen:

Was auf diesem Platze eigentlich erbaut und wann mit diesen Bauten begonnen wird, da es der lebhafte Wunsch der Bevölkerung des IX. Bezirkes seit vielen Jahren ist, daß dort Privatgebäude mit Straßenauslagen hergestellt werden und die Regulierung der Waisenhausgasse durchgeführt wird?

Bürgermeister: Der Herr Schriftführer wird die Antwort zur Verlesung bringen.

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Der Grund gehört dem k. k. Ärar. Der Baulinienplan wurde bereits der k. k. Dikasterialgebäude-Direktion ausgefolgt. Ein Parzellierungsentwurf wurde indes noch nicht eingebracht. Es kann daher über die Art der künftigen Verbauung nichts Bestimmtes bekanntgegeben werden. Es verlautet indes, daß, während in der Waisenhausgasse Universitäts-Institute erbaut werden, in der Währingerstraße Baustellen geschaffen werden sollen, die zur Veräußerung gelangen und sodann mutmaßlich mit Wohn- und Geschäftshäusern verbaut werden."

Bürgermeister: Ich bitte, fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

22. Interpellation des **Gem.-Rates Neumann:**

In der Volksschule für Knaben und Mädchen im XIII. Bezirke, Lainzerstraße 148 herrschen höchst bedenkliche sanitäre Zustände. Die Lehrzimmer I. und II. Klasse, die sich ebenerdig befinden, sind durchwegs feucht. Die Feuchtigkeit zieht sich fast einen Meter hoch die Wände empor. Durch die Feuchtigkeit sind die Schulräume kalt und es muß überheizt werden. Wollen die Schüler auf den Abort gehen, so müssen sie aus dem erwärmten dumpfen Raum in den Hof gehen, denn die Aborte befinden sich im Hofraume. Für die ganze Schule gibt es bloß zwei Aborte und diese befinden sich im Hofe. Ebenerdig befinden sich Klassenzimmer, in denen die Fenster nicht geöffnet werden können, da sonst der Gestank vom Aborte in die Klassenzimmer dringt. Es wird im XIII. Bezirke als Ersatz für diese sanitätswidrige Schule eine neue Schule gebaut. Aber wie viele Kinder werden krank, wenn sie in diesen Räumen, welche gesundheitsschädlich sind, noch monatelang zuwarten müssen, bis der Neubau fertig ist und die neue Schule eröffnet wird.

Ich frage den Herrn Bürgermeister:

Ist er geneigt, Erhebungen pflegen zu lassen, ob die von mir bezeichneten Schulräume geeignet sind, weiter zu Unterrichtszwecken zu dienen?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, in irgendeiner Weise durch Unterbringung der Kinder in anderen trockenen Schulräumen dafür zu sorgen, daß die Gesundheit der Schüler nicht Schaden leidet?

Bürgermeister: Der Herr Schriftführer wird die Antwort zur Verlesung bringen.

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Richtig ist, daß die Volksschule für Knaben und Mädchen XIII., Lainzerstraße 148 in den sanitären Verordnungen nicht entsprechenden Räumen untergebracht ist. Eine Unterbringung der Schulkinder in anderen Räumen ist nicht möglich.

Zur Beseitigung dieser Übelstände ist von Seite des Wiener Gemeinderates die Erbauung eines neuen Schulgebäudes beschlossen worden und wird mit der Bauführung am Montag den 28. Oktober 1907 begonnen werden."

Bürgermeister: Etwas anderes kann man halt nicht machen.

Ich bitte, fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

23. Interpellation des **Gem.-Rates Dobeš:**

Seit mehr als zehn Jahren petitioniert die Bevölkerung des XII. Wiener Gemeindebezirkes bei allen kompetenten Faktoren um den Umbau der für die heutigen Verhältnisse total unzulänglichen sogenannten „Philadelphiabrücke" über die Hauptstrecke der k. k. priv. Südbahn.

Alle Verhandlungen diesbezüglich scheinen gescheitert zu sein und die Bevölkerung des Bezirkes verliert langsam das Vertrauen zu ihren Vertretern.

Ich erlaube mir daher an den Herrn Vorsitzenden die höfliche Anfrage zu richten:

Wie weit ist in den letzten zwei Jahren die Aktion in der Angelegenheit des Umbaues der obgenannten Brücke gediehen?

Und ist bereits energisch mit der Südbahn-Gesellschaft verhandelt worden?

Bürgermeister: Der Herr Schriftführer wird die Antwort verlesen, die sehr befriedigend sein wird.

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

„Das Übereinkommen ist bereits abgeschlossen und das Referat des Magistrates gelangt in wenigen Tagen an den Stadtrat."

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

24. Interpellation des **Gem.-Rates Klebinder:**

Ist dem geehrten Herrn Bürgermeister etwas von der Existenz eines Lagerhaus-Ausschusses im Wiener Gemeinderate bekannt? (Heiterkeit.)

Es soll ein solcher Ausschuß für die Angelegenheiten des städtischen Lagerhauses und für dessen moderne Ausgestaltung tatsächlich einmal gewählt worden sein, er soll sich sogar konstituiert und einen Obmann gewählt haben. Die Mitglieder dieses Ausschusses erinnern sich aber gar nicht, ob und wann eine Sitzung desselben seither stattgefunden hätte. Er führt seit Jahren ein Schlummerdasein und niemand ist da, der ihn aufwecken und zur Arbeit ermahnen würde.

Wäre der geehrte Herr Bürgermeister nicht geneigt, mittels Präsidialauftrages die Einberufung dieses Lagerhaus-Ausschusses zu veranlassen und ihn zu vermögen, den von mir anläßlich der Budget-Beratung vor zwei Jahren gestellten und vom Gemeinderate einstimmig unterstützten Antrag auf Anschaffung von mobilen Elevatoren für das städtische Lagerhaus in Verhandlung zu ziehen und dem Gemeinderate ehestens Bericht zu erstatten?

Bürgermeister: Also, meine Herren! Ich werde mich bemühen, den betreffenden Ausschuß aus seinem Schlafe zu erwecken (Heiterkeit) und werde den gewählten Obmann veranlassen, demnächst eine Sitzung dieses Ausschusses einzuberufen.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

25. Anfrage des **Gem.-Rates Schuhmeier:**

Die Kinder in den Jubiläums-Stiftungshäusern im XVI. Bezirke, welche die II. und III. Klasse der Bürgerschule in der Reinlgasse, respektive Gurkgasse besuchen, haben von ihren elterlichen Wohnungen aus nicht viel weniger als 2 km in die Schule. Der nähere Weg führt über freie Felder und sind die Kinder in der strengen Jahreszeit allen Unbilden des Wetters ausgesetzt. Der löbliche Stadtrat hat nun für jene Schulkinder, die einen Weg von 2 km an zur Schule haben, den Beschluß gefaßt, diesen Kindern auf der elektrischen Straßenbahn innerhalb einer gewissen Tageszeit zum Zwecke der Erleichterung des Schulbesuches freie Fahrt zu gewähren.

Ich stelle an den Herrn Bürgermeister in Ansehung dieses Stadtrats-Beschlusses die höfliche Anfrage:

Wäre der Herr Bürgermeister nicht geneigt, diese Wohltat auch auf die in den Jubiläums-Stiftungshäusern wohnhaften Kinder auszudehnen, beziehungsweise dem Stadtrat diese Bitte als Nachtrag vorzulegen?

Bemerkt wird noch, daß die erbetene Verfügung ja nicht dauernd gegeben werden braucht, nachdem die hier in Betracht kommenden Kinder zur gegebenen Zeit ohnehin in eine den Jubiläums-Stiftungshäusern näher gelegene und leichter erreichbare Schule kommen werden.

Bürgermeister: Ich bin persönlich nicht berechtigt, irgend eine Verfügung zu treffen, werde aber die Anfrage des Herrn Gem.-Rates Schuhmeier dem Magistrate, beziehungsweise dem Stadtrate zur Erledigung zuweisen. Ich hoffe, daß das sehr bald geschehen wird.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

26. Anfrage des **Gem.-Rates Dr. Reisch:**

In der vorjährigen Budget-Debatte habe ich in der Gemeinderats-Sitzung vom 12. Dezember 1907 zu Rubrik III, Ausgabspost 5, auf den ungünstigen Status der Kanzleibeamten hingewiesen und dabei hervorgehoben, daß bei 21 Bezirksämtern nur drei Kanzleileiter sich in der V. Rangklasse als Direktions-Adjunkten befinden, während die übrigen Ober-Offiziale in der VI. Rangklasse sind, und den Antrag gestellt, daß die Leiter der Kanzlei-Abteilungen sämtlich der V. Rangklasse mit dem Titel Kanzleivorsteher zu entnehmen seien.

Ich habe auf das von dem in Ruhestand getretenen Kanzlei-Direktor Kleindienst ausgearbeitete Operat hingewiesen, welches die Systemisierung von zwölf neuen Stellen der V. Rangklasse im Status der Kanzleibeamten in Vorschlag brachte und welches auch von der Stadtbuchhaltung bereits günstig begutachtet war.

Mein Antrag, dahin gehend, daß die Stellen der V. Rangklasse in dem bezeichneten Beamtenstatus entsprechend vermehrt werden, wurde hinreichend unterstützt und dem Stadtrate zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Nun gelangen wir bald zur diesjährigen Budget-Debatte, ohne daß über die so dringende Neusystemisierung des Status der Kanzleibeamten vom löblichen Stadtrate ein Beschluß gefaßt worden wäre.

Bezüglich anderer Beamtenkategorien sind im laufenden Jahre Änderungen beschlossen worden; beispielsweise im Status der Exekutionsbeamten, wo acht neue Direktions-Adjunktenstellen der V. Rangklasse systemisiert und sofort besetzt wurden.

Ich erlaube mir daher die Anfrage zu stellen:

Ob der Herr Bürgermeister nicht geneigt ist, eine Verbesserung der Avancementsverhältnisse im Status der Kanzleibeamten durch Vermehrung der Stellen der V. Rangklasse um neue zwölf Stellen herbeizuführen und dahin zu wirken, daß der löbliche Stadtrat über die Neusystemisierung noch im Laufe dieses Jahres schlüssig werde und an den Gemeinderat darüber berichte?

Bürgermeister: Ich bitte um geneigte Aufmerksamkeit.

Schriftführer Gem.-Rat Dr. Klotzberg (liest):

Als Kanzleileiter stehen bei den magistratischen Bezirksämtern nicht drei, sondern sieben Kanzlei-Direktions-Adjunkten in der V. Rangklasse in Verwendung. Der Antrag des Herrn Gem.-Rates Dr. Reisch wegen Vermehrung der Adjunktenstellen im Kanzlei-Status steht bei der Magistrats-Direktion zur Zahl 547 ex 1907 in Verhandlung und es wird über diesen Antrag gewiß noch heuer dem Stadtrate berichtet werden.

Bürgermeister: Meine sehr geehrten Herren! Die Kanzleileiter brauchen ja nicht gar so hoch gestellte Beamte zu sein, das ist ja nicht notwendig. Ich bitte doch daran zu denken, daß es auch noch Leute gibt, die Steuer zahlen müssen (Sehr richtig!), die bekommen keine Direktions-Adjunktenstellen und haben überhaupt kein Avancement, sondern müssen sich kümmerlich fortfretten.

Es wird ja jetzt ohnehin ein Antrag kommen, durch welchen die Gehalte wieder außerordentlich erhöht werden, aber alles muß seine Grenzen haben, Sie müssen auch an jene Personen denken, welche keine fixen Gehalte haben, sondern durch oft recht mühsame Arbeit ihrer Hände sich ihr Brot verdienen müssen. (Beifall und Rufe: Sehr richtig!)

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

27. Anfrage des **Gem.-Rates Dr. Mittler:**

In der Gemeinderats-Sitzung vom 27. September 1907 habe ich den Antrag gestellt, es sei eine aus zwölf Mitgliedern des Wiener Gemeinderates bestehende Kommission einzusetzen mit der Aufgabe, über die von Herrn Josef Kaufmann in seinem an eine große Anzahl von Gemeinderäten der Stadt gerichteten Schreiben erhobenen Beschuldigungen zu untersuchen und dem Gemeinderate zu berichten.

Der Herr Bürgermeister hat diesen Antrag sozusagen befürwortend an den Stadtrat geleitet, indem er erklärte, gegen die Einsetzung einer solchen Kommission nichts einwenden zu wollen, damit endlich einmal klar dargetan werde, was an den vorgebrachten Beschuldigungen wahr sei oder nicht.

Bis heute hat nun der Stadtrat über meinen Antrag, welcher seiner Natur nach wohl die allerdringendste Erledigung erheischen würde, da es sich doch um Beschuldigung gegen die Ehrenhaftigkeit von Mitgliedern des Stadtrates handelt, welche, so sollte man glauben, nicht rasch genug auf ihre Berechtigung hin geprüft werden müßten, keinen Beschluß gefaßt. Wenigstens befindet sich auch auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung kein diesfälliger Antrag:

Ich richte daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, zu veranlassen, daß über meinen oberwähnten Antrag ehestens im Stadtrate, beziehungsweise im Plenum des Gemeinderates berichtet werde?

Bürgermeister: Meine sehr geehrten Herren! Die Angelegenheit ist dem Magistrate übergeben worden, damit er auch die ganzen Akten zusammenstellt und diesbezüglich einen Bericht erstattet.

Ich werde übrigens veranlassen, daß diese Angelegenheit so schnell als möglich erledigt wird.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

28. Interpellation des **Gem.-Rates Wagner:**

Bereits im Vorjahre wurde von mir unter ausführlicher Begründung der Antrag gestellt:

1. den Pendelverkehr auf der nur 400 m langen Strecke Innstraße bis zur Dresdnerstraße derart abzuändern, daß alternierend mit den Wagen der Linie Dresdnerstraße—Gudrunstraße solche aus der Innstraße abgelassen werden, da der derzeitige Pendelverkehr geradezu eine Frozzelei des Publikums bedeutet;

2. in der Strecke Engerthstraße zwischen der Innstraße und dem Santa Lucia-Platze die bereits 1903 geplante Etablierung einer Tramwaylinie ehestens durchzuführen.

Bis heute ist in der Sache nichts geschehen, trotzdem gerade in diesem Teile der Donaustadt eine Anzahl Fabriken und industrielle Etablissements neu entstanden sind, deren Angestellte, Arbeiter und Beamte, es mit Freude begrüßen würden, wenn endlich einmal daran gegangen werden würde, die schon in dem ursprünglichen Bauprogramme der Siemens & Halske-Aktiengesellschaft für das Jahr 1903 vorgesehene Tramwaylinie zu eröffnen, umsomehr, als deren Länge nur 2 km beträgt.

Von den Motorführern und Kondukteuren wird der Dienst auf der Pendelstrecke Innstraße geradezu als Straftour angesehen. Hingegen geben

diejenigen, die infolge ihrer Beschäftigung gezwungen sind, diese Strecke zu benützen, ihrer Unzufriedenheit in ganz unzweideutiger Weise Ausdruck und wünschen, daß lieber der ganze Verkehr auf der Innstraße eingestellt werden möge, als eine solche Verhöhnung des Publikums weiter fortbestehen zu lassen. Die Anschlüsse werden nicht eingehalten, ein Platz in der Zeit vor und nach dem Arbeitsschlusse auf den aus der Dresdnerstraße kommenden Wagen ist nicht, eventuell nur schwer zu bekommen.

Für die Ausgestaltung dieser Strecke an Schienenmaterial, Weichen, Pflasterung zwischen den Geleisen, Masten und Oberleitung ist ein Betrag von 240.000 K notwendig, welcher sich infolge der voraussichtlichen lebhaften Frequenz und der großen Zahl neu entstandener industrieller Etablissements sicher verzinsen wird, wenn man berücksichtigt, daß in den umliegenden Fabriken ungefähr 3000 Personen beschäftigt werden, von denen allerdings ein Teil in der Nähe wohnt. Es muß aber auch in Betracht gezogen werden, daß speziell in dem Teile der Engerthstraße zwischen Erzherzog Karl- und Santa Lucia-Platz eine Menge neuer Zinshäuser entstanden sind, deren Inwohner auch einer Verbindung mit dem oberen Teile der Engerthstraße zwischen Remise Vorgartenstraße und Innstraße, wo sie größtenteils beschäftigt sind, bedürfen.

Ich erlaube mir daher die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, dafür zu sorgen, daß:

1. zunächst der geradezu lächerliche Pendelverkehr auf der Strecke Innstraße in der allernächsten Zeit in einen durchgehenden verwandelt wird, dessen Wagenintervalle dem Bedürfnisse dieses Industrieviertels entsprechen?

2. daß die Strecke Engerthstraße von der Innstraße bis zum Santa Lucia-Platze im nächsten Jahre ausgebaut wird?

Bürgermeister: Diese Interpellation wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

29. Anfrage des Gem.-Rates Bichler:

Bei Inbetriebnahme unserer jetzigen Tramwaywaggons wurde in der ausgiebigsten Weise darauf Rücksicht genommen, daß die Schönheit derselben nicht durch eine rücksichtslose Verwendung für Annoncierungen beeinträchtigt werde.

Es trat deshalb auch nach der Richtung hin unsere „Elektrische" in einen vorteilhaften Gegensatz zu ähnlichen Verkehrs-Unternehmungen, deren Wagen eigentlich nichts anderes als fahrende Annoncenkästen sind.

Mit diesem löblichen Grundsatze wurde jedoch in letzter Zeit völlig gebrochen.

Zu Anfang der zweiten Hälfte des laufenden Monates konnte man fast auf allen Zügen der elektrischen Straßenbahn ungefähr ein Dutzend Drucksorten zählen, welche seitens der Direktion für die Zwecke ziemlich langfristiger Verlautbarungen in Verwendung genommen wurden; ungefähr ein Drittel davon haben mit dem Verkehre überhaupt nichts zu tun, sondern bezwecken nur die Bekanntmachung und Förderung anderweitiger städtischer Unternehmungen.

Doch dies, wie die ganz selbstverständliche Verlautbarung aller Neuerungen im Verkehre vermittels Anschlag in den Waggons bleibt Nebensache. Hervorgehoben muß jedoch werden, daß als Ankündigungstafeln hiefür ausschließlich nur mehr die Fenster verwendet werden. Viele der großen Spiegeltafeln, die vor allem berufen erscheinen, den Waggons den Charakter eleganter Aussichtswagen zu verleihen, sind tatsächlich ihrer ganzen Höhe nach derart beklebt und es steht nur zu erwarten, daß, wenn im gleichen Tempo so weitergeschritten wird, ein freier Ausblick aus einem Tramwaywagenfenster recht bald zu einer Seltenheit gehört. Für die kleinen Fenster der Beiwagen gilt dies mit geringfügigen Einschränkungen zum Teile schon heute.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß es sich hier nicht etwa um so vorübergehende Verlautbarungen, wie die eben im Zuge befindlichen für den Friedhofverkehr zu Allerheiligen, sondern durchschnittlich um ziemlich langfristige Bekanntmachungen handelt.

Nachdem für diese Zwecke auch andere Plätze vorhanden sind und sich mit der Firma Th. Soini, als Pächterin des größten Teiles der für Ankündigungen in Betracht kommenden inneren Wagenflächen gewiß ein entsprechendes Abkommen finden lassen wird, gestatten sich die Gefertigten die Anrage zu stellen:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt,

1. den Auftrag zu geben, daß die Seitenfenster der Tramwaywaggons in Hinkunft grundsätzlich ihrer Bestimmung nicht mehr entzogen werden?

2. darauf Einfluß zu nehmen, daß seitens der Annoncenfirma Th. Soini ein Teil der von ihr gemieteten Wagenflächen zur Verfügung gestellt werde, behufs ausgiebiger Bekanntmachung und Förderung der verschiedenen städtischen Unternehmungen (Arbeits- und Dienstvermittlungsamt, Sparkassa, Lebens- und Rentenversicherung, Brauhaus u. s. w.) im Wege der öffentlichen Verlautbarung?

Bürgermeister: Meine Herren! Ich werde diese Angelegenheit einer sehr genauen Prüfung unterziehen, einer sehr genauen. Was die städtischen Unternehmungen betrifft, so sehe ich nicht ein, warum man nicht die Waggons, beziehungsweise die Fenster benützen sollte, um diese Reklame zu machen. Ich sehe das wahrhaftig nicht ein. Wenn z. B. die städtische Zentral-Sparkassa irgend etwas verlautbaren will, warum soll sie das nicht an den Fenstern der Waggons tun? (Rufe: 18 Plakate! Die sollen oben an der Decke angebracht werden!) Ich werde das genau untersuchen.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

30. Interpellation des Gem.-Rates Wutschel:

Vom Hause XII., Unter-Meidlingerstraße Nr. 2 zieht sich ein schmaler Wassergraben für Regen und Abfallwasser über die Straße und dann im rechten Winkel längs des Friedhofes hin. Am 21. August 1907 fiel um 8 Uhr abends der 16jährige Eduard Posiansky, XII, Vivenotgasse 34 wohnhaft, in diesen Graben und verletzte sich am linken Arme, so daß er vielleicht bleibende Ellbogensteife behalten wird.

Ich stelle an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ob er das Erforderliche sofort veranlassen wird, um weitere Unfälle zu verhüten?

Bürgermeister: Ich habe mir darüber noch nicht die nötigen Informationen beschaffen können. (Unruhe.)

Ich bitte, meine Herren, um Ruhe und bitte, sich auf die Plätze zu begeben. Es haben andere Herren auch das Recht zu hören.

Diese Interpellation ist erst um 5 Uhr eingelangt und ich war nicht in der Lage, mir die nötigen Informationen erteilen zu lassen.

Ich werde diese Interpellation also in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

31. Antrag des Gem.-Rates Wagner:

Im Mai dieses Jahres wurde bereits die Mitteilung gemacht, daß der die Kronprinz Rudolfstraße am Praterstern übersetzende Viadukt der Stadtbahn Undichtheiten aufweist, so daß die Kleider der Passanten durch das mit Öl und Erde verunreinigte Abflußwasser der Lokomotiven beschmutzt werden. Wie mir ferner mitgeteilt wurde, hat die k. k. Nordbahn-Direktion die Abhilfe dieses Umstandes auch zugesagt Zu meinem Bedauern muß ich feststellen, daß dieser Umstand nach wie vor besteht, weshalb ich beantrage:

An die k. k. Nordbahn-Direktion wegen schleunigster und sorgfältigster Abhilfe dieser Übelstände heranzutreten.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

32. Antrag des Gem.-Rates Hawranek und Genossen:

Bürgermeister: Wünschen Sie, Herr Gem.-Rat Hawranek, die ganze Verlesung?

Gem.-Rat Hawranek: Ja.

Bürgermeister: Jene Herren, welche mit der vollinhaltlichen Verlesung einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

Antrag des Gem.-Rates Hawranek und Genossen:

Eine berechtigte Beschwerde der Metallgewerbetreibenden bildet schon längere Zeit die kommunale Schlosserei, die in dem der Gemeinde gehörenden Hause in der Lederergasse etabliert ist. Die Notwendigkeit derselben ist durch nichts begründet und qualifiziert sich diese Schlosserei als eine Schädigung der Schlosser und Schmiede, also von steuerzahlenden Gewerbetreibenden, die im Hinblick auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht nur ohnedies einen schweren Existenzkampf führen müssen. Von diesen Erwägungen ausgehend, stellen die Gefertigten den Antrag:

Die kommunale Schlosserwerkstätte in der Lederergasse sei aufzulassen und die Arbeiten, die durch dieselbe vorgenommen werden, seien von den städtischen Kontrahenten der einzelnen Bezirke Wiens vorzunehmen. Der Magistrat wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage umgehend dem Stadtrat beziehungsweise Gemeinderat zu unterbreiten.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

33. Antrag des **Gem.-Rates Sebastian Grünbeck** und Genossen:

Die Verwaltung respektive Betriebs-Direktion der Wienerberger Aktien-Ziegelwerksgesellschaft, ließ vom XVI. Bezirke nach der Ziegelei in Hernals, also von fremdem Grund und Boden, Tegel oder Lehmerde zuführen. Da der Grund durch Maschinen und Aufzüge bereits bis zur Untiefe ausgenützt ist, suchen sie wahrscheinlich dadurch die Erzeugung von Ziegeln noch auf Jahrzehnte auszudehnen.

Diese Betriebsanlage ist durch die übergroße Rauchbelästigung für die Entwicklung von Hernals und Währing sehr nachteilig, daher in Hernals nicht mehr existenzberechtigt. Es herrscht auch nur eine Stimme: „Schließung des Ziegelwerkes Hernals!"

Da ich der festen Meinung bin, daß eine Konzession nicht für die Ewigkeit gelten kann, weiters daß dieselbe nur für eine bestimmte Fläche, Tiefe und Zeit lauten kann, daß ferner überhaupt niemals zugelassen werden kann, daß Tegel von fremdem Grunde zugeführt werden darf, stelle ich den Antrag:

Der hochgeehrte Herr Bürgermeister wird ersucht, eine eingehende Revision der Konzession, Betriebsbewilligung, des Gewerbescheines ꝛc. durch das Rechtsdepartement, unter Zuziehung eines Rechtsanwaltes vornehmen zu lassen und über das Ergebnis dem Gemeinderate Bericht zu erstatten.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Wir gelangen nunmehr zur Erledigung der Tagesordnung.

Die Schriftführer konstatieren die Anwesenheit von mehr als 100 Mitgliedern des Gemeinderates. Wir schreiten daher zur Erledigung jener Schriftstücke, welche in Anwesenheit von 100 Mitgliedern des Gemeinderates beraten und beschlossen werden sollen.

Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Knoll.

34. Referent Gem.-Rat Knoll: Zahl 14492, Post Nr. 36, betrifft die Grundüberlassung für den Spitalbau in Floridsdorf.

Der Antrag geht dahin: Der im Originalplane 3 mit den Buchstaben a b c d a bezeichnete Teil der Voltagasse zwischen Helmholz- und Jedleseerstraße wird der k. k. n.-ö. Statthalterei als Vertreterin des k. k. Krankenanstaltenfondes unter den Bedingungen der Gemeinderats-Beschlüsse vom 23. November 1906, Pr.-Z. 11412, und vom 11. Oktober 1907, Pr.-Z. 12928, unentgeltlich überlassen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte daher die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere, daß der Antrag mit mehr als 80 Stimmen Majorität zum Beschlusse erhoben worden ist.

Beschluß: Der im Originalplane 3 mit den Buchstaben a b c d a bezeichnete Teil der Voltagasse zwischen Helmholz- und Jedleseerstraße im XXI. Bezirke wird der k. k. n.-ö. Statthalterei als Vertreterin des k. k. Krankenanstaltenfondes unter den Bedingungen der Gemeinderats-Beschlüsse vom 23. November 1906, Pr.-Z. 11412, und vom 11. Oktober 1907, Pr.-Z. 12928, unentgeltlich überlassen.

Bürgermeister: Jetzt kommt Herr Gem.-Rat Oppenberger zum Referate.

35. Referent Gem.-Rat Oppenberger: Zahl 13611, Post 33, Beilage Nr. 255. Josef Ebner um Bestimmung der Schadloshaltung und des Übernahmspreises für die Straßengrundabtretung beziehungsweise Einbeziehung bei der Liegenschaft Einl.-Z. 981, Malzgasse 12, Leopoldsgasse 16, II. Bezirk.

Hier handelt es sich um eine Arrondierung; er tritt 41·97 m² ab und kauft 73·86 m². Für die erstere Fläche ist ein Preis von 35 K per Quadratmeter und für die zweite Fläche ein Preis von 100 K per Quadratmeter festgesetzt.

Ich ersuche um die Genehmigung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere, daß der Antrag mit mehr als 80 Stimmen Majorität zum Beschlusse erhoben worden ist.

Beschluß: Die Schadloshaltung für den bei der Liegenschaft Einl.-Z. 931, Malzgasse 12 — Leopoldsgasse 16 im II. Bezirke abzutretenden Straßengrund in dem ermittelten Ausmaße von 41·97 m² wird mit 35 K per Quadratmeter, d. i. mit 1468 K 95 h, der Übernahmspreis für den einzubeziehenden Straßengrund in dem Ausmaße von 73·86 m² mit 100 K per Quadratmeter, d. i. mit 7386 K festgesetzt, wobei die Partei die Kosten der Vertragserrichtung, der grundbücherlichen Durchführung des Rechtsgeschäftes sowie die Übertragungsgebühren allein zu tragen hat.

Die Gültigkeitsdauer dieser Preisbestimmungen wird auf die Dauer der Abteilungsbewilligung beschränkt.

36. Referent Gem.-Rat Oppenberger: Zahl 13852, Post 14, Beilage Nr. 244. Kaufoffert des Heinrich Koch und Hermann Kreilisheim auf die Baustelle Einl.-Z. 5235 Leopoldstadt und des Heinrich Koch und der Hermine Spitzer auf die Baustelle Einl.-Z. 5237 Leopoldstadt.

Die Gemeinde Wien verkauft an Heinrich Koch und Hermann Kreilisheim die Eckbaustelle in der Vorgartenstraße Einl.-Z. 5235 im Ausmaße von 647·09 m², und zwar den Baugrund per 481·94 m² um den Einheitspreis von 75 K und den Vorgartengrund im Ausmaße von 165·15 m² um den Einheitspreis von 35 K per Quadratmeter.

Ferner an Heinrich Koch und Hermine Spitzer die Baustelle Einl.-Z. 5237 Leopoldstadt per 618·81 m², und zwar den Baugrund per 458·03 m² um den Einheitspreis von 75 K per Quadratmeter und den Vorgartengrund per 160·78 m² um den Einheitspreis von 35 K per Quadratmeter.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Diejenigen Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere, daß der Antrag mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben wurde.

Beschluß: Die Gemeinde Wien namens des Wiener Bürgerspitalfondes verkauft:

a) die Eckbaustelle Einl.-Z. 5235 Leopoldstadt im Ausmaße von 647·09 m² an Heinrich Koch und Hermann Kreilisheim, und zwar den Baugrund per 481·94 m² um den Einheitspreis von 75 K per Quadratmeter, den Vorgartengrund per 165·15 m² um den Einheitspreis von 35 K per Quadratmeter,

b) die Baustelle Einl.-Z. 5237 Leopoldstadt per 618·81 m² an Heinrich Koch und Hermine Spitzer, und zwar den Baugrund per 458·03 m² um den Einheitspreis von 75 K per Quadratmeter, den Vorgartengrund per 160·78 m² um den Einheitspreis von 35 K per Quadratmeter und unter folgenden Bedingungen:

1. Als erste Raten werden hinsichtlich der Baustelle Einl.-Z. 5235 ein Betrag von 10.500 K hinsichtlich der Baustelle Einl.-Z. 5237 ein Betrag von 10.000 K binnen acht Tagen nach Aufforderung erlegt werden; die Kaufschillingsreste sind in drei gleichen, je am Jahrestage der termingemäßen Bezahlung die ersten Raten in den Jahren 1908, 1909 und 1910 fälligen Teilzahlungen zu berichtigen und mit 4·5 Prozent halbjährig im vorhinein zu verzinsen.

2. Zur Sicherstellung der Kaufschillingsreste ist auf den beiden Baustellen je an erster Stelle das Pfandrecht hinsichtlich des für die einzelnen Einlagen entfallenden Betrages zugunsten des Verkäufers grundbücherlich einzuverleiben.

3. Die Käufer übernehmen die auf obigen Baustellen zugunsten des Wiener Bürgerspitalfondes einzuverleibende Verpflichtung, dieselben bis Ende des Jahres 1910 zu verbauen, beziehungsweise die Neubauten benützungsfähig zu vollenden.

4. Sämtliche mit diesen Rechtsgeschäften und deren grundbücherlichen Durchführung, sowie mit der seinerzeitigen Löschung der Pfandrechte und Reallasten verbundenen Kosten und Gebühren, sowie die hinsichtlich der Kaufschillingsrestzinsen zur Vorschreibung gelangende Rentensteuer tragen die Käufer.

Bürgermeister: Zum Referate Herr Gem.-Rat Büsch.

37. Referent Gem.-Rat Büsch: Zahl 13800, Post 13, Beilage Nr. 243. Es handelt sich um die Grunderwerbung und Projektskizze für den Bau einer Bürgerschule im östlichen Teile des XII. Bezirkes.

Aus der in Ihren Händen befindlichen Vorlage können die Herren entnehmen, daß diese Doppel-Bürgerschule zwischen der verlängerten Längenfeldstraße, verlängerten Neuwallgasse, Aßmayergasse und der neuen unbenannten Gasse auf dem sogenannten Fuchsenfelde zu stehen kommt. Der Grund im Ausmaße von 3737 m² wäre vom Bürgerspital zum Preise von 50 K per Quadratmeter zu erwerben. Die Errichtung eines Doppel-Bürgerschulgebäudes auf diesem Grunde würde ein Kostenerfordernis von ungefähr 480.000 K für Bau und innere Einrichtung, sowie für Herstellung der Gartenanlagen und der Spielplätze beanspruchen.

Die Herren haben die Anträge des Stadtrates in Händen und nachdem schon seit Jahren ein Platzmangel in Bürgerschulen ist, ersuche ich um Annahme dieses Projektes.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluß: 1. Die Gemeinde Wien erwirbt vom Wiener Bürgerspitalfonds den östlichen Kopfteil der zwischen der verlängerten Längenfeldgasse, verlängerten Neuwallgasse, Aßmayergasse und einer neuen unbenannten Gasse auf dem sogenannten Fuchsenfelde im XII. Gemeindebezirke gelegenen Area in der aus der vorgelegten Situationsskizze ersichtlichen Ausdehnung im Ausmaße von ungefähr 3737·5 m² nach Konstatierung des richtigen Flächenausmaßes auf Grund einer vorzunehmenden Detailvermessung zum Preise von 50 K per Quadratmeter.

2. Die Flüssigmachung des Kaufpreises erfolgt nach der faktischen Übergabe des Grundes in das Eigentum der Gemeinde Wien.

3. Die aus dem Kaufgeschäfte sich ergebenden Gebühren und Kosten sind von der Gemeinde Wien zu tragen.

4. Die Errichtung eines Dopel-Bürgerschulgebäudes auf diesem Grunde mit einem Kostenerfordernisse von ungefähr 480.000 K für Bau und innere Einrichtung, sowie für Herstellung der Gartenanlagen und der Spielplätze wird auf Grund der vorgelegten Projektskizze genehmigt.

5. Die Bauführung hat so eingerichtet zu werden, daß das Gebäude mit 10. September 1908 der Benützung übergeben werden kann.

6. Für das im Jahre 1908 vermutlich sich ergebende Kostenerfordernis von 400 000 K ist im Voranschlage für das Jahr 1908, für das restliche Erfordernis von 80.000 K im Voranschlage für das Jahr 1909 Vorsorge zu treffen.

7. Der Magistrat wird beauftragt, das Detailprojekt samt Kostenanschlägen ehestens zur Genehmigung vorzulegen.

Bürgermeister: Ich ersuche Herrn Vize-Bürgermeister Hierhammer, zu referieren.

38. Referent Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zahl 13231, Post 12, betrifft die Förderung und finanzielle Unterstützung des Projektes für die Errichtung eines „Technischen Museums."

Es wird den Herren in Erinnerung sein, daß für das Jahr 1908 eine Kaiserjubiläums-Ausstellung geplant war; es wird auch den Herren in Erinnerung sein, daß diese Ausstellung gescheitert ist. Es ist nunmehr in dem Kreise von Industriellen, welche bei der gescheiterten Ausstellung nicht mitgetan oder vielleicht auch mitgetan haben, die Idee aufgetaucht, eine ständige Ausstellung für Techniker und Industrielle nach dem Muster des „Deutschen Museums" in München zu gründen, und es hat sich unter dem Vorsitze der Regierung ein Komitee gebildet, welches die Erbauung eines Museums plant, das zirka 6 Millionen Kronen ohne Grundwert kosten wird — das heißt die Baukosten werden 6 Millionen Kronen betragen. Dieses Museum soll die

historische Entwicklung der verschiedenen Gewerbe darstellen und deren Ausgestaltung mit maschinellem und elektrischem Betriebe; außerdem sollen in das Museum die schon bestehenden kleinen Museen einverleibt werden, nämlich das Postmuseum, das technologische Gewerbemuseum und das hygienische Museum. Die Baukosten sollen in folgender Weise aufgebracht werden.

Zunächst hat die Regierung 30 Prozent der Gesamtkosten, jedoch höchstens bis zum Betrage von $1^1/_2$ Millionen Kronen zugesichert; eine weitere Million erwartet das Komitee von der Stadt Wien; eine halbe Million erhofft man von dem Landtag und der Rest von 3 Millionen Kronen soll durch Spenden, und zwar insbesondere von den Industriellen aufgebracht werden.

Es sollen sich auch bereits zehn Industrielle verpflichtet haben, je 100.000 K der Sache zu widmen. Außerdem wird versichert, daß auch für eine allfällige Überschreitung zweifellos die Industriellen aufkommen werden, so daß an die Kommune Wien um weitere Beiträge nicht herangetreten werden wird.

Was nun den Baugrund betrifft, so soll ein in den in Ihren Händen befindlichen Anträgen näher bezeichneter Grund im XIII. Bezirke gewählt und von der Gemeinde Wien gewidmet werden. Es ist zweifellos, daß dieses Projekt, wenn es zustande kommt, im Interesse der Stadt Wien gelegen ist und es ist sicher, daß die Schaffung eines solchen Museums innerhalb des Weichbildes unserer Stadt dieser zum Vorteil und zur Zierde gereichen wird. Ich glaube, Ihnen nicht noch weitere Ausführungen schuldig zu sein.

Sie haben die Anträge in Händen und ich bitte Sie, denselben einhellig zuzustimmen.

Bürgermeister: Zum Worte pro Herr Gem.-Rat Stiaßny.

Gem.-Rat Stiaßny: Was uns von dem geehrten Herrn Referenten namens des Stadtrates in knappen Umrissen und in leichtfaßlicher Form vorgetragen worden ist, bedeutet die Unterstützung oder mehr noch die Begründung eines neuen Museums, welches die Geschichte der technischen Arbeiten in Österreich enthalten soll. Man kann, ohne Widerspruch zu finden, behaupten, daß jede neue Institution, welche den Zweck hat, Bildung und Wissen in den breiten Schichten der Bevölkerung, insbesondere unter den arbeitenden Klassen einer Stadt zu verbreiten, geeignet ist, das Bildungsniveau der ganzen Bevölkerung und das Ansehen der Stadt zu heben und es hebt sich damit auch das Selbstbewußtsein eines jeden einzelnen Bürgers. Wir alle haben auf unseren Reisen nach anderen großen Städten und Kulturzentren gewiß die Wahrnehmung gemacht, daß wir, wenn wir daselbst kommunale Einrichtungen, wissenschaftliche sowie Kunstsammlungen gefunden haben, welche in unserer Stadt in eben solcher Vollendung oder noch weit vorzüglicher bestehen, das Gefühl der Freude und des Stolzes empfinden, aber ebenso waren wir sehr peinlich von einer Lücke berührt, wenn wir anderwärts Einrichtungen gefunden haben, die bei uns nicht bestehen. Eine solche Lücke auszufüllen bezweckt der Antrag des Stadtrates.

Ich erbitte mir nun die Erlaubnis, einige kurze historische Bemerkungen über derartige Institutionen machen zu dürfen.

Das älteste und berühmteste Museum dieser Art ist ohne Zweifel das in Paris bestehende weltberühmte „Conservatoire des arts et metiers". Bereits um die Mitte des XVII. Jahrhunderts ist von niemand geringerem als von Remigius Cartesius, bekannter, unter dem Namen Descartes, diese Einrichtung angeregt, aber erst in den Stürmen der französischen Revolution, im Jahre 1795 ist dieses „Conservatoire" begründet worden und seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts nimmt es die achtunggebietende Stellung ein, die es insbesondere dem General Morin, seinem Direktor und Leiter, zu verdanken hat.

In London besteht seit vielen Jahrzehnten das „South Kensington-Museum", das sie gewiß alle kennen. Im Jahre 1876 ist an das bestehende Museum eine Abteilung für die Geschichte der technischen Arbeiten angegliedert worden.

Was uns am nächsten liegt, ist die analoge Einrichtung in München. Am 1. Mai 1903 hat über Anregung des Baurates v. Miller, eines Sohnes des berühmten Erzgießers v. Miller in München, die Begründung eines Museums stattgefunden, welches den Titel führt: „Das Museum von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik" und für ganz Deutschland bestimmt ist. Ich will Ihnen nur sagen, daß für diesen Zweck in München ein Flächenraum von 36.000 m² erworben worden ist, daß vorerst 13.000 m² an Ausstellungsflächen gewidmet und daß diese Flächen mit der Zeit auf 24.000 m² ausgedehnt werden sollen. Daraus allein können Sie die Großartigkeit dieses Unternehmens ersehen.

In Wien ist schon im Jahre 1873 aus Anlaß der Weltausstellung eine Geschichte der Gewerbe und Erfindungen Österreichs von der Mitte des XVIII. Jahrhunderts bis auf die Gegenwart dargestellt worden und in zwei umfangreichen Oktavbänden hat Professor Dr. Wilhelm Exner die ihm gestellte Aufgabe in glänzender Weise gelöst. Seit dieser Zeit sind durch denselben verdienstvollen Mann mehrere Museen gegründet worden; vor allem das technologische Gewerbemuseum und seine Sammlungen, dann das Museum der Geschichte der Technik in Österreich und endlich der Gewerbeförderungsdienst. Ich besorge, daß den meisten von Ihnen das Museum der Geschichte der Technik in Österreich nicht bekannt ist und doch würde sich ein Besuch dieses Museums insbesondere für Industrielle und für die arbeitenden Klassen sehr lohnen.

Nun, meine Herren, noch eine Bemerkung in Bezug auf das zu gründende Museum. Ein jedes Museum, das seinen Zweck erfüllen soll, muß leben, das heißt, es muß in der Lage sein, auch räumlich zu wachsen und sich auszudehnen; es darf also bei der Wahl des Bauplatzes keine Ängstlichkeit vorwalten und es muß auf die Möglichkeit einer Vergrößerung des anzulegenden Gebäudes Rücksicht genommen werden. Der Besuch einer solchen Sammlung muß ein stetig wachsender sein und es ist ja bekannt, daß in allen Sammlungen Europas der Besuch tatsächlich ein stetig zunehmender ist und daß insbesondere die arbeitenden Klassen ein immer größeres Kontingent zur wachsenden Besucherzahl stellen.

Was den vom Stadtrate vorgeschlagenen Platz anbelangt, so ist es allerdings richtig, daß er nicht zentral gelegen ist; aber er liegt immerhin inmitten hervorragender industrieller Bezirke und ich bin überzeugt, daß mit den Proponenten des Unternehmens das Einvernehmen bezüglich dieses Platzes getroffen worden ist. Die Spitzackergründe liegen im ganzen 4·5 km vom Stephansplatze entfernt. Wir müssen uns überhaupt daran gewöhnen, mit den bisherigen Begriffen von Distanzen in unserer großen Stadt zu brechen; in einer Stadt, welche eine Ausdehnung von 273 km² besitzt und in welcher es Durchmesser von 20 km

Länge gibt, ist eine Entfernung von 4·5 km als keine große zu bezeichnen.

Ich möchte bei diesem Anlasse Ihnen in Erinnerung bringen, daß bereits im Jahre 1870, also 20 Jahre vor der Vereinigung der Vororte mit Wien, geplant war, auf denselben Spitzackergründen nichts weniger als die Weltausstellung des Jahres 1873 anzulegen, die bekanntlich dann in den Prater gekommen ist.

Ich wiederhole nochmals meine Bitte, daß mit dem Ausmaße nicht gespart werden möge. Wenn München 36.000 m² für solche Zwecke widmet, so werden wir Wiener nicht weit dahinter zurückbleiben. Ich bin auch überzeugt, daß wir in dieser Hinsicht nicht engherzig sein werden. Der Herr Bürgermeister und der Gemeinderat sind nach meiner Erfahrung in solchen Fragen nie kleinlich gewesen.

Zum Antrage 4 erlaube ich mir meine Überzeugung dahin auszusprechen, daß die Vertretung der Gemeinde Wien in der Oberleitung des Baues und in der Verwaltung des Museums eine der Anzahl nach ausgiebige sein werde und daß bei diesem Anlasse Sachverständige aus allen Parteien dieser Versammlung in die Leitung entsendet werden.

Meine Herren, ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Gemeinderat seinen Beschluß heute einstimmig fassen wird und mit einem solchen wahrhaft hochherzigen Beschluß wird der Gemeinderat das Unternehmen nicht nur fördern, sondern er wird es im wahren Sinne des Wortes ermöglichen und begründen; und darum, meine Herren, empfehle ich Ihnen den Antrag des Referenten zur Annahme.

Bürgermeister: Zum Worte kontra gelangt Herr Gem.-Rat Klebinder.

Gem.-Rat Klebinder: Meine verehrten Herren! Ich habe mich zum Worte gemeldet, nicht um gegen die Institution zu sprechen, welche da geschaffen werden soll, auch nicht dagegen, daß diese Institution von Seite der Gemeinde nach Möglichkeit gefördert werde, weil ich vollkommen mit den Ausführungen meines geschätzten Herrn Vorredners einverstanden bin, welche dahin gehen, daß jedes Gemeindewesen verpflichtet ist, Institutionen zu unterstützen, die darauf abzielen, Bildung und Gesittung zu fördern und zu heben.

Aber im vorliegenden Falle bin ich der Anschauung, daß die Gemeinde Wien, indem sie die Erinnerung an das 60jährige Regierungsjubiläum Seiner Majestät des Kaisers mit einem wahrhaft hochherzigen Humanitätsakt verknüpft hat, indem sie beschlossen hat, mit einem Betrage von 10,000.000 K ein Spital zu bauen, wozu sie nach Recht und Gesetz in keiner Weise verpflichtet ist, dadurch ihre Pflichten im Interesse der Bekundung der Loyalität und Humanität vollkommen erfüllt hat.

Ich nehme, meine hochgeehrten Herren, die Worte, welche der Herr Bürgermeister heute gesprochen hat: „Man muß auch an jene denken, welche durch mühsame Arbeit ihrer Hände ihr Brot verdienen" auch für mich in Anspruch, allerdings mit einer gewissen Erweiterung, indem ich sage: Wir müssen auch an jene denken, welche durch mühsame geschäftliche Betriebsamkeit nicht nur für sich, sondern auch für ihre Angehörigen und Bediensteten Brot verdienen und für Staat, Land und Gemeinde alle möglichen Lasten zu tragen haben.

Ich bin der Anschauung, daß die Gemeinde ihre Pflicht, die hier projektierte Institution zu fördern, vollkommen erfüllt, wenn sie zur Erbauung dieses technischen Museums den Baugrund hergibt, denn das wird auch eine Million, wenn nicht darüber, ausmachen. Aber von der Gemeinde zu verlangen, daß sie außer dem Baugrund noch eine Million Kronen hergibt, scheint mir ungebührlich.

Ich bin auch der Anschauung, daß jene, welche die Ausstellung unmöglich gemacht haben, daß jene, welche, nachdem sie die Ausstellungsidee umgebracht haben, auf die Idee eines technischen Museums verfallen sind, in erster Linie verpflichtet sind, für die Kosten des technischen Museums aufzukommen und es wäre wahrlich traurig, wenn die Regierung, die an der Spitze derjenigen gestanden ist, welche die Ausstellung nicht wollten, und unsere Industriellen selber nicht in der Situation wären, diese 6 Millionen Kronen aufzubringen. Wenn ich die Worte des Herrn Bürgermeisters zitiert habe, so sage ich auch: Eine Ausstellung hätte Millionen nach Wien gebracht. Es hätten unsere Gastwirte, Hoteliers und Kaffeesieder, unsere Konfektionäre, Modewarenhändler und Goldhändler u. s. w., die verschiedensten Branchen unserer Gewerbe- und Geschäftswelt etwas verdient. Da wiederhole ich, was der Herr Bürgermeister gesagt hat: An die müssen wir auch denken, nicht nur immer unseren Leuten das Geld herauspressen. Die Steuern sind für die Geschäfts- und Gewerbewelt so erdrückend, daß sie nicht mehr zu ertragen sind. Es gibt keinen Staat in Europa, keine Stadt auf dem Kontinent, wo die Steuern so hoch und so drückend sind wie in Wien.

Wir müssen daran denken, auf Institutionen Geld zu verwenden, durch welche Geld und Verdienst unter unsere Geschäftswelt gebracht wird, auf produktive Institutionen; dann sind die vielen Millionen, die wir ausgeben müssen, gerechtfertigt. Aber über das Maß der absoluten Notwendigkeit dürfen wir nicht hinausgehen. Wir müssen die zweite Hochquellenleitung bauen, weil wir die Wasserversorgung für eine Bevölkerung von 2 beziehungsweise 3 Millionen Einwohner sicherstellen müssen, wir haben mit Freude die Mittel für den Wald- und Wiesengürtel votiert, weil er für die Assanierung Wiens von höchster Wichtigkeit ist. Wir haben noch andere Ausgaben in die Millionen gemacht, wozu wir verpflichtet sind, aber in dem vorliegenden Falle haben wir genug getan, wenn wir den Baugrund hergeben.

Eine Gemeinde, in welcher es so viele Schulen gibt, in deren Klassen 60 bis 70 Schüler und darüber in einer allen Gesetzen der Hygiene und Pädagogik hohnsprechenden Weise zusammengepfercht sind, eine Gemeinde, die noch heute Hunderten von Pfründnern 2, 3 und 4 fl. gibt, Beträge, die zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel sind, eine solche Gemeinde darf nicht Millionen hinauswerfen, wo es nicht unbedingt notwendig ist. Ich bin daher der Anschauung und ich bin überzeugt, daß wir über eine gewiße Grenze nicht hinausgehen dürfen. Wohin kommen wir denn mit diesen fortwährenden Millionen-Anforderungen, die wir erfüllen sollen? Wien wird bald die allerverschuldetste Stadt der Welt sein. Das, was wir machen müssen, wozu wir Anlehen aufnehmen müssen, weil es ein Gebot der unbedingten Pflichterfüllung der Gemeinde ist, das können wir vor unserem Gewissen verantworten.

Aber uns und diejenigen, die nach uns kommen, in so unerhörter Weise zu belasten, wie das hier geschieht, das geht über unsere Kraft, das geht absolut nicht. Es muß ein Damm aufgerichtet und gesagt werden: Alles was notwendig ist und wo wir uns der Anforderung nicht entziehen können, insbesondere auf dem Gebiete der Humanität, des Schulwesens, des Sanitäts-

wesens u. s. w., das müssen wir tun, aber die Spendierhose anziehen für die Regierung und andere millionenreiche Stände, das dürfen wir absolut nicht und können es vor unseren Wählern und Steuerträgern nicht verantworten.

Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen, daß der Passus „und einen Teilbetrag von einer Million als Beitrag der Stadt zu den Baukosten zu bewilligen" weggelassen werde.

Der Passus möge lauten (liest):

„Der Gemeinderat spricht im Prinzipe seine Geneigtheit aus, einen Teil der früher dem Karl Ühlein gehörigen sogenannten Spitzackergründe, Einl.-Zahl 586 und 792 Grundbuch Penzing, als Baugrund für das Museum zu widmen."

Ich empfehle Ihnen den Antrag zur Annahme. Sie bleiben dabei die allerloyalsten Untertanen Seiner Majestät, aber Sie tragen auch der Situation, in der sich die Gemeinde befindet, Rechnung, genügen einem Gebote der Sparsamkeit und können den Beschluß vor sich selber und der Bevölkerung vertreten.

Bürgermeister: Zum Worte gemeldet ist Herr Gem.-Rat Schmid pro.

Gem.-Rat Schmid: Der hochgeehrte Herr Referent und auch der erste der geehrten Herren Vorredner haben in beredter Weise geschildert, wie durch die Gründung eines solchen technischen Museums wieder eine interessante Sehenswürdigkeit für die Stadt Wien ersteht und welche großen Vorteile dieses Museum für die industriellen Arbeiter, für das Gewerbe Wiens haben wird. Dieses noch weiter auszuführen, habe ich nicht im Sinne und habe mich deshalb auch nicht zum Worte gemeldet. Aber auf einen Vorteil möchte ich doch aufmersam machen, welchen die Stadt Wien und insbesondere die industriellen und gewerblichen Kreise derselben durch die Unterstützung seitens der Gemeinde ziehen werden. Die unmittelbare Folge davon wird, wenigstens in einigen Jahren, die sein, daß wir es zu einer großen maschinentechnischen Staatsgewerbeschule bringen werden. Wir haben heute eine große Staatsgewerbeschule bautechnischer und maschinentechnischer Richtung in der Inneren Stadt. Sie ist zwar groß, was die Schülerzahl und den Lehrkörper anbelangt, aber klein an Räumlichkeiten. Schon seit mehreren Jahren ist das Projekt aufgetaucht und ventiliert worden, eine Teilung dieser Schule vorzunehmen und die maschinentechnische Abteilung hinauszugeben in die Räume des jetzigen technologischen Gewerbemuseums.

Es scheiterte dieser Plan immer deswegen, weil die Räumlichkeiten im technologischen Gewerbemuseum zu beschränkt sind, weil für diese Zwecke dort der Raum nicht ausreicht. Wenn nun die großen Sammlungen des technologischen Gewerbemuseums hinauskommen, dann wird der für diese Zwecke notwendige Raum vorhanden sein, dann wird für die maschinentechnische Schule Platz geschaffen sein, dann kann diese Schule sich weiter entwickeln und es wird dann nicht mehr vorkommen, daß es, wie jetzt, immer Hunderten von Schülern unmöglich ist, in dieser Staatsgewerbeschule Aufnahme zu finden.

Die Regierung beabsichtigt damit nur Gutes. Wir müssen sie unterstützen, wenn sie solche Zwecke vorhat. Ich habe das nur gesprochen, um die große Klage des Herrn Kollegen Klebinder, was die Schulen anbelangt, einigermaßen zu beleuchten.

Dieses Gebäude soll aber auch eine Zierde für Wien werden, nicht nur, was seinen Inhalt, sondern auch was seine architektonische Form anbelangt. Ich möchte daher den Wunsch aussprechen, beziehungsweise einen Zusatz-Antrag zu dem vorliegenden Antrag stellen.

Die Gemeinde Wien beteiligt sich in munifizenter Weise an der Gründung des technischen Museums, es wird ihr natürlich freistehen, sowohl was den Bau, als was die Verwaltung anbelangt, Einfluß zu nehmen und ich glaube, wir sollten diese Gelegenheit nicht außer acht lassen, um endlich wieder einmal für die Künstler und Architekten Wiens eine Lanze zu brechen. Es ist kein Zweifel, daß in neuerer Zeit wieder viele Gebäude, welche von staatlichen Baubehörden ausgeführt und projektiert worden sind, entstanden, welche aber keineswegs einen monumentalen Charakter tragen. Wenn man ein solches Monument der Arbeit errichten will, dann muß man auch dafür sorgen, daß es künstlerisch und in jeder Beziehung tadelfrei hergestellt wird. Darum möchte ich glauben, daß man es diesmal wieder mit einer Konkurrenz, wenn auch mit einer beschränkten Konkurrenz unter einigen hervorragenden Architekten probieren sollte.

Bürgermeister: Wozu? Wir sind dabei immer nur aufgesessen.

Gem.-Rat Schmid: Ich bitte, darüber nicht gleich abzuurteilen. Wir haben ja die Konkurrenz nicht auszuschreiben, sondern es muß dies das Bau-Komitee tun, welches das Ganze projektiert. Ich glaube aber, einen Einfluß könnten wir doch darauf nehmen, wenn wir soviel Geld hergeben und den Grund spenden, daß wir wieder für die Wiener Künstler etwas tun und eine Konkurrenz ausschreiben lassen und sie zur Bedingung für die Beitragsleistung der Gemeinde machen. (Beifall.)

Bürgermeister: Der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich werde mich ganz kurz fassen. Ich danke zunächst dem sehr geehrten Herrn Baurat Stiaßny für seine Zustimmung.

Was die Ausführungen des Herrn Gem.-Rates Klebinder anlangt, so muß ich sagen: was die Jubiläums-Ausstellung betrifft, von der er so bedauert hat, daß sie nicht ins Leben gerufen worden ist, so teile ich dieses Bedauern nicht. Ich bin überzeugt, diese Ausstellung wäre sicher nicht das geworden, was man sich erhofft hat. Es wäre viel zu spät angefangen worden, und nebenbei wäre ein sehr großer Teil unseres schönen Praters für immerwährende Zeiten daraufgegangen. Die Ausstellung wäre auch keine bleibende gewesen. Sie hätte sich über das Jubiläumsjahr erstreckt und wäre dann zu Ende gewesen. Hier aber schaffen wir eine bleibende, eine permanente Ausstellung, und diese Ausstellung, meine sehr geehrten Herren, ist auch eine sehr notwendige.

Was nun die Widmung des Grundes anlangt, betreffs deren der Herr Gem.-Rat Klebinder dagegen ist und meint, die Stadt Wien hätte, wenn sie eine Million Kronen für Bauzwecke gibt, genug getan, so möchte ich ihn auf folgendes aufmerksam machen. Der Bau des Museums in München, welcher noch im Zuge ist, auf welchen wir uns im Referate berufen und nach dessen Muster wir unser Museum gebaut haben möchten, wird in folgender Weise unterstützt: Die Stadt München gibt außer dem Baugrunde im Werte von drei Millionen Mark noch eine Million Mark in Barem dazu. (Hört! Hört!) Also, meine Herren, das, was die Stadt München kann, soll die Stadt Wien auch können! Ich glaube, der Herr Kollege Klebinder hat heute ein bißchen viel Theaterdonner gebraucht, und er hat

es wahrscheinlich nicht so gemeint. Ich bin überzeugt, daß er auch mit mir übereinstimmen wird, wenn ich sage: was wir da mithelfen zu schaffen, wird ein bleibendes, stolzes Werk österreichischen Bürgersinnes sein und auch Herr Kollege Klebinder wird dafür stimmen.

Ich bitte, nehmen Sie meine Anträge an. (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung.

Herr Gem.-Rat Klebinder hat beantragt, daß die Worte „und eine Million Kronen 2c." gestrichen werden sollen.

Ich werde in der Weise vorgehen, daß ich die beiden Punkte getrennt zur Abstimmung bringe.

Erster Punkt, ob Sie einverstanden sind, den Grund herzugeben.

Dann werde ich darüber abstimmen lassen, ob Sie geneigt sind, auch noch eine Million Kronen herzugeben. Dann werde ich über die übrigen Anträge des Stadtrates abstimmen lassen.

Dann kommt der Antrag des Herrn Gem.-Rates Professors Schmid, „daß die Pläne für das technische Museum nicht von den staatlichen Baubehörden hergestellt werden, sondern im Wege einer beschränkten Konkurrenz der Wiener Architekten zu beschaffen seien."

Die Herren, welche gewillt sind, den Grund und Boden für die Herstellung des fraglichen Museums herzugeben, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Ich konstatiere, daß dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Ich bitte die Herren, welche auch bereit sind, eine weitere Million Kronen für diesen Zweck zu votieren, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Der Antrag ist mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

Nun kommen die anderen Anträge des Stadtrates.

Ich bitte die Herren, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Jetzt kommt der Antrag des Herrn Prof. Schmid, den ich schon zur Verlesung gebracht habe.

Ich bitte die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht. — Heiterkeit.) Da hat sich die Majorität einfach der Abstimmung enthalten. (Zu Gem.-Rat Schmid gewendet:) Hätten Sie nicht die Güte, lassen Sie die Konkurrenz, bei der wir immer nur aufgesessen sind und die immer nur Geld kostet! Machen wir es so, daß die Pläne für diesen Bau von Wiener Architekten zu beschaffen sind, und daß die Bau-Ausführung nur von einheimischen Kräften durchgeführt wird. (Gem.-Rat Prof. Schmid: Einverstanden!)

Ich bitte die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Über das Ansuchen des verbreitenden Komitees zur Erbauung eines technischen Museums erklärt sich der Gemeinderat der Stadt Wien zur Förderung und finanziellen Unterstützung des Projektes bereit und nimmt dasselbe nachträglich in die durch den Gemeinderats-Beschluß vom 14. Juni 1907 festgelegte Jubiläumsaktion auf.

Der Gemeinderat spricht im Prinzipe seine Geneigtheit aus, einen Teil der früher dem Karl Uehlein gehörigen sog. Spitzackergründe Einl.-Z. 586 und 792 Grundbuch Penzing, als Baugrund für das Museum zu widmen und einen Teilbetrag von 1 Million Kronen als Beitrag der Stadt Wien zu den Baukosten zu bewilligen. Die Bestimmung des Ausmaßes und der Lage der für den Museumsbau benötigten Grundflächen wird die Gemeinde treffen, bis ihr das zur Ausführung bestimmte Projekt, zu welchem sie sich ihre Zustimmung vorbehält, vorliegt.

Die Pläne für den Museumbau sind von Wiener Architekten zu beschaffen und die Bauausführung von einheimischen Kräften durchführen zu lassen.

Die Gemeinde Wien knüpft die oben ausgesprochene Widmung des Baugrundes und des Barbeitrages weiters an die nachfolgenden vier Bedingungen:

1. daß das Komitee spätesteus bis 1. Dezember 1907 den Nachweis erbringt, daß die Aufbringung des gesamten Bauerfordernisses, beziehungsweise des gegenwärtig für den Bau veranschlagten Betrages von 6 Millionen Kronen gesichert erscheint;

2. daß bis zu demselben Zeitpunkte das Komitee die Auflassung der vom k. u. k. Oberstthofmeisteramte und dem früheren Eigentümer der Gründe in Betreff der Verbauung derselben gestellten Bedingungen, insoweit dies nach dem Projekte erforderlich ist, erwirkt;

3. daß für den Bau des technischen Museums gewidmete Beträge in keiner Weise zur Deckung solcher Auslagen verwendet werden, die für die Vorbereitung der gescheiterten Jubiläums-Ausstellung 1908 erwachsen waren;

4. daß in die künftige Bau-Oberleitung und in die Verwaltung des Museums eine vom Bürgermeister zu delegierende im Verhältnisse zur Höhe der Beitragsleistung stehende Zahl von Gemeinderäten entsendet werde.

Der Gemeinderat behält sich vor, die Flüssigmachung des gewidmeten Betrages auf mehrere Jahre, entsprechend der Baueinteilung, zu verteilen.

Bürgermeister: Herr Vize-Bürgermeister Hierhammer wird jetzt das Referat über die Kohlenlieferung erstatten. Ich werde da etwas vorausschicken.

Der Herr Direktor Roßner war der Meinung, daß zu dieser Angelegenheit ein Beschluß des Gemeinderates nicht notwendig wäre. Es ist daher der Antrag des Gasausschusses bereits zur Durchführnng gelangt. Ich aber bin der Überzeugung, daß diese Angelegenheit von solcher wirtschaftlicher Wichtigkeit ist, daß hierüber auch der Gemeinderat unterrichtet und zur Beschlußfassung eingeladen werden muß. (Zustimmung.) Darum dieses Referat in der heutigen Sitzung. Also ich bitte!

39. Referent Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zahl 13763, Post 16. Es wird den Herren noch in Erinnerung sein, daß wir einen Schluß für Gaskohle in einem für uns sehr günstigen Sinne gemacht haben. Es wurde auch bis zum Herbste 1906 seitens der vertragspflichtigen Kohlenwerke kein Anlaß zur

Beschwerde über Kohlenlieferung in quantitativer Hinsicht geboten.

Im September 1906 begann sich aber, angeblich infolge der Manöver in Böhmen, ein Waggonmangel fühlbar zu machen und seit dieser Zeit ist keine ordnungsmäßige Kohlenlieferung seitens der Kontrahenten zu erreichen. Es ist selbstverständlich, daß seitens der Verwaltungs-Direktion der städtischen Gaswerke wiederholt Urgenzen hinausgegangen sind, durch die die vertragspflichtigen Kontrahenten an die Einhaltung ihrer Vertrags-Verpflichtungen gemahnt wurden und daß ihnen sogar angedroht wurde, daß, wenn alles nichts hilft, die Beschaffung von Ersatzkohle auf Kosten der vertragspflichtigen Kohlenwerke durchgeführt werden müßte. Alle diese Urgenzen und Drohungen sind wirkungslos geblieben. Es ist dies zum Teil begreiflich. Die Lieferanten stehen in einem Kartell und haben infolge dessen keine Angst gehabt, daß die Drohungen verwirklicht werden könnten. Sie waren nämlich der festen Überzeugung. daß, wenn auch die Kommune Wien droht, sich anderwärts Ersatzkohle auf Kosten der Kontrahenten zu beschaffen, sie doch die Kohlen einfach nirgends bekommen wird.

Nun, meine Herren! die Rückstände an Kohlenlieferungen in der Zeit vom September 1906 bis Ende April 1907 betrugen 4516 Waggons. Es ist immer nur wieder von Seite der Kontrahenten die Ausrede gebraucht worden, es herrsche Waggonmangel, und dieser Waggonmangel sei eine vis major, eine sogenannte höhere Gewalt und infolgedessen seien sie nach dem Vertrage nicht verpflichtet, die Kohle zu liefern. Im Vertrage mit den Kohlenwerken steht aber nicht, daß Waggonmangel die Kohlenwerke von der Lieferungsverpflichtung entbindet, sondern es steht darinnen wörtlich: force majeure, worunter auch Waggonmangel, Streik und Krieg zu verstehen ist, entbindet von der Lieferungsverpflichtung.

Nun, meine geehrten Herren, wird es sich lohnen und, ich möchte sagen, es hat sich auch gelohnt zu untersuchen, ob denn der Waggonmangel wirklich in dem Maße vorhanden war, daß die Kohlenwerke ihren Verpflichtungen nicht nachzukommen gebraucht haben. Es hat sich die Verwaltungs-Direktion wiederholt bemüht, um der Sache auf den Grund zu kommen, die Aufteilung der Lieferungen auf die einzelnen Schächte zu erfahren. Das zu erfahren war ihr aber nicht möglich, denn es haben sich die Kontrahenten zwar nicht geweigert, aber sie haben einfach darauf nicht reagiert, es war also nicht möglich, einen Nachweis zu erhalten, daß zum Beispiel auf einem bestimmten Schachte, der eine bestimmte Anzahl von Waggons zu liefern hat, ein Waggonmangel eingetreten ist, der einen gewissen Perzentsatz der Minderlieferung herbeigeführt habe. Es war auch nicht möglich, sich ein Urteil darüber zu bilden, ob dieser Waggonmangel tatsächlich besteht. Außerdem hat man den Nachweis dafür verlangt, daß Schlüsse nach unserem Schlusse, also zu einer Zeit, wo der Waggonmangel schon bestanden hat, nicht gemacht worden sind, oder daß sie, wenn sie gemacht wurden, nicht ausgeführt worden sind. Auch diesen Nachweis konnte man nicht erlangen und eine Vergleichung der monatlichen Lieferungen ab September 1906 bis Ende April 1907 mit einer von den Kohlenwerken vorgelegten Tabelle über die Waggonbeistellung in derselben Zeit ergab die Tatsache, daß der Perzentsatz der Reduktion der Lieferungen mit dem Perzentsatz der Reduktion der Waggonbeistellung nicht übereinstimmt.

Es kann also die Ausrede, daß der Waggonmangel einzig und allein schuld sei, absolut nicht gelten. Es kommen jetzt, meine Herren, die starken Monate, in denen der Gaskonsum ein sehr großer ist; es ist begreiflich, daß sich da die Verwaltungs-Direktion den Rücken decken und daß man doch endlich daran gehen mußte, den Herren Kohlenlieferanten und Werksbesitzern, respektive den Firmen, mit denen der Vertrag abgeschlossen wurde, Ernst zu zeigen.

Die Verwaltungs-Direktion hat nun der Gas-Kommission den Vorschlag gemacht, englische Kohle zu beziehen und es wurde dieser Antrag von der Gas-Kommission auch angenommen. Wir beziehen nunmehr englische Kohle, und zwar wurde nur eine Schiffsladung, das sind zirka 500 Waggons, bestellt. Diese 500 Waggons laufen nach Triest und in Triest wird die Kohle verladen, aber nicht auf unsere Kosten, das heißt nicht wir besorgen die Verladung, sondern der Preis ist loko Gaswerke gestellt. Der Preis kann hier auch ganz offen gesagt werden; er beträgt 457 K per Waggon, während wir damals mit 235 K per Waggon abgeschlossen haben. Sie sehen also, daß die Preis differenz nahezu 100 Prozent beträgt. Selbstverständlich wird die Verwaltungs-Direktion der städtischen Gaswerke diese Differenz von den Fakturen, welche die Kontrahenten legen werden, in Abzug bringen. Es wird daraus möglicherweise ein Prozeß entstehen, denn es ist nicht ausgeschlossen, daß die Herren uns klagen werden. Wir sehen aber diesem Prozesse mit Ruhe entgegen, denn es muß einmal klargestellt werden, ob es so weiter gehen kann und ob die Herren Schlüsse, die sie abgeschlossen haben, deswegen nicht auszuführen brauchen, weil heute die Preise so stehen, daß sie besser daran sind, wenn sie die Schlüsse nicht einhalten, weil sie die Kohle anderswohin zu einem höheren Preise verkaufen. Das muß einmal klargestellt werden und deshalb bitte ich Sie, dem Antrage zuzustimmen respektive nachträglich zu genehmigen, daß das, was der Ausschuß für die Gaswerke beschlossen hat, richtig war und daß Sie damit übereinstimmen.

Bürgermeister: Zum Worte pro Herr Gem.-Rat Neumann.

Gem.-Rat Neumann: Ich kann namens meiner Fraktion die Erklärung abgeben, daß wir mit dem vorliegenden Antrage einverstanden sind. Wenn auch die Fassung des Vertrages sehr dehnbar ist, weil er im allgemeinen nur von Waggonmangel spricht und weil wir leicht Gefahr laufen, daß wir nicht Recht bekommen werden — ich weiß es ja nicht und ich will auch nicht prophezeien; aber jedenfalls ist das Recht auf unserer Seite.

Es ist klar, daß die Vertragsbedingnisse deshalb nicht eingehalten werden, weil Schlüsse gemacht worden sind zu höheren Preisen, und zwar solche umfangreiche Schlüsse, daß naturgemäß ein Waggonmangel eintreten mußte. Die Kohlenförderung ist heute viel ausgedehnter und umfangreicher, der Bedarf an Kohlen ist ein viel größerer, die Preise sind bedeutend höher und ich glaube, daß, wenn ein Vergleich gemacht wird, wie viel Waggon Kohlen befördert wurden zur Zeit als der Vertrag abgeschlossen wurde gegen die jetzige Zeit, daß es sich herausstellt, daß wenn in der Zwischenzeit diese Bestellung nicht gemacht worden wäre, auch der Waggonmangel nicht eingetreten wäre, daß also das Verschulden auf Seite desjenigen steht, mit dem wir den Vertrag abgeschlossen haben oder — mit anderen Worten — daß er den Waggonmangel herbeigeführt hat. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß der Antrag notwendig ist, weil anläßlich dieses

Prozesses jedenfalls Gelegenheit ist, bei Gericht festzustellen, wie in Angelegenheit der Kohlenversorgung vorgegangen wird und wie die vertragschließenden Teile von den Gesellschaften und Unternehmungen mit denen sie Verträge abgeschlossen haben, behandelt werden.

Ich glaube, die Notwendigkeit ist da, damit volle Klarheit geschaffen werde und infolgedessen sind wir für den Antrag des Stadtrates. (Beifall.)

Bürgermeister: Der Herr Referent verzichtet auf das Schlußwort, wir schreiten daher zur Abstimmung.

Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Gas-Ausschusses einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist einstimmig angenommen. (Beifall.)

Beschluß: Genehmigung der bereits verfügten Bestellung von 500 Waggons Prima englischer Gaskohle (New Peltons und Holmeide) für die städtischen Gaswerke auf Gefahr und Kosten der mit der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke" im Vertragsverhältnisse stehenden Kohlenwerke des Ostrau-Karwiner Revieres.

Bürgermeister: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Schneider.

40. Referent Gem.-Rat Schneider: Zahl 13663, Post 15, betrifft den Bericht und Antrag des Gemeinderats-Ausschusses für die städtische Gasbeleuchtung über die künftige Gasversorgung und das Programm. In diesem Programm erscheint niedergelegt, wie die Ausgestaltung des städtischen Gaswerkes vorgenommen werden soll. Es sind zweierlei Gründe hiefür maßgebend: Erstens, weil das bestehende Werk in Simmering mit seiner höchsten Leistung samt der Wassergasanstalt auf 500.000 m³ pro Tag von 1909 an die Versorgung Wiens in der derzeitigen Ausgestaltung nicht leisten kann. Sie sehen in einer Tabelle auf Seite 5 den Konsum und die Leistung für das künftige Jahr ausgerechnet. Der zweite Grund ist der, daß im Jahre 1911 die Gebiete der Privatgesellschaften, nämlich die der österreichischen und englischen Gasgesellschaft übernommen werden müssen. Es ist also vor allem daran zu denken, daß das bestehende Gaswerk in Simmering ausgebaut und ausgestaltet werden muß. Die Hauptrohrstränge, die von demselben führen, ermöglichen die Ausgestaltung. Durch viele Proben und Berechnungen, die angestellt wurden, ist zutage getreten, daß die Hauptrohrstränge stark genug sind, um die Simmeringer Gaswerke auf eine Leistung von 650.000 m³ pro Tag zu bringen. Dies ist der Maßstab, von dem ausgehend das Projekt für die Ausgestaltung verfaßt wurde. Die weniger leistungsfähige Anlage ist das Reinigerhaus. Bezüglich desselben haben wir am 15. Februar dieses Jahres die weitere Ausgestaltung beschlossen. Dieselbe ist bereits in Durchführung begriffen.

Es wären in weiterer Folge alle Apparate, die Exhaustorenanlage, die Kühlanlage, die Wäschereianlage und die neuen Gasbehälter auf eine höhere Leistung zu bringen. Die letzteren wären hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit von 150.000 auf 200.000 m³ pro Tag zu erhöhen. Die Anlage ist gedacht auf einem Grunde, bei welchem wir die Geleise umlegen müssen. Das ist sehr leicht möglich. Des weiteren wäre die Ofenanlage auszugestalten. Die heutige Ofenanlage wie sie besteht, ist erweiterungsfähig, jedoch wird nicht daran gedacht, die bestehende Anlage zu erweitern, sondern eine neue anzubauen. Es ist die Ofenanlage auf ein Plus von 200.000 m³ pro Tag zu bringen. Weiters wäre die Ammoniakfabrik und die Wasserversorgung auf eine höhere Leistungsfähigkeit zu bringen. Im Auge wird auch zu behalten sein die maschinelle Kohlenförderungsanlage. Diese ist nicht nur von Bedeutung für die raschere Kohlenzufuhr, sie bedeutet auch eine Ersparung an Arbeitskraft.

Nach all dem was ich dargetan habe, ist es leicht möglich, das Gaswerk in Simmering zu vergrößern. Die Kosten desselben stellen sich gegen die früheren Ausführungen, nachdem ja in den vorhandenen Gebäuden viel Apparate untergebracht und aufgestellt werden können, um 44 Prozent niedriger, als seinerzeit angenommen wurde. Daher ist es ganz richtig kalkuliert, wenn wir vor allem an die Ausgestaltung des Simmeringer Werkes denken.

Schließlich wird die Wassergasanstalt mit ihrer Leistungs- von 100.000 m³ auf 200.000 m³ pro Tag gebracht werden müssen. Das Simmeringer Werk kann dann mit sämtlichen Reserven 650.000 m³ und die Wassergasanstalt 200.000 m³ Gas pro Tag erzeugen.

Im Jahre 1911 muß aber auch eine neue Gaserzeugungsstelle da sein, weil wir, wenn wir das Gebiet der erwähnten Privatgesellschaften übernehmen müssen, auch eine höhere Leistung verlangt wird. Es ist daher beabsichtigt, ein neues Werk zu bauen. Dieses hätte das Gebiet der englischen Gesellschaft zu bestreichen, während das Simmeringer Werk das Netz der österreichischen Gesellschaft bestreichen wird.

Von beiden Werken wird dann das Gas in das Rohrnetz, das von den privaten Gesellschaften mitübernommen werden muß, geleitet.

Es wird dann auch beabsichtigt, unter erhöhtem Druck von einigen Stellen aus in Behälteranlagen das Gas zu fördern. Sie werden die Notwendigkeit dieser ganzen Transaktion einsehen. Es liegt Ihnen gleichzeitig in gedrängter Kürze auch ein Bauprogramm vor, welches Sie in Händen haben. Im Jahre 1908 wird an die Ausführung geschritten, wie Sie das unter Punkt a bis h ersehen; im Jahre 1909 an die Ausführung der Punkte a bis f, im Jahre 1910 an die der Punkte a bis g, im Jahre 1911 an die der Punkte a bis e, im Jahre 1912 an den vollständigen Ausbau der Kohlenförderanlagen, im Jahre 1913 an die Erweiterung der Wassergasanstalt auf 150.000 m³, im Jahre 1915 an die Erweiterung derselben auf 200.000 m³.

Die voraussichtlichen Kosten sind hier im Einzelnen festgelegt. Die Gesamtauslagen betragen zirka 29,000.000 K. Das ist das vollständig dargestellte Bauprogramm für die Ausgestaltung des Simmeringer Gaswerkes und für die künftige Gasversorgung. Dasselbe wurde im Gemeinderats-Ausschusse für die städtische Gasbeleuchtung genehmigt und ich erlaube mir daher, die folgenden Anträge vorzulegen (liest):

„1. Die vom Gemeinderats-Ausschusse für die städtische Gasbeleuchtung durch die Beschlüsse vom 11. Februar und 16. Oktober 1907 genehmigte Ausgestaltung des Simmeringer Werkes und das Bauprogramm für die zukünftige Gasversorgung Wiens werden genehmigt;

2. Für die Grunderwerbung zum Zwecke der Erbauung eines neuen Gaswerkes und für die im Jahre 1908 auszuführenden Arbeiten wird ein Kredit von 5,455.000 K bewilligt."

Ich bitte um die Annahme dieser Anträge.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer (der während des Referates des Gem.-Rates Schneider den Vorsitz übernommen hat): Herr Gem.-Rat Dr. Hein kontra.

Gem.-Rat Dr. Hein (kontra): Das vorliegende Referat und die vorliegenden Anträge erfordern einen Aufwand von zirka 30 Millionen. Das Referat ist erst seit drei Tagen in unseren Händen. Die Gas-Kommission besteht ausschließlich aus Mitgliedern der Mehrheit. Wir sind gerade mit Rücksicht auf die Vorgänge, die sich in der Gasfrage vollzogen haben, nicht in der Lage, der ausschließlich aus Mitgliedern der Mehrheit bestehenden Gas-Kommission das unbedingte Vertrauen entgegen zu bringen, um auf Grund dieser Vorlage, welche sich erst seit drei Tagen in unseren Händen befindet, für diese Anträge zu stimmen.

Die Lösung der Gasfrage, welche im Jahre 1896 initiiert wurde, hat unseres Erachtens wohl den Technikern zum Ruhme gereicht, sie war aber nicht zum Vorteile der Gemeinde. (Widerspruch und Gelächter.) Wir stehen auch heute noch auf demselben Standpunkte, der seinerzeit von der fortschrittlichen Opposition in dieser Frage eingenommen wurde und welcher dahin ging, daß die Einlösung der Gaswerke der Gemeinde weit größere Vorteile gebracht hätte, als die Erbauung eigener Gaswerke. Nach den vorliegenden Anträgen sollen für den Ausbau der Gaswerke und für das neu zu errichtende Gaswerk 30 Millionen aufgewendet werden. Es sind das die voraussichtlichen Kosten, exklusive der vertragsmäßigen Ablösung des Rohrnetzes, der Kandelaber, der Gasmesser u. s. w. der Imperial-Kontinental-Gas-Assoziation und der Österreichischen Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft.

Vergleichen Sie damit die seinerzeitigen Anträge, welche in dem Berichte des Jahres 1896 enthalten waren. Damals wurde ein Betrag von rund 50 Millionen Kronen in Aussicht genommen, inklusive der Gasmesser und Interkalarzinsen für das Gaswerk für ganz Wien inklusive der Vororte. Heute ist in dem Gaswerke bereits ein Betrag von rund 65 Millionen, abgesehen von dem Betriebskapital von 4 Millionen Kronen, investiert, wozu noch 30 Millionen hinzukommen sollen und ferner die Ablösungssumme, welche wir nach dem Vertrage mit der Gasgesellschaft, und zwar nach dem Sachwerte zu bezahlen haben.

Wenn wir diese Beträge vergleichen, kommen wir zu dem Resultate, daß zweifellos die Einlösung viel richtiger gewesen wäre als die Erbauung eines neuen Gaswerkes. (Gem.-Rat Laux: So einen alten Kohl aufwärmen!) Dieser alte Kohl — es ist Ihnen dies vielleicht sehr unangenehm — (Lebhafte Oho-Rufe.)

Bürgermeister (welcher mittlerweile wieder den Vorsitz übernommen hat): Aber, ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Gem.-Rat Dr. Hein: . . . muß aufgewärmt werden, so oft eine Gasvorlage von solcher Bedeutung zur Beratung kommt.

Wenn Sie den Nutzen in Betracht ziehen, den seinerzeit die englische Gasgesellschaft aus ihren Gaswerken bezogen hat, und welchen wir ohne die großen Schwierigkeiten, die sich späterhin ergeben haben, aus dem damaligen Gaswerk hätten ziehen können, so müssen Sie zu dem Resultat kommen, daß diese Lösung eine viel glücklichere gewesen wäre. (Widerspruch.)

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte um Ruhe. Ich möchte doch gerne hören, was der Herr Gemeinderat spricht.

Gem.-Rat Hein (fortfahrend): Es ist richtig, daß ein Ersatzgaswerk damals notwendig gewesen wäre. Nach dem Vorschlage aber hätte alljährlich das Gaswerk ergänzt werden können, da der Konsum nicht sprunghaft, sondern nur allmählich sich steigert. Das Projekt, welches hier vorliegt, wurde von drei Ingenieuren des Gaswerkes ausgearbeitet, aber, meine Herren, ich glaube, daß es bei Projekten von so weittragender finanzieller Bedeutung notwendig wäre, daß wir sie auch von auswärtigen Experten, hervorragenden Fachmännern überprüfen lassen. Ich verweise darauf, daß seinerzeit bei Errichtung des Gaswerkes zwei auswärtige Experten herangezogen wurden, und daß dann Direktor Merz als dritter Experte herangezogen wurde. Ich glaube daher, daß es notwendig wäre, über die Art der Ausgestaltung, sowie eventuell über das ganze Bauprogramm hervorragende Experten außerhalb des Kreises des kommunalen Gaswerkes heranzuziehen.

Ich werde mir erlauben, auch einen diesbezüglichen Antrag zu stellen. Es ist meines Erachtens umso notwendiger, mit besonderer Vorsicht und besonderer Sorgfalt vorzugehen, weil es sich nicht nur um eine große Summe handelt, sondern weil in der Gasfrage zweifellos schwerwiegende Fehler begangen wurden.

Ich erinnere an den Vororteprozeß. Es hat seinerzeit der Herr Bürgermeister die Erklärung abgegeben, daß er die juristische Verantwortung bezüglich des Ausganges des Vororteprozesses übernimmt und der Herr Bürgermeister hat auch erklärt, daß am 31. Oktober 1899 der letzte Kubikmeter englischen Gases verbrannt werden wird. (Unruhe und Zwischenrufe.)

Bürgermeister: Aber, meine Herren, das gehört ja nicht zur Sache, das sind lauter abgetane Angelegenheiten.

Gem.-Rat Dr. Hein (fortfahrend): Ja, ich bitte, es gehört zur Sache, weil in dieser Frage große Versäumnisse begangen wurden und wir sie daher mit besonderer Vorsicht behandeln müssen. (Rufe: Alter Kohl!) Es handelt sich ja um die Vororteversorgung. Das sind ja die Folgen des damaligen Vorgehens und die müssen hier besprochen werden.

Bürgermeister: Das gehört nicht zur Sache, Herr Gemeinderat. Sprechen Sie darüber, ob dieser Antrag gerechtfertigt ist oder nicht. Darüber können Sie unbeschränkt reden. Aber daß Sie alle alten Geschichten wieder bringen, das Gefühl müssen Sie doch haben, daß das nicht am Platze ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Gem.-Rat Dr. Hein (fortfahrend): Das steht in untrennbaren Zusammenhang mit dieser Vorlage. Es handelt sich um eine Vorlage, nach welcher 30 Millionen verausgabt werden sollen. (Unruhe.)

Bürgermeister (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe! Gewiß, Herr Sprecher. Aber das berechtigt Sie doch nicht, bei Adam und Eva anzufangen. (Heiterkeit.)

Gem.-Rat Dr. Hein (fortfahrend): Es dreht sich um die Lösung der Gasfrage. Ich muß also gerade an der Hand dieser Vorlage den Vorwurf mangelnder Vorsicht erheben, den Vorwurf, daß Sie, meine Herren, die gesagt haben, daß Sie die Engländer zerschmettern wollen, schuld sind, daß die Engländer heute noch die Vororte beleuchten.

Bürgermeister: Aber das steht nicht in Frage, das wissen wir ja, daß sie beleuchten. Wozu brauchen Sie denn das vorzubringen? Reden Sie darüber, ob die Vorlage zweckmäßig ist oder nicht, soviel Sie wollen, das lasse ich mit dem größten

Vergnügen zu. Aber diese alten Geschichten — da muß einem doch die Geduld reißen.

Gem.-Rat Dr. Hein (fortfahrend): Ich glaube, das ist eine Einschränkung der Redefreiheit, denn das, was ich sage, steht in unbedingtem Zusammenhange mit der Lösung der Gasfrage.

Auch sonst ist eine Reihe von Versäumnissen begangen worden, welche die uns vorliegenden Voranschläge nicht als sehr vertrauenserweckend erscheinen lassen. Wenn wir die seinerzeitigen Voranschläge mit den Rechnungsabschlüssen und dem tatsächlichen Ergebnis vergleichen, so kommen wir zu einem ganz anderen Resultate. Ich erinnere Sie an die Geschichte mit den Gasrohren; in welch ungeheuren Weise wurde das Präliminare in Bezug auf Gasrohre überschritten. Es hätten die Gasrohre für ein Netz von 852 km Länge 6 Millionen Gulden nach dem Voranschlage kosten sollen. Wir haben nun natürlich nur das Netz für die alten Bezirke gebraucht, also für eine Länge von 502 km, und trotzdem wurde der doppelte Betrag aufgewendet.

Wenn sich solche Differenzen zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluß ergeben, dann werden Sie es begreiflich finden, daß wir nicht unbedingtes Vertrauen zu diesem Voranschlage haben können. (Lebhafte Zwischenrufe.) Wenn bei solchen Vorlagen die Redefreiheit in einer solchen Weise eingeschränkt wird, haben die Beratungen keinen Sinn. (Erneuerte Zwischenrufe.)

Bürgermeister (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe! Ich werde selbst Ordnung schaffen, meine Herren! Ich muß aber auch den Redner hören können.

Gem.-Rat Dr. Hein: Es ist ebenso vorgekommen, daß 7,000.000 Ziegeln mehr eingekauft wurden, als benötigt wurden.

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gemeinderat! Ich bitte Sie, das gehört nicht zur Sache, ob wir einmal mehr Ziegeln angeschafft haben, als wir gebraucht haben. Das hat doch mit diesem Referate gar nichts zu tun. Ich bitte, zur Sache zu sprechen.

Gem.-Rat Dr. Hein: Ich ziehe den Schluß, daß wir auf Grund dieses Voranschlages allein zu dieser Vorlage nicht Stellung nehmen können. (Ruf: Das ist der Schwefel vom Zifferer!) Ebenso erinnere ich Sie an die Angelegenheit der Gasöfen, welche damals angekauft wurden. Es waren dies 100 Gasöfen um den Betrag von 34.000 Mark, und späterhin hat sich ergeben, daß andere Städte diese Öfen viel billiger eingekauft haben und daß wir das Patent noch zu einer Zeit bezahlten, als es schon längst erloschen war.

Ich glaube daher, daß wir bei dieser Sachlage wohl alle Veranlassung haben, eine größere Vorsicht und Sorgfalt zu verlangen, als sie in diesem Referate zu Tage tritt. Ich werde deshalb zwei Anträge stellen, welche dahin gehen, daß erstens die Überprüfung des vorgelegten Bauprogrammes durch hervorragende Fachmänner als Experten stattfinde und daß zweitens ein aus Mitgliedern aller Parteien bestehender Spezial-Ausschuß zur eingehenden Vorberatung des vorgelegten Bauprogrammes eingesetzt werde.

Ich glaube, daß nach der ganzen geschichtlichen Entwicklung dieser Frage es sich meines Erachtens gezeigt hat, daß Sie den Vorteil der Gemeinde nicht gewahrt haben (Oho-Rufe und Widerspruch), daß der Vorteil der Gemeinde damals von der fortschrittlichen Opposition gewahrt wurde und daß Sie daher diese meine Anträge, wenn Sie die ganze Angelegenheit sorgfältig behandeln wollen, annehmen müssen.

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Nettrich zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Gem.-Rat Nettrich: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Bürgermeister: Es ist Schluß der Debatte beantragt.

Ich bitte die Herren, welche für Schluß der Debatte stimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zum Worte sind noch gemeldet kontra die Herren Gem.-Räte Dr. Reisch, Winarsky und Ritter v. Goldschmidt, pro Herr Vize-Bürgermeister Dr. Porzer.

Nachdem jetzt ein Kontraredner gesprochen hat, kommt Herr Vize-Bürgermeister Dr. Porzer zum Worte.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Meine sehr geehrten Herren! Der Herr Vorredner hat eine Reihe von Tatsachen zur Sprache gebracht, welche mit dem Gegenstande der Tagesordnung nicht im notwendigen Zusammenhange stehen. Aber es ist doch nicht ganz unangezeigt, mit einigen Worten darauf zurückzukommen, weil wir uns heute in einer ganz ähnlichen Situation befinden, wie im Jahre 1896.

Damals hat es sich darum gehandelt, entweder eigene Gaswerke zu erbauen oder den Vertrag mit den Engländern zu verlängern oder aber irgendeine andere Maßregel zu treffen, welche uns in die Lage versetzt hätte, die Stadt Wien mit Gas zu versorgen. (Rufe: Übernahme!) Jawohl, die Übernahme! Ich zweifle nicht daran, daß uns diese Möglichkeit auch heute zur Verfügung stände, aber jeder, der die Erfahrungen dieser zehn Jahre berücksichtigt, muß sich sagen: Der einzig richtige Weg ist die Ausgestaltung der alten Gaswerke, und wenn dies nicht hinreichend ist, die Erbauung eines zweiten Gaswerkes. Was haben wir bei der Erbauung des Gaswerkes für Erfahrungen gemacht? Wir haben ein Monumentalwerk hingestellt, welches heute die Bewunderung von ganz Europa erweckt und welchem selbst der geehrte Herr Vorredner seine Anerkennung in technischer Beziehung nicht versagen konnte. (Zustimmung.)

Was würden wir erzielt haben, wenn wir die alten Werke der Engländer übernommen hätten? Wir hätten Werke übernehmen müssen, welche in sehr geringem Grade leistungsfähig gewesen wären und welche doch eine Ergänzung in ganz kurzer Zeit notwendig gemacht hätten, so zwar, daß wir nicht nur den Preis für die alten Gaswerke hätten zahlen, sondern auch einen Betrag für ein neues Gaswerk hätten aufwenden müssen, welcher nicht geringer gewesen wäre als derjenige, welchen wir so wie so haben aufwenden müssen.

Und nun, wie stellt sich finanziell die Sache dar? In diesen elf Jahren, während welcher wir das eigene Gaswerk betreiben, haben wir ein Reinerträgnis von 31·6 Millionen erzielt und wir haben überdies die öffentliche Beleuchtung der Stadt Wien umsonst gehabt. (Beifall.)

Ich frage Sie, hätten wir das auf irgend einem anderen Wege auch erzielen können? Sie alle werden mir gewiß sagen müssen: Nein! (Lebhafte Zustimmung.) Dieses finanzielle Resultat hätten wir nicht erzielt, und wenn wir die Ablösung für die alten Werke gezahlt hätten, wohin wäre das Geld gekommen? Es wäre in das Ausland gewandert, während wir, indem wir hier große Bauten aufgeführt haben, eine große Anzahl von Arbeitern durch Jahre beschäftigt und ihnen Verdienst haben zukommen lassen. (Beifall.) Ich glaube, gerade jene, welche die

Interessen der arbeitenden Bevölkerung schützen oder zu schützen vorgeben, müssen es dankbar anerkennen, daß damals in dieser Weise Vorsorge getroffen worden ist und daß auch jetzt durch Erbauung eines neuen Werkes in derselben Weise Vorsorge getroffen werden soll.

Nun, meine Herren, ich habe gesagt, es würde ja auch heute wahrscheinlich die Möglichkeit vorhanden sein, eine Verlängerung der Gasverträge zu erwirken und es würde auch heute noch möglich sein, die Übernahme der bestehenden Werke zu erzielen. Aber auch das würde ebenso finanziell und noch mehr moralisch schädigend wirken, als es damals gewirkt hätte. Denn, meine Herren, wenn man einmal einen Weg betreten hat, so muß man auch die Energie und die Ausdauer besitzen, diesen Weg fortzuschreiten. (Sehr richtig!) Wir sind auf den Standpunkt der Selbsthilfe gestanden, wir sind von der Anschauung ausgegangen, die Gemeinde Wien müsse zeigen, daß sie durch ihre eigene Kraft und durch ihre eigenen Mittel in der Lage ist, die Versorgung der Stadt Wien mit Gas zu bewerkstelligen. Wenn wir das im Jahr 1896 gesagt, und zwar mit Erfolg gesagt haben, so möchte uns heute jeder ins Gesicht lachen, wenn wir nach den Erfahrungen, die wir mit unseren städtischen Gaswerken gemacht haben, mit den sehr guten Erfahrungen, heute einem entgegengesetzten Weg betreten, die Hände in den Schoß legen und nicht den Mut besitzen würden, ein neues Werk zu erbauen, sondern das alte einlösen wollten.

Wenn gesagt wird, daß die vorliegenden Anträge durch hervorragende Fachmänner geprüft werden sollen, so muß ich Ihnen sagen: wir können wohl kaum hervorragendere Männer im Gasfache finden, wie jene, die wir selbst in unseren Diensten haben (Zustimmung.) Wir können mit vollem Vertrauen die Anträge dieser Männer zum Gegenstande unserer Beschlußfassung machen. Das sind nicht Anträge, die aus dem Ärmel geschüttelt worden sind; das sind Anträge, die auf Grund reiflichen, monatelangen Studiums zu Tage gefördert worden sind und bei welchen alle Eventualitäten, die eintreten könnten, ins Auge gefaßt wurden.

Ich glaube daher, daß Sie mit voller Beruhigung für die Anträge stimmen können, welche Ihnen der Gasausschuß vorgelegt hat. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Das Wort, und zwar kontra, hat Herr Gem.-Rat Dr. Reisch.

Gem.-Rat Dr. Reisch: Meine Herren! Sehr charakteristisch für die Behandlung dieser Frage ist, was der Herr Vize-Bürgermeister Dr. Porzer, der Pro-Redner, eingangs seiner Ausführungen hier gesagt hat. Es ist wirklich ganz merkwürdig gewesen, daß uns der Herr Vize-Bürgermeister da eine historische Unwahrheit vorgebracht hat. (Oho-Rufe.) Es ist nicht richtig, daß die Frage so gestanden ist: Erbauung eines eigenen städtischen Gaswerkes oder Verlängerung des Vertrages mit den Engländern. So ist die Frage niemals gestanden und es ist unbegreiflich, daß sich Herr Dr. Porzer in einer historischen Frage, in einer der wichtigsten Fragen, die uns seit zehn Jahren beschäftigt hat, so irrt.

Keine Stimme hat dafür gesprochen, den Vertrag mit den Engländern zu verlängern. Im Gegenteil, es war von den liberalen Vorgängern, von Dr. Felder, mit großer Hand und großem Geschick der Zeitpunkt vorbereitet worden, in welchem die englischen Gaswerke als reife Frucht in die Hände der Kommune fallen sollten. Es hat sich nur darum gehandelt, daß das, was Dr. Felder vorbereitet hat, und zwar in ausgezeichneter Weise vorbereitet hat, nun auch vollzogen werde.

Es hat sich auch gezeigt, daß die Schätzungen, welche in den Vorverträgen vorgesehen waren, so gelautet haben, daß alle über den geringen Preis erstaunt waren, um welchen diese wichtigen Anlagen der Engländer übernommen werden konnten. Es war ein Betrag, der weit unter allen Voraussetzungen war.

Wenn also mein geehrter Herr Vorredner gesagt hat, es hätte sich zwischen beiden Parteien, die damals hier in einem anderen Verhältnisse vertreten waren als heute, darum gehandelt, den Vertrag zu verlängern oder ein eigenes Gaswerk zu bauen, so ist das ganz unrichtig, weil die fortschrittliche Partei auch nicht mit einer Silbe auf eine Verlängerung des Vertrages hingedeutet hat, sondern lediglich forderte, von dem Vertragsrechte der Einlösung Gebrauch zu machen. (Gem.-Rat Hawranek: Lesen Sie die Protokolle!) Ja, und ich finde, daß niemand davon gesprochen hat.

Ebenso hat auch der geehrte Herr Vorredner die Frage so gestellt: Wollen Sie das, was in der Vorlage enthalten ist, annehmen, oder wollen Sie die Hände in den Schoß legen und nichts machen oder eventuell den Vertrag mit den Engländern verlängern oder die Gaswerke ablösen? Davon redete niemand, auch mein Vorredner auf dieser Seite sagte nicht, man solle nichts machen, sondern er hat nur seinem Mißtrauen Ausdruck gegeben, gestützt auf die Vorgeschichte, die Sie allerdings nicht gerne hören. (Zwischenrufe.)

Lassen Sie mich doch reden! Gestützt auf die Vorgeschichte der verschiedenen Irrtümer, welche Legion sind, die bei der Einlösung des städtischen Gaswerkes vorgekommen sind. Es wird sich ja genug Gelegenheit ergeben, auf diese Sache zurückzukommen. Ich will nur einen Punkt hervorheben.

Es würde das Projekt der städtischen Gasleitung von Hermann akzeptiert. Dieses Hermann-Projekt enthielt folgendes: Für den ganzen Umkreis von Wien, für alle 19 oder 20 Bezirke — der XXI. Bezirk war noch nicht dabei — sollte eine Gasbeleuchtung mit dem Präliminare von 25 Millionen Gulden, d. i. 50 Millionen Kronen herzustellen sein.

Dieses Programm war darauf eingerichtet, daß dieses Werk so angelegt werde, daß dessen Produktion nur mit Zuschaltung von einzelnen Öfen und Apparaten auf eine Höchstleistungsfähigkeit von 100 Millionen Kubikmeter pro Jahr erhöht werden kann. Nun ist das städtische Gaswerk auf seine Höchstleistung gesteigert worden und was sagt der erste Absatz (liest):

„Das städtische Gaswerk hatte nach seiner Vollendung im Jahre 1899 eine Höchstleistungsfähigkeit von 432.000 Kubikmeter in 24 Stunden oder rund 86 Millionen Kubikmeter pro Jahr."

Es bleibt also hinter dem Projekt Hermann mit 100 Millionen Kubikmeter um 14 Millionen zurück.

Ist das nicht eine Minderleistung, die erschreckend ist? Wenn wir in Betracht ziehen, daß die Kosten mit 51 Millionen Kronen präliminiert waren und daß bisher das Gaswerk schon 65 Millionen Kronen gekostet hat, so können Sie nicht in Abrede stellen, daß Zweifel gewiß berechtigt sind. Ich will gewiß den Kapazitäten in unserem Gasamte nicht nahetreten. Wenn aber solche Irrtümer nachgewiesenermaßen bei der Errichtung des städtischen Gaswerkes eingetreten sind, so erscheint es wohl berechtigt, bevor man sich zu solchen Bewilligungen bereitfindet, die höchste Vorsicht walten zu lassen und auf den Antrag, der von dieser Seite auf Ein-

vernahme von Experten, und zwar von ersten Kapazitäten, gestellt wurde, einzugehen. Es ist ja ein Programm, welches auf zehn Jahre ausgedehnt ist; ob da nun einige Monate früher oder später die definitiven Beschlüsse gefaßt werden, ist von keiner Bedeutung und spielt keine große Rolle. Sie können daher diesem wohlgemeinten Antrag auf Einvernahme von Experten ruhig beitreten.

Ich will nur noch eine Frage berühren, um darauf hinzuweisen, wie unzureichend die Vorlage ist, welche wir erhalten haben. Es ist nämlich da die Rede davon, daß neben der Erweiterung des Simmeringer Gaswerkes auch ein neues Gaswerk wird geschaffen werden müssen und für das neue Werk wird ein Grundstück zu wählen sein, das neben seiner sonstigen Eignung den allmählichen Ausbau des Werkes in zweckmäßiger Weise ermöglicht.

Wenn auch das Grundstück selbst nicht bezeichnet wird — worüber Sie ja gewiß noch nicht schlüssig geworden sein dürften — so würde es doch in diesem Zeitpunkte schon von höchster Wichtigkeit und von größtem Interesse sein, uns zu sagen, wie Sie sich dieses zweite Werk denken, nämlich bezüglich der Weltrichtung, in welcher es gelegen sein soll . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Bis ich den Grund habe.

Gem.-Rat Dr. Reisch (fortfahrend): . . . denn es ist ja keine Frage, daß die Beleuchtung eines so ungeheueren Territoriums, wie es das Wiener Territorium ist, von einem einzigen Punkt aus eine stete Gefahr ist, von welcher wir, Gott sei Dank, bisher bewahrt waren. Es ist nichts geschehen, wenn es aber nun auch mit dem neuen Werk wieder in derselben Richtung gehen sollte, so würde ich, und gewiß auch viele der Herren, der Ansicht sein, daß eine große Gefahr darin läge. Ich würde daher den größten Wert darauf legen, daß diese Frage uns recht bald vorgelegt und daß auch sie in den Bereich jener Fragen versetzt werde, welche den einzuberufenden Experten vergelegt werden, um die sicherste und beste Lösung dieser hochwichtigen Sache herbeizuführen.

Bürgermeister: Ich werde die Gründe erst bezeichnen, wenn ich sie angekauft habe; früher nicht. (Heiterkeit.)

Herr Gem.-Rat Winarsky kontra!

Gem.-Rat Winarsky: Es ist in der Beantwortung der ersten Worte, die Herr Gem.-Rat Dr. Hein hier gegen die neue Vorlage geäußert hat, seitens des Herrn Vize-Bürgermeister Dr. Porzer gesagt worden, daß man gar keine Ursache habe, sich der Erbauung der Gaswerke zu schämen, sondern daß im Gegenteile die Art der Gasversorgung, die im Jahre 1896 inauguriert wurde, eine Ruhmestat der jetzigen Majorität bilde, auf die man stolz sein könne.

Ich glaube, ganz richtig ist das doch nicht, und gerade die Nervosität, die Sie jedesmal befällt, so oft von der Geschichte der Erwerbung der Gaswerke gesprochen wird, ist der beste Beweis, daß Sie sich bei dieser Sache in Ihrer Haut nicht ganz wohl fühlen. Der Herr Vize-Bürgermeister hat darauf verwiesen, daß das neue Gaswerk in Simmering ein Monumentalwerk vorstellt, auf das wir Ursache haben, stolz zu sein. Die Aufgabe, die aber damals zu leisten war, war nicht die Herstellung eines Monumentalbaues, sondern die Herstellung geeigneter Werke für die Versorgung von ganz Wien mit entsprechendem Gas.

Damals, als der Bau vorgenommen wurde, haben Sie sogar die Behauptung aufgestellt, daß dieses Gaswerk genügen würde, für ganz Wien einschließlich der Werke der Imperial-Continental-Gas-Assoziation die Versorgung mit Gas durchzuführen. Nun ist aber gerade die Einbringung des Antrages, den Sie jetzt stellen, das offizielle Einbekenntnis der Unrichtigkeit der damals von der Majorität vorgelegten Anträge und Projekte. Es ist Tatsache, daß zwar die technischen Einrichtungen, wie sie sind, nicht bekämpft werden können, daß aber das Gaswerk für die Zwecke, für welche es eigentlich errichtet werden sollte, doch ungenügend ist, und daß es mehr gekostet hat, als die Einlösung der Gaswerke der Imperial-Continental-Gas-Assoziation gekostet haben würde. Diese Tatsache kann nicht geleugnet werden. Sie haben bedeutend mehr Geld, das schließlich in erster Linie aus den Steuerkreuzern stammt, für die Gasversorgung Wiens hineinstecken müssen, als es unter normalen Umständen notwendig gewesen wäre. Und wenn heute der Herr Vize-Bürgermeister darauf verwiesen hat, daß die Gaswerke ein schönes Reinerträgnis abwerfen und das Unternehmen infolgedessen als ein sehr gelungenes Geschäft bezeichnet werden muß, so verweise ich darauf, daß dieses Reinerträgnis erzielt worden ist durch eine ganz eigenartige Sache, nämlich durch die Kartellierung mit derselben Imperial-Continental-Gas-Assoziation, die Sie auf der einen Seite aus Wien herauszudrängen bemüht waren, während Sie auf der anderen Seite mit ihr vereinbarten, daß der Gaspreis in den nächsten Jahren nicht herabgesetzt werden dürfe. Diesen Reingewinn, der da jedes Jahr ausgewiesen wird, haben Sie einfach durch die Hochhaltung eines Monopolpreises erzielt, durch sonst gar nichts. Dies kann nicht als ein besonderes Verdienst bezeichnet werden, sondern es ist im Gegenteile eine Anklage gegen Sie. Es ist eine ganz merkwürdige Tatsache, daß Sie der Wiener Bevölkerung, den Gaskonsumenten, das Leucht- und Heizgas bedeutend teuerer verkauft haben während der ganzen Jahre, als es in anderen in Vergleich zu ziehenden Städten verkauft wird, wofür Sie noch einen Ruhmestitel für sich in Anspruch nehmen.

Ich muß aber bei dieser Gelegenheit noch auf etwas anderes verweisen.

Es ist die Vorlage, welche hier gemacht worden ist, durch den Herrn Vize-Bürgermeister Dr. Porzer damit begründet worden, daß Sie die Verpflichtung haben, auf dem Wege, der nun einmal eingeschlagen worden ist, vorwärts zu gehen und daß es eine moralische und finanzielle Schädigung der Gemeinde Wien wäre, wenn sie sich darauf einlassen würde, daran zu denken, die alten Werke, welche vorhanden sind, zu übernehmen. Ich glaube, diese Bemerkungen, welche der Herr Vize-Bürgermeister gemacht hat, entbehrten eines sachlichen Gehaltes. Wenn wir hier ein derartiges Projekt zu behandeln haben, so müssen Sie uns nachweisen, daß die Gemeinde tatsächlich gewinnt, wenn sie auf diesem Wege weiter geht. Das ist der maßgebende Standpunkt. Es handelt sich doch nicht darum, justament in derselben Richtung, die einmal eingeschlagen worden ist, weiterzugehen, sondern darum, die Gemeinde vor weiteren Schädigungen zu bewahren. Wenn Sie das Projekt ansehen, welches vorgelegt worden ist, so werden Sie sich daran erinnern, daß eine Verpflichtung auf der Gemeinde gegenüber jenen alten Gesellschaften lastet, nämlich die Verpflichtung der Ablösung des Rohrnetzes, der Gaskandelaber und der Gasmesser sowohl jener der Imperial-

Continental-Gas-Assoziation, als auch jener der Österreichischen Gasgesellschaft. Diese Dinge müssen Sie kaufen und diese Rohre und Gasapparate und all das Zeug, das man im Jahre 1896 als altes Eisen und als nicht mehr verwendbar bezeichnet hat, wieder in Verwendung bringen. (Zwischenrufe.) Sie werden sie wieder verwenden. Sie halten die Rohrnetze dieser Gesellschaften, trotzdem sie um so und so viel Jahre älter geworden sind, wie sie im Jahre 1896 waren, für vollkommen genügend, denn sonst wäre die Bemerkung, die auf Seite 4 zu finden ist (liest):

„Da die Rohrnetze der beiden Privat-Gasgesellschaften vertragsgemäß von der Gemeinde gekauft werden müssen, wird die zukünftige Versorgung dieser Rohrnetze sich zweckmäßiger Weise soweit als nur möglich ihren derzeitigen Speisungsverhältnissen anzupassen haben, um kostspielige Änderungen an diesen Rohrnetzen möglichst zu vermeiden"

nicht verständlich.

Sie halten also jedenfalls dieses Rohrnetz für ausgezeichnet und halten es für notwendig, daß das künftige Werk, welches errichtet werden soll, so erbaut wird, daß die Möglichkeit der Speisung des alten Rohrnetzes von diesem neuen Werke aus möglich ist. Wenn man sich diese Dinge vor Augen hält, dann muß man fragen, ob es nicht gleich vom Standpunkte der Gemeinde aus klüger sein würde, die Werke selbst zu übernehmen, weil man damit die Speisung der alten Rohrnetze auf die einfachste Art durchführen kann. Warum das nicht praktisch sein soll, warum nicht Verhandlungen eingeleitet werden sollen, ob das billiger oder teuerer wäre als das, was vorgeschlagen ist, darüber finde ich in dem Referate kein Wort und es ist weder vom Herrn Referenten, noch vom Herrn Vize-Bürgermeister Dr. Porzer in dieser Beziehung etwas Sachliches vorgebracht worden, sondern der Herr Vize-Bürgermeister Dr. Porzer hat erklärt, daß man den Weg zu Ende gehen müsse, den man eingeschlagen habe. Alle Achtung vor der Konsequenz, aber ich glaube, Sie müssen bei aller Konsequenz doch auch Rücksicht auf die Bedürfnisse der Steuerzahler und auf die Bedürfnisse der Stadt Wien nehmen. Es wäre schon notwendig gewesen, daß man uns in dieser Beziehung etwas mehr gesagt hätte, als bisher über all diese Sachen gesagt worden ist.

Es wird uns in diesem Referate endlich auseinandergesetzt, daß eine Erweiterung der Gasanlagen in Simmering und die Erbauung eines neuen Werkes schon deshalb notwendig ist, weil der Gaskonsum der Bevölkerung von Wien fortwährend im Steigen begriffen ist und man ziemlich genau berechnen kann, wieviel Gas im Jahre Neunzehnhundertsoundsoviel verbraucht werden wird. Es wird weiters darauf hingewiesen, wie bedeutend eigentlich Wien in dieser Beziehung noch zurück ist und wie bedeutend mehr die Gaswerke in Anspruch genommen werden sollen, als sie in Anspruch genommen sind, und das wird durch eine Tabelle, welche den Gasverbrauch in Berlin, Hamburg, London, Liverpool, Paris und anderen Städten mit dem in Wien in Vergleich stellt, erwiesen. Sie sagen, daß Wien den verhältnismäßig niedrigsten Gasverbrauch per Kopf der Bevölkerung aufzuweisen hat. Worauf ist diese Tatsache aber zurückzuführen? Davon ist kein Wort gesagt! Jedenfalls auf dieselbe Tatsache, auf welche Herr Vize-Bürgermeister Dr. Porzer mit so großem Vergnügen hingewiesen hat, auf den hohen Reingewinn und die übermäßigen Gaspreise (Widerspruch), indem Sie Monopolpreise einführen, dadurch selbst die Ausbreitungsfähigkeit des Gaskonsums künstlich einschränken und der Entwicklung der städtischen Anstalten selbst einen Riegel vorschieben. Es ist also auch hier wieder eine Anklage in dieser Beziehung gegen Sie zu erheben. (Gelächter.) Sie hätten die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß sich der Gaskonsum im Interesse der städtischen Werke selbst steigert und daß das Gas sowohl für die Industrie, als auch für andere Zwecke bedeutend mehr verwendet wird, als dies heute der Fall ist. Die beste Propaganda in dieser Beziehung ist die Verbilligung des Gases; das können Sie aber nicht, weil Sie durch die zu hohen Kosten, die Sie bei der Errichtung der Gaswerke auf sich genommen haben, nicht imstande sind, in dieser Beziehung einen Vergleich mit den Verhältnissen anderer Städte auszuhalten.

Im übrigen ist auch zu konstatieren, daß wir im Referate nichts darüber sehen, wie hoch Sie sich eigentlich die Erzeugungsfähigkeit des neuen Gaswerkes vorstellen: es existiert in dieser Beziehung gar kein ernst zu nehmendes Projekt. Wenn die Berechnungen so aufzufassen sind, wie sie uns vorgelegt wurden bis zum Jahre 1917, das heißt, daß in diesem Jahre die höchste Leistung des Werkes mit 212.000 m^3 erreicht wäre, dann würde das ja nichts anderes bedeuten, als daß man im Jahre 1917 neuerlich daran denken müßte, ein neues drittes Gaswerk zu erbauen — außer Sie haben die Absicht, die Leistungsfähigkeit dieses neuen Gaswerkes bedeutend höher anzusetzen, als es im Referate zum Ausdrucke gelangt. Es ist daher notwendig, daß auch in dieser Beziehung Aufklärung gegeben wird. Es handelt sich da um keine Kleinigkeit und wir wollen nicht gezwungen werden, heute 30 Millionen zu bewilligen, um in einigen Jahren wieder soundsoviele Millionen für ein neues Werk herzugeben. Der Gemeinderat ist nicht bloß dazu verpflichtet, auf einige Jahre vorauszusehen, sondern es ist denn doch auch notwendig, uns etwas darüber zu sagen, wie sich die Sache weiter entwickeln soll.

Endlich steht noch etwas anderes nicht im Referate.

Es heißt hier im Antrage, daß für die Grunderwerbung zum Zwecke der Erbauung eines neuen Gaswerkes und für im Jahre 1908 auszuführende Arbeiten ein Kredit von 5,455.000 K bewilligt werden soll. Ja, woher? (Ruf: Das ist unsere Sache!) Ich glaube, es ist dies eine Angelegenheit des ganzen Gemeindemeinderates und nicht bloß der Majorität. Daher ist es, wenn derartige Anträge gestellt werden, für welche in der Vorlage selbst keinerlei Bedeckung in Aussicht genommen wird, notwendig, daß dem Gemeinderate auch gesagt wird, wie man sich die Beschaffung der hiezu erforderlichen Gelder denkt. Dazu, glaube ich, sind Sie nicht bloß uns — der Opposition — gegenüber verpflichtet, sondern Sie sind es der Bevölkerung Wiens schuldig, ihr über Ihre Absichten reinen Wein einzuschänken.

Es ist in ihrer Vorlage auch nichts gesagt über den Platz, wo das neue Gaswerk errichtet werden soll. Das finde ich begreiflich, und das rechne ich Ihnen nicht zum Vorwurfe an, denn es ist selbstverständlich, daß das nur ein Mittel zum Zwecke der Grundspekulation sein würde. Aber im allgemeinen ruft das Projekt auch für denjenigen, der kein anderes Material als das in der Vorlage gebrachte zur Verfügung hat, so viele schwere technische und finanzielle Bedenken hervor, daß es unmöglich ist, für dieses Projekt bei einiger Gewissenhaftigkeit einzutreten und zu stimmen.

Der Herr Vize-Bürgermeister hat gesagt, es handelt sich nicht um eine gelegentliche Arbeit, sondern es hat Monate gedauert, teilweise jahrelang, bis dieses Projekt ausgearbeitet worden ist. Uns haben Sie nicht die Gelegenheit gegeben, an dieser monatelangen, teilweise jahrelangen Arbeit mitzutun, sondern Sie haben vor drei Tagen diese Vorlage uns an den Kopf geworfen. (Heiterkeit.) Unter diesen Umständen sind wir nicht im Stande, an der Verantwortung teilzunehmen, die wir mit der Zustimmung zu diesen Anträgen tragen würden.

Wir lehnen diese Verantwortung ab und überlassen sie denjenigen, die dieses Projekt ausgearbeitet haben, das heißt der großen Mehrzahl, die zwar von dem Projekte noch weniger wissen als wir, aber die Energie besitzen . . . (Lebhafte Zwischenrufe.)

Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe. Lassen Sie doch solche Bemerkungen, Herr Gem.-Rat Winarsky; seien Sie froh, wenn Sie alles verstehen. (Heiterkeit.)

Gem.-Rat Winarsky: Ich habe nicht die Behauptung aufgestellt, daß ich alles verstehe, aber von den Herren, die hier Zwischenrufe machen, bin ich auf Grund anderer Erfahrungen überzeugt, daß sie nicht in die Vorlage eingeweiht sind, sondern ihr zustimmen, weil es Parteiparole ist, dafür zu stimmen.

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gem.-Rat Winarsky, ich ersuche Sie, solche Vorwürfe nicht zu machen; ich schütze Sie, muß aber auch die Majorität gegen solche Anwürfe, wie Sie sie hier vorbringen, unter jeder Bedingung in Schutz nehmen.

Gem.-Rat Winarsky (fortfahrend): Wenn die Herren ebenfalls erst vor drei Tagen die Vorlage in die Hand bekommen haben, so kann ich unmöglich annehmen, daß sie genauer informiert sind wie wir. Wenn sie die Vorlage früher bekommen haben, so wäre das eine Zurücksetzung jener Herren, welche nicht der Majorität angehören, daher eine Anklage gegen die Verwaltung selbst. Eines von Beiden.

Wir, die wir nicht in der Lage sind mitzuarbeiten, da man uns zur Mitarbeit nicht zuläßt, können an der Verantwortung nicht teilnehmen und werden daher gegen die Vorlage stimmen.

Bürgermeister: Zum Worte gelangt, und zwar kontra, Herr Gem.-Rat Ritter v. Goldschmidt.

Gem.-Rat Ritter v. Goldschmidt: Meine Herren! Ich will gleich zu Anfang meiner unmaßgeblichen Ausführungen die Versicherung geben, daß ich mich sehr kurz fassen kann und sehr kurz fassen werde. Erlauben Sie, meine Herren, die Bemerkung, daß Sie bei Beginn der Ausführungen des ersten Herrn Redners sich vielleicht in sehr ungerechter Weise aufgeregt haben. Was hat denn der erste Herr Redner gesagt, was Ihre besondere Erregung hätte provozieren können? Vielleicht sind Sie etwas ungeduldig darüber geworden, weil er zunächst über die Geschichte der heutigen Gaswerke gesprochen hat. Wenn man aber die Geschichte als Lehrmeisterin der Gegenwart und der Zukunft auffaßt, so ist es ja notwendig, daß man die Prämissen und Daten, um welche es sich handelt, vorbringt, und da erlaube ich mir, Ihnen zu sagen — ich bin bereit, Ihre Pfeile auf mich zielen zu lassen — daß sehr viel von dem, was er gesagt hat, notwendig zu sagen war und sehr viel von dem, was er gesagt hat, auch akzeptiert werden kann.

Es hat schon der zweite Herr Redner konstatiert, daß seinerzeit die Frage nicht war: entweder Verlängerung des Vertrages oder Bau von neuen Werken.

Sie erinnern sich alle: Die Frage war der Hauptsache nach die: Entweder neue Bauten oder Erwerbung der alten Werke und sie nach und nach zu verbessern, und das war das wichtigste Moment, auf welches die damalige liberale Partei, heute nur ein Fragment, sich gestützt hat, und ich war — entschuldigen Sie, wenn ich es sage, damals habe ich mich viel mit dieser Frage befaßt — durch und durch gegen das ausgeführte System. Nun heute sind elf Jahre darüber hinweggegangen und es ist ganz gewiß, daß das Gaswerk heute große Summen trägt. (Gem.-Rat Laux: Na also!)

Na also, wenn ich bitten darf; bei so großen Unternehmungen sind auch große Erträgnisse zu erwarten. Aber die Antwort auf die Frage sind Sie uns allen schuldig geblieben, ob dann, wenn das andere System angenommen worden wäre, Sie nicht weniger ausgegeben und heute dasselbe Erträgnis hätten. (Widerspruch.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer (welcher inzwischen den Vorsitz übernommen hat): Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Gem.-Rat Ritter v. Goldschmidt: Je mehr Sie mir Ihre Aufmerksamkeit schenken und je weniger Sie mich unterbrechen, desto schneller bin ich fertig.

Natürlich lassen Sie sich von der Meinung, daß Sie Recht gehabt haben, nicht abbringen, denn es gibt keine Partei, welche anders entscheidet als sie meint, daß es so richtig ist.

Was die damaligen Werte der alten Rohre gewesen sind, darüber sind die Akten selbst seinerzeit geschlossen worden. (Zwischenrufe.) Sie haben gesehen, daß während des Aus- und Aufbaues des neuen Rohrnetzes massenhaft Rohre noch sehr viel Wert gehabt haben. (Rufe: Nein, sie waren nichts wert! Nicht einmal der Tandler hat sie genommen!) Das ist kein Beweis, dazwischen zu rufen, sie waren nichts wert. Ich will dieses Thema abbrechen. Aber mindestens müssen Sie uns das Recht zugestehen, daß wir auch kritisieren können und daß unter uns auch im allgemeinen soviele Fachkenntnis gewesen ist als heute bei der sehr verehrten und sehr tüchtigen Majorität.

Wir haben nicht nur das Recht zu sprechen, sondern auch das Recht zu denken und zu kritisieren, und wir haben auch das Recht zu sagen: „Was vor 11 Jahren gemacht wurde, ist gewiß in der besten Intention geschehen, ob es aber gelungen ist, bleibt der Nachwelt überlassen, zu beurteilen." (Unruhe.)

Sie sind immer einseitig und sagen, es war das Beste. Was uns heute vorliegt, ist nur in ziemlich allgemeinen Umrissen gegeben und es ist eine ziemlich starke Aufgabe für uns, daß wir in einigen Tagen die Sache durchstudieren sollen. Wir haben auch etwas anderes zu tun. Wenn wir es dreimal 24 Stunden hätten durchstudieren können, wie Sie im Stadtrate dazu drei Monate Gelegenheit gehabt haben, dann könnten wir auch darüber ein abschließendes Urteil abgeben. Aber heute kann nur eine allgemeine Diskussion und ein allgemeines Urteil möglich sein. (Unruhe und Zwischenrufe.)

Ich möchte recht sehr bitten! Was finden Sie denn Merkwürdiges daran, wenn ich bei einem Projekte, welches soviele Millionen konsumieren wird, mit Rücksicht auf die Erfahrungen welche wir alle gemacht haben, sage, daß nicht alles, was seinerzeit hingeworfen worden ist, das Allerbeste gewesen ist.

Was soll man nun demgegenüber machen? Man rufe einige Experten! (Gem.-Rat Schneider: Ausländer!)

Habe ich das gesagt? Vor unserem Gaswerks-Direktor allen Respekt, vor unseren Technikern, die dem Gaswerk vorstehen, allen Respekt; aber Sie haben vor einigen Monaten den technischen Direktor amoviert und man hat gesagt, wenn es notwendig sein wird, wird man einen anderen tüchtigen Fachmann herbeirufen.

Nicht wahr, so war es? Ich habe nichts gegen die heutigen Gastechniker einzuwenden, zum mindesten müssen Sie aber auch eine andere Autorität fragen, wenn Sie auch unserem kommunalen Organismus angehört. Sind ja doch viele der geehrten Herren der früheren Ära noch hier, die wissen, wie in früheren Jahren solche Dinge behandelt worden sind. Ich begehre nicht mehr die früheren Sektionen, aber unter den Bürgermeistern Dr. Felder und Dr. Newald wurden auch Männer aus den speziellen Fachbureaux und Departements hereingerufen und die haben uns dann manches hier in ergänzender Weise erzählt. Ich ergänze also das, was Ihnen mein Freund Dr. Hein vorgeschlagen hat und sage: rufen Sie zum mindesten den Herrn Bau-Direktor heran, fragen wir ihn. (Rufe: Der ist ja ohnehin dabei!) Ja, aber er ist nicht hier! Es ist mir nicht alles eins, ob wir nur das essen müssen, was da gekocht wird. Wir wollen auch ein bißchen mit ansehen, wie gekocht wird und das ist nur dann möglich, wenn wir von dem Kleinen ins Große hineinsehen. Sie können nur vom ganzen Herzen und mit bestem Gewissen dem zustimmen, daß man uns die Möglichkeit gebe, in die Sache Einblick zu nehmen. Das sind technische, finanztechnische, politische und juristische Dinge, die erwogen werden müssen. Das, glaube ich, sollte auch der geehrte Herr Bürgermeister bedenken. Ich wünsche, daß der Herr Direktor der Gasanstalt noch viele Jahrzehnte die Anstalt dirigiere, ich wünsche auch den Mitgliedern der Gas-Kommission, daß sie noch lange ungestört weiter fungieren mögen, ich wünsche Ihnen allen ein langes Leben (Heiterkeit), aber alles, was besteht, geht ja einmal zugrunde und vielleicht werden Sie einmal sehen, daß wir Ihnen gut geraten haben. Ich will nicht mehr ins Detail eingehen. Sie sagen vielleicht, ich traue mich nicht, weil ich diese Vorlage in drei Tagen nicht studieren konnte. Warum wollen Sie sich denn nicht den Rücken decken und sagen, bei dieser wichtigen Frage, bei der es Jahrzehnte noch dauern wird, bis das letzte i-Tüpfelchen zur Ausführung gekommen sein wird, hat der Gemeinderat auch andere Fachmänner gehört. Das könnte der Herr Bürgermeister ganz gut sagen und es spricht eigentlich nichts dagegen, als daß die Angelegenheit ein paar Wochen Arbeit kosten wird. Aus diesem Grund möchte ich den Anträgen des Herrn Kollegen Dr. Hein zustimmen. Wenn er ferner beantragt die Einsetzung einer Kommission aus allen Parteien des Gemeinderates, da stimme ich ihm — ich bitte ihn um Entschuldigung — nicht bei. Ich verlange für uns heute nicht, daß eine Kommission aus verschiedenen Parteirichtungen eingesetzt wird, denn das Gas ist keine Parteisache und wenn die Wahl kommen wird, wird man schon die richtigen Persönlichkeiten wählen. Ich will auch keine fremden Experten vorschlagen, wir haben auch bei uns genug geeignete Personen, aber ich will absichtlich dritte Personen, nicht nur die sehr geehrten und sehr tüchtigen Herren, die an dem Gaswerk gearbeitet haben, sondern zum mindesten den Herrn Direktor des Stadtbauamtes, der wird uns einen umfassenden unparteilichen Bericht erstatten. (Rufe: Ist ja geschehen!) Ich glaube Ihnen das schon, aber ich will ihn hier haben und Ihnen selbst würde es auch nicht schädlich sein, wenn der Bau-Direktor bei uns erschiene. In diesem Sinne bitte ich, den Antrag zu ergänzen Diesen bescheidenen, aber wie mir scheint, sehr wichtigen Antrag empfehle ich Ihrer freundlichen Erwägung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Das Wort hat Herr Verwaltungs-Direktor Roßner.

Verwaltungs-Direktor Roßner: Es wurde sehr viel davon gesprochen, daß ein Mangel der Vorlage darin bestehe, daß keine Experten einvernommen werden sollen. Um was handelt es sich? Um zwei Dinge: um die Erweiterung des bestehenden Gaswerkes, und um die Frage der Erbauung eines neuen Gaswerkes. Als das jetzt bestehende Gaswerk erbaut wurde, ist ein Programm und ein Projekt dem Gemeinderate vorgelegen, welches nicht vielleicht vom Stadtbauamte verfaßt worden war, sondern welches auf Grund einer Konkursausschreibung zustande gekommen ist, dadurch, daß ein Baubureau bestellt war, das vier oder fünf Jahre, bevor die jetzige Majorität ins Rathaus eingezogen ist, an diesem Projekte gearbeitet hat. Die jetzige Majorität war vor der Situation gestanden, daß sie, wenn sie bauen will, dieses Projekt dem Baue zugrunde legen muß. Dieses Projekt hat also existiert. Die Durchführung des Baues hat gezeigt, daß nicht der Bau verfehlt war, sondern das Projekt dieses Baues. Dieses Projekt ist aber nicht auf hiesigem Boden entstanden, sondern es ist auswärts auf Grund einer kostspieligen Konkurrenzausschreibung zustande gekommen. Ein technisches Bureau hat fünf Jahre gearbeitet und bevor der Gemeinderat den Beschluß gefaßt hat, dieses Projekt zur Ausführung zu bringen, sind drei Experten, berühmte Gasfachmänner aus Deutschland, gekommen, welche im Laufe von 24 Stunden diesem Projekte den Segen erteilt und erklärt haben, es sei ausgezeichnet.

Aber wahr ist die Geschichte nicht gewesen. Das ist der Wert der damaligen Expertise gewesen.

Nun komme ich zurück auf die Frage der Erweiterung unseres jetzt bestehenden Gaswerkes. Glauben Sie, meine Herren, daß sich die Techniker, welche beim Baue dabei waren, welche das Werk entstehen gesehen haben, welche es in allen seinen Teilen genau kennen und seit acht Jahren auch den Betrieb genau kennen, daß sich diese Techniker ein weniger richtiges Urteil über die Ausbildungsfähigkeit bilden können als ein Experte, der draußen in Deutschland in Berlin, Dresden oder in irgend einer Stadt ist, herkommt, sich die Sache vier Wochen anschaut und dann erst noch nicht einen Einblick in den Betrieb hat. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren! Jedes Werk hat seine guten Seiten und seine Fehler; und ein solcher Experte wird, wenn er von unseren Leuten nicht aufmerksam gemacht wird, die Fehler gewiß nicht finden. (Lebhafte Zustimmung.) Also eine solche Expertise hätte für die Ausgestaltung des Werkes absolut keinen Sinn.

Was das neue Gaswerk anlangt, so wird eine Stadt wie Wien, die bereits ein so großes Werk gebaut hat, wohl in der Lage sein, sich ein Projekt für ein Gaswerk zu verschaffen, welches momentan eine Leistungsfähigkeit von 30 Millionen m^3 pro Jahr haben soll; dazu braucht man eine Expertise nicht.

Was aber die Anregung des Herrn Baurates v Goldschmidt anlangt, so erkläre ich Ihnen, daß ich überhaupt im Gas-Ausschusse über diese Frage nicht früher referiert habe, bevor nicht unsere Techniker mit dem Ober-Baurat Berger das Einvernehmen gepflogen hatten und bevor ich nicht von ihm

die bindende Erklärung hatte, daß er das Projekt durchstudiert habe und es zu vertreten in der Lage sei. Herr Bau-Direktor Berger hat auch im Gas-Ausschusse dieses Projekt vertreten.

Was nun die juridische Frage anlangt, so will ich von meiner Person nicht reden, aber der Herr Magistrats-Direktor ist im Gas-Ausschuß. Die finanzielle Frage vertritt im Ausschusse der Herr Ober-Stadtbuchhalter Hönig. Kurz, der Ausschuß ist so zusammengesetzt, daß sämtliche Ämter, welche überhaupt bei der Gemeinde dafür in Frage kommen, dort vertreten sind. Soviel zur Frage der Expertise.

Es ist auch der Vorwurf gemacht worden, daß mit einer gewissen Kurzsichtigkeit vorgegangen wurde, daß das Gaswerk in viel zu geringen Dimensionen angelegt wurde, daß man das nicht verstanden hat und so weiter. Das Gaswerk hätte auf 100,000.000 m³ ausgebaut werden sollen. Der Herr Bürgermeister hat aber in dem Momente, wo der Prozeß bezüglich der Vororte verloren wurde, erklärt: Nachdem die Vororte nicht zu beleuchten sind, ist das Gaswerk nur mehr für 86 Millionen Kubikmeter zu bauen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Und trotzdem hat es mehr gekostet!) Der projektierte Kostenanschlag war auf dem Papier sehr schön. Aber wie wir das erste Haus bauten, mußte der Herr Baurat Kapaun von vorn anfangen und Stück für Stück neu projektieren. Und wenn die Herren sagen, daß die Öfen zu teuer waren, so antworte ich darauf, daß sie vom Projektanten, der prämiiert wurde, sowie vom technischen Konsulenten auf das wärmste empfohlen und von zwei berühmten Gastechnikern, die als Experten gehört wurden, als das Ideal hingestellt wurden. Allerdings dürfen Sie nicht vergessen, daß ein patentierter Gegenstand teuer ist, solange das Patent besteht. Wir konnten aber nicht warten, bis das Patent abgelaufen war; wir mußten früher bauen.

Was den Vorwurf des Mangels an Voraussicht anlangt, so erlaube ich mir folgendes zu bemerken. Im Jahre 1900 haben wir 78,000.000 m³ Gas gebraucht und 66,000.000 m³ verkauft. Das ersehen Sie aus der Tabelle, die im Referate liegt. Im Jahre 1906 haben wir 96,000.000 m³ gebraucht und 86,000.000 m³ verkauft. Wollen Sie uns einen Vorwurf daraus machen, daß der Gaskonsum so gestiegen ist! Wenn der Gaskonsum nicht so gestiegen wäre, dann glaube ich, könnten Sie uns einen Vorwurf machen. Daß der Gaskonsum gestiegen ist, zeigt, daß das Geschäft richtig behandelt wird, er zeigt aber auch, daß es notwendig ist, das Werk zu erweitern. An dieser Tatsache läßt sich absolut nichts ändern. Wenn behauptet wird, daß der geringe Gaskonsum in Wien, welcher auf den Kopf der Bevölkerung entfällt, auf den hohen Gaspreis zurückzuführen sei, so beruht das auf einem kleinen Irrtume. Ich möchte nur hervorheben, daß, bevor wir das Gasgeschäft angefangen haben, sich niemand in Wien um das Gasgeschäft gekümmert hat, weil die englische Gesellschaft bei ihren nahezu amortisierten Werken gar nicht das Bedürfnis gehabt hat, irgend welche Investitionen zu machen und froh war, wenn der Gaskonsum nicht gestiegen ist. Sie erinnern sich, meine Herren, daß zur Zeit, als die Engländer die Gasversorgung hatten, immer die Klagen waren, im II. oder IX. Bezirke hat das Gas keinen Druck. (Sehr richtig!) Warum? Weil die Engländer eben nichts investieren wollten.

Wenn ein so vernachlässigtes Geschäft dann in andere Hände kommt, die sich um das Geschäft annehmen, so ist es nicht momentan zu heben. Abgesehen davon ist es Tatsache, daß die Gasindustrie seit Dezennien in Deutschland ungleich weiter vorgeschritten ist als in Österreich. Das ist eine Tatsache, die niemand bestreiten wird. Daher entfallen dort soundsoviele Kubikmeter mehr auf den Kopf der Bevölkerung als in Wien. Darüber ist wohl nichts weiter zu reden.

Nun wurde bemerkt, daß es eigentlich ein Widerspruch ist, daß wir das Rohrnetz der Engländer und der Österreichischen Gasbeleuchtungsgesellschaft, welche wir kaufen müssen, wieder verwenden wollen, wo wir doch seinerzeit behauptet haben, daß das Rohrnetz altes Gerümpel und nichts zu brauchen sei. Die Sache s'eht so. Es ist eine kolossale Differenz zwischen der Zeit, in welcher das Rohrnetz in den alten Bezirken und in welcher es in den Vororten gelegt wurde. Denken Sie nur zurück! Wann waren die Vororte so entwickelt, daß dort die Gasbeleuchtung eingeführt wurde? (Ruf: Da war der Winarsky noch gar nicht in Wien!) Das Rohrnetz ist in den Vororten entsprechend dimensioniert, es ist in ganz gutem Zustande und wenn wir die Absicht haben, die Versorgung der betreffenden Gebiete mit dem jetzigen Netz zu bewerkstelligen, so ist darin nichts besonderes zu erblicken, weil dieses Gebiet auch jetzt mit diesem Netz versorgt wird. Wenn es bis jetzt damit geht, so wird es dann auch gehen.

Wenn wir das Rohrnetz nicht ablösen müßten, würden wir es wahrscheinlich zweckmäßiger anlegen; so aber lösen wir es ab und wir werden es auch entsprechend benützen. In den inneren Bezirken waren die Rohre seit so und so vielen Dezennien gelegt und es waren eine Menge Straßen vorhanden, wo nicht ein, sondern zwei und drei Hauptrohre neben einander gelegen sind, weil die Engländer, wenn es nicht anders gegangen ist halt noch ein Röhrl dazu gelegt haben. Sie können doch keinem Vernünftigen zumuten, ein so veraltetes durch die Anlage zu ganz verschiedenen Zeiten mangelhaftes und unzureichendes Rohrnetz für ein neues Gaswerk zu verwenden. (Sehr richtig!)

Nun wird behauptet, daß darin ein Widerspruch liege, daß wir das Netz übernehmen, daß aber über den Kauf der Werke nichts gesprochen wird. Ich hätte eigentlich nicht die Verpflichtung, darauf zu reagieren, muß aber doch die Frage stellen: Ja, was für Werke sollten wir denn kaufen? Es wäre möglich, die Werke Fünfhaus, Döbling, Gaudenzdorf und Baumgarten zu kaufen.

Nun, meine Herren, bitte ich, mir hiezu folgende Ausführung zu gestatten. Wenn wir das Döblinger Werk kaufen, so wird am nächsten Tage eine Deputation kommen und sagen: Das Döblinger Werk muß verschwinden, es ist ein Skandal, daß es überhaupt noch besteht! (Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.)

Ganz dasselbe ist bezüglich des Fünfhauser Werkes der Fall. (Rufe: So ist es!) Es ist eine traurige Erscheinung, daß in diesem engverbauten Stadtteile ein Gaswerk besteht, abgesehen davon, daß man weder nach Döbling noch nach Fünfhaus mit der Bahn Kohlen zuführen kann. Der Standpunkt, der vor 50 Jahren galt, wo man für das damalige kleine Werk mit ein paar Fuhren Kohlen das Auslangen finden konnte, ist heute überhaupt nicht mehr diskutierbar. Das Gaudenzdorfer Werk muß vertragsmäßig verschwinden, das hat sich die Gemeinde im Jahre 1899 bedungen, daß das Werk nach Ablauf des Vertrages demoliert werden muß, wir werden es also jetzt doch nicht zu dem Zwecke kaufen, damit wir es selbst demolieren! (Heiterkeit und Zustimmung.)

Das Baumgartener Werk, das einzige, das einer weiteren Ausgestaltung fähig wäre, werden wir doch nicht erwerben, um dadurch den Wald- und Wiesengürtel zu verschönern und bei der dort meistens herrschenden Windrichtung die angenehmen Düfte des Gaswerkes nach Schönbrunn zu schicken. (Heiterkeit.) Das ist eine Sache — Sie verzeihen schon — die überhaupt nicht ernstlich in Erwägung gezogen werden kann.

Weiters wurde der Vorwurf erhoben, daß wir über die Erzeugungsfähigkeit des neuen Werkes nichts gesagt haben. Meine Herren! Wenn Sie das Referat genau gelesen haben, so werden Sie darin finden, daß wir das Simmeringer Gaswerk inklusive der Wassergasanstalt auf eine Produktion von täglich 850.000 Kubikmetern bringen wollen, das sind jährlich 160 Millionen Kubikmeter. Wir brauchen aber schon im Jahre 1912 172 Millionen. Es muß also ein neues Werk gebaut werden. Selbstverständlich wird dieses neue Werk anfangs nicht mit einer größeren Leistungsfähigkeit als 30 Millionen Kubikmeter pro Jahr gebaut; es muß aber das Grundstück so gewählt werden, daß man in der Lage ist, das Werk nach Maßgabe des Bedarfes sukzessive auszubauen, und zwar muß der Grund so liegen und das Werk so angelegt werden, daß es bis zu einer Leistungsfähigkeit von 100 Millionen Kubikmetern ausgebaut werden kann.

Das ist der Gedanke, der dem Referate zugrunde liegt. Auf eine weitere Zeit hinaus vorzusorgen heute im Jahre 1907 als bis 1917 oder 1920 ist wohl unnötig und wenn wir ein Referat machen und vorsorgen wollten bis zum Jahre 1930, so würden Sie uns auslachen und sagen, das wäre wahnsinnig. Es ist genug, wenn wir ein Programm auf zehn Jahre machen. Wenn Sie wollen, können wir ja nach demselben Schlüssel fortrechnen, aber das hätte doch keinen Sinn.

Ich glaube, sonst habe ich über das Referat weiter nichts zu bemerken. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Ruf: Die sind ja schon genug zugedeckt!)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent Gem.-Rat Schneider: Der Herr Verwaltungs-Direktor hat mich eigentlich der Aufgabe enthoben, auf vieles zu reagieren, aber nichtsdestoweniger muß ich mich doch mit einigen Kontrarednern beschäftigen, und zwar zunächst mit Herrn Dr. Hein.

Herr Dr. Hein hat mit Pathos gesagt: Das Gaswerk in Simmering ist ein Ruhm für die Techniker, aber nicht ein Vorteil für die Stadt Wien. Gleich aber in einem Atem stellt er den Antrag, daß jetzt Experten geholt werden sollen. Dieselben Techniker, welche damals mitgearbeitet haben, sind heute noch da und haben heute auch mitgearbeitet. Jetzt verlangt er aber für diejenigen, von denen er erklärt hat, daß die Gaswerke zu ihrem Ruhme gemacht worden sind, wieder Prüfer. Das ist doch ein Widerspruch.

Ich glaube, das ist nicht so ernst zu nehmen. Ansonsten hat es dem Herrn Doktor beliebt, Jeremiaden anzustimmen, welche früher der seither verstorbene Herr Gem.-Rat Zifferer immer vorgebracht hat. Er hat auch wegen der Öfen gesprochen, die angeblich schlecht gekauft worden sind. Das hat schon der Herr Direktor Dr. Roßner berichtigt. Die Öfen werden doch nicht gekauft, sondern gebaut, die kann man nicht so haben wie beim Hafner. (Heiterkeit.) Es hat dann Herr Gem.-Rat Dr. Reisch des weiteren erwähnt, daß seinerzeit den Liberalen die Gaswerke der Engländer als reife Frucht in den Schoß gefallen wären. Wann hat er wohl nicht gesagt, aber wahrscheinlich wäre sie uns als faule Frucht in den Schoß gefallen. (Heiterkeit.) Das aber wollten wir nicht und deshalb haben wir das neue Gaswerk gebaut.

Der Herr Gem.-Rat Dr. Reisch hat auch der Experten und des Herrn Hermann erwähnt, welcher berechnet hat, daß die Gaswerke 50 Millionen gekostet hätten. Das war aber ein Überschlag, bei dem nicht gesagt wurde, um wie viel er überschritten wird. Wie viele Überschreitungen gerade die Liberalen gemacht haben, beweist dieses Haus, in dem wir gerade sind. Das kostet um 100 Prozent mehr, als es veranschlagt war. (Zustimmung.) Und die erste Hochquellenwasserleitung kostete das Dreifache dessen, was präliminiert war. Ich möchte deshalb schon glauben, daß Sie dem Präliminare und den Voranschlägen mehr Glauben schenken können, die unsere Techniker gemacht haben und einer reiflichen Erwägung im Gas-Ausschusse und in einer separaten Expertise unterzogen wurden.

Herr Gem.-Rat Ritter v. Goldschmidt hat sich darüber beklagt, daß der Herr Bau-Direktor nicht dabei gewesen sei. Ich kann ihm zur Beruhigung sagen: Der Herr Bau-Direktor war fortwährend mit der Sache beschäftigt, er ist im vollsten Sinne des Wortes in der Sache aufgegangen und es ist ohne Wissen des Bau-Direktors nichts geschehen.

Herr Gem.-Rat Winarsky glossiert in unserem Gaswerke in Simmering das Monumentale. Es muß nicht nur ein Kunstwerk allein monumental sein, es kann auch ein Werk der Technik monumental wirken. (Ruf: Das Arbeiterheim!) Nun, vielleicht auch das Arbeiterheim.

Daß der Gaskonsum jetzt riesig gestiegen ist, wird Herr Gem.-Rat Winarsky aus der Vorlage bereits erfahren haben, in welcher um eine Million Kronen für Gasautomaten angesucht wurde, nachdem wir den an uns gestellten Ansuchen nicht mehr gerecht werden konnten. Und wenn er sich beklagt, daß die Gemeinde Wien gegen andere Städte im Rückstande ist (Gem.-Rat Winarsky: Sehr weit!) dann soll er es doch begrüßen, daß wir mit der Vergrößerung und einem neuen Werke an den Gemeinderat herantreten können, um den steigenden Konsum befriedigen zu können.

Das Gaswerk — hat er erwähnt — sei auf Kosten der Steuerzahler mit Steuerkreuzern gebaut worden. Ich erwähne, daß das Gaswerk mit einem Anlehen gebaut worden ist, sich selbst amortisiert und daher sich selbst bezahlt. Aber ich staune überhaupt, daß Herr Gem.-Rat Winarsky, der doch für die Arbeiter eintreten sollte, gegen den Bau eines neuen Gaswerkes ist, bei dem doch Hunderte von Arbeitern Beschäftigung finden sollen. Er würde es, wie es scheint, viel lieber sehen, wenn wir die 27 Millionen von irgendwelchen Fremdlingen wegtragen ließen, statt daß sie im Lande bleiben und viele Arbeiter reichliche Beschäftigung finden.

Er sagt, er könne die Verantwortung nicht übernehmen, weil es ihm nicht möglich gewesen sei, das Referat in drei Tagen durchzustudieren. Ich glaube, wenn Herr Gem.-Rat Winarsky mit seinem vielen Wissen sich drei Tage Zeit genommen hätte, bei der Gas-Kommission, beim Gaswerks-Direktor oder hier die Pläne durchzustudieren, so hätte er das gewiß bewältigen können, da er doch sonst immer alles weiß.

Ich habe sonst weiter nichts zu sagen, und bitte um die Annahme der Stadtrats-Anträge.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Herr Vize-Bürgermeister Dr. Porzer zur tatsächlichen Berichtigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich halte mich für verpflichtet, zwei Bemerkungen des Herrn Dr. Reisch im Wege einer tatsächlichen Berichtigung richtigzustellen.

Die erste Bemerkung ging dahin, daß er mir den Vorwurf der Unwahrheit machte, indem er mir nachsagte, daß ich die Sache so dargestellt hätte, als ob es sich im Jahre 1896 nur darum gehandelt hätte, ob ein neues Werk gebaut oder der Gasvertrag verlängert werden solle.

Ich stelle demgegenüber tatsächlich richtig — und das stenographische Protokoll wird dies zeigen, daß es wahr ist, was ich gesagt habe — daß es sich darum gehandelt hat, ob das neue Werk gebaut oder der Vertrag verlängert, oder das Werk der Engländer übernommen werden solle. Alle Herren Kollegen, welche im Jahre 1896 dem Gemeinderate angehörten, werden mir bestätigen, daß diese meine Behauptung der Wahrheit entspricht, denn bei uns hat es sich darum gehandelt, ein neues Werk zu bauen, bei der englischen Gasgesellschaft hat es sich darum gehandelt, daß der Vertrag verlängert werden soll und bei der liberalen Partei hat es sich darum gehandelt, daß die alten Werke übernommen werden sollen. Heute scheinen die Herren anderer Ansicht zu sein, da gerade Herr Dr. Reisch sich sehr entschieden dagegen verwahrt hat, daß das Döblinger Gaswerk noch länger fortbestehen soll. (Beifall.)

Der zweite Punkt, den ich tatsächlich berichtigen will, ist folgender:

Gem.-Rat Dr. Reisch hat uns das Projekt Hermann zum Vorwurf gemacht und alle Fehler desselben auf das Konto der jetzigen Majorität gesetzt. Demgegenüber stelle ich tatsächlich richtig, daß Hermann sein Projekt unter der Herrschaft und im Auftrage der liberalen Majorität ausgearbeitet hat, und daß wir mit diesem Projekte nur insofern zu tun gehabt haben, daß wir es übernehmen mußten, weil nicht genügend Zeit vorhanden war, um ein neues Projekt auszuarbeiten.

Das wollte ich tatsächlich berichtigen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zur tatsächlichen Berichtigung Herr Dr. Hein.

Gem.-Rat Dr. Hein: Ich berichtige gegenüber dem Vize-Bürgermeister Herrn Dr. Porzer tatsächlich, daß das Ergebnis weit hinter der seinerzeitigen Rentabilitätsberechnung zurückbleibt und noch weiter hinter jenem Erträgnisse, welches die englische Gasgesellschaft für die Übernahme des Gaswerkes in Aussicht gestellt hat.

Ich berichtige weiter gegenüber dem Herrn Vize-Bürgermeister Dr. Porzer in Bezug auf den Zustand der Rohre, daß die Sachverständigen, welche das Gaswerk geschätzt haben, wörtlich erklärt haben, daß die ganze Anlage und das Rohrnetz den weitestgehenden Anforderungen der modernen Technik entsprechen. (Widerspruch.)

Gegenüber den letzten Ausführungen des Herrn Referenten, welcher gesagt hat, daß durch die Worte des Herrn Verwaltungs-Direktors, die von mir erhobenen Bedenken widerlegt worden sind, stelle ich fest, daß gerade der Herr Verwaltungs-Direktor die wichtigste Tatsache, die ich angeführt habe, zugestanden hat und daß gerade diese Ausführungen des Herrn Verwaltungs-Direktors die Bedenken, die von mir erhoben wurden, nach jeder Richtung bestätigen. (Widerspruch.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat Herr Gem.-Rat Winarsky das Wort.

Gem.-Rat Winarsky: Es ist selbstverständlich unmöglich, im Rahmen einer tatsächlichen Berichtigung alles richtigzustellen, was an Unrichtigkeiten vorgebracht wurde. Ich berichtige nur gegenüber den Ausführungen des Herrn Referenten tatsächlich, daß ich gegen den monumentalen Charakter der Gaswerke nichts einzuwenden, sondern erklärt habe, der monumentale Charakter allein genüge nicht, um die Unzulänglichkeit für den Zweck zu entschuldigen.

Ich berichtige weiters gegenüber den Ausführungen des Herrn Referenten, der gesagt hat, es hätte ihn gewundert, daß ich als Vertreter arbeitender Klassen gegen diese Arbeiten gesprochen habe, welche mit dem Bau eines neuen Werkes verbunden seien, daß es mir nicht eingefallen ist, dagegen etwas zu sagen, daß irgend welche Arbeiten verrichtet werden. Ich habe vielmehr gesagt, daß im Interesse der ganzen Bevölkerung das Geld erspart werden soll. Der Standpunkt, den der Herr Referent mir gegenüber hier vertreten hat, würde heißen, das man für jede Sache, auch die unsinnigste eintreten müsse, damit nach dem alten Sprichworte Geld unter die Leute kommt. Für solche Unsinnigkeiten sind wir aber nicht zu haben.

Ich berichtige ferner gegenüber den Ausführungen des Herrn Referenten, der gemeint hat, daß drei Tage vollkommen genügend seien, das so umfangreiche Projekt durchzustudieren, wie das in Bezug auf den Bau der Gaswerke vorgelegte eines ist, das wir eine etwas ernstere Auffassung von der Bedeutung einer solchen Sache haben und eine genauere Kenntnis darüber verlangen. (Zwischenrufe.) Wir brauchen halt länger als Sie dazu, wir sind nicht so gescheit als die Herren, welche die Vorlage schon kennen, bevor sie sich dieselbe angeschaut haben. (Widerspruch.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Wir schreiten zur Abstimmung.

Es ist ein Antrag vom Herrn Gem.-Rat Dr. Hein eingebracht worden. Derselbe lautet (liest):

„Es wird beantragt:

1. Die Überprüfung des vorgelegten Bauprogrammes durch hervorragende Fachmänner als Experten.

2. Einsetzung eines aus Mitgliedern aller Parteien bestehenden Spezial-Ausschusses zur eingehenden Vorberatung des vorgelegten Bauprogrammes."

Ich bitte die Herren, welche für diesen Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt.

Wir schreiten nun zur Abstimmung über die Anträge, die Ihnen vom Gemeinderats-Ausschusse vorgelegt wurden.

Ich bitte die Herren, welche mit diesen Anträgen einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist der Gegenstand erledigt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Beschluß: 1. Die vom Gemeinderats-Ausschusse für die städtische Gasbeleuchtung durch die Beschlüsse vom 11. Februar und 16. Oktober 1907 genehmigte Ausgestaltung des Simmeringer Werkes und das Bauprogramm für die zukünftige Gasversorgung Wiens werden genehmigt;

2. für die Grunderwerbung zum Zwecke der Erbauung eines neuen Gaswerkes und für die im Jahre 1908 auszuführenden Arbeiten wird ein Kredit von 5,455.000 K bewilligt.

* * *

Bauprogramm.

1908.

a) Errichtung einer neuen Ofenanlage für rund 25.000 m³/24 Stunden (einschließlich Gebäude).
b) Ausgestaltung der Apparatenhäuser der Kohlengasanstalt auf rund 570.000 m³/24 Stunden.
c) Erweiterung der Wasserversorgungsanlagen.
d) Herstellung eines Beton-Hauptkanales an Stelle des alten Meichelkanales.
e) Errichtung einer maschinellen Kohlenförder-Anlage (erster Ausbau) mit eventueller Verlegung der Arbeiter-Aufenthaltsräume.
f) Beginn des Baues eines neuen Gasbehälters von 150.000 bis 200.000 m³ Inhalt.
g) Grundankauf für das neue Gaswerk.
h) Bahnanschluß für das neue Werk.

1909.

a) Errichtung einer weiteren Ofenanlage für 25.000 m³/24 Stunden (einschließlich Gebäude).
b) Ausgestaltung der Apparatenhäuser auf 650.000 m³/24 Stunden.
c) Vollendung des Baues eines neuen Gasbehälters.
d) Herstellung des Rohrstranges Simmering-Gaudenzdorf.
e) Herstellung einer Naphtalinausscheidungs-Anlage.
f) Beginn des Baues des neuen Werkes.

1910.

a) Herstellung einer weiteren Ofenanlage für 50.000 m³/24 Stunden (Gebäude bereits vorhanden).
b) Selbständigmachung der Wassergasanstalt.
c) Herstellung der Behälterstationen und der anderen Speisestränge.
d) Herstellung der Behälterschaltung.
e) Erweiterung der Dampfkesselanlage.
f) Herstellung der Kompressoranlage.
g) Weiterer Bau des neuen Werkes.

1911.

a) Herstellung einer Ofenanlage von 100.000 m³/24 Stunden-Leistung.
b) Vollendung des ersten Ausbaues des neuen Werkes.
c) Herstellung der Anschlüsse an die Rohrnetze der neuen Versorgungsgebiete.

1912.

Vollständiger Ausbau der Kohlenförderanlage.

1913.

Erweiterung der Wassergasanstalt auf 150.000 m³/24 Stunden.

1915.

Erweiterung der Wassergasanstalt auf 200.000 m³/24 Stunden.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Herr Gem.-Rat Schneider wird weiter referieren.

41. Referent Gem.-Rat Schneider: Zahl 14284, Post 30. Es wird die Systemisierung einer Monteurstelle für elektrische Anlagen beantragt.

Nachdem es sich als nötig erweist, eine vierte Monteurstelle — drei haben wir schon — zu stabilisieren, bitte ich um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer (der inzwischen den Vorsitz übernommen hat): Es ist niemand zum Worte gemeldet. Die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Zur Instandhaltung der elektrischen Anlagen der Gemeinde wird eine vierte Monteurstelle mit den durch Gemeinderats-Beschluß vom 17. März 1905, Zahl 3251, festgesetzten Bezügen systemisiert. Die jährlichen Mehrkosten sind präliminarmäßig sicherzustellen.

42. Referent Gem.-Rat Schneider: Zahl 14191, Post 31. Abänderung der Bestimmungen über die Ernennung von Bau-Praktikanten. Es hat bisher im Stadtbauamte der Usus geherrscht, wenn ein Baupraktikant aufgenommen worden ist, welcher die Fachstudien haben muß, daß er, wenn er sein Diurnistenjahr abgeleistet hat, außerdem noch ein halbes Jahr Probepraxis machen muß. Nachdem nun ein Gemeinderats-Beschluß besteht, daß die frühere Diurnistenzeit einzurechnen ist und auch in der Stadtbuchhaltung die Sache so praktiziert wird, daß ein Mann, der das Diurnistenjahr hinter sich hat, gleich als Praktikant angestellt wird, so wird dasselbe auch für das Bauamt beantragt und ich bitte um Annahme folgenden Antrages (liest):

„Von der Bestimmung des Punktes 2 a, Absatz 2 des Gemeinderats-Beschlusses vom 4. Jänner 1901, Z. 13538: „Die Anstellung als Baupraktikant kann erst nach sechsmonatlicher vollkommen befriedigender Probepraxis erfolgen", kann in jenen Fällen Umgang genommen werden, in welchen der Betreffende eine mehr als einjährige, vollkommen zufriedenstellende Dienstzeit als Aushilfstechniker aufweist. Diese Bestimmung hat auch auf die derzeit in Verwendung stehenden Bau-Aspiranten Anwendung zu finden."

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Von der Bestimmung des Punktes 2 a, Absatz 2 des Gemeinderats-Beschlusses vom 4. Jänner 1901, Zahl 13538: „Die Anstellung als Baupraktikant kann erst nach sechsmonatlicher vollkommen befriedigender Probepraxis erfolgen" kann in jenen Fällen Umgang genommen werden, in welchen der Betreffende eine mehr als einjährige, vollkommen zufriedenstellende

Dienstzeit als Aushilfstechniker aufweist. Diese Bestimmung hat auch auf die derzeit in Verwendung stehenden Bau-Aspiranten Anwendung zu finden.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Hoß.

43. Referent Gem.-Rat Hoß: Zahl 13253, Post 4, Baulinien- und Niveaubestimmung für den Teil des XXI. Bezirkes westlich der Stadlauerstraße und südlich der Aspernstraße.

Es ist ein ziemlich großes Gebiet, welches mit Baulinien versehen werden soll. Die Herren werden aus dem Plane entnommen haben, daß die zukünftigen Straßen mit einer entsprechenden Breite angenommen worden sind. Die Fabriksstraße ist 20 m breit, die Parallelstraßen sind mit 33 m Breite angenommen worden, die eine Querstraße hat 25 m. Es sind auch genügend freie Plätze vorgesehen, einzelne Gassen, zum Beispiel die Fabriksstraße, haben auch Unterbrechungen, die mit Alleen versehen werden sollen. In der Trasse der Staatseisenbahn ist ebenfalls ein freier Platz gedacht, der es seinerzeit ermöglichen soll, eine Unterfahrung der Staatseisenbahn vorzunehmen, wenn der Verkehr sich stärker entwickelt.

Im allgemeinen ersehen die Herren, daß die Durchführung sehr praktisch ist und ich ersuche um die Genehmigung der vorliegenden Anträge.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Schlinger kontra.

Gem.-Rat Schlinger: Die Verfassung eines Baulinienplanes für diese Gegend ist gewiß nötig. Gegen was ich aber bin, ist, daß einige Straßen in einem noch ganz unverbauten Bezirksteile, der als ein sogenanntes Industrieviertel vorgesehen ist, in einer Weise gemacht werden, welche den billigen Anforderungen, die man in Bezug auf Straßenbreite stellen kann, nicht entspricht.

Es sind hier einige Straßen, zum Beispiel wie Straße Nr. 4 mit 16 m Breite, die Straße Nr. 5 mit 15 m und die Straße Nr. 6 ebenfalls mit 15 m Breite angenommen. Nun bedenken Sie, wie es dort in Zukunft sein wird. Es werden dort lauter Industriebauten, Fabriken entstehen, welche ohnehin nicht zur Verschönerung dieses Bezirksteiles beitragen werden. Es dürfte daher gewiß nicht gut sein, wenn dort Straßen mit einer Breite von 15 bis 16 m hinkommen. Heute ist es noch möglich, die Straßen dort breiter anzulegen, weil der ganze Block, um welchen es sich hier handelt, so gut wie nicht verbaut ist, er ist noch leere Fläche, so daß es die Gemeinde in der Hand hat, eine Anzahl genügend breiter Straßen zu eröffnen. Wenn aber heute für den ganzen Baublock schmale Straßen bestimmt werden, so ist es in Zukunft unmöglich, hier eine Änderung zu treffen. Ich würde es mir gefallen lassen, wenn diese Bestimmungen in einem bereits mit Häusern oder Fabriken versehenen Bezirksteile vorgenommen würden, so daß man an Bestehendes anknüpfen müßte. Das würde ich verstehen; aber daß man schmale Straßen anlegt in einem Blocke, wo heute noch kein Haus steht oder höchstens eines weit entfernt von der Straße ist, das geht nicht an. Hier werden Straßen vorgeschlagen mit einer Breite von 15 oder 16 m. Das ist absolut unzulänglich, weil ich mir vorstellen kann, wie es in Zukunft dort aussehen mag, wenn rechts und links große Fabriken stehen und nur schmale Straßen von 15 oder 16 m Breite. Wenn ich außerdem den großen Wagenverkehr bedenke, der in solchen Fabriksvierteln entsteht — schon bei den Neubauten selbst — und wenn erst die Industrie dort vollständig entwickelt ist, so entspricht mir das in der Tat nicht. Ich muß offen gestehen, es wäre mir lieber, wenn Herr Bürgermeister Dr. Lueger den Vorsitz führen würde, weil ich voraussetze, daß er selbst diese Vorlage an den Stadtrat zurückleiten würde, weil ich weiß, daß auch der Herr Bürgermeister bezüglich unseres Bezirkes, wo breite Straßen angelegt werden können, weil kein Hindernis vorhanden ist, ganz auf demselben Standpunkte steht, wie ich.

Ich verweise darauf, daß hier im Plane Straßen eingezeichnet sind, zum Beispiel in Neu-Kagran — der Herr Referent kennt das Gebiet so wie ich — wo nur eine Straßenbreite von 12 m vorgesehen ist. Es sind das Gassen, die noch so gut wie unverbaut sind; es steht nur ein Haus dort oder einige kleine Hütten, die auch nicht ewig stehen bleiben werden, und diese Gassen sind ebenfalls nur mit einer Breite von 12 m angenommen In einem weiteren Teile, der heute noch eine Au darstellt, sind auch 12 m breite Straßen angenommen. Stellen Sie sich vor, in einem Gebiet, wo die Industrie hinkommt, wo Fabriken gebaut werden, Straßen von 15 und 16 m Breite und anschließend daran, dort wo die Arbeiter wohnen, 12 m breite Straßen. Dafür können wir nicht stimmen, und ich beantrage daher die Rückverweisung an den Stadtrat.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Hoß: Ich kann darauf nur antworten, daß es vom ökonomischen Standpunkte notwendig ist, daß man Straßen, welche für die Zukunft als Seitengassen in Aussicht genommen sind, wie die Straßen 5 und 6, bei denen eine bedeutende Verbreiterung auch nicht möglich ist, weil sie an der Trasse der Staatsbahn gelegen sind — die Straße 5 ist nur eine ganz kurze Verbindungsstraße — nicht so breit macht. Die Hauptsache ist, daß die Hauptverkehrsstraßen genügend breit angelegt werden. Die Nebenstraßen sind mit 12 m umsomehr genügend, als nur eine zweistöckige Verbauung vorgesehen ist.

Ich bitte also, um die Annahme des Stadtrats-Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wir schreiten zur Abstimmung. Herr Gem.-Rat Schlinger hat die Rückverweisung an den Stadtrat beantragt.

Ich bitte die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: I. Für das Gebiet von Stadlau, XXI. Bezirk, westlich der Stadlauerstraße und südlich der Aspernstraße und für die Grenzgasse werden die im Originalplane 1, Z. 901/XIII ex 1907 rot schraffierten Linien unter Festsetzung der eingeschriebenen Straßenbreiten als Baulinien genehmigt, und zwar:

1. Für die Fabriksstraße zwischen der in Aussicht genommenen Straße S und der Löwy'schen Lederfabrik.

2. Für eine neue östlich der Fabriksstraße und parallel zu ihr verlaufenden Straße 1 zwischen der in Aussicht genommenen Straße S und der Aspernstraße.

3. Für die Straße 2 zwischen dem Platze B und dem Platze A, wobei an der Ecke bei der Straße 1 eine 10 m breite Abkappung anzulegen ist.

4. Für die Straße 3 zwischen der in Aussicht genommenen Kaistraße und der Straße 1.

5. Für die Straße 4 zwischen der projektierten Kaistraße und der Straße 1.

6. Für die Straße 5 zwischen der Straße 1 und der Straße 6.

7. Für die Straße 6 zwischen der Malzfabrik und dem Platze A.

8. Für die Alleestraße zwischen der projektierten Kaistraße und dem Platze A.

9. Für die Plätze A und A', welche die seinerzeitige Unterfahrung des Staatseisenbahnkörpers im Zuge der Alleestraße und der Straße 2 ermöglichen sollen.

10. Für die westliche Seite der Stadlauerstraße, südlich des Platzes A', sowie für die Grenzgasse zwischen der Staatseisenbahn und der Schulgasse.

II. Als künftige Straßenhöhen werden die im Originalplane Z. 901/XIII ex 1907 rot eingeschriebenen Höhenzahlen bestimmt und festgesetzt, daß für die Straßenausgestaltung die im Plane 2 eingezeichneten Querprofile zu gelten haben.

III. Bezüglich der Verbauung wird im Sinne des § 71 der Wiener Bauordnung bestimmt, daß das durch die vorliegende Baulinienbestimmung betroffene Gebiet von Stadlau, westlich der Staatseisenbahn und südlich der Aspernstraße vorzugsweise für die Errichtung von Industriebauten vorbehalten ist. Soweit dieses Gebiet nicht für Industriebauten verwendet wird, wird im Sinne des § 82 B.-O. bestimmt, daß Wohngebäude in dem gesamten durch diesen Baulinienplan berührten Bezirksteile ohne Rücksicht darauf, ob sie selbständig sind oder zu Industrieanlagen gehören, außer einem Parterre oder Hochparterre höchstens noch zwei Obergeschosse erhalten dürfen.

44. Referent Gem.-Rat Hoß: Zahl 13887, Post 5, betrifft den Rechnungsabschluß der städtischen Pfandleihanstalt im XXI. Bezirke pro 1905 und 1906, sowie den Voranschlag pro 1908. Die Gemeinde Floridsdorf hat seinerzeit die Pfandleihanstalt errichtet, weil sich für die arme Bevölkerung die Notwendigkeit herausgestellt hat, wenn sie in die unglückliche Lage gekommen ist, etwas verpfänden zu müssen, nach Wien zu fahren oder sich den gewissen Privatpfandleihern auszuliefern. Wir wußten, daß wir in den ersten Jahren zum mindesten mit einem Defizite arbeiten würden und Tatsache ist, daß wir in den ersten sechs Jahren bis zur Einverleibung jährlich 5- bis 6000 K Defizit hatten. Nun ist das Defizit etwas höher geworden, und zwar im Jahre 1905 9560 K 52 h. Die Ausgaben betrugen 46.937 K 68 h, die eingenommenen Zinsen 37.377 K 16 h.

Die Begründung ist dadurch gegeben, daß im Jahre 1905 um 50.000 K weniger versetzt wurde. Das ist im allgemeinen für das Geschäft gewiß unangenehm, aber hier eigentlich erfreulich, weil es zeigt, daß sich die Verhältnisse gebessert haben, die Bevölkerung weniger versetzen mußte. (Sehr richtig!) Dadurch ist ein Zinsenentgang von 2700 K entstanden. Gleichzeitig sind aber in Folge der Einverleibung die Beamten draußen in eine höhere Quartiergeldkategorie gekommen, es wurden auch die Grundgehalte geregelt, was auch einen gewissen Betrag ausmacht. Es wurde vom Magistrate konstatiert, daß der Gehaltskonto überhaupt zu hoch ist, nachdem er mehr als 50 Prozent der gesamten Betriebsauslagen ausmacht.

Überdies ist die Steuer für dieses Unternehmen, trotzdem es von der Gemeinde als eine Wohlfahrtsanstalt errichtet wurde, ziemlich hoch bemessen und es sind vom Magistrate auch diesbezüglich Schritte unternommen worden. Um den Herren zu zeigen, daß die Anstalt trotzdem notwendig ist, will ich einige Ziffern anführen.

Eingeschätzt wurden im Jahre 1905 52.694 Effektenpfänder im Werte von 331.420 K, ferner 33.516 Pretiosen im Werte von 401.604 K, endlich 710 Wertpapiere im Werte von 38.478 K, zusammen also von 771.502 K. Der tägliche Parteienverkehr betrug durchschnittlich 593 Personen.

Ausgelöst und umgesetzt wurden in demselben Jahre:

52.308	Effektenpfänder mit . . .	316.162 K
32.257	Pretiosen mit	369.695 „
701	Wertpapiere	39.549 „
	zusammen .	725.406 K.

Es wurden vier Lizitationen abgehalten,, welche 55.007 K einbrachten. Das gesamte Kassenrevierement betrug 1,721.471 K. Das spricht dafür, daß die Anstalt trotzdem notwendig ist und daß es der Gemeinde dabei auf einige tausend Kronen nicht ankommen darf, umsomehr wenn die Herren berücksichtigen, daß die ganzen Jahr hindurch für die Beträge, welche die Gemeinde zur Verfügung stellt, immer 4·5 Prozent Zinsen berechnet und dazugeschrieben wurden. Die Forderung der Gemeinde betrug am 31. Dezember 1905 307.917 K 49 h bei einer 4·5prozentigen Verzinsung, während für das Mobilar 10 Prozent abgeschrieben wurden. So viel über den Rechnungsabschluß pro 1905.

Im Rechnungsabschlusse von 1906 waren die Einnahmen und Ausgaben ungefähr dieselben. Nun hat sich leider das Defizit etwas erhöht, es betrug um 1572 K mehr als im Jahre 1905, weil einige Investitionen gemacht wurden. Es sind nämlich unter anderem die ganzen Magazine mit elektrischem Lichte versehen worden, außerdem kamen hiezu die Mehrauslagen aus den erhöhten Aktivitätszulagen. Die Steuerleistung ist noch nicht geregelt, soll aber, wie mir der Magistrat mitgeteilt hat, für das Jahr 1907 schon etwas günstiger sein.

Ich bemerke noch, daß verschiedene Verbesserungen, die in der Anstalt notwendig waren, vorgenommen wurden. Es wurde in der letzten Zeit unter anderem auch ein Beschluß gefaßt wegen Verbesserung der Ventilation, der Beleuchtung und der Beheizung. Beim Magistrat ist ein weiterer Antrag in Ausarbeitung wegen Vergrößerung der Manipulations- und Parteienräume, welche besonders an Samstagen und am 1. und 2. des Monates, wo viele Leute auslösen kommen, sich als zu klein erwiesen haben. So viel über die zwei Rechnungsabschlüsse.

Was das Präliminare für das Jahr 1908 betrifft, so betragen die Ausgaben 46.590 und die Einnahmen 41.370 K woraus sich ein Abgang von 5220 K ergibt. Das kleinere Defizit ist darauf zurückzuführen, daß der Magistrat eine durchgreifende Regelung des Personales und der Gehalte einiger Beamten vorgenommen hat, welche zu hoch dotiert waren. Die Letzteren wurden versetzt

und durch Kanzlisten ersetzt, welche die Arbeit ganz gut leisten können, weil dafür eigentlich nicht Stellen in der VII. Rangklasse notwendig sind, wodurch zirka 3000 K erspart wurden. Die Steuerleistung ist gleichfalls günstiger und hat einen Nachlaß von 1200 bis 1500 K ergeben, so daß das Defizit im nächsten Jahre entsprechend geringer sein wird.

Ich bitte um die Annahme des Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Schlinger kontra.

Gem.-Rat Schlinger: Meine Herren! Es wird uns hier wieder in letzter Minute eine Vorlage vorgelegt, über die wir uns sofort klar werden sollen. Wenn auch der Herr Referent sich bemüht hat, uns eine Reihe von Ziffern mitzuteilen, so werden Sie doch zugeben, daß man daraus nicht klar werden konnte. Es wäre mir lieber gewesen, wenn man darauf gesehen hätte, daß den Mitgliedern des Gemeinderates eine etwas ausführlichere Vorlage unterbreitet worden wäre.

Die Herren machen das doch bei solchen Dingen ab und zu und deshalb hätten Sie auch bei einer solchen Sache, wo es sich um ein Defizit handelt und da Ihnen die Ziffern doch schon lange zu Gebote stehen, dem Gemeinderate gegenüber etwas zuvorkommender sein können, zumal bei einer Anstalt, wie es diese ist, wo es dem Herrn Referenten gewiß nicht unbekannt sein kann, daß Beschwerden verschiedenster Natur gerade in jenem Bezirke, in welchem die Pfandleihanstalt besteht, gegen diese erhoben werden von Leuten, die gezwungen sind, zu versetzen. Es ereignete sich wiederholt — zumindest ist mir das von Leuten, denen ich vertrauen kann, versichert worden — daß Leute etwas versetzt haben und dann, wenn sie innerhalb der Zeit, die bis zum Verfallstage angegeben ist, gekommen sind, um die Sachen auszulösen, einfach ihre versetzten Sachen nicht erhalten haben. Sie müssen wohl zugeben, daß die Leute, die etwas versetzen, mit Glücksgütern nicht gesegnet sind. Wenn sie ihr letztes versetzen, so wollen sie, wenn sie in der Lage sind, zum Verfallstermine die Sachen einzulösen, diese auch zurückerhalten; hier ist leider in einer Anzahl von Fällen das Gegenteil eingetreten. Die Leute wurden vertröstet, sie sollten bis nach der Lizitation warten, vielleicht finden sich dann die Sachen. Da scheint mir eben die Ordnung in dieser Pfandleihanstalt gerade nicht die beste zu sein, denn diese Fälle, die vorkommen, zeigen einen Mangel in der inneren Organisation oder sie sind der Unzulänglichkeit der Räume zuzuschreiben.

In weiterer Hinsicht hat der Herr Referent Ziffern über den Umsatz im Versatzamte angeführt. Diese Ziffern sind mir nicht mehr im Gedächtnis. Er hat aber erwähnt, daß in früheren Jahren, wo draußen die Krisis gewütet hat, mehr versetzt wurde und daß sich jetzt die Arbeitsverhältnisse in den Werkstätten gebessert haben. Das merkt man hier sofort.

Ganz richtig sind aber die Ziffern, die der Herr Referent vorgebracht hat, nicht. Es ist auch nicht richtig, den Schluß daraus zu ziehen, daß die Gegenstände, die verpfändet wurden, wirklich von Bedürftigen herrühren, von Leuten, welche aus Not verpfänden gehen.

Ich weiß und es dürfte auch dem Herrn Referenten nicht unbekannt sein, weil es ein öffentliches Geheimnis in Floridsdorf ist, daß im dortigen Versatzamte Händler von Uhren angefangen bis zu den Hosen herunter Waren in Partien versetzen. Es muß das in einem gewissen Einvernehmen geschehen, denn die Waren werden ziemlich hoch belehnt, nicht ausgelöst und kommen dann zur Lizitation.

Ich kann nur annehmen, daß da ein gewisses Einverständnis mit dem Schätzmeister herrscht oder daß die Leute ihre Sachen wieder zurücknehmen, wenn sie bei der Lizitation nicht verkauft werden. Die Leute, die bei Lizitationen solche Sachen kaufen, sind schon häufig zu Schaden gekommen; denn es sind dort Lizitationshyänen, die schon wissen, was die Sachen wert sind und was sie eventuell kaufen sollen. Die Händler oder Eigentümer oder Agenten von diesen Uhren- und Hosengeschäften lizitieren die Sachen hoch hinauf.

Wenn nun jemand, der keine Lizitationshyäne ist, sieht, daß der Ausrufspreis so hinaufgetrieben wird, so denkt er sich, daß die Sachen nicht schlecht sein können, und er ersteht sie. Ersteht er sie, dann liegt er d'rinn', werden aber die Sachen nicht verkauft, so wandern sie wahrscheinlich wieder zum Händler zurück, werden dann neu versetzt und das Spiel beginnt von neuem.

Es ist mir von früher her bekannt, daß man uns die Motivierung vorbrachte, diese Zustände tragen zur Prosperität der Anstalt bei, man müsse sie beibehalten. Ich bin schon neugierig, ob heute auch noch, sagen wir, diese wohlwollende Haltung der maßgebenden Organe gegenüber jenen Leuten, welche versetzen kommen, besteht. Ich glaube, es kann nicht im Interesse der Bevölkerung liegen, wenn schon das sogenannte — ich will das unterstrichen wissen — Wohlfahrtsinstitut für die arme Bevölkerung besteht, daß sich andere Leute dabei bereichern, d. h. Geschäfte machen, indem sie den Posel, den sie nirgends anbringen, zu uns hinaustragen und dadurch in der Lage sind, ihn der Bevölkerung, die in der Pfandleihanstalt billig kaufen will, bei der Lizitation anzuhängen. Wenn Sie einmal nach dieser Richtung etwas Antisemiten wären — ich gestehe es offen — wir Sozialdemokraten hätten dagegen nichts einzuwenden. Aber hier sind Sie gerade diesen Leuten gegenüber alles eher als Antisemiten.

Ich würde Ihnen also empfehlen, daß Sie in solchen Fällen, wo die Gemeinde Wien davon nichts hat oder gewiß nicht so viel, daß es der Mühe wert wäre, den Verkehr mit solchen Leuten, welche die Pfandleihanstalt und die Bevölkerung schädigen, abbrechen, damit sie ihr bisheriges Treiben in Zukunft nicht fortsetzen können. (Unruhe und Widerspruch.)

Wenn Ihnen das nicht paßt, so bitte ich eben, eine andere Vorlage zu bringen. Ich rede nicht zu meinem Vergnügen; es fällt mir nicht ein, zu meinem Vergnügen das Wort zu ergreifen, aber wenn Gründe hiezu vorhanden sind, so sehe ich mich verpflichtet, meiner Meinung Ausdruck zu geben. Ich bin eigentlich mit dem, was ich sagen wollte, schon fertig.

Ich erwarte, daß auf diese meine letzten Äußerungen der Herr Referent Aufschluß gibt, ob sich die Dinge dort schon gebessert haben. Soweit die Leute mich informiert haben, soll das leider noch nicht der Fall sein.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Herr Gem.-Rat Dr. Reisch hat das Wort, und zwar kontra.

Gem.-Rat Dr. Reisch: Ich muß dasjenige, was der Herr Vorredner eingangs seiner Ausführungen gesagt hat, noch etwas schärfer pointieren. Ich halte es nämlich geradezu für unmöglich, daß über dieses Referat von fünf Zeilen hier abgestimmt wird, weil keiner der Herren, welcher die Tages-

ordnung bekommen hat, in der Lage war, über das, worüber abgestimmt werden soll, sich ein Bild zu machen und darüber klar zu werden, ob er dem Antrage zustimmen soll. Der Herr Referent hat uns allerdings jetzt eine Reihe von Ziffern vorgeführt, so daß wir uns einen Begriff davon machen können, was diese Pfandleihanstalt bedeutet, was für einen Umsatz sie hat, was für Auslagen u. s. w. aber diese Ziffern konnten wir uns nicht merken und es ist ja bei jeder solchen städtischen Anstalt gebräuchlich, daß man einen Bericht darüber bekommt, was im Jahre 1906, was im Jahre 1907 war und wie das Präliminare pro 1908 aussieht. Diese Ziffern können wir nicht vom Referententisch bekommen; wir müssen sie dem Antrag beigeschlossen haben. Ich bestehe daher auf dem, was immer bei jeder städtischen Anstalt üblich war, und beantrage, daß das Referat zurückgestellt und uns eine neue Vorlage gebracht werde, die uns aber nicht mündlich vorzutragen, sondern schriftlich mit der Tagesordnung zuzusenden ist.

Ich will insbesondere die Vertagung der Angelegenheit. Es ist ganz gleichgültig, ob wir heute das Defizit vom Jahre 1905 oder 1906 genehmigen oder nicht oder ob dies erst in der nächsten Sitzung geschieht. Dem Referate wird ja durch die Vertagung auf 14 Tage oder 4 Wochen kein Schaden zugefügt.

Ich möchte mit dieser Vertagung herbeiführen, daß uns ein Bild über die Fortexistenz dieser Anstalt gemacht werde. Ich verweise darauf, daß ja unter Ihrer Majorität, unter dem jetzigen Regime im Jahre 1902 die städtische Pfandleihanstalt im XIV. Bezirke nach Verhandlungen, die mit der Statthalterei gepflogen wurden, dem Versatzamtsfonds übertragen wurde und daß uns der Versatzamtsfonds unsere Investitionen, welche wir in der städtischen Pfandleihanstalt im XIV. Bezirke gemacht haben, jetzt durch zehn Jahre zurückzahlt. Ich anerkenne ja vollständig, daß eine Pfandleihanstalt für die arme Bevölkerung eine Notwendigkeit ist und es liegt mir nichts daran, wenn ein etwaiges Defizit von der Kommune getragen wird, welches ja dadurch hervorgerufen wird, daß man der ärmsten Bevölkerung durch das Halten der Pfandleihanstalt entgegenkommt. Ich möchte aber, daß bei dieser vertagten Verhandlung uns der Herr Referent den Unterschied begründet, warum es für opportun gefunden wurde, die städtische Pfandleihanstalt im XIV. Bezirke an den k. k. Versatzamtsfonds zu übertragen und warum die Anstalt im XXI. Bezirke aufrecht erhalten wird. Für uns ist es ja kein Vergnügen, sie aufrecht zu erhalten, wenn dies mit einem Defizit verbunden ist. Ich stelle also den Antrag, daß mit Rücksicht darauf, daß wir keinen Einblick in die Gebarung haben und daß wir einen Anspruch darauf haben, daß uns der Rechnungsabschluß und das Präliminare detailliert vorgelegt werden, heute dieses Referat von der Tagesordnung abgesetzt werde und daß uns in der nächsten darüber stattfindenden Verhandlung klar gemacht werde, warum nicht auch bezüglich dieser Anstalt Verhandlungen wegen Übertragung ans Dorotheum eingeleitet werden und worin die Differenz zwischen der abgelösten Pfandleihanstalt im XIV. Bezirke und jener im XXI. Bezirke besteht. Ich glaube, daß dieser Vertagungs-Antrag vollkommen begründet ist und daß aller Grund vorhanden wäre, ihn anzunehmen. Ich empfehle die Absetzung dieses Referates von der heutigen Tagesordnung und bitte, der Vertagung zuzustimmen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich bringe den Vertagungs-Antrag des Gem.-Rates Dr. Reisch zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche für die Vertagung sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt.

Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung hat Herr Gem.-Rat Stehlik das Wort.

Gem.-Rat Stehlik: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Es ist Schluß der Debatte beantragt worden.

Ich bitte die Herren, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Schluß der Debatte ist angenommen.

Zum Worte ist Herr Gem.-Rat Reumann, und zwar kontra gemeldet.

Gem.-Rat Reumann: Ich will nur eine Anfrage an den Herrn Referenten stellen. Es ergibt sich aus diesen paar Zeilen, daß sich im Jahre 1905 ein Abgang von 9560 K, im Jahre 1906 ein solcher von 11.132 K ergab. Für den Voranschlag wurde bloß ein Abgang von 5200 K präliminiert. Welche Ursachen liegen dieser gegen die Vorjahre niedrigeren Präliminierung zugrunde?

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich glaube, daß das von dem Herrn Referenten bereits aufgeklärt worden ist.

Referent Gem.-Rat Hoß: Ich will ja zugeben, daß es wünschenswert wäre, daß darüber ein ausführlicheres Bild gegeben werde. Für heute lohnt es sich aber nicht, weil ich das den Herren mündlich gesagt habe. Ich stehe aber nicht an, zu erklären, daß das in Zukunft bei den weiteren Rechnungsabschlüssen geschehen soll. Ich bin auch überzeugt, daß der Herr Vize-Bürgermeister das Entsprechende verfügen wird. Herr Gem.-Rat Schlinger hat ausgeführt, daß Mißstände bestehen, die auch mir bekannt sein müßten. Ich erwidere ihm nun, daß derjenige, der daran schuld ist, vor mehreren Monaten von der Gemeinde entlassen worden ist, weil wir darauf gekommen sind, daß er Geschäfte machte, die nicht in den Intentionen gelegen sind, mit welchen wir diese Anstalt betreiben müssen.

Natürlich, wenn aber der Herr Gem.-Rat Schlinger sagen würde, daß das schon in Ordnung ist, so wäre es mit seiner Rede Schluß und er hätte keinen Effekt dabei. Darum muß er sich herausnehmen, was ihm paßt, und das, was seine Rede zunichte macht, weglassen.

Was den Herrn Gem.-Rat Reumann anbelangt, so hat er gefragt, warum der Voranschlag mit einem Abgange von nur 5200 K abschließt. Der Grund ist der, daß vom Magistrate einige Beamten der VII. Rangklasse versetzt wurden, welche dieselben Dienste geleistet haben, die von einem jeden Diurnisten geleistet werden können. Dadurch ist eine Herabsetzung der Gehalte möglich gewesen von über 3000 K und es ist auch außerdem dem Magistrate möglich geworden, durch Verhandlungen, welche er innerhalb eines Jahres geführt hat, eine Steuerherabsetzung vom Staate zu erreichen, so daß sich dadurch das ungünstige Ergebnis gebessert hat und das Jahr 1906 nur mit einem Abgang von 5200 K abgeschlossen hat.

Was die Ausführungen des Herrn Gem.-Rates Dr. Reisch betrifft, daß Verhandlungen mit der Statthalterei geführt werden sollen, so leugne ich nicht, daß das wünschenswert erscheint, und kann erklären, daß wir, wenn die richtige Zeit heranrückt, mit der Statthalterei verhandeln werden. Nur hängt das nicht direkt mit dem Voranschlage und dem Rechnungsabschlusse zusammen und es ist dies daher nicht im Referate, wohl aber im Motivenberichte zum Ausdruck gebracht worden.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Herr Gem.-Rat Schlinger zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rat Schlinger: Es ist nicht richtig, daß die Person, die daran schuld ist, schon seit vielen Monaten entfernt ist. Richtig ist, daß sie erst seit zwei Monaten entfernt ist und daß ich auf Grund der Kenntnis der Dinge da draußen gewiß nicht zu der Meinung kam, daß jetzt alles erledigt ist, weil es dem Herrn Referenten bekannt sein muß, daß auch die Vorgänger es ähnlich gemacht haben, daß diese Skandalgeschichte nicht erst seit einigen Monaten oder seit einem Jahre, sondern seit Jahren besteht und immer der jeweilige Nachfolger dasselbe gemacht hat, wie sein Vorgänger. Es ist schade, daß die Debatte schon geschlossen ist, sonst könnte der Herr Referent so liebenswürdig sein, uns zu sagen, was diese Herren, die gegangen wurden, der Gemeinde alles schuldig sind.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich erlaube mir mitzuteilen, daß das Präsidium verfügen wird, daß beim nächsten Rechnungs-Abschlusse ein vollständig ausgearbeiteter Rechnungs-Abschluß dem Gemeinderate mitgeteilt werden wird. Für heute ist es nicht notwendig, da der Herr Referent die Sache ausführlich begründet hat.

Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung.

Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Die beiden Rechnungsabschlüsse der städtischen Pfandleihanstalt im XXI. Bezirke pro 1905 und 1906 mit dem von der Stadtbuchhaltung festgestellten Ergebnisse (pro 1905: Abgang von 9560 K 52 h, pro 1906: Abgang von 11.132 K 76 h) und der Voranschlag pro 1908 (Abgang von 5220 K) werden genehmigt.

45. Referent Gem.-Rat Hoß: Zahl 14298, Post 29 betrifft die Systemisierung einer Beleuchtungsdienerstelle für den Beleuchtungsdienst am Zentral-Viehmarkte St. Marx.

Es sollen die Marktgebühren dazu verwendet werden, daß eine Beleuchtungsdienerstelle systemisiert wird. Der Beleuchtungsdiener soll eine in die Pension einrechenbare Zulage von 2 K pro Tag und außerdem für die Besorgung des Nachtdienstes eine in die Pension nicht einrechenbare Zulage von monatlich 15 K erhalten.

Die Anträge sind in Ihren Händen, ich ersuche um die Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: 1. Für den Beleuchtungsdienst am Zentral-Viehmarkte wird eine Beleuchtungsdienerstelle systemisiert, auf welche die mit den Gemeinderats-Beschlüssen vom 16. April 1907, Pr.-Z. 3196, und vom 3. Mai 1907, Pr.-Z. 5659, für die Marktdiener erlassenen Bestimmungen sinngemäße Anwendung zu finden haben.

2. Dieser Beleuchtungsdiener, welcher unmittelbar dem Gebäude-Inspektorate in St. Marx untersteht und für den eine eigene Instruktion erlassen wird, erhält eine in die Pension anrechenbare Zulage von täglich 2 K.

Dieser Beleuchtungsdiener hat keinen Anspruch auf Kost- oder Zehrgelder, bezieht dafür aber für die Besorgung des Nachtdienstes eine Dienstes-zulage von monatlich 15 K, welche in die Pension nicht eingerechnet, mit dem Taglohne, beziehungsweise Gehalte ausbezahlt und für die Dauer einer 14 Tage überschreitenden Abwesenheit vom Dienste — den normalen Urlaub ausgenommen — eingestellt wird.

3. Diese Zulagen sind dem provisorisch für diesen Dienst verwendeten provisorischen Marktdiener für die Zeit seiner Verwendung nachzuzahlen.

4. Für den im Jahre 1907 erforderlichen Aufwand von rund 415 K wird zur Ausgabs-Rubrik XXVIII 2 a ein Zuschußkredit in dieser Höhe bewilligt.

46. Referent Gem.-Rat Hoß: Zahl 14456, Post 34 betrifft die Festsetzung der Translatorengebühren ab 1. Jänner 1908. Die Gebühren wurden im Jahre 1902 geregelt und für drei Jahre bestimmt; es wurden aber seit 1905 bis 1908 ohne eine Änderung die Gebühren weiter bezahlt. Nun beantragt der Magistrat, nachdem die Gebühren entsprechend sind, daß dieselben nicht jedes Jahr, sondern bis auf Widerruf bewilligt werden.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Die mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 31. Jänner 1902, Z. 705, getroffenen Bestimmungen bezüglich der Obliegenheiten der Translatoren, sowie der Vergütung für die Übersetzung fremdsprachiger Aktenstücke haben bis auf Widerruf oder Abänderung in Geltung zu bleiben.

47. Referent Gem.-Rat Hoß: Zahl 13368, Post 35. Im Hilfsstatus für den Bauaufsichtsdienst soll eine Bauaufsichts-Offizialstelle extra statum systemisiert werden, welche seinerzeit bei Einreihung des auf diese Stelle Ernannten in den Status wieder aufgelassen werden wird. Es betrifft diese Angelegenheit den Assistenten Streicher, der einen Diensttausch eingegangen ist. Er war vom Jahre 1892 bis 1895 beim Wienflußaufsichtsdienst und ist zum Bauaufsichtsdienst übergetreten. Diese Dienstzeit ist nach den Bestimmungen über das Zeitavancement nicht einrechenbar. Damit er nun nicht zu Schaden kommt, ist er bittlich geworden, man möge ihn zum Offizial ernennen.

Auch das ist nicht möglich. Da er aber ein außerordentlich tüchtiger Beamter ist, soll für ihn mit Rücksicht darauf eine extra statum-Stelle kreiert werden, welche dann später wieder eingezogen werden kann, wenn die Möglichkeit gegeben ist, ihn einzureihen. Ich möchte die Herren ersuchen, diesem Antrage zuzustimmen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates ein-

verstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Im Hilfsstatus für den Bauaufsichtsdienst wird eine Bauaufsichts-Offizialsstelle extra statum systemisiert, welche seinerzeit bei Einreihung des auf diese Stelle Ernannten in den Status wieder aufgelassen wird.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Herr Gem.-Rat Hoß wird auch für die Herren Gem.-Räte Sebastian Grünbeck und Rissaweg referieren.

48. Referent Gem.-Rat Hoß: Zahl 13152, Post 2, betreffend die Baulinienbestimmung für die Alsgasse im XVII. Bezirke. Da soll die westliche Seite der Gasse nach der im Referate ersichtlichen Linie a b verlegt werden. Die Straße soll eine Breite von 16 m erhalten und es sollen Vorgärten in einer Breite von mindestens 5 m geschaffen werden. Die Häuser dürfen nur Parterre und 2 Stockwerke Höhe haben und außerdem sind die Gärten mit entsprechenden Gittern, wie sie vorgeschrieben sind, zu versehen.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: 1. Für die westliche Seite der Alsgasse im XVII. Bezirke wird unter Zugrundelegung einer Straßenbreite von 16 m die im Originalplane A, Z. 1395/XIII ex 1907, rot schraffierte und mit den Buchstaben a b bezeichnete Linie als Baulinie festgesetzt.

2. Hinter dieser Baulinie sind mindestens 5 m tiefe Vorgärten anzulegen und als solche dauernd zu erhalten.

3. Als zukünftige Höhenlage der Gasse werden die im Originalplane A, Z. 1395/XIII ex 1907, rot eingeschriebenen Maßzahlen festgesetzt.

4. Die Verbauung an der westlichen Seite der Alsgasse hat im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 24. März 1893, Z. 3294, mit freistehenden oder zu zweien gekuppelten Wohnhäusern zu erfolgen, die außer einem bewohnbaren Erdgeschosse (Parterre oder Tiefparterre) nicht mehr als zwei weitere Stockwerke erhalten dürfen, wobei ein allfälliges Mezzanin als Stockwerk zu rechnen ist, einzelne über das zweite Stockwerk hinausragende Gebäudeteile, wie Giebel, Türme u. dgl. jedoch zulässig sind.

Die Bemessung der gegen die Nachbargrenzen zu belassenden Zwischenräume hat auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 11. Juni 1901, Z. 10604/99, zu erfolgen.

Die mit Gemeinderats-Beschluß vom 30. Juli 1905, Z. 7494, für die östliche Seite der Alsgasse festgesetzte Verbauungsweise bleibt ungeändert aufrecht.

5. Der Abschluß der Vorgärten gegen die Straße zu und untereinander hat mit eisernen, die Durchsicht freilassenden Gittern auf gemauerten, höchstens 50 cm hohen Sockeln zu erfolgen.

49. Referent Gem.-Rat Hoß: Zahl 14045, Post 20, betreffend die Unfallfürsorge für die Bediensteten des Brauhauses der Stadt Wien in den auswärtigen Depots. Ich habe schon am 4. September 1907 über diese Sache referiert. Die Unfallfürsorge wurde nach dem Unfall-Versicherungsgesetze vom Jahre 1887 für das Brauhaus und für alle Depots in Wien eingeführt. Nur die auswärtigen Depots sind nicht einbezogen. Nun soll die Unfallfürsorge auch auf die auswärtigen Depots ausgedehnt werden.

Ich bitte um die Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Der Gemeinderats-Beschluß vom 4. September 1906, Z. 10648, wird bezüglich der Übernahme der Unfallfürsorge auf die auswärtigen Depots des Brauhauses der Stadt Wien ausgedehnt.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich bitte Herrn Gem.-Rat Braun zum Referate.

50. Referent Gem.-Rat Braun: Zahl 14064, Post 18. Abänderung der Bestimmungen, betreffend die Übernahme von Kapitalien behufs Sicherstellung der Graberhaltung samt Monument.

Es wurde seinerzeit im Gemeinderate bestimmt, daß die Kapitalien sowohl bei der Leichenbestattung als auch bei der Zentral-Sparkassa erlegt werden können. Nun empfiehlt Ihnen der Stadtrat, daß jede Einlage separat eingelegt wird, und zwar aus Gründen der Verrechnung.

Es wird beantragt:

Die seitens der städtischen Leichenbestattung übernommenen Kapitalien werden bei der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien auf lange Frist und unter besondere auf die Firma lautende Einlagen erlegt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich bitte die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Der § 3 der mit Gemeinderats-Beschluß vom 25. Juni 1907, Z. 8647, genehmigten Bestimmungen, betreffend Übernahme von Kapitalien behufs Sicherstellung der Graberhaltung samt Monument durch die städtische Leichenbestattung, hat nunmehr folgendermaßen zu lauten:

„Die seitens der städtischen Leichenbestattung übernommenen Kapitalien werden bei der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien auf lange Frist und unter besondere auf die Firma lautende Einlagen erlegt."

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich bitte Herrn Gem.-Rat Hörmann, sein Referat zu erstatten.

51. Referent Gem.-Rat Hörmann: Zahl 13254, Post 3, betrifft die Baulinien- und Verbauungsbestimmungen für den Rudolf von Alt-Platz im III. Bezirke über das Ansuchen der Firma Clayton & Shuttleworth.

Wenn Sie den Plan zur Hand nehmen, so sehen Sie, daß die Abkappung gegen den Platz zu einen schiefen Winkel gebildet hat. Die Verbauung ist daher eine sehr schlechte und es wird deshalb der Antrag gestellt, die Verbauung rechtwinkelig zu gestalten.

Die Firma hat uns für die Herstellung des Platzes 60.000 K übergeben. Ich beantrage demnach, daß die Baulinie, sowie sie vorliegt, genehmigt wird.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Herr Gem.-Rat Winarsky kontra.

Gem.-Rat Winarsky: Es wird der Vorschlag gemacht, daß der Punkt 4 des Gemeinderats-Beschlusses vom 11. Mai 1906 durch folgenden Zusatz ergänzt wird (liest):

„Die Inanspruchnahme der Höfe für allfällige Stiegen und Abortausbauten deren Tiefe das Maß von 3 m nicht überschreitet, ist zulässig."

Ich möchte nun bemerken, daß es im Punkte 4 des Beschlusses der Gemeinderats-Sitzung vom 11. Mai 1906 (Amtsblatt Nr. 39, Seite 982 ex 1906) heißt (liest):

„Bei der Verbauung der einzelnen durch die Abteilung der Liegenschaften Einl.-Z. 1888 und 1045 Grundbuch Landstraße entstehenden Baustellen hat die Anordnung der Höfe in der im Originalplane 2 ersichtlichen Art zu erfolgen. Die in diesem Plane eingetragenen Maßzahlen der Hofbreiten und Längen haben als Mindestmaß zu gelten und dürfen daher wohl überschritten, aber nicht herabgemindert werden. Hiedurch wird jedoch etwaigen in der Bauordnung begründeten weitergehenden Anforderungen der Baubehörde gelegentlich der Bauverhandlungen für die Baustellen nicht vorgegriffen."

Es heißt hier, die im Plane angegebenen Maßzahlen haben als Mindestmaß zu gelten und dürfen nicht überschritten werden. Durch den Vorschlag des Referenten wird nichts anderes bezweckt, als die Herabminderung der Breite respektive der Länge bis zum Ausmaße von 3 m in den betreffenden Höfen.

Ich glaube, daß das doch nicht zulässig ist, umsoweniger, wenn eventuell kleinere Höfe in Betracht kommen, was ich allerdings nicht beurteilen kann, nachdem ein Plan hierüber nicht vorliegt. Es kann sich ja bei kleineren Höfen schon um eine ganz erhebliche Verschlechterung der Licht- und Luftzufuhr handeln, und deshalb beantrage ich, daß Punkt 3 der Stadtrats-Anträge ausgeschaltet, respektive über denselben separat abgestimmt wird. Wir können doch nicht dafür sein, daß gerade in einem Zeitpunkte, wo eine neue Bauordnung kommt, eine Verschlechterung früherer Gemeinderats-Beschlüsse erfolgt.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent Gem.-Rat Hörmann: Es ist richtig, daß der Gemeinderats-Beschluß vom 11. Mai 1906 so gelautet hat. Sie dürfen aber nicht vergessen, daß wir von den früheren 13 Baustellen auf 11 heruntergegangen sind. Es sind also 2 Baustellen verschwunden und der Platz wurde um dieses Ausmaß größer, daher die Vorbauten nunmehr zulässig sind. Früher waren die Baustellen klein, weshalb keine Vorbauten bewilligt werden konnten. Ich beantrage daher die Bewilligung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich werde über den Antrag des Herrn Gem.-Rates Winarsky bezüglich Punkt 3 abgesondert abstimmen lassen und bitte jene Herren, welche mit den Punkten 1 und 2 der Stadtrats-Anträge einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun bitte ich jene Herren, welche mit Punkt 3 der Stadtrats-Anträge einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist gleichfalls angenommen.

Beschluß: I. Die Baulinien für den Rudolf v. Alt-Platz werden nach den im Originalplane Z. 1549/XIII ex 1907 mit a b c d e f g h (rot) bezeichneten Linien abgeändert.

II. Die infolge dieser Baulinienänderung erforderlich werdende Abtretung von Grundteilen in das öffentliche Gut und Einbeziehung von Teilen des öffentlichen Gutes in die Verbauung findet statt, ohne daß von einer Seite eine Aufzahlung zu erfolgen hätte.

Die Übertragung von Grundteilen in das öffentliche Gut ist lastenfrei zu bewerkstelligen.

Die Gemeinde genehmigt zu diesem Zwecke die Ausfertigung der erforderlichen Freilassungs-Erklärung bezüglich der zu ihren Gunsten haftenden Reallasten auf Kosten der Firma Clayton & Shuttleworth.

Durch die Einbeziehung von Teilen des öffentlichen Gutes in die Verbauung erwächst der genannten Firma kein Anspruch auf die Rückgabe eines Teiles der von ihr zu den Herstellungskosten der Straßen- und Platzanlangen geleisteten Beitrages von 60.000 K.

Alle Kosten der Errichtung und Durchführung des Rechtsgeschäftes bezüglich der neuen Grundabtretung und Einbeziehung, sowie die Übertragungsgebühren hat die Firma Clayton & Shuttleworth zu tragen.

III. Punkt 4 des Gemeinderats-Beschlusses vom 11. Mai 1906, Z. 5199, wird durch folgenden Zusatz ergänzt:

„Die Inanspruchnahme der Höfe für allfällige Stiegen und Abortausbauten, deren Tiefe das Maß von 3 m nicht überschreitet, ist zulässig."

52. Referent Gem.-Rat Hörmann: Zahl 14121, Post 19 betrifft die Bewilligung eines Zuschußkredites von 50.000 K zur Ausgabs-Rubrik XXVII 1 a zur Bedeckung der im Jahre 1907 noch zu gewärtigenden Auslagen für die kurrente Erhaltung der Kanäle.

Wie Sie wissen, meine Herren, sind in den neuen Vororten die Kanäle sehr schlecht und da die Tramwaywagen und die sonstigen Fuhrwerke oft sehr schwer sind, so sind sie jetzt in einem nicht mehr zureichenden Bauzustande. Der seinerzeit ins Budget eingesetzte Betrag ist daher nicht mehr ausreichend, weshalb ein Zuschußkredit von 50.000 K notwendig erscheint.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 50.000 K zur Ausgabs-Rubrik XXVII 1 a zur Bedeckung der im Jahre 1907 noch zu gewärtigenden Auslagen für die kurrente Erhaltung der Kanäle.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Hölzl.

53. Referent Gem.-Rat Hölzl: Zahl 13596, Post 10, betrifft die Projektskizze für den Bau eines Kindergartengebäudes XIX., Hammerschmidtgasse 22 mit dem Erfordernis von 150.000 K.

Für diesen Aufwand besteht bereits ein Fonds von 87.709 K, welcher Betrag für den Bau herangezogen wird. Das Gebäude soll im November 1908 der Benützung übergeben werden.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Dr. Reisch.

Gem.-Rat Dr. Reisch: Ich will mir nur eine Ergänzung des Referates erlauben. Es wurde nämlich von dem Herrn Referenten nur gesagt, daß ein Fonds herangezogen wird. Es ist ja gewiß nur freudig zu begrüßen, wenn ein neuer Kindergarten, beziehungsweise ein entsprechendes Gebäude errichtet wird, von welch letzterem allerdings nur gesprochen wird, denn es wurde uns kein Projekt und auch keine Skizze vorgelegt. Die Vorlage einer Skizze dürfte ja übrigens später jedenfalls noch erfolgen. Ich wollte also in Ergänzung des Referates nur bemerken, daß nicht schlechtweg gesagt werden soll, es sei ein Fonds da, sondern daß auch hervorgehoben werden möge, wer die Spender dieses Fonds waren. Es waren dies die edelgesinnten Nußdorfer Männer und Frauen, die in alter Zeit diesen Fonds zusammengelegt haben, welchen jetzt die Gemeinde unter Hinzufügung des Restbetrages verwendet. Ich glaube, die Pietät und die Dankbarkeit erfordern es, daß dies im Referate erwähnt werde.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Der Herr Referent hat nichts mehr zu bemerken, wir schreiten zur Abstimmung.

Ich bitte die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: 1. Die Errichtung eines Kindergartengebäudes, sowie die Herstellung des dazu gehörigen Spielplatzes und der Gartenanlage auf der der Gemeinde Wien gehörigen Liegenschaft Einl.-Z. 2 Grundbuch Nußdorf, Kat.-Parz. 224, Or.-Nr. 22 Hammerschmidtgasse, mit einem Kostenerfordernisse von ungefähr 150.000 K für Bau und innere Einrichtung wird auf Grund der vorgelegten Projektskizze genehmigt.

2. Die Bauführung hat so eingerichtet zu werden, daß das Gebäude samt Zugehör in der ersten Hälfte September 1908 der Benützung übergeben werden kann.

3. Der Fonds für die Errichtung einer Kinderbewahranstalt, beziehungsweise eines Kindergartens in Nußdorf in der derzeitigen Höhe von 87.709 K 23 h wird inkameriert.

4. Die Baukosten sind zunächst aus diesen inkamerierten Geldern, soweit dieselben nicht schon zur Deckung der Grunderwerbungskosten bestimmt sind, zu decken. Für die restlichen Baukosten ist im Voranschlage für das Jahr 1908 vorzusorgen.

5. Für die Hammerschmidtgasse im XIX. Bezirke werden längs der südlichen Baulinie zwischen Steinbüchelweg und Schätzgasse im Sinne des vorgelegten Planes zur St.-B.-Z. 1593/XIII ex 1907 5 m tiefe Vorgärten vorgeschrieben. Bezüglich der Verbauung der Liegenschaft Or.-Nr. 20 Hammerschmidtgasse wird festgesetzt, daß ein eventueller Neubau daselbst derart an den projektierten Kindergartenbau anzukuppeln ist, daß keine Feuermauer sichtbar wird.

6. Das Setzen der Bäume in der Gartenanlage des Kindergartens hat womöglich noch in diesem Jahre vorgenommen zu werden.

7. Der Magistrat wird beauftragt, das Detailprojekt ehestens vorzulegen.

54. Referent Gem.-Rat Hölzl: Zahl 13934, Post 11, Verpachtung von Gemeindegründen in der Silbergasse, beziehungsweise Pfarrwiesengasse und Hohenauergasse im XIX. Bezirke. Nach dem Gemeinderats-Beschlusse vom 9. November 1906, Z. 12684, wurden diese Gründe angekauft.

Nun wurde mit den Pächtern, nachdem die Gründe nach der Parzellierung nicht gleich der Regulierung zugeführt worden sind, und um den Interessenten entgegenzukommen, ein neuerlicher Vertrag bis zum Jänner 1908 abgeschlossen, damit die bestehenden Gründe nicht gleich geräumt werden müssen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist gemeldet Herr Gem.-Rat Angeli.

Gem.-Rat Angeli: Es handelt sich hier um zwei Gärtner, die auf den Gründen des Klosterneuburger Stiftes die Gärtnerei betrieben haben. Die Leute sind durch die Regulierung schwer geschädigt worden, das läßt sich ja nicht verhindern, weil auf diesen Gründen ein Garten angelegt werden soll. Man hat die Leute an das Stift Klosterneuburg verwiesen, weil die Gemeinde nicht verpflichtet ist, für sie etwas zu tun.

Das weiß ich auch, aber speziell der Gärtner Pürcher ist ein alter, kranker Mann, der nicht mehr die Energie hat, etwas anderes anzufangen. Er ist deshalb sehr zu bedauern und ich möchte mir bei dieser Gelegenheit den Antrag zu stellen erlauben, daß ihm der Gemeinderat eine kleine Entschädigung geben soll. Er hat schon darum petitioniert, ist aber abgewiesen worden. Ich glaube aber, wir sollten doch dem Gefühle der Menschlichkeit Rechnung tragen, wenn es sich darum handelt, diesem armen Manne, der sich sein ganzes Leben lang geplagt hat und nun durch die Verhältnisse an den Bettelstab gebracht wurde, aufzuhelfen.

Ich beantrage, ihm 500 K zu geben. Das ist ein kleiner Betrag und steht nicht im Verhältnisse zu dem Schaden, den der Mann erleidet, aber ich bitte Sie im Interesse des armen Mannes, diesem Antrage zuzustimmen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich kann diesen Antrag bei dem hier vorliegenden Antrage nicht zur Abstimmung bringen, weil es sich hier bloß um die Umgangnahme von der Kündigung des Vertrages handelt. Bringen Sie, Herr Gemeinderat, den Antrag abgesondert ein. Im übrigen lauft ein Referat in dieser Richtung und es wird die Sache zur Verhandlung kommen, aber jetzt kann ich den Antrag nicht zur Abstimmung bringen. (Gem.-Rat Skaret: Stellen Sie die Unterstützungsfrage!) Das kann geschehen. — Ich ersuche die Herren, welche den Antrag des Herrn Gem.-Rates Angeli unterstützen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist hinreichend unterstützt und geht an den Stadtrat.

Ich bitte nun die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: In Angelegenheit der Verpachtung von Gemeindegründen in der Silbergasse, beziehungsweise Pfarrwiesengasse und Hohenauergasse im XIX. Bezirke wird in Abänderung des Gemeinderats-Beschlusses vom 9. November 1906, Z. 12684, bezüglich der Pächter Franz Bečck und Anton Pürcher von der Kündigung des Bestandverhälnisses pro Novembertermin 1907 Umgang genommen und der Verlängerung des Pachtverhältnisses bis 1. Jänner 1908 zugestimmt.

55. Referent Gem.-Rat Hölzl: Zahl 14078, Post 21. Bewilligung eines Zuschußkredites von 2100 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 d für die Abgrabung der Kat.-Parz. 329/5 in der Formanekgasse im XIX. Bezirke.

Der Bedarf ist im Präliminare nicht vorhanden.

Ich bitte daher um Bewilligung des Zuschußkredites.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 2100 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 d für die Abgrabung der Kat.-Parz. 329/5 in der Formanekgasse im XIX. Bezirke.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Ferdinand Gräf.

56. Referent Gem.-Rat Ferdinand Gräf: Zahl 14297, Post 22. Bewilligung eines Zuschußkredites von 15.100 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 b für die Pflasterung der Friedmanngasse von Or.-Nr. 24 bis zur Veronikagasse im XVI. Bezirke. Der Betrag ist dadurch notwendig geworden, weil sich die Zweckmäßigkeit herausgestellt hat, die Friedmanngasse bis zur Veronikagasse auszupflastern.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 15.100 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 b für die Pflasterung der Friedmanngasse von Or.-Nr. 24 bis zur Veronikagasse im XVI. Bezirke.

57. Referent Gem.-Rat Ferdinand Gräf: Zahl 14120, Post 23. Bewilligung eines Zuschußkredites von 30.000 K zur Ausgabs-Rubrik XXVII 7 zur Bedeckung des bei der Einwölbung des Ottakringerbaches (4. Teilstrecke) und dem Kanalbaue in der Koppstraße, sowie in der von der Spetterbrücke zur Hasnerstraße führenden unbenannten Diagonalstraße zwischen der Herbst- und Koppstraße im XVI. Bezirke pro 1907 eingetretenen Mehrerfordernisses.

Das Mehrerfordernis ist eigentlich nur durch die Verschiebung der Zahlungstermine entstanden, weil die Arbeiten im Spätherbste 1906 abgebrochen werden mußten und daher eine höhere Zahlung auf das Jahr 1907 überwiesen werden mußte.

Ich bitte um die Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 30.000 K zur Ausgabs-Rubrik XXVII 7 zur Bedeckung des bei der Einwölbung des Ottakringerbaches (4. Teilstrecke) und dem Kanalbaue in der Koppstraße, sowie in der von der Spetterbrücke zur Hasnerstraße führenden unbenannten Diagonalstraße zwischen der Herbst- und Koppstraße im XVI. Bezirke pro 1907 eingetretenen Mehrerfordernisses.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Tomola.

58. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 13469, Post 9, Beilage Nr. 250. Offert der Eheleute Niernberger auf Verkauf des Hauses XVIII, Währingerstraße 153, an die Gemeinde.

Das Haus Währingerstraße 153 steht so weit in die Straße vor, daß es von der Gemeinde schon deshalb eingelöst werden muß, weil nach Abzug des in den Straßengrund fallenden Streifens nur eine Fläche von 123 m² übrig bleibt, die vollständig nicht verbaubar ist. Die ganze Area umfaßt 308 m².

Es wird beantragt, das Gebäude, wie es liegt und steht, um den Betrag von 40.000 K, d. i. rund 130 K per Quadratmeter anzukaufen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: I. Die Gemeinde Wien erwirbt zu Straßenregulierungszwecken das dem Michael und der Cäcilia Niernberger gehörige Haus XVIII., Währingerstraße 153, Einl.-Z. 17 Grundbuch Weinhaus, wie es liegt und steht, mit dem Katastral-Ausmaße von 308 m² um den Pauschalbetrag von 40.000 K und unter folgenden Bedingungen:

a) Die Käuferin übernimmt auf Abrechnung vom Kaufschillinge die Satzposten im Betrage von 18.000 K zur Selbstzahlung; die restliche Kaufsumme ist bei Übergabe des Kaufobjektes in den physischen Besitz der Gemeinde zu berichtigten.

b) Die Verkäufer leisten Gewähr dafür, daß die zugunsten des Alexander und der Marie Michaletz einverleibte Satzpost ohne Bezahlung einer Entschädigung halbjährig kündbar ist.

c) Das Kaufobjekt ist im Februartermine 1908 im geräumten Zustande in den physischen Besitz der Gemeinde zu übergeben; die Verkäufer werden daher den Parteien im November 1907 vierteljährig kündigen.

d) Binnen fünf Tagen nach Aufforderung haben die Verkäufer die grundbücherliche Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung auf ihre Kosten zu erwirken.

e) Die Vertragskosten und die Übertragungsgebühren trägt die Gemeinde, die Bezahlung der Kosten der grundbücherlichen Löschung der Satzposten obliegt den Verkäufern.

II. Das Haus XVIII., Währingerstraße 153, ist im Februartermine 1908 abzutragen.

59. Referent Gem.-Rat Tomola: Zur Zahl 14310, Post 25, sucht die Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Döbling um die Genehmigung der Erbauung eines Anstaltsgebäudes an.

Die Kommunal-Sparkassa Döbling beabsichtigt, an die Erbauung eines eigenen Heims zu schreiten. Sie ist dazu teilweise genötigt, weil die bisherigen Lokalitäten der Döblinger Sparkassa nicht nur unzulänglich sind, sondern weil auch die Gefahr besteht, daß sie aus diesem Lokale binnen kurzer Zeit hinausgedrängt wird.

Das Bezirksamtsgebäude Döbling, in welchem die Sparkassa jetzt in Miete ist, ist so klein und von den Ämtern werden seit langem verschiedene Anforderungen gestellt, so daß die Gemeinde bald nichts anderes wird tun können, als die Sparkassa hinauszudrängen, um die eigenen Ämter unterzubringen. Es haben auch andere Sparkassen eigene Gebäude errichtet. Eine Erwägung, warum die Erbauung eines eigenen Gebäudes notwendig erscheint, ist auch die, daß sich dabei das angelegte Geld besser verzinst, als wenn es in Effekten zur Anlage gebracht wird. Es soll wie vor zwei Jahren, wo die gleiche Bewilligung zur Erbauung der Währinger Sparkassa gegeben wurde, auch hier die Gemeinde die Zustimmung geben, daß aus dem Reservefonde an die Erbauung eines eigenen Gebäudes für die Sparkassa im XIX. Bezirke geschritten werde.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Herr Gem.-Rat Dr. Reisch hat das Wort.

Gem.-Rat Dr. Reisch: Ich habe, als seinerzeit über die Errichtung eines eigenen Hauses für die Sparkassa in Währing verhandelt wurde, aus prinzipiellen Gründen darauf hingewiesen, daß es den Gemeinderat nichts angeht, wenn im autonomen Kreise einer Kommunal-Sparkassa der Beschluß gefaßt wird, ein mobiles Vermögen zu immobilisieren, weil sonst alle möglichen Beschlüsse des Sparkassa-Ausschusses dem Gemeinderate zur Beschlußfassung vorgelegt werden müßten. Es wurde damals über meine aus prinzipiellen Gründen vorgebrachte Verwahrung hinweggegangen. Ich wiederhole sie heute nicht, umsoweniger, als ich nicht mehr dem Verbande der Döblinger Sparkassa angehöre. Ich spreche aber pro, weil in der Tat die Erbauung dieses Hauses, welches das Eckhaus der Gatterburgstraße und Hauptstraße ist, ein glücklicher Gedanke ist und man die Döblinger Sparkassa dazu beglückwünschen kann, daß sie den Beschluß so gefaßt hat, welcher nunmehr zum Segen der Anstalt zur Ausführung gelangen soll. Ich bin daher für die Annahme.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Der Herr Referent hat nichts mehr zu bemerken. Wir schreiten zur Abstimmung.

Die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Das Ansuchen der Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Döbling um Genehmigung der Erwerbung der Realität Einl.-Z. 85 im Grundbuche Ober-Döbling und Aufführung eines Sparkassagebäudes auf dieser Liegenschaft wird vorbehaltlich der Genehmigung der k. k. n.-ö. Statthalterei bewilligt.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich bitte, weiter zu referieren.

60. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 14401, Post 26. Unentgeltliche Beförderung von Schulkindern auf den städtischen Straßenbahnen.

Zu Anfang dieses Schuljahres stellte ich im Stadtrate den Dringlichkeits-Antrag, den Kindern aus Pötzleinsdorf und Salmannsdorf, welche die Bürgerschule in Gersthof besuchen müssen, in Anbetracht dessen, daß Sie einen sehr weiten Weg zurückzulegen haben, die unentgeltliche Fahrt auf den städtischen Straßenbahnen zu bewilligen. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß in der gleichen unangenehmen Lage, wie die Kinder von Neustift und Salmannsdorf, auch einzelne Kinder in anderen Bezirken sind, die ebenfalls einen weiten Weg zur Bürgerschule zurücklegen müssen, so im XVII. Bezirke, X. Bezirke und teilweise auch im XI. Bezirke. Es soll daher dieser Antrag erweitert werden, und zwar dahin, daß allen Kindern, welche städtischen Schulen zugewiesen sind, die mehr als 2 km Luftlinie von ihrem Wohnorte entfernt sind, die freie Fahrt auf den städtischen Straßenbahnen bewilligt werde, wenn sie eine solche Fahrstrecke beim Schulbesuche benützen können. Ich bemerke, daß der Verlust, der den Einnahmen der Bahn dadurch zugefügt wird, nur imaginär genannt werden kann, denn in Wahrheit verkehren um diese Zeit, wo die Kinder hin und her befördert werden, nicht so viele Personen, daß nicht mit Leichtigkeit auch ein paar Kinder befördert werden könnten.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Solchen im Wiener Gemeindegebiete wohnhaften Kindern, welche außerhalb eines Umkreises von 2 km von der Schule, zu deren Sprengel sie gehören oder der sie schulbehördlich zugewiesen sind, wohnen, wird die freie Fahrt auf der zwischen Wohnung und Schule gelegenen Strecke der städtischen Straßenbahnen an den Werktagen des Schuljahres zwischen 7 Uhr früh und 6 Uhr abends gewährt.

Auf die Freikarten, welche in solchen Fällen ausgestellt werden, haben die Punkte 2, 4 und 6 des Gemeinderats-Beschlusses vom 13. März 1903, Z. 1320, Anwendung zu finden.

61. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 14368. Post 24, Beilage Nr. 256. Am 14. Juli dieses Jahres hat der Herr Bürgermeister hier das Programm über jene Festlichkeiten und Unternehmungen entwickelt, die anläßlich des kommenden Jubiläumsjahres von der Gemeinde Wien durchgeführt werden sollen. Zu diesen Unternehmungen gehört auch — und es wurde das

auch einstimmig angenommen — die Gründung eines Vereines für Knabenhorte. Der Herr Bürgermeister hat mich nach der Rückkehr von seinem Urlaube aufgefordert, das Statut mit größter Beschleunigung auszuarbeiten. Ich bin diesem Auftrage des Herrn Bürgermeisters nachgekommen und bin jetzt in der Lage, nachdem das Statut den Jubiläums-Ausschuß passiert hat, namens desselben dieses Statut hier im Gemeinderate vorzulegen.

Ich bemerke zunächst, daß die Bestimmungen der §§ 15 und 16 die Rechte der Gemeinde zu wahren berufen sind. In diesen beiden Paragraphen wird bestimmt, daß die Hälfte der jeweils zu entsendenden Mitglieder des Ausschusses vom Gemeinderate der Stadt Wien zu wählen ist. Ich halte diese Bestimmung für eine solche, daß ihr gewiß jedes Mitglied des Gemeinderates zustimmen muß. Wenn es sich hier auch um einen privaten Verein handelt, so ist die Gründung von Knabenhorten doch im großen und ganzen auch eine Angelegenheit, die wir als Gemeinde in die Hand nehmen sollen und die wir nur deswegen nicht in die Hände des Bezirksschulrates oder anderer Behörden legen, weil Sie uns — und Sie werden mir da zustimmen — viel leichter durchführbar erscheint, wenn die weitesten Kreise der Bevölkerung zur Mitwirkung an solchen Unternehmungen herangezogen werden können. Diese Mitwirkung wird dadurch eine entsprechende, daß nicht nur im Verwaltungs-Ausschusse die Hälfte der Mitglieder aus der Bevölkerung und Vereinsmitgliedern zu entsenden ist, sondern daß die Lokal-Komitees sogar aus Personen bestehen können, die gar nicht Mitglieder des Vereines zu sein brauchen, sondern die aus reiner Begeisterung für die Idee der Knabenhorte mitzuarbeiten guten Willens sind. In den Punkten 1 und 2 der Statuten wird nun der Zweck des Vereines umschrieben. Ich war bemüssigt, diesen Zweck in einem solchen Satze zu umschreiben, der eine allgemeine Auffassung zuläßt, so daß der zu wählende Vereins-Ausschuß im Rahmen dieser Auffassung vollste Freiheit hat, die Knabenhorte, wie es ihm zweckdienlich erscheint, einzurichten.

Der Jubiläums-Ausschuß war auch der Meinung, daß die hier vorgeschlagene Fassung den Verhältnissen vollständig entspricht.

Verschiedene Mitglieder des Gemeinderates sind an mich herangetreten und meinten, die Statuten seien zu weitgehend, sie hätten gewünscht, daß schon in diesem Entwurfe präzisere Bestimmungen enthalten seien. Nein, meine Herren, das muß Sache des Organisationsstatutes sein, das der Verwaltungs-Ausschuß zu beraten haben wird.

Ich habe ja den Entwurf schon fertig und ich will nur hoffen, daß die Bewilligung der Statthalterei recht bald herabkommt, so daß wir noch im Laufe dieses Kalenderjahres an die faktische Gründung von Horten in den einzelnen Bezirken schreiten können. Ich bin aber auch deswegen mit Beschleunigung an die Arbeit gegangen, um die jetzigen nicht immer erfreulichen Zustände in den privaten Horten tunlichst zu beseitigen und den schönen Gedanken der Knabenhorte davor zu bewahren, daß er noch mehr diskreditiert wird, als dies zum Teile schon jetzt der Fall ist. Die Gemeinde Wien hat sich zur Förderung der Knabenhorte entschlossen in der Erkenntnis der vielfachen Unzulänglichkeit der häuslichen Erziehung. Sie hat sich dazu entschlossen, von dem Wunsche beseelt, die männliche Jugend von dem Herumlungern auf der Straße abzuhalten und sie dafür zu nützlichem Tun zu veranlassen. Wenn dieser Gedanke der Liebe zur Jugend auch bei den bestehenden Hortsvereinen den edlen Kern ihres Denkens bildet, so werden sie unsere Gründung mit Freuden begrüßen. Wir werden bald sehen, ob es alle tun werden; lassen Sie es mich vorläufig hoffen. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu den vorgelegten Statuten.

Vize-Bürgermeister Hierhammer (den Vorsitz übernehmend): Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Winarsky kontra.

Gem.-Rat Winarsky: Meine Herren! Die Idee der Knabenhorte, die hier vertreten wird, ist selbstverständlich von uns nicht zu bekämpfen, denn in den Knabenhorten wäre vielleicht die Möglichkeit für eine zweckmäßige Ergänzung unseres heutigen Erziehungswesens zu schaffen. Die heutige Erziehung ist hauptsächlich auf den Drill des Geistes gegründet und für die körperliche Erziehung wird nahezu nichts getan, so daß sich sehr häufig der Fall ereignet — bei den Arbeitern kommt es weniger in Betracht, da sie nicht in der Lage sind, sich in der Mehrzahl höhere Bildung aneignen zu können — daß gerade diejenigen Bevölkerungskreise, die sich am eifrigsten mit Studien, mit der Erwerbung von weiteren Kenntnissen beschäftigen, körperlich zurückgeblieben sind, da eine gleichmäßige Ausbildung von Körper und Geist in unseren heutigen Schulanstalten und Erziehungsinstituten wohl nicht möglich ist. Hier wäre es die Aufgabe der Knabenhorte, einzuschreiten. Sie hätten als unübertreffliches Vorbild die Erziehungseinrichtungen, die schon das griechische Altertum erprobt hat, wo allseitig das größte Gewicht darauf gelegt wurde, eine harmonische Ausbildung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten herbeizuführen.

Wenn die Knabenhorte ihre Aufgabe darin erblicken würden, in dieser Beziehung zu wirken, dann wäre selbstverständlich ihre Einführung und Installation mit größter Begeisterung zu begrüßen.

Wir haben aber die Beobachtung machen können, daß das Institut der Knabenhorte vielfach zu ganz anderen Zwecken ausgenützt wird. Die körperliche Ausbildung tritt sehr stark hinter der Einübung einer Art von militärischem Drill zurück, die wirklich sehr wenig mit den körperlichen oder geistigen Fähigkeiten der Jugend zu tun hat. Wir sehen vielfach als Hauptsachen bei den Veranstaltungen der Knabenhorte die Einübung und Vorführung von Paraden und wie man vielmehr darauf Gewicht legt, daß die kleinen Jungen richtig einschwenken und aufmarschieren lernen, als daß die verschiedenen Muskeln zur Entwicklung gelangen. Das kann unserer Ansicht nach nicht der eigentliche Zweck einer derartigen Einrichtung sein und wir sehen darin nicht eine Förderung der Erziehung, sondern eine Beeinträchtigung, wenn die Entwicklung der Knabenhorte in der gleichen Weise vor sich gehen soll, wie sie bisher vor sich gegangen ist. Wir haben schon jetzt beobachten können, daß stundenlange Paradeübungen, Aufmärsche u. s. w. gemacht werden, so daß die Jungen ermüdet werden, ohne daß man sagen könnte, daß dadurch der Zweck der körperlichen Ausbildung und Entwicklung erreicht wird.

Wir sind also gegen diesen militärischen Drill und sind dagegen, daß diese Knabenhorte sich förmlich als Vorschule zu den militärischen Anstalten einrichten, in welchen später die Jugend des Volkes sehr gegen ihren Willen interniert wird. Diese Anschauung zum Ausdrucke zu bringen, habe ich mich für verpflichtet gefühlt. Wenn die Gemeinde es als ihre Auf-

gabe ansieht, die Entwicklung der Knabenhorte künftig zu fördern und gewissermaßen die Oberaufsicht in die Hand zu nehmen, da ja, wie der § 15 dieses Statuts bestimmt, der Bürgermeister der ständige Präsident der Zentral-Vereinigung der Knabenhorte sein soll, so ist dies nur zu begrüßen. Ich möchte aber die Gelegenheit benützen, um den Wunsch auszusprechen, daß die Gemeinde in der entgegengesetzten Richtung ihren Einfluß geltend mache und dafür sorge, daß an Stelle des öden, ganz unnützen militärischen Drills und der Paradeübungen eine viel größere Berücksichtigung der körperlichen Übungen und der wirklichen Ausbildung in dieser Richtung trete.

Ich befürchte aber, daß in dieser Richtung doch nicht alles geschehen wird und deshalb sollte der Bevölkerung tatsächlich ein größerer Einfluß auf die Verwaltung dieser Knabenhorte zugestanden werden, als es in diesem Statut der Fall ist. Der Herr Referent hat hier gesagt, daß die weitesten Kreise der Bevölkerung zur Verwaltung herangezogen werden. Das kommt aber im Statut wohl nicht zum Ausdrucke. Im Statut heißt es, daß die Hälfte der Ausschußmitglieder, das heißt des Verwaltungs-Ausschusses durch den Gemeinderat bestimmt wird. Dagegen kann man keine Einwendung erheben, wenn der Gemeinderat für die finanzielle Grundlage dieser ganzen Vereinigung aufkommt.

Nur wäre dann allerdings dabei der Wunsch auszusprechen, daß die geehrten Herren bei solchen Sachen von ihrem bisherigen Prinzipe abgehen und daß, wenn Sie schon die weitesten Kreise, wie der Herr Referent gesagt hat, heranziehen wollen, mindestens auch die verschiedenen Parteien des Gemeinderates im Verwaltungs-Ausschusse vertreten sind, der sich da konstituieren soll, damit nicht wieder die weitesten Kreise der Bevölkerung bloß durch die Repräsentanten einer einzigen Partei repräsentiert werden, wie dies nahezu bei allen Instituten der Fall ist, auf welche die Gemeinde Wien irgend einen Einfluß ausübt. Aber nicht genug daran! Für den Verwaltungs-Ausschuß wird nur die Hälfte der Mitglieder von der Generalversammlung des Vereines gewählt, während die andere Hälfte vom Gemeinderate gewählt wird. Der Verwaltungs-Ausschuß ist nach dem Entwurfe der Statuten nicht das leitende Organ, sondern der Verwaltungs-Ausschuß wählt wieder ein Exekutiv-Komitee von sechs Mitgliedern, welches die Leitung in den Händen hat und eine Art von Diktatur über den ganzen Verein auszuüben vermag. Dieses Exekutiv-Komitee hat nach § 17 die ganze Führung der Vereinsgeschäfte zu besorgen. Es hat die Bestellung von Lokal-Komitees in den einzelnen Wiener Bezirken, sowie auch ihre Organisation durchzuführen.

Die Aufgaben, die den Lokal-Komitees nach § 24 zugewiesen sind, können nur durch jene Körperschaft erfüllt werden, die in den einzelnen Bezirken ihre festen Wurzeln hat. Die Lokal-Komitees werden auf diese Weise nicht aus den Angehörigen der Bevölkerung oder aus den Mitgliedern bestimmt, denn es findet keine Wahl statt, sondern sie werden durch die sechs Mitglieder des Exekutiv-Komitees ernannt. Wieso der Referent auf Grund dieser Tatsache zu der Bemerkung kommen kann, daß die weitesten Kreise der Bevölkerung zur Verwaltung und Mitwirkung herangezogen werden, vermag ich allerdings nicht recht zu begreifen. Denn wenn das die Absicht wäre, dann müßte man wohl oder übel dafür sorgen, daß die Mitglieder der Lokal-Komitees durch den Verein bestimmt werden, also durch die Mitglieder des Vereines, eventuell durch die Mitglieder der Bezirke.

Die Oberaufsicht bleibt ja auf jeden Fall noch immer in den Händen des Exekutiv-Komitees. Oder es soll in irgend einer anderen Weise die Möglichkeit geschaffen werden, daß wirklich alle Gruppen der Bevölkerung, worunter selbstverständlich natürlich wieder alle Parteien zu verstehen sind, ihren Anteil an der Verwaltung dieses Vereines haben können. Wenn ein Institut geschaffen werden soll, in welchem sich die heranwachsende Jugend der gesamten Bevölkerung Wiens, nicht bloß die Kinder der Angehörigen einer einzigen Partei, zusammenfinden sollen, dann müßte man auch Vorsorge dafür treffen, daß die Gesamtheit in der Lage ist, an der Verwaltung dieses Institutes teilzunehmen und bei diesem guten Zwecke mitzuwirken. Nur dann, wenn diese Vorsorge getroffen wird und wenn wirklich den Angehörigen aller Parteien die Mitwirkung gesichert erscheint, wenn tatsächlich die ganze Bevölkerung einen Einfluß auf die Verwaltung auszuüben vermag — (Gem.-Rat Seiler: Da können Sie lange warten!) — Ich fürchte gleichfalls, daß ich lange bis zur Erfüllung dieses Wunsches warten muß — nur dann also könnte man eine segensreiche Wirkung von der Einrichtung der Knabenhorte erwarten und voraussetzen, daß sie das werden können, was sie eigentlich sein sollen: eine wirksame Ergänzung der Erziehung, die in den Schulen bloß in geistiger Hinsicht getrieben wird. Da aber diese Vorbedingungen durch das gegenwärtige Statut nicht gegeben sind und da ich nach den bisherigen Erfahrungen daran verzweifeln muß, daß etwaige Abänderungs-Anträge angenommen werden, so können wir nicht anders als gegen das vorgeschlagene Statut stimmen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Das Wort zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung hat Herr Gem.-Rat Pichler.

Gem.-Rat Pichler: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Es ist Schluß der Debatte beantragt.

Ich bitte die Herren, welche für Schluß der Debatte stimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zum Worte sind noch gemeldet die Herren Gem.-Räte Wutschel kontra und Klebinder pro.

Herr Gem.-Rat Klebinder!

Gem.-Rat Klebinder: Sehr geehrte Herren! Gestatten Sie mir ein kurzes Wort! (Ironische Bravo-Rufe.) Ich werde mir Ihren Beifall zu verdienen suchen. Es gibt wohl niemanden in unserer Mitte, der nicht wüßte, welch außerordentlicher Segen in dem Bestehen solcher Knabenhorte liegt. Es wird also auch niemand von uns im Prinzip gegen die Konstituierung eines Vereines sein, der die Aufgabe hat, solche Horte unter der Patronanz der Gemeinde zu gründen. Aber ich erhebe gegen den Vorschlag des geehrten Herrn Referenten den Vorwurf der Einseitigkeit.

Gewiß ist es von außerordentlichem Vorteile für die männliche Jugend und jeder, der mit der Schule in Verbindung steht, wird das bestätigen, wenn die Knaben, insbesondere jene, welche unter den sozialen Verhältnissen zu leiden haben, außerhalb der Schulzeit körperlich und geistig ausgebildet, verpflegt und behütet werden. Aber wenn das von den Knaben gilt, dann gilt es in erhöhtem Maße von den Mädchen. Gerade das Mädchen ist in viel höherem Maße den moralischen Gefahren ausgesetzt, welche das Herumlungern auf der Straße mit sich bringt, und ich erblicke darin einen großen Mangel der Vorlage, daß

man nur von Knabenhorten spricht. Warum wollen Sie sich denn die Hände binden? Warum wollen Sie nicht sagen „Kinderhorte"? Ich glaube, selbst der Herr Referent wird die Bedeutung dessen, was ich sage, nicht verkennen und sich nicht dagegen stemmen, daß man nicht sagt „Knabenhorte", sondern „Kinderhorte".

Der Verein wird dann in der Lage sein, dort, wo es notwendig ist, Knabenhorte und parallel hiezu vielleicht auch Mädchenhorte zu gründen, kurz, wir sollten dem Vereine nicht von vornherein für seine Aktionen die Hände binden.

Auf die von meinem geehrten Herrn Vorredner aufgeworfene Klage der Organisation der Knabenhorte will ich nicht näher eingehen, weil das Organisationsfragen sind, die den Vorstand des Vereines in erster Linie zu beschäftigen haben werden. Aber gegenüber dem Herrn Vorredner möchte ich doch sagen: man kann die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß ein großer Teil der Bevölkerung bis in die höchsten Kreise hinauf speziell der militärischen Ausbildung und Vorbildung in den Knabenhorten eine gewisse wohlwollende Sympathie entgegenbringen. (Gem.-Rat Winarsky: Das ist kein Grund für uns, dafür zu stimmen!) Das habe ich auch nicht behauptet, aber es wird sich vielleicht eine harmonische Abgrenzung finden lassen, daß man die Knaben einerseits turnen und militärisch ausbilden läßt und auf der anderen Seite die geistige Ausbildung den geeigneten pädagogischen Kräften überläßt. Das ist Sache des künftigen Vorstandes. Ich möchte Sie aber bitten, dem zuzustimmen, daß man nicht sagt „Knabenhorte", sondern überhaupt „Kinderhorte". Uns muß das moralische und materielle Wohl der Mädchen ebenso am Herzen liegen, wie das Wohl der Knaben; die einen und die anderen sind arm, da ist eine richtige Obsorge nicht vorhanden und dort auch nicht. Warum wollen wir also nur für die Knaben und nicht auch für die Mädchen etwas tun?

Ich bitte Sie daher, den Antrag anzunehmen, daß es heißen soll „Kinderhorte" und nicht „Knabenhorte".

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Wutschel.

Gem.-Rat Wutschel: Wir haben erst kürzlich gehört, daß die Gesamtheit sich aufgelehnt hat gegen die Soldatenmißhandlungen, und wer beobachtet hat, wie die Knaben, die mit ein, zwei oder drei Sternen ausgezeichnet sind, die Jüngeren zu schimpfen, zu stoßen und zu schlagen beginnen, der wird zugeben müssen, daß wir, wenn die Sache so weiter geführt wird, dann eigentlich Soldatenmißhandler erziehen würden, wenn noch dazu kommt, daß wir von vornherein jeder Kontrolle entsagen und daß wir diese Statuten annehmen, welche im Widerspruch stehen mit dem, was der Herr Referent gesprochen hat.

Er wünscht die Heranziehung weiterer Kreise und er wünscht, daß die Gemeinde Wien als Wohltäter eintritt. Wenn wir aber die Statuten zur Hand nehmen, so sehen wir, daß die General-Versammlung für ganz Wien schon mit 25 Mitgliedern beschlußfähig ist. Wenn nur 25 Mitglieder erscheinen, kann die General-Versammlung abgehalten und das Schicksal des Knabenhortes bestimmt werden. Diese General-Versammlung ist bei 25 Mitgliedern beschlußfähig, während zur Beschlußfähigkeit des Ausschusses eine viel höhere Anzahl gefordert wird.

Außerdem heißt es, die General-Versammlung kann abgehalten werden, wenn drei Tage vorher die Einladungen hiezu ergehen. Der § 14 aber bestimmt, daß Anträge 14 Tage vor der General-Versammlung eingebracht werden müssen. Drei Tage früher aber wird zur General-Versammlung erst eingeladen. Das zeigt, daß die Verfasser dieser Statuten von dem engherzigsten Geiste beseelt und bestrebt waren, ja nur alles auszuschließen, was nicht zur Gemeinderatsmajorität gehört. Das soll eine Jubiläumsgründung sein, wo man alles ausschließt, was jetzt nicht der Majorität im Gemeinderate angehört? Was wird das werden, wenn nicht vorgesehen wird, welche Tendenz dieser Kinderhort hat, das heißt, wenn nicht schon im § 2 der Statuten steht, Zweck des Vereines ist eine tendenzfreie Erziehung in geistiger und körperlicher Hinsicht. Wenn nicht vorgesehen wird, daß pädagogisch gebildete Leiter zur Heranbildung der Jugend berufen werden und wenn nicht alle Schichten der Bevölkerung an der Leitung teilnehmen können? Was wird das anders sein als die Gründung einer Kampforganisation für die kleinsten Kinder. Da werden die einen Kinder die anderen beschimpfen, weil sie von da und dort sind. Leiter ist keiner vorhanden und eine Kontrolle besteht auch nicht. Wenn Sie nicht das Statut so einrichten wollen, daß die Gesamtheit der Wiener Bevölkerung durch ihre Vertreter dabei mitzureden hat, dann wird nichts anderes übrig bleiben, als daß wir dieses Statut ablehnen und dann wird die Jubiläumsgründung nichts anderes sein als ein totgeborenes Kind. (Gelächter.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Tomola: Ich bedauere sehr die Ausführungen der Herren Gem.-Räte Winarsky und Wutschel. Sie tun dem Verein nichts Gutes, wenn Sie ihm in die Wiege nichts anderes legen als den politischen Streit. Das Statut, insbesondere die beiden Punkte, die angezogen wurden, sind das Produkt praktischer Erfahrung. Auf Grund ähnlicher statutarischer Bestimmungen arbeiten wir seit einiger Zeit einträchtig und mit Angehörigen aller anderen Parteien im „Zentralvereine zur Ausspeisung armer Schulkinder" zusammen. Es hat noch niemand den Vorwurf zu erheben gewagt, daß in diesem Vereine parteiisch vorgegangen wird.

Was ich hier gesagt habe, daß jeder das Recht hat, bei dem Vereine mitzutun, muß ich aufrecht erhalten, steht es doch jedem frei, als Mitglied dem Vereine beizutreten und in die General-Versammlung zu kommen. Ich sage offen, so wie ich im Jubiläums-Ausschusse mit Mitgliedern anderer Parteien, arbeite, würde ich mich auch hier freuen, mit Mitgliedern anderer Parteien zusammen zu arbeiten. Wir haben ja nichts zu verbergen. Ich hoffe, daß Sie von meinem Gedanken beseelt sind, das Beste von den Wiener Knabenhorten herauszuschälen.

Es wurde hier — ich weiß nicht, ob es notwendig war — viel von dem militärischen Drill gesprochen, der jetzt in verschiedenen Vereinen im Schwung ist. Es ist nicht meine Aufgabe, heute schon hier mitzuteilen, wie ich mir die Durchführung des Hortwesens seitens der Gemeinde Wien, beziehungsweise seitens dieses Vereines denke; aber das eine kann ich schon sagen und es verrät es der Punkt 1, wo der Zweck der Statuten umschrieben wird, daß ich das Hauptgewicht darauf lege, daß auch die geistige Erziehung der Kinder innerhalb dieses Hortes in gebührender Weise berücksichtigt werde. Ich habe gar nichts dagegen, wenn ein Teil der Zeit dazu verwendet wird, um mit den Kindern militärisch zu exerzieren. Das Wort „varietas delectat" paßt für niemand mehr als für die Kinder. Während des Schulunterrichtes lernen sie das gewöhnliche Turnen, es wird ihnen aber mit der Zeit fade; im Horte wird es ihnen mehr Freude machen, wenn sie

nicht nur wie gewöhnlich herumlaufen, klettern, turnen, sondern auch ein wenig exerzieren lernen.

Ich bin da vollständig dafür, aber nicht, daß es überhand nimmt, sondern daß der geistigen Erziehung die vollste Aufmerksamkeit zugewendet werde. In dem Moment, wo der Vereins-Ausschuß sich entscheiden sollte, die geistige Erziehung, also insbesondere die Wiederholung des Lehrstoffes, die Aufsicht über die Arbeiten, die Pflege des Gesanges u. s. w. nicht mehr zu pflegen, in dem Falle, wo der Vereins-Ausschuß dies alles ablehnen und sich auf den Standpunkt des bloßen militärischen Drills stellen sollte, würde ich diesem Ausschuß nie mehr angehören, weil ich es nie verantworten könnte, den Hort in dieser Weise geleitet zu sehen. Ich bin gewiß von der besten Absicht beseelt und die Herren werden, wenn sie mitarbeiten wollen, Gelegenheit finden, hier mitzuarbeiten.

Herr Kollege Klebinder, ich war nicht in der Lage, dem Verein einen anderen Titel zu geben; der Beschluß des Gemeinderates vom 14. Juli lautete ausdrücklich, es seien Knabenhorte zu errichten, ich mußte mich also im Rahmen dieses Beschlusses halten. Ich verkenne gar nicht und gebe ausdrücklich zu, daß auch die Gründung von Mädchenhorten gut und notwendig ist. Herr Kollege Klebinder wird gewiß einen eifrigen Förderer dieser Idee an mir finden, ich bitte, diese Frage aber mit diesem Statute nicht zu verquicken. Wir werden zu gegebener Zeit, vielleicht wenn wir mit den Knabenhorten entsprechende Erfahrungen gemacht haben, daran gehen, entweder einen neuen Verein zu gründen oder die Statuten dieses Vereines dahin zu erweitern, daß wir sie dann auch auf Mädchenhorte ausdehnen, jetzt aber bin ich und ist der Ausschuß gezwungen, im Rahmen dessen, was wir selbst uns einstimmig am 14. Juli als Ziel vorgesetzt haben, zu verbleiben.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Laux.

Gem.-Rat Laux: Gegenüber den Worten des Herrn Kollegen Klebinder, der für die Mädchenhorte eingetreten ist, möchte ich nur kurz sagen, daß wir dem Wesen nach solche Mädchenhorte in Wien ja nicht wenige haben. Es sind dies die Schutzstationen.

Im XVI. Bezirke allein sind zwei solche Schutzstationen, die ganz ähnlich geführt und geleitet werden, wie die Knabenhorte. In denselben werden die Kinder während der Zeit, als sie nicht in der Schule sind, beaufsichtigt und bekommen das Mittag- und Abendessen. Nach der Schule machen sie unter Leitung der Erzieher Ausflüge u. s. w. Wir haben also schon Mädchenhorte, freilich nur unter anderen Namen.

Wenn ein Herr Redner an dem § 2 Anstand genommen hat — wahrscheinlich weil das Wort „sittlich-religiös" zu finden ist — so kann ich einfach nur sagen, daß wir damit ganz auf dem Boden des bestehenden Schulgesetzes stehen. (Ruf: Ist denn neuerlich die Debatte eröffnet?) Ich habe Sie auch nicht gefragt, reden Sie mir nicht immer darein. Sie wissen jedesmal etwas.

Dann hat der letzte Herr Vorredner gesagt, daß das ganze ein totgeborenes Kind sei. Wir haben schon viele Institutionen ins Leben gerufen, die geblüht haben, die waren also keine totgeborenen Kinder, wie er es genannt hat, und so wird es auch diesmal, wo viele Herren seiner Partei nicht mitgeholfen, sondern dagegen gearbeitet haben, der Fall sein. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Klebinder.

Gem.-Rat Klebinder: Ich hätte es sehr gewünscht, daß mein Antrag in der heutigen Sitzung des Gemeinderates erledigt worden wäre, da ja der Gemeinderat souverän ist und einen gefaßten Gemeinderats-Beschluß auch entsprechend ändern kann. Es genügt mir aber die Zusicherung des Herrn Referenten, der ja berufen ist, eine hervorragende Rolle in dem neuen Verein und der neuen Institution zu spielen, daß sein Augenmerk dahin gehen wird, auch mit möglichster Beschleunigung die Errichtung von Mädchenhorten zu fördern. Infolgedessen ziehe ich meinen Antrag zurück. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Dem nachstehenden Statutenentwurfe für einen Zentralverein zur Errichtung und Erhaltung von Knabenhorten in Wien wird hinsichtlich der §§ 1, 2, 3 a, 14, 15, 16 und 25 zugestimmt.

Statuten

des

Zentralvereines zur Errichtung und Erhaltung von Knabenhorten in Wien, gegründet aus Anlaß des 60jährigen Regierungs-Jubiläums des Kaisers Franz Josef I. vom Gemeinderate der Stadt Wien.

§ 1.

Der Verein führt den Namen: „Zentralverein zur Errichtung und Erhaltung von Knabenhorten in Wien, gegründet aus Anlaß des 60jährigen Regierungs-Jubiläums des Kaisers Franz Josef I. vom Gemeinderate der Stadt Wien." Er hat seinen Sitz in Wien.

Zweck des Vereines ist die Gründung, Erhaltung und Förderung von Knabenhorten, in denen Schülern, die eine Volks- oder Bürgerschule der Stadt Wien besuchen, im Anschlusse an den dort genossenen Unterricht eine weitere Förderung ihrer geistigen und körperlichen Ausbildung zuteil wird.

§ 2.

Dieser Zweck soll erreicht werden:

a) durch Errichtung von Knabenhorten;
b) durch Förderung aller Bestrebungen, die geeignet sind, die männliche Schuljugend sittlich-religiös zu erziehen, ihre körperliche Ausbildung zu fördern und sie vor Verwahrlosung zu schützen.

§ 3.

Die erforderlichen Geldbeträge werden aufgebracht:

a) durch die vom Gemeinderate der Stadt Wien zu erwartende Subvention, die diesem unter dem ausdrücklichen Schutze der Gemeinde Wien stehenden Vereine anläßlich des 60jährigen Regierungs-Jubiläums Sr. Majestät Kaiser Franz

Josef I. mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 14. Juli 1907 in Aussicht gestellt wurde;
b) durch die Beiträge der Stifter, Gründer und ordentlichen Mitglieder;
c) durch freiwillige Spenden;
d) durch Veranstaltung von behördlich genehmigten Sammlungen und Wohltätigkeitslotterien;
e) durch die Zinsen des Vereinsvermögens;
f) durch die Regiebeiträge der Hortzöglinge;

§ 4.

Die Mitglieder des Vereines sind:
a) Ehrenmitglieder,
b) Stifter,
c) Gründer,
d) beitragende Mitglieder.

§ 5.

Zu Ehrenmitgliedern können von der General-Versammlung solche Personen ernannt werden, die sich um den Verein hervorragende Verdienste erworben haben.

§ 6.

Stifter sind jene Mitglieder, die bei ihrem Eintritt oder in Raten binnen fünf Jahren ein für allemal den Betrag von mindestens 1000 K an die Vereinskassa entrichten.

Gründer sind jene Mitglieder, die bei ihrem Eintritt oder in Raten binnen fünf Jahren ein für allemal den Betrag von mindestens 500 K an die Vereinskassa entrichten.

§ 7.

Beitragende Mitglieder sind jene Personen, die einen Jahresbeitrag von wenigsstens 2 K bezahlen oder ein für allemal den Betrag von 50 K an die Vereinskassa entrichten.

§ 8.

Alle im § 4 angeführten Mitglieder haben das Recht, der General-Versammlung des Vereines beizuwohnen; in derselben gebührt ihnen sowohl das Stimmrecht als auch das Wahlrecht.

§ 9.

Die General-Versammlung ist beschlußfähig, wenn die Einladungen zu derselben mindestens drei Tage vorher ausgeschickt wurden und wenn mindestens 25 Mitglieder anwesend sind. Ist dies nicht der Fall, so beruft der Vorstand innerhalb der nächsten 14 Tage eine zweite General-Versammlung mit derselben Tagesordnung ein, welche ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlußfähig ist. Den Beschlüssen der General-Versammlung haben sich alle Mitglieder zu unterwerfen.

§ 10.

Die General-Versammlung ist eine ordentliche oder außerordentliche. Die ordentliche General-Versammlung findet in jedem Kalenderjahre einmal statt.

§ 11.

Eine außerordentliche General-Versammlung ist, außer dem im § 21, lit. d vorgesehenen Falle auch dann binnen längstens vier Wochen einzuberufen, wenn ein solches Verlangen mit Angabe des zu verhandelnden Gegenstandes von mindestens 20 Mitgliedern schriftlich beim Vereinspräsidium eingebracht wird.

§ 12.

In der General-Versammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden.

§ 13.

Der General-Versammlung ist vorbehalten:
a) die Entgegennahme des Berichtes über die Vereinstätigkeit und die Erteilung des Absolutoriums;
b) die Wahl der drei Stellvertreter des Präsidenten;
c) die Wahl des Verwaltungs-Ausschusses aus den Vereinsmitgliedern;
d) die Bestimmung der Zahl der Revisoren und die Wahl derselben;
e) die Ernennung von Ehrenmitgliedern;
f) die Änderung der Vereinsstatuten;
g) die Fusionierung mit anderen Vereinen;
h) die Auflösung des Vereines.

Im Falle f), g) und h) ist zu einem gültigen Beschluß die Zustimmung von zwei Dritteln aller anwesenden Mitglieder erforderlich; in allen übrigen Fällen genügt die einfache Majorität.

§ 14.

Zum Kaufe und Verkaufe der Immobilien, ferner zur Änderung der §§ 1 bis 3 der Vereinsstatuten, dann zur Fusionierung mit anderen Vereinen infolge Beschlusses der General-Versammlung, endlich zur Änderung der in den §§ 15 und 16 enthaltenen Bestimmungen über die Zusammensetzung des Präsidiums und des Verwaltungs-Ausschusses ist die Zustimmung des Gemeinderates der Stadt Wien erforderlich. Im Falle der Auflösung des Vereines fällt sein gesamtes Vermögen an die Gemeinde Wien mit der Bestimmung, daß es zu ähnlichen humanitären Zwecken nach Wahl der Gemeinde Wien zu verwenden ist.

Anträge der Vereinsmitglieder, die vor die General-Versammlung gebracht werden sollen, müssen mindestens 14 Tage vor Abhaltung einer General-Versammlung beim Verwaltungs-Ausschusse angemeldet werden.

§ 15.

An der Spitze des Vereines als dessen Präsident steht der jeweilige Bürgermeister der Stadt Wien; ihm zur Seite stehen drei Stellvertreter, die von der General-Versammlung gewählt werden. Der Präsident, oder in dessen Verhinderung einer der Stellvertreter,

vertritt den Verein nach außen mit allen Rechten eines Machthabers. Alle vom Vereine ausgehenden Schriftstücke werden vom Präsidenten und in dessen Verhinderung von einem der Stellvertreter rechtsgültig unterschrieben.

§ 16.

Der Verwaltungs-Ausschuß besteht ohne Hinzuzählung des Präsidenten aus mindestens 18 und höchstens 36 Mitgliedern; die Hälfte dieser Mitglieder wird vom Wiener Gemeinderate in öffentlicher Sitzung gewählt. Die übrigen Mitglieder werden von der General-Versammlung gewählt (§ 16, lit. c).

Die Funktionsdauer beträgt sowohl für die von der General-Versammlung gewählten Mitglieder, wie für die Delegierten des Gemeinderates drei Jahre; nach Ablauf dieser Zeit hat das Mitglied aus dem Ausschusse zu scheiden. Der Ausscheidende kann jedoch wieder gewählt werden. Nur im ersten Triennium wird die Funktionsdauer insofern beschränkt, als nach Ablauf des ersten Jahres von den von der General-Versammlung gewählten Mitgliedern der dritte Teil durch das Los zum Austritte bestimmt wird und ein gleicher Vorgang im zweiten Jahre erfolgt, bis im dritten Jahre die noch übrigen Gewählten ausscheiden.

Der Verwaltungs-Ausschuß ist berechtigt, sich bis zur nächsten General-Versammlung durch Kooptation aus den Vereinsmitgliedern zu ergänzen.

In der auf die Kooptation folgenden General-Versammlung hat sich der Kooptierte der Neuwahl zu unterziehen.

§ 17.

Der Verwaltungs-Ausschuß wählt aus seiner Mitte sechs Mitglieder, welche mit dem Präsidenten und dessen Stellvertretern das Exekutiv-Komitee bilden. Diesem obliegt die gesamte Führung der Vereinsgeschäfte, insoweit diese nicht dem Verwaltungs-Ausschusse vorbehalten sind. Ihm obliegt insbesondere die Bestellung von Lokal-Komitees in den einzelnen Wiener Bezirken, deren Organisierung und Beaufsichtigung, die Errichtung der Knabenhorte, die Besetzung etwaiger Dienstesposten, die Verrechnung mit den Lokal-Komitees und die über deren Antragstellung vorzunehmende gänzliche oder teilweise Befreiung von der Zahlung der Beiträge der Hortzöglinge (§ 24, Punkt 2).

Das Exekutiv-Komitee ist zu Kauf- und Verkaufsgeschäften, sowie zur Vornahme sonstiger, das Vermögen des Vereines betreffenden Rechtsgeschäfte bis zur Höhe von 1000 K oder bei einer jährlich wiederkehrenden Leistung bis zum Betrage von 200 K berechtigt.

Die Funktionsdauer der Mitglieder des Exekutiv-Komitees beträgt drei Jahre.

Nach Ablauf des Trienniums ist eine Wiederwahl nur insofern zulässig, als der Wiederzuwählende auch Mitglied des Verwaltungs-Ausschusses bleibt.

§ 18.

Das Exekutiv-Komitee ist bei Anwesenheit von mindestens 5 Mitgliedern beschlußfähig und faßt seine Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit.

§ 19.

Bei den Sitzungen des Exekutiv-Komitees hat der Präsident oder dessen Stellvertreter den Vorsitz zu führen und die Geschäftsstücke, insofern sie den inneren Geschäftsgang betreffen, zu unterschreiben. In dringenden Fällen kann der Präsident oder dessen Stellvertreter auch selbst Verfügungen treffen, welche jedoch der nachträglichen Genehmigung des Komitees bedürfen.

§ 20.

Das Exekutiv-Komitee ist verpflichtet, am Schlusse eines jeden Jahres einen Verwaltungsbericht an den Verwaltungs-Ausschuß zu erstatten, welcher denselben der General-Versammlung zu unterbreiten und dem Gemeinderate mitzuteilen hat.

§ 21.

Dem Verwaltungs-Ausschusse steht die Leitung aller Vereinsangelegenheiten zu, welche nicht ausdrücklich der General-Versammlung vorbehalten sind. Ihm obliegt insbesondere:

a) Die Vorprüfung und Vorberatung aller in die General-Versammlung gehörigen Angelegenheiten.
b) Die Überwachung des Kassen- und Rechnungswesens.
c) Der Abschluß von Kauf- und Verkaufsgeschäften und die Vornahme sonstiger, das Vermögen des Vereines betreffenden Rechtsgeschäfte, falls die Ziffer 1000 K oder eine jährlich wiederkehrende Leistung den Betrag von 200 K übersteigen würde. Die Prüfung des Rechnungs-Abschlusses erfolgt durch die gewählten Revisoren.
d) Die Einberufung einer außerordentlichen General-Versammlung, welche vom Verwaltungs-Ausschusse jederzeit beschlossen werden kann.
e) Die Verwaltung des Vereinsfondes.
f) Die Ausarbeitung der Geschäftsordnung für den Verwaltungs-Ausschuß und für das Exekutiv-Komitee.

§ 22.

Der Verwaltungs-Ausschuß hält seine Sitzungen nach Bedarf. Bei allen Beschlüssen genügt die einfache Stimmenmehrheit. Ein Beschluß kann bei Anwesenheit von mindestens 9 Mitgliedern gefaßt werden. Zur Wahl der Mitglieder des Exekutiv-Komitees ist die Anwesenheit der Majorität der Mitglieder des Verwaltungs-Ausschusses erforderlich.

§ 23.

Bei den Sitzungen des Verwaltungs-Ausschusses haben die Mitglieder des Exekutiv-Komitees, falls es sich um die Rechnungsgebarung handelt, kein Stimmrecht, und müssen in diesem Falle außer den Mitgliedern des Exekutiv-Komitees 9 andere Mitglieder des Verwaltungs-Ausschusses anwesend sein.

§ 24.

Die Lokal-Komitees haben folgende Aufgaben:

1. Die Leitung und Aufsicht der Knabenhorte.

2. Die Erhebungen und Antragstellungen an das Exekutiv-Komitee wegen gänzlicher oder teilweiser Befreiung von der Zahlung der Regiebeiträge der Hortzöglinge.

3. Die Förderung des Vereinszweckes durch Beihilfe zur Aufbringung der erforderlichen Geldmittel (§ 3), sowie durch Anwerbung von Vereinsmitgliedern.

Die Lokal-Komitees werden nach Bedarf eingesetzt. In die Lokal-Komitees können auch solche Personen berufen werden, die nicht Mitglieder des Vereines sind.

§ 25.

Streitgkeiten aus dem Vereinsverhältnisse werden durch ein Schiedsgericht entschieden, zu dem jeder streitende Teil zwei Vereinsmitglieder zu wählen hat. Als Obmann dieses Schiedsgerichtes fungiert ein vom Bürgermeister der Stadt Wien designierter Gemeinderat.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Knoll.

62. Referent Gem.-Rat Knoll: Zahl 14165, Post 27, Baulinienabänderung für die östliche Parallelgasse zur Reichsstraße nördlich der Hauptstraße in Kagran, XXI. Bezirk.

Die Herren haben die Beilage in Händen, ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Herr Gem.-Rat Schlinger kontra.

Gem.-Rat Schlinger: Ich möchte die Begründung dafür wissen, warum diese Baulinie, welche bestimmt worden ist, plötzlich wieder abgeändert werden soll, und zwar in einer, wie es scheint, der Sache nicht gerade entsprechenden Weise. Früher ist die Gasse immer gerade gewesen, jetzt machen Sie sie direkt schief, ohne daß ich eine Begründung dafür gehört habe, und ohne daß auch aus der Vorlage eine Begründung hervorgehen würde. Es ist ja vollständig freies Feld, so viel ich weiß; warum man diese Gasse nicht gerade macht, sondern sie schief durchführen will, ist mir unverständlich. Weiters wehre ich mich dagegen, daß bei diesem bisher ganz unverbauten Block bei den einzelnen Gassen 15 m Breite angenommen wurde. Nur die Jubiläumsgasse hat 16 m, aber alle anderen 15 m.

Meine Herren! Bedenken Sie doch, daß es sich hier um einen Teil des XXI. Bezirkes handelt, der hauptsächlich mit Wohngebäuden verbaut werden soll, daß die Entwicklung der Verbauung gerade in dieser Richtung gegeben ist. In der nächsten Zeit wird die Verbauung gewiß dort platzgreifen, es werden aber hier Gassen von nur 15 m Breite gemacht. Wenn das so ist, ist dies gewiß zu wenig, denn Sie haben in diesem großen Gebiete von Kagran nur die Hauptstraße und die Reichsstraße.

Nun ist eine Gasse, die Jubiläumsgasse, welche die Parallelstraße zur Hauptstraße darstellt, mit 16 m Breite, die andere Gasse, für die jetzt die Baulinie bestimmt wird, die Parallelstraße zur Reichsstraße, aber gar nur mit 15 m Breite angenommen worden. Wenn Sie heute die Baulinienbestimmung, wie sie vorgeschlagen wird, annehmen, so haben Sie sich für die Zukunft jeder Möglichkeit begeben, die Gasse II und die Jubiläumsstraße breiter zu machen. Wir sind daher mit dieser Zustimmung für alle Zukunft an diesen Baublock gebunden. Ich möchte nicht, daß wir direkt den ersten Schritt machen, die neu projektierten Gassen für die Zukunft mit einer Breite von 15 m, respektive 16 m anzulegen.

Ich muß wieder bedauern, daß der Herr Bürgermeister nicht da ist, weil ich weiß, daß ich beim Herrn Bürgermeister mit solchen Anregungen oder Anträgen auf Rückverweisung mehr Entgegenkommen finden würde.

Ich bedauere unendlich, daß der Herr Bürgermeister selbst nicht mehr in die Stadtrats-Sitzungen kommt und nicht mehr persönlich diese Dinge ansieht. Es ist ganz unverständlich, daß man den XXI. Bezirk mit so schmalen Straßen segnen will. Ich erkläre Ihnen unumwunden, das ist ein Skandal von Ihnen! Was soll die Bevölkerung von Ihnen in Zukunft denken? Die wird sich denken, im Wiener Gemeinderate sind damals Leute gesessen, die für den XXI. Bezirk, wo man breite Straßen machen konnte, dort, wo sie dazu die Möglichkeit hatten, weil die Verbauung noch nicht gegeben war, solche Vorlagen machten, die alles andere, nur nicht so sind, wie man sie vom Gemeinderat einer solchen großen Stadt erwarten konnte. Ich beantrage daher die Rückverweisung an den Stadtrat.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Herr Gem.-Rat Schlinger beantragt die Rückverweisung des Antrages an den Stadtrat. Ich bitte die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Knoll: Ich kann dem Herrn Gem.-Rat Schlinger nur die Aufklärung geben, daß alle anderen Straßen, nicht nur diese, mit 15 m projektiert sind, und daß die Herren, welche im Bauamte dieses Projekt gemacht haben, jedenfalls wissen, was sie zu tun haben. Was das andere betrifft, daß hier eine Verschiebung der Straße vor sich gegangen ist, so ist das deshalb geschehen, weil der Besitzer der Katastralparzelle 26 ein Herr ist, der nicht weiß, was er für den Grund verlangen soll. Wir mußten daher die Baulinie verändern, weil man das Geld solchen Leuten nicht in den Rachen schieben kann.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: 1. Die für die östliche Parallelgasse zur Reichsstraße nördlich der Hauptstraße in Kagran im XXI. Bezirke derzeit genehmigten Baulinien werden unter Beibehaltung der Straßenbreite von 15 m nach den im Originalplane Z. 1784/XIII ex 1907

rot schraffierten Linien a b — c d e f und g h — i k l m abgeändert.

2. Die im Originalplane Z. 1784/XIII ex 1907 rot eingeschriebenen und unterstrichenen Höhenzahlen haben als zukünftige Straßenhöhen zu gelten.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich bitte Herrn Gem.-Rat Zatzka, zu referieren.

63. Referent Gem.-Rat Zatzka: Zahl 14137, Post 28, betrifft die Bewilligung eines Zuschußkredites von 9000 K zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 12 zur Deckung der Mehrkosten für die Erweiterung des Baumgartener Friedhofes.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 9000 K zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 12 zur Deckung der Mehrkosten für die Erweiterung des Baumgartener Friedhofes.

64. Referent Gem.-Rat Zatzka: Zahl 13377, Post 6, betreffend die Auflassung der projektierten Verlängerung der Kremsergasse zur St. Veitgasse im XIII. Bezirke. Diese zukünftige Straße hätte gar keine Verkehrsbedeutung. Die Gemeinde müßte drei Häuser einlösen. Infolgedessen wird der Antrag gestellt, es sei diese Baulinie aufzulassen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Herr Gem.-Rat Skaret kontra!

Gem.-Rat Skaret: Es vergeht fast keine Sitzung, wo wir nicht drei, vier oder fünf Änderungen bereits beschlossener Baulinien vorfinden würden. Es macht den Eindruck, als ob in der Wiener Gemeinde ausschließlich nur der Wille und der Einfluß der Hausherren maßgebend wäre dafür, wie die Straßen ausgebaut werden sollen. Wenn man heute durch die Straßen Wiens geht, wenn man sieht, daß ein einzelnes Haus, das noch gar nicht lange erbaut ist, weit vorsteht, während andere wieder zurückrücken, so sieht man, daß allein der Wille des Hausherrn maßgebend ist und respektiert wird. Dann kann man auch Dinge, wie sie vorher mein Freund Schlinger ausgeführt hat und wie wir sie immer und immer wieder bei Baulinienabänderungen vorfinden, begreifen.

Wenn man eine solche Straße einmal projektiert hat, dann verstehe ich in der Tat nicht, warum man plötzlich eine Abänderung in der Weise vornimmt, wie sie hier vorgeschlagen wird. Der Herr Referent sagt, weil man sonst einlösen müßte.

Ja, meine Herren, wollen Sie anständige Verkehrsstraßen in Wien — und ich glaube, die Bewohner des XIII. Bezirkes wollen das auch — dann bleibt der Kommune nichts anderes übrig, als dort, wo Verkehrsstraßen erforderlich sind, die Gründe dazu einzulösen oder die Mittel und Wege zu schaffen, daß im Falle einzelner übertriebener Forderungen diese abgelehnt werden können. Ich bitte Sie darum, derartige Dinge doch nicht fortwährend in dieser Form vor den Gemeinderat zu bringen; ich möchte denn doch wissen, ob zu derartigen Abänderungen irgend ein Beschluß oder ein Antrag vom Stadtbauamte vorliegt.

Referent Gem.-Rat Zatzka: Geehrte Herren! Ich glaube, wenn man den Plan ansieht, wird man alles begreifen, den der Verkehrswert, den diese 12 m breit projektierte Straße hat, ist fast gleich Null. Die drei Häuser, welche hier das Hindernis bilden, kosten der Gemeinde mindestens 170- bis 180.000 K, wenn man sie einlöst. Ob das im Einklange steht mit dem Werte, welchen der Verkehr in dieser Straße hat, überlasse ich Ihrer Beurteilung.

Ich bitte um die Annahme des Stadtrats-Antrages. (Gem.-Rat Skaret: Sie vertreten die Hausherreninteressen und die Interessen des Hütteldorfer Brauhauses, damit dort der Immobilarwert steigt!) Übrigens gestatten Sie uns, daß wir die Interessen des XIII. Bezirkes hier selbst vertreten! (Beifall und Rufe: Sehr gut!)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Wir schreiten zur Abstimmung. Die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

(Unruhe und Zwischenrufe. — Gem.-Rat Skaret: Er ist ja seinerzeit davongejagt worden!) Wer ist davongejagt worden? — Ich rufe Sie zur Ordnung! (Rufe: Verdächtigung! — Unruhe. — Gem.-Rat Skaret: Es muß uns doch gestattet sein unsere Meinung zum Ausdrucke zu bringen!)

Beschluß: Die derzeit genehmigten im Originalplane 2, Z. 1728/XIII ex 1907, schwarz strichpunktierten mit den Buchstaben a b und c d bezeichneten Baulinien für den Durchbruch der Kremsergasse zur St. Veitgasse im XIII. Bezirke werden aufgelassen und die Baulinie der Kremsergasse nach der im Originalplane rot schraffierten Linie b d und die der St. Veitgasse nach der im Originalplane rot schraffierten Linie a c ergänzt.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate Herr Gem.-Rat Brauneiß.

65. Referent Gem.-Rat Brauneiß: Zahl 14429, Post 32. Detailprojekt für den Schulbau XIV., Johnstraße—Meiselstraße.

Am 5. Juli 1907 wurde die Projektskizze für diesen Schulbau vorgelegt und beschlossen, daß mit dem Bau im Oktober begonnen werde. Derselbe hat sich aber verzögert und es sind uns erst jetzt die Detailpläne vorgelegt worden. Es werden in beiden Schulen, in der Knaben- und Mädchenschule 15 Lehrzimmer und 1 Wartezimmer, eventuell 16 Lehrzimmer, 1 Turnsaal samt Ankleide- und Geräteraum, 1 Kanzlei-, 1 Konferenzzimmer, 2 Lehrmittelkabinette, 1 Schuldienerwohnung und 1 Ausspeiseraum nebst Küche und Vorratskammer eingerichtet. Die Knabenschule hat überdies eine Schulwerkstätte im Kellergeschoß. Sie haben die Anträge in Händen, ich ersuche um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage des Stadtrates zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Das vom Stadtbauamte ausgearbeitete Detailprojekt für den Bau einer Doppel-Volksschule XIV., Johnstraße, Meiselstraße, Sueßgasse, wird mit dem buchhalterisch adjustierten Kostenbetrage von 633.952 K 36 h genehmigt.

2. Der Bau ist im November 1907 zu beginnen und bis Ende August 1908 benützbar fertigzustellen.

3. Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung wird für den Schulbau nach den vom Stadtbauamte verfaßten Plänen der Baukonsens erteilt.

4. Für ein Torrisalit in der Meiselstraße wird die Benützung einer 1·26 m² großen Straßen(Trottoir)-Grundfläche gestattet.

5. In den Voranschlag für das Jahr 1908 ist als zweite Baurate ein Betrag von 360.000 K unter Rubrik XII 13 o, einzusetzen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Schwer.

66. Referent Gem.-Rat Schwer: Zahl 13814, Post 17. Neuerliches Ansuchen des Rektors der Kongregation der Resurrektionisten P. Jakob Kuklinski um Bewilligung einer Subvention zur Restaurierung der St. Josef-Kirche am Kahlenberge.

Der Wiener Gemeinderat hat sich bereits in seiner Sitzung vom 13. Juni 1906 mit dieser Subventions-Angelegenheit befaßt und damals die Ablehnung im Hinblicke darauf beantragt, daß auf der Außenseite der Kirche eine Tafel mit polnischer Inschrift angebracht worden ist, in welcher dem Polenkönig Sobieski das alleinige Verdienst am Entsatze Wiens zugeschrieben wird. Es ist dies eine krasse Entstellung der historischen Tatsache, daß der Ahnherr unseres Kaiserhauses Karl v. Lothringen der Erretter Wiens aus der Türkennot war. (Zustimmung.) Damals wurde die Ablehnung beantragt; der Stadtrat sieht sich nicht bemüssigt, jetzt davon abzusehen. Es wird neuerdings die Ablehnung beantragt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Dem neuerlichen Ansuchen des Rektors der Kongregation der Resurrektionisten P. Jakob Kuklinski um Bewilligung einer Subvention zur Restaurierung der St. Josefskirche auf dem Kahlenberge wird aus den Gründen des Gemeinderats-Beschlusses vom 13. Juni 1907, Pr.-Z. 8000 ex 1906 keine Folge gegeben.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Wessely, der auch zu Post 8 für Herrn Gem.-Rat Rissaweg referieren wird.

67. Referent Gem.-Rat Wessely: Zahl 13874, Post 8. Es handelt sich um die Systemisierung des Diener- und Arbeiterpersonales für das zu eröffnende Pferdeschlachthaus. In diesem Schlachthause werden folgende Stellen systemisiert (liest):

„1. Ein Schlachthausdiener mit den normalen Bezügen.

2. Ein Schlachthausdiener mit entsprechender technischer Vorbildung zur Bedienung der elektrischen Beleuchtung des Schlachthauses und der Maschinen der Kühlanlage. Diesem wird zu den normalen Bezügen eine Dienstzulage von 2 K täglich zugesprochen, welche in die Pension einrechenbar ist.

3. Zwei Reinigungs- und Desinfektionsarbeiter mit einem Taglohne von 2 K 80 h.

4. Eine Reinigungsarbeiterin mit einem Taglohne von 2 K.

Der dem Stadtbauamte unterstellte Pferdeschlachtbrückenarbeiter wird mit der Eröffnung des Zentral-Pferdeschlachthauses dem Veterinäramte zur Verwendung als Reinigungs- und Desinfektionsarbeiter in diesem Schlachthause unterstellt."

Ich ersuche um Annahme der Anträge.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Das Wort kontra hat Herr Gem.-Rat Skaret.

Gem.-Rat Skaret: Hier finden wir wieder Löhne von 2 K 80 h für Angestellte der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, wo doch Ihre eigenen Abgeordneten selbst zugestehen müssen, daß in der letzten Zeit, insbesondere in dem letzten Jahre, die Lebensmittel durchschnittlich eine 20prozentige Erhöhung erfahren haben. Dazu kommt noch die von den Hausherren von Jahr zu Jahr vorgenommene Steigerung der Wohnungsmiete. (Rufe: Daran seid Ihr schuld!) Ich weiß, ich spreche im Gemeinderate, der in seiner Majorität aus Hausherren zusammengesetzt ist, und darum ist es Ihnen nicht angenehm, das zu hören.

Ich hätte aber angenommen, daß Löhne unter 3 K als Referenten-Anträge hier überhaupt nicht mehr beantragt werden können. Sie haben wohl noch eine große Menge, Hunderte von Arbeitern, die Sie mit 2 K täglich entlohnen, die die schwere Straßenreinigung Wiens besorgen müssen; sie ernennen sie zwar nur „provisorisch", das ist aber alles eins, und ich glaube also, daß Sie meinem Antrage auf Erhöhung der Löhne um 20 h, also von 2 K 80 h auf 3 K, wohl keinen Widerstand entgegensetzen können, es sei denn, daß Sie den kommunalen Arbeitern das Recht zum Leben absprechen wollen. (Unruhe.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Der Herr Referent verzichtet auf das Schlußwort.

Herr Gem.-Rat Skaret stellt den Antrag, die Löhne von 2 K 80 h auf 3 K zu erhöhen.

Ich ersuche die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen. (Lebhafter Widerspruch.)

Wenn die Herren an der Abstimmung zweifeln, werde ich sie wiederholen und auszählen lassen.

Gem.-Rat Skaret: Das gibt es doch nicht!

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich bitte, zu zählen. (Nach erfolgter Auszählung:)

Die Herren, welche mit dem Antrage des Herrn Gem.-Rates Skaret einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität. Der Antrag erscheint daher abgelehnt.

Es gelangt nun der Antrag des Stadtrates zur Abstimmung.

Die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen. (Zwischenrufe des Gem.-Rates Skaret.)

Herr Gem.-Rat Skaret, Sie haben nicht das Wort.

Beschluß: I. Aus Anlaß der bevorstehenden Eröffnung des Zentral-Pferdeschlachthauses werden folgende Stellen systemisiert:

1. Ein Schlachthausdiener mit den normalen Bezügen.

2. Ein Schlachthausdiener mit entsprechender technischer Vorbildung zur Bedienung der elektrischen Beleuchtung des Schlachthauses und der Maschinen der Kühlanlage. Diesem wird zu den normalen Bezügen eine Dienstzulage von 2 K täglich zugesprochen, welche in die Pension einrechenbar ist.

3. Zwei Reinigungs- und Desinfektonsarbeiter mit einem Taglohne von 2 K 80 h.

4. Eine Reinigungsarbeiterin mit einem Taglohne von 2 K.

II. Der dem Stadtbauamte unterstellte Pferdeschlachtbrückenarbeiter wird mit der Eröffnung des Zentral-Pferdeschlachthauses dem Veterinäramte zur Verwendung als Reinigungs- und Desinfektionsarbeiter in diesem Schlachthause unterstellt.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich bitte, weiter zu referieren.

68. Referent Gem.-Rat Wessely: Zahl 13757, Post 7. Josef Zelniczek um Verlängerung der Frist zur Abtragung des Gumpendorfer Schlachthauses.

Es hat sich herausgestellt, daß er nicht in der Lage wäre, in den vorgeschriebenen 110 Tagen fertig zu sein. Er hat deshalb um eine Verlängerung dieser Frist von 60 Tagen angesucht. Diese sind ihm bewilligt worden. Der Antrag wäre zu genehmigen, er muß aber abgeändert werden, weil Zelniczek am 19. Oktober 1907 gestorben ist. Es soll deshalb im Antrage heißen, daß an die „Rechtsnachfolger" diese Bewilligung erteilt wird.

Ich ersuche um die Annahme dieses Antrages.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: In teilweiser Abänderung des Gemeinderats-Beschlusses vom 14. Juni 1907, Pr.-Z. 7593, wird dem Ersteher der Abtragung der auf der Area des aufgelassenen Gumpendorfer Schlachthauses befindlichen Baulichkeiten, beziehungsweise seinen Rechtsnachfolgern, die Frist für die Durchführung der Abtragungsarbeiten um 60 Arbeitstage verlängert.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen. Es folgt noch eine vertrauliche Sitzung.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten abends.)

Beschluß-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **vom 25. Oktober 1907.**

Vorsitz: **Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.**

1. Antrag der **Gem.-Räte Ritter v. Zindenigg** und **Dr. Klotzberg,** betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung für einen Wohltätigkeitsverein.

2. Antrag der **Gem.-Räte Ritter v. Zindenigg, Ahorner** und **Dr. Haas,** betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung für einen Wohltäter.

(Diese Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.)

3. (14111.) **Gem.-Rat Wessely** beantragt, unter Aufrechthaltung des Provisoriums dem Karl Horn, Assistenten im Straßensäuberungs-Inspektorate, in Anerkennung seiner bisherigen Dienstleistung von dem dem diesbezüglichen Gemeinderats-Beschlusse folgenden Monate die Bezüge der VII. Rangklasse ohne Einreihung in dieselbe zuzuerkennen und demselben ad personam den „Titel Kontrollor" zu verleihen.

(Angenommen.)

4. (14425.) **Gem.-Rat Weitmann** beantragt, dem Gem.-Rate Karl Stehlik anläßlich der Feier der goldenen Hochzeit in Anerkennung seiner langjährigen Tätigkeit im öffentlichen Leben, insbesondere auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung die doppeltgroße goldene Salvator-Medaille zu verleihen.

(Angenommen.)

5. (8905.) **Gem.-Rat Tomola** beantragt, dem Wiener Sängerverband anläßlich der Feier dessen 25jährigen Bestandes in Anerkennung seiner künstlerischen Leistungen und seines humanitären und gemeinnützigen Wirkens die goldene Salvator-Medaille zu verleihen, mit dem Rechte, dieselbe am Banner (Fahne) tragen zu dürfen. (Angenommen.)

6. (14370.) **Derselbe** beantragt, der Anna Bunning, Volksschullehrerswaise, eine Gnadengabe von jährlich 120 K vom 1. September 1907 bis Ende Dezember 1908 zu bewilligen.

(Angenommen.)

7. (14346.) **Derselbe** beantragt, der Marie Schaffer, Gattin des vermißten Volksschullehrers I. Klasse Josef Schaffer, vom 1. September 1907 an bis zur rechtsgültigen Feststellung über Leben oder Tod ihres verschollenen Gatten aus Gemeindemitteln

1. eine Pension in der Höhe der gesetzlichen Pension, d. i. 1280 K jährlich, gegen seinerzeitigen nach Zuerkennung der gesetzlichen Pension zu erfolgenden Rückersatz aus der Wiener städtischen Lehrerpensionskassa samt 4 Prozent Zinsen und Zinseszinsen, beziehungsweise gegen Rückersatz aus den etwa zur Auszahlung gelangenden Aktivitäts- oder Pensionsbezügen ihres verschollenen Gatten und

2. für den Novembertermin 1907 ein Quartiergeld in der Höhe des gesetzlichen Quartiergeldbeitrages, d. i. 200 K, gegen seinerzeitigen Rückersatz aus dem der Bittstellerin nach rechtsgültiger Feststellung des Ablebens ihres Gatten gesetzlich zustehenden Quartiergeldbetrage, beziehungsweise gegen seinerzeitigen Rückersatz aus dem ihrem Gatten selbst für den Novembertermin 1907 etwa zur Auszahlung zu bringenden Quartiergelde gnadenweise zu bewilligen. (Angenommen.)

8. (13876.) **Derselbe** beantragt, dem Johann Lorenz, Kanzlei-Sekretär der Kinderheilanstalten der Stadt Wien, anläßlich seiner Dienstesenthebung gnadenweise eine Abfertigung im Betrage von 2700 K, welcher auf dem Konto „Kinderheilanstalten der Stadt Wien" Deckung findet, zu bewilligen.

(Angenommen.)

9. (13554.) **Gem.-Rat Hoß** beantragt, dem Ansuchen eines städtischen Beamten um Gewährung eines Gehaltsvorschusses Folge zu geben. (Angenommen.)

10. (13360.) **Derselbe** beantragt, dem Franz Spatzierer, Kutscher im städtischen Asyl- und Werkhause, den Taglohn von 3 K 60 h vom 1. August 1907 an auf 4 K zu erhöhen. (Angenommen.)

11. (13600.) **Derselbe** beantragt, der Emilie Rašl, Tierarztenswitwe, eine erhöhte Gnadengabe von jährlich 550 K vom 1. November 1907 bis Ende des Jahres 1909, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen. (Angenommen.)

12. (13592.) **Derselbe** beantragt, der Marie Klupp, Kanalaufseherswitwe, den Fortbezug des gnadenweisen Erziehungsbeitrages von jährlich 72 K für ihren am 28. Februar 1893 geborenen Sohn Gustav vom 28. Dezember 1907 bis 27. Dezember 1908, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen. (Angenommen.)

13. (13753.) **Derselbe** beantragt, dem Ansuchen eines städtischen Beamten um Gewährung eines Gehaltsvorschusses Folge zu geben. (Angenommen.)

14. (13966.) **Derselbe** beantragt, der Leopoldine Hochhauser, Kanzlistenswitwe, eine erhöhte Gnadengabe von jährlich 360 K vom 1. November 1907 bis Ende des Jahres 1909, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen. (Angenommen.)

15. (14244.) **Derselbe** beantragt, der Katharina Saßmann, Wasserleitungsaufseherswitwe, eine Gnadengabe von jährlich 480 K vom 6. August 1907 auf Lebensdauer, eventuell bis zu einer etwa eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen. (Angenommen.)

16. (13963.) **Derselbe** beantragt, der Josefine Wolf, Kanzlistenswitwe, den Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 600 K vom 1. Jänner 1908 bis Ende des Jahres 1910, dann der Fortbezug des gnadenweisen Erziehungsbeitrages für ihr Kind Hermine (geb. 17. September 1891) von jährlich 100 K vom 17. September 1907 auf ein weiteres Jahr, d. i. bis 16. September 1908, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen. (Angenommen.)

17. (14281.) **Derselbe** beantragt:

1. Dem Kabellegungsaufseher Anton Bösel wird vom 1. des auf diesen Beschluß folgenden Monates an ein Jahresgehalt von 2400 K und die Anwartschaft auf drei Quadriennien à 200 K bei Einstellung seiner bisherigen Bezüge zuerkannt; außerdem wird ihm der Titel „Kabelmeister" und das Definitivum verliehen; auf den Genannten haben die Bestimmungen der Dienstpragmatik Anwendung zu finden.

2. Dem Kabellegungsaufseher Ferdinand Koch wird vom 1. des auf diesen Beschluß folgenden Monates an bei gleichzeitiger Einstellung seines bisherigen Taglohnes ein Jahresbezug von 1800 K und die Anwartschaft auf drei Quadriennien à 200 K zuerkannt, sowie der Titel „Kabelaufseher" verliehen. (Angenommen.)

18. (13368.) **Derselbe** beantragt, anläßlich der Einreihung des Personales in die neu geschaffenen Stellen der drei Hilfsstatus des Stadtbauamtes folgendes zu genehmigen:

In Abweichung der Bestimmungen des Gemeinderats-Beschlusses vom 25. Juni 1907, Z. 6321, wird den Beamten Ludwig Hietzgern, Franz Miklaucic, Matthäus Passegger, Anton Karner und Eduard Kaudela der Rang vom 1. Jänner 1907, dem Reinhold Rumler der Rang vom 23. April 1907 zuerkannt. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Dienstag den 29. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr.
Mittwoch den 30. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr.
Donnerstag den 31. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr.

Allgemeine Nachrichten.

(Feierliche Grundsteinlegung.) Samstag den 27. Oktober 1907 um $^1/_2$11 Uhr vormittags fand im Beisein Sr. k. u. k. Hoheit des Erzherzogs Thronfolger Franz Ferdinand von Österreich-Este als Vertreter Sr. k. u. k. Apostolischen Majestät die feierliche Grundsteinlegung für die neue Pfarrkirche in Simmering, Enkplatz statt. Die kirchlichen Zeremonien nahm Weihbischof Dr. Godfried Marschall vor. Die Festrede hielt Bürgermeister Dr. Karl Lueger.

Genossenschafts-Angelegenheiten.

Schlosser-Genossenschaft.

Am 28. Oktober fanden in der Volkshalle des Rathauses im Beisein des Genossenschafts-Kommissärs, Magistrats-Ober-Kommissärs Dr. Wilhelm Heeke, die Neuwahlen für den Gesamtvorstand der Schlosser-Genossenschaft statt. Dabei wurden zum Vorsteher Herr Ferdinand Bauer, zu dessen Stellvertreter Herr Andreas Ruschka nahezu einstimmig wiedergewählt.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 20. bis 26. Oktober 1907.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	. . 291.892 kg	Und zwar aus:	
		Wien	218.730 kg
		dem sonst. Niederösterreich . .	15.794 „
		Oberösterreich	1.621 „
		Steiermark	1.869 „
		Böhmen	105 „
		Mähren	10.202 „

	Galizien	36.749	kg
	Ungarn	4.516	„
	Bukowina	2.181	„
	Krain	125	„
Kalbfleisch . . 9.051 kg	Und zwar aus:		
	Wien	2.046	kg
	dem sonst. Niederösterreich	28	„
	Oberösterreich	39	„
	Mähren	217	„
	Galizien	6.721	„
Schaffleisch . . 30.866 kg	Und zwar aus:		
	Wien	50	kg
	dem sonst. Niederösterreich	50	„
	Oberösterreich	50	„
	Mähren	96	„
	Galizien	30.237	„
	Ungarn	383	„
Schweinfleisch . 178.297 kg	Und zwar aus.		
	Wien	110.826	kg
	dem sonst. Niederösterreich	1.426	„
	Ober-Österreich	14	„
	Steiermark	1.450	„
	Böhmen	1.107	„
	Mähren	4.470	„
	Galizien	46.184	„
	Ungarn	7.043	„
	Kroatien	5.777	„
Kälber . . . . 2039 Stück	Und zwar aus:		
	Wien	762	St.
	dem sonst. Niederösterreich	39	„
	Oberösterreich	26	„
	Salzburg	68	„
	Steiermark	3	„
	Mähren	95	„
	Galizien	1.021	„
	Ungarn	25	„
Schafe . . . 525 Stück	Und zwar aus:		
	Wien	326	St.
	dem sonst. Niederösterreich	23	„
	Oberösterreich	6	„
	Galizien	167	„
	Ungarn	3	„
Schweine . . 698 Stück	Und zwar aus:		
	Wien	436	St.
	dem sonst. Niederösterreich	11	„
	Oberösterreich	8	„
	Salzburg	1	„
	Mähren	12	„
	Galizien	224	„
	Ungarn	6	„
Lämmer . . . 2 Stück	Und zwar aus:		
	Wien	2	St.

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch	von K	—·54	bis	1·88	per	Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ „	1·40	„	2·20	„	„
Kalbfleisch		„ „	—·80	„	1·76	„	„
Schaffleisch		„ „	—·48	„	1·36	„	„
Schweinfleisch		„ „	1·12	„	1·68	„	„
Kälber		„ „	—·88	„	1·50	„	„
Schafe		„ „	—·68	„	1·12	„	„
Schweine		„ „	1·—	„	1·50	„	„

Die Zufuhr an Fleischwaren war etwas stärker als in der Vorwoche und gestaltete sich der Geschäftsverkehr ziemlich lebhaft. Rindfleisch, Schweine, Schweinfleisch, Schafe und Schaffleisch notierten zu vorwöchentlichen Preisen, während Kälber und Kalbfleisch um 6 bis 8 h per Kilogramm anzogen.

Galizische Ware fand bei reger Nachfrage guten Abgang.

Per Bahn langten 84 Waggons mit 190·4 t, von der Ersten Wiener Großschlächterei-Aktiengesellschaft 14.185 kg Rindfleisch, 171 kg Rauchfleisch, 9 kg Schweinfleisch und 29 Kälber ein.

* * *

Pferdemarkt vom 25. Oktober 1907.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 511 Pferde.

201 Schlachtpferde und 310 Gebrauchspferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 160 bis 1200 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 40 „ 250 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 26. Oktober 1907.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 76—81 kg)	von	11 K	80 h	bis	13 K	15 h	
Roggen („ „ 1 „ 69—75 „)	„	11 „	55 „	„	11 „	90 „	
Gerste	„	7 „	90 „	„	10 „	60 „	
Mais	„	6 „	85 „	„	8 „	55 „	
Hafer	„	8 „	20 „	„	9 „	— „	

(per 50 Kilogramm).

b) Mahlprodukte.

Grieß	von	18 K	50 h	bis	19 K	70 h	
Weizenmehl, neue Type	„	14 „	— „	„	19 „	— „	
Futtermehl	„	8 „	— „	„	11 „	80 „	
Roggenmehl	„	14 „	25 „	„	18 „	50 „	
Weizenkleie	„	6 „	50 „	„	6 „	75 „	
Roggenkleie	„	6 „	85 „	„	7 „	— „	

(per 50 Kilogramm).

* * *

Heu- und Strohmarkt in Wien.

Vom 20. bis 26. Oktober 1907.

Niederösterr. Bergheu . .	von K	5·20	bis	9·60	per	100 kg.	
„ Wiesenheu . .	„ „	6·—	„	9·—	„	„	„
Slovakisches Heu	„ „	7·20	„	7·80	„	„	„
Ungarisches Heu	„ „	6·20	„	7·90	„	„	„
Klee	„ „	6·80	„	10·—	„	„	„
Schaubstroh	„ „	6·—	„	7·—	„	„	„
„	„ „	19·—	„	30·—	per	Schober	
Rüttstroh	„ „	·—	„	5·20	per	100 kg.	

* * *

Detailpreise für Lebensmittel.

Ausweis über die Preise nachbenannter Artikel in der Woche vom 20. bis 26. Oktober 1907.

Artikel	Menge	Preise von K	von h	bis K	bis h
Weizengrieß	1 kg		36	.	44
Auszugmehl	„		36	.	44
Mundmehl	„	.	34	.	38
Semmelmehl	„	.	30	.	36
Pohlmehl	„		24		30
Futtermehl	100 kg	16	.	23	60
Kaisersemmel à 4 h 1 St.	3·2 bis 6·2 dkg	—	—	—	—
Mundsemmel „ 4 „ „	5·0 bis 8·5 dkg	—	—	—	—
„ „ 2 „ „	2·4 bis 5·0 dkg	—	—	—	—
Weißes Brot	1 kg		—	—	—
Weißgemischtes Brot	„	21	3	39	8
Schwarzgemischtes Brot	„	19	5	34	5
Schwarzes Brot	„	21	6	29	5
Erbsen, ganz	1 kg	.	28	.	56
„ gespalten	„	.	36	.	72
Linsen	„	.	64	1	.
Bohnen	„	.	28	.	60
Hirse	„		32		48
Rollgerste	„	.	40	.	78
Reis	„	.	38	.	80
Kaffee, roh	„	2	32	5	.
„ gebrannt	„	2	84	5	60
Kakao	„	5	80	10	.
Schokolade	„	3	10	6	40
Tee	„	6	.	20	.
Zucker	„	.	74		82
Honig	„	1	20	3	20
Bohnen, grün	1 kg	.	32	1	20
Erbsen, grün, in Schoten	„		40	.	80
Paradiesäpfel	„	.	16	.	28
Kohl, grün	30 St.	.	60	1	60
„ „	1 „	.	4	.	10
Kohlrüben	30 „	.	60	1	60
„	1 „	.	4	.	10
„	30 „	.	.	.	.
„	1 „	.	.	.	.
Kraut, weißes	30 „	1	20	4	.
„ „	1 „	.	8	.	20
Salat, in Häupteln	30 „	.	80	3	.
„ „ „	1 „	.	4	.	20
Spinat	1 kg	.	40	.	80
Rüben, weiß	1 St.	.	2	.	8
„ gelb	„	.	2	.	8
„ rot	„	.	2	.	10
Sauerkraut	1 kg		20	.	24
Sauere Rüben	„		20	.	24
Knoblauch	„	.	40	.	60
Zwiebel	„	.	14	.	28
Erdäpfel, vorjährige	100 kg	.	.	.	.
„ „	1 „	.	.	.	.
„ heurige	100 „	5		12	.
„ „	1 „	.	7	.	14
„ Kipfel, vorjährige	100 „	.	.	.	.
„ „ „	1 „	.	.	.	.
„ „ heurige	100 „	9	.	16	.
„ „ „	1 „	.	12	.	18
Rindsfilz	1 kg	.	70	1	30
Rindschmalz	„	2	30	3	20
Schweinfilz	1 kg	1	60	2	.
Schweinschmalz	„	1	60	1	84
Schweinspeck	„	1	40	2	.
Unschlitt, geschmolzen	„	.	94	1	28
Milch	1 l	.	24	.	36
Rahm	„	.	80	2	.
Topfen	1 kg	.	30	.	80
Butter	„	2	.	3	80
Margarine	„	1	68	2	.
Eier, frische um 2 K	25–28 St.	—	—	—	—
„ eingelegte um 2 K	30–32 „	—	—	—	—
Barben	1 kg	1	40	1	60
Brachsen	„	1	20	1	60
Forellen	„	6	.	11	.
Hechte, lebend	„	2	.	3	40
„ tot	„	1	20	2	.
Karpfen, lebend	„	1	90	2	40
„ tot	„	.	60	1	40
Lachse	„	.	.	8	50
Schaiden	„	3	20	5	.
Schille	„	1	60	3	20
Sterlette	„	.	.	.	.
Stockfische	„	.	.	.	.
Schellfische	„		56	1	30
Weißfische	„	.	60	1	20
Krebse	1 St.	.	.	.	.
Huhn, junges, geputzt	1 St.	.	90	1	60
Masthuhn, geputzt	„	1	60	2	80
Poulard	„	2	20	3	40
„ steir.	1 kg	2	20	3	40
Kapaun	1 St.	3	.	3	80
„ steir.	„	.	.	.	.
Ente	„	2	40	4	80
Gans	„	4	.	8	.
Indian	„	.		.	
Taube	„	.	40	.	80
Fasan	1 St.	3	.	5	.
Rebhuhn	„	1	40	2	.
Wildente	„	2	.	3	.
Wildgans	„	.	.	.	.
Hase	„	2	80	4	.
Hirschfleisch	1 kg	1	.	2	.
Rehfleisch	„	.	80	2	.
Schwarzwild	„	.	.	.	.

Fleischpreise in Wien per Kilogramm in Hellern	Detailpreise (mit Zuwage) Bei den Ständen mit Preisbeschränkung beim Ochsenfleische von	bis	In den Markthallen von	bis	In den Bänken der Fleischhauer und Fleischverschleißer von	bis
Fleischgattungen						
Rindfleisch, vorderes	100	160	120	170	100	180
Rindfleisch, hinteres	120	190	148	210	120	220
Kalbfleisch	96	240	120	250	100	280
Schaffleisch	64	180	80	176	80	200
Schweinfleisch	150	220	162	220	126	260
Pferdefleisch, vorderes	.	.	.	.	60	104
Pferdefleisch, hinteres	.	.	.	.	80	120

Schlachtviehmarkt vom 28. Oktober 1907

(einschließlich des Kontumazmarktes vom 26. Oktober 1907).

1. Gesamtauftrieb: 4366 Stück, und zwar:

Mastvieh	3160 Stück
Weidevieh	223 „
Beinlvieh	983 „
Darunter unverkaufter Rest von dem vorwöchentlichen Donnerstagmarkte	89 „

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	2934 Stück	Kühe	639 Stück
Stiere	744 „	Büffel	49 „

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	3013 Stück
„ Galizien und der Bukowina	382 „
„ dem sonstigen Österreich	971 „
„ dem Auslande (Italien)	— „

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht.

Aus und über Ungarn:

Ochsen	I. Qualität	von	74	bis 100 K	(extrem bis	104 K)
„	II. „	„	64	„ 91 „		
„	III. „	„	58	„ 69 „		
Stiere		„	62	„ 78 „	(„ „	85 „)
Kühe		„	58	„ 69 „	(„ „	91 „)

Aus und über Galizien:

Ochsen	I. Qualität	von	84	bis 90 K	(extrem bis	92 K)
„	II. „	„	76	„ 83 „		
„	III. „	„	—	„ 74 „		

Aus anderen Ländern:

Ochsen	I. Qualität	von	91	bis 100 K	(extrem bis	106 K)
„	II. „	„	76	„ 90 „		
„	III. „	„	66	„ 75 „		

Aus und über Ungarn:

Weidevieh		von	46	bis 64 K	(extrem bis	— K)

Aus und über Galizien:

Weidevieh		von	—	bis — K	(extrem bis	— K)
Büffel		„	43	„ 55 „	(„ „	60 „)
Beinlvieh		„	42	„ 63 „		

b) Preis per Stück.

Beinlvieh . . . . . von 81 bis 400 K.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts verkauft.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	3862 Stück
„ „ „ auswärts	727 „
Unverkauft blieben	57 „

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden in der Woche vom 19. bis 25. Oktober 1907 für Wien angekauft . . . . . 501 „

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 271 Stück weniger aufgetrieben.

Bei langsamem Geschäftsverkehre wurden Prima-Maststallsorten um 1 K, mittlere Sorten um 1 bis 2 K billiger gehandelt.

Mindere Stallmastsorten, sowie Weidevieh konnten die vorwöchentlichen Preise behaupten.

Stiere, sowie Beinlvieh konnten die vorwöchentlichen Preise fest behaupten.

* * *

Städtisches Lagerhaus.

Vom 17. bis 24. Oktober 1907.

Waren eingelagert	39.367 Meterzentner
„ ausgelagert	33.444 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 12.135 Meterzentner.

Lagerstand vom 24. Oktober 1907 278.447 Meterzentner, und zwar:

13.281	Meterzentner	Weizen,	17.251	Meterzentner	Roggen,
33.635	„	Gerste,	67.774	„	Hafer,
27.341	„	Mais,	1.538	„	Linsen,
55.046	„	Mehl und Kleie,	3.083	„	Ölsaaten,
266	„	Zucker,	2.331	„	Wein,

— Hektoliter a 100% Spiritus.

Der Assekuranzwert dieser Waren stellte sich auf 5,830.250 K.

Baubewegung

vom 25. bis 28. Oktober 1907.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

II. Bezirk: Haus, Wolfgang Schmälzlgasse, Einl.-Z. 4439, von Marie Zavis (7803).

III. Bezirk: Haus, Rennweg 64, von Hermann Weinberg, Bauführer C. M. Kattner (7815).

XIII. Bezirk: Dreistöckiges Haus, Penzing, Einl.-Z. 1742, Hickelgasse, von Gottfried und Johanna Buresch, XIV., Märzstraße 63, Bauführer Joh. Schrepfer (45185).

XVI. Bezirk: Riegelbau auf Kat.-Parz. 269, Einl.Z. 292 Ottakring, Paulinensteig, von Marie Fink (64323).

„ „ Wohnhaus, Degengasse, Kat.-Parz. 475/1, Einl.-Z. 105, von Rud. Wiskočil (64886).

„ „ Wohnhaus, Degengasse, Kat.-Parz. 476/12, Einl.-Z. 610, von Rud. Wiskočil (65014).

XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Pötzleinsdorf, Hubertusstraße 130, von Wilhelm und Josefine Hein, IX., Alserstraße 48, Bauführer Paul Oberst, Maurermeister (36362).

Zubauten.

X. Bezirk: Einl.-Z. 283, Erlachgasse 128, von Johann und Magdalena Trapp, X., Erlachgasse 128, Bauführer Adam Uhl (67734).

„ „ Staatsbahnhof, von der k. k. Maschinenfabrik der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft, Bauführer Eduard Frauenfeld (67735).

Adaptierungen.

II. Bezirk: Große Pfarrgasse 22, von Johann Frühwirt (7774).

III. Bezirk: Reisnerstraße 19, von Detoma & Hechtl (7818).

V. Bezirk: Bräuhausgasse 75, von Franz Bibinger, Bauführer Heinrich Grund (7780).
VI. Bezirk: Kaunitzgasse 3, von Johann Frauenberger, Bauführer K. Kraus (7826).
VIII. Bezirk: Langegasse 2, von Leop. Ottitzky, Bauführer Jos. Daniel (7830).
IX. Bezirk: Liechtensteinstraße 56, von Heinrich Abranowicz, Bauführer A. Barber (7771).
" " Althangasse 9—9a, Fechtergasse 19, von Josef Wiener, Bauführer A. Barber (7816).
XIII. Bezirk: Penzing, Linzerstraße 122, von Anna Sager, Goldschlagstraße 209, Bauführer Ernst Grünauer (45184).
XV. Bezirk: Fünfhaus, Sechshauserstraße 36/38, von Marianne Herzig, Bauführer Leopold Ettmayer (23289).
XVI. Bezirk: Ottakringerstraße 161, von Karl Weißhaar, XVI., Arnethgasse 54 (64533).
" " Sandleitengasse, Real-Grundb.-Einl.-Z. 3279, von Wilhelm König, IV., Schikanedergasse 11, Bauführer derselbe (65471).
" " Sandleitengasse, Ecke Seeböckgasse, Real-Grundb.-Einl.-Z. 3277, von Wilhelm König, IV., Schikanedergasse 11, Bauführer derselbe (65173).
" " Sandleitengasse 34, von Franz Stipschitz, ebenda (65472).
XVII. Bezirk: Hernals, Weißgasse 2, von Kath. Haslinger, ebenda (46029).
XVIII. Bezirk: Währing, Sternwartestraße 59, von Ernst Krause, ebenda, Bauführer Georg Partholla, Baumeister (36990).
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Pyrkergasse 1, von Franziska Söllner, ebenda, Bauführer Adolf Micheroli, Baumeister (23634).

Diverse geringere Bauten.

IX. Bezirk: Waschküchenbau, Wagnergasse 2, Salzergasse 35, von Josef Buchegger, Bauführer R. Maranschek (7812).
XIX. Bezirk: Heiligenstadt, Hammerschmiedgasse 18, von Rosa Schaffer, ebenda, Bauführer Aktiengesellschaft für Korksteinfabrikation (23541).
" " Ober-Sievering, Sieveringerstraße 197, von Leopold Floderer, ebenda, Bauführer Adolf Micheroli, Baumeister (23542).
" " Unter-Sievering, Einl.-Z. 77, von Siegmund Nyitrai, durch Dr. Max Höfinger, I., Bartensteingasse 13 (23660).
" " Ober-Döbling, Radlmayergasse 3, von dem fürstl. Schwarzenberg'schen Bierdepot, ebenda, Bauführer Karl Höllerl, Baumeister (23693).

Stockwerksaufsetzungen.

XII. Bezirk: Aufsetzung eines Stockwerkes auf Parterretrakt im Hofe rechts, Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 170, Einl.-Z. 126, von Joh. Schediwy, Schönbrunnerstraße 242, Bauführer Johann Kloiber (44505).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

XII. Bezirk: Hetzendorf, Stachegasse 6, Einl.-Z. 401, von Alois Schaufler (43281).
" " Hetzendorf, Stachegasse 6, Einl.-Z. 229, von Alois Schaufler (43282).
" " Altmannsdorf, Einl.-Z. 174, Kat.-Parz. 204, 205/1 und 430, von Elisabeth Rainert (44446).
XIII. Bezirk: Unter-Baumgarten, Einl.-Z. 389, Hernstorferstraße und Felbigergasse, von Heinrich Kersch, XVIII., Höhnegasse 27 (45521).
XVI. Bezirk: Ottakring, Paulinensteig, Einl.-Z. 292, Kat.-Parz. 269, von Marie Fink (64324).
" " Ottakring, Degengasse, Einl.-Z. 105, Kat.-Parz. 475/1, von Method Tiltsch und Konsorten (64885).
" " Ottakring, Degengasse, Einl.-Z. 610, Kat.-Parz. 476/12, von Method Tiltsch und Konsorten (65013).
XVII. Bezirk: Hernals, Halirschgasse, Einl.-Z. 9695, Kat.-Parz. 535/27, von Franz Haslinger jun., Hernalser Hauptstraße 188 (45913).
XIX. Bezirk: Unter-Sievering, Brechergasse, Einl.-Z. 639, von Dr. Karl Sperber, k. k. Gerichts-Sekretär, Brechergasse 7 (23619).
" " Unter-Sievering, Sollingergasse, Einl.-Z. 668, von Gustav Holaubek, Baumeister, Heiligenstädterstraße 205 (23702).
XX. Bezirk: Wintergasse 20, von Al. Kuntner (7824).

Demolierungsanzeigen.

XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Ecke Kreindl- und Pyrkergasse, von Friedrich Stagl und Rudolf Schoderböck, Baumeister, XV. Klementinengasse 9, Demolierende dieselben (23477).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Neubau eines Hauptunratskanales in der Schönbrunner Hofallee und Umbau eines Hauptunratskanales in der Penzingerstraße bis zur Beckmanngasse, in der Beckmanngasse bis Or.-Nr. 11; Verbindung des Kanales der Beckmanngasse mit jenem der Linzerstraße, sowie Umbau der Einmündung des Kanales in der Flachgasse in jenen der Linzerstraße im XIII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 43.158 K 17 h.

Rzehaczek Eduard — Aufzahlung 8·9%.

Holzstöckelpflasterung im veranschlagten Kostenerfordernisse von 3250 K.

Blythe John B. — Aufzahlung 2·4%.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

18. Oktober 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Güns Marie — Pfaidlerei — IX., D'Orsaygasse 6.
Handler Anna — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier und Wein — X., Eugengasse 90.
Hänig Eleonore — Kleidermacherin — X., Gußriegelstraße 4.
Hubmeier Konrad — Gürtler — XV., Viktoriagasse 14 a.
Klaas Hermann — Handelsagentie — IX., Althangasse 7.
Klofant Wilhelmine — Witwenfortbetrieb des Anstreichergewerbes nach dem verstorbenen Richard Klofant — IX., Sobieskigasse 4 a.
Lichtenstein Isidor — Handel mit Mandeln und Pignozzien im großen und mit Kanditen und Zuckerwaren — IX., Berggasse 29.
Sodomka Marie — Kleinfuhrwerksgewerbe — XI., Eyzinggasse 25.
Stein Karl — Schlosser — XV., Beingasse 33.
Stepek Martin — Gastwirt, Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein, Obstwein und Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — IX., Währingergürtel 142.
Studniczka Helene — Flaschenbier-Verschleiß in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — III., Beatrixgasse 4 a.
Teumer Alexander — Anstreicher und Metallwaren-Lackierer — XIII., Beckmanngasse 11.
Veris Franz — Schuhmacher — XII., Schönbrunnerstraße 171.
Vlk Wenzel — Fleischselchergewerbe — X., Favoritenstraße 156.
Weigl Aloisia — Verschleiß von Papier, Kurz-, Galanterie- und Parfümrieswaren, von Seife und Kanditen — IX., Marktgasse 23.
Witousch Anton — Drechsler — XV., Möringgasse 20.
Wurm Dominikus — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XIII., Beckmanngasse 61.

* * *

19. Oktober 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

Aschenbrenner Franz — Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und Erfrischungen und von gebrannten geistigen Getränken im Rahmen des Kaffeeschankgewerbes — IX., Nußdorferstraße 9.
Denk Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IX., Glasergasse 14.
Engert Valerie — Modistin — IV., Favoritenstraße 27 a.
Greiner Aloisia, geb. Schröter — Verschleiß von Fleisch — IV., Naschmarkt.
Greiner Marie, geb. Harasta — Handel mit Bier und Wein in vorschriftsmäßig verschlossenen Flaschen — IV., Heumühlgasse 3.
Hofleitner Karl — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — IV., Mostgasse 3.
Hyka Franz — Greislerei mit Flaschenbier, jedoch mit Ausschluß des Detail-Verschleißes von Zucker, Kaffee, Tee, Gewürzen, Mineralien, Material- und Farbwaren, sowie von gebrannten geistigen Getränken in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — IX., Rotenlöwengasse 1 a.
Keller Antonia, geb. Borschutzky — Sauerkräutlerin — XIV., Markt Meiselstraße.
Klement Vinzenzia — Verabreichung von Speisen, Flaschenbierausschank — X., Thavonatgasse 2.

König Theresia — Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und Erfrischungen, Haltung erlaubter Spiele, Verabreichung von Rum und Kognak als Beigabe zum Kaffee und Tee — XIV., Avedikstraße 1.

Koran Antonia, geb. Tamchyna — Marktwiktualienhandel — IV., Markt Schwendergasse.

Lehky Marie, geb. Steinmetz — Damenkleidermacherin — IV., Wiedener Hauptstraße 55.

Markones Pauline — Verkauf von Marktwiktualien — IV., Naschmarkt.

Marschall Rudolf — Elektrotechnisches Gewerbe, Herstellung und Betrieb von Anlagen zur Erzeugung und Leitung von Elektrizität zu Zwecken der Beleuchtung, der Kraftübertragung und sonstiger gewerblicher und häuslicher Anwendung, jedoch nur im Anschlusse an bereits bestehende Zentralen und mit Ausschluß der Herstellung von Starkstromanlagen aller Art mit einer Spannung von mehr als 300 Volt Wechsel oder 600 Volt Gleichstrom — XVII., Hormayrgasse 5.

Menzl Johann jun. — Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken, Erfrischungen, von Likören, Ausschank von Flaschenbier, Flaschenwein, Haltung erlaubter Spiele — X., Laxenburgerstraße 24.

Mostler Marie — Flaschenbier-Verschleiß — X., Salvatorianerplatz.

Mostler Marie — Gemischtwaren-Verschleiß mit Ausschluß des Handels von Spezerei-, Kolonial- und Materialwaren, sowie des Detailhandels mit gebrannten geistigen Getränken — X., Salvatorianerplatz.

Necil Josef — Schuhmacher — X., Quellenstraße 101.

Redinger Barbara — Wäsche- und Feinputzerei — XXI., Hirschstetten, Kat.-Nr. 143.

Reininger Anna — Flaschenbierhandel — XXI., Kagran, Reichsstraße 99.

Offene Handelsgesellschaft Riedel & Beutel; Gesellschafter: Vinzenz Beutel sen. (Geschäftsführer), Friedrich Riedel, Vinzenz Beutel jun., Otto Beutel, Josefine Riedel — Weißnäherei — V., Gartengasse 18.

Rosner Babette — Sonnen- und Regenschirm-Erzeuger — XXI., Hamerlinggasse 1.

Schiller Dorothea — Trödlerei — XIV., Storchengasse 8.

Schweda Johanna — Kohlenhandel — XXI., Kagran, Floridsdorferstraße 258.

Stadlmayr Elisabeth, geb. Haiderer — Wäscheputzerei und Übernahme von Kleidern und Vorhängen zum Chemisch-Putzen, Färben und Appretieren — IV., Trappelgasse 9.

Firma Stenger & Schmidgruber; offene Handelsgesellschafter: Josef Stenger, Gustav Schmidgruber — Posamentierer — XIV., Jadengasse 4.

Stüdl Pius, Buchhaltungs-Revisor (Bücher-Experte) — IV., Starhembergasse 5.

Tironi Carlo — Verkauf von Grünwaren, Kartoffeln, Zwiebeln und Knoblauch — IV., Naschmarkt.

Brzal-Pächter Franz — Kupferschmied — XXI., Floridsdorf, Hauptstraße 16.

Walter Emmerich — Verkauf von Obst — IV., Naschmarkt.

Wessely Jakob — Erzeugung von Spirituosen auf kaltem Wege — IX., Wiederhofergasse 2.

Zachary Anton — Tischler — XIV., Herklotzgasse 38.

Zahradnik Johann — Flaschenbier-Verschleiß — XIV., Sechshauserstraße 75.

Zatloukal Josef — Tischler — XIV., Graumanngasse 18.

Zügner Franziska — Handel mit Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — XXI., Floridsdorf, Andreas Hoferstraße 9.

* * *

21. Oktober 1907.

Gewerbe-Unternehmungen.

Adler Emil Karl (Alleininhaber der Firma J. Adler) — Fabriksmäßige Kartonagewaren-Erzeugung — II., Zwerggasse 5.

Andolsek Rosina, geb. Dolschek — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — II., Sterneckplatz 17, Ecke Molkereistraße beim Gaskandelaber Nr. 2710.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Gemeinderat:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 25. Oktober 1907.

Inhalt:

Mitteilungen des Vorsitzenden:

1. Schreiben des Kabinetts-Direktors Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät, betreffend das Befinden Seiner Majestät des Kaisers . 2465
2. Entschuldigung der Gem.-Räte Rissaweg, Vignati, Schedifka, Dr. Krenn und Jelinek 2465
3. Beurlaubung des Gem.-Rates Stroh 2465
4. Dank Seiner Durchlaucht des Prinzen Alois von und zu Liechtenstein für die Teilnahme der Gemeinde Wien . . . 2465
5. Spende Seiner Durchlaucht des Prinzen Franz von und zu Liechtenstein im eigenen Namen und im Namen seiner Geschwister für die Armen Wiens (2000 K) 2465
6. Spende der Herren Weinberg für die Armen Wiens (5000 K) 2466
7. Spende des Herrn Ferdinand Wortner für das Wiener Versorgungsheim 2466
8. Spende Seiner Exzellenz des Herrn Oberstkämmerer Leopold Freiherrn v. Gudenus für die städtischen Sammlungen . . 2466
9. Spende des k. k. Handelsministeriums 2466
10. Legat des Herrn Martin Ritter v. Cassian für Schulzwecke . 2466
11. Spenden der Herren: Fabrikant Heinrich Kary und k. k. Kommerzialrat und kais. Rat Karl Köppel für die Armen Wiens, je 20 K 2466
12. Spende des Herrn Rudolf Karl Schwägerl für die durch die Wetterkatastrophe am 17. Juli 1907 betroffenen Personen (32 K 40 h) 2466
13. Veranstaltung eines Balles der Stadt Wien im Jahre 1908 . 2466
14. Zuschrift der Bezirksvertretung des III. Bezirkes, betreffend die Außerkraftsetzung des Ministerial-Erlasses über die strafrechtliche Behandlung jugendlicher Personen 2466
15. Dank des Herrn Bürgerschul-Direktors i. P. Karl Lang für die Verleihung der goldenen Salvator-Medaille 2467
16. Dank des Speckbacher-Denkmal-Komitees in Hall in Tirol für die bewilligte Subvention 2467
17. Dank des Hesser-Denkmal-Komitees für die bewilligte Subvention 2467
18. Spende des Herrn F. Biberhofer für die Stadtbibliothek . 2467

Interpellationen:

19. Gem.-Rat Kunschak, betreffend die Erledigung seines Antrages wegen Abänderung des Gemeinderats-Beschlusses vom 20. Dezember 1906, betreffend die Zeitbeförderung der städtischen Amts- und Schuldiener 2467
20. Derselbe, betreffend die Durchführung der Regelung der Dienst- und Lohnverhältnisse der Bediensteten der städtischen Straßenbahnen 2467
21. Gem.-Rat Allmeder, betreffend die Verbauung des Areales der ehemaligen k. k. Tabak-Regie im IX. Bezirke, Währingerstraße 2468
22. Gem.-Rat Neumann, betreffend die sanitären Zustände in der Knaben- und Mädchen-Volksschule im XIII. Bezirke, Lainzerstraße 148 2468
23. Gem.-Rat Dobes, betreffend den Umbau der Philadelphiabrücke im XII. Bezirke 2468
24. Gem.-Rat Klebinder, betreffend die Einberufung des Lagerhaus-Ausschusses 2468
25. Gem.-Rat Schuhmeier, betreffend die unentgeltliche Beförderung der in den Jubiläums-Stiftungshäusern im XVI. Bezirke wohnenden Schulkinder zu den Schulen durch die städtischen Straßenbahnen 2469
26. Gem.-Rat Dr. Reisch, betreffend Neusystemisierung des Status der städtischen Kanzleibeamten 2469
27. Gem.-Rat Dr. Mittler, betreffend die Erledigung seines Antrages auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der von dem Pflasterermeister Josef Kaufmann über die Vergebung von städtischen Pflastererarbeiten gemachten Angaben . . . 2469
28. Gem.-Rat Wagner, betreffend die Verbesserung des Straßenverkehres im XX. Bezirke (Inn- und Engerthstraße) 2469
29. Gem.-Rat Pichler, betreffend das Bekleben der Fenster der Straßenbahnwägen mit Anzeigezettel 2470
30. Gem.-Rat Wutschel, betreffend den Abfallwassergraben in der Unter-Meidlingerstraße 2470

Anträge:

31. Gem.-Rat Wagner, betreffend die sofortige Abstellung der Undichtheit des die Kronprinz Rudolfstraße übersetzenden Eisenbahnviaduktes 2470
32. Gem.-Rat Hawranek, betreffend die Auflassung der kommunalen Schlosserwerkstätte in der Lederergasse im VIII. Bezirke 2470
33. Gem.-Rat Sebastian Grünbeck, betreffend eine Überprüfung der Konzession für das Ziegelwerk in Hernals behufs eventueller Schließung desselben 2471

Referate:

34. Gem.-Rat Knoll, betreffend die Grundüberlassung für den Spitalbau in Floridsdorf 2471
35. Gem.-Rat Oppenberger, betreffend Ansuchen des Josef Elmer um Bestimmung der Schadloshaltung und des Übernahmspreises für die Straßengrundabtretung beziehungsweise Einbeziehung bei der Liegenschaft Einl.-Z. 931, Malzgasse 12, Leopoldsgasse 16, II. Bezirk 2471
36. Derselbe, betreffend Kaufoffert des Heinrich Koch und Hermann Kreilisheim auf die Baustelle Einl.-Z. 5235 Leopoldstadt und des Heinrich Koch und der Hermine Spitzer auf die Baustelle Einl.-Z. 5237 Leopoldstadt 2471

Seite

37. Gem.-Rat Büsch, betreffend Grunderwerbung und Projektskizze für den Bau einer Bürgerschule im östlichen Teile des VII. Bezirkes 2472
38. Vize-Bürgermeister Hierhammer, betreffend Förderung und Unterstützung des Projektes für die Errichtung eines „Technischen Museums" 2472
39. Derselbe, betreffend Beschaffung englischer Ersatzkohle für die städtischen Gaswerke 2476
40. Gem.-Rat Schneider, betreffend das Programm für die Ausgestaltung des städtischen Gaswerkes in Simmering und für die zukünftige Gasversorgung Wiens 2478
41. Derselbe, betreffend Systemisierung einer Monteurstelle für elektrische Anlagen 2489
42. Derselbe, betreffend Abänderung der Bestimmungen über die Ernennung von Bauprakikanten 2489
43. Gem.-Rat Hoß, betreffend Baulinien- und Niveaubestimmung für den Teil des XXI. Bezirkes westlich der Stadlauerstraße und südlich der Aspernstraße 2490
44. Derselbe, betreffend Rechnungsabschluß der städtischen Pfandleihanstalt im XXI. Bezirke pro 1905 und 1906, sowie Voranschlag pro 1908 2491
45. Derselbe, betreffend Systemisierung einer Beleuchtungsdienerstelle für den Beleuchtungsdienst am Zentral-Viehmarkte St. Marx 2494
46. Derselbe, betreffend Festsetzung der Translatorengebühren ab 1. Jänner 1908 2494
47. Derselbe, betreffend Systemisierung einer Bauaufsichts-Offizialsstelle extra statum 2494
48. Derselbe, betreffend Baulinienbestimmung für die Alsgasse im XVII. Bezirke 2495
49. Derselbe, betreffend Unfallfürsorge für die Bediensteten des Brauhauses der Stadt Wien in den auswärtigen Depots . . . 2495
50. Gem.-Rat Braun, betreffend Abänderung der Bestimmungen, betreffend die Übernahme von Kapitalien behufs Sicherstellung der Graberhaltung samt Monument 2495
51. Gem.-Rat Hörmann, betreffend Baulinien- und Verbauungsbestimmungen für den Rudolf v. Alt-Platz im III. Bezirke . . 2495
52. Derselbe, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von 50.000 K zur Ausgabs-Rubrik XXVII 1a zur Bedeckung der im Jahre 1907 noch zu gewärtigenden Auslagen für die kurrente Erhaltung der Kanäle 2496
53. Gem.-Rat Hölzl, betreffend Projektskizze für den Bau eines Kindergartengebäudes XIX., Hammerschmidtgasse 22 2497
54. Derselbe, betreffend Verpachtung von Gemeindegründen in der Silbergasse, beziehungsweise Pfarrwiesengasse und Hohenauergasse im XIX. Bezirke 2497
55. Derselbe, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von 2100 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 1d für die Abgrabung der Kat.-Parz. 329/5 in der Formanekgasse im XIX. Bezirke . . . 2498
56. Gem.-Rat Ferdinand Gräf, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von 15.100 K zur Ausgabs-Rubrik XXII 1b für die Pflasterung der Friedmanngasse von Or.-Nr. 24 bis zur Veronikagasse im XVI. Bezirke 2498
57. Derselbe, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von 30.000 K zur Ausgabs-Rubrik XXVII 7 zur Bedeckung des bei der Einwölbung des Ottakringerbaches (vierte Teilstrecke) und dem Kanalbaue in der Koppstraße, sowie in der von der Spetterbrücke zur Hasnerstraße führenden unbenannten Diagonalstraße zwischen der Herbst- und Koppstraße im XVI. Bezirke pro 1907 eingetretenen Mehrerfordernisses 2498
58. Gem.-Rat Tomola, betreffend Offert der Eheleute Nierenberger, auf Verkauf des Hauses XVIII., Währingerstraße 153 an die Gemeinde 2498
59. Derselbe, betreffend Ansuchen der Wiener Kommunalsparkassa im Bezirke Döbling um Genehmigung der Erbauung eines Anstaltsgebäudes 2499
60. Derselbe, betreffend unentgeltliche Beförderung von Schulkindern auf den städtischen Straßenbahnen 2499
61. Derselbe, betreffend Statutenentwurf für einen Zentralverein zur Errichtung und Erhaltung von Knabenhorten in Wien . . 2499
62. Gem.-Rat Knoll, betreffend Baulinienabänderung für die östliche Parallelgasse zur Reichsstraße nördlich der Hauptstraße in Kagran im XXI. Bezirke 2506
63. Gem.-Rat Zatzka, betreffend Bewilligung eines Zuschußkredites von 9000 K zur Ausgabs-Rubrik XXXIII 12 zur Deckung der Mehrkosten für die Erweiterung des Baumgartener Friedhofes . 2507
64. Derselbe, betreffend Auflassung der projektierten Verlängerung der Kremsergasse zur St. Veitgasse im XIII. Bezirke 2507
65. Gem.-Rat Brauneiß, betreffend Detailprojekt für den Schulbau XIV., Johnstraße—Meiselstraße 2507

Seite

66. Gem.-Rat Schwer, betreffend das neuerliche Ansuchen des Rektors der Kongregation der Resurrektionisten P. Jakob Kuklinski um Bewilligung einer Subvention zur Restaurierung der St. Josefskirche auf dem Kahlenberge (Ablehnung) 2508
67. Gem.-Rat Wessely, betreffend Systemisierung des Diener- und Arbeiterpersonales für das zu eröffnende Pferdeschlachthaus 2508
68. Derselbe, betreffend das Ansuchen des Josef Zelniczek um Verlängerung der Frist zur Abtragung des Gumpendorfer Schlachthauses 2509

Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates vom 25. Oktober 1907.

Inhalt:

1. Gem.-Rat Dr. Ritter v. Findenigg und Dr. Klotzberg, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an einen Wohltätigkeitsverein 2509
2. Gem.-Rat Dr. Ritter v. Findenigg, Ahorner und Dr. Haas, betreffend Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an einen Wohltäter 2509
3. Gem.-Rat Wessely, betreffend das Ansuchen des Karl Horn, Assistent im Straßensäuberungs-Inspektorate, um Beförderung . 2509
4. Gem.-Rat Weitmann, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Gem.-Rat Karl Stehlik . . 2509
5. Gem.-Rat Tomola, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Wiener Sängerverband 2509
6. Derselbe, betreffend das Ansuchen der Anna Bunning, Volksschullehrerswaise, um eine Gnadengabe 2509
7. Derselbe, betreffend das Ansuchen der Marie Schaffer, Gattin des vermißten Volksschullehrers I. Klasse Josef Schaffer, um Zuweisung einer Witwenpension 2509
8. Derselbe, betreffend die Bewilligung einer gnadenweisen Abfertigung für Johann Lorenz, Kanzlei-Sekretär der Kinderheilanstalten der Stadt Wien 2509
9. Gem.-Rat Hoß, betreffend die Gewährung eines Gehaltsvorschusses an einen städtischen Beamten 2509
10. Derselbe, betreffend das Ansuchen des Franz Spatzierer, Kutscher im städtischen Asyl- und Werkhause, um Lohnerhöhung 2510
11. Derselbe, betreffend das Ansuchen der Emilie Rašl, Tierarztenswitwe, um Erhöhung ihrer Gnadengabe 2510
12. Derselbe, betreffend das Ansuchen der Marie Klupp, Kanalaufseherswitwe, um Fortbezug des gnadenweisen Erziehungsbeitrages für ihren Sohn Gustav 25 0
13. Derselbe, betreffend das Ansuchen eines städtischen Beamten um einen Gehaltsvorschuß 2510
14. Derselbe, betreffend das Ansuchen der Leopoldine Hochhauser, Kanzlistenswitwe, um Erhöhung ihrer Gnadengabe . 2510
15. Derselbe, betreffend das Ansuchen der Katharina Saßmann, Wasserleitungsaufseherswitwe, um eine Gnadengabe 2510
16. Derselbe, betreffend das Ansuchen der Josefine Wolf, Kanzlistenswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe und des gnadenweisen Erziehungsbeitrages für ihre Tochter Hermine . . 2510
17. Derselbe, betreffend das Ansuchen des Anton Bösel und Ferdinand Koch, städtischer Kabellegungs-Aufseher, um Aufbesserung der Bezüge und definitive Anstellung 2510
18. Derselbe, betreffend die Einreihung des Personales in die neu geschaffenen Stellen der drei Hilfsstatus des Stadtbauamtes 2510

Stadtrat:
Sitzungen des Stadtrates 2510

Allgemeine Nachrichten:
Feierliche Grundsteinlegung 2510
Genossenschafts-Angelegenheiten:
Schlosser-Genossenschaft 2510
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 20. bis 26. Oktober 1907 2510
Pferdemarkt vom 25. Oktober 1907 2511
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 26. Oktober 1907 2511
Heu- und Strohmarkt vom 20. bis 26. Oktober 1907 2511
Detailpreise für Lebensmittel vom 20. bis 26. Oktober 1907 2512
Schlachtviehmarkt vom 28. Oktober 1907 2513
Städtisches Lagerhaus 2513

Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 25. bis 28. Oktober 1907 . . . 2513
Städtische Arbeiten und Lieferungen:
Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen 2514
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 2514
Kundmachungen.

Beilage:
Gesetze, Verordnungen und Entscheidungen sowie Normativbestimmungen des Gemeinderates, Stadtrates und des Magistrates (X).

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat **August Stich.**
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — Buchdruckerei **E. Kainz** vorm. **J. B. Wallishausser.**

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Anbote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Vadium anzuschließen.

Der Anschluß der Vadien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Vadien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1907.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
4. Nov. 11 Uhr	Abteilung III (Mag.-Rat **Groll,** Neues Rathaus, V. Stiege, 2. Stock)	5082	Rechter Hofseitentrakt des Hauses XVII., Bergsteiggasse 33.	**Abtragung.**	— Vorbemerkung: Demolierungsvorschrift erliegt in der Stadtbauamts-Abteilung II/III. 1—2
14. Nov. 10 Uhr	Abteilung VI (Mag.-Rat **Schaufler,** Neues Rathaus, IV. Stiege, Hochparterre)	1627	—	**Lieferung von drei transparenten Zifferblättern für die öffentliche Uhr an der neuen Pfarrkirche in Floridsdorf.**	— 2—3
11. Nov. 10 Uhr	Abteilung VIII (Mag.-Rat **Schmidbauer,** Altes Rathaus, I., Wipplingerstr. 8, II. Stiege, 2. Stock)	2059	Städtische Wasserleitungen.	**Lieferung von Öl und Seifensiederwaren**	— Vorbemerkung: Bedingnisse im Bauamte, Fach-Abteilung VII a, I., Altes Rathaus. 1—3

*

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
11. Nov. 10 Uhr	Abteilung IX (Mag.-Rat Dr. Konst. Mayer, Neues Rathaus, V. Stiege, 2. Stock)	2706	Lagerhaus der Stadt Wien, II., Ausstellungsstraße.	Vermietung des Restaurationsgebäudes zum Betriebe des Gast- und Schankgewerbes vom 1. Februar 1908 bis 31. Jänner 1911.	— Vorbemerkung: Die Vorschrift für den Bestandnehmer des Restaurationsgebäudes im Lagerhause der Stadt Wien, welche auch die Bedingungen für die Beteiligung an dieser Offertverhandlung enthält, kann bei der Mag.-Abt. IX und bei der Lagerhausverwaltung während der Amtsstunden eingesehen und gegen Erlag von 20 h bezogen werden. 2—3
6. Nov. 10 Uhr	Abteilung X (Mag.-Rat Dr. Rauscher, Neues Rathaus, III. Stiege, Hochparterre)	7834	Bau der Arkaden und Kolumbarien im Wiener Zentral-Friedhofe.	Feinklinkerpflaster . . . . . oder Terrazzopflaster (Mosaik) . .	9674 K 40 h 14.178 K Vorbemerkung: Pläne, Kostenanschläge, allgemeine und besondere Bedingnisse liegen im Stadtbauamte, Fach-Abteilung III, zur Einsicht auf. 1—3
7. Nov. 10 Uhr	detto	7964	Neue Sanitätsstation X., Arsenalstraße.	Fahrbetriebsmittel, und zwar: 6 Ambulanzwagen zum Transporte von nicht infektiös erkrankten Personen exklusive der Räder. 2 große Leichenwagen. 1 kleiner Leichenwagen. 2 große Effekteneinsammelwagen. 2 große Rückstellwagen. 1 Streifwagen.	17.760 K Vorbemerkung: Die Bedingnisse sind in der Mag.-Abt. X einzusehen.
5. Nov. 11 Uhr	Abteilung XXII (Mag.-Rat Dr. Spaeth, Neues Rathaus, Parterre, Eingang v. der Lichtenfelsgasse)	2034	—	Beistellung des Amtsfuhrwerkes zu Kommissionen und anderen amtlichen Erhebungen.	— 2—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
11. Nov. 11 Uhr	Direktion der städt. Elektrizitätswerke, IX./2, Mariannengasse 4, 1. Stock	17705/I c	Ausbau des Werkes II der Zentralen der städtischen Elektrizitätswerke an der Simmeringerlände im XI. Bezirke.	Erd- und Baumeisterarbeiten . . Romanzementlieferung	887.324 K 5 h und 20.000 K Pauschale 30.800 K Vorbemerkung: Pläne, Bedingnisse und Kostenanschläge liegen bei der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke an Werktagen von 9 bis 12 Uhr vor- und 3 bis 5 Uhr nachmittags zur allgemeinen Einsicht auf und sind daselbst auch zum Preise von 2 K käuflich. Das Vadium beträgt 5 Prozent der Kostenanschlagsumme. 1—3

Baukautionen

Vadien

bestellt zu kulanten Bedingungen

Allgemeine Kautionsbank-Aktiengesellschaft

Wien, IV., Technikerstraße Nr. 5.

M.-Abt. IX, 2706/07.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vermietung des Restaurationsgebäudes im Lagerhause der Stadt Wien, II., Ausstellungsstraße, zum Betriebe des Gast- und Schankgewerbes vom 1. Februar 1908 bis 31. Jänner 1911 wird vom Wiener Magistrate, Abteilung IX, **am Montag den 11. November 1907, pünktlich um 10 Uhr vormittags,** im Bureau des Herrn Magistratsrates Dr. Konstantin Mayer, im Neuen Rathause, V. Stiege, 2. Stock, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Vorschrift für den Bestandnehmer des Restaurationsgebäudes, welche auch die näheren Bedingnisse für die Beteiligung an dieser Offertverhandlung enthält, kann in der erwähnten Magistrats-Abteilung und bei der Lagerhaus-Verwaltung, II., Ausstellungsstraße, während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können daselbst gegen Erlag von 20 h bezogen werden.

Die Anbote sind in der in der Vorschrift vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Spätestens einen Tag vor der Abhaltung der Offertverhandlung sind die in den Bedingnissen vorgeschriebenen Vadien bei der städtischen Hauptkassa, I., Neues Rathaus, zu erlegen.

Der Offertverhandlungs-Kommission ist der Empfangschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Vadium vorzuweisen.

Der Anschluß der Vadien an das Offert ist unzulässig. Die Gemeinde übernimmt bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden im Lagerhause der Stadt Wien oder in der erwähnten Magistrats-Abteilung erteilt.

Vom Wiener Magistrate,

im selbständigen Wirkungskreise,

am 19. Oktober 1907. 2—3

**

M.-Abt. XI b, Z. 5837.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Die Magistrats-Abteilung für geschlossene Armenpflege, Wiener Versorgungsheim in Wien, XIII. Bezirk, hält behufs Sicherstellung der für das Wiener Versorgungsheim und die auswärtigen Wiener Versorgungshäuser, für die Armen- und Waisenhäuser, für das Asyl- und Werkhaus und das Asyl für verlassene Kinder im Jahre 1908, eventuell in der Zeit vom 1. Jänner 1908 bis 31. Dezember 1910 erforderlichen Leinwand- und Materialartikel **am Montag den 18. November 1907, um 10 Uhr vormittags**, in ihren Amtslokalitäten (Wien, XIII., Wiener Versorgungsheim) eine öffentliche, schriftliche Offertverhandlung ab.

Gegenstand der Anbote sind nachstehende Artikel:

1. 85 cm breiter gebleichter Molino im beiläufigen Ausmaße von jährlich 30.000 m (Vadium 1270 K).

2. 90 cm breiter sechsschäftiger Köper-Kroise aus halbgebleichtem Baumwollgarn Nr. 10/20 im beiläufigen Ausmaße von jährlich 10.800 m (Vadium 350 K).

3. 156 cm breite Leintücherleinwand im beiläufigen Ausmaße von jährlich 13.820 m (Vadium 1100 m).

4. 90 cm breiter, aus der Küppe gefärbter blauer Molino im beiläufigen Ausmaße von jährlich 3800 m (Vadium 200 K).

5. 78 cm breite Belgierleinwand im beiläufigen Ausmaße von jährlich 2540 m (Vadium 75 K).

6. 78 cm breite Rupfenleinwand im beiläufigen Ausmaße von jährlich 2420 m (Vadium 65 K).

7. 78 cm breite halbgebleichte Leinwand im beiläufigen Ausmaße von jährlich 6450 m (Vadium 170 K).

8. 74 cm breiter Barchent im beiläufigen Ausmaße von jährlich 9350 m (Vadium 430 K).

9. 80 cm breiter Matratzengradl im beiläufigen Ausmaße von jährlich 2550 m (Vadium 120 K).

10. 156 cm breiter Kouvertdeckenstoff im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1550 m (Vadium 180 K).

11. 80 cm breites quadrilliertes Bettzeug im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1980 m (Vadium 75 K).

12. 50 cm breites Leinenhandtücherzeug mit Kreppbindung im beiläufigen Ausmaße von jährlich 550 m (Vadium 20 K).

13. 65 cm breiter Sommerdrill im beiläufigen Ausmaße von jährlich 920 m (Vadium 40 K).

14. 78 cm breiter Feuerwehrgradl im beiläufigen Ausmaße von jährlich 6890 m (Vadium 300 K).

15. 78 cm breiter ungebleichter Zwilch im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1000 m (Vadium 35 K).

16. 96 cm breiter grüner Zwilch im beiläufigen Ausmaße von jährlich 910 m (Vadium 60 K).

17. 136 cm breiter Plachengradl im beiläufigen Ausmaße von jährlich 470 m (Vadium 35 K).

18. 78 cm breiter Wärterinnen-Joppenstoff im beiläufigen Ausmaße von jährlich 370 m (Vadium 15 K).

19. 96 cm breites Ärmelfutter im beiläufigen Ausmaße von jährlich 2920 m (Vadium 100 K).

20. 140 cm breiter Futterkloth im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1850 m (Vadium 120 K).

21. 78 cm breiter ungebleichter Molino im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1000 m (Vadium 30 K).

22. 88 cm breiter grauer Futtershirting (Damis) im beiläufigen Ausmaße von jährlich 4850 m (Vadium 90 K).

23. Roßhaar im beiläufigen Ausmaße von jährlich 12.350 kg (Vadium 1730 K).

24. Schafwolle im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1380 kg (Vadium 320 K).

25. Kautschukeinlagen im beiläufigen Ausmaße von jährlich 2700 m (Vadium 340 K).

26. Rohrfußdecken im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1400 Stück (Vadium 50 K).

27. Männerhalstücher im beiläufigen Ausmaße von jährlich 2350 Stück (Vadium 130 K).

28. Blaue, aus der Küppe gefärbte Molinosacktücher mit der eingedrückten Marke „Gemeinde Wien" im beiläufigen Ausmaße von jährlich 5350 Stück (Vadium 150 K).

29. Männerhüte im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1700 Stück (Vadium 220 K).

30. Frauenhalstücher im beiläufigen Ausmaße von jährlich 2020 Stück (Vadium 130 K).

31. Stearinkerzen im beiläufigen Ausmaße von jährlich 255 kg (Vadium 15 K).

32. Paraffinkerzen im beiläufigen Ausmaße von jährlich 440 kg (Vadium 20 K).

33. Kernseife im beiläufigen Ausmaße von jährlich 19.850 kg (Vadium 560 K).

34. Kristall- und Ammoniaksoda im beiläufigen Ausmaße von zusammen jährlich 76.400 kg (Vadium 300 K).

35. Petroleum im beiläufigen Ausmaße von jährlich 26.350 kg (Vadium 520 K).

36. Weizenstärke zur Kleisterbereitung im beiläufigen Ausmaße von jährlich 27.275 kg (Vadium 330 K).

37. Laugenstein im beiläufigen Ausmaße von jährlich 1500 kg (Vadium 15 K).

38. Schmierseife im beiläufigen Ausmaße von jährlich 2000 kg (Vadium 45 K).

Die Lieferung sämtlicher Artikel gelangt für die Jahre 1908 bis 1910 zur Vergebung. Der bestellte Kontrahent ist jedoch verpflichtet, bis 1. Juli jedes Jahres den Preis für das nächste Jahr bekanntzugeben und steht es der Gemeinde frei, diesen Preis anzunehmen oder abzulehnen, sohin den Vertrag als aufgelöst zu erklären und die Lieferung anderweitig zu vergeben.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen auf Seite 2 und im Anhange derselben ersichtlichen Weise einzubringen, mit dem Erlagscheine über das erlegte vorschriftsmäßige Angeld in der oben angegebenen Höhe, sowie mit Mustern zu belegen.

Von Mustern wird mindestens ein halber Meter, bei Roßhaaren 1 kg, bei Petroleum 3/4 Liter und bei Hüten 1 Stück verlangt.

Alle beigebrachten Muster müssen mit dem Namen des Offerenten, der Bezeichnung des bemusterten Artikels und der Angabe des Preises versehen sein.

Die vorzitierten Bedingnisse für die Übertragung und Ausführung der Lieferung der zur Ausschreibung gelangten Artikel

und Waren können entweder in der städtischen Hauptkassa oder in der Hauskassa des Wiener Versorgungsheimes in Wien, XIII. Bezirk, eingesehen oder um 20 h per Stück angekauft werden. Die Verwaltungskanzlei des Wiener Versorgungsheimes erteilt auch alle weiteren Auskünfte und können daselbst die Muster, nach welchen zu liefern ist, bis zum Offertverhandlungstage besichtigt werden.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, im Oktober 1907. 2—3

D. Z. 10525/17, 0.

Kundmachung.

(Offertausschreibung. — Lieferung von Motorwagen-Streusand.)

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen benötigt für das Jahr 1908 rund 3000 m³ Motorwagen-Streusand, welche im Wege der öffentlichen Ausschreibung zur Vergebung gelangen.

Die Offertverhandlung findet **am 6. November 1907, um 9 Uhr vormittags,** im Sitzungssaale der Bezirksvertretung Wieden, Wien, IV., Schäffergasse 3, statt.

Die näheren Bedingnisse sind bei der Betriebsleitung IV., Favoritenstraße 9, erhältlich, woselbst auch Auskünfte erteilt werden.

Die Offerenten haben in ihrem Anbote sich ausdrücklich auf diese Kundmachung zu beziehen und im Offerte die Erklärung abzugeben, daß sie die Bedingnisse zur Kenntnis genommen haben und sich denselben vollinhaltlich unterwerfen.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 18. Oktober 1907. 2—3

G.-Z. 8838.

Kundmachung.

(Erledigte Lehrstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Lehrstellen zur Besetzung:

1 Stelle eines Bürgerschullehrers I. Klasse (V. Kategorie) für die Lehrgegenstände der naturwissenschaftlichen Fachgruppe;

2 Stellen eines Bürgerschullehrers I. Klasse (V. Kategorie) der mathematisch-technischen Fachgruppe;

6 Stellen einer Bürgerschullehrerin I. Klasse (VI. Kategorie) der sprachlich-historischen Fachgruppe;

42 Stellen eines Lehrers I. Klasse (VII. Kategorie);

46 Stellen einer Lehrerin I. Klasse (VIII. Kategorie);

5 Stellen eines definitiven Bürgerschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) der sprachlich-historischen Fachgruppe;

2 Stellen eines definitiven Bürgerschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) der naturwissenschaftlichen Fachgruppe;

5 Stellen eines definitiven Bürgerschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) der mathematisch-technischen Fachgruppe;

3 Stellen einer definitiven Bürgerschullehrerin II. Klasse (IX. Kategorie) der sprachlich-historischen Fachgruppe;

1 Stelle einer definitiven Bürgerschullehrerin II. Klasse (IX. Kategorie) der naturwissenschaftlichen Fachgruppe;

1 Stelle einer definitiven Bürgerschullehrerin II. Klasse (IX. Kategorie) der mathematisch-technischen Fachgruppe;

40 Stellen eines definitiven Volksschullehrers II. Klasse (X. Kategorie);

33 Stellen einer definitiven Volksschullehrerin II. Klasse (X. Kategorie);

4 Stellen eines definitiven Bezirksaushilfslehrers mit dem Standorte an Bürgerschulen (IX. Kategorie) der sprachlich-historischen Fachgruppe;

6 Stellen eines definitiven Bezirksaushilfslehrers mit dem Standorte an Bürgerschulen (IX. Kategorie) der naturwissenschaftlichen Fachgruppe;

5 Stellen eines definitiven Bezirksaushilfslehrers mit dem Standorte an Bürgerschulen (IX. Kategorie) der mathematisch-technischen Fachgruppe;

11 Stellen eines definitiven Bezirksaushilfslehrers mit dem Standorte an allgemeinen Volksschulen (X. Kategorie);

4 Stellen einer definitiven Bezirksaushilfslehrerin mit dem Standorte an allgemeinen Volksschulen (X. Kategorie);

Die Bewerbungsgesuche müssen **längstens bis 16. November 1907** eingebracht werden.

Näheres im Amtsblatte der Stadt Wien vom 22. Oktober 1907, Nr. 85.

Vom k. k. Bezirksschulrate Wien,

am 17. Oktober 1907. 2—2

Der Vorsitzende-Stellvertreter:

Gugler.

Z. 6692 ex 1907.

XIII.

Kundmachung.

(Hermine Elßler'sche Stipendienstiftung für Schüler der k. k. Akademie der bildenden Künste und des Konservatoriums in Wien.)

Aus der Hermine Elßler'schen Stipendienstiftung für Schüler der k. k. Akademie der bildenden Künste und des Konservatoriums in Wien sind vom Beginne des Studienjahres 1907/08 an zwei Stipendien mit dem Jahresbezuge von je 600 K zu verleihen.

Anspruch auf ein solches Stipendium haben ohne Unterschied des Bekenntnisses junge Männer, welche dem Studium der

***

dramatischen Kunst, der Musik, Malerei oder Bildhauerkunst an den genannten Anstalten obliegen, in Wien geboren und österreichische Staatsangehörige sind, das 15. Lebensjahr zurückgelegt haben, ferner hervorragende Begabung und vorzüglichen Fleiß aufweisen, mittellos und sittlich unbescholten sind.

Bei der Verleihung sind diejenigen Bewerber vorzugsweise zu berücksichtigen, welche mit der Stifterin verwandt sind, und zwar nach dem Grade der Verwandtschaft mit derselben, oder welche von dem Stiftungskurator vorgeschlagen werden, jedoch nur insofern sie den oben angeführten Bedingungen entsprechen, mit der Ausnahme, daß bei Verwandten der Stifterin das Erfordernis der Geburt des Bewerbers in Wien entfällt.

Sämtliche Stipendien können an Schüler der dramatischen Kunst oder Musik, beziehungsweise Malerei oder Bildhauerkunst ohne Einhaltung eines bestimmten Turnus verliehen werden.

Der Genuß des Stipendiums dauert bis zur Erlangung der Selbsterhaltungsfähigkeit, erlischt jedoch unter allen Umständen mit dem zurückgelegten 24. Lebensjahre.

Bewerber haben ihre Gesuche bis **längstens 15. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen und denselben den Tauf(Geburt)schein, den Heimatschein, ein Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, ein Sittenzeugnis, die Studiennachweise, sowie den etwaigen, durch amtliche, den Inhalt der Ehe- und Tauf(Geburt)matriken wortgetreu wiedergebende Auszüge zu erbringenden Nachweis der Verwandtschaft mit der Stifterin anzuschließen.

In dem Gesuche muß — abgesehen von den Angaben im Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse — ferner ausdrücklich angeführt werden, ob der Stipendienwerber oder eines seiner Geschwister bereits im Genusse eines Stipendiums oder eines Erziehungsbeitrages u. s. w. steht oder nicht, bejahenden Falles ist dieses Stipendium, beziehungsweise der betreffende Genuß, sowie dessen Betrag anzuführen.

Ein Verschweigen oder eine unrichtige Angabe rücksichtlich eines derartigen Genusses würde im gegebenen Falle die Annullierung der Stipendienverleihung nach sich ziehen.

Nur die mit einem legalen Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse belegten Gesuche sind stempelfrei.

Auf verspätet überreichte und auf nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Oktober 1907. 2—3

Z. 6816/07.
XIII.

Kundmachung.

(Georg Rittmann'sche Stiftung.)

Am 1. Februar 1908 gelangen die Interessen der Georg Rittmann'schen Stiftung im Betrage von 1750 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind berufen alle nach Wien zuständigen, im VI. oder VII. Gemeindebezirke durch mindestens ein Jahr wohnhaften, durch Unglücksfälle verarmten, wegen Alter oder Körpergebrechen arbeitsunfähigen, selbständigen oder selbständig gewesenen Gewerbsleute (Meister) und deren Witwen ohne Unterschied der Religion, welche mit keiner oder höchstens mit einer dauernden Unterstützung von 6 K pro Monat beteilt sind.

Die zum Stiftungsgenusse Berufenen werden hiemit aufgefordert, sich an einem Werktage vom **2. bis inklusive 20. Jänner 1908** zwischen 10 bis 12 Uhr vormittags ohne Gesuch, jedoch unter Mitbringung eines legalen Armutszeugnisses, in welchem, wenn sie durch Unglücksfälle verarmt sind, dieser Umstand bestätigt sein muß, des Zuständigkeitsausweises, des Tauf(Geburt)scheines, des letzten Zahlungsauftrages über die allgemeine Erwerbsteuer, des polizeilichen Meldungszettels, eventuell des Totenzettels des Gatten, des Gewerbezurücklegungs-Ratschlages, des etwaigen Bezugsbüchels für die dauernde Unterstützung, und, wenn sie sich auf ihre Erwerbsunfähigkeit infolge Alters oder Körpergebrechen berufen, auch eines armenärztlichen Pareres hierüber, in der Magistrats-Abteilung XIII einzufinden und daselbst ihre Bitte mündlich anzubringen.

Auf eingebrachte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Oktober 1907. 2—3

Z. 6813 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Franz Pretschgo'sche Stiftung.)

Am 1. März 1908 gelangen die Interessen der Franz Pretschgo'schen Stiftung für Arme im ehemaligen Gemeindegebiete von Dornbach im Betrage von 172 K zur Verteilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben notorisch dürftige, nach Wien zuständige Personen, welche im ehemaligen Gebiete von Dornbach ansässig sind.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburt)schein, den Heimatschein und ein legales Armutszeugnis über ihre notorische Bedürftigkeit anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 1. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Oktober 1907. 2—3

Z. 6868/07.
XIII.

Kundmachung.

(Alois Drasche'sche Armenstipendien pro 1908.)

Aus den Erträgnissen des Alois Drasche'schen Armenstiftungsfondes gelangt im Jahre 1908 ein Betrag von 38.000 K in einer den Bedürfnissen entsprechenden Anzahl von Stipendien per 200 K und per 400 K an arme Personen zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stipendien haben nach den Bestimmungen des Testamentes des Stifters, des gewesenen Fabrikanten Alois Drasche aus Brünn, solche verarmte Personen, welche unverschuldet in Not und Elend geraten, wenn auch nur zeitweilig, ganz erwerbsunfähig sind, oder zur Erhaltung der Familie, wenn auch nur zeitweilig, nicht genügenden Erwerb besitzen, welche ferner christlicher Religion und deutsch-österreichischer Nationalität sind.

Dieselben müssen ihr festes Domizil in Wien, und zwar entweder in der Inneren Stadt oder in den früher bestandenen 33 Vorstädten, also in einem der vor dem 21. Dezember 1890 bestandenen zehn Bezirke, haben, müssen einen moralischen Lebenswandel führen und ein derart unbescholtenes Vorleben haben, daß sie niemals wegen einer entehrenden Gesetzesübertretung, wozu aber auch jene der leichtsinnigen Krida gehört, verurteilt wurden.

Hiebei macht die frühere oder gegenwärtige Bedienstung, Stellung oder Beschäftigung, der ledige, verheiratete oder Witwenstand keinen Unterschied, so daß auch öffentliche oder Privatbeamte zum Stiftungsgenusse berufen sind.

Unter den Bewerbern sind des Stifters Verwandte oder Abstämmlinge derselben vor allen, dann aber Personen aus dem Gewerbe-, Fabriks- oder Handelsstande, unter diesen, sowie unter allen Bewerbern, welche die festgesetzten allgemeinen Eigenschaften haben, vorzugsweise jene Bewerber mit dem Stiftungsgenusse zu beteilen, denen die Ernährung einer größeren Anzahl unmündiger Kinder obliegt, diese Bewerber mögen verheiratet oder verwitwet, männlichen oder weiblichen Geschlechtes sein.

Ledige Personen können bloß mit Stipenden zu 200 K bedacht werden.

Die Verleihung der Stipendien geschieht bloß für ein Jahr, doch können diese wiederholt an dieselben Personen verliehen werden; die betreffenden Bewerber sind aber den neuen Bewerbern gleich zu betrachten und haben demnach neuerlich ihre Würdigkeit auszuweisen.

Bewerber um ein solches Stipendium haben in ihren einzubringenden Gesuchen ihre persönlichen und materiellen Verhältnisse wahrheitsgetreu darzustellen und die Erklärung aufzunehmen, daß sie nie wegen einer entehrenden Gesetzesübertretung oder wegen leichtsinniger Krida verurteilt worden sind.

Außerdem haben dieselben ihren Gesuchen:

1. ein von der k. k. Polizei-Direktion Wien ausgestelltes Moralitätszeugnis;
2. ein legales Armutszeugnis;
3. ihren Taufschein;
4. ihren Heimatschein;
5. ihren Trauschein und eventuell auch den Totenschein des verstorbenen Gattenteiles, dann
6. die Taufscheine aller ihrer Kinder beizulegen.

Wenn sie sich auf ihre Erwerbsunfähigkeit berufen, haben sie auch ein armenärztliches Parere hierüber anzuschließen.

Die unter 1 und 2 angeführten Zeugnisse müssen neu, das heißt nach dem 10. Oktober 1907 ausgestellt sein.

Endlich haben sie den Nachweis über ihre derzeitige Beschäftigung und über den Umstand, daß sie deutsch-österreichischer Nationalität sind, zu erbringen.

Die in solcher Weise belegten und mit der geforderten Erklärung versehenen Gesuche sind **längstens bis 30. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Die Namen der mit einem Stipendium beteilten Personen werden nach Anordnung der testamentarischen Bestimmungen des Stifters seinerzeit veröffentlicht.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. Oktober 1907. 3–3

Z. 6826 ex 1907.
XIII.

Kundmachung

(August Zang'sche Stiftung.)

Am 4. März 1908 gelangen aus den Interessen der August Zang'schen Stiftung für notleidende Kleingewerbetreibende Wiens 4000 K zur Verteilung.

Auf den Genuß dieser Stiftung haben jene Kleingewerbetreibenden Anspruch, welche ohne ihr Verschulden in eine Notlage geraten sind, ohne Rücksicht auf ihre Konfession oder Heimatberechtigung, doch müssen dieselben in Wien wohnen und ihr Gewerbe noch betreiben.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburt)schein, eventuell den Trauungsschein, die Tauf(Geburt)scheine ihrer Kinder, ferner den Gewerbeschein oder das Konzessionsdekret, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer und ein legales Mittellosigkeitszeugnis, Witwen aber außerdem den Totenschein des Gatten beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 14. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1907. 3–3

****

Z. 6822 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Antonia Wahlberg'sche Stiftung.)

Zu Weihnachten 1907 werden die Jahresinteressen der Antonia Wahlberg'schen Weihnachtsstiftung im Betrage von 63 K an einen armen verwaisten Knaben ohne Unterschied der Religion, welcher sich jedoch durch Fleiß und Strebsamkeit hervortut, zur Verteilung gelangen.

Bewerber um diesen Stiftungsbetrag haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburt)scheine des Kindes, für welches um die Stiftung eingeschritten wird, mit dem Totenscheine seines Vaters, eventuell den Totenscheinen beider Eltern, dem letzten Schulausweise des Kindes, mit dem Heimatscheine und mit einem legal ausgefertigten Armutszeugnisse für das Kind, eventuell der noch lebenden Mutter zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 16. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 11. Oktober 1907. 3—3

Z. 6810 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(David Leon Lothringer'sche Stiftung.)

Demnächst gelangen die Interessen der David Leon Lothringer'schen Stiftung für christliche Wohltätigkeitsanstalten im Betrage von 500 K zur Verteilung.

Den Eingaben um eine Beteilung aus diesen Stiftungsinteressen sind die Statuten und der letzte Rechenschaftsbericht der Anstalt anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 30. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 14. Oktober 1907. 2—3

Z. 6820 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Marie Freiin v. Vetsera'sche Stiftung.)

Am 30. Jänner 1908 kommen aus den Interessen der Fräulein Marie Freiin von Vetsera'schen Armenstiftung 190 K an zwei unbescholtene Arme der Stadt Wien ohne Unterschied des Standes und der Konfession zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Nachweis über die Zuständigkeit in Wien, ihren Tauf(Geburt)- und Trauschein, die Tauf(Geburt)scheine ihrer Kinder, ein legales Armutszeugnis und, wenn sie sich auf ihre Erwerbunfähigkeit berufen, auch ein armenärztliches Parere hierüber anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 2. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 11. Oktober 1907. 3—3

Z. 6804 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Johann Georg Ertl'sche Stiftung.)

Am 26. Februar 1908 gelangen die Interessen der Johann Georg Ertl'schen Stiftung im Betrage von 690 K zur Verteilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben arme, in Wien wohnhafte Familien, deren Familienoberhaupt, oder von denen eines oder mehrere der im gemeinschaftlichen Haushalte lebenden Familienmitglieder von Krankheit betroffen sind.

Bewerber um eine Beteilung aus dieser Stiftung haben ihre Gesuche mit einem legalen Armutszeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über die Krankheit des betreffenden Familienmitgliedes, dem Tauf(Geburt)- und Trauungsscheine, dem Zuständigkeitsnachweise und den Tauf(Geburt)scheinen ihrer Kinder zu belegen, Witwen haben außerdem noch den Totenschein des verstorbenen Gatten anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 14. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 11. Oktober 1907. 3—3

Z. 6824/07.
XIII.

Kundmachung.

(Katharina Widhalm'sche Stiftung für Waisen subalterner Beamten und Diener des Wiener Magistrates.)

Aus der Katharina Widhalm'schen Stiftung kommen am 9. Jänner 1908 die Jahresinteressen im Betrage von 200 K an vier Waisen von subalternen Beamten und Dienern des Wiener Magistrates, welche der Unterstützung bedürftig sind, und zwar an zwei Knaben und zwei Mädchen, zur Verteilung.

Diejenigen, welche auf den Genuß dieser Stiftung Anspruch machen wollen, haben ihre mit dem Tauf(Geburt)scheine des Kindes, dem Heimatscheine, dem letzten Schulausweise, dem Totenscheine des Elternteiles und einem legalen Mittellosigkeitszeugnisse belegten Gesuche **längstens bis 16. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1907. 3—3

Z. 6539 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Josefine Figdor'sches Stipendium.)

Vom Beginne des Studienjahres 1907/08 an ist das Josefine Figdor'sche Stipendium jährlicher 200 K zu vergeben.

Anspruchsberechtigt sind arme, in Wien geborene Mädchen, welche sich dem Lehrfache widmen und an der k. k. Staats-Lehrerinnenbildungsanstalt bei St. Anna, Wien, I., Hegelgasse 14, ihre Ausbildung erhalten.

Bewerberinnen um dieses Stipendium haben ihre mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Heimatscheine, dem Impfscheine, einem Armutszeugnisse, sowie den beiden letzten Schulzeugnissen belegten Gesuche **bis 20. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf nicht gehörig belegte oder verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 8. Oktober 1907. 3—3

Z. 6825 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Pauline Wißmann'sche Stiftung.)

Am 26. Jänner 1908 gelangen die Interessen der Pauline Wißmann'schen Stiftung aus dem Jahre 1907 im Betrage von 1752 K an sechs arme Bürgerswitwen, welche in Wien geboren und katholischer Religion sind, zur Verteilung.

Bewerberinnen um eine Beteilung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen vor allem ein das Bürgerrecht des verstorbenen Gatten nachweisendes Dokument, sodann aber auch ihren Tauf- und Trauschein, den Totenschein ihres Gatten und ein legales Armutszeugnis anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 25. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1907. 3—3

Z. 6848 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Invalidenstiftung der ehemaligen Gemeinde Währing.)

Aus den Interessen der Invalidenstiftung der ehemaligen Gemeinde Währing gelangt ein Betrag von jährlich 25 K 20 h an einen nach Wien zuständigen, im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Währing wohnhaften Militärinvaliden auf Lebensdauer zur Verleihung.

Bewerber um obigen Stiftplatz haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburt)schein, den Trauschein, eventuell den Totenschein des Gattenteiles und die Tauf(Geburt)scheine der Kinder, endlich den Heimatschein, ein legales Armutszeugnis und den Nachweis über ihre Eigenschaft als Militärinvalide beizuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 30. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1907. 3—3

Z. 6408 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Friedrich Ludwig Müller'sche Stiftung.)

Bei der Friedrich Ludwig Müller'schen Stiftung für arme Witwen ist durch das Ableben eines Stiftlings ein Stiftplatz frei geworden, und kommt derselbe nunmehr wieder zur Besetzung.

Dieser Stiftplatz gewährt den Genuß jährlicher 420 K, ist für eine arme Witwe eines Professionisten, Fabriksarbeiters oder Taglöhners in Wien, welche jedoch zwei oder mehrere Kinder haben muß, bestimmt und verbleibt der in den Genuß dieser Stiftung gesetzten Witwe auf Lebensdauer, insolange sie Witwe und einer Unterstützung würdig ist. Ist diese Witwe mit mehr als zwei Kindern unter 16 Jahren gesegnet, so erhält dieselbe, wenn es die vorhandenen Stiftungsinteressen gestatten, für jedes Kind über die zwei Kinder jährlich einen Erziehungsbeitrag von 52 K 50 h, welcher mit dem Tode dieser Kinder oder mit deren erreichtem 16. Lebensjahre aufhört. Wenn die beteilte Mutter stirbt, so geht ihr Stiftungsgenuß per 420 K und die allfälligen Zulagen auf die überlebenden Kinder über, die bis nach deren zurückgelegtem 16. Lebensjahre im Genusse derselben bleiben. Diese Bezüge sollen zu ihrer Erhaltung und zur Erlernung von Arbeiten, wodurch sie ihr Brot verdienen können, verwendet werden.

Kränkliche, in Jahren vorgerückte und besonders gute Mütter werden in erster Linie berücksichtigt.

Bewerberinnen um diesen Stiftungsgenuß haben nachzuweisen, daß sie Witwen eines Professionisten, Fabriksarbeiters oder Taglöhners in Wien sind, daß sie zwei oder mehrere Kinder haben, daß sie arm sind, daß sie einen ordentlichen Lebenswandel führen (durch Sittenzeugnis der k. k. Polizei-Direktion Wien), daß sie nicht durch üble Wirtschaft um ein früher besessenes Vermögen gekommen sind, daß sie nur von ihrer und ihres bei Lebzeiten rechtschaffen gewesenen Mannes Arbeit gelebt haben und durch den Tod desselben dürftig und hilflos geworden sind.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 30. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Oktober 1907. 2—3

Z. 6802 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Ignaz Baum'sche Armenstiftung.)

Am 20. Februar 1908 gelangen die verfügbaren Jahresinteressen der Ignaz Baum'schen Armenstiftung im Betrage von 390 K an zehn unbescholtene, in Wien wohnhafte Arme christlicher Religion zur Verteilung.

Hiebei soll vor allem auf Verwandte des Stifters von väterlicher oder mütterlicher Seite, sodann auf diejenigen, welche zwar in Wien wohnen, jedoch aus der Vaterstadt des Stifters, Bielitz, gebürtig sind, endlich auf Verheiratete, mit zahlreichen Kindern Gesegnete, Rücksicht genommen werden.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre Gesuche, welche mit dem Taufscheine, Heimatscheine, Trauscheine, den Taufscheinen der Kinder, einem legalen Armutszeugnisse und einem von der k. k. Polizei-Direktion in Wien bestätigten Sittenzeugnisse, eventuell mit dem Nachweise über die Verwandtschaft mit dem Stifter belegt sein müssen, **längstens bis 1. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. Oktober 1907. 2—3

Z. 7028 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Anton Schey'sche Stipendien-Stiftung.)

Vom 1. November 1907 angefangen gelangen vier Anton Schey'sche Stipendien im Betrage von je 660 K jährlich an arme, fleißige Studenten ohne Unterschied der Konfession zur Vergebung, und zwar werden zwei an Hörer der philosophischen Fakultät an der k. k. Universität in Wien, eines an einen Hörer der medizinischen Fakultät an der k. k. Universität in Wien und eines an einen Hörer der k. k. technischen Hochschule in Wien verliehen werden.

Der Genuß eines Stipendiums erstreckt sich in der Regel auf die ganze Studiendauer an der betreffenden Fakultät, beziehungsweise Hochschule, und erlischt außer mit dem Ablaufe der normalen Studiendauer nur mit dem etwa früher eintretenden Abgange von der betreffenden Hochschule. Für den Fall als der Stipendist den Doktorgrad anstrebt, kann der Stipendiengenuß über Ansuchen noch um ein Jahr verlängert werden. Dieses Ansuchen ist spätestens bis 31. Oktober des Kalenderjahres, in dem der Stipendist seine lehrplanmäßigen Studien vollendet, einzubringen.

Bewerber um eines dieser Stipendien haben ihre Gesuche mit dem Mittellosigkeits- oder Armutszeugnisse, dem Sittenzeugnisse, dem Tauf- oder Geburtsscheine und dem Nachweise ihrer Studienerfolge, insbesondere aus dem zuletzt absolvierten Studienjahre zu belegen und bis **längstens 15. Dezember 1907** bei dem betreffenden Professoren-Kollegium einzubringen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Oktober 1907. 2—3

Z. 7027 ex 1906.
XIII.

Kundmachung.

(Hermine Elßler'sche Universitäts-Stipendienstiftung.)

Aus der Hermine Elßler'schen Universitäts-Stipendienstiftung sind vom Studienjahre 1907/08 angefangen zwei Stipendien mit dem Jahresbezuge von je 600 K zu verleihen.

Anspruch auf ein solches Stipendium haben ohne Unterschied des Bekenntnisses Studierende der drei weltlichen Fakultäten der k. k. Universität Wien, welche in Wien geboren und österreichische Staatsangehörige sind, das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben, ferner hervorragende Begabung und vorzüglichen Fleiß aufweisen, mittellos und sittlich unbescholten sind.

Bei der Verleihung sind diejenigen Bewerber vorzugsweise zu berücksichtigen, welche mit der Stifterin verwandt sind, und zwar nach dem Grade der Verwandtschaft mit derselben, oder welche von dem Stiftungskurator vorgeschlagen werden, jedoch nur insofern sie den oben angeführten Bedingungen entsprechen, mit der Ausnahme, daß bei Verwandten der Stifterin das Erfordernis der Geburt des Bewerbers in Wien entfällt.

Beide Stipendien können an Hörer derselben Fakultät oder an Hörer verschiedener Fakultäten ohne Einhaltung eines bestimmten Turnus verliehen werden.

Der Genuß des Stipendiums dauert bis zur lehrplanmäßigen Beendigung der Studien. Zur Erlangung des Doktorgrades kann dem Stipendisten über sein Ansuchen, welches innerhalb des letzten Studienjahres einzubringen ist, der Genuß des Stipendiums noch in dem den lehrplanmäßigen Studien unmittelbar folgenden Studienjahre bewilligt werden.

Bewerber haben ihre Gesuche bis **längstens 15. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen und denselben den Tauf(Geburt)schein, den Heimatschein, ein Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, ein Sittenzeugnis, die Studiennachweise, sowie den etwaigen, durch amtliche, den Inhalt der Ehe- und Tauf(Geburt)matriken wortgetreu wiedergebende Auszüge zu erbringenden Nachweis der Verwandtschaft mit der Stifterin anzuschließen.

In dem Gesuche muß — abgesehen von den Angaben im Armuts- und Mittellosigkeitszeugnisse — ferner ausdrücklich angeführt werden, ob der Stipendienwerber oder eines seiner Geschwister bereits im Genusse eines Stipendiums oder eines Erziehungsbeitrages u. s. w. steht oder nicht, bejahenden Falles ist dieses Stipendium, beziehungsweise der betreffende Genuß, sowie dessen Betrag anzuführen.

Ein Verschweigen oder eine unrichtige Angabe rücksichtlich eines derartigen Genusses würde im gegebenen Falle die Annullierung der Stipendienverleihung nach sich ziehen.

Nur die mit einem legalen Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse belegten Gesuche sind stempelfrei.

Auf verspätet überreichte und auf nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Oktober 1907. 2—3

Z. 7041/07.
XIII.

Kundmachung.

(Gruber-Sagortz'sches Stipendium.)

Aus der Gruber-Sagortz'schen Stipendienstiftung gelangt vom Studienjahre 1907/08 angefangen ein Stipendium für einen Studierenden der Rechts- und Staatswissenschaften, der Medizin oder der Philosophie mit einem Jahresbezuge von 800 K zur Verleihung.

Nach den stiftbrieflichen Bestimmungen haben Anspruch auf Stipendien aus dieser Stiftung Studierende der drei weltlichen Fakultäten an der k. k. Wiener Universität, welche sich über ein gutes, wenn auch nicht ausgezeichnetes Maturitätszeugnis ausweisen können. Die Stipendien können an Hörer derselben Fakultät oder an Hörer verschiedener Fakultäten ohne Einhaltung eines bestimmten Turnus verliehen werden.

Vorzugsberechtigt zum Stiftungsbezuge unter Ausschluß aller übrigen Bewerber sind die Verwandten des verstorbenen Gatten der Stifterin, des Herrn Anton Sagortz, und zwar nach dem Grade der Verwandtschaft zu demselben. Es sind dies, nachdem die Tochter des Herrn Anton Sagortz, namens Leopoldine Sagortz, am 15. August 1897 kinderlos gestorben ist, die Nachkommen der Geschwister des Herrn Anton Sagortz, und zwar die Nachkommen der Brüder desselben, nämlich des Kajetan, Ludwig, Georg und Josef Sagortz, und die Nachkommen der Schwestern desselben, nämlich der Genovefa Buhl, geb. Sagortz, der Josefa Raab, geb. Sagortz, der Judit Goll, geb. Sagortz, und der Marie Beer, verwitwet gewesenen Schierer, geb. Sagortz.

Falls keine vorzugsberechtigten Personen als Bewerber auftreten, haben arme Studierende vorbezeichneter drei weltlicher Fakultäten der k. k. Wiener Universität deutscher Nationalität und christlicher Konfession und unter diesen zuerst nach Wien zuständige Jünglinge Anspruch auf den Stipendiengenuß.

Im übrigen kommen die für Stipendienstiftungen jeweils in Kraft bestehenden Normen in Anwendung.

Die Bewerber um dieses Stipendium haben ihre Gesuche bis **längstens 15. Dezember 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen und denselben den Tauf(Geburt)schein, den Heimatschein, das Impfzeugnis, ferner das Maturitätszeugnis, die Studienzeugnisse des letzten Jahres, ferner, insofern das Vorzugsrecht der Verwandtschaft mit Herrn Anton Sagortz geltend gemacht wird, den durch amtliche, den Inhalt der Ehe- und Tauf(Geburt)matriken wortgetreu wiedergebende Auszüge zu erbringenden Nachweis der Verwandtschaft mit Herrn Anton Sagortz, mit ihm nicht verwandte Bewerber überdies ein Armutszeugnis beizulegen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Oktober 1907. 2—3

Z. 6032 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Karoline Prugberger'sche Stiftung.)

Am 14. Februar 1908 gelangen die Interessen der Karoline Prugberger'schen Stiftung aus dem Jahre 1907 im Betrage von 800 K an zwei arme erwerbsunfähige Wiener Bürger in Teilbeträgen von je 400 K zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, dem Trauungsscheine, dem Bürgerrechtsdiplome, einem legalen Armutszeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über ihre Erwerbsunfähigkeit und den Tauf(Geburts)scheinen der Kinder zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 23. November 1907** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 18. September 1907.

Z. 6687 ex 1907.
XIII.

Kundmachung.

(Dr. Karl Lueger-Stiftung.)

Im Laufe eines jeden Jahres gelangen die verfügbaren Interessen der Dr. Karl Lueger-Stiftung, deren Stammkapital 390.100 K beträgt, zur Verteilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben hilfsbedürftige christliche Wiener Kleingewerbetreibende, **welche ihr Gewerbe noch betreiben**, ferner hilfsbedürftige christliche Arbeiter christlicher Wiener Kleingewerbetreibender, **welche noch in Arbeit stehen**, endlich Witwen und Waisen der Genannten.

Das Verleihungsrecht steht auf Lebenszeit dem Herrn Bürgermeister Dr. Karl Lueger zu; ihm ist es auch überlassen, die Höhe der den einzelnen Bewerbern zuzuwendenden Beträge nach Maßgabe der nachgewiesenen Verhältnisse zu bestimmen.

Die Auszahlung der Beträge ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung der Stiftung nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft stiftbrieflich geeignete Bewerber vorhanden sind.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, eventuell den Trauschein und die Taufzettel der Kinder, ferner den Heimatschein, den Gewerbeschein oder das Konzessionsdekret, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer, eventuell über die Einkommensteuer, beziehungsweise den Nachweis des Arbeitsverhältnisses (Arbeitsbestätigung des derzeitigen Arbeitsgebers) und ein legales Armutszeugnis, Witwen und Waisen außerdem den Totenschein des Gatten, beziehungsweise der Eltern und den Nachweis beizulegen, daß ihr verstorbener Gatte, beziehungsweise ihre Eltern ein selbständiges Gewerbe betrieben haben oder bei einem christlichen Wiener Kleingewerbetreibenden in Arbeit gestanden sind.

Die in solcher Weise belegten Gesuche können jederzeit im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII überreicht werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 24. Oktober 1907. 2–3

Deutsche und österreichische **Pyrofougontwerke** Gebr. Schleicher Wien—München

Fugenlose, hygienische Asbest-Fußböden für alle Zwecke, poren- und staubfrei, elastisch, fußwarm, schwamm- und feuersicher

Filialen: PARIS, GENUA, HELSINGFORS

Lieferanten der Gemeinde Wien. Bisher über 500.000 m² verlegt

Direktion des österreichischen Werkes Wien, I. Dominikanerbastei, Industriepalast Telephon 22.539

Zur kulanten Besorgung aller im Kursblatte notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.